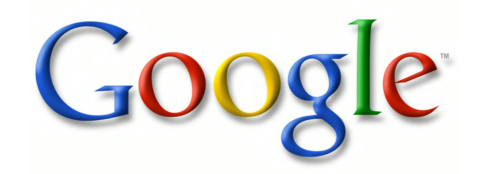



PROPERTY OF
The
University of
Michigan
Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Gustav von Mevissen

Ein rheinisches Lebensbild
1815—1899

Von

Joseph Hansen

*

Erster Band

Mit zwei Porträts



Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1906

Gustav von Mevissen

I.



G. Mevissen auf dem Vereinigten Landtag 1847.













Vorwort.

Die Darstellung eines so reichen und vielseitigen Lebens, wie es den Gegenstand dieses Buches bildet, hat einen besonderen Reiz, stellt aber wegen ihrer Verzweigung über weite Gebiete geistiger und materieller Kultur wie des politischen Lebens starke Anforderungen in bezug auf die quellenmäßige Fundamentierung. Zum Glück sind im vorliegenden Falle die Verhältnisse sowohl hinsichtlich der gedruckten Quellen als namentlich auch hinsichtlich des handschriftlichen Materials sehr günstig.

Zunächst enthält der umfassende handschriftliche Nachlaß Gustav v. Mevissens eine Fülle von Aufzeichnungen von den frühen Jugendjahren an bis ins hohe Alter — kritische Auszüge aus der Lektüre, Reflexionen, tagebuchartige Notizen, Denkschriften, Abhandlungen, Briefe u. ä. —, ein Material zum Teil ganz persönlichen Charakters, das es ermöglicht, die innere Entwicklung des Mannes und sein Verhältnis zum Kulturleben seiner Epoche ohne Unterbrechung zu verfolgen. Die Familie v. Mevissen hat für die vorliegende Biographie diese wichtigste Quelle in vollem Umfang zur Verfügung gestellt.

Für Mevissens ausgebreitete und tiefgreifende Tätigkeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens, des Bergbaues, der Kohlen- und Eisenindustrie, des Bank- und Versicherungswesens enthalten seine regelmäßigen Geschäftsberichte, die in den Jahresberichten der von ihm geleiteten Institute gedruckt vorliegen, reiches und bedeutsames Material. Aber der intimere Einblick in die Entstehung und den Fortgang der verschiedenen Unternehmungen, und damit in die Inspirationen, die sie ihrem Schöpfer verdankten, ist doch nur dadurch möglich geworden, daß in seinem eigenen schriftlichen Nachlaß und

in den Papieren mehrerer Familien, deren Glieder bei seinen Schöpfungen mitgewirkt haben, Korrespondenzen, Notizen, erste Entwürfe, Verträge usw. in großem Umfang vorliegen, die durch das Entgegenkommen der heutigen Besitzer gleichfalls zugänglich geworden sind. Neben den privaten Schriftstücken kam für diesen Teil der Arbeit noch besonders das Archiv der Königlichen Eisenbahndirektion in Köln, das die Akten der früheren Rheinischen Bahngesellschaft enthält, sowie das Archiv der Kölner Handelskammer, deren Präsidium Mevissen eine Zeitlang geführt hat, in Betracht. Daß im allgemeinen die großen wirtschaftlichen Unternehmungen, welche das 19. Jahrhundert so überaus bedeutsam für Rheinland-Westfalen und für ganz Deutschland gestaltet haben, abgesehen von einigen Jubiläumsfestschriften, die sich meistens nicht weit über die Sammlung statistischer Notizen erheben, noch so gut wie keine wissenschaftliche Einzeluntersuchung erfahren haben, ist auffallend genug. Mevissens Schöpfungen teilen dieses Schicksal mit den übrigen Großunternehmungen in Rheinland-Westfalen, trotzdem es sich bei mehreren von ihnen um Schöpfungen handelt, die seit einem halben Jahrhundert zu den führenden in Deutschland zählen. Sollte die vorliegende Darstellung von Mevissens Lebenswerk zu vertieften Einzeluntersuchungen in diesem Bereich anregen, so würde ich das als eine besonders willkommene Wirkung meiner Arbeit begrüßen.

Die politische Tätigkeit Mevissens, auf dem Vereinigten Landtag und im Frankfurter Parlament, bildet eine wichtige Episode in seinem Leben, nicht nur wegen ihres reichen und bedeutsamen Inhalts, sondern weil sie zugleich für die staatsmännische Auffassung, welche sein ganzes Wirken durchzieht, besonders kennzeichnend ist. Nachdem durch die bereits vorliegenden Biographieen der übrigen Führer des vormärzlichen rheinischen Liberalismus, Beckerath, Camphausen und Hansemann, auf diesem Gebiet weit vorgearbeitet worden ist, schien es um so mehr an der Zeit, an dem Anteil Mevissens zugleich zusammenfassend den allgemeinen Charakter der bürgerlich-politischen Bewegung darzustellen, als auch sonst neuerdings Material zur bessern Erkenntnis des innern Verlaufs dieser stürmischen Jahre,

ihrer Vorbereitung und ihres Ausgangs, in Fülle ans Licht gekommen ist. Für diesen Teil unserer Darstellung stand ferner ein besonders ergiebiges archivalisches Material zur Verfügung. Das Generaldirektorium der Königlichen Staatsarchive hat die Berliner Archivalien in weitem Umfang, darunter insbesondere die Registratur des Ministeriums des Innern, zugänglich gemacht, in Frankfurt konnte das Archiv der deutschen Nationalversammlung benutzt, und auch österreichische Archivalien von Bedeutung konnten verwertet werden.

Als ein besonderes Glück habe ich es endlich zu betrachten, daß mir in den Jahren 1892—1899 durch Mevissens nahe Verbindung mit der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und dem Historischen Archiv der Stadt Köln vielfältige Gelegenheit geboten war, in persönlicher Aussprache Wesen und Ziele des bedeutenden Mannes kennen zu lernen, dessen Gedächtnis ich dieses Buch in tiefer Verehrung widme. Dem Vertrauen seiner Witwe, der im Jahre 1901 verstorbenen Frau Geheimrat Dr. v. Mevissen, und ihrem warmen Interesse für dieses Werk verdanke ich vor allem die Erschließung seines handschriftlichen Nachlasses, der unentbehrlichen Grundlage meiner Darstellung.

Im zweiten Band ist eine Auswahl von Abhandlungen, Reden, Denkschriften und Briefen zusammengestellt, um Mevissen auch selbst auf den verschiedenen Gebieten seines Wirkens zu Worte kommen zu lassen und in diesem unmittelbaren Einblick in seine geistige Werkstätte zugleich willkommene, wie ich hoffe, Belege für die Darstellung des ersten Bandes zu liefern.

Wie sehr ich mich für die wohlwollende Förderung meiner Vorarbeiten zahlreichen Behörden und Privaten zu Dank verpflichtet fühle, ist mir ein Bedürfnis, auch öffentlich an dieser Stelle auszusprechen.

Köln, im Juli 1906.

J. Hansen.

Inhaltsübersicht.

I. **Jugend, Lehrjahre 1815—1840** . . . . Seite 1—195

Erstes Kapitel. Herkunft, Elternhaus, Schule (1815 bis 1830) . . . . Seite 1—30

Dülken und die niederrheinische Textilindustrie (1). — Eltern (3). — Einfluß von Krefeld (5). — Französische Zeit (6). — Geschäftsunternehmungen des Vaters (7). — Preußische Herrschaft (11). — Schule (14). — Erziehung (15). — Dülkener „Akademie" (18). — Höhere Privatschule (20). — Philhellenismus (21). — Gymnasium in Köln (22). — Höhere Bürgerschule in Köln (26). — Lehrer J. C. Grysar und E. Weyden, geschichtliche Neigungen (27). — Abgang von der Schule (29).

Zweites Kapitel. Eintritt in das väterliche Geschäft. Autodidaktische Studien auf dem Gebiete der Literatur, Geschichte und Philosophie (1831—1836) . . . Seite 30—68

Kaufmännische Anfänge (31). — Julirevolution 1830 (32). — Tagebücher (34). — Private Studien (36). — Klassiker und Romantiker (38). — Schiller und Goethe (40). — Shakespeare (43). — Rückert und Schefer (45). — Zeitgenössische Poesie (47). — Rahel und Bettina (51). — Heinrich Heine (53). — Französische und englische Literatur (56). — Saint-Simon (59). — Das Junge Deutschland (61). — Geschichtliche Studien (62). — Rheinische und allgemeine Geschichte (63). — K. H. L. Pölitz (65). — Übergang zur Philosophie (66).

Drittes Kapitel. Poetische Versuche. Weltanschauung. Erste Schritte in die Welt. Rückkehr zu den Studien (1832—1836) . . . . Seite 68—99

Gedichte (69). — Kunstformen (70). — Natur und Freiheit (71). — Naturschilderung (73). — Politischer Freiheitsgedanke (75). — Sittlichkeit (76). — Religiöses Empfinden (77). — Pantheismus (79). — Politik, Lage am Rhein (81). — Die Lehre vom Staatsvertrag (83). — Nationaler Einheitsgedanke (84). — Lebensziele (85). — Geschäftliche Reisen und Erfahrungen (88). —

Aufenthalt in Köln (89). — Urteil über kaufmännischen Egoismus (90). — Enttäuschung (91). — Ethik und Volkswirtschaft (92). — Wesen der Freundschaft (94). — Reisen am Rhein und durch Belgien (97).

Viertes Kapitel. Studien auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte und der Ästhetik. Kritische Versuche (1836—1840) . . . . Seite 100—147

Rückkehr zu den Studien (100). — Ausgebreitete Lektüre (102). — Philosophische Studien (104). — Weltanschauung (107). — Spinoza und Leibniz (108). — Geist und Materie, Evolution (110). — Kant, Kategorischer Imperativ (112). — Herbarts praktische Philosophie (114). — Sozialethik (117). — Fichte (119). — Hegel (122). — Rechtsphilosophie, Staatsidee (123). — Geschichte (126). — Sprachwissenschaft (127). — Geschichtsphilosophie (128). — Fortschritt (131). — Geschichte und Leben, Individuum und Masse (133). — Geschichtliche Versuche (135). — Religionsgeschichte (137). — Ästhetik (139). — Goethe-Kommentare (142). — Natürliche Tochter, Pandora und Iphigenie (143). — Musikfeste und Kunstausstellungen (146).

Fünftes Kapitel. Kaufmännische Tätigkeit. Reise nach England und Frankreich 1838. Volkswirtschaftliche und politische Anschauungen (1838—1841) Seite 147—195

Geschäftsleben (148). — Wegebau und Steuerfragen (149). — Krisis der Leinenindustrie (150). — Zollgesetz von 1818 und Zollverein von 1834 (151). — Englische Konkurrenz (154). — Zollschutz der Textilindustrie (156). — Gutachten über Flachsspinnerei (158). — Assoziation, Aktienunternehmung (159). — Reise nach England (161). — Leeds, Flachsexport nach England (163). — Reise nach Paris (164). — Volkswirtschaftliche Anschauungen (165). — Nationales Wirtschaftssystem (166). — Rheinschiffahrt, Rheinische Eisenbahn, Rhein-Seeschiffahrt (168). — Kampf gegen Holland (170). — Soziale Erwägungen, Arbeiterfrage (172). — Assoziation (175). — Sozialpolitik (177). — Proudhon und Louis Blanc (179). — Staat und Gesellschaft (183). — Schul- und Erziehungswesen (185). — Monarchie (189). — Verfassungsstaat (191). — Übersiedlung nach Köln (195).

II. Eintritt in das öffentliche Leben 1841—1846 . . Seite 196—438

Sechstes Kapitel. Übersiedlung nach Köln (1841). Politisches und wirtschaftliches Leben am Rhein und in Köln . . . . Seite 196—242

Französische Okkupation, Handelskammer (196). — Preußische Herrschaft (199). — Das alte Ständewesen (203). — Getäuschte Verfassungshoffnungen nach 1815 (205). — Provinzialstände von 1823 (208). — Berufsständische Verfassungswünsche (211). — Bureaukratie (213). — Rheinisches

Recht (214). — Revolution von 1830 (217). — Spionagesystem der Regierung (219). — Adelsautonomie (222). — Kölner Kirchenstreit (226). — Zollverein (227). — Verschmelzung mit Preußen (231). — Hoffnung auf Friedrich Wilhelm IV. (234). — Landtag von 1841 (236). — Kunst, Handel und Politik in Köln (238).

Siebentes Kapitel. Erstes politisches Wirken. Die Rheinische Zeitung in Köln (1842—1843) Seite 243—282

Preßzensur (243). — Kölner Zeitungswesen (244). — Der Kreis der Rheinischen Zeitung (246). — Jung-Hegelsche und sozialistische Einflüsse, Friedrich List (248). — Gegensatz zur Regierung (252). — Tendenzen der Zeitung (253). — Das „Junge Deutschland" in Köln (257). — Mitwirkung Mevissens (258). — Gutzkow, Herwegh, Hoffmann v. Fallersleben, D. F. Strauß (261). — Dombaufest 1842 (263). — Karl Marx (265). — Chartistenbewegung in England (266). — Rheinisches „Ritterfest" (267). — Rheinische Kommunalordnung (269). — Dahlmann-Feier in Köln (275). — Konflikt mit der Regierung (277). — Verbot der Zeitung (280). — Der Zensor v. Saint-Paul (281).

Achtes Kapitel. Rückversicherungs-Gesellschaft in Köln. Der siebente rheinische Landtag (1843) . . Seite 283—307

Rückversicherung (284). — Rheinland-Preußen (286). — Die Abgeordneten Camphausen und Beckerath (289). — Erkrankung Mevissens (291). — Strafgesetzbuch, politische Erregung (292). — Landtag 1843 (295). — Rheinisches Recht (297). — Frage der Reichsstände (299). — Reise nach Wiesbaden, Homburg, Baden-Baden (300). — Rheinischer, ostpreußischer und süddeutscher Liberalismus (303). — Eisenbahnfragen (306).

Neuntes Kapitel. Präsidium der Rheinischen Eisenbahngesellschaft. Rheinuferbahn- und Kolonisationsprojekte (1844) . . . . Seite 307—342

Bau der Rheinischen Eisenbahn Köln-Antwerpen (308). — Pläne Hansemanns (309). — Staatsbahnen, Privatbahnen (311). — Rheinbahnprojekt Köln-Bingen (315). — Wettstreit zwischen Bonn und Köln (318). — Hindernisse bei der Regierung (321). — Eintritt Mevissens in die Direktion (323). — Verhandlungen in Berlin (325). — Wahl Mevissens zum Präsidenten (328). — Tarifkontroverse mit Hansemann (331). — Leitende Gesichtspunkte im Eisenbahnwesen (335). — Industrie und Bergbau (337). — Kolonialpolitik, Auswanderungsfrage (339). — Rückversicherung (341).

Zehntes Kapitel. Soziale Frage. Verein zum Wohl der arbeitenden Klassen. Der achte rheinische Landtag (1845) . . . . Seite 343—376

Berliner Gewerbeausstellung 1844 (343). — Bestrebungen zugunsten der Arbeiter (344). — Stimmung am Rhein, Stellung Mevissens (346). —

Vereinspläne in Köln (350). — Widerstand der Bureaukratie (353). — Regierungsverbote (357). — Haltung des Bürgertums, politische und soziale Frage (358). — Politische Spannung (360). — Haltung der liberalen Partei (363). — Ständische oder konstitutionelle Monarchie (365). — Reichsstände (367). — Politische Parteien, Berufsstände (370). — Programm des rheinischen Liberalismus (372). — Rückständigkeit der öffentlichen Meinung (375).

Elftes Kapitel. Kölner Bankprojekt. Kölner Bergwerksverein. Freihandel und Schutzzoll (1845) Seite 376—408

Rheindampfschiffahrt (377). — Preußisches und rheinisches Bankwesen (378). — Kölner Bankprojekt von 1845 (380). — Eisenbahn und Kohlenbergbau im Ruhrrevier (383). — Kölner Bergwerksverein (385). — Politische Lage (387). — Mechanische Flachsspinnerei (389). — Rheinische Industrie und Schutzzollfrage (390). — Das „industrielle Parlament" (392). — Zollvereinskonferenz in Karlsruhe (394). — Kontroverse zwischen Camphausen und Mevissen über Freihandel und Schutzzoll (396). — Mevissens programmatische Denkschrift von 1845 (398). — Schutzzölle oder Prämien, soziale Gesichtspunkte (402). — Übergewicht der Freihandelstendenzen (407).

Zwölftes Kapitel. Reise nach Italien. Entwicklung des rheinischen Eisenbahnnetzes. Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen. Wahl zum Abgeordneten (1845 bis 1847) . . . . Seite 408—438

Reaktionäre Strömungen auf geistigem und politischem Gebiet (409). — Rheinische Kommunalordnung (411). — Reise nach Italien (413). — Kongreß in Neapel, J. Fallati (414). — Rom (415). — Rheinische Eisenbahn (416). — Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen (417). — Bahnprojekt Köln-Bingen (420). — Linksrheinisch oder rechtsrheinisch (422). — Niederrheinische Bahnprojekte (435). — Hypothekenbankprojekt (428). — Heirat (430). — Rheinland und Preußen (432). — Wahl zum Abgeordneten (434). — Tocqueville und Taillandier (438).

III. Politische Wirksamkeit 1847—1849 . . . . . . Seite 439—602

Dreizehntes Kapitel. Der erste Vereinigte Landtag (1847) . . . . Seite 439—486

Politische Bedeutung der Jahre 1847—1849 (439). — Bürgertum und Regierung (440). — Das Patent vom 3. Februar 1847 (443). — Haltung der rheinischen Liberalen (445). — Annehmen oder Ablehnen (447). — Rheinländer, Schlesier und Ostpreußen (469). — Mevissens Auffassung (450). — Vorverhandlungen der liberalen Gruppen in Berlin (452). — Sieg der Rheinländer (453). — Thronrede (455). — Adreßdebatte und Deklaration (456). —

Periodizitätsdebatte (458). — Die rheinischen Liberalen (460). — Bescholtenheitsdebatte (461). — Judenfrage (462). — Soziale Frage (465). — Einkommensteuer (467). — Freihandel und Schutzzoll (468). — Vertagung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen (470). — Handelsministerium, Premierminister (472). — Bismarck über französischen und rheinischen Liberalismus (474). — Die Parallele Sokrates, Christus, Huß (476). — Rentenbanken (477). — Ostbahn (478). — Wahl der Vereinigten Ausschüsse, Spaltung der rheinischen Liberalen (480). — Wirkung des Vereinigten Landtags (482). — Mevissens Auftreten und Urteil (484).

Vierzehntes Kapitel. Vom ersten bis zum zweiten Vereinigten Landtag. Die Märzrevolution (1847 bis 1848) . . . . Seite 487—541

Der nationale Einheitsgedanke am Rhein (487). — Preußische Führung (489). — König Friedrich Wilhelm IV. und Radowitz (490). — Deutsche Zeitung (492). — Versammlung in Heppenheim am 10. Oktober 1847 (495). — Korrespondenz Mevissens mit A. v. Doblhoff in Wien (498). — Mevissen und die preußische Regierung (501). — Industrie-Schutzzölle (504). — Vereinigte Ausschüsse, Strafgesetzbuch (506). — Revolution in Paris (509). — Wirkung auf die Rheinlande (511). — Die rheinischen Liberalen (514). — Verbindung mit Süddeutschland (516). — Versammlung in Heidelberg am 5. März 1848 (519). — Deutscher Parlamentsgedanke (520). — Spaltung der rheinischen Liberalen (522). — Haltung des Königs (524). — Der 18. März und die Rheinlande (526). — Wirkung auf die deutsche Frage (529). — Ablehnung des Ministeriums Arnim (531). — Das allgemeine Wahlrecht (533). — Krisis im Wirtschaftsleben (535). — Ministerium Camphausen-Hansemann (536). — Der zweite Vereinigte Landtag (539). — Wahlen zum deutschen Parlament (541).

Fünfzehntes Kapitel. Frankfurter Parlament. Reichsministerium (1848—1849) . . . . Seite 541—602

Wahl Mevissens in Siegen (542). — Eintritt in das Parlament (544). — Lage des deutschen Einheitswerks (546). — Die rheinischen Liberalen und das Verhältnis Frankfurt-Berlin (548). — Der preußische König und das liberale Ministerium, Militärpartei nnd Camarilla (550). — Die Theorie von der Volkssouveränetät (554). — Die Zentralgewalt (556). — Der Reichsverweser (560). — Das Reichsministerium (562). — Ablehnung Camphausens (564). — Mevissen Unterstaatssekretär (566). — Spannung zwischen Berlin und Frankfurt (567). — Militärstaat und Volksfreiheit (570). — Partikularismus und deutsche Einheit (572). — Dombaufeier in Köln am 15. August (573). — Reichsministerium und Parlament beim Waffenstillstand von Malmö (577). — Austritt Mevissens aus dem Reichsministerium (581). — Direktion des A. Schaaffhausenschen Bankvereins (582). — Ministerkrisis in Berlin, Kombination Beckerath-Mevissen (585). — Widerstand des Königs und der Hof-

partei (587). — Sieg der Reaktion in Preußen (589). — Volkswirtschaftlicher Ausschuß in Frankfurt (591). — Schutzzoll oder Freihandel (593). — Soziale Frage (595). — Die Frage Preußen-Österreich in Frankfurt (596). — Die Erbkaiserpartei (598). — Ablehnung der Kaiserkrone (600). — Ausscheiden Mevissens aus dem Parlament (601).

IV. Kaufmännische Großunternehmungen 1850—1856 Seite 603—689

Sechzehntes Kapitel. Versicherungswesen, Industrie, Bergbau und Hüttenwesen (1850—1856) . Seite 603—644

Der A. Schaaffhausensche Bankverein (603). — Der „kapitalistische Geist" (605). — Versammlung in Gotha am 26. Juni 1849 (607). — Metternich (609). — Preußische Verfassung (610). — Reichstag in Erfurt (611). — Sieg der Realpolitik (613). — Rückkehr zum Bundestag (615). — Besondere Bedeutung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins (616). — Assoziation im gewerblichen Leben, Aktiengesellschaft (618). — Kölner Rückversicherungsgesellschaft (621). — Lebensversicherungsgesellschaft Concordia (622). — Gutachten über Agiotage (624). — Feuerversicherung, soziale Pläne (626). — Mechanische Flachsspinnerei in Düren und Dülken (628). — Kölnische Baumwoll-Spinnerei und -Weberei (631). — Kohle und Eisen (633). — Kölner Bergwerksverein (635). — Der Kohleneisenstein (Blackband) im Ruhrrevier (637). — Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein (638). — Der Köln-Müsener Bergwerksverein (641). — Die Kölner Maschinenbau-Aktiengesellschaft (643).

Siebzehntes Kapitel. Bankwesen; Eisenbahnwesen (1850 bis 1856) . . . . Seite 645—689

Die Unternehmungsbank (645). — Rheinland, Süddeutschland und die preußische Bankpolitik (647). — Der Pariser Crédit Mobilier von 1852 (648). — Die Darmstädter 'Bank für Handel und Industrie' (649). — Leitende Gedanken bei der Gründung (652). — Mitwirkung des Crédit Mobilier (654). — Bedeutung der Unternehmungs-(Kredit-)Banken (656). — Die 'Bank für Süddeutschland' (658). — Die Kölnische Privatbank (660). — Die 'Internationale Bank in Luxemburg' (661). — Projekt des 'Preußischen Kreditinstituts' in Berlin (664). — Adel und Großindustrie (665). — Verbot der Regierung (667). — Lage des rheinischen Bahnwesens (669). — Frage der Eisenbahnverstaatlichung (670). — Rheinuferbahn, rechtsrheinisch-linksrheinisch, strategische Bedenken (672). — Verschmelzung der linksrheinischen Komitees (676). — Eingreifen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft (678). — Widerstände bei der Staatsregierung (680). — Verknüpfung der linksrheinischen Projekte (682). — Weltausstellung in London 1851 und Paris 1855, Jury (685). — Konzession der Eisenbahn von Nimwegen bis Bingen (688).

V. Auf der Höhe des Lebens 1857—1879 . . . . . Seite 690—803

Achtzehntes Kapitel. Rheinisches Eisenbahnnetz. Kölner Handelskammer. Verfassungskonflikt . . . Seite 690—747

Familienleben (690). — Tod der Gattin, Erkrankung (691). — Zollvereinskrisis (693). — Präsidium der Kölner Handelskammer 1856—1860 (697). — Leitende Gedanken im Wirtschaftsleben, Handelskammerberichte (698). — Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Gegensatz zur Freihandelsära (700). — Kanäle, Seeschiffahrt, Dezentralisation der Industrie (703). — Regulierende Aufgabe der Staatsregierung (706). — Systematik des Wirtschaftslebens (708). — Ausbau der Rheinischen Eisenbahn nach Bingen; Hartwich und Rennen (710). — Zweite Heirat, Reise nach Italien (712). — Italienische Einheitsbewegung und nationale Frage in Deutschland (713). — Mevissen bei Beginn der 'Neuen Ära', Frage der Rückkehr zur Politik (715). — Armeereform (717). — Mevissens Stellung zum Ausbau der Land- und Seemacht (719). — Beziehungen zum Prinzen und der Prinzessin von Preußen (721). — Verschärfung der politischen Krisis (723). — Handelsvertrag mit Frankreich 1862 (725). — Weltausstellung in London 1862 (729). — Kanalprojekte (730). — Konflikt der Rheinischen Eisenbahn mit der Stadt und Handelskammer Köln (731). — Das linksrheinische Eisenbahnnetz (733). — Eindringen in das Ruhrkohlenrevier, Konflikt mit der Köln-Mindener Bahn (735). — Der Verfassungskonflikt, Adresse an den König, 1863 (738). — Kölner Abgeordnetenfest, 1863 (740). — Bismarcks Emporsteigen (742). — Unterredung mit König Wilhelm über Kiel, 1865 (744). — Wahl zum Herrenhaus (746).

Neunzehntes Kapitel. Herrenhaus. Im neuen Reich. Industrie und Bankwesen. Eisenbahnverstaatlichung (1866—1879) . . . . Seite 747—803

Der Norddeutsche Bundesstaat (747). — Ausgang des Verfassungskonflikts (750). — Finanzpolitische Aufgaben (752). — Allgemeines Wahlrecht (753). — Pariser Weltausstellung 1867 (754). — Der französische Krieg (756). — Gründung des neuen Reichs (757). — Kaiserin Augusta, soziale Frage, Kulturkampf (768). — Staat, Kirche und Schule (760). — Wirtschaftliche Unternehmungen (763). — Abgabe der Leitung des Köln-Müsener Bergwerksvereins und der Kölnischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft (764). — Kölner Baumwollspinnerei und Hörder Bergwerks- und Hüttenverein (766). — Schaaffhausenscher Bankverein (768). — Darmstädter Bank (768). — Internationale Bank in Luxemburg (770). — Ausscheiden aus dem Schaaffhausenschen Bankverein (771). — Aufgabe des Konzessionszwanges der Aktiengesellschaften (772). — Gründerschwindel und Milliarden (773). — Mevissens Idee der Konkurrenzregulierung (774). — Halböffentlicher Charakter der Aktiengesellschaften (776). — Staatsbeamte in den Aufsichtsräten (778). — Wirtschaft und Staat (780). — Börsenmoral (781). — Ethik und Volkswirtschaft (782). — Ausscheiden aus

der Darmstädter und Luxemburger Bank (784). — Erweiterung der Rheinischen Eisenbahn (785). — Jahresberichte Mevissens (787). — Geist der Verwaltung (789). — Konkurrenz der drei Bahnsysteme, des Rheinischen, Köln-Mindener und Bergisch-Märkischen (791). — Gemischtes System, Tarifwesen (794). — Idee der Verstaatlichung der Eisenbahnen durch das Reich (796). — Gegensatz und Bedenken Mevissens (797). — Verstaatlichung der Rheinischen Eisenbahn durch die preußische Regierung (799).

VI. Ausgang und Ende 1880—1899 . . . . Seite 804—869

Zwanzigstes Kapitel. Wirtschafts- und Sozialpolitik. Handelshochschulprojekt. Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. Letzte Lebensjahre (1880 bis 1899) . . . . Seite 804—869

Abschied vom Wirtschaftsleben Rheinlands und Westfalens (804). — Umschwung der deutschen Wirtschaftspolitik (808). — Sozialpolitik, Arbeiterversicherung (812). — Soziale Einrichtungen des Hörder Bergwerksvereins und der Rheinischen Eisenbahngesellschaft (814). — Volkswirtschaftsrat (818). — Familienleben, Freunde (820). — Handelshochschule (824). — Rheinische Projekte seit dem 18. Jahrhundert (825). — Projekt der Technischen Hochschule in Köln (829). — Mevissens Projekt der Handelshochschule vom Jahre 1879 (832). — Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 1881 (836). — Ehrendoktor der Bonner Universität, Verleihung des Adels (841). — Herrenhaus und Staatsrat, Abschluß des Kulturkampfs, Kolonialpolitik, Kanalvorlage (842). — Kaiser Wilhelm I., Kaiserin Augusta und Großherzogin von Baden (849). — Erkrankung Otium cum dignitate (852). — Politische und wissenschaftliche Interessen. (854). — Handelshochschulprojekt (857). — Achtzigster Geburtstag 1895 (858). — Jubiläum des Frankfurter Parlaments 1898 (859). — Tod (860). — Schlußbetrachtung (861).

Druckfehler und Berichtigungen.

Band I.

Seite 9 Zeile 16 v. o. lies 'entzogen' statt 'entzog'.
" 175 Zeile 23 v. o. lies 'Arbeitsvertrag'.
" 177 Anmerkung lies 'unten' statt 'unter'.
" 204 Zeile 3 v. u. lies 'Rheinischer Merkur' statt 'Deutscher Merkur'.
" 293 Anm. 2 lies 'Er' statt 'Es'.
" 303 Zeile 7 und Seite 716 Anm. 2 lies 'F. P. Buhl'.
" 320 Zeile 25 v. o. lies 'dieser' statt 'diese'.
" 342 Anmerkung 2 lies '16' statt '17'.
" 372 Zeile 2 v. o. lies '254' statt '252'.
" 394 Zeile 9 v. o. lies 'Gewerbfleißes' statt 'Erwerbfleißes'.
" 429 Anmerkung, letzte Zeile, lies '15' statt '14' (vgl. S. 544).
" 493 Zeile 8 v. o. lies 'enttäuschte' statt 'enttäuschten'.
" 665 Anmerkung 1 Zeile 2 lies '1858' statt '1859'.
" 765 Zeile 7 v. o. lies 'Gegend vor Homberg'.

Band II.

Seite 94 Anmerkung, Zeile 3, lies 'Rave' statt 'Rabe'.

I. Jugend, Lehrjahre 1815—1840.

Erstes Kapitel.

Herkunft, Elternhaus, Schule (1815—1830).

Am 20. Mai 1815, wenige Tage nach dem denkwürdigen Augenblick, der die rheinischen Lande nach zwanzigjähriger Fremdherrschaft wieder mit Deutschland vereinigte und sie dem Verbande des preußischen Staates einverleibte, kam Gustav Mevissen in Dülken, westlich von Krefeld nahe der holländischen Grenze, als das jüngste Kind seines Vaters Gerhard zur Welt, der in der kleinen niederrheinischen Industriestadt eine ansehnliche Zwirnfabrik betrieb.

Dülken hatte bis zur Okkupation der Rheinlande durch die Franzosen im Jahre 1794 zum Herzogtum Jülich gehört. Gustav Mevissens Vater und seine Mutter, Katharina Elisabeth geb. Gierlings, waren, ersterer am 20. Januar 1774, letztere am 3. April 1773, dort als jülichsche Untertanen geboren. Die Familien beider waren schon seit längerer Zeit in der kleinen, damals noch ganz stillen Stadt heimisch. In Dülken, das bereits im 14. Jahrhundert Stadtrechte besaß, war in der Epoche des allgemeinen Niedergangs, dem das deutsche Städtewesen seit dem Ende des Mittelalters anheimfiel, Stillstand der Entwickelung eingetreten. Der Dreißigjährige Krieg hatte im 17. Jahrhundert dem Ort übel mitgespielt, im 18. Jahrhundert legte der Siebenjährige Krieg den Einwohnern schwere Kontributionen auf. So war der wirtschaftliche Zustand während der letzten Jahrhunderte der einer gleichförmigen Stagnation gewesen. Die Einwohner gehörten nahezu sämtlich der katholischen Kirche an, ihre Zahl wurde im Jahre 1767 auf 1500 berechnet.[1])

---

[1]) Norrenberg, Chronik der Stadt Dülken (1874) S. 33; Fabricius, Erläuterungen zum Historischen Atlas der Rheinprovinz S. 264.

Wirtschaftlich stellte sich Dülken damals durchaus als Landstädtchen dar. Ackerbauer, einige Handwerker und Inhaber offener Geschäfte bildeten den Grundstock der Bevölkerung. Bis zum Jahre 1766 hatte keinerlei selbständige Industrie in Dülken Platz. Aber man wohnte hier auf der Grenze zwischen Industrie und Ackerbau. Zahlreiche Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung fanden ihre hauptsächliche oder ihre Nebenbeschäftigung, indem sie als Spinner und Weber für Fabrikanten und Händler in den benachbarten Orten Süchteln, Viersen und Krefeld tätig waren. Diese alten Sitze der Leinwandweberei waren nicht nur selbst mit vielen Webstühlen ausgestattet, für welche die ländlichen Spinnerinnen der Umgegend das Garn lieferten, sondern sie beschäftigten daneben auch zahlreiche Bewohner der Umgegend in Stadt und Land als Weber in der Form der Hausindustrie. In dieser Leinenindustrie wurde fast ausschließlich ein heimischer Rohstoff verarbeitet; die Gegend zwischen Erkelenz und Geldern erzeugte seit Jahrhunderten wohl den besten deutschen Flachs. Die fertige Leinwand, die hier produziert wurde, war von anerkannter Güte; sie wurde nicht nur im Rheinland abgesetzt, sondern vielfach auch, als sog. 'Stülpe', nach Holland und Frankreich exportiert. Angeregt durch die die Industrie seiner Staaten mannigfach fördernde Haltung des damaligen Herzogs von Jülich — es war der nicht nur für Kunst und Wissenschaft, sondern auch für die materielle Hebung seiner Länder eifrig besorgte Wittelsbacher Karl Theodor, der gleichzeitig die pfälzische Kurwürde bekleidete — war im Jahre 1766 eine Garn- und Leinenfabrik auch in Dülken selbst angelegt worden, die schnell größere Ausdehnung gewann. Die vorherrschende Hausindustrie hatte für die ganze Gegend den Vorzug einer engen Verbindung von Ackerbau und Gewerbe. Die den Flachs auf eigenem Acker ziehenden Bauern konnten den ganzen fernern Prozeß des Reinigens, Hechelns, Spinnens und Webens selbst übernehmen oder durch Glieder der Familie ausführen lassen und sich damit aus gewerblicher Arbeit eine Einnahmequelle schaffen, welche ihren sonst vielfach ungenügenden Lebensunterhalt ergänzte. Wenigstens für die geringeren Sorten des Leinenproduktes empfahl sich dieser Fabrikationsbetrieb durchaus; nur für die feineren Gewebe trat die Lohnspinnerei und die Lohnweberei ergänzend ein.

Inmitten dieser Bevölkerung, die sich in den Mauern der

kleinen Stadt, eng untereinander verbunden und deutlich von der Umgebung abgeschlossen, noch in patriarchalischen Verhältnissen bewegte, hatte Mevissens Großvater Arnold als Schmied gelebt, ein fleißiger Mann, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit seinen Knechten seinem Gewerbe oblag und besonders als Hufschmied Ruf hatte. Nebenher widmete er sich in der Weise der Zeit der Tierarzneikunde. Eine kleine Büchersammlung vorwiegend medizinischen Inhalts, die der junge Gustav später im großelterlichen Hause vorfand, erinnerte noch nach Jahrzehnten an diese Nebenbeschäftigung des Großvaters als Tierarzt. Arnold starb im Jahre 1784. Er hinterließ seiner Witwe, einer gleichfalls energischen und unermüdlichen Frau, die das Gewerbe des Mannes mit Hilfe eines Gesellen weiterführte, zu den zahlreichen Kindern, die sie schon aus erster Ehe besaß, zwei Söhne, den zehnjährigen Gerhard und einen etwas jüngeren Sohn Joseph. Zur Übernahme des väterlichen Geschäftes wurde der jüngere Sohn bestimmt, da dem älteren, der seit der Geburt schwächlich war, die körperliche Kraft zur Ausübung des Schmiedeberufs abging. Gerhard, der die mangelnde Körperkraft durch ein kluges, wißbegieriges und schnell auffassendes Wesen ersetzte, mußte sich daher, da die Familie nicht über Wohlstand verfügte, vielmehr durch den frühen Tod des Vaters in eine beschränkte Lage geraten war, seine Existenz ganz von unten auf begründen.

Er wurde nach Absolvierung der sehr primitiven Dülkener Schule im Jahre 1786 einem Rietmeister in die Lehre gegeben, d. h. einem Handwerksmeister, der Weberriete anfertigte. Es sind das jene kammartigen Instrumente, durch welche auf dem Webstuhl die Fäden der Kette einzeln hindurchgezogen werden, um sie für den Flug des den Einschuß vollziehenden Weberschiffchens zu ordnen und zugleich das entstehende Gewebe zu festigen. Die große Sorgfalt und Präzision erheischende Arbeit sagte dem stillen und gewissenhaften Knaben zu. Die vierjährige Lehrzeit verlebte er unter den einfachsten Verhältnissen, der allgemeinen Sitte gemäß zu allerhand Nebendiensten verwendet, mit gutem Erfolge. Schon in diesen Jahren entwickelte sich seine Selbständigkeit des Charakters, sein fester Wille, durch strebsame Energie etwas Größeres zu werden, als ihm die enge Heimat zu versprechen schien. Nach beendeter Lehrzeit sollte der Jüngling zunächst als Geselle bei seinem Meister bleiben, aber

sein Wunsch, sich weiter auszubilden und seine Kraft besser verwertet zu sehen, trieb ihn von der Heimat weg in den nahen Mittelpunkt der niederrheinischen Industrie, nach Krefeld. Hier fand er 1793 als Geselle bei einem angesehenen Rietmacher Aufnahme, der vorzugsweise für das altberühmte Haus von der Leyen arbeitete. In Krefeld war schon länger als ein Jahrhundert neben der traditionellen Leinenindustrie und sie an Bedeutung überflügelnd die Seidenfabrikation heimisch geworden. Das Haus von der Leyen, durch Tatkraft und Unternehmungslust der Besitzer begründet, und gefördert durch Privilegien und Monopole seitens der preußischen Krone, besaß damals bereits mehr als fünfhundert Webstühle und beschäftigte ein Heer von Arbeitern.[1]) Neben ihm bestanden noch mehrere andere namhafte Geschäftshäuser; es war hier eine auch nach heutigem Maßstab nicht unbedeutende Industrie vorhanden, die für einen empfänglichen Kopf mannigfache Anregung bot.

Die Wahl des Meisters war hier wie vorher in Dülken glücklich. Auch in dem Krefelder Hause herrschte strenge Ordnung und Sitte. Der Bildungsgrad des Meisters war höher, die Stellung der Gesellen freier und angesehener. Dem einzelnen war einiger Spielraum gegeben, sich durch besonderen Fleiß auszuzeichnen und außer dem regelmäßigen Lohn in Neben- und Überstunden zu verdienen. Gerhard Mevissen bewahrte sein ganzes Leben hindurch diesem Krefelder Aufenthalt, der die feste Grundlage zu seinem späteren Wirken und Streben legte, ein dankbares Gedenken. Gesellenlohn und Nebenverdienst verwandte er zunächst zur weiteren geistigen Fortbildung in Wissen und Sitten, vor allem zum Erlernen der französischen Sprache, die eben jetzt infolge der Eroberung der Rheinlande durch die Franzosen ein dringendes Bedürfnis des täglichen Lebens wurde, dann aber auch für die Pflege von Musik und Gesang.

Nach zwei Richtungen wurde der mehrjährige Aufenthalt in Krefeld für ihn von besonderer Bedeutung. Zunächst trat der aus einer ganz katholischen Umgebung stammende Jüngling hier in einen vorwiegend protestantischen Kreis. Die Geschäftswelt Krefelds gehörte

---

[1]) Keussen, Geschichte der Stadt Krefeld S. 475; Thun, die Industrie am Niederrhein I, 87; Acta Borussica, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert (von O. Hintze).

zum größten Teil der evangelischen Konfession an, und eine Anzahl der führenden Persönlichkeiten bildete eine besondere mennonitische Gemeinde. Diese Verschiedenheit von den heimischen Zuständen trat dem Jüngling nach jeder Richtung vor Augen. Er lernte protestantische Anschauungen kennen und schätzen. Dogmatischer Indifferentismus und religiöse Toleranz machten am Niederrhein während der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts im allgemeinen auch in der katholischen Bevölkerung wesentliche Fortschritte. Die Tendenzen der deutschen Aufklärungsbewegung, denen sich der letzte Kölner Kurfürst Maximilian Franz, der Bruder Kaiser Josephs II., angeschlossen hatte, waren nach dieser Richtung wirksam, und durch die französische Regierung wurde manchen Orts erst jetzt die öffentliche Toleranz der verschiedenen Bekenntnisse nebeneinander durchgeführt. Gerhard Mevissens religiöse Anschauungen entsprachen im allgemeinen dem Geist der Aufklärung, dabei fühlte er sich aber durch manche protestantische Schriften, die er in Krefeld kennen lernte, stark angezogen. Paulus Gerhardts geistliche Gedichte mit ihrer weihevollen, eine sonnige Heiterkeit des Gemütes atmenden Stimmung verfehlten auch auf ihn nicht ihre Wirkung. Gerhardt, Simon Dach, Claudius und Gellert wurden ihm damals lieb und blieben es bis in sein hohes Alter; ihre Dichtungen waren auch für ihn lebensvolle Klänge voll guter Lehren für eine sittliche Führung.

Dann aber wirkte der Aufenthalt auch auf die Entwicklung seiner politischen Ansichten bestimmend ein. Krefeld war seit 1701 inmitten der rheinischen Gebiete eine preußische Stadt. Wenn der lernbegierige Jüngling einige Kenntnis der allgemeinen vaterländischen Geschichte aus der seit 1778 erscheinenden trefflichen Geschichte der Deutschen von M. J. Schmidt schöpfte, so trat ihm die große Gestalt des preußischen Königs lebhaft in der Darstellung des Siebenjährigen Kriegs von J. W. Archenholtz entgegen, die in demselben Jahre erschien, wo er nach Krefeld übersiedelte. Die wirtschaftliche Blüte dieser Stadt hatte sich unter der preußischen Herrschaft vornehmlich entwickelt. Mit Freude und Stolz nahm die Bevölkerung an dem Aufschwung des preußischen Staats unter Friedrich dem Großen teil. Durch die planmäßige Beförderung der Seidenfabrikation genoß der König im Kreise der Industrie noch besondere Verehrung. Die Heere der französischen Revolution wurden in dieser Zeit, wo

der strebsame junge Mann seiner Ausbildung oblag, in den übrigen Gebieten des linken Rheinufers vielfach als Retter des Volkes aus verkommenen Staatsformen begrüßt. Krefeld mußte sich zwar gleichfalls im November 1794 der feindlichen Übermacht beugen, aber die Gesinnung der Bewohner blieb auch während der Fremdherrschaft im allgemeinen preußisch und deutsch, trotzdem Preußen seinen rheinischen Besitz mit dem übrigen Rheinland zusammen im Baseler Frieden von 1795 den Franzosen preisgab. Mit Enthusiasmus wurde hier im Jahre 1814 die Rückkehr der preußischen Truppen begrüßt. Gerhard Mevissen erfüllte sich in Krefeld mit warmer Begeisterung für den alten Fritz; sie wurde allerdings später, nach dem Aufsteigen des gewaltigen französischen Eroberers und Organisators und dem jähen Zusammenbruch der politischen Schöpfung des preußischen Königs in der Schlacht von Jena, durch eine ebenso warme Verehrung für Napoleon abgelöst, die den Sturz des französischen Kaisers überdauerte und aus der politischen Verstimmung während der trüben Jahre der Reaktion noch lange Nahrung zog.

So war für den Jüngling dieser Aufenthalt in der fremden Stadt zu einer Zeit, wo überhaupt die frühesten Regungen politischer Anteilnahme im Schoße des rheinischen Bürgertums sich zeigten, die Bevölkerung seiner Vaterstadt aber gegenüber den Erscheinungen des geistigen wie des politischen Lebens noch völligen Indifferentismus bewahrte, besonders auch durch den Gegensatz von großer Bedeutung. Die Selbständigkeit seines Urteils in Fragen des inneren Lebens und sein Verständnis für Preußens politische Bedeutung wurden hier in nachdrücklicher Weise geweckt.

Für die eigene Zukunftsgestaltung entsprang aus diesen Eindrücken der neuen Umgebung schon bald der lebhafte Wunsch nach Begründung einer selbständigen Tätigkeit. Bei einer energischen Natur mußte aus solchen Verhältnissen heraus in einer Epoche, wo der umschaffende Geist der Menschheit Triumphe über Triumphe feierte, der Ehrgeiz geweckt werden. Um das Jahr 1797 reifte in ihm nach sorgfältiger Überlegung der Entschluß, mit den mäßigen Ersparnissen, über die er verfügte, einen Versuch zur Begründung eines eigenen Geschäfts zu machen. In Krefeld bestand eine ausgedehnte Zwirnfabrikation; dem jungen Unternehmer schien dieser nur wenig Kapital erfordernde Zweig am ehesten Erfolg verheißend, er

wollte aus leinenen Garnen Kammzwirne fabrizieren, und zwar nach Dülken zurückkehren, um dort, wo dieser Industriezweig noch keine Vertreter hatte, eine Zwirnmühle einzurichten. Die Verhältnisse für neue Unternehmungen lagen damals durch die Gesetzgebung der Revolution besonders günstig. Dülken war, wie der ganze Niederrhein, französisch geworden und wurde bei der Neuorganisation der Behörden im Jahre 1798 dem Roerdepartement eingegliedert. Die junge französische Gewerbefreiheit, die im ganzen Lande Privilegien und Monopole der bestehenden Firmen beseitigte, begünstigte die Entstehung neuer geschäftlicher Betriebe. Für den Absatz stand nicht nur die linksrheinische Umgebung offen, auch nach dem alten bergischen Industriegebiet gab es lebhafte Geschäftsbeziehungen. Schon seit 1770 hatte die Bevölkerung im bergischen Lande, im gewerbfleißigen Wuppertal, nicht mehr ausgereicht, um alle Aufträge der Textilindustrie an Ort und Stelle auszuführen; man beschäftigte von dort aus, meist mit Hülfe von Faktoren, die Bevölkerung der Gegend um Gladbach zum großen Teile mit, so daß damals ein überaus reger Geschäftsverkehr zwischen beiden Rheinufern herrschte.

Gerhard Mevissen kaufte im Jahre 1798 eine Zwirnmühle und stellte sie, nach Dülken zurückgekehrt, zunächst in einem Zimmer im elterlichen, später in einem gemieteten Hause auf. Diese kleine Unternehmung vom Jahre 1798 bildete den ersten Anfang der später so reich entwickelten Dülkener Zwirnfabrikation. In rastloser Tätigkeit gab sich Mevissen seinem Unternehmen hin. Die gute allgemeine Geschäftslage und das freundliche Wohlwollen, das dem stillen, nur auf sein Geschäft bedachten Manne besonders von Krefeld aus entgegengebracht wurde, erleichterten den Fortschritt. Bis zum Jahre 1802 erweiterte sich die kleine Fabrik auf vier Zwirnmühlen, die nun mit zwei Gesellen betrieben und deren Erzeugnisse nach Krefeld, Elberfeld, Köln und Aachen verkauft wurden. Der junge Fabrikant versagte sich in diesen Jahren alle Vergnügung und Erholung, lebte ausschließlich seinem Geschäfte und verwandte die spärlichen Mußestunden nur für seine geistige Weiterbildung. Der Geschäftserfolg war so günstig, daß er sich im Jahre 1803 ein eigenes Haus bauen konnte, wohin er im folgenden Jahre seine kleine Fabrik verlegte.

Der Dreißigjährige entschloß sich nunmehr, nachdem er aus eigener Kraft und nach eigenem Ermessen seinen nächsten Lebensplan

verwirklicht, sich seine Selbständigkeit geschaffen hatte, auch den eigenen Herd zu begründen. Seine Wahl fiel auf die Tochter aus einem Dülkener Geschäftshause. Die Familie Gierlings war mit dem Dülkener Leben, von dem der junge Mevissen sich seit der Rückkehr aus Krefeld abgesondert hatte, eng verwachsen. Sie besaß die einzige größere Leinenhandlung im Städtchen und erfreute sich mäßigen Wohlstands. Der Leinenverkauf, der u. a. die erwähnten feinen Leinen umfaßte, ging zum Teil nach Limburg und Holland, und auch die Töchter des Hauses waren im Geschäfte tätig. Daß der Bewerber sich von dem Dülkener bürgerlichen Leben, das ihm keine Befriedigung gewährte, fernhielt, entsprach den Wünschen der Familie keineswegs. Die Bürger des kleinen Städtchens standen alle persönlich einander nahe, und man sah es nicht gerne, daß sich einer von der allgemeinen Lebensweise zurückzog und auf eigenen Füßen zu stehen wagte. Mevissens Anschauungen, die das Ergebnis der Krefelder Jahre waren, deckten sich aber zu wenig mit denen der Dülkener Umgebung, als daß er nicht, gestützt auf seine feste Natur, eine Emanzipation von der allgemeinen Sitte, von der herkömmlichen Art kleinbürgerlichen Lebensgenusses hätte durchführen wollen. Der Entschluß der Braut überwand alle Widerstände, Mevissen führte im Jahre 1804 seine Frau ins eigene Heim und verstand es, seine selbständige Stellung gegenüber der ihn umgebenden Welt auch ferner zu behaupten. Die Ehe war im Laufe der Jahre 1805 bis 1815 mit vier Kindern gesegnet. Der erstgeborene Knabe starb früh. In den Jahren 1807 und 1809 wurde Gerhard von seiner Gattin mit zwei Töchtern, Maria und Wilhelmine, beschenkt. Am 20. Mai 1815 wurde dann das jüngste Kind, Gustav, geboren, wenige Tage nach jenem 15. Mai, an welchem die von der französischen Herrschaft befreiten Rheinlande dem preußischen Könige gehuldigt hatten, während der 'Hundert Tage', die den blutigen Schlußakt des Kaisertums Napoleons I. bildeten.

Die von 1794—1814 dauernde Herrschaft der Franzosen am Rhein hatte die rheinische Industrie auf allen Gebieten ungemein gefördert. War hier vorher infolge der Zersplitterung in viele selbständige Staatsgebiete das wirtschaftliche Leben überall auf die Pflege von Partikularinteressen hingewiesen, so bot nun das weite französische Staatsgebiet für alle Erzeugnisse der Industrie einen

großen Markt; strebsamen Kräften war hier Anregung und Raum zu freiester Entfaltung geboten. Zudem wurde die Industrie von der Regierung in jeder Weise gefördert durch Schutzzölle und Prämien. Die Kontinentalsperre endlich schloß für eine Reihe von Jahren die frühere Mitbewerbung Englands so gut wie ganz aus. Nicht nur die Tuch- und Seidenindustrie blühte damals am Niederrhein kräftig auf. Auch die Leinenindustrie erlebte einen wenigstens quantitativen Aufschwung. Sie war seither durch die Seidenindustrie stark benachteiligt worden, die ihr viele Arbeitskräfte entzog; jetzt erhob sich ihr seit 1808 in der Gladbacher Gegend noch eine neue Konkurrenz in Gestalt der Baumwollindustrie, die aus dem Wuppertal nach Viersen, Neuß, Gladbach, Dülken und Rheydt übersiedelte, da der Rhein seit 1798 die Zollgrenze gegen das Herzogtum Berg bildete und so der Absatz der dortigen Produkte nach Frankreich hin geschmälert worden war. Die höheren Löhne, die sie wie die Seidenindustrie gewähren konnte, entzog der Leinenindustrie viele Kräfte, aber dafür kaufte wieder der Pariser Markt mit Vorliebe die feinen Leinen der Gladbacher Gegend, für deren Herstellung sich damals auf einige Jahre in Viersen ein Mittelpunkt bildete.[1]) Und da der Bedarf an leinenen Kammzwirnen, mit deren Herstellung sich Mevissen beschäftigte, keine erhebliche Vermehrung erfuhr, so zog der junge Fabrikant seit 1805 auch die Herstellung von Nähzwirnen in seinen Bereich. Hatten früher die Spinnerinnen ihre Garne meist in die Klöster geliefert, wo sie zu dem eines hervorragenden Rufes sich erfreuenden sog. Klosterzwirn verarbeitet wurden, so fiel nach der allgemeinen Aufhebung der Klöster im Jahre 1802 dieser Geschäftszweig den weltlichen Unternehmern zu.

Die Jahre von 1805 bis 1813 waren für Mevissen so gewinnbringend, daß er abermals an eine Erweiterung seiner Fabrikräume denken mußte.[2]) Es fügte sich, daß eben damals eine gute Gelegenheit sich darbot. Der jülichsche Landesrat und Generalsteuerempfänger v. Heister hatte sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts an der

[1]) Vgl. Band II S. 39 und im allgemeinen P. Darmstädter, Studien zur napoleonischen Wirtschaftspolitik, in der Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte II (1904) S. 559ff., 571.

[2]) Die Krisis von 1810/11 hat den Niederrhein mit Ausnahme der Wollindustrie wenig betroffen (Darmstädter, l. c. S. 587, 589).

Langstraße zu Dülken ein stattliches Haus errichtet, das sich durch Bauart und innere Einrichtung vor den einfachen Dülkener Wohnhäusern vorteilhaft auszeichnete. Während der französischen Okkupation bewohnte der Präfekturrat van der Straeten dieses Haus und richtete es neu ein. Da er 1814 seinen Wohnsitz nach Aachen verlegte, so wünschte er, das Haus zu verkaufen. Er hatte demselben einen Seitenflügel angebaut und in diesem seit 1810 eine Rübenzuckerfabrik betrieben. Während der Dauer der Kontinentalsperre wurde ja an vielen Stellen im Rheinland auf Anregung der französischen Regierung dieser, zunächst allerdings nur ephemere, Ersatz für den Kolonialzucker eingeführt, da der letztere infolge der englischen Seesperre sehr verteuert worden war.[1]) Mevissen kaufte dieses Haus, verlegte seine Geschäfts- und Lagerräume in die Räume der früheren Zuckerfabrik und widmete sich, auch ferner ehrgeizig vorwärts strebend erfolgreich dem Ausbau seines Geschäftes. Seine persönliche Abschließung von dem Dülkener Kreise, der neben den täglichen Verrichtungen seine müßige Zeit meist mit Wirtshausbesuch und Kegelschieben verbrachte, wurde von da ab noch stärker als zuvor. Sein Haus, seine Familie wurde der abgeschlossene Kreis, dem der rastlos tätige Mann sich widmete, soweit sein Geschäftseifer ihm Zeit ließ.

Wir erwähnten schon, daß wie auf so manche seiner Zeitgenossen auch auf Gerhard Mevissen, einen für den Kultus großer Persönlichkeiten empfänglichen Mann, die Erscheinung Napoleons, des gewaltigen durch eigene Kraft zu den höchsten Höhen der Menschheit aufgestiegenen Herrschers, zugleich des großartigen Förderers bürgerlich-industrieller Unternehmungslust, wie ein Zauber wirkte. Gelegentlich der Bergischen Industrieausstellung in Düsseldorf, welche sich im Jahre 1811 vor dem Kaiser entfaltete,[2]) war auch der zufällig anwesende Mevissen in eine kurze Unterhaltung gezogen worden; seine Verehrung für Napoleon erreichte damit ihren Höhepunkt. Schon bald danach aber sah der Niederrhein den Durchzug der jammervollen Reste der in Rußland vernichteten französischen Armee, und am 18. Oktober 1813 verkündete der Kanonendonner der Völkerschlacht bei Leipzig die nahende Wiedergeburt Deutschlands. Mitte Januar

[1]) Vgl. Keussen, Krefeld S. 493; Trierisches Archiv, Ergänzungsheft II, 1901.

[2]) Redlich, Die Anwesenheit Napoleons I. in Düsseldorf im Jahre 1811 (1892); Beiträge zur Gesch. des Niederrheins XVII (1902) S. 193 ff.

1814 erschienen die ersten Kosaken in der Dülkener Gegend und vertrieben die Reste der französischen Besatzung. Vor den räuberischen Horden schützte Mevissen seinen Besitz an Warenvorräten, indem er die Türen zu den Lagerräumen vermauerte. Kaum war dann aber die seit 1798 bestehende Verkehrssperre zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer beseitigt, als Mevissen die Gunst des Augenblicks nutzte, mehrere Frachtwagen mit seinen Zwirnen belud und diese seinen alten, dringend danach verlangenden Geschäftsfreunden im Wuppertale lieferte. Wie vor 1800 so wurde auch von jetzt ab das Bergische Land mit seinen Fabriken und Bleichen wieder sein bestes Absatzgebiet. Die Jahre von 1814 bis 1821 brachten steigenden Wohlstand, das Geschäft dehnte sich über die ganzen, damals (bis 1824) in zwei Provinzen geteilten preußischen Rheinlande aus. Mevissen ging gleichzeitig zu gelegentlichen Spekulationsgeschäften in landwirtschaftlichen Produkten, in Öl, Getreide und Kleesamen, über; seit 1822 gewöhnte er sich auch, planmäßig einen Teil seines Vermögens in Grundeigentum anzulegen. Es war die Zeit, wo der mobilisierte Grundbesitz in Deutschland allgemein in die beginnende Strömung des kapitalistischen Geistes einbezogen wurde. Viele der von ihm gekauften Ländereien waren vor der im Jahre 1802 im Roerdepartement durchgeführten Säkularisation Eigentum der alten Gladbacher Benediktinerabtei gewesen, so daß der neue Besitzer scherzend äußerte, die Mission der Mönche, Land und Geist zu kultivieren, sei nunmehr in seine Hände übergegangen. Im Jahre 1822 errichtete er hinter dem Garten seines Hauses neben dem alten Stadtgraben am Bruchtor umfangreiche Gebäude für die Ackerwirtschaft, deren Überwachung er sich mit Vorliebe widmete. Aber auch sein Hauptgeschäft erweiterte er stetig, besonders dadurch, daß er zu seiner Zwirnerei einen Großhandel in Garnen aller Art hinzufügte, den er seit 1825 zusammen mit einem andern Dülkener Garnfabrikanten, Mathias Bücklers, betrieb.

Das war die Umgebung, in der der junge Gustav seit dem Jahre 1815 aufwuchs und die dreizehn ersten Lebensjahre verbrachte. Das Städtchen Dülken hatte im allgemeinen seinen früheren, noch immer stillen und wenig verkehrreichen Charakter bewahrt. Städtisches und Ländliches waren noch durchaus gemischt. Der saubere Ort lag mitten in hübscher grüner Umgebung am Fuß der Süchtelner Höhen,

von denen der Blick weit hinaus über gesegnete Fluren, ein fruchtbares Land dahinschweift; am östlichen Horizont steigen aus der anmutigen Ebene die Türme von Krefeld empor. Im Innern lebte eine anspruchslose Bevölkerung mit einfachen Sitten, im allgemeinen spießbürgerlich am Alten, Heimischen hangend und ohne das Bedürfnis fremder Anregung. Der Gewerbefleiß verkörperte sich noch immer zum weitaus größten Teile in den Formen der Hausindustrie; die Bürger bewohnten durchweg ihr kleines eigenes Häuschen, bestellten ihr Stück Land, waren aber zugleich in ihrer Wohnung mit den Gliedern ihrer Familie gewerblich tätig — teils für auswärtige Häuser, die Leinen-, Seiden- und Sammtbandwebereien in Süchteln und Krefeld, die Siamosenwebereien in Rheydt — teils für die am Orte selbst befindlichen, nur wenige ständige Arbeiter beschäftigenden Fabriken, von denen die Mevissensche wohl die bedeutendste war.[1]) In dieser waltete Mevissens Vater als der rastlos vorwärtsstrebende, von dem geselligen Treiben der übrigen Einwohner sich sorgsam zurückhaltende Mann, der in einer von weltbewegenden Ereignissen erfüllten Epoche gelernt hatte, neben seiner geschäftlichen Tätigkeit auf dem selbstgeschaffenen Lebenswege über sich und die Umwelt ernstlich und mit reifem Verständnis nachzudenken. Für einen von Natur allen Eindrücken der Umgebung sich frei erschließenden Knaben war das eine glückliche Umgebung. Hier konnte er einen offenen Blick sowohl für die Natur als auch für die Vielgestalt und den Zusammenhang menschlicher Arbeit gewinnen. Aus den Verhältnissen der Umwelt heraus konnte sich hier die eigene Persönlichkeit in ihrer Besonderheit kräftig entwickeln und ein starkes Empfinden für die Zusammengehörigkeit der Familie der Außenwelt gegenüber sich ausbilden; zugleich mußte schon der Knabe hier die Welt von einem über dem Tagestreiben der Umgebung liegenden Standpunkt betrachten lernen.

Die nächsten von außen stärker auf den Knaben wirkenden Eindrücke waren naturgemäß die des väterlichen Geschäftes, an dessen Führung beide Eltern sich beteiligten. Der Betrieb war hier lebhaft genug. Die zu den Zwirnen erforderlichen Garne wurden

---

[1]) Im Jahre 1811 waren außerdem drei Leinefabriken und eine Baumwollfabrik in Dülken vorhanden (Paris, Archives Nationales F[12], 1591).

damals zum geringeren Teil fertig von den zahlreichen Spinnerinnen aus der Stadt und Umgebung gekauft, welche an bestimmten Wochentagen ablieferten. Der Geschäftsgang bei diesem Garnkaufe war primitivster Art. Die Qualität wurde nach dem Auge taxiert, und es wurde ein ziemlich gleichbleibender Preis dafür bezahlt. Die Spinnerinnen kauften für den empfangenen Preis zum Teil Spezereiwaren, wovon zu diesem Zwecke stets ein angemessener Vorrat gehalten wurde — der Keim des später, besonders im Bergischen Industriebezirk, so sehr entarteten Trucksystems. Zum größeren Teil aber wurden die Garne von den Spinnerinnen gegen Lohn gesponnen. Der dazu erforderliche Flachs wurde in der Regel Sonntag morgens von den Bauern der Umgegend gekauft, dann nach Bedarf zum Hecheln ausgegeben, und der gehechelte Flachs wurde hierauf den Lohnspinnerinnen überliefert. Der Lohn wurde je nach der Feinheit, Egalität und Güte des Gespinstes von der diesen Teil des Geschäftes leitenden Gattin des Geschäftsinhabers in der Regel einseitig, ausnahmsweise auch nach vorhergegangener Unterhandlung, pfundweise bestimmt. Ein geringer Teil des gekauften Flachses wurde weiter an Seilermeister in Köln, und das beim Hecheln erzielte Werg an Fuhrleute aus dem benachbarten Ort Breyel verkauft, welche dasselbe zusammen mit anderen Waren dem Mittel- und Oberrhein zuführten, um dann von dort Pottasche, Nüsse, Kastanien, Hafer u. a. an den Niederrhein zurückzubringen. Neben diesen mannigfachen Eindrücken des Geschäftslebens wirkten ferner die landwirtschaftlichen Interessen des Vaters stark auf den Knaben ein. Wenn er sein ganzes Leben hindurch niemals einseitig einzelne Zweige des Wirtschaftslebens betonte, sondern davon durchdrungen war, daß Landwirtschaft, Industrie und Handel eine große auf einander angewiesene Einheit bilden, so wurden zu dieser Anschauung schon in den Jugendjahren die Fundamente gelegt.

Außer diesen Vorgängen des täglichen Lebens waren es nur wenige Ereignisse aus den ersten Knabenjahren, die im Gedächtnisse Mevissens Spuren hinterließen. Auf der Heide bei Krefeld und in der Nähe von Dülken fanden wiederholt größere militärische Manöver statt, bei denen das Haus Mevissen regelmäßig Einquartierung höherer Offiziere erhielt. Besonders der General Graf Dohna, der im Jahre 1822 die Manöver leitete, blieb in der Erinnerung Gustavs

haften. Er erklärte ihm eine glänzende Kavallerieabteilung, die im Trabe die Straße des sonst so stillen Städtchens passierte. Solche Manöver brachten natürlich viel Bewegung in den Ort, und sie regten auch in etwa den politischen Sinn der Bevölkerung an. Ein Eindruck mehr idyllischer Art aus dem Jahre 1823 war nach anderer Richtung lehrreich für den Knaben. Eine neue Halfnerin zog damals in die vom Vater gebauten Wirtschaftsräume ein; in ihren Truhen brachte sie eine außerordentliche Fülle von verhältnismäßig reicher Ausstattung aus der guten alten Zeit mit, wo lebendige Kunsttraditionen das rheinische Volk noch erfüllt hatten. Mit den Schwestern staunte der junge Mevissen, seinerseits ganz an die seit der Revolution durchgeführte kunstlose Nüchternheit und Einfachheit gewohnt, die prächtigen Schnürleiber aus Wolle und Seide (sog. Relleffs), die bunten, in dortiger Gegend seltsamerweise „Seelen" genannten Röcke und das prunkende Geschmeide für den Sonntag an. Der Gegensatz einer kahlen, mit den einfachsten Formen sich begnügenden Gegenwart zu einer älteren formfroheren Zeit trat dem nachdenklichen Knaben hier in einem bleibenden Eindruck entgegen, und die Erinnerung daran ließ ihn schon frühe die Bedeutung der Entwicklung des Schönheitssinnes ahnen.

Inzwischen war im Herbst 1822 die Zeit des Schulbesuches für ihn gekommen. In einem armseligen, baufälligen und im Winter nur schlecht geheizten Gebäude hinter der Kirche war damals ein steinalter Lehrer als einzige Kraft auf pädagogischem Gebiet tätig.[1]) Er starb wenige Wochen nach Mevissens Eintritt. Den kalten Winter über besuchte der Knabe infolgedessen mit einigen Schulkameraden die in der Honschaft Busch, eine halbe Stunde von der Stadt entfernt, gelegene Schule der Landgemeinde Dülken. Im Frühjahr wurde dann die Stadtschule im alten Kloster neuerrichtet und ein tüchtiger Lehrer namens Wolf für dieselbe gewonnen, der besonderen Nachdruck auf das Rechnen legte. Im Jahre 1825 wurde der Knabe in eine Privatschule, die sog. französische Schule des Lehrers Conrads gegeben. Der aus Dülken gebürtige Lehrer, ein seltsamer Kauz, hatte lange Zeit als Soldat in Frankreich und

[1]) Die Dülkener Zustände dieser Zeit schildert anschaulich ein Zeitgenosse bei Norrenberg l. c. S. 126, vgl. S. 79.

Italien gelebt und war der französischen Umgangssprache mächtig. In mehreren Fächern unterrichtete an dieser Privatschule ein Vikar Clemens, ein der hermesianischen Richtung angehöriger tüchtiger Lehrer, der in hohem Grade das Ansehen seiner Mitbürger und die Liebe seiner Schüler genoß. Dagegen war es mit Conrads wissenschaftlicher Befähigung, wie sich bald offenbarte, sehr schwach bestellt, so daß der Vater sich entschloß, in anderer Weise für die fernere Ausbildung des Sohnes zu sorgen. Für die Erziehung allerdings konnte er bei den bestehenden Verhältnissen überhaupt auf die Hilfe der Schule nur nebenbei rechnen. Für sie kam fast ausschließlich das Elternhaus in Betracht, um so mehr, als der geistig sehr geweckte aber körperlich schwache Knabe zu gemeinsamen Spielen mit Kameraden wenig geschickt war und infolgedessen einen Hang zur Isolierung zeigte, der durch die Lebensgewohnheiten des Vaters nur bestärkt wurde. Im Elternhause war aber durch die besonderen dort herrschenden Verhältnisse für die Erziehung des Knaben gut gesorgt.

Zwischen den Eltern bestand zwar in den Fragen der Weltanschauung ein vollkommener Gegensatz, aber er führte keineswegs zu Differenzen, sondern wurde von beiden Seiten als gegebene Tatsache anerkannt. Die Mutter war eine sehr kirchlich gesinnte Frau; sie nahm lebhaften Anteil an dem Wiedererwachen des rheinischen Wallfahrtslebens, das, in der französischen Epoche durch die Staatsbehörden eine Zeitlang unterdrückt, eben jetzt im Zusammenhang mit den allgemeinen Erfolgen der romantischen Reaktion zu wiederholter Blüte sich anschickte. Der alte niederrheinische Wallfahrtsort Kevelaer, dessen neubeginnendes reges Treiben den Stoff zu Heines schwermütiger Ballade aus dem Jahre 1822 darbot, bildete auch für Mevissens Mutter einen Anziehungspunkt. Zwischen ihr und ihrem einzigen Sohne bestand während der ganzen Dauer des gemeinsamen Lebens das zärtlichste Verhältnis; das Auge der Mutter wachte mit besonderer Liebe und Fürsorge über dem Sohn, und dieser verdankte dem Einfluß ihres harmonischen, in stiller Einfachheit und ruhiger Sicherheit die Lebensbahn ziehenden Wesens sehr viel. Sie hatte, wie ihre Briefe noch aus dem hohen Alter zeigen, ein reiches, auch poetisch empfindendes Gemüt, ein frohes der Natur weit geöffnetes Herz. Eine sanfte, pflichttreue, mit heiterm Geist sich gebende Frau, entschieden in der Abwehr alles Trivialen und Niedrigen, war sie

eifrig und mit schönem Erfolge bemüht, verwandte Eigenschaften auch in ihren Kindern zu entwickeln. In den Fragen der Weltanschauung aber mußte sie schon früh auf jeden Einfluß auf den Sohn verzichten. Sie gedachte zwar, auch ihm Geschmack am Wallfahren beizubringen, aber mit wenig Glück; nur durch häufige Kirschenspenden vermochte sie bei dem einzigen Versuch, zu dem es überhaupt kam, den jungen Waller zum regelmäßigen Mitbeten zu veranlassen. In den geistigen Fragen und in den Fragen religiösen Glaubens war, ebenso wie für die Ausbildung der Willenskraft, für frühe Entwicklung eines ehrgeizigen Vorwärts- und Aufwärtsstrebens die andersgeartete, kräftigselbständige Persönlichkeit des Vaters das Vorbild des Sohnes. Zu ihm, der ihm als das Muster unermüdlich schaffender und innerlich bewegter Tätigkeit dauernd vor Augen stand, fühlte Gustav sich durch eine enge Wahlverwandtschaft hingezogen, und er blieb durch diese innige Verbindung von Jugend auf vor allen inneren Hemmungen, vor dogmatischer Beschränktheit und anderen Hindernissen einer freien geistigen Entwicklung glücklich bewahrt. Denn der Vater, der nicht nur mit unermüdlichem Fleiß und mit praktischer Lebensweisheit seine Geschäfte betrieb, sondern stets auch in seinen Mußestunden an der eigenen geistigen Weiterbildung tätig war, gab niemals die in der Jugend durch ein Zusammentreffen günstiger Umstände gewonnene Freiheit religiöser Auffassung preis, und er übertrug sie nun mit voller Überzeugung auch auf seinen Sohn. So fern er aber von jeder konfessionellen Einseitigkeit und Abgeschlossenheit war, so war er doch, wie schon erwähnt wurde, nicht ohne religiöses Empfinden, und er hatte von Jugend auf einer mit den Geboten der Vernunft im Einklange stehenden Sittlichkeit eifrig nachgestrebt. Grade in der für seine innere Entwicklung wichtigsten Zeit, um das Jahr 1790, hatte die Kantsche Moral stark auf die junge Welt am Rhein eingewirkt.[1]) Durch seine eigene Erfahrung aber war er wohl imstande, seinem Sohne wertvolle Lehren für eine gute und kluge Lebensführung zu geben. Seine Erziehungsgrundsätze waren durchaus von dem Geiste Pestalozzis er-

---

[1]) Zeugnisse dafür liegen aus den Jahren 1793 und 1794 besonders für Bonn und Trier vor (Hennes, Fischenich und Charlotte von Schiller (1875) S. 20; Franz von Sickingen (Frankfurt und Leipzig 1794) S. XX).

füllt, der seit 1815 vielfach Einfluß auf die Pädagogik in Preußen, am Rhein besonders durch Fr. A. Diesterweg, erhielt und ohne Zweifel die straffe Selbsttätigkeit der damals heranwachsenden Generation wesentlich gefördert, allem Hang zu einem bequemen Leben im Genuß kräftig entgegengewirkt hat. Die Grundsätze Pestalozzis sind für die Entwicklung von Gustav Mevissen von besonderer Bedeutung geworden. Einmal war es bei aller dogmatischen Freiheit die Auffassung der Nächstenliebe als der Zentrallehre des Christentums, die, wie sie in dem Sozialpädagogen Pestalozzi mit seinem großen Herzen für die Menschheit webte, schon früh Mevissen für das Leben eingeimpft wurde. Den Jugendunterricht betrachtete Pestalozzi als den wirksamen Hebel zur Verbesserung der allgemeinen Zustände des Volkes. Von dieser Seite des Gemüts und der Gesellschaftsmoral aus blieb Mevissen, so frei sich im übrigen seine Weltanschauung gestaltete, stets mit dem Christentum und seinem Gefühlsinhalt auf das engste verbunden. Hier fand er in einer Epoche, welche den Individualismus vielfach einseitig auf die Spitze zu treiben geneigt war, stets den sicheren Kompaß, um das Verhältnis von Mensch zu Mensch zu regeln, das soziale Empfinden zu pflegen und besonders auch die Überzeugung zu entwickeln, daß die Teilnahme an wahrhaft menschlicher Bildung jedem ohne Unterschied des Standes lediglich nach dem Maße seiner Befähigung ermöglicht sein soll. Nicht minder aber wurden für die eigene innere Entwicklung die allgemeinen Grundlagen maßgebend, auf denen der große schweizer Pädagog seine Theorie der Erziehung gegründet hatte. Wie weit dabei der für Pestalozzi begeisterte Vater allein auf ihn eingewirkt hat, wie weit noch andere Einflüsse helfend zur Seite gestanden haben, ist schwer zu entscheiden. Pestalozzis Ausgangspunkt war die unteilbare Einheit der menschlichen Grundkräfte; Einheit von Bildung und Sittlichkeit war sein Ideal, eine unterrichtende Erziehung, einen erziehenden Unterricht hat man sein System genannt. Er strebte danach, die natürlichen Kräfte des Kindes durch Familie und Schule zu entbinden, um so den natürlichen Menschen zum sittlichen Menschen fortzubilden. Er wollte, daß dem heranwachsenden Menschen die breite Grundlage aller zugänglichen Mittel zur möglichst freien Selbstentwicklung, zur Unterstützung der von innen aufstrebenden Natur nahegebracht werde. So allein hielt er wahre

Bildung des Charakters für möglich. Die harmonische Entfaltung der Kräfte suchte er nach allen wesentlichen Richtungen zu fördern, so daß keine einzelne Seite vergewaltigt oder ungerecht bevorzugt wird. Der stetige, lückenlose Fortschritt endlich von den elementaren Anfängen bis zu den Höhen des Menschentums war sein Endziel.[1]) Die Darlegung von Mevissens Lebensgang wird zeigen, wie vielseitig diese Grundsätze in ihm zur Verwirklichung gelangt sind.

Für die Erziehung des jungen Gustav herrschten also im elterlichen Hause glückliche Verhältnisse; ein ausgesprochener Familiensinn, eine warme Zuneigung der Angehörigen untereinander erleichterten dieselbe wesentlich, und der einzige Sohn wurde von den Eltern wie von den beiden ihn an Alter überragenden Schwestern mit besonderer Liebe gepflegt. Die Familie übte auf Mevissen die ganze gehaltvolle Bedeutung aus, deren sie fähig ist, und die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland so außerordentlich wohltätig auf die Kulturentwicklung eingewirkt hat.

Für den geistigen Fortschritt des elfjährigen Knaben reichten dem um die Heranbildung des Sohnes in hohem Grade besorgten Vater die seitherigen Veranstaltungen nicht aus. Er vereinigte sich daher mit ein paar anderen Honoratioren des kleinen Städtchens, die sich in ähnlicher Lage befanden, und zum gemeinsamen Unterricht der Söhne dieser Familien wurde ein Kandidat des höheren Schulamts, Dr. H. Weimann, aus Westfalen nach Dülken gezogen. Sein Unterricht sollte die Vorbereitung für den späteren Eintritt in eine der höheren Klassen eines Gymnasiums bilden. Mevissen genoß diesen Unterricht von 1826 bis 1828. Der Lehrer konnte aber nur mäßige Erfolge erzielen, da er sich weniger seiner eigentlichen Aufgabe als einer eigenartigen Dülkener Spezialität, der 'Berittenen Akademie der Wissenschaften und Künste' zuwandte, mit der durch diese Liebhaberei Weimanns auch der junge Mevissen näher in Berührung kam.

Diese heute nicht mehr existierende Dülkener „Akademie“ war eine schon alte Einrichtung. Die Tradition bringt sie mit dem sogenannten 'Geckenorden' in Verbindung, der um das Jahr 1400 in

---

[1]) Vgl. P. Natorp, Sozialpädagogik [2]200; L. Stein in der Deutschen Rundschau 105 (1900) S. 415; Varrentrapp, Joh. Schulze S. 236.

Cleve gegründet wurde.[1]) Jedenfalls entstammen beide der gleichen Quelle, dem ausgeprägten Sinn der niederrheinischen Bevölkerung für harmlosen Witz und nicht verletzende Satire, für heitergeselligen Lebensgenuß in den Stunden der Erholung. In Dülken, dem abgeschlossenen Landstädtchen, hatte dieser Sinn zur Gründung der 'Erleuchteten Monduniversität' geführt, die im Laufe des 18. Jahrhunderts dem Zug der Zeit entsprechend einige 'Geheimnisse' in ihre Statuten aufgenommen hatte, um sich der Waffe des Humors gegen den Obskurantismus zu bedienen. Mit ihren fröhlich-närrischen, vielfach an den Karneval erinnernden Gebräuchen hatte sie die Franzosenzeit überdauert und erfuhr seit 1824 eine Neubelebung. Sie wandelte sich damals zur 'Berittenen Akademie der Wissenschaften und Künste' um. Bei den Aufnahmefeierlichkeiten und Sitzungen, bei Festmahlen, Aufzügen und Vorträgen, bei Erteilung von Diplomen und dem Ausschreiben von scherzhaften Preisaufgaben wurden akademische Bräuche und Ehren persifliert. Das Hauptfest war der bei der akademischen Neujahrsfeier im April im Beisein von Rektor und Senat und unter dem Zulauf der ganzen Bevölkerung des Städtchens auf Steckenpferden ausgeführte Ritt der frohsinnigen Mitglieder um die Dülkener Windmühle, das eigentliche Wahrzeichen der Akademie. Die Steckenpferde waren das Symbol der persönlichen Schwächen der einzelnen Mitglieder. Der hier gepflegte harmlose Humor ist dem heutigen Geschlecht fremd geworden. Daß sich unter seiner Hülle doch ein gesunder Sinn für das Große und Schöne versteckte, wird dadurch bewiesen, daß die Dülkener Akademie im Jahre 1828 dazu überging, Goethe ihr Doktordiplom zu übersenden und ihn zum 'Ritter des jungen Lichts erster Größe' zu schlagen. Auch in diesem kleinen rheinischen Landstädtchen gedachte man des greisen Dichterfürsten in Ehrfurcht und Anerkennung und suchte eine unmittelbare Verbindung mit ihm anzuknüpfen. Seit 1826 bemühte sich Weimann als Sekretär in Wort und Schrift[2]) um das Gedeihen dieser Einrichtung. Und wie sehr auch der junge

[1]) H. Gooffens, Die Dülkener Narrenakademie, ein Beitrag zur Geschichte des rheinischen Volkshumors (Dülken 1901).

[2]) Vgl. Weimann, Kuriosa der berittenen Akademie der Wissenschaften und Künste, Dülken, im Sitzungssaal zur Weisheit, zwei Bände (Krefeld 1828 und 1829); Norrenberg a. a. O. S. 135.

Mevissen durch seinen Lehrer in diesen Kreis hineingezogen wurde, zeigt sich darin, daß er selbst viele Jahre später, im Winter des Jahres 1840, kurz vor seiner endgültigen Übersiedlung nach Köln, Schritte zur Wiederbelebung der inzwischen wieder zurückgegangenen 'Akademie' auf einer etwas ernstern Grundlage unternahm, denen allerdings infolge seines Wegzugs aus der Vaterstadt kein Erfolg beschieden war.[1])

Die Kenntnisse, die Mevissen durch den etwas fahrlässigen Unterrichtsbetrieb Weimanns empfing, gingen mehr in die Breite als in die Tiefe. Nur Geschichte und Mythologie betrieb der Lehrer mit innerer Neigung, und er förderte in diesen Fächern seine Zöglinge sehr. Oliver Goldsmiths, von Kosegarten ins Deutsche übersetzte Geschichte der Griechen und Römer, Kohlrauschs Deutsche Geschichte und die Götterlehre von Moritz waren die Werke, auf deren Studium er den jungen Gustav besonders hinwies. Bei diesem entwickelte sich gleichzeitig mit dem Interesse für Geschichte eine lebhafte Neigung zur Anlage einer kleinen Büchersammlung, für die er alle Sparpfennige verwendete. Eine eigenartige Fügung wollte es, daß das erste Buch, das er sich auf diese Weise erwarb, eine Biographie des großen Magdeburger Industriellen und Gutsbesitzers Gottlob Nathusius (geb. 1760) war, dessen Entwicklungsgang manche Verwandtschaft mit dem von Mevissens Vater aufwies[2]). G. F. Kolbs 1826 und 1827 in Lieferungen erscheinende Lebensgeschichte Napoleons schloß sich daran an. Dieses populäre Jugendwerk des späteren demokratischen Politikers und Schriftstellers, der sich besonders auf dem Gebiete der Statistik und Kulturgeschichte einen Namen gemacht hat,[3]) erzählt das Leben Napoleons, indem es im Geiste von

---

[1]) Mevissen hat, wie sich aus seinen Aufzeichnungen ergibt, ein neues Statut entworfen und mehrere Sitzungen abgehalten (vgl. auch 'Köln. Zeitung' 1841 Febr. 14. Beilage). Ein weiterer Versuch der Neubelebung erfolgte im November 1843 durch Dr. Nebe. Goossens a. a. O. S. 38 berichtet irriger Weise, daß Mevissen sich um die Mitte der fünfziger Jahre für die Erneuerung bemüht habe.

[2]) Gottlob Nathusius lebte 1760—1835 (vgl. Neuer Nekrolog der Deutschen XIII (1835), 609 ff.; Allgemeine deutsche Biographie XXIII, 271).

[3]) Georg Friedrich Kolb (1808—1884), später Bürgermeister seiner Vaterstadt Speyer, war 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments. Außer dem oben erwähnten, in sieben Bändchen (Speyer 1826—1827) erschienenen Jugend-

Mignets berühmtem Buch von einem Nachweis der Notwendigkeit der französischen Revolution ausgeht. Von hoher Bewunderung für die große Persönlichkeit Napoleons erfüllt, wendet es sich doch mit lebhaftem Tadel gegen die Aufrichtung seines absolutistischen Regiments, gegen die egoistischen Neigungen als die Ursache der Unterdrückung der Volksfreiheiten durch den Kaiser. Mit angeborenem Triebe zu lebendiger Tätigkeit versenkte sich der junge Schüler in seine Bücher. Wenn schon sein Lehrer diese Neigung zur Lektüre lebhaft unterstützte, so fand der Schüler auch noch andere Wege, seinen Wissensdurst zu stillen. Ein alter Jude Harff, der an dem lebhaften Knaben Gefallen fand, lieh ihm eine Übersetzung des Koran und unterhielt ihn in diesen Jahren des griechischen Freiheitskrieges bei gelegentlichem Zusammentreffen über die in Osteuropa sich abspielenden dramatischen Ereignisse, über die Greuel der Türken und die Heldentaten der Vorkämpfer Neugriechenlands. Mit so manchen anderen Jünglingen jener Tage, die einer bedeutenden Zukunft entgegengingen, teilte Mevissen als junger Philhellene die schwärmerische Begeisterung für die Befreiung Griechenlands. Die griechischen Vorkämpfer Miaulis, Bozzaris, Kolokotronis waren seine Helden, und für Lord Byron, dem der glühende Freiheitsdrang im Eifer für die Sache der Griechen sein frühes Grab in Missolunghi bereitete, faßte er eine hohe Verehrung. Das waren die ersten politischen Eindrücke, die stark auf seine empfängliche Seele wirkten, und dieser früheste freiheitliche Luftzug in der über Europa lagernden dumpfen Reaktion rührte stark an seine Seele, sein Geist wurde mit dem ahnenden Bewußtsein erfüllt, daß die Sache der Freiheit eine Sache der ganzen Menschheit sei.

Als Ostern 1828 die Schule Weimanns sich auflöste, war für Mevissen der Augenblick der ersten Trennung vom heimatlichen Herde gekommen. Für die weitere Ausbildung Gustavs dachte der Vater zunächst an die Gymnasien in Düren oder Düsseldorf, entschied sich dann aber für Elberfeld, wo er nächst Krefeld die ältesten und

werk verfaßte er besonders eine Geschichte der Menschheit und ihrer Kultur (1843), ein sehr brauchbares Handbuch der vergleichenden Statistik (zuerst 1857 erschienen), sowie eine vielgelesene Kulturgeschichte der Menschheit mit besonderer Berücksichtigung von Regierungsform, Politik, Religion, Freiheits- und Wohlstandsentwicklung der Völker (1868, 2. Aufl. 1872).

engsten geschäftlichen Beziehungen unterhielt. Der Knabe sollte dort in ein, dem Vater von seinem Geschäftsfreund August von der Heydt warm empfohlenes Institut treten. Es war das eine mit einem Internat verbundene Privatschule für Söhne des Kaufmannsstandes, die ein trefflicher, von Basedows Reformen des Unterrichtswesens ausgegangener und den Gedanken Pestalozzis nahestehender Schulmann, Dr. J. Fr. Wilberg, ein Freund Diesterwegs, leitete. Das Institut war der Vorläufer der 1829 eröffneten Elberfelder städtischen Bürgerschule. Mit dem Sohne reiste Gerhard Mevissen im April nach Elberfeld. Es zeigte sich aber sofort, daß die strenge lutherische Orthodoxie, welche die Ansichten Wilbergs bestimmte, und seine darauf beruhenden, der individuellen Entwicklung und freien Bewegung der Schüler wenig günstigen pädagogischen Grundsätze den Ansichten des Vaters ebensowenig wie den Wünschen des bereits an freie Selbstbestimmung gewöhnten Sohnes entsprachen[1]. Der Vater entschloß sich daher, von Elberfeld abzusehen und dachte nun an Köln, wo auch seine beiden Töchter ihre Schulbildung erhalten hatten. Der junge Gustav hatte ihn schon einmal 1824 dorthin begleitet, um die Schwestern zu besuchen. Das war Gustavs erster Ausflug in die Welt gewesen. Die zweitägige Fahrt nach Köln in der vom Vater selbst kutschierten Chaise und der Aufenthalt daselbst hatten ihn mit vielerlei Eindrücken erfüllt. Köln war damals eine Stadt mit etwa 60000 Einwohnern; seit dem Beginn der französischen Okkupation waren in der von dem mittelalterlichen Mauerring umgebenen und mit alten Bauten erfüllten Stadt zwar manche Kirchen und Klöster abgebrochen oder die Gebäude anderweit verwendet worden, viele Häuser waren neugebaut, Plätze waren angelegt und einzelne Straßen erweitert worden, doch der Charakter des Alten überwog noch stark. Die ersten Ansätze einer neuen Entwicklung ließen das äußere Stadtbild noch ziemlich unverändert. Aber gerade

[1] Über Johann Friedrich Wilberg und sein Elberfelder Institut handeln eingehend Diesterweg, Heuser und Fuchs, Joh. Friedr. Wilberg, der 'Meister an dem Rhein' (Essen 1847) S. 6 ff., 24, 167, 176. Vgl. auch J. F. Wilberg, Erinnerungen, aus meinem Leben (1836) und Allgemeine deutsche Biographie 44 S. 518. August von der Heydt, der Begründer des Elberfelder Bankhauses v. d. Heydt-Kersten, war damals städtischer Scholarch. Es ist der spätere Politiker und Minister.

dieses Köln mit seiner gewaltigen Domruine, mit seinen altersgrauen Kirchen und hohen Giebelhäusern, seinen winkligen und engen Gassen, aus denen die Reste großer, kunstfroher Vergangenheit malerisch hervorragten, mußte auf ein jugendliches, für historische Betrachtung und den Reiz des Altertümlichen früh empfängliches Gemüt tiefen Eindruck machen.[1]) Der Vater, der auf seinen geschäftlichen Reisen Köln regelmäßig besuchte, pflegte im Mönchen-Brauhaus[2]) abzusteigen, und der Bruder des Wirtes, der Domkapitular Böker, zeigte dem Sohne die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Hier knüpfte der Vater nun vier Jahre später mit seinen sorgfältigen Erkundigungen über die Qualität der Kölner Schulen und Pensionen an, um das Geeignete für seinen Sohn zu finden.

Die Kölner höheren Schulen waren in der Zeit der Franzosenherrschaft sämtlich aus der Hand kirchlicher Organe in staatliche Verwaltung übergegangen. Unter der preußischen Regierung, welche schon seit den Tagen Friedrichs des Großen die Leitung des Schulwesens als eine Aufgabe des Staates betrachtete, war dieser Zustand erhalten geblieben. Die Schulen waren seit 1815 durch den als königlicher Kommissar für das kölnische Schulwesen fungierenden Konsistorialrat Dr. K. F. A. Grashof, einen ausgezeichneten Schulmann, neu eingerichtet und ihr Lehrgang dem gründlichen Gymnasialwesen Altpreußens angenähert worden, sie befanden sich in gutem Zustande. Seit 1825 gab es hier zwei vollständige Gymnasien, das unter evangelischer Leitung stehende Karmeliter-Gymnasium, das in dem alten Kloster an der Severinstraße untergebracht war und 1830 den Namen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium erhielt, und das katholische Marzellen-Gymnasium, das sich in den Räumen des frühern Jesuitenkollegiums befand. Zwischen diesen beiden Schulen mußte gewählt werden. Für die Wahl aber war zunächst das Haus entscheidend, in das der Schüler Aufnahme finden sollte.

Die Erkundigungen bei den Geschäftsfreunden des Vaters, im Bankhaus Schaaffhausen und anderwärts, blieben zunächst ohne Ergebnis; nur einer dieser Geschäftsfreunde, Damian Leiden, der Inhaber einer Großhandlung in Weinen, empfahl schließlich einen Nachbarn,

---

[1]) Den Eindruck im Jahre 1828 schildert anschaulich Uechtritz (vgl. Erinnerungen, herausgegeben von H. v. Sybel, Leipzig 1884, S. 69ff.).

[2]) Später Concordia, jetzt Monopolhotel.

den Lehrer Schneider vom Karmeliter-Gymnasium, in dessen Haus (Follerstraße 76) stets eine Anzahl von auswärtigen Schülern wohnte. Das Schicksal fügte es, daß Gustav Mevissen achtzehn Jahre später zu dem Berater seines Vaters in nahe verwandtschaftliche Beziehungen treten sollte, indem er Leidens 1822 geborene Tochter Elise zur Gattin erhielt. Leiden, der Sohn eines Mainzer Arztes, war um das Jahr 1820 nach Köln übergesiedelt und hatte hier, am alten Mittelpunkt des rheinischen Weinhandels, ein Geschäft begründet, das sich bald zu einem der ersten rheinischen Häuser dieser Art entwickelte. Sein Aufschwung wurde besonders dadurch gefördert, daß es ihm gelang, sich beim Fürsten Metternich, dem Besitzer des berühmten Johannisberges, die gesamte Kreszenz dieses Weingutes für den Verkauf zu sichern und zu den meisten europäischen Höfen Geschäftsbeziehungen zu eröffnen. Leidens Empfehlung bewährte sich jedoch in diesem Falle wenig. Der junge Mevissen trat zwar in die Quinta des Karmeliter-Gymnasiums ein und wurde zugleich in dem Hause des als Lehrer in Latein, Griechisch und Geschichte wirkenden Schneider als Pensionär untergebracht. Dieses Haus erwies sich aber als ungeeignet. Schneider selbst war ein gutmütiger, schwacher Mann, das Regiment führte seine wenig gebildete Frau, und zwar mit großer Energie und in einer sehr lebhaften Tonart. Das mochte wohl für die übrigen Pensionäre angemessen sein, da es sich um Knaben handelte, die zu Hause den Wünschen der Eltern nicht entsprochen hatten und nun einer strengen Beaufsichtigung und Zucht unterworfen werden sollten. Für den jungen Mevissen, das Lieblingskind der Mutter und den Stolz des Vaters, für seine frühe Abneigung gegen geistigen und physischen Zwang war hier aber eine so ungeeignete Atmosphäre, daß schon im Herbst 1828 eine Änderung durchgeführt wurde. Er wurde um diese Zeit in die Quarta des Marzellen-Gymnasiums aufgenommen und fand zugleich in dem Hause des seit 1824 an dieser Anstalt als Lehrer des Lateinischen und Griechischen wirkenden Dr. J. C. Grysar eine geeignete Pension (Johannesstraße 26). Grysar war ein noch junger, sehr gewissenhafter Lehrer und eine tüchtige, vielseitig angelegte Gelehrtennatur. Seine Gattin, die Tochter eines Arztes in Linz, war eine weiblich zarte, liebevolle Persönlichkeit, so daß der junge Mevissen sich hier in sehr angenehmer Umgebung befand. Er

war fast stets der einzige Zögling in diesem Hause, wurde mit Schonung und Sorgfalt auf die Lücken seiner bisherigen Ausbildung aufmerksam gemacht und von dem anregenden Manne, unter dessen Dach er sich befand, regelmäßig in die Tischunterhaltungen einbezogen, die dessen jeweilige Studien, meistens aus dem Gebiet der alten Geschichte, zum Gegenstand hatten.[1]) Außerdem besaß Grysar eine ansehnliche Privatbibliothek, die seinem Zögling zur Verfügung stand; seiner Neigung, selbst Bücher zu erwerben, konnte Gustav gleichfalls ungestört nachgehen, da ihm sein Vater bei der DuMontschen Buchhandlung und bei dem Antiquar Heberle einen Kredit — unbeschränkt, aber mit der strikten Verpflichtung genauester Rechnungslage — eröffnet hatte. In der Schule ging alles nach Wunsch, der Schüler machte ausgezeichnete Fortschritte; nur der Religionslehrer hatte zeitweise zu klagen, was, wie Grysar am 14. April 1829 dem Vater schrieb, wohl 'in den dem Gustav früher schon beigebrachten religiösen Gesinnungen seinen Grund haben dürfte'.

Am Schlusse des Schuljahres besprach der Vater mit Grysar die Zukunft seines nunmehr vierzehnjährigen Sohnes. Nach Lage der häuslichen Verhältnisse, bei dem Lebensalter der Eltern und der Geschwister, war das nächstliegende, daß der einzige Sohn, dem beim Tode des Vaters die Sorge für die weiblichen Glieder der Familie zufiel, zur Übernahme des väterlichen Geschäftes bestimmt wurde. Gustav selbst hatte jedoch eine ausgesprochene Neigung zu weiterer geistiger Ausbildung, und Grysar betrachtete ihn nach seiner ganzen Veranlagung und nach seinem ungemein starken Lerntrieb als bestimmt für eine wissenschaftliche Laufbahn. Der Vater war wohl bereit, eine solche zuzugestehen, wenn der Sohn keinerlei Neigung zum Kaufmannsleben besitze. Aus den wiederholten Erwägungen ging aber schließlich doch das Resultat hervor, daß eine kaufmännische Zukunft Gustavs in erster Linie ins Auge gefaßt wurde. Demgemäß erschien nicht das zunächst für die Gelehrten- und Beamtenlaufbahn bestimmte Gymnasium, sondern eine andere Anstalt als die geeignete Vorbereitung auf seine zukünftige Bestimmung. Ein Jahr

---

[1]) Grysar gab 1835 ein brauchbares, auf die Quellen zurückgehendes Handbuch der Geschichte des Altertums in drei Abteilungen heraus.

vorher, im November 1828, war eine höhere Bürgerschule in Köln begründet worden, das Produkt einer allgemeinen Strömung auf dem Gebiete der Schulbildung, welche das deutsche Bürgertum nach den Befreiungskriegen infolge des Wachstums der Industrie und der Fortschritte der realen Wissenschaften bewegte. Die als erste derartige Anstalt in der Rheinprovinz durch die Stadt ins Leben gerufene Schule bevorzugte die neueren Sprachen und die Realien, um ihre Zöglinge auf die höheren Gewerbe, das technische Kunstfach und den Handelsstand vorzubereiten. Die einstweilige Leitung dieser im Haus Quatermarkt am Gürzenich eingerichteten Schule hatte der erwähnte Kommissar für das kölnische Schulwesen, Grashof, übernommen, der sich damals mit mancherlei Schulproblemen, besonders der Verzweigung der Mittelschulen auf Grundlage eines gemeinsamen Unterbaues befaßte.[1]) Auf die Tertia dieser Schule, die oberste der seither vorhandenen Klassen, ging Mevissen im Herbst 1829 über und vollzog damit den für die fernere Gestaltung seines äußeren Lebens entscheidenden Schritt.

Die junge Schule zeichnete sich nicht nur durch ihre gute Leitung, sondern auch durch ein vortreffliches Lehrerkollegium aus. Mevissen fand hier außer einem tüchtigen Lehrer in der französischen und englischen Sprache, Peters, ganz besonders für die Geschichte einen Lehrer voll idealen Strebens und vielseitiger Interessen, Dr. Ernst Weyden. Dieser noch jugendliche, in Köln 1805 geborene Mann, der schon weite Reisen gemacht und längere Zeit in Paris Studien über den Zusammenhang der mittelalterlichen Poesie in Frankreich und Deutschland betrieben hatte, zog Mevissen von den ersten Tagen an eng an sich. Es entwickelte sich aus diesen Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler eine Freundschaft für das ganze Leben. Weyden, eine lebhafte und mitteilsame, romantisch stark angeregte Natur, die für die bildende Kunst warme Neigung und viel Verständnis besaß und sich auch poetisch mit gutem Erfolg versuchte, übte auf den jungen Mevissen einen nach jeder Richtung bestimmenden und nach-

[1]) Der verdiente Leiter des preußischen Unterrichtswesens jener Zeit, Joh. Schulze, war der geistige Urheber des Gedankens einer Gabelung des Schulwesens (Varrentrapp, Joh. Schulze S. 362 ff.). Für Köln vgl. Moldenhauer, Geschichte des höheren Schulwesens am Rhein unter preußischer Regierung (1895) S. 37.

haltigen Einfluß. Er beschäftigte sich damals mit der älteren rheinischen, speziell der kölnischen Geschichte und Sage, wie er denn seiner Vaterstadt und ihrer großen Vergangenheit eine hingebende Neigung widmete. Seine Vorliebe nach der kulturgeschichtlichen Seite hin spricht sich in einer ganzen Anzahl von Schriften aus, die er auf diesem Gebiete veröffentlicht hat.[1]) Mevissen, dessen Interesse für historische Dinge wir schon kennen, empfing hier die ersten dauernden Anregungen auf einem Gebiet, das er sein ganzes Leben hindurch nicht aus dem Auge verlor und am Abend seiner Tage in erfolgreicher Weise befruchtete. Selbst der stille Reiz urkundlicher Forschung wurde ihm damals erschlossen. Der Kölner Lokalhistoriker Freiherr von Mering stellte Weyden die von ihm gesammelten Archivalien zur kölnischen und rheinischen Geschichte zur Verfügung, und Mevissen verbrachte manche Stunde mit seinem Lehrer unter diesen Schätzen, wobei dieser ihn in seine Studien zur Geschichte Kölns und in seine Bestrebungen auf dem Felde der historischen Novelle und Poesie einweihte. Weyden, der damals auch die Referate über das Kunstleben und die Theateraufführungen für die Kölnische Zeitung schrieb, regte ferner seinen Schüler und jungen Freund zum regen Besuch der Gemäldeausstellungen und des Theaters an. Im Januar 1829 wurde das neugebaute Theater eröffnet, Gustav lernte hier als ständige Kräfte die tüchtigen Sänger Urspruch und Kunst sowie die Sängerin Stehle schätzen, als Gast die gefeierte Sabine Heinefetter; ein Violinkonzert Paganinis im Theater und ein Gesangkonzert von Henriette Sonntag im Harffschen Saale auf dem Domhof waren die Glanzpunkte dieser ersten künstlerischen Genüsse. Das musikalische Leben am Rhein nahm damals einen großen Aufschwung, der in der Begründung der niederrheinischen Musikfeste 1818 zum ersten Ausdruck gekommen war.

Das war ein Leben, wie es den Neigungen des früh heranreifenden Jünglings durchaus entsprach. Unter Weydens Anleitung konnte er seine Liebe zur Wissenschaft und Poesie frei nach allen Richtungen entwickeln; der enge Anschluß an ihn wie der Aufenthalt

[1]) Vgl. E. Weyden, Kölns Vorzeit (1826); Das Haus Overstolz in der Rheingasse (1842); Die neuen Domfenster (1848); Kölner Legenden, Sagen und Geschichten (1850); Köln vor fünfzig Jahren (1862); Geschichte der Juden in Köln (1867). — Er starb im Jahre 1884.

in dem behaglichen Haushalt Grysars, der im Jahr 1829 in das alte Seminargebäude am Domhof übersiedelte, sagten ihm trefflich zu. An Grysars Haus fühlte er sich um so mehr gefesselt, als den fünfzehnjährigen Jüngling eine schwärmerische Liebe zu der im Sommer 1830 bei Grysar wohnenden achtzehnjährigen Schwester der Hausfrau erfüllte, eine jugendliche Herzensneigung, die Mevissen aus Vernunftgründen aufgeben mußte, an die aber noch der Greis nicht ohne Rührung zurückdachte.[1]) Die Fortschritte dieses Jahres führten noch einmal zu der Erwägung, ob Gustav nicht doch die seiner Veranlagung entsprechende wissenschaftliche Laufbahn einschlagen sollte. Der Vater stellte ihm im entscheidenden Augenblicke wieder die Wahl des Berufes frei. Daß die Bürgerschule aber für diesen Zweck nicht die geeignete Vorbereitung war, lag zutage; die regelmäßige Vorstufe der Universität war das Gymnasium. Auf dieses aber mochte Mevissen nach seinen früheren Erfahrungen nicht zurückgehen. Er hatte erkannt, daß er überhaupt für den regelmäßigen Lehrgang einer Schule schwer paßte. In einzelnen Fächern, die er mit besonderm Eifer pflegte, weil ihn die eigne Neigung dazu drängte, war er stets der Klasse entwachsen gewesen; seine selbständige Natur fand sich nicht leicht in den normalen Schulgang und den damit verbundenen Zwang. Es konnte sich für ihn nur darum handeln, ob ein anderer Weg zur Universität gangbar war. Eine freiere Art der Vorbildung für die Hochschule war seither in den Rheinlanden keineswegs ungewöhnlich. In Altpreußen hatte ein königliches Edikt vom Jahre 1788 den Eintritt in die Universität von der Ablegung einer besonderen Prüfung abhängig gemacht. Diese Bestimmung galt jetzt auch für die Rheinprovinz. Die Prüfung konnte aber nicht nur an den Gymnasien, sondern von solchen Schülern, die sich privatim oder auf anderen Schulen vorbereitet hatten, auch an den Universitäten selbst abgelegt werden. Bis zum Jahre 1824 geschah es am Rhein häufig, daß Schüler aus den oberen Klassen der Gymnasien, selbst aus Tertia und Quarta abgingen, sich privatim vorbereiteten, dann nach einem Jahre die Universität aufsuchten und sich hier nach einer ziemlich bequemen Immatrikulationsprüfung unter

[1]) Die Jugendgeliebte Mevissens, Eva Klein, wurde später die Gattin des Professors der Geschichte Grauert in Münster und Wien.

die Studierenden aufnehmen ließen.[1]) Gegen dieses bei vielen Eltern und Schülern beliebte und von der Regierung geduldete abgekürzte Verfahren wurden aber seitdem einschränkende Bestimmungen erlassen, bis im Jahre 1834 für ganz Preußen das ausschließlich an Gymnasien abzulegende Abiturientenexamen als obligatorisch für die Universitätsstudien bestimmt wurde. Man befand sich also 1830 im Stadium der Abwehrmaßregeln gegen den bisherigen Brauch. Weyden versuchte zugunsten seines Lieblingsschülers eine Ausnahme durchzusetzen. Er selbst stand durch seine Studien August Wilhelm von Schlegel persönlich nahe, der damals als Professor der indischen Sprache und Literatur an der jungen Bonner Universität wirkte. Schlegel hatte im Laufe des Jahres einmal an der Kölner Bürgerschule als Gast einer von dem interimistischen Direktor Grashof vorgenommenen Klassenrevision beigewohnt, bei der es, als der junge Mevissen geprüft wurde, infolge einer von diesem gestellten Gegenfrage nach dem Wesen der Gan-Erbschaft zu einer kleinen Verlegenheit gekommen war, da niemand sich imstande fühlte, diesen dem wißbegierigen Schüler bei seiner ausgebreiteten Lektüre aufgestoßenen Begriff zu deuten. Auch in Weydens Hause war Schlegel mehrmals mit Mevissen zusammengetroffen und hatte Interesse an dem begabten jungen Mann genommen. Auf Weydens Anregung erklärte sich nun Schlegel bereit zu einem Versuch, ihm den Zugang zum Universitätsstudium auf abgekürztem Wege doch noch zu eröffnen. Aber die Schulbehörde hielt daran fest, daß ein halbjähriger Besuch einer Gymnasialprima unerläßlich sei, und da Mevissen sich nicht entschließen konnte, auf einen solchen sich privatim vorzubereiten, so zerschlug sich der weitere Studienplan. Der Fünfzehnjährige entschloß sich vielmehr nun, wenn auch schweren Herzens, dem Wunsche des Vaters nachzugeben, die Schule überhaupt zu verlassen und in das väterliche Geschäft einzutreten, also sofort in die kaufmännische Tätigkeit überzugehen, trotzdem sein Klassenzeugnis vortrefflich war und die Zensur Nummer Eins mit Auszeichnung trug. Das am 14. September 1830 von Grashof ausgestellte Abgangszeugnis rühmte, daß Gustav Mevissen 'ununterbrochen rege Teilnahme an allen Unter-

---

[1]) Varrentrapp, Joh. Schulze S. 353, 370; Programm des Marzellen-Gymnasiums in Köln 1901, S. 16.

richtsgegenständen zeigte und seine häuslichen Arbeiten stets von großem Fleiße zeugten. Das Zensurzeugnis, das er mit dem Schlusse dieses Jahres erhält, bezeichnet ihn in jeder Weise als eine Zierde seiner Klasse. Häusliche Verhältnisse fordern ihn von der Anstalt zurück, weshalb er mit den wärmsten Wünschen für sein künftiges Wohlergehen entlassen wird'.

Zweites Kapitel.

Eintritt in das väterliche Geschäft. Autodidaktische Studien auf dem Gebiete der Literatur, Geschichte und Philosophie (1831—1836).

Die Entscheidung, welche im Herbst 1830 den Abschluß der Schulbildung Mevissens herbeiführte, hatte ihren Grund vornehmlich in äußeren Verhältnissen, zum Teil aber auch in jenem sachlichen Mißstand, der nun einmal mit allen Schulsystemen trotz der unleugbaren Vorzüge der Schule für die natürliche Auslese der menschlichen Gesellschaft verbunden ist. Ausgezeichnet begabte und selbständige Individuen vermögen sich dem regelmäßigen, mehr oder weniger schematischen und notwendigerweise langsamen Lehrkursus der Schule schwer, und häufig überhaupt nicht, zu fügen. Mevissen, der den durch den Einfluß Rousseaus und der Aufklärung in Fluß gekommenen pädagogischen und Schulfragen später eine besondere Aufmerksamkeit widmete, schrieb selbst 1837 einige scharf zugespitzte Gedanken nieder gegen 'Schulsysteme, die den Menschengeist um alle seine wilden Ranken bringen, um seine Flegeljahre täuschen, die ihn zu einer geschniegelten Tournüre erziehen wollen, ihn zur Drahtpuppe erniedrigen und den Edeln, überwiegend Naturkräftigen zum Widerspruch reizen und empören.' Es zeigte sich aber auch in diesem Falle, daß solche Individuen auf selbstgewählten Wegen die Bahn zu hohen Lebenszielen zu finden wissen, indem sie sich der Ausbildung der angeborenen Triebe und Fähigkeiten nach eignem Plane hingeben. Wirklich hervorragende Begabung setzt sich, wo sie mit andauerndem Fleiß verknüpft ist, doch durch. Gerade jene Epoche nach dem Befreiungskriege, in der die Jugend Deutschlands von Lernbegierde in ungewöhnlich hohem Grade erfüllt war, liefert dafür zahlreiche

Beispiele. Für eine so universelle Veranlagung, wie sie dem jungen Mevissen eignete, bot die autodidaktische Ausbildung geradezu die besten Aussichten, zumal bei ihm durch den seitherigen Schulbesuch und den engen persönlichen Verkehr mit so tüchtigen Lehrern wie Grysar und Weyden eine sichere Grundlage und gute methodische Anleitung bereits vorhanden war.

Zunächst aber handelte es sich um die Regelung der geschäftlichen Tätigkeit, welche für das äußere Leben des nächsten Jahrzehnts den Rahmen bilden sollte.

Als der fünfzehnjährige Jüngling im September 1830 nach Dülken zurückkehrte, wurde er von den Eltern und Geschwistern mit mancherlei Erwartungen begrüßt. Der Vater, der schon unter den Unbilden des Alters litt, hatte seine persönlichen Neigungen in den letzten Jahren vornehmlich der Erweiterung seiner Landwirtschaft gewidmet, die er durch fortwährenden Zukauf von Ackerparzellen auf einen Besitz von mehreren hundert Morgen vergrößerte. Für seine Zwirnfabrik und seinen Garnhandel führte er selbst nur noch einen Teil der erforderlichen Reisen aus; zwei Reisende besorgten im wesentlichen diesen Zweig [illegible] chäftes, das um diese Zeit sehr prosperierte, da es gelunge[illegible] r, auf einem seither unbekannten Wege eine bessere Art von [illegible] rn zu erzeugen, die mit den besten Produkten von Lille u[illegible] trai konkurrieren konnte und für Stickereien und Spitzen weite[illegible] ndung fand. Die innere Leitung des ausgedehnten [illegible] chäftes auf die jungen Schultern des Sohnes [illegible] r der Wunsch des Vaters. Er selbst bot [illegible] ung seit jeher das Vorbild kaufmännisc[illegible] keit, sowie eines kräftigen [illegible] che Ehr[illegible] inter 1830 führte er ihn in [illegible] und er [illegible] te ihm schon bald unbesorgt die [illegible] so gut wie g[illegible] sen, da Gustav sich der neuen [illegible] mit Eifer [illegible] Fabrik wie den Garnhandel [illegible] Selbständigk[illegible] verwaltete.

[illegible] ferner die [illegible] aße befriedigt, ihren einzigen [illegible] fortan da[illegible] , so hofften die beiden Schwestern [illegible] auf, daß [illegible] das stille, wenig nach außen gerichtete Leben [illegible] ne Anregung empfangen werde. Beide Schw[illegible] jüngeren Bruder aufs herzlichste zugetan.

Sein Lerneifer gab sofort dem gemeinsamen Leben der drei Geschwister eine bestimmte Richtung. An den Winterabenden trieben sie zusammen deutsche und französische, auch zu Sprechübungen in dem fremden Idiom benutzte Lektüre; im Sommer fanden diese gemeinschaftlichen Übungen, an denen bald auch ein im Jahre 1832 als Lehrling in das Geschäft eintretender junger Vetter, Franz Wilhelm Koenigs, teilnahm, in dem großen Garten des elterlichen Hauses statt. Auch gesellige Beziehungen nach den Nachbarorten wurden angeknüpft. An den Sonntagen vereinigte sich wohl die wenig zahlreiche Dülkener Gesellschaft mit den Besuchen aus der Nachbarschaft nachmittags in dem Gartensaale des Dülkener Kasinos zu bescheidenen Festen. Das junge Volk tanzte und scherzte, die Männer erfreuten sich am Gespräch, die Mütter schauten gleichmütig und schweigsam auf ihre Töchter oder schmiedeten Eheprojekte für die Zukunft — das Ganze atmete doch den spießbürgerlichen Geist des kleinen Ortes und entsprach höheren Ansprüchen an Geselligkeit keineswegs.

Größere Abwechselung brachten in das Haus wie in das ganze damals auf 2000 Einwohner angewachsene Städtchen während der Winter 1830 und 1832 längere Einquartierungen. Die Julirevolution vom Jahre 1830 hatte in Frankreich das auf die Aristokratie gestützte Königtum der Bourbonen gestürzt und das Bürgerkönigtum Louis Philippes von Orléans begründet; die revolutionären Ereignisse griffen in den Nachbarstaat hinüber und führten die Trennung des selbständigen Königreichs Belgien von Holland herbei. Veranlaßt durch diese stürmischen Ereignisse zog Preußen beide Male ein Observationskorps an der Westgrenze, in der Nähe der Maas, zusammen. Das zweite Mal, wo das Korps vom November 1832 bis zum Januar 1833 vereinigt blieb, hatte der General Karl von Müffling, der Chef des siebenten Armeekorps in Münster, das Kommando. Dessen Hauptquartier war in Krefeld; in Dülken, und zwar im Hause Mevissen, war der General von Weyrach einquartiert, ein tüchtiger Offizier aus der Schule Hermann von Boyens,[1]) der im Dezember auch seine Gattin, eine geborene von Saucken-Tarputschen aus Ostpreußen, und

[1]) Vgl. Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen II (1899), 80, 491. Er stand 1834 als General in Düsseldorf.

seinen Sohn nach Dülken kommen ließ. Zwischen beiden Familien bildete sich ein nahes freundschaftliches Verhältnis, das auch in späteren Jahren bei gelegentlichem Zusammentreffen wieder auflebte. Der gesellige Verkehr war in diesen Monaten durch die Anwesenheit zahlreicher Offiziere von Weyrachs Kommando und hin und wieder auch aus der Krefelder Garnison sehr rege. Den Hauptgesprächsstoff bildeten natürlich die politischen Ereignisse, die Julirevolution und die durch sie veranlaßten Vorgänge in Belgien. Wenn schon im allgemeinen diese Ereignisse für die Rheinprovinz eine erste wirksame Veranlassung waren, sich der Zugehörigkeit zu Preußen mit seiner starken Regierung und seinen erfolgreichen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens zu freuen, so war das besonders in den Grenzgebieten nahe der Maas der Fall, die beim Ausbruche von Feindseligkeiten sofort in Mitleidenschaft gezogen werden mußten. Frankreich hatte damals seine Armee zur Unterstützung des Königs Leopold nach Belgien geschickt; nach einmonatiger mühevoller Belagerung wurde am 23. Dezember 1832 die Zitadelle von Antwerpen erstürmt, die der holländische General Chassé hartnäckig verteidigt hatte. Die wochenlange heftige Kanonade war zeitweise sogar in Dülken hörbar. Mit dem Fall von Antwerpen war dann alle Kriegsgefahr glücklich vorüber, und das Observationskorps wurde einige Wochen später aufgelöst.

War der junge Mevissen hier zum erstenmal den Ereignissen der großen Politik persönlich nähergetreten, so wurde um dieselbe Zeit seine eigene Tätigkeit durch einen anderen Umstand belebt. Sein Vater kaufte im Jahre 1832 das zwei Stunden von Dülken an der Schwalm, einem kleinen Nebenfluß der Maas, in einer anmutigen Umgebung gelegene Mühlengut Lüttelforst. Die Mühle, in erster Linie Ölmühle, mußte umgebaut und erweitert, die Wasseranlage und das Triebwerk mußten erneuert werden. Von 1832 bis 1834 dauerten diese Arbeiten, bei deren Beaufsichtigung auch der Sohn mitwirkte. Als dann der Umbau im Jahre 1834 vollendet war, fand sich zunächst kein passender Pächter, und so fiel die Einrichtung des Betriebs wesentlich Gustav zu, den die Leitung der ihren ruhigen und regelmäßigen Gang verfolgenden Zwirnfabrik schon damals nur noch mäßig in Anspruch nahm. Er verwendete wöchentlich mehrere Tage, öfter auch ganze Wochen auf diesen

Mühlenbetrieb. In diesen jungen Jahren ein eifriger Reiter, durchstreifte er zu Pferde das nahe Jülicherland und kaufte in den benachbarten Dörfern, hin und wieder auch jenseits der Grenze in Roermonde von Bauern und Händlern den erforderlichen Rübsamen. Er tat hier einen selbständigen Einblick in den landwirtschaftlichen Betrieb und den Handel mit agrarischen Produkten; der kluge Beobachter, der eine ausgesprochene Neigung zur Selbstbetrachtung wie zum vergleichenden Einblick in andere Menschen besaß, entwickelte durch den persönlichen Verkehr mit der in der Vertretung ihrer Interessen sehr gewiegten Landbevölkerung seine Menschen- und Geschäftskenntnis nach vielen Richtungen. Es gelang ihm, aus dem Mühlenbetrieb eine mäßige Rente zu erzielen, und er rechnete in späteren Jahren diese zum großen Teil in fast völliger Abgeschiedenheit vom heimischen Kreise unter den frugalen Verhältnissen ländlicher Bedürfnislosigkeit verbrachten Jahre 1834 und 1835 zu den still genußreichsten seines Jugendlebens.

So floß das äußere Dasein im allgemeinen ruhig, jedoch nicht ohne mancherlei bedeutsame Anregungen dahin. Aber dieses äußere, gesellige wie geschäftliche Treiben bildete für den Jüngling nicht den eigentlichen Lebensinhalt dieser Jahre. Es lag im Geist jener mehr innerlich als nach außen bewegten Epoche, daß begabte und ernst veranlagte Menschen Tagebücher führten in dem Bewußtsein, wie wichtig für den inneren Fortschritt der häufige gesammelte Aufblick zu den höheren Lebenszielen ist. Auch von dem jungen Mevissen liegt eine reiche Fülle tagebuchartiger Aufzeichnungen vor, in denen sich Rückblicke auf Vergangenes und Ausblicke auf Zukünftiges ablösen mit vielfach in poetische Form gekleideten Reflexionen über das jeweilige Innenleben. Die fast stets von momentanen Stimmungen beeinflußten Aufzeichnungen geben naturgemäß den Wechsel der Gefühle wieder; sie sind Äußerungen eines vielseitigen Empfindungslebens und eines starken Temperamentes, zugleich auch Beweise der rückhaltlosen Aufrichtigkeit, mit der der Jüngling immer wieder die Selbstschau vornahm. Ein Grundton aber ist es, der aus diesen für kein fremdes Auge bestimmten Aufzeichnungen wiederklingt: das Bewußtsein, daß das äußere Leben, das er führte, seinem inneren Streben nach keiner Richtung entsprach, trotz der großen Selbständigkeit, die ihm für seine geschäftliche Tätigkeit verstattet war. Seine

eigene Neigung gehörte durchaus der weiteren Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten. 'Der Einsamkeit bin ich ergeben, ihr weihe ich mein ganzes Leben. ..Sie ist es, die mich denken lehrt...; Denn Denken ist mein einz'ges Streben' — das sind einige Verse aus einem kleinen Gedicht, das er am 27. März 1831 niederschrieb. Äußere Umstände, die Rücksicht auf den Vater und die Vernunftgründe, welche die ganze Situation der Familie nahelegte, hatten ihn nach Hause in die geschäftliche Tätigkeit geführt, die er dann allerdings als ein Gebot der Pflicht übernahm. Und so ernst nahm er es mit dieser Pflicht, daß er sich von dieser Basis seines äußeren Lebens nicht losgelöst hat trotz aller inneren Abneigung, die sich je länger, je mehr entwickelte. Hatte schon der Vater von dem kleinstädtischen Treiben seiner Heimat sich ferngehalten, an die er doch durch die Bedingungen seiner wirtschaftlichen Existenz gefesselt war, so entstand in dem viel reicher veranlagten Sohne dieser Konflikt in ungleich stärkerem Maße. Ihm fehlte es in Dülken vor allem an einem geistig ebenbürtigen oder überlegenen Freunde und Gefährten, mit dem er einen Austausch der Gedanken und Gefühle hätte pflegen können, wie früher mit seinem Kölner Lehrer Weyden, der ihm 'die schöne Welt der Ideale aufgeschlossen hatte'. Und er empfand diesen Mangel schwer. Infolge seiner körperlichen Schwäche in den ersten Jugendjahren war ihm eine Abneigung gegen das rauhe Spiel und Treiben der männlichen Jugend und eine gewisse Schüchternheit geblieben. Wenn aber das übliche Treiben der Altersgenossen ihn weniger anzog, als die Stille der Studierstube, so wollte er doch kein einsamer Mensch bleiben, er suchte vielmehr geradezu nach innigem geistigem Anschluß an andere Menschen, nach einer anregenden Geselligkeit, wo 'einer des andern sich bewußt wird, wo Geist in Geist fließt und Geist den Geist durchdringt'. Er schrieb wenige Jahre später (1835) nieder: 'Ich fühle mich gedrungen, allen mein ganzes Ich zu erschließen, offen ohne Rückhalt, und glaube, daß da nichts Böses ist und alles rein und teilnahmeerregend. Da, wo ich einen Freund, eine Seele finde, geht mir ein Gottreich auf, in das ich Samen senke und dem ich goldene Frucht entlocke. Ein gleichgültig, unverständlich Gesicht schneidet mir durchs Herz und erregt allerorts meinen Abscheu, denn auch ich bin teilnehmend für alles mit jeder Fiber meiner Seele, und ich fühle alle Freude und

alles Leid der Nähe und Ferne des Jahrhunderts mit. Wo mir keine Natur entgegenkommt, bin ich versteinert, und ich verabscheue nichts so sehr, als das oberflächliche Alltagsleben ohne Tiefe und ohne Gehalt.'

Solchen Empfindungen konnte er nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse in seiner Heimat nur im engen Familienkreise sich hingeben, und dieser vermochte, so liebevoll er ihn pflegte, doch seinen allgemeinen Interessen wiederum nicht genügend Anregung zu bieten. Zum Glück war er in die äußeren Verhältnisse nicht so eng verstrickt, daß er auf die, wenn auch isolierte, Förderung seiner inneren, geistigen Bestrebungen hätte verzichten müssen. Ein so schnell fassender Kopf wie der seinige fand sich in dem einfachen Mechanismus des väterlichen Geschäftes, wo er zudem von zuverlässigen Gehilfen unterstützt war, ohne alle Mühe zurecht. In einer Zeit, wo hier in der Fabrikation noch alles auf Handbetrieb beschränkt war und die englische und belgische Konkurrenz noch nicht siegreich auf den Übergang zu mechanischer Fabrikation hindrängte, war an eine erhebliche Erweiterung dieses Geschäftes nicht zu denken. So kam es, daß er einen großen Teil des Tages seiner eigenen Neigung, den Studien und der Lektüre, widmen konnte, ohne das Geschäft zu vernachlässigen. Er schuf sich auf diese Weise ein vollständiges Doppelleben, in welchem der Schwerpunkt für ihn selbst durchaus auf seiten der eifrig betriebenen Studien lag. Er richtete sich ein besonderes Studierzimmer ein und vermehrte seine Bibliothek mit Hilfe der Funckeschen Buchhandlung in Krefeld von Jahr zu Jahr. Briefe aus dem Jahre 1833 zeigen, daß er immer wieder an Altersgenossen in Dülken und benachbarten Orten aus seinen Bücherschätzen entlieh, um auf diese Weise einen geistig angeregten Verkehr anzubahnen — Versuche, von denen er sich auch durch die Geringfügigkeit der erzielten Erfolge nicht abschrecken ließ. Im wesentlichen aber sah er sich auf sich selbst angewiesen, als er vom Jahre 1831 ab für zehn Jahre seine geschäftliche Muße der Liebe zur Wissenschaft weihte. Der Abgang von der Schule bedeutete für ihn keinerlei Unterbrechung des geistigen Vorwärtsstrebens. Der lernbegierige und ungemein empfängliche Jüngling nahm vielmehr in dieser Zeit eine ungewöhnlich reiche Fülle des Wissens in sich auf, und er widmete sich in diesen Jahren, in denen er die höchsten Ansprüche an sich selbst stellte, während

ihm die volle Freiheit der Entschließung zu Gebote stand, mit aller Elastizität eines frühreifen Geistes und mit einer geradezu einzigartigen Hingabe seinen idealen Zielen. Da er von dem meisten, was er las und studierte, Auszüge aufzeichnete oder wenigstens in knappen Sätzen sein Urteil über den Inhalt formulierte, um sich durch diese Niederschrift Rechenschaft von den Einsichten zu geben, zu denen er stufenweise gelangte, und da von diesen Aufzeichnungen ein erheblicher Teil noch vorliegt, so vermögen wir die von eiserner Willenskraft getragenen Bestrebungen des Autodidakten von Stufe zu Stufe zu verfolgen, und zu erkennen, wie ernst es ihm von Jugend auf mit der Ausbildung des Geistes und mit den großen Aufgaben menschlichen Daseins überhaupt gewesen ist. Dieser natürliche Drang zur Sammlung und innerlichen Verarbeitung dessen, was er las, behütete den auf sich selbst Gewiesenen vor dem wahl- und ziellosen Herumschweifen auf dem Meer der Literatur; gerade diese regelmäßigen Aufzeichnungen sind eines seiner wichtigsten Bildungsmittel geworden. 'Nichts befreit, so schrieb er selbst nieder, mehr und vollständiger, als die Mitteilung der Gedanken und Ideen durch die Schrift. Die Schrift regt an, jeden Gedanken bis zur Klarheit zu verfolgen, und kleidet ihn in sein eigentümliches Gewand, und ist eine Idee so hingestellt, so ist sie uns fremd, und unser Geist verarbeitet wieder neue Empfängnisse, bleibt in ewiger Spannung, ewig jung, wogegen alles Hinabgewürgte, Unausgesprochene als tote Masse drückt.' Sein Lernen war somit ein wirkliches Erleben; zu allem, was ihm entgegentrat, nahm er innerlich Stellung, und er wurde sich dieser Stellung klar bewußt.

Aus zwei Gebieten aber zog er bis zum Jahre 1836 vornehmlich seine geistige Nahrung: aus der Literatur und aus der Geschichte, den beiden von Schiller und der Romantik so enge miteinander verknüpften Zweigen geistigen Schaffens, daneben auch schon aus ersten Ausflügen in das Gebiet der idealistischen Philosophie. Den Nachdruck legte er dabei, anknüpfend an die bei seinem Lehrer Weyden erhaltenen Anregungen, zunächst durchaus auf die Literatur, und zwar ging er aus von der deutschen Dichtung der klassischen Periode, die ihm die ersehnte Nahrung für den Geist und das Herz darbot. Sie wurde die eigentliche Grundlage seiner Geistesbildung und begründete seine Lebensüberzeugung, daß alle Fachgelehrsamkeit durch ästhe-

tische Bildung ergänzt werden müsse. Wenn seine Bemerkungen über die Erzeugnisse dieser Literatur, von denen wir einzelne anführen werden, durchweg den originalen Standpunkt dartun, den er zu denselben einnahm, so hat er doch manchen Fingerzeig der großen 'Allgemeinen Geschichte der Poesie und Beredsamkeit seit dem Ende des 13. Jahrhunderts' entnommen, welche der Göttinger Philosoph und Literarhistoriker Friedrich Bouterwek 1801—1819 veröffentlicht hatte. Hier war die allgemeine Lage des geistigen Lebens in Deutschland in der Zeit, wo die Romantik und die jüngeren Richtungen sich anschickten, den Klassizismus zu verdrängen, vortrefflich dargelegt, und die Bedeutung des außerordentlichen Umschwungs im Geistes- und Gemütsleben Deutschlands seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, der, in der Sturm- und Drangperiode angebahnt, in der klassischen Epoche sich abgeklärt hatte, anschaulich erörtert. Daß der große ästhetisch-literarische Aufschwung seinen Ausgang genommen von dem Verlangen nach engerer Verbindung der geistigen Bestrebungen mit dem wirklichen Leben sowie von dem Kampf gegen die nüchterne Einseitigkeit der rein verstandesgemäßen Richtung, welche im Aufklärungszeitalter überwogen, Gemüt, Herz und Leben vernachlässigt hatte und in philiströser Prosa erstarrt war, diesen Gedanken nahm Mevissen in seinen Jugendjahren mit allem Nachdruck in sich auf. Seine von Jugend auf Verstandesschärfe und Gemütswärme in glücklicher Mischung offenbarende Natur erfüllte sich mit der Überzeugung, daß nur da, wo Geist und Herz, Verstand und Gemüt gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen, Erscheinungen von allgemeinem Wert für die geistige Erhebung und sittliche Veredlung möglich sind. So empfand er tief die unverwelkliche Größe unserer klassischen Literatur, ihre einzigartige Bedeutung als Mittelpunkt von Bildung und Leben, die darin begründet ist, daß sie in der kostbaren Schale der Dichtung wahrhaft große Gedanken, reifes Wissen und edle Gefühle in eindrucksvoller Verbindung darbietet. Jene von Rousseaus Feuergeist ausgehenden und durch unsere großen Dichter auch in Deutschland verbreiteten Gedanken, daß gegen den trennenden Egoismus der Aufklärung Front gemacht, daß das Recht des Gefühls neben dem kalten Verstande in der Kunst wie im Leben anerkannt, und daß die Kluft zwischen dem geistigen Leben der literarischen Welt und der praktischen Wirklichkeit überbrückt werden

müsse, gehörten zu den leitenden Überzeugungen Mevissens seit diesen Jugendjahren.

Das waren Gedanken, die auch die Romantik, das spätgeborene Kind der Sturm- und Drangepoche, mit stärkstem Nachdruck zu den ihrigen machte und in ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Ideen der Aufklärung, ihrem Streben nach größerer Freiheit des Individuums, als die klassische Schule sie zu gewähren geneigt war, noch steigerte. Mevissen war seiner ganzen Veranlagung nach bereit, diesem Zug der Romantik weit zu folgen, und die romantische Sehnsucht nach dem unerreichbar Fernen lebte auch in ihm; aber von Jugend auf zeigte sich seine Anlage zur Besonnenheit ganz besonders darin, wie er seine Werturteile vor Überschwang und vor Einseitigkeit zu bewahren suchte. Widerstrebte er der übertriebenen Verstandeskälte der Aufklärung, so schätzte er diese Epoche doch wieder hoch als die Vertreterin strikter Wahrheitsliebe, die nach Kants Ausspruch den endlichen Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit darstellt. Würdigte er an der Romantik ihr entschlossenes Streben nach Freiheit und Persönlichkeit, so fühlte er sich doch von dem Gefühlsüberschwang und der irrenden Phantastik mancher zeitgenössischen Vertreter dieser Richtung, von ihrer Überhebung und Intoleranz abgestoßen, und er hielt der Romantik der Reaktionsepoche gegenüber die Gemessenheit der Aufklärung und die von ihr erkämpfte Toleranz in Glaubenssachen aufrecht. Und jene fruchtbare Wechselwirkung zwischen Kopf und Herz, Geist und Gemüt, auf der nach seiner Überzeugung der Fortschritt des Menschengeschlechtes beruhte schien dem jungen Forscher doch in der klassischen Dichtung am gesundesten durchgeführt, die die fördernden Ideen der Aufklärung nicht verleugnet, nur ihre Einseitigkeit bekämpft hatte; eine besonnene Weiterbildung derselben, kein Bruch mit ihr schien ihm geboten. So trieb er seine literarischen Studien schon in diesen ersten Jahren von einem klaren Standpunkt aus mit selbständiger Kritik. Dabei faßte er die Aufgabe der Kritik sehr hoch; er betrachtete sie gewissermaßen als einen aristokratisch-konservativen Damm gegen das Einfluten des Rohen und Gemeinen und erkannte ihr den Beruf zu, 'alle Wissenschaft und Kunst bis zu den letzten Grenzen zu überschauen und so dem Streben neue Bahnen, größere Freiheit zu schaffen. Wo die Kritik keinen Überstandpunkt einnimmt, ist sie nutzlos, verwirrend

und schädlich. Deshalb ist es so gar schwer, die Blüte der Zeit dem kritischen Messer zu unterwerfen, und mit Recht werden wahrer Kritiker und Dichter gleichstufig gesetzt; denn der Kritiker durchschaut den Gesichtskreis des Dichters, den dieser in seiner Dichtung willkürlich beschränkt hat' (1835).

Mevissen ging bei seiner systematischen Lektüre bis zum Göttinger Hainbund, der Stiftung des 'grundehrlichen, aber kraft- und schwunglosen' Chr. Boie, zu Gleim, Bürger, Ramler und zu Klopstocks Messias zurück. Zur Niederschrift eigner Beobachtungen und Urteile in größerem Umfange scheinen ihn aber erst die beiden Vollender des großen Aufschwungs, Schiller und Goethe, veranlaßt zu haben. Sein inneres Verhältnis zu beiden war verschieden. Er sah gern und mit ehrfurchtsvoller Pietät hinauf zu dem Hüter hoher Ideale und sittlicher Größe, zum Dichter der Freiheit, jener Idee, von der er selber beherrscht wurde. Er bewunderte, wie Schillers edle Kräfte sich trotz alles äußeren Ungemachs von innen heraus auf Grund der Anregungen entfalteten, die er der Antike, der Geschichte und der Philosophie entnommen, wie seinem leidenschaftlichen Schaffensdrange eine Fülle eigenartiger Schönheit entsprang. Aber er empfand doch bei Schillers Dichtungen den Mangel unmittelbarer Beziehung zur Natur und äußeren Welt, er bedauerte, daß die Ungunst der äußeren Lebensumstände ihm keine harmonisch ausgeglichene Entwicklung erlaubt, manche schöpferische Keime seiner Künstlerseele an der Entwicklung gehindert hatte. 'Hätte diese edle und schöne Natur eine gemäßere Zeit gefunden, sie hätte uns mit sicherm Arme endlich aus dem Labyrinth der Zerrissenheit zwischen Geist und Herz hinausgeführt. Jetzt steht Schiller da als ein schönes Standbild in dem Tempel des Gemüts und als Meilenzeiger voll glänzender Ziffern in dem Tempel des Geistes. So kann die herrlichste Einzelnatur an der Klippe einer feindlichen eisernen Zeit zerschellen.'

Das Schaffen des mitten im Leben stehenden und den Pulsschlag des Lebens überall erfassenden Goethe war seinem Wesen von vornherein gemäßer, Goethes Dichtungen wurden das tägliche Geistesbrot für ihn. Wie Goethe auf allen Punkten seiner freien und glücklichen Lebensbahn mit tiefem Wahrheitssinn in die Natur schaute, wie er die realen Wirklichkeiten als die Erfüllung der Naturgesetze empfand, wie er die Außenwelt, das ganze reiche Leben um sich her in weitestem

Umfang in sich aufnahm, um es geistig zu verklären und künstlerisch auszugestalten, das belauschte Mevissen mit gespannter Seele. Dieser Goethesche Subjektivismus erschien ihm als reifste Kunst, Goethe selbst aber als 'der vollendetste Mensch, dessen Geist den Leib harmonisch durchdrungen hat, der zugleich denkt und im Gedachten lebt, als ein Genius, der mit vordeutender Fackel das Dunkel zu seinen Füßen erhellt und in Geist und Substanz das ewige eigene Licht anzündet, das dahinleuchtet frei für alle Zeiten.' Ihm war der soeben erst, am 22. März 1832, entschlafene Dichter nicht nur der große künstlerische Genius, sondern der höchste persönliche Ausdruck des Zeitalters, die geistige Kraft, die für alle Zweige des Kulturlebens neue Gesichtspunkte erschloß und neue Bahnen wies, der vorbildliche Mensch, dem er sein Leben lang eine hingebende Liebe bewahrte. Goethes Weltanschauung ist denn auch für die Entwicklung seiner eigenen Vorstellungen von besonderer Bedeutung geworden.

Aber auch Goethe gegenüber wahrte er sich die Freiheit des Urteils. In den Schöpfungen späterer Lebensjahre, wo der Alte von Weimar in die Breite ging und die Welt wie ein ruhig dahingleitender, kaum die innere Bewegung verratender Strom widerspiegelt, vermißte der junge Mevissen bei ihm das starke Gefühl: 'Seit Schillers Tode, seit sich der universale, aber alternde Goethe in dem Heiligtum der eigenen Brust eine neue Welt voll kleinlicher, aber geordneter Gebilde aufbaute und dadurch in seine späteren Werke jenen fröstelnden Luftzug hereinließ, fand die Seite des deutschen Gemüts in der Dichtung keinen würdigen Repräsentanten.' Doch empörte ihn auf das tiefste die schnöde Art, wie die jüngeren Romantiker, seine Zeitgenossen, mit frivolem Spott und Witz systematisch die Verkleinerung Goethes betrieben. 'Das wirksamste Beförderungsmittel des Mittelmäßigen — so schrieb er 1835 — liegt in der Herrschaft des auf den angeblichen Moder des Alten losbrennenden Witzes. Bewahre man doch lieber sorgfältig die Kunstformen der nächsten Vergangenheit, vor allem die selbstbeherrschenden Goethes. Auch die Gegenwart wird sich einst, wenn sich ihre dunkeln Ideale verwirklicht haben, in dem Spiegel der Kunst — und, ich hoffe es, einer höheren Kunst — reflektieren, und da ist der Punkt, wo wieder ein Weltgeist auftreten und der Schalheit den Kopf zertreten wird. Ob das Streben eines Dichters ein natürlich begabtes,

durch Eigenkraft bedingtes ist, kann gerade an der Kunstform erkannt werden. Da entfaltet sich das Geringe, Tiefe zum Schönen, da zerfällt das strahlende Oberkleid zum Nichtigen. So ist es mit Goethes Wilhelm Meister. Da sind die bürgerlichen, die niedrigbürgerlichen Zustände durch die Kunstform gehoben, und noch lange wird darin der Meister ein Meister bleiben. Aber jetzt mit Goethe rechten, ihn darum verkennen, weil er keinen höheren Stoff gewählt, ist einsichtslos. War es hier nicht gerade des großen Goethe Idee, der Nachwelt die vollendete Kunst in der Beherrschung des niederen Stoffes darzustellen? Goethes Streben ist hier durchaus ein künstlerisches, und nur zuweilen ein künstliches. Der Gehalt ist stets der Form angemessen, und überall das Tiefste, wenn auch in der niedrigsten Seele versteckt, angedeutet. Aber nur in feierlich sparsamen Momenten ist dieser Gehalt zur Klarheit erhoben.'

Eben Goethes Wilhelm Meister, den klassischen Erziehungsroman unserer deutschen Literatur, arbeitete Mevissen in den Jahren 1832 bis 1835 wiederholt eifrig durch, bestrebt, Lehren für das eigene Leben aus ihm zu schöpfen. Wenn hier geschildert wird, wie sich ein vielseitig begabter und von unbestimmtem idealem Drang erfüllter junger Mensch ohne die leitende Hand eines überlegenen Erziehers und ohne Anwendung äußeren Zwanges auf der Basis einer ästhetischen Geistesstimmung zu einem würdigen und tätigen Glied der Gesellschaft entwickelt, und darum doch die Kraft des Ideals nicht einbüßt, so lagen gerade für Mevissen die praktischen Nutzanwendungen aus diesem Werk, die Verwertung seines reichen Gehalts an pädagogischen Gedanken und an Lebensweisheit nahe. Er versuchte sich wiederholt in der Analyse der Charaktere dieses Romans, den er als 'Produkt eines realen Idealismus ganz im modernen Sinne' bezeichnete, und er empfand einzelnes, wie die Stelle, wo Wilhelm der Mignon den Trennungsentschluß mitteilt, aus eigenen Empfindungen und Erlebnissen heraus mit tiefer Rührung nach.

Besonders nachdrücklich beschäftigte er sich in dieser Zeit auch mit dem weltumfassenden englischen Genius, der einst die Jugend Goethes befruchtet hatte und von der Romantik zum ersten Führer im Reich der Dichtkunst erhoben worden war. Wenn er die Ansicht äußert, daß der Enthusiasmus für Shakespeare nicht mit Unrecht etwas nachlasse, weil 'jetzt, wo alle Bezüge der Shakespeareschen

Welt wieder, in die Gegenwart aufgelöst, das Leben durchdrungen haben, mit Recht ein Produkt des Reinschönen verlangt werde', so ist das ein Urteil, das in etwa den reifen, von Shakespeare zur Antike abgerückten, im Gegensatz zu dem jungen Goethe widerspiegelt. Kennzeichnend für Mevissens Auffassung ist, wie er sich auch hier wieder durch die äußeren Lebensumstände des Dichters einzelne Schlacken seiner Eigenart zu erklären suchte, an der er 'bei reichster Strömung eines Riesengeistes doch die tiefe Rundung vermißte. Er ist durchgängig da am größten, wo er seine eigensten, die Kreise des kraftstrotzenden niedern Volkslebens, darstellt, wo sein Herz in freien, eignen Formen ohne alle Beschränkung sich ergießen darf. Wer für die Bühne und nur für die Bühne arbeitet, wird bald erfahren, daß es kräftig glänzende Handlung und nicht Tiefe ist, was die Sinne des Publikums regt. Wer so wie Shakespeare es vermag, das Erhabene in jeder Form zu erklären, wird sich, durch dringende Not gezwungen, um so eher verleiten lassen, der lobhudelnden Menge zu lauschen und mehr und mehr sich der Oberfläche zuzuwenden. Mir scheint Shakespeare ein Übergang von dem hohen, feierlich Alten zum romantisch Neuen. Erst unter seiner Ägide konnten die mehr aus hohem Genius als künstlerischer Besonnenheit hervorgegangenen Schöpfungen des Mittelalters gewürdigt, in literarhistorische Bande eingeschmiedet werden.'

Auch hier suchte er durch eingehende Analysen die Exposition der Dramen, die Entwicklung der Idee der Stücke wie der Charaktere der Helden klar zu erfassen. 'Die Verkennung seiner selbst, der Konflikt des irdischen Wollens mit dem ewigen Geist ist die Aufgabe aller modernen Welttragödie, die sich da ihrem Ziel am meisten nähert, wo, wie bei Shakespeare, aus den Fluten des hinsinkenden Zeitlichen, des in seinem Irren sich selbst vernichtenden Lebensscheines, das Ewige leuchtend hervortritt.' Daß die Figur des reflektierenden, abwägenden und nicht zur Tat gelangenden Hamlet ihm besonderes Interesse einflößte, war bei seiner mit einer Umgestaltung des äußeren Lebens ringenden inneren Verfassung natürlich. Seine wiederholten Erörterungen über dieses Werk bringen von verschiedenen Seiten in eigenartiger Weise in den Charakter Hamlets ein. Wie sicher er daneben einzelne versteckte Schönheiten des Stücks selbständig herausfühlte, beweist sein Urteil über die Äußerung, mit der Marcellus

von dem die Erscheinung des königlichen Geistes beleuchtenden einzelnen Stern berichtet: 'Der Riesengeist des gemordeten Königs, wie unendlich wird dieser künstlerisch gehoben, bis zur gewaltigen Größe — in der stillen feierlichen Nacht, ringsum nichts als der eine Stern und der eine Geist. Solche Szenen vermag nur der Genius aus seiner tiefsten Seele zu malen, und ewig ist ihr Eindruck, unverlöschlich, und wirkt fort auf alles Ewige im Menschen.'

Goethes Nachahmung der orientalischen Poesie und das durch den Freiheitskampf der Griechen so nachhaltig geweckte Zeitinteresse an den orientalischen Dingen führten Mevissen auch auf dieses Gebiet hinüber. Der Westöstliche Divan klang sympathisch in seiner Seele wieder. 'In ihm tritt uns die Liebe, das ewige Himmelsglück des Daseins, entgegen in ihrer Wahrheit und Herrlichkeit, im Lichte der Reflexion, im bunten Farbenschmelz, umbuhlt von schluchzenden Nachtigallenchören.' Und er griff weiter zum Vorbild, zum Divan des weisen Hafis, des persischen Dichters und Denkers, in dem einst Goethe selbst sein eigenes Ebenbild zu erkennen geglaubt hatte.[1]) Dessen Ghaselen arbeitete er mit jenem kritischen Eifer durch, der alle seine Studien auszeichnete. Die Mystik dieser Dichtungen zog ihn ungemein an; die eigenartige Terminologie der orientalischen Bilder- und Rätselsprache suchte er durch originelle Deutungen zu klären. Er erbaute sich nicht nur an dem zu reflektierender Erkenntnis gesammelten Geist des Dichters, sondern er spann auch gelegentlich dieser Lektüre Gedanken aus über den Einfluß, den etwa durch arabische Vermittlung das Christentum auf die Ideenwelt des persischen Denkers gehabt haben könnte; seine geschichtlichen Neigungen führten ihn dabei auf die großen und folgenreichen Wechselwirkungen zwischen Abendland und Morgenland im Zeitalter der Kreuzzüge. Aus solcher Beschäftigung erwuchs dann von selbst sein Interesse für die anderen an die persisch-orientalische Poesie anknüpfenden deutschen Dichter, für den 'viel zu wenig gewürdigten Grafen Platen, diesen Nacheiferer Goethes, der die Universalität in der Schule der Gegenwart einzig vertritt', und besonders für die in den Jahren 1834 und 1836 veröffentlichten lyrisch-didaktischen Schöpfungen von Friedrich Rückert

---

[1]) Er benützte die Übersetzung von J. v. Hammer (Tübingen 1812, 1813), an die auch Goethe angeknüpft hatte.

und Leopold Schefer. Rückerts Lehrgedicht in Bruchstücken „Die Weisheit des Brahmanen", jenes vielgestaltige und mit spekulativen Gedanken erfüllte Werk, das in unerschöpflichen Variationen die pantheistische Naturauffassung des Dichters wiedergibt, wurde im allgemeinen von den Zeitgenossen nicht genügend gewürdigt. Mevissen, der die einzelnen Teile bei ihrem allmählichen Erscheinen sofort las und seine eigene nahe Geistesverwandtschaft mit dem Dichter wahrnahm, fand, 'daß das Werk zwar keinen berauschenden Moment gewährt, aber wer mit sinniger Pietät zu ihm herantritt, mag, angehaucht vom Wohlduft des Atems dieser Dichtung, den Schritt nicht zurückziehen und findet hier das Gold nachhaltiger Begeisterung'. So erblickte er hier einen eigenartigen Höhepunkt der Kunst, und er nutzte das Werk für sich in sorgsamer Weise durch eine eingehende Bearbeitung. Das Lehrgedicht, das die Selbsterkenntnis des Geistes zum Inhalt hat, baut in der Tat eine Fülle edler Lebensweisheit auf der Grundlage sorgsamen Abwägens der inneren Kräfte des Menschen gegeneinander auf. Der Dichter 'taucht in die tiefste Tiefe des eigenen Busens und zieht nacheinander die köstlichsten Perlen, die wunderbarsten Blumen an das Licht; er offenbart zugleich, wie er die Leidenschaft empfunden, aber mit Betrachtungen gekühlt und die allzu üppig wuchernden Reben beschnitten hat'. Mevissen entnahm ihm wertvolle und dauerhafte Anregungen für die eigene Lebensphilosophie in reicher Fülle.

Und wenn er bei Rückerts Gedankenpoesie das Überwiegen des Geistes empfand, so liebte er an den verwandten Dichtungen Leopold Schefers die Wärme des Herzens. Schefers damals viel bewundertes, heute wenig mehr gelesenes „Laienbrevier", jener Zyklus von Lehrgedichten, in denen eine natur- und gotttrunkene pantheistische Versenkung ins All sich widerspiegelt und vielseitige ethische Reflexion in gemütswarmen Tönen zum Ausdruck drängt, fesselte den Jüngling ungemein; eine Vorliebe für dieses Werk blieb Mevissen bis ins Alter.[1]) Jüngeren Menschen schenkte er noch in späteren Tagen häufig dieses Brevier als Anregung zu gemütvoller Betrachtung.

[1]) Für L. Schefer vgl. Gottschall, Nationalliteratur III, 53; A. Stern, Gesch. der deutschen Literatur VI, 191. — Mevissen hat auch später noch öfter seine Gedanken über Rückert und Schefer niedergeschrieben, vgl. die Bemerkungen aus dem Jahre 1837 in Bd. II, 29ff.

Was er an diesem, vielfach an Jean Paul erinnernden Dichter besonders schätzte, war sein weiches, sinniges Aufgehen in das Walten der Natur, seine aus tiefer Innerlichkeit fließende Naturandacht und seine schwärmerische Hingabe an die Idee der in Mensch und Welt allwaltenden Macht der Liebe.

Schefers und Rückerts Dichtungen waren Werke, in denen Mevissen die künstlerische Kraft der eigenen Zeit in besonders glücklicher Weise verkörpert sah, 'künstlerische Gebilde der Gegenwart, die von allmählich erstiegener Höhe herab tiefen und durchdringenden Einblick in das Menschenherz und Menschenwerk bekunden und verkünden'. Der zeitgenössischen Poesie war seither schon neben der klassischen Literatur und der älteren Romantik sein Interesse zugewandt gewesen, seit 1835 aber faßte er sie systematisch ins Auge.

Die Ideen der Freiheit, der Nationalität und der Persönlichkeit, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in immer neuen Formen in das europäische Geistesleben eingedrungen und in der Poesie zum Ausdruck gelangt waren, nahmen seit der Julirevolution einen lebendigen und frohen Aufschwung. Die Hoffnung auf einen Völkerfrühling, die durch die Julirevolution in alten und jungen nach Freiheit dürstenden Herzen geweckt wurde, faßte auch bei Mevissen Wurzel.[1]) Er schrieb im Jahre 1835 über die Bedeutung dieses Ereignisses für die Dichtkunst die Sätze nieder: 'Die Julirevolution rüttelte die Völker wach aus ihren gestaltlosen Träumen, und seit 1830 sehen wir auf allen Meeren des Lebens kühne und tatendurstige Männer dahinsegeln. Auch das kleinste Ländchen hatte Geburtswehen, und überallhin flogen befruchtende Keime. Die Poesie fand eine Idee, die Freiheit, ihr selbst noch wirr und schemenhaft, und über Nacht senkte ein Gott die übrige Wesenheit, die mitbestimmt für den Markt des modernen Lebens, hernieder. Die Freiheit suchte und fand ihren Gatten, das Vaterland, und an dem gemeinschaftlichen Herd des Gemüts sammelten sich wieder die einseitig verirrten Kinder des Geistes. Ein Band umschlang und umschlingt alle, und eine neue Morgenröte tagt. Der einzelne versenkte sich in das Ganze

---

[1]) Vgl. die Stimmung, die sich in dem Schreiben eines anderen, Mevissen im spätern Leben sehr nahestehenden Rheinländers, des Juristen G. J. Compes, aus Gladbach 1831, Juni 29, ausspricht (Neue Heidelberger Jahrbücher XIII (1904), 98ff.).

und nahm seine Eigenheit und Selbstheit schöner und reicher daraus zurück. Aber alle diese Töne wiegen sich in geheimer Harmonie. Alle verkündigen das Evangelium von der idealen Freiheit der Individualität. Das Individuum fühlt und weiß heute seine Berechtigung im Ganzen. Es weiß um seine heilige Sicherheit, so lange es nicht aus dem Kreis des allgemein Anerkannten und Rechten heraustritt. Verirrte sich ein Teil der jungen Schule in Extreme, so war dies mehr ein für die Subjekte beklagenswerter Rückschlag in alte Irrgänge, als ein Schritt zu neuer lebenskräftiger Gestaltung.'

Diese frische aus dem Leben des Tages schöpfende und unmittelbar auf das Leben abzielende Geistesströmung fesselte Mevissen sehr. Die einst von den Führern der älteren Romantik vertretene und jetzt wieder lebhaft ergriffene Überzeugung von der besonderen Bedeutung der Epoche für den geistigen Fortschritt erfüllte auch ihn. Seine Verehrung für Goethe und den Klassizismus blieb zwar unvermindert fortbestehen; der 1835 veröffentlichte Briefwechsel Knebels, des vertrauten Freundes von Goethe, gab ihm Veranlassung, sich darüber zusammenhängend zu äußern. Aber seine früh hervortretende Fähigkeit, die Erscheinungen des materiellen wie des geistigen Lebens im Flusse der Entwicklung, ohne alle dogmatische Gebundenheit, zu würdigen, und seine positive, zum Schaffen und Handeln drängende Natur fühlte sich nun doch auch stark zu der neuen Literatur hingezogen, 'deren Gebilde nicht mehr eine bestimmte Sphäre umfassen und sie in der Weise des Klassizismus vor den Sinn rücken, sondern das unendlich strebsame moderne Leben in seiner ewigen Regsamkeit darstellen sollen'. Er verfolgte die neue Literatur nach allen den Richtungen, auf denen ihre tastenden Versuche sich geltend machten. Christian Grabbes großer, wenn auch nicht gelungener Versuch, Faust und Don Juan in einem Drama zu verbinden, regte sein Interesse ebensosehr an, wie Michael Beers 'Faust' und 'Paria'. Meinte er von letzterem, er sei 'im freien Leben nicht zur Freiheit gelangt', so schätzte er Grabbe, der im September 1836 in Düsseldorf starb, höher ein. Er beklagte es wenige Tage darauf, daß dieser 'noch unvergessene Heros, diese sarkastische, fleischgewordene Ideenrichtung der Gegenwart so schmählich verkannt und gemieden worden'. Es liegt eine unvollendete Szene von ihm: 'Grabbe in der Unterwelt' vor, die den Dichter im Zwiegespräch mit Chiron am Ufer des Styx zeigt, während er

dem weisen Centauren sein von der Mitwelt nicht verstandenes Streben offenbart.

Düsseldorf bot damals durch Immermanns dramaturgische Bemühungen überhaupt vielseitige literarische Anregung. Immermanns spätere unvollendete Dichtung Tristan und Isolde, 'ein hohes Lied der Liebe, in dem sich der Dichter wie die jubelnde Lerche des Lenzes emporschwingt', machte zwar auf Mevissen tiefen Eindruck; damals aber war es nur der Veranstalter musterhafter Bühnenaufführungen, den er gelten ließ. Bei einem Aufenthalt in Düsseldorf im September 1836 besuchte er Vorstellungen im Theater, die zu Ehren mehrerer anwesenden Angehörigen des preußischen Königshauses stattfanden. Es wurden Calderons Magus Cyprian und Richter von Zalamea aufgeführt. Der spanische Nationaldichter war durch Goethes anerkennende Beurteilung und die Begeisterung der Romantiker auch in Deutschland Mode geworden, für Immermann war er noch in besonderem Sinne Muster und Vorbild. Mevissen schrieb im Anschluß an diese Vorstellungen eine Analyse dieser Dramen nieder, welche sich mit dem spanischen Autor eingehend auseinandersetzt, die psychologische Meisterschaft Calderons und den üppigen Reichtum seiner Phantasie anerkennt, aber auch seine Schwächen, die gebundene mittelalterlich unfreie Gesinnung seiner Helden und das Konventionelle ihres Charakters kritisiert. Immermann hatte einen besonderen Prolog 'Das Mädchen aus der Fremde', in Anlehnung an das Schillersche Gedicht für diese Aufführung geschrieben. 'Manches darin, so urteilte Mevissen, zeugte von Immermanns Technik und sinnig allegorischer Deutung. Das Ganze aber ist zu sehr im steifleinenen Gevatterstil mit adaptierter Grundsatzbrühe geschrieben, um nicht, den Klingklang schöner Reime abgerechnet, kalt zu lassen'.

So überzeugt Mevissen ursprünglich sein ästhetisches Urteil an den Schöpfungen Goethes gebildet hatte, so bestimmt nahm er nun doch eine selbständige Stellung gegenüber den jüngeren Strömungen der deutschen Dichtung ein. Und das war schließlich doch auch im Sinne des Altmeisters selbst. Denn wenn dem alternden Goethe die Schattenseiten, das vielfach gestörte Gleichgewicht zwischen der Welt der Phantasie und der Welt des Lebens und das unleidliche Vordrängen von blinder Schicksalsmacht, von Willkür und Person an den Neueren mißfiel, so hatte er doch der Jugend den ausdrück-

lichen Rat als Vermächtnis hinterlassen, sich stets an das fortschreitende Leben zu halten. Dem jungen Mevissen war nicht verborgen geblieben, daß in einer Welt, die seit mehreren Menschenaltern auf dem Gebiet des Staates wie der Gesellschaft in einem völligen Umgestaltungsprozeß begriffen war, naturgemäß auch die Kunst neuen, aus dem veränderten Leben geschöpften Problemen sich zuwenden mußte, und daß somit für die Dichtung nicht mehr die Normen des Klassizismus ausschließliche Geltung haben konnten. Es spricht sich denn auch in seinen Urteilen das Gefühl des 19. Jahrhunderts, neben der überkommenen Begeisterung für Freiheit die kräftige Entfaltung der nationalen Idee, die Empfindung für Volk und Vaterland, kurz die neue Welt deutschen Lebens aus, das, seit es als Rückschlag gegen die Entwurzelung alles Nationalen durch Napoleon entstanden war, mit dem Erwachen politischen und sozialen Strebens im Schoß des deutschen Volkes auch dem poetischen Schaffen neue, vom Klassizismus noch abgelehnte Stoffgebiete erschloß. Im Jahre 1836 schrieb er einige Gedanken nieder über die Bedeutung der Romantik, in denen er für ihr Recht, neue Töne der Dichtkunst anzuschlagen, warm eintritt. Er führt aus, daß die Würdigung von solchen Kunstwerken, die als mittelalterliche oder orientalische aus dem Kreise der früher für die künstlerische Theorie hauptsächlich zugrunde gelegten antiken Dichtungen heraustreten, zur romantischen Kunst geführt, und daß diese eine tiefere Erkenntnis und Entwicklung des Geistes ans Licht gerufen habe, indem sie von der Sonderart und historischen Entwicklung der verschiedenen Völker ausging. Sein historischer Sinn und auch schon seine ersten philosophischen Studien kommen zur Geltung, wenn er schreibt: 'Die Romantik ist eine Phase des modernen Lebens wie das Fichtesche Ich eine im modernen Leben erkannte Phase des ewigen Lebens, und darum ist sie so gotttrunken und groß. Sowohl Tieck wie Heine gehören zu ihr, beide von großartigem Schöpfertrieb durchdrungen; ihr Denken ist ein lebendiges Denken, ein Denken des Pantheismus, das Leben hineinschafft in die öde Wüste. Da rieseln über Kiesel und Heide noch frische Brunnen und rauschen im wonnigen Gesang gegen Himmel; da duften noch Rosen und Lilien und die blauen deutschen Veilchen, und darüber nicken die ewigen Grüße der goldstrahlenden Sterne.' Er hatte in den letzten Jahren die Romantiker in reicher

Fülle gelesen, von den Brüdern Schlegel und Tieck, dem 'Könige der Romantik', von Novalis und Hoffmann an bis zu Fouqué und Brentano, Schwab, Lenau, Eichendorff, Mosen und Stägemann. Besonders ergriffen hatten ihn des früh gestorbenen romantischen Epikers Ernst Schulze Dichtungen Cäcilie (1815) und Bezauberte Rose (1818), jenes Freundes von Bouterwek, an dem Mevissen die Durchleuchtung des Alltagstreibens durch eine zarte und zauberhafte Traumwelt rühmt. Daß den jüngeren Dichtern allgemein die Erfahrung und wahre Weltkenntnis abging, die zum Schaffen eines Epos und Dramas von Bedeutung gehörte, entging ihm nicht; aber aus dem Subjektivismus, der die Zeit allgemein beherrschte, begriff er es, daß die moderne Poesie auch aus innerer Notwendigkeit sich mehr der Lyrik zuwendete. Und hier war es die Idee der Freiheit und das deutsche Wesen, die in dem Persönlichkeitsdrang der Dichter vielfach doch wahr und lauter und in edler Fassung zum Ausdruck kamen, zur Befriedigung unseres jungen Kritikers, der bei seiner Vorliebe für die schöne Form und seiner Feindschaft gegen alle halben Gefühle nur das Gemachte, innerlich Unwahre und äußerlich Formlose rundweg ablehnte. An dem 'viellieben Sänger' Uhland schätzte er nicht nur die 'angeborene unverwüstliche Gesundheiterkeit, die Offenheit und Biederkeit', die aus allen seinen Dichtungen hervorleuchtet, sondern er verehrte ihn auch als das 'siegende Schiboleth für das Recht der neuen Zeit'. Die Österreicher Anastasius Grün und Karl Beck 'glühen für die Idee der Freiheit und halten diesen Vorboten des deutschen Bewußtseins warm umfaßt'. Bei Chamisso, der einen besonders starken Anreiz auf ihn übte, 'der in den großen Ideen atmet, die das Leben der Zeit durchwalten', bedauerte er nur, daß derselbe 'zu spät des Lebens besten Teil belauscht habe, um ihn in seinen Dichtungen in großen Zügen wiederzuschaffen'.

Zu allen bedeutenderen Erscheinungen in dem überreichen literarischen Leben der Epoche nahm Mevissen in dieser Art Stellung, und er ließ nicht nach, bis er einen festen Standpunkt zu ihnen gewonnen hatte. Das tritt besonders auch in seinen Urteilen aus den Jahren 1835 und 1836 über die Frauen zutage, welche in der Literatur eine Rolle zu spielen begannen, seit die geistige Frauenemanzipation durch die romantische Schule eingeleitet worden war.

Der herrschende Zug nach Geistesfreiheit äußerte sich damals in dem Phantasie- und Gemütsleben begabter Frauen in besonderer Weise. Im Dezember 1834 wurde die literarische Welt Deutschlands in Aufregung versetzt durch den Tod der Charlotte Stieglitz, die in der Blüte ihrer Jahre Hand an sich selbst gelegt hatte, in dem Wahne, durch den Eindruck dieses Ereignisses den schwachen Quell der dichterischen Schaffenskraft ihres Gatten zu verstärken. Im Jahre 1835 veröffentlichte Bettina von Arnim, die Sibylle der Romantik, ihren gefeierten 'Briefwechsel Goethes mit einem Kinde', nachdem im Jahre vorher Varnhagen den Briefwechsel seiner 1833 verstorbenen Gattin, der geistreichen, in der Verehrung für Goethe mit Bettina wetteifernden Rahel Levin, an das Licht gegeben hatte. An diesen literarischen Ereignissen des Tages nahm Mevissen den lebhaftesten Anteil. Dem Fortschreiten auch des weiblichen Geschlechtes zu innerer Freiheit war er von vornherein zugetan, so sehr ihm die karikierte, den Mann äußerlich kopierende Art mißfiel, wie sie unter Gutzkows und Laubes Auspizien im Jungen Deutschland damals vielfach beliebt wurde. Starke und doch echt weibliche Charaktere wie Goethes Iphigenie und Charlotte oder Shakespeares Imogen hatte der Jüngling als Idealfiguren geschätzt und durch sorgfältiges Studium seinem Verständnis erschlossen. Die Veröffentlichung der Zeugen inneren Seelenlebens aber, wie sie jene Schriftstellerinnen unternahmen, erschien ihm als ein besonders rühmenswerter Zug der Gegenwart: 'Enthülle deine Brust, dein Tiefstes ohne Scheu deinem Mitbruder, deiner Mitwelt, und dein Herz ist rein und lauter wie die Sonne'. Nun schrieb er über die Tagebuchblätter der heroischen Charlotte Stieglitz nieder: 'Wie göttlich keusch und rein ist dieses liebende, moderne, sinnbegabte und schönheitstrahlende Weib! Wie feierlich tief und groß ist ihr Ausspruch: Keuschheit ist nicht das Zagen des Schwächlings, das Zurückbeben vor den allgewaltigen Gefühlen, vor der Frühlingsluft der Sinne. Keuschheit ist das inwohnende reine Herz, der Sprungfeder gleich nach jedem Drucke, nach jedem Genusse sich höher hebend. Und darum ist sie die Blüte des Weibes, weil dieses genötigt ist, seine Freiheit im tiefsten Innern zu verschließen.' Sein Vergleich zwischen Rahel und Bettina fiel durchaus zugunsten der letzteren aus: 'Bei Rahel berührt mich ein Etwas ganz unleidlich,

dem ich noch kein rechtes Wort zu geben weiß. Es wirkt wie ein böser Außeneindruck, und doch in seiner Gesamtheit geiststärkend und erhebend. Ich möchte sagen, die Rahel ist ein Bild, das nur aus der Ferne gesehen kräftigt und anregt. Die Nähe ist gar zu sehr von einem gewissen Bizarren in Denk- und Schreibart verleidet, was wohl aus der eigensten Natur dieser Frau, ihrer Eitelkeit und ihrer Jagd nach Witz, hervorgehen mag. Sie bleibt zu sehr die eitle Frau, die ihren Wert überschätzt und es dadurch zu keiner ganz und gar wohlwollenden Schätzung der Nebenwelt, zu keiner Vertiefung in diese bringt. Auch ist das Eigenbelauschen ihres Denkprozesses störend und hebt alle Innigkeit des Gemüts auf, so daß mir unbegreiflich ist, wie ein intimes Freundschaftsverhältnis mit dieser Frau irgendseitig hat bestehen können. Ihr ganzes Dasein ruht auf schwankenden Füßen, ist ganz gegenwartgemäß und zu wenig herzlich, um von glücklicher Einwirkung auf die Zukunft zu sein. Am schönsten äußert sich ihre Seele gegen Varnhagen und Goethe. Wie unendlich aber wird diese Frau von der auch selbstbewußten, aber tief gemüt- und herzinnigen Bettina überragt! Da ist jeder Ausspruch eine fließende liebevolle Harmonie, alles auf das Tiefste des Menschenwesens zustrebend und aus ihm sich ergießend. Unter Bettinas Augen prangt alles im Gewande der Freude und des Schönen, Rahel will alles so prangen sehen, aber sieht durch Selbsttäuschung, und das berührt unsanft, denn da wird Offenheit zur Parodie'. Diese Urteile sind für Mevissens eigenes Wesen kennzeichnend. Seiner durchaus wahren und innerlichen Natur widerstrebte alles Selbstgefällige und Gespreizte; nur wo er echte Hingabe an ideale Werte feststellen konnte, fühlte er sich wahlverwandt berührt. Stand er somit der glänzenden und schillernden Rahel skeptisch gegenüber, so riß ihn die gefühlswarme Bettina, deren extremste Leistungen allerdings damals noch nicht vorlagen, zu schrankenloser Begeisterung hin: 'Bettina ist so ganz Liebe, so ganz Hingebung, so rein und so fern von allem Egoismus, sie will nichts als beglücken. Es sind wieder einmal Stimmungen, Klänge des Gemüts und der Seele, die ihr Tagebuch in mir auslöst. Die Empfindung, die Bettina im Herzen weckt, ist rein und unwiderstehlich. Aus ewigem Gottreich reißt sie die Seele in eine Ewigkeit hinüber. Seit langem habe ich zum ersten Mal wieder

rein und ungetrübt empfunden, kein Gedanke mischte sich störend in das Jauchzen der Genien, und was gäbe ich nicht für diese göttliche Stimmung, wollte sie nur wiederkehren!' Als er im Frühjahr 1836 die Schrift von Gervinus über den Briefwechsel Goethes las, worin Bettina wenig günstig beurteilt wird, protestierte er lebhaft gegen diese 'philiströsen' Äußerungen, die ihm Gervinus als eine zweite Auflage von Wolfgang Menzel erscheinen ließen und eine volle Verkennung der weiblichen Freiheit anzudeuten schienen.

Es war nur natürlich, daß Mevissens Interesse an der zeitgenössischen Literatur sich besonders auf den bedeutendsten Dichter der Epoche, auf Heinrich Heine, konzentrierte. Heine, dessen Dichterruf seit der Veröffentlichung seiner 'Reisebilder' vom Jahre 1826 allgemein begründet und dessen Einfluß auf das geistige Leben Deutschlands in der Epoche um das Jahr 1830 überaus groß war, hat wie Goethe eine vielseitige Wirkung auf Mevissens geistige Entwicklung geübt. Und zwar sind es nicht so sehr Heines Dichtungen, als vielmehr seine literarhistorischen und geistesgeschichtlichen Studien, die dabei im Vordergrunde standen. Heines Abhandlungen über die Neuere schöne Literatur und die Romantische Schule (1833) und seine im Jahre 1834 in der Revue des deux mondes, 1835 auch deutsch veröffentlichten Aufsätze zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, jene Abhandlungen, durch welche Heine planmäßig die Franzosen mit dem deutschen Geistesleben bekannt machte, haben Mevissen nachhaltig angeregt. In diesen Abhandlungen, deren Darlegungen zwar im einzelnen einer schärferen Kritik gegenüber nicht immer standhalten, die aber in blendender Form und sprudelnd von Geist und Witz allgemeine Fragen von großer Bedeutung erörtern, waren mit starkem Nachdruck Gesichtspunkte entwickelt, die nun auch in den Aufzeichnungen Mevissens aus den nächsten Jahren immer wieder aufgegriffen, vertieft und erweitert werden. Mevissens Neigung zum literarisch-ästhetischen und historischen Räsonnement ist vornehmlich durch diese Essais entwickelt worden. Die in seinen späteren Darlegungen entgegentretende Betonung der Religion als der hauptsächlichen Kulturkraft der Vergangenheit, die pantheistische Färbung der Weltanschauung, die rückhaltlose Anerkennung der hohen Bedeutung, welche die Reformation des 16. Jahrhunderts für die Entwicklung der Geistes-

freiheit, des kostbarsten Gutes der Gegenwart, besitzt, klingen vielfach an Gedankengänge in diesen Aufsätzen Heines an. Der innere Zusammenhang zwischen den Ideen der Reformation und der Revolution von 1789, der parabolische Charakter der romantischen Dichtkunst im Gegensatz zu der vom Klassizismus angestrebten Harmonie von Idee und Form, die Aufgabe der modernen Kunst, sich durch die Subjektivität der zeitgenössischen Künstler hindurch in Einklang mit den gärenden Ideen der Gegenwart zu setzen und nicht in der Weise der Klassiker und Romantiker in die Vergangenheit zu flüchten, um aus ihr ihre Symbole zu borgen, — solche von Heine entwickelten Gedankengänge[1]) haben Mevissens Anschauungen stark beeinflußt. Schätzte er Heine von dieser Seite hoch, so beschäftigte ihn auch das Problem des Dichters Heine lebhaft, in dessen Seele warme Empfindung, klarer Verstand und ätzende Schärfe der Satire so seltsam gemischt waren. Mevissen selbst war Rheinländer, und mit der pietätvollen Herzlichkeit, die in seiner reichen Natur trotz ihres entschlossenen Strebens nach Freiheit und Fortschritt stets als eine Art von konservativer Unterströmung lebendig war, hing er zeitlebens an der rheinischen Heimat. Er liebte in Heine vor allem auch den rheinischen Dichter. 'Heine ist für uns von besonderm Wert, weil er als Haupt der rheinischen Lyrik dasteht und diese Lyrik zuerst mit der Gesamtdichtung unseres Vaterlandes in innigere Beziehungen brachte'. Das war derselbe Grund, der Mevissen auch den jüngeren rheinischen Dichtern, die um jene Zeit auftraten: Matzerath und Firmenich, Freiligrath und Simrock, Immermann und Grabbe ein warmes Interesse widmen ließ. Von diesem rheinischen Standpunkte aus suchte er besonders auch eine Eigenart der Heineschen Muse, den Weltschmerz, zu erfassen. Er ging (1835) davon aus, daß nach den Freiheitskriegen die deutsche Poesie sich überhaupt von dem trostlosen politischen Leben des Vaterlandes zurückziehen mußte. 'Wie sollte sich nun die Empfindung äußern? Welche Versöhnung geistiger Gegensätze konnte die Poesie in Deutschland verherrlichen und darstellen? Sie fand überall Kämpfe und Dunkel, nirgends Licht. Der Verstand hatte das Leben ausgeklärt und nichts hinterlassen, als unwirtliche Öde. Die Freiheitsbegeisterung gab nur ein

---

[1]) Vgl. dazu Strodtmann, H. Heines Leben und Werke II, 331.

schnell erlöschendes Interesse, weil man gegen Feinde focht, an denen man nichts zu rächen hatte, als Treulosigkeit an ihren eigenen Prinzipien. Jene Feinde waren Brüder, die ein Licht angezündet aber im Rausche des Tages wieder verloren hatten, und denen es auf der Spitze blutroter Bajonette wieder entgegengetragen werden mußte, zum Schmerz des Hoffenden und Wissenden. Die Rheinprovinz aber hatte tief unter dem Joch fremder Gewalt geseufzt. In ihrem Innern gärte Erinnerung an das eben Hingesunkene, kämpfend mit dem sich wieder darbietenden vaterländisch Neuen. Man war unentschieden. Wie mancher hatte sich eingelebt in das so schmachvolle Franzosentum, und dem Heimischen mußte sich ein neuer Herd in einer erst heranwachsenden jungen Generation bereiten. Jedes Band des Vaterlandes hatte die Hand der Zeit, jede Blume des Gemüts die kalte Atmosphäre des Verstandes vernichtet. Wer konnte da den Weltschmerz der Individualität herber, ergreifender ausdrücken, als ein Rheinländer? In Heine fand dieser Schmerz sein Organ. Unfähig, die Rechte seines Herzens vor dem vernichtenden Witz seines Verstandes zu wahren, aber ebenso unfähig, sein volles Herz mit seinen stürmenden Gefühlen zu verleugnen, stellt er diesen Kampf des modernen Weltgeistes personifiziert dar, und in dieser Darstellung liegt die besondere Zeitwichtigkeit der Heineschen Poesie.'

Diese Sätze weisen neben der Bedeutung Heines auch auf seine Schwächen deutlich hin. In der Tat war es ein geteiltes Empfinden, das Mevissen der Gesamterscheinung des Dichters Heine widmete. Den Liedern Heines, die sich seiner tiefsten Brust entwanden und eben das wiedergaben, was in der Epoche zur Geburt drängte, dem Sichverzehren der Heineschen Muse in glühendem Verlangen und den 'weltweiten Gedanken' einer Tragödie wie Ratcliff wurde er vollauf gerecht. Aber er blieb sich bewußt, daß es Heine zur vollen Dichtergröße doch an einem entscheidenden Punkte fehlte: 'Heines Poesie unterscheidet sich von der romantischen und der Goetheschen Schule durch ihr inwohnendes lebendes Prinzip. Heine gibt in seinen Gedichten sein Leben, wie es sich im nächstvergangenen Augenblick gestaltete. Er dichtet gleichsam noch kraftschwellend, daher wirkt seine Poesie so gewaltig, sie rührt Leid und Freude der Zeit auf, zurückgestrahlt von kalter aber erhabener Menschenbrust. Heines

Prosa durchschimmert leuchtend eine alles zum eigenen Busen heraufziehende Rezeption der Vorzeit und der Mitwelt, deshalb sind seine Mitteilungen über Dinge der Vorzeit so seelenvoll strahlend und erwärmend gleich einem weither durch Sommerschwüle ziehenden Lufthauch. Heinen fehlt aber, um ein Dichter des Jahrhunderts, und vor allem, um ein deutscher Dichter zu werden, die Tiefe des Gemüts und der wohlwollenatmende Ernst. Er gleicht der farbenprangenden Tulpe ohne Schmelz und Geruch. Sein Herz ist trocken, und hat seine Poesie ihr Zeitalter durchlebt, so bleibt ihr nur der farbenschillernde Prunk, wie dem lebenerstarrten Greise die faltige Toga' (1835).[1])

Inzwischen hatten seine am Goetheschen Vorbild entwickelten universalistischen Interessen, sein Streben, seinen geistigen Horizont allseitig zu erweitern, und nicht minder der innere Zusammenhang, der zwischen der neuen deutschen Literatur und dem französischen Geistesleben bestand, Mevissen auch der Literatur des westlichen Nachbarlandes näher geführt. Bei aller nationalen Grundstimmung war ihm doch eine Deutschtümelei, wie sie in jenen Tagen vielfach systematisch betrieben wurde und sich in einer grundsätzlichen Ablehnung der französischen Literatur und des französischen Geschmacks äußerte, durchaus fremd. Aus der klassischen Literatur der Franzosen hatte er schon in den ersten Jahren nach der Rückkehr ins Elternhaus zusammen mit den Schwestern manches kennen gelernt. Er hatte besonders Molièresche Dramen mit ihnen zusammen gelesen, und zwar, um zugleich die Sprache zu üben, auf Grund sorgfältiger schriftlicher Vorbereitung. Von 1833 ab wandte er dann aber seine Aufmerksamkeit vornehmlich der zeitgenössischen französischen Literatur zu, die damals, in der Epoche der Julirevolution, in Victor Hugo, Balzac, Dumas, Alfred de Musset, Eugène Sue, George Sand einen großen Aufschwung nahm und eine folgenreiche Bedeutung für das gesamte geistige Leben gewann, indem sie nicht nur aktuelle philosophische Probleme mit Vorliebe behandelte, sondern den ganzen Inhalt des menschlichen Daseins, vielfach in realistischer Schärfe, zu erfassen und darzustellen strebte. Eine heute

---

[1]) Über Heine und Börne schrieb Mevissen im Jahre 1837 eine kleine Abhandlung nieder (Band II S. 32).

fast verschollene Pariser Revue mit dem Titel 'Le Voleur',[1]) die im Jahre 1828 begründete Vorläuferin der Revue des deux Mondes, in welcher der spätere ständige Kritiker der letzteren, der ausgezeichnete Gustave Planche, die Referate über moderne Literatur schrieb, vermittelte dem jungen Mevissen in seinem entlegenen Städtchen den ersten Einblick in diese moderne literarische Bewegung Frankreichs und begründete in ihm eine Neigung für diese Literatur, die er sein Leben hindurch bewahrte. Er wurde hier bekannt mit dem Kampf des Klassizismus gegen die die Form und den Inhalt auch der französischen Poesie allseitig erweiternde romantische, unter Victor Hugos Führung stehende Dichterschule. Des letzteren neueste Dramen Maria Tudor und Lucrezia Borgia brachte er seinem Verständnis durch sorgfältige Exzerpte nahe. Auch das starke Eindringen der sozialen Bewegung in die französische Literatur trat ihm hier entgegen; besonders P. S. Ballanches sozialphilosophischen Ideen ging er nach. Und George Sand, die soeben den Ruf ihrer Genialität durch den psychologischen Roman Indiana (1832) begründet hatte, fesselte ihn mit ihrer in der genannten Revue im Jahre 1833 veröffentlichten Novelle Metella so sehr, daß er eine vollständige Übersetzung ins Deutsche ausarbeitete. Auch bei dieser Frau zog ihn besonders die Tiefe weiblicher Empfindung an, ihre reiche Empfänglichkeit der Natur gegenüber und ihre Fähigkeit, das Leben mehr zu fühlen als zu denken.

Nicht zufrieden mit diesen französischen Studien, unternahm der Unermüdliche gleichzeitig auch Exkursionen in das Gebiet der englischen Literatur, und zwar in der nämlichen Weise sprachliche und literarische Ziele miteinander verknüpfend. Im Jahre 1834 las er den Don Juan des von ihm seit den Jahren des griechischen Freiheitskrieges verehrten Byron, jene geniale Kritik und Verhöhnung der überlebten und in Gärung befindlichen moralischen und sozialen Zustände der englischen Gesellschaft. Auch hier arbeitete er vom ersten Gesang und von einzelnen Teilen der folgenden Gesänge eine wohlgefeilte Übersetzung ins Deutsche aus. Er lernte weiter

---

[1]) Le Voleur, gazette des journaux français et étrangers, revue de la littérature, des sciences, des arts, des tribunaux et des théâtres, hrsg. von E. de Girardin und Lautour-Mezeray (erschien seit 1828, die Revue des deux Mondes seit 1831).

die Werke von Bulwer-Lytton, Thomas Moore und anderen englischen Zeitgenossen kennen, und er gewann auch hier die Überzeugung: 'Wer die gesamten Literatur- und Lebensbestrebungen Europas mit aufmerksamem Blick begleitet, fühlt sich gewiß wohl und gesund in einem Kreise, der schon so Herrliches errungen hat und von dem noch Größeres zu erwarten steht'.

Es ist nicht bloß ästhetisches Empfinden, was sich in diesem Urteil ausspricht. Mevissen erwartete vielmehr von der neuen Literatur eine günstige unmittelbare Einwirkung auf das Leben. Nach dieser Richtung übte wiederum Heines Auffassung auf ihn einen nachhaltigen Einfluß. Heine betonte, wie erwähnt, nachdrücklich die enge Verbindung, welche zwischen der Kunst und dem zeitgenössischen Leben bestehen müsse, er wies der Dichtung geradezu ihren Platz an bei der Mitarbeit am Fortschritt der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Und da er Politik, Kunst, Wissenschaft und Religion eng miteinander verbunden und gleichmäßig mit den Ideen der Zeit erfüllt wissen wollte, so ging er nach seiner Übersiedlung in die französische Hauptstadt (1831) dazu über, selbst in seinen Aufsätzen über die französischen Zustände (1832) scharf umrissene Darlegungen der politischen und sozialen Welt Frankreichs in der beginnenden Epoche des auf dem Prinzip der Volkssouveränetät ruhenden Bürgerkönigtums zu veröffentlichen. Diese zeitgeschichtlichen, von einem liberalen und demokratischen Standpunkte geschriebenen Aufsätze, die zuerst als aufsehenerregende Korrespondenzartikel in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erschienen, wirkten als glänzende Muster politischer Tagesschriftstellerei ungemein anregend auf Mevissen ein, und zwar ganz besonders nach einer bestimmten Richtung. Heine geißelt hier mit aller Schärfe seines Spottes das Juste-Milieu der vom Egoismus beherrschten, nur auf Gelderwerb bedachten Bourgeoisie, also den eigentlichen Habitus des politischen Frankreich im Zeitalter des Bürgerkönigtums.[1]) Die ein klares politisches Ziel verfolgende Bourgeoisie hatte die Früchte der jüngsten Revolution eingeheimst, um die der vierte Stand leicht gebracht werden konnte, da es ihm auch in Frankreich noch an der nötigen Organisation ge-

[1]) Vgl. auch die Vorrede seiner Abhandlung Zur Geschichte der neueren Literatur in Frankreich (1833) und seine Aufsätze Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland (1834).

brach. Heine wendet dagegen seine ganze Neigung den sozialen Ideen des Grafen von Saint-Simon zu, der mit seiner lebhaften Phantasie und glühenden Hingebung an die Sache der Menschheit eine geistige und materielle Hebung der niederen Klassen, ihre Veredlung durch selbständige Bildungsarbeit erhoffte. Saint-Simons Bestrebungen — nur um sie, nicht um ihre alberne und entstellte Weiterbildung durch Enfantin und Fourier handelt es sich — waren von der philanthropischen Überzeugung durchdrungen, daß es nach der radikalen Auflösung der alten sozialen Verbände durch die französische Revolution, nach der Zersplitterung der Bevölkerung in ihre Atome und der Proklamation des Ehrgeizes und des Egoismus als der eigentlichen Elemente des Fortschrittes, einer neuen Entwicklung praktischer Gemütskräfte bedürfe, um die isolierten Einzelnen wieder in Verbindung untereinander und mit dem Ganzen zu bringen. Die Gedanken des geistvollen Dilettanten auf dem Gebiet der Sozialtheorie reichten an die tiefsten Wurzeln gesellschaftlichen Daseins, und sie haben als Fermente für die Entwicklung der sozialen Ideen des 19. Jahrhunderts eine Wirkung geübt, die nicht leicht überschätzt werden kann. Die wirtschaftliche Betriebsamkeit der neuen, durch die moderne Industrie gestalteten Gesellschaft gedachte er keineswegs einzuschränken; der Fortschritt der industriellen Arbeit im weitesten Umfang und ihr Aufsteigen zur politischen Herrschaft, zur ersten Stufe der Achtung und der Macht war vielmehr sein eigentliches Ziel, wie er denn überhaupt von der Notwendigkeit einer Herrschaft der Arbeit durchdrungen war, und nur aus der Arbeit das Recht auf Existenz ableitete. Aber er wollte eine sittliche Regelung der volkswirtschaftlichen Mächte, und zwar durch die reine Moral des Evangeliums. Er stellte mit großem und edlem Antrieb die Aufgabe einer Durchdringung der Volkswirtschaft mit ethischen Prinzipien. Wohlwollen und Bruderliebe, die alten Grundprinzipien des Christentums, die in den bestehenden Kirchen wenig Geltung hatten, sollten, jedoch ohne alle theologische Beimischung, als „Neues Christentum" die Gesellschaft beherrschen und dem großen Ziel einer möglichst schnellen Verbesserung des Looses der ärmeren Klassen zuführen, die bei dem allgemeinen Ringen im Zeitalter des freien Wettbewerbs und des Kapitalismus zu kurz gekommen waren. Dieses Vermächtnis Saint-Simons, an dessen Durcharbeitung zu einem

organisierten sozialen Programm ihn der Tod (1825) gehindert hatte, bewegte die denkenden Köpfe in Frankreich mit seiner fortgeschrittenen Industrie und einer schon stark herangewachsenen Fabrikbevölkerung lebhaft. Mevissen wurde durch Heines Darlegungen mit ihnen bekannt. Die Grundidee war ihm durch den Geist Pestalozzis, der über seiner Jugenderziehung gewaltet hatte, schon lange vertraut und gemäß; es war dieselbe Idee, die Neuverbindung von Geist und Gemüt, die ihm hier entgegentrat, wie sie ihn vorher in der Literatur beschäftigt hatte. Bruderliebe und Freundschaft als gesellschaftliche Verbindungselemente zur Hebung der Unterdrückten, das lag durchaus im Rahmen seiner eigenen religiösen Vorstellungen, und seine Erfahrungen in der industriellen Umgebung, in der er lebte, wiesen ihn, wie wir noch sehen werden, besonders auf die praktische Bedeutung solcher sozialpolitischen Gedankengänge hin. Er machte sich sofort mit ihnen näher vertraut, und er las auch die deutschen Schriften über Saint-Simon von F. W. Carové (1831) und von M. Veit (1834), in denen der Versuch gemacht wurde, die Lehre Saint-Simons von den Ausgestaltungen seiner Nachfolger zu säubern. Seine Überzeugung, daß vom Kreise der gebildeten Klassen aus eine soziale Reform angebahnt werden müsse, und zwar ohne daß dadurch der industrielle Fortschritt eine Hemmung zu erfahren brauche, nahm von hier ihren Ausgang.

Wie mächtig die Heineschen Gedanken, ihre politische wie ihre soziale Färbung einschließlich der Lehren Saint-Simons, auf die junge literarische Welt in Deutschland einwirkten, ist bekannt. Die Vertreter der deutschen Bewegungsliteratur der dreißiger Jahre, das sogenannte Junge Deutschland, die Gutzkow, Laube, Mundt u. a. sahen zu Heine als ihrem Muster und Vorbild auf. Auf den Grundsätzen der Liebe und Gerechtigkeit sollte das Leben in Staat und Gesellschaft neu auferbaut werden, und bei der Unmöglichkeit, die durch die übermächtige Gewalt der historischen Kräfte gestützten Verhältnisse zu ändern, richtete diese Gruppe die Pfeile der Ironie und Satire gegen das Bestehende, das seinerseits im Jahre 1835 den Kampf mit dieser Richtung durch die bundesrätliche Zensur, das polizeiliche Verbot der Schriften des Jungen Deutschland eröffnete. Ein Geist der Negation begann infolgedessen den Boden zu unterwühlen, da man im Kreise der Bewegungsgruppe über die

Gestalt dessen, was man erhoffte, noch keineswegs zu klarem Bewußtsein kam; aber die Ahnung durchzog doch die von hohem Idealismus erfüllten Gemüter, daß ein Aufschwung, herrlich, allseitig und die Nation in den Tiefen erfassend, dem deutschen Volke bevorstehe. Von diesem belebenden Bewußtsein, daß die Epoche den Beginn eines gewaltigen Fortschritts bedeute, war auch Mevissen auf das tiefste durchdrungen. Mit warmer Begeisterung erfüllte ihn die neue Richtung, von deren Sieg er überzeugt war, 'ob auch rings noch widerstreitet dürr und kraftlos alter Wahn'. Von Gutzkow meinte er 1835, derselbe 'ringe leidenschafttrunken und mit aller Kraft gegen soziale Gebrechen, deren Wirkung er noch nicht entwachsen ist'; von Wienbarg, dessen dem Jungen Deutschland gewidmete „Ästhetische Feldzüge" 1834 erschienen, er 'nähere sich bei geringern Anlagen mehr dem Heineschen Überblick; er wird einst, schlackenbefreit, Klares leisten, Gutzkow gemütlich Tiefes'. Eine geradezu schwärmerische Verehrung spricht sich aus, wenn er 1836 von Th. Mundt schreibt, daß 'in ihm die tiefsten Geheimnisse des modernen Lebens in goldener Sprache laut werden, wenn er mit geweihtem Finger an die Tore des lebensreichen Himmels klopft'.

Auch hier aber zeigt sich doch wieder die früh gereifte Selbständigkeit und Ursprünglichkeit eines eigenen Standpunktes. Wie Mevissen über Wolfgang Menzels schroffes Vorgehen gegen das Junge Deutschland, insbesondere über seine Denunziation der Jungdeutschen bei der Polizei dachte, kann nach seiner ganzen Richtung nicht zweifelhaft sein. Aber er erkannte doch bei den Menzelschen Angriffen, die in dessen Stuttgarter Literaturblatt vom Herbst 1835 erschienen und Mevissen im Februar 1836 vorlagen, an, daß manches Richtige darin verborgen sei, aus einem tiefen, noch nicht klar zum Bewußtsein gekommenen Seelengrunde keimend. So die Ansicht, daß die junge Literatur zwar auf tatsächliche in der Zeit beruhende Mängel verweise, deren Heilung aber auf falschem Wege versuche, und daß es 'jetzt der Zielpunkt der Besseren sein müsse, diese Gebrechen zur Klarheit zu bringen und auf naturgerechtem Wege zu bannen. Der aber hat schon viel geleistet, der nur auf ein krankes Glied eines Organismus die Aufmerksamkeit richtet, und es ist dem Phlegma der älteren Zeitgenossen beizumessen, wenn die junge Welt auf autokratische Abwege gerät. Talente zum Ergreifen und Ver-

arbeiten des Echtwahren und Schönen schlummern in dieser in reicher Fülle; es fehlt aber, um die notwendig gewordene Entwicklung von oben her und Hand in Hand mit der feurigen Jugend zu leiten, das gleichzielige aber mäßigere Alter'. Man erkennt, daß der Zwanzigjährige selbst von dem Standpunkt der bloßen Negation weit entfernt war, vielmehr in ruhiger Besonnenheit nach einem positiven Standpunkt suchte. Auf dem rein geistigen, literarisch-ästhetischen Gebiete erstrebte einen solchen in dieser stürmischen Epoche der gewandte und auf den verschiedensten Gebieten der Literatur tätige Schriftsteller G. O. Marbach, den Mevissen eine Zeitlang eifrig las. Auch dieser knüpfte an Goethe an, den er begeistert verehrte, und er verarbeitete Hegelsche Gedanken zu einer allerdings wenig klaren Weltanschauung; sie ging von dem Wirken des Geistes als des allgemeinen und ewigen Gesetzes im Weltall aus, das in der Menschheit allein zur Selbsterkenntnis und Freiheit, je nach der individuellen Begabung des einzelnen führe. Wenn Mevissen bald erkannte, daß Marbach hier 'auf den Stelzen einer längst zum Gemeingut gewordenen Weisheit dahertrabe', so stimmte er doch mit Marbachs Schrift gegen Menzel,[1]) die gleichfalls die Extravaganzen der Jungdeutschen besonders auf dem ethischen Gebiet mißbilligte, im wesentlichen überein.

So war Mevissen durch seine literarischen Studien in diesen Jahren mitten in das Leben des Tages hineingeführt worden. Er war erfüllt mit kritischen Gedanken über die bestehenden Zustände, er trug sich mit der zuversichtlichen Hoffnung auf einen bevorstehenden Umschwung und war der festen Überzeugung, daß die Literatur eine unmittelbare praktische Bedeutung für diesen Umschwung gewinnen werde. Das war ja überhaupt für diese, unter dem Druck der politischen Reaktion seufzende Zeit charakteristisch: der Glaube an eine gewaltige umwälzende Wirkung der Literatur unmittelbar auf das praktische Leben in Staat und Gesellschaft, der Glaube an eine Wirkung, wie sie tatsächlich wiederholt, in der Epoche des Humanismus und im Zeitalter der französischen Encyklopädisten, von der Literatur geübt worden war, indem sie aus dem Kreise der geistig fortgeschrittensten

[1]) G. O. Marbach, Der Zeitgeist und die moderne Literatur. I. Teil: Über moderne Literatur, erste Sendung, Menzel (1836, dann mit zwei weiteren Sendungen 1838).

Köpfe die Revolution von oben her vorbereitete. Und dieser Gedanke einer Verbindung des Geistes mit der Wirklichkeit des Lebens leitete gleichzeitig Mevissens Studien auf einem anderen Gebiete, das ihm von Jugend auf lieb war, dem Gebiet der Geschichte. Auch hier knüpfte er zunächst an die durch seinen Lehrer Weyden erhaltenen Anregungen an, indem er die rheinische Geschichte bevorzugte, welche damals in Zeitschriften und Quellenausgaben einige Pflege zu finden begann. Und wenn es ihn hier zu den Quellen selbst, wie Gottfrid Hagens lebendiger Schilderung der politischen Kämpfe im mittelalterlichen Köln,[1]) drängte, so führte ihn dieser Drang bald über die örtliche Grenze hinaus. Er legte sich 'Geschichtliche Annalen', einen Wegweiser durch die Quellenkunde der deutschen Geschichte seit dem frühen Mittelalter an, und er erscheint von dem die Geschichtsforschung der Epoche kennzeichnenden Streben nach systematischem Quellenstudium in einem Maße erfüllt, als wenn er sich zu eigener Forscherarbeit hätte rüsten wollen. Die Monumenta Germaniae historica, heute das bequeme aus jener allgemeinen Strömung erwachsene Sammelwerk, standen damals noch ganz in den Anfängen. So waren es die alten Folianten mit den Quellensammlungen von Freher, Urstisius, Pistorius und Struve, Goldast, Meibom, Schard, Leibniz u. a., auf die sich sein Augenmerk richtete und die er nach und nach seiner Bibliothek einverleibte. Daneben las er Johannes v. Müllers Allgemeine Geschichte, Niebuhrs Römische Geschichte, Raumers Hohenstaufenwerk und andere Schriften. Seinen Durst, das Leben der Menschheit allseitig kennen zu lernen, sein Streben, das Eingreifen großer Persönlichkeiten zu erfassen, welche die vorhandenen Zustände in ihrem Sinne umzugestalten suchen, sein Verlangen, die den Staat bildenden und bewegenden Faktoren zu erkennen und historisch zu begreifen — lauter Dinge, welche die Erfahrungen und Beobachtungen seiner kleinen Umgebung ihm nicht zu offenbaren vermochten, suchte er wie an den Erzeugnissen der poetischen Literatur so an den besten Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte zu stillen. Vor allem aber dem Zusammenhang der Vergangenheit mit der Gegenwart, deren ringende

---

[1]) Hagens sog. Reimchronik vom Jahre 1271 wurde 1834 durch E. v. Groote herausgegeben.

Kräfte ihm die zeitgenössische Literatur offenbarte, sann er nach. Er schrieb sich 1835 den Denkvers nieder:

> 'Nimmer vergiß, daß was die Gegenwart Schönes dir bietet,
> Einzig entsprang aus dem Staub einer vergangenen Zeit.'

Und wenn er kurz darauf (1836) von Niebuhr mit deutlichem Hinweis auf dessen pessimistische durch die Julirevolution veranlaßte Betrachtungen[1]) meinte: 'Seine dumpfumflorten Ahnungen sind Sterbeseufzer eines großen Geistes der Vergangenheit, seine Deutungen der Zukunft sind Versenkungen ins vermoderte Grab der Vergangenheit', so meldet sich in solchen Wendungen neben dem eignen lebenskräftigen Optimismus auch schon seine Neigung zu geschichtsphilosophischer Betrachtung an, für welche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Lichte einer einheitlichen Entwicklung erscheint.

Er hatte inzwischen die historischen und seine Zeit bewegenden Kräfte auch aus ausländischen Darstellungen kennen gelernt. Neben der erwähnten französischen Revue 'Le Voleur' las und exzerpierte er seit 1834 zusammen mit seinem jungen Vetter Koenigs noch ein anderes in Paris erscheinendes Journal, die 'Lanterne magique'.[2]) Da fand er neben anregenden Studien über die spanische Kultur zu den Tagen Ferdinands von Aragonien, neben Romanen, welche die französischen Zustände in der Epoche von Heinrich IV. bis Napoleon erläutern, mancherlei Ausführungen über die französische Revolution von 1789, die teils an Saint-Juste, [illegible] und [illegible] anknüpfen, teils — aus der Feder von Augustin Thierry [illegible] — Details über das erste Zusammentreten der französischen Reichsstände im März 1789, die [illegible] des dritten Standes, erörterten. Solche [illegible] er wieder sorgfältig ins Deutsche. [illegible] dort veröffentlichen [illegible] [illegible]

[1]) [illegible]

[2]) [illegible]

Sitzung des reformierten Parlaments, die neue Parteibildung, die beiden Gegner Lord Brougham und Lord Wellington, O'Connell und die irische Frage, die Sklavenemanzipation, die englische Gerichtsverfassung, die kommunale Selbstverwaltung in Schottland, alles das erregte sein politisches Interesse lebhaft. Die Verfassungsfragen, deren Entwicklung im eigenen Vaterlande durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819 und neuerdings durch die Wiener Konferenzen von 1834 völlig ins Stocken geraten war, traten ihm bei diesen Studien über das Ausland greifbar entgegen. Und er fand auf diesem Gebiete auch einen guten deutschen Führer in den Werken des außerordentlich fruchtbaren und damals hochgeschätzten Leipziger Professors K. H. L. Pölitz (1772—1838), trotzdem die Zensur einen Teil von dessen Schriften in Preußen verboten hatte. Pölitz' Geschichte des europäischen Staatensystems, seine Darlegungen über das konstitutionelle Leben und die europäischen Verfassungen, seine staatswissenschaftlichen Vorlesungen, zogen Mevissen sehr an.[1] Hier war in gefälliger Darstellung eine freimütige Kritik veralteter Staatseinrichtungen und Regierungsgrundsätze durchgeführt und das Repräsentativsystem empfohlen, und zwar eine gleichmäßige Repräsentation des Volkes nach einem 'System der staatsbürgerlichen Interessen', d. h. nach den Interessen der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Intelligenz. Die liberale Grundstimmung dieser Schriften entsprach durchaus dem allgemeinen freiheitlichen Streben des jungen Mevissen; die politischen Anschauungen sind ja überall dort, wo sie mehr als oberflächliche Meinungen sind, Teile einer Gesamtauffassung des Lebens, Ausflüsse der allgemeinen Weltanschauung.

Es wäre verwunderlich, wenn eine so stark zu freier Ausbildung und Betätigung der Persönlichkeit drängende Natur sich nicht frühzeitig auch der eigentlichen Wissenschaft von der Freiheit im Menschen,

---

[1]) Über Pölitz vgl. die Allgemeine Deutsche Biographie, 26 S. 389. Er verfaßte u. a. eine Geschichte des europäischen Staatensystems 1824; Staatenkunde und positives öffentliches Staatsrecht 1823; Volkwirtschaft, Staatswirtschaft und Polizeiwirtschaft 1823; Natur- und Völkerrecht und Staatskunst 1823; Die europäischen Verfassungen 1832; Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst 1831; Das konstitutionelle Leben nach seinen Formen und Bedingungen 1831; letztere Schrift wurde im März 1831 im Rheinlande von der Zensur verboten.

der Wissenschaft des freien Erkennens, der Philosophie zugewendet hätte, zumal in einer Zeit, wo dem deutschen Geistesleben die idealistische Philosophie den Stempel gab. Von seinen seitherigen Führern auf geistigem Gebiete wiesen ihn Goethe, Schiller und Heine von selbst auf die großen Philosophen Spinoza, Kant und Hegel; die Richtung, welche die deutsche Literatur seit 1790 eingeschlagen hatte, war wesentlich bestimmt worden durch das Eindringen Kantscher Ideen, und Kant führte auf dem Boden des Geistes denselben Kampf gegen die Einseitigkeit der Aufklärung, den die klassische deutsche Literatur auf dem Boden des Gemüts führte. Zudem eignete Mevissen in besonderem Maße das, was die philosophische Grundveranlagung bildet: die Gabe, das Vorhandene, auch das Alltägliche, nicht einfach hinzunehmen, sondern zu zweifeln, zu fragen, zu forschen. Er sah überall Probleme; die Welt breitete vor seinem suchenden Auge ihre Rätsel aus; sein Geist verlangte danach, mit Hilfe der Analyse des Verstandes zu begrifflichem Denken, zu einer philosophischen Betrachtung der Welt und des Ich fortzuschreiten, mit den Mitteln der Metaphysik das Bestehende in seine Elemente aufzulösen. In der Literatur, selbst bei Goethe, erschienen ihm die Begriffe doch nicht klar und sicher genug formuliert, so sehr ihm sonst Goethes pantheistisch-monistische Weltanschauung zusagte, die die Welt als das ewig Eine anerkannte, das sich vielgestaltig offenbart. Auch hier drängte es ihn zu den Quellen selbst zurück, zu Kant, der die von jeder äußeren Autorität unabhängige Macht der Vernunft begründet hatte, durch welche Mevissens eigne geistige Ausbildung seit den Tagen früher Jugend bestimmt worden war, zu Fichte, zu Schelling und zu Hegel, an deren Systeme sich, sie entwickelnd, ausbreitend oder bekämpfend der Fortschritt des deutschen Geisteslebens damals für längere Zeit knüpfte. Seit dem Jahre 1834 begann er mit den philosophischen Studien, über deren Umfang wir im vierten Kapitel eingehender handeln werden. Auch hier arbeitete er von dem, was er las, kritische Auszüge aus, in denen er sammelnd und selbständig hinzuschaffend einen Vorrat von Ideen für das Leben niederlegte; sein nach klarem Selbstbewußtsein ringendes Wesen spricht sich dabei in der ausgebreiteten Fülle von Zweifeln und Bedenken deutlich aus. 'Alle Wissenschaft, alle echte Kunst ist ein Born, in den wir hinabtauchen, um erfrischt, seelenkräftiger wieder-

zukehren.' Von Natur eine mit einem glücklichen Gleichmaß der Kräfte ausgestattete Persönlichkeit, die fähig und entschlossen war, alles auf sich einwirken zu lassen, ohne doch die Eigenart einzubüßen, bohrte er an zahllosen Stellen in die Tiefe und sicherte sich den Gewinn aus dieser Tätigkeit stets sorgfältig dadurch, daß er in zusammenhängenden schriftstellerischen Versuchen die Resultate formulierte, um dann frohen Mutes weiter voranzuschreiten. Schon aus dem Jahre 1835 liegen mehrere kleine durch seine ersten philosophischen Studien angeregten Aufsätze vor: Über den ewigen Kreislauf in der Entwicklung des Geistigen im Menschen und ihren Ausgleich mit der umgebenden Welt; Über die beiden im Geist der Menschen tätigen Prinzipien — das ruhende, objektiv Göttliche, den Verstand, und das bewegende, subjektiv Bedingte wenn auch in seinem Ursprung gleichfalls Göttliche, den Willen; Über das Wirken beider Prinzipien miteinander und gegeneinander. Diese Abhandlungen offenbaren sein planmäßiges Ringen nach 'einem Ausdruck seiner Ideale und nach einer selbständigen Weltanschauung. Der Begriff der Vervollkommnung von Geist und Form erfüllte ihn; alles im Leben, auch dem alltäglichen, schien ihm auf Rundung, auf Abgeschlossenheit in sich zu drängen, die höhere Idee zu spiegeln, die das Ganze durchwebt. Das Menschenleben erhielt für ihn seine wahre Bedeutung erst durch seinen Zusammenhang mit dem Allgemeinen, dem Unendlichen. Er war erfüllt von dem Glauben an einen das All durchdringenden Geist und an den allmählichen Fortschritt des menschlichen Lebens im Hinblick auf diese zentrale Potenz, und dieser Glaube gab ihm eine unerschöpfliche Spannkraft und Schwungkraft von Geist und Herz.

Allerdings hatte auch er mit gelegentlichen Anwandlungen des Pessimismus zu kämpfen. In seinen Tagebuchnotizen schreibt er zum Jahre 1835, er habe sich in den Jahren seit 1831 als gleichsam vom Fatum in die ihn umgebende Welt hineingeworfen betrachtet, er habe sich in den äußeren Dingen 'willenlos schleppen lassen von den Fesseln des väterlichen Überverstandes und im übrigen ein Traumleben in einer eigenen weltfremden Innenwelt geführt'. Durch den Widerspruch zwischen äußerem und innerem Leben 'wurde mir alles Lebende, alles Körperliche fremd und fremder, und nur die alles Körperschmucks beraubte Idee vermochte mich anzuziehen.

Daher meine Richtung auf die Idee,[1]) die mich allerorts in steigendem Maße begleitet und mir zum überwiegenden Drange geworden ist' — Diese Äußerungen sind wohl zu scharf gefaßt. Ein gesunder Wirklichkeitssinn blieb Mevissen bei allem Idealismus doch stets eigen, und seine bisherigen Studien hatten ihn dem Leben keineswegs entfremdet, sondern ihn vielmehr zu einer denkenden Teilnahme an den Menschen, ihrem Treiben und ihrem Leiden geführt. 'Leben und Wissen wollen sich gerne gegenseitig tragen und erleuchten', schrieb er 1836 nieder; früher habe das deutsche Gelehrtentum ruhig und weltabgeschieden in seiner Klause gesessen — 'wie ganz anders hat sich da die Neuzeit gestaltet, und wie tief greifen ins innerste Volksleben und aus dem Volksleben Uhland, Pfizer, Mittermaier, Welcker und andere gefeierte Namen der Gegenwart, und wie kläglich stehts jetzt um den Bücherwurm!' Und wenn er gegen vieles innerlich protestierte, was ihm im Umleben entgegentrat, so war er doch von jeder irgendwie gearteten, wenn nur ernsten und vernunftgemäßen Arbeit überzeugt, daß sie auf irgend einem Wege dem großen Ziele des Menschentums, der Vervollkommnung näher führe. Dieses Bewußtsein bewahrte ihn auch in seiner oft schwer empfundenen geistigen Vereinsamung vor dem Pessimismus. Unsicher aber war er noch, wie er den Weg finden sollte, um in dieses höhere Leben, dem er zustrebte, mit der Tat einzugreifen.

Drittes Kapitel.

Poetische Versuche. Weltanschauung. Erste Schritte in die Welt. Rückkehr zu den Studien (1832—1836).

Eine selbständige und schaffensfrohe jugendliche Natur, die gewohnt ist, in regelmäßigen kritischen Aufzeichnungen Tag für Tag ihren Standpunkt zu den ihr entgegentretenden Erscheinungen der Poesie zu formulieren, wird immer auch selbst dazu übergehen, das, was sie in Kopf und Herz bewegt, im Gedicht zum Ausdruck zu

---

[1]) Mevissen gebraucht hier wie sonst das Wort Idee im Sinne Hegels, d. h. als das real aufgefaßte Allgemeine.

bringen. Sie wird durch die stete Auseinandersetzung mit dem Fremden gestärkt und zu eigener Produktion gedrängt. Auch Mevissen blieb schon in diesen Lehrjahren keineswegs bloß rezeptiv, sondern neben seiner außerordentlichen Aufnahmefähigkeit regte sich früh die Schaffenslust, und zwar in einem Umfang, der darauf schließen läßt, daß der Jüngling eine Zeitlang seinen eigentlichen geistigen Beruf in dichterischer Produktion erblickt hat. Je mehr er geneigt war, im Künstler das höchste Menschentum, im dichterischen Schaffen das letzte Ziel geistigen Ringens zu erblicken, um so stärker fühlte er, der nach dem Höchsten strebte, sich zu eigenen Leistungen auf diesem Felde angeregt. Er verlangte nach einer Betätigung seiner schöpferischen Kraft, nach einem Mittel, seiner wachsenden Kenntnis, seinem stark gärenden Empfindungsleben und seinem Drang zum Handeln Ausdruck zu verschaffen, und er bezeichnete es selbst als 'des Dichters schönstes Teil, den Gefühlsdrang, der im Tatmenschen allzeit unbewußt wirkt, in Worten klar empfunden aufleben zu lassen'. Schon aus dem Jahre 1832 liegen Bruchstücke einer von ihm geplanten epischen Dichtung 'Laokoon' vor. Wie ernst er solche Versuche nahm, beweist das gleichzeitige gründliche Studium der Apelschen Metrik, eines der damals beliebtesten Werke dieser Art. Das Vorbild der Romantiker klingt in zahlreichen Romanzen und Balladen an, in denen er allgemeine, besonders aber auch rheinische Sagenstoffe mit warmem Empfinden darstellte. Eine Fülle von Gedichten aus den Jahren 1832—1834 handelt von Schlachten und Rittern, von glänzenden Königen und strahlenden Schlössern, von zarten Edelfräulein und bleichen Mondnächten, von weißen Rosen und perlendem Morgentau. Ein längeres episches Gedicht in Stanzen: 'Die Wanderer', von dem nur ein Fragment vorliegt, sollte die wechselvollen Lebensschicksale zweier Freunde vergleichend schildern. In der Weise des idyllischen Epos unternahm Mevissen es, einen Ball der Honoratioren in Dülken behaglich vorzuführen. Selbst im komischen Genre versuchte er sich, obgleich gerade das am wenigsten seiner Natur entsprach:[1]) im Oktober 1834 verfaßte er ein kleines episches Gedicht 'Die Revolution in Dülken', das in scherz-

[1]) 'Recht erschreckt fand ich mich bei Jean Pauls Behauptung in seiner Ästhetik, daß sich jedes Genie, jedes Talent am Komischen prüfe und betätige', schrieb er 1836 nieder.

hafter Weise den Angriff des Pöbels auf das Haus eines als Wucherer verhaßten Juden schildert. Er war auf der Suche nach passenden Stoffen. Seine Natur ermangelte keineswegs künstlerischer Elemente. In ihm lebte der aus der Seele sprudelnde Quell, die warme Innigkeit und die Stärke der Empfindung, die den Schaffenden von dem bloß Rezeptiven unterscheidet; auch fehlte es ihm nicht an Phantasie, an Fülle der Gedanken und an wirksamen Bildern, und der Bemühung, für die vielseitigen Regungen seines Gemüts das rechte Wort zu finden, widmete er sich mit nachhaltigem Eifer. Aber es überwog bei ihm von vornherein zu sehr die Reflexion. Es fehlte ihm die freudig leichte Art des Sichausströmens, das unmittelbare Schaffen und die daraus entstehende Anschaulichkeit, der angeborene Sinn, mühelos aus der Fülle dessen, was ihn innerlich bewegte, zu gestalten. Erst beim Schreiben selbst gewann ihm Gedanke und Empfindung Gestalt, die allmählich aus der Tiefe hervortauchte. Er selbst war sich über diese Hemmungen nicht im unklaren. Mit beweglichen Worten beklagt er in einem seiner frühesten poetischen Versuche, daß ihm die Muse wohl in seinen nächtlichen Träumen erscheine, am Tage aber entschwinde:

'Nun bin ich arm, der schöne Traum ist hin,
Gelähmet ist der freie Schaffenssinn,
Zum Tagesleben sink' ich machtlos nieder.
Doch nein! was ich im Traum gewesen bin,
Bringt auch dem bösen Tage noch Gewinn
Und klingt, ein Echo leis, durch meine Lieder.'

Er gedachte aber, der Schwierigkeit Herr zu werden durch immer neues Bemühen. Von dem Vielen, was er auf poetischem Gebiete zu Papier brachte, hat er nie etwas veröffentlicht. Wohl nur das eng mit ihm fühlende Schwesternpaar und der immer tiefer in sein Vertrauen hineinwachsende Vetter Koenigs sind Zeugen dieser intimen kleinen Schöpfungen gewesen. Die hohen Ansprüche, die er von Jugend auf an seine Leistungen stellte, zumal an alles, was er der Öffentlichkeit unterbreitete, veranlaßten ihn, diese Kinder seiner Muse für sich zu behalten. 'Es tauchen', so schreibt er einmal, 'jetzt so viele Geister auf, weil jeder, der etwas Geistiges zu besitzen glaubt, auch schon ein Geist zu sein sich dünkt. In diesem Sinne werden die Menschen und die Erde ebener und flacher. Bei den früheren

größeren Abständen war das nicht so leicht möglich.' Für die Kenntnis seiner inneren Entwicklung sind am wertvollsten die kleinen lyrischen Dichtungen, in denen er Freude und Leid des eigenen Innenlebens zum Ausdruck bringt. Aus diesen Dichtungen vermögen wir seinen inneren Werdegang zu verfolgen, den Pulsschlag seines Herzens in diesen entscheidenden Jahren der Entwicklung zu fühlen und das Empfindungs- und Gedankenleben zu ermessen, das sich in dem Jüngling schnell und vielseitig entfaltete.

Die Formen, die er zur Einkleidung seiner Empfindungen wählte, erinnern an seine Vorliebe für einzelne Dichter. Wendete er wohl die freieren Rhythmen des deutschen Liedes an, wie sie Heine so meisterhaft zu handhaben verstand, so lag ihm bei seiner ausgeprägten Empfänglichkeit für kunstvolle Formen doch das gebundene Wort der Ode, der Romanze oder der orientalischen Ghasele näher. An ihnen entwickelte sich durch wiederholtes Feilen seine Sprachbeherrschung. Die gediegene Schranke der künstlerischen Form erschien ihm wesentlich, und er pflegte die Kunstpoesie immer bewußter. In den jüngeren seiner Dichtungen ist es die wohllautende Form des Sonetts, die er nach Rückerts und der Romantiker Vorbild eifrig benutzte; sie mußte ihm besonders zusagen, da sie ihrer Eigenart nach am wenigsten zum unmittelbaren Ausdruck des Gefühls geeignet ist.

In seinen lyrischen Dichtungen nun sind es zunächst die alten Stoffe von Sehnsucht und Liebe, die ihn zur Aussprache drängen. Frohe und wehmutsvolle Stimmungen des Herzens klingen aus zahlreichen kleinen Liedern dieser Jugendjahre wieder. Vornehmlich aber waren es doch von Anfang an die beiden seit den Tagen Rousseaus die Welt erfüllenden Ideen, Natur und Freiheit, die ihn beschäftigten, jene Ideen, die auf die Erneuerung des Lebens der Menschen seither schon so vielseitig eingewirkt hatten, ohne doch die von den ersten begeisterten Propheten erhoffte Erfüllung, das Glück der Menschen, herbeizuführen.

Aufs mannigfaltigste regte die Natur, die unerschöpfliche durch die Romantik neu erschlossene Quelle deutscher Lyrik, sein empfängliches Gemüt an:

Ich schweif' hinaus in Berg und Flur
Mit offnem heiterm Sinn,

Zum Wonnetempel der Natur
Zieht mich die Sehnsucht hin.
Der Frühling naht, die Lerche sang,
Der Gießbach rauscht im Murmelklang,
Es blüht in Lenzes hehrer Pracht
Das Leben auf aus eis'ger Nacht....
Ich glaube dir mich eng verwandt,
Dir Mutter, o Natur....

so lauten einige Verse aus einem seiner frühesten Gedichte. Er wu nicht müde, die Natur zu besingen, und in ihr fand er mit roma tischem Empfinden das Menschliche vielgestaltig angedeutet und v gebildet. Der Lerchenflug war ihm ein Symbol des Geistes, der emporschwingt und durch die irdische Last des Leibes zurücksinkt; Lerchengesang und die zärtliche Stimme der Nachtigall rührten i tief; das üppige Grün der Büsche und das zarte Blau ferner Höh züge in seiner ländlichen Umgebung erfreuten sein Herz; der Anb der ersten Tulpen und Hyacinthen drängte ihn, 'der mit Vogel u Wald und Blumen der farbenprangenden Sonne entgegenlebte', z Ausdruck hoffnungsfroher Gefühle. Gewitterstürme, bei denen Natur zwischen Bangen und Erhebung schwankt und die 'Welt stufenleiter' des Blitzes die nächtliche Flur grausig erhellt, stellte mehrfach in pathetischen kleinen Dichtungen dar. Der wechseln Wolkenflug gemahnt ihn an die Wolken, die auch der Liebe er beschieden sind, und wenn der Abend hinter maienwarmem Dämm schleier versinkt, erfüllt ihn der Gedanke der Wiederkehr, das Ahr des neuen Tages. In reizvollen Naturschilderungen sprach sich s Empfinden besonders dann aus, wenn der Lenz seinen Zauber üb das Land breitete. Das Erwachen der Natur im Frühling schilde er mit immer neuen Farben in Prosa und in Versen. 'Vor d beseligenden Anhauch des Lenzes sprossen aus Millionen Keimen neuen Triebe, höher rauscht die Quelle, süßer lispelt der West Buchenhain, und neue freundliche Grüße winkt herunter die Sonn Aus dem schwellenden Frühlingstreiben der Natur sucht er die ew Harmonie zu erlauschen: 'Ich fühle es, das große Menschenh schlägt allem entgegen, preßt alles an die heiße, liebeathmende Br birgt im engen Raume Götter, Engel und Welten und beseelt al in zauberischem Anhauch.' In solchen Stunden war er ganz G müt, genoß er harmonische Freuden der Seele. Das erhöhte Das

künstlerisch verklärten Naturgenusses bot ihm die schönsten Stunden, wo ihm Natur und Kunst als Befreierin und Erlöserin winkten: 'Die Natur lerne ich schätzen, geistdurchdringend sie meinem Selbst mehr und mehr zu assimilieren; ich fühle trunken meine Wesenheit erhöht in heiligen Augenblicken.' Im Januar 1836 schildert er einmal einen Ausritt am frühen Morgen. Die Gegend liegt im winterlichen Schneekleide tot um ihn her, die wenigen Menschen ziehen schweigend, wie von außen erstarrt, ihre Straße. Nur ein paar Windmühlen drehen hastig ihre Flügel, gleichsam trotzend dem Schweigen ringsum und der Erstarrung. Der einsame Reiter empfindet den weiten Abstand seines feurigen Geistes von der erstorbenen Winternatur, seine Verwandtschaft mit dem Frühling, wo Lebensahnungen in und um uns weben. 'Da erhob sich die Sonne, und ihre wärmenden Strahlen tauten den Reif von den Ästen, sodaß sie aussahen, als wenn sie dem keimschwellenden Hauch des Frühlings entgegenharrten. Im Walde hoben die Fichten die immergrünen Häupter hoch über alle die Genossen, wie mit Schützerarmen sie bedeckend, und auf der Flur tanzten graubrüstige, schwarzbefiederte Kraniche den lustigen Morgenreigen und tranken wie ich die Strahlen der jungen Sonne.' Und nun schildert er, wie er auf dem Rücken seines schnellen Pferdes der Sonne entgegenstrebt, 'da war mein Winterkleid abgeworfen, und mich durchzuckte das rauschende Leben der Jugend.' Hohe Gedanken und Empfindungen drängen sich tagsüber in seiner Seele. Am Abend aber kehren Roß und Reiter ermüdet heim, der Rausch der Begeisterung ist vorüber, und die Stimmung des Jünglings paßt zu der wieder erstarrten Natur: 'der Sternschimmer flimmerte wieder von dem weißen Schnee, und über meinem Haupt verkündete ein lichter Streifen die Milchstraße, auf der die ewigen Götter wandeln die freudenvolle Bahn. Mein Sinn staunte ob all den Wundern der Natur, aber er vermochte keines zu umfassen, niedergezogen von der frostigen Schwere der Erde.'

Auch noch in anderm als diesem poetischen Sinne beschäftigte ihn die Natur. 'Wer in der Natur und mit der Natur leben will — so schreibt er 1835 nieder —, der hebe das Kleinste hinauf zu sich und spiegele auch im Kleinsten sich wieder. Dann ist ihm jedes Blatt ein redendes Wort, jeder Westhauch ein Hauch der Begeisterung.' Durch Goethes Aufsatz vom Jahre 1820 über 'Wolkengestalten nach

Howard'[1]) angeregt, schrieb er 1835 meteorologische Beobachtungen über auffällige Cirrus- und Kumuluswolken nieder. Mitte März 1836 beschrieb er eingehend die damals herrschenden Stürme, die von eigenartigen Wolkenbildungen und Lichterscheinungen begleitet waren. Vom Halley'schen Kometen, der 1836 auf vorausberechneter Bahn wiederkehrte, meinte er: 'daß er aus einem stark reflektierten Dunstkreis ohne festen Kern bestehen sollte, scheint mir ohne vorherigen Aufschluß über den möglichen Grad des Sonnendurchdringens unerklärlich.' Eine Bemerkung der Rahel Levin endlich, die Witterung sei der Barometer des menschlichen Geistes, veranlaßte ihn zu längeren Selbstbeobachtungen — Natur, Lektüre und Innenleben standen bei ihm im innigsten Wechselverkehr. Die häufigen Ausflüge nach der schön gelegenen Lüttelforster Mühle in den Jahren 1834 und 1835 boten seinem Naturempfinden vielseitige Anregung. In abendlicher Stille regte sich ihm da die Erinnerung an die bereits erwähnte Episode in Shakespeares Hamlet: 'Die Dämmerung winkte, einsam am krystallblauen Himmelsbogen zog ein schöner goldner Stern auf, und ich blickte in Träume versunken hin, und nieder auf die dämmerumwobene Erde, und um mich her war alles feierlich still. Der Winter hatte rings das arme Menschenhaus durchstarrt, und Kälte durchfröstelte meine Glieder; ich war stumm und trunken von dem einen schönen Stern. Da blickte ich hin nach Osten und umher, und es strahlten ihm viele silberne Brüder, doch keiner war so golden schön. Ich aber lehnte am Fuß einer Riesenkiefer, vor mir die geräumige Mühle und der Bach mit seinen silbernen plätschernden Wellen. Der Mond schien durch die hohen Äste der Fichte auf mein Haupt, und ich sah hinauf in namenloser Sehnsucht.' Da unterbricht ihn in seinem Traume ein hinzugetretener unwillkommener Mensch. 'Ich kehrte zurück zur Erde und schaute verstörten Auges auf das Alltagsleben, die Sterne schienen blasser, und der Mond hüllte sich ein, als fürchteten sie sich, vor dem ungeweihten Auge des Erdenlebens ihr keusches reines Licht zu enthüllen. Kein Stich, keine Berührung ist bitterer als die hämische Berührung der kleinsten Menschenwelt im Augenblick der Weihe. Das preßt krampfhaft das Herz zusammen, und alle Fibern zucken, der Geist ist außer sich, ein

---

[1]) Werke, Cotta 30, 257 ff.

willenloses Spiel seiner Umgebung. Der einzige Punkt aber wird dem Menschen zur Welt, wenn er nur in diesem einzigen Punkte lebt und webt mit allen seinen Kräften.'

Nicht nur der Frühling der Natur aber war es, der in ihm vielseitig anklang. 'Wie sehnt sich mein Herz unter der Eisdecke des Winters entgegen dem Frühling — so schreibt er einmal in dieser Zeit —, mein Herz, das in kräftigen Schlägen dem Völkerfrühling, dem siegreich weitschattenden, zujubelt.' Dieser Völkerfrühling aber konnte nur durch den Sieg der Freiheit heraufgeführt werden, für die die Griechen heldenmütig gegen ihre Dränger gekämpft hatten und deren Unterdrückung in dem preußischen Staate der Reaktionszeit die Geister zur Flucht in die ideale Welt nötigte, nachdem ihre Hoffnungen aus der großen Zeit des Befreiungskrieges schmerzlich enttäuscht worden waren.

Das Geistesleben der bedeutenderen Köpfe war in jenen unter politischem Druck seufzenden Tagen mit freisinnigen Bestrebungen in den großen Fragen der Persönlichkeit, der Gesellschaft und des Staates erfüllt. Die Idee der Freiheit hatte auch den jungen Mevissen früh mit aller Kraft erfaßt. Eine ganze Anzahl seiner Gedichte ist ihr gewidmet, 'die gleich Purpur der Sonne mit rosigem Saum das Gewölke des Abends umkränzt', und die er als die Grundlage des Geistigen im Menschen, als den Quell des Fortschritts der Menschheit, als die Bedingung jedes tatkräftigen Lebens zu preisen nicht müde wird. Seine Besonnenheit aber tritt auch hier von vornherein in die Erscheinung. Wie er in den Fragen, die unmittelbar das Leben berührten, stets zunächst und vor allem die Vernunft zu Rate zog, so war Freiheit für ihn nie tönendes Schlagwort, deckte sich für ihn nie mit Willkür, wenn es sich um Leben und Denken handelte. Daß Freiheit in diesem Sinne nur im Reich der Träume herrscht, war ihm niemals zweifelhaft; frühzeitig zeichnete er sich als Ergebnis seiner Überlegungen auf, daß 'der Mensch frei nur durch Beschränkung wird', daß er 'ewig nach Freiheit strebt, und doch ewig von tausend Umständen gekettet ist.' Daß der Einzelne sich die Freiheit erst im Kampfe mit sich selbst erobern muß, und daß nach Goethes Ausspruch nur das Gesetz uns Freiheit geben kann, stand für ihn fest. Das Gesetz hat dem ungebändigten Naturmenschen die Freiheit entzogen, um ihn zu erziehen und zu

bilden; die Kultur selbst aber führt dann in notwendigem Kreislauf zur Wiedergeburt der Freiheit und legt die Leitung des Kulturmenschen in seine eigene Hand zurück. An Schillers ästhetische Erziehungsideale klingt es an, wenn er 1836 schreibt: 'Jedes kindliche Freiheitsstreben hat etwas die Grenzen überschweifendes, das erst reifere Einsicht und Erfahrung zum Schönen mäßigt. Glücklich aber der, dessen erwachendes Freiheitsgefühl im Lebensstrom erstarkt und nicht in der Wiege von zischenden Schlangen erstickt wird. Der Drang nach Freiheit gleicht der Knospe, welche Glück und Frühling in Blüte treiben und zur Frucht reifen.' Und es erinnert an Kants Aufstellung der Freiheit als des regulativen Princips für unser Handeln, das uns lehrt, den Nebenmenschen niemals nur als Mittel, sondern immer zugleich als Selbstzweck zu betrachten, wenn er schon früher einmal niederschrieb: 'Die Freiheit des andern darf unter keiner Bedingung und zu keinem Zweck durch den Einzelnen als solchen gehemmt werden.' Wir werden noch sehen, welche Bindung des Freiheitsstrebens durch das Gewissen und durch die Rücksicht auf die umgebende Welt er für unerläßlich hielt. Er faßte diese Bindung durchaus innerlich, geregelt durch eine sittliche Gesinnung. 'Sittlichkeit der Gesinnung, sei sie im Bewußtsein, sei sie in der Empfindung, befreit Geist und Herz. Der freie Mensch erträgt kein fremdes Joch; ihm ist ein einzig ewig göttlich Band im Innersten des eignen Busens eingeschmiedet, die Stimme des ahnenden Gewissens und der aufmerkenden Vernunft.' Auf dieser Freiheit baute er sich seine Weltanschauung auf, und von hier nahm er seinen Standpunkt auch zu den religiösen Fragen. 'Der Mensch, so meint er 1835 einmal, faßt rein und göttlich auf, wenn er frei auffaßt, und wenn er im Dienste des freien Gottes fühlt und denkt. Die Freiheit durchschaut die Irrtümer, die der Staub der Jahrhunderte über Natur und Leben in den Geist eingesenkt hat, sie sieht mit eignem, ursprünglichem Sinn, und sie sieht rein und tief, weil sie das Wahre einsieht, in sich aufnimmt und darauf fortbaut, und weil kein Vorurteil sie mit Blendwerk und Trug umfängt. Die Freiheit ist aber eine Tochter der Bildung und des Wissens. Der Geist wird auf die Höhe seines Jahrhunderts geführt — soweit leiten ihn Glaube und Autorität an fester Hand. Nun aber steht er verlassen und allein. Er hat die Bildung in sich aufgenommen, aber ohne innere Gewißheit, als ein äußerliches

Geschenk. Jetzt hat das Innere sich hervorzukehren, zu prüfen und zu richten und sich das Naturgemäße zu assimilieren. Bei dieser eigenen Vollendung der Erziehung leuchtet kein Stern vor, alles muß vom Innern eigenkräftig ausgehen, und nur zuweilen blinkt mit mattem Strahl ein Pharus hinüber. Diese Bildungsepoche entscheidet fürs Leben, und in ihr tut das Gottesbewußtsein als Halt und nie auslöschendes Licht im Innern am meisten Not.'

Dieses Gottesbewußtsein aber vermochte er nach seiner ganzen seitherigen Entwicklung nicht in einem der bestehenden religiösen Systeme zu finden. Die religiösen Fragen und Probleme beschäftigten ihn andauernd aufs lebhafteste, Religion, Philosophie und Kunst schätzte er als die höchsten Errungenschaften menschlicher Kultur, und die Religion in dem Sinne Schleiermachers und der älteren Romantik als Gefühl des Universums, als Beziehung des Endlichen auf das Unendliche durchdrang für seine Vorstellung alles Andere. Auch der Gegensatz zwischen der freien Auffassung des Vaters und dem kirchlichen Glauben der Mutter, dem katholischen Glauben, der durch die romantische Mystik gefördert wieder die alte, naiv zuversichtliche Stellung zu den höchsten Fragen einnahm und dem Wunder die Rolle des Begreifens zuwies, hielt sein Bedürfnis stets lebendig, sich mit dem Christentum und dem religiösen Problem überhaupt innerlich auseinanderzusetzen. Von allem positiven Dogmatismus fühlte er sich abgestoßen, Religion, Christentum war für ihn Sache des Gefühls, und das Gebot der Liebe war ihm der wesentliche Inhalt der Lehre Christi. Er war Rationalist, insofern er die Naturgesetze als allgemein geltend auch in der Welt des Geistes ansah und von zuversichtlichem Vertrauen auf die befreiende Kraft der menschlichen Vernunft beseelt war. 'Die Ursache der Welt ist kein außerweltliches Wesen, sondern sie liegt in der Causalität aller Teile des Weltalls und in ihrem Trieb zu einem gemeinschaftlichen Mittelpunkt. Ersprießlicher als die Forschung nach einem Schöpfer des Weltalls, die gerade die kräftigsten Geister vielfach in Anspruch nimmt, dürfte die genaueste Erforschung des erkennbaren Bestehenden sein. Die Natur muß als Ur-Ding betrachtet werden, denn uns, die wir nach ihren Formen leben und weben, ist es schwerlich gestattet, je ihre innere Organisation zu gewahren, wenn wir ihre Schöpfungen und die Gesetze, wonach alles besteht, erkennen und ergründen. Möge

das aber den Forschungssinn nicht vermindern, da uns zur Erkenntnis dieser Gesetze noch viel fehlt.' Die Vorstellung eines dogmatisch vorausgesetzten außerweltlichen Gottes, eines Weltschöpfers, war ihm schlechthin unfaßbar. Wie er sich mit dieser durch den religiösen Glauben seiner Umgebung ihm täglich nahetretenden Vorstellung innerlich auseinandersetzte, zeigt eine Notiz vom Frühjahr 1836. 'Ich habe in diesen Tagen sehr der Idee eines außerweltlichen Gottes nachgehangen, den meine Schwester mit Ahnungsnerven umfaßt. All mein Streben und Ringen ihm entgegen ist aber vergebens, und so oft ich dieses Gespenst meiner ersten Jugend wieder heraufbeschwöre, es will nimmer seine alte Wirkung verleugnen. Mir ists nun einmal undenkbar: ein Gott, der da thront mit neugierigen Augen hoch über allen Sternenbahnen in strahlender Pracht. Was nicht von innen heraus wirkt, wirkt für mich nicht. Ich fühle zuweilen, es liegt etwas Köstliches in der Gottergebenheit, in der Gottdemut des Glaubens, ich ahne, daß reine Genüsse, sanfte Empfindungen und Anschauungen sich in diesem Born verbergen, aber diese Idee scheint von meiner Individualität weltweit entlegen. Mein Geist hat keine Poren zu ihrer Aufnahme, sie umwebt mich nur mit trübem Nebelduft, und mir ist, als wenn sie einschläfernd mich umgaukle. Was aber meiner Natur nottut, was mich stählt, aufrichtet und stärkt, was meine Stimmung trägt und hebt, ist das Festhalten an einem denkbaren Sein, ja, was für mich nicht denk- und ahnbar, gilt mir gar nichts.' Und wenig später schrieb er nieder: 'Wir haben den Glauben an einen außerweltlichen Gott verloren. Das Auge der Madonna, in welches sich die ganze Gottesliebe des Mittelalters so rein und tiefinnig versenkte, das sich hinweghebt von der Erde, um in höheren Regionen sein wahres Ziel zu suchen, — mit Pietät durchsinnen wir die Trostlosigkeit seiner Ahnung. Aber alle heilige Madonnenliebe weihen wir dem göttlichen Walten des großen, allgegenwärtigen Geistes, der alle Welt und jedes Herz durchschüttert.'

Wiederholt weist er in seinen Notizen aus diesen Jahren auf Goethes Ausspruch hin:

Was wär' ein Gott, der nur von außen stieße,
Im Kreis das All am Finger laufen ließe!
Ihm ziemt's, die Welt im Innern zu bewegen,
Natur in sich, sich in Natur zu hegen.

Trennung von Natur und Geist war ihm undenkbar, er sah nur eine gotterfüllte Natur, Gott nicht als übernatürliches Wesen, sondern als den Naturprozeß selbst, als die das Ganze durchdringende und das Einzelne zusammenfassende Einheit.[1]) Besonders fern lag seinem Empfinden, das in Frühlingswonne und Begeisterung für die Natur schwelgte, die durch die Romantik neu auflebende katholische Glaubenslehre mit ihrer grundsätzlichen Verschmähung der materiellen Natur und ihrer Geringschätzung des Erdenlebens an sich. Er sah tief genug, um diesen Wesensgrund des Katholizismus zu erkennen, der den meisten Anhängern dieser Lehre durch die Wolke scholastischer Deduktionen verhüllt ist, welche ein jahrhundertelang durchgeführter Kompromiß mit dem Leben erzeugt hat. Romantik und Aufklärung, die großen Gegensätze, hatten, wie wir schon andeuteten, beide an seiner Weltanschauung teil. Er war ein Sohn der Aufklärung in dem Sinne, daß die mittelalterliche theologische Weltansicht für ihn tatsächlich abgetan, und daß er überzeugt war, die neue Weltanschauung lasse sich nur mittels der freien Vernunft auf den Errungenschaften der Naturwissenschaft und der Philosophie aufbauen. Er dachte aber nicht, wie die Epoche der Aufklärung, daran, die Vergangenheit, die geschichtliche Entwicklung der Menschheit zu verleugnen und das Neue nach einem angeblich von allen Menschen gleichmäßig empfundenen Vernunftgesetz gewissermaßen in die Luft zu konstruieren. Er achtete vielmehr auf das Persönliche und Historische, er wollte, daß jeder an seiner Stelle an das Überlieferte anknüpfe, die ältere Entwicklung begreife und dann nach dem Grade der ihm eigenen Vernunft umgestalte. In solchen Gedanken und in der immer wieder von ihm betonten Notwendigkeit, daß die Verbindung zwischen geistigem Streben und wirklichem Leben enger werden müsse, klingen die Forderungen der Romantik stark in ihm durch. Aufs schärfste protestierte er aber gegen die reaktionäre, vom Bedürfnis nach Dogma und Autorität getragene Gebahrung der jüngern Romantik, gegen die Unfreiheit jeder Art, die im Gefolge dieser Bewegung soeben wieder ihren Einzug in das Leben hielt. Seine Weltanschauung war eine mit den Elementen geschichtlicher Erfahrung und subjektiver Empfindung durchsetzte Aufklärung.

[1]) Er führt das 1835 in mehreren längeren Darlegungen gegen den oben S. 62 erwähnten G. O. Marbach aus, dessen Dualismus er ablehnte.

Wenn er sich so eine pantheistische Weltanschauung aus seinem Leben und seinen Studien begründete, so beschäftigte er sich in diesen jungen Jahren vielfach auch mit dem Gedanken an den Tod, mit der Idee der Unsterblichkeit. Im Mai 1835 feierte sein früherer Religionslehrer, der Vikar Clemens, sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum. Es war das, wie schon bemerkt, ein vom Geist der Milde und Versöhnung erfüllter Priester jener, eine Vermittlung zwischen Vernunft und Dogma suchenden Richtung, wie sie am Rhein bis zu den Tagen des Kölner Kirchenstreits von 1837 nicht selten war. Die Lehren dieses Mannes, der aus innerer Neigung sein ganzes Leben einem stillen aber segensreichen Wirken in seiner Vaterstadt widmete,[1]) hatten auf Mevissen als Knaben tiefen Eindruck gemacht. In mehreren Dichtungen, die er dem alten Lehrer zum Jubiläum darbrachte, erinnerte er ihn dankerfüllten Herzens daran, daß er von ihm den Glauben an die Unsterblichkeit und an den ewigen Fortschritt empfangen habe und zum Streben nach steter innerer Besserung ermuntert worden sei. Und beim Tode eines Jugendgenossen im April 1835 schrieb er in einer Ode nieder:

> Irdisch erzeugt, verweset die Hülle,
> Sinket zurück in den Schooß der Erde.
> Du bist Urkraft, Funken der Gottheit
> Ewige Seele.

Auch hier aber verließ er die traditionellen Vorstellungen insofern, als er der Idee der persönlichen Unsterblichkeit nicht weiter nachging, sich vielmehr mit der Überzeugung begnügte, daß der Geist des Menschen nach dem Tode in irgend einer Weise wieder in den absoluten Geist aufgenommen wird, von dem er ausgegangen.[2]) Er

---

[1]) Vgl. Norrenberg, Chronik von Dülken S. 134 f.

[2]) Im Jahre 1836 schrieb er für sich nieder: 'Weil die geistige Substanz einfach in ihrer Offenbarung aber durch Notwendigkeit an die Materialsubstanz gebunden ist und in letzterer nach deren regelmäßigen Gesetzen zur Erscheinung kommt, so geht notwendig ihre an die festen Formen dieser gebundenen Offenbarung mit dem Aufheben dieser Formen verloren. Das Sein des Geistes aber, weil es weder Raum noch Zeit einnimmt, kann von diesem Aufheben nicht betroffen werden, höchstens in seinen Voroffenbarungszustand zurückversetzt werden, d. h. in die Tiefen des schöpferischen Bronnens zurückfließen. Von wo sich dieser ergießt, ja gar ob die Schlußfolge an sich richtig ist, bleibt dem Auge der Sterblichen verborgen.'

folgte auch darin Goethe, der die Beschäftigung mit dem Leben nach dem Tode für Zeitverschwendung erachtet und gemeint hatte, ein tüchtiger Mensch, der schon hier etwas Ordentliches zu sein gedenke und daher täglich zu streben, zu kämpfen und zu wirken habe, lasse die künftige Welt auf sich beruhen und sei tätig und nützlich in dieser. Viel mehr beschäftigte Mevissen in späteren Jahren das Fortleben des Einzelwesens in seinen Nachkommen, das Fortwirken der Gedanken und der Gesinnung des Menschen in denen, auf die sich sein Einfluß im Leben so stark geltend macht, daß er über den persönlichen Tod fortdauert. Diese Vorstellung war eine der Wurzeln für seine außerordentliche Hochschätzung des Familienlebens.

Freiheit aber war die Losung auch für seine politische Auffassung. Seit 1835 klingen die politischen Fragen zum ersten Mal stärker in seinen Aufzeichnungen an. Auf das politische Leben am Rhein in dieser Zeit werden wir noch zurückkommen. Man befand sich auch hier erst auf der Schwelle einer an Irrtum und Enttäuschung reichen politischen Lehrzeit. Klarheit und Einmütigkeit über das, was man erstrebte und wie man es zu verwirklichen gedachte, war in den vorwärtsdrängenden Köpfen noch keineswegs vorhanden. Nur in einigen negativen Grundtendenzen gegen die von der Regierung vertretene lähmende Reaktion war man einig. Man hatte hier keinen Sinn für eine Staatsraison, die das Land wieder zu den Grundsätzen des gebundenen Agrikultur- und Klassenstaats der vorrevolutionären Epoche zurückführen, Gewerbe und Industrie und die darauf basierte bürgerliche Kultur als Nebensachen behandeln wollte. Wenn das alte Preußen, erschöpft durch die übermenschlichen Anstrengungen der Befreiungskriege, den politischen und sozialen Gedankenkreis der Revolutionszeit preisgab, um sich dem Altvergangenen zuzuwenden, worin es nun wieder das Heil des Staates erblickte, so fehlte für eine solche rückläufige Bewegung am Rhein die Voraussetzung. Diesen Ländern war die äußerste Anspannung ihrer politischen Kraft für den nationalen Kampf erspart geblieben, kein Wunder, daß hier auch jenes Ermatten der fortschrittlichen Kräfte des Volkes nicht eintrat, das in den Provinzen östlich der Elbe seit 1818 ausschlaggebend für die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse wurde. Die Abwendung der preußischen Regierung von den Ideen der Stein-Hardenberg'schen Reformperiode, ihr Zurücklenken in die Bahnen

des alten Ständestaats und der Gutsherrschaft des 18. Jahrhund
empfand man hier um so mehr als Anachronismus, als Steins
litische und soziale Gedanken über die Teilnahme des entfess
Volkes an seiner Regierung aus den am Niederrhein schon vor
Revolution bestehenden Zuständen zum guten Teil ihre Nahrung
zogen hatten.[1]) Man hatte sich hier den französischen Einrichtun
besonders der Befreiung der Bauern und der bürgerlichen Gew
aus einer in den heimischen Zuständen begründeten entgegenkom
den Neigung vollständig und mit Überzeugung erschlossen.
gleichmäßige Förderung der verschiedenen Volkskräfte war es,
hier seitdem als Aufgabe des Staats vorschwebte. Aber nu
Äußerungen abwehrender Kritik trat in der Zeit der Heiligen Alli
wo der politische Druck die geistigen Kräfte des im Bildungsl
führenden bürgerlichen Kreises nicht zum Handeln kommen
diese Auffassung hervor. Sie knüpfte an die Fäden der Revoluti
epoche, an die Ideen der Freiheit, der Selbstbestimmung und der
antwortlichkeit des Bürgers an. Wenn man sich aber auch durch
herrschende Reaktion schwer gedrückt fühlte, so gab man doch
Hoffnung nicht auf, daß Preußen, der Staat Friedrichs des Gro
dem man angegliedert worden, als er durch den Aufschwung
Jahre 1807—1814 den modernen Ideen gleichfalls nahe stand,
seiner Bedeutung und seiner Aufgaben als Land des Fortschritts
wieder bewußt werde.

Wenigstens die gemäßigten, nicht einseitig kritischen, son
positiver gerichteten unter den politischen Köpfen des Rheinla
dachten so, und zu ihnen zählte der junge Mevissen. Er sch
Heine, wie wir sahen, nicht nur als Lyriker, sondern auch als
litiker und Freiheitssänger. Aber dessen politische Extravaga
lagen ihm fern. Heines schroffe und giftige Urteile über das Deu
land und Preußen seiner Zeit lassen sich wohl aus der Entrüst
eines gleichmäßig von freiheitlichen Ideen und schwärmerischem
des ersten Napoleon erfüllten Mannes über das Treiben der
gierungen in der dunkeln Epoche der Demagogenhetze erklär
Wenn damals, bei der planmäßigen Unterdrückung der aufstrebe

[1]) M. Lehmann, Freiherr vom Stein I (1902), 88 ff. Vgl. unten Kapi
[2]) Holzhausen, Heinrich Heine und Napoleon I (1903), 59 ff.

Kräfte des Volkes, die sich in den Befreiungskriegen so glänzend bewährt hatten, eine reizbare und zur Opposition neigende Natur irre wurde am deutschen Volke, so ist das ein Vorgang, der sein Gegenstück findet in der verbitterten Abkehr eines andern kritisch empfindsamen Kopfes vom deutschen Geistesleben, als dessen sehnlich erhoffter Aufschwung auch nach dem Kriege von 1870 ausblieb. Um so wohltuender aber berührt es, wenn andere selbständige, von fortschrittlichem Streben nicht minder erfüllte Naturen in solchen Epochen das Gefühl der Bodenständigkeit nicht verlieren, nicht mit den Äußerungen des Sarkasmus die schlimme Situation verschärfen und die Gegensätze vertiefen, sondern den Nachdruck auf die Gemeinsamkeit der Aufgaben von Volk und Regierung legen und aus ihrer Hoffnung auf zukünftige Einigkeit von Thron und Volk die Zukunft tätig zu entwickeln streben. Aus den Jahren 1835 und 1836 liegen mehrere kleine Dichtungen Mevissens vor, die zu den politischen Zuständen und Ereignissen der Zeit Stellung nehmen. Eine 'Klage der Verbannten' ist durch die Demagogenhetze angeregt und redet einem 'unsichtbaren Bund für Freiheit und Recht' das Wort. In einem Lied 'Der Polen Gruß an das Vaterland' singen die seit 1830 zur Auswanderung gezwungenen Polen von ihrer Hoffnung, die Heimat einst wiederzusehen und groß zu machen. Zwei Gedichte aus dem Oktober 1835, 'Des Fürsten Sendung' und 'König Oluf', behandeln das Verhältnis von Fürst und Volk und die Notwendigkeit treuen Zusammenstehens beider zum Wohl des Landes. Da überträgt der König vor dem Tode die Krone seinem Sohn, indem er zugleich einen Schwurvertrag zwischen ihm und den Vertretern des Volkes veranstaltet. Er erinnert seinen Sohn, daß 'die Krone aus Volkes Hand stammt; Sei sie dir und deinem Volk ein ewig heilig Band . . Schwöre, Prinz, dem Recht der Freiheit ewiglichen Schutz . . Schwöre, Prinz, du wollest hören deines Volkes Rat; Seine Stimme sei dir heilig So in Wort wie Tat. Schwört, ihr Edeln, schwöret Treue nimmer wandelbar, Schwöret Gut und Blut zu opfern Auf des Reichs Altar.' Die Lehre vom Staatsvertrag, jene aus dem Zeitalter des Naturrechts und der Aufklärung stammende politische Doctrin, und die Idee der Volkssouveränetät bestimmen hier die Auffassung des jungen Mevissen. Auch auswärtige politische Ereignisse drängten ihn zur Aussprache. In einem 'Gruß der Neu-

griechen an König Otto' lebt seine alte philhellenische Begeisterung wieder auf. Auf Spaniens Wiedergeburt durch den 1833 entbrannten Kampf der Liberalen gegen die Karlisten setzte er große Hoffnungen, denen er 1835 in einem Dithyrambus 'Spaniens Schicksal' Worte lieh. Als am 8. April 1835 Robert Peels Austritt aus dem englischen Ministerium erfolgte, klagte er, daß der große Staatsmann zu sehr am Alten gehangen und die Not nicht vom Wahn getrennt habe, er knüpfte daran einen prophetischen Ausblick in die Zukunft des eignen Vaterlandes:

Beglückt, wer dazu auserlesen
Zum Tag, wo sich die Nacht enthüllt!
Ein neues Reich wird hier geboren,
Ein altes geht im Sturm verloren.
In Einheit, Friede, Gleichheit, Kraft und Segen
Strahlt mir der Zukunft Bild im Traum entgegen.

Man erkennt, daß von den beiden politischen Fortschrittsgedanken der Zeit nicht nur die bürgerliche Freiheit, sondern auch die nationale Einheit in der Seele des Jünglings lebendig war. Der deutsche Gedanke, den die wiederauflebende Kabinetsjustiz der Regierungen als Verbrechen stempelte, kam damals am Rhein wiederholt zum Ausdruck. Bei Mevissen war er wohl vornehmlich durch seine Liebe zur klassischen deutschen Literatur geweckt worden, die überhaupt den ersten Mittelpunkt nationalen Lebens geschaffen hatte. Die Empfindung 'Aus deutscher Brust ein freies Lied' legte er in mancher Strophe nieder. Eine gleichzeitige 'Ode an Rotteck' aber offenbart, durch welche Einflüsse damals, für einige Zeit wenigstens, die Richtung seiner politischen Gedanken bestimmt wurde. Der süddeutsche Liberalismus, der als Übertragung der französischen Ideen auf den deutschen Boden die Lehre vom Staatsvertrag und von der Volkssouveränetät vertrat und auch literarisch zur Geltung brachte, hatte auf den jungen Politiker Eindruck gemacht. Rotteck, der Vorkämpfer des liberalen Gedankens in Baden, wo das konstitutionelle Leben seit 1818 durchgeführt war, war durch seine 1833 erfolgte Suspension vom Amt besonders volkstümlich geworden. Mevissen rühmt ihn als im 'Sturme frei, im Siege groß' und stellt sich ihn vor:

'wie du einsam sinnst,
Wie du dich mühst, das Dunkel zu lichten,

Das noch umhüllt der Zukunft Keim
In drückender Nacht.
Allen leuchtest erhellend du vor
In strebender Tat,
Dem harten Fels im Meere gleich,
An dem sich die schäumenden Fluten brechen.'

Auch aus diesen politischen Liedern spricht seine feste Überzeugung, daß die Zeit der Vollendung nahe sei. 'Das Veilchen — so schrieb er 1835 — blüht unter der Schneedecke dem Erdenfrühling entgegen, und das Herz sollte dem Völkerfrühling nicht entgegenschlagen? Wir stehen wieder auf dem Boden der Reformation, trennend und auflösend alle Bande, in alle Gefilde tiefer eindringend; aber nur beglückte Einzelne sammeln die getrennten Strahlen im Brennpunkte der Vernunft. Noch sind die angeregten und angeglühten Begriffe der neukeimenden Welt kein Gemeingut geworden, noch besteht eine tiefe Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit, und noch ist Schillers Wort war: Weh denen, die dem ewig Blinden des Lichtes Himmelsfackel leihen! Aber die Schillersche Ewigkeit ist durchbrochen, der Kreis ist erweitert, der Blick ist geschärft, und ein neues Jahrhundert drängt gewaltig heran und begräbt mit siegender Gewalt alles in die weiten Falten seiner lichtglänzenden Toga. Schon glitzern die Strahlen der Freiheit durch das nächtige Dunkel, und der Völkerfrühling wird noch tausend schlafende Keime aus dem Traumreiche des Weltgeistes zum spiegelklaren Reich der Tat auferwecken.' Wenn aber der Grundton seines politischen Gefühls der allgemein deutsche war, so lehnten sich seine Zukunftshoffnungen doch stets an die Führung durch den preußischen Staat, allerdings an ein Preußen, das die großen Reformen aus der Zeit der Befreiung fortzuführen gesonnen war.

Zweifel erfüllten ihn jedoch, wenn er erwog, wie er selber Anteil an dem bevorstehenden Aufschwung nehmen, wie er selbst zur Tat gelangen sollte. Das hatte sich in diesen ersten Jahren selbständiger Arbeit als Kern seines Strebens entwickelt: er war entschlossen, auf irgend einem Wege, aber aus der freien geistigen Selbstbestimmung seiner Natur heraus, nützliche Arbeit zu leisten im Hinblick auf das allgemeine große Ziel des menschlichen Fortschritts. Seit 1835 konzentrierten sich seine Gedanken auf das politische Gebiet; staatlicher Fortschritt als Mittel des allgemeinen Fortschritts schwebte ihm seit-

dem deutlich vor. Nach Lage der Umstände blieb aber für ihn fraglich, von welcher Seite er ein Einlenken in die politischen Bestrebungen versuchen sollte, von der kaufmännisch-wirtschaftlichen oder von der literarischen Seite. Gerade reicher ausgestatteten Naturen ist es nicht leicht, sich über die eigene Bestimmung klar zu werden, und erst nach einigem Schwanken finden sie den Weg, der sie in die Höhe führt. So ist denn auch Mevissen längere Zeit in diesem Zweifel nicht zu einem Entschluß gelangt. Von der kaufmännischen Seite her war dieser Schritt nach Lage der allgemeinen und der besonderen Dülkener Verhältnisse, auf die wir zurückkommen, vorderhand kaum möglich, besonders für den jungen Mevissen, dem gegenüber all dem Großen und Schönen, das aus der Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft auf ihn einströmte, das in bequemen Geleisen einherziehende geschäftliche Treiben der Heimat schal und geisttötend erschien. Einem Einlenken von der literarischen Seite aber stellte sich die Erkenntnis entgegen, daß ihm der Kranz des Dichters versagt, daß seine poetische Veranlagung doch nicht ausreichend war, um wirklich Großes zu leisten. 'Nichts ist', so schrieb er damals nieder, 'dem Dichtergenius notwendiger als Beschränkung. Ich fühle diesen Mangel so lebhaft, und über jedem Gegenstand schwillt meine Seele aus zum Unendlichen. Ewig ist mir Goethes trefflicher Spruch gegenwärtig: „Willst du ins Unendliche schreiten, Geh' im Endlichen nach allen Seiten!" Ich möchte so gerne das Nächste als Nächstes umfassen, aber Jugendeindrücke spiegeln mir stets das Großartige der Entfernung vor, und so hebt sich mein Geist auf von der Erde und schwebt hin nach den Sternen. Erst das Nächste giebt dem Busen Gehalt. Es ist ewig neu, unendlich und doch abgeschlossen, ohne je zur Form zu erstarren. Die poetische Darstellung des Nächsten wird wohl gewürzt durch die geistige Herbeiziehung des unendlich Fernen, aber sie kann nimmer auf letzterm fußen, denn vom Sternenstandpunkt aus muß notwendig alles Irdische dem Menschenauge verschwimmen, und die Sprache wird so hinabgewürdigt auf ein ihr unfruchtbares Gebiet, zur Musik.'

Er wußte also genau, was ihm hier fehlte: die Konzentration des Willens auf ein bestimmtes greifbares Ziel. 'Das Herz', so schreibt er 1835, 'ist edel und rein, das sich nicht über seine Mitwelt hebt, sondern die Pulsschläge seiner Brüder mitfühlt, das mit

umfassender Liebe alle Schmerzen, alle Freuden teilt und hilfreich tatkräftig sie umwebt. Die Menschheit, ihre Leiden und ihre Kämpfe sind mein Element, in das ich ein- und untertauche. Alle meine Fibern schlagen für sie und in ihr. Was mir aber notwendig ist, was ich nicht gewinnen kann, ist Beschränkung. Mein Denken ist ein Schweifen, selten ein Ergreifen, und doch fühle ich, das Nächste muß ergriffen, muß verarbeitet werden.' In den Gedichten aus dieser Zeit spricht sich denn auch in Folge dieses Seelenzustandes des nach starken Lebenseindrücken verlangenden Jünglings häufig eine schwermütige Resignation aus. Er sei, von brennendem Wissensdurst verzehrt, lange in des Geisterreiches Weiten ruhelos umhergetrieben, nun aber im Anschauen tatlos hingesunken und komme nicht zum Handeln, seine besten Lebenskräfte seien noch ohne Frucht geblieben. Aber das waren doch nur Stimmungen. Im Ernst hat er nie an seiner Kraft gezweifelt, an seinem Beruf zu einem Handeln, das die Harmonie zwischen der innern Welt seiner Vorstellung und der äußeren Welt der Tat herzustellen im Stande war. Er blieb doch überzeugt, er werde das, was er in poetischen Traumbildern oftmals schaute, was sich ihm dann offenbarte 'in Hallen ewiger Verklärung, von Zauberlicht erfüllt', ein Handeln im Dienst der Wahrheit, Freiheit und Schönheit, wie es ihm 'eine hehre Huldgestalt als Himmelslicht' gezeigt hatte, einst wirklich erreichen:

'Doch was ich sah, wird nimmer mir entschwinden,
Mir ward ein Pfand, das Schöne einst zu finden.
Und was seit jenen Träumen in mir glüht,
Erschau' ich noch, zum Licht emporgeblüht.'

Träume führen ihm, anklingend an Fausts letzte Wirksamkeit, vor Kopf und Herz den Ausblick auf ein reiches und vielseitiges bürgerliches Leben in Handwerk, Ackerbau, Handel, Kunst und Wissenschaft, und er fühlt sich dadurch zu hoher Tat des Lebens erregt. Der Preis gebührt dem, 'der Tat an Taten reiht, der kühn daherstürmt auf des Lebens Welle.' Er empfindet, daß 'des Willens Wirkenskraft in ihm webt, und nur mit dem Tode erschlaffen wird', daß der Wille als 'Lebensfackel der Vernunft und des Herzens' stark in ihm glüht. —

Ein äußerer Umstand führte ihn im Sommer 1836 aus der kleinen Heimatsstadt, in der die Gelegenheit zum Handeln in größerm

Maßstab sich nicht darbot, in die Welt hinaus, voll der Hoffnung, nun der Flachheit des Alltagslebens, gegen die er seither anzukämpfen hatte, zu entrinnen. Am 26. Mai 1836 vermählte sich seine ältere Schwester mit dem Kaufmann Wilhelm Specken, der darauf für eine Zeitlang in das Geschäftshaus Mevissen eintrat. Das verschaffte dem Bruder die Möglichkeit, die Heimat und das geschäftliche Leben, das 'sinnfeindliche', das er seither führte, eine Weile zu verlassen. Er versprach sich vom Reisen viel. Schon ein kleinerer Ausflug im Frühjahr 1836 hatte ihn belebt. 'Wie der junge Vogel von Ast zu Ast sich schnellt, froh der gewonnenen Freiheit und sehnsüchtig strebend nach der noch fernen Wipfelhöhe der riesigen Steineiche, so regte auch in meinem Gemüt die Fahrt nach Cleve alle Gefühle meiner Jugend wieder auf', schrieb er im April 1836 in sein Tagebuch:

> 'Enge begrenzte Stube erregt wohl tiefe Gedanken,
> Doch nur die Welt gibt Form, Bild und verständliches Wort.'

Der Absatz des väterlichen Geschäftes erstreckte sich über das ganze Rheinland, bis nach Mainz, Frankfurt und Worms hinauf, sowie über das Wuppertal und das bergische Land. Mevissen übernahm es, einen Teil der erforderlichen Geschäftsreisen auszuführen in der Erwartung, daß er auf ihnen von Menschen und Welt Erfreulicheres als bisher kennen lernen werde. Er hat diesen mehrfach unternommenen Reisen, die bei dem damaligen Stand der Verkehrsmittel zum größten Teil im Wagen oder zu Fuß, und nur zum kleinen Teil mit den seit 1828 auf dem Rhein regelmäßig verkehrenden Dampfschiffen ausgeführt wurden, die sehr genaue Ortskenntnis im rheinisch-westfälischen Gebiete zu verdanken, die ihm bei seinen späteren Unternehmungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Industrie von großem Wert geworden ist. Für den Augenblick aber brachte ihm das Reisen eine herbe Enttäuschung, über die er in den Briefen an die vertrauten Schwestern wehmütige Klage führt.

Allerdings ließen sich die ersten Tage erfreulich an. Am Abend des 22. Juni betrat er nach sechsjähriger Abwesenheit wieder Köln. Es kennzeichnet die besondere Art dieses reisenden Kaufmanns, daß er noch in der Stunde seiner Ankunft die Kölner Domruine aufsuchte und mit warmem Interesse deren Kunstschätze wieder betrachtete und beschrieb, das Grabmal Konrads von Hochstaden, auf

dem die in Erz gegossene Gestalt des Bischofs ruht 'mit furchenreichem Antlitz, aus dessen tiefen Augen das Leben blitzt', das Denkmal Philipps von Heinsberg, 'ein Uhlandsches treu biderbes Gesicht', und das Dombild Stephan Lochners, das man damals noch dem Meister Wilhelm zuschrieb und dessen Betrachtung dem Jüngling 'einen Genuß gewiß fürs Leben' bot. Dann begab er sich zu seinem früheren Lehrer Grysar. 'Sein Entzücken über mein erneutes Streben, über mein tieferes Durchdringen auf einer unabweisbaren Bahn, über meine Betätigung seines steten Ausspruchs, ich sei für die Wissenschaft geboren, war grenzenlos.' Grysar legte ihm aber nahe, nur das Leben wirke auf das Leben, er möge das Leben erfassen, nicht zu einseitig in Bücher sich vergraben und auf literarische Produktion abzielen, sondern seine Kräfte erst noch weiter, und zwar aus dem Treiben der ihn umgebenden Welt, sammeln und stärken; den natürlichen Ernst seiner Lebensauffassung möge er nicht zu trübem, spöttischem Mißmut steigern. Diese wohlgemeinten Ratschläge fanden empfänglichen Boden. Mevissen war sich selbst bewußt, daß er das Leben nur deshalb aus Büchern zu erfassen suchte, weil die Wirklichkeit seiner kleinen Umwelt ihm kein genügendes Objekt darbot, und er, dessen Natur Menschenverachtung und Spott im Grunde fremd waren, kämpfte bewußt an gegen die herben Urteile über eine geistig unebenbürtige Umgebung, die sich ihm wider Willen aufdrängten. Gerade von seinem Reisen versprach er sich eine gute Wirkung auch nach dieser Richtung. Aber die Beobachtungen, die er machte, enttäuschten ihn vollkommen; was er vom geschäftlichen Treiben, insbesondere von der Lebensauffassung der rheinischen Kaufleute damals beobachtete, war nicht anders, als er es aus der Heimat kannte und kurz vorher einmal dahin gekennzeichnet hatte: 'Zu den meisten Dingen, die der Mensch ganz freiwillig glaubt vorgenommen zu haben, giebt Egoismus und Eigennatur die Veranlassung, was denn den sittlichen Wert der Handlung völlig aufhebt. Vor allem ist das leider den Kaufleuten eigen, und daher das so spärliche Generöse in diesem Stande. Es ist nicht eben erbaulich, die Herzschläge der meisten Menschen zu belauschen. Aus sich heraus, von sich abgetrennt, des Gegenstandes und der Vernunft halben mögen gar wenige handeln.' Dieses abfällige Urteil Mevissens über seine rheinischen Standesgenossen deckt sich mit anderen gleich-

zeitigen Äußerungen. In Aachen war es am 30. August 1830, kurze Zeit nach der Julirevolution, zu einem schweren Arbeitertumult gekommen; die Veranlassung war neben der allgemeinen Erregung des niederen Volkes über die Schlacht- und Mahlsteuer die Unzufriedenheit der Fabrikarbeiter über die Einführung des Maschinenbetriebs und über rücksichtslose Lohnabzüge und Entlassungen, die über sie verhängt wurden, sobald die geschäftliche Konjunktur es den Fabrikanten angezeigt erscheinen ließ.[1]) Kleinere gleichzeitige Tumulte in Elberfeld und im bergischen Land entsprangen den gleichen Ursachen. Im Herbst 1830 hatte dann ein Vertreter der Düsseldorfer Regierung die Gegend von Gladbach, Rheydt und Viersen bereist, um sich über die Notlage der dortigen Arbeiter in der Baumwollen- und Seidenindustrie zu unterrichten. Sein Urteil ging dahin, daß die Fabrikanten bei schwachem Geschäftsgang, und zwar stets im Winter, die Arbeiter rücksichtslos entließen, ohne auf ihre größere oder geringere Dürftigkeit zu achten; die Fabrikanten zu einem gemeinnützigen Verhalten zu vereinigen, sei unmöglich, ihre Selbstsucht, ihr Egoismus stelle sich dem schroff entgegen, und so oft auch aus irgend einem Grunde eine Vereinbarung stattgefunden habe, sei sie jedesmal nach kürzester Zeit von dem einen oder andern verletzt worden.[2]) Der Düsseldorfer Regierungspräsident selbst konstatierte damals 'die alte Erfahrung, daß Eigennutz überall das am schwersten zu beseitigende Hindernis ist.'[3]) Der junge Mevissen hat in diesen Jugendjahren häufig erwogen, ob er nicht das Geschäftsleben aufgeben sollte. Die eigene geschäftliche Tätigkeit, vor allem aber auch das Gebahren des kaufmännischen Kreises, in dem er sich bewegte, sagten ihm wenig zu. Doch kam er nicht zu einem entscheidenden Schritt. Seine Willenszucht stellte vor jede Tat wiederholte ernste Überlegung. Er fühlte zwar die Leidenschaft in sich, und er schätzte sie als Zeichen lebendig gährender Entwicklung, aber er wußte sie doch, wie Rückerts weiser Brahmane durch die betrachtende Vernunft zu kühlen; und wenn er einmal in jugendlicher Wallung die Besonnenheit als unwillkommenen Ratgeber empfand und frei hinweg-

---

[1]) Berichte der Aachener Regierung an das Ministerium des Innern aus dem September und Oktober 1830 (Berlin, Geheimes Staatsarchiv).

[2]) Berichte vom 12. November und 19. Dezember 1830 (ebd.).

[3]) Bericht des Regierungspräsidenten v. Pestel, 23. Dezember 1830 (ebd.).

stürmen wollte über Klüfte und Tiefen, so stellte sich doch unfehlbar bald die Reaktion ein und kränkte ihn tief, da er seinen Stolz darin setzte, alles unwillkürliche Handeln zu vermeiden und den Willen stets mit dem festen Steuer des Geistes zu lenken. So siegten auch in diesen innern Kämpfen die Pflichten gegenüber seiner Familie, jener erwähnte konservative Grundzug seines Wesens, der einer radikalen Umbildung seiner äußern Lebensgestaltung widerstrebte, und die Rücksichten auf die eigene materielle Unabhängigkeit, die er, wie wir aus seinem Urteil über Shakespeare und Schiller wissen, um so höher schätzte, als ihm durch sie auch die geistige Freiheit und der geistige Fortschritt auf allen Stufen der bürgerlichen Gesellschaft am besten gesichert erschien.[1])

In der Fremde gedachte er anderen, höheren Anschauungen zu begegnen. Aber nach den ersten Wochen schrieb er in sein Tagebuch: 'Unter all diesen Leuten, die ich besuchte, fand ich keinen einzigen, der einen selbsteignen Standpunkt eingenommen hätte. Alles treibt sich herum und wird getrieben von einem schwarzen undurchsichtigen Strudel ohne Anker und Halt. Diese Tage haben mir alle meine schönen Hoffnungen geraubt, mein edles, tiefes Ich reifend auszubilden. Die offenliegende Absicht des Kaufmanns ist Erwerb; Redlichkeit und Rechtlichkeit sind durch Notwendigkeit seine beiden Haupttugenden und Stützen. Er verhilft der Nebenwelt zum Genuß und schlendert in den unteren Regionen meist gleichförmig unbewegt oder um kleinliche Interessen tiefbewegt hin, fast ohne höhere Ahnung seinen angestammten Zweck verfolgend. Dies Erbärmliche des Wucher- und Schacherlebens, auf einen einzigen Zweck mit gierigen, glotzenden Augen starr gerichtet, ohne alles innere Leben, ohne alles Bewußtsein dahintaumelnd auf schwankender Woge! Wen sollte ein solches Bild, gedenkt er dabei, wie ich, des Ideals der Menschheit, nicht mit grenzenloser Wehmut erfüllen, mit Verzweiflung über dieses Thier- und Schlaraffenleben! Wie haben diese Kaufleute, die ich besuchte, mir Gemeinheiten, die scheußlichsten, menschenfeindlichsten, ausgekramt! Wie bläht sich stolz auf sich selbst die wucherische, übertriebene, keiner heiligen Umzäunung mehr bewußte Gewinnsucht!'

[1]) Vgl. auch Band II S. 139.

Das, wogegen sich Mevissen hier im Ton schmerzlicher Enttäuschung und mit dem sittlichen Pathos der Jugend wendet, der übertriebene kaufmännische Egoismus, war eine Wirkung der Anschauungen des 18. Jahrhunderts. Wie damals, im Zeitalter der verstandesmäßigen Aufklärung, die Auffassung galt, daß die Selbstliebe und der Eudämonismus die eigentlichen Angelpunkte des sittlichen Handelns seien, so war durch die Adam Smith'sche Schule die Lehre begründet und seitdem in Theorie und Praxis allerwärts zur Geltung gebracht worden, daß das Privatinteresse der Einzelnen auch das ausschließliche Motiv der wirtschaftlichen Tätigkeit zu bilden habe. Und diese Lehre war allgemein damit gestützt worden, daß das ungestörte Walten dieses Privategoismus durch die Entfesselung der freien Konkurrenz der wirtschaftlichen Kräfte von selbst und mit Notwendigkeit auch zum Gemeinwohl führe, und daß der Einzelne dem Wohl der Gesellschaft wirksamer diene, wenn er nur sein eigenes Interesse verfolge, als wenn er planmäßig auf die Förderung des Wohles der Allgemeinheit abziele. Die durch solche Lehren bewirkte prinzipielle Ausscheidung eines edlern sozialethischen Moments aus dem wirtschaftlichen Leben, die Überzeugung, daß weder eine systematische Entwicklung sozialer Gesinnung im kaufmännischen Kreise platzzugreifen habe noch auch dem Staate die Aufgabe zustehe, mit seinen Zwangsmitteln eine Korrektur des freien Waltens der Kräfte durchzusetzen, drückte jener Epoche ihr Kennzeichen auf, und sie hat, wie man weiß, die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im 19. Jahrhundert entscheidend beeinflußt. Mevissen, dem durch seine frühe Bekanntschaft mit den sozialen Ideen von Pestalozzi und Saint-Simon für eine andere Betrachtung die Augen geöffnet waren, war gewiß einsichtig genug, die Bedeutung des Privategoismus für die Förderung der wirtschaftlichen Kultur nicht zu leugnen. Auch ihm war nicht zweifelhaft, daß, da der Gewinn nun einmal der wesentliche Antrieb zur Gütererzeugung und damit zum Fortschritt der Kultur ist, die Menschheit diesen Antrieb nicht aufgeben darf, ohne den Kulturfortschritt aufs Spiel zu setzen, daß eben durch das Walten egoistischer Kräfte tatsächlich der Fortschritt und das Wohl des Ganzen mitbedingt ist. Aber er empfand eine grelle Dissonanz zwischen der Wirklichkeit und der Lehre von der natürlichen Harmonie der Kräfte, und er war umgekehrt fest überzeugt

von der schädigenden Wirkung eines schrankenlosen Egoismus sowohl für das Gemeinwohl wie für die einzelnen Individuen selbst. Das Heranwachsen einer nur nach Vermehrung des Besitzes strebenden Finanzaristokratie, wie sie damals in Frankreich am Ruder war, erschien ihm als größte Gefahr für das Vaterland. Die Zeitirrtümer nach dieser Richtung würden, so meinte er, 'einst düster, gleich den Zellen des Mittelalters, als Wahrzeichen emporragen.' Und der Jüngling, der alle Probleme in ihrem Grunde zu erfassen trachtete, der den Fortschritt stets von innen heraus erstrebte und nur von einem auf diesem Wege bewirkten Fortschritt sich dauernde Resultate versprach, dachte zunächst an eine Verbesserung der bestehenden Zustände weniger durch ein äußerlich regulierendes Eingreifen der Staatsgewalt, als durch eine Änderung der Gesinnung der Einzelnen. Der Egoismus gehe zeitlich notwendig der Sittlichkeit voran. Er sei das innerste Getriebe der Natur, von seinem Ich, von sich könne keiner lassen. Aber die Aufgabe des geistig fortschreitenden Menschen sei es, den Blick über das Einzelne zum Allgemeinen zu erheben, und die Tätigkeit des Geistes werde, wenn das geschehe, fort und fort die Selbstsucht einschränken, indem sie deren Fehler zur Erkenntnis bringe. 'Egoismus ist nur mit Geistlosigkeit zu vereinigen, und trotz äußerer Erfolge kann er nur das Gefühl innerer Leere hervorrufen.' In dem heimischen Industriebezirk, wo die Arbeiterbevölkerung durch die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit in eine gefährdete Lage geraten war,[1]) hatte das helle Auge des vorurteilsfreien Beobachters längst erkannt, daß das Gemeinwohl nicht durch die Durchführung des 'Laissez faire' garantiert war. So sehr er die materiellen Verhältnisse als die Grundlage des Aufbaues der Gesellschaft anerkannte, so gingen seine sozialen Forderungen doch weit über die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus. Daß eine bloß wirtschaftliche Ordnung keineswegs hinreiche, um den sozialen Bedürfnissen der Menschheit zu genügen, konnte ihm nicht zweifelhaft sein, da ihm stets die Lebensziele edler Menschlichkeit vorschwebten. Anerkennung dieser Ziele und demgemäß Pflege der sittlichen Regungen des Herzens erschienen ihm als unentbehrlich, und er erhoffte Besserung der bestehenden, durch gedankenlosen Egoismus bestimmten Ver-

[1]) Vgl. das fünfte Kapitel.

hältnisse von dem Durchdringen jener veränderten Gesinnung der Jugend, die er in der neueren Literatur überall mit Befriedigung wahrgenommen hatte. 'Dem Alter mit seinem bitterbösen und höhnenden Mundzug, mit seinen in das Dunkel hineingreifenden Raubfingern muß von der junggeborenen Zeit ein Brandmal der Schande aufgedrückt werden. Muß erst das Schlechte das Tageslicht scheuen, so wird es sich in seine altschmutzigen Schlupfwinkel zurückziehen.'

Die kaufmännische Jugend aber, die er auf seiner Reise kennen lernte, bot wenig Stützpunkte für solche Hoffnungen. Mevissen fand in Köln eine Anzahl früherer Schulfreunde wieder, die sich inzwischen gleich ihm kaufmännischen Berufen gewidmet hatten. Er hatte gehofft, an diese alten Beziehungen wieder anknüpfen zu können. Allerdings hatten ihn seine bisherigen Erfahrungen bereits mit einer starken Skepsis gegenüber den Jugendfreundschaften erfüllt. In einer längeren Niederschrift vom Jahre 1835 hatte er es beklagt, daß dieselben meistens schon durch die spätere ungleiche Entwicklung und Richtung der Geistes- und Lebensfortschritte den Grund der Auflösung in sich tragen oder im Falle ihrer Fortdauer den Geist in einen trüben, unklaren, vergebens nach Befriedigung suchenden Zustand versetzen. 'Das einmal sehr angeregte Gemüt wird dadurch verhärtet und späteren wohltuenden und zur Fortbelebung notwendigen Eindrücken entfremdet. Die Jugend soll mit Neigung alles umfassen und diese so leicht gefundene, schnell einer entgegenkommenden Seele gewidmete Neigung treulich wie ein heiliges Gut bewahren. Aber das seiner Reife entgegengehende Jünglingsalter richte mit unbefangenem Blick, ob es noch möglich, diese Neigung mit der später aufgenommenen und erfaßten zu vereinen und die Neigung zu einem Bande der Gleichstimmung und Liebe oder Gleichheit des Denkens und Zweckes umzuwandeln. Der Mann aber trete ohne Scheu, wenn er sich auch eines Gefühls teilnehmender, rührender Wehmut, das dem Menschen so ganz ziemt, ihn so göttlich schön kleidet, nicht erwehren kann und soll, zurück, wenn seine gereifte oder umgestaltete Bildung die Schlüsse oder Handlungen der Jugendjahre nicht bestätigt. Wenige reichbegabte, in glücklichen Geistes- und Außenverhältnissen geborene Seelen ausgenommen, ist es Sache des zur Selbsterkenntnis und freien Eigenstellung im Leben gelangten Mannes, sich an Herzen anzuschließen, die mit ihm Gleiches, Schönes und Edles denken und wollen, die

gleiches Bemühen und Streben mit ihm teilen und in möglichst analoge Verhältnisse sich gestellt finden. Glücklich und segensreich ist der Bund, der mit reifer Überlegung und vollendeter Selbsterkenntnis geschlossen wird, und nur höchst selten hat er die in späteren Jahren so gar schmerzliche Trennung zu fürchten. Ein solcher Bund fördert alles Gute und Tüchtige durch gemeinsames kräftiges Wirken und trägt vor allem dazu bei, uns die heitere, gegen alle Umgebung wohlwollend gesinnte, die so köstliche freie und ungetrübte Stimmung zu bewahren, in der alle Elemente der Glückseligkeit verborgen liegen. Nichts ist wohltätiger für die regelmäßige Fortbildung unseres besseren Seins! Aber nochmals, man bürde nicht der Jugend diese wichtigste Lebensangelegenheit auf. Nur der zur Selbsteinigkeit gekommene Mann schaut das Leben mit kaltem, ruhigem Blute und vermag, wenn wohlgesinnt und auf des Lebens höhere Stufe aufgestiegen, die Mängel seiner Nebenmenschen gütig zu dulden und zu ertragen und deren besseren, vollendeten Teil wohlwollend zu schätzen.'

Auch in dieser wichtigen Lebensfrage hatte sich also Mevissens überlegene Natur schon in seiner Dülkener Einsamkeit eine klare und einsichtige Überzeugung gebildet, die nunmehr ihre Probe zu bestehen hatte. Er fand von seinen früheren Kameraden nur einige innerlich fortgeschritten, die Mehrzahl vertrat eine alltägliche Lebensanschauung, war 'in die fatale geistige Flachheit der unzähligen Klasse guter Bürger versunken, der Lastträger der Staaten, aus deren Köpfen fast die ganze Oberfläche der Gesellschaft besteht.' Und nur bei einem einzigen konnte er zu seiner Freude feststellen, daß 'die neue Literatur, deren Bekanntschaft ich so vieles verdanke, das Bindemittel schnellen und reichen Gedankenaustausches bot.' Gemeinsame Ausflüge mit den Genossen in die Kölner Gegend erfreuten ihn wohl; besonders schöne Stunden verlebte er an herrlichen Sommertagen auf der Wolfsburg bei Roisdorf, dem Landaufenthalt der Kölner Familie von Wittgenstein, wo ihn der mit Nachbildungen antiker Statuen, mit Brunnen und Blumen reich geschmückte Park poetisch stimmte, aber unter der zahlreichen Tischgesellschaft suchte er vergebens einen 'Menschen'. Er faßte in den nächsten Tagen seine Enttäuschung zusammen: 'Ich bin ausgegangen, meinen Geist zu erweitern, und das Einzige, was mir gelungen, ist, meine bereits gewonnene Überzeugung zu kräftigen: Die Masse erweitert nicht, die Masse beschränkt. Das

gediegene Gold wohnt verborgen in der Tiefe, und was das Tageslicht zeigt, ist die dürre, ebene Fläche. Wie möchte von Achtung, von heiligem Schauer für das Hohe des Lebens sich durchdrungen fühlen, wer tausend gleichgestaltige Wesen ohne alle Ahnung eines höhern, ja zum Tier erniedrigt vorbeiwanken sieht? Meine Überlegenheit über die Masse habe ich schmerzlich gefühlt. Sie entfernt mir die Herzen, sie läßt mich zum Spötter, ja zum Verächter der Menschen werden. Ich will aber nicht hinter, ich will vor dem Strome schwimmen. Drum mag's denn so bleiben. Das Tüchtige wird sich doch endlich offenbaren und verkünden. Meine Richtung ist entschieden, und mögen die Wogen stürmen, sausen und branden, sie zerschellen ohnmächtig an der Kraft der Reflexion. Mein Leitstern ist der Wille, und als Allmacht, wie die Gottheit, will ich ihn verehren, diesen unstillbaren Willen, diese Über- und Durchsicht des Lebens und seiner Gebilde und der ungeheuren Kluft, die mich auf immer von den Tagesmenschen trennt. Meiner Reflexion, meines Denkens kann ich nur mit meinem Ich selbst mich begeben. Das war eitel Blendung, daß ich glaubte, dabei auch den Scheinmenschen, den ins Leben Versunkenen, den des Augenblicks Bewußtlosen je spielen zu können. Mein Ziel, mein Streben ist Veredlung, geistige Klärung. Es giebt auf diesem Felde keinen Stillstand; wer nicht fortschreitet, sinkt. Ich werde, das weiß ich, nie einen festen Anker werfen, nie in Selbstzufriedenheit einer glücklichen Ruhe genießen können. Ich weiß, was ich verliere und verachte den Verlust. Das sind die glatten, gestriegelten Gesichter, die behaglichen Männer der Gesellschaft und des Lebens, die in jedem Augenblick sich selbst genießen, sich selbst hingeben. Meine Natur ist eine andere. Ich stehe nie ganz im Augenblicke. Über meinen Worten steht der Gedanke, über dem Gedanken die Tat.'

In dem kaufmännischen Kreise, mit dem ihn dieser erste Ausflug in die Welt zusammenführte, konnte der junge Mevissen ein Leben nicht kennen lernen, wie es ihm seine Reflexionen als möglich gezeigt hatten, ein Leben voll von Entwürfen und großen Schicksalen, in das seine starke Natur mit Begeisterung eingreifen mochte. Das war nicht die Welt, mit der er ringen wollte, um sich ein energisches Wirken in großem Zuge zu ermöglichen. Ihr konnte er höchstens eines entnehmen, ein ganz äußerliches, eine größere Leichtig-

keit und Sicherheit seines ursprünglich schüchternen Auftretens. Nach dieser Richtung zog er von seinen Reisen in dieser Zeit einigen Gewinn, im übrigen erschien ihm 'das Reisekrämerleben als das Non plus ultra des Prosaismus.' Erträglicher wurde es ihm nur dadurch, daß ihn dieses Leben in die landschaftlich anziehendste Gegend führte. Der Rhein war damals, im Zeitalter seiner ästhetischen Entdeckung, das Reiseziel aller Gebildeten Deutschlands; die neuen Dampfschiffe führten jährlich Tausende an den durch die Romantik verklärten Reizen des rheinischen Landschaftsbildes vorüber, und Mevissen traf auf diesen Fahrten häufig mit Menschen verschiedener Berufe zusammen, mit denen er einen Gedankenaustausch über allgemeine Fragen führte. Außerdem benutzte er jede Gelegenheit gerne, um sich durch Abstecher für die Qual der Reiseprosa zu entschädigen; eingehende Reiseberichte dienten dann dazu, ihm selbst das Wesentliche festzuhalten, die gärenden Stimmungen in seiner Brust zu beruhigen und zu klären, zugleich seine vertrauten Schwestern zu Hause in erwünschter Weise von seinem Leben und den Dingen der Welt zu unterrichten.

Ende Juni reiste er von Koblenz rheinaufwärts nach Eltville, Wiesbaden, Höchst, Frankfurt und Mainz. Seine Briefe malen die Schönheit des Rheintals in poetisch gehobener Erzählung. Die Kurstadt Wiesbaden schildert er besonders eingehend: die altertümliche Eleganz der Stadt, das Kurhaus mit seinen reichen Kaufhallen und seinem englischen Garten, dem weiten auf Marmorsäulen ruhenden und reich mit Stuck verzierten Kursaal — Feenpalast nannte man damals den heute dem Untergang geweihten Saal — und darin die Roulette, Fortunens gefährliches Schiff. Die letztere, umlagert von den ihr Glück versuchenden starrblickenden Menschen mit ängstlichen Herzen und gespannten Gesichtszügen, war ihm 'ein gräßliches Schauspiel.' Im August machte er von Lüttich aus eine Rundreise durch Belgien, zunächst über Tongern und Löwen nach Brüssel. Das Brüsseler Rathaus und der Marktplatz riefen ihm die Erinnerung an Albas Schreckensregiment und den Tod des edeln Egmont wach; er beklagte, daß ihm noch kein Denkmal gesetzt sei. Der Rathausturm mahnte ihn an die Revolution von 1830, wo das Brabanter Banner im wilden Freiheitssturme auf ihm flatterte:

'So ist es dir ergangen, du Volk vom Niederland,
Der Turm hat kühn gebrochen dein eisern' Sklavenband.
So mög' es fürder gehen! Wer je mit Ketten droht,
Gedenk' er bei dem Turme, es winkt ihm Schmach und Tod.'

Über Antwerpen, Gent und Brügge reiste er weiter nach Ostende, wo sich seinem Naturempfinden eine neue Welt erschloß. Das sturmbewegte, am Steindamm aufbrandende Meer mit den heranrollenden weißgekrönten Wogenkämmen schilderte er in mehreren Gedichten. Und als er dann im September in Düsseldorf sich noch an den schon erwähnten von Immermann inszenierten Aufführungen Calderonscher Dramen erfreute, konnte er wohl im Scherze nach Hause schreiben: 'Das Reisen und Hasten hat mich sterbelustigen Invaliden doch wieder aufgerüttelt.' Aber der Gesamteindruck dieser ersten Reisen war der der Enttäuschung. Das, was zu gewinnen er ausgezogen war, hatte er nicht gefunden: Klarheit über seine Zukunftsgestaltung. Das Kaufmannsleben draußen war, so weit er es seither kennen gelernt hatte, ebenso geartet wie zu Hause. Die Sehnsucht seiner Seele nach einer befriedigenden Wirksamkeit nach Außen war ungestillt geblieben. 'Das Schwierigste im Leben — so schreibt er nieder — ist doch, über Beruf und Kraft zur Klarheit zu kommen. Das Herz reibt sich auf und verzehrt sich in diesem heillosen Kampf zwischen Wollen und Entschluß, Vertrauen und Mißtrauen, Bedenken und über alles Hinwegschweifen, und ich fühle es, der Mensch bleibt so lange unentschlossen, bis ein äußerlicher Anlaß ihn in irgend eine Bahn wirft. Alles Streben, alle Entwürfe, alles Tun kreuzt diese Unentschlossenheit. Ich fühle das Herz schlagen vor Freude, wenn jemand seine engen Schranken durchbrochen und sich dem großen Weltgeist kühn in die Arme geworfen hat, aber ich zittere, fühle das sicher Behagliche der Gegenwart und bleibe unentschieden. Schön, gar schön singt Platen:

Noch ungewiß, ob mich der Gott beseele,
Zu seinem Priester ob er mich geweiht,
Malt' ich die schönsten Bilder meiner Seele
In glücklicher Verborgenheit.

Ich fühle, dies ist mir aus dem Herzen gesprochen, und sinne und träume, durchlaufe meine Arbeit, sehe Schlechtes und Gutes, erkenne an mancher Stelle lichte Augenblicke wieder und sehe nichts

Vollendetes. Und doch ist's das Vollendete, das ist mir klar, wonach ich strebe, und nur nach dem Höchsten, nach dem Vollkommenen. Ich verabscheue alles Niedrige, Gemeine hier und überall — und fühle mich so tief darin verstrickt und schüre meinen Abscheu gleich einer Beschwörungsformel für einen höllischen Geist.' Der Unentschlossenheit war er auch durch den ersten größern Ausflug in die Welt nicht Herr geworden. Das Hauptergebnis war vielmehr eine Verstärkung seiner Selbstgewißheit, seiner Überzeugung, daß er seinen bisher befolgten Grundsätzen getreu bleiben müsse. 'Tue nur jeden Tag etwas, und es erwächst zuletzt ein Großes, und das Große findet sich eben auf dem Wege der Arbeit. Dem auf Erleuchtung und Gnade Harrenden gelingt nichts. Dem Unermüdeten muß der glückliche Moment der Begeisterung unbeschworen im Naturgange erscheinen.

Nur rastloses Streben und rastloses Schaffen
Vermag es, den goldenen Sieg zu erraffen.
Wecke deine toten Kräfte,
Deines Markes inn're Säfte,
Heb' dann frei den freien Blick!'

So rief er sich zu, und kehrte zunächst wieder zu seinen Studien zurück, um die Grundlage seines Wissens zu vertiefen und so seiner ringenden Seele vorläufig Beruhigung zu schaffen. Seine aufstrebende, elastische Jugendkraft sah nach der Enttäuschung, die ihm die Welt bereitet hatte, doch die Möglichkeit, durch die Innenwelt ihre Aufgaben zu fördern und die Befriedigung zu finden, ohne die kein Gefühl des Glücks möglich ist. Vom Herbst 1836 ab widmete er sich aufs Neue ernsten Studien, und jetzt waren es philosophische Fragen, die ihn vornehmlich fesselten. Die Fragen nach dem letzten Grunde der Dinge, nach dem Wesen und Ziel der Welt wollte er noch selbständiger als seither beantworten lernen, seine Welt- und Lebensanschauung wollte er noch zuverlässiger als seither begründen, um sich völlig für den Augenblick zu rüsten, wo ihm das Leben größere Aufgaben zeigen würde.

Viertes Kapitel.

Studien auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte und der Ästhetik. Kritische Versuche (1836—1840).

Von seiner ersten geschäftlichen Reise kehrte der jetzt einundzwanzigjährige Jüngling zur Wissenschaft zurück, um den philosophischen Antrieben zu folgen, die den Grundzug seines geistigen Wesens bildeten, um in treuer Pflichterfüllung gegen sich selbst in die Tiefe zu graben und nach den festen Fundamenten des Wissens zu suchen. Aber überzeugt von der Einheit aller Wissenschaft, unterließ er es auch jetzt nicht, so wie bisher alles Erreichbare zur Befriedigung seines Wissensdurstes zu verwenden. Seine Notizen aus den Jahren 1836—1840 weisen eine kaum übersehbare Fülle von Werken der verschiedensten Zweige nach, aus denen er eine reiche Gedankensaat in sich aufnahm, und die er seiner Bibliothek einverleibte, um dauernd mit ihnen in Verbindung zu bleiben. Unermüdlich nutzte er jede Minute, welche ihm seine geschäftlichen Pflichten freiließen, und er gewann eine Belesenheit von außerordentlicher Ausbreitung. Örtlich entfernt von den geistigen Mittelpunkten der Zeit, wahrte er doch den engen Zusammenhang mit ihrem Fortschritt. Aus dem Kreise der schönen Literatur wandte er sich damals zunächst mit Vorliebe der antiken Dichtung zu, die ihm nach dem Gang seiner sprachlichen Bildung zwar nur in Übersetzungen zugänglich war, aber sein Interesse in so hohem Maße erregte, daß er in zahlreichen kleinen Aufsätzen näher ausführte, was aus dieser Lektüre an Gedankeu und Urteilen in ihm heranreifte. Friedrich Schlegels bahnbrechende Abhandlung über das Studium der griechischen Poesie (1796) und seine Vorlesungen über alte und neue Literatur (1816) haben ihm, so scheint es, bei dieser Beschäftigung vielfach als Führer gedient, nachdem ihm seine früheren Studien schon von Jahr zu Jahr deutlicher offenbart hatten, wie vollständig die moderne Geistesbildung auf der Antike beruht. Auf Homer, Aeschylus, Sophokles, Euripides, Cicero, Horaz und Juvenal richtete sich seine Aufmerksamkeit besonders. Antike und moderne Kunst erschienen ihm nun so eng miteinander verknüpft, daß er das Moderne geradezu als 'bewußte Antike' empfand. Wenn er kritisch meinte, 'das ganze Vorurteil der Altertümler gehört dazu, um bei Homer alles als aus einem

Gusse gelungen anzuerkennen', so bewunderte er doch uneingeschränkt die unnachahmliche Naivetät des Dichters, die, noch ohne den scharf umschriebenen Begriff des Geistes, sich an die Körperwelt mit ihren schwellenden Formen bindet, sowie den schlichten einfachen Aufbau seines Epos, der dennoch die wohlerwogene und virtuose Stoffgruppierung nicht verhüllt. Bei Horazens Oden und Juvenals Satiren reizte ihn vor allem die aristokratisch geläuterte Form, die allerdings 'den Gehalt völlig beherrscht, ja ihn fast in eherne Ketten schmiedet.' Bei Horaz empfand er mit Befremden die Entfernung der antiken Poesie vom eigentlichen Volksleben 'in einem Maße, wie sie sich schwerlich in den Erscheinungen der Jetztwelt nachweisen läßt', und er erklärte sich diese Erscheinung damit, daß im Altertum, wie vor der Erfindung des Buchdrucks überhaupt, Kunst und Wissenschaft im Allgemeinen nur Erbteil der oberen Klassen der Gesellschaft gewesen seien. Von den Dramen der großen griechischen Tragiker erschloß er mehrere durch sorgfältige Bearbeitungen seinem ästhetischen Verständnis. Er suchte sich an ihnen zugleich die Entstehung des griechischen Götterkreises klar zu machen, 'in dem der Geist sich zum ersten Mal in seiner wahren und schönen Gestalt, die Idee sich in ihrer ganzen Schönheit und Wahrheit erblickte, soweit sich diese in der Kunst zu objektivieren vermag.' Er erwog dabei die verschiedene Haltung, die die Antike und die christliche Kultur der Natur gegenüber eingenommen haben. 'Bei Sophokles tritt das materielle Element weit mehr hervor als bei den Modernen. Bei ihm wie bei den Griechen überhaupt gilt aber dennoch keineswegs das Materielle an sich; es gilt nur, sofern es sich im Geistigen spiegelt. Der Geist ist es, bei den Griechen wie bei uns, der herrscht und der das Materielle mit Schöpferkraft hervortreibt. Bei den Griechen hat sich der Geist der Natur bemächtigt und sich in die Natur hineinverlegt. Im Christentum ist dies umgekehrt. Der Geist hat die Natur verschlungen; da er sie durch das Griechentum mühsam sich erworben und durch das herbe Tagwerk langer Zeiten sich gesichert hatte, so fand er in christlicher Zeit die Natur in sich. Daher schrieb sich die Verketzerung der realen Natur, das Element des Gnosticismus. Der Gedanke hatte die Natur bezwungen, und ihm war es unerträglich, daß sich dieselbe Natur, über die er Meister und Herr zu sein, die er ganz zu besitzen vermeinte, noch einmal äußerlich geltend machen wollte.'

Solche Gedankenreihen verfolgte er gelegentlich weiter im Anschluß an die Lektüre der großen deutschen Dichtungen des Mittelalters, die eben jetzt durch Jakob Grimms und seiner Schule Bemühungen neu erschlossen wurden. Mevissen las auch aus diesem Gebiete alles, dessen er habhaft werden konnte; er verfolgte die ältere nationale Dichtung systematisch bis in ihre letzten Ausläufer Ulrich v. Hutten und Hans Sachs. Immer wieder aber kehrte er in diesen Jahren auch zu den großen Glanzpunkten deutschen Geistesschaffens zurück, zu den Klassikern, und zu seinen Lieblingen unter den Zeitgenossen, zu dem seinem warmen Gemüt so sehr zusagenden L. Schefer, zu Rückert, Heine und Jean Paul. In den Phantasiereichtum und reflektierenden Idealismus des letzteren versenkte er sich besonders gern, weil er hier den Ausgleich zwischen dürrer Alltagsprosa und gesteigertem Seelenleben, der ihn persönlich so dringend beschäftigte, anschaulich und geistreich durchgeführt sah. Außer den Jungdeutschen lernte er von den Zeitgenossen Platen, Grün, Pyrker, Mörike, Pfizer, Freiligrath schätzen;[1]) die Gedichte des jungen, zart empfindenden Ludwig Giesebrecht gaben ihm Veranlassung, in einem längeren Essai die Eigenart der deutschen Lyrik überhaupt und den inneren Zusammenhang dieses Dichters mit Rückert zu untersuchen. Von den Franzosen zogen ihn neben der George Sand besonders Bérangers freiheitatmende und das reaktionäre Treiben der Bourbonen kritisierende Gesänge an, von den Engländern fesselten ihn Byron, Bulwer, Scott und Moore, von den Dänen Öhlenschlägers Dramen, und den eigenartigen Kreis von Gedanken und Empfindungen, den die lebhafte Beschäftigung der Epoche mit der Heimat menschlicher Kultur im Osten, mit der indischen und persischen Poesie, erschloß, ließ er verständnisvoll auf sich wirken. Mit aufmerksamem Blick verfolgte er auch die neu aufblühenden literargeschichtlichen Studien: in Gräßes großem Lehrbuch der allgemeinen Literaturgeschichte holte er sich Rat, er las K. Hoffmeisters und H. Ulricis Werke über Schiller und Shakespeare, Adolf Stahrs Beiträge zu Goethes Iphigenie, Minckwitz' Biographie des Grafen Platen, Kretschmers und Firmenichs Sammlungen heimischer und fremder Volkslieder. Von der

[1]) Aus der Fülle von kritischen Bemerkungen Mevissens sind einige aus dem Jahre 1837 über Heinse, Schefer, Rückert, Jean Paul, Heine und Börne in Band II S. 28 ff abgedruckt.

Vertiefung der nordischen Studien, die damals durch die Germanistik gleichfalls aufzublühen begannen, erhoffte er, daß in Zukunft der nationale Zug, die heimischen Ingredienzien stärker als bisher die deutsche Poesie befruchten würden. Es offenbart sich so überall sein planmäßiges Eindringen, sein selbständiges Erfassen und Erleben der geistigen Strömungen der Zeit.

Sein Interesse für Geschichte und Politik dauerte daneben unvermindert fort. Er las Macchiavellis Principe, Bülaus Geschichte des europäischen Staatensystems, Hammer-Purgstalls Geschichte der Osmanen, Varnhagens biographische Darstellungen und die Schriften von Dahlmann und Gervinus. Den Protest der Göttinger Sieben gegen den Verfassungsbruch in Hannover (1837) und seine Erörterung in der Öffentlichkeit verfolgte er mit lebhaftem Interesse. Unter diesem Eindruck schrieb er Gedanken nieder über ein modernes Drama, dessen Grundgedanke lauten sollte: 'Wann sind die Staatsbande gelöst, und wann darf der Einzelne als Heros das ganze Gewicht der Gesamtheit auf seine Schultern laden?'[1]) Nicht weniger eifrig vertiefte er sich in die Broschürenflut, die durch den gleichzeitig entbrennenden Kölner Kirchenstreit, die Frage der gemischten Ehen und die Gefangennahme des Erzbischofs Clemens August im November 1837, hervorgerufen wurde. Er las Jarckes, Matzeraths und Carové's Abhandlungen, die Streitschriften des alten Görres und die Historisch-politischen Blätter. Wie die Aufgeklärten unter den Rheinländern im allgemeinen, wird auch er, dem Trennung von Kirche und Staat als das richtige Verhältnis erschien,[2]) die Art des Eingreifens der Regierung als einen Mißgriff empfunden haben. Aber das voraufgegangene Verfahren des Erzbischofs gegen den Hermesianismus und seine Aufstellung der von dem Klerus zu unterschreibenden achtzehn Thesen betrachtete er als schwere Herausforderung des Staats. 'Die Nichtapprobation der Bonner Vorlesungen, so schrieb er damals einem Freunde, zog deren Nichtigkeit vom katholischen Standpunkt nach sich und hätte schon dieser Folge halber dem rechtlich angeordneten Schützer der kirchlichen Institutionen, dem Staat und der legislativen Bestimmung, zur Vollziehung notifizirt werden müssen.'

---

[1]) Verwandte Gedanken erörterte er gleichzeitig in einem Brief vom 1. August 1837 über Börnes Briefe aus Paris (vgl. Band II, 32 ff.).

[2]) Vgl. seine späteren Äußerungen Band II S. 281.

Von jenen Thesen aber meinte er, daß 'nicht ein einzelner Erzbischof, sondern nur das geistige Gemeinwesen der Kirche zu gültiger Interpretation der Glaubenslehre berechtigt sei. Die Thesen des Erzbischofs sind rein subjectiv, und als solche verfallen sie vor ihrer Promulgation der Anerkennung der Kirche und der Genehmigung des Staats'. Die neuere Entwicklung des Katholizismus am Rhein, die durch Spätromantik und belgische Einflüsse gleichmäßig bewirkte Stärkung 'krassen und blöden Aberglaubens' und priesterlicher Macht betrachtete er mit Besorgnis. Im Jahre 1836 berichten seine Notizen über 'eine sonderbare Erscheinung der Zeit, daß in Venlo (jenseit der Grenze, in holl. Limburg) fünf Bußprediger in härenem Gewande mit schlotterndem Gebein angekommen sind, um die Weltkinder Rheinlands und Belgiens, die im Begriffe stehen, sich der Freude in die Arme zu werfen, wieder in ihr Höllenreich zurückzudonnern'. Die wiederauflebende Spekulation der Prediger auf den Zug des menschlichen Herzens zum Grausigen und Phantastischen war ihm durchaus zuwider. Sehr erfreulich im Interesse des geistigen Fortschritts erschien ihm dagegen die allgemeine Erregung auf dogmengeschichtlichem Gebiete, die seit dem Jahre 1835 durch „Das Leben Jesu" von D. F. Strauß entstanden war und immer stärkere Wellen schlug. Er selbst acceptierte die Resultate der neuen Bibelkritik, daß die Bibel vom Mythus stark durchsetzt sei und daß Christus nur im Zusammenhang mit seiner ganzen Zeit begriffen werden könne. Mit den einschlägigen Abhandlungen des Zürichers Ludwig Snell, des Hallensers J. Schaller und des Würzburgers Franz Hoffmann setzte er sich in schriftlichen Darlegungen auseinander, die beweisen, wie lebhaft ihn der Auflösungsprozeß der kirchlichen Dogmen, das Arbeitsfeld der jungen Tübinger Schule, interessierte.

Vor allem aber war es doch die Philosophie in weitestem Sinne, verbunden mit Naturkunde, Physiologie, Psychologie und der neuen, in Frankreich aufkeimenden Soziologie, was den Unermüdlichen beschäftigte. Okens Allgemeine Naturgeschichte, die Mechanische Naturlehre des Berliner Physikers und Mathematikers E. G. Fischer, die Physiologie des ausgezeichneten englischen Anatomen P. M. Roget, des Baselers Friedrich Fischer Psychologie, Hippels sozialpolitische Schriften, die seit 1838 auch in Deutschland viel gelesenen Untersuchungen des Engländers George Combe über das Verhältnis des

Menschen zur Umwelt, und des belgischen Altmeisters der Statistik Quetelet bahnbrechende Essais aus dem Jahre 1835 über das individuelle und soziale Leben in seinen natürlichen Erscheinungen beschäftigten ihn und dehnten seinen geistigen Horizont allseitig aus. Seine speziell philosophische Lektüre aber ging bis auf Platos Dialoge zurück; an der Hand der Schriften von W. Sigwart und Ludwig Feuerbach drang er in den Gedankenkreis von P. Bayle und Spinoza ein, Leibnizens Theodicee machte ihn mit den Einwänden gegen Bayles Skeptizismus bekannt, er versenkte sich endlich mit voller Hingabe in das Studium der ihm schon früher bekannt gewordenen Schriften von Kant, Herbart, Fichte und Hegel; denn ihn verlangte jetzt durchaus nach geistiger Durchdringung und begrifflicher Verarbeitung des Wissensstoffs, der von allen Seiten auf ihn einströmte. Die Gedanken bis in die letzten Konsequenzen zu verfolgen und zu einem System zu sammeln, das ihn durch zwingende Wahrheit befriedigte, und sich damit zugleich für eine vernunftgemäße Lebensgestaltung die festen Angelpunkte endgültig zu sichern, das war sein Vorsatz. Seit sein Geist zu eignem Nachdenken erwacht war, hatte er stets vom Besondern zum Allgemeinen aufzusteigen, hinter der Welt der Einzelerscheinungen das Allgemeine zu erkennen versucht. Wie es ihm für das materielle Leben nicht zweifelhaft war, daß die Welt des geschäftigen Alltagstreibens, der handgreiflichen Wirklichkeiten nicht das wahre Leben darstelle, so suchte er seit langem auch in der Sphäre des geistigen Lebens nach einer höheren Wirklichkeit. In der luftigen Höhe allgemeinster Abstraktion aber, der er sich zeitweise genähert hatte, fühlte sich sein lebendiger Sinn, die glückliche Verbindung des Realen mit dem Idealen in seiner Natur, nicht befriedigt. 'Alle Wissenschaft vom Menschen', so schrieb er einmal im Frühjahr 1836 nieder, 'ist in den Begriffen: Geist, Herz, Seele, Leib enthalten. Es ist das Streben aller Zeiten, diese vier menschlichen Urbilder durch den Kreis alles Gegebenen durchzuleiten und jedem vom Gegebenen das Nötige unterzuordnen. Jeder Mensch handelt und lebt nun wohl aus diesen vier Attributen, in jedem sind sie tätig, und der Jüngling sucht diese Begriffe so viel wie möglich auf einen allumfassenden zurückzuleiten, um durch diesen seinen Schöpfungen den spirituellen Grund auf die leichteste Weise zu sichern. Dies erweist sich aber bald als unzulässig, weil dies zusammengedrängte Allgemeine wie im Menschen

so auch auf seine Schöpfung zwar dunkel zurückstrahlt, aber keine einzelne Seite erschließt und klärt, so daß alles wie vom Dämmerlicht umwoben und getrübt an keinen einzelnen Sinn in Reinheit und Vollkommenheit anschlägt. Nun regt sich das Bedürfnis, zu sondern, das so mühsam Zusammengeknetete wird wieder getrennt, und es wird versucht, die in der Zwischenzeit aufgenommenen abgeleiteten Begriffe den einzelnen Gattungen unterzuordnen. So ist der erste Schritt zur Erkenntnis geschehen und die Einsicht gewonnen, daß das Allgemeine nimmer zur Anschauung gebracht werden kann, sondern als notwendige Grenze den Menschen umgibt. Auch ins Reich der Notwendigkeit ist ein Blick von dieser Seite geschehen. So ist heute mein Standpunkt, und wenn ich mit dem größten Erstaunen das dunkle Gewirr meiner vorjährigen, jetzt vereinzelten Gesamtauffassung betrachte, so habe ich jetzt als nächste Fragepunkte zu bezeichnen: Geist, Seele, Idee, Ideal, Verstand, Vernunft, Sinn, Gefühl, Reflexion, Gedanke, Genius, Freiheit, Notwendigkeit, Beschränktheit, Neigung, Wohlwollen, Liebe, Gesinnung, Charakter.'

Was Mevissen hier nennt, sind Grundbegriffe, die seit dem Beginn philosophischen Denkens den menschlichen Geist bewegen. Bei seiner bisherigen Beschäftigung mit den großen Erzeugnissen der klassischen Zeit deutscher Literatur und Philosophie war ihm nicht entgangen, daß die aufsteigende Entwicklung der menschlichen Erkenntnis nicht zu definitiven Lösungen der Grundfragen geführt hat, sondern daß im Wechsel der Personen und Systeme eine Erkenntnisstufe die andere ablöst, und daß jede Epoche mit Hilfe des ererbten Gutes der Vergangenheit selbst einen Schritt vorwärts zu kommen bemüht ist. Gerade bei den allgemeinen Fragen aber, jenen Rätseln des Lebens, nach deren Lösung der denkende Mensch verlangt, war ihm das Unvollkommene der seitherigen Erkenntnis deutlich entgegengetreten. Da versagten seine bisherigen Führer am vollständigsten. 'Alle Bücher, die ich um Erklärung der Begriffe, um deren Gründe frage, gehen darum herum, wie ein Schmetterling um die Flamme; sie weichen von diesem gefährlichen Element weg und lassen sich auf einen Blumenstengel oder eine Fruchtknospe nieder, nämlich auf die Gegenstände der Begriffe. Das ist aber kein redliches Streben, und man wird dadurch um nichts gefördert. Alle diese Erklärungen sind

d bleiben tote Buchstaben.' Auch Goethes, des so hochgeschätzten, eflexionen erschienen hier dem in mühsamer Erkenntnisarbeit Ringenn 'so abgeglättet, lebengetrennt und marmorkalt, daß ich gar keine rregende noch belehrende Wirkung davon verspürte, obschon ich mich blich bemühte, den Sinn jeder einzelnen wiederzudenken', eine Erscheinung, die sich aus Goethes Abneigung gegen alles schulmäßige hilosophieren, gegen Systeme und Theorien, leicht erklärt.

Eins aber war ihm nicht zweifelhaft: sein weiteres geistiges treben konnte sich nur auf dem Boden seiner bisher schon entickelten Weltanschauung vollziehen, welche die Gottheit als die chste Substanz, als ewige untrennbare Einheit von Materie und eist, die Natur und das Weltall als unerschaffen und ewig, das ein als unendliche Tätigkeit und ewiges Leben, die Gesetze des enschlichen Geistes als allgemein gültig, wenn auch die Kraft des lenschengeistes zur Erkenntnis beschränkt, und den Menschen weder ls Gott noch als Ebenbild Gottes, sondern als zum Göttlichen rebend betrachtete. Der Kern seines Wesens entwickelte sich stetig i dieser Richtung fort, ohne stärkere Krisen. In dieser Weltanhauung allein erblickte er die Garantie für die unentbehrliche Freiheit es Geistes. Und in der Tat gewährt der Pantheismus durch sein Abhen von einem persönlichen Gott und dessen bindenden Satzungen em Individuum die bewußte Selbstbestimmung. Die Autonomie des ienschlichen Geistes im Denken wie im Handeln ist seine natürliche onsequenz. 'Indem er die Wirklichkeit Gottes mit dem menschlichen eiste selbst identifiziert, sieht er sein Walten in der Entwicklung des ienschlichen Geistes zur Freiheit, in seinem Kampfe für das Gute nd Schöne, gegen das widerstrebende Unwahre, Böse, Egoistische. Wer darf zu behaupten wagen', so schrieb Mevissen in dieser Zeit iner philosophischen Studien einmal nieder, 'der Pantheismus vernme, vernichte die Idee der Freiheit, Tugend, Liebe und Glückligkeit? Wer bietet denn der Freiheit ewigere, weitere Bahnen, er hebt die Tugend höher, macht die Liebe gotttrunkener als dieser lem innewohnende, alles durchwebende, über alle Schöpfung erbene, alle Schöpfung in sich zusammenfassende Gott? Wo verirklicht sich schöner Leibnizens Idee der Monade, als in diesen ottdurchtränkten Substanzen, die immer zu Gott, zur Einheit hinanreben und den Gegensatz zu tilgen sich bemühen? In jeder Mo-

nade schlummert dies Streben, die Fähigkeit dieses Strebens, die primitive Einheit, und jede Monade reflektiert diese Einheit, entwindet sich den Schranken des bewegenden Gegensatzes, hebt sich hinauf ins Reich der Gottheit, verschiedengradig, auf tausendfachen Bahnen, nach ihrem individuellen Standpunkt. Keine ist Gott, aber jede gibt Zeugnis des ewigen Gottes. Der Pantheismus treibt unwiderstehlich zur kräftigen Tat, denn sein Reich und sein Gott ist einzig der kräftige Wille.'

Wenn Goethe Mevissens Drang nach begrifflicher Erkenntnis nicht zu befriedigen vermochte, so hatte er ihn doch auch hier auf den Weg geleitet. Schon früh war Goethes Geständnis im letzten Teil von Dichtung und Wahrheit ihm aufgefallen, daß die Philosophie Spinozas, die ihm in den Jünglingsjahren nahegetreten war, ihn gelehrt habe, das All als Einheit, als ein notwendiges Ganze zu erfassen, und daß er Friede und Klarheit von dieser Philosophie empfangen habe. Auf Spinozas unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß geht denn auch zurück, was sowohl in Goethes wie der älteren Romantiker Anschauungen sich ausspricht, wenn sie die Natur als einen ewigen Entwicklungsprozeß, die Durchdringung aller Teile der Welt durch das Göttliche erkennen und die menschliche Ideenwelt als einen Teil der Allnatur erfassen. Zu Spinozas Ethik griff nun auch Mevissen, und er ließ die harmonische, von humanen und sittlichen Gedanken durchdrungene Idee der einigen, unendlichen und untrennbaren Gottheit, des ewigen Aufgehens der Dinge in die Einheit des göttlichen Wesens, mit weihevoller Andacht auf sich wirken. Eine Fülle von Einzelausführungen beweist, wie tiefen Eindruck Spinoza auf ihn machte.[1]) So dankbar er aber für die Anregungen war, die ihm die allseitige Ausdehnung des metaphysischen Gebiets durch Spinoza brachte, so klar empfand er, daß für die persönliche Freiheit und das Selbstbewußtsein, worin er die tiefste Idee der modernen Philosophie erblickte, hier keine Stelle war. Seine vorhin angeführten Sätze beweisen, wie nahe seinem Denken von vornherein die

[1]) Gegen Interpreten Spinozas, wie Chr. B. Schlüter (dessen Schrift, Die Lehre des Spinoza in ihren Hauptmomenten geprüft und dargestellt, Münster 1836, er 1836 las und durchaus abwies) protestierte Mevissen lebhaft; er nannte sie 'Menschen, die den Namen der Philosophie schänden, Proselyten des Dogmatismus, die weiterbauen am Irrgebäude einer versunkenen Zeit'.

mgestaltung des Spinozismus durch den Individualitätsbegriff der ibnizischen Monadenlehre lag. Besonders aber drängte sich ihm i seinem einsamen Suchen nach den Quellen der Erkenntnis die für e Weltansicht des einzelnen entscheidende Frage nach dem Wesen von eist und Materie und nach dem Primat des einen dieser beiden undbegriffe entgegen. Er suchte nach ihrer Lösung in den Denkstemen von Kant bis Hegel, mußte sich aber überzeugen, daß diese tzten Voraussetzungen jeder Kette von Schlüssen für den denkenden eist ein Unbeweisbares, dem Streit der Meinungen Offenstehendes lden. Von allem prinzipiellen Skepticismus war seine Naturanlage ei: 'Wer die Realität der Materie und des Geistes nicht als Voraussetzung gelten lassen will, gelangt zum vollendeten Skepticismus, m Leugnen seiner selbst und aller Realität. Er muß seinem Zweifel berlassen bleiben, bis er die Schranke der Göttlichkeit, das Sichselbstissen des Gottes in sich erkennt und gelten läßt'. Um so mehr aber handelte es sich ihm um eine Erklärung der uns umgebenden Körperelt, von der unsere Sinnesvorstellungen abgeleitet sind, um die Erklärung der unendlichen auch im Menschen wirksamen Geistessubstanz, die alle Vorstellungen reflektiert, und um die Erklärung der Verbindung beider Gegensätze, in der allein der Geist wirksam ist. Er mußte sich nach langem Bemühen resigniert gestehen, daß die menschliche Erkenntnis eine restlose Beantwortung dieser Probleme nicht zu bieten vermag, daß, wie er es bezeichnete, nur 'Ahnung, d. h. Empfindung unter Beistimmung der Vernunft', den der Schranke der Zeit unterworfenen einzelnen Menschen über dieselben zu beruhigen und ihm den Ariadnefaden zu bieten vermag, der ihn aus dem Labyrinth der Metaphysik herausleitet. Hier führte die Philosophie doch nicht über den von ihm als unzulänglich kritisierten Standpunkt Goethes hinaus. 'Als Beispiel großen, ja titanenhaften und dennoch gescheiterten Hinaufstrebens zur Erklärung der Materialsubstanz — deren Erklärungsschwierigkeit bei weitem die der Geistessubstanz nicht aufwiegt — mag noch der neueste Herbart dienen,' so schrieb er nieder, und er formulierte seine eigene Ansicht dahin, daß die Materie den Geist, das bewußte Gestaltende in der Natur, mit innerer Notwendigkeit aus sich entwickle. Geist war ihm der Inbegriff alles dessen, was in den Tiefen der Materie verborgen ist und über sie in eine höhere Welt hinausstrebt, so daß der Geist allein die Selbst-

erhaltung und die Störungen der Materie zu begreifen vermag, deren harmonischen Wechsel das Weltall offenbart. So war Mevissens 'Ahnung', durch die der junge, isoliert vorwärtsstrebende Philosoph für sich das Gleichgewicht zwischen Natur und Geist herstellte. Das unerforschliche Wesen dieser Ahnungen hat er wiederholt zu umschreiben versucht; er ließ nur solche als berechtigt gelten, 'deren Grund im tiefsten Born des Geistes alle Zeiten in ihren berechtigten Stimmführern anerkennen und auf die der Geist aller tüchtigen Gegenwart unwiderstehlich dringt'. Vor allem aber betont er, daß der Mensch auch dem Unfaßbaren gegenüber das Streben nach dem Licht der Erkenntnis niemals aufgeben dürfe. Er müsse immer wiede aufs neue versuchen, die Klippe der Ahnung zu umschiffen, und er dürfe sich im Forschen nach reiner Erkenntnis niemals eine Grenze setzen. 'Ehrwürdig für alle Folge ist solches in unserer tiefsten Natur gegründetes Ringen und Streben, und es sollte keiner den Ehrennamen des Philosophen tragen, der nicht an diesem Lebenskampfe, diesem ewigen Ansturm der Menschlichkeit teilgenommen.' Er ließ sich denn auch selbst in seinem Ringen keineswegs aufhalten. 'Kann ein Gott', so ruft er einmal aus, 'wohl größere Seligkeit empfinden, als der Geist, der da unverdrossen mit an dem ewigen Gewebe der Geistenthüllung webt, dem aus dem abgelösten Schleier das Bild zu Saïs immer herrlicher entgegentritt?' Und da seine metaphysischen Vorstellungen die geistigen Faktoren in den Mittelpunkt der Welt setzten und alles Existierende als verschiedengradig vom ewigen Gesetz des Geistes durchdrungen erkannten, so war die idealistische Philosophie der Epoche das natürliche Feld für seine philosophischen Studien, die er besonders in den Jahren 1836—1838 mit einem Eifer betrieb, wie man ihn nur auf ein Fachstudium zu verwenden pflegt.

Noch eine zweite Grundanschauung brachte Mevissen zu diesen philosophischen Studien bereits mit, den Entwicklungsgedanken, die Vorstellung von einer kontinuierlichen Höherbildung der Natur und des Menschen. 'Aller Organismus auf der Erde', schrieb er 1836, 'ist fortstrebend, hinauf bis zum Menschen; der Höhepunkt des Tierkreises ist das erste Kindesalter der Menschheit.' Der große, das moderne Geistesleben bestimmende Gedanke der Evolution war in der klassischen Literatur, durch Herder und Lessing, zum Ausdruck

gebracht worden in einer Zeit, wo die Naturwissenschaft noch nicht das Werden in den Vordergrund ihrer Betrachtung rückte, sondern nur das Gewordene in Systeme eingliederte. Er bildete bereits einen Grundpfeiler der Weltanschauung Goethes und wurde eben jetzt durch die nachdrückliche Betonung von seiten der Romantik in die eigentliche Philosophie eingeführt. Fand Mevissen in seiner monistischen Weltanschauung die Idee der persönlichen Freiheit verkörpert und verbunden mit der Idee der Liebe, die die Einzelerscheinungen der Natur untereinander wie mit dem Ganzen verknüpft und so für die individuelle Freiheit die unumgängliche Bindung darstellt, so erfüllte ihn der Gedanke der Evolution mit jenem hoffnungsfrohen Optimismus, der trotz aller störenden Einzelerfahrungen unentwegt daran festhielt, daß die von dem Prinzip der Kausalität beherrschte Natur stets aus dem Unvollkommenen zu vollkommeneren Gebilden und Zuständen fortschreitet. Erkenntnis dieses unendlichen Prozesses und Erfüllung der dem einzelnen obliegenden Pflicht, in seinen Fortgang nach dem Maß seiner Kraft einzugreifen und so der Persönlichkeit ihre individuelle und allgemeine Bedeutung zu sichern, das waren für Mevissens philosophische Studien leitende Gesichtspunkte. Nicht nur um Wissen, um weltabgewandte Geistesarbeit war es ihm hier, wie stets bei seinen Studien, zu tun, sondern er wollte zugleich für das Leben lernen, die Richtschnur für seine eigene Lebensführung gewinnen. Der Ausgangspunkt seines Denkens war immer schon die Autonomie der Vernunft gewesen, die unzerstörbare Gewißheit, welche der menschliche Geist durch Kant erlangt hat, daß er in der Vernunft, in der Einheit des Selbstbewußtseins die Norm seiner Gedanken wie seines Willens in sich selbst besitzt. Kants gewaltige Gedankenwelt war ihm wie den meisten Zeitgenossen zunächst durch Schillers philosophisch-ästhetische Schriften nahegebracht worden; jetzt vertiefte er sich in die Werke des großen Philosophen selbst und bildete an ihnen seine kritische Denkweise selbständig aus. Seine umfangreichen Exzerpte aus den Schriften Kants sind mit Fragen, mit Zweifeln und Einwänden erfüllt, die er erhob, um die Begriffe zu klären und Widersprüche aufzudecken. In die erkenntnistheoretischen Probleme drang er tief ein, Bewußtsein als schaffende geistige Kraft, apriorisches und objektiv gültiges Denken, Grenzen von Erkennen und Glauben und andere Hauptfragen erörterte er eingehend; er rang

wiederholt mit der ewigen Schranke unserer Erkenntnis, der Unendlichkeit von Raum und Zeit, den unlösbaren Schwierigkeiten dieses Zeit- und Raumproblems, welche Kant durch die Hypothese apriorischer Vorstellungen zu lösen versucht hatte, 'um zum Schluß wie ein armer Sünder Buße zu tun und gegen alle seine Voraussetzungen beide doch als erworbene, nicht als angeborene Begriffe zu bekennen'. Bei aller Anerkennung der von ihm durchgeführten endgültigen Abgrenzung der Prinzipien menschlicher Vernünftigkeit fand er doch vielfach Anlaß, sich an dem großen Meister selbst kritisch zu versuchen. Kants spätere Ausführungen über das Dasein Gottes, über die Möglichkeit eines bedingten Seins, seine Lehre von Verstand und Willen als notwendigen Attributen Gottes erschienen ihm als inkonsequent und im Widerspruch stehend mit seinen früheren Darlegungen, welche alle auf anthropomorphen Anschauungen begründete Theologie abgewiesen hatten. Vor allem aber blieb ihm Kants nüchterne Vernünftigkeit zu negativ, sie lieferte durch die Ablehnung der Metaphysik und die grundsätzliche Beschränkung auf das Beweisbare keine Grundlage eines Weltgebäudes, in welchem für Begeisterung und Phantasie einiger Spielraum blieb. Mevissens Bedürfnis nach einem künstlerisch gerundeten System, wie es seither, bis auf Kant, Spinoza der Welt geliefert hatte, fand in der von Kant an dem Erkenntnisvermögen des Menschen geübten Kritik keine Befriedigung. Seine nach dem Grund der Dinge forschende Vernunft empfing aus der empirischen Welt selbst stets den Antrieb, über sie hinauszustreben in die transcendente Welt, wohin das Wissen des Menschen nicht reicht. So sehr er überzeugt war, daß wissenschaftlich begründetes Wissen nicht weiter geht als die Erfahrung, so durchdrungen war er doch von dem Bedürfnis, spekulierend über die Grenzen der Erfahrung hinauszuschweifen.

Von durchgreifender Wirkung wurde aber die praktische Seite der Kantschen Philosophie für Mevissen. Da er, wie wir erörterten, die sittliche Gebahrung in dem Leben seiner Zeit umgestaltet wissen wollte, so mußte er gerade dieser Seite eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Kant hatte die Mündigkeitserklärung des sittlichen Menschen vollzogen, indem er im Gegensatz zu dem Intellektualismus der Aufklärung die moralische Welt des Willens als den Kern der Wirklichkeit erfaßte und das der Menschennatur

innewohnende autonome Sittengesetz lehrte, das nicht von Lust und Unlust ausgeht, sondern sich auf das Bewußtsein der durch die Stimme des Gewissens angekündigten Pflicht, auf die sittliche Selbstgesetzgebung gründet. Es entsprach ganz der Wärme von Mevissens Menschheitsgesinnung, wie Kant die Würde des Menschen als Grundlage des sittlichen Verhaltens gegen sich selbst wie zu den Nebenmenschen statuierte, die als vernünftige, mit Willenskraft ausgestattete Wesen niemals als bloße Mittel zum Zweck, zur Erreichung eigenen Behagens mißbraucht werden dürfen. Mevissen erkannte den kategorischen Imperativ als bindende Norm für das sittliche Verhalten an, und er gestaltete ihn im Sinne Schillers und Herbarts noch dahin fort, daß er ihn nicht nur als starre Pflicht, sondern aus dem sittlichen Bewußtsein heraus als Treue gegen sich selbst, als gern befolgtes Gesetz betrachtete. Nicht nur der Pflichtenlehre, sondern auch jener von den Klassikern vertretenen humanistischen Kultur, dem Glauben an den natürlichen guten Kern des Menschen und dem Streben nach harmonischer Ausbildung aller Kräfte, nach vollem sittlichen Selbstgefühl entsprang seine moralische Gesinnung. Der verwickelten Frage nach der Bedeutung, die dem Gewissen hierbei zufällt, ging er mehrfach in besonderer Untersuchung nach. Selbst von dem Streben nach unbedingter Wahrhaftigkeit erfüllt, hatte er die feste Überzeugung, daß die menschliche Vernunft ihre Freiheit im Gewissen mehr und mehr zu objektivieren vermöge. Er faßte das Gewissen als Rückschlag des Wissens und sich mit diesem fortbildend auf. Von der großen Persönlichkeit war er überzeugt, daß sie auf dem Gipfelpunkt geistiger Entwicklung auch vom tiefsten Pflichtgefühl durchdrungen ist, und moralisches Bewußtsein beruhte für ihn in der Einsicht, daß der einzelne nicht unabhängig, sondern durch vielfache Pflichten und Rücksichten mit der umgebenden Welt verknüpft ist, einer Einsicht, die durch zunehmende geistige Erkenntnis vertieft wird. War Mevissen somit von der prinzipiellen Unabhängigkeit der Moralbegriffe, von der Souveränetät des Gewissens durchdrungen, so verkannte er doch nicht, daß der Imperativ des Gewissens bei der nicht zu geistiger Selbständigkeit herangereiften Mehrzahl der Menschen unbewußt nur überkommene äußere Vorschriften über Recht und Unrecht widerspiegeln kann; für sie hielt er das überlieferte enge Band zwischen religiösen Vorstellungen und Moralbegriffen bis auf weiteres unent-

behrlich.[1]) Aber er erklärte es zugleich als Pflicht der Gesellschaft, immer weitere Kreise der Menschen mit Vernunft und dadurch mit der Fähigkeit zur Entwicklung des autonomen Sittengesetzes zu erfüllen. Von der eigenen Zeit, von dem Durchdringen philosophisch-sozialer Bildung hoffte er, daß sie einen bedeutenden Schritt auf diesem Wege weiterführen werde, denn an der moralischen Entwicklungsfähigkeit der Massen zweifelte er keinen Augenblick. 'Der Geist ist der nie ruhende, ewig über sich hinaus treibende Gedanke. Denken wir diese Wesenheit als noch nicht zur Selbstbestimmung entwickelt, denken wir das Gemüt prädominierend, so bietet die Wirklichkeit zu diesem Gedanken den Körper in jenen niederen Klassen unsers socialen Systems, bei denen wir so vielfach einem überall reichen Herzen gegenüber einem noch in den engsten Grenzen befangenen Verstande begegnen. Wer will leugnen, daß sich in jenen tiefen Stufungen ein gesunderer, reicherer Fonds findet von Liebe und gehaltener, präsenter Tatkraft, als auf jenen grauen Lebenshöhen des Tages, wo das Auge sich an selbstgeschaffenen, inhaltlosen, hohlen Trugbildern ergetzt!' (1838).

Von Kant ging Mevissen zum Studium Herbarts über, auch hier von der Hoffnung geleitet, seinen Trieb nach Erkenntnis zu befriedigen. Herbarts Metaphysik war das Werk, von dem er ausging. 'Die Erklärung des Geschehens', so schrieb er damals, 'auf Grundlage einer nicht unveränderlichen, sondern einer veränderlichen, aber nach stetigen ewigen Gesetzen sich verändernden Substanz, das ist mein Glaube, meine Annahme a priori.' Er untersuchte von diesem Standpunkte aus, wiederum mit vielfacher Kritik, die Gedankengänge Herbarts über das Verhältnis von Substanz und Monade, seine Konstruktion des Raum- und Zeitbegriffs, seinen Kausalbegriff als Fortbildung von Leibnizens präſtabilierter Harmonie, seine Lehre von der Kausalbestimmung menschlicher Willen aus den summierten Hemmungen und Strebungen von Vorstellungen und manche andere Frage, kam aber zu dem Schluß: 'Das Herbartsche Postulat ist wie sein ganzes Lehrgebäude von trefflicher Anwendbarkeit, aber nur in den Schranken der noch nicht über sich hinausgeschrittenen

[1]) Vgl. dazu seine Ausführungen über Lamennais aus dem Jahre 1839, in Band II S. 75, 78 f., sowie ebd. S. 106.

und im Absoluten wiedergeborenen Endlichkeit.' Es ging ihm mit Herbart ähnlich wie mit Kant. Bei aller Bewunderung seiner Analytik fand er doch in seinem skeptischen Grundzug und der kühlen Nüchternheit seines Kritizismus für die metaphysischen Fragen der Weltanschauung nicht das Erhoffte.

Dafür waren aber Herbarts Psychologie und Praktische Philosophie wieder von größter Bedeutung für ihn; denn das für alles Handeln im Leben entscheidende Verhältnis des Einzelnen zum Allgemeinen, der Freiheit zur Unterordnung bildet einen Angelpunkt der moralistischen Darlegungen Herbarts. Mevissens Drang nach Freiheit, seine Schätzung der Persönlichkeit suchte stets nach einem Ausgleich mit seinem sozialen Empfinden. Aus den psychologischen Darlegungen Herbarts, des Geistesverwandten von Pestalozzi, befestigte sich seine Überzeugung, daß der Mensch seinem Wesen nach zu gesellschaftlichem Leben bestimmt ist, daß er nur in Gemeinschaft zu gedeihen vermag und nur im Zusammenwirken mit andern das geworden ist und werden konnte, was die Kulturmenschheit darstellt. Geist und Sittlichkeit lernte er im Zusammenhang mit Herbarts Lehre von der inneren Freiheit als gemeinsame, allmählich unbewußt emporkeimende Erzeugnisse der menschlichen Gesellschaft begreifen, die durch die großen Persönlichkeiten von Zeit zu Zeit bewußt zusammengefaßt und formuliert werden. Immer kritischer stellte er sich somit zu dem Drang nach radikaler Emanzipation der Persönlichkeit, so fest er auch daran hielt, daß Persönlichkeit auf Freiheit beruht, und daß das Individuum sich nicht in die Fesseln der Gesellschaft schlagen lassen dürfe, sondern sich nach Möglichkeit in den durch das sittliche Empfinden gegebenen Grenzen frei und unter eigener Verantwortung entfalten müsse. Er entwarf in dieser Zeit psychologischer Studien, wo er sich das Verhältnis der Grundtätigkeiten der menschlichen Seele klar zu machen suchte, wiederholt genaue Beschreibungen eigner momentaner Seelenzustände, der im eignen Busen widerstreitenden Kräfte, ihrer Mischung und ihrer Auflösung.[1]) So mußte ihm Herbarts Praktische Philosophie, sein vollendetstes Werk, das in großen Linien die Grundgedanken einer sozialen Ethik entwickelt, besonders viel zu innerer Aneignung bieten. Herbart betonte noch stärker als Kant

[1]) Ein verwandtes Stück ist in Band II S. 50 ff. abgedruckt.

die Gesinnung, die Willensverfassung des Menschen als maßgebend für seine sittliche Qualität und die sozialen Richtpunkte der Ethik. Wir haben gesehen, wie klar Mevissen im wirtschaftlichen und sozialen Leben seiner Zeit die sittlichen Wunden eines zur Einseitigkeit gesteigerten Individualismus bereits erkannt hatte. Er, dessen Herz dem 'Titanenringen der Genien der Zeit gehörte, die die heilige, ewige Verbindung zwischen Mensch und Menschheit wiederherzustellen strebten', konnte den zu der Entwicklung überstarker Einzelner führenden ungehemmten Wettbewerb wirtschaftlicher Kräfte nicht als Grundlage für das Wohl der Gesamtheit ansehen. Für den klaren Ausbau seiner Gesinnungsethik im Gegensatz zu der verbreiteten Erfolgsethik ist das Studium Herbarts von besonderer Bedeutung gewesen. Die gehaltvollen sittlichen Grundideen Herbarts, die innere Freiheit, die Vollkommenheit, die Billigkeit und das (der christlichen Nächstenliebe entsprechende) Wohlwollen, untersuchte er eingehend, er fand in dieser auf die Bildung des Willens zur Tugend abzielenden Erziehungslehre eine Bestätigung seines standhaften Glaubens an den Sieg des Guten in dem Ringen der Menschen trotz immer wiederkehrender Verdunklungen durch das Böse. 'Vermittelst der Tugend- und Güterlehre Herbarts wird eine sehr empfindliche Lücke in dem sittlichen Bestehen in der Moralordnung der wirklichen Welt ausgefüllt; diese Begriffe werden nach und nach den wohltätigen Rang unmittelbarer göttlicher Einflüsse annehmen. Meine Intention sittlicher Parallelen muß in den Herbartschen Ideen Billigkeit, Recht, Wohlwollen sich begründen'.

Auch den Rechtsbegriff lernte er hier erkennen als 'ein Band, das die durch die Flut des Lebens entzweiten Menschen zu Einheit und Gleichheit wieder zurückführen soll.' Unter Gleichheit aber verstand er die für alle Menschen gleichmäßig zu sichernde Möglichkeit freier Ausbildung ihrer Fähigkeiten und Rechte. 'Schönes Wort Gleichheit', schreibt er 1836 einmal, 'in dir liegt aller Gott-Traum der Gegenwart, aber du bist gesogen an den Brüsten deines Gegenungetüms, des Despotismus, und jetzt sollst du dich erheben in reinem Strahlenglanze. Das ist der Naturordnung zuwider, die Menschheit muß dich durch Leiden und Mühsale erst wieder verdienen, sollst du dein Strahlengesicht ihr enthüllen. Wir sind in unserer Zeit erst bis zur Erkenntnis und Würdigung der Grundübel gekommen. Nun aber folge die Wegschüttung.' Auch Mevissen

schied zwar im wirklichen Leben scharf zwei Gruppen von Menschen — und das war die einzige Scheidung, die er anerkannte —, die an der Bewegung ihrer Zeit bewußt teilnehmenden, von der 'Idee erfüllten' Geister mit entwickelter Eigennatur, und das Ameisengewimmel der Indifferenten, der 'Kinder einer macht- und geistlosen Zeugung, die nur ein Schattenleben führen, und willenlos, unbewußt vom Sturme der Zeit hingeschaukelt werden wie ein schwankendes Rohr'. Schon im Jahre 1836, bei seinem ersten größern Ausflug in die geschäftliche Welt, hatte er sich über diese Unterscheidung mit aller Schärfe ausgesprochen. Es kommt in ihr die natürliche Vorliebe des bedeutenden, von Idealen erfüllten Menschen für Selbständigkeit und Größe, seine natürliche Abneigung gegen alles Niedrige und Gemeine zum Ausdruck. Sie gehörte zu den Anschauungen, die in allen Lebenslagen für Mevissens Haltung zu anderen Menschen bestimmend blieb. Aber grundsätzlich erkannte er allen Menschen den Anspruch auf volles und freies Menschentum zu, und so betrachtete er die Grenzen beider Gruppen durchaus als fließend. Er sah in den niederen Klassen den fruchtbaren Nährboden für das Emporsteigen in die höhere Gruppe der Menschheit. Wiederholt kommt er in diesen Jahren auf den vorhin erwähnten Gedankengang zurück, daß der Allgemeinheit die ernste, sittliche Aufgabe zufalle, den Entwicklungsfähigen und -willigen aus der Menge das Emporstreben zu höheren Stufen des Daseins zu ermöglichen, und er faßt jetzt den Staat als die Instanz ins Auge, der die planmäßige Verbreitung der Vorstellungen von Recht und Sittlichkeit durch die Volkserziehung, und somit eine wesentliche Mitarbeit nach dieser Richtung obliegt. Er bemerkt einmal 1838 im Anschluß an ein Kapitel aus Herbarts Psychologie:

'In der Psychologie ist bisher meistens nur die quantitative Masse der einzelnen Vorstellungen, deren Hebung und Senkung und deren Formation zu Vorstellungsreihen in Betracht gezogen worden, die Quantität der einzelnen Vorstellungen ist meistens unbeachtet geblieben. Die Freiheit und die aus ihr entspringende Sittlichkeit kann nur dadurch als ein Akt der produktiven Entwicklung des Geistes im Individuum begriffen werden, daß die Qualität der Vorstellungen sich bis zur räumlichen und zeitlichen Unendlichkeit, zur geistigen Freiheit steigert. Was der Raum für die Körperwelt, ist die Freiheit für die Welt des Geistes, die absolute Form, das abstrakt Allgemeine. Die Erscheinung, die räumliche wie die sittliche,

tritt aus dieser Allgemeinheit hervor, aber hebt sie nicht auf, sondern er hält sie als formale Kategorie.

Die Vorstellung im weiteren Umfange hebt die voraufgegangene Vorstellungen von geringerer Quantität in sich auf. Darauf beruht da Gesetz der geistigen Entwicklung der Völker vom individuellen zum allg meinen hin. Den Weg dieser formalen Entwicklung, die Form de Denkens, expliziert in seine einzelne Momente die Logik, den Inhalt di Philosophie der Religion, der Kunst und des Rechtes.

Die relative sittliche Freiheit des Individuums ist begründet auf de Möglichkeit, der ihm stets als Gewissen vorschwebenden Vorstellung vo weitesten Umfange gemäß zu handeln oder nicht. Der Umfang der Vo stellung des Individuums oder der Vorstellungen ganzer Völker und Zei alter gibt in sittlicher Beziehung den Maßstab für ihren Gehalt an Fre heit. Darum finden sich hier bei allen Völkern, so lange die Vorstellunge nicht die absolute Freiheit erreicht haben und nun aus dieser ihre Be stimmung empfangen, einzelne widersprechende, begriffgemäße und nic begriffgemäße, Vorstellungen vereinigt. Diese Verschiedenheit der Vo stellungen von Recht und Sittlichkeit zu verschiedenen Zeiten beweist, da im Geiste verschiedene Vorstellungen, ohne Vermittelung und Zusammen hang, gleichzeitig vorhanden waren. Jede dieser untereinander unab hängigen Vorstellungen enthielt eine Reihe von quantitativ geringere Vorstellungen, aber keine war in Beziehung zu der absoluten Quantitä gebracht und dadurch als einzelne aufgehoben.

Noch heute existiert diese Tatsache in allen Geistern, weil di Vermittelung, die Beziehung der einzelnen zu der absoluten Vorstel lung stets ununterbrochen prinzipgemäß stattfinden sollte, aber nich stattfindet. Wo diese Vermittelung unterbleibt, stellt sich eine Vo stellung niederen Grades dem Bewußtsein als absolute Vorstellung da oder vielmehr der Geist trägt auf sie unbewußt seine absolute Quantitä über, während ihr eigener Gehalt dieser absoluten Quantität des Geiste widerspricht.

Die positive Sittlichkeit und die ihr entsprechenden Vorstellunge werden vom Gesetze als in Jedem vorhanden vorausgesetzt. Diese Vo aussetzung aber legt dem Staate die Verpflichtung auf, das Vorhandensei dieser Vorstellungen in Jedem zu bewirken, durch Erziehung und Aus bildung des Geistes. Die persönliche Verantwortlichkeit kann nicht weite gehen als die persönliche Einsicht. Die absolute Sittlichkeit, wie die absolut Vorstellung ist der Boden, worauf das Positive emporsprießt. Wer i Besitz der absoluten Idee sich befindet, hat die einzelnen Erscheinunge als Glieder in der Hand.'

Wie aus Herbarts Schriften, so hat Mevissen auch aus denen Fichtes für die Fragen der sittlichen Lebenshaltung reiche Anregung geschöpft. War doch der feurige Fichte einer der wirksamsten Vertreter der Pestalozzischen Gedanken, in deren Verehrung der Jüngling aufgewachsen war. Kaum einer hatte mit so flammender Entrüstung gegen den Egoismus geeifert, wie dieser von sozialen Gedanken durchaus erfüllte moralische Erwecker Deutschlands. Seine berühmten Reden an die deutsche Nation, die Mevissen mit Begeisterung las, gehörten zu den Werken, die er noch im späteren Leben der heranwachsenden männlichen Jugend seines weiteren Familienkreises dringend ans Herz legte. Aber bei Fichte, der nach einer universalen, die Gegensätze älterer Systeme ausgleichenden Weltanschauung gestrebt hatte, hoffte er, auch für die spekulativen Fragen metaphysischer Erkenntnis endlich Aufklärung zu erhalten und sein Bedürfnis nach einer Systematisierung des Ideengehalts zu befriedigen. Er versenkte sich in die Wissenschaftslehre Fichtes, das vielumstrittene Werk, in welchem er seinen subjektiven Idealismus entwickelt. Fichte leugnete im Gegensatz zu Kant die Existenz von Dingen, die an sich selbst, abgesehen von der Erkenntnis des Menschen, existieren und baute auf dieser Grundlage sein System aus. Die Überschwänglichkeit und Phantastik des leidenschaftlichen Mannes, seine übermäßige Steigerung der Persönlichkeitsidee waren jedoch nicht geeignet, Mevissen zu befriedigen. Seine Ausführungen vom Jahre 1837 beweisen, wie vollständig er sich in den Kreis des Fichteschen sich selbst setzenden Ich hineingefunden hatte, aber auch, wie bestimmt er seine Übertreibung und Einseitigkeit ablehnte. Fichtes Satz, daß alle Lebensoffenbarung Tat im Ich — d. h. dem absoluten, nicht dem empirischen der Einzelpersönlichkeit — ist, die sich nach zwei Seiten, dem Denken und Wollen differiert, forderte Mevissens Widerspruch heraus. Daß jedes Ding nur ist, sofern als es im Ich gesetzt ist, erschien ihm als ein Irrschluß, und er wandelte es in den Satz: 'Jedes Ding kann nur insofern gedacht werden, als wir es in unserm Ich setzen'. Und Fichtes 'in eine ahnungsreiche Tiefe hinabführenden Satz' vom Ich als absolutem Subjekt (dasjenige, dessen Sein blos darin besteht, daß es sich selbst als seiend setzt) kritisierte er eingehend:[1])

[1]) Über die in dieser Frage liegende Schwierigkeit vgl. neuerdings E. Lask,

'Das Wesen, das Sein des Geistes ist seine Offenbarung. Das Ich ist aber dadurch, daß es sich setzt, d. h. daß es sich in niedrigster Stufe empfindet, in mittlerer, — wenn man will — anschaut, in reinerer denkt, in abstrakter begreift. Das Setzen des Ich ist unbestritten eine Tätigkeit. Das Sein des Ich ist nach dem Fichteschen Grundsatz also nicht absolute einige, wesenhafte und unzerstörliche Position, sondern Position unter dem Beding einer Tätigkeit. Trennen wir analytisch diese Tätigkeit von dem Ich, so giebt uns der Grundsatz nichts als relative Position. Eine solche kann aber Fichte nimmermehr haben erzielen wollen, Fichte, dessen ganzes Streben dahin ging, die absolute Position zu deduzieren. Lassen wir die streng wörtliche Fassung des Satzes beiseite, so bleibt uns die Annahme, Fichte begriff Tätigkeit und Sein als korrespondierende untrennbare Glieder eines geistigen Verhältnisses, das Ich war bei ihm nicht einig, unteilbar einfache Substanz, sondern es bot dem Blick der Reflexion als einziges Auffassungsmedium eben dieses Ich eine gegliederte, gegensätzlich beschränkte Form. Es bot sich ihm dar als ein in Entwicklung begriffenes, nach Entwicklung unendlich strebendes Subjekt. Die Frage ist nun: Ist die Darstellung des Fichteschen Ich analog der Erscheinung des wirklichen Ich? Hat Fichte einen richtigen Blick auf seinen Gegenstand getan? Ich glaube, nein. Die Tätigkeit des Ich ist eine Form, das Medium seiner Entwicklung, seiner Offenbarung. Wie kam Fichte dazu, diese Form dem Inhalte, dem Sein gegenüberzustellen? Kraft eines bekannten logischen Prozesses der Reflexion trennte er den Kern, das Seiende, vom Scheinenden. Diese Trennung ist aber nun nicht mehr ursprüngliche Anschauung, denn in dieser ist das Ich einig, kompakt. Das Getrennte ist nun zwar noch das wirklich Seiende, aber nicht mehr seine Form. Durch die Dialektik des Gedankens ist das Ich in zwei sich widerstreitende, in ein formloses und in ein formelles aber inhaltloses Element gespalten, unbeschadet der Vorfrage: Ist im logischen Denken der Begriff einer inhaltlosen Form, eines formlosen Gehalts möglich? Fichte hatte zwei Glieder eines Körpers gewonnen, aber beide waren einzeln tot; ihm war klar, daß nur der Hauch der Vereinigung sie wieder beleben könne, und die Unmittelbarkeit dieses Gefühls leitete ihn zur Abfassung eines Grundsatzes, dessen einzelne Glieder wesenlos nur durch ihre gegenseitige Bedingung Wesen und Gestalt gewinnen. Mir schwebt hier aus Heines Ratcliff Marias Geist und Ratcliffs Geist vor, die im Tode die Arme

---

Fichtes Idealismus und die Geschichte (Tübingen 1902) S. 83 ff. — Mevissen benutzte die erste Ausgabe der Wissenschaftslehre (vom Jahre 1794); Fichte hat bekanntlich im Jahre 1801 den schwer verständlichen Begriff des absoluten Ich durch den der Gottheit im pantheistischen Sinne ersetzt.

gegeneinander breiten und in der Durchdringung ihres letzten Hauches einem neuen seligen Erwachen entgegenstreben. Die tiefe Dialektik des Fichteschen Seins ist hier Gegenstand der Kunst. Dieses verdient festgehalten zu werden und kann vielleicht ein Datum zur Erklärung des ideellen Zusammenhanges der Schöpfung freier Kunst und der brütenden Schmiede des Gedankens an die Hand geben.

Fichtes Satz in seiner gewisseren Fassung gibt folgende Konsequenzen: Geist = Tätigkeit, ohne Tätigkeit kein Geist; Geist und Ruhe unvereinbare Momente, ferner mit Umgehung unendlich vieler Zwischensätze, Geist = Ausfluß der Materie, ihre Offenbarung = Streben aller Materie zur Vergeistigung, zur Gottheit.

Der Fichtesche Satz ergibt noch die Alternative: Entweder der Geist ist einfach, und das einfache Sein bietet schon einen Schein, oder der Geist ist ein Komplex, ist Gegenstand der Erscheinung. Auf keine Weise aber kann mehr von einem absolut qualitätslosen Einfachen in Herbartscher Fassung die Rede sein. Herbart mag einwenden, die absolute Position meines Einfachen ist eine Funktion meines Geistes zur besseren Durchdringung seiner selbst, gleich der Zahl und ihrer Gegeneinanderstellung zum Kalkul, aber das einfache Gedankending wird dann nie zum Geist, und die Einfachheit des letzteren tritt mit jenem in Konflikt.'

Mevissen vermochte Fichtes Lehre, die Welt sei nur ein Bild, das dem Ich durch die Einbildungskraft vor die Sinne gestellt wird, nicht zu folgen. Er war zu sehr Wille und Empfindung, um die Außenwelt als bloße Vorstellung, nicht als reales Leben zu erfassen. Aber auch des Antipoden Schelling Naturphilosophie bot ihm nicht die erhoffte Befriedigung, so sehr er sich in dessen Kopulalehre von dem Band zwischen dem Bewußten und Unbewußten, dem Endlichen und Unendlichen vertiefte. Erst bei Hegel, dem allein ein, wenn auch einseitiger, Zusammenschluß des Ideengehalts der ganzen Richtung gelang, fand sein suchender Sinn Befriedigung. Auch Mevissen geriet unter den Einfluß des das Geistesleben der Epoche weithin beherrschenden Welt- und Vernunftsystems. In die schwerflüssige Terminologie dieses großen Denksystems arbeitete er sich mit Hingebung ein. Die Schwierigkeiten, die Hegels tiefsinnige Problemstellung, sowie der häufig unbequeme Ausdruck des Gedankens, das verwirrende Spiel der Antithesen und die schwerflüssige Terminologie bieten, reizten ihn ungemein. In jahrelangem Studium hat er sich durch Ausarbeitung kritischer Auszüge mit diesem System

vertraut gemacht. Die Phänomenologie, die durch die herbe Fassung des gedrängten Inhalts und die Fülle der mehr angedeuteten als ausgeführten Ideen auch ihm anfänglich widerstrebte, gewann er bald besonders lieb.[1]) Den verschlungenen Pfaden von Hegels Logik folgte er mit demselben Eifer wie seinen psychologischen Ausführungen, voll Bewunderung dafür, wie die Hegelsche Dialektik den Weltprozeß als die Zurücknahme des Geistes aus seinen Entäußerungen in sich selbst denkend nachzuschaffen strebte. Vor allem war es aber die gewaltig Systematik im Gesamtaufbau dieses Systems, die auch Mevissen mi sich fortriß; hier fand er sich belohnt für den Enthusiasmus, mit den er sich lange Jahre hindurch den Studien gewidmet hatte. In Hegel objektivem Idealismus offenbart sich die Gottheit als unerschöpfliche Leben in Natur und Geschichte stets aufs neue, und im Gegensa zum Fichteschen Subjektivismus verläuft hier der Weltprozeß ver nunftgemäß, so daß das Sein mit dem Denken wirklich identisc ist, daß die Begriffe des vernünftigen menschlichen Denkens kein Hirngespinste, sondern tatsächlich die inneren Zwecke und Aufgabe der Dinge selbst sind. Mevissen fand hier die ersehnte Begründun seiner eigenen Anschauung, daß in der Welt eine objektive Vernun walten müsse, wenn wir überhaupt berechtigt sein sollen, von Zu sammenhang und Gesetzmäßigkeit im Weltgeschehen zu sprechen. Be wunderte er ferner die Universalität des Gesichtskreises, das wahr haft enzyklopädische Wissen Hegels, so nicht minder die Konsequenz, mi der hier der Entwicklungsgedanke zum Mittelpunkt eines ganzen System erhoben ist. Wie Hegels Geschichte der Philosophie die fortschreitend Lösung des Weltproblems in den einander folgenden Systemen er kennt, und wie die Religionsphilosophie, der Mittelpunkt von Hegel großer Schöpfung, die Idee einer schrittweisen Annäherung der Mensch heit an die volle Wahrheit durch den historischen Stufengang der ver schiedenen Religionen planmäßig durchführt, das wurde für Mevisse der Ausgangspunkt fruchtbarer eigener Gedankenarbeit. In Hegel Harmonie einer Entwicklung nach geistigen Weltgesetzen lebte er sic vollkommen hinein; in dieser Vergeistigung der Wirklichkeit empfand e

[1]) Vgl. Bd. II S. 35. Hegels Bedeutung im Rahmen des geistigen Leben des 19. Jahrhunderts hat erst neuerdings in Kuno Fischers glänzendem We (Geschichte der neueren Philosophie, VII. Hegel, 2 Bde., Heidelberg 1901) ob jektive Würdigung durch eine nachschaffende Meisterhand erfahren.

das Glück wahren Erkennens und bildete er seine Fähigkeit aus, 'das Einzelne zu sehen, doch alles Einzelne als Ganzes zu verstehen.' Auch ihm galt die einzelne Tatsache erst dann als wirklich erkannt, wenn sie in den Zusammenhang des großen, dem Einzelwillen und der Einzelmeinung überlegenen Ganzen eingereiht war. Mit der Kraft der Abstraktion den Dingen das Geheimnis ihres Seins und ihrer Bedeutung im Fluß der Entwicklung abzuringen, wurde sein Streben, das sich in der Folgezeit in seinem Denken und Reden wie in seinem Handeln stets offenbart und seinen späteren Darlegungen über wirtschaftlich-soziale wie politische Probleme ihre eigenartige Färbung gibt.

Besonders wichtig für Mevissen wurde auch das Studium der Rechtsphilosophie Hegels. Wenn hier der große Philosoph, wie in etwa vorher schon Fichte, in Anlehnung an die Staatsidee der Antike den Staat als den alle besonderen Lebenszwecke sich unterordnenden sittlichen Organismus darstellt, der als Hüter des Rechts die objektive Gestaltung der Sittlichkeit ist, so offenbaren Mevissens politische Anschauungen der Folgezeit, daß auch er sich mit dieser hohen Auffassung des Staates erfüllt hat und an ihrer Hand über seine Jugendvorstellung vom Staatsvertrag hinausgewachsen ist. Vom Staate, der alle seine Bürger zur Pflicht politischer Mitarbeit aufruft und nicht die äußerliche, zufällige Zusammenfassung einer Summe von Einzelindividuen durch einen Vertrag, sondern die organische, historisch erwachsene Vereinigung aller geistigen und physischen Kräfte eines Volkes darstellt, verlangte er vor allem auch die Sicherung einer auf Vernunft und Gewissen ruhenden Sittlichkeit. In einer Zeit, in der die Grundpfeiler eines neuen Gesellschaftsbaues gelegt werden, solle der Staat mit starker Hand als Schützer der materiellen wie der ethischen Kultur seine Wirksamkeit vielseitig entfalten.

Auch Hegel gegenüber verzichtete er übrigens keineswegs auf die Selbständigkeit des Denkens, wenn auch sein Ringen um eine eigene Weltanschauung in der Konsequenz dieses Systems zu Ruhe kam. Er verkannte nicht, daß 'in dem Dome des Hegelschen Begriffs noch viele Nischen und Quergänge auszubauen seien', und daß sein System sich der wachsenden Kenntnis der Menschheit von den konkreten Tatsachen entsprechend umgestalten müsse, da der Fortschritt menschlicher Erkenntnis sich durch den immer erneuten Ausgleich von Synthese und Analyse, von Empirie und Idee vollziehe. Er empfand ferner,

um aus der Fülle der Einwände wenigstens einen herauszugreifen, daß in der Frage nach dem Verhältnis des Bewußtseins zur Außenwelt Hegel einen von Kant angeregten fruchtbaren Gedanken nicht fortentwickelte.

'Das Bewußtsein verhält sich bei Hegel bloß auffassend. Das Wahre liegt rings aufgeschichtet und ist nicht erst zu gewinnen, sondern darf nur ins Bewußtsein treten, um sich zu verklären. Das philosophische Bewußtsein Hegels ist sich seiner absoluten Wahrheit und seines absoluten Inhalts schon zum voraus, vor allem System, bewußt und hat, in sich klar, nur die Entwicklung der integranten Momente seiner selbst in den Gegenständen und zugleich in ihrem Reflektiertsein in sich aufzuzeigen. Es hat auf jeder Stufe, in jedem Inhalt, den es durchläuft, schon das an sich Wahre, das Absolute, zum Inhalt und zur Voraussetzung, und, weit entfernt, einen Wahn in die Gegenstände hineinzulegen, ein Komplement ihnen zuzulegen, gibt es vielmehr einzig den reinen abstrakten Gehalt, die reine Wesenheit der Gegenstände selbst. Wie unendlich reich auch der Inhalt der Hegelschen Spekulation nach dieser Seite sein mag, so kann sich doch Gemüt und Vernunft dabei nicht letztlich beruhigen. Vielmehr werden sie aus diesem anatomischen Kabinet voll starrer Formen notwendig wieder hinaus in die wogende Lebensflut zurückgeschleudert. Die polaren Urkräfte und Urmomente hat Hegel für ewig erfaßt und gefestet. Die Polarität äußert sich aber zugleich als allgemeines und einzelnes, zugleich für sich in ihrer Stufe und in Beziehung zur Idee. Hegel hat die einzelne Polarität als allgemeine aufgefaßt und ihr ihre Stellung im System angewiesen. Diese einzelne Polarität ist aber als lebendig ebenso sehr eine in sich unendlich vielfache Masse von einzelnen, die sich in sich zu der Einheit der von Hegel als allgemein erkannten Form zu gliedern haben. Ferner durchdringen mehrere allgemeine Formen das Reale, durchkreuzen, ergänzen und beschränken einander. Die Vernunft hat nun zuerst die Aufgabe, die in sich gegliederte Totalität in ihrer unendlich mannigfachen Lebendigkeit als lebendige Einheit, dann diese Einheit in ihrer Beziehung zu andern, in gleicher Weise erkannten, Einheiten aufzufassen. Die Vernunft hat, um diese Aufgabe vollführen zu können, sich ein allgemeines Gesetz, worunter sich die bunte Vielheit gesetzmäßig einreiht, zu erringen und darzustellen. Dieses Gesetz kann nur unter genauestem Anschluß an die durch Hegel gewonnenen Resultate erreicht werden. Der Gehalt des Bewußtseins und der Dinge ist als geistig und in seiner gegliederten Beziehung zum Geiste aufzuzeigen. Dem Wesen nach ist allerdings diese Aufgabe schon durch Hegel gelöst, aber in seinem System ist die Lösung in ein fremdes Element verflochten. Der Gehalt, an dem sich für Hegel

e Form herausgerungen oder umgekehrt, ist wieder auszuscheiden, und e reine Form, in der sich dieser Gehalt betätigt, herzustellen. Die Form it dann alle Momente des Gehaltes an sich zu entfalten und darzu-llen, und kann so freilich nicht mehr dazu dienen, nach Kant die Grenzen iserer Erkenntnis, wohl aber die Bedingungen der Wahrheit der Er-nntnis darzustellen. Jeder wissenschaftliche Standpunkt wird sich als ı kernhafter und eine Stufe der Wahrheit in sich bergender, aber eben sehr als ein nur untergeordnete Geltung in der ideellen Totalität be-ıender erweisen.'

Noch an manchen anderen Punkten nahm er kritische Schwächen s großen Philosophen wahr. Im allgemeinen aber begrüßte Me-ssen im Hegelschen System freudig die gelungene Zusammenfassung nschlicher Erkenntnisse zu einem Gesamtbilde, das ihm durch die ffenbarung der inneren Gesetzmäßigkeit und Vernünftigkeit des ganischen Weltgefüges den festen Mittelpunkt für das eigne Denken rbot. Als Schüler Hegels hat er sich hinfort gefühlt. Wenn in nem späteren Leben trotz aller wechselvollen äußeren Einflüsse der nerste Kern seines Wesens unverändert blieb, und wenn er bis zur Meisterschaft seinen natürlichen Trieb ausbildete, stets über sich und n Handeln volle Klarheit des Denkens zu besitzen, so war das die Wirkung der systematischen Ausbildung seiner philosophischen Anlage, e er besonders dem Studium Hegels verdankte. Das Vernünftige Tat umzusetzen, die Idee zu verwirklichen, aus den Lehren der die samte Wissenschaft verarbeitenden Philosophie die praktischen Folge-ngen für das private und öffentliche, für das soziale wie für das irtschaftliche Leben zu ziehen, das blieb der einheitliche Brennpunkt, dem die vielseitig ausstrahlende Tätigkeit Mevissens sich sammelte.

Seine philosophischen Erkenntnisse legte er in diesen Lehrjahren ehrfach in kleinen Aufsätzen nieder, die, ähnlich wie früher seine Ge-chte, die Welt seiner Gedanken und Empfindungen widerspiegeln. o handelte er: 'Über das Verhältnis von Geist und Körper', 'Über ktivität und Passivität unserer Sinne und das Verhältnis des Willens ızu', 'Über die Empfindung als den dunklen Born des Sittlichen ıd Schönen', 'Über das Erhabene in der Natur', 'Über das Schicksal', ber die Liebe als Leidenschaft, als Tugend und Idee'. Letztere, un-llendet gebliebene, Abhandlung aus dem Jahre 1839 erörtert an r Hand des menschlichen Lebensganges eine von Mevissen im An-luß an Goethe, die Romantiker und Leopold Schefer wiederholt

behandelte Lieblingsidee. Er faßte die Liebe als das einzige dem Menschen bekannte, alle Natur durchwaltende und die Harmonie der Welt begründende Lebensprinzip und zugleich als den Gehalt der zum Geist entwickelten Freiheit.[1]) Diese Abhandlungen zeigen durchgehends, wie tief der selbständige, 'frei über den schnell welkenden Formen des Lebens schwebende' Geist des jungen Autodidakten in die philosophischen Probleme eingedrungen war, und wie sicher er dieselben zu behandeln verstand, gleichzeitig aber, wie es ihm auch hier, ähnlich wie früher bei seinen Dichtungen, nicht leicht wurde, den von allen Seiten ihm zuströmenden Reichtum an Ideen und Kombinationen zu bewältigen und sich zu konzentrieren. Doch muß berücksichtigt werden, daß er selbst diese Abhandlungen keineswegs als druckreife Leistungen bezeichnet hat. Es ist kein Zweifel, daß seine künstlerische Natur, die stets nach Vollendung in Form und Inhalt strebte, vor der Veröffentlichung dieser Abhandlungen noch mehrfach zur Feile gegriffen haben würde, um jene Rundung zu erreichen, die seine späteren Denkschriften und Reden auszeichnet.

Ganz vorherrschend wurde der Einfluß seiner philosophischen Studien in diesen Jahren auch auf Mevissens Geschichtsauffassung. Die gewaltigen Leistungen der geistigen und materiellen Volkskräfte im Zeitalter der Revolution hatten dazu geführt, daß das Volk selbst, das in den Vordergrund geschichtlichen Handelns getreten war, nun auch als historisches Objekt Beachtung fand. Seine Zustände und ihre historische Entwicklung traten als Gegenstand der Forschung neben die Darstellung der großen Staatsaktionen in Kriegen und Verträgen. Die Romantik gab diesem kulturhistorischen Interesse die breite Ausprägung, sie lenkte das Interesse allgemein auf das Volksmäßige, Zuständliche der Vergangenheit. Und zwar trat hierbei, entsprechend den Impulsen, die von seiten der überwiegenden Geisteskultur der Epoche wirksam waren, in Deutschland das geistige Leben des Volkes in Sprache und Sitte, in Kunst und Staat in den Vordergrund. Auch Mevissen hatte schon bei seinen bisherigen geschichtlichen Studien danach verlangt, 'daß der Kreis geschichtlicher Forschung er-

[1]) Als ein Muster der philosophischen Abhandlungen Mevissens ist diese Bd. II S. 54 ff. abgedruckt.

weitert und mit dem Völkerleben aufs engste verbunden werde'. Für den Betrieb der neuen Kulturgeschichte in Deutschland aber war doch zunächst wieder entscheidend, daß seit Leibniz und Herder die historische Forschung in den Zusammenhang philosophischer Systematik aufgenommen war, und daß jetzt der Geschichtsphilosophie durch Hegel ihr fester Platz im Rahmen des Evolutionsgedankens, der geschichtlichen Kontinuität angewiesen wurde. Die philosophische Spekulation, die begriffliche Konstruktion beherrschte folglich auch die ersten Bemühungen zur Erkenntnis der geistigen Kulturentwicklung.

Wie bestimmend für Mevissens historisches Denken die Eindrücke wurden, die er aus dieser Bewegung empfing, hatte schon früher sein Ausgreifen auf ein Gebiet bewiesen, das in ihrem Rahmen die Romantiker, insbesondere Friedrich Schlegel, sowie die anschließende Germanistik und deutsche Altertumskunde neu ausgebaut hatten: die historische Sprachwissenschaft, die davon ausging, daß nicht eine rein verstandesmäßige Worterfindung, wie man früher angenommen, sondern eine geistige Potenz, der Sprachgeist, die Entwicklung und das Walten der Gesetze menschlicher Sprache bestimme. Den noch heute umstrittenen Fragen nach der Entstehung und Ausbildung der Sprache und nach ihrer Rolle als Repräsentantin des menschlichen Geistes war der sorgfältig Forschende frühzeitig durch das Studium der 1827 bis 1829 erschienenen Sprachlehre von Karl Ferd. Becker nahegetreten. Dieses bedeutende, allerdings die geschichtliche Entwicklung nicht genügend beachtende Werk ging von der Identität von Sein und Denken im Sinne Schellings und Hegels aus und faßte die Sprache als einen nach logischen Gesetzen geordneten Organismus. Mevissen erschien es als ein genialer und, wenn auch in einzelnen Stücken noch mißlungener, so doch für alle Zeiten wirksamer großer Wurf. Wie stets, so faßte er auch auf diesem Gebiete einzelne Fragen besonders ins Auge, um durch ihre allseitige Beleuchtung in das Verständnis des Ganzen einzudringen. So nahm er zu Bopps mechanischer, Grimms historischer Theorie des Vokalumlauts Stellung. Er meinte zu dieser Frage, die kritisch in die Substanz eindringende Analytik des Geistes müsse diese Umlaute zu seiner Verkörperung aus dem Schacht der Tonskala herausgegriffen haben, und es wären von diesem Umstande aus noch weite Schlüsse im Reich der Sprache zu ziehen. Besondere Ergiebigkeit traute er Sprachstudien in dem Sinne

zu, daß aus der Bildung der Wörter für diejenigen Begriffe, welche auf gesteigertem Anschauungsvermögen beruhen oder reine Denkprodukte sind (Geist, Liebe u. s. w.), die historische Aufwärtsentwicklung des Menschengeistes, der Gedankenprozeß der Menschheit erkannt, also eine Völkerpsychologie im Sinne der Schule Herbarts angebahnt werde. Er schrieb Beobachtungen nieder über die immer stärker in der deutschen Sprache hervortretende Vergeistigung der ursprünglich sinnlichen Bedeutung mancher Wörter, und über den Einfluß, den nach dieser Richtung die Bibelübersetzung Luthers ausgeübt hat. Als Mißgriff der Beckerschen Sprachlehre erschien ihm die Anschauung, daß 'für viele Begriffe die Volkssprache weit reinere Lautverhältnisse biete, als die Sprache der Wissenschaft'. Dem schaffenden Genie, nicht der Masse wies Mevissen die Rolle zu, 'den Laut der Wahrheit und der Klarheit zu gebären', weil Geist der Erzeuger der Sprache sei. Den Fortschritt der Sprache dachte er sich durchaus als von oben herab, vom Höhepunkt der jeweiligen Geistesbildung her, nicht wie Becker als von unten herauf, aus der Masse erfolgend. Diesen Problemen der Sprachwissenschaft, die später durch Benfey, Hermann Paul, Steinthal und Wundt so vielseitige Vertiefung erfahren haben, hat er auch in späteren Jahren ein besonderes Interesse bewahrt.

Damals aber wurde das sprühende Leben von Hegels Philosophie der Geschichte die eigentliche Rüstkammer für sein historisches Denken. Hegel betrachtete die Geschichte als den Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit; der welthistorische Prozeß erschien ihm als eine große Einheit, als das eigne Erleben der Gottheit, in dem sie ihr Wesen betätigt und ihre Bestimmung erfüllt. Daher sein Grundgedanke der Vernünftigkeit der wirklichen Welt, die Überzeugung, daß trotz aller Verirrungen menschlichen Treibens doch die Weltvernunft sich in der Geschichte offenbare, die die einzelnen Völker nach- und nebeneinander auf den Schauplatz der Geschichte ruft, um durch die Ausbildung und Betätigung ihrer besonderen Anlagen an der Gesamtentwicklung der Menschheit mitzuwirken. Solche und verwandte Gedanken bildeten den fruchtbaren Boden für die geschichtsphilosophischen Betrachtungen, die Mevissen selbst in reicher Fülle anstellte.

'Die Neuzeit dringt nicht nur hinein in alle Grüfte der Vergangenheit, sie rüttelt auch alle ihre Blüten auf aus dem Schlummer und breitet sie

sich zu Füßen. Noch fahren sie in bunter Willkür durcheinander. Die ordnende Hand wird kommen, wird alle diese Blüten sinnig zu einem Kranz flechten, wird sich den faltenreichen Strahlenmantel umhängen und damit einherschreiten stolz und reichtumfreudig. Es ist ein und derselbe Geist, der alle Welten und alle Zeiten durchzieht, der aus dem dunkeln Tartarus die zahllosen Blüten hervortreibt an den Willkomm des strahlenden Tages. Und wenn es Nacht wird, sammelt der Geist diese Blüten ein und birgt sie in seinem tiefen Schoße; am Morgen aber haucht er ihre kalten Blätter an mit treibender Wärme und schickt sie wieder hinaus in das frische Leben .... Je älter die Menschheit, je reicher wird der Geist, denn alle Frucht der über die Erde dahingeschrittenen Geschlechter wird aufbewahrt auf dem heiligen Herd der Erinnerung, und auf diesem Herde treiben die neuen Sprossen' (1837).

Die universalgeschichtliche Idee des verschiedenartigen Mitwirkens der Völkerindividualitäten an dem einen großen Prozeß geistiger Freiheitentswicklung, die von Herder zuerst erfaßt und von Hegel systematisch ausgestaltet worden war, erfüllte auch ihn:

'Die Wahrheit hat es zum Begriff und zur Bestimmung, überall siegend durchzubrechen. Sie tut das im Konflikt. Das Gesetz aller geistigen Entwicklung und Aneignung ist der Gegensatz. Der Geist bestimmt sich zum Verstand, zur Einsicht, wird altklug, prosaisch, philisterhaft und negiert Gemüt, Herz und Leben. So in den Verstandesperioden der Geschichte. Diese Negation vollzieht sich an der Menschheit in stetig wiederkehrenden Kreisungen, in Kreisungen, die sich fort und fort erweitern und so dem Unendlichen, der Freiheit, der losgebundenen, erfüllten und bewußten Einheit von Geist und Herz, zustreben. Auf der unversiegbaren Lebendigkeit dieses in der Natur des geistigen Menschen festbegründeten Strebens ruht die Idee alles Fortschritts der Gattung. Ohne Konflikt würde alles verflachen und in sklavische Natürlichkeit zurücksinken. An Konflikten, d. h. an der in dem Konflikt enthaltenen verwandten Seite muß sich die Wahrheit stärken und kräftigen. Indien mag mit Judäa auf ganz gleichem religiösen Boden stehen, mag Spinozas Pantheismus realisieren, Buddha mag die Göttlichkeit des modernen Menschen karikieren, für uns ist Indien ein von Judäa durchaus getrenntes Geisteskind, und sollte auch die Trennung einzig in der Zeitdifferenz liegen. Der Geist offenbart sich in der Zeit, und die Zeit steht als kausale Macht zu ihm in geheimer Beziehung. Judäa haben wir ausgelebt, absorbiert, es ist in uns Fleisch geworden. Jetzt tritt Indien heran. Indien ist frisch, wird wieder begriffen, wieder assimiliert, der Gehalt Judäas in uns wird verstärkt, weiter entwickelte Individualität tritt herzu. Und wollen wir auf dieser Höhe noch sagen,

daß irgend ein Volk der Geschichte nicht mit leiserem oder hörbarerem Pulsschlag in dem Leben aller wirkt? Die Wesenheiten des Menschengeistes: Schönheit, Liebe, Ruhm, Gemüt und Geist bilden ihre Richtung bis ins Extrem bei einzelnen Völkern, die als Träger solcher Wesenheiten in der Geschichte erscheinen.[1]) Und diese Völker können nicht von dem Extrem zurück, sie bleiben mit ihren geistigen Kräften darin gefangen. Der natürliche Fluß ihres Geistes und ihres Herzens ist durch die stets vorschwebende Gestalt des zur Gestalt ausgebildeten Extrems erstarrt und gehemmt. Die Nationen können so wenig wie die Individuen ihre Vergangenheit vernichten. Je stärker sie einem Extrem sich genähert haben, um so höher tritt die Gestalt desselben an ihren Horizont und senkt sich in das Gemüt. Sind die Widerstandskräfte, die die Nationen den Extremen ihrer Vergangenheit entgegenzusetzen haben, nicht mehr kräftig genug, so geht die Nation im Weltgeist unter, die Geschichte vernichtet im Leben ihre versteinerte Form, und Klio schreibt sie mit ihrem Griffel in ihre Tafel. Die Geschichte ist somit eine Reihe von Versteinerungen menschheitlicher Ideen. Es ist aber der erhabenste Gedanke: Die individuelle Verschiedenheit aller Völker ist eine vernünftige Harmonie. Sollte nicht Wahrheit und Gegensatz, Freiheit und Knechtschaft im schönsten, sich immer ausgleichenden Gegensatze stehen? Ich glaube, ja. Wo die Ausgleichung der Völkerindividualitäten sich vollendet, muß der Gegensatz der Geister in sich ganz ausgetieft und zum alldurchdringenden Bewußtsein gekommen sein, um ein neues Prinzip des geistigen Fortlebens herzustellen. Dieser Entscheidung gehen wir sichtbar entgegen.'

So führen ihn seine historischen Betrachtungen wieder der Gegenwart, dem Leben zu, das ihm nur, soweit es Momente der Freiheit enthält, als eine Offenbarung des ewigen Geistes erscheint und Hoffnungen für die Zukunft bietet.

'Wenn wir auch nicht in Wagners Sinne rühmen wollen „wie wir's so herrlich weit gebracht", so tut doch Glaube an die unaufhaltsame Verwirklichung der Idee Allen Not. Halten wir die bereits erfüllte Vernünftigkeit einseitig fest, so liegt die Sklavendemut, vor der Heine mit Recht warnt, nur allzu nahe. Ohne Hoffnung auf Fortschritt und Zukunft, wie schwül und drückend wird die Lebensluft, wie ärmlich und armselig wird der Lebensgehalt! Der Geist in seiner Tätigkeit hat immer ein Ziel vor Augen, er denkt und schafft immer im Angesicht einer Zukunft, die ihn hebt und aufrechthält und trägt. Sobald der Geist in uns

---

[1]) Mevissen hat diese Gedanken in anderm Zusammenhang wiederholt entwickelt (Band II, 62).

ichtig wird, tritt der Rapport mit der Zukunft ein; nur der noch un-
fangen ganz in die Gegenwart versunkene Geist kann sich dem stillen
eheimblicke entziehen. Je mehr sich die Idee im Völkerleben erfüllt,
n so mehr wird die Zukunft in die Gegenwart hineinragen, und wenn
h der Himmel ganz erschließt, wird Vergangenheit, Gegenwart und Zu-
nft zugleich sein. In den meisten Nationen sind die drei Elemente,
e in allen glimmen, noch nicht zum Bewußtsein und zur Durchdringung
langt, bei vielen steht die Übermacht eines einzelnen der drei den andern
ch feindlich gegenüber, und der Kampf der Versöhnung, in dem sich die
ei Elemente der Zeit erfassen und in ihrer gegenseitigen Notwendigkeit
d steten Wirklichkeit begreifen, ist noch nicht ausgekämpft' (1837).

Dem Kampf der Gegenwart mit den in sie hineinragenden
lementen der Vergangenheit und der Zukunft widmet er wiederholt
ngehende Betrachtungen: 'Empfindung und Tat, der Boden der
egenwart, wird getränkt und genährt an dem Strome der Er-
nerung, der Tochter der Vergangenheit, und befruchtend hoch über
m schwebt der Gedanke, der Fackelhalter der Zukunft'.

Immer wieder tritt in seinen Reflexionen zutage, wie über-
ugt er von der allmählichen Erhebung der Menschheit auf eine
öhere Stufe, von der Fortbildung der Welt zu höheren Lebens-
rmen war. Dabei mitzuwirken war die Aufgabe, die er besonders
er eigenen Zeit stellte, so 'schmerzlich es ist, daß die Tugenden der
orwelt, Demut und Ergebung, Gehorsam und Erfurcht vor Her-
ebrachtem, Angestammtem, zerstört werden und zerstört werden müssen,
ll der junge Lebensbaum sich aus dem Schattenhange der Ahnen
rauswinden'. Das lebhaft erwachte historische Bedürfnis der
genen Zeit betrachtete er, wie sehr er auch die historische Pietät
i sich, die Auffassung des Menschen als geschichtlichen, von der Ver-
ngenheit abhängigen Wesens schätzte, doch als ein Zeichen dafür,
ß eine neue Weltgestaltung sich vorbereite, da die Epoche sich
der eigenen Gegenwart nicht heimisch fühle. Und wenn Rom,
e an Fülle reichste Macht des Altertums, einst nach tausendjährigem
eben erloschen war, so schien ihm doch, daß Deutschland und England,
e lebenskräftigsten Mächte der Neuzeit, nach einem fast doppelt so
ngen Leben ihren Zenith noch nicht erreicht hätten.[1]) Er glaubte
bei an ein allmähliches Steigen der Progression des menschlichen

[1]) Vgl. Bd. II S. 53, 54, 67.

Fortschritts. 'Nicht alles im Leben der Nationen ist fließend. Der Geist der Freiheit hat ewige Grundmächte, Pfeiler der sittlichen Weltordnung, die über den Wechsel der Erscheinungen stets erhaben emporragen, ewige Mächte in der Zeit. Diese Mächte sind das Grundelement des freien Geistes, der in ihnen keine Schranken, sondern sich empfindet und weiß. Die extremen Richtungen der Nationen sind stets Verleugner dieser ewigen Mächte, und in ihrem Untergange gehen jene siegreich wieder auf am Horizont der Geschichte. Einst, wenn die Entwicklung der Menschheit eine höhere Stufe erstiegen haben wird, werden den Völkern die ewigen sittlichen Mächte wie die Sonne am Pol stets leuchten ohne Untergang. Es gibt ein Gesetz in der Geschichte, das bisher noch wenig erforscht ist: Die Fortschritte des Geistes steigen mit seiner Entwicklung, ähnlich dem Gesetz des Falles.'

Es ist das ein Gedanke, den Mevissen wiederholt in dieser Zeit erörtert hat. Er setzte voraus, daß die fernere Entwicklung der Menschheit einen schnellern Fortschritt offenbaren werde, weil die historische Bildung, jene für das 19. Jahrhundert so charakteristisch gewordene Erscheinung, die Resultate der Vergangenheit gewissermaßen zur Mitgift der geistigen Natur des Menschen macht. Er nahm in diesem Zusammenhang einmal zu der vielerörterten Frage nach der Bedeutung der Historie für das Leben Stellung, im Anschluß an eine im Jahre 1837 in der Berliner Literaturzeitung an Hegel geübte Kritik. Es wurde dort ein Ausspruch Hegels getadelt, Völker und Regierungen hätten niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach den Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt, jede Zeit sei vielmehr ein so individueller Zustand mit so eigentümlichen Umständen, daß in ihr aus ihr selbst entschieden werden müsse und allein entschieden werden könne. Mevissen führt dagegen aus, daß in Hegels System die Tat der Geschichte gewiß durch die Reflexion in Fleisch und Blut der Völker übergehe, die Geschichte also auch auf Gegenwart und Zukunft wirksam sei.

'An der angezogenen Stelle spricht aber Hegel keineswegs von dieser immanenten Lehre der Geschichte, sondern von einer rein äußerlichen, subjektiven, durch den Fokus des Geschichtschreibers vermittelten Belehrung der Fürsten und Völker. Diese Belehrung ist allerdings in sich haltlos und unfähig, mit Schöpferkraft das Rad der Geschichte weiterzuwälzen.

Die wahre Lehrerin ist die Geschichte selbst, nicht die geschriebene, aus dem Hirn eines Gelehrten geborene, sondern die in das Völkerleben übergegangene und wahrhaft erlebte. Der Geschichtschreiber ist ein Sohn seiner Zeit; ist er genial, so wird er ein Ausdruck seiner Zeit, und die Ideen, die sein Jahrhundert, seine Nation im Innersten und Geheimsten bewegen, werden durch ihn an den lichten Tag geboren .... Die Reflexion, in deren Brennpunkt die Nachgeborenen ein Faktum setzen, ist vielleicht eine ganz andere als die, womit die Mitzeit das Faktum beleuchtete, wie dies aus den gleichzeitigen Quellen, die uns zu Gebote stehen, erhellt; die Mitzeit hatte aber gewiß ihre Reflexion, und es kann noch wohl Aufgabe einer späteren Epoche werden, die Geschichte der Reflexion der Geschichte zu schreiben, wie wir schon jetzt Geschichten der Geschichtschreibung und in diesen die wesentlichsten Fingerzeige zu jener besitzen. Ein klarer Geist würde uns auch die stetige Notwendigkeit der Entwicklung dieser Reflexion vorführen, und das hellste Licht würde über das ganze menschliche Tatgetriebe verbreitet, wenn die Entwicklung der Reflexion in die Entwicklung der Idee zurückgespiegelt würde.'

Auch die Anschauungen, welche die idealistische Philosophie über das Verhältnis von Masse und Individuum im historischen Leben entwickelte, beschäftigten seinen lebendigen Geist. Er hat in den Jahren 1837—1839 sich mehrfach zu dieser Frage geäußert. Er konstatierte, daß 'die Zustände und ihr Wechsel den Menschen fast beherrschen', daß 'auch der selbstbewußteste Mensch in tausend Fällen ein Spielball des Zufalls ist', daß 'einem großen Mann meist alle ihn umwebenden Kräfte dienen, und daß er erst dadurch groß wird'. Aber der Annahme einer völligen Bedingtheit des Individuums durch sein Milieu im Sinne der neuen Soziologie stand er fern, es war ihm vielmehr nicht zweifelhaft, daß die wahren Hebel des Fortschritts doch die großen Individuen sind, daß das wahrhaft Große dem Enthusiasmus und der begeisterten Einseitigkeit dieser in majestätischer Erhabenheit waltenden Naturen verdankt wird.

'Auch der Genius ist kein seiner Umgebung fremdes, sondern das ihr aufs engste und notwendigste angehörige Wesen, in dem sich ihre wahren und lebendigen Elemente durchdringen und in dieser Vermählung als heilige Zeichen eines neuen Bundes über sich selbst hinaus auf eine seligere Zukunft, auf ein aufgehendes höheres Gestirn hindeuten. Alle menschlichen Heiligtümer, Triebe und Erkenntnisse haben das miteinander gemein, daß sie sich in der Tiefe des Geistes still und geheim erzeugen, und daß sie, wenn sie reif sind und die Stunde ihrer Geburt schlägt, aus

eigener innewohnender Bewegung hinüberdrängen in das Leben, um sich in immer breiteren Schwingungen zu entfalten. Das Ziel, die Macht, der Ruhm der Einzelnen ist es, sich zum Allgemeinen zu stempeln und zu erheben. Das Große und Hohe wird nur durch die Leidenschaft ins Leben getrieben; nur die konzentrierte Leidenschaft hat Kraft genug, alle ihr gegenüberstehenden Hemmnisse zu bewältigen und niederzuhalten. Der Träger einer einzigen großen Idee glaubt wie sein eigenes Herz so auch das ganze Weltall davon erfüllt, und in dem vollen Bewußtsein, den Gehalt seiner Zeit in sich zu tragen, reißt er die Menschheit seiner Zeit mit sich fort und verwirklicht seine Idee. Solche zentralische Geister sind die Genien der Nationen, die alle Bande durchbrechen und als ewige Sterne über den Völkerhimmeln glänzen. Hat der Genius aber seine Idee verwirklicht, so ist seine Zaubermacht dahin, seine Sehnen sind abgespannt, und neue Ideen, die sich im Schatten seines Tatenglanzes, in dem tiefen Herzen der Menschheit wieder erzeugten, ringen ihm die Herrschaft aus der Hand. Jeder providentielle Genius aber hat, soweit seine Sendung geht, eine Zauberglut im Busen, an der alle Pfeile stumpf abprallen, und wird seine Ferse getroffen, so erstehen ihm siegende Rächer — der Schritt des Weltgeistes ist unaufhaltsam.'

Ganz im Sinne der klassischen Geistesepoche war er also überzeugt von der entscheidenden Bedeutung, welche den individuellen Seelenkräften, der schöpferischen Tat des Genies für den kulturellen Fortschritt und die Umgestaltung des Lebens innewohnt. Auf die persönliche Anregung, die von den in das Leben eingreifenden großen Männern ausgeht, legte er dabei den Nachdruck: 'In Anregung besteht alles große Verdienst, denn Anregung ist Ausbreitung; Anwendung und Sichtung findet sich, ist nur Anregung vorhanden, von selbst.' Anerkennung und Sympathie des Geistes für bedeutende Persönlichkeiten in Nähe und Ferne gaben denn auch seinem Leben von Jugend auf eine besondere Weihe, und es entspricht dieser Anschauung, daß er sein ganzes Leben hindurch von aller historischen Lektüre die Memoirenliteratur besonders gerne gepflegt hat.

Er hat sich eine Zeitlang auch mit Plänen für eigene historische Untersuchungen und Darstellungen getragen. Bezeichnender Weise waren die speziellen Fragen, deren Bearbeitung er ins Auge faßte, durchweg religionsgeschichtlicher Natur. Wir erwähnten bereits sein Interesse für die griechische Mythologie. Er hat daran gedacht, diesem Gebiet eine zusammenhängende Arbeit zu widmen. Ein Ent-

wurf aus dem Jahre 1837 entwickelt den leitenden Gedanken: 'Nicht alle Glieder des griechischen Götterkreises, den der Geist der Griechen, ihre freie Phantasie als Symbole ihrer religiösen Ideen hervorgetrieben hat, sind zu gleicher Klassizität herausgetreten, und bei vielen mögen Partikularitäten, deren Sinn sich für uns verloren hat, nebenhergehen. Das hindert aber keineswegs den modernen Forscher, den Inhalt, den die Griechen unbestimmt und dunkel gefühlt haben, in die Sphäre des Gedankens zu erheben. Die Schwierigkeit, den historischen Gehalt von dem späteren Entwicklungsgange rein zu halten und die Charakteristik der Griechenzeit aus dem Flusse der Geschichte herauszugestalten, wird nur der überwinden, der sich in den Lebensnerv, in das Zentrum des griechischen Lebensgetriebes zurückzusetzen weiß. Diese Forderung gilt für den Deuter der Symbolik wie für den Historiker, und durch ihre größere und geringere Erfüllung wird der Wert beider bedingt. Die differenten Behandlungsweisen des Äußerlichen und Innerlichen werden sich immer gegenüberstehen, und nur das Genie wird die beiden Extreme zu lebensvollen Geburten verbinden. Produktionskraft und Genialität ist ebenso sehr Erfordernis der Wissenschaft wie der Kunst.' Bald aber zogen ihn Stoffe, denen eine unmittelbare Beziehung zum modernen Leben innewohnt, stärker an. Reformation und Revolution als die bedeutsamsten historischen Vorgänge der Neuzeit suchte er in ihrer Beziehung zur Gegenwart zu begreifen. Er entnahm ihnen den tröstlichen Beweis, daß die modernen Völker aus eigner innerer Kraft ihre Schäden zu heilen vermögen, ehe sie unrettbar verloren sind. Sie erschienen ihm weiter 'als zwei große Schritte den ewigen Mächten des Lebens entgegen, der Freiheit und somit dem wahren Christentum, dessen Urelement die Freiheit ist. In Christus ist die Liebe der Menschen wahrhaft und für alle Zeiten objektiv herausgetreten in die Geschichte, und alle Zukunft hat ein unverrückbares Ziel, wohin sie das abgeirrte Auge zurückwenden kann, um neue Kräftigung zu finden'. Auf die Reformation und ihre vielseitige Wirkung konzentrierte sich eine Zeitlang sein Interesse. Er unterschrieb das Urteil Goethes, der 'als ersten Grund der Reformation eine größere Herzlichkeit und Innigkeit, eine Sammlung und Einheit der Einbildungskraft bezeichnet, die sich der Epoche bemächtigt hatte. Auch jetzt ist ein herzlicheres Band der Menschheit nötig; das Herz muß

seine Naturstelle wiederhaben, soll die politische Welt sich reformieren'. Dem entsprach die Wahl des Themas, das er sich stellte. Er stand 1838 in mündlichem und schriftlichem Verkehr mit einem jungen katholischen Geistlichen, Gerhard Schündelen, einem Landsmann von ihm,[1]) der mannigfache literarische Interessen hatte und durch diese in Beziehungen zu Mevissen gekommen war. Die Anschauungen beider wichen allerdings sehr von einander ab. Schündelen war Romantiker und ein begeisterter Anhänger der neuen katholischen Bewegung, die von Süddeutschland ausging. Sailer, Hirscher, Möhler und Günther waren seine Vorbilder, ihre Schriften suchte er Mevissen nahezubringen und gegenüber dessen pantheistischer Auffassung dem Offenbarungsglauben Geltung zu verschaffen. Eben damals, als die Gemüter durch den Kölnischen Bischofsstreit lebhaft bewegt waren und die Gegensätze in einer Flut von Flugschriften zur Aussprache gelangten, erörterten beide eingehend Heines und Carové's Angriffe auf den Katholizismus. In einem Briefe vom 15. April 1838 äußert sich in diesem Zusamenhange Mevissen über einen wissenschaftlichen Plan, den er schon einige Zeit verfolge. Er war bemüht, 'das religiöse Moment vom Beginn der Reformation bis heute in seiner Wechselwirkung mit Poesie und Philosophie zu erforschen und zu verfolgen. Ich habe manche Materialien aus dem 16. Jahrhundert gesammelt, mir fehlt aber für die nächsten Jahre im Drang des Geschäftslebens[2]) für jede Sichtung und Ausarbeitung die Zeit. Vielleicht finden Sie sich zu einer solchen oder verwandten religionshistorischen Arbeit aufgelegt. In solchem Falle könnte meine Bibliothek manche Materialien hergeben, die mit alten Werken reichlich versehen ist'. Er ist denn auch zu größeren Arbeiten auf historischem Gebiet nicht gekommen, so vielfach er gerade historische Gedankengänge in seinen Aufzeichnungen entwickelt hat. Die einzige geschichtliche Abhandlung, die sich vollendet in seinem Nachlaß vorfindet, ist eine 1839 niedergeschriebene Studie über Lamennais' Affaires de Rome. Auch sie ist ein Beweis, wie sehr ihn die religiösen und kirchlichen Probleme beschäftigten, und wie vollständig' er sich an eine philosophische Betrachtung der

[1]) G. Schündelen war später Pfarrer in Spellen (vgl. Norrenberg, Chronik von Dülken S. 94).

[2]) Er faßte eben damals die ersten größeren Pläne auf kaufmännischem Gebiete (vgl. unten S. 156 ff.).

Geschichte gewöhnt hatte, die das Wahre und Bleibende von dem Zufälligen und Zeitlichen zu trennen entschlossen war.[1])

Jeder, auch der an fruchtbaren Kombinationen reichsten geschichtsphilosophischen Konstruktion haftet der Mangel an, daß sie nicht das ganze geschichtliche Leben berücksichtigt. Auf eine einfache Formel wie die Hegels, daß Geschichte der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit sei, läßt sich der unendliche Reichtum historischen Geschehens nicht bringen. Es geht nicht an, die historische Bedeutung von Zeiten und Völkern einseitig nach dem Platz zu bestimmen, den sie in der Entwicklung des Freiheitsbewußtseins einnehmen. Es fehlt übrigens in Mevissens Notizen keineswegs an Anzeichen, daß er sich dieser Erkenntnis nicht verschloß. Durch seine engen Beziehungen zum geschäftlichen Leben sah sich seine reflektierende Natur früh auf Wechselwirkungen zwischen den Gebieten materieller und geistiger Kultur hingewiesen. Die von der deutschen Geschichtsforschung damals noch vernachlässigte Entwicklung der materiellen, wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse lag ihm infolgedessen näher als anderen Zeitgenossen, und seine frühere Bekanntschaft mit Saint-Simon und der Literatur Frankreichs, Belgiens und Englands wies ihn noch besonders auf diese Studien hin, die in jenen Ländern mit ihrem fortgeschritteneren Wirtschaftsleben früher Pflege fanden, als in Deutschland. Aus den Jahren 1838—1840 liegen Aufzeichnungen vor, die seinen sichern, den Tatsachen des Lebens zugewandten Blick für die allmähliche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und für die Umgestaltung der auf ihr beruhenden gesellschaftlichen Struktur offenbaren.[2]) Seine Neigung zu Einzelbeobachtungen auf diesem Gebiete entsprach jener früh entwickelten und von Goethe befruchteten Seite seines Wesens, dem liebevollen Versenken in die Natur und die unendliche Fülle der Erscheinungen, von denen auch die kleinste ihm Interesse einflößte. Dieser für die historische Erkenntnis so wesentliche Sinn, der ihn überhaupt vor extremer Einseitigkeit geschichtsphilosophischer Konstruktion, vor Vernachlässigung der lebendigen Anschauung zugunsten rein begrifflicher Feststellung bewahrte, kam besonders bei seiner Beschäftigung mit Problemen der Wirtschafts-

[1]) Sie ist in Band II S. 73 ff. abgedruckt.

[2]) Vgl. über Handel und Industrie am Niederrhein Bd. II S. 37 und 50. Im folgenden Kapitel kommen wir auf diese Aufsätze zurück.

und Sozialgeschichte zur Geltung. Er betont wiederholt, daß umfassende Bemühungen um die Ausmittelung und kritisch-statistische Sichtung der Tatsachen die unentbehrliche vorbereitende Aufgabe der Kulturgeschichte seien. Wir werden noch sehen, wie er in einem späteren Abschnitt seines Lebens erfolgreich gerade hier anknüpfte. Bei aller historischen Arbeit aber handelte es sich ihm niemals um unfruchtbare Tatsachenanhäufung. Nicht das Gewordene an sich war sein Objekt, sondern seine Stellung im Fluß der Entwicklung, das Gewordene als Werdendes und in die Zukunft Weisendes. Dieser Blick aufs Zukünftige aber, 'jene ewige Linie von Vergangenheit zu Zukunft, die in sich selbst zurückkreist', gehörte recht eigentlich zur Geschichtsphilosophie im Sinne Hegels. Inneres Nacherleben der Vergangenheit und ihre Fruchtbarmachung für die Erkenntnis der Gegenwart wie für den Ausblick in die Zukunft, das blieb denn auch für Mevissens Betrachtung die Aufgabe der Historie.

Aus dieser Art geschichtlicher Betrachtung aber, aus dem Begreifen der geschichtlichen Mächte im großen einheitlichen Zuge und der Hoffnung auf ein allmählich verstärktes Walten von Herz und Geist in der Entwicklung der Menschheit, steigerte sich der freudige Optimismus, mit dem er der Welt und den Dingen gegenübertrat. Diese Auffassung stählte ihn in schweren Stunden der Enttäuschung, die auch ihm nicht erspart waren, stets wieder zur Tatkraft. Geist, Wahrheit, Freiheit, Liebe — das waren die Kräfte, die er im geschichtlichen Leben überall wirksam sah. 'Der Weltgeist aber ist nichts, als die tiefe innere Beziehung und Ausbildung aller zu einer heiligen Einheit, zu einem von einem Geiste in farbenreichsten Schwingungen beseelten Reiche. Dies Reich des Weltgeistes muß sich erbauen aus der Liebe, dem Willen und der Einsicht der Menschen, und da es Prinzip alles Geistigen ist, so hat es ewige, tiefste Wurzeln in jedem Gemüt, die trotz aller Stürme Blüten treiben werden. Das Reich des Weltgeistes ist die Morgenröte der Freiheit, aber der Tod der Willkür; Willkür füllt in der Gegenwart noch das Bewußtsein des Subjekts, und das Wissen ist noch nicht in das Subjekt eingebrochen, daß jene Willkür sogar mit Notwendigkeit, wenn auch unwillig, zu jenem höheren Reich der Freiheit hinleitet.'

Fruchtbarer als auf dem Gebiet der Geschichte kam Mevissens
jener Schaffensdrang in diesen Jahren auf dem Gebiet der Ästhetik,
ich hier im engsten Zusammenhang mit seinen philosophischen Stu-
en, zur Geltung. Seine Jugendneigung zu dichterischer Produktion
irkte noch immer fort. 'Jetzt erst, wo ich meine Begriffe der Prosa
vertraue, gewahre ich die heilige Tiefe der Poesie. Jetzt wird mir
llends klar, wie alle Prosa nur eine Tändelei ist, die Poesie aber
ithüllung des Allerheiligsten sein soll.' Er hoffte, daß sein Herz sich
ust noch öffnen werde, und daß 'sein Psaltergesang in frischer Fülle
h dann erhebe hinauf, hinauf, auf göttlichem Flügel'. Zunächst aber
rtiefte er sich jetzt in die Lehre von der Kunst, ein Gebiet, das
m, ähnlich wie die Poesie selbst, die Flucht aus unwillkommener
irklichkeit in jene Welt gestattete, wo die Grenzen von Wahrheit
id Dichtung ineinanderfließen.

Der Schönheit, dem 'Einklang göttlicher und irdischer Natur,
r höheren Einheit, in der die Gegensätze von Herz und Geist un-
ennbar verbunden sind wie Welle und Fluß, wie Welt und Ewig-
it', hatte er seit dem Beginn seiner Studien gehuldigt. 'Es gibt
ine andern Hochgenüsse als die Seligkeit der Liebe, die Begeisterung
r Kunst, den stillen Reiz der Erkenntnis. Wonneschauer durchrieseln
e Brust, wenn Liebe, Schönheit und Erkenntnislust in ihr glühen.'
chon früh hatte er Winckelmann gelesen, der das Wesen der Kunst in
r idealen Schönheit erblickte. Und seine ganze Lebensanschauung
itte einen ästhetischen Zug. Das Erbe der klassischen Literaturepoche
id ihres Strebens nach einer künstlerischen Geisteskultur und Da-
nsgestaltung wirkte in ihm nach. Die Schönheit war ihm 'das
ewand der Wahrheit, die Sonne des Menschengeschlechts, der Ge-
nstrahl der Vernunft'; das Gute und das Schöne waren ihm Ge-
wister, die ästhetischen Triebe gehörten für ihn zu dem eigentlichen
esen der Seele, und die Kunst hob ihn empor in ein ideelles Reich
r Wahrheit. So war ihm auch die Bedeutung der Schönheit für
s praktische Leben früh klar. 'In der Brust wohnt ein Dämon,
r nur durch das Schöne besiegt werden kann; so wirkt das Schöne
d die Schönheit zauberisch und bezaubernd'. Kant hatte in seiner
itik der Urteilskraft eine neue Grundlage der Ästhetik geschaffen,
n Begriff des künstlerischen Genies konstruiert und für die Theorie
s Schönen, des „Zweckmäßigen, aus dem der Zweck entschwunden

ist", eine ähnliche Revolution heraufgeführt, wie vorher durch die Kritik der reinen Vernunft für die Philosophie. Schiller war dann durch das Studium Kants spekulativer Ästhetiker geworden und hatte die Lehre vom Schönen als notwendige Ergänzung der sittlichen Ideale mit den Erziehungsproblemen verwoben. Vom Studium beider ging Mevissen aus, griff aber bald auf Herbarts ästhetische Darlegungen in seiner Praktischen Philosophie über, auf Otfried Müllers Archäologie der Kunst, auf Heines, Alois Hirts und Charles Batteux' Abhandlungen und Werke, um endlich auch hier bei Hegel, in dessen 1835 veröffentlichten Vorlesungen über Ästhetik, einen Ruhepunkt zu finden. In zahlreichen Abhandlungen und Aphorismen nahm er kritisch Stellung zu dieser Lektüre. So sehr er Kants tiefgründige Lehre schätzte, so meinte er doch: 'Unendlichen Wirrwarr hat Kant mit seinen Seelenvermögen gestiftet. Das Ideal kann nicht gedacht werden, es kann nur über Gedanken und Produktion, ein höchster Gott, urteilen, aus sich selbst das Nötige zur Vollkommenheit des Gedankens ergänzen.' Bei Schiller empfand er als 'heillos die Trennung des Ästhetischen vom Vernünftigen, des Schönen vom Wahren, die, wenn einmal auf ein Ideal ausgegangen wird, alle Begriffe verdirbt. Es ist die ewige Einheit dieser Prädikate, in deren Sinn die Griechen gehandelt haben, und die Goethe wieder zur Herrschaft gebracht hat. Ganz schaurig wird mir, wenn ich Schiller das Erdrücken der Empfindung durch den tyrannischen Geist zergliedern sehe.' Auch durch Schillers Zwecklehre werde der Begriff des Schönen verdorben. Mevissen wollte nach dem Vorbild Goethes wohl ethische Gesinnung des Künstlers, aber keine moralisierende Tendenz der Kunst. Von Herbart urteilte er, er übersehe, 'daß die Einheit des Schönen und des Vernünftigen über aller Sinnwirklichkeit nur in der Idee ruht und keine Sinnenwelt dazwischen treten darf. Alles Wirkliche nähert sich der Vernunftidee, vermag sie aber nie ganz zu erringen und zu erschöpfen.' Bei Hegel, der die Schönheit als die absolute Idee definierte und die Sphäre künstlerischer Darstellung auf die Verleiblichung der Idee beschränkte, bewunderte er vor allem wieder, wie dieser das Ganze der Welt und des Lebens in schöner, ordnungsvoller Gestalt darstellte und so die Welt der Kunst mit der der Wirklichkeit unzertrennlich verknüpfte. Das Schöne als kulturelle Macht, die Kunst als eine der natürlichen und not-

wendigen Äußerungen menschlicher Natur im Sinne Hegels zu erfassen, lag ganz im Geiste Mevissens, der abstraktes Denken und phantasievolles Anschauen in glücklicher Mischung vereinigte. Aus diesem Ideenkreise schöpfte er Anregungen, die für sein ganzes Leben nachwirkten. Aber er war durchaus nicht blind gegen manche Schwächen, die grade die Ästhetik Hegels aufweist, und er nahm wiederholt Veranlassung, in der Stille seiner Studierstube mit dem Meister der Dialektik selbst dialektische Duelle auf diesem Boden zu veranstalten. Untersuchungen über die wissenschaftliche Behandlung der Kunst, über die subjektive Täuschung als Medium der Kunst, über das Verhältnis der Kunst zur Freiheit u. a. offenbaren diesen kritischen Geist. Hegels Auffassung der Kunst schien ihm für die individuelle und freie Persönlichkeit nicht genügend Spielraum zu bieten. Besonders lebhaft polemisiert er einmal gegen Hegels These, daß Kunstschönheit als aus dem Geist wiedergeborene Schönheit über der Naturschönheit stehe. Absolute Naturschönheit existiere überhaupt nicht, der Geist allein bedinge Schönheit in der Natur, erst durch einen geistigen Prozeß offenbare die Natur Schönheit. Auch sei Schönheit der Kunst keineswegs aus dem Geiste wiedergeborene Schönheit der Natur, das sei nur e i n e Aufgabe der Kunst, die aber ferner noch die Aufgabe habe, einer 'Schönheit des reinen Geistes gegliederte, lebensvolle Gestalt zu geben und, die Freiheit des Gemüts befruchtend, die Erscheinungen dieser Gemütswelt aufzufassen und durchdringend läutern zu lassen. Der Kunst steht nicht nur der ganze Reichtum der Naturgestaltungen für ihr mannigfaches buntes Spiel zu Gebot, sondern die schöpferische Einbildungskraft vermag sich darüber hinaus noch in eigenen Produktionen schrankenlos zu ergehen.' Und ebenso erhob er gewichtige Bedenken gegen den Ausgangspunkt von Hegels Schüler Friedrich Theodor Vischer,[1]) daß sich im Schönen zunächst eine einzelne bestimmte Idee und hierdurch mittelbar die höchste Idee offenbare, und gegen seinen Satz, die Konkretion, das sinnliche Scheinen des Schönen sei das wichtige Merkmal, wodurch sich das Schöne vom Wahren unterscheide. Eine Reihe von Betrachtungen Mevissens über das Verhältnis von Kunst und Denken

---

[1]) Dessen soeben erschienene Erstlingsschrift Über das Erhabene und Komische, Stuttgart 1837, schätzte Mevissen im übrigen hoch.

und über das Selbstbewußtsein als wesentliches Moment der modernen Kunst, nehmen Stellung zu diesen Thesen. Es ist die intellektualistische, spekulative Kunstauffassung der Epoche, die in Mevissens Darlegungen herrscht. Als die wesentliche Aufgabe der Kunst galt auch ihm die Gestaltung von Ideen durch sinnliche Mittel. Im Sinne Hegels muß das Kunstwerk die Idee aus tausend Augen hervorleuchten lassen, und Menschen von eignem starkem Persönlichkeitsgehalt werden wohl stets durch eine inhaltvolle Kunst am sympathischsten berührt werden. Die Vernunftidee, gekleidet in das Gewand der Schönheit, erscheint ihm denn auch als die Aufgabe der modernen Poesie, 'der schönen Religion der Freude'. Überall aber tritt in seinen Ausführungen hervor, mit welcher Selbständigkeit er auch die ästhetischen Probleme zu erfassen und zu behandeln bestrebt war.

Das offenbart sich auch darin, wie er vom Jahre 1837 ab durch kritisches Raisonnement über einzelne Meisterwerke Goethes das Wesen und die Bedeutung dichterischen Schaffens überhaupt für sich zu klären, 'zum Gold der Erkenntnis vorzudringen' suchte. Wir erwähnten bereits die hohen Ansprüche, die er an die Kritik stellte, von der er vor allem die Fähigkeit kongenialer Reproduktion verlangte. Auf diesem schwierigen Boden, wo sie als Vermittlerin zwischen Wissenschaft und Kunst zu dienen hat, betrachtete er sie gradezu als ein heiliges Amt, bei dem sittlicher Ernst und bescheidene Milde, stille Umsicht und klare Entwicklung der Gedanken in das Leben des Geistes fördernd, schützend und erhaltend eingreifen müssen.

'Das moderne Kunstwerk stellt der Kritik die bestimmte Aufgabe, aus seiner konkreten Gestalt die allgemeine treibende Idee, die den Dichter begeisterte, herauszufühlen. Daß die Kritik die zu Grunde liegende Idee nun nach allen Seiten und weit tiefer, als sie dem Künstler gegenwärtig gewesen, verfolgt und beleuchtet, gibt ihr ihren besten Wert und ihre selbständige Würde. Eine Kritik, die nichts gibt, als was der Künstler bestimmt und konkret gewußt hat, muß immer höchst mager und dürftig bleiben und kann keineswegs ihren hohen Zweck erfüllen. Ja, die Kritik kann nur dadurch, daß sie die konkrete Kunstgestalt auf allgemein anerkannte Prinzipien zurückführt, ihr Urteil zu einem bestimmten und wahren erheben. Die moderne Poesie tritt mehr und mehr in den Geist und verliert gemach das naive Element. Selbst bei Goethe, dem naivsten und objektivsten der modernen Dichter, waltet immer eine bestimmte und klare Idee über allen Bildungen, und aus seinen eigenen Bekenntnissen geht

genugsam hervor, wie sehr er sich der leitenden Idee bewußt gewesen. Bei Schiller ist in noch höherem Grade die Idee das gestaltende Prinzip, das zuweilen mit der wirklichen Ausführung noch ohne Zusammenschluß dasteht. Es ist eine bestimmte Gedankensphäre, die dem Bewußtsein der Dichter aller Zeiten gegenwärtig war, und zwar die Gedankensphäre ihrer Zeit. Das ist aber erst wahrhafte Poesie, wenn das Allgemeine und Wahre, das in der Zeit kreist, sich in den poetischen Produkten zur schönen Gestalt befreit. Ist nun dem Dichter zunächst ein Bewußtsein dieses allgemein Menschlichen aufgegangen, so kann auch die letzte Folgezeit noch ihre Idee an diesem allgemeinen Boden prüfen und bewähren. Jedes wahre Gedicht enthält so nicht ein Moment der Zeit, sondern ein Moment der Ewigkeit.'

Es lag an Mevissens eigner zur Reflexion geneigten Persönlichkeit, daß besonders diejenigen Schöpfungen Goethes ihre Anziehungskraft auf ihn übten, denen eine philosophische Idee zu Grunde liegt, und in denen die dargestellten Personen und Handlungen durch die Reflexion des Dichters sich zu Typen und Symbolen erweitern. Aus dem Jahre 1837 stammen seine Abhandlungen über vier Werke Goethes: über Iphigenie, über die Natürliche Tochter, über Prometheus (Pandora) und des Epimenides Erwachen. Mevissen tritt uns hier als einer der frühesten Kommentatoren Goethes entgegen, neben einem andern Rheinländer, Heinrich Düntzer aus Köln, der im Jahre 1836 seine fruchtbare Tätigkeit auf diesem Gebiete eröffnete. Wie aber beide Interpreten der Goetheschen Muse einander persönlich fremd waren, so ist auch ihr Standpunkt ein ganz verschiedener. Überwog bei Düntzer philologische Akribie und häufig nur auf Äußerlichkeiten gerichtetes Streben, so bei Mevissen die innere Ergriffenheit, die psychologische Analyse, das Bemühen, dem Kunstwerk des Dichters und seinem Gehalt auf der eigenen Basis näherzutreten. Zwei dieser Abhandlungen Mevissens, die über die Natürliche Tochter und über Pandora, haben wir im Wortlaut veröffentlicht.[1]) Die Schwäche jenes Dramas hat er mit scharfem Auge erkannt, aber im Sinne einer produktiven Kritik nachsichtig aus der Persönlichkeit des Dichters zu erklären versucht. Seine Darlegung über Pandora zeigt, daß er für das heute zwar allgemein zu den köstlichsten Schöpfungen der Goetheschen Muse gezählte, von

[1]) Vgl. Band II S. 1—28.

den Zeitgenossen aber kaum gewertete Werk, für seine eigentümliche Größe und Hoheit volles Verständnis hatte. Die tiefsinnige Deutung des Mythus von der Pandora, die hier als das in die Welt gesandte Schönheitsideal gefaßt wird, zog ihn ungemein an. Auch in das geheime Leben der schaffenden Künstlerseele suchte er bei Betrachtung dieses Werkes einzudringen. Seine Reflexionen über die eigene geistige Bestimmung hatten ihm die Frage nach dem Werdeprozeß der dichterischen Schöpfung früher vorgelegt: 'Ist der Künstler, so fragt er einmal, ganz willensfrei bei der Wahl und Verbindung seiner geheimnisvollen Blumen, oder wählt und verbindet er nur, was er muß? Ich bejahe diese Frage einer mystischen Unfreiheit. In der Kunst bin ich Supranaturalist. Ich glaube, daß der Künstler nicht alle seine Typen in der Natur auffinden kann, sondern daß ihm die bedeutendsten Typen, als Symbole eingeborener Ideen, gleichzeitig in der Seele geoffenbart werden.' Über Goethes Pandora urteilte er nun auch, sie sei kein Produkt des Bewußtseins, sondern der zart- und inniglfühlenden Naturkraft des Dichters — ganz im Sinne Goethes selbst, der einst Schiller gegenüber erklärt hatte, er glaube, daß alles, was das Genie tue, unbewußt geschehe.[1]) Goethes Iphigenie behandelt er als

[1]) Mevissen ergänzte diese Abhandlung noch durch eine allgemeine Studie über den Mythus ('die schönste Frucht der bräutlichen Umarmung der Poesie und des Gedankens') und durch eine Untersuchung über Goethes Miniaturmalerei. In letzterer führte er aus, daß die Kleinmalerei Goethes grade aus seiner eminenten Dichterbegabung erwächst, wie sie der Ausdruck der Kraft selbstloser Hingebung und Versenkung in das Objekt ist, die den Busen des Dichters beseelt, und wie es grade den Dichter ausmacht, daß er von allen Formationen und Bildern, die vor seinem Sinne gaukeln, stets die sinnlich-schönen, der Harmonie des Ganzen entsprechenden Merkmale erfragt, und diese Merkmale durch das gemäßeste Wort aus dem Sprachschatze versinnlicht und darstellt. 'Bei Goethe sind die Grundzüge des echten Dichtergemütes in ihrer höchsten Entfaltung zu bewundern. Rezeptivität, Anklammern und Vertiefen in das Objekt charakterisierten schon das erste Erwachen seines Genius, dem der Geist hell aus der Gegenständlichkeit herausströmte. Durch das unermüdliche Eindringen in das Naturleben der Welt und des Geistes wurde ihm jenes feine Gefühl, das in seinen Schöpfungen die spezifische Eigentümlichkeit der Dinge mit so fester und sicherer Hand darstellt und niederlegt.' Er vergleicht dann in bezug auf die dichterische Wiedergabe der Natur mit Goethe den die andere Hauptrichtung des Geistes verkörpernden Schiller. Dieser, geistig ganz in sich webend und ganz von sich erfüllt, besitze, wenn er auch vermöge seiner er-

'Drama der idealen Subjektivität'. Die reinen, marmorglatten und doch so tiefen Gebilde dieses Dramas erschienen ihm als Offenbarungen des Goetheschen Genius in seiner wahren Originalität und seiner höchsten Blüte. Iphigeniens Charakter, diese Verkörperung der edeln Weiblichkeit, faßt er als die 'konkret gestaltete Göttlichkeit des Individuums', er sieht hier einen seither unerreichten Höhepunkt der Poesie. Besonders weist er dabei auf die deutschen Elemente hin, die Goethe diesem Charakter beigemischt hatte: 'Goethe hat hier mit sicherer Hand eine wahre Idealität gezeichnet, aufgebaut auf friedvoll ernster Ruhe, klarem Geist und naturregem, aber vom Verstand gelenkten Herzen, so wie sie dem deutschen Volksleben in ihm selbst als schönste Wunderblume entsprossen ist.' Iphigeniens Seelenkonflikt und seine Lösung bilden den Faden seiner Darlegungen; er verfolgt daneben sorgsam die Durchführung der übrigen Charaktere, ihre Emporhebung auf den Standpunkt selbeigener Bestimmung, freier Subjektivität, er untersucht die verborgenen Kausalitäten und ihre Offenbarung als allgemeine Notwendigkeit im Individuellen, und deckt so im einzelnen die Verwirklichung der Kunstgesetze im Drama auf. Die Abhandlung über Goethes allegorisches Festspiel Des Epimenides Erwachen ist nicht vollendet. Unser Kritiker hatte augenscheinlich die Absicht, im Sinne Herbarts und Schillers hier den Willen 'als das unaufhörliche Gewoge des Lebensmeeres' zum Mittelpunkt seiner Betrachtung zu machen. Aber wenn seine Versuche, aus der Betrachtung großer Dichtungen zu ästhetischen Urteilen zu gelangen, überhaupt bei aller Energie des Denkens seine schon erwähnte Neigung offenbaren, zu vieles aus dem Reichtum der ihn erfüllenden Gedanken und Empfindungen gleichzeitig zu verarbeiten, so schweift besonders hier die Darstellung bald ab in begriffliche Erörterungen über Geist, Leben, Bewußtsein, Natur, über Kantsche und Hegelsche Sätze. Das hat ihn auch nicht dazu kommen lassen, den ästhetischen und philosophischen Gehalt der großen Menschheitstragödie Faust zusammenfassend darzulegen, so oft er angesetzt hat, um niederzuschreiben, wie Goethe hier 'den Lebenskern der Menschheit von der Tiefe bis zum lichten Tage der Reflexion des Universums in sich durchbildete', und wie sich ihm selbst durch immer erneutes Durch-

---

habenen Größe auf die andere Seite hinüberrage, doch nicht jenes lebendige Verhältnis zur Natur, wie Goethe; er fasse die Natur mehr in ihrer starren Erscheinung, die Momente dieser Erscheinung als äußerliche Aggregate.

denken die Rätsel des zweiten Teiles klärten, wo die Figuren des Dramas durchaus zu symbolischen Trägern von Ideen ausgestaltet sind.[1])

Bei seinen ästhetischen Studien legte Mevissen den Nachdruck nicht auf das Trennende, sondern auf das Gemeinsame der verschiedenen Künste. Im Geiste der Romantik suchte er nach den für sie alle geltenden Grundprinzipien und nach den Verbindungen, welche sie zu den Wissenschaften in Rapport setzen. So beschränkten sich seine Studien nicht auf die Dichtkunst, sondern auch die Musik und die bildenden Künste faßte er ins Auge. Seine Erörterungen über Musik legte er in Form von Besprechungen der niederrheinischen Musikfeste nieder, in denen sich seit 1818 abwechselnd in Aachen, Düsseldorf und Köln das rheinische Musikleben jährlich zu Pfingsten konzentrierte. Über die bildende Kunst sich zu äußern, boten ihm die vom Düsseldorfer Kunstverein 1837 und 1839 veranstalteten Ausstellungen Gelegenheit, die durch das Emporblühen der Düsseldorfer Malerschule und den auf dem Gebiet der Historienmalerei eindringenden Einfluß der belgischen Schule mancherlei neue Probleme boten und zusammen mit den Leistungen der Zeit auf musikalischem Gebiete Mevissens Überzeugung von dem gewaltigen Fortschritt der Epoche auf künstlerischem Gebiet verstärkten. Alle Auspizien schienen ihm eine neue Ära auch auf dem Gebiet der Kunst anzukündigen. Während sein Auge auf diesen Bildern ruhte, schweifte sein Geist auf den Pfaden der Phantasie, um dem nachempfindenden Beschauer den Eindruck erhöhten Lebens, gesteigerten Menschentums zu vermitteln, der ihm von der wahren Kunst unzertrennlich schien. Es freute ihn, wahrzunehmen, wie seine wachsende Geistesbildung sein Kunstverständnis hob: 'Ich habe den Wert fundamentaler historischer und philosophischer Kenntnisse schätzen lernen; sie bilden die Grundlage für das Anklingen aller höchsten Schöpfungen des Geistes.' Bis in sein hohes Alter ist er ein begeisterter und unermüdlicher Besucher der Kunstausstellungen geblieben, stets bemüht, zu erkennen, wie es der Kunst gelinge, Geist und Natur zu vereinigen, wie sie in der Natur den Geist, im Geist die Natur wiederspiegele. Briefe, die er 1839 mit Louis Lax wechselte,

[1]) Ein dritter Rheinländer jener Tage, Ferd. Deycks, zählt zu den frühesten Kommentatoren des Faust I und II (Goethes Faust, Andeutungen über Sinn und Zusammenhang des ersten und zweiten Teils der Tragödie, Koblenz 1834).

einem Schüler Hegels, der seit 1829 als Redakteur der Aachener Zeitung in Aachen lebte und selbst vielseitig auf dem Gebiet der Literatur wie der politischen Tagesschriftstellerei tätig war,[1]) deuten an, daß er sich mit dem Gedanken von Veröffentlichungen auf diesem Gebiete getragen hat, für die ihm wohl die französischen Kunstberichte von Planche und Thoré als Muster vorschwebten. Zu solchen ist er aber doch nicht gekommen. Seit dem Jahre 1838 hatten von der Seite des kaufmännischen Lebens bedeutsame Anregungen auf ihn einzuwirken begonnen. Zunächst noch nicht andauernd, sondern mehr gelegentlich wirksam und seine Studien nur von Zeit zu Zeit unterbrechend, wurden dieselben allmählich bis zum Jahre 1840 so belangreich, daß sich von hier aus die entscheidende Wendung in seinem Leben vorbereitete. Hatte er seither in der Literatur das Feld erblickt, auf dem er seine Kraft zur Geltung zu bringen und an seinem Teil die großen Zwecke der Zeit zu fördern gedachte, so eröffnete sich ihm jetzt aus den wirtschaftlichen Zuständen der Heimat heraus, vom kaufmännischen Wirken her die Aussicht, seinen Drang nach tatkräftigem Handeln, nach einem Sichausleben in größerm Kreise befriedigen zu können. Aus den mit reichem Erfolg für sein Innenleben betriebenen Studien und Reflexionen und aus der Teilnahme an den so vielseitig emporblühenden geistigen Bestrebungen der Epoche rief ihn das Leben selbst, wie er es stets gehofft hatte, zum Handeln auf und zog ihn in eine Strömung, die ihn allmählich seinem wahren Berufe entgegenführte.

Fünftes Kapitel.

Kaufmännische Tätigkeit. Reise nach England und Frankreich 1838. Volkswirtschaftliche und politische Anschauungen (1838—1841).

In den Jahren seiner ebenso umfassenden wie gründlichen Studien hatte Mevissen seine Tätigkeit als Kaufmann keineswegs vernachlässigt, weder zu Hause noch auf den Reisen durch das Rheinland, die er von Zeit zu Zeit ausführte, und zwar in der Weise wie 1836, indem er sich durch poetische Episteln an die Schwestern und

[1]) Vgl. für ihn A. Reumonts Mitteilungen (H. Hüffer, Alfred v. Reumont, 1904, S. 106) und Meyer, Großes Konversationslexikon XIX (1851), 1218.

Ausflüge in die schöne Natur für die unerfreuliche Prosa dieses Geschäftslebens zu entschädigen suchte. Sein Schwager trat am 1. Januar 1838 wieder aus dem väterlichen Geschäft, um sich eine eigene Fabrik in Dülken zu begründen. Gustav, der inzwischen Teilhaber des Geschäfts geworden war, übernahm dasselbe am 1. Januar 1839 zur Hälfte. Der Vater zog sich ganz zurück, und die andere Hälfte fiel der zweiten noch unvermählten Schwester Wilhelmine zu; die Verantwortung für das Ganze hatte nun noch mehr als früher der Sohn zu tragen. In den Studienjahren 1836—1840, wo er oftmals für sich niederschrieb, wie müde er des Geschäftslebens in dem stillen Landstädtchen sei, legte er sich doch in beharrlicher Arbeit sorgfältige Handtabellen für alle Zweige seiner kaufmännischen Tätigkeit an, die beweisen, daß er auch diesen kleinen Fragen des Tages ernste Aufmerksamkeit widmete. So bildete sich überhaupt in diesen für seine Entwicklung entscheidenden Jahren innerer Konflikte sein Wesen: seine unermüdliche, nach Tätigkeit durstende Natur suchte zwar die mannigfachsten Bestrebungen geistig zu umfassen und zum Standpunkte des Allgemeinen, Begrifflichen zu erheben, aber seinem Pflichteifer gelang es doch, in jedem Augenblick sein Wollen und seine Kraft mit voller Hingabe an die Einzeltätigkeit zu sammeln und fruchtbar zu machen, eine Fähigkeit, die allein seine späteren Erfolge auf so mannigfachen Gebieten nebeneinander ermöglichte.

Seit dem Jahre 1837 war er auch den öffentlichen Angelegenheiten seiner Heimat näher getreten. Sein Vater und mehrere seiner Verwandten bekleideten Ehrenämter in der Gemeinde- und Kreisverwaltung; sie überließen es gerne dem federgewandten Jüngling, durch Ausarbeitung von Eingaben und Beschwerden an die Behörden ihnen bei der Wahrung der heimischen Interessen zur Seite zu stehen. So bemühte sich Gustav im Jahre 1837 wiederholt, der Regierung zu Düsseldorf die Notwendigkeit des Ausbaues der Chausseen in jener Gegend nachzuweisen. Eine Kabinetsordre vom 14. November 1825 hatte zwar die Richtung der Bezirksstraßen festgelegt, eine zweite vom 28. April 1834 hatte allgemein die Sorge für den Bau und die Verwaltung der Chausseen dem Präsidenten der Seehandlung, Rother, übertragen, und durch eine Instruktion vom 17. Mai 1834 waren auch die Bauten selbst geregelt worden. Aber man entbehrte doch noch immer eine gute Straße sowohl nach der

Grenze im Westen, als auch nach dem Rheine hin, so daß der Absatz der heimischen Landes- und Industrieprodukte und die Herbeischaffung der Ruhrkohlen zur Winterszeit fast unmöglich war. Eine andere Eingabe, vom 9. Oktober 1837, befaßt sich mit einer Steuerfrage; sie wendet sich gegen das bureaukratische Wesen, das damals so vielfach den Rheinländern Grund zu Beschwerden bot. Ein Graf von Luckner, der kurz vorher an Stelle seines „wegen Stumpfheit" pensionierten Vorgängers als „ein zuverlässiges, dem Gouvernement positiv ergebenes Individuum"[1]) mit der Verwaltung des Landratsamtes Kempen betraut worden war, hatte seine Tätigkeit in eigentümlich herausfordernder Weise eröffnet. Die Klassensteuer, welche als Nachfolgerin der französischen Personal- und Mobilarsteuer angesehen und von der Bevölkerung der Rheinlande allgemein als zu hoch empfunden wurde, weil sie ein Mehrfaches der französischen Steuer betrug,[2]) wurde hergebrachterweise durch eine von den Kreisständen gewählte Kommission kontingentiert. Luckner hatte aber diese Kommission nur unvollständig einberufen, die Mitglieder derselben einzuschüchtern versucht und in der Verhandlung den Standpunkt vertreten, daß für eine richtige Einschätzung geheime Privatanzeigen über das Vermögen der wohlhabenden Kreiseingesessenen geeigneter seien, als das bisher angerufene offene Gutachten der Nachbarn. Mevissen übernahm es, der Regierung in Düsseldorf die tumultuarischen Verhandlungen, welche daraufhin stattgefunden hatten, im Namen der Teilnehmer darzulegen und darauf anzutragen, daß das offene Einschätzungsverfahren, das seinerzeit von der Nationalversammlung zu Paris eingeführt und vom preußischen Gouvernement seither stets als richtig anerkannt worden sei, beibehalten werde. Öffentlichkeit staatlichen Wesens war eine der politischen Fragen, in denen die damalige Auffassung der Regierung von der der rheinischen Bevölkerung grundsätzlich abwich. Der Regierungsprä-

---

[1]) Bericht des Regierungspräsidenten Grafen von Stolberg vom 23. September 1837.

[2]) (Hansemann), Preußen und Frankreich, staatswirtschaftlich und politisch unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz (1833) S. 70, 132, 314. Der Trierer Regierungspräsident Schmitz-Grollenburg berechnete die Klassensteuer auf das Vierfache der französischen Personal- und Mobilarsteuer. (Bericht 1830 November 8.)

sident konnte aber doch nicht umhin, das Verfahren des neuen Landrats in diesem Falle zu mißbilligen.

So war der junge Mevissen schon früh mehrfach mit den öffentlichen Angelegenheiten seiner Heimat in Berührung gekommen. Enger wurden diese Beziehungen bald darauf nach einer andern Richtung.

Seit dem Jahre 1835 spitzten sich die Verhältnisse der heimischen Leinenindustrie zu einer schweren Krisis zu. Bei der Aufnahme der Rheinlande in den Verband des preußischen Staates im Jahre 1815 war der blühende Zustand der niederrheinischen Textilindustrie allgemein gefährdet worden.[1]) Durch das Napoleonische Protektions- und Prohibitionssystem war sie schnell emporgewachsen, und das einheitliche, von der Nordsee bis über die Alpen reichende Zollgebiet des französischen Kaiserreichs hatte ihr einen weiten Absatz auf kaufkräftigen Märkten gesichert. Nach dem Frieden sperrten sowohl Frankreich wie England, letzteres früher ein guter Abnehmer deutscher Leinen und Garne,[2]) sofort, bald auch das neue Königreich der Niederlande die Landesgrenzen gegen fremden Import, und der Wiener Kongreß vermochte kein einheitliches deutsches Zollsystem zu schaffen. Von dem preußischen Staate, dessen Zollpolitik fortan für die Rheinlande maßgebend wurde, lag im Westen als zusammenhängendes Gebiet nur Rheinland-Westfalen, das durch andere deutsche Länder von der Hauptmasse des Staats jenseit der Elbe örtlich und durch Zollschranken so vollständig getrennt war, daß es ihnen wie einem Ausland gegenüberstand. Auch der innere Markt für die rheinische Industrie war also sehr beschränkt, auf dem Gebiet der Leinenindustrie noch besonders, weil hier die Nachbarprovinz Westfalen stark konkurrierend auftrat. Dagegen stand aber der Einfuhr von außen her die ganze Westgrenze offen, die Rheinprovinz wurde mit den industriellen Erzeugnissen namentlich Englands überschwemmt, die nach der Aufhebung der Kontinentalsperre in großen Massen und zu billigen Preisen eingeführt wurden. Unter diesen Umständen, wo die rheinische Industrie, die in Wirklichkeit schon auf den Export angewiesen war, nicht einmal

[1]) Vgl. für das Folgende Zimmermann, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, (1892) S. 10ff. Thun, Die Industrie am Niederrhein I (1879), S. 111; Gothein, Geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert (1903) S. 81.

[2]) Nebenius, Der deutsche Zollverein, (1835) S. 60.

den inneren Markt zu behaupten vermochte, hatte der erste General-Gouverneur der Rheinlande, der Staatsrat Sack, eigenmächtig durch die Einführung hoher Eingangszölle an der Westgrenze die Industrie im rheinisch-westfälischen Gebiet zu schützen versucht, aber dieser Versuch eines zollpolitischen Zusammenschlusses der Westprovinzen wurde vom preußischen Ministerium desavouiert. Die freihändlerischen Ideen der Adam Smithschen Schule hatten seit 1800 im Schoße der preußischen Regierung den Sieg über den Merkantilismus Friedrichs des Großen gewonnen. Nach dem Kriege wurden diese Ideen vom Staatskanzler Hardenberg, vom Finanzminister Graf Bülow und den Geheimräten Maassen, Hoffmann, Kunth und Beuth vertreten. Indem dieselben an Stelle der älteren preußischen Wirtschaftspolitik, welche die einzelnen Landschaften des Staates als gesonderte Wirtschaftskörper behandelt hatte, die Einheit des Staates auf dem ökonomischen Gebiete durchzuführen trachteten, gingen sie von der Auffassung der neuen Schule aus, daß durch freie Konkurrenz der Gewerbe, die am besten ihrer natürlichen Entwicklung überlassen würden, der Fortschritt gesichert sei, daß Schutzzölle für die Industrie von zweifelhaftem Werte seien und daß der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik in der Befreiung des Handels von allen hemmenden Schranken liegen müsse. Sie sahen die Lage wesentlich vom Standpunkt der industrieärmeren und somit auf den Freihandel hingewiesenen alten Provinzen an, und die natürliche Eignung des langgestreckten, von fremden Staatsgebieten durchbrochenen preußischen Staats für Zwischenhandel und Transitverkehr bestärkte sie in ihrer Auffassung, die vom Handel als der Grundlage des wirtschaftlichen Lebens ausging. Sie führte im Zollgesetz vom 26. Mai 1818, das die innere Wirtschaftspolitik Preußens zum bestimmten, und wie die Zukunft zeigte, trotz mancher Schwierigkeiten glücklichen Ausdruck brachte, zur Aufhebung aller Binnenzölle und zur Begründung eines völlig freien Marktes innerhalb sämtlicher Provinzen des Staats. Durch dieses Gesetz wurde somit auch der rheinischen Industrie einiger Ersatz für den verlorenen inneren Markt des französischen Kaiserstaats geboten.[1]) War die Tendenz des Gesetzes im wesentlichen

[1]) Vgl. H. Freymark, Die Reform der preußischen Handels- und Zollpolitik 1800—1821 (1898), S. 52 ff., 90 ff.

freihändlerisch, so bot dasselbe doch auch der Industrie einigen Schutz, indem es, um den heimischen Gewerbefleiß zu sichern, einen Zoll bis zu 10 Prozent des Wertes auf die Einfuhr fremder Fabrikate und Manufakturen zuließ. Auf diese Weise, durch einen mäßigen, als Erziehungszoll gedachten Schutz im Rahmen eines freihändlerischen Gesetzes, sollte ein Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung getroffen werden.

Ein solcher Ausgleich war in der Tat, und zwar nicht nur im Rahmen des ganzen Staatsgebiets, sondern auch der einzelnen Provinz, erforderlich. Am Rhein selbst standen den Interessen der Industriebezirke die der Handelsplätze, besonders der Rheinstädte unter der Führung von Köln, entgegen. Ihnen erschien das Gesetz von 1818, das den Industriellen zu freihändlerisch war, als zu schutzzöllnerisch. Aber außerhalb dieser eigentlichen Handelsstädte nahm man am Rhein seinen Standpunkt im allgemeinen so, daß man in der Industrie, nicht im Handel, die produktive Grundlage des Wirtschaftslebens erblickte. Im Januar 1818 führte man dem Staatskanzler Hardenberg gegenüber aus, die übermächtige Konkurrenz Englands, die Sperrung des Marktes in Österreich, Holland, Frankreich, Luxemburg habe die Meinung dieser Provinz einstimmig dahin vereinigt, daß zwar die allgemeine Handelsfreiheit sehr wünschenswert sei, daß sie aber in Deutschland gegen das Ausland nur insofern gelten könne, als dieses sie gegen Deutschland gelten lasse. 'Jedem Lande, das uns seine Märkte öffnet, mögen auch die unsrigen geöffnet sein, welches Land aber unsere Erzeugnisse nicht zulassen will, dessen Produkte sollen gleichfalls abgewiesen werden.'[1]) Hardenberg gab zu, daß Handelsfreiheit nur auf dem Grundsatz der Gegensätzlichkeit be-

[1]) Erläuterung der Koblenzer Adresse vom Jahre 1818 durch J. Görres (Benzenberg, Über Provinzialverfassung II (1821) S. 216). Die Ausführungen sind von besonderem Interesse (u. a. 'Der teutsche Fabrikant, hülflos im ungleichen Kampf gegen England, er selbst einzeln einem ganzen verbundenen Volke und einer planmäßig handelnden Regierung preisgegeben, muß überdem noch mit törichten Theorien einer unbedingten Handelsfreiheit ohne wechselseitige Leistung streiten, und während über die Lehren der allgemeinen Staatsökonomie gründlich verhandelt wird, stürzt eine Anstalt nach der andern, und das Häuflein derer, die sich behaupten können, wird immer kleiner und die Lebenskraft der Übriggebliebenen immer schwächer). David Hansemann äußerte 1820 ähnliche Ansichten (Bergengrün, D. Hansemann, Berlin 1901, S. 42).

ruhen könne; nach dem Rechte der Wiedervergeltung werde man durch Schwierigkeiten, die man dem Handel der Ausländer in den Weg lege, Repressalien an ihnen zu üben suchen. Als solche konnte nun allerdings gegenüber den fremden Prohibitionen der mäßige Schutzzoll von 1818 nicht aufgefaßt werden; zu einem Zollkrieg mit dem Ausland wäre aber der durch die langen Kriege wirtschaftlich geschwächte Staat wohl auch kaum imstande gewesen.

Für die niederrheinische Industrie blieb demnach die Lage wenig günstig. In den Industriebezirken war gegenüber der aufgesammelten und durch Erfindungen auf dem Gebiet der Dampfkraft unermeßlich gesteigerten englischen Industrie eine alte, zum Teil schon durch Friedrich des Großen Merkantilismus, vornehmlich aber durch den Protektionismus Napoleons I. entwickelte Industrie zu schützen, in welcher beträchtliche Kapitalien angelegt waren und durch die eine starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung bewirkt worden war; ihr war durch die neuen Zollverhältnisse der äußere Absatzmarkt versperrt und der innere durch die unter viel günstigeren Verhältnissen arbeitende ausländische Konkurrenz stark beschränkt. Vergebens bemühten sich noch 1818 die Textilfabrikanten der Gladbacher Gegend um höhern Schutzzoll. Die Regierung wies solche Ansprüche ab und suchte im Tone wohlwollender Belehrung den Fabrikanten die wirtschaftlichen und sozialen Bedenken der Schutzzölle klar zu machen,[1]) ohne allerdings der nun einmal vorhandenen und auf diesen Arbeitszweig angewiesenen Bevölkerung einen greifbaren Ersatz bieten zu können. So hatte die rheinische Industrie in den folgenden Jahren des ungenügenden Schutzes wegen einen nicht leichten Kampf ums Dasein zu führen. Auf den drei ersten rheinischen Provinziallandtagen 1826, 1828 und 1830 wurden die Wünsche der leidenden Industriezweige zum Ausdruck gebracht, und es wurde im Hinblick auf die von den Nachbarstaaten selbst eingerichteten Zollbeschränkungen wiederum eine höhere Besteuerung der Produkte jener Länder verlangt. Die Landtagsabschiede beschränkten sich aber auf die Feststellung, daß die Fürsorge des Königs auf alles, was die Gewerbsamkeit der Provinz fördern könne, landesväterlichen Bedacht nehmen

[1]) Vgl. das Schreiben des Geheimrats Hoffmann vom 3. Juni 1818, bei Zimmermann l. c. S. 441.

werde.[1]) Dabei blieb es, trotzdem selbst Berichte der Düsseldorfer Regierung im Jahre 1830 erklärten, daß sich die Spinnereien ihres Bezirks nur kümmerlich aufrecht zu erhalten vermochten.[2])

Die Regierung war aber in Wirklichkeit dauernd, allerdings im Rahmen der einmal von ihr anerkannten und der Industrie nicht völlig gerecht werdenden Prinzipien, um das wirtschaftliche Gedeihen des Staates bemüht. Nicht nur diente demselben ihre Sorge um die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, sie setzte auch mit glücklichem Erfolge ihre Bemühungen fort, innerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes einen großen innern Markt mit vollkommener Verkehrsfreiheit zu bilden, einen praktischen Weg zur Verwirklichung des in Süddeutschland zuerst theoretisch erörterten Gedankens einer großen handelspolitischen Einheit zu finden. Am 1. Januar 1834 trat der preußisch-deutsche Zollverein ins Leben, der auf der Basis des Zollgesetzes von 1818 Süddeutschland und Sachsen mit Preußen zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet verschmolz.

Diese hervorragende Leistung der preußischen Handelspolitik wurde auch am Rhein freudig anerkannt, und zwar nicht nur in den Handelskreisen, deren Interessen neben denen der Naturproduktion wie in Preußen allein so auch im Zollvereinsgebiet vorherrschten,[3]) sondern auch im Kreise der Industrie, der besonders der wichtige Zugang nach dem Oberrhein nunmehr eröffnet war.

Aber seine volle Wirkung konnte dieses Ereignis doch für die rheinische Textilindustrie nicht üben. In den Jahren, in denen sie ein bescheidenes Dasein hatte fristen müssen, war in Schottland und England an Stelle des Handbetriebs der Maschinenbetrieb vollkommen durchgeführt worden, man zählte dort im Jahre 1837 bereits mehr als 250 mechanische Spinnereien. Die Kraft der englischen Konkurrenz war dadurch außerordentlich gesteigert worden. Die englischen Maschinengarne drangen seit 1834 auf den deutschen Markt und eröffneten einen siegreichen Kampf mit den deutschen Handgarnen. Selbst und aus eigener Kraft zur Anlage der sehr kostspieligen mechanischen Spinnereien überzugehen, war gegenüber dem weiten

---

[1]) Verhandlungen des ersten rheinischen Landtages (hrsgeg. Koblenz 1827) S. 28, 47; des zweiten (1829) S. 26, 46; des dritten (1832) S. 21, 42.

[2]) Regierungspräsident v. Pestel, 1830 Dezember 10.

[3]) Nebenius, Der deutsche Zollverein (1835) S. 24 ff.

Vorsprung Englands die rheinische Textilindustrie nicht im Stande; die letzten Jahrzehnte hatten keine Kapitalbildung in großem Umfang ermöglicht. Man stand der neuen Gefahr hier wie in den Leinendistrikten Schlesiens und Westfalens zunächst wehrlos gegenüber. Die Lage der durch die Baumwolle schon seit Jahrzehnten bedrängten Leinenindustrie war besonders prekär, weil in ihrem Schoße selbst die Interessen geteilt waren. Die Weberei bediente sich gerne des ausländischen Maschinengarns, dessen Vorzüge sie sofort würdigte. Durch eine erhöhte Besteuerung dieses Garns wurde also die Weberei geschädigt, da die einheimische Spinnerei, bevor sie sich mechanisch eingerichtet hatte, nicht in der Lage war, ebenso gutes Garn zu liefern. Diese Spinnerei aber verarbeitete ein einheimisches Ackerprodukt, den in guter Qualität reichlich erzeugten Flachs. Fand dieser in der heimischen Industrie keine Verwendung mehr, weil die Weberei ihren Bedarf durch die englischen Maschinengarne statt wie früher durch die heimische Spinnerei deckte, so lohnte auch der Flachsbau nicht mehr, der bisher eben wegen der auf ihm beruhenden Hausspinnerei wesentlich zum Unterhalt der Landbevölkerung beigetragen hatte. Der Regierung entging diese Krisis der Leinenindustrie um so weniger, als die Schwierigkeiten nicht nur am Rhein, sondern auch in Westfalen und in Schlesien vorhanden waren. In Schlesien war mit Hilfe der Regierung schon einmal versuchsweise im Jahre 1811 zu Waldenburg eine Spinnmaschine aufgestellt worden, 1834 und 1837 gingen dort zwei Industrielle mit Staatshilfe zum Bau von mechanischen Spinnereien über. Nun schlug ferner im November 1838 der Präsident der Seehandlung, Rother, vor, von Staats wegen im schlesischen Gebirge, wo die Lage der Weber besonders bedenklich war, mechanische Flachsspinnereien zu errichten. Auf Grund dieser Vorschläge wurden 1843 und 1844 die Maschinenspinnereien in Landeshut und Erdmannsdorf eröffnet. In Westfalen griff die Regierung auf Grund eines Vorschlags des Oberpräsidenten Vincke auf dem Landtag von 1834 zu einem Mittel, das auch früher schon in Schlesien versucht worden war. In den ersten Jahren der Konkurrenz zwischen Hand- und Maschinengarn waren die Ansichten über den Ausgang des Kampfes geteilt. In feinen Garnen erwies sich das Handprodukt anfangs noch als konkurrenzfähig. Die Regierung wollte also die Bevölkerung veranlassen, für möglichste Verfeinerung des Gespinstes zu sorgen,

und richtete nach dem seit 1785 in Schlesien durchgeführten Muster im Jahre 1836 in der Bielefelder Gegend Spinnschulen ein, um den Kindern die erforderliche Anweisung geben zu lassen.[1]) Mit diesen beiden Mitteln, Spinnschulen und Anlage mechanischer Spinnereien, wenn nötig mit Staatshilfe, sollten nun auch am Rheine die Schwierigkeiten der Leinenindustrie bekämpft werden.

Das war die Lage im Jahre 1837. Aus ihr und aus den Verhältnissen, die sie herbeigeführt hatten, wurden Mevissens Anschauungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet bestimmt. Sein Ausgang von einer alten, durch ausländische Konkurrenz bedrängten und vom eignen Staat nicht ausreichend geschützten Industrie ist für seinen Standpunkt entscheidend geworden. So sehr auch er in der Theorie die zutage liegenden Vorzüge der Handelsfreiheit anerkannte, so war er doch von Jugend auf durch die wirtschaftliche Lage seiner Heimat darauf hingewiesen, vom Standpunkte der Industrie aus die Verhältnisse des Wirtschaftslebens zu betrachten. Sein eignes Geschäft wurde zwar durch die Krisis der Leinenindustrie unmittelbar kaum in Mitleidenschaft gezogen.[2]) Eine Zwirnfabrik konnte durch Verwendung des guten und gleichmäßigen englischen Maschinengarns nur gewinnen, und für den Garnhandel bezog das Geschäft schon seit einer Reihe von Jahren das englische Produkt, um die Nachfrage auf dem rheinischen Markt zu befriedigen. Aber das für die Heimat entscheidende wirtschaftliche Problem, das hier vorlag, nahm ihn wie die anderen Industriellen der Gegend in Anspruch. Deren Führer war damals F. Diergardt, ein unternehmender und erfolgreicher Kaufmann und seit 1830 Inhaber einer bedeutenden Seidenfabrik in Viersen, mit dem Mevissen durch gemeinsames Wirken auf diesem Gebiet fortan für lange Jahrzehnte in enger persönlicher Verbindung blieb. Daß der alte Industriezweig, für den der Rohstoff in ausreichender Menge und bester Qualität vorhanden war, der früher Hervorragendes geleistet hatte und durch die Verbindung mit der heimischen Agrikultur besonders bedeutsam war, sich in einer

---

[1]) A. Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien, (1885) S. 215, 281 ff., 319, 459. Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, hrsg. von A. von Binzer, IV (Köln 1838) S. 299, 559; VI (1840) [illegible]age zu Nr. 119.

[2]) [illegible]nd II, S. 42.

so bedenklichen Lage befand, forderte die allgemeine Aufmerksamkeit heraus. Diergardt, der als Vertrauensmann des Ministeriums bald größern Einfluß gewann, bemühte sich allerdings in dieser Zeit vornehmlich um die Baumwollindustrie, die infolge des reißend zunehmenden Verbrauchs an Baumwollwaren mehr Menschen beschäftigte und durch den Massenimport englischer Maschinengarne ebenso wie die Leinenindustrie bedrängt wurde. Auf seine Veranlassung verlangte 1834 eine Konferenz rheinischer Industrieller in Godesberg eine Erhöhung des Eingangszolles auf Twist, einen Rückzoll für Baumwollfabrikate und eine Spindelprämie für neu zu errichtende mechanische Baumwollspinnereien. War das auch vergebens, so kam es in Folge einer zeitweisen Konzentration des Kapitals auf dieses Gebiet doch schon in den Jahren 1835—1838 zur Gründung des ersten derartigen Etablissements zu Hammerstein bei Elberfeld.[1])

Auch die Düsseldorfer Regierung verfolgte diese kritische Entwicklung aufmerksam. Sie wendete den gewerblichen Interessen ihres Bezirks überhaupt große Sorgfalt zu. Im August 1835 gab der Regierungspräsident Graf Stolberg die Anregung zur Gründung eines Gewerbevereins für den Regierungsbezirk, der sich die besondere Aufgabe stellte, diejenigen Industriezweige, die gegen das Ausland zurückgeblieben waren, zu heben.[2]) Ein bei der Regierung tätiger jüngerer Beamter, der Assessor, spätere Regierungsrat Quentin, der in nahen persönlichen Beziehungen zu dem in diesen Angelegenheiten entscheidenden Geheimrat Beuth im Finanzministerium stand, bemühte sich besonders um die vorliegende Frage. Er trat sowohl mit der Handelskammer in Gladbach wie auch mit einzelnen Industriellen der Gegend in Verbindung. Am 3. Mai 1838 wandte er sich an die Firma Mevissen in Dülken und bat sie um ein Gutachten über die beiden Fragen, ob sich die Einrichtung von Spinnschulen nach dem westfälischen Muster am Niederrhein empfehle, und ob die Einrichtung einer mechanischen Flachsspinnerei in dortiger Gegend möglich sei.

---

[1]) Zollvereinsblatt 1843 S. 859; Allgemeines Organ XI (1845) S. 395; Kölnische Zeitung 1845 Nr. 107; M. Heß, Gesellschaftsspiegel I (1846) S. 59.

[2]) Der Verein, (am 20. Juni 1836 genehmigt) veranstaltete Preisverteilungen, Ausstellungen (die erste im Juli 1837) und gab auch eine Zeitschrift (seit Januar 1837) heraus.

Die Beantwortung dieser Fragen überließ der Vater seinem Sohne Gustav. Am 21. Mai erstattete derselbe der Regierung ein eingehendes Gutachten 'Über Flachs-Handspinnerei auf dem linken Rheinufer des Regierungsbezirks Düsseldorf.'[1]) Dasselbe ging von einem geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Flachsspinnerei am linken Rheinufer aus und kennzeichnete die seit etwa 1813 eingetretene schwierige Lage der Leinenindustrie mit sicheren Strichen. Bezüglich der geplanten Spinnschulen kam sie zu dem Ergebnis, daß ihre Einrichtung keinen Zweck habe, weil die Güte des heimischen Handgespinstes im allgemeinen genüge. Dieses negative Ergebnis wurde sowohl von der Düsseldorfer Regierung wie auch von der Handelskammer in Gladbach und dem Vorsteher der westfälischen Spinnschulen, Junkermann in Bielefeld,[2]) denen die Denkschrift Mevissens zur Begutachtung unterbreitet wurde, als richtig anerkannt. Der letztere erklärte am 11. Oktober, wo so viel anderweite Gelegenheit zu reichlicherm Erwerb vorhanden sei wie am Niederrhein, werde sich die Handspinnerei überhaupt nie mehr so weit erheben, daß sie neben der Maschinenspinnerei bestehen könne. Geheimrat Beuth, selbst vom Niederrhein gebürtig[3]) und mit rheinischem Wesen vertraut, hatte sich schon am 15. Mai dahin ausgesprochen, daß die Einrichtung von Spinnschulen nach dem ganzen Volkscharakter der Gegend noch weniger Anklang bei der Bevölkerung und Unterstützung bei den Kommunen als im Mindenschen finden werde. Es ist denn auch nicht zur Gründung solcher Schulen gekommen.

Bezüglich der mechanischen Flachsspinnereien hatten vorläufige von seiten der Düsseldorfer Regierung beschaffte Gutachten die Anlagekosten bei 4000 Spindeln auf 70000 Taler, offenbar viel zu niedrig, berechnet.[4]) Mevissens Gutachten erklärte die Anlage einer solchen Spinnerei, besonders mit Rücksicht auf die Flachsproduktion der Gegend, für sehr wünschenswert. Er berechnete aber die Anlagekosten wesentlich höher und erklärte, daß mit Rücksicht auf sie und die hohen Betriebskosten kein einzelner Industrieller der Gegend die Grün-

---

1) Abgedruckt Band II S. 37—45.

für ihn Köln. Zeitung 1847 Mai 4, Beilage zu Nr. 124.

in Cleve im Jahre 1781 geboren.

e das Anlage- und Betriebskapital für eine Spinnerei

)00 Taler berechnet. (Allgem. Organ 1845 S. 314.)

dung übernehmen werde, daß es dagegen möglich scheine, durch eine Aktiengesellschaft dieses Ziel zu erreichen, wie solche für den gleichen Zweck damals bereits in Belgien, zu Gent und Anderlecht, ins Leben gerufen waren.[1]) Mevissen wies damit zum erstenmal auf das Instrument wirtschaftlichen Fortschritts hin, das er in seinem späteren Leben mit so überlegener Meisterschaft benutzt hat. Seiner Auffassung entsprach nichts so sehr, als diese Form der Assoziation für wirtschaftliche Unternehmungen, die, in Deutschland damals noch wenig verbreitet, in den Ländern des französischen Rechts seit 1808 zwar gesetzlich organisiert war, zu ihrer Ausführung in jedem Einzelfalle aber der besondern Genehmigung der Regierung bedurfte. Eine Vereinigung gemeinsamer Interessen zu bestimmten wirtschaftlichen Zielen lag ebenso im Rahmen seiner Grundanschauungen, wie die individuelle Freiheit und die Möglichkeit vielseitiger, nicht an ein einzelnes Unternehmen und nicht dauernd gefesselter Betätigung, welche grade in der Form der unpersönlichen Aktiengesellschaft möglich ist. Mevissen sah in solchem Zusammenschluß das erwünschte Mittel gegen 'die kleinliche Philisterei, gegen die eingegrenzte Subjektivität, gegen die tatenlose Indifferenz', die ihm an dem heimischen kaufmännischen Wesen mißfiel. Aber das war nicht der Standpunkt der preußischen Bureaukratie. Den Unternehmungsgeist an sich wollte sie zwar gewiß auch gehoben sehen, aber sie wollte ihn zugleich regulieren und bevormunden. Eben die größere Freiheit, welche die Aktiengesellschaft gewährt, indem sie den einzelnen Teilnehmer nur mit einem Bruchteil seines Vermögens in die besondere Unternehmung verstrickt und das Risiko verteilt, erschien ihr bedenklich. Zur Förderung einzelner Industriellen und zur Anerkennung von Gesellschaftsverträgen einer beschränkten, mit ihrem ganzen Vermögen haftenden Zahl von Teilnehmern war sie bereit. In der Form der Prämiierung, des alten seit Friedrich dem Großen in Preußen durchgeführten Systems, das die Fabrikanten in Abhängigkeit von der Regierung erhielt, hatte sie in Schlesien seit 1811 auch die Leinenindustrie in der geschilderten Weise gefördert. Aber der Geist der Assoziation, wie er in den beweglichen Aktienunternehmungen zum Ausdruck

[1]) Das die Denkschrift begleitende Schreiben, das die Berechnung enthielt, liegt nicht vor. Für Belgien vgl. Allgem. Organ 1838 Nr. 34 ff., S. 299, 559.

kam, war ihr, besonders für industrielle Zwecke, nicht sympathisch. Da glaubte die für das Wohl der Untertanen besorgte Regierung den Standpunkt einnehmen zu müssen, daß durch diese Unternehmungsform die Privatindustrie, das freie Spiel der Einzelkräfte, benachteiligt werde, daß dieselbe sich leicht unproduktiven, auf rücksichtsloses Börsenspiel, auf Spekulation und Aktienschwindel abzielenden Geschäften zuwende und nur den persönlichen Gewinn der Teilnehmer, nicht die Beförderung der Industrie selbst zum Zwecke habe. Beobachtungen, welche eben damals die Handelskammern im Nachbarland Belgien machten, sprachen übrigens für die Berechtigung solcher Besorgnisse,[1]) wie es denn in der Tat wesentlich auf den Geist, der die Träger solcher Unternehmungen beseelt, ankommt, ob und wie weit sie einen dem Gemeinwohl dienenden Zweck erfüllen. Bei der preußischen Regierung mag noch die weitere Besorgnis obgewaltet haben, daß solche dauernde Verbindungen kapitalkräftiger Kaufleute eine Art von politischen Keimzellen darstellten. Den absolutistischen Bestrebungen der Bureaukratie in diesen Jahren der Reaktion war jede organisierte Verbindung von Einzelindividuen, jede Vermehrung von korporativen Privatrechten, welcher Art sie auch sein mochten, bedenklich. Den Geist der Assoziation, der sich, wie wir sehen werden, seit einigen Jahren im kaufmännischen Leben am Rhein überhaupt zu regen begann, durch das Erziehungsmittel äußerster Beschränkung zu regulieren, mußte sie demnach als eine ihrer Aufgaben betrachten.

Die Düsseldorfer Regierung fand denn auch einerseits die Kostenberechnung Mevissens zu hoch, konnte sich andrerseits für eine Aktiengesellschaft nicht erwärmen. 'Eine solche trägt selten gute Früchte', schrieb der Assessor Quentin am 22. Mai an Beuth, 'ich hasse solche Aktiengesellschaften und wünsche daher sehr, daß ein oder ein paar tüchtige Private sich zu einem solchen Unternehmen, das übrigens vielen Anklang findet, verstehen möchten. Herr Croon in Gladbach ist sehr dafür gestimmt, wie Herr Diergardt schon angezeigt haben wird. Ich wünschte, daß er mit Herrn Mevissen, dessen Kenntnissen und großen Kapitalien, sich zu dem Ende verbinden möchte'. Die ganze Angelegenheit aber fand damit zunächst ihren Abschluß, obgleich

---

[1]) v. Reden, Der Leinwand- und Garnhandel Norddeutschlands, (1838) S. 169, 176.

der Augenschein lehrte, daß hier auf diesem Wege den vorhandenen und brachliegenden Arbeitskräften am ehesten das erforderliche Kapital zugeführt werden konnte. Allerdings war selbst auf diesem Wege das Kapital nur dann zu bewegen, wenn durch eine Erhöhung des Zollschutzes größere Sicherheit gegen das Risiko geschaffen wurde. Das trat zutage, als die Sache im Jahre 1842 wieder aufgegriffen wurde.[1])

Für Mevissen aber gewann der Abbruch dieser Verhandlungen eine besondere Bedeutung. Quentin hatte bei Beuth angeregt, für die Firma Mevissen mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Geneigtheit eine größere Darlegung über mechanische Spinnereien mit Zeichnungen und Berechnungen im Ministerium ausarbeiten zu lassen. Das erschien zwar dem vorsichtigen Beuth wegen des problematischen Erfolgs nicht empfehlenswert. Dagegen wies er — selbst einer der wenigen höheren Beamten in Preußen, die England persönlich kannten —, am 15. Mai darauf hin, daß eine Reise Mevissens nach England und die persönliche Einsicht in die dortigen Einrichtungen[2]) in diesem Falle, wie früher bei den schlesischen Fabrikanten, wohl die Wirkung haben werde, Lust und Liebe für das geplante Unternehmen zu wecken.

Diese Anregung fiel bei Mevissen auf fruchtbaren Boden. Die unmittelbare Verbindung der rheinischen Kaufleute mit England, die in älterer Zeit so eng und erfolgreich gewesen war, war seit Jahrhunderten, seit die Niederlande sich als selbständiger Staat der Rheinmündung bemächtigt und als hemmendes Glied zwischen diese wirtschaftlich eng verbundenen Länder geschoben hatten, aufs äußerste beschränkt worden. Erst seit etwa zehn Jahren waren schüchterne Versuche zur Wiederanknüpfung im Rheinland unternommen worden, auf die wir zurückkommen werden. Auf England hingewiesen war Mevissen schon seit Jahren durch die englischen Garne, die er durch das große Antwerpener Kommissionshaus David & Deboe und andere

---

[1]) Vgl. unten Kapitel 10.

[2]) Die Maschinen für Spinnerei wurden damals noch ausschließlich in England hergestellt; erst 1839 bauten Cockerill in Seraing und Escher-Wyß in Zürich solche. Ein Bericht der Handelskammer in Gladbach vom 18. Juni 1835 führt aus, daß das Fehlen von Maschinenfabriken und der dadurch bedingte Mangel an Kenntnis der Maschinen bei den rheinischen Industriellen eine Hauptursache für ihre Zurückhaltung in dieser Sache sei.

belgische Kommissionäre bezog. Wiederholte Reisen nach Gent, Ninove, Aloft, Brüssel und Antwerpen hatten ihn mit den Verbindungen dieser Häuser nach England bekanntgemacht. So kam ihm, dem im Geschäft 'die frische Werkluft und das Behagen einer wohlbezielten Tätigkeit fehlte', diese Anregung sehr gelegen. Er entschloß sich im Oktober 1838, nach England zu reisen. Anknüpfung direkter Verbindung für die eignen Garnkäufe und Einblick in die mechanischen Spinnereien des größten Industriestaates waren die nächsten Absichten, die er dabei verfolgte. Die Reise, die ihn außer nach London in die großen englischen Industriezentren der Provinzen Yorkshire und Lancashire, besonders nach Leeds, Wakefield, Knaresborough, Bradford und Manchester führte, wurde aber auch nach anderen Richtungen für ihn von größter Bedeutung.

Die Überfahrt von Rotterdam nach London auf dem Dampfbot 'Batavier' führte ihn durch einen Zufall mit Thiers und dem Grafen Alexis Stroganow zusammen, die sich gleichfalls als Passagiere auf dem Schiff befanden.[1]) Von London begab er sich bald nach dem Norden. In Holbeck bei Leeds befand sich die große Flachsspinnerei von Marshall & Co., ein mit einem Kostenaufwand von 300000 Pfd. Sterling neu errichteter, allgemein bewunderter Riesenbau. Diese Fabrik, die mit mehreren Dampfmaschinen von hundert Pferdekraft betrieben wurde und 1250 Arbeiter beschäftigte, bot ihm den ersten Eindruck eines großartigen modernen Industrieetablissements. Den näheren Einblick in die von den Engländern möglichst geheimgehaltene Fabrikation verdankte Mevissen einem glücklichen Umstand. Dem niederrheinischen Flachsbau drohte die Gefahr des Niederganges, weil die heimische Spinnerei darniederlag und für das heimische Produkt nur noch geringe Verwendung bot. Umgekehrt vermochte aber die riesenhaft aufstrebende englische Maschinenspinnerei kaum genügende Mengen Rohmaterials zu erlangen. Die Flachszufuhr nach England erfolgte in erster Linie aus Rußland, daneben in beschränktem Maße für feinere Sorten aus Frankreich und Belgien. Die Importlisten englischer Firmen hatten aber schon zu Anfang des Jahres 1838 darauf hingewiesen, daß Deutschland ohne Mühe doppelt so viel Flachs nach England exportieren könne, als es Maschinengarne von dort beziehe.

---

[1]) Vgl. seine Äußerungen über Thiers aus dem Jahre 1840 in Bd. II S. 80.

Man meinte in England, wo man die neue Maschinenindustrie, das Resultat englischen Erfindungsgeistes, gerne als eine Art Reservatrecht des eigenen Volkes betrachtete und am liebsten die ganze Welt mit englischen Fabrikaten versorgt hätte, daß Deutschland sich auf diese Weise durch Ausfuhr seiner Rohstoffe für den Niedergang der eigenen Handspinnerei entschädigen könne. Mevissen dachte zwar in erster Linie daran, durch Einrichtung einer mechanischen Spinnerei der Heimat die industrielle Selbständigkeit gegenüber England wiederzugewinnen und zugleich dem heimischen Flachs das natürliche Absatzgebiet zu erhalten. Aber über diesem weitern Ziel, dessen Erreichung noch in der Ferne lag, verlor er das nähere nicht aus dem Auge. Er hatte bei der Abreise Muster von dem ausgezeichneten in der Dülkener Gegend wachsenden Flachs mitgenommen, um einen Versuch zu machen, dieses Produkt in England einzuführen. Noch im hohen Alter erzählte Mevissen gerne, wie er im Jahre 1838 mit Marshall in Verhandlungen darüber trat, die einigermaßen schwierig waren, weil er die englische Sprache nicht völlig beherrschte, und wie er im Verlauf derselben gelegentlich der Prüfung dieser Muster zugleich den erwünschten genauen Einblick in das große Etablissement erhielt. Marshall erkannte die besondere Güte des rheinischen Flachses und seine Verwendbarkeit für die eigene Fabrikation an, auch die Preise wurden bei der bedeutenden Steigerung, die der Flachs um diese Zeit in England erfuhr, annehmbar gefunden, und so war das Ergebnis in jeder Weise günstig. Marshall bestellte sofort eine größere Probe, und als diese zur Zufriedenheit ausfiel, entstand eine regelmäßige Geschäftsverbindung zwischen beiden. Mevissen verlegte sich eine Reihe von Jahren hindurch nebenbei auf den Ankauf heimischen Flachses im großen, und er dehnte diesen Geschäftszweig in Verbindung mit einem Antwerpener Haus auch auf belgischen Flachs aus. Nicht nur das Haus Marshall bezog durch ihn große Quantitäten, sondern auch mit andern Firmen, wie Burghardt und Aders in Manchester, Schunck und Souchay in Leeds u. a., trat er in die nämliche Verbindung, und es entwickelte sich für ihn aus dieser ersten Reise nach England sowohl ein gewinnbringender Geschäftszweig als auch die Veranlassung zu fortan jährlich im Sommer wiederholten längeren und sehr instruktiven Reisen nach England. Wie sehr es ihm aber bei diesem Unternehmen nicht allein um den eigenen kaufmännischen

Gewinn, sondern auch um die Sicherung und Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimat überhaupt zu tun war, beweist ein Aufsatz, den er noch im Winter nach seiner ersten Reise über die 'Flachsausfuhr nach England' veröffentlichte. Er betonte in demselben nachdrücklich, daß eine Entwicklung dieses Geschäftszweiges eine Notwendigkeit sei, wenn der einst so ergiebige niederrheinische Flachsbau erhalten bleiben sollte.[1])

Weniger erfolgreich als seine erste englische Reise war der in unmittelbarem Anschluß an sie unternommene Versuch, auch in Frankreich geschäftliche Beziehungen anzuknüpfen. Er nahm den Rückweg über Boulogne, wo ein mangelndes Paßvisum ihm einigen unangenehmen Aufenthalt verursachte, und er erkannte dann in Paris schon nach wenigen Tagen, daß für den deutschen Zwirn in Frankreich eine erfolgreiche Konkurrenz mit den Liller Fabrikaten unmöglich war. Nach anderer Richtung aber empfing er in Paris bedeutsame Eindrücke. Hatte er in England einen Blick in die bewegenden Kräfte des modernen wirtschaftlichen Lebens getan, so betrat er in Paris das Zentrum der politischen und literarischen Welt, das in diesem Augenblick, wo das Bürgerkönigtum Louis Philippes den Höhepunkt äußeren Glanzes erreichte, den starken Anziehungspunkt auch für literarisch und politisch angeregte Deutsche bildete. Bei Heinrich Heine, der ihm durch seine Studien so nahe getreten war, sprach auch Mevissen vor, doch blieb der flüchtige Besuch des Hauses Rue des Martyrs 23 ohne weitere Folge für ihn. Dagegen kam er damals durch eine Einführung bei James Rothschild mit dem Kreise der Pariser Finanz in persönliche Beziehungen, die ihm ebenso wie die neuen englischen Geschäftsverbindungen in späterer Zeit willkommene Anknüpfungspunkte darboten.

Am wichtigsten war aber doch, was diese Reise nach England und Frankreich und ihr erfolgreicher Verlauf für Mevissens innere Entwicklung und die Gestaltung seiner eigenen Lebenspläne bedeutete. In England wie in Belgien und Frankreich war ihm ein kaufmännisches Leben entgegengetreten, dem der der Heimat zumeist noch anhaftende Zug des kleinlich Beschränkten fehlte, das vielmehr ein

[1]) Der Aufsatz vom 7. Februar 1839 ist in Band II S. 46 wieder abgedruckt.

aussichtsvolles Bild der Zukunft vor Augen führte. Die Bedeutung seiner Epoche war ihm nun auch auf wirtschaftlichem Gebiet unmittelbar klar geworden, er erkannte sie als den Beginn des kapitalistischen Maschinenzeitalters, als Ausgangspunkt einer gewaltigen Steigerung des Wirtschaftslebens. Die materielle Außenwelt hatte ihm Verhältnisse von ungemessener Entwicklungsfähigkeit offenbart, und er hatte mit Befriedigung bemerkt, daß seine Kraft in solche Verhältnisse wirksam, zu eigener Förderung wie für den allgemeinen Fortschritt, einzugreifen vermochte. Seine organisatorische Begabung hatte gleich dem ersten Versuch auf diesem Gebiet eine bedeutsame Wendung gegeben, die ihn mit den Interessen des gesamten Wirtschaftslebens seiner Heimat in Ackerbau, Handel und Industrie gleichmäßig in unmittelbare Verbindung brachte. Es entwickelten sich daraus sofort rege persönliche Verbindungen mit zahlreichen Kaufleuten und Industriellen seiner Gegend. Mit Diergardt, Schleicher, Deussen und Lingenbrink in Viersen, mit v. Beckerath und Heimendahl in Krefeld, mit Prinzen und Pferdmenges in Gladbach trat er in diesen Jahren in einen regelmäßigen Verkehr, der von da ab lange Jahre hindurch lebendig blieb und die allseitige wirtschaftliche Förderung des Heimatsgebietes zum Ziele hatte.

Wie ihn aber seither die umgebende Welt zu philosophischer Betrachtung gedrängt hatte, weil er einen offenen Blick für ihre Probleme besaß, so war es jetzt auch auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete. Er hatte sich in England mitten in die Erfolge modernen Gewerbfleißes versetzt gesehen; die denkende Betrachtung dieser mit fast märchenhafter Schnelligkeit seit fünfzig Jahren emporgewachsenen Großindustrie Englands führte ihn zu allgemeinen volkswirtschaftlichen Reflexionen. Nahegelegen hatten ihm auch solche schon früher. Gelegentlich der Lektüre der Odyssee hatte er schon vor Jahren nicht nur die olympische Götterwelt zu begreifen und die ästhetischen Reize des griechischen Epos zu zergliedern versucht, sondern sich auch in seinen Aufzeichnungen ein Bild der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Griechenlands im Zeitalter Homers entworfen. Jetzt, unter den starken Eindrücken, die er im Ausland empfangen hatte, griff er zu den literarischen Produkten der noch jungen Volkswirtschaftslehre, um Klarheit über die entscheidenden Begriffe zu gewinnen. Er las die Schriften von J. B. Say, in denen er die Adam

Smithsche Lehre systematisch entwickelt fand, und D. Ricardos 1837 ins Deutsche übertragene 'Grundgesetze der Volkswirtschaft'. Hier klärte er seine Vorstellungen über Güter und Werte, über Kapital und Arbeit, über Produktion und Konsumtion. Für die speziellen Fragen von Geld und Kredit, von Metall- und Papiergeld, wurden die ausgezeichneten Schriften von K. F. Nebenius, dem badischen Vorkämpfer des deutschen Zollvereins, seine Wegweiser. Seine Überzeugungen aber entwickelte er dann doch viel mehr aus der eigenen Erfahrung als aus der Theorie, welche damals von den Enthusiasten des wirtschaftlichen Individualismus in freihändlerischem Sinne ausgestaltet wurde. Seine Ansichten verdichteten sich bis zum Jahre 1840 zur Vorstellung einer nationalen Wirtschaftspolitik, nicht unähnlich den Anschauungen, die Friedrich List jenseit des Meeres aus der Beobachtung des amerikanischen Zollkriegs gegen Englands Übergewicht gewonnen hatte und von 1841 ab in Deutschland vertrat. Der große schwäbische Autodidakt wollte im Gegensatz zu der grundsätzlich über die staatlichen Grenzen hinwegsehenden Individualwirtschaft der herrschenden Freihandelsschule die verschiedenen Nationen als selbständige Träger des Wirtschaftslebens zwischen die einzelnen Menschen und die Menschheit eingeschaltet wissen. Auch Mevissen gewann durch seine Beobachtungen die Überzeugung,[1]) daß der moderne Handel nicht überall da zu gedeihen vermag, wo lediglich günstige Verkehrsverhältnisse vorliegen, sondern daß derselbe — ein Austausch von Naturprodukten gegen Fabrikate, im Gegensatz zu dem im wesentlichen Naturprodukte austauschenden Handel des Mittelalters — in den europäischen Staaten vor allem durch das Vorhandensein der Industrie bedingt ist, und daß unsere Zeit demnach eine planmäßige Vereinigung des Handels mit Ackerbau und Industrie innerhalb des einzelnen Staats, das ökonomische Nationalitätsprinzip, erfordert. Jener ideale Grundzug der Theorie von Smith und Ricardo, daß die freie Konkurrenz so wie sie den Forderungen der Gerechtigkeit entspreche, auch eine alle Menschen befriedigende Güterverteilung bewirke, entsprach seinen Erfahrungen in der Heimat ebensowenig wie seinen Beobachtungen in England. Jenseit des Kanals hatte

[1]) Er hat seine Ansichten im August 1840 zusammengestellt, vgl. Bd. II S. 83.

er gesehen, wie das durch Prohibitionszölle und die Navigationsakte emporgeblühte England das wirtschaftliche Gleichgewicht der europäischen Staaten aufgehoben und sich vermittelst seiner Industrie den Kontinent dienstbar gemacht hatte. Daß eine Verselbständigung der heimischen Industrie nur durch verwandte Mittel des Staats, durch ein rationelles Schutzsystem für die Industrie und eine planmäßige Erweiterung des Absatzgebiets, herbeigeführt werden könne, war ihm nicht zweifelhaft. Ebensowenig aber, daß der Staat doch auch dahin streben mußte, den internationalen Verkehr von solchen Fesseln zu lösen, die den wirtschaftlichen Aufschwung des Vaterlands hinderten. Ein wohlüberlegtes, nicht einseitig nach anspruchsvollen Theorieen, sondern nach den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen eingerichtetes aber doch von umfassenden Gesichtspunkten bezieltes wirtschaftspolitisches Handeln war es, was Mevissen vorschwebte. Und seine nächsten Ziele lauteten: einerseits Verselbständigung der heimischen Industrie auf ähnlichen Wegen, wie sie England so erfolgreich beschritten hatte, anderseits Kampf gegen Holland, das seit zwei Jahrhunderten durch den Verschluß der Rheinmündung den Handel von Westdeutschland in drückende Abhängigkeit von sich gebracht hatte. Mit diesen holländischen Hemmungen kam er persönlich in unbequeme Kollision. In dem erwähnten Aufsatz aus dem Februar 1839 berechnete er, veranlaßt durch seine Bemühungen, die heimische Flachsausfuhr zu entwickeln, die hohen Steuern, welche der Zwang holländischer Vermittlung der deutschen Ausfuhr auferlegte. Er betonte dabei vor allem auch das Unwürdige des moralischen Drucks, den Holland durch die Hemmung des direkten Seeverkehrs dem deutschen Unternehmungsgeist entgegenstellte, und er richtete einen warmen Appell an die kaufmännische Tatkraft, diesem Zustande baldigst ein Ende zu machen.

Von diesem Standpunkte aus gewann er aber sofort die innere Verbindung mit einem kaufmännischen Kreise am Rhein, der seit einer Reihe von Jahren mit bedeutendem Erfolg den Fragen des Handels und Verkehrswesens sich zugewendet hatte, um das gleiche zu erreichen, was Mevissen mitanstrebte, die Freiheit des Handels und Verkehrs von Holland. Mevissens abfälliges Urteil aus dem Jahre 1836 über den rheinischen Kaufmann hatte sich auf seine Beobachtungen in bestimmten Industriekreisen gegründet; es gab doch auch schon damals

rheinische Kaufleute, die sich planmäßig in den Dienst großer moderner Kulturprobleme stellten und in dem engen Zusammenschluß der Einzelkräfte zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben den Weg des Fortschritts erblickten. Aber mit diesen Bestrebungen, die seither einseitig die Interessen des Handels wahrnahmen, war Mevissen von seinem Standpunkt als Industrieller aus noch nicht in persönliche Verbindung gekommen. Der Kampf für freie Rheinschiffahrt war seit 1816 von der Kölner Handelskammer unter der Leitung von Merkens geführt worden; die Rheinschiffahrtsakte von 1831 hatte die theoretische Freiheit des Rheinverkehrs bewirkt, Holland hatte allerdings dann doch verstanden, die alten Lasten auf seinem Gebiet in veränderter Form wieder einzuführen. Im Jahre 1827 war im Zusammenhang mit diesen Bemühungen von Köln aus die regelmäßige Dampfschiffahrt auf dem Rhein eingerichtet worden.[1]) Diesen ihrer eignen Wirtschaftspolitik förderlichen Verkehrsunternehmungen gegenüber ließ auch die Regierung ihre sonst so ausgeprägte Abneigung gegen die Wirtschaftsform der Aktiengesellschaften fallen. Wie sie 1825 der Dampfschiffahrtsgesellschaft die Konzession erteilte, so 1837 auch einer Aktiengesellschaft für den Bau der Rheinischen Eisenbahn, welche seit 1833 von Ludolf Camphausen in Köln projektiert war, mit dem Hauptzweck, Köln und den Seehafen Antwerpen unmittelbar miteinander zu verbinden, um so den lästigen Holländern zu entgehen.[2]) Da die Regierung aus mangelndem Verständnis und aus politischen Gründen nicht selbst zum Bau von Eisenbahnen schreiten wollte,[3]) so gestattete sie die kaufmännische Assoziation für diesen Zweck und erließ sogar für Eisenbahnunternehmungen auf Aktien am 3. November 1838 ein besonderes Gesetz. Die Bestrebungen der Kölner Kaufmannschaft, an denen sich seit 1834 unter David Hansemanns Führung[4]) auch Aachener Kaufleute beteiligten, hatten gegen Ende des Jahres 1834, unter dem frischen Eindruck der ersten Erfolge des Zollvereins, auch zur Begründung einer besondern Zeitschrift in Köln geführt, des Allgemeinen Organs für Handel und Gewerbe, einer der wenigen Zeitschriften, in denen schon vor dem Jahre 1840 die praktischen Interessen

---

[1]) Gothein a. a. O. S. 97 ff.

[2]) A. Caspary, Ludolf Camphausens Leben (1902) S. 24 ff.

[3]) Wegen des Staatsschuldengesetzes von 1820, vgl. unten Kapitel 9.

[4]) Bergengrün, David Hansemann (1901) S. 169 ff.

Deutschlands systematische Erörterung fanden.[1]) Für dieses geschickt redigierte Blatt arbeitete Mevissen seit 1839 gelegentlich mit, und die Kölner Unternehmungen dieser Zeit erregten sein lebhaftes Interesse. Eben jetzt, im Jahre 1838, schien es, als ob noch weiter aussehende Projekte auf diesem Gebiete verwirklicht werden sollten. Die von Köln aus eingerichtete Rheindampfschiffahrt hatte im Jahre 1836 zur Gründung einer zweiten Gesellschaft mit dem gleichen Zweck in Düsseldorf geführt. Die Erfolge beider Unternehmungen führten dazu, mit Hilfe des Dampfschiffs ältere, schon seit 1823 in Köln erörterte Pläne[2]) aufzugreifen, um die Fesseln zu lösen, welche Holland dem westdeutschen Handel und Verkehr angelegt hatte. Man wollte nach mehrhundertjähriger Unterbrechung das Ausgangstor des großen deutschen Stromes in der Weise wiedergewinnen, daß ein direkter überseeischer Verkehr eingerichtet wurde. Ein erster Versuch direkter Segelschiffahrt nach London war 1829 von Köln aus unternommen worden, doch technische wie handelspolitische Schwierigkeiten in Holland hinderten den Erfolg. 1837 wurde der Versuch wiederholt, das Segelschiff 'Rhein' fuhr direkt nach London, und ein Erlaß des Ministers Alvensleben vom 17. Juni 1838 gewährte den mit preußischen Patenten versehenen Rhein-Seeschiffen Erstattung der niederländischen Zölle durch die Staatskasse. Ein 1836 von Friedrich Harkort gebautes Dampfschiff erwies inzwischen die technische Möglichkeit direkter Rhein-Seeschiffahrt.[3]) So entstand im August des Jahres 1838 in Köln und Düsseldorf das Projekt, durch eine Aktiengesellschaft eine ständige Seedampfschiffahrt auf dem Rhein nach London, Havre und Hamburg, wenn möglich auch nach Amerika einzurichten. In Köln arbeiteten besonders der in England durch einen mehrjährigen Aufenthalt wohlbekannte Dr. F. Schulte, in Düsseldorf der Regierungsrat v. Sybel[4]) auf Verwirklichung dieser 'Deutsch-englischen Dampfschiffahrtsgesellschaft' hin, und im Oktober 1838 wurde dieselbe in Köln begründet. Zusammen mit seinem Viersener Freunde Friedrich Diergardt und

---

[1]) Herausgegeben von C. C. Becher, später von A. v. Binzer u. a. Das Blatt erschien von 1835—1848. Sein reicher Inhalt ist in der Literatur seither so gut wie ganz unbeachtet geblieben.

[2]) Gothein a. a. O. S. 125, 175 ff., 209.

[3]) Berger, Der alte Harkort (Leipzig 1895), S. 257 ff.

[4]) Der Vater des Historikers Heinrich von Sybel.

anderen Industriellen der Krefelder Gegend trat auch Mevissen diesem Unternehmen bei.[1]) Allerdings blieben die zersplitterten Bemühungen zunächst ohne durchgreifenden Erfolg,[2]) Rivalität zwischen Düsseldorf und Köln trat ein, und es kam nicht zur definitiven Gründung und Konzessionierung der Gesellschaft.

Mevissen suchte zwar den Gedanken in den folgenden Jahren nach Kräften lebendig zu erhalten. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1839 über 'Holland als Handelsvermittler rheinischer Produkte' malte er die Unwürdigkeit des bestehenden Zustandes in lebhaften Farben.[3]) Er bezeichnete die direkte Rhein-Seeschiffahrt und die Beseitigung des holländischen Kommissionswesens nicht nur als dringende wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern er warf auch seinen Landsleuten vor, daß durch die lange Gewöhnung an diese Abhängigkeit von Holland ihr Bewußtsein einer großen und schönen Vergangenheit erschlafft und aus ihrem Gedächtnis entschwunden sei. Deutsche Untätigkeit und holländische Klugheit hätten es dahin gebracht, daß man im Frondienste Hollands arbeite und künstlich geschmiedete Fesseln als natürlichen Rechtszustand ansehe. Materielle Abhängigkeit und geistiger Knechtsinn gingen Hand in Hand und wirkten gleich verderblich bis zur tiefsten Stufe bürgerlicher Gesellschaft hinab und bis zur höchsten Spitze staatlicher Entwicklung hinauf. Nur gleichzeitige innere und äußere Befreiung durch Seefahrt und direkten Handel könne Deutschland in den vollen Genuß der Erzeugnisse seines Bodens setzen und den traurigen Folgen einer längeren Zinsbarkeit dem Ausland gegenüber vorbeugen. Solchen Bestrebungen blieb aber zunächst der Erfolg versagt. Der ungünstige Handelsvertrag, den Preußen und der Zollverein am 21. Januar 1839 mit Holland abschlossen, ermöglichte fernerhin sowohl die Aufrechterhaltung der hohen holländischen Flußzölle als die Hinderung des freien Ausgangs der Rheinschiffe in die See.[4]) Mevissen versuchte unter diesen Umständen auf andere Weise wenigstens etwas zugunsten seiner Heimat zu erreichen. In England konnte nur solcher deutsche Flachs

---

[1]) Düsseldorfer Jahrbuch VII 305 ff., VIII 162, Nr. 35.

[2]) Ein von Köln im Dezember 1838 nach New-York ausgelaufenes Schiff ging im Kanal unter.

[3]) Vgl. Band II S. 48.

[4]) Gothein a. a. O. S. 237 ff.

mit Nutzen abgesetzt werden, der in Behandlung, Veredlung und Sortierung auf die Höhe der Produkte der konkurrierenden Länder Frankreich und Belgien gebracht war. Um nach dieser Richtung zu wirken, veröffentlichte Mevissen einen Aufsatz 'Über einige beim Flachsbau einzuführende zeitgemäße Verbesserungen', worin er für die Aussaat und die spätere Behandlung des Flachses die Maßregeln bezeichnete, die zur Erzielung eines besseren Materials und eines größeren Quantums als bisher dienlich seien.[1]) Auch hier unterließ er jedoch nicht, auf die Hauptaufgabe zu verweisen und zu betonen, daß die verbesserte Kultur der Flachspflanze auch die künftige Einführung der Maschinenspinnerei im Rheinland selbst bedeutend fördern und somit dazu beitragen werde, daß die alte Leinenindustrie ungeachtet der augenblicklichen Not doch dem Lande erhalten bleibe.

Trotz der Wirkungslosigkeit der soeben von der Regierung zugunsten des Rheinhandels unternommenen Schritte blieb Mevissen doch der Ansicht, daß nur eine kräftige Politik des Staates dem wirtschaftlichen Leben den zu seinem Gedeihen notwendigen Rückhalt zu bieten vermochte. Nicht nur die Erfolge, welche die Regierung sonst auf dem ökonomischen Gebiete seither schon erzielt hatte, bestimmten ihn dabei. Der Vergleich moderner Verhältnisse mit denen der längst vergangenen Glanzzeit deutschen Bürgertums, der im Zusammenhang mit der Entwicklung des historischen Sinnes damals allgemein beliebt wurde, lag ihm bei seinen ausgeprägten geschichtlichen Interessen besonders nahe. Die Hanse, auf deren ruhmreiches Wirken sich in ganz Niederdeutschland die Blicke wieder gern richteten, war einst vor allem an dem Mangel politischen Schutzes seitens des alten Reiches zugrunde gegangen, während in England wie in Holland eine zielbewußte Handelspolitik der Regierungen die wirtschaftliche Kraft entwickelt hatte, gegen die man jetzt einen ungleichen Kampf führen mußte. So tief aber Mevissen von der Notwendigkeit einer nationalen Industrie durchdrungen war, ebenso überzeugt war er auch, daß die Wirtschaftspolitik Preußens, wenn sie in seinem Sinne Industrie und Ackerbau als die befruchtenden Elemente des Handels entwickeln und durch eine organische Verbindung dieser drei Elemente ein einheitliches nationales Wirtschaftssystem schaffen sollte, nicht von der Bureau-

[1]) Kempener Kreisblatt, 8. Jahrgang Nr. 23, vom 5. Juni 1841.

kratie allein auf Grund geheimer, die Öffentlichkeit grundsätzlich ausschließender und die Interessenten nur ganz gelegentlich und willkürlich heranziehender Vorverhandlungen ins Werk gesetzt werden könnte. Um den schwierigen Ausgleich der verschiedenen Interessen herbeizuführen, die durch die Beweglichkeit der modernen Betriebsformen häufig und plötzlich ihre Gestalt ändern, müßten, so meinte er, die am Wirtschaftsleben selbst beteiligten und seine Bedürfnisse in jedem Augenblick empfindenden Kreise des Bürgertums einen wirksamen Einfluß auf den Gang der staatlichen Gesetzgebung ausüben können; eine den jeweiligen Verhältnissen sich anschmiegende Wirtschaftspolitik sei nur auf diesem Wege zu ermöglichen. Nicht nur von der Auffassung des Staats als des sittlichen Organismus, der die Bürger zur Mitarbeit bei den großen Kulturaufgaben heranzieht, sondern auch von diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus erhob Mevissen also die Forderung, daß Preußen endlich in die Reihe der Verfassungsstaaten eintreten müsse.

Die gleiche Forderung legten ihm aber auch soziale Erwägungen nahe. Auf seinen jährlichen Reisen nach England nahm er nicht nur den gewaltigen industriellen Fortschritt, sondern auch die Schattenseiten der Arbeitsteilung und der freien Konkurrenz wahr. Die Erdrückung der Armen durch die Reichen, die Anhäufung eines unglücklichen Fabrikproletariats in wenigen Industriezentren, der klaffende Riß zwischen Besitz und Armut traten ihm hier in aller Schroffheit entgegen. Soziale Erwägungen hatten allerdings seither schon in der Wirtschaftspolitik der preußischen Regierung eine Rolle gespielt. Wenn sie die Erhöhung von Industrie-Schutzzöllen verweigerte, so wirkte dabei von vornherein das soziale Bedenken mit, daß durch solche Zölle die Unternehmer einseitig bevorzugt würden; die Allgemeinheit zahle zugunsten einzelner Industrieller höhere Preise, und durch die treibhausartige Förderung der Industrie erwachse ein ungesundes Arbeiterproletariat als Gegenstück einer übermächtigen Industriefinanz.[1]) Mevissens durch die Praxis geschärfter Blick für die schaffenden Kräfte des Wirtschaftslebens sah dagegen klar, daß es

[1]) Vgl. die Ausführungen vom Jahre 1818, Zimmermann a. a. O. S. 28, 441. Wie gering allerdings gleichzeitig das Verständnis einzelner Regierungsorgane für die sozialen Fragen (Kinderarbeit u. a.) damals sein konnte, vgl. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie I, S. 42 ff.

nur auf die Umstände ankommt, ob Freihandel oder Schutzzoll im gegebenen Falle für die Arbeiter günstig ist. Ohne gesteigerte gewerbliche Tätigkeit konnte schon damals, auf Grund der ältern Entwicklung und im Hinblick auf das übermächtige England, die rheinische stark angewachsene Bevölkerung nicht mehr ernährt werden.[1]) Auch die unverkennbare Abneigung mancher Regierungsorgane gegen den Maschinenbetrieb in der Industrie, die sich 1821 bei einem Arbeitertumult in Eupen deutlich offenbart hatte und eine Stütze für die Hoffnung der Regierung bildete, daß die Handprodukte sich gegenüber den englischen Fabrikaten würden behaupten können, beruhte zum Teil auf der sozialen Besorgnis, daß der Maschinenbetrieb die Handarbeiter ihrer Beschäftigung beraube. Jedoch auch diese Art sozialer Betrachtung teilte Mevissen nicht. Daß den Siegeszug der Maschine durch die Welt kein eigensinniges Festhalten an überlebten Betriebsformen hemmen könne, war ihm niemals zweifelhaft. Sein wissenschaftlicher Sinn sagte ihm, daß die neue und immer vielseitiger einsetzende Arbeitsmethode, die auf wissenschaftlicher Erkenntnis und Nutzung der natürlichen Kräfte basierte, der traditionellen, lediglich empirischen Arbeitsweise unendlich überlegen sein mußte. Deutschland hatte nur dann begründete Aussicht, wirtschaftliche Selbständigkeit dem Ausland gegenüber und eine entsprechende Stellung auf dem Weltmarkt zu erringen, wenn es entschlossen und planmäßig in diese Entwicklung zu den neuen, von dem fortgeschrittenen Ausland bereits übernommenen Formen des Wirtschaftslebens einlenkte. Ebensowenig verkannte Mevissen aber die andere Tatsache, daß die Herrschaft der Maschine das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte zerstören mußte, wenn man das theoretische Postulat des freien Spiels der Kräfte im Leben zulassen wollte. Gegen die unvermeidliche Störung des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts mußten auch nach seiner Überzeugung Maßnahmen getroffen werden, welche die bei diesem Prozeß unvermeidliche soziale Spannung zu mildern imstande waren. Aber seinem von dem Gedanken der Evolution erfüllten Kopfe schwebten Maßregeln vor, die nicht auf dem Wege der Wiederherstellung früherer Zu-

[1]) Für die Übervölkerung der Rheinlande vgl. die Ausführungen des Bonner Nationalökonomen P. Kaufmann, Rheinpreußen und seine staatswirtschaftlichen Interessen (1831) S. 171.

stände lagen, sondern der modernen, dem Streben nach Freiheit und Gleichheit entstammenden Gesellschaftsordnung entsprachen.[1])

Die Verhältnisse in den wirtschaftlich fortgeschritteneren Staaten, in Frankreich und England, boten ihm in dieser Beziehung ein lehrreiches Vorbild. In Frankreich hatte neben jenen theoretischen Anschauungen von Saint-Simon und anderen, welche gegen die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Front machten und ein sozialethisches Moment in das moderne Wirtschaftsleben einführen wollten, seit 1835 das praktische Leben auch schon zu wirklichen Gruppenbildungen geführt, welche Träger sozialer Gedanken wurden. Außer den Arbeitergruppen in Fabrikstädten wie Lyon bildeten sich die Vereinigungen der Handwerksgesellen, die sich auf ihrer Wanderschaft in Paris wie in der Schweiz niederließen und denen die Nachteile der veränderten Betriebsform des beginnenden Maschinenzeitalters am eignen Leibe fühlbar wurden, zu Herden sozialer und politischer Unzufriedenheit aus. In diese gärenden Kreise strömten aus der geistigen Bewegung der Zeit zahlreiche Elemente der damals so lebendig geführten philosophisch-religiösen Erörterungen über die Grundfragen der Gesellschaft, das Privateigentum und die politische Macht. Diese Bewegung im Auslande hatte auch für Deutschland ein unmittelbares Interesse, weil das fluktuierende Element des Handwerkerstandes ihr Träger war. In Paris wie in der Schweiz lebten zahlreiche deutsche Handwerker, die die fremden Ideen in die Heimat importierten. Die preußische Regierung plante mit Rücksicht darauf 1836 eine Änderung der Bestimmungen für wandernde Gesellen, die jedoch nicht zur Ausführung kam. Dann aber spielte die Bewegung, wenn auch die soziale Spannung in Deutschland seiner noch unbedeutenden Fabrikindustrie wegen weit weniger stark war, doch schon mannigfach über die Grenze hinüber. Schon 1830 hatte sie, wie erwähnt wurde, einmal in Aachen und im Wuppertal zu Tumulten geführt, und 1836 fanden in Belgien Arbeitermeetings gegen die Tyrannei der Fabrikanten statt, die man am Rhein mit Besorgnis verfolgte, weil eben damals infolge einer Krisis in der Seide- und Tuchfabrikation viele Arbeiterentlassungen in Krefeld und

---

[1]) Vgl. Band II S. 72, 84; zusammenhängend hat Mevissen diese Frage dann im Jahre 1845 erörtert (Band II S. 152ff.).

Aachen stattfanden.[1]) Im Jahre 1837 erschien bereits in Dortmund eine auch am Rhein großes Aufsehen erregende Schrift: 'Die Zeit und die Armut', welche von sozialistischen Ideen erfüllt war.

Die Regierung erwog gegenüber dieser Entwicklung wieder ihrer reaktionären Grundrichtung gemäß die Möglichkeit einer Rückkehr zu überlebten Bindungen, sie dachte an Aufhebung der Freizügigkeit, an Herstellung des Zunftwesens und ähnliches. Für die Anschauung Mevissens, der die französischen sozialen Zustände aus den Schriften von Lamennais, Eugen Sue und George Sand und aus seinem wenn auch nur flüchtigen Besuch der französischen Hauptstadt kannte, kamen aber nur solche Bindungen in Betracht, welche der veränderten Wirtschaftsform angemessen waren und aus ihr heraus entwickelt werden konnten. Nachdem einmal die Anwendung der Dampfkraft auf die Hauptzweige der gewerblichen Tätigkeit die alten Zwangsverbände der lokalen Zünfte für die Zukunft unmöglich gemacht hatte, konnte der Assoziationstrieb und der Gedanke gegenseitiger Hilfe nur noch ganze Gewerbs- und Industriegruppen im Staate zu freien Verbänden vereinigen.[2]) Er hatte wohl die Hoffnung, daß in Deutschland, sobald nur ein öffentliches Leben von der Regierung zugelassen werde, schon die Assoziationen der Unternehmer die allgemeinen Gesichtspunkte im Wirtschaftsleben betonen, also durch die Hemmung rein egoistischer Einzelbestrebungen in sozialem Sinne wirken und die Nachteile des freien Arbeitervertrags für die Arbeiter mildern würden. Er hielt es aber weiter für erforderlich, daß Assoziationen der Arbeiter selbst als Gegenstück zu den Verbänden der Unternehmer entständen, um auch im Kreise der Arbeiter das Verständnis für allgemeine Fragen zu wecken, die Wahrung ihrer Interessen zu sichern und an Stelle des seitherigen passiven Verhaltens der Massen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben anzubahnen. Die Gewerkvereinsbewegung, die seit 1824 in England einsetzte und allmählich trotz vielfacher Widerstände den dortigen Arbeitern ein wirksames Organ für ihre sozialen Wünsche schuf, hat augenscheinlich seine Auffassung in dieser Frage bestimmt.

Aber er ging in seinen Wünschen noch weiter, als die englischen Einrichtungen. Seine Briefe sprechen es mehrfach aus, wie bequem er

---

[1]) Berichte der Regierungen in Düsseldorf und Aachen.

[2]) Über die Bedeutung der Assoziation spricht er sich 1840 mehrfach unter allgemeinen Gesichtspunkten aus (Band II S. 72, 90).

es für die Erledigung seiner privaten Geschäfte in England empfand, daß dort die Industrie in wenigen großen Zentren vereinigt war. Durch eine erste Rundschau auf beschränktem Raume gewann er stets schnell alle Informationen und konnte dann durch wiederholten Besuch an Ort und Stelle seine Dispositionen treffen. So bequem das für ihn selbst war, so verkannte er doch keinen Augenblick die große soziale Gefahr, die in dieser Konzentration lag. Seine jährlichen Reisen nach den miteinander rivalisierenden Stätten des englischen Industrieelends, nach Leeds und Manchester, offenbarten ihm die tiefe Trostlosigkeit, welche in bezug auf Wohnungs- und Ernährungszustände der arbeitenden Volksklasse dort herrschte und seit 1839 wiederholt zu Arbeiteraufständen führte.[1] Auch daß in England im allgemeinen jedes moralische Band zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zerrissen war, daß selbst die Fürsorge, welche weitblickende Egoisten wie Marshall für ihre Arbeiter zeigten, ihren Grund nur in der Überzeugung hatte, sich selbst auf diese Weise am meisten fördern zu können, trat einem Beobachter, der die sozialen Fragen nicht bloß mit dem Verstande, sondern auch mit warmem Gemüt zu erfassen suchte, peinlich entgegen. Wer die Extreme der englischen Manufakturdistrikte mit Schaudern gesehen habe, so schreibt er im Jahre 1840, werde gewiß eine Nation nicht beneiden, die ihre Größe nach außen mit einem solchen innern Elend, einem so weitverzweigten Sklaventum erkauft habe.[2] Die aus edeln sittlichen Motiven entsprungenen Bemühungen von Sozialreformern wie Th. Carlyle, Ashley und O'Conn[illegible] die seit 1838, freilich zunächst ohne bedeutenden Erfolg, einsetzten, machten auf ihn einen tiefen Eindruck. Geist und Gemüt Mevissen[s] wurden durch diese Beobachtungen nachha[ltig] erregt, und seine Bri[efe] offenbaren den schmerzlichen Eindruck, [illegible] die schreiende Diff[erenz] zwischen der Theorie von der natürl[ichen] [H]armonie der [illegible] den wirklichen Zuständen England[s] [illegible] [m]achte. Auc[h] [illegible]

---

[1] Zwei andere Rheinländ[er] [illegible] diese Zustände wenige Jahr[e] [illegible] schildert. (Vgl. F. Enge[ls] [illegible] büchern, 1844 S. 15[illegible] [illegible] J. Venedey, [illegible]

[2] [illegible]

[3] [illegible]

Seite aber [illegible]
Staat. Das [illegible]
gemäße Organisation [illegible]
vielmehr der Staat [illegible]
maßregeln [illegible]
einleuchtend [illegible]
war die planmäßige [illegible] ß
zahl von [illegible] n
In seiner [illegible] it
nach England [illegible] die
ist die [illegible] des
Gliedern [illegible] ihr
des Bauernstandes [illegible] war
in der Industrie [illegible] . die
oder an freien [illegible] tums-
samste Wirkung [illegible] tt, den
ausschließlich [illegible] erblickte.
lose Treiben [illegible] Bildung
findet, in sich [illegible] praktischer
Folgen werden [illegible] punkt selbst-
Ortes ihren [illegible] ren. Er sah
Strudel hineinreißen [illegible] den, der Ver-
Interesse, wenn [illegible] glosen, der Ver-
provinz und [illegible] äußerte sich zu den
künstlerischen Fabrikationen [illegible] er im Jahre 1840
1840 entwickelte er [illegible] und aufsehenerregende
England gewonnen [illegible], die nur der Gesellschaft,
einen schweren [illegible] kes zusprach. Sein Urteil
frie da noch [illegible] uffassung deutlich. Im Gegen-
ihre Erweiter[illegible] prinzips faßte er sofort die beiden
Grenzen [illegible] in der materiellen die geistige ins
gewiß [illegible]
Neues [illegible]

[illegible] ür Proudhon aus physischen Notwendig-
[illegible] edigen durch ein physisches Objekt, das sie
[illegible] aren. Das Objekt des Bedürfnisses hört durch
[illegible] er eigenen, ursprünglichen Gestalt zu existieren;
[illegible] um in seiner neuen Form andern Bedürfnissen [illegible]

Ackerbau und Industrie sich selbständig gegenüberständen und sich gegenseitig dienten, finde keine übermäßige Steigerung des materiellen Fortschritts statt, bleibe die Atmosphäre gesund und zwinge den einzelnen, sich ihr anzubequemen.[1]) Es sind das Gedanken, die sich nahe mit dem Wirtschaftssystem berühren, das um dieselbe Zeit auf amerikanischem Boden der große Nationalökonom H. C. Carey zu entwickeln begonnen hat,[2]) und die nach 1860 auch in Deutschland wirksam geworden sind. Sie offenbaren zugleich deutlich, von welchem Standpunkt aus Mevissen die Notwendigkeit der Schutzzölle für die Industrie vertrat, und sie zeigen seine innere Disposition für das Gebiet des modernen Verkehrswesens, auf dem er später so Großes leistete; nur ein verbessertes Verkehrswesen war natürlich imstande, eine planmäßige Dezentralisation der Industrie durchzuführen.

Stand Mevissen somit den damals einsetzenden sozialen Bestrebungen innerlich nahe, so konnte doch nichts seiner Auffassung ferner liegen, als jene Entwicklung, welche sich nun in den Jahren 1837—1839 in Frankreich aus den Arbeitergruppen selbst, dem Proletariat, anzubahnen begann. Hier, wo die sozialen Gedanken Saint-Simons und anderer Idealisten am frühesten die Köpfe erfüllt hatten, ohne doch eine durchgreifende Wirkung auf das Leben zu erzielen, weil die Bourgeoisie von dem Phantom des reinen wirtschaftlichen Individualismus, der unbeschränkten ökonomischen Freiheit nicht lassen mochte, trat zunächst jener für die Weiterentwicklung der sozialen Frage entscheidende Umschwung ein, der sich aus der Verzweiflung der Arbeiter am guten Willen des Bürgertums zur sozialen Reform erklärt. Die Vorstellung, daß die ganze Gesellschaft in gemeinsamer Tätigkeit eine soziale Reform aus sich heraus entwickeln müsse, wurde in der proletarischen Gruppenbildung, welche sich dort vollzog, durch eine sozialistisch-kommunistische Strömung verdrängt, die die Reformen einseitig nur auf das nunmehr organisierte Arbeiterproletariat zu stützen und dasselbe in einen dauernden Gegensatz zu den bürgerlichen Gesellschaftsklassen zu setzen suchte. Indem man Gedanken wiederaufnahm, die schon einmal in Babeufs Verschwörung vom Jahre 1796 zutage getreten waren, verlangte man unter Blanquis und Cabets

---

[1]) Siehe Band II S. 85ff.

[2]) Carey, Die Grundlagen der Sozialwissenschaft (hrsg. von C. Adler) III, 277 ff.

Führung eine radikale Umgestaltung des Baues der menschlichen Gesellschaft, die Beseitigung des Privateigentums, die Aufhebung der Familie, der Ehe und der übrigen ideellen Kulturgüter der Menschheit, und man versuchte sofort, mit Gewalt diese Gedanken in das Leben zu übertragen. Wie die individualistische Smithsche Schule von der Illusion des Laissez faire, des freien Schaltens eines gedankenlosen Egoismus, so war diese kommunistische Richtung von der Illusion erfüllt, daß die natürliche Harmonie der Interessen auf dem gerade umgekehrten Weg leicht zu erreichen sei durch Herstellung der absoluten Gleichheit auf Kosten der individuellen Freiheit. Die neue Arbeiterpartei, die durch einen Aufstand im Mai 1839 sich für einige Stunden des Pariser Rathauses bemächtigte, wurde zwar besiegt, aber der von ihr vertretene Parteigegensatz zwischen Bürgern und Proletariern war seitdem entschieden. Es gab fortan eine sozialistische Gruppe, die sich nur auf das Proletariat stützte, grundsätzlich die Privateigentumsordnung angriff und in einseitiger Weise den Kulturfortschritt, den sie erstrebte, auf dem Boden der rein materiellen Interessen erblickte.

Mevissen stand beiden Extremen gleich fern; seine soziale Bildung war in gesunder Mischung aus theoretischen Ideen und praktischer Lebenserfahrung erwachsen und befähigte ihn, seinen Standpunkt selbstständig über den Schlagworten der neuen Parteien zu nehmen. Er sah die Dinge weder einseitig vom Standpunkt der Besitzenden, der Vertreter des Laissez faire, noch vom Standpunkt der Besitzlosen, der Vertreter der Aufhebung des Privateigentums, an. Er äußerte sich zu den Forderungen des extremen Sozialismus, als er im Jahre 1840 Proudhons soeben veröffentlichte leidenschaftliche und aufsehenerregende Schrift 'Qu'est-ce que la propriété' las, die nur der Gesellschaft, nicht dem einzelnen das Recht des Besitzes zusprach. Sein Urteil über diese Schrift kennzeichnet seine Auffassung deutlich. Im Gegensatz zu dem Fanatiker des Gleichheitsprinzips faßte er sofort die beiden Seiten des sozialen Elends, neben der materiellen die geistige ins Auge. Er meinte:

'Bedürfnisse entspringen für Proudhon aus physischen Notwendigkeiten und sind nur zu befriedigen durch ein physisches Objekt, das sie sich assimilieren und verzehren. Das Objekt des Bedürfnisses hört durch den Genuß auf, in seiner eigenen, ursprünglichen Gestalt zu existieren; es wird reproduziert, um in seiner neuen Form andern Bedürfnissen zu

genügen. Ganz anders verhält es sich mit geistigen Bedürfnissen. Das Bedürfnis des Geistes, das Empfinden, Erkennen läßt die Substanz unverändert. Die Assimilation vollzieht sich ideell. Die Substanz bleibt für einen zweiten Geist genau dieselbe, die sie dem ersten war, und so für den dritten usw. Im Reiche des Geistes gibt es daher keine sich aufhebenden Bedürfnisse, umgekehrt dem innersten Wesen nach allgemeine Beteiligung. An der geistigen Quelle der Wahrheit, an der die Vergangenheit geschöpft hat, schöpft die Gegenwart; weit entfernt, ihren Gehalt dadurch zu verlieren, fließt sie um so reicher, je mehr Durstige ihr nahen. Der geistige Genuß ist zugleich wieder geistige Produktion, und diese Produktion kommt allen künftig Genießenden zugute. Während also die sinnliche Befriedigung, als solche betrachtet, nichts produziert, ist das innerste Wesen des Geistes Produktion, Schöpfung; die erste unbewußte Tat des dem Leibe innewohnenden Geistes ist die, daß er sich als die verzehrende Einheit des sinnlichen Organismus setzt. Das Wesen des Lebens ist, abgetrennt vom Geiste gedacht, starre Ruhe, Auflösung, Vernichtung.'

Mevissen erfaßte also sofort eine der schwächsten Seiten dieses neuen proletarischen Sozialismus, der den Wert der geistigen und wissenschaftlichen, der technischen und kaufmännischen Arbeit verkennt, das geistige Eigentum ignoriert und nur die Handarbeit als wirkliche Arbeit gelten lassen will. Ein System, das auf so einseitiger Basis sich aufbaute, vertrug sich nicht mit einer festbegründeten Überzeugung von dem innern Zusammenhang, von der innern Einheit der vielverzweigten Tätigkeit menschlicher Gesellschaft und von der Superiorität des Geistes über die Materie. So selbstverständlich auch ihr die Wahrnehmung materieller Interessen als der notwendigen Bedingung des Daseins erschien, so betrachtete sie dieselben doch stets nur als Grundlage für die höheren Lebensregungen, in denen sie die eigentliche Aufgabe des Menschen erblickte.

Etwas anders, aber doch nicht minder ablehnend, stand Mevissen zu den Vorschlägen für eine Organisation der wirtschaftlichen Arbeit, welche Louis Blanc 1840 in seiner berühmten Schrift L'organisation du travail entwickelte. Der Vorläufer Lassalles führte hier aus, daß die freie Konkurrenz für alle Gesellschaftsklassen zum Verderben, zur Vernichtung führen müsse, und daß nur die durch den Staat ins Werk gesetzte Organisation der Arbeit in sozialen Werkstätten das Mittel zu einer wirksamen Bekämpfung der verhängnisvollen Privat-

konkurrenz biete. Stellung zu diesem Gedanken nahm Mevissen gleich nach dem Erscheinen der Schrift in folgenden Ausführungen:

'Organisation der Arbeit ist die Parole der neuen Richtung, die die Kultur durch Reform der sozialen Zustände weiterzubilden denkt. Bisher ist nur erst die Fahne aufgesteckt, unter der eine Schaar von gläubigen Menschen der Zukunft sich sammeln soll. Noch hat der neue Gedanke keine festen Umrisse, keine gegliederte innere Gestaltung gewonnen. System nach System taucht auf, aber fast alle von Owen bis Louis Blanc bleiben bei den ersten Anfängen stehen und beweisen sich dadurch als keiner konkreten Ausbildung fähig. Der Mangel an Präzision, an innerm Leben läßt auf einen Mangel des Prinzips von vornherein schließen. Die Parole des neuen Systems muß einer rücksichtslosen Kritik unterworfen werden, von jedem einzelnen, damit er vor vergeblichen Anstrengungen auf irriger Bahn sich bewahre. Wenn von künftiger Organisation der Arbeit geredet wird, so liegt in diesem Satze die Behauptung, daß eine Organisation der Arbeit bis jetzt nicht existiere. Diese Behauptung ist jedenfalls einseitig und muß bei näherm Nachdenken auf die Annahme reduziert werden, daß die künftige Organisation von der ohne Zweifel faktisch bestehenden in ihren Grundprinzipien durchaus verschieden sein werde. Das Prinzip der faktischen Organisation ist freie Tätigkeit des Individuums, bedingt durch die Notwendigkeit der Selbsterhaltung und durch die Anforderungen des Egoismus. Alle Reformvorschläge gehen darauf hinaus, in den verschiedensten Formen die Macht der Gattung über das Individuum, das allgemeine Interesse über das Individuelle zu setzen. Das ist auf zweierlei Weise möglich, durch Zwang, durch direkte Einwirkung des Staats, oder durch freie Wahl, also durch eigene freie Tat des Individuums. Der erste Weg führt notwendig zu einer längst überwundenen Kulturstufe, der alles verschlingenden Gewalt des Staates als Form des Allgemeinen zurück und endet notwendig in einen geistlosen Mechanismus.

Die ganze Entwicklung der Menschheit hat bisher konsequent die Befreiung der Individualität und gleichzeitig die Erfüllung des Individuums mit allgemeinem Inhalt erstrebt. Alle Sozialisten haben eingesehen, daß beim jetzigen Zustande der Kultur von einer gewaltsamen Vernichtung des Individuums durch den Staat nicht mehr die Rede sein kann, und deshalb haben sie besondern Nachdruck auf den andern Modus der Erfüllung des Individuums mit allgemeinem Inhalt, mit andern Worten auf die Erziehung zur Humanität gelegt. Insoweit sind ihre Bestrebungen mit denen aller heutigen Staaten identisch. Alle Staaten haben die Erziehung der Völker zur Humanität, die Versöhnung des Egoismus mit dem allgemeinen Interesse bewußt oder unbewußt zur

Aufgabe. Was die Sozialisten speziell wollen, ist nichts anderes, als der jetzigen Kulturstufe, der ins Bewußtsein gedrungenen Bildung, durch entsprechende Institutionen den äußeren Ausdruck schaffen. Sie vergessen dabei stets, daß auch in diesem Bestreben zwischen ihnen und dem heutigen Staate sowie der heutigen Gesellschaft durchaus kein Unterschied besteht, daß die Gesellschaft unbewußt auf dasselbe Ziel hinarbeitet, das sie bewußt und prinzipiell zu erfassen bemüht sind.'

Der Staatssozialismus Louis Blancs mit seiner Unterdrückung der individuellen Freiheit und der Ausscheidung jeder Konkurrenz entsprach Mevissens Auffassung ebenfalls nicht. So sozial er selbst dachte, so sehr er davon durchdrungen war, daß eine Verminderung des Übergewichts des Kapitals über die Arbeit angestrebt, daß durch gleichmäßigere Verteilung des Einkommens und Erleichterung des Aufsteigens aus der Masse in den Mittelstand die Lage der arbeitenden Klassen gebessert werden müsse, und so stark er für diese Verbesserung auf die Hilfe des Staates rechnete, so fern lag ihm der Gedanke einer plötzlichen und gewaltsamen Umgestaltung der Gesellschaft. 'Der große Grundsatz der Freiheit und Gleichheit aller stößt in seiner lebendigen Gestalt, in Gesetz und Besitz, auf zwei Feinde: auf die Vergangenheit mit den in ihr erworbenen Rechten und auf das größere oder geringere Maß der körperlichen und geistigen Kraft der einzelnen Individuen' (1840). Reorganisation der Gesellschaft in einer Form, welche mit der Wahrung freier Selbstbestimmung der Einzelpersönlichkeit die Befriedigung der Gesamtinteressen der Menschheit dadurch verbindet, daß die Individuen sich mit allgemeinem Inhalt erfüllen und aus ihm eine bewußte Regulierung der konkurrierenden Einzelinteressen entnehmen, das war es, was Mevissen vorschwebte. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen der Gesellschaft an dieser großen Aufgabe der Zeit schien ihm erforderlich, eine Arbeit, die an das Vorhandene anknüpfte und es organisch weiterbildete. Wenn Individualismus und Egoismus, die im 18. Jahrhundert das hohe Gut persönlicher Freiheit erkämpft hatten, seitdem einseitig zu rücksichtslosem Walten der Kraft des wirtschaftlich Starken und zur Vernachlässigung des Schwachen fortgeschritten, also nur einzelnen zugute gekommen waren, so konnte es sich nun doch nicht darum handeln, die persönliche Freiheit selbst wieder zu beseitigen, sei es im Sinne ihrer Aufhebung durch den Kommunismus oder ihrer erneuten Beschränkung

durch die Fesseln mittelalterlichen Zunftzwanges. Selbständigkeit der Individuen in möglichst weiten Kreisen zu schaffen, bezeichnete er als Aufgabe der Staatswissenschaft,[1]) und er blieb dabei, daß die gesellschaftliche Ordnung auch fernerhin auf der Grundlage der Freiheit des Erwerbes und der freien Verfügung über das Eigentum sich aufbauen müsse. Aber auch hier sollte es sich um eine Freiheit mit vernünftigen, sittlichen und durch das Gemeinwohl bestimmten Schranken handeln, welche, unter gemeinsamer Mitwirkung der im Staate vereinigten Gruppen der Gesellschaft ermittelt, die Gesinnung der einzelnen Individuen von Jugend auf erfüllen und als Rechtssätze in der harmonischen Gliederung des Staates zum Ausdruck kommen. Im Rahmen des Staates, dessen Kräfte und Bedürfnisse groß genug sind, um ihn zu selbständigem Eigenleben zu berechtigen, hatten sich nach seiner Auffassung die wirtschaftlich-sozialen Spannungen zu lösen. Er erkannte keine abstrakte, vom Staate getrennte und von diesem möglichst frei zu haltende Wirtschaftsgesellschaft an. 'Es ist dieselbe Einheit, Staat und Sozietät, nur von verschiedenen Seiten aufgefaßt und für die Reflexion in ihren hervortretenden Spitzen unterschieden.' Er dachte sich das Problem des Ausgleichs zwischen Staat und Gesellschaft vielmehr so, daß die Gesellschaft im Flusse fortschreitender Entwicklung stets aus sich heraus und von selber das bestehende Gleichgewicht stört, die Veränderung bestehender Zustände anbahnt. Durch den Einfluß, den ihre Angehörigen auf den Staat besitzen, gestaltet sie Gesetz und Recht, die für alle verbindlichen Macht- und Zwangsmittel des Staats, in allmählich erfolgendem Interessenausgleich dem Wohl des Ganzen entsprechend um, wird ihrerseits aber durch die Wirkung, welche die Staatsformen auf die Individuen ausüben, auch wieder mannigfach beeinflußt.[2]) Dazu bedarf es aber von seiten des Staates vor allem der Gewährung freien, öffentlichen Meinungsaustausches und freier gesellschaftlicher Gruppenbildung, innerhalb deren sowohl bewußtes soziales Zusammenwirken stattfindet, als auch dem Einzelindividuum die Möglichkeit der Betätigung ausreichend geboten ist. In allen Kreisen soll die gemeinsame Tätigkeit ein lebendiges Gemeinschaftsgefühl ent-

[1]) Vgl. Band II S. 86 (1840).
[2]) Vgl. Band II S. 90 (1840).

wickeln und den Blick für die allgemeinen Bedürfnisse stärken. Von einem sofortigen durch die Staatsgewalt oktroyierten Ausgleich ist dagegen wenig zu erwarten, da der bloß äußere Zwang den sittlichen Wert, der in der Freiheit des Handelns liegt, aufhebt.

So etwa war die Auffassung des jungen Mevissen. Er hatte sich aus seinen Studien und aus seiner bisherigen Lebenserfahrung ein sozialpolitisches System entwickelt, dessen praktische Schwierigkeiten sein Optimismus wohl unterschätzte, das aber durchdacht, von edelm, humanem und freiheitlichem Sinn erfüllt und durch die innere Einheit seiner Auffassung verknüpft war, daß die sittlichen und geistigen Kräfte das Leben des einzelnen wie der Gesellschaft und des Staates beherrschen müssen, und daß es jedem einzelnen möglich gemacht werden muß, an der Bildung wie an der Arbeit für sich und die Gemeinschaft nach dem Maß seiner natürlichen Kräfte teilzunehmen. Von den Ideen der Sozialreformer haben diejenigen Saint-Simons, der eine Verteilung der Güter nach den Fähigkeiten und Leistungen des einzelnen als gerecht bezeichnet hatte, augenscheinlich am stärksten auf ihn eingewirkt. In seiner Auffassung von der Barbarei, die durch das schrankenlose Schalten der Industrie heraufgeführt werde, kommt aber vor allem auch sein Ausgang von dem humanitären Geist des deutschen Klassizismus zum Ausdruck, der die erste Grundlage seiner Geistes- und Herzensbildung geworden war. Wenn ihm das Ziel als erreichbar erschien, und wenn er besonders vom eignen Staat ein außerordentliches Maß von Leistungsfähigkeit nach dieser Richtung erwartete, so lag das zunächst an seiner idealistischen Auffassung, daß die Menschheit sich gern den Geboten der Vernunft fügen und diejenigen Ziele anerkennen werde, die ihm selbst die Lauterkeit der eignen Gesinnung vorführte. Hinzu kamen aber mehrere aus seinen politischen Überzeugungen und aus dem Leben entnommene Erwägungen. Einmal befand man sich in Deutschland noch in den Anfängen der Neubildung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse. 'Deutschland, so schrieb Mevissen 1840,[1]) ist in der glücklichen Lage, die Erfahrungen, die England und Frankreich im industriellen Leben gemacht haben, für sich benutzen zu können. Die Theorie kann hier — ein seltener Fall — der Praxis das Gesetz diktieren, die

[1]) Vgl. Band II S. 84.

Einsicht der Verwirklichung vorangehen.' Dann aber schätzte er nicht nur den preußischen Staat als den Staat der Intelligenz und musterhaften Ordnung der öffentlichen Verhältnisse, sondern er erwartete auch vom preußischen Volke, das sich in der Erhebung nach der Schlacht von Jena so groß und erfolgreich gerade in den Fragen des sozialen Ausgleichs erwiesen und in innerer Übereinstimmung mit den führenden Staatsmännern das Werk einer Neubildung von Gesellschaft und Staat begonnen hatte, besondere Leistungen. Wenn nur die öffentliche Meinung wieder, von der Zensur befreit, sich unverhüllt äußern dürfe, so zweifelte er nicht an ihrer ausgezeichneten Wirkung für die Erfüllung der Staatsformen mit neuem Geist. Hinzu kam endlich noch der Nachdruck, den er auf eine planmäßige Heranbildung des jungen Geschlechts legte. Im Geist Pestalozzis setzte er die Gesellschaftslehre in enge Verbindung mit der Erziehungslehre. Ganz im Sinne der Aufklärung des 18. Jahrhunderts war er von der natürlichen guten Anlage des Menschen und von der Möglichkeit überzeugt, durch die Erziehung und Bildung in Familie und Schule, sowie durch die Beteiligung an dem in voller Publizität sich vollziehenden bürgerlichen Leben das soziale Gewissen und den wahren Bürgersinn zu entwickeln.

Den Bildungs- und Erziehungsproblemen hatte der in reger Teilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten heranwachsende Jüngling stets lebhaftes Interesse gewidmet. Im Jahre 1839 war er in seiner Heimat Mitglied eines Ausschusses, der eine höhere Bürgerschule in Dülken mit privaten Mitteln zu begründen, zugleich aber die Gemeindeverwaltung zu tatkräftiger Beteiligung an dem Unternehmen zu bestimmen sich bemühte. In einer bei dieser Gelegenheit ausgearbeiteten Denkschrift wies Mevissen darauf hin, daß der Leiter der neuen Anstalt in einem Programm den Standpunkt der Schule gegenüber den Interessen von Familie, Staat und Kirche und gegenüber der sich fortschreitend entwickelnden Zeit beleuchten müsse. Der Ausschuß werde dafür sorgen, daß durch Verbreitung dieses Programms das Interesse an dem Unternehmen und die Erkenntnis der wesentlichen Grundlagen der Erziehung sich ausbreite und belebe. 'Absolute Toleranz, Andeutung allgemeiner Prinzipien gegenüber der Empirie, Gehorsam gegen den Staat und geneigte Anhänglichkeit an seine Institutionen bei möglichst tiefer und milder Einsicht in die nächsten

bürgerlichen Verhältnisse, das sind die Elemente jener Bildung, zu der der Bürgerstand seine Glieder herangebildet zu sehen wünscht. Aufklärung, Gesittung und Ehrenfestigkeit des Charakters sind die Stützen, die dem Staat aus der Schule, dem wahren Gebärhause der Humanität, erwachsen sollen.' Dieselben klaren Vorstellungen über das Verhältnis des einzelnen zur Familie, zur Gesellschaft und zum Staat, die Mevissen sich selbst in langjähriger Arbeit errungen hatte, wollte er durch die Schule verbreitet, zugleich die Ausbildung edler, selbständiger, harmonischer Persönlichkeiten gefördert sehen. Als den berufenen Ordner des Schulwesens aber dachte er sich den Staat, und zwar in seiner Vereinigung von Volk und Regierung. Er schrieb im Jahre 1839 als leitende Gesichtspunkte in dieser Hinsicht nieder: 'Die Regierung hat das Lehramt freizugeben, jedoch unter Prüfung und Einordnung in feste Normen. Alle Schulen sind öffentliche für das Volk, aus dem Volk und aus der Staatskasse zu unterhalten. Außer diesen wird gar kein exklusives Lehrwesen geduldet. — Die Jugend wird zu den Schulen verpflichtet vom 7. bis 17. Jahr. Mit dem 13. Jahr finden Abtrennungen statt, und der Unterricht teilt sich nach Stand und Ziel. — Um das Schamgefühl zu ehren, werden alle Kinder derjenigen Eltern, die unter einem zu fixierenden Steuerquantum zahlen, unentgeltlich aufgenommen. — Jede Schule ist außer der Theorie auf alle Materien des Lebens gerichtet, so daß aus der Schule ein Übertritt ins Leben frisch bewirkt werden kann.'

Sind hier Gedanken über ein obligatorisches Schulwesen angedeutet, die in bezug auf die Dauer der Schulpflicht den neuesten Strömungen auf diesem Felde verwandt sind, so spricht sich weiter auch das soziale Verlangen aus, daß den Kindern der Armen ebensogut wie denen der Reichen die gesamte Schulbildung zugänglich sein soll, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, im Leben emporzusteigen und ihre Intelligenz zu entwickeln als die wichtigste und wirksamste Handhabe der Freiheit und Gleichheit gegen die 'wesentlichen Gebrechen der Gegenwart, die Überhebung und Unterdrückung. Denn an die Stelle des Adels, der den früheren Jahrhunderten sein Übergewicht aufdrückte, tritt bei uns mehr und mehr Industrie und Bureaukratie. Nichts kann aber einen Staat entschädigen für die eingebüßte Selbständigkeit seiner Angehörigen'. Es offenbart sich hier auch wieder jener schon angedeutete Grundzug von

Mevissens Anschauung, daß er von der veränderten Gesinnung der Menschen aus, von ihrer Umgestaltung in den Jahren der Jugend den Fortschritt erwartete. Er erhoffte die Entwicklung eines neuen staatsbürgerlichen Geschlechtes, das der leitenden Hand der Schule erst dann entzogen werden soll, wenn die sittlichen Regungen zu genügender Selbständigkeit gelangt sind, wenn Geist und Herz zu erfassen vermögen, was es heißt, dem Vaterlande mit Hintansetzung egoistischer Triebe in der Überzeugung zu dienen, daß die Gesamtordnung vor der Persönlichkeit steht. Es sind Gedanken über eine Erziehung der Jugend zum öffentlichen Leben, die mannigfach mit dem zusammenklingen, was Dahlmann aus den Lehren von Jena als Pflicht der Nationalerziehung zur Selbstzucht und zur Einsicht in die Aufgaben des Staats entwickelt hat.[1]) Sie sind durchaus vom Gesichtspunkt der allgemeinen Wohlfahrt bestimmt und dahin gerichtet, durch die Bildungsanstalten des Staates die Gesinnung der werdenden Menschheit so zu entwickeln, daß die Wirkung der Rechtsanstalten sichergestellt wird. Mevissen hatte diese seit den Tagen Pestalozzis so vielfach verhandelten Fragen der Volkserziehung bei seinen philosophischen Studien stets im Auge behalten. Fichte, Herbart und Hegel waren dabei seine Führer gewesen, und er hatte sie in eingehender Erörterung und Kritik der Erziehungslehre eines rheinischen Pädagogen, Th. Rottels, die seinen Vorstellungen vielfach entgegengesetzt war,[2]) noch weiter geklärt. Der Staat im Sinne Hegels als Träger der absoluten Vernunft, als sittliches Ganzes und als Wirklichkeit der sittlichen Idee, und die Auffassung Fichtes, daß die Verbreitung der Bildung bis in die untersten Schichten des Volks hinein Macht und Glück des Staats dauernd gewährleiste,[3]) blieben auch Mevissens leitende Gedanken. 'Im Begriff des Staates liegt die Pflicht und der Zweck, die Freiheit, das Denken und Urteilen seiner Glieder auszubilden. So lange dieses roh und ungebildet ist, ist jede, auch die wohltätigste, Staatsform Despotismus, wenn auch Despotismus der Notwendigkeit'.

---

[1]) F. C. Dahlmann, Die Politik, auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, (1835) Kap. 12.

[2]) Vgl. für diesen pädagogischen Schriftsteller die (allerdings unzureichenden) Ausführungen in der Allgemeinen Deutschen Biographie XXIX, 390.

[3]) Lehmann, Freiher vom Stein, II, S. 536ff.

Mevissens idealistische Weltanschauung war von der sieghaften Kraft der Ideen und der Vernunft im Leben durchdrungen und stellte sich den Sieg derselben über das Schwergewicht des Niedrigen und Gemeinen, über den Widerstand der im politischen wie im wirtschaftlichen Leben wirksamen Mächte der Leidenschaft und Herrschsucht, der Besitz- und Machtgelüste wenn auch nicht als leicht, so doch als sicher vor. Im wesentlichen beurteilte er die Menschen doch nach den Maßstäben, welche er der eignen Individualität entnahm. Der unendlichen Macht des Gedankens, der Allgewalt der Idee kann, so war er überzeugt, auf die Dauer nichts widerstehen. Das Böse, den Fortschritt Hemmende war für ihn im Sinne des Hegelschen, mit den Vorstellungen der Antike übereinstimmenden Optimismus nur eine Unter- und Nebenströmung, die bei aller Stärke doch die Aufwärtsbewegung der menschlichen Kultur nicht zu verhindern imstande ist. Er glaubte, daß auf dem ihm vorschwebenden Wege durch den bestehenden, seinem Ideal keineswegs entsprechenden Staat doch der Unterbau des zukünftigen Staates, des Trägers einer zielbewußten Kultur- und Wohlfahrtspflege, geschaffen werden könne. Wie für den philosophischen Kopf die gesamte Wirklichkeit sich in einen fortlaufenden logischen Prozeß verwandelt, so schwebte ihm eine Verjüngung des ganzen Kulturlebens vor, bewirkt und gesichert durch den Staat, in welchem vernünftige Selbstbestimmung und Selbstregierung der Bürger den sichern Hort für die höchsten Freiheiten darstellt, welcher überall wirksam im Sinn des Fortschritts zur Freiheit eingreift und durch die Mitarbeit aller an den sittlichen Aufgaben der Gemeinschaft in der Höherbildung der Menschheit den eigenen Kulminationspunkt findet. Ein Bild vom Staate und seinen sozialen Pflichten, das im Wechsel der Ansichten über die Aufgaben des Staates seit den Tagen Platos wiederholt die Köpfe hervorragender Menschen erfüllt hat, das aber nach den wichtigsten Seiten heute noch wie damals zu den unerreichten Zielen politischen Strebens zählt, ohne allerdings dadurch an innerer Berechtigung und an der Fähigkeit, als kulturförderndes Ideal zu dienen, einzubüßen.

Den eigenen Staat hat sich Mevissen stets mit monarchischer Spitze vorgestellt. Er war wohl überzeugt, daß das abstrakte Ideal des Vernunftstaates auf dem freien und wahren Selbstbewußtsein der Bürger beruhe, und daß 'die höchste Staatsform die sei, wo das

Subjekt aus Instinkt dem Vernunftgesetz folgt und so mit dem Ausdruck des Allgemeinen seine Individualität vollkommen verschmilzt'. Aber für die konkreten vaterländischen Verhältnisse drängte es ihn stets, die vorhandene Gegenwart historisch zu begreifen. Trotz aller revolutionären Vorgänge im Auslande ist die monarchische Überzeugung in Deutschland überhaupt da, wo man mit realen Verhältnissen zu rechnen imstande war, stets erhalten geblieben. Am Rhein konnte zwar infolge der jüngsten politischen Entwicklung jenes Vertrauensverhältnis des Volkes zu einer angestammten Monarchie noch nicht existieren, das die östlichen Provinzen des preußischen Staates erfüllte, aber die warnende Erinnerung an die Schreckenszeit der französischen Republik bis zum Jahre 1798, von der man durch Napoleons Konsulat und Kaiserreich befreit worden war, verstärkte hier das aus nüchterner Betrachtung der allgemeinen Lage entnommene Bewußtsein von der Notwendigkeit einer starken monarchischen Regierung.[1]) Bei einer von den Regungen des Geistes und des Gemütes harmonisch bestimmten Natur wie Mevissen, dem die hohen Aufgaben des Staates zudem nur durch ein auf wahrem und herzlichem Vertrauen beruhendes gemeinsames Handeln von Fürst und Volk durchführbar erschienen, sprach aber frühzeitig auch hier die Wärme der Empfindung mit. In einem Briefe vom September 1836, in welchem er über die früher erwähnten Aufführungen im Düsseldorfer Theater gelegentlich der Anwesenheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit den Prinzen Albrecht, Karl und August handelt,[2]) kommt er auch auf den unfreundlichen Empfang zu sprechen, der den Prinzen in Düsseldorf bereitet wurde, wo fast nur niederes Volk sich neugierig auf der Straße drängte. 'Kein freudiges Hurrah begrüßte den Königssohn, kein freudiges Entzücken strahlte auf den Mienen. Alles Bessere hatte sich in seine Schlupfwinkel zurückgezogen, wie fremd dem fremden Königshause. Es war kein Prinz, der sich hier seinem freien, lebensfrohen Volke zur Teilung seiner Schmerzen, Sorgen und Freuden darbot, nein, eine fremde Merkwürdigkeit aus Asiens Steppen ist in Düsseldorf eingezogen, fremd und kalt empfangen, kalt, täuschend und getäuscht scheidend. Mich

[1]) Hansemann, Preußen und Frankreich (1833) S. 306.

[2]) Vgl. oben S. 48.

hat der Eindruck weh berührt. Der Kronprinz ist ein Mann von eigenartigem, aber nicht einnehmendem Äußeren, etwas über Mittelgröße, wohlbeleibt, mit blondem weichem Haar, ein gutmütig lächelnder Zug umspielt seine Mundwinkel. Das Auge ist belebt, und man erkennt ein treues Herz, dem Worte sich entgegendrängen. Dennoch ist dieser Prinz kein geborener Erbe eines Thrones. Ihm fehlt das göttliche Zeichen der natürlichen Hoheit und Manneswürde. Nie leuchtet im Auge und auf der Stirn die alles überwältigende Kraft des Sieges, die Überlegenheit des Geistes. Dieser Geist ist schön und gut und fein, aber leider ohne Rückhalt, eng und klein.'

In der Monarchie sah er ferner die Macht, welche seither das zu eigner Bestimmung noch unreife Volk mit überlegener Bevormundung der Kultur entgegengeführt hatte. Die Ausprägung großer Persönlichkeit und starker Willenskraft, die durch die Monarchie begünstigt wird, erschien ihm, wie manche seiner Aufzeichnungen dartun, für die Sicherung weitern Fortschritts besonders bedeutsam. Er variiert wiederholt den bereits erwähnten Gedanken, daß die Zwecke der allgemeinen Wohlfahrt, die zum Wesen des modernen Staats gehören, früher nur durch die absolute Monarchie verwirklicht werden konnten. Erst neuerdings hätten sich die Verhältnisse geändert, seit der dritte Stand die alten Geburtsstände aufgelöst und in sich aufgenommen und den Begriff des zum Wohl des Ganzen strebenden Staatsbürgers entwickelt habe. Er sei dann durch die Revolution zur Freiheit, zur gesetzlich bestimmten Mitarbeit am Staat gelangt, und die modernen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse machten fernerhin seine Mitwirkung im Interesse der Staatswohlfahrt unentbehrlich. Die konstitutionelle Monarchie erschien ihm somit fortan auch für Preußen und die übrigen deutschen Staaten als Notwendigkeit, und zwar war für ihn die Verfassung nicht dualistisches, sondern organisches Prinzip. Sie sollte dem Volke bestimmte Rechte neben dem Fürsten zuweisen, aber zugleich die deutschen Fürsten mit den Völkern, die ihnen im Kampf gegen Napoleon den Thron erhalten hatten, fest zu gemeinsamer Arbeit zusammenschmieden im Dienst der gemeinsamen Pflicht, den höchsten Staatszweck zu erfüllen. Wie er sich die Vertretung des Volkes dabei dachte, formulierte er 1840 einmal kurz dahin, daß 'Deutschland freie ständische Formen, nicht die Frankreichs, aber die der deutschen Nation geschichtlich eigentüm-

lichen erhalten müsse'.[1]) Wir werden noch zu erörtern haben, wie er sich zu der Frage des ständischen oder des Repräsentativsystems verhielt. Soviel ergibt sich aber schon hier aus unseren Darlegungen, jene den Ideen des Aufklärungszeitalters entsprungene und vom individualistischen Liberalismus vertretene Vorstellung vom Staate, die sich mit der Hoffnung auf eine gewissermaßen von selbst zu verwirklichende, systemlose Freiheit trug, lag Mevissen durchaus fern. Eine liberale Richtung, die in staatlichen Kulturbestrebungen unberechtigte Eingriffe in die Rechte des Individuums bekämpfte und den Staat auf die Verwaltung des Rechts im Innern, auf die Sicherung der Grenzen nach außen beschränkt wissen wollte, entsprach nicht seiner Anschauung. Seinem systematisch denkenden, die vielseitigen Betätigungen der Menschen im Zusammenhang überschauenden Kopfe schwebte stets ein Staat mit starker und vielseitiger Machtentwicklung vor, der planmäßig durch positives Eingreifen die allgemeine Wohlfahrt auf dem Wege eines angemessenen Ausgleichs von Freiheit und Bindung erstrebt, dessen Kraft durch ein konstitutionelles Zusammenwirken von Fürst und Volk gesteigert und dadurch erst zur Erfüllung seiner Aufgaben wahrhaft befähigt wird. Zu diesen Überzeugungen war er bis zum Jahre 1840 durch seine theoretischen Studien und durch seine Beobachtungen des wirklichen Lebens gelangt, und das Bewußtsein von der innern Einheit der so vielseitig aufstrebenden Bewegung seiner Zeit hatte ihn dabei geleitet.

Die Anschauungen, die der Fünfundzwanzigjährige durch seine autodidaktischen Studien und seine ergänzenden Lebenserfahrungen gewonnen hatte, blieben im wesentlichen die seines ganzen Lebens; er hat sie wohl dem wirklichen Leben weiter angenähert, jedoch nicht mehr wesentlich geändert. Naturgemäß aber entwickelte sich in seiner tatkräftigen Natur jetzt, unmittelbar an der Schwelle praktisch-tätigen Wirkens, aus der Erkenntnis der hohen Aufgaben des Staates das drängende Bedürfnis, seinen Willen und seine Kraft selbst im Staate für den geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt einzusetzen. Die Form politischer Betätigung, die damals in Preußen dem Bürgertum allein eröffnet war, die Mitgliedschaft der

[1]) Vgl. Band II S. 80.

Provinzialstände, welche seit dem Jahre 1823 bestanden, kam vor der Hand für ihn nicht in Frage, da sie an die Vollendung des dreißigsten Lebensjahres geknüpft war. Im Jahre 1839 beklagt er einmal schmerzlich, daß ihm das politische Tagesleben noch verschlossen, daß der Jüngling noch nicht als politisch mündig anerkannt sei.[1]) Der starke Drang zum Handeln, der ihn erfüllte, fand auch in den geschilderten kaufmännischen Erfolgen nicht seine volle Befriedigung; diese Erfolge hatten vielmehr die Willenskraft, die im Bewußtsein des Schaffenkönnens liegt, erst recht geweckt. Er kämpfte in diesen Jahren noch vielfach mit sich selbst, weil er sich vor der Entscheidung seines Lebens fühlte. Es drängte ihn mächtig hinaus in die Öffentlichkeit, und er sah doch noch keinen klaren Weg dahin. So selbständig und tüchtig die Weltansicht war, die er sich erworben, so sehr sie nach allen Seiten auf eigener Kenntnis des Lebens oder auf ernsten Studien beruhte, so rührte den Gewissenhaften doch in dieser Lage noch der Zweifel, ob er gerüstet genug zur Tat, der 'Göttlichkeit des Lebens' sei, und er meinte dann wohl, nur Einsamkeit, nur Fortsetzung seiner einsamen Zwiesprache mit der Wissenschaft könne ihn abermals, wie 1836, retten. In solchen Stunden kämpfte er wieder mit pessimistischen Anwandlungen, die durch die 'öde und niedrige Werkeltagelei' seiner Umgebung genährt wurden. Er schrieb in solcher Stimmung im Juni 1839 nieder: 'Allgewaltig ruft es mich zurück in die Lande des Geistes, die Einsamkeit winkt, und aus dem Geräusch des Tages kehre ich zurück in ihren Schoß und erflehe von ihr neue, höhere Gewißheit meiner selbst. Das Leben bedarf der Interessen, an die es sich klammert. Ich habe die Interessen gesucht nach außen und nach innen, aber unwiderstehlich treibt und drängt es mich stets zurück in den Schacht des Busens'.[2]) Aber aus diesem Zweifel riß er sich los; er sah ein, daß sein Lebensweg zu weit vorgerückt sei, um noch Jahre frei zu lassen zu innerer Bildung und Erkräftigung. Und so spottete er wohl auch wieder über die Altklugheit, die mit ihrem jungen Wissen auf die lebensschwangere Welt niederschaue, als stände sie schon am Rande des Grabes, bereit, jenes stille Schattenreich zu

[1]) Band II S. 59ff.

[2]) Die im Band II S. 50ff. abgedruckten Ausführungen seines Tagebuches geben diese Stimmungen im einzelnen wieder.

betreten, wo Wunsch und Verlangen schweigt. Die Vernunft sei kein vom Leben getrenntes, unabhängiges, außerweltliches Wesen, sondern das geistdurchdrungene Leben selbst; im Leben und in der Lebenstat liege alles Heil des Geistes. Ein Dasein blos in der persönlichen Freiheit des Geistes genügte seiner Tatkraft nicht; er strebte hinaus in die Wirklichkeit, von der er überzeugt war, daß sie auf einer vernünftigen Wechselwirkung und Verbindung aller Glieder und Teile beruhe. Und daß die Wirklichkeit der Staatsformen, die ihn umgaben, so weit hinter der Entwicklung des Geistes zurückstand,[1]) daß der Staat es nicht erstrebte, Ausdruck der Bildung seiner Zeit zu sein, sondern statt dessen die geistig vorwärts drängenden Elemente gewaltsam niederdrückte, schmerzte ihn besonders tief. In diesem Gegensatz sah er das eigentlich Unbefriedigende der Zeit. 'Sinken auch hohe Geister nicht tief genug, um den höheren Inhalt des Lebens darüber zu vergessen, bewahren sie, wie Heine, in ihrem Herzen eine lichte Flamme für Wohl und Wehe, für Lebendigkeit und Freiheit der Menschheit, so wird es der freien Seele doch nicht wohl in dieser Atmosphäre, in der aus vulkanischem Krater fort und fort Rauch und Dünste emporsteigen. Der Geist will nicht von Qualm und Dunst eingeengt, die Brust will nicht durch das tobende Spiel überreizter Fibern gepreßt sein, der Geist will in dem reinen Element der Freiheit atmen. Das Problem des Geistes ist, die höchste Freiheit mit der höchsten Lebendigkeit und der möglichst schrankenlosen Macht des Subjekts zu vermählen. Das Subjekt ist aber geknechtet, wenn es einem überreizten Durste folgt, wenn es einen Schacht des Geistesbergwerks so tief ausbeutet, daß ihm darüber der freie Einblick in das ganze Labyrinth verloren geht und daß hinter ihm die Wände zusammenstürzen.'

Die wissenschaftliche Betrachtung allein und der Gedankenflug des Philosophen befriedigten ihn fortan nicht mehr. Früher hatte er wohl geschrieben: 'Versenken wir uns in das Meer der Erinnerung und schauen wir mit dem Strahlenauge der Vergangenheit in unsere Gegenwart hinein, so überströmt uns ein reines, frisches Lenzgefühl, eine Wonne der Bewunderung, des Genusses und der Liebe, und die Erde kleidet sich in goldnen Feierschmuck. Ein fester Hinblick auf die Herrlichkeit der menschlichen Tat, auf das errungene wahr-

[1]) Vgl. seine Ausführungen aus dem Jahre 1840 in Band II, S. 88 ff.

haft Göttliche aus den Taten der Geschichte wird Frieden, Luft und Lebensmut in die Seele träufen, wenn feindliche Dämonen sie umdrängen. Können wir uns so der Indifferenz gegen die Gegenwart dadurch erwehren, daß wir in die Empfindungen der Vorzeit niedersteigen, mit ihnen leben und sie in uns wiedergebären, so wird ein fester Blick in die Zukunft, die sich bereitet, uns mit Interesse für die eigene Tat erfüllen und für die Taten der Nation, der wir angehören, begeistern. Entheben wir uns mit den Flügeln unserer Seele den letzten Banden der Gegenwart, die mit unserer Idee nicht kongruieren, halten wir an den letzten ewigen Angeln der Idee selbst fest, träumen wir von der Zukunft einer alle Herzen durchflutenden Geistesliebe, von einer Erde, die jungfräulich lieblich den Wünschen und Trieben der Menschen sich darbietet, von einem Tage, wo der schneidende Gedanke dem trunkenen Sinn die Hand der Versöhnung reicht und über alle Zonen ein frischer Kinderjubel des vergöttlichten Geistes sich breitet — alle diese Träume sind nicht zu hoch, nicht zu weit, wir haben in uns selbst die Gewißheit ihrer Erfüllung. So bieten uns Vergangenheit und Zukunft zwei heilige Altäre, auf denen wir unsern Geist erwärmen, beleben und verklären können.' Aber nach Erfüllung, nicht mehr nach Reflexion verlangte er jetzt, er wollte hinaus auf das Feld der Tat, zur Mitarbeit an der Welt des ewigen Fortschritts und am Staat als dem Gefäß dieses Fortschritts. Seine Notizen aus dieser Zeit verzeichnen eine ganze Fülle von politischen Einzelfragen, die ihn lebhaft beschäftigten: die Lohnverhältnisse der Agrikultur und Manufaktur in den verschiedenen Provinzen, die Kinderarbeit in den Fabriken, die Ehe, die Wohnungsverhältnisse, die Ausgaben für den Lebensunterhalt und für Gegenstände der Manufaktur, das Verhältnis zwischen Arbeitslohn, Grundrente und Getreidepreisen, die Steuersysteme,[1] die Mittel der Armenverwaltungen und die jährlichen Zuschüsse der Kommunen, die Publikation der Budgets der Städte und Kommunen — diese kommunal- und sozialpolitischen Probleme offenbaren, wie emsig er nach festen Umrissen für sein politisches Wollen und Handeln suchte. —

Am 7. Juni 1840 starb der alte König Friedrich Wilhelm III. Welch außerordentliche Wirkung dieses Ereignis auf die Entwicklung

[1]) Vgl. dazu Band II S. 87.

des politischen Lebens in unserm Vaterlande geübt hat, ist bekannt. Das lange zurückgehaltene politische Leben Preußens flutete gewaltsam empor. Überschwängliche Hoffnungen hatte das Volk schon auf den Kronprinzen gesetzt; der Thronwechsel und die sehr persönlich gefaßten und viel verheißenden Reden, die der neue König, ein Meister des Worts in der Schrift wie in glanzvollem Vortrag, in Königsberg und in Berlin an den Huldigungstagen im Herbst 1840 hielt, spannten nun die Erwartungen aufs höchste.

Auch für Gustav Mevissen wurde dieses Ereignis von entscheidender Bedeutung. Daß er von der Heimat aus den ersehnten Schritt in das öffentliche Leben hinaus unmöglich tun konnte, war ihm nicht mehr zweifelhaft. Aber seine Reisen hatten ihn in den letzten Jahren wiederholt nach Köln, der neu emporblühenden rheinischen Handelsstadt, geführt. Geschäftliche Zwecke und gesellige Beziehungen zu alten Schulfreunden hatten ihn mit dem dortigen Leben, seinen wirtschaftlichen und politischen Richtungen, schon einigermaßen in Verbindung gebracht. Stärker noch als bisher empfand er nun in der politischen Erregung des Jahres 1840, daß ihm der Aufenthalt an einer Stelle Bedürfnis war, wo sich kräftige und vielseitige Anregung durch den Wechsel des Lebens, und zugleich in umfassenden Aufgaben die lang ersehnte Aussicht zum Handeln darbot. Und so fand er jetzt einen Ausweg, in die große Welt zu gelangen, ohne doch die heimischen Verhältnisse, an die er eng geknüpft war, preisgeben zu müssen. Er entschloß sich im Herbst 1840, vom kommenden Jahr ab einen Teil des Jahres regelmäßig in Köln zuzubringen. Hier wollte er versuchen, sich aus eigener Kraft eine Lebensbahn nach hohen Zielen zu suchen. Im Frühjahr tat er die entscheidenden Schritte, und vom Sommer 1841 ab lag der Schwerpunkt seines Lebens in dieser Stadt, die gerade jetzt ein kräftig pulsierendes öffentliches Leben auf allen Gebieten in sich trug.

II. Eintritt in das öffentliche Leben 1841—1846.

Sechstes Kapitel.

Übersiedlung nach Köln (1841).

Politisches und wirtschaftliches Leben am Rhein und in Köln.

Die Entwicklung der Stadt Köln war in dem Augenblick, wo Mevissen zum zweiten Mal hier seinen Aufenthalt nahm, gegenüber den Jahren 1828—1830 wesentlich vorangeschritten. Die auf 70000 Einwohner angewachsene Stadt war wirtschaftlich der Mittelpunkt der Rheinlande, die rheinische Metropole wie früher im Mittelalter, geworden, und sie stand im Begriffe, auch auf politischem Gebiet die Führung der Provinz zu übernehmen.

Köln hatte einst seine Stellung als Zentrum rheinischen Lebens eingebüßt im Zusammenhang mit jener allgemeinen Bewegung in Deutschland, welche seit dem Ausgang des Mittelalters an Stelle der Städte die fürstlichen Territorien in die Höhe brachte. Gegenüber der zielbewußten Wirtschaftspolitik, wie sie die benachbarten Landesfürsten seit jener Zeit verfolgten, schwand der Reichtum und Glanz der isolierten, auf sich angewiesenen Reichsstadt dahin. Diese landesherrliche Wirtschaftspolitik stützte sich auf die Städte der eigenen Territorien. Am Rhein, wie überall sonst, wuchsen die kleinen fürstlichen Residenzen — hier Koblenz, Bonn, Düsseldorf — durch den sorgenden Schutz und die Hofhaltung der Landesherren, der Kurfürsten von Trier, Köln und der Pfalz, von denen die letzteren zugleich Herzöge von Jülich-Berg waren, zu größerer Bedeutung heran. Inzwischen ging Köln zurück, seine Gewerbtätigkeit starb fast aus, sein Eigenhandel sank zu Kommission und Spedition herab, es wurde die Stadt der Bettler, wie sie kurz vor dem Ausbruch der französischen Revolution mehrfach geschildert worden ist. Als dann aber seit 1794 die französische Okkupation die rheinischen Kleinstaaten

ebenso wie die Reichsfreiheit der Städte beseitigte und die Rheinlande im wesentlichen in einheitliche Verwaltung nahm, zeigte sich sofort auf einem Gebiet, dem wirtschaftlichen, daß der natürliche Mittelpunkt dieser Lande eben doch die alte Römerstadt am Rhein, das Emporium deutschen Handels im Mittelalter war. Zwar nicht die Stadtverwaltung selbst wurde zunächst die Trägerin dieser neuen Rolle Kölns. Die städtischen Freiheiten waren unter dem französischen Regime zu beschränkt, um eine kommunale Entwicklung im großen anbahnen zu können. Es war vielmehr die durch die französische Regierung im April 1803 in der Stadt eingerichtete Handeskammer, für längere Zeit die einzige wirkliche Handelskammer am ganzen Rhein bis nach Mainz hin,[1]) welche der Stadt Köln zuerst den Weg zur Wiedergewinnung einer führenden Stellung bahnte. Seit der Gründung dieser Kammer war ihre Leitung in der Hand tüchtiger und unternehmender Männer. Der nie ganz erloschene selbständige Bürgersinn der Kaufleute knüpfte mit seinen Erinnerungen schon bald wieder an die Epoche der mittelalterlichen Blüte Kölns an, und das Schlagwort von dem Wiederaufleben der großen Hansestadt Köln wurde geschaffen, das seitdem ein Jahrhundert hindurch den neuen Aufschwung der Stadt wirksam begleitet hat. Und, was nicht minder bedeutsam war, die tatsächliche Superiorität von Köln auf dem wirtschaftlichen Gebiet wurde schon bald, noch in dieser französischen Epoche, wo in staatlicher wie kirchlicher Verwaltung durch die Vorliebe Napoleons die Nachbarstadt Aachen so augenfällig vor der Rheinstadt bevorzugt wurde, von den meisten rheinischen Städten willig anerkannt. Das beweisen die umfassenden Korrespondenzen, welche von diesen Seiten mit der jungen Kölner Handelskammer geführt wurden; sie zeigen die letztere durchweg in der Rolle der beratenden und wegweisenden Instanz.

Nur eine rheinische Stadt hatte in dieser Zeit durch die Gunst der politischen Verhältnisse eine rivalisierende Stellung auf wirtschaftlichem Gebiet neben Köln eingenommen, das rechtsrheinische Düsseldorf. Durch die Gründung des Großherzogtums Berg im Jahre 1806 wurde es Hauptstadt dieses verhältnismäßig großen

---

[1]) Die 1804 eingerichteten Kammern in Aachen, Stolberg, Eupen, Malmedy, Trier und Krefeld waren zunächst nur sog. Chambres consultatives de manufactures, fabriques, arts et métiers.

Territoriums, das zugleich durch die bergische Industrie eine selbständige wirtschaftliche Bedeutung besaß. Mit dem Sturz der Fremdherrschaft im Jahre 1814 fielen aber die politischen Vorteile fort, welche Düsseldorf und Aachen seither gefördert hatten, und Köln fand seitdem für die Wiedergewinnung einer leitenden Stellung im Wirtschaftsleben der Provinz die Bahn noch offener als bisher. Die preußischen Rheinlande wurden zunächst nicht als eine einheitliche Provinz eingerichtet, sondern zwei Provinzen mit den Regierungssitzen Köln[1]) und Koblenz wurden gebildet. Als dann im Jahre 1824 die beiden Provinzen in eine verschmolzen wurden, erfuhr die Stadt Köln allerdings durch die neue Regierung nur geringe Förderung. Diese verlegte vielmehr die obersten Zivil- und Militärbehörden der ganzen Provinz nach Koblenz; sie begründete die neue rheinische Universität nicht hier, sondern in Bonn, und sie bevorzugte auch sonst bei der Einrichtung ihrer Verwaltung die anderen Rheinstädte, die in den letzten Jahrhunderten Sitze von Regierungsbehörden der alten Territorien gewesen waren und als solche nicht nur in der Tradition der Bevölkerung fortlebten, sondern auch die entsprechenden öffentlichen Gebäude noch besaßen, welche der notgedrungen sparsame preußische Staat nun ohne weiteres für seine Zwecke verwerten konnte. Die alte Reichsstadt Köln war niemals Mittelpunkt einer Landesverwaltung gewesen; unmittelbar bis an ihre Stadtmauern hatten vielmehr die Grenzen des Kurstaats Köln gereicht. Auch die kommunale Selbständigkeit wurde durch die preußische Regierung zunächst nicht erweitert; die rheinischen Städte behielten die beengende französische Munizipalverfassung, und erst nach 1860 hat die Kommunalverwaltung Kölns eine größere Bedeutung erlangt. Es waren durchaus die selbständigen wirtschaftlichen Kräfte, welche unter diesen Umständen den fernern Aufschwung der Stadt bewirkten. Schon in der französischen Zeit waren aus dem übrigen Rheinland — in den Jahren 1806—1814 vornehmlich, durch die Zollverhältnisse gedrängt, aus dem Großherzogtum Berg — zahlreiche wohlhabende Familien nach Köln eingewandert. Sie führten damals ganze Industriezweige, so besonders die eine Zeitlang blühende Baumwollindustrie, hier ein. Diese Ein-

---

[1]) Korrespondenzblatt der Westdeutschen Zeitschrift für Geschichte und Kunst XI (1892) S. 183 ff.

wanderung setzte sich in der preußischen Zeit fort, und die führenden Persönlichkeiten im späteren Kölner Wirtschaftsleben stammten fast durchweg aus dem Kreise solcher Einwanderer. Ihre wirtschaftliche Kraft und ihr unternehmender Sinn hat die natürlichen Vorzüge der Stadt zur vollen Entwicklung gebracht, indem sie sich mit den einheimischen Kräften zu gemeinsamer Tätigkeit verbanden. Das kaufmännische Leben Kölns besaß aber auch fernerhin seinen Mittelpunkt in der Kölner Handelskammer. Und deren besondere Bedeutung erhielt sich in den nächsten Jahrzehnten nicht nur durch ihre glückliche Zusammensetzung und geschickte Leitung, sondern auch dadurch, daß sie im Gegensatz zu den rheinischen Industriebezirken als Vertreterin der in Köln vorwaltenden Handels- und Verkehrsinteressen die freihändlerische Politik der preußischen Regierung nachdrücklich zu stützen vermochte. So wurde aus wirtschaftlichen Gründen die Stadt Köln allmählich bis zum Jahre 1840 der Mittelpunkt der preußischen Rheinprovinz. Die politischen Verhältnisse der Rheinlande aber hatten während derselben Jahrzehnte in einem etwas verwickeltern Verlauf zu dem gleichen Ergebnis geführt.

Preußen hatte die Rheinlande, deren Besitz ihm durch den Wiener Kongreß zugesprochen wurde, nur mit einigem Widerstreben übernommen.[1]) Schon Friedrich der Große hätte sich gerne der alten preußischen Besitzungen am Niederrhein, Cleve und Mark, entäußert. Für seine Lebensaufgabe, die Schaffung einer geographisch abgerundeten preußischen Großmacht, waren sie ihrer exponierten Lage wegen beschwerlich, und zu der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur des ostelbischen Preußen paßten sie wenig.[2]) War dort alles planmäßig auf dem Gegensatz zwischen adeligen Gutsherren und abhängigen Bauern einerseits, städtischen Bürgern andererseits aufgebaut, so war am Rhein die Trennung der Stände weit weniger scharf, die Bauern waren schon im 18. Jahrhundert zum größten Teil frei, Stadt und Land bildeten hier keinen schroffen Gegensatz, da Gewerbe und Industrie vielfach aus den Städten auf das Land hinausgewandert waren. Wiederholt war in Berlin der Gedanke erwogen worden, die rheinischen Besitzungen gegen andere Gebiete

---

[1]) Koser, Die Rheinlande und die preußische Politik (Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst XI, 187ff.).

[2]) Lehmann, Freiherr vom Stein I, 88ff.

auszutauschen. Ähnliche Stimmungen beherrschten die preußische Regierung, als ihr 1815 in Wien bei der Wiederherstellung des europäischen Staatensystems infolge eines Vorschlags von Talleyrand ganz Rheinland und Westfalen an Stelle des von ihr gewünschten Königreichs Sachsen zuerkannt wurden.

Die Rheinlande hatten in den letzten Jahrzehnten in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht der französischen Okkupation sehr vieles zu danken gehabt. Nicht nur war auf einen Schlag, was man aus eigner Kraft nie erreicht hätte, die alte Kleinstaaterei beseitigt, Einheitlichkeit und Einfachheit der Verwaltung durchgeführt und damit die unerläßliche Vorbedingung für ein Aufleben dieser Gebiete von innen heraus erst geschaffen worden, sondern die Gesetzgebung der Revolution hatte auch die kirchlichen Zehnten, Adelsprivilegien und Feudallasten beseitigt, die großen Gütermassen des Adels und der Toten Hand in den Verkehr gebracht, den Bauer zum völlig freien Grundbesitzer gemacht, die Rechtsgleichheit der Bürger und eine gleichmäßigere Verteilung der Steuerlast durchgeführt, und an Stelle des lokalen Zunftzwanges die gleiche Gewerbefreiheit in Stadt und Land gesetzt. Auf dem Gebiete des Rechts hatte sie ein einheitliches Zivil-, Kriminal- und Handelsrecht gebracht, sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafprozesses und die Geschworenengerichte begründet. Die Fremdherrschaft hatte ferner zwar schwere Kriegs- und Steuerlasten, aber doch auch große wirtschaftliche Fortschritte herbeigeführt. Für Straßen und Verkehrswesen wurde zum ersten Male wieder seit den Tagen der Römer von Staats wegen in großem Stil gesorgt. Ein weites Absatzgebiet für Gewerbe und Industrie war eröffnet, und die planmäßige Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse trat nach 1800 überall vorteilhaft in die Erscheinung. Ausgezeichnete Verwaltungsbeamte, wie die Präfekten Ladoucette und Lezay-Marnésia, erwarben sich damals durch eine Tätigkeit von nur wenigen Jahren einen glänzenden Ruf, der bei der gesamten Bevölkerung der Rheinlande noch auf Dezennien vorhielt. Daß es eine ausländische Regierung war, der man solche Vorteile verdankte, konnte damals die Genugtuung über die Vorteile selbst wenig beeinträchtigen. Ein Irrtum war es allerdings, wenn französische Optimisten im Jahre 1801 die Ansicht äußerten, daß die Rheinländer in ihrer großen Mehrheit geradezu französisch gesinnt

seien.[1]) Es fehlte vielmehr überhaupt an einer von nationalen Gesichtspunkten beeinflußten Gesinnung. Nationales Empfinden war in ganz Deutschland während des 18. Jahrhunderts kaum vorhanden gewesen. Erst seit 1791 kam es in einzelnen Persönlichkeiten zur Selbstbesinnung;[2]) es entwickelte sich anfänglich nur in kleinen Kreisen, seit 1806 allgemeiner aus dem glühenden Haß gegen den Unterdrücker Napoleon; im Befreiungskrieg schlug es dann in mächtiger Flamme weit durch die deutschen Lande empor. Und da fand der Ruf nationaler Wiedergeburt auch sofort in den Rheinlanden lebhaften Widerhall; mit wenigen Ausnahmen freute man sich 1814, nun wieder deutsch zu werden. Erwägt man, daß diese rheinischen Gebiete keinerlei politischen Mittelpunkt besaßen, daß sie in ihrer Wehrlosigkeit beim Einbruch der französischen Heere zunächst von ihren eigenen Fürsten, dann 1795 von Preußen, 1798 und 1801 auch von Österreich und dem alten Kaisertum preisgegeben wurden, und daß eine selbständige politische Parteibildung unter der scharfen Aufsicht der fremden Regierung eine Unmöglichkeit gewesen wäre, selbst wenn die großartige politische Kraft des französischen Staatswesens einen weniger überwältigenden Eindruck auf die Bewohner gemacht hätte, so wird man das Verhalten der Rheinlande in diesen für das nationale Empfinden so schmerzlichen Jahrzehnten erklärlich finden.

Bedenken gegen die Aufnahme gerade in den preußischen Staat waren 1815 allerdings am Rheine selbst auch vorhanden. Man sollte fortan einem durch die lange Kriegszeit wirtschaftlich sehr geschwächten Staat angehören, von dessen Körper man örtlich durch die zwischenliegenden Staaten Hessen und Hannover weit getrennt war. Weniger wurde anfänglich der konfessionelle Gegensatz zwischen dem protestantischen preußischen Staat und der vorwiegend katholischen Bevölkerung am Rhein empfunden. Konfessionelle Gesichtspunkte spielten damals bei der Gleichgültigkeit gegenüber dogmatischen Unterscheidungslehren, welche die deutsche Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts und die verständige Toleranz des französischen Kaiserreichs entwickelt hatte,

---

[1]) Vgl. L. Levy-Schneider, Les habitants de la rive gauche du Rhin sous le premier empire in der Revue 'La Révolution française' 21 (Paris 1902) S. 143 ff. — Die Stimmung der Rheinländer beschreiben u. a. die Jugenderinnerungen Alfred v. Reumonts (hrsg. von H. Hüffer 1904, S. 51 ff.).

[2]) W. Wenck, Deutschland vor hundert Jahren II (1890), 215 ff.

keine wesentliche Rolle. Zudem waren die führenden Kreise in Handel und Industrie doch auch hier vorwiegend protestantisch und an einträchtiges Wirken mit der aufgeklärten katholischen Bevölkerung gewöhnt. Dagegen hatte man die schwankende, zweideutige Politik Preußens im Zeitalter der Revolutionskriege am Rhein mit kritischem Auge verfolgt. Und der innere Gegensatz zwischen preußischem und rheinischem Wesen war offenkundig genug. Aber in einer Hinsicht schien sich doch gerade jetzt eine Annäherung der beiden Gruppen anzubahnen.

In den rheinischen Territorien war bis zur französischen Zeit die Beteiligung an der Landesregierung, welche am Ende des Mittelalters die privilegierten Stände, Adel, Geistlichkeit und Städte, allerwärts errungen hatten, bestehen geblieben. Während des 17. und 18. Jahrhunderts, wo im Westen wie im Osten überall der fürstliche Absolutismus durchgeführt worden war, hatte sich am Rhein die landständische Verfassung erhalten. Hier, wo in keinem der zahlreichen Staatengebilde ein kräftiger Fürst den Einheitsstaat mit seinen umfassenden politischen und kulturellen Aufgaben anstrebte, wo man vielmehr in den zersplitterten Ländern und Ländchen sich im wesentlichen mit wirtschaftlichem Abschluß nach außen begnügte, war der dualistische Ständestaat die politische Signatur bis 1794 geblieben. Alljährlich versammelten sich auf den Landtagen der einzelnen Territorien die Stände, prüften die neuen Gesetzvorlagen und bewilligten nach Bedarf die Steuern. In den Reichsstädten Köln und Aachen war die Selbstverwaltung erst recht erhalten geblieben. Sogar in dem alten preußischen Besitz am Rhein, im Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark, war es den preußischen Kurfürsten und Königen nicht gelungen, wie in ihren östlichen Gebieten über die dem Absolutismus im Wege stehenden ständischen Einrichtungen hinwegzuschreiten. Dieses Fortbestehen der Landstände hatte in jenen Jahrhunderten zwar dem Lande eine Vertretung gegenüber den Fürsten gesichert, sonst aber die politische Schwäche und Rückständigkeit dieser Territorien nur vermehrt. Die absolute Monarchie hat da, wo sie die ständische Vertretung unterdrückte, auf dem Wege des Zwanges die Völker einer höheren Kulturstufe entgegengeführt, der Durchgang der Staaten durch die Form des Absolutismus ist unerläßlich gewesen. Nur die hochgesteigerte Krongewalt hat den Schutt früherer

ahrhunderte wegzuräumen vermocht, insbesondere auch jene eng-
rzige und egoistische Haltung der Landstände, die statt des Wohles
r Länder je länger je mehr nur noch ihre eigenen Privilegien
hützten und den Weg zum modernen Kultur- und Einheitsstaat ver-
errten. Was aber für die rheinischen Gebiete nach dieser Richtung
ı Hindernis gewesen war, ihr Verharren in der älteren Staats-
tem, gewann noch einmal eine gewisse Bedeutung, als mit dem
ide des 18. Jahrhunderts der fürstliche Absolutismus seine historische
ıfgabe vollendet hatte und es sich nun darum handelte, für die
mer weiter ausgreifenden Ziele des modernen Staats neben dem
echanismus der Bureaukratie wiederum die selbständige Mitwir-
ng des Volkes für das öffentliche Leben nutzbar zu machen. In
reußen war dieser Augenblick im Jahre 1806, beim Zusammenbruch
r absoluten Monarchie in der Schlacht von Jena, gekommen. Der
eiherr vom Stein, der es unternahm, die Fundamente für den
euaufbau des preußischen Staates durch die selbständige Mitarbeit
s Volkes an der inneren Politik, durch Selbstverwaltung und Anteil
der Gesetzgebung zu legen, stützte sich dabei in wesentlichen Punkten
f Beobachtungen gesunder Elemente ständischen Wesens, die er
rz vor der französischen Okkupation der Rheinlande um das Jahr
90, während seiner Tätigkeit bei der preußischen Kriegs- und
omänenkammer in Cleve gemacht hatte.[1]) Seitdem hatte dann
erdings die Fremdherrschaft am Rhein ganz andere Einrichtungen
rchgeführt. Die französische Direktorialverfassung vom Jahre 1795
ınte keine ständischen Korporationen zu eignem Recht mehr, sondern
begründete eine aus Wahlen hervorgehende Repräsentation des
lkes, wobei jeder Abgeordnete, wenn auch das aktive wie das
ssive Wahlrecht an einen Steuerzensus geknüpft war, die Interessen
: Gesamtheit der Staatsbürger, nicht mehr die eines einzelnen
andes zu vertreten hatte. Die Napoleonische Verfassung von 1799
hielt die Einrichtung im Prinzip bei, mochte sie auch die Wahlen
n Gesetzgebenden Körper durch Ernennungen seitens des Senats auf
und der von den Bürgern aufgestellten nationalen Listen ersetzen.
ne solche auf der Beseitigung privilegierter Stände, auf dem Prinzip
: staatsbürgerlichen Gleichheit beruhende Volksvertretung entsprach

[1]) Lehmann, a. a. O. I, 97 ff.

den am Rhein schon längst vorbereiteten und nun auch tatsächlich durchgeführten sozialen Verhältnissen; die alten ständischen Unterschiede wurden durch die französische Regierung radikal beseitigt. Rheinische Deputierte nahmen als Volksvertreter an den Departementsräten und am Gesetzgebenden Körper in Paris teil. Und wenn es sich bei der Aufstellung der Listen hier, im eroberten Lande, auch fast immer nur um den Schein der Freiheit handelte, so bestand doch die Institution als solche zu Recht; der Rechtsstaat nach dem Muster der französischen Verfassung war am Rhein bis zum Jahre 1814 in Geltung.

Nun wurde man Preußen einverleibt. Der Staat Preußen war unter Steins Führung in den Jahren 1807—1813 gleichfalls in die Bahn eingelenkt, welche dem Volk einen Anteil an seiner Regierung verschaffen sollte. Im wesentlichen das nämliche, was am Rhein durch die Hand des fremden Eroberers einfach statuiert worden war, hatte die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung für Preußen erstrebt, aber nur teilweise durchzuführen vermocht. Über die Form des Anteils, der dem Volk an der Regierung gewährt werden sollte, war noch nichts bestimmt. Stein selbst hatte den Rahmen sehr weit gespannt; jeder Staatsbürger, „er besitze hundert Hufen oder eine, er betreibe Landwirtschaft oder Fabrikation oder Handel, er habe ein bürgerliches Gewerbe oder sei durch geistige Bande an den Staat geknüpft", sollte nach seiner Ansicht das Recht zur Repräsentation haben. Der König Friedrich Wilhelm III. selbst hatte 1810 dem preußischen Staat eine „zweckmäßig eingerichtete" Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze zugesagt. Während der Verhandlungen des Wiener Kongresses 1814 bemühte sich Preußen ganz besonders um die Verleihung von Verfassungen an die Völker der verschiedenen deutschen Staaten; es war wesentlich sein Verdienst, wenn die Wiener Bundesakte vom Jahre 1815 ausdrücklich bestimmte, daß in den einzelnen Staaten Verfassungen eingerichtet werden sollten. So war der Ruf Preußens im Jahre 1815 der eines Staatwesens, von dem nicht nur die nationale Wiedergeburt ihren Ausgang genommen, sondern das sich auch für die innere Verwaltung den Ideen des Verfassungsstaates erschlossen hatte. Äußerungen von Görres im 'Deutschen Merkur' und von anderen zeigen, wie sehr man sich dessen am Rhein bewußt war, und wie dieses Bewußtsein anfänglich den Anschluß

an das fremde Staatswesen erleichterte, von dem man ein großes, für die übrigen deutschen Staaten vorbildliches Beispiel „liberaler und dauerhafter Institutionen" erwartete.[1]) Im Augenblick der Besitzergreifung, am 5. April und 22. Mai 1815, in demselben Augenblick, wo er eine schriftliche Verfassungsurkunde für ganz Preußen zusagte, versprach nun König Friedrich Wilhelm III. den Rheinländern, daß sie fortan in dreifacher Weise an der Repräsentation des Volkes teilnehmen sollten. Sie sollten dem Bedürfnis der Zeit gemäß eingerichtete Provinzialstände erhalten; sie sollten ferner ihre Stelle finden in der für den ganzen Staat zu schaffenden Volksvertretung, der Landesrepräsentation, die, aus den Vertretern der Provinzen gewählt, ihren Sitz in Berlin haben und deren Wirksamkeit sich auf alle Gegenstände der Gesetzgebung erstrecken sollte, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger einschließlich der Besteuerung betrafen; endlich sollten die Steuern fortan mit ihrer Zuziehung nach einem allgemeinen, für den ganzen Staat zu entwerfenden Plan reguliert und festgestellt werden. Über die Art, wie die Vertretung des Volkes zusammengesetzt sein sollte, war nichts Bestimmtes gesagt; die Worte 'Repräsentation' und 'Stände' waren in den verschiedenen Äußerungen des Königs in unklarer Mischung verwendet. Aus den die Zeit bewegenden Ideen heraus, aus einer Kabinetsordre vom 10. Juli 1809 an die ostpreußischen Stände und nach den wenn auch rudimentären Versuchen einer nationalen Repräsentation in Preußen während der Jahre 1811 und 1812[2]) war aber keine andere Deutung möglich, als daß es sich um eine durch Wahlen bewirkte eigentliche Volksvertretung im neuen Sinn, nicht um ein Zurückgreifen auf die altständische Verfassung handeln könne.[3])

Der König hat die Erfüllung seiner Versprechungen sowohl dem Rheinland wie den anderen Provinzen gegenüber zuerst verzögert, dann im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Reaktion nach der Begründung der Heiligen Allianz von 1818, welche Preußen

[1]) Vgl. besonders die (gegen Schmalz gerichtete) Schrift des Gouvernementsrats Koppe in Aachen 'Die Stimme eines preußischen Staatsbürgers in den wichtigsten Angelegenheiten dieser Zeit' (Köln 1815) S. 66.

[2]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, 374, 378.

[3]) Rühl, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Friedrich Wilhelms III., Bd. II. S. XIII ff. Vgl. auch Mevissens Ausführung aus dem J. 1847 in Bd. II, 296.

mit den Mächten des Beharrens eng verband, und nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 überhaupt verweigert. Die authentische Interpretation dieser Wandlung hat später sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. gegeben.[1]) Die Erfahrungen, welche der König bald nach dem 22. Mai 1815 in anderen Ländern wahrnahm, bewogen ihn danach, die Deutung seiner Versprechungen in reifliche Überlegung zu ziehen. „In Erwägung der heiligen Pflichten seines Berufs beschloß er, sein Wort zu erfüllen, indem er, von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung um des wahren Heils seines Volkes willen sich fern haltend, mit Ernst und Überlegung den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volkstümlichkeit entsprechenden Weg einschlug. Das Ergebnis war die provinzial- und kreisständische Verfassung vom Jahre 1823. Sie hat eine auf deutschem Boden wurzelnde geschichtliche Grundlage, die Grundlage ständischer Gliederung; sorgfältig ist ein die freie organische Entwicklung hinderndes Abschließen der natürlichen Stände des Volkes auf der einen und ein Zusammenwerfen derselben auf der anderen Seite vermieden worden."

Während also in den Jahren nach 1815 die süddeutschen Staaten Baden, Württemberg, Bayern und mehrere mitteldeutsche Kleinstaaten den Bestimmungen der Wiener Bundesakte gemäß repräsentative Verfassungen, und zwar in mehr oder weniger enger Anlehnung an das französische Vorbild, auf der Basis eines Steuerzensus durchführten, sah das nach der gewaltigen Erhebung des Befreiungskriegs von den politischen Fortschrittsgedanken erschöpft zurücktretende Preußen von der Einrichtung einer allgemeinen, einheitlichen Volksvertretung grundsätzlich ab. Der preußische König versagte der vom Freiherrn vom Stein begonnenen Reformbewegung den Fortgang, er neigte zunächst wieder einer absolutistischen Staatsauffassung zu, die dem Volk eine tätige Mitwirkung unmittelbar beim Throne, an der Zentralstelle des öffentlichen Lebens versagte, den Mittelpunkt der Regierung des Staats vielmehr vom Volke durchaus unabhängig wissen wollte. Die von der Regierung erstrebte Einheit des Staates in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sollte

[1]) In dem preußischen Huldigungsabschied vom 9. September 1840.

nur durch die überlegene Weisheit der Krone und ihres Beamtenapparats dargestellt werden; bei dem Ausgleich der Interessen der verschiedenen, miteinander zu verschmelzenden Landesteile sollte das Volk nicht mitzureden haben. Dagegen wurde im Geist der alten Vorliebe Preußens für provinzielle Sonderung dem Volke in den einzelnen Provinzen des Staates eine bescheidene, aber von dem Gutdünken des Monarchen abhängige politische Mitwirkung für lokale Fragen zugestanden. Wie sich die österreichische Regierung unter Metternichs Führung berechtigt hielt, die Erfüllung des Verfassungsversprechens von 1815 darin zu sehen, daß sie auf die alten landständischen Verfassungen der einzelnen Kronländer zurückgriff, die Staatseinheit aber nur in der monarchischen Spitze mit ihrer Bureaukratie zur Geltung brachte, so verzichtete auch Preußen darauf, durch einheitliche Zusammenfassung des Volkswillens dem neuen Staate organische, bindende Kräfte zuzuführen. Einsichtige Männer hatten zwar schon vorher darauf hingewiesen, daß die einzelnen Provinzen je selbständiger sie sich fühlten, ohne innerlich mit dem Mittelpunkt verbunden zu sein, um so leichter bei einer etwaigen neuen europäischen Krise an eine andere Macht übergehen würden. Mevissen, dessen Jugendzeit mit dieser Entwicklung genau zusammenfiel, faßte später, im Jahre 1847, sein Urteil dahin zusammen, daß die reaktionäre Richtung, der die altrömische Maxime Divide et impera geläufig war und bei ihren provinziellen Sonderungstendenzen vorschwebte, damals eine Saat von Drachenzähnen ausgestreut habe, und daß es nur dem nicht nach Trennung, sondern nach Vereinigung mit Allgewalt drängenden Zeitgeiste zuzuschreiben sei, wenn diese Saat nicht zum Verderben des Staats aufgegangen war.[1]) Der König aber, der sich dem Wahn von der Existenz eines Netzes geheimer Verbindungen zum Zweck des Umsturzes hingab und im eigenen Volke ohne jeden wahren Grund einen Herd revolutionärer Pläne und republikanischer Neigungen erblickte, hielt die Gefahr einer Mitwirkung des Volkes an seiner Regierung für die bedenklichste. Von den beiden Tatsachen, daß der preußische Staat durch seine Fürsten groß geworden war, seinem Volk aber die Rettung vom Untergang

[1]) Vgl. die Ausführungen Mevissens zur Sache aus dem Jahre 1847 Bd. II, 211.

verdankte, glaubte die Regierung nur der einen entsprechenden Einfluß auf die Neugestaltung des Staatswesens gewähren zu sollen. Und sie verlangte, daß bis auf weiteres das Volk in den Provinzialständen, die sie ihm nach achtjährigem Warten am 5. Juni 1823 einrichtete, die Erfüllung jener feierlichen älteren Versprechungen des Monarchen erblicke, die den formalen Rechtsgrund für die politischen Volkswünsche bildeten. Wann eine Berufung der allgemeinen Reichsstände erforderlich sein werde, und wie diese dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollten, darüber behielt der König sich weitere Bestimmungen vor. Noch am 17. Januar 1820 hatte er zwar in einer Verordnung über das Staatsschuldenwesen zur Beruhigung der Gläubiger des Staates erklärt, daß er dieses den Reichsständen unterordnen wolle, und daß neue Anleihen nur unter Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen alljährlich zusammentretenden reichsständischen Versammlung aufgenommen werden sollten. In Wirklichkeit hat er aber solche Bestimmungen bis zu seinem im Jahre 1840 erfolgten Tode nicht getroffen und dem durch die jüngsten politischen Bewegungen in den Völkern Europas erwachten Verlangen nach lebendiger Einheit großer nationaler Staatswesen für den eigenen Staat keine Rechnung getragen.

Keinem Zweifel aber konnte es unterliegen, daß die Provinzialstände, die somit bis 1840 die einzige politische Vertretung des preußischen Volkes bildeten, etwas ganz anderes und viel weniger darstellten, als 1815 verheißen worden war. Die in den einzelnen Provinzen begründeten Provinzialstände gingen zwar aus Wahlen hervor, aber das aktive und passive Wahlrecht war ausschließlich an den Grundbesitz geknüpft, und besondere Klauseln sorgten dafür, daß nur ein bevorzugter Teil der Grundbesitzer in Stadt und Land dieses Recht in Wirklichkeit ausüben konnte. In allen politischen Fragen war den Ständen nur eine beratende Stimme zuerkannt; von einem Steuerbewilligungsrecht war keine Rede mehr. Wie die Einberufung der Provinziallandtage dem Gutdünken der Regierung überlassen, ihnen keinerlei Periodizität eingeräumt war, so lag es faktisch auch im Belieben der Regierung, welche Vorlagen sie einbringen wollte.[1]

[1] Über die Willkür auf diesem Gebiete vgl. A. Arndt, Der Anteil der Stände an der Gesetzgebung in Preußen 1823—48. (Archiv für öffentl. Recht XVII (1902), 570 ff.).

Die drei aus je 25 Mitgliedern zusammengesetzten Stände der Ritterschaft, der Städte und der ländlichen Grundbesitzer, denen am Rhein durch Gesetz vom 27. März 1824 als ein besonderer erster Stand noch vier Fürsten, vormalige unmittelbare Reichsstände, zugesellt wurden, hatten ferner nicht nur die allgemeinen Interessen der Provinz, sondern auch ihre besonderen Standesinteressen wahrzunehmen, und dieser mit jeder ständischen im Gegensatz zur repräsentativen Verfassung naturgemäß verbundene Gesichtspunkt entwickelte sich im Einverständnis mit der Regierung bald so stark, daß im Jahre 1847, bei der Eröffnung des Vereinigten Landtages, König Friedrich Wilhelm IV. die Stände geradezu als die berufenen Vertreter ihrer Sonderinteressen anreden konnte. Es überwog dabei einseitig das Interesse des Adels, der wenigstens im Osten die ländlichen Grundbesitzer fast stets zu leiten vermochte; die städtischen Interessen kamen daneben kaum zur Geltung, da zu allen Beschlüssen eine Zweidrittel-Majorität erforderlich war. Adel und Bureaukratie, die beiden einst durch die preußische Reformgesetzgebung von 1807—1810 beschränkten Inhaber der alten Privilegien, erhoben sich durch diese vom Geist romantischer Reaktion getragene politische Einrichtung wieder zur führenden Stellung, der Gedanke der Privilegierung einzelner gegenüber dem gemeinen Recht wurde wieder lebendig. Und wie dieser Gedanke dem Geist des modernen Verfassungswesens, der Idee der staatsbürgerlichen Einheit widersprach, so nicht minder das Geheimnis, mit dem diese ganze ständische Vertretung umgeben war. Die Verhandlungen der Landtage waren geheim, nur das Resultat durfte veröffentlicht werden, und die seit 1819 wirksame Preßzensur sorgte dafür, daß die Zeitungen keinerlei Mitteilungen bringen konnten, die nicht von der Regierung ausdrücklich zugelassen waren.[1])

So erhielt das innere preußische Staatswesen seit 1823 eine Gestalt, die von den Erwartungen wesentlich abwich, mit denen man sich am Rhein im Jahre 1815, bei der Übernahme des Landes durch die preußische Krone, getragen hatte. Man hatte sich in den ersten Jahren der Restauration, in denen das während der Freiheitskriege aufgeblühte politische Leben des deutschen Volkes durch die Regierungen

[1]) Die provinzialständische Verfassung und die Verwirrung der in ihr durchgeführten Prinzipien hat Mevissen im Jahre 1847 eingehend dargelegt (Bd. II S. 203ff.).

planmäßig wieder in Schlummer versetzt wurde, auch am Rhein mit den Fragen der künftigen Verfassung vielfach beschäftigt. Allerdings hatte sich, da noch kein Organ für die politische Vertretung in Provinz und Staat existierte, eine einheitliche Ansicht seither nicht bilden können. Politischer Sinn hatte sich während der Franzosenzeit wohl auch hier einigermaßen entwickelt. Die auf staatlichem Wege herbeigeführte Umwälzung der bestehenden Zustände im politischen und wirtschaftlich-sozialen Leben mußte schon durch die gewaltsame Störung vieler hergebrachten Einrichtungen diesen Sinn erwecken. War unter dem Napoleonischen Regiment an selbständige Betätigung desselben nicht zu denken gewesen, so hatte sich doch der dritte Stand als Träger der Idee eines allgemeinen, an den Staatsaufgaben teilnehmenden Bürgertums auffassen gelernt und Stellung zu den politischen Ideen der Revolution genommen; in Lesegesellschaften und ähnlichen Vereinigungen kam das zur Geltung. Die durch den Wiener Kongreß bewirkte neue Störung bestehender Verhältnisse konnte nur in demselben Sinne wirken. Was aber in den nächsten Jahren an Äußerungen politischer Wünsche am Rhein laut wurde, offenbart nur vereinzelt ein positives Verlangen nach dem Aufgreifen der französischen Verfassung, deren Träger die Notabeln gewesen waren, die besitzende Klasse, welche sich nach Beseitigung der Standesvorrechte aus den verschiedenen wohlhabenden Elementen des Landes gebildet hatte. Ihr Einfluß war in den Rheinlanden doch nicht stark genug gewesen, um eine geschlossene Gruppenbildung zu bewirken. Es war das nicht wunderbar, da man hier doch nur die Napoleonische Verfassung näher kennen gelernt hatte, durch welche die Volksrechte zugunsten der Konzentration der Staatsgewalt in der Hand des Kaisers stark beschränkt worden waren. Die Übertragung wesentlicher Elemente der französischen Verfassung auf die heimischen Zustände, wie sie nach 1815 in Süddeutschland erfolgte und für die Entwicklung des dortigen Liberalismus, seiner Anschauungen von Volkssouveränetät und Parlamentarismus entscheidend wurde, fand im Rheinland nur vereinzelte Fürsprecher.[1]) Dagegen erstrebte der Adel am Niederrhein im Jahre 1818 eine territorial gefärbte politische Rückbildung im Sinne

[1]) Der oben S. 205 Anm. 1 erwähnte Koppe z. B. vertrat den Gedanken eines an eine mäßige Steuerquote geknüpften gleichen Wahlrechts (a. a. O. S. 69).

der alten privilegierten Ständeverfassung. Durch die Güterteilung in der französischen Zeit war die Geburtsaristokratie am Rhein sehr geschwächt und mit wirtschaftlichen Sorgen so stark belastet worden, daß ihr Sehnen nach den Zuständen vor der Revolution begreiflich war; ihre Bestrebungen fanden eine Stütze am Kronprinzen.[1]) Aber gegen diesen, dem Zeitgeist und den bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen widersprechenden Rückfall in die alten Zustände der Feudalzeit war die öffentliche Meinung einmütig. In den Jahren 1817 und 1818 empfahlen die Städte Trier, Köln, Koblenz, Cleve, und nicht minder eine allgemeines Aufsehen erregende Bewegung, welche sich an die von J. Görres veranlaßte Koblenzer Adresse vom Jahre 1818 knüpfte,[2]) übereinstimmend die Bildung einer neuen Volksvertretung nach den durch gemeinsame wirtschaftliche oder geistige Interessen gegliederten neuen Berufsständen, die sich infolge der Durchführung der Rechtsgleichheit und Gewerbefreiheit gebildet hatten. Es schwebte also eine Vermittlung zwischen den älteren Zuständen und den neuen Verhältnissen,[3]) eine berufsständische Volksvertretung in dem Sinne vor, daß die gewählten Abgeordneten dieser 'freien', d. h. jedem zugänglichen, nicht durch Geburtsprivilegien beschränkten Stände das Wohl der Allgemeinheit, nicht das Sonderinteresse der Wählergruppe wahrzunehmen hätten. Diese in unseren Tagen wieder vielfach erörterte Absicht, die Gliederung des Volkes in Berufsstände für das staatliche Wohl zu verwerten, war am Rhein schon während der Franzosenzeit mehrfach erwogen worden, sie war auch in Preußen bei den Vorarbeiten zu den großen Reformen des Freiherrn vom Stein zum Ausdruck gekommen.[4]) Man darf sie wohl als die volkstümlichste Ansicht von der neuen Volksvertretung in den an politischen Gedanken teilnehmenden Kreisen des Rheinlandes betrachten, soweit sich hier der allgemeine Wunsch nach politischen Rechten zu einer präziseren Vorstellung verdichtete. Die allgemeine Repräsentation für den ganzen Staat stand dabei durchaus im Vordergrund; die Ansicht der Rheinländer,

---

[1]) Treitschke a. a. O. II, 299, 455; III, 78, 130, 232.

[2]) Benzenberg, Über Provinzialverfassung II (1821), 192ff.; Görres, Deutschland und die Revolution² 1819 S. 139, 169. Vgl. oben S. 152.

[3]) Treitschke geht irre, wenn er (II, 456; III, 130) in diesen Bestrebungen die einfache Wiederherstellung überwundener altständischer Zustände erblickt.

[4]) Im Jahre 1808 durch den Schlesier Rhediger (Lehmann a. a. O. II, 519).

so verschieden sie im übrigen sein mochte, war anfänglich einig in der Abweisung provinzieller Sonderung.

Diese Gedanken verloren durch die Entscheidung der Regierung vom Jahre 1823 zunächst alle praktische Bedeutung. Die Publizität der öffentlichen Angelegenheiten durch Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung wurde versagt; der Presse wurde durch die Zensur die Möglichkeit der öffentlichen Besprechung genommen. Die Empörung über die Karlsbader Beschlüsse 1819 wandelte sich infolgedessen auch hier, wo von allen Provinzen der Ruf nach Volksvertretung am lautesten hervorgetreten war,[1]) bald in politische Lethargie um. Für keine der acht preußischen Provinzen stellte die Provinzialverfassung mit ihren unbedeutenden Kompetenzen und ihrer Beschränkung auf die einzelne Provinz einen so fühlbaren Rückschritt dar, wie für die Rheinlande. Was den Provinzialständen an Rechten zugebilligt wurde, war viel weniger, als die in den rheinischen Territorien bis zur französischen Zeit bestehenden alten Stände besessen hatten. Aber die politische Unlust war am Rhein wie sonst schon 1823 so stark, daß über die Provinzialverfassung öffentlich nur wenig gehandelt wurde. Die erneute Privilegierung des Grundbesitzes war hier, wo die Industrie und der bewegliche Besitz neben dem Grundbesitz schon eine hervorragende soziale Bedeutung besaßen und einen sehr erheblichen Teil der Steuerkraft repräsentierten, besonders unzeitgemäß. Die freie Teilbarkeit von Grund und Boden war, durch die besonderen Verhältnisse der agrarischen Betriebsformen und des Verkehrs seit Jahrhunderten angebahnt, rechtlich und tatsächlich vollzogen, Grund und Boden war zur Ware geworden. Das Bewußtsein, daß die entscheidende Triebkraft für die moderne Gestaltung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens nicht mehr im Grundeigentum beruhe, war hier in weiten Kreisen vorhanden. Die Scheidung in Ritterschaft, städtische Bürger und ländliche Grundbesitzer widersprach dem schon eingewurzelten Streben nach Einheit der Staatsbürger, mochte auch die Möglichkeit, 'Ritter', d. h. Rittergutsbesitzer, zu werden, nun nicht mehr ausschließlich auf die Geburt beschränkt sein, sondern jedem genügend wohlhabenden Bürger dadurch offen stehen,

---

[1]) A. Stern, Die preußische Verfassungsfrage 1817, in der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft IX (1893), 62, 66, 97.

daß er sich durch Kauf in den Besitz eines Rittergutes setzte.[1]) Die am Rhein durchgeführte französische Gemeindeverfassung kannte ferner keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Stadt und Land mehr; in den Generalräten der Departements waren ländliche und städtische Interessen gemeinsam durch gewählte Notabeln vertreten worden.

Von selbst wurde nun aber die Regierung darauf hingewiesen, ihre dem Geist der neuen Provinz widerstreitende Politik vorwiegend mit Beamten durchzuführen, die den östlichen Provinzen entstammten; denn für die Vertretung ihrer Anschauungen war am Rhein kein Beamtenmaterial vorhanden. Das selbstbewußte, vielfach herrische Auftreten, das sich das Deutschtum im slavischen Osten als wirtschaftlich, geistig und politisch überlegene Kulturmacht angewöhnt hatte, wurde nun auch nach dem alten Kulturland am Rhein übertragen und verhinderte die Assimilierung dieser Gebiete um so mehr, als man hier die Zurücksetzung der einheimischen Persönlichkeiten schon als schwere Kränkung empfand. Dieser Gegensatz und die Enttäuschung über den allgemeinen Gang der inneren Politik bis 1823 führten zu einer Entfremdung zwischen den Rheinlanden und ihrer neuen Regierung. Denn auch von den allgemeinen deutschen Gedanken und Hoffnungen, die dem Freiherrn vom Stein als Krönung seiner konstitutionellen Pläne vorgeschwebt hatten und die durch den gemeinsamen deutschen Krieg gegen Frankreich auch im Volke lebendig geworden waren, war nicht mehr die Rede, seit sie in der Aufrichtung des Deutschen Bundes im Jahre 1815 ihre unvollkommene Ausprägung erhalten hatten. Gerade diese Stimmungen hatten aber am Rhein Boden gefunden. Man war hier, indem man preußisch wurde, vor allem deutsch geworden. Der volkstümliche deutsche Gedanke wurde nun verpönt in jenem Zeitalter der Demagogenhetze, der Verfolgung der Turner und der Burschenschaft, der Maßregelung der an der neuen Bonner Hochschule wirkenden Lehrer, die wie Ernst Moritz Arndt als Propheten des Deutschtums allseitige Verehrung genossen. Indem die Regierung diese Männer und Gruppen revolutionärer Umtriebe beschuldigte, verschwendete sie lange und wichtige Jahre hindurch Kraft und Zeit auf die Verfolgung haltloser Hirn-

[1]) Der Verkauf adeliger Güter unterlag in Preußen seit der Gesetzgebung von 1807—1810 keiner Beschränkung; die Rittergutsbesitzer waren somit eine Art von Bindeglied zwischen Adel und Bürgertum.

gespinste, statt sich dem wahren Wohl und Fortschritt des Staates zu widmen und die gährenden politischen Gedanken der großen Zeit der Befreiungskriege in eine lebenskräftige Form zu bringen.

Die Spannung zwischen der Regierung und der Bevölkerung der Rheinprovinz wurde verstärkt dadurch, daß nach mehrjährigen beunruhigenden Vorbereitungen die Regierung vom Jahre 1821 an die rechtlichen Institutionen der Provinz umzugestalten begann. Die Fremdherrschaft hatte, wie erwähnt wurde, den Rheinlanden Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Prozeßverfahrens nnd die Geschworenengerichte gebracht, und beide Einrichtungen waren den Einwohnern seitdem völlig vertraut geworden. Hinter verschlossenen Gerichtstüren witterte man Betrug und Übergriffe der Verwaltung auf das Gebiet der Justiz. Das Geschworenengericht, das selbst den süddeutschen Liberalen vielfach noch als zu weitgehend für die unreife Zeit erschien, betrachtete der ausgeprägte rheinische Sinn für die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und sein Vertrauen auf das natürliche Rechtsgefühl als ganz selbstverständlich für die Beurteilung verbrecherischer Handlungen. Daß die Regierung ihrerseits den Wunsch hatte, auf dem Gebiet des Rechts Einheitlichkeit für das ganze Staatsgebiet durchzuführen, war erklärlich; nicht minder, daß sie das auf Friedrich den Großen zurückgehende Landrecht vom Jahre 1794 für geeignet zu diesem Zwecke hielt. Aber dieses preußische Landrecht wies einen seltsamen Widerspruch zwischen seiner dem Ideenkreis der Aufklärung entstammenden Einleitung und vielen seiner Einzelbestimmungen auf. Zu diesen gehörte vor allem ein starkes Maß von Unfreiheit der ländlichen Verhältnisse gegenüber den adeligen Grundherren, das dem Prinzip der Rechtsgleichheit zuwiderlief. Das Landrecht bevorzugte ferner das geheime, schriftliche Prozeßverfahren. Gegen die Geschworenengerichte aber hatte der König ein so starkes Mißtrauen, daß er fast grundsätzlich die durch die rheinischen Assisen zum Tode verurteilten Verbrecher begnadigte.[1]) Vor allem hielt er diese Gerichte bei politischen Verbrechen und bei Dienstvergehen der Beamten für unbrauchbar. Eine Kabinetsordre vom 6. März 1821, die am 2. August 1834 noch verschärft wurde, entzog beide Gruppen den Geschworenengerichten. Die Annäherung der rheinischen Justizverhältnisse an die altpreußischen

---

[1]) Regierungs-Präsident v. Ladenberg d. d. Trier, 1. Februar 1836.

Zustände, wie sie besonders durch den Direktor im Justizministerium Kamptz erstrebt wurde, lief doch vor allem darauf hinaus, der Regierung einen Einfluß auf die Rechtsprechung zu sichern. Es waren dieselben Maßnahmen, mit denen gleichzeitig die österreichische Regierung die Herrschaft des französischen Rechts in der Lombardei bekämpfte und die Erbitterung der dortigen Bevölkerung großzog. Die Rheinländer waren in dieser Frage besonders empfindlich. Napoleon hatte einst das eigene System durchbrochen, indem er Spezialgerichtshöfe zur Verurteilung politischer Verbrecher einrichtete, und diese Willkür hatte dazu beigetragen, in den letzten Jahren der Fremdherrschaft am Rhein eine Gegenströmung gegen Frankreich zu entwickeln. Die Aufhebung dieser Ausnahmegerichtshöfe durch die preußische Regierung im Jahre 1815 hatte dann das Vertrauen auf die Rechtlichkeit der letzteren befestigt; jetzt beschritt sie die gleichen bedenklichen Wege und zwar zu einer Zeit, wo die Einsetzung besonderer Untersuchungskommissionen gegen die angeblichen Geheimbünde schon alle Gemüter erregte.[1]) Ein tiefes Mißtrauen bemächtigte sich infolgedessen der rheinischen Bevölkerung, und sie besaß für diese Frage des rheinischen Rechts eine geschlossene Vertretung im einheimischen Advokaten- und Richterstande, den die Regierung nicht, wie die Verwaltungsbeamten, durch altpreußische Elemente ersetzen konnte, weil diese des rheinischen Rechts unkundig waren. Die Provinz erfüllte sich so durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände mit der Überzeugung, daß sie, deren Bewohner niemals dem Absolutismus verfallen gewesen, das der französischen Staatsumwälzung verdankte Erbteil freiheitlicher Ideen, deren Aufnahme in den preußischen Staat durch Stein und Hardenberg angebahnt aber nachträglich wieder gehindert worden war, gegenüber der neuen Staatsregierung, ihren absolutistischen und altständischen Tendenzen bewahren müsse. Man konnte am Rhein leichter als in Altpreußen die Anerkennung französischer Errungenschaften mit der Gegenwart vereinen, da man hier einst im ersten hohen Schwung der Revolutionsepoche die modernen Einrichtungen übernommen hatte, während sich für Altpreußen mit allem Französischen die bittere Erinnerung an Jena und die darauf folgende Erniedrigung verknüpfte. Es entstand am Rhein eine Stimmung, die ein Politiker wie Benzen-

---

[1]) Mevissen hat diesen Gesichtspunkt 1847 eingehend erörtert (Bd. II, 264)

berg schon 1820 einmal dahin bezeichnete, daß man aus Patriotismus feindselig gegen die Regierung sei.[1]) Jenes Mißtrauen gegen das Volk, von dem die Regierung bei der Versagung der versprochenen Konstitution geleitet worden war, trat ihr nun aus dem Schoß des Volkes entgegen. Wie ein Mann erhob sich seit dem ersten Landtag von 1826 die ganze Provinz besonders dann, wenn dem Palladium des rheinischen Rechts eine Gefahr von seiten der Regierung drohte.

Was aber in dieser Lage an politischem Sinn am Rhein entwickelt wurde, war zunächst doch nur die Energie der Kritik und des Protestes, keine positiv schaffende staatliche Kraft. Für eine solche fehlte es zunächst an führenden Persönlichkeiten; dann aber hatten diese Lande ihre freiheitlichen Institutionen eben doch nicht aus sich selbst heraus entwickelt, sondern von einer fremden Macht übertragen bekommen. Sie waren Früchte einer Entwicklung, die nicht am Rhein, sondern im Frankreich des 18. Jahrhunderts vor sich gegangen war. Man hatte diese Früchte erhalten, ohne den Baum, an dem sie gewachsen, gepflanzt und gepflegt zu haben; man hatte geerntet, ohne das Feld, wie einst die Franzosen, mit seinem Blut zu düngen. Man empfand nicht, daß ein Volk die Schätze des Fortschritts, wenn sie lebendig sich auswirken sollen, durch eigene Kraft den Zuständen abringen muß, und so vertrat man den unzulänglichen, intransigenten Standpunkt, daß alles so bleiben sollte, wie es war; man betrachtete mit Mißtrauen und Spott alles, was von Preußen kam, und man führte einen fortgesetzten Defensivkampf gegen das Andringen preußischer, den modernen Geist einschnürender Institutionen. Besonders im Kreise der rheinischen Juristen verbreitete sich die Anschauung, man solle nicht mehr auf eine allgemeine Verfassung für den ganzen Staat hinwirken, weil man eine solche nur durch Preisgabe des heimischen Rechts werde erkaufen können. Durch die reaktionäre Politik der Regierung und die politische Unreife der Bevölkerung kam es unter diesen Umständen bis 1830 dahin, daß in der Tat am Rhein die 1815 vorschwebenden umfassenden politischen Ideale in einen provinziellen Partikularismus abgelenkt wurden, der sich

[1]) Briefe und Aktenstücke zur Gesch. Friedrich Wilhelms III. hrsg. v. Rühl III, 34.

gegenüber dem wiederauflebenden Geist der Bevormundung und polizeilichen Gewalt allerdings rühmen konnte, hohe Güter des politischen Lebens auf dem Gebiet von Freiheit und Recht zu bewahren, aber ohne daß dem allgemeinen Staatsleben daraus eine unmittelbare Förderung erwuchs. Es fand nur eine gelegentliche, durch die jeweiligen Eingriffe der Regierung veranlaßte Erörterung politischer Fragen statt, und die innere, dauernde Teilnahme des Bürgers am Getriebe des Staats wurde den Vertretern dieses frühesten rheinischen Liberalismus noch nicht zur drängenden Notwendigkeit.

Die geringe Wirkung, welche im Jahre 1830 die Julirevolution hier übte, läßt den politischen Zustand der Provinz klar erkennen. Daß unter ihrem Eindruck einzelne Persönlichkeiten ihrer Sympathie für französische Einrichtungen besonders laut Ausdruck gaben, bedeutete doch keineswegs, daß man zu entscheidendem Handeln geneigt war. Die Berichte der rheinischen Regierungsbehörden nach Berlin erklärten vielmehr einmütig, daß keinerlei Grund zu politischer Besorgnis vorlag. Den meist aus dem Osten stammenden Beamten fiel wohl der lebhafte Charakter der Rheinländer im allgemeinen auf, ihre Teilnahme für die großen Fragen und Interessen der Zeit und der gesellschaftlichen Verhältnisse, aber sie betonten, daß bei aller freisinnigen Beweglichkeit im ganzen genommen der Rheinländer doch zu hoch in der Bildung gestiegen sei, zu wenig die früheren Erfahrungen vergessen habe, zu sehr die sichernde Ordnung liebe und zu viele wichtige, durch Anarchie oder Reaktion tödlich zu verletzende Interessen besitze, als daß er den Besitz einer schützenden Regierung leichtfertig auf das Spiel setzen sollte.[1]) Die anarchischen Verhältnisse, die in Belgien durch die Revolution zunächst herbeigeführt wurden, wirkten noch besonders in diesem Sinne. So blieb die Revolution hier ohne stärkere politische Wirkung. Allerdings nahm, als sich Ende des Jahres 1830 von Berlin aus am Rhein das Gerücht verbreitete, die Regierung beschäftige sich mit dem Entwurf einer Verfassung,[2]) ein politisch besonders stark angeregter Kopf, der Kaufmann David Hansemann in Aachen, die Gelegenheit

[1]) Berichte des Regierungspräsidenten in Düsseldorf von Pestel vom 18. Oktober und 12. November 1830, 14. April 1831 (vgl. auch Friedr. Perthes' Leben III, 324 ff.).

[2]) Desgl. vom 11. Januar 1831.

wahr, dem Könige in einer Denkschrift die Vorzüge einer repräsentativen Verfassung, wesentlich nach belgischem Vorbild, darzulegen und zugleich Preußens Beruf zu betonen, die deutschen Verhältnisse durch eine grundlegende Reform des Deutschen Bundes neu zu ordnen. Er deutete einen Bundesstaat unter preußischer Führung an, in welchem durch ein Bundesparlament das Volk neben der Regierung vertreten sein sollte.[1]) Aber das war nur eine Einzelerscheinung. Wohl kam es auch zu einigen, schon früher von uns erwähnten Tumulten in Aachen und im Wuppertal. Aber diese Tumulte hatten keinen politischen, sondern sozialen Charakter. Es waren die ersten Zuckungen, welche der in den Fabrikgegenden entstehende Pauperismus verursachte. Sie wurden durch das Bürgertum selbst unterdrückt und hatten nur die politische Wirkung, daß in den folgenden Jahren die Steuerfragen schärfer als bisher ins Auge gefaßt wurden. Denn der Steuerdruck, besonders die beim niedern Volk verhaßte Schlacht- und Mahlsteuer der Städte, hatte zur Erregung der Massen beigetragen; außerdem aber erschien auch die Klassensteuer allgemein als zu hoch, und von der Grundsteuer war man überzeugt, daß sie in einem ungünstigen Verhältnis zu den östlichen Provinzen stehe, eine Streitfrage, die trotz vielfacher Erörterung niemals zu klarem Austrag gebracht werden konnte.

War somit die Einwirkung der Julirevolution auf die Bevölkerung nur wenig bedeutend, so war sie um so stärker auf die Berliner Regierung. Die erwähnten Tumulte führten im Zusammenhang mit der wiederauflebenden Sorge vor Revolutionen im allgemeinen dazu, daß das Ministerium den eigenen Regierungsbehörden am Rhein nicht mehr recht traute. In Berlin war bei allem Interesse, das die Regierung der Rheinprovinz zuwandte, doch auch eine Strömung vorhanden, welche sich mit der Übernahme der „fremdartigen" rheinischen Lande durch die preußische Krone im Jahre 1815 noch nicht ausgesöhnt hatte.[2]) Und man deutete hier besonders die Anhänglichkeit der Rheinlande an das französische Recht vielfach als Neigung zum Franzosentum überhaupt. Man übersah, daß das preußische Landrecht gewiß nicht mehr eigentlich deutsche Elemente enthielt, als das französische Recht. Und wenn am Rhein gelegentlich

[1]) Bergengrün, David Hansemann S. 105 ff.

[2]) Diese Strömung war noch im Jahre 1859 nicht ganz verschwunden (Koser a. a. O. S. 200).

einmal die Frage erörtert wurde, ob nicht eine getrennte Verwaltung der beiden Westprovinzen des Staats in der Hand eines preußischen Prinzen besser den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen würde, als der bestehende Zustand, so wollte man in Berlin in solchen Projekten Pläne eines Abfalls von der Krone Preußen erblicken. Die seit den Tagen der ersten französischen Revolution geflissentlich genährte Vorstellung, daß ein Heer von französischen Emissären, mit reichen Geldmitteln ausgestattet, revolutionäre Propaganda am Rhein treibe, wurde wieder lebendig, und es waren neben dem Justizminister Kamptz vornehmlich militärische Kreise, welche den Argwohn hegten, daß ein Abfall der Rheinlande drohe und daß die eigenen Organe der Regierung am Rhein nicht scharfsichtig genug seien, diese Gefahr zu erkennen.

In dem Landrat des Kreises Mülheim, Schnabel, fand die Regierung unter Kamptz' Auspizien das Organ, das fortan zehn Jahre hindurch im Auftrage des Ministeriums des Innern eine Geheimaufsicht über die Bevölkerung, zugleich aber auch über die Behörden der Rheinprovinz führte. Schnabel hatte schon einmal 1813—1816 eine ähnliche Rolle gespielt. Er begann jetzt seine Tätigkeit im Herbst 1830 in Aachen und wurde dann Ende 1832 dem Observationskorps an der Maas unter dem Kommando Karl von Müfflings beigegeben, von dem bereits die Rede war.[1]) Er verstand es, diesen General sowohl von dem Vorhandensein geheimer Fäden zwischen Frankreich und dem Rheinland als auch davon zu überzeugen, daß die rheinischen Regierungsbehörden diesen Verbindungen keine genügende Aufmerksamkeit widmeten. Müffling vertrat diese Auffassung in Berlin: eine höhere Polizei existiere dem Wesen nach kaum im Rheinlande, der Landrat Schnabel aber verstehe eine solche Polizeiaufsicht im wahren Sinn des Wortes mit Geschicklichkeit und Konsequenz zu führen. Der verantwortliche Minister des Innern, Freiherr v. Brenn, war sichtlich beruhigt über diese Erklärung von seiten der Militärbehörde, die seinem persönlichen Argwohn eine Stütze gab. Er war verwundert über die Abneigung, welche von seiten

[1]) Vgl. oben S. 32, und Allgem. deutsche Biographie 22, S. 453. — Schnabel war 1801 Rat am Appellgericht in Düsseldorf, 1808 Assessor bei der Stadtdirektion in Düsseldorf, dann 1813—1815 Polizeidirektor unter dem Generalgouverneur Sack, seit 1821 Landrat in Mülheim am Rhein.

der höheren Beamten am Rhein gegen die Polizei oft zur Schau getragen werde, und er bezeichnete nun kurzweg Schnabel als den zurzeit einzigen Beamten in den Rheinlanden, dem er mit vollem Vertrauen polizeiliche Geschäfte übertragen könne, bei denen es auf Vorsicht ankomme. Der General Müffling aber beschloß seine Wirksamkeit am Rhein im Februar 1833 mit dem Bericht, nie sei eine Sicherheitspolizei in den westlichen Provinzen notwendiger und unentbehrlicher als gerade jetzt, wo die Rheinprovinz und Westfalen von französischen, belgischen und süddeutschen Emissären, Verführern und Propagandisten überschwemmt seien. Sein Rat als kommandierender General könne nur sein, das angefangene Werk einer Zentralpolizei fortzusetzen, zu vollenden und nicht auf die „ans lächerliche grenzenden" Einreden der Zivilbehörden zu hören, welche ohne klare Übersicht des Bedürfnisses aus verletzter Eitelkeit oder andern Gründen das Gute hintertreiben wollten, das sie aus ihrem beschränkten Standpunkt nicht erkännten.

Das Wiederaufleben des Hirngespinstes der geheimen Verbindungen, das in Berlin damals beginnende Anschwärzungssystem[1]) und die Überhebung des Militärs über die Zivilbehörden führten für zehn Jahre am Rhein das unwürdige Verhältnis herauf, daß in einer Zeit, wo Männer wie Pestel und Bodelschwingh Oberpräsidenten, Reiman, Graf Arnim, Delius, Spiegel, Cuny, Ladenberg Regierungspräsidenten waren und in ihren Berichten nach Berlin durchweg den zuverlässigen guten Sinn der rheinischen Bevölkerung betonten, nicht diese offiziellen Organe das Vertrauen des Ministeriums besaßen, sondern der als Spion in der ganzen Provinz bekannte und verachtete Landrat Schnabel. Dieser einen erstaunlichen Eifer entfaltende Mann, ein Spion aus Neigung und innerm Drang, entdeckte mit Hilfe eines Stabes bezahlter Agenten fortwährend geheime Verbindungen zwischen der revolutionären Propaganda in Paris, London und Brüssel und den Rheinlanden, er sah hier überall Emissäre dieser Propaganda und stellte als ihren Sammelpunkt die Stadt Köln fest; er erstattete über seine Beobachtungen und über die mangelnde Aufmerksamkeit der rheinischen Regierungsbehörden mehrere hundert Geheimberichte nach Berlin. Obgleich sich bei näherer Untersuchung seiner Ver-

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte IV, 542.

dächtigungen niemals ein positiver Anhaltspunkt ergab, obgleich die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten in Berlin gegen die Tätigkeit Schnabels wiederholt protestierten und betonten, wie außerordentlich schädlich die Volksstimmung dadurch beeinflußt werde, die man nicht durch grundloses Mißtrauen sondern nur durch anerkennendes Vertrauen gewinnen könne, obgleich die peinliche Angelegenheit auch auf dem vierten rheinischen Landtag 1833 ernstlich erörtert wurde — Minister v. Brenn und sein Nachfolger v. Rochow nebst ihrem Faktotum, dem Geheimrat Tzschoppe, hielten daran fest, daß an Schnabels Berichten etwas wahres sei, und sie wurden darin durch leichtfertige Äußerungen der Pariser Zeitungen, besonders aber durch gelegentliche Berichte aus militärischen Kreisen am Rhein bestärkt. Der Militarismus in seiner schroffen altpreußischen Gestalt entsprach der rheinischen Sinnesart nicht, gesellschaftliche Konflikte zwischen dem Militär und den Bürgern in den Kasinos der rheinischen Städte waren häufig, und es kam zu keinem rechten Vertrauen zwischen beiden Gruppen. So blieb die militärischem Brauch in Feindesland nachgebildete Spionage Schnabels fortbestehen, der es nicht unterließ, sich für die ihm bewiesene Verachtung der lokalen Regierungsorgane dadurch zu rächen, daß er sie selbst in Berlin denunzierte[1]) Schnabel schürte den Geist des Mißtrauens zwischen dem rheinischen Volk und der Regierung und hielt ihn lebendig in einer Zeit, wo durch die schlimmen Beschlüsse der Wiener Konferenzen von 1832—1834 schon allgemein die Spannung verschärft und eine Stimmung erzeugt wurde, die Mevissen später einmal in Erinnerung an diese politischen Eindrücke seiner Jugendjahre dahin charakterisierte, daß die seit 1832 unter heimlichem Dunkel geschehenen Handlungen der Regierung wie vergiftete Pfeile ins Herz der Nation trafen, die mit solchen ihrem Wesen fremden Schritten nichts gemein gehabt habe.[2]) In der Tat konnte nichts dem rheinischen Sinn mehr

[1]) Es ist erstaunlich, was man damals in Berlin in der Furcht vor Geheimbünden und Emissären zu glauben vermochte. Nur selten erweckten die Phantasieen Schnabels einmal die selbständige Kritik seiner Berliner Auftraggeber. So wenn er in einem Bericht vom September 1834 über ein in der Nähe von Koblenz stattgefundenes politisches Diner eine Gans als Sinnbild der Wachsamkeit gegen die preußische Regierung auftragen und verspeisen ließ (Schnabels Berichte beruhen im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin).

[2]) Vergl. diese Äußerung aus dem Jahre 1847 in Bd. II, 274 Anm.

es unternommen hatte, sich in sich selbst zu ergreifen, dem zuckenden Blitz gleicht, der am nächtlichen Himmel leuchtend dahinfährt, um sich gleich wieder in schauriges Dunkel zu bergen.' Töricht sei der Wahn, daß jetzt schon dem wilden Jünglingstreiben das Mannesalter, der milde, tiefe Ernst folgen werde. Dränge bei unsern Nachbarn aber alles zur objektiven Staatsgestaltung, 'so fühlen wir uns hingezogen zum Niedersteigen und Versenken in uns. Die Erfüllung der geschichtlichen Sendung unserer Nation, die der anderer Völker so sehr heterogen ist, liegt noch in weiten Fernen.' Ein äußerlich liberales Treiben, das höchstens einen Despotismus unreifer Kammermajoritäten neben einer geschwächten Regierung herbeizuführen vermochte, lag weitab von seinen politischen Wünschen. Die erwähnten, nach 1815 am Rhein verbreiteten Vorstellungen von einer Repräsentation des Volkes in dem Sinne 'freier' Stände haben vielmehr, verstärkt durch die Darlegungen in den Schriften von Pölitz, auf ihn eingewirkt. Vor allem aber erschien ihm, wie wir noch sehen werden, eine durch Stadt und Land ausgebreitete kommunale Selbstverwaltung, also das in Frankreich Fehlende, als notwendige Grundlage für ein brauchbares Verfassungswesen. Den beschränkten Geist in dem französischen Verfassungsleben während des Bürgerkönigtums würdigte er durchaus sachgemäß, von dem französischen Vorbild auf dem politischen Gebiet hielt er infolgedessen nichts.[1]) Nur in einer starken Regierung sah er eine Garantie für die Kontinuität des Kulturfortschritts, aber das Volk sollte mit der Regierung, und Schulter an Schulter mit ihr das Wohl des Vaterlandes pflegen. Die extrem reaktionären Regierungsmaßregeln der dreißiger Jahre beeinflußten allerdings auch sein politisches Urteil. In solchem Handeln der Regierung gegenüber den von den gebildeten Klassen vertretenen und durch die jungdeutsche Literatur in scharfer Zuspitzung verbreiteten politischen Wünschen sah er die Gefahr, daß es zu gewaltsamen Explosionen kommen müsse. Das Majoratsgesetz von 1836 bezeichnete er in diesem Sinne als 'eine breite Sprosse für die herantaumelnde Revolution', und einem Freunde, der in friedlicher Versöhnung der politischen Extreme das Heil erblickte, schrieb er im Juli 1837, zunächst tue eine energische, wenn auch einseitige Fortschrittsentwicklung

---

[1]) Band II S. 82 f.

uf seiten des Bürgertums not, sonst gelange man höchstens zum
Philistertum. 'Da aber hört aller Bezug zu Geist und Natur auf.
Die Leute stehen fest wie eingerammte Pfähle und gleichen ganz
etheerten Ochsenhörnern. Jede Natur ist extrem, und das wahre
Gesetz des werdenden Extrems ist, sich zu vollenden. Nur ein voll-
endetes Extrem kann ohne Gefahr für seinen eigenen Gehalt die
Lebenbahn in sich aufnehmen und sie sich assimilieren. Die Frage
st nur: Wann vollendet sich ein Extrem? Die spießbürgerlichen
politischen Verhältnisse unserer Zeit haben uns mit so harten Sklaven-
banden umschnürt. Wie viele gibts der freien Genien im heiligen
römischen Reiche? Sklavenketten des Drucks, der Lage, der Kon-
venienz, eigener Gewohnheit, Mühen der Existenz, licht- und tatscheue
Frömmigkeit, kurz, alle Bande gegen Welt, Menschen und Götter
müssen durchbrochen sein, ehe die Freiheit in der vollen Glorie des
erfüllten und lebendigen Geistes sich emporringt und offenbart. Ist
aber einmal die in uns wohnende Natur verdammt, durch fremde
Mächte eingedämmt zu sein, was gilts da? Nichts als ein beständiges
Ringen, einen unaufhörlichen Kampf, ein Ausweiten und Austiefen
der einen extremen Richtung. Jedes Extrem an sich steht höher, ist
achtungswerter in den Augen des Geistes, als jene wahrhaften Träger
der Stätigkeit und Behäbigkeit, der an sich noch unversöhnten und
rein äußerlich sich versöhnenden Elemente. Diese Versöhnung zeugt
das ewig blutleere Heer der Philister. Die schönste und höchste
Versöhnung ist aber eine ganz andere. Es ist die Versöhnung des
bewußten Kämpfers, der in jedem Momente, nach jedem errungenen
Sieg sich vollbewußt mit den bewältigten Naturseiten zusammen-
schließt und aus dem Zusammenschluß hinaus zur Einheit mit sich
selbst, zu neuem Streben und Ringen zurückkehrt.'

Die Regierung war in diesem Augenblick damit beschäftigt, noch
eine weitere Kluft des Mißtrauens zwischen sich und dem rheinischen
Bürgertum zu öffnen. Hatte sie durch die Privilegierung des
rheinischen Adels eine soziale Gruppenbildung in dem Sinne ein-
geleitet, daß Bürgertum und Adel gegeneinander standen, so bewirkte
sie in demselben Augenblick durch ihre Kirchenpolitik, daß sich aus
den Anhängern des katholischen Kirchentums eine politische Partei-
bildung vollzog, welche, ungleich bedeutsamer als erstere, der negativen
Opposition eine wesentliche Stütze gab. Die französische Regierung

hatte es während der Herrschaft der rationalistischen Aufklärung durch ihre planmäßige Toleranz verstanden, die konfessionellen Gegensätze am Rhein politisch auszuschalten. Die jüngere romantische Strömung aber und die in Belgien wie in Süddeutschland schon bald nach 1815 einsetzenden ultramontanen Bestrebungen hatten seit Beginn der preußischen Herrschaft versucht, auch am Rhein Boden zu fassen, und ihr innerer Gegensatz zu der protestantischen preußischen Regierung fand von vornherein einen Stützpunkt darin, daß die aus dem Osten stammenden Beamten der Zivil- und Militärbehörden meist Protestanten waren. Im Schoß des katholischen Klerus selbst gegen die neuen ultramontanen Absichten vorhandene Stimmungen im staatlichen Interesse zu verwerten, verstand die Regierung nicht. In ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen freiheitliche Regungen jeder Art, und in ihrem Streben, überall die Bevormundung der Untertanen zu fördern und die Autoritäten zu stützen, stärkte sie vielmehr planmäßig die Macht der Bischöfe gegenüber allen selbständigen Richtungen im rheinischen Klerus. Sie gab sich dabei der Hoffnung hin, in dem gekräftigten Episkopat eine starke Stütze für ihre eigenen reaktionären Tendenzen zu gewinnen. Die nach so vielen Erfahrungen deutscher Geschichte seit den Tagen des Wormser Konkordats besonders für eine protestantische Regierung naheliegende Konsequenz, daß der durch sie gekräftigte Episkopat bei der ersten Kollision in das gegnerische, ultramontane Lager übergehen könne, verursachte ihr keine Bedenken. Der Fall trat aber sofort ein, als die Regierung seit 1825 ihre Maximen auf dem Gebiet der Ehegesetzgebung, die sie für gemischte Ehen in den östlichen Provinzen während des Zeitalters der Aufklärung einer katholischen Minorität gegenüber entwickelt und im Landrecht niedergelegt hatte, nun in den ganz überwiegend katholischen Westprovinzen durchzuführen gedachte, und zwar in einem Augenblick, wo der Ultramontanismus eine Verstärkung der kirchlich-konfessionellen Ausprägung des Katholizismus bereits systematisch verfolgte. Der unglückselige Einfall der Regierung, ihre Einmischung in die katholische Ehegesetzgebung bis zu einer Krisis in einem Lande zuzuspitzen, wo seit der Fremdherrschaft die Zivilehe bereits zu Recht bestand, brachte es dahin, daß dem unter klerikalem Einfluß stehenden Bevölkerungsteile des Rheinlands, neben dem Adel vor allem dem Kleinbürgertum und der breiten Masse des Volkes, unter den von

Preußen bedrohten Gütern plötzlich auch die Religion erschien, der für die Vertiefung konfessioneller Einseitigkeit gar kein wirksamerer Dienst geleistet werden konnte, als daß sie an einem solchen kritischen Punkte in Frage gestellt wurde. Der höhere Bürgerstand wurde von dieser Bewegung weniger berührt, in ihm waltete der überkommene konfessionelle Indifferentismus noch immer vor; man bedauerte hier nur die große Ungeschicklichkeit der Regierung bei der Eröffnung und Durchführung des Konfliktes, den sie dadurch aufs äußerste verschärfte, daß sie in ihrer Enttäuschung über den Übertritt des Kölner Erzbischofs auf die römische Seite diesen gefangen auf die Festung Minden führen ließ. Die Masse des Volkes geriet während des Kölner Kirchenstreits vom Jahre 1837 ab durch den Einfluß des Klerus, dem sie mit Hilfe der Regierung planmäßig überantwortet worden war, in eine so heftige Bewegung, daß bis zum Tode des alten Königs neben der Furcht vor den angeblichen Emissären der revolutionären Propaganda die Besorgnis vor dieser plötzlich auftauchenden ultramontanen Partei und ihrem nicht nur in den Predigten leidenschaftlicher Pfarrer, sondern auch bei Empfängen von Angehörigen des Königshauses auf der Straße hervortretenden Radikalismus das Berliner Ministerium vorwiegend beschäftigte. Die Regierung wagte in diesen Jahren nicht, den rheinischen Landtag zu berufen, weil sie voraussah, daß dieser Streit um die gemischten Ehen zu stürmischen Verhandlungen führen werde.

Es war ein großes Glück, daß in dieser Epoche schwerer Mißgriffe der Berliner Regierung, wo sonst alles, was die öffentliche Meinung der Rheinlande für Preußen hätte gewinnen können, an dem Mißtrauen scheiterte, mit dem sich nicht nur Regierung und Volk, sondern auch die Regierungskreise untereinander begegneten, doch auf einem Gebiete die Grundlage für eine innere Verschmelzung der beiden Ländergruppen des preußischen Staats geschaffen wurde. Das war das Gebiet der Wirtschaftspolitik. Der Zollverein von 1834 ist der Ausgangspunkt für eine allmähliche Gesundung dieser Verhältnisse geworden. Die Bemühungen der preußischen Regierung, auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur die Einheit des eigenen Staates sondern die Einheit des deutschen Zollvereins gegenüber dem Ausland zu schaffen, wurdeu, wie wir schon andeuteten, von der rheinischen Kaufmannschaft und der rheinischen Industrie sofort in vollem Maße gewürdigt. Daß

in dem Zollverein der sonst verpönte große deutsche Gedanke in eine aussichtsvolle Perspektive gerückt wurde, empfand man in diesen Gruppen klarer als in den Regierungskreisen selbst, und man gab dieser Ansicht vereinzelt auch schon Ausdruck.[1]) Für die Westprovinz kam noch das zeitliche Zusammentreffen der Gründung des Zollvereins mit der Trennung Belgiens von Holland hinzu, die es gestattete, in den wirtschaftlichen Fragen fortan die beiden Staaten gegeneinander auszuspielen und in Antwerpen den freien Zugang zum Meere zu gewinnen, den die unbequemen Holländer trotz der Rheinschiffahrtsakte noch immer erschwerten. Allerdings deckten sich diese belgischen Sympathieen zunächst nicht mit dem politischen Programm der Regierung, welche Belgien als dem Staat der Revolution mißtraute und Holland, dessen Königshaus den Hohenzollern verwandt war, bevorzugte. Der mißlungene Handelsvertrag des Zollvereins mit Holland vom Jahre 1839 wurde am Rhein vielfach so gedeutet, als ob Preußen zum Nachteile des eigenen Volkes aus besonderer Sympathie Holland begünstigt habe; wiederum waren weder die rheinischen Regierungsbehörden noch die Handelskammern vor Abschluß des Vertrags gehört worden.[2]) Aber die realen Verhältnisse erwiesen sich stärker als politische Sympathieen und Antipathieen, und es entwickelte sich aus diesen Verhältnissen allmählich am Rhein eine Strömung, die nicht mehr in der Abwehr des preußischen Elementes ihre eigentliche politische Aufgabe erblickte, sondern zu positiver, gemeinsamer Arbeit mit der Regierung hindrängte. Diese Auffassung, welche wir bereits als die Mevissens kennen lernten (S. 171), hatte ihren natürlichen Boden in dem Stande der rheinischen Großkaufleute und Industriellen. Es waren das Männer ohne konfessionelle Voreingenommenheit, in denen das liberale, den Ideen der Aufklärungszeit entstammende Prinzip religiöser Toleranz lebendig war, und die aus den für die Stimmung einer neuerworbenen Provinz so wesentlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Gedeihen des gesamten preußischen Staatswesens fördern wollten, indem sie über die negativen, intransigenten Neigungen anderer Bevölkerungsgruppen hinausstrebten.

[1]) Vgl. Hansemann, Preußen und Frankreich (1833) S. 297.

[2]) Regierungspräsident v. Gerlach in Köln an Minister v. Rochow, Bericht vom 24. Februar 1839.

Ihren örtlichen punkt fanden aber die verschiedenen bis m Jahre 1840 entstandenen politischen Strömungen der Rhein- ovinz in Köln. Die negativen, aus dem Kampf um das rheinische echt und dem Widerstand katholisch-konfessioneller Kreise gegen die eußische Kirchenpolitik hervorg ngenen Gruppen hatten ihren Stütz- unkt einerseits am Kölner App llhof, dem aus der französischen Zeit halten gebliebenen obersten icht der Provinz, anderseits am zbischöflichen Stuhl, der 1821 r in dieser Stadt errichtet orden war. Die positiven Gest n e aben ihren Stützpunkt eichfalls vor allem hier, da seit 18 r sche Wirtschaftsleben h noch mehr als vorher in de : Han opole konzentrierte und kräftige kaufmännische Eleme ! ovinz in immer größerer ahl dort einwanderten. Ein bi und vielseitiges wirtschaft- hes Treiben entwickelte sich damals in Köln. Große neue Industrie- weige, wie die Zuckerindustrie, fanden hier einen Mittelpunkt und gründeten wieder einen Eigenhandel Kölns neben der traditionellen pedition und Kommission; für den überseeischen Häutehandel bildete h hier auf Jahrzehnte ein europäischer Markt. Die großen Aktien- ternehmungen auf dem Gebiet des Verkehrs, Rheindampfschiffahrt ad Eisenbahnwesen, deren wir im vorigen Kapitel schon gedachten, ahmen hier ihren Sitz; der Gedanke, den Rhein mit dem belgischen eehafen an der Schelde durch einen Schienenstrang zu verknüpfen ad ihn als Welthandelsstraße zu entwickeln, wurde von hier be- ieben. Der dauernde Mittelpunkt dieser Bestrebungen war aber ad blieb die Kölner Handelskammer; sie stand seit 1834 unter der äftigen Leitung von Ludolf Camphausen, der 1839 ihr Präsident urde und ihr endgültig die führende Rolle am Rhein sicherte.

Wenn man aber in diesem kaufmännischen Kreise zuerst wieder die Hoffnungen von 1815 anknüpfte und in Preußen als dem egründer und Führer des Zollvereins den Staat des Fortschritts er- annte, mit dessen Aufblühen man sich durch enge Interessengemeinschaft erbunden fühlte, so konnte man sich doch auch hier zu der augenblick- chen Haltung der Regierung nur in Opposition befinden. Gerade das Handel und Industrie vertretene mobile Kapital sah sich durch e bestehende Provinzialverfassung in seiner Teilnahme am Staats- ben verkürzt, und wenn es auch möglich war, durch Erwerb von rundbesitz die Zulassung zur Standschaft zu erhalten, so wurde

dadurch doch das Prinzip nicht berührt. Es befanden sich denn auch die Abgeordneten aus den rheinischen Städten auf den Provinziallandtagen, unter Führung der Kölner Koch und Merkens, in der Regel in Opposition zur Regierung. Die großen, auf dem Wege der Assoziation ins Leben gerufenen Unternehmungen machten aber ferner wegen ihrer Neuheit einen fortgesetzten Gedankenaustausch der leitenden Persönlichkeiten untereinander notwendig. Immer wieder führte dieser auf die unbequemen Hemmungen wirtschaftlicher Freiheit durch die Bureaukratie. Infolge des Hinübergreifens der Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen in die Interessen verschiedener rheinischer Städte und nach Belgien lernte man nicht nur, die rein persönlichen und örtlichen Interessen auszugleichen und allgemeine Gesichtspunkte zu würdigen, sondern den Beteiligten wurde auch der Gegensatz zwischen dem Absolutismus der Heimat und dem konstitutionellen Wesen des Nachbarstaates zu klarem Bewußtsein gebracht. Weiterblickende Bureaukraten, wie der spätere Minister Graf Arnim, damals Regierungspräsident in Aachen, gestanden schon 1836 unbefangen zu, daß in Belgien eine „äußerst prompte und wirksame Administration am Ruder war, die wirklich mit großer Lebendigkeit in alle materiellen Interessen eingeht und in einem Jahre schafft, woran andere Regierungen Jahrzehnte vergeblich schreiben."[1]) Diese Vorzüge der belgischen Verwaltung erklärten sich aber zum guten Teil daraus, daß in Belgien auf Grund einer Konstitution ein klar umschriebenes Staatsrecht Geltung hatte, das den Vertretern von Handel und Industrie einen entsprechenden Einfluß auf die bedeutsamen wirtschaftspolitischen Fragen gewährte. In Preußen war dagegen der Willkür der Krone und ihrer Bureaukratie keine äußere Schranke gesetzt. Gewiß hatten beide im Zollverein mit großem Geschick die Grundlage für den Aufschwung von Handel und Industrie geschaffen, aber man wollte darum doch nicht die naturgemäße politische Konsequenz, die entsprechende Teilnahme der durch Handel und Industrie emporsteigenden Kräfte am Staat. Mit Befriedigung erklärten vielmehr die Regierungsbehörden noch 1835 und 1836, das rheinische Publikum vergesse alle Politik (von der es überhaupt, mit wenigen

---

[1]) Bericht Arnims vom 5. Dezember 1836 an den Minister des Innern v. Rochow.

Ausnahmen, nicht viel halte) über den Eisenbahn- und den sich daran knüpfenden materiellen Interessen. Die Geschäfte gingen herrlich, die Kassen der Kaufleute füllten sich reichlich, Fortdauer der bestehenden Verhältnisse könne nur der höchste Wunsch der Bevölkerung sein.[1]) Der Wunsch der Behörden war hier der Vater ihrer Gedanken und machte sie blind gegenüber der selbstverständlichen Wirkung der eigenen Wirtschaftspolitik. Nur selten und nach ihrem Ermessen frug die Regierung bei den Interessenten und selbst bei den Handelskammern an, ehe sie Handelsverträge schloß oder sonst schwerwiegende Entscheidungen fällte, die über das materielle Wohl ganzer Klassen der Bevölkerung bestimmten. Es war eben preußische Tradition, daß die Regierung alle Impulse geben wollte und den Volksgeist mit überlegener Weisheit zu leiten trachtete. Die kurze Unterbrechung während der Jahre von 1807—1813 hatte die Kontinuität dieser Tradition nicht aufgehoben. So tüchtig aber die preußische Bureaukratie war, und so oft sie sich mit Recht rühmen durfte, mit gutem Erfolg die Geschicke des Landes zu leiten, so entsprach das traditionelle Bevormundungssystem doch nicht mehr den Ansprüchen des emporstrebenden neuen Bürgertums, und es war gegenüber den Anforderungen des modernen Staatslebens auf materiellem wie ideellem Gebiete auch nicht mehr mit dem Wohle des Ganzen vereinbar. Die Tendenz der von 1835 bis 1840 am Rhein im Kreis von Handel und Industrie allmählich entstehenden positiven Strömung war also: Aufgehen der Rheinlande in den preußischen Staat, aber unter verfassungsmäßiger Beteiligung des Bürgertums an der Gesetzgebung; das preußische Staatswesen sollte sich mit der Idee der Mitarbeit des Volkes an dem politischen Leben durchdringen, ein Verfassungsstaat werden und wieder an die Gedanken der Steinschen Reformgesetzgebung anknüpfen, als deren Bewahrer gegenüber der auf die feudalagrarischen Elemente des Ostens gestützten Reaktion sich diese bürgerliche Gruppenbildung empfand und später wiederholt ausdrücklich bezeichnete. Bis zum Jahr 1840 bahnte sich diese Entwicklung in einzelnen Köpfen und Kreisen in der Stille und ohne jegliche Organisation an; nach außen traten vorläufig die anderen Strömungen allein

---

[1]) Berichte der Regierungen zu Aachen 12. Oktober 1835, Köln 6. September 1835, Düsseldorf 14. April und 15. Mai 1836, Koblenz 4. Mai 1836.

in die Erscheinung, die sich in bloßer Defensivstellung gegen die Regierung befanden. Das äußere Abbild der politischen Stimmung der Rheinprovinz im Augenblick des Todes Friedrich Wilhelms III. entwarf am 17. Juli 1840 ein Bericht des Oberpräsidenten v. Bodelschwingh an das Ministerium dahin:

„In Beziehung auf die innere Organisation unseres Staatslebens verkennt man zwar keineswegs die Mangelhaftigkeit unserer ständischen Einrichtungen, namentlich die völlige Verwerflichkeit der Benutzung der Provinzialstände für die Reichsgesetzgebung und die daraus hervorgehende große Inkonvenienz, daß nötige Gesetze unendlich spät oder gar nicht, andere, weil man diese Art der Vorbereitung unmöglich benutzen kann, ohne Berücksichtigung des wirklichen Bedürfnisses erscheinen; man sieht ein, daß die Revision der Gesetzgebung auf dem eingeschlagenen Doppelwege nie zu einem gedeihlichen, ein harmonisches Ganze bildenden Werke führen werde, und gewöhnt sich so immer mehr daran, die Beibehaltung der französischen Gesetze, möglichst intakt und vollständig, als ein Palladium der Wohlfahrt der Provinz zu betrachten. Es mag sich hieran die Hoffnung anknüpfen, daß es der Weisheit des Königs, bei seiner bekannten Vorliebe für ständische Institutionen, gelingen werde, wahrhaft nützliche Modifikationen einzuführen; das Verlangen nach einer eigentlichen Reichskonstitution ist aber entweder gar nicht, oder doch nicht in einem solchen Grade vorhanden, daß darauf zielende Anträge von dem nächsten Provinziallandtage zu erwarten wären. Die Wohlgesinnten treten, wenn sie auch im allgemeinen der Theorie nach eine konstitutionelle Verfassung lieben, vor den Schwierigkeiten zurück, welche die eigentümliche Zusammensetzung unseres Staates bietet, und erkennen, daß der Buchstabe einer Konstitution nichts weniger als eine sichere Bürgschaft für einen glücklichen Zustand sei. Andere, welche mehr Rheinländer als Preußen sind, fürchten, daß eine Reichsverfassung uns zu sehr mit den älteren Provinzen identifizieren möge, daß da, wo die Interessen der Rheinprovinz mit denjenigen des Mutterlandes in Konflikt kämen, erstere, der Natur der Sache nach, in der Minorität bleiben müsse, und glauben, daß der jetzige Zustand, wo die individuellen Wünsche der Provinz durch das Organ der Provinzialstände vor den Thron gebracht werden können und bis dahin manche Berücksichtigung gefunden haben, einer Verfassung vorzuziehen sei, welche den Ständen zwar größere Rechte einräume, aber für die hiesige Provinz geringeren Erfolg ihrer Wirksamkeit verheiße."

Wenige Wochen später, im August 1840, schrieb aber der fünfundzwanzigjährige Mevissen, noch in seinem stillen Heimatsstädtchen,

eine Gedanken über die politische Lage Deutschlands und Preußens nieder. Im Rahmen seiner schon von uns angedeuteten Auffassung vom nationalen Wirtschaftsstaat führte er hier aus:[1]) Schon längst seien freie ständische Formen Bedürfnis für das Land, nicht diejenigen Frankreichs, sondern die der deutschen Nation geschichtlich eigentümlichen. Durch den Zollverein sei jetzt die Industrie zur selbständigen Macht im deutschen Leben erstarkt, die dem Staate Preußen verdankte Schaffung dieser neuen sozialen Macht in seinem Innern führe Deutschland einer neuen Ära auch politisch entgegen, denn wo die Industrie stark sei, da sei auch politische Kraft und Freiheit, beide bedingten sich gegenseitig. Der Industrielle sei unabhängig von der Scholle, sein Gewerbe treibe ihn zum Nachdenken und schaffe ihm einen Ideentausch in Nähe und Ferne. Die Eisenbahnen würden das ihrige tun, um dieser Entwicklung zur schnellen Blüte zu verhelfen. Selbständigkeit der Individuen in möglichst weiten Kreisen bedinge das Wohl des Staates. Für das Staatsleben am wichtigsten sei aber eine zahlreiche, selbständige Mittelklasse. Einmal sei sie die Basis, aus der sich immer wieder Einzelne hervorheben und zu den höheren Kreisen freien Lebens aufsteigen könnten; das aber sei, aus dem höchsten Gesichtspunkte der Zivilisation gefaßt, die Aufgabe des Staats, möglichst viele vollkommen unabhängige, den geistigen Interessen ausschließlich oder in Verbindung mit materiellen Interessen zugewandte Männer in seiner Mitte zu besitzen. Dann aber habe die Mittelklasse den unschätzbaren Vorteil, daß sie, mit einem Fuß im Reich des Bedürfnisses mit dem andern im Reich der Freiheit wurzelnd, nicht Gefahr laufe, ihre politische Aufgabe dauernd zu verkennen, wie es der höheren Klasse während der französierenden Sucht des 17. Jahrhunderts begegnet sei.

Solche Ausführungen beweisen,[2]) wie weit über die Auffassung der Behörden hinaus die politischen Gedanken einzelner Köpfe des Rheinlandes damals entwickelt waren. Und daß politische Empfindungen überhaupt doch auch im weiteren Kreise des rheinischen Bürgertums lebendiger waren, als den Behörden zum Bewußtsein kam, da die Preßzensur nur ein schiefes Bild der Volksstimmung

---

[1]) Vgl. Band II S. 81—91; dazu ebd. S. 161.

[2]) Neben anderen, wie Hansemanns unvollendeter Denkschrift aus denselben Tagen (Bergengrün a. a. O. S. 265).

an die Öffentlichkeit brachte, trat bald nach dem Regierungsantritt des neuen Königs in die Erscheinung. Die plötzliche Zuspitzung der orientalischen Frage zu der, glücklicherweise schnell beseitigten, Gefahr eines Krieges mit Frankreich offenbarte im September 1840 am Rhein ein lebhaft aufwallendes patriotisches Empfinden, das in der begeisterten Aufnahme des Rheinliedes von Nikolaus Becker seinen Ausdruck fand.[1]) Es trat zu Tage, wie eng man sich doch bei aller kritischen Grundstimmung mit dem deutschen Vaterlande gegen dessen Feind im Westen verbunden fühlte, mochten auch die Pariser Preßorgane es immer noch nicht unterlassen, von französischen Sympathieen zu fabeln, welche in der nun seit 25 Jahren mit Preußen verbundenen Provinz lebendig sein sollten.

Allerdings war die lebendige Stimmung in diesem Augenblick stark durch die überschwänglichen Hoffnungen beeinflußt, welche man hier wie sonst in Preußen auf den neuen König setzte. Friedrich Wilhelm IV. war schon als Kronprinz am Rhein beliebt gewesen. Seine bestechenden persönlichen Eigenschaften hatte man bei seinen wiederholten Reisen durch die Provinz kennen gelernt. Man hatte empfunden, daß er sich selbst am Rhein wohl fühlte, gerne auf rheinisches Wesen einging und nicht nur in seinem romantischen Empfinden an rheinischer Geschichte und Kunst lebhaften Anteil nahm, sondern auch, viel mehr als sein Vater, für das emporblühende Leben in Industrie, Handel und Verkehr, für Straßenbau und Eisenbahnen ein offenes Auge hatte. Die naive Unbefangenheit einer politisch ungeschulten Bevölkerung erhoffte von dem Thronwechsel einen völligen Umschwung der politischen Verhältnisse. Es entstand das Gerücht, der neue König werde jährlich längere Zeit am Rhein, in Köln oder auf Stolzenfels, seine Residenz nehmen. Mit einem Schlage verschwand nun das, was seither mehr als alles andere die politischen Verhältnisse so unerquicklich gestaltet hatte, jenes tiefe Mißtrauen, mit dem die rheinische Bevölkerung ihre Regierung betrachtete. Zahlreiche Regierungshandlungen des neuen Königs waren geeignet, an Stelle dieses lähmenden Mißtrauens offenes Vertrauen zu setzen. Die Amnestie der gemaßregelten Patrioten, wie E. M. Arndt, wurde ebenso freudig begrüßt, wie die Beseitigung des politischen

[1]) Treitschke a. a. O. V, S. 86 ff.

Spionagesystems: der Landrat Schnabel wurde im Frühjahr 1841 seinen besonderen, zehn Jahre hindurch geübten Funktionen enthoben. Den Kölner Kirchenstreit legte der König im Laufe des Jahres 1841 durch eine Nachgiebigkeit gegenüber den römischen Bestrebungen bei, die zwar dem Staatsinteresse nicht gerecht wurde, aber den Klerus und die von ihm beherrschten Massen beruhigte und für mehrere Jahre den Wind aus den Segeln der ultramontanen Parteibildung nahm.[1] Die Frage der Erhaltung des rheinischen Rechts schien vom neuen König entgegenkommender als seither behandelt zu werden; der ins Ministerium berufene rheinische Jurist Ruppenthal, ein bekannter Gegner alles Privilegienwesens und eifriger Verfechter der Gleichheit Aller vor dem Gesetz, sprach sich im Juli 1841 bei einer Reise durch die Rheinprovinz hoffnungsvoll aus. Endlich wurde bald bekannt, daß dem König selbst die Preßzensur in der bisherigen Form nicht zusagte, und eine Zensurverfügung vom 24. Dezember 1841 bestimmte in der Tat, daß fortan eine „eines edlen Zwecks bewußte" Kritik der staatlichen Verhältnisse und Einrichtungen in den Zeitungen zugelassen sein sollte. So schien es, als ob vor allem die der rheinischen Sinnesart so widerwärtigen geheimen Praktiken verschwinden, Öffentlichkeit in das politische Leben einziehen und damit jener Wunsch der Rheinländer Erfüllung finden sollte, der die Unterlage für alles Weitere bildete.

Die Berichte der rheinischen Regierungen betonten zu Anfang des Jahres 1841, es sei in der Provinz Sitte geworden, das Deutschtum überall hervortreten zu lassen, und die Begeisterung für den König scheine immer mehr alle Klassen zu durchdringen.[2] Das neue Regiment hatte tatsächlich in den Fragen, welche den verschiedenen Gruppen der rheinischen Bevölkerung am Herzen lagen, den richtigen Ton getroffen. Die Frage der allgemeinen Volksvertretung, die vom Königsberger Landtag sofort im Jahre 1840 entschlossen aufgegriffen worden

---

[1] Deren Tendenzen faßte kurz darauf eine von G. de Failly verfaßte, auf Materialien rheinischer Ultramontanen beruhende anonyme Schrift De la Prusse et de sa domination sous les rapports politique et religieux spécialement dans les nouvelles provinces (Paris 1842) zusammen (Pastor, Aug. Reichensperger I, 78).

[2] Polizeiberichte der Kölner und Düsseldorfer Regierung 1841 Januar 3 und März 15.

war, trat dagegen am Rhein zunächst noch vollständig zurück. Die negativen Gesichtspunkte der Politik hatten hier seither zu sehr vorgewaltet, und die eingewurzelte Besorgnis, daß die Provinz durch eine engere Verknüpfung mit den altpreußischen Bestandteilen an ihren Einrichtungen Schaden leiden würde, beherrschte noch zu sehr die öffentliche Meinung, als daß die sich erst langsam bildende positive Strömung jetzt schon in den Vordergrund hätte treten können. Daß der König am 9. September 1840 die Erfüllung der Bitte des Königsberger Huldigungs-Landtags um Einrichtung einer Landesrepräsentation auf Grund der Verheißungen vom Jahre 1815 mit der oben (S. 206) erwähnten Motivierung hinausschob, machte demnach am Rhein wenig Eindruck. Der Präsident der Trierer Regierung berichtete sogar, ein großer Teil der Bevölkerung freue sich über die offene Sprache des Königs und vertraue ganz seiner Weisheit; ein anderer Teil, der aller vernünftigen Erfahrung zum Trotze das Heil der Völker nur in geschriebenen Konstitutionen finde, sei allerdings weniger zufrieden damit. Die große Masse des Volkes kümmere sich aber glücklicherweise gar nicht um Konstitution und Volksvertretung, sehe vielmehr weit sehnsüchtiger einem Abgabenerlasse entgegen. Seiner Ansicht nach sei die gegenwärtige Generation kaum für die vorhandene ständische Einrichtung reif, viel weniger für eine ausgedehntere. Der Eigennutz herrsche überall vor und würde es verhindern, daß das Volk in seinen Repräsentanten wirkliche Vertreter seiner Interessen fände.[1])

Der sechste rheinische Landtag, der vom Mai bis Juli 1841 zum ersten Male wieder seit 1837 die rheinischen Stände vereinigte, offenbarte gleichfalls, wie wenig man hier seither zu einem positiven politischen Programm gelangt war. Die „Vier Fragen" des Königsbergers Johann Jacoby vom 18. Januar 1841, die dem preußischen Landtag die Pflicht zugesprochen hatten, eine Volksvertretung in der Form von Reichsständen als erwiesenes Recht zu beanspruchen, waren auch hier wohl erörtert worden; vielfach war auch davon gesprochen worden, man dürfe den anderen Landtagen nicht nachstehen in Förderung der freien Entwicklung, und es wurden Adressen vorbereitet,

[1]) Regierungspräsident v. Schaper an den Minister v. Rochow, 1840 Oktober 1; ähnlich ein Bericht des Kölner Regierungspräsidenten v. Gerlach an Rochow, 1840 Oktober 2.

um den Landtag zu veranlassen, sich um Freiheit der Presse, Öffentlichkeit der Verhandlungen der Landtage und Zurückstellung der Beamten unter die Geschworenengerichte zu verwenden. Letztere Angelegenheiten wurden dann auch auf dem Landtag verhandelt und führten zu Bitten desselben an den König. Er gebe aber, so berichtete der Kölner Regierungspräsident v. Gerlach am 2. Juni 1841, auf diese liberalen Demonstrationen wenig. Sie seien hier im Grunde nicht tief gewurzelt, die materiellen Interessen ließen sie weniger aufkommen. Und Petitionen um Gewährung einer Verfassung, wie sie die gleichzeitigen Landtage in Königsberg, Posen und Breslau beschäftigten, kamen am Rhein überhaupt nicht in Frage. Man vertraute vorderhand einfach dem König, „von dem man weiß, daß er das Rechte und Gute will“;[1]) nur das allgemeine Interesse der Bevölkerung an den Landtagsverhandlungen war lebhafter, als man es von früher gewohnt war.

Der König selbst aber hatte im April 1841 seine Absicht geäußert, die Provinziallandtage fortan regelmäßig alle zwei Jahre zu berufen, er gestattete ferner die Veröffentlichung etwas ausgedehnterer Berichte über die Verhandlungen. Er ordnete weiter an, daß aus den Landtagen dauernde Ausschüsse gebildet würden, um in der Zwischenzeit zwischen den Tagungen ihm auf Verlangen Rat zu erteilen, und er nahm in Aussicht, diese Ausschüsse auch, wenn es ihm erwünscht erschiene, zu gemeinsamen Beratungen als Vereinigte Ausschüsse nach Berlin zu berufen. Damit war also durch den König selbst die seit zwanzig Jahren ruhende Frage der Volksrepräsentation, die Erfüllung des Verfassungsversprechens vom 22. Mai 1815 wieder in Fluß gebracht, allerdings in einer unbestimmten Weise, die ein Urteil über ihre weitere Entwicklung noch keineswegs ermöglichte.

So lagen die Dinge am Rhein, als Mevissen im Frühjahr 1841 in Köln seinen Wohnsitz nahm. Die näheren Umstände seiner Übersiedelung waren der Tatsache angepaßt, daß er auch fernerhin wenigstens einen Teil seiner Kraft dem Geschäft in Dülken widmen mußte. Er behielt dasselbe zusammen mit seiner Schwester Wilhelmine bei, welche ihrerseits alle Eigenschaften besaß, um bei der Leitung tätig mitzuwirken. Aber er begründete daneben in Köln am

---

[1]) Bericht der Düsseldorfer Regierung, 1841 Oktober 12.

2. Mai 1841 durch Gesellschaftsvertrag mit einem aus Moers stammenden Kaufmann Chr. Fremery, den er seit 1837 auf gemeinsamen Geschäftsreisen am Rhein schätzen gelernt hatte, eine Großhandlung in Garnen aller Art, und zwar in der Weise, daß Fremery seine ganze Arbeitskraft in den Dienst dieses neuen Geschäftes stellte, während Mevissen das Kapital beisteuerte und nur in wichtigern Angelegenheiten tätig eingriff. Mevissen führte somit in Dülken wie in Köln nur die allgemeine geschäftliche Leitung, er nahm abwechselnd seinen Aufenthalt an beiden Stellen und hatte Zeit, sich den andern Lebenszielen zu widmen, die ihm vorschwebten.[1]) Der Schwerpunkt seines Wirkens verlegte sich bald ganz nach Köln; im März 1842 war er entschlossen, dauernd seinen Wohnsitz dort zu nehmen.[2]) Sein gesetzliches Domizil behielt er aber noch sieben Jahre in Dülken, und er wurde erst im Jahre 1848 Kölner Bürger. Da seine Schwester am 12. Juli 1842 sich mit dem Vetter Fr. W. Koenigs vermählte, so konnte nun dieser zusammen mit Mevissen die Leitung des Dülkener Geschäfts übernehmen und seinen Schwager um so mehr entlasten, als er mit ihm durch langjährige Gemeinschaft und steten Gedankenaustausch aufs engste verbunden war. Durch diese Kombination war es zu Mevissens Befriedigung möglich geworden, daß alle Beteiligten zu einer den Eigentümlichkeiten eines jeden entsprechenden Selbständigkeit gelangten, ohne doch das enge Familienband, das sie umschlang, zu zerreißen.

Inzwischen suchte er selbst auf dem neuen Kölner Boden sich zurechtzufinden. Die ersten Eindrücke des dortigen Aufenthalts sagten ihm nach jeder Richtung zu. Gewissermaßen die Ouvertüre bildete das Niederrheinische Musikfest, das Pfingsten 1841 in Köln stattfand und als Neuigkeit das Oratorium David von B. Klein brachte, ein tüchtiges Werk, dessen Text durch die schroffe Betonung des absoluten Herrscherwillens Davids damals eine einigermaßen aktuelle Bedeutung erhielt. Mevissen, der sich an der guten Aufführung erfreute und zu dem Dirigenten des Festes, dem neuen städtischen Kapellmeister Konradin Kreutzer, in nahe persönliche Berührung trat, faßte

---

[1]) Am 1. Januar 1845 veränderte er seine Beziehungen zu dem Kölner Geschäft (Streitzeuggasse 10) dahin, daß er nur noch als Kommanditär beteiligt blieb, im Jahre 1849 trat er dann völlig aus diesem Geschäft aus.

[2]) Er kaufte damals das Haus Sternengasse 5, das ihm für mehrere Jahrzehnte als Wohnung diente.

e erhebenden Eindrücke dieser Tage in einem Bericht zusammen,
:r das neue Oratorium eingehend analysiert, besonders aber seine
genen Empfindungen wiedergibt und zeigt, wie er seine ideale Welt
ich in das neue Leben mit hinübernahm: 'Rheinland hat aus Nähe
id Ferne sich die Hände geboten, um sich vereint zu höheren Ge-
hlen zu erheben in dem Tempel der Kunst. Die Musikfeste wer-
n mehr und mehr zu einem geistigen Bindemittel, und die Zeit ist
ihe, wo auf der Höhe des freien Geistes freie Menschen einander
e Hand reichen werden. Auf welche Höhe erhebt der Künstler den
eist! Diese stolzen, kalten Menschen mit der Marmorbrust und
:r Eisenstirn, wie schmelzen sie zusammen vor dem Hauch des Ewigen,
:r die Werke des Genius durchweht. Das chaotisch Bunte wird
im gegliederten schönen Ganzen. Der ganze in seinen Eigentüm-
chkeiten starr gesonderte Kreis der Zuhörer bildet sich im Tempel
:r Kunst zum schönen Baum. Die Weihe des Genius ist das all-
:waltige Bindemittel, die belebende Einheit, die in den Wipfeln
ieses Baumes thront und hineinschaut in den offenen Himmel. Das
öttliche tritt hinein in den Geist, und Menschheit und Gottheit
iern neu das Fest uranfänglicher Vermählung. Auf mich wirkt
ie wahre Kunst stets befreiend, und ihre Schöpfungen heben mich
inauf in ein Reich, in dem Wunsch und Begierde verstummt und
usschwillt in seliger Ruhe. Diese Fülle in der Ruhe, wie soll ich
e beschreiben? Ich möchte das Empfinden des Menschen mit einer
eiten Landschaft vergleichen, in der reiche Herden weiden in buntem
Jewirr. Der Tag hat sie getrennt, und eine jede folgt ihrem Drang;
a tönt am stillen Abend die Hirtenpfeife, und die Herden alle
ehen hinein in das feste Haus und schmiegen sich unter den Schutz
es Hirten. So kehren auch die zerstreuten Empfindungen, die ver-
:rten Wünsche heim in das Herz, wenn der Meister sie ruft. Ihr
Meister ist der Genius, der sie sammelt unter seinem Banner, sie
eukräftigt und belebt, um sie mit frischem Mut hinauszusenden auf
ie bunte Fahrt. Die Kunst stärkt und entwickelt den ganzen Men-
hen, und wehe dem, dem nie ihr goldener Klang hineintönt in das
Ohr, er wird vereinsamt irren im abgelegenen Dickicht, und der
Himmel wird vor seinem Blick dunkler und dunkler, bis er ganz ver-
hwindet'. Als am 6. Oktober der gefeierte Franz Liszt in Köln
:n Klavierkonzert gab, äußerte Mevissen wiederholt brieflich seine

was bis jetzt Tatsache geworden von allen Versprechungen, sei eine größere Freiheit der Presse. So äußere soeben Arnold Ruge in einem Berliner Blatt, die Monarchie in Preußen habe den Absolutismus des Papstes über den Haufen geworfen und besiegt, es sei jetzt an dem preußischen Volke, den Absolutismus der Monarchie zu besiegen. Die absolute Monarchie sei nichts wie ein politisches und eben darum noch schlimmeres Papsttum. Solche kühnen Äußerungen würden, so fügte er hinzu, ihre Wirkung auf den dem Radikalismus geneigten Teil des Volkes nicht verfehlen. Die persönliche Anwesenheit des Königs in der Provinz im Januar und Februar 1842 gelegentlich seiner Reise nach England verbesserte aber die Volksstimmung wieder einigermaßen. Mit Befriedigung schrieb Mevissen, der Empfang in Köln am 19. Januar sei ein recht herzlicher und freiwilliger gewesen. 'Es ist schön, eine große Volksmenge von einem Gefühl beherrscht zu sehen und sich selbst mit in dieser Masse zu empfinden. Was so selten ist beim Empfang der Fürsten, die Stimmung aller Gemüter ohne Ausnahme war gleich freudig bewegt, und auch die Herzen, die vielleicht noch nicht ganz mit sich einig waren, wurden durch den allgemeinen Jubel einen Augenblick mit fortgerissen'. Die Stimmung hob sich noch weiter, als eine Kabinetsordre vom 18. Februar die mißliebigen Erlasse von 1821 und 1834 gegen die rheinischen Rechtsinstitutionen insofern beseitigte, als für Strafsachen wegen Staatsverbrechen das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren wiederhergestellt wurde. In zahlreichen Städten des Rheinlandes wurde dieses Ereignis durch besondere Feste gefeiert. Am 1. März konnte der Kölner Regierungspräsident v. Gerlach nach Berlin berichten, daß das Interesse für die allgemeinen Fragen des Tages in der Stadt lebhaft steige, für Freiheit der Presse, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens sowie für allgemeines, vereintes Wirken zur Förderung der größeren Einrichtungen des materiellen Wohlergehens. „Die mehr und mehr entfesselte Presse dürfte aber, so fügte er vorsichtig hinzu, auch hier Zustände herbeiführen, die jetzt noch außer der menschlichen Berechnung liegen".

Die Presse führte in der Tat schon bald den ersten schweren Konflikt zwischen der Regierung und der rheinischen Bevölkerung herbei, und in ihn wurde auch Mevissen enge verwickelt.

mitzustimmen in der Reihe der großen Handelsvölker. Mit Befriedigung konstatierte man, daß die englische Presse es nun für notwendig hielt, sich die völkerrechtliche Stellung des Zollvereins klar zu machen. Wenn der Verein sich gedrungen sehe, nach außen häufiger als bisher handelnd einzugreifen, so werde man den interessanten Wechsel erleben, daß Deutschland und besonders Preußen nicht länger seine politische Freundschaft vorzugsweise seinen kommerziellen Feinden entgegentrage. Man werde, von nördlichen Nachbarschaften nicht zu reden, in der Nähe vielleicht bald für die Niederlande mindere Langmut, für Belgien mindere Abneigung bemerken.[1]) Das waren wirtschaftspolitische Gedanken, die denen Mevissens durchaus entsprachen und seinen vollen Beifall hatten.

Der politischen Entwicklung folgte er gleichfalls mit lebendiger Aufmerksamkeit. Der am 7. November 1841 ergangene königliche Abschied des rheinischen Landtags vom Sommer bereitete überall Enttäuschung der hochgespannten Erwartungen. Die bescheidenen Bitten der Stände fanden keine Gewährung. Hatte seither jene alte preußische Tradition, welche der Weisheit der Regierung die Initiative im politischen Leben ausschließlich vindizierte, in der Bureaukratie ihre Verkörperung gefunden, so entsprach es der Eigenart des neuen Königs, persönlich diese Rolle der von ihm selbst gering geschätzten Bureaukratie zu übernehmen. Nur was aus seinem persönlichen Ideenkreis stammte, erkannte er an, und er lehnte mit empfindlicher Schärfe jedes Drängen von Seiten der Stände als unberechtigtes Übergreifen in eine ihm selbst von Gott vorbehaltene Sphäre ab. Der Düsseldorfer Regierungspräsident v. Spiegel bezeichnete die Stimmung der rheinischen Bevölkerung als eine Art von Betroffenheit und deutete an, daß nunmehr wahrscheinlich die seither in hoffender Erwartung still gebliebenen Parteigruppen sich stärker bemerkbar machen und zunächst auf Erregung von Unzufriedenheit ausgehen dürften.[2]) Mevissen schrieb am 2. Dezember seinem Vater, an den großartigen Reformen, die man sich von dem neuen Regenten versprochen, werde seit dem Landtagsabschied mehr und mehr gezweifelt. Das einzige,

[1]) L. Camphausens Handelskammerberichte 1841 Juni und Oktober.

[2]) Düsseldorf, 1841 Dezember 12; der Minister des Innern v. Rochow erwiderte am 27. Dezember auf die „ebenso unerwarteten als betrübenden Nachrichten" und ersuchte um aufmerksame Beobachtung und Berichterstattung.

was bis jetzt Tatsache geworden von allen Versprechungen, sei eine größere Freiheit der Presse. So äußere soeben Arnold Ruge in einem Berliner Blatt, die Monarchie in Preußen habe den Absolutismus des Papstes über den Haufen geworfen und besiegt, es sei jetzt an dem preußischen Volke, den Absolutismus der Monarchie zu besiegen. Die absolute Monarchie sei nichts wie ein politisches und eben darum noch schlimmeres Papsttum. Solche kühnen Äußerungen würden, so fügte er hinzu, ihre Wirkung auf den dem Radikalismus geneigten Teil des Volkes nicht verfehlen. Die persönliche Anwesenheit des Königs in der Provinz im Januar und Februar 1842 gelegentlich seiner Reise nach England verbesserte aber die Volksstimmung wieder einigermaßen. Mit Befriedigung schrieb Mevissen, der Empfang in Köln am 19. Januar sei ein recht herzlicher und freiwilliger gewesen. 'Es ist schön, eine große Volksmenge von einem Gefühl beherrscht zu sehen und sich selbst mit in dieser Masse zu empfinden. Was so selten ist beim Empfang der Fürsten, die Stimmung aller Gemüter ohne Ausnahme war gleich freudig bewegt, und auch die Herzen, die vielleicht noch nicht ganz mit sich einig waren, wurden durch den allgemeinen Jubel einen Augenblick mit fortgerissen'. Die Stimmung hob sich noch weiter, als eine Kabinetsordre vom 18. Februar die mißliebigen Erlasse von 1821 und 1834 gegen die rheinischen Rechtsinstitutionen insofern beseitigte, als für Strafsachen wegen Staatsverbrechen das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren wiederhergestellt wurde. In zahlreichen Städten des Rheinlandes wurde dieses Ereignis durch besondere Feste gefeiert. Am 1. März konnte der Kölner Regierungspräsident v. Gerlach nach Berlin berichten, daß das Interesse für die allgemeinen Fragen des Tages in der Stadt lebhaft steige, für Freiheit der Presse, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens sowie für allgemeines, vereintes Wirken zur Förderung der größeren Einrichtungen des materiellen Wohlergehens. „Die mehr und mehr entfesselte Presse dürfte aber, so fügte er vorsichtig hinzu, auch hier Zustände herbeiführen, die jetzt noch außer der menschlichen Berechnung liegen".

Die Presse führte in der Tat schon bald den ersten schweren Konflikt zwischen der Regierung und der rheinischen Bevölkerung herbei, und in ihn wurde auch Mevissen enge verwickelt.

Siebentes Kapitel.

rstes politisches Wirken. Die Rheinische Zeitung in Köln (1842—1843).

Der große Aufschwung, den das Preßwesen in Frankreich nach er Julirevolution nahm, wurde am Rhein mit Aufmerksamkeit ver=olgt, aber die rheinische Presse vermochte sich zunächst selbst nicht zu eben, weil sie durch die Zensur fortgesetzt gelähmt war. Die seit 819 im ganzen Gebiet des Deutschen Bundes entgegen den Be=immungen der Bundesakte von 1815 durchgeführte Fesselung der Presse durch die Zensur war in Preußen zu einem der wirksamsten Machtmittel einer absolutistischen Staatsauffassung geworden. Da eine verfassungsmäßige Volksvertretung und keine politische Presse xistierte, verfügte nur die Regierung in den Berichten der Bureau=ratie über die Mittel, zu einem begründeten Urteil in den staatlichen Dingen zu gelangen. Die Versagung der Preßfreiheit sicherte somit er Bureaukratie ihr Übergewicht in den Fragen des staatlichen Lebens. Sie verhinderte sachverständige öffentliche Diskussionen und rschwerte auch eine politische Parteibildung ungemein. So mußte em allmählich erwachenden politischen Bedürfnis des Volkes vor llem daran liegen, sich das erforderliche Organ in der Presse zu chaffen. Die Preßfreiheit war, wie Mevissen später einmal aus=ührte, eine Forderung, die unabweisbar erschien, sobald das Volk, eine sittliche Würde und seine Mündigkeit erkennend, kühn dem in hm schaffenden Genius, nicht fürder einem außer ihm stehenden, nur u oft vom Geiste verlassenen Regulator zu vertrauen beschloß.[1]) Kaum etwas hielt die Erbitterung gegen die Regierung so lebendig, ie das demütigende Bewußtsein eines jeden über Tagesfragen sich ußernden Schriftstellers, von der Willkür eines Zensors abhängig zu ein, der auch die besten politischen Gedanken aus lichtscheuer Vor=orge nicht zur Veröffentlichung gelangen ließ, weil sie nicht in das estehende Regierungssystem paßten.[2]) Vom Walten der öffentlichen Meinung, wenn sie nur von der Zensur befreit sich äußern dürfe, rwarteten die politischen Köpfe am Rhein die besten Wirkungen.

---

[1]) Vgl. Mevissens Antrag auf dem Vereinigten Landtag von 1847, and II S. 255.

[2]) G. Freytag, Karl Mathy (1870) S. 67.

Die wenigen vorhandenen Zeitungen wurden durch die Zensur demoralisiert. Am schlimmsten lagen die Dinge bis 1840 in Österreich und Preußen; Bayern, Sachsen und Baden gestatteten ihrer Presse doch einige Freiheit. Die Zeitungen wanden sich in kläglicher Weise zwischen dem auflebenden politischen Bewußtsein des Volkes und der Furcht vor der Regierung, welche die Konzession erteilte oder versagte. Die öffentliche Sprache wurde unaufrichtig, arglistig und verworren, da das freimütige Bekenntnis eines leitenden politischen Prinzips von der Zensur nicht zugelassen wurde. Wenn die politische Durchbildung unseres Volkes im abgelaufenen Jahrhundert so weit zurückgeblieben ist, und klare Vorstellungen über Staatszwecke und Staatsformen immer nur in kleinen Kreisen Verbreitung gefunden haben, so liegt das zum guten Teil an dem entwürdigenden System politischer Heuchelei, das in der für diese Fragen so wichtigen ersten Hälfte des Jahrhunderts verhindert hat, mit ruhiger Klarheit und männlicher Offenheit die großen Prinzipien politischen und geistigen Lebens in einer selbständigen Presse zu erörtern, die von öffentlichen Gesichtspunkten geleitet war. Was bis 1840 in Preußen an Zeitungen existierte, war entweder Organ der Regierung oder Mittel zu privater Geschäftsspekulation.

Köln war seit dem 17. Jahrhundert der Mittelpunkt des rheinischen Zeitungswesens, während die in Aachen, Düsseldorf, Elberfeld, Koblenz und Trier erscheinenden Zeitungen seither fast nur als Lokalblätter Geltung hatten. In Köln aber hatte die kaufmännische Spekulation im Jahre 1837 dazu geführt, daß nur ein einziges Blatt bestehen blieb, die alte, aber politisch auch noch unbedeutende Kölnische Zeitung. Durch Ankauf ihres wie sie selbst in das 18. Jahrhundert zurückreichenden Konkurrenzblattes, des 'Welt- und Staatsboten', gelang es ihr, sich damals das Monopol zu sichern. Aber damit war weder die öffentliche Meinung noch die Regierung zufrieden. Jener erschien ein solches Monopol unerträglich in einem Augenblick, wo die vielseitig aufblühenden wirtschaftlichen Unternehmungen in Stadt und Provinz eine nicht bloß einseitige Erörterung erforderten.[1]) Die Regierung anderseits hatte in dieser Zeit des

[1]) Das oben S. 168 erwähnte, seit 1835 bestehende Allgemeine Organ für Handel und Gewerbe war keine Tageszeitung.

Kölner Kirchenstreits das dringende Bedürfnis, ihre Interessen in einer rheinischen Tageszeitung vertreten zu sehen; die Kölnische Zeitung aber war damals geneigt, den ultramontanen Tendenzen weit nachzugeben. In dieser Lage faßte der frühere Redakteur des Welt- und Staatsboten, Dr. B. Rave, im Jahre 1839 den Entschluß, eine neue Zeitung zu begründen, für welche ein reicher und unternehmender Kölner Privatmann, Dr. F. Schulte, den wir schon aus den Verhandlungen über die Rheinseeschiffahrt (S. 169) kennen lernten und der sich später im Jahre 1845 durch die vielberufene Dessauer Bank in weiten Kreisen einen Namen machte, die Mittel stellen wollte. Da die Regierung Raves kirchenpolitischer Haltung vertraute, so erteilte sie dem Unternehmen am 11. Dezember 1839 die Konzession, trotzdem ihr der Prospekt dieser 'Rheinischen Allgemeinen Zeitung' durch die Empfehlung der konstitutionellen Monarchie als Verfassungsform für Preußen anfänglich einiges Bedenken verursacht hatte. Die neue Zeitung erschien dann etwa ein Jahr, vom Oktober 1840 bis Dezember 1841, aber in der verkümmerten Gestalt eines unwirksamen Lokalblatts, da Dr. Schulte vorher von dem Unternehmen zurückgetreten war. Das Blatt wäre eingegangen, wenn nicht im Sommer 1841 das seit dem Regierungsantritt des neuen Königs erwachende politische Leben seiner Existenz eine andere Wendung gegeben hätte.

Die politischen Hoffnungen veranlaßten den rheinischen Landtag in Düsseldorf am 22. Juli 1841 zu der an den König gerichteten Bitte um eine möglichst ausgedehnte Preßfreiheit.[1]) In den Verhandlungen war der Gedanke erörtert worden, eine neue politische Zeitung auf Aktien zu begründen. Die freiere Presse, die man erstrebte, sollte kein kaufmännisches Gewerbe sein, sondern, wie es im Ausland schon wiederholt geschehen war, der Einzelspekulation entzogen werden. Der Gedanke faßte in Köln Wurzel. Wie überhaupt die Jugend jener Tage am wärmsten für die freie politische und geistige Entwicklung und die Größe des Vaterlandes eintrat, so war es eine Gruppe von wohlhabenden jungen Leuten, die in Köln im Sommer zu diesem Zwecke zusammentrat, und schon im August wurde der Prospekt der neuen, von vornherein für die ganze Provinz bestimmten Zeitung versandt. Man wollte ein Blatt vom Rang der Augsburger

[1]) Verhandlungen des sechsten rhein. Provinziallandtages 1841, S. 135.

und der Leipziger Allgemeinen Zeitung begründen, und zwar, indem man die Ravesche Rheinische Allgemeine Zeitung ankaufte, um sich so die dieser erteilte Konzession zu sichern. Bei der Abneigung der Regierung gegen Aktienunternehmungeu überhaupt fürchtete man, daß die Konzession einige Schwierigkeit verursachen werde; denn der Regierung bot ein privater Eigentümer, der mit seinem ganzen Vermögen an das Unternehmen gebunden war, größere Garantieen für politische Fügsamkeit, als eine Aktiengesellschaft. Man umging die Schwierigkeit, indem man am 15. Dezember 1841 eine Kommandit-Aktiengesellschaft bildete, für die nach dem rheinischen Recht eine besondere königliche Genehmigung nicht erforderlich war, die aber allerdings auch bedingte, daß die an die Spitze der Gesellschaft tretenden Geranten mit ihrem ganzen Vermögen, nicht bloß mit ihrem Aktienbesitz, hafteten. In dieser Form ließ sich denn auch das Projekt verwirklichen, da die Regierung an ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit einer zweiten Zeitung neben der inzwischen auf 8000 Abonnenten angewachsenen Kölnischen Zeitung festhielt. Der Kölner Regierungspräsident v. Gerlach wurde selbst eine Zeitlang Aktionär der neuen Zeitung, und der Oberpräsident v. Bodelschwingh erteilte ihr als der Fortsetzung des Raveschen Blattes am 13. Dezember 1841 eine vorläufige Konzession, und zwar ohne die vorgesetzten Zensurminister um die Gewährung einer neuen Konzession anzugehen. Es war kurz vor dem Augenblick, wo am 24. Dezember 1841 die erwähnte Zensurverfügung des Königs der Presse eine freiere Bewegung gewährte.[1]) Am 1. Januar 1842 begann die 'Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe' mit einem Beiblatt 'Rheinische Blätter für Wissenschaft, Literatur und Kunst' als Zeitung in großem Stil zu erscheinen.

Der Titel des Blattes entsprach den Zielen, welche die Gründer sich steckten. Es war eine eigenartige Gruppe von begabten jungen Männern, die sich damals in Köln zusammenfand, um den Gedanken des politischen Fortschritts durch eine Zeitung zu fördern, die von vornherein nur diesem Fortschritt ohne den Nebengedanken kaufmännischen Gewinnes gewidmet sein sollte. Als Geranten traten an die Spitze des Unternehmens Georg Jung und Dagobert Oppenheim, von denen ersterer als der eigentliche Gründer der Zeitung an-

---

[1]) Vgl. Treitschke a. a. O. V, 191 ff.

gesprochen werden muß. Georg Jung stammte aus einer reichen Amsterdamer Familie, die jedoch schon längere Zeit in Köln heimisch war; er war damals Referendar am Kölner Landgericht. Dagobert Oppenheim, ein jüngerer Bruder der beiden Inhaber des Kölner Bankhauses Salomon Oppenheim u. Cie., war Assessor an demselben Gericht. Jung, eine elegante Persönlichkeit, die literarisch den in bunten Farben schillernden Stil Heines nachahmte,[1]) hat sich später besonders durch seine republikanischen Reden bei den stürmischen Volksversammlungen an den Zelten in Berlin im Mai 1848 und durch seinen politischen Radikalismus als Mitglied der Berliner Nationalversammlung 1848 bekannt gemacht. Oppenheim ist nicht politisch hervorgetreten, er war später lange Jahre hindurch Leiter des großen Köln-Mindener Eisenbahnunternehmens. Dem Aufsichtsrat, der gemeinschaftlich mit den Geranten über die Tendenz der Zeitung zu wachen hatte, gehörten neun Mitglieder an. Zu ihnen zählte der Referendar Rudolf Schramm, der Sohn eines Krefelder Fabrikanten, der aus der juristischen Laufbahn ausschied, um während der Jahre 1841 bis 1843 im Auftrage einer 1838 gebildeten Aktiengesellschaft die Eisenbahn von Köln nach Bonn zu bauen. Auch er gehörte 1848 zu den radikalen Mitgliedern der Berliner Versammlung (Schramm-Striegau), er lebte dann lange Jahre als politischer Flüchtling in London, bis er nach 1866 von Bismarck rehabilitiert und zum Generalkonsul in Mailand ernannt wurde. Neben ihm traten Dr. Claessen, ein nicht praktizierender Mediziner, der Ludolf Camphausen nahestand und 1848 als Legationssekretär der preußischen Gesandtschaft beim Reichsverweser in Frankfurt fungierte, und der Assessor Ignaz Bürgers, ein scharfsinniger Jurist, der 1848 dem Frankfurter Parlament angehörte, besonders hervor. Zwei andere tüchtige Juristen, die Rechtsanwälte E. Mayer und G. Fay, sowie die Ärzte Dr. Stucke und Dr. Thomé gehörten gleichfalls zu diesem Kreise. Diese Männer waren zum Teil schon von ihren Universitätsjahren her miteinander bekannt. Sie vertraten politisch im wesentlichen die Gruppe des rheinischen Rechts, aber durch Schramm und Oppenheim standen sie auch mit den wirtschaftlichen Interessen der Provinz in unmittelbarer Verbindung. Die Erwartungen, die man in Stadt und Provinz

---

[1]) Er schrieb u. a. eine Geschichte der Frauen (Frankfurt, 1850).

vom Gesichtspunkt dieser Interessen der neuen Gründung entgegenbrachte, kamen darin zum Ausdruck, daß der Zeitungsgesellschaft viele der damals führenden Kölner Kaufleute, unter ihnen W. L. Deichmann, Ph. Engels, G. Heuser, C. Stein, J. Herstatt, G. Mallinckrodt, J. vom Rath, J. Boisserée, J. Mühlens u. a., beitraten. Auch Ludolf Camphausen, der damals an der Schwelle seiner politischen Laufbahn stand, gehörte der Gesellschaft während der ganzen Dauer ihres Bestehens an, trat jedoch nicht stärker in ihr hervor.[1])

Aber noch eine dritte Richtung war in diesem Kreise vertreten. Mit Jung, Oppenheim und Schramm hatte an den Vorverhandlungen im Sommer 1841 besonders lebhaft Moses Heß teilgenommen. Dieser aus Köln (1812) gebürtige Mitbegründer des deutschen philosophischen Sozialismus und spätere Freund von Karl Marx war seit seiner Studienzeit ein Anhänger der Hegelschen Philosophie und zwar der Jung-Hegelschen Richtung. Hegel hatte bekanntlich nach seinem Tode das Schicksal, daß durch die Popularisierung seiner Gedankengänge aus dem unerschöpflichen Schatz seiner Ideen und aus dem Reichtum seiner Dialektik die widersprechendsten Richtungen zu schöpfen versuchten. Das Jung-Hegeltum der dreißiger Jahre stellte den rückläufigen Tendenzen der politischen Reaktion den Entwicklungsgang des Hegelschen Weltgeistes als das Prinzip des Fortschritts entgegen, und Arnold Ruges Hallesche Jahrbücher wurden seit 1838 das werbende Organ dieses linken Flügels im deutschen Geistesleben, indem sie die Hegelschen Ideen im Sinne eines freiheitlichen Radikalismus als wirksames Agitationsmittel benutzten. M. Heß, eine zu sozialer Schwärmerei neigende Natur, entnahm der Hegelschen Auffassung des Staats als des sittlichen Universums die Konsequenz des Staatssozialismus, der starken Bevormundung des Einzelnen durch die staatlich organisierte und einem großen ethischen Ziel zustrebende Gesellschaft. In gemütvoller aber wenig klarer Weise suchte er ihn philosophisch zu fundieren.[2]) Mit seinen philosophischen Ideen

---

[1]) Dagegen hat D. Hansemann überhaupt keinerlei Beziehung zur Rheinischen Zeitung gehabt. (Die Behauptung von Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie I, 104 und Gesammelte Schriften von K. Marx und F. Engels I, 176 f. ist irrtümlich).

[2]) Die Hauptschriften von M. Heß bis zu dieser Zeit waren 'Die Heilige Geschichte der Menschheit von einem Jünger Spinozas', 1837, und die 'Euro-

hat M. Heß besonders auf G. Jung eingewirkt, der, anscheinend schon vorher mit der Hegelschen Philosophie bekannt, das Programm der Zeitung vor allem darin erblickte, daß der von den Jung-Hegelianern in den Halleschen Jahrbüchern begonnene Kampf der Philosophie gegen Absolutismus und Kirchentum an den Rhein verpflanzt werden müsse. Ein konsequentes und rücksichtsloses Streben dieser Art würde, wie Jung glaubte, am ehesten dahin führen, die alten Fesseln zu zerreißen, mit denen Deutschlands politisches und geistiges Leben noch beschwert war.

M. Heß hatte anfänglich gehofft, Redakteur der neuen Zeitung werden und sie in seinem Sinne leiten zu können. Aber die Richtung der übrigen Gründer der Zeitung gewann zunächst die Oberhand. Sie hielten es für richtiger, daß man mit Schonung der am Rhein herrschenden religiösen Ansichten und unter Berücksichtigung der hier verbreiteten Abneigung gegen eine prinzipielle wissenschaftlich-theoretische Behandlung des Freiheitsgedankens vorsichtig seinen Weg suche, indem man den Nachdruck auf die Fragen des Wirtschaftslebens legte, auf die sich das Interesse der rheinischen Bevölkerung überhaupt, und in diesem Augenblick der stärker einsetzenden Unternehmungslust des Kapitalismus noch besonders richtete. Diese Ansicht vertraten besonders Schramm, Oppenheim und Fay; der Entschluß, ein würdiges, gemessenes und festes, auf positiven Grundlagen weiterbauendes Organ des kommerziellen und politischen Fortschritts zu bilden, hatte sie, wie sie erklärten, zu dem Unternehmen geführt. Und ihr anfängliches Übergewicht sprach sich darin aus, daß am 24. Oktober 1841 keinem geringeren als dem großen Nationalökonomen Friedrich List die Redaktion der Zeitung angetragen wurde. Der damals in Stuttgart lebende Friedrich List, neben L. Camphausen der deutsche Pionier des Eisenbahnwesens, war am Rhein durch seine seit 1833 für die Ausführung eines großen deutschen Schienennetzes unternommenen Schritte längst bekannt; eben jetzt, im Sommer 1841 hatte er sein glänzendes, auch von den Halleschen Jahrbüchern begeistert aufgenommenes Haupt-

---

päische Triarchie', 1841. Für seine Stellung im Rahmen des philosophischen Sozialismus vgl. G. Adler, Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland (1885) S. 84; D. Koigen, Zur Vorgeschichte des modernen philosophischen Sozialismus in Deutschland (1901) S. 150; Gesammelte Schriften von K. Marx und F. Engels II (1902), 358.

werk, das 'Nationale System der politischen Ökonomie' veröffentlicht, von dem bereits die Rede war. List war über das Anerbieten der Kölner sehr erfreut. Der großartige Geist, so antwortete er am 7. November, der in dem herrlichen Köln erwache, das ganze patriotische Unternehmen, dem die geographische Lage Kölns das Gedeihen verbürge, und die große Zukunft, der Köln entgegengehe, erweckten sein höchstes Interesse; offenbar sei dort der Boden für das erste deutsche Nationalblatt, weder in Augsburg noch in Leipzig, weder in Frankfurt noch in Hamburg. Durch die schlimmen Folgen eines Beinbruchs gefesselt, könne er jedoch leider dem Rufe für jetzt nicht folgen.[1]) Nachdem sich diese für die Zeitung wie für das rheinische ökonomische Leben so aussichtsvolle Kombination zerschlagen hatte, verhandelte man zunächst mit einem Dr. Karl Mager in Aarau, der 1837 schon einmal als Redakteur der Brockhausschen Leipziger Allgemeinen Zeitung in Aussicht genommen worden war, und auf dessen Empfehlung mit Dr. Gustav Höfken, einem in seinen wirtschaftlichen Anschauungen von Friedrich List stark beeinflußten Manne, der damals bei der Redaktion der Augsburger Allgemeinen Zeitung tätig war.[2]) Er faßte seinen Standpunkt dahin zusammen, daß die neue Zeitung vor allem an dem Kerne deutscher Eigenart und deutscher Entwicklung mit treuer Liebe festhalten müsse. Die Fortbildung des deutschen Zollvereins, die Entwicklung des deutschen Handels und der Handelspolitik, die Befreiung des deutschen Volksbewußtseins von allem, was die Einigung hemme, das wäre, so schrieb er, für ein deutsches Blatt jetzt wohl die höchste Aufgabe. Im Dezember kam

---

[1]) F. Lists (ungedruckte) Briefe vom 7. November 1841, 24. März und 6. April 1842. Noch im März 1842 wäre er gerne nach Köln übergesiedelt (vgl. auch Hallische Jahrbücher 20. September 1841, Nr. 69, und Häusser, Fr. Lists Leben S. 281, 296). — Für die Geschichte der Rheinischen Zeitung kommen außer dem noch erhaltenen Rest des Archivs der Zeitung besonders die umfangreichen Zensurakten im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin in Betracht. Vgl. auch R. Prutz, Zehn Jahre 1840—1850, II (1850), 36, 357, 391. Unzulänglich ist Treitschke a. a. O. V, 200; die erwähnten Schriften von Mehring bieten dagegen manches Neue. Ich werde an anderer Stelle näher auf diese für das politische Leben der vierziger Jahre wichtige Zeitung zurückkommen.

[2]) Für Mager vgl. Allgem. deutsche Biographie 20 S. 57. Höfken (geb. 1811 zu Hattingen) war 1847 Mitherausgeber der Deutschen Zeitung in Heidelberg, 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, später Sektionsrat im österreichischen Handelsministerium.

man mit Höfken zum Abschluß, er trat die Redaktion am 1. Januar 1842 an.

So schritt die neue Zeitung ins Leben, wie sie selbst es ausdrückte, als eine Schöpfung unabhängiger Rheinländer, welche dem Fortschritt huldigten, den Aufschwung der Rheinlande, die Fortbildung ihrer Institutionen, die Vermittlung ihrer und der deutschen Gesamtinteressen sowie die menschliche Gesellschaft überhaupt und ihr inneres Gedeihen im Auge hatten. Schon die ersten Tage führten aber einen inneren Konflikt herbei. Der Gerant G. Jung konnte sich mit dem Redakteur nicht einigen. Höfken legte den Nachdruck auf die wirtschaftlichen Fragen, und zwar in dem Sinne von F. Lists nationaler Wirtschaftspolitik und schutzzöllnerischem Standpunkt. Dieser hatte in Köln, wie wir wissen, nur wenig Anklang, und auch Jung stand der hier vorherrschenden freihändlerischen Auffassung nahe. Vor allem aber wollte Jung doch durch die Rheinische Zeitung die moralische Kraft des Volkes aufgerufen sehen vermittelst einer scharfen Kritik seiner geistigen und politischen Knechtschaft; er war enttäuscht, daß die Zeitung seine Hoffnungen nach dieser Seite „unter Baumwolle und Twist erstickte und den Zollverein als den eigentlichen Begründer und Heiland der deutschen Nation pries". Jenen Standpunkt, der durch Beförderung des wirtschaftlichen Aufschwungs des deutschen Volkes den politischen Fortschritt erst vorbereiten wollte, vermochte er sich nicht zu eigen zu machen; er wollte, daß geradeaus vom Standpunkt der Vernunft und Moral auf die politischen Rechte losgesteuert werde. Er trat lebhaft dafür ein, daß der eben jetzt in einen schweren Konflikt um die akademische Lehrfreiheit mit der Regierung geratene Bruno Bauer, der extreme Fortbildner der von D. F. Strauß eröffneten Evangelienkritik, als Mitarbeiter des Blattes gewonnen werde. Höfken, der das nicht für wünschenswert hielt, trat infolgedessen schon am 18. Januar von der Redaktion zurück. Die anfänglich unterlegene, rein ideologische Richtung von G. Jung hatte damit nun doch gesiegt. Dem entsprach, daß man sich jetzt an den Jung-Hegelschen Kreis in Berlin wandte, um einen Redakteur von dort zu beziehen. In der Person des Dr. Rutenberg traf dieser am 2. Februar in Köln ein. Diese Wahl war ein Affront für die Regierung. Rutenberg galt als „ultrademokratischer" leidenschaftlicher Verfechter der Jung-Hegelschen Schule; er war tätiger Mitarbeiter

der wegen ihres Radikalismus bei der Regierung längst mißliebigen Hallischen Jahrbücher, er hatte in der Leipziger Allgemeinen Zeitung bissige Artikel über die preußischen Zustände geschrieben, und er stand sogar unter Polizeiaufsicht, weil er im September 1841 in Berlin für den durchreisenden Führer der badischen Liberalen, K. Th. Welcker, eine vielberufene Serenade veranstaltet hatte.[1])

In der Tat verlegte sich der Schwerpunkt der Zeitung jetzt von der wirtschaftlichen auf die Seite der geistigen Strömungen, und eine radikale Haltung sprach sich fortan in den Äußerungen ihrer Mitarbeiter vielfach aus. Am wenigsten Mitarbeit fand sie übrigens anfangs am Rhein selbst. Ihre jetzige Richtung hatte in dem rheinischen Wesen keine breiten Wurzeln. Moritz Fleischer in Cleve, ein naher Freund von A. Ruge und eifriger Mitarbeiter an dessen Jahrbüchern,[2]) die Demokraten Karl Heinzen und Dr. Gottschalck in Köln, der junge Dichter Wolfgang Müller von Königswinter waren zunächst neben G. Jung, M. Heß und dem damals in Bonn lebenden Bruno Bauer wohl die einzigen rheinischen Mitarbeiter. Es überwogen durchaus die Berliner 'Freien', jene im Frühjahr 1842 zusammentretende Gruppe von Literaten junghegelscher Observanz, die allen Ernstes glaubten, mit scharfen und bittern Worten die politische und soziale Welt aus den Angeln heben zu können, und die im Sinne von B. Bauer und L. Feuerbach die Religion als einen Traum des menschlichen Geistes radikal durch die Philosophie ersetzt sehen wollten. Von ihnen waren vornehmlich E. Meyen, F. Köppen, L. Buhl, Edgar Bauer, K. Nauwerck und Max Stirner für die Rheinische Zeitung tätig. Aber auch sonst wußte das Blatt die beweglichen Köpfe für sich in Bewegung zu setzen. Eine bunte Reihe von Mitarbeitern: Karl Hagen (Heidelberg), Lorenz Stein (damals in Paris), K. H. Brüggemann, F. W. Carové, H. König (Osterode), Arnold Ruge, Adolf Stahr, Julius Fröbel, Friedrich Engels, Karl Marx, Karl Grün, Hermann Püttmann, Ed. Boas, Ad. Glasbrenner, Bertold Auerbach, K. Gutzkow, G. Herwegh, R. Prutz, Hoffmann v. Fallersleben, F. Dingelstedt, Julius Mosen, F. Freiligrath und manche andere — das ganze temperamentvolle Geschlecht der jungen

---

[1]) Rutenberg war später, 1848, Redakteur der Berliner Nationalzeitung (vgl. auch Preuß. Jahrbücher 110 (1902), 282).

[2]) Vgl. A. Ruges Briefwechsel I (1886), 219 ff.

Literaten regte hier mit Geist und Witz unter dem Schutz der Zensurerleichterung seine Schwingen und lenkte bald alle Blicke auf die neue sensationelle Zeitung am Rhein, neben der von den preußischen Zeitungen jener Tage höchstens noch die freigeistige Königsberger Zeitung die Aufmerksamkeit zu fesseln vermochte.

Von diesen Elementen getragen, entfaltete die Rheinische Zeitung bald eine aufsehenerregende Tätigkeit. Ihre allgemeine politische Tendenz war entschieden preußisch; selbst in ihren extremsten Leistungen blieb der leitende Gedanke, daß dem preußischen Staat, der sich seit dem 18. Jahrhundert an der Spitze der geistigen Bewegung in Deutschland befand, jetzt nach den Erfolgen des Zollvereins von 1834 und den ersten Anläufen zum politischen Fortschritt seit dem Regierungsantritt des neuen Königs die Führung in Deutschland unbedingt zustehe. Diese Führung aber sollte Preußen sich durch Gewährung einer Verfassung sichern, das politische Testament des Freiherrn vom Stein vom Jahre 1808 bezeichnete die Zeitung dabei als ihr Programm. Sie begrüßte es, daß der neue König einen ersten Schritt zur Beseitigung des Provinzialismus und zur Anbahnung größerer Einheitlichkeit des Staats durch die Einrichtung der Vereinigten Ausschüsse tat. Diese Einheitlichkeit und die weitere Durchführung verfassungsmäßiger politischer Freiheit schwebte ihr als das Mittel vor, das dem preußischen Staat den Vorrang in Deutschland sichern sollte, und sie gab sich selbst alle Mühe, den provinziellen Partikularismus am Rhein zu beseitigen, um eine allgemeine Staatsauffassung an die Stelle zu setzen. Besonders erstrebte sie eine Verknüpfung des rheinischen Liberalismus mit dem ostpreußischen. So kam in dieser konsequent verfolgten Richtung des rheinischen Blatts jene von uns (S. 228) gekennzeichnete noch junge politische Strömung zur Geltung, welche auf eine innere Verschmelzung der Rheinlande mit dem Osten hindrängte.

In diesem leitenden Gedanken traf die Zeitung mit der vom neuen König vertretenen Auffassung zusammen, während sie sich allerdings die Durchführung desselben wesentlich anders dachte, als dieser. Sie verlangte eine verfassungsmäßig garantierte Vertretung des Volkes, und zwar durch gewählte Abgeordnete als Vertreter der Gesamtinteressen. Nicht völlig ausgemacht war für sie, ob die Wahlen nach der Kopfzahl, auf Grund eines Zensus, oder nach Maßgabe des

berufsständischen Prinzips erfolgen sollten; sie gab den verschiedenen Anschauungen auf diesem Gebiete Raum und betonte mehrfach die Unvollkommenheiten beider Systeme. Eine berufsständische Verfassung in dem schon mehrfach von uns erörterten Sinne entsprach aber ihrer Tendenz wohl am meisten, also eine Vertretung der „freien" Stände bei der Gesetzgebung, nicht im Sinne egoistischer Standesinteressen, sondern weil nun einmal aus den verschiedenen Lebensberufen verschiedene Auffassungen der öffentlichen Interessen sich ergäben, deren Ausgleich durch öffentliche parlamentarische Diskussion das Staatswohl am sichersten gewährleiste.[1]) Sie verhöhnte bitter den durch das französische Zensuswahlsystem entwickelten Liberalismus des Juste-Milieu, indem sie besonders auf seine gänzliche soziale Unfähigkeit hinwies. Vor allem aber wollte sie eine durch ein einheitliches Staatsbürgertum getragene wirkliche Verfassung, nicht eine von der Gnade und Willkür des Monarchen abhängige gelegentliche, sondern eine festbestimmte Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung. Der Idee der Volkssouveränetät hat man, wie wir noch sehen werden, am Rhein im allgemeinen nur theoretische Bedeutung beigemessen und sie im liberalen Kreise niemals praktisch verwertet. Die Souveränetät sollte nach der hier vorwiegenden Ansicht durch die Monarchie und die Volksvertretung zusammen zum Ausdruck gelangen. Es war nicht die Teilung der Gewalten, auf die man letzten Endes abzielte, sondern eine einheitliche starke Staatsgewalt, verkörpert in dem gemeinsamen Wirken der Monarchie und der Vertretung des Volkes. Solche Gedanken widerstrebten aber durchaus den Ansichten des Königs. Mochte dieser auch vorläufig noch nicht klar darüber sein, wie er seine eigenen Ideen über die Entwicklung der Reichsstände aus den Provinzialständen zu verwirklichen gedachte, so vertrugen sich doch seine ständischen Vorstellungen von der natürlichen Trennung seines Volkes in Adel, Stadt und Land durchaus nicht mit der Idee des allgemeinen Bürgertums; seinem Souveränetätsgefühl war die Idee einer geschriebenen, ihn selbst dauernd bindenden

---

[1]) Vgl. oben S. 211. Der eifrige Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung K. H. Brüggemann hat im Jahre 1843 diese Idee einer ständischen Verfassung in seiner Schrift 'Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung und die nächsten Bedingungen zu seiner Erfüllung' S. 126 ff. im Zusammenhang dargelegt.

Verfassung zuwider, und sein gesteigertes monarchisch-persönliches Selbstbewußtsein wurde gereizt durch das Unterfangen, ihn durch öffentliche Diskussionen in seinen eignen Erwägungen über diese Fragen beeinflussen zu wollen.

Viel mehr als diese Widersprüche waren es aber die Fragen aus dem Gebiet der geistigen Freiheit, die von vornherein einen scharfen Gegensatz zwischen der Rheinischen Zeitung und der Regierung begründeten. In den Berliner Hofkreisen setzte seit dem Regierungsantritt des neuen Königs ein pietistisch-bigottes Treiben ein, und im Ministerium kam, vor allem in der Person des Kultusministers Eichhorn, eine Strömung ans Ruder, welche systematisch den Konfessionalismus und das orthodoxe Kirchentum stärkte und, im Wetteifer mit dem neuen Ultramontanismus der römischen Kirche, von seiten des Staates den Auferstehungsprozeß jener rückläufigen Auffassung anbahnte, daß Religion nur in dogmatisch-konfessioneller Gebundenheit Geltung haben könne. Gegen diese konfessionelle Beschränktheit nahm die Rheinische Zeitung den grundsätzlichen Kampf für Geistes- und Gewissensfreiheit auf, indem sie, wie der Minister des Innern v. Rochow schon im Februar 1842 tadelnd bemerkte, dahin strebte, die Rheinländer für die wissenschaftlichen Kontroversen der philosophischen Schulen zu interessieren und „durch Einbürgerung des Geistes und der abstrusen Phraseologie der neuen Philosophie in der Provinz ein der Sinnesweise der Bevölkerung seither fremdes Element dorthin zu verpflanzen". Von hier ging in der Tat eine dauernde und methodische, vor den schärfsten Formen nicht zurückschreckende Opposition des Blattes gegen die Regierung aus.

In wirtschaftlicher Hinsicht vertrat die Rheinische Zeitung die Ideen des Zollvereins, also vor allem die innere Handelsfreiheit, aber sie legte den Nachdruck auf die weitere Ausgestaltung seines Verhältnisses zum Auslande. Auch hier war wie in der Frage des Verfassungssystems ihr Standpunkt nicht einheitlich; sowohl die Ideen F. Lists über industrielle Schutzzölle und nationales Wirtschaftssystem als die Ideen der Freihändler wurden in ihren Spalten erörtert. Sie trat für die wenigstens beratende Mitwirkung von Vertretern der Industrie bei den Zollkongressen ein und stand den damals wiederholt erörterten Gedanken einer parlamentarischen Ausgestaltung des Zollvereins sympathisch gegenüber. In sozialer Beziehung, wo

sie durchaus die Hebung des Volkes zu selbständiger Betätigung erstrebte, brachte sie dem König ein besonderes Vertrauen entgegen; sie hoffte von seinem warmen Empfinden und seinem innern Gegensatz zur bureaukratischen Auffassung, daß er das Wohl der untern Klassen planmäßiger ins Auge fassen werde, als es seither geschehen war. So war die Zeitung ein lebendiger Tummelplatz für die philosophisch-theologischen, politischen und wirtschaftlich-sozialen Erörterungen des Tages, und zwar der Richtung ihrer Mitarbeiter entsprechend wesentlich theoretisierend; denn die Literaten jener Tage führten den Kampf gegen die Regierung wie eine literarische Fehde. Im Rheinland selbst gewann die Zeitung nur allmählich Boden, indem sie neben den erwähnten Gesichtspunkten auch die hier populären politischen Fragen: Öffentlichkeit des Staatslebens, Preßfreiheit, Kampf für das rheinische Recht und gegen feudale Autonomie, sowie die Angelegenheiten des Handels und der Industrie abhandelte.

Die Regierung wurde durch diese Entwicklung des Blattes völlig überrascht, einer solchen Haltung einer preußischen Tageszeitung unmittelbar nach der Gewährung einiger Zensurerleichterung hatte sie sich überhaupt nicht versehen. Eine oppositionelle Tageszeitung, in der mit steter politischer Tendenz Differenzen zwischen den großen philosophischen Systemen und gerade jene Prinzipienfragen des öffentlichen und geistigen Lebens mit Vorliebe behandelt wurden, welche die Zensur früher strikt verhindert hatte, hatte sie nicht für möglich gehalten. In kirchenpolitischer Hinsicht enttäuschte das Blatt zudem die Regierung vollständig, denn es verurteilte ihr Verfahren im Kölner Kirchenstreit sowohl wegen seiner konfessionellen Grundlage als auch wegen seiner Widersinnigkeit gegenüber der am Rhein zu Recht bestehenden Zivilehe. Schon im März verlangte daher das Ministerium die Beseitigung des Redakteurs Rutenberg und beauftragte den Oberpräsidenten v. Bodelschwingh sogar mit der Unterdrückung des Blattes zum 1. April. Aber Bodelschwingh scheute das Aufsehen, das ein solcher Schritt erregen werde, er hoffte auf die Möglichkeit, daß sich eine Änderung der Tendenz des Blattes mit Hilfe angesehener und mit der seitherigen Richtung gleichfalls nicht einverstandener Mitglieder der Zeitungsgesellschaft werde bewirken lassen. Und da er selbst im Mai in das Ministerium eintrat und im Juni Graf Arnim an die Stelle v. Rochows, des konsequenten Gegners der

Zeitung, als Minister des Innern berufen, überhaupt in diesen Monaten das ganze Ministerium neu gebildet wurde, so blieb die Zeitung zunächst fortbestehen. Der neue Oberpräsident v. Schaper hielt ihr Wirken für wenig gefährlich, da sie es seither erst auf achthundert Abonnenten gebracht hatte; er hoffte, daß sie an finanziellen Schwierigkeiten bald scheitern werde. Bestimmend für die Tendenz des Blattes blieben aber auch ferner die beiden Geranten G. Jung und Dag. Oppenheim mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats, die sich im Laufe des Jahres 1842 als eine einheitliche Gruppe unter dem Namen des „Jungen Deutschland" der Außenwelt gegenüber zusammenschlossen. Zu diesem Kreise trat nun auch Mevissen vom Mai ab in enge persönliche Verbindung.

Er hatte im Winter 1841 in der Kölner Gesellschaft Fuß gefaßt. Seit Jahren suchte er nach persönlichem Anschluß an gleichstrebende tüchtige Menschen, weil er den steten Austausch von Gedanken und Gesinnungen mit anderen seither schmerzlich entbehrte. Da die notabeln Kaufmannsfamilien fast alle erst kurze Zeit in der Stadt heimisch waren, so machte die Aufnahme fremder Elemente keine Schwierigkeiten. Das gesellige Leben Kölns entwickelte sich damals in diesen Familien in Folge des wachsenden Wohlstandes zu einem üppigen, französischen Gewohnheiten nachgebildeten Glanze.[1]) Die Briefe des jungen Beobachters zeigen, wie bald er erkannte, daß diese schöne Hülle auch hier einen Kern deckte, der seinen hochgespannten Erwartungen wenig entsprach. Aber im wirtschaftlichen Leben der Stadt wuchs damals, gefördert durch das zielbewußte Streben der Handelskammer und ihres Präsidenten L. Camphausen, eine junge Generation von Kaufleuten aus den Familien Andreae, Guilleaume, Hölterhoff, Joest, Leiden, Noß, Peill, Stein u. a. heran, die an dem Aufschwung Kölns während der folgenden Jahrzehnte erfolgreich mitgewirkt hat. In diesen Kreis von strebsamen Altersgenossen trat der junge Fremde zunächst ein, erfreut über die Anregungen, welche er nun bei dem regelmäßigen Gedankenaustausch über kaufmännische Fragen in der rheinischen Handelsmetropole empfing, wo das Treiben des Geschäftslebens stündlich wechselte und jede Minute mit irgend einer Lebenstätigkeit ausgefüllt werden konnte. Seine eigene geistige

[1]) K. Schorn, Lebenserinnerungen I (1898) S. 239 ff.

Überlegenheit beruhigte ihn schon im November 1841 darüber, daß er 'hier gewiß, wenn ihn die Sterne nicht täuschten, binnen nicht langer Zeit im Vordertreffen stehen werde'. So entsprachen die ersten Eindrücke, die er von dem Kölner Leben empfing, seinen Wünschen. Sie wurden durch das Einsetzen einer zugleich nationalen und künstlerischen Strömung in den ersten Monaten des Jahres 1842 noch gesteigert. Seit dem Herbst 1840, wo die Gefahr eines Kriegs mit Frankreich aufgetaucht war, hatte jener einst von Görres und Goethe vergebens vertretene Gedanke der Vollendung des Kölner Doms als des Symbols deutscher Einheit und Kraft in der Bevölkerung der Stadt Wurzel gefaßt. Das Interesse und die Unterstützung des kunstliebenden Königs beschleunigten seine Verwirklichung. Es bildete sich der Dombauverein, der vom Rhein bis an den Fuß der Alpen alles zusammenfaßte, was den Ausbau des Doms in jenem symbolischen Geiste zu fördern gesonnen war. Im Februar 1842 wandte sich der Verein mit begeisterten Aufrufen an das deutsche Volk, und im Mai fand unter großer Beteiligung das erste Dombaufest statt. Mevissen schloß sich dieser volkstümlichen Betätigung nationalen Bewußtseins frohen Herzens an. Auch die Rheinische Zeitung wirkte mit Wärme für diesen Gedanken, und gelegentlich dieser Festlichkeiten trat Mevissen dem Kreise des Aufsichtsrats dieser Zeitung auch persönlich nahe.

Die Doppelnatur des eigenartigen Preßorgans, die Verbindung kaufmännisch-juristischer mit philosophisch-literarischen Elementen zu politischen Zwecken, hatte seither schon seine lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Politische Tätigkeit war das, wohin es ihn besonders drängte. In der Rheinischen Zeitung sah er so manche der politischen und wirtschaftlichen Gedanken vertreten, die er selbst in seiner Dülkener Einsamkeit früher entwickelt hatte. Vor allem aber erblickte der begeisterte Schüler Hegels hier den Versuch, die großen Ideen des Meisters ins Leben zu übertragen. Es überwog in ihm noch stark der reflektierende Philosoph, der darauf rechnete, daß die Arbeit der großen Denker schon bald beginnen werde, Gemeingut der ganzen Nation zu werden. 'Sie hat unsere Literatur bereits völlig durchdrungen, fortan werden auch die Äußerungen unseres nationalen Lebens nur mittels des Salomonisschlüssels der Philosophie entziffert werden können'. So lag das Streben der Rheinischen Zeitung, Wissenschaft und politisches Leben zu verknüpfen und das

chlummernde Zeitbewußtsein zum entschlossenen Hervortreten anzu-
egen, ganz auf seinem Wege. Er hielt den Augenblick für ge-
ommen, durch klare und offene Erörterung der Prinzipienfragen vor
em größern Publikum dem in einer Fülle tüchtiger Männer heran-
ereiften Fortschrittsgedanken eine schnelle und wirksame Ausbreitung
u sichern und die Entlassung des Volkes aus der öffentlichen Be-
ormundung zu erreichen. 'Jede große wissenschaftliche und poli-
ische Epoche in der Geschichte, so führte er damals aus, hat diesen
Charakter: Viele große Köpfe entstehen auf einmal, die ganze Luft
st von ihrem Geiste geschwängert, und das Gefühl, daß er ver-
tanden und empfunden wird, begeistert jeden, mutig auf seiner Bahn
ortzuschreiten. Nicht in solchen Perioden ist der Horazische Rat,
ie Tat des Geistes neun Jahre ruhen zu lassen, angebracht. Dieser
Rat wurde gegeben für eine Zeit, die an großen Geistern arm, an
leinen überreich war, und nur für eine solche Zeit ist er passend.
Wer aber in bewegten großen Momenten noch so sehr an sich selbst
weifelt, daß Bedenken ihn übermannen, der ist nicht zum Repräsen-
anten einer solchen Epoche berufen. Die große Masse der halben,
eigen, vor jedem Extrem zurückbebenden Menschen kann sich nie
nthalten, an die Taten des Geistes den Maßstab des Handwerks
u legen. Nicht genug, daß sie selber ohnmächtig sind, verlangen
ie noch, daß ihnen alles gehörig verwässert und von jeder, ihre em-
findlichen Fühlhörner verletzenden Schärfe befreit vorgelegt werde.
Sie fühlen nicht, welche heilige Glut den im Dienste des Geistes
Lebenden durchdringt und ihn zu seinen Schöpfungen drängt und
reibt. Weil nicht die Wahrheit, sondern das physische Behagen ihnen
en Inhalt des Lebens hergibt, haben sie keine Ahnung von der
Wonne der Empfängnis und der Ausgeburt des Geistes. Wäre je
ine solche heilige Stunde ihnen zu Teil geworden, sie würden sie
n der Erinnerung festhalten und sich daran zu neuen Taten er-
räftigen. Die Wahrheit tritt nicht ohne Kampf, nicht ohne Mär-
yrertum in die Welt, und wer in sich dazu nicht die Kraft fühlt,
nag zurücktreten vom Schauplatz und feige die Hände in den Schoß
egen. Es hat zu allen Zeiten eine unzählige Masse von Statisten
egeben, die dem Fortschritt wohl ein Blei an die Fersen geheftet,
ber ihn darum doch nicht zu hemmen vermocht haben. Durch Kampf
nd durch Aufopferung tritt die erkannte Wahrheit aus dem Geiste

hinüber ins Herz, und erst auf dieser letzten Stufe wird sie des Menschen ganzes Eigentum. Der Sieg in der Geschichte war stets entschieden, sobald die Herzen der Völker von irgend einer großen Idee durchdrungen waren; darum heraus mit der Errungenschaft des Geistes aus der engen Stube des Gelehrten in die freie Luft des Lebens! Die Wahrheit soll dem Volke ans Herz gelegt und soll im Volke lebendig werden. Ihr Kampf mit der Lüge wird, wie jede Schlacht, seine Toten und seine Opfer haben, aber soll er darum nicht stattfinden, weil er vielleicht auf Augenblicke vernichtend dem Bestehenden entgegentritt? — Wer schweigen kann, wenn die Gelegenheit, die Früchte seiner Erkenntnis darzulegen, sich ihm darbietet, wird es nur in seltenen Fällen ernst mit seinem Streben meinen. In der Regel wird er nichts neues, nichts mit dem vorhandenen in Widerspruch stehendes erkannt oder seine Gedanken in allgemeinen Umrissen bereits dargelegt haben und zu schärferer Entfaltung ihrer Bestimmungen nicht fähig sein. Für den, der es ernstlich meint mit dem Fortschritt des Geistes, ist die Frage fast müßig, ob die Wahrheit überall soll ausgesprochen werden. Drängt sie mit absoluter Notwendigkeit sich überall hervor, so hat jene Frage keinen anderen Sinn als den, soll die Wahrheit überhaupt zur Erscheinung gebracht werden, ist die Entfaltung der Vernunftbestimmungen die Aufgabe der Geschichte oder nicht? Es zeigt sich hier wie so oft, daß solche Fragen, die das Juste-Milieu immer wieder aufstellt, dem oberflächlichen Blick zwar sehr gemäßigt und unverfänglich erscheinen, in der Tat aber und bei tieferer Einsicht die schlimmste Gefahr drohen und um so gefährlicher sind, je mehr sie durch devote, glatte und geschniegelte Worte täuschen'.

So schloß er sich diesem Kreise der Rheinischen Zeitung, dem er innerlich von vornherein angehört hatte, nun auch äußerlich aufs engste an. Man kam wöchentlich im Königlichen Hofe zusammen, um über die Durchführung der Tendenz des Blattes und die vorliegenden Beiträge der Mitarbeiter zu beschließen. Die divergierende Geistesrichtung im Schoß des Aufsichtsrats bot die Veranlassung zu eingehenden und mannigfaltigen Diskussionen der schwebenden großen Fragen der inneren Politik und des Geisteslebens. Bald war Mevissen mit seinem frischen Unabhängigkeitsgefühl und festen Charakter hier gern gesehenes Mitglied. Er hatte sich in seiner Studienzeit über

den Menschen und seine persönlichen wie sozialen Aufgaben in Staat und Gesellschaft wohldurchdachte und fest umrissene Vorstellungen gebildet. Was ihm im späteren Wirken immer wieder begegnete, offenbarte sich schon hier: die Fragen, die das Leben ihm stellte, fanden ihn völlig vorbereitet, da seine theoretischen Erwägungen den Dingen weit vorausgeeilt waren. Der Kampf mit der nach den Erleichterungen vom Dezember schon bald wieder einsetzenden Zensur, der im April begonnen hatte, als die Zeitung einige Artikel über die akademische Lehrfreiheit, mit Bezug auf Bruno Bauers Maßregelung, bringen wollte, bot den Beratungen des Aufsichtsrats fortan einen vielseitig bewegten Stoff. Einen besonderen Reiz erhielt der Verkehr in diesem Kreise noch dadurch, daß er sich häufig in den gastlichen Häusern von G. Jung und J. Bürgers abspielte, wo die geistvollen Gattinnen dieser beiden Männer den Mittelpunkt eines vielseitigen Gedankenaustausches bildeten. Einer Schwester G. Jungs, einer schönen jungen Dame voll heiterer Laune und kecker Liebenswürdigkeit wurde dabei vielseitig gehuldigt, auch von dem jungen Mevissen, der in zahlreichen Liedern und einem Kranz von Sonetten seine Empfindungen zum Ausdruck brachte. Besondere Festtage feierte man, wenn auswärtige Mitarbeiter von literarischem Ruf sich in Köln einfanden; sie waren Gegenstand feierlicher Ovationen. So verlebten gegen Ende September Karl Gutzkow und Georg Herwegh mehrere Tage in diesem geselligen Kreise. Mevissen hat die mit ihnen gepflogenen Erörterungen niedergeschrieben.[1]) Bei den Gesprächen mit Gutzkow handelte es sich um die allgemeinen politischen Fragen und die Haltung, welche die Rheinische Zeitung zu ihnen einnahm. Mevissens bei aller kritischen Grundstimmung immer betonte Richtung zum positiven Schaffen kam hier im Gegensatz zu der auch von Gutzkow kritisierten negativen Richtung von Heß und Jung zum deutlichen Ausdruck. Mit Georg Herwegh, dem gefeierten Sänger der 'Gedichte eines Lebendigen', der durch seinen lyrischen Enthusiasmus das Volk zu einer politischen Neugestaltung fortreißen zu können hoffte und damals jener Audienz beim Könige entgegenging, die dem feurigen Jüngling die andersgestaltete Welt der Wirklichkeit zum Bewußtsein brachte, erörterte er die ästhetische Schulfrage nach der

---

[1]) Vgl. Band II S. 92—96.

künstlerischen Berechtigung der früher in Deutschland verpönten politischen Dichtung, ein Thema, das in jenen Jahren der Blüte der politischen Lyrik vielfach behandelt wurde.[1]) Mevissen wußte aus seinen eigenen Versuchen auf diesem Gebiete, daß die politische Dichtung in dem momentan so stark gesteigerten Interesse des Individuums an den großen Fragen und Aufgaben der Zeit begründet war. Daß ihr eine längere Dauer beschieden sein werde, glaubte er nicht, wohl aber, daß es gerade für sie eines echten begeisterten Dichtergemüts bedürfe, um ursprüngliche Anschauung, nicht bloße Reflexion über äußere Zustände zum künstlerischen Ausdruck zu bringen. In Herwegh glaubte er nun den Typus des politischen Dichters zu erblicken, dem wirklich aus innerm Zwang das politische Lied als Ausdruck tiefster Ergriffenheit entströmte. Auch der junge damals in Düsseldorf lebende rheinische Dichter Wolfgang Müller von Königswinter, dessen Lieder politische und soziale Fragen mit großem Freimut behandelten, war ein häufiger und willkommener Gast dieses kölnischen Kreises. Wiederholt nahmen ferner Bruno Bauer, Robert Prutz und der aus der schwäbischen Heimat an das Krankenbett seines Bruders nach Bonn geeilte D. F. Strauß, der Verfasser des 'Lebens Jesu', an den geselligen Zusammenkünften dieses Kreises teil, und wenn der lebenslustige und weinselige, von Mevissen übrigens kritisch betrachtete,[2]) Hoffmann von Fallersleben mit seinen frohen Gesängen und witzigen Sarkasmen die Tafelrunde fesselte, dauerten die Freuden lebensprühender Geselligkeit bis tief in die Nächte hinein. Das war ein Geist und Gemüt vielseitig anregendes Treiben, dem sich der siebenundzwanzigjährige Mevissen mit Begeisterung hingab.

Der September brachte als Glanzpunkt der Feiern dieses festlich bewegten Jahres die Grundsteinlegung für den Fortbau des Kölner Domes durch den König. Auch Friedrich Wilhelm IV., der Romantiker auf dem preußischen Throne, sah in dem Ausbau des vom Mittelalter unvollendet hinterlassenen Riesenbaues den Ausdruck deutschen Strebens

---

[1]) Rheinische Zeitung 1842, Nr. 301, 1843 Beilage zu Nr. 1; Literar. Taschenbuch von R. E. Prutz I (1843), 251ff.; Die politischen Lyriker unserer Zeit, Leipzig 1847. Vgl. auch H. Petzet, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik 1840—50 (München 1902).

[2]) Vgl. Bd. II S. 94. Er war soeben wegen seiner 'Unpolitischen Lieder' (1841) von der Regierung gemaßregelt worden.

und Ahnens; er hatte im Dezember 1841 das Protektorat des Dombauvereins übernommen und legte nun am 4. September den Grundstein für den Weiterbau. Die Feier war getragen von der überschwänglichen Begeisterung, mit der man diese Dombaufrage in den letzten Jahren behandelt hatte. Der König wußte wieder durch sein persönliches Auftreten und seine Beredsamkeit die Rheinländer zu entzücken und zu begeistern. Eine unbeschreibliche Freude wogte an diesem Tage durch die Stadt und an den Ufern des Rheines, die abends in einer Illumination von unerhörtem Glanze erstrahlten. Die pathetische Rede des Königs, die den Geist deutscher Einheit und Kraft feierte, von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und Völker großen und mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland und von einem Menschen- und Gottesfrieden sprach, auf den der Kölner Dom bis ans Ende der Tage hinabsehen sollte, verfehlte auch auf Mevissen nicht ihren Eindruck. 'Ich glaube nicht zu viel zu sagen', so schrieb er am 8. September seinem Vater, 'wenn ich behaupte, daß der König der beste Redner seines Volkes ist'. Es waren dieselben Tage, wo der an den rheinischen Festen teilnehmende österreichische Erzherzog Johann, zu dem später, im Jahre 1848, als derselbe in Frankfurt zum deutschen Reichsverweser gewählt wurde, Mevissen in nähere Beziehungen treten sollte, im Schloß zu Brühl den vielberufenen Trinkspruch auf die deutsche Einigkeit ausbrachte, der, vom Volksmunde in die Worte: Kein Preußen, kein Österreich mehr, nur ein einziges und einiges Deutschland! umgestaltet, die Hoffnungen auf eine glückliche Zukunft des Vaterlandes in ähnlicher Weise belebte, wie es die Rede des Königs getan hatte.

Es waren Vorgänge, die laut und voll in Mevissens Empfindung widerklangen. Am Abend des 4. September, wo auch der Freundeskreis der Rheinischen Zeitung den festlichen Tag beging, führte er in einer Ansprache aus, Preußen habe durch die Erklärung des Königs einen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen, seine isolierte Stellung aufgegeben und sich zum Schutzherrn des neuen Deutschland aufgeworfen, das in Einheit und Freiheit des Geistes, nicht mehr getrennt durch Landesgrenzen und Fürstengewalt, erstehen und wachsen solle. Jeder freie deutsche Mann sei fortan zum Wächter dieser brüderlichen Einheit berufen. Mit dem fortschreitenden Ausbau der

stolzen Türme des Kölner Domes müsse sich diese Überzeugung stärken und die feurige Hingebung der Einzelnen an das Ganze entwickeln, aus dem sie mit erhöhtem Selbstgefühl wieder erstehen würden. Sei aber die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Gestaltung der Zeit vorhanden, so müsse zur lebendigen Auswirkung dieser Einsicht alle der Wille erfüllen, das Wissen in Tat, die Wünsche in Zustände zu verwandeln. Bei dieser Verwandlung müsse leitend bleiben 'die höchste der Ideen, die Idee des unendlichen Fortschritts in Wahrheit und Freiheit, eines Fortschritts, der nicht zagt, mit kecker Hand alte, abgestorbene Formen zu zerstören, der die Kraft in sich fühlt, auf den Trümmern der Jahrhunderte den neuen Tempel der Zukunft sich zu erbauen. Der alte Dom, zu riesenhaft für seine Zeit, werde ausgebaut durch uns; die Idee des Fortschritts, zu gewaltig für die jüngste Vergangenheit, ranke sich nun an dem Dom empor und steige, ein zweiter schönerer Dom, mit ihm in die Lüfte!'

In diesen Tagen trat Mevissen denn auch in die Reihe der Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung ein. Soeben war er während des Monats August, wie alljährlich, einige Wochen in England gewesen, und er war hier in den am 5. August beginnenden Massenstreik der englischen Arbeiter, den Chartistenaufstand, geraten. Ähnlich wie im Jahre 1839 in Paris, führte 1842 in London und den englischen Industriestädten die Verzweiflung der arbeitenden Klasse zu Aufständen. Hielt der gesunde Sinn des englischen Volkes sich dabei von der utopistischen Schwärmerei des Kommunismus frei, so wurde doch auch hier die Bildung einer geschlossenen Arbeiterpartei gegenüber der Bourgeoisie zur Tatsache.[1]) Die Rheinische Zeitung hatte sich schon früher kritisch über die Auswüchse des Kapitalismus und Pauperismus in England, deren Beurteilung durch Mevissen wir kennen, geäußert.[2]) Die soziale Frage wurde von mehreren Mitgliedern des Aufsichtsrats der Rheinischen Zeitung seit dem Sommer in regelmäßigen Zusammenkünften behandelt. Man hatte ein besonderes Montagskränzchen im Laacher-Hof zum Zwecke des geistigen Austauschs über diese Frage gebildet. Außer G. Jung und M.

[1]) Vgl. Venedey, England III, 433 ff. Disraelis Roman „Sybil" schildert diesen Aufstand anschaulich.

[2]) Vgl. oben S. 176, Band II, S. 84 ff., und Rheinische Zeitung 1842, Nr. 177 vom 26. Juni, Nr. 238 vom 26. August.

Heß, welche radikalen Wünschen auf diesem Gebiet weit entgegenkamen, gehörten demselben Mevissen, J. Bürgers, Mayer, Thomé und Schramm an. Auch andere politisch lebhaft angeregte jüngere Männer nahmen an diesen Besprechungen teil. Dazu zählten drei bekannte alte Burschenschafter: K. H. Brüggemann, der eifrige Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung und spätere langjährige Redakteur der Kölnischen Zeitung, der scharfsinnige Rechtsanwalt G. J. Compes und der 1848 in der Berliner Nationalversammlung durch seinen Radikalismus hervortretende Arzt Dr. D'Ester, ferner der frühere Offizier Annecke, der 1848 in der kommunistischen Bewegung in Köln eine Rolle spielte, und ein aus Ostpreußen stammender Assessor Bergenroth vom Kölner Landgericht, ein politischer Gesinnungsgenosse von G. Jung, der sich später auf dem Gebiet spanischer Geschichte als Forscher in dem Archiv von Simancas einen Namen gemacht hat.[1]) Im Oktober trat auch Dr. Karl Marx, der damals von Bonn nach Köln übersiedelte, um die Redaktion der Rheinischen Zeitung zu übernehmen, dieser Gruppe bei, welche Persönlichkeiten von sehr verschiedener politischer Anschauung aber von gleichmäßig starken sozialen Interessen umfaßte und durch Vorträge und eifrige Debatten der Lösung des sozialen Problems nahezukommen suchte. Die Erlebnisse Mevissens in England während des Chartistenaufstandes bildeten hier begreiflicherweise den Gegenstand lebhafter Diskussionen. Er beurteilte das Ereignis selbst verhältnismäßig kühl. Am 31. August, bei der Rückkehr aus England, schrieb er von Ostende aus an seinen Vater: 'Die Zeitungen, namentlich die deutschen, werden schöne Dinge über die englischen Manufakturdistrikte, in denen ich mich jetzt seit vierzehn Tagen bewegte, berichtet haben. Wahr ist an solchen Berichten freilich etwas, aber sehr wenig. Das englische Volk ist in der Wirklichkeit zu einer Revolution noch nicht reif, und der ganze jetzige Aufruhr kann höchstens als Vorläufer einer gefährlichen Zukunft einige Bedeutung ansprechen. Das Volk war zu tausenden versammelt und würde in jedem andern Staat sehr gefahrdrohend gewesen sein; in England aber ist trotz allem Aufruhr und Lärm die Achtung vor dem Gesetz noch so groß, daß wenige hundert Soldaten hingereicht haben, um die ganzen ungeheuren

[1]) Vgl. Preußische Jahrbücher 25 (1870), 261.

Massen im Zaum zu halten und zu bändigen. Bei meiner Abreise war alles wieder ruhig, doch fuhren in vielen Spinnereien die Arbeiter fort, höhere Löhne als Bedingung des Wiedereintritts zu fordern.' Vierzehn Tage später legte er dann in mehreren Artikeln der Rheinischen Zeitung seine Auffassung von der allgemeinen Bedeutung des Aufstandes im Rahmen der englischen Zustände und im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung dar.[1]) Die Aufsätze sind durch ihren Inhalt wie durch ihre Urteile von besonderm Interesse. Sie skizzieren die seitherige Entwicklung Englands zum Industriestaat und überblicken die allgemeinen sozialen Verhältnisse daselbst, um dann in breiterer Ausführung einen Gedanken zu verfolgen, den Mevissen schon 1838 (S. 177) gestreift hatte. Sie legen dar, wie der Widerstand der seither herrschenden Klassen die Industrie in England gehindert habe, das zu werden, was sie überall werden müsse, die Vermittlerin zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die das ständische Kastenwesen aufzulösen bestimmt sei. Statt dessen habe sie sich nun selbst zu der durch die lokale Zentralisation noch verstärkten Einseitigkeit eines abgeschlossenen Standes entwickelt, der in Folge der erwachenden Geschäftskonkurrenz des Kontinents und Nordamerikas ins Gedränge gerate und in einer Zeit schlechter Ernten durch Lohnreduktionen einen scharfen sozialen Konflikt hervorrufe. Daß es jetzt noch nicht zu einem großen revolutionären Ausbruch gekommen, liege nur daran, daß die Mittelklasse den Widerstand gegen die Lohnarbeiter allgemein unterstützt habe. Für die Zukunft sei ein solcher Ausbruch bestimmt zu erwarten, falls nicht die Regierung die Notwendigkeit durchgreifender Maßregeln erkenne. 'Die höchste individuelle Freiheit der Handlung in einer beschränkten Sphäre', so schloß der letzte Artikel, 'ist in England vorhanden, und wenn nicht alle Symptome trügen, so muß aus dem Krater der englischen Revolution die absolute Freiheit des Subjekts fußend und wirkend in ebenso freien sozialen Zuständen sich erheben.'

Die Tage der Anwesenheit des Königs am Rhein zur Feier des Domfestes gaben Mevissen den Anlaß, in der Zeitung auch zu den am Rhein selbst vorwaltenden politischen Gegensätzen Stellung zu nehmen.

[1]) Die drei Artikel erschienen anonym im Beiblatt zu Nr. 256, 261, 263 (13.—20. Sept.).— Das Zollvereinsblatt von F. List schilderte ein Jahr später die Zustände ähnlich (1843, S. 43).

Diese Feier hatte in unvorhergesehener Weise die Fragen ständischer Gruppenbildung in den Vordergrund gerückt. Zur Begrüßung des Königs hatte zuerst der Adel der Rheinprovinz, dann auch die Finanzaristokratie Kölns geglaubt, sich zu exklusiven, kostspieligeren Festen von der übrigen Bevölkerung absondern zu sollen. Die Absicht der Notabilitäten des Kölner Handelsstandes wurde allerdings durch den einmütigen Protest der städtischen Bevölkerung sofort unmöglich gemacht; es wurde dem König am 11. September in Köln ein allgemeines Bürgerfest auf dem Neumarkt gegeben. Die Adligen dagegen setzten ihre Absicht durch, am 13. September fand das sogenannte Rheinische Ritterfest in Godesberg statt. Es waren aber nun nicht nur die Adelsfamilien, die sich hier vereinigten, sondern die ganze durch die provinzialständische Verfassung gebildete Gruppe der Rittergutsbesitzer, zu denen, wie wir früher (S. 212) erwähnten, auch Nichtadlige zählten, die durch Kauf in den Besitz eines Ritterguts gelangt waren. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten des Festes hatte der Adel diese Erweiterung des Kreises der Teilnehmer beliebt. Dieses Verfahren der rheinischen „Ritter" wurde von der Bevölkerung allgemein scharf kritisiert, und Mevissen machte die im Widerspruch mit der rheinischen Auffassung von der Einheit der Staatsbürger stehenden Vorgänge zum Gegenstand mehrerer Artikel,[1]) die den lebhaften Beifall nicht nur seiner jungen politischen Freunde, sondern auch weiterer Kreise am Rhein fanden. Mit beißender Ironie legte er dar, wie hier die Geburtsaristokratie 'das alte Spiel wieder versuchte, auf den Rücken der Geldaristokratie und der Eitelkeit aller Klassen zu steigen, um sich als ein gewaltiger Riese darzustellen', und wie bei diesem Spiel leider 'die ganze so oft gepriesene Konsequenz, die liberale Glaubensfestigkeit der Geldaristokratie in ihrer nackten Wahrheit, als bare Lüge, zu Tage kam'. Er meinte jedoch, der unbehagliche Verlauf der ganzen Veranstaltung, die schließlich wegen der Kostendeckung zu recht unerquicklichen Erörterungen zwischen den beiden beteiligten Gruppen führte,[2]) habe den öffentlichen Beweis erbracht, wie wenig das neuerdings durch das Autonomiegesetz von 1836 wieder verstärkte altständische

---

[1]) Der zweite Artikel ist mit seinem Namen bezeichnet, vgl. Rheinische Zeitung Nr. 281 und Nr. 285 (Oktober 8 und 12).

[2]) Vgl. dazu R. E. Prutz, Zehn Jahre II, 209 und K. Heinzen, Mehr als zwanzig Bogen (1845) S. 29ff.

Wesen im Rheinland in den wirklichen Zuständen gerechtfertigt sei, und wie sehr der rheinischen Gesinnung eine solche ständische Gliederung und Absonderung widerstrebe; nur eine Vertretung der Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung entspreche den Aufgaben der Zeit, wie sie hier erkannt würden.

Daß solche Symptome jener rückläufigen politischen Auffassung, die in der Haltung des Königs eine starke Stütze fand, in den Kreis des rheinischen Bürgertums überzugreifen drohten, erregte ihn sehr. Am 5. September hatte er seinem Vater geschrieben, er könne trotz der glänzenden Reden des Königs doch kein unbedingtes Vertrauen fassen, weil sich 'in allem bisher Geschehenen die Vorliebe des Königs für Stände und ständische Einrichtungen zu sehr ausspreche'. Einem Freunde schrieb er kurz darauf, die rauhe Wirklichkeit habe ihn arg emporgerüttelt aus seinen schönen Träumen. Es fehle dem deutschen Volke eine kraftvolle und willensfeste Prometheusnatur als überlegener Führer in seinem politischen Aufschwung. Er selbst habe sich, statt seiner Begeisterung für das, was groß, schön und erhaben in der Gegenwart sei, zu folgen, mit den Gespenstern der Vergangenheit, den leblosen Rittern, herumschlagen müssen und sei auf dem Wege, sich kopfüber in den Kampf des Tages zu begeben.[1]) Den jungen Idealisten nahm jetzt die politische Wirklichkeit in die Schule und offenbarte ihm bald, wie selten die von ihm vorausgesetzte Konsequenz politischer Gedanken doch in Wirklichkeit vorhanden war. In der Tat schien damals für einen Augenblick jener staatsbürgerliche Gedanke ins Wanken zu kommen, der einen Eckpfeiler der politischen Anschauungen am Rhein bildete. Die Frage spitzte sich in diesen Tagen in den Erörterungen über die rheinische Kommunalordnung zu einer Krisis zu, welche Mevissen die Veranlassung gab, auch von dieser Seite eine Einwirkung auf die politische Entwicklung zu versuchen.

Am Rhein war 1798 die französische Munizipalverfassung durchgeführt worden. Das französische Gemeinderecht basierte seit 1789 auf der Idee der staatsbürgerlichen Gleichheit, es kannte keine rechtlichen Unterschiede zwischen Stadt- und Landgemeinden. Während es aber anfänglich der Kommunalverwaltung eine große Freiheit und

[1]) An Christian Roß 1842 Oktober 24.

Selbständigkeit gewährt hatte, führten die zentralisierenden Tendenzen der Regierung bis zum Jahre 1806 zu einem völligen Umschwung. Nicht nur die Gemeindebeamten, sondern auch die Vertreter der Bürgerschaft wurden fortan von der Regierung ernannt, von einer kommunalen Selbstverwaltung blieb in Stadt und Land wenig übrig, die Gemeinden wurden abhängige Organe der Staatsverwaltung.[1]) In diesem Zustande übernahm 1815 die preußische Regierung die kommunalen Verhältnisse am Rhein.

In Preußen lagen die Dinge anders. Auch hier war im Zusammenhang mit den Ideen der Revolution auf die im Zeitalter des Absolutismus zerstörte alte Gemeindefreiheit zurückgegriffen worden, die ihre Wurzel in dem deutschen Drange nach Individualisierung besitzt. Die Städteordnung vom Jahre 1808 brachte die Selbstverwaltung zur Durchführung, in der der Freiherr vom Stein mit Recht das wirksamste Mittel zur Entwicklung des Bürgergeistes erblickte. Aber diese Freiheit wurde nur den Städten, nicht dem Lande gewährt. Für dieses sah zwar ein Edikt vom Jahre 1812 auch die Begründung freierer Verhältnisse vor, aber dieses Edikt wurde in den Jahren der Reaktion durch die Kreisordnungen verdrängt, welche den adligen Gutsherren den frühern Einfluß auf die Bewohner des flachen Landes zurückgaben. Die Trennung von Stadt und Land wurde wieder durchgeführt, die denn auch bei der Einrichtung der Provinzialstände in den Jahren 1823 und 1824 zum politischen Ausdruck gebracht wurde. Die Stadtgemeinden verfügten über größere Selbständigkeit, als das vielfach garnicht zu Gemeinden organisierte flache Land, und dieser Unterschied blieb auch bestehen, als nach der Julirevolution durch die revidierte Städteordnung vom 17. März 1831 die Selbständigkeit der Städte in Bezug auf die Wahl der Gemeindebeamten und die Verwaltung des Gemeindevermögens wieder einigermaßen beschränkt wurde.

Die preußische Regierung hatte nach 1815 von vornherein die Absicht, eine einheitlichere Gestaltung des kommunalen Lebens im Westen und Osten der Monarchie in der Weise zu begründen, daß am Rhein den Städten, der preußischen Städteordnung entsprechend, größere Freiheiten gewährt würden, als sie seit der Franzosenzeit

---

[1]) Lorenz Stein, Die Munizipalverfassung Frankreichs (1843) S. 68 ff.

besaßen, während den Landgemeinden, gleichfalls in Übereinstimmung mit den östlichen Provinzen, diese Freiheiten vorenthalten bleiben sollten. Am Rhein war aber die Auffassung von der politischen Gleichheit aller Staatsbürger, die Abneigung gegen alles, was an den Unterschied der ehemaligen Stände erinnerte, eingewurzelt. Die Anschauungen der preußischen Regierung, welche die staatsbürgerliche Gleichheit als das revolutionäre Prinzip ablehnte, bildeten einen schroffen Gegensatz zu der öffentlichen Meinung der Westprovinz. Auch die Landgemeinden waren hier vollkommen organisiert, und ein vorwaltender Einfluß des Adels bestand schon lange nicht mehr. Man befürchtete aber, daß, wenn die Städte die freiere ihnen einseitig angebotene Ordnung acceptierten, für die schwachen Landgemeinden Bestimmungen folgen würden, welche dem Adel eine ähnlich bevorrechtete Stellung einräumten, wie er sie in den östlichen Provinzen besaß.[1]) In einer einheitlichen freien Gemeindeordnung erblickte man die unentbehrliche Grundlage einer freien Staatsverfassung. Man wollte keine Privilegien der Städte wie man den Privilegien des Adels widerstrebte, und durch die Gleichheit aller Staatsbürger wollte man die Freiheit aller gefördert wissen.

So begegnete die Regierung bei ihren seit 1818 eröffneten Schritten zur Regelung der kommunalen Fragen einem hartnäckigen Widerstand. Der erste rheinische Landtag vom Jahre 1826 nahm zwar in der Form eine ungeschickte Haltung gegenüber den Wünschen der Regierung ein, in der Sache vertrat man aber unentwegt den Standpunkt, daß es in der Rheinprovinz nur eine einheitliche Kommunalordnung geben dürfe, da ein Unterschied zwischen Stadt und Land weder faktisch noch rechtlich vorhanden sei. Vergebens versuchte die Regierung im Jahre 1831, Stadt und Land zu trennen, indem sie die sofortige einseitige Durchführung der Städteordnung mit Nachdruck betrieb. Gerade die Städte opponierten lebhaft. Man erklärte, die bestehende einheitliche Gemeindeverfassung brauche nur dahin verändert zu werden, daß überall von den Eingesessenen ein Gemeinderat gewählt werde, dem das Recht der Präsentation der Bürgermeister und ein vom König zu bestimmendes Maß von Un-

---

[1]) L. Buhl, Die Gemeindeverfassung der östlichen Provinzen des preußischen Staats und die Rheinprovinz (1846) S. 30ff.

abhängigkeit zustehen sollte.[1]) Die Regierung verharrte zwar auf ihrem Standpunkt, verschob jedoch die Entscheidung, da sie über die Gestalt einer Landgemeindeordnung für die Westprovinzen noch nicht im Reinen war. Der rheinische Oberpräsident selbst erklärte es für wünschenswert, diese in allen Hauptpunkten mit der Städteordnung in Übereinstimmung zu bringen, denn die Bewohner der Städte und Landgemeinden seien hier nun einmal weder gesetzlich noch faktisch geschieden, außer durch das Wahlgesetz der Provinzialstände vom Jahre 1824, das aber eben darum auch keinen Beifall gefunden habe.[2])

Die Sache blieb vorläufig in der Schwebe. Der neue König aber mit seiner starken Vorliebe für ständische Gliederung blieb erst recht auf dem seitherigen Regierungsstandpunkt. Der Landtagsabschied von 1841 stellte die baldige Publikation einer getrennten Kommunalordnung für die Stadt- und Landgemeinden der Westprovinzen in Aussicht, und die Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen, die im Dezember 1841 erlassen wurde, bewies dann in der Tat eine so offenkundige Bevorzugung des Adels, daß sie am Rhein lebhaft kritisiert wurde.[3]) Das Ministerium, besonders der Minister des Innern v. Rochow, legte dem König wiederholt nahe, den rheinischen Städten die revidierte Städteordnung von 1831, den Landgemeinden dagegen eine besondere Gemeindeordnung einfach zu oktroyieren und so dem Streit ein Ende zu machen. Der König aber folgte einem ihm im September 1841 vom Oberpräsidenten v. Bodelschwingh im Sinne der historischen Rechtsschule gemachten Vorschlag. Seine Kabinetsordre vom 24. Dezember 1841 an die Minister führte aus, so wünschenswert, ja notwendig es sei, den Unterschied zwischen Stadt und Land in der Rheinprovinz in ständischer Beziehung wie in der Verfassung der Kommunen festzuhalten, so wichtig erscheine es ihm gerade für die Erhaltung eines solchen Unterschieds, daß der Sinn dafür aus den städtischen Kommunen selbst hervorgehe;[4]) es dürfe

---

[1]) Den Magistrat der preußischen Städteordnung verwarf man als zu kompliziert. Treitschkes Ausführungen über diesen Konflikt (a. a. O. III, 96–104; V, 104) sind irreführend.

[2]) Bericht des Oberpräsidenten v. Ingersleben vom 1. Mai 1831.

[3]) Bericht des Regierungspräsidenten v. Spiegel in Düsseldorf 1841 Dezember 12.

[4]) Vgl. Lehmann, Freiherr vom Stein II, 455.

ihnen nicht, im Widerspruch mit den bestimmt ausgesprochenen Ansichten der rheinischen Provinzialstände, eine ihren Wünschen und Ansichten jetzt noch hier und da widersprechende Einrichtung aufgedrungen werden. Er halte es darum für richtig, daß bei der Emanation einer für Stadt und Land gleichmäßig einzurichtenden Gemeindeordnung den Städten seine Ansicht eröffnet werde, für sie eigne sich die revidierte Städteordnung von 1831 mehr, weil sie ihnen eine die Entwicklung korporativen Lebens befördernde größere Selbständigkeit gewähre. Falls sie darum nachsuchten, werde ihnen diese Ordnung statt der allgemeinen Gemeindeordnung verliehen werden. Wenn die Regierungsbehörden ihren Einfluß nach dieser Richtung geltend machten, so würden nach Bodelschwinghs Überzeugung solche Gesuche nicht ausbleiben, und es würde also ohne Konflikte das alte Ziel der Regierung erreicht werden. Der König befahl daher zunächst die Ausarbeitung einer einheitlichen Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, und das Ministerium, in das im Frühjahr 1842 Bodelschwingh und Graf Arnim eintraten, war mit der Vorbereitung dieser Gemeindeordnung beschäftigt, als der König im Herbst zum Dombaufest an den Rhein reiste.

Am Rhein, wo man das Unzulängliche des bestehenden Zustandes drückend empfand,[1]) trug man sich mit der Absicht, den König gelegentlich seiner Anwesenheit um baldige Entscheidung zu bitten. In Aachen und Köln vereinigten sich zahlreiche Bürger zu entsprechenden Petitionen; jede Stadt bat für sich um das Recht der Bürgermeisterwahl, der Wahl der Stadtverordneten, um Öffentlichkeit der Verhandlungen und um Befreiung von der Bevormundung ihrer Haushaltsverwaltung durch die Regierung. Durch ein Versehen beim Nachsuchen einer Audienz kamen die Kölner nicht dazu, ihre Adresse persönlich zu überreichen;[2]) die Aachener dagegen überbrachten sie dem König am 16. September nach Stolzenfels, und der König machte kein Hehl daraus, daß ihm der Antrag angenehm war; er deutete ihn als ein Eingehen der Städte auf seine Wünsche. So waren zwar diese Anträge, ebenso wie die späteren der Städte Düsseldorf, Krefeld und Trier, nicht gemeint; man dachte im all-

[1]) Vgl. Rheinische Zeitung Nr. 226, Beilage (1842 Aug. 14).

[2]) Sie sandten sie dann mit der Post ein (Köln. Zeitung Nr. 296 Beilage)

gemeinen nicht daran, eine Trennung von den Landgemeinden durchzuführen, wollte vielmehr die stagnierende Frage nur in Fluß bringen.[1]) Einzelne Persönlichkeiten waren allerdings anderer Ansicht und hielten es für richtig, daß die Städte jetzt unbekümmert um das Schicksal der Landgemeinden vorwärts gingen, um wenigstens für sich selbst die dringend notwendigen kommunalen Freiheiten endlich zu erhalten. Ein Artikel der Kölnischen Zeitung vertrat am 14. Oktober diesen Standpunkt[2]) und entfesselte dadurch eine langwierige Preßerörterung, in die auch Mevissen eingriff.

Wider den Versuch einer Trennung von Stadt und Land hatten sich in der Rheinischen Zeitung seither schon warnende Stimmen erhoben. Man dürfe in den Städten nicht die Hand dazu bieten, daß die Landgemeinden vom Adel und von den engherzigen Instinkten des Beamtenstaats überwältigt würden. Der Versuch, Stadt und Land zu trennen, habe den Zweck, die beiden Gruppen leichter zu beherrschen, die vereint noch einen weiten Weg zur politischen Freiheit erst zu bahnen hätten. Den Rheinlanden sei, bei allen Mängeln der jetzigen Zustände, die hohe Aufgabe zugefallen, durch Bewahren und Weiterbilden der Resultate eines großen geschichtlichen Prozesses allen Provinzen des gemeinsamen Staates nicht nur die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtswesens und die Schwurgerichte, sondern auch die Gleichheit aller Staatsangehörigen vor der Justiz und Verwaltung zu bewahren. Es sei ihr historischer Beruf, mit klarem Bewußtsein diese Resultate der französischen Freiheitskämpfe mit denen der norddeutschen Kämpfe auf dem Gebiet der Wissenschaft zu vereinen und die politische Freiheit zu verdeutschen.[3]) Der Aufsichtsrat der Rheinischen Zeitung wählte Ende September eine besondere Kommission, um eine Erörterung dieser Frage auf breiter geschichtlicher Grundlage vorzubereiten, und eine ganze Anzahl von Mitarbeitern war an einem umfangreichen Aufsatz tätig, dessen Redaktion der Rechtsanwalt E. Mayer, ein naher Freund Mevissens, übernahm. Mevissens eigene

---

[1]) Vgl. die Kölner Erklärung vom 1. November (Köln. Zeitung Nr. 306).

[2]) Köln. Zeitung Nr. 287, 291. Der Verfasser, der kölner Notar Dubyen, ergibt sich aus einer Korrespondenz zwischen Compes und Mevissen. In der Köln. Zeitung Nr. 278—364 kamen damals die verschiedensten Ansichten in dieser Sache zu Wort.

[3]) Rheinische Zeitung 1842 Nr. 257, 307—317, 321, 333 f.

Ausführungen vom Anfang November 1842, bei denen ihm seine Erfahrungen in der Heimat ebenso wie seine historischen Kenntnisse des älteren deutschen Städtewesens sehr zugute kamen und von denen ein großer Teil in diesen Kollektivartikel aufgenommen wurde,[1]) vertraten den Standpunkt des allgemeinen Rechtsbegriffs, daß Verschiedenartigkeit in den Formen der Kommunalordnung notwendig eine schädliche Wirkung auf die politische Gleichheit der Staatsbürger üben müsse. Alle historische Erfahrung widerstreite einer neuen privilegierten Verfassung der Städte. Mevissen legte für die Praxis den Nachdruck auf die öffentliche Verhandlung der Gemeindeangelegenheiten und widerlegte durch den Hinweis auf die durchaus verschiedenen Aufgaben der Gemeinden in Stadt und Land den herkömmlichen Einwand, daß auf dem Lande die für eine gedeihliche Selbstverwaltung erforderlichen Kräfte fehlten. Übrigens übertreffe am Rhein schon jetzt ein ansehnlicher Teil der Landgemeinden an industrieller Entfaltung bedeutende alte Städte. Er wies dann im einzelnen nach, daß die Autonomie der eignen kommunalen Angelegenheiten auf dem Lande ebensogut durchführbar sei, wie in der Stadt. Nur dann aber, wenn Rechtsbegriffe und Verfassungsgrundsätze die ganze Masse des Volkes durchdrungen hätten und in jedem einzelnen an jeder Stelle ins Bewußtsein treten könnten, sei die Fortdauer und Weiterbildung dieser Begriffe und Grundsätze gesichert.

Die Angelegenheit kam zunächst noch nicht zur Entscheidung. Im November ließ der König den in Berlin zum erstenmal versammelten Vereinigten ständischen Ausschüssen die Frage der rheinischen Kommunalordnung vorlegen, ohne daß eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte erfolgte.[2]) Erst auf dem Landtag von 1843 kam die Frage auf Grund des inzwischen von der Regierung ausgearbeiteten neuen Entwurfs zum Abschluß.[3])

Gegen Ende des Jahres fand Mevissen Gelegenheit, noch einmal in größerem Kreise seine freiheitlichen Überzeugungen auf politischem Gebiete auszusprechen. Zu den Regierungshandlungen des Königs, die seinen Willen, mit der Vergangenheit zu brechen, zu

[1]) Der Wortlaut ist Band II S. 97—104 abgedruckt. Im Beiblatt der Rheinischen Zeitung zu Nr. 317 sind die Ausführungen verwertet.

[2]) Prutz a. a. O. II, 316, 363 ff.; Buhl a. a. O. S. 70.

[3]) Vgl. unten S. 295.

erkennen gaben, gehörte die Berufung des 1837 in Göttingen von seinem Lehramt entfernten Professors Dahlmann an die Bonner Universität im November 1842. Dahlmann wurde von den liberalen Kreisen am Rhein warm begrüßt.[1]) Robert Prutz schrieb darüber aus Jena, wo Dahlmann bis dahin gelebt hatte, an Mevissen, er sei neugierig, wie sich Dahlmann in Preußen entwickeln werde, hoffe aber, daß derselbe trotz seiner ursprünglich doktrinären Abgeschlossenheit doch noch einer Entwicklung fähig sei. Das sei die höhere Bedeutung der öffentlichen Lukubrationen, mit denen Dahlmann am Rhein jetzt überall gefeiert werde, man halte ihn für ein Kind der Zeit, ja für einen Vorfechter derselben, und also werde er es bon gré mal gré werden müssen. Jedenfalls sei ein Mann, der wie Dahlmann entschieden festhalte an Verfassung, Preßfreiheit und öffentlicher Gerichtspflege, eine sehr brauchbare Stütze.[2]) Eine engere Verbindung Dahlmanns mit dem politischen Leben am Rhein erfolgte zwar zunächst nicht; er wirkte in den folgenden Jahren als Lehrer der Politik vor allem durch seine Vorlesungen und seine aufsehenerregenden Schriften über die englische und die französische Revolution, und erst seit 1845 trat er den Führern der rheinischen Bewegung persönlich näher. Aber auch in Köln gab man ihm am 18. Dezember 1842 im Kasino ein Festmahl, und in einer der zahlreichen dem Gast dargebrachten Begrüßungen feierte Mevissen mit Enthusiasmus die Freiheit der Presse, für die Dahlmann seit 1819 mit seiner ganzen Persönlichkeit eingetreten war. Die erhabene Aufgabe Preußens, das sich mit Stolz das Land der Intelligenz und Bildung nenne, könne nur dann würdig gelöst werden, wenn der Geist der Freiheit und der Vernunft bis in die geheimsten Winkel des Ganzen wie des Individuums durchzudringen vermöge, wenn dieser Geist, der seither noch ein bevorrechtetes Eigentum Weniger sei, die stärkende Lebensluft bilde, in der alle athmen. 'Der Geist ist aber nicht eher wahrhaft frei, bis er seine freien Gedanken in Worte gießen und mit ihnen an den Geist und an das Herz aller anpochen kann. Was ist daher unsers Vaterlandes, das der Idee des Fortschritts und in ihr der Idee der erscheinenden Freiheit seine physische und geistige Größe

---

[1]) Springer, F. Ch. Dahlmann II, 121; R. Prutz, Zehn Jahre II, 323.
[2]) R. Prutz an G. Mevissen, Jena 1842 Dezember 8.

verdankt, was ist unsers Königs würdiger, als die Presse von ihren Fesseln zu befreien und so der freien sittlichen Überzeugung die Kraft zu verleihen, wahrhaft bildend in weitestem Kreise zu wirken!' Die Aussichten nach dieser Seite waren aber in diesem Augenblick schon wieder völlig getrübt, und gerade die Rheinische Zeitung war das Objekt, an dem sich der Umschwung am deutlichsten offenbarte.

Der unversöhnliche prinzipielle Gegensatz zwischen ihr und der Ansicht der Regierung über den zur zeitgemäßen Entwicklung der Zustände einzuschlagenden Weg war im Laufe des Jahres 1842 immer deutlicher ans Licht getreten. Besondern Grund zur Unzufriedenheit hatte das Blatt der Regierung, auch abgesehen von seiner Haltung in der Frage der Kommunalordnung, vielfach gegeben. Eine so konsequente Opposition seitens der Presse war in Preußen seither unerhört. Die hilflose, einem solchen Kampf nicht gewachsene Zensur hatte bis zu dem vom König neu eingerichteten Oberzensurkollegium hinauf eine ganze Kette von Konflikten mit ihr gehabt. Um ihr Wirken zu paralysieren, gab sich der Kultusminister Eichhorn Mühe, auf anderm Wege das zu erreichen, was die Regierung bei der Rheinischen Zeitung mit so völligem Mißerfolg erstrebt hatte, die Gründung eines freiwillig regierungsfreundlichen Blattes. Die Bedeutung der Presse seit den Zensurerleichterungen vom Dezember 1841 war zu augenscheinlich gewachsen, als daß die Regierung sich auf bloßes Zusehen hätte beschränken können. Aber die Bemühungen Eichhorns im Sommer 1842, Dahlmann als Redakteur einer „Deutschen Zeitung" in Berlin zu gewinnen, scheiterten an der Selbständigkeit von Dahlmanns Charakter,[1]) der es verweigerte, an einer unter Zensur stehenden Presse mitzuwirken. Dieser neue Mißerfolg verschärfte in Berlin die Stimmung gegenüber der oppositionellen Presse. Am 9. November erließen die Zensurminister, und zwar auf Veranlassung des Königs selbst, eine Verfügung an den Kölner Regierungspräsidenten v. Gerlach, worin sie die Ernennung eines andern Redakteurs der Rheinischen Zeitung und eines brauchbaren Zensors verlangten und Gerlach eine protokollarische Verwarnung der Redaktion aufgaben, damit diese eine Änderung der Tendenz des Blattes durch-

---

[1]) Springer, Dahlmann II, 117. Vgl. auch Th. Mügge, Die Zensurverhältnisse in Preußen (1845) S. 17 ff.

führe. Wie fast jede Nummer der Zeitung beweise, suche sie die Grundlage der christlichen Religion zu untergraben, feindselige Richtungen gegen befreundete Mächte zu begünstigen, die Verfassung des preußischen Staats in ihrer Basis anzugreifen, das Verfahren der Regierung in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen, einzelne Stände der Nation gegen die andern aufzureizen, Mißvergnügen mit dem bestehenden gesetzlichen Zustande zu erwecken, Ansichten über Mängel der Verwaltung nicht in ernstem, ruhigem und würdigem Ton, sondern unter gehässiger Anfeindung des Staats und seiner Beamten zu entwickeln, Theorieen zu vertreten, welche auf Erschütterung des monarchischen Prinzips und der ständischen Verfassung abzielten, und ein allgemeines Mißtrauen zwischen den Organen des Herrschers und den Untertanen herbeizuführen — mit einem Worte, das Vorhandene zu zerstören, ohne imstande zu sein oder auf loyale Weise versucht zu haben, irgend einen zweckmäßigen Weg zur Verbesserung des vermeintlich Fehlerhaften anzudeuten.

Im Oktober 1842 war als neuer Redakteur des Blattes Dr. Karl Marx, der vierundzwanzigjährige Freund Bruno Bauers, eingetreten, der schon seit dem Mai von Bonn und Trier aus als Mitarbeiter tätig gewesen war und dessen eminentes Talent sich dem kölner Kreise sofort aufdrängte.[1]) Er wurde jetzt der doktrinäre Mittelpunkt der Zeitung, und er gewann namentlich auf den Geranten G. Jung den entscheidenden Einfluß. Marx war damals noch nicht Kommunist; der Schüler der Hegelschen Dialektik vertrat noch einen vorgeschrittenen philosophischen Sozialismus, der seine Hoffnungen nicht ausschließlich auf den vierten Stand setzte, sondern von dem geistig vorwärts drängenden Bürgertum eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse erwartete.[2]) Der starke soziale Zug war immer schon charakteristisch für den Liberalismus gewesen, den die Rheinische Zeitung verfocht, namentlich im Gegensatz zu der das Juste-Milieu des französischen Liberalismus vertretenden Augsburger Allgemeinen Zeitung, die ihrer rheinischen Schwester deshalb den falschen Vorwurf

[1]) R. Prutz (der im September Marx in Köln persönlich kennen gelernt hatte) an Mevissen 1842 Oktober 14.

[2]) L. Stein, Die soziale Frage im Lichte der Philosophie (1903) S. 288 ff.; Mehring, Gesch. der deutschen Sozialdemokratie I, 105 ff.

des Kommunismus machte.[1]) Ihre soziale Tendenz bewirkte, daß die Zeitung noch im Oktober 1842, unter der Redaktion von Marx, Hoffnungen auf Friedrich Wilhelm IV. setzte. Im sozialen Ziel fühlte man sich mit dem König einig, man erstrebte es allerdings auf dem Weg der geistigen Hebung und freien Mitarbeit der arbeitenden Klassen, während der König auch hier in der Bevormundung das Heil erblickte.[2]) Es war besonders ein aufsehenerregender Konflikt auf diesem Gebiet zwischen K. Marx und der Bureaukratie, der die Regierung gegen Ende des Jahres wider das Blatt aufbrachte. Entgegen den Prophezeiungen des Oberpräsidenten v. Schaper war dasselbe in einer in Deutschland beispiellosen Progression bis zum November 1842 auf 1800, im Januar 1843 auf 3400 Abonnenten gestiegen. Das Blatt war also von erheblichem Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung geworden, und es war tatsächlich ein wunder Punkt, auf den es zum Verdruß des Oberpräsidenten die Blicke lenkte, die schwere Notlage der Winzer an der Mosel, die dem aus Trier gebürtigen Marx wohlbekannt war. Der Zollverein, der sonst am Rhein so günstig wirkte, hatte an der Mosel eine schlimme Lage der durch Steuern schon sehr belasteten Weinbauern herbeigeführt, indem die freie Konkurrenz der hessischen und pfälzischen Weine durch ihn zugelassen wurde. Seit 1834 war schon vielfach darüber verhandelt worden. Die Präsidenten der Trierer Regierung hatten den Notstand anerkannt, die Oberpräsidenten Bodelschwingh und Schaper aber hielten ihn für weniger bedenklich und widerstrebten besonderen Maßnahmen zur Unterstützung der Winzer. So sammelte sich an der Mosel immer mehr unverkäuflicher Wein, die Weinbauern hatten kein Geld und gerieten in die Hände von Wucherern, Subhastationen waren an der Tagesordnung, die Steuern aber wurden zwangsweise eingetrieben. Aus diesen Zuständen vornehmlich ist der soziale und politische Radikalismus erwachsen, der 1848 im Moselgebiet so stark in die Erscheinung trat. Die Zeitung machte im Dezember auf diese Lage aufmerksam und geriet dadurch in eine Polemik mit Schaper, die das durch die seitherige konsequente Opposition gegen die Regierung bereits gefüllte Maß zum Überlaufen

[1]) Deutschlands politische Zeitungen (Zürich und Winterthur 1842) S. 37 ff. — Vgl. Schriften von K. Marx und F. Engels, hrsg. von Mehring I, 275.

[2]) Vgl. unten Kapitel 10.

brachte.[1]) Marx hatte auf die protokollarische Verwarnung im November eine geschickte Rechtfertigung verfaßt, die eine Änderung der Tendenz des Blattes für unmöglich erklärte, aber immerhin Mäßigung in der Form versprach. Übrigens werde die Zeitung auch fernerhin, so viel an ihr liege, den Weg des Fortschritts bahnen helfen, auf welchem Preußen dem übrigen Deutschland voraufgehe. Ganz irrtümlich sei es, wenn man der Rheinischen Zeitung vorwerfe, sie suche französische Sympathieen am Rheine zu verbreiten.[2]) Sie habe sich vielmehr von vornherein die Aufgabe gestellt, statt eines französischen einen deutschen Liberalismus zu erwecken, und sie habe stets auf Preußens Führung in Deutschland, auf den preußischen Zollverein und dessen notwendige Erweiterung durch Hannover, Mecklenburg und die Hansestädte hingewiesen. Sie habe ferner stets die norddeutsche Wissenschaft im Gegensatz zu der Oberflächlichkeit der französischen und der süddeutschen Theorieen betont. Sie sei das erste Blatt, das norddeutschen Geist in die Rheinprovinz und nach Süddeutschland einführte, und wodurch könnte man die getrennten deutschen Stämme fester verbinden, als durch geistige Einheit, welche die Seele und die einzige Garantie der politischen Einheit gegen alle äußeren Stürme sei? Man kam mit solchen Verhandlungen glücklich über den kritischen 1. Januar 1843 hinweg, der schon für die Unterdrückung des Blattes in bestimmte Aussicht genommen war. Aber gleich in den ersten Nummern des neuen Jahres verhöhnte die Rheinische Zeitung das Verbot der Leipziger Allgemeinen Zeitung in Preußen, und sie erklärte, „in der Zensur liege sicherlich die tiefste Unsittlichkeit" — eine Äußerung, die der kölner Zensor hatte passieren lassen und in der nun die Zensurminister „den Kulminationspunkt der Unzulässigkeit einer zum Drucke gelangten Äußerung" erblickten. Die Zensur vermochte in der Tat nicht, dieser Zeitung wirksame Zügel anzulegen, und sie konnte sich doch der Verantwortung für das, was in ihr zu lesen war, nicht entziehen.

---

[1]) Vgl. Schriften von K. Marx und F. Engels, hrsg. von Mehring I, 196ff.; III, 487.

[2]) Die Regierung hatte diesen Verdacht im November ausgesprochen. Sie ließ auch durch die beiden Vertrauensmänner, die sie damals in Paris zur Beobachtung der kommunistischen Bewegung unterhielt, Lorenz Stein (den bekannten Nationalökonom) und einen Advokaten Foelix, nachforschen; das Ergebnis war aber, wie vorauszusehen, negativ (Geh. Staatsarchiv).

Am 19. Januar sprach der König in einer Sitzung des Staatsministeriums sein ernstliches Mißfallen darüber aus, daß diesem Blatte eine mit den Gesetzen und mit der Autorität der Staatsregierung so sehr im Widerspruch stehende Ungebundenheit verstattet worden sei. Die Unterdrückung der Rheinischen Zeitung wurde daraufhin am 25. Januar für den 1. April verfügt. Damit war denn die schon lange drohende Katastrophe hereingebrochen. Ein besonders geschickter Zensor für die letzten Wochen wurde in der Person eines Ministerialsekretärs Wilhelm von Saint-Paul gefunden, der nach Köln entsandt wurde und während der Galgenfrist vom 2. Februar ab Mühe genug hatte, die Tendenz dieser Zeitung aus ihren Artikeln hinauszuarbeiten. 'Nur hin und wieder gelang es noch einem gesunden Gedanken, mit Haut und Haar, so wie er gewachsen, den Schlagbaum dieser neuen Zensur zu passieren'.[1]) Ein Einspruch der Zeitung gegen die Unterdrückung, der sich auf formale Gesichtspunkte stützte, war ebenso erfolglos, wie ein Petitionssturm an den König aus Köln, Düsseldorf, Trier, Barmen, Bernkastel und anderen Orten. Wohl waren viele von den Aktionären und auch von den Lesern des Blattes mit seiner schroffen Haltung nicht einverstanden gewesen, aber gegen die Unterdrückung protestierte man nun doch unerwartet einmütig. Die Petitionen waren mit zahlreichen Unterschriften angesehener Männer bedeckt; fast die ganze namhafte kölner Kaufmannswelt hatte unterzeichnet. Mevissen hatte auch wiederholt den würdigen Ernst in den Artikeln des Blattes vermißt, an dessen Stelle sich eine jugendlich stürmische Unreife und eine Neigung zu lästerndem Spott geltend gemacht hatte. Ihm hatte ferner der Übertritt der Zeitung auf die freihändlerische Seite seit November 1842, die unter den Auspizien von Brüggemann und Jung geführte Polemik gegen Friedrich List wenig zugesagt, in dessen großem Werk vom Jahre 1841 er das vielseitig ausgestaltete System so mancher von ihm selbst schon entwickelten wirtschaftlichen Gedanken begrüßt hatte. Aber er hielt doch das Wirken des Blattes im allgemeinen, seinen Kampf für Geistesfreiheit und Klarheit der politischen Prinzipien für sehr verdienstlich. Von einem Einspruch gegen das Regierungsverbot und von den

---

[1]) Mevissen an seinen Vater, 1843 Februar 23.

Bitten um seine weitere Duldung versprach er sich jedoch keinerlei Wirkung. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Zeitungsgesellschaft vom 12. Februar wurde beschlossen, eine Deputation nach Berlin zu schicken, um eine Rücknahme des Verbotes zu erwirken. Die beiden Geranten Jung und Oppenheim schrieben dem damals in Dülken weilenden Mevissen am 14. Februar, es handle sich zunächst um eine Verlängerung des Erscheinens über den 1. April hinaus, er möge sich als Vertreter der Aktionäre an der Deputation beteiligen. „Schlagen Sie unsern Antrag aus, so können wir die Rheinische Zeitung begraben". Mevissen glaubte jedoch nicht an einen möglichen Erfolg der Deputation, er lehnte daher die Beteiligung ab. Dag. Oppenheim und Dr. Stucke, die dann allein nach Berlin reisten, fanden in der Tat im Ministerium sowohl bei Graf Arnim als bei Eichhorn und Bodelschwingh festen Widerstand, und eine Audienz beim König wurde ihnen nicht gewährt.

Mit dem Ausscheiden von K. Marx aus der Redaktion am 17. März war die Zeitung eigentlich zu Ende;[1]) es fehlte in Köln fortan, wenn auch „Heinzen, Jung, Mayer und Mevissen lauter scharfe Federn waren", an einem Redakteur, der die Zeitung „in ihrer früheren odiösen Dignität zu erhalten und ihre Richtung mit Energie zu vertreten vermöchte".[2]) Sie erschien allerdings noch bis zum Schluß des Monats, wo sie durch ein Abschiedswort aus der Feder von G. Jung auch formell ihren Abschluß fand. Einige Sensation erregte aber noch ein am 1. April 1843 im Kaiserlichen Hof veranstaltetes Totenmahl, bei dem der rheinische Humor den Kampf der Rheinischen Zeitung gegen die Zensur noch einmal aufgriff und Mevissen die Aufgabe hatte, im Namen des ganzen Kreises „jenen Schmerz würdig auszusprechen, den die moderne Welt bei einem unendlichen Verlust empfindet".[3]) An der Feier nahm seltsamer Weise auch der Zensor Saint-Paul teil, ein gescheiter und bei aller Loyalität doch für den in diesem Kreise lebenden Geist

---

[1]) Marx begab sich nach Paris und gab dort mit Ruge die Deutsch-Französischen Jahrbücher heraus. Der Zweifel Mehrings (a. a. O. II, 15) daran, daß er damals von seinen kölner Bekannten mit Geldmitteln unterstützt wurde, ist unbegründet (vgl. unten Kapitel 10).

[2]) Saint-Pauls Bericht vom 18. März 1843.

[3]) J. Bürgers an Mevissen 1843 März 30.

verständnisvoller Mann, der sich auch mit Karl Marx gerne und häufig über die politischen und sozialen Fragen unterhalten hatte. In der Mitte des Tisches, an dem man speiste, lag vor einem mit einem schwarzen Flor umwundenen Jahrgang der Rheinischen Zeitung ein Totenkopf. Es wurden flammende Reden gegen die Zensur gehalten, Gedichte von Herwegh vorgelesen, eine Sammlung für den in Hessen gemaßregelten Politiker Silvester Jordan wurde veranstaltet und dem Zensor Saint-Paul von R. Schramm unter einem Pereat auf die Zensur eine Locke abgeschnitten. Saint-Paul machte gute Miene zu diesem Spiel. Er hatte allerdings nachher einige Mühe, bei seiner Behörde die Teilnahme an diesem lustigen Streich zu rechtfertigen, als das Frankfurter Journal am 7. April einen etwas ausgeschmückten Bericht über dieses Totenmahl gebracht hatte.

Eine eigenartige Episode im kölnischen und rheinischen Preßleben hatte damit ihr frühes Ende erreicht. Das politische Interesse war durch die Rheinische Zeitung, die in der rheinischen Handelsstadt für einige Zeit einen Mittelpunkt geistigen und politischen Strebens gebildet hatte, lebhaft geweckt und stark beeinflußt worden. Köln war aber darüber hinaus in den Ruf gekommen, ein Mittelpunkt aller nach freier Entwicklung strebenden Kräfte in Preußen zu sein. Für die Nächstbeteiligten, den Kreis der „Jungdeutschen in Köln", bildete diese schnell vorübergehende Episode eine der anregendsten Lebenserinnerungen. Der Drang nach freier und frischer Entwicklung der öffentlichen Dinge hatte manche gleichgestimmte Mitglieder dieses Kreises zu warmer Freundschaft zusammengeführt. Aber auch im späteren Leben scharf sich scheidende und einander widerstrebende Charaktere und Geistesrichtungen waren hier für eine Zeitlang in idealem und opferwilligem[1]) Streben zur Gründung eines politisch-wissenschaftlichen Organs zusammengetreten, das die öffentliche Meinung zum Wohl der freiheitlichen Entwicklung des Vaterlandes bestimmen sollte. Die politische Unerfahrenheit und eine das gebotene Maß überschreitende Rücksichtslosigkeit hatten dann allerdings nach erfolgverheißenden Anfängen den Mittelpunkt des ganzen Kreises, die Rheinische Zeitung, einem vorzeitigen Ende überantwortet.

[1]) Der pekuniäre Verlust der Zeitung belief sich auf 13000 Thaler.

Achtes Kapitel.

Rückversicherungs-Gesellschaft in Köln. — Der siebente rheinische Landtag (1843).

Durch seine Mitwirkung bei der Rheinischen Zeitung war Mevissen während des Jahres 1842 eine Persönlichkeit mit politischer Physiognomie geworden. Ein Programm war fortan mit seinem Namen verbunden. Der Eindruck seines Auftretens wirkte schon in demselben Jahre auch auf seine Wirksamkeit im wirtschaftlichen Leben günstig ein. Der noch junge Fremde hatte dem kölner Kreise die Selbstgewißheit einer in sich selbst ruhenden, kräftigen Persönlichkeit offenbart, die, mit einer gründlichen und vielseitigen Bildung ausgerüstet und im Besitz einer eigenen Welt- und politischen Anschauung, bereit war, öffentlich für ihre Überzeugungen einzutreten. Hatte er in der Rheinischen Zeitung sich zum Organ des das Volk neu belebenden Dranges nach einem erhöhten staatlichen Dasein gemacht, so fand ihn das damals stärker einsetzende Streben, die wirtschaftlichen Kräfte Rheinlands durch kaufmännische Assoziation zu einem großen kommerziellen und industriellen Aufschwung zu sammeln, gleichfalls zur Stelle. Sein Streben nach tatfreudigem Schaffen fand auch hier Befriedigung, und zwar in einer Weise, die seine Eigenart und seine geistige Überlegenheit sofort in das rechte Licht setzte.

Der große dreitägige Stadtbrand von Hamburg im Mai 1842, eine Katastrophe, die in ganz Deutschland teilnehmend mitempfunden wurde, hatte in Köln noch besonders die Aufmerksamkeit erregt, weil die hier im März 1839 begründete Feuerversicherungsgesellschaft Colonia — eine der ältesten deutschen Feuerversicherungen, die noch heute blüht — stark bei dem Verluste beteiligt war. Es entstand der Gedanke, eine Rückversicherungsgesellschaft zu begründen, um für eine Wiederholung solcher Vorfälle besser gerüstet zu sein. Das war ein neuer volkswirtschaftlicher Gedanke. Die im Zusammenhang mit der Seeversicherung entwickelte Rückversicherung war allerdings schon lange bekannt. Bisher hatten aber die Versicherungsgesellschaften untereinander rückversichert, und zwar hatten die deutschen Gesellschaften meistens mit französischen, englischen und belgischen Gesellschaften gegenseitige Rückversicherungsverträge ge-

schlossen, da diese für ihre direkten Versicherungen einen andern Kundenkreis besaßen. Das führte jedoch zu manchen Unbequemlichkeiten und entzog dem Inland jährlich beträchtliche Summen. Dem Aufsichtsrat der Colonia gehörten mehrere der damals führenden kölner Kaufleute an, neben dem Vorsitzenden Merkens, dem tatkräftigen Gründer der Rheindampfschiffahrt, Ludolf Camphausen, W. L. Deichmann, A. Oppenheim und K. E. Schnitzler. Sie beriefen auf den 28. Dezember 1842 in das Tempelhaus, den Sitz der Handelskammer, eine Versammlung zur Erörterung des neuen Projektes, und diese Versammlung wählte ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Komitee, welches den Gedanken weiter ausgestalten und verbreiten sollte. Diesem Komitee gehörten C. Joest, August Camphausen (ein Bruder Ludolfs), C. F. Heimann, P. J. Mülhens und G. Mevissen an.

Mevissen trat hier in einen kaufmännischen Kreis wesentlich älterer Männer ein, und er fand nun auch hier die Genugtuung gemeinsamen Wirkens mit gleichstrebenden Genossen, wonach er sich so lange gesehnt hatte. Denn in solchem Wirken fand er 'die Gewißheit, daß er das Wahre und Richtige wollte, anschaubar außer sich in der Vielheit von Willen, die ihn umgab'. Der Gedanke um den es sich handelte, lag ihm besonders nahe. Das Versicherungswesen, in dem er sich später nach verschiedenen Richtungen betätigte, entsprach Mevissens Lebensanschauungen sowohl durch seine ethische Bedeutung, die Entwicklung der Vorsorge des Menschen für die Zukunft, wie durch seine volkswirtschaftlich-soziale Seite, die Sicherstellung des einzelnen vor Schaden durch Verteilung dieses Schadens auf eine Gemeinschaft von vielen und die dadurch bewirkte Belebung des Unternehmungsgeistes für Handel und Gütererzeugung. Er hat wiederholt seine Gedanken über die besonderen Pflichten der Versicherungsgesellschaften ausgesprochen, die ihnen daraus erwachsen, daß Wohl und Wehe zahlreicher, aus weiten Kreisen der Bevölkerung stammender Menschen ihnen anvertraut ist, und er hat stets betont, wie sehr diese Pflichten entscheidend für die Solidität der eigenen Anlagen solcher Gesellschaften sein müssen. Ein rationelles Versicherungswesen aber ist erst durch Rückversicherung, durch Atomisierung des Risikos vermittelst seiner zweckmäßigen Verteilung, möglich. Das Komitee, das zur Statutenberatung schritt, war zwar

in Bezug auf das Bedürfnis einmütig, geteilt aber in seinen Ansichten über die Durchführung des Plans. Camphausen vertrat den Standpunkt, die zu gründende Rückversicherungs-Gesellschaft solle auf die bestehende Gesellschaft Colonia zugespitzt werden,[1]) Mevissen dagegen entwickelte von vorn herein den Gedanken, der neuen Gesellschaft ein allgemeines Ziel zu stecken, sie nicht auf eine einzelne Versicherungsgesellschaft zu beschränken. Ihm erschien an dem neuen Gedanken, wonach durch ein System von Versicherungen der Versicherer selbst wieder versichert werden sollte, als das wichtigste seine Anwendung auf das Gebiet des Handels. Daß durch Rückversicherung eine Steigerung des Handels erzielt werden könne und daß durch die Verteilung der Risiken auf In- und Ausland die wirtschaftliche Gemeinsamkeit gefördert werde, schien ihm das Wesentliche. Es existierte in Köln schon seit dem Jahre 1818 eine Rheinschiffahrts-Assekuranzgesellschaft, wohl die älteste rheinische Versicherungsgesellschaft, die kurz vorher, am 11. Dezember 1841, neuerlich von der Regierung konzessioniert worden war. Sie wurde bald darauf, zu Anfang des Jahres 1845 unter Mevissens Mitwirkung in die gleichfalls noch heute bestehende See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungsgesellschaft Agrippina umgewandelt, um dem Handelsstand das seither im Binnenlande noch entbehrte Mittel zu bieten, auch für überseeische Verbindungen in Köln selbst den gleichen Schutz der Assekuranz wie in Seeplätzen zu genießen.[2]) Mevissens organisatorischer Kopf suchte diese verschiedenen Bestrebungen miteinander zu verknüpfen, und seine Auffassung siegte. Das provisorische Komitee berief auf den 3. März 1843 eine Versammlung zur Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Thaler, die Gesellschaft konstituierte sich und wählte einen Verwaltungsrat, an dessen Spitze Heimann trat und dem auch Mevissen angehörte. Der Verwaltungsrat veröffentlichte eine Denkschrift, in der das Bedürfnis nach Rückversicherungsgesellschaften in dem allgemeinen Sinne Mevis-

---

[1]) Eine solche besondere Rückversicherung wurde 1843 für die Güterassekuranz-Gesellschaft in Wesel gebildet (vgl. Masius, Lehre der Versicherung in Deutschland (1846) S. 640 ff., der das Widersinnige dieses Systems erörtert).

[2]) Die Genehmigung der Umwandlung erfolgte durch Kabinetsordre vom 24. Januar 1845, die Gesellschaft begann dann am 1. April ihre Tätigkeit (Masius a. a. O. S. 668).

sens, für Feuer- und Transportversicherung gemeinsam, entwickelt war.[1]) Am 5. April 1843 richtete er dann das Gesuch um Konzession an die Staatsregierung. Da aber von dieser mehrere Statutenänderungen verlangt wurden, so zog sich die Angelegenheit in die Länge, und über den Verhandlungen mit der Regierung, die im wesentlichen Mevissen führte, ging der mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes für die Gründung neuer Unternehmungen günstige Augenblick vorüber. Erst im Jahre 1846 konnte die Angelegenheit wieder in Fluß gebracht werden.

Führte dieses Debut Mevissens auf dem wirtschaftlichen Gebiet kein sofortiges Resultat herbei, so hatte es ihm doch die Gelegenheit geboten, seine besondere Kapazität auch im leitenden Kreise der kölner Kaufmannschaft darzutun. Auf dem neuen Boden hatte seine Initiative sich sofort auch im Rahmen der kaufmännischen Assoziation betätigt, und er hatte an einem Beispiel gezeigt, wie selbständig und weitblickend er über die Sammlung zerstreuter Kräfte im Wirtschaftsleben zu gemeinsamer Arbeit dachte. Die Art, wie er hier von größern Gesichtspunkten für die allgemeine Organisation der Risikoverteilung eintrat, ist für seine Auffassung ebenso bezeichnend, wie sein früheres Wirken für die Hebung der Industrie in seiner Heimat durch eine Aktiengesellschaft, für die er sich, wie wir noch sehen werden, auch jetzt, in den Jahren 1842 und 1843, wieder bemühte. Vor allem aber waren es doch die politischen Verhältnisse, die ihn um diese Zeit beschäftigten.

Es war durchaus zutreffend, wenn die beiden Deputierten der Rheinischen Zeitung im Februar 1843 in Berlin den Ministern darlegten, das Blatt habe keine Opposition gegen Preußen, sondern nur gegen seine herrschenden Regierungsgrundsätze geführt, dagegen sich nach Kräften bemüht, die Verschmelzung der Rheinlande mit dem preußischen Staat zu fördern. Hätte die Zeitung, so führten sie aus, eine systematische Opposition gegen Preußen bilden wollen, so hätte

[1]) Diese Denkschrift ist wieder abgedruckt in dem 'Rückblick auf die Entstehung und die Entwicklung des Geschäfts der Kölnischen Rückversicherungsgesellschaft', 1903. Für Rückversicherung im allgemeinen vgl. R. Ehrenberg, Die Rückversicherung (1884); H. Rau, in der Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft I, II (1901, 02); A. Manes, Versicherungswesen (1905) S. 432 ff.

sie den Vorurteilen der Rheinprovinz geschmeichelt, statt ihnen entgegenzutreten, sie hätte vor allem die religiösen Ansichten der Majorität der rheinischen Bevölkerung geschont. Sie hätte der einheitlichen Staatsidee den Provinzialgeist in seinen besondern Schranken entgegengesetzt und, wie es der alte Görres und die ultramontane Strömung tat, die Provinziallandtage in Schutz genommen. Sie hätte nicht, was sie in Gegensatz zu vielen rheinischen Liberalen brachte, in ihrer Kritik der rheinischen Stände die Regierung gegen den Privategoismus der Stände in Schutz genommen, und sie hätte die Erweiterung der Rechte der Vereinigten Ausschüsse begehrt, statt ein solches Begehren als staatswidrig darzustellen und die Einführung von wirklichen Reichsständen zu verlangen.

Die Zeitung hatte in der Tat im Sinne der Kräftigung des staatlichen Einheitsgedankens gewirkt. Ihre gewaltsame Unterdrückung und die Umstände, die sie herbeiführten, beförderten dagegen neuerdings den rheinischen Partikularismus. Wieder begann man mit Mißtrauen auf alles zu sehen, was von seiten des Beamtenstaats Preußen kam, der daran festhielt, das Volk zu bevormunden, statt die in ihm vorhandene Intelligenz zu selbständiger Mitwirkung für das Wohl des Ganzen zuzulassen. Hatte die Rheinische Zeitung im Sommer 1842 wiederholt ausgeführt, daß in Preußen alles unaufhaltsam zu Reichsständen hindränge,[1]) so war es nun im Frühjahr 1843 nicht möglich, Unterschriften in Köln für eine Petition an den bevorstehenden Landtag zu Gunsten des zentralständischen Organs und um Ausführung der Verheißung von 1815 zu sammeln. Denn man glaubte wieder, wie vor 1840, die Gemeinschaft mit den östlichen Provinzen werde nur durch Preisgabe der rheinischen Institutionen erkauft werden können. In Aachen war es ähnlich. Am 31. März versammelte D. Hansemann seine Gesinnungsgenossen, um über eine etwaige Petition um Einführung der Reichsstände zu beraten. Man beschloß aber mit großer Majorität, davon abzusehen und zunächst die Entwicklung der Vereinigten Ausschüsse abzuwarten.[2])

In den ersten Monaten des Jahres 1843, wo man der Einberufung des Provinziallandtags entgegensah, herrschte eine gewisse

---

[1]) Vgl. z. B. 1842 Nr. 235 Beiblatt.

[2]) Bericht des Regierungspräsidenten v. Cuny, Aachen 1843 April 6.

Erregung am Rhein, aber sie zeigte den früheren politisch unfruchtbaren, negativen Charakter. Ein kluger Beobachter wie der Zensor Saint-Paul berichtete Ende April nach Berlin, am Rhein, wo man im allgemeinen gar keine Konstitution wolle, sage man: Hätte nur der König, anstatt das Versprechen von 1815 zu desavouieren, erklärt, die Ausschüsse sind die Reichsstände, oder sie sollen es bei fernerer Ausbildung werden! Das sei mit dem Wortlaut jener Verheißung ganz verträglich, und darauf, was Hardenberg sich dabei gedacht, was er dabei beabsichtigt habe, komme es nicht an. So apathisch war damals in bezug auf die wichtigste Frage des politischen Lebens die Meinung der meisten Rheinländer. An den Wahlen zum Provinziallandtag, der für den Mai nach Düsseldorf einberufen wurde, nahm das Volk zwar viel regern Anteil als früher. Seine Wünsche wurden an vielen Stellen zu Petitionen an den Landtag zusammengefaßt, und in dieser Petitionsbewegung kamen die leitenden Gesichtspunkte des politischen Vorwärtsstrebens zum Ausdruck. In der Flut von Petitionen, mit denen der rheinische Landtag überschüttet wurde, handelte es sich aber fast stets nur um die besonderen Verhältnisse der Provinz. Man wünschte eine Verstärkung des städtischen Elements im Landtag, um das Vorwalten des adligen Einflusses zu beschränken und den geistigen Kräften des Volkes wie den großen Interessen von Handel und Industrie eine bessere Vertretung zu sichern; man verlangte nach der rheinischen Kommunalordnung, und als bekannt wurde, die Regierung wolle dem Landtag den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorlegen, wünschte man längere Bedenkzeit, um ihn in seinem Verhältnis zum rheinischen Recht prüfen und begutachten zu können. Daneben griff man nur noch auf die schon 1841 verhandelte und jetzt wieder aktuell gewordene Frage der Preßfreiheit zurück. Selbst der neue Abgeordnete für Köln, Ludolf Camphausen, der im Jahre 1845 jener positiven Unterströmung, die in der Rheinischen Zeitung eine Zeitlang zum Ausdruck gekommen war, endlich zum Siege verhalf, indem er sich zum beredten Anwalt des Verlangens nach Reichsständen machte, vermochte auf dem Landtag von 1843 noch nicht in die Bahn einzulenken, die einen auf feste politische Prinzipien gestützten allmählichen Ausbau des Bestehenden mit Vermeidung aller unpraktischen Sprünge und revolutionären Übergänge zum Ziel hatte.

Seit längerer Zeit war Mevissen entschlossen, sobald als nur
öglich tätig in das politische Leben einzugreifen. Im Jahre 1842
atte er wiederholt mit seinen Freunden aus dem Kreise der In-
ustrie in Dülken und Viersen über die für den heimatlichen Wahl-
eis erforderlichen politischen Schritte verhandelt. Man hoffte dort,
sonders auch mit Rücksicht auf die Lage der Industrie, daß Mevissen
inftig seine Heimat im Provinziallandtage vertreten werde; ihre
nteressen wurden durch den bisherigen Abgeordneten, den Bürger-
eister Preyer von Viersen, nur ungenügend wahrgenommen. Da
ie Wählbarkeit der Deputierten allgemein an einen seit zehn Jahren
ı ihrer Hand befindlichen Grundbesitz geknüpft war, so konnte für
Mevissen schon aus diesem Grunde nur der heimatliche Wahlkreis in Be-
acht kommen. Vorläufig mußte er aber seiner Jugend wegen noch
urückstehen. An dem für die Abgeordneten bestimmten gesetzlichen
Mindestalter von dreißig Jahren fehlten ihm noch zwei. So war
r zunächst noch nicht imstande, als Abgeordneter die freiheitlichen
Gedanken, die seine politische Auffassung erfüllten, in das Leben
inzuführen und dahin zu wirken, daß der innere Widerspruch zwischen
em fortgeschrittenen Geistesleben des Bürgertums und seiner Zurück-
weisung vom politischen Wirken aufgehoben werde. Er mußte sich
ielmehr vor der Hand mit Hilfsarbeit begnügen. Im Februar 1843
wirkte er in Köln nach Kräften mit für die Wahl des zum ersten-
mal kandidierenden L. Camphausen, dessen schöpferisch anregendes
Wirken als Präsident der Kölner Handelskammer er hochschätzte und
dessen Persönlichkeit ihm in mancher Beziehung als Vorbild für das
igene politische Wirken vorschwebte. Mit jenem Idealismus, der
ie Dinge und Menschen stets als Ganzes zu sehen und zu beur-
eilen vermag, erfaßte er das Wesen dieses bedeutenden, damals
ierzigjährigen Mannes, der als anerkannt führende Persönlichkeit
m kaufmännischen Leben Kölns jetzt seine Kraft in den Dienst der
olitischen Aufgaben der rheinischen Heimat stellte. Von Hause aus
ine vorzugsweise theoretische und reflektive Natur, die, durch das
Leben frühzeitig in die kaufmännische Tätigkeit gedrängt, doch durch
ifrige Studien eine reiche Geistesbildung und einen sicheren Takt in
er Erfassung des Bedeutenden erworben hatte, erweckte Camphausen
ie größten Hoffnungen seiner politischen Freunde, deren Führung
: sofort übernahm. Er huldigte mit nie schwankender Bestimmtheit

dem Prinzip der freien Persönlichkeit in allen Phasen seiner Entwicklung in Gesellschaft und Staat, war aber zugleich von den hohen sittlichen Aufgaben des letzteren durchdrungen. Sein für gewöhnlich schweigsames und sinnend in sich gekehrtes Wesen wendete sich mit ernsten und gemessenen Sätzen an die Hörer und überzeugte durch die Klarheit und erschöpfende Allseitigkeit der Darlegung, der es aber in entscheidenden Augenblicken auch an Kraft und edler Begeisterung nicht fehlte. Für Mevissen erschien es nicht zweifelhaft, daß erst das öffentliche Wirken den 'vollen Gehalt dieser echt deutschen Männlichkeit' erkennen lassen werde.[1])

In den letzten Tagen des März fanden in Krefeld und an mehreren Orten in dem benachbarten heimatlichen Wahlkreis Mevissens[2]) politische Besprechungen statt, um auf die Haltung der Abgeordneten auf dem bevorstehenden Landtag einzuwirken. Mittelpunkt dieser Zusammenkünfte, an denen auch Mevissen mit seinem aus Gladbach gebürtigen Freunde G. J. Compes lebhaft teilnahm, war der neue Abgeordnete für die Stadt Krefeld, Hermann v. Beckerath. Mit diesem damals einundvierzigjährigen Manne, der gleichfalls von Jugend auf das kaufmännische Wirken durch ernstes geistiges Streben veredelt hatte, einer gemütswarmen Natur, deren ruhig bestimmte liberale Überzeugung durch die Gabe einer schwungvollen, aus dem Herzen quillenden Beredsamkeit nach außen wirkte, knüpfte Mevissen damals jene enge Verbindung an, die durch das ganze fernere Leben beider Männer als warme persönliche Freundschaft und fast stets auch als enge Gemeinschaftlichkeit der politischen Anschauungen fortdauerte.

Aus der Heimat in den ersten Tagen des April wieder nach Köln zurückgekehrt, arbeitete Mevissen mit mehreren Freunden an Petitionen, die von hier aus an den Landtag gerichtet werden sollten. Rudolf Schramm ermunterte ihn einige Tage später von Bonn aus, vor allem eine Petition für Preßfreiheit, ähnlich wie sie auf dem gleichzeitigen Landtag in Königsberg beschlossen worden war, vor-

[1]) Vgl. Camphausens Biographie von A. Caspary (Stuttgart 1902); Mevissen hat selbst 1843 eine kleine Skizze der Persönlichkeit Camphausens niedergeschrieben.

[2]) Derselbe umfaßte die Städte Neuß, Grevenbroich, Wevelinghoven, Gladbach, Viersen, Dahlen, Odenkirchen, Rheydt, Ürdingen, Kempen, Süchteln, Dülken und Kaldenkirchen.

bereiten und l   litischen Freunde nach Köln zu berufen, um
er eine gemeinsame Einwirkung auf die Deputierten zu beraten.
iese Aufforderung aber erreichte Mevissen auf dem Krankenlager.[1])
in schmerzvoller Gelenkrheumatismus, den er sich auf der Reise in
ie Heimat zugezogen hatte, warf ihn am 5. April plötzlich mitten
i dieser eifrigen politischen Tätigkeit für sechs lange Wochen, an-
nglich in voller Unbeweglichkeit, auf das Lager. Und während
ieser schweren Zeit eigenen körperlichen Leidens empfing er die Nach-
richt von dem am 24. April erfolgten Tode seines Vaters. Seit
Jahren war derselbe kränklich, aber sein Hinscheiden in diesem Augen-
lick war doch unerwartet; für den Sommer war soeben noch eine
emeinsame Reise geplant worden. Die Erschütterung des Sohnes
ber diesen Verlust, der ihm neue Pflichten in einem Augenblick
uferlegte, wo die eigene Krankheit es ihm unmöglich machte, der
Mutter und den Schwestern persönlich mit Rat und Tat beizustehen,
pricht sich in den tief empfundenen Briefen aus, die er in den
ächsten Tagen nach Hause richtete; sie offenbaren zugleich das innig-
varme Verhältnis der Familienmitglieder zueinander, dessen Ent-
wicklung dem Verstorbenen so sehr am Herzen gelegen hatte. Mevissens
erzliches Verhältnis zu seinem Vater war im Laufe der Jahre immer
ertrauter geworden. Wenn der Vater auf ihn seine Wünsche und
Hoffnungen für die Zukunft der Familie setzte, so verehrte der Sohn
n ihm vor allem 'den konsequenten Willen, der ein Menschenleben
indurch in tausend Kämpfen und Formen gerungen hat'. Er schrieb
urze Zeit nach dem Tode des Vaters für sich einige Sätze nieder,
ie einen Blick in das Wesen beider Männer eröffnen. 'Wie selb-
ständig ich mich auch bewegte, so war doch stets die Bewegung, selbst
n ihren weitesten Schwingungen, noch getragen von der Atmosphäre
es väterlichen Geistes. Die stumm vorausgesetzte Billigung des
Vaters war der Maßstab meiner Handlungen. Ich faßte bei seinem

---

[1]) Die Petition kam dennoch zustande (vgl. unten S. 296); Mevissen
rbeitete auch eine Petition um Reform der Posttaxe und des im Postwesen
errschenden Fiskalismus aus (vgl. zur Sache Allgemeines Organ 1839 Nr. 117,
38, 144, 151 und C. F. Müller, Über die Reform des Postwesens in Deutsch-
and, Frankfurt 1843). Der Landtag richtete am 21. Juni eine entsprechende
Petition an den König (Verhandlungen S. 540). Eine Ermäßigung des Brief-
ortos erfolgte 1844.

Hinscheiden den ernsten Entschluß, an dem Lebensprinzip des Vaters unwandelbar festzuhalten. Wo Zweifel entstanden, brauchte ich mir nur das geistige Bild des Hingeschiedenen vor die Seele zu rufen, und alsbald waren sie gelöst. Seine Billigung war auch fortan noch der Prüfstein, den ich überall anlegte. Der Außenwelt mochte ich von diesem Heiligtum des Busens nichts offenbaren, und ich ließ meine Freunde bitten, mir gegenüber den schweren Verlust, der mich betroffen, mit keiner Silbe zu erwähnen. An diesem Grundsatz habe ich strenge festgehalten und auch später jede Berührung dieser Saite durch fremde Lippen ängstlich abgelenkt. Eine instinktive Scheu läßt mir die Berührung des Familienlebens durch die Außenwelt als eine Profanation des Herzens erscheinen. Mir genügte die innere Gewißheit, daß der Vater fortlebe, in mir und seinen Töchtern sich weiter entwickle, und daß sein Geist nach wie vor stets gegenwärtig sei. Jedes äußere Zeichen der Trauer verschmähte ich folgerecht durchaus, weil es an die äußere Form, an den Verlust, den der Egoismus des Überlebenden erleidet, und nicht an das wahre innere Wesen des Hingeschiedenen erinnert.'

Während dieser für Mevissen so unglücklichen Wochen war gegen Ende April die politische Stimmung in seiner Nähe höchst aufgeregt geworden. Die Publikation des Regierungsentwurfs für ein neues Strafgesetzbuch und ein zugehöriges Einführungsgesetz bewirkte gegen Ende April an Stelle des seither am Rhein herrschenden „guten Geistes", den die Berichte der Regierungsorgane befriedigt konstatiert hatten, plötzlich eine heftige Opposition. Der Entwurf war auf Grund des preußischen Landrechts ausgearbeitet. In bezug auf das Strafmaß war er zwar vielfach milder als der am Rhein geltende Code Napoléon, aber er widerstritt dem Prinzip der bürgerlichen Rechtsgleichheit, indem er für Verbrechen von Adligen ihre Degradation zu Bürgerlichen festsetzte, und er bestimmte zudem für gewisse Verbrechen die körperliche Züchtigung, jenes „altpreußische Prügelsystem", wie man es nun am Rhein nannte, das in den östlichen Provinzen noch fortbestand, während es in Westeuropa durch die Revolution gründlich beseitigt worden war. Man entnahm daraus die Gewißheit, daß die Regierung doch auch unter dem neuen König nicht geneigt war, die rheinische Gesetzgebung im Sinne der modernen bürgerlichen Gesellschaft weiter zu entwickeln; man erblickte darin

eine Verleugnung der im Jahre 1842 zugunsten des rheinischen Rechts und der Geschworenengerichte erlassenen Bestimmungen, und aus dem neuen Angriff der Regierung auf die empfindlichste Stelle im politischen Gefühl der Rheinländer entwickelte sich eine bis in die unteren Klassen reichende Erregung, die jede ruhige Kritik von vornherein abschnitt und alles, was jetzt von Berlin kam, kurzweg als „preußische Pfiffe" bezeichnete. Der Volkswitz bemächtigte sich besonders der Prügelstrafe, er schlug für die preußische Nationalkokarde statt der schwarzweißen Farbe die Farben braun und blau vor, und bei Theateraufführungen kam es zu stürmischen Protesten gegen die Regierung, die wieder einmal verkannt hatte, wie tiefe Wurzeln das rheinische Recht und die bürgerliche Gleichheit im Volke besaßen.[1])

In Berlin war man höchst überrascht und verlangte eifrig nach Mitteln, auf die erregte Stimmung beruhigend zu wirken. Aber die Regierung verfügte über kein dazu geeignetes Preßorgan. Der Kultusminister Eichhorn suchte in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern, dem Grafen Arnim, schon seit dem Verbot der Rheinischen Zeitung nach einer Möglichkeit, die rheinische Presse in konservativem Sinne zu beeinflussen. Er rechnete dabei stark auf die Mitarbeit einzelner Professoren der Bonner Universität.[2]) In Bonn aber hielt man sich nach den trüben Erfahrungen aus der Zeit der Demagogen- und Burschenschaftsverfolgung vorsichtig vom öffentlichen Leben zurück; man entsprach den Wünschen der Regierung nicht. Der geschmeidige Saint-Paul hatte dann im Frühjahr nicht ohne Erfolg den Versuch gemacht, auf die Kölnische Zeitung, deren Absatz nach dem Untergang der Rheinischen Zeitung erheblich gewachsen war, Einfluß zu gewinnen. Das vielgelesene Blatt[3]) nahm damals wohl einen gemäßigt liberalen, aber keinen klar konstitutionellen Standpunkt ein, wie ihn die unter Hansemanns Einfluß stehende Aachener Zeitung vertrat. Saint-Paul gewann den Redakteur Dr. Hermes für die Politik der Regierung, aber dessen Tage an der Spitze des Blattes waren gezählt, sobald er als im Solde der Regierung stehend erkannt wurde. War so der Weg der Presse für die Regierung versperrt, so bemühte sich Graf Arnim um so mehr, den rheinischen Behörden auf dem Ver-

[1]) Berichte Saint-Pauls, Köln 1843 April 23 und Mai 10.

[2]) Es dachte besonders an die Professoren J. W. Löbell und C. Th. Perthes.

[3]) Es hatte damals etwa 9000 Abonnenten.

waltungswege die beruhigendsten Zusicherungen zu erteilen. Am Geschworenengericht solle gewiß nicht gerüttelt werden, aber man müsse doch auch im Schoße der Bevölkerung am Rhein erkennen, daß eine engere Verbindung mit dem Körper der Monarchie notwendig sei, daß die Provinz nur als integrierender Teil des ganzen Staates wirklich gedeihen könne. Der Sinn für eine gleichartige Auffassung des Staatslebens und der vaterländischen Institutionen, für die höheren gemeinschaftlichen Interessen und Ideen, die alle einzelnen Glieder des Staates miteinander verbinden sollen, müsse doch entwickelt werden.[1]) Es waren gewiß richtige Gedanken, zu denen sich hier die Regierung bekannte, welche früher die organische Verbindung der Teile des Staates nur durch das Beamtentum hatte durchführen wollen, und wir wissen, daß ihnen in der Tat eine am Rhein vorhandene, wenn auch noch schwache Strömung entgegenkam. Aber man wollte hier diesen Fortschritt nicht um den Preis grundsätzlicher Rückschritte erkaufen, und so konnten die Beschwichtigungsversuche der Regierung keinen Erfolg haben. Man hatte dem neuen König entgegengejubelt, als er in hinreißenden Worten, zuletzt noch beim Dombaufest in Köln, die neue, große, gute Zeit einer Politik des Vertrauens, der Einigkeit und Kraft in glänzenden Strichen gezeichnet hatte, und man hatte wirklich vertraut. Allerdings ein Vertrauensverhältnis historischer Art zum Königshause, wie es die alten Provinzen besaßen, konnte hier, wie schon oben (S. 189) angedeutet wurde, naturgemäß nicht existieren. Man war wohl monarchisch gesinnt, aber es fehlte doch das persönlich und dynastisch gestimmte Verhältnis, wie es sich nur durch langes Zusammenstehen von Fürst und Volk in Glück und Unglück zu entwickeln vermag. Die aus solchen Empfindungen entspringende günstige Präsumtion für die Absichten und Maßnahmen der Regierung fehlte der rheinischen Bevölkerung, und sie mußte ihr nach dem Gange der Dinge während des letzten halben Jahrhunderts fehlen. Gegenüber einer Regierung, die früher den politischen Argwohn selbst planmäßig großgezogen hatte und auch jetzt wieder das Vertrauen enttäuschte, das man ihr seit 1840 gerne entgegengebracht hatte, gewann ganz von selbst der Gedanke politischer Sicherung, der

---

[1]) Arnim an den Oberpräsidenten v. Schaper und den Regierungspräsidenten v. Cuny (in Aachen) 1843 April 30.

Gesichtspunkt politischer Garantieen neue Kraft. Man suchte eine Stütze bei dem Landtag der Provinz, den man noch vor kurzem, als man auf Reichsstände abzielte, gering eingeschätzt hatte. Durch Wort und Schrift suchte man ihm jetzt eine höhere Bedeutung in der öffentlichen Meinung zu vindizieren, als ihm gesetzlich zustand; er erschien wieder als der Hüter des heimischen Rechts gegen die Willkür der Regierung.[1] Die Bevölkerung erwartete von ihm zwar keine großen positiven Resultate, aber sie rechnete darauf, daß durch die Debatten das politische Terrain abgesteckt und durch die genauere Bekanntschaft mit den Absichten der Regierung künftige Maßnahmen vorbereitet würden. Man wußte, daß die Regierung die seither am Rhein laut gewordenen politischen Wünsche lediglich als Wünsche einer kleinen Partei ansah. Man wollte sie durch möglichst einstimmige Äußerungen des Landtags von diesem Irrtum befreien und zu einer offenen Anerkennung der vorhandenen und durch kein Machtgebot zu beseitigenden Gegensätze bringen.[2]

Unter solchen Auspizien begannen am 14. Mai in Düsseldorf die Verhandlungen des siebenten rheinischen Landtages. In einer Hinsicht schien die Regierung der Rheinprovinz entgegenzukommen.[3] Der Entwurf einer neuen Kommunalordnung, dessen wahre Motive die Regierung natürlich nicht mitteilte, sah ab von der Trennung von Stadt und Land. Für beide waren im wesentlichen die gleichen, allerdings gleichmäßig beschränkten Einrichtungen der Selbstverwaltung vorgesehen; das Wort „Bürger" zur Bezeichnung der Einheit von Städtern und Bauern war übrigens sorgfältig vermieden. Der prinzipielle Wunsch, für den auch Mevissen eingetreten war, war somit erfüllt; die rheinische Kommunalordnung trat am 23. Juli 1845 in dieser Form bis zum Jahre 1856 in Kraft. Die Städte entsagten tatsächlich mit Rücksicht auf die Einheit der kommunalen Ordnung in der Provinz der ihnen zugänglichen erweiterten Kompetenz; von dem Angebot der Regierung, ihnen auf Wunsch die revidierte preußische Städteordnung von 1831 zu verleihen, wurde so gut wie kein Ge-

[1] Bericht Saint-Pauls (Köln, 1843 Juni 23) und des Regierungspräsidenten v. Auerswald in Trier (1843 August 1).

[2] Aufzeichnungen Mevissens aus dem Mai 1843.

[3] Vgl. Verhandlungen des 7. rheinischen Provinziallandtages 1843, S. 283.

brauch gemacht, so daß die Erwartungen der Regierung nach dieser Richtung sich als trügerisch erwiesen.

Geteilt waren die Meinungen der Stände bei mehreren von der Provinz aus durch eine Anzahl von Petitionen angeregten Erörterungen. Besonders die Preßfreiheit wurde Gegenstand einer sehr lebhaften Debatte, in die auf Grund der von Mevissen ins Werk gesetzten Kölner Petition Camphausen und neben ihm auch v. Beckerath wirksam eingegriffen. Nach den neuen Bestimmungen der Regierung durfte zwar etwas mehr als seither über die Verhandlungen der Landtage in der Presse veröffentlicht werden. Aber die Namen der Redner mußten auch jetzt noch unterdrückt bleiben, weil die Regierung das Streben der Deputierten nach Popularität verhindern wollte. Wenn aber ein engherziges Gesetz auch die Namen derer, die dem öffentlichen Empfinden Ausdruck gaben, dem Volk vorenthielt, so fand man doch Wege, diese Namen in die Öffentlichkeit zu bringen, und so konnte man nach der entscheidenden Abstimmung schon bald konstatieren, daß an der erforderlichen Zweidrittelmajorität nur zwei Stimmen gefehlt hatten.[1])

Kam es infolge dieses Ergebnisses nicht zu einer Petition des Landtages um Preßfreiheit an den König, so legte der Landtag wieder absolute Einmütigkeit, allerdings in umgekehrtem Sinne wie bei der Kommunalordnung, dem Strafgesetzentwurf der Regierung gegenüber an den Tag.[2]) Man erklärte einstimmig, daß derselbe mit der Gerichtsverfassung der Provinz und ihrem Prozeßverfahren schlechthin unvereinbar sei; der Landtag bat den König, unter Zugrundelegung der rheinischen Gesetzgebung einen neuen Entwurf ausarbeiten zu lassen. Als der Landtag unter der Führung des Abgeordneten August von der Heydt ohne vorherige Diskussion der einzelnen Paragraphen durch Einstimmigkeit die Ablehnung des Regierungsentwurfs aussprach, schallte ihm von allen Seiten aus der Provinz lauter Jubel entgegen. Am 22. Juni zogen Scharen von Kölner Bürgern auf Anregung des Stadtrats H. v. Wittgenstein nach Düsseldorf, um dem Landtag eine Dankadresse zu überbringen,

[1]) Konstitutionelle Jahrbücher, hrsg. von Weil, Stuttgart 1843, III, 58—94.

[2]) Von den rheinischen Juristen trat nur einer, der Landgerichtspräsident Bessel in Saarbrücken (und zwar anonym), für den Entwurf ein (Düsseldorfer Zeitung Nr. 162).

bends feierte ein Fackelzug das frohe Ereignis. In Aachen wurde
:n Festmahl veranstaltet, und fast alle Städte sandten dem Landtage
ı den nächsten Tagen Adressen. Die Stadt Düsseldorf regte an,
aß ihm ein großes Fest gegeben werde, an dem die ganze freudig
ewegte Provinz teilnehmen sollte. Das Fest fand am 4. Juli statt.
Nan hatte auch den königlichen Landtagskommissar, den Ober-
räsidenten v. Schaper, zu diesem Festmahl eingeladen, und dieser
atte die Einladung angenommen, nachdem jede direkte Anspielung
uf den eigentlichen Zweck der Feier aus der Ankündigung entfernt
nd dieselbe lediglich als ein dem Landtag von seiten der Provinz
egebenes Fest charakterisiert worden war. Beim Mahle selbst führte
ann aber ein von dem Vizelandtagsmarschall v. Groote aus Köln
usgebrachter Trinkspruch eine stürmische Szene herbei, die den Ober-
räsidenten, den Regierungspräsidenten v. Spiegel und die übrigen
Beamten seiner Begleitung zum Verlassen des Saales veranlaßte.

In Berlin hatte man diese ungewöhnlichen Vorgänge mit
ıachsender Aufmerksamkeit verfolgt. In den fortschrittlichen Kreisen
er Bevölkerung der Hauptstadt wurde das Verhalten der rheinischen
Stände mit großer Sympathie begrüßt. Es war schon im Juni
ur eine Stimme darüber, daß der Landtag viel mehr an politischer
Selbständigkeit leistete, als man in Berlin vorausgesetzt hatte. Auch
ie „nicht landtagsfähige" Welt habe, so schrieb man an den Rhein,
lchtung vor ihm gewonnen, was man kaum von irgend einem der
nderen Provinziallandtage sagen könne, und selbst in konservativen
Kreisen gestehe man, daß die offene Art des rheinischen Landtags
hrenwerter und der Macht wie dem Wohl des Staates heilsamer
ei, als die verbitterte Abwendung der fortschrittlichen Berliner Kreise
om Staate.[1]) Auch in Süddeutschland zollte man dem Landtag
auten Beifall.[2]) Um so bedenklicher aber wurde die Regierung. Sie
rfuhr, daß man die Absicht hatte, die vom Landtag zurückkehrenden
Deputierten in ihren Heimatsorten mit neuen Feiern zu empfangen
nd ihre Rückkehr zu einem politischen Volksfest auszugestalten. Von

[1]) Schreiben K. H. Brüggemanns an Mevissen, Berlin 1843 Juli 17.
Brüggemann gab damals die oben S. 254 erwähnte treffliche Schrift über
Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung (Berlin 1843) heraus.

[2]) Vgl. Bemerkungen über den Entwurf des preußischen Strafgesetzbuches
nd dessen Begutachtung durch den rheinischen Provinziallandtag, Heidelberg 1843.

Trier aus war sogar angeregt worden, eine Versammlung von Gemeindedeputationen nach Köln zu berufen, die den König geradezu bitten sollte, der Provinz die positive Beruhigung zu gewähren, daß ihr Recht und ihre Gerichtsverfassung fortan unverletzt erhalten bleibe. Das war der Regierung denn doch zu viel. Am 17. Juli schrieb der Minister des Innern, Graf Arnim, dem Oberpräsidenten, die rheinische Bevölkerung befinde sich in einem Zustande der Aufregung, dessen fernere Steigerung nicht geduldet werden dürfe. Die Dinge nähmen von Tag zu Tag einen unangenehmeren und ernsteren Charakter an und ließen das absichtliche Bestreben einer Partei erkennen, die Massen in Bewegung zu bringen. Es seien daher alle Zusammenkünfte und Festlichkeiten mit Bezug auf den Landtag zu untersagen und die Zivilbehörden anzuweisen, sich rechtzeitig mit den Militärbehörden zu strengster Durchführung dieses Verbots zu verständigen. Auch der König selbst nahm in einer Kabinetsordre vom 18. Juli Stellung zu den Ereignissen. Die „unanständigen Auftritte" bei dem Festmahl in Düsseldorf hätten aufs neue den Unwert solcher Demonstrationen offenbart. Sie seien nur imstande, Lärm zu erzeugen, ohne auf die Sache, auf seine Entschließung und den Gang seiner Regierung den mindesten Einfluß zu üben. Wenn er auch die gute Absicht nicht verkennen wolle, welche seine Beamten veranlaßt habe, der Einladung zu folgen, und ihnen seine Anerkennung dafür ausspreche, daß sie das Fest beim ersten Ausbruch einer verwerflichen Tendenz verlassen hätten, so sei es nun um so mehr sein Wille, daß die Beamten sich fortan von solchen Manifestationen fernhielten, denselben keine unverdiente Bedeutung verschafften oder gar, wenn deren wahrer Charakter hervortrete, in den Fall kämen, das Ansehen und die Würde der Regierung durch die Gegenwart ihrer Organe zu kompromittieren.

Mevissen hatte an diesen auch ihn lebhaft bewegenden Vorfällen infolge seiner Krankheit nur wenig unmittelbaren Anteil nehmen können. Mit den am Krankenbette ihn besuchenden Freunden hatte er noch im April für den heimatlichen Wahlkreis mehrere Petitionen verfaßt, die die Gewährung von Reichsständen, voller Preßfreiheit und absoluter Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen zum Gegenstande hatten. Neben einer Eingabe von Bürgern der Stadt Mayen, die, angeregt aus dem Kreise der früheren Rheinischen Zeitung, die

:age der Reichsstände dem Landtag vorlegten, war nur in diesen
n Mevissen veranlaßten Petitionen auf die wichtigste politische
:age, die Reichsstände, abgezielt. Seine Ausführungen gelangten aber
ht mehr an den Landtag, weil dieser gegenüber der einlaufenden
ochflut von Petitionen bereits beschlossen hatte, keine weiteren ent-
genzunehmen. Dieses Mißgeschick, an dem die Saumseligkeit des
therigen Deputierten nicht ohne Schuld war, verdroß Mevissen
yr. Seine Notizen aus diesen Wochen offenbaren seine innere
:regung. Er verlangte stürmisch danach, in die bewegte See des
bens hinausgeworfen zu werden. 'Mein Geist hat seine Bahnen
c die nächste Zukunft durchmessen, er will hineindringen in das
ben und sich in Gestalten äußern, er kann nicht mehr weiter, soll
ht die Trennung zwischen Leben und Wissen zur unausfüllbaren
uft werden.' Er mußte aber zunächst noch in seiner Passivität
charren. Erst Ende Mai war er soweit hergestellt, daß er sich
f einige Zeit nach Dülken begeben konnte, um die durch den Tod des
iters veränderten Verhältnisse der Familie zu ordnen. Ein Abstecher
ch Düsseldorf und Besprechungen mit den Abgeordneten Diergardt
d v. Beckerath beruhigten ihn dann anfangs Juni darüber, daß die
erale Partei auf dem Landtag das entschiedene Übergewicht habe. Er
bst mußte nach der Vorschrift des Arztes für mehrere Wochen nach
iesbaden und Homburg reisen, um die dortigen Bäder zu seiner
iederherstellung zu benutzen. Seine Badereise wurde dann in diesem
litisch so bewegten Sommer für den nach langer und schmerzvoller
ankheit dem Leben Zurückgegebenen trotz seiner Entfernung vom
impfplatz doch eine Zeit vielseitiger politischer Anregung.

Die äußeren Umstände dieser Reise gestalteten sich sehr günstig.
e Rheinfahrt nach Koblenz am schönen Sommertag erfreute das
pfängliche Gemüt des Genesenden so sehr, daß er sie in Form eines
ıgeren Dialogs schilderte als Beitrag zur Lösung der ästhetischen
age, ob wohl die Wirklichkeit als solche poetisch sein könne. Die
itere Fahrt über Ems, Nassau und Schwalbach nach Wiesbaden,
: Ausflüge von dort und von Homburg in den Taunus, nach Soden,
.ch Kronthal und auf den Königstein entzückten ihn durch die Fülle
ndschaftlicher Reize, und eine angenehme Geselligkeit erhöhte den
enuß. Die politische Bewegung bildete auch in Wiesbaden und
omburg den Gegenstand der zum Teil aus kölner Familien be-

stehenden Gesellschaft. Die Anwesenheit anderer Elemente aus den verschiedenen Teilen Deutschlands belebte diese Erörterungen. Als ein zu der Wiesbadener Kurgesellschaft gehöriger preußischer General v. Holleben[1]) den Zug der Kölner nach Düsseldorf als Aufruhr charakterisierte und meinte, die Kölner hätten mit Kanonen begrüßt werden müssen, fand dieser militärische Standpunkt sich in einer stürmischen Szene so isoliert in dem Kreise der anwesenden Rheinländer, daß sein Vertreter es vorzog, das heikle Thema fallen zu lassen.

In Wiesbaden lernte Mevissen auch den badischen Minister F. v. Blittersdorff kennen, den gerade damals durch seine Schroffheit die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigenden Gegner des Konstitutionalismus. Erfreulicher war ihm der Verkehr mit dem Syndikus Karl Sieveking aus Hamburg, einem der wenigen Befürworter eines Bündnisses der Hansestädte mit dem Zollverein, und mit einem Stadtrat Heubach aus Königsberg. Besonders mit dem letztern, der der ostpreußischen liberalen Partei angehörte, führte er inhaltsreiche Gespräche über den Ursprung und das Wesen dieses Liberalismus, der sich trotz des Vorwaltens der adligen Grundbesitzer in jener Provinz als Nachwirkung der Epoche Kants und des Freiherrn vom Stein so bestimmt entwickelt hatte und den rheinischen, aus dem kaufmännischen Leben hervorgegangenen Liberalen nach manchen Richtungen als Vorbild erschien. Reflexionen aller Art füllten im übrigen die Mußestunden des Rekonvaleszenten aus. In einer längeren Abhandlung erörterte er damals die schon früher von ihm gestreifte und durch das Verbot der Rheinischen Zeitung wieder aktuell gewordene Frage nach dem Verhältnis, das der Staat zur fortschreitenden Geistesbildung einzunehmen habe. Er behandelte diese Frage vom Standpunkt jener echten und freien Bildung, deren Grundlage Wahrhaftigkeit ist und die von der Überzeugung ausgeht, dem Überwuchern des Schlechten auf geistigem Gebiet werde am wirksamsten dadurch begegnet, daß dem Einzelnen die Möglichkeit unmittelbarer und unbeschränkter Selbstbildung gewährt wird. Schon früher hatte er einmal ausgeführt, daß das Phlegma des Alters es leider gewöhnlich unterlasse, gemeinsam mit dem geistigen Vorwärtsdrängen der feurigen Jugend die in Epochen der Umgestaltung unvermeidlichen Verände-

---

[1]) Vgl. für sein Verhalten im Jahre 1848 Bd. II, 350.

rungen von oben her in Ruhe anzubahnen; die Extravaganzen der Jugend würden dadurch vor allem befördert.[1]) Auch seine jetzigen Ausführungen, in denen einzelnes an Gedankengänge des gleichzeitigen französischen Philosophen Auguste Comte anklingt, offenbaren seinen zuversichtlichen Mut, die Resultate der geistigen Entwicklung nicht nur nach deutscher Tradition als weise Theorieen für die Welt der Ideale zu schätzen, sondern auch in die Zustände der Außenwelt zu übertragen. Gegen das wieder auflebende dogmatische Kirchentum und gegen das rückläufige System der preußischen Regierung, sowie gegen die dem reaktionären Treiben auf geistigem Gebiet zustimmende philiströse Halbheit weiter Kreise des Bürgertums wendete er sich mit den Hilfsmitteln der Geschichte und Philosophie und erinnerte nachdrücklich daran, daß gerade Preußen seine Größe und seine Entwicklung zum Staat der Intelligenz und Bildung dem Prinzip des Protestantismus, dem Prinzip des freien Fortschritts verdanke, das nur durch entschlossenes Wegräumen des Alten seinen Weg ins Leben gefunden habe. Der moderne Geist werde allen Hemmungen zum Trotz doch in das Volk dringen, aber getrübt, gefälscht, auf Schleichwegen und mit dem Gift des Mißverständnisses erfüllt, wenn man ihn hindere, sich offen zu betätigen. Darin allein liege eine wirkliche Gefahr, und ihr könne der Staat nur dadurch begegnen, daß er sich im Bewußtsein seiner hohen sittlichen Aufgabe selbst zum Träger des geistigen Fortschritts mache. Indem er sich in der Zeit politischer Ruhe an die Spitze der Bildung stelle, vermöge er die Fäden in der Hand zu halten und so zu verhüten, daß in Zeiten des Sturmes der Fanatismus der Menge zum Extrem greife, ohne auf die Stimme der Vernunft zu achten.

Die Entwicklung des Düsseldorfer Landtages verfolgte er inzwischen mit Spannung. Die Verhandlungen über die Kommunalordnung und das Strafgesetzbuch entsprachen seinen Erwartungen; von der Abstimmung über das Preßgesetz dagegen meinte er, sie werde den Landtag in den Augen der übrigen Provinzen tief sinken lassen, es sei doppelt bedauerlich, daß zwei städtische Deputierte, Vertreter des Juste-Milieu, den Ausschlag gegeben hätten.[2]) In einer Fülle

[1]) Vgl. oben S. 61. — Die Abhandlung aus dem Juli 1843 ist in Band II S. 105ff. abgedruckt.

[2]) Es waren die Abgeordneten Hasenclever aus Remscheid und Pastor aus Burtscheid.

politischer Lieder gab Mevissen während dieser Wochen seiner Enttäuschung über das wieder gestörte Vertrauen zwischen Regierung und Volk Worte. Mit scharfer Satire geißelte er in diesen kleinen Dichtungen die für das damalige Regierungssystem charakteristische Halbheit: die Gewährung einiger Freiheit an die Presse, um sie sofort wieder aufzuheben, als der Erfolg den Erwartungen nicht entsprach, die seltsame Absicht, mit Hilfe des Prügelstocks Fortschritte auf dem Gebiet des Strafrechts bewirken zu wollen, und die unleidlichen Versuche, die Philosophie in den Frondienst kirchlicher Orthodoxie zu spannen. Er wendete sich mit Entrüstung dagegen, daß man dem Volke, um es wieder an die Vorstellung von einem veralteten Gottesgnadentum zu gewöhnen, romantische Gesichte vorgaukle, und er spottete über die ostentative Frömmelei und die von egoistischen Zielen bestimmten feudalen Tendenzen in dem Kreise des Hofes. Sehnsüchtig verlangte er danach, daß endlich ein mit Allgewalt sich regendes politisches Leben dem Volk den Drang zur Freiheit bringe, und es erfüllte ihn mit Zuversicht, daß wenigstens 'das Volk am freien deutschen Rhein' jetzt volles Verständnis für die Haltung seines Landtags offenbarte und den Deputierten die Bürgerkrone als verdienten Ehrenlohn darbot. Der allgemeine deutsche Gedanke aber war der lebensfrische Grundton dieser Lieder. Ein großes und mächtiges Vaterland, stark im Rat und in Waffen, frei in Glauben und Gewissen, gleich in Recht und bürgerlichem Wesen, ohne Privilegien der Geburt oder Zunft war das Zukunftsbild, das dem jungen Politiker vorschwebte; er hoffte auf ein deutsches Volk, das von neuem durchdrungen sei von dem siegenden Geist der Freiheitskämpfer gegen den französischen Eroberer, das in freien Verfassungen seinen Fürsten zur Seite stehe und in einem Fürsten als dem Meister im neuen deutschen Reich seine glänzende Spitze finde. Die schon 1838 von ihm gehegte Hoffnung auf die Begründung einer deutschen Flotte, deren Flagge als Zeichen deutscher Einheit und zurückgekehrter guter alter Zeit hoch im freien Ozean flattern solle, weitete ihm jetzt das Herz — es waren die Tage, wo im Süden wie im Norden Deutschlands nicht nur von Dichtern wie G. Herwegh, sondern auch von Männern wie Fr. List und D. Hansemann der Gedanke einer deutschen Seemacht entschlossen vertreten wurde und als der Ausdruck eines über

ie Grenzen des Vaterlandes mächtig hinausdrängenden nationalen Wirtschaftslebens in weiten Kreisen des Bürgertums zündete.

Von Wiesbaden ging Mevissen, jetzt ganz von seiner Krankheit ergestellt, noch auf einige Zeit nach Baden-Baden, und er unternahm von dort aus mehrere kleine Reisen, um mit den Vorkämpfern es Liberalismus in Baden und der Pfalz persönliche Verbindungen anzuknüpfen. Einen dieser Führer, den Weingutsbesitzer P. A. Buhl n Dürkheim, der in der Kammer zu Karlsruhe und später im Frankfurter Vorparlament eine bedeutende Rolle spielte, hatte er in Köln im Hause von D. Leiden kennen gelernt; zusammen mit ihm, m den ihn bald enge freundschaftliche Beziehungen knüpften, und essen Schwager L. A. Jordan[1]) besuchte er jetzt in Monsheim bei Worms Heinrich v. Gagern, den freisinnigen Politiker, der dort nach einem ersten Ausscheiden aus dem politischen Leben in Hessen (1836) ich der Bewirtschaftung seines Gutes widmete. Es waren wichtige Beziehungen für die Zukunft, die Mevissen hier anknüpfte, ebenso vie durch seine anschließenden Besuche in Heidelberg bei Welcker und Gervinus, in Mannheim bei Bassermann, Hecker, Sachs und Heyl. Für den Augenblick aber boten sie ihm einen erwünschten persönlichen Einblick in den Ideenkreis des süddeutschen Liberalismus.

Die Verschiedenheit dieses temperamentvollen und von französischen Einwirkungen stark bestimmten süddeutschen Liberalismus von dem aus ganz andern Elementen erwachsenen Liberalismus in Ostpreußen und von den noch stark in Gärung befindlichen liberalen Strömungen am Rhein lernte er in diesen Wochen gründlich kennen. Seine Unterhaltungen mit dem Königsberger Stadtrat Heubach hatten ihm schon n Wiesbaden offenbart, eine wie unsichere Kenntnis man seither in Altpreußen von der allerdings noch wenig geklärten politischen Strömung am Rhein besaß. Der Ostpreuße glaubte den Rheinländer vor dem Irrtum warnen zu müssen, man werde im Osten dabei ein, wenn es gälte, etwa durch revolutionäre Bewegungen die Entwicklung zu beschleunigen, und er versicherte, in diesem Falle würden vielmehr im Osten augenblicklich alle Klagen gegen die Regierung verstummen, und man werde solchen Versuchen mit Gewalt entgegen-

---

[1]) Für beide Männer vgl. L. Mathy, Aus dem Nachlaß von Karl Mathy 1898), Register.

treten. In Wirklichkeit konstatierten dagegen sogar in diesem Augenblicke großer politischer Erregung die Regierungsorgane am Rhein ihre frühere Beobachtung, daß der Sinn für Gesetzlichkeit gerade bei den Rheinländern am stärksten entwickelt sei, daß das bewegliche rheinische Temperament wohl gerne kritisiere, aber weit entfernt sei von Schritten der Gewalttätigkeit und offenen Widersetzlichkeit.[1]) Wenn andererseits Heubach betonte, seine politischen Gesinnungsgenossen seien vor allem Preußen, sie wollten ihr Vaterland groß und mächtig, sie erwarteten alles von einer streng gesetzlichen, aber gesinnungsfesten freisinnigen Opposition, nichts von gewaltsamen Erschütterungen, und früh oder spät müßten die kleineren deutschen Staaten Preußen zufallen, so vertrug sich das durchaus mit den Hoffnungen Mevissens und der übrigen Liberalen am Rhein. Mevissen hat von den hier gesammelten persönlichen Erfahrungen später reichen Gewinn gezogen, sowohl beim Beginn des Vereinigten Landtages von 1847, als es sich darum handelte, die enge Verbindung zwischen Rheinland und Ostpreußen herzustellen, als auch im Jahre 1848 im Frankfurter Parlament bei den schwierigen Verhandlungen zwischen den preußischen und den süddeutschen Abgeordneten.

Mit seiner an diesen Aufenthalt in Süddeutschland sich anschließenden regelmäßigen Sommerreise zu geschäftlichen Zwecken nach England verband Mevissen diesmal im August einen Aufenthalt in Ostende, wo er außer den kölner Freunden aus den Tagen der Rheinischen Zeitung, G. Jung und D. Oppenheim, auch Georg Herwegh wiedersah, der seit dem festlichen Abend in Köln vor Jahresfrist sein bewegtes Rencontre mit König Friedrich Wilhelm IV. gehabt und soeben als aus Preußen Verbannter seine 'Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz' veröffentlicht hatte. Mevissen freute sich, dem feurigen Freiheitssänger wieder die Hand drücken zu können. 'Der Sturm des Lebens ist über den kerngesunden Körper dieses Mannes dahingebraust und hat seine Fundamente erschüttert, aber er ist machtlos abgeprallt an seinem Geiste; den hat er schöner und reiner, wohlwollender und begeisterter hervorgetrieben.'[2]) In dem Kreis der deutschen Freunde in Ostende trug Herwegh mit hohem Schwung

---

[1]) Bericht Saint-Pauls, Köln, 1843 Juni 23, 26.

[2]) Mevissen an seine Schwester, Ostende 1843 August 17.

seine flammenden Gedichte vor und wendete ihre Gedanken aus der Fremde dem staatlichen Leben der Heimat zu.

Am Rhein hatte sich inzwischen die politische Aufregung wieder gelegt. Während der Tagung des Landtags hatte sich das allgemeine Interesse den politischen Fragen in einem früher unbekannten Maße zugewandt, und die Wirkung dieser ungewöhnlich bewegten Monate dauerte im stillen auch noch fort. Die Auffassung gewann Boden, man solle auch Opfer nicht scheuen, um fortan in einem großen und mächtigen Staatswesen aufzugehen, aber es sei darum doch nicht nötig, die heimischen Institutionen aufzugeben und mit Rücksicht auf die östlichen Provinzen auf den einmal erreichten Grad bürgerlicher Rechtsgleichheit zu verzichten.[1]) Der wichtigste Erfolg dieser Tagung war, daß vor allem die ständischen Vertreter der Provinz in ihrer Mehrzahl die Forderungen des Tages und die Zustände der Gegenwart in ihrer Wirklichkeit erkannt hatten; die überwiegende Majorität dieser führenden Männer strebte fortan planmäßig dem Ausgleich mit dem übrigen Körper des Staates zu. Die seit der Gründung des Zollvereins allmählich entstandene positiv gerichtete politische Strömung erhielt seit diesem Landtage das Übergewicht, und es war kein Zweifel, daß schon der nächste Landtag diese Entwicklung entschlossen weiterführen mußte.

Das war der innere Grund der auffälligen Erscheinung, daß die durch den Strafgesetzentwurf entstandene tiefgehende Volkserregung vor der Öffentlichkeit so schnell zurücktrat. Die führenden Politiker sahen davon ab, diese Stimmung in partikularistischem Sinne auszubeuten. Vorhanden blieb sie zwar. Im August 1843 und wieder im Februar 1844 urteilte die Regierung in Köln, die Beibehaltung der körperlichen Züchtigung im neuen Strafgesetzbuch werde eine Erregung bis in die untersten Klassen der Bevölkerung herbeiführen, deren Folgen ihr in jeder Weise bedenklich erschienen.[2]) Es war ein Irrtum, wenn man in Berlin die fast plötzliche politische Stille nach einer Aufregung, „die in ungezügeltem Laufe sich selbst zu überflügeln drohte", rein äußerlich als einen Erfolg der verschärften

[1]) Das führte Auerswald in dem oben S. 295 Anm. 1 erwähnten Bericht vom 1. August 1843 aus.

[2]) Berichte des Kölner Regierungspräsidenten v. Gerlach vom 1. August 1843 und 1. Februar 1844.

Preßzensur ansah. Die Masse der Bevölkerung am Rhein war auch jetzt noch keineswegs zu positiver politischer Arbeit herangereift, in ihr wirkte als meist latente Unterströmung die aus alten und neuen Ursachen entstandene oppositionelle Stimmung gegen die Regierung, die nur dann an die Oberfläche trat, wenn eine Einwirkung von außen erfolgte. Die politische Apathie herrschte hier durchaus vor. Die führenden Köpfe aber hatten jetzt als ihre nächste Aufgabe erkannt, ein Programm für positive Mitarbeit der Provinz am Staate zu entwickeln.

So trat hier zunächst Ruhe nach dem Sturm ein. Sie wurde noch augenfälliger dadurch, daß die Aufmerksamkeit der politischen Kapazitäten am Rhein, die zugleich die führenden Persönlichkeiten in den großen kaufmännischen Unternehmungen waren, gerade jetzt, nach dem Abschluß des Landtags, durch wichtige Vorgänge im Wirtschaftsleben in Anspruch genommen wurden. Am 15. Oktober wurde nach zehnjährigen mühevollen Arbeiten die Rheinische Eisenbahn, die große gemeinsame Unternehmung belgischen und rheinischen Bürgersinns, vollendet, der erste Zug rollte auf dem neuen Schienenwege von den Ufern der Schelde nach dem Rhein, und die Verbindung von Köln und Aachen mit dem Seehafen Antwerpen war hergestellt. Damit trat die große Frage der Konkurrenz zwischen Eisenbahn und Wasserstraße in das Stadium der Wirklichkeit. Der wirtschaftliche Kampf mit Holland, die Annäherung des Zollvereins an Belgien und dessen Abwendung von Frankreich durch einen anzustrebenden Handelsvertrag mit dem Zollverein traten in den Vordergrund. In diese neue Bewegung lenkte seit seiner Rückkehr nach Köln auch Mevissen ein, und zwar um in wenigen Monaten eine führende Rolle in ihr zu spielen. Er nahm an den von der Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft veranstalteten großen Festlichkeiten teil, die eine Reihe von Tagen hindurch das öffentliche Interesse am Rhein wie in Belgien in Anspruch nahmen,[1] und auch er hatte dabei Gelegenheit, sein Urteil über die Bedeutung des Ereignisses in einer Ansprache zum Ausdruck zu bringen, die seine Auffassung der neuen zwischen Belgien und Deutschland hergestellten Verbindung kennzeichnet. Er betonte die allgemeine Aufgabe der Gegenwart, die Dissonanzen

[1] Vgl. dafür die Kölnische Zeitung 1843 Nr. 282—321.

zwischen den verschiedenen Völkern mit den Mitteln des modernen Verkehrs einem harmonischen Ausgleich entgegenzuführen. Geistige Einheit, Gemeinsamkeit des Strebens der Edeln und Tüchtigen in allen Nationen für eine Wahrheit, eine Freiheit und ein Glück aller sei das Losungswort der Zukunft. Die fortschreitende Erkenntnis werde lehren, daß die wesentlichen Interessen des Geistes bei allen Völkern dieselben seien, und daß diese wahren Interessen nur durch gemeinschaftliches Ringen nach demselben Ziele, durch die vereinten Bestrebungen der ganzen Menschheit erreicht werden könnten. Je mehr die Schranken fielen, die seither noch die Menschen trennten, um so mehr werde die Begeisterung für das wahre Gemeinwohl der Menschheit verbreitet und unwiderstehlich werden. Mit jedem Schritte vorwärts werde sich die Macht der Wahrheit verdoppeln, und die Völker würden einst in ihrem freien und selbständigen Nebeneinanderwirken nur verschiedene Strahlen des einen sie alle beherrschenden Geistes allgemeinen Wohlwollens und allgemeinen Fortschrittes darstellen. Solche Gedanken waren des Beifalls in einem Kreise sicher, in dem aus zahlreichen Reden die Freude über das erreichte Ziel und die Hoffnung auf eine enge wirtschaftliche Verbrüderung zwischen den stammverwandten Flamändern und Rheinländern durchklang. Der junge Idealist aber ahnte, als er diese programmatischen Gedanken aussprach, nicht, daß ihn nur noch wenige Monate von dem Augenblicke trennten, wo es sich entschied, daß er sein schöpferisches Wirken auf lange Jahrzehnte in den Dienst derselben stellen werde.

Neuntes Kapitel.

Präsidium der Rheinischen Eisenbahngesellschaft. Rheinuferbahn- und Kolonisationsprojekte (1844).

Die Vollendung des Baues der Rheinischen Eisenbahn von Köln bis zur belgischen Grenze fiel zeitlich mit einer schweren Krisis dieses ersten größeren rheinischen Eisenbahnunternehmens zusammen. An kritischen Augenblicken hatte es dem Unternehmen auch schon seither nicht gefehlt. Der Gedanke, die Bahn vom Rhein nach der Schelde zu bauen, war gegen Ende des Jahres 1830 in Belgien zuerst angeregt,

in Köln dann unter der Führung von L. Camphausen seit dem Jahre 1833 ausgestaltet worden. Er faßte vor allem die beiden Endpunkte der Linie, die Verbindung des Seehafens Antwerpen mit der rheinischen Handelsmetropole Köln, ins Auge, um einen von Holland unabhängigen Weg, einen „eisernen Rhein", nach dem Meer zu schaffen. Weder Aachen noch Düren sollten unmittelbar an der Hauptlinie liegen, da es nur mit dem Aufwande sehr bedeutender Geldmittel möglich war, die Terrainschwierigkeiten zu überwinden, welche die Vorbeiführung der Bahn unmittelbar an diesen industriereichen Städten verursachte. Es gelang den Bemühungen des Präsidenten der Aachener Handelskammer, D. Hansemann, nachträglich in dieser Stadt eine lebhaftere Teilnahme für das Eisenbahnprojekt zu entwickeln und mit Hilfe des Regierungspräsidenten Grafen Arnim und des Ministeriums im Jahre 1837 die Führung der Linie über Aachen infolge eines Kompromisses mit dem Kölner Komitee durchzusetzen.[1]) Dieser Erfolg Hansemanns wurde aber die Veranlassung, daß Camphausen sich von dem Unternehmen zurückzog, dessen eigentlicher Urheber er gewesen war. Hansemann wurde fortan die Seele desselben für die Dauer des am 1. April 1838 begonnenen Baues der Strecke, er hatte vor allem die Sorge für die ungemein schwierige Beschaffung der Geldmittel, die statt der 1837 veranschlagten drei auf neun Millionen Taler anwuchsen. Da die preußische Regierung im Jahre 1840 in einem entscheidenden Augenblick ihre Hilfe verweigerte, ermöglichte nur der Beistand der belgischen Regierung, die für eine Million Taler Aktien übernahm, die vollständige Durchführung des Baues.

Als aber schließlich die Bahn vollendet war, durch die Anlage von Tunnels, Brücken und Viadukten die kostspieligste unter allen seitherigen Bahnbauten auf deutschem Boden, kam auch Hansemann, und zwar über die finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens,

[1]) Vgl. für die Baugeschichte der Rheinischen Bahn von Köln nach der belgischen Grenze F. W. von Reden, Die Eisenbahnen Deutschlands II² (Berlin 1844) S. 939ff. und die neueren auf Akten des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten beruhenden Studien zur Geschichte des preußischen Eisenbahnwesens bis zum Jahre 1844 von G. Fleck, im Archiv für Eisenbahnwesen XVIII—XX (1895—97). Die Biographieen D. Hansemanns von A. Bergengrün (Berlin 1901) und L. Camphausens von A. Caspary (Stuttgart 1902) behandeln das Wirken dieser beiden Männer für das Unternehmen.

zu Falle, die ihn zuvor schon wider Willen zur Beschränkung auf einen engeren Rahmen, als er erstrebte, genötigt hatten. Er hatte vom Jahre 1840 an mit zäher Konsequenz das Ziel verfolgt, die seit 1837 geplante und gleichzeitig mit der Bahn nach Belgien konzessionierte Rhein-Weserbahn von Köln nach Minden und Berlin als direkte Fortsetzung der Strecke von der belgischen Grenze nach Köln durch die Rheinische Gesellschaft ausführen zu lassen. Die Absicht stand unmittelbar vor der Verwirklichung, als eine Meinungsverschiedenheit mit dem Minister v. Bodelschwingh, der wohl für die aus politischen und militärischen Gründen besonders wichtige Köln-Mindener Linie die staatliche Zinsgarantie übernahm aber ihre finanzielle Verschmelzung mit dem linksrheinischen Unternehmen versagte, wider alles Erwarten Hansemann nötigte, von jeglicher Verbindung dieses aussichtsvollen Unternehmens mit dem linksrheinischen abzusehen. Eine besondere 'Ostrheinische Gesellschaft' übernahm das Projekt; sie konstituierte sich am 19. August 1843 in Köln und vereinigte sich mit einer in Düsseldorf zu dem gleichen Zweck begründeten Gesellschaft zu der am 18. Dezember 1843 konzessionierten 'Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft'.

War so Hansemanns Plan, dem linksrheinischen Unternehmen eine umfassendere Aufgabe zu sichern, gescheitert, so kam es in demselben Augenblick auch in der Leitung dieses Unternehmens selbst zu einer Katastrophe. Der Bau hatte nur vollendet werden können durch die starke Beteiligung des kölner Bankhauses S. Oppenheim u. Cie. Dessen Mitinhaber Abraham Oppenheim, ein sehr geschickter Geschäftsmann, gehörte der Direktion der Eisenbahn an, war aber nun als Bankier durch sein privates Interesse mit dem Bahnunternehmen in einem Umfang verknüpft, der mit seiner Eigenschaft als Mitglied der Direktion kaum noch verträglich war. Über diesen Punkt kam es im Herbst 1843 wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen im Schoß der Direktion, deren übrige Mitglieder A. Oppenheim im November zum Austritt zu bewegen suchten. Da dieser aber sich weigerte und eine Generalversammlung vom 15. und 16. Januar 1844, der die Angelegenheit unterbreitet wurde, nicht auf seinem Austritt bestand, so legten die anderen Direktoren sämtlich ihr Amt nieder, und A. Oppenheim blieb allein als Vertreter des zwölf Mitglieder umfassenden Kollegiums übrig, das dann durch einen Wahlakt dieser

Generalversammlung erneuert wurde.[1]) Hansemann verließ das Unternehmen, das er mit der größten Hingabe unter außerordentlichen Schwierigkeiten bis zur Verwirklichung geführt hatte, in diesem kritischen Augenblick, wo das sehr geringe Vertrauen der Öffentlichkeit auf seine Zukunft in dem tiefen Sinken des Aktienkurses auf 77 Prozent zum Ausdruck kam.

Die Spannung, welche diese aufsehenerregenden Ereignisse in der rheinischen Geschäftswelt hervorgerufen hatten, offenbarte sich darin, daß von den am 16. Januar gewählten Direktoren vier Kölner den Eintritt ablehnten. Der Administrationsrat, an dessen Spitze der kölner Oberbürgermeister Steinberger stand, zog es unter diesen Umständen vor, die Ergänzungswahlen nicht sofort durch eine neue Generalversammlung zu veranlassen, sondern selbst provisorisch die Direktion bis zur nächsten Generalversammlung zu ergänzen. Einer der Männer, die er am 15. Februar 1844 zu Mitgliedern der Direktion wählte, war Gustav Mevissen, und die Einstimmigkeit seiner Berufung zeigte, welchen Ansehens sich der junge Fremde in dem Kölner Kreise bereits erfreute.

Er hatte seither schon die Entwicklung des Eisenbahnwesens, das ihm durch seine jährlichen Reisen nach England genauer bekannt geworden war, auch in der Heimat mit aufmerksamem Blicke verfolgt. Die Umwälzungen im Verkehrswesen, auf welche seit einer Reihe von Jahren die Verbindung der Dampfkraft mit der Schiene hindeutete, hatten seinen vorausbedenkenden Kopf früh beschäftigt, und seine erwähnten Ideen über eine planmäßige Dezentralisation der Industrie und über die Ausbildung eines nationalen Wirtschaftswesens verknüpften ihn eng mit diesem Blutgefäßsystem des modernen Verkehrs, das bestimmt war, den innern Markt in ungeahnter Weise zu entwickeln und die ganze Organisation des Wirtschaftslebens umzugestalten. Mevissens Freundschaft mit Rudolf Schramm, dem Erbauer der Eisenbahn von Köln nach Bonn, die eben jetzt, am 13. Februar 1844, dem Verkehr übergeben wurde, hatte ihn seit 1842 auch mit den technischen Seiten des Eisenbahnwesens einigermaßen bekannt gemacht. In der Zeit der Krisis um die Wende des

---

[1]) Bergengrün a. a. O. S. 248 ff. (vgl. auch Kölnische Zeitung 1845 Nr. 94, Beilage).

Jahres 1843 machte er sich nun allmählich mit dem Gedanken vertraut, statt in der Politik, die vorderhand wieder zum Schweigen gebracht war, vorläufig auf diesem Gebiete seinem Drang zum Handeln im öffentlichen Leben zu folgen und eine ihn innerlich befriedigende, angestrengte Tätigkeit nach außen zu suchen.

Es war ein entscheidender Augenblick in der Entwicklung des Eisenbahnwesens am Rhein, der für einen Kopf von der organisatorischen Begabung Mevissens kaum günstiger hätte sein können. Die wenn auch unter den größten Schwierigkeiten erreichte Vollendung der beiden von Köln ausgehenden Strecken nach Belgien und nach Bonn hatte in Verbindung mit einer sonst günstigen Lage des Kapitalmarktes und mit den im Herbst 1842 den Vereinigten Ausschüssen erteilten bestimmten Erklärungen der Regierung über ihre Stellung zum Eisenbahnwesen eine Unternehmungslust im Publikum hervorgerufen, die für mehrere Monate das Eisenbahnwesen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte. Die Spekulation warf sich in einem in Deutschland seither unerhörten Maße auf dieses Gebiet.

Das Eisenbahnwesen in Preußen war, wie wir früher (S. 168) andeuteten, der privaten Initiative überlassen geblieben. Die auf anderen Gebieten so hervorragende Energie des preußischen Staatswesens kam bei der Ausgestaltung der modernen Verkehrswege nicht in eigenen Schöpfungen zur Geltung. Während mehrere der kleineren deutschen Staaten und das benachbarte Belgien Staatsbahnen bauten, hat Preußen nach dem Vorbild Englands und Frankreichs es unterlassen, selbst den Bau seiner Eisenbahnen auszuführen. Und zwar, trotzdem die bedeutenden Männer aus der kaufmännischen Welt, die als die Pioniere des Eisenbahnwesens am Rhein auftraten, Camphausen und Hansemann, von vornherein mit allem Nachdruck die Überzeugung geltend machten, daß der Staat die Sorge für die Eisenbahnen ebenso wie für die Land- und Wasserstraßen zu übernehmen habe,[1]) trotzdem einzelne Beamte wie der erwähnte Präsident der Regierung zu Aachen, der spätere Minister Graf Arnim, seit 1835 lebhaft für den Bau durch den Staat eintraten und auch der rheinische Provinziallandtag vom Jahre 1833 sich dahin äußerte, daß so wichtige und in

[1]) (L. Camphausen), Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen (Köln 1833) S. 17; Bergengrün, a. a. O. S. 194.

alle materiellen Interessen so tief eingreifende Verkehrsunternehmungen nicht der Privatspekulation überlassen werden dürften. Unter König Friedrich Wilhelm III. war es vornehmlich mangelndes Verständnis für die Bedeutung und Rentabilität der neuen Einrichtung, was die Regierung zurückhielt. Dem rheinischen Landtag wurde im März 1835 eröffnet, der Staat werde die Eisenbahnen nicht bauen, es lasse sich vielmehr, je sicherer und lohnender die Unternehmungen seien, um so eher von dem Gewerbe- und Handelsstande und von dem Gemeingeist der Provinz erwarten, daß sie hinlängliche eigene Kräfte entwickeln würden, um dieselben zur Ausführung zu bringen.[1]) Als später, seit 1840, die Stimmen derer sich mehrten, die für staatliche Unternehmungen eintraten, war es ein politischer Gesichtspunkt, der für die ablehnende Haltung der Regierung maßgebend wurde. Der Staat hätte die kostspieligen Eisenbahnbauten nur mit Hilfe von Anleihen durchführen können, für solche war aber nach dem Schuldengesetz vom Jahre 1820 die Zustimmung von Reichsständen erforderlich, die Regierung hätte also zunächst die letzteren berufen müssen. Da sie das nicht wollte, kam der Bau von Staatsbahnen für sie nicht weiter in Betracht. Gelegentlich der Versammlung der Vereinigten Ausschüsse im Oktober 1842 ließ der Minister v. Bodelschwingh deutlich durchblicken, daß dieser politische Gesichtspunkt für die Regierung entscheidend war.[2])

So blieb das Eisenbahnwesen trotz seines monopolistischen Charakters Gegenstand privater Spekulation, und es hat in dieser Form auf die Entwicklung des Geld- und Kreditwesens, zugleich aber auch auf die Erziehung des Bürgertums zum Gemeinsinn einen wichtigen Einfluß geübt. Wie die Dinge in Preußen lagen, wurde ein zwar nicht bequemes, aber politisch erzieherisches Zusammenwirken der Unternehmer und der Regierung auf diesem Gebiet notwendig. Die Regierung kontrollierte sorgfältig den für die allgemeinen Interessen so bedeutsamen Bau und Betrieb des neuen Verkehrsmittels und wahrte mit der Sorgfalt, welche das Bevormundungssystem der preußischen Bureaukratie überhaupt kennzeichnete, die staatlichen Hoheitsrechte in bezug auf die Konzessionierung, die Ausführung und

---

[1]) Der vierte rheinische Landtag (Koblenz 1835) S. 40, 69.

[2]) Vgl. oben S. 208; Archiv für Eisenbahnwesen 1881 S. 14.

en Betrieb neuer Anlagen durch das Eisenbahngesetz vom 3. November 838, das sich in seinen wesentlichen Bestimmungen während der olgenden Jahrzehnte bewährt hat. Die privaten Unternehmer wurden urch die Aufsicht der Regierung veranlaßt, auf das allgemeine Wohl Rücksicht zu nehmen und einen Ausgleich des bei jedem Projekt unermeidlichen Widerstreits lokaler Interessen zu suchen. Die Privatisenbahnen haben somit dazu beigetragen, den Bürgergeist in dem Sinne des Einsetzens der Einzelkraft zum Wohle des Ganzen, der ı den auf diesem Gebiete hervorragend tätigen politischen Köpfen vie Camphausen, Hansemann und Mevissen von vornherein lebendig var, auch in weiteren Kreisen des Unternehmertums zu entwickeln. llerdings ergaben sich vielfältige Kollisionen mit der Regierungsehörde, da über die Behandlung der Einzelfragen häufig divergierende Ansichten bestanden und die Regierung nicht nur gerne militärische nd landespolizeiliche Gesichtspunkte in den Vordergrund schob, sonern auch im allgemeinen die Tendenz hatte, den wirtschaftlichen Entwicklungsgang der industrie- und verkehrsreichen Westprovinzen m Vergleich zu dem historischen Kern des Staates im Osten nicht u sehr beschleunigt zu sehen. Die Eisenbahnpolitik der Regierung vurde infolgedessen von dem kaufmännischen Unternehmertum am Rhein, das doch nur infolge der Zurückhaltung der Regierung sich uf dieses Gebiet begeben hatte, vielfach als lästige Hemmung mpfunden, und auch hier machte sich das Fehlen eines verfassungsnäßigen Anteils des Volks an der Regelung seiner wichtigsten Interessen täglich bemerkbar.

Natürlich hatte sich die private Spekulation anfänglich auf die orausſichtlich ertragsreichsten Strecken geworfen. Um neben ihnen uch die Ausführung der aus politischen Gründen unentbehrlichen Glieder eines zukünftigen preußischen Eisenbahnnetzes zu sichern, bernahm es die Regierung gelegentlich der Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse im Herbst 1842, den Bau solcher Strecken urch staatliche Zinsgarantie zu erleichtern. Eine im Anschluß an iese Beratungen erlassene Kabinetsordre vom 22. November 1842 ezeichnete diese Strecken einzeln. Zu ihnen zählte von den rheinischen ur die Köln-Mindener Strecke, welche bestimmt war, die Verbindung wischen der Hauptstadt und der Westgrenze herzustellen; für alle ibrigen rheinischen Projekte lagen die Dinge fortan so, daß sich

private Gesellschaften zu ihrer Durchführung auf eigenes Risiko bilden und bei der Regierung um Konzessionierung einkommen mußten. Da es aber nach den Bestimmungen des Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 und des allgemeinen Aktiengesetzes vom 9. November 1843 möglich war, daß schon vor der staatlichen Konzessionierung mit Aktienzeichnungen und Promessen Handel getrieben wurde, so war dem Mißbrauche des Börsenspiels in Eisenbahnpapieren keine Schranke gesetzt, und zu Anfang des Jahres 1844 erfaßte die deutsche Bevölkerung, ähnlich wie gleichzeitig die englische, in der Tat ein wahres Gründungsfieber in Eisenbahnaktien.

Überall am Rhein tauchten in diesen Monaten neue Projekte auf, und die Spekulation warf sich mit allem Eifer auf dieselben, trotzdem sich unter ihnen solche unrentabelster Art befanden. In Mevissens Heimat wurden gleichzeitig von lokalen Komitees Bahnen von Düsseldorf[1]) nach Sittard, von Ruhrort nach Krefeld, Gladbach und Rheydt, von Viersen nach Venlo, und von Gladbach nach Köln wie nach Düsseldorf und Aachen gebildet; in Köln trat im März unter Leitung des Oberbürgermeisters Steinberger ein Komitee zum Bau einer Bahn nach Krefeld zusammen, in Elberfeld bildete sich im April ein Komitee für eine Bahn von dort nach Köln. Hansemann gründete in Wiederholung seiner Politik von 1837 die 'Westliche Verbindungs-Eisenbahngesellschaft', um den Schwerpunkt der geplanten Bahn von Aachen über Gladbach nach Düsseldorf in erstere Stadt zu verlegen. Alle möglichen sich kreuzenden lokalen Interessen drängten sich hervor und bestürmten die Regierung mit Konzessionsgesuchen. Die Berliner Börse, die an der [illegible]
die Eisenbahnbauten am Rhein [illegible]
Projekte und machte sie erst [illegible]
haften Agiotage. 'Nur d[illegible]
Feuer, schrieb Mevisse[illegible]
klärlich, daß Bahne[illegible] [illegible]ard [illegible]
Krefeld nach Rh[illegible] Zeichn[illegible]
können.' Er s[illegible]
nur zu der [illegible]

[1]) [illegible]
Düsseld[illegible]
dem [illegible]

Projekt einiges Zutrauen; selbst den von Diergardt schon seit 1838 betriebenen Plan, die Kohlen des Ruhrgebiets von Ruhrort aus seinem Heimatsgebiet durch eine Bahn zugänglicher zu machen, hielt er vorläufig für verfrüht. Dagegen faßte er mit vollem Nachdruck in diesem Augenblick, wo er in die Direktion der Rheinischen Bahn eintrat, die Weiterführung der soeben am 13. Februar eröffneten Köln-Bonner Strecke nach Süden ins Auge, und er begann in diesen Tagen für das Unternehmen der Rheinuferbahn nach Mainz einzutreten, das er unter den größten Schwierigkeiten erst fünfzehn Jahre später der Vollendung entgegenführen sollte.

Ein weitblickender Staatsmann wie C. F. Nebenius hatte schon 1835 die Überzeugung ausgesprochen, die damals noch im ersten Stadium der Projektierung befindliche Eisenbahn von Antwerpen nach Köln werde für den allgemeinen Verkehr eine um so größere Bedeutung erlangen, je weiter sie nach dem Süden fortgesetzt werde.[1]) So betrachtete auch Mevissen die Dinge von dem ersten Augenblick an, wo er praktisch den Eisenbahnfragen nähertrat. Aber es haben sich der Verwirklichung dieser Auffassung, einer der großen Schöpfungen Mevissens, Hindernisse in den Weg gestellt, die dem heutigen Beobachter fast unverständlich erscheinen, wenn er den gewaltigen Personen- und Güterverkehr betrachtet, der täglich nicht auf einem, sondern auf beiden Ufern des Flusses durch die Eisenbahn bewältigt wird.

Die Bahn von Bonn nach Köln war im Jahre 1836 durch ein Komitee von Bonner Bürgern angeregt worden, und wenn auch die Aktien zum größten Teil von Kölnern übernommen wurden, so hatte doch die Verwaltung der 1840 für diese Bahn konzessionierten Gesellschaft ihren Sitz in Bonn.[2]) Die Bahn war von den Bonnern zunächst als bequeme Verbindung mit Köln betrachtet worden, in Köln hatte man sie dagegen von vornherein auch als schnellen Zugang zu den oberhalb Bonn beginnenden landschaftlichen Reizen des Rheintals aufgefaßt. So hatten von Anfang an zwei verschiedene Gesichtspunkte an beiden Stellen obgewaltet. Die Bonner erwarteten,

---

[1]) Nebenius, Der deutsche Zollverein (1835) S. 149.

[2]) Für die rheinischen Eisenbahnunternehmungen kommt in erster Linie das Archiv der Königlichen Eisenbahndirektion in Köln in Betracht, daneben sind für unsere Darstellung Mevissens Handakten und das Geheime Staatsarchiv in Berlin benutzt worden.

daß die Bahn in dieser Stadt ihr Ende finde; die von Köln kommenden Reisenden sollten vor allem in Bonn verweilen und dann erst mit den Dampfschiffen weiterfahren. In Köln strebte man dagegen über Bonn hinaus, wenigstens bis in die unmittelbare Nähe des Siebengebirges, und man setzte es hier durch, daß in dem Statut der Gesellschaft die spätere Verlängerung bis zu diesem Punkte ausdrücklich in Aussicht genommen wurde. Diese Bestimmung wurde entscheidend für die örtliche Lage des Bahnhofs in Bonn. Die Bonner wünschten ihn im Norden, um die Fremden zu zwingen, ihre Stadt unter allen Umständen zu passieren; die Kölner dagegen wünschten ihn im Südwesten, und zwar vor der Stadt Bonn, um bequem die spätere Weiterführung der Bahn nach Süden anschließen zu können. Nach langen und heftigen Kämpfen im Schoß der Gesellschaft entschied der König, an den beide Parteien sich gewendet hatten, im November 1842 sich für letztern Vorschlag, und der Bahnhof wurde an der Poppelsdorfer Allee angelegt.[1])

Während dieser Auseinandersetzungen war in Köln wie in Bonn wiederholt die Frage der spätern Weiterführung der Eisenbahn bis nach Koblenz erörtert worden. Daß es sich um Überwindung außerordentlicher Terrainschwierigkeiten und demgemäß um ungewöhnlich hohe Kosten handeln werde, lag zutage. Die mehr optimistische oder pessimistische Beurteilung dieser Schwierigkeiten entsprach den an beiden Stellen vorhandenen Wünschen. Führten die Kölner am 20. April 1841 in einer Eingabe an die Regierung aus, niemand dürfe die Möglichkeit leugnen, daß Künste und Wissenschaften nach ihren bisherigen Riesenschritten dahin gelangen würden, die technischen Hindernisse zu besiegen — es genüge zu bedenken, daß schon jetzt Werke auf diesem Gebiete ausgeführt seien, die man vor zehn Jahren nicht angestanden haben würde, für eine Chimäre zu erklären, so betonte dagegen eine von Bonn aus am 5. Januar 1842 an den König gerichtete, an erster Stelle von August Wilhelm von Schlegel unterzeichnete Eingabe — ein höchst seltsames Schriftstück — einseitig die großen Schwierigkeiten. Erwäge man, daß die Natur in ihren verschiedenen Zügen von Basaltfelsen der Fortsetzung der Eisenbahn

---

[1]) F. W. v. Reden a. a. O. II, 2 S. 1059 ff.; Kölnische Zeitung 1842, Beilage zu Nr. 92.

is Koblenz auf der linken Rheinseite fast unübersteigliche Hindernisse
ntgegenstelle, erwäge man ferner die große Erleichterung, welche die
ahlreichen Dampfschiffe hier dem Verkehr schon darböten, so bleibe
ür die Ausführung dieses Projektes nichts als die bloße Möglichkeit,
der doch nur ein äußerst geringer Grad von Wahrscheinlichkeit übrig.

Man wies also hier neben den natürlichen Schwierigkeiten auch
uf die Konkurrenz der Dampfschiffahrt hin. Es handelte sich in
er Tat um das noch beispiellose Projekt, im Tale eines schiffbaren
nd zur Wasserkommunikation vielfach benutzten Stromes eine Eisen-
ahn von bedeutender Länge anzulegen, und zwar unmittelbar am
lfer, nachdem man, um der Konkurrenz des Rheines zu entgehen,
eben erst die Bahn von Köln bis Bonn vom Ufer weg verlegt
nd über Brühl geführt hatte. Die bestehenden Dampfschiffahrts-
esellschaften betrachteten das neue Projekt natürlich vorwiegend unter
em Gesichtspunkt einer unbequemen Konkurrenz. Die Aktionäre in
Bonn und Koblenz bezeichneten es im August 1842 geradezu als
ächerlich, anzunehmen, daß neben den vielen Dampfschiffen in der
eizenden Gegend noch von einer Eisenbahn die Rede sein könne.
Diese Interessen kamen auch in Köln stark zur Geltung. Die
Handelskammer, deren Präsident L. Camphausen durch seinen Konflikt
nit Hansemann in eine unbequeme Stellung zum Eisenbahnwesen am
Rhein geraten war, äußerte sich im Jahresbericht für 1844 zu dem
Projekt der Rheinbahn. Camphausen hatte sich seit seinem Rücktritt von
er Leitung der Eisenbahn nach Belgien vorwiegend mit Schiffahrts-
rojekten befaßt, und eine Rheinuferbahn mußte die von ihm 1841
ns Leben gerufene Dampfschleppschiffahrt stark beeinflussen. Seine
eservierte Haltung spricht sich denn auch in dem Bericht der Handels-
ammer aus, der bloß erwähnt, es sei die, übrigens nicht allgemein
eteilte, Ansicht vieler, daß man oberhalb von Köln früher oder
päter zu einer Eisenbahn kommen werde. Mevissen hat in dieser
Frage von vornherein die Überzeugung vertreten, daß trotz zeitweiliger
Konkurrenz die verschiedenen Transportmittel sich auf die Dauer
urch die voranschreitende Entwicklung des Verkehrs untereinander
ördern und daß in einem für Handel und Verkehr so bevorzugten
Gebiet wie dem Rheinland nach Überwindung der Anfangsschwierig-
iten Eisenbahn und Schiffahrt sich passend ergänzen würden. Da
e beide berufen seien, je nach der Qualität der Güter und der

Geschwindigkeit des Transports den Handelsverkehr ihrer Eigenart entsprechend zu entwickeln, so seien beide Verkehrsmittel imstande, lebenskräftige Einrichtungen nebeneinander zu schaffen.

Die in der Erörterung über dieses Bahnprojekt geltend gemachten Gesichtspunkte waren aber noch nicht erschöpft. Es gab im Schoß der Regierung vor allem strategische Bedenken, die damals um so schwerer wogen, als man soeben erst, im Jahre 1840, vor der Gefahr eines Krieges mit Frankreich gestanden hatte. Von militärischer Seite erklärte man zwar schon 1842 eine Eisenbahn auf dem rechten Rheinufer als einen vor Überrumpelung gesicherten Eisenweg zwischen den Festungen Köln und Koblenz nicht nur für zulässig, sondern sogar für erwünscht. Eine Bahn auf dem linken Ufer dagegen betrachtete man als höchst gefahrdrohend bei einem etwaigen Vordringen des Feindes an den Rhein. Den Einwand, daß eine die drei linksrheinischen Festungen Köln, Koblenz und Mainz unmittelbar verbindende Bahn diese Hauptwaffenplätze geeigneter als Operationsbasis gegen den Feind machen werde, ließ man nicht gelten.[1])

So wogte der Streit der Meinungen über die Rheinuferbahn hin und her. Wie verschieden auch die Gesichtspunkte waren, die sich Geltung zu verschaffen suchten, so stimmte man doch allgemein darin überein, daß diese Bahn jedenfalls außerordentlich große Kosten erfordern werde. Über dieses finanzielle Bedenken aber half in den ersten Monaten des Jahres 1844 das Spekulationsfieber hinweg. Man traute sich im Gründungsrausch dieser Tage außerordentliches zu.

In Bonn sagte man sich, daß die Rheinbahn, wenn überhaupt, so jedenfalls über Bonn geführt werden müsse. Für eine rechtsrheinische statt der linksrheinischen Strecke konnte man sich im Notfall wohl in Köln, aber nicht in Bonn erwärmen; denn Ausgangspunkt der Linie wurde auch in diesem Falle Köln oder Deutz, von wo auch die Köln-Mindener Bahn, deren Bau soeben begonnen wurde, ihren Anfang nahm. Legte schon sie den Gedanken nahe, in Zukunft den Rhein mit einer festen Brücke — zum erstenmal wieder seit den Tagen der Römerherrschaft — zu überspannen, so rückte eine rechtsrheinische Bahn stromaufwärts den Gedanken noch näher. Am 4. April 1844 schrieb Mevissen in diesem Zusammenhang seinem

[1]) Kölnische Zeitung 1842 Nr. 238, 243.

Schwager, er beschäftige sich augenblicklich mit der Idee einer festen Brücke über den Rhein und er glaube, für diesen Zweck in den nächsten Wochen die erforderlichen Einleitungen treffen zu können.[1]) Dazu kam es allerdings nicht. Denn in Bonn, wo man entschlossen war, in der verwickelten Lage den Vorteil auszunutzen, daß die linksrheinische Strecke von Köln bis Bonn bereits vorhanden war und entgegen allen schlimmen Prophezeiungen eine sehr starke Frequenz aufwies, ging man eben jetzt zusammen mit der gleichfalls auf das linke Ufer angewiesenen Stadt Koblenz schnell zum Handeln über.

Am 27. März 1844 trat in Bonn ein besonderes Komitee zusammen, das sich die Aufgabe stellte, eine 'Bonn-Koblenzer Eisenbahngesellschaft' mit 3½ Millionen Taler Aktienkapital zu gründen, um im unmittelbaren Anschluß an die Bonn-Kölner Bahn eine Eisenbahn nach Koblenz zu bauen.[2]) Die spätere Verlängerung dieser Linie bis Mainz, um so in dem projektierten Netz deutscher Bahnen das fehlende Verbindungsglied am Rhein auszufüllen, wurde dabei schon angedeutet. An der Spitze dieses Komitees stand der Berghauptmann Heinrich von Dechen, der 1826 auf einer Studienreise in England das Eisenbahnwesen genau kennen gelernt hatte[3]) und dessen geologische Kenntnisse für die Führung der geplanten Strecke durch den gebirgigen Teil des Rheintals besonders wertvoll waren. Direktion und Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft sollten aus Vertretern von Bonn, Koblenz und Köln zusammengesetzt, Bonn aber Sitz der Verwaltung werden. Am 2. April fanden die Aktienzeichnungen statt, die sofort auf 15 Millionen Taler stiegen.

Gegenüber diesem schnellen Entschluß machte es sich nun Mevissen zur Aufgabe, den Standpunkt zu vertreten, daß nicht nur von Köln aus im Jahre 1840 der Gedanke der Weiterführung der Bahn über Bonn hinaus schon zu einer Zeit verfolgt worden war, als man in Bonn selbst noch nichts davon wissen wollte, sondern daß Bonn

[1]) Eine feste Brücke bei Mainz hatte Napoleon 1812 geplant (Brühl, Mainz geschichtlich und topographisch dargestellt, S. 173ff.); R. Schramm und Mevissen korrespondierten jetzt über die Möglichkeit, die noch vorhandenen Entwürfe dieses Projekts zu benutzen. 1839 war in Köln schon der Gedanke einer Kettenbrücke über den Rhein erwogen worden (Allgemeines Organ V, 1839, S. 140).

[2]) F. W. v. Reden a. a. O. II² S. 1088ff.

[3]) Laspeyres, Heinrich v. Dechen (1889) S. 16ff.

auch durch seine örtliche Lage wie seine geringe kommerzielle Bedeutung wohl als Durchgangspunkt einer Eisenbahn von Köln nach Koblenz, aber nicht als Ausgangspunkt zweier Linien nach Norden und Süden geeignet war. Von einem rechtsrheinischen Projekt sah er jetzt ab. Am 31. März und 1. April gelang es ihm, in Köln ein Komitee von zwölf Mitgliedern unter seinem Vorsitz zu vereinigen, das am 2. April zur Aktienzeichnung für eine Kölnische Gesellschaft zum Bau der Bonn-Koblenzer Strecke aufforderte.[1]) Das Gesellschaftskapital wurde hier auf vier Millionen Taler normiert. Die Gesellschaft sollte statutengemäß die spätere Vereinigung mit der bestehenden Aktiengesellschaft für die Bahn von Köln nach Bonn anstreben. Es war geplant, daß ein Jahr nach Eröffnung der neuen Strecke von den Aktionären beider Gesellschaften eine gemeinschaftliche Verwaltung gewählt werde und fünf Jahre getrennte Rechnung über beide Strecken führe; nach Ablauf dieser Zeit sollte die Verschmelzung stattfinden.[2]) Am 15. April erfolgten auch hier die Aktienzeichnungen; sie beliefen sich sofort auf 16½ Millionen Taler.

So war nun mit einem Schlage das so lange umstrittene Unternehmen gleichzeitig von zwei, wenn auch zunächst nur vorbereitenden Komitees bestimmt ins Auge gefaßt worden, und von beiden Stellen aus begannen die Bemühungen, die Konzession von seiten der Regierung vorzubereiten. Um sie zu beantragen, mußten aber vorerst die genauen Pläne ausgearbeitet werden; nur auf ihrer Basis konnte zur Gründung der Gesellschaften selbst und zur Feststellung des Projekts fortgeschritten werden. Beide Komitees begannen sofort mit diese Arbeit, für deren Ausführung an beiden Stellen ein halbes Prozent des Aktienkapitals eingezahlt wurde, und beide suchten durch möglichste Beschleunigung der Vorarbeiten einander zuvorzukommen, um früher als der Konkurrent bei der Regierung die entscheidenden Schritte tun zu können.

---

[1]) Dem Komitee gehörten außer Mevissen an G. Böcker, E. Boisserée, Dr. Claessen, J. DuMont, J. M. Farina, Heinrich Haan, Holthoff, C. F. Heimann, Fr. Heuser, G. Mallinckrodt und E. Peill. Die seither im Verkehrswesen führenden kölner Kaufleute waren also nur schwach darin vertreten. Mevissens Freund R. Schramm hatte im März schon einzelne Vermessungen der Strecke auf eigene Faust vorgenommen. (Briefe an Mevissen vom 24. März, 5. und 11. April).

[2]) Sowohl das Kölner als das Bonner Komitee reservierten den Aktionären der Bonn-Kölner Bahn 876000 Taler, d. h. das Grundkapital dieser Bahn.

Inzwischen hatte aber die Regierung es für notwendig gehalten, in die Börsenspekulation mit entschiedener Hand einzugreifen. Noch bei keiner wirtschaftlichen Unternehmung waren seither in Preußen so große Summen in Anspruch genommen worden, wie beim Eisenbahnbau, und die einseitige Bindung des Kapitals für diesen Zweck erweckte die ernste Besorgnis der Regierung. Ein durch die Presse veröffentlichter Erlaß des Finanzministers v. Bodelschwingh vom 11. April führte aus, daß die zahlreichen Eisenbahnprojekte nachteilig auf Handel und Gewerbe wirkten, indem sie diesen die nötigen Arbeitskräfte und die nötigen Betriebskapitalien entzögen.[1]) In der Tat fesseln ihrer Natur nach die Eisenbahnen das Kapital stets für einige Jahre, während des Baues. Mit dem Bau hatte es allerdings hier noch gute Wege, diese Gefahr war noch nicht dringend. Zutreffender war der weitere Vorwurf des Erlasses, daß die Projekte zu mißbräuchlichem Börsentreiben benutzt würden und zu immer weiterem Umsichgreifen eines verderblichen Aktienspiels mit Hilfe der Agiotage Anlaß gäben. Der Minister erklärte, daß fortan alle vor der Konzession der Unternehmungen erfolgten Aktienzeichnungen wertlos seien, und daß in den nächsten Jahren neue Projekte die Genehmigung überhaupt nicht erhalten würden, sofern nicht für einzelne vorzugsweise wichtige Bahnen ganz überwiegende allgemeine Interessen eine Ausnahme nötig erscheinen ließen. Auch bezüglich der Rheinbahn mußte man somit, selbst wenn die vorzugsweise Wichtigkeit dieser Strecke zugestanden wurde, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit der

---

[1]) Das trat (namentlich durch Zurückziehen von Hypotheken auf Grundbesitz) in Berlin stärker hervor als am Rhein. Die Regierung veranlaßte eine Enquete darüber, im Verlaufe deren die Kölner Handelskammer (Camphausen) am 26. Juli 1845 ihr Gutachten dahin abgab, daß eine Ablenkung der Kapitalien von der Landwirtschaft und den Gewerben durch Eisenbahnanlagen und andere größere industrielle Unternehmungen in ihrem Bezirke nicht stattgefunden habe, daß vielmehr die Unterbringung von Kapitalien auf genügende Sicherheit bietende Hypotheken schwierig sei. — Aber auch in Köln wurden z. B. am 3. April 1844 für die Eisenbahn von Köln nach Krefeld 50 Millionen Taler gezeichnet, zwanzigmal mehr, als veranschlagt war. Die Promeßscheine dieser Bahn wurden am 4. April von den kölner Bankiers schon mit 4% Agio bezahlt. An den Börsen in Berlin und Breslau wurde das Spiel mit Aktien bis auf die Straße fortgesetzt. Unerfahrene gefährdeten ihre kleine Ersparnisse, und die Gewerbetreibenden fanden vielfach keine Betriebsdarlehen mehr, da überall die Kapitalien gekündigt wurden.

Regierung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würden. Dem Ministerium bereiteten die wirtschaftlichen Verhältnisse am Rhein überhaupt große Sorge; die Entwicklung drohte der Regierung über den Kopf zu wachsen. Die industrielle Tätigkeit in der Rheinprovinz, wo durch alle Klassen der Gesellschaft das Leben bewegter sei, als irgendwo sonst in Deutschland, habe, so berichtete das Ministerium dem Könige, einen unerhörten Aufschwung genommen und den Gesellschaftszustand auf einen Punkt gebracht, wo es der größten Anstrengungen aller Kräfte bedürfe, um das Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen und den Mitteln zu ihrer Befriedigung zu erhalten.[1] Solche Besorgnisse erklären die ganz unerwartet erlassene königliche Verordnung vom 24. Mai 1844, welche die Eröffnung von Aktienzeichnungen für Eisenbahnunternehmungen fortan unbedingt von der Genehmigung des Finanzministers abhängig machte und für inländische Aktienpromessen die Zeitkäufe, für ausländische alle Geschäfte untersagte und als rechtlos erklärte.[2] Diese gewaltsame Maßregel der Regierung, die ihre alte Abneigung gegen das Aktienwesen noch einmal zum schroffen Ausdruck brachte, bewirkte allerdings einen Läuterungsprozeß der Börse, aber sie erschütterte zugleich das Vertrauen in die Rechtssicherheit und damit den Kredit der preußischen Eisenbahnunternehmungen im allgemeinen. Sie war ein Ausfluß jener Neigung absolutistischer Regierungen, den Untertanen die Sorge für ihre eigenen Angelegenheiten abzunehmen und für zeitlich und örtlich beschränkte Übel allgemeine, dauernde Gesetze zu erlassen.[3] Die Verordnung, welche trotz des Einspruchs zahlreicher Handelskammern aufrecht erhalten und noch am 3. Dezember 1847 durch eine Kabinetsordre erneuert wurde, lähmte für längere Zeit auch den soliden Unternehmungsgeist auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens und hat wesentlich zu der Verschärfung der Geldkrisis beigetragen, welche in den nächsten Jahren das Geschäftsleben in Preußen hemmte. Trotzdem die Regierung sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß die Fonds für Eisenbahnunternehmungen durch Aktien beschafft werden sollten, schritt sie nun mit aller Härte nicht nur gegen das Übermaß der Agiotage, sondern

[1] Gemeinsamer Bericht der Minister Eichhorn, v. Bülow, v. Bodelschwingh und Graf Arnim an den König, 1844 April 19.

[2] Gesetzsammlung 1844 S. 117.

[3] So Camphausen in einem Bericht der Kölner Handelskammer.

berhaupt gegen die geschäftlichen Maßnahmen ein, welche mit dem doptierten System verbunden und allein imstande waren, das Kapital ir volkswirtschaftlich wichtige Verkehrswege flüssig zu machen. Meissens Wirken auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens mußte sich inlge dieser einschneidenden Regierungsmaßregel in der nächsten Zeit ider Willen auf die bereits fertige Eisenbahn von Köln nach Belien beschränken, in deren Direktion er am 15. Februar eingetreten ar. Sie zu dem zu entwickeln, was er seit Jahren erstrebt hatte, ı einem Werkzeug, das die Rheinlande von dem Druck Hollands efreien sollte, war nun für die nächsten Jahre seine Hauptaufgabe.

Es zeigte sich sehr bald, daß mit Mevissens Eintritt der schwerpunkt des Verkehrslebens der Rheinlande auch soweit diese nternehmung in Betracht kam wieder dahin zurückverlegt war, von o dasselbe seinen Ausgang genommen hatte, nach Köln.

Die Direktion der Rheinischen Eisenbahn war ein ziemlich schwerillig organisierter Apparat von zwölf Direktoren, die in zahlreichen, eist wöchentlichen, Versammlungen über alle großen und kleinen ragen der Bahnverwaltung verhandelten und Beschluß faßten. Es hlte seit der Katastrophe vom Januar 1844 noch an einem Präsidenten ieser Direktion. Nur eine überlegene, anregende und durchgreifende ersönlichkeit konnte, zumal in diesem kritischen Augenblick, dieses Amt iit Erfolg führen. A. Oppenheim betrachtete es als selbstverständlich, aß es ihm zufallen werde, und er hatte die belgische Regierung uf seiner Seite, was mit Rücksicht auf deren großen Aktienbesitz on Bedeutung war. Das frühere Bedenken gegen ihn bestand doch fort, und so verschob die Direktion vorläufig alle definitiven schritte. Inzwischen trat nun aber Mevissen seit der ersten Sitzung, n der er am 27. Februar teilnahm, kräftig in den Vordergrund. r machte sofort auf Grund der Erfahrungen seines Dülkener Gehäfts greifbare Vorschläge, um die englischen Güter sicher von Hull ach Antwerpen und auf die Bahn, also von Rotterdam und dem Basserweg wegzuleiten. Es entstanden Bedenken gegen das System nd die Sätze des von Hansemann entworfenen Gütertarifs, und eine esondere Kommission sollte dieselben untersuchen. Mevissen wurde ı diese Kommission gewählt, ebenso wie in eine andere, welche eine tevision der Geschäftsordnung vorbereiten sollte. Überall aber in iesen Geschäften trat Mevissen sofort die führende Rolle an. Schon

Anfang März wurde er daher von mehreren Direktionsmitgliedern für den Posten des Präsidenten in Aussicht genommen. Er war damals noch nicht ganz 29 Jahre alt, und die Hoffnung, schon jetzt als Nachfolger Camphausens und Hansemanns an die Spitze einer der wichtigsten Unternehmungen der Provinz zu treten, erregte seinen Ehrgeiz in hohem Grade. Es war in der Tat eine kaum zum zweiten Male sich bietende Gelegenheit, mit einem Schritt mitten in das öffentliche Leben, und zwar an eine leitende Stelle, zu gelangen. Am 13. Mai fand die Generalversammlung statt, welche die seither interimistisch vom Verwaltungsrat ernannten Direktoren endgültig zu wählen hatte. Mevissens Wahl erfolgte wiederum einstimmig. Am 19. Mai sollte dann die Direktion ihren Präsidenten wählen. Sowohl die Kölner als die Aachener Direktoren hatten Mevissen schon vorher ihr unbedingtes Vertrauen erklärt. Bei der Wahl erhielt er alle Stimmen mit Ausnahme der A. Oppenheims, der sich von seinen Hoffnungen nicht trennen wollte und jetzt, als die Entscheidung bereits gegen ihn gefallen war, noch darum bat, die Angelegenheit mit Rücksicht auf ihn zu vertagen, damit er die Möglichkeit habe, vor dem definitiven Wahlakt seinen Verzicht zu erklären. Man ging nach längeren und erregten Verhandlungen darauf ein, und so wurde die Präsidentenwahl noch auf einige Wochen verschoben.

Inzwischen war aber eine wichtige Angelegenheit zu erledigen, die Beschaffung der Geldmittel zur Ausführung eines zweiten Geleises der Bahn. Beschlossen war das Doppelgeleise schon seit zwei Jahren, aber die Ausführung war seither aus finanziellen Gründen unmöglich geblieben. Der lebhafte Verkehr während der ersten Monate des Jahres 1844 zeigte jedoch, daß die Durchführung der Aufgaben der Bahn unbedingt von der Lösung dieser Frage abhängig war. Man beschloß, bei der Regierung die Emission von 1¼ Million Taler sogenannter Prioritäts-Stammaktien zu beantragen.[1]) Mevissen und der Vizepräsident Th. v. Geyr erhielten den Auftrag, die Angelegenheit persönlich zu betreiben.

Am 24. Mai kamen die beiden in Berlin an. Die Reise vom Rhein nach der Landeshauptstadt war damals noch recht beschwerlich,

[1]) Man wählte diese Form, um die Berliner Börse leichter zugänglich zu machen. Obligationen waren, da die Gesellschaft solche schon (1840 Okt. 12 und 1843 Sept. 8) ausgegeben hatte, schwer zu placieren.

zwei Tage und Nächte im Postwagen brachten die Reisenden bis Braunschweig, von dort führte die neue Eisenbahn über Magdeburg, Anhalt und Köthen nach Berlin. Der erste Eindruck von Berlin erschien Mevissen unbedeutend, fast kleinstädtisch, zumal im Vergleich mit Paris und London; es fehlte ganz das drängende Straßenleben dieser Städte. Er benutzte die nächsten Tage — es waren die Pfingstfeiertage —, um sich zusammen mit einigen rheinischen Freunden, die er in Berlin traf, Bredt und Matzerath aus Aachen, Schöller und Wergifosse aus Düren, Firmenich und v. Wittgenstein aus Köln, in Berlin und Potsdam umzusehen. Mißfiel dem Rheinländer das steife und kalte Formenwesen, dem er überall begegnete, so verdroß ihn besonders die aufdringliche Art, wie sich die seit 1840 entstandene pietistische Strömung in gesuchten Äußerlichkeiten, vor allem in den dicken Gebetbüchern dokumentierte, mit denen Militär und Zivil zum Gottesdienst wanderte. Im Gottesdienst selbst gingen allerdings freie und orthodoxe Richtungen noch nebeneinander her. Mevissen hörte in der Dreifaltigkeitskirche zu, wie Ph. K. Marheineke, der geistreiche Schüler Hegels, eine donnernde Predigt über den Ausguß des heiligen Geistes und dessen stetige Rückkunft auf die Erde hielt, und er glaubte, den Verdruß mancher 'servilen Seelen' über den freimütigen Redner deutlich wahrzunehmen. Von seinen Bekannten aus den Tagen der Rheinischen Zeitung suchte er K. Nauwerck, Th. Mügge und vor allem Bruno Bauer auf, der ihn dann sofort bei Bettina v. Arnim einführte. Die persönliche Bekanntschaft mit dieser als Schriftstellerin so hoch von ihm geschätzten Frau[1]) enttäuschte ihn jedoch vollständig. Während seines mehrwöchigen Aufenthalts lernte er eine ganze Reihe von bedeutenden Berliner Persönlichkeiten kennen, so die Maler Karl Begas und K. F. Lessing, den Bildhauer Chr. Rauch und den Physiker H. W. Dove, der ihn bei Alexander v. Humboldt und in die Geographische Gesellschaft einführte. Er wurde hier mit Karl Ritter, Chr. Ehrenberg und andern Gelehrten bekannt und knüpfte Beziehungen an, die den ungünstigen Eindruck der ersten Berliner Tage verwischten und bei späteren Anwesenheiten in der Hauptstadt gerne weiter von ihm gepflegt wurden.

---

[1]) Vgl. oben S. 51.

Gleich nach Pfingsten begannen die Verhandlungen im Ministerium. Nach den ersten Erörterungen mit den Ministern v. Bodelschwingh und Flottwell waren die Spezialverhandlungen mit dem Minister Rother, dem Präsidenten der Königlichen Seehandlung, der seit 1837 an den Finanzfragen der Rheinischen Bahn mehrfach beteiligt gewesen war, sowie mit dem Geheimen Oberfinanzrat v. Pommer-Esche und dem Geheimen Finanzrat v. Viebahn zu führen, welche die Eisenbahnsachen im Finanzministerium bearbeiteten. Die Verhandlungen waren keineswegs bequem. Man war im Ministerium durch das soeben erst unterbrochene Treiben der Börse so argwöhnisch und so wenig geneigt, das Solide vom Unsoliden zu unterscheiden, daß Mevissen ähnliche Erfahrungen, wie in den Vorjahren D. Hansemann machte. Er fand die Beamtenwelt 'zum Verzweifeln pedantisch und formalistisch, buchstabenkrämerisch in einem Grade, wie es mir noch nicht vorgekommen ist'. Berlin erschien ihm in den Tagen, wo er mit seinem Gefährten an allen möglichen geheimrätlichen Türen anklopfen mußte, als 'das wahre Pflaster der Resignation'. Einen trefflichen Berater fand er an dem Agenten der beiden staatlichen Geldinstitute, der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Seehandlung, A. Bloch, auf dessen Vermittlung bei Begebung der neuen Aktien an der Berliner Börse man in Köln rechnete. Dieser außerordentlich tüchtige Finanzmann, der seit 1825 als Vermittler oder Ratgeber bei den Finanzoperationen des Staates mitgewirkt[1]) und schon früher auch Operationen der Rheinischen Bahn an der Berliner Börse vermittelt hatte, erkannte die ungewöhnlichen Fähigkeiten Mevissens sofort, und zwischen beiden entwickelte sich für längere Jahre ein enges Vertrauensverhältnis.

Mevissen versuchte anfänglich, durch Darlegung weitgreifender Ideen über die notwendige Entwicklung des Eisenbahnwesens in Preußen und Deutschland sowie über seinen Zusammenhang mit der nationalen Industrie und dem Bergbau Eindruck auf die Geheimräte zu machen und in umfassender Weise für das rheinische und preußische Eisen-

[1]) Er wurde später zweiter Direktor und am 20. September 1848 nach Rothers Abgang Präsident der Seehandlung. Er ging gern seine eignen Wege und mußte 1845 eine Zeitlang von seiner Stellung zurücktreten, weil er im Gegensatz zu Rother die Privatbanken zu fördern suchte (vgl. für ihn Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen II, 53 ff.; K. Hegel, Lebenserinnerungen (1900) S. 12 ff.).

bahnwesen zu wirken. Aber er fand hier nicht nur alles im freihändlerischen Vorstellungskreis befangen, sondern er fühlte auch bald heraus, und die Andeutungen Blochs bestärkten ihn darin, daß man im Ministerium allen großen Plänen auf diesem Gebiete grundsätzlich widerstrebte und Genehmigungen nur erteilte, wenn die Projekte vom engsten lokalen Standpunkt aus dargelegt wurden. Man könne hier, so schrieb er nach Köln, nur ganz langsam und bedächtig voranschreiten, wenn man nicht allen Erfolg dauernd verscherzen wolle. 'Entkleidet man eine Bahnstrecke ihrer lokalen Natur und stellt sie als Teil einer Hauptbahn dar — was sie jedenfalls einst doch werden wird —, so wird die Konzession hier definitiv verweigert.' Er fand sich jedoch in dieser Beschränkung bald zurecht, und sein Berater, der an dem Gelingen seiner speziellen Mission lebhaften Anteil nahm, konnte ihm schon bald bestätigen, er wisse die Leute richtig zu nehmen, und sie zugleich in den Sachen dahin zu bringen, wo sie sein sollten, ohne daß sie selbst die Veränderung fühlten. Er erreichte denn auch sein Ziel. Der Finanzminister verlangte zwar, daß zunächst noch ein formeller Beschluß seitens einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre gefaßt werde; als das am 19. August geschehen war, erfolgte am 4. Oktober durch Kabinetsordre des Königs die Genehmigung der beantragten Emission, im Januar waren die Aktien begeben, und der Bau des zweiten Geleises der Rheinischen Eisenbahn ging in den folgenden Jahren vor sich.

Mevissen verließ, um manche Erfahrung und wertvolle Beobachtung reicher, am 18. Juni Berlin, er machte noch einen Abstecher nach Stettin und dem Haff sowie nach Leipzig und Dresden, um an beiden Stellen das Eisenbahnwesen näher kennen zu lernen, und traf gegen Ende des Monats wieder in Köln ein.

Hier war nun zunächst die hinausgeschobene Präsidentenwahl zu erledigen. Der 10. Juli war der Tag der Entscheidung. A. Oppenheim hatte in der Zwischenzeit die Kölner Stimmen wieder auf seine Seite gezogen, da aber die Aachener Stimmen sich unbedingt gegen seine Wahl erklärten, mußte er doch von dem heiß erstrebten Ziel abstehen. Er erklärte, diese Wahlangelegenheit sei leider zu einer Parteifrage geworden, wodurch selbst die der Direktion anvertrauten Interessen für kurze Zeit in den Hintergrund getreten seien. Dieser Zustand dürfe nicht fortdauern, und so verzichte er zugunsten seines

Gegners, der darauf einstimmig gewählt wurde. Der neunundzwanzigjährige Mevissen hatte damit eine Stellung in der vordersten Reihe der rheinischen Kaufmannswelt erreicht, und er hat diese Stellung von da ab, durch jährlich erneuerte und stets einstimmige Wahl immer wieder berufen, sechsunddreißig Jahre hindurch, bis zum Übergang der Rheinischen Eisenbahn in die Verwaltung des Staates im Jahre 1880, ununterbrochen bekleidet. Als Präsident der Rheinischen Eisenbahn hatte er ein Zentrum für sein ferneres Wirken und Schaffen in Köln, seiner neuen Heimat, gefunden. Diese Tätigkeit füllte zwar keineswegs seine Kraft aus, aber sie stellte ihn täglich vor wichtige und wechselnde Aufgaben des Lebens, in denen der Quell seines Handelns frisch emporsprudeln konnte, und so war es fortan entschieden, daß seine Probleme für die Zukunft vorwiegend auf dem Gebiete des praktischen Lebens liegen würden. Wie aber seine persönliche Reflexion diesen ersten großen Erfolg beurteilte, offenbart ein Brief, den er am Tage vor der Entscheidung seiner Schwester schrieb. 'Wie mit fast allen Dingen, die nicht das Herz, sondern nur den Geist berühren, so geht es auch mit diesem. Der Besitz läßt gleichgültig, wenn errungen; nur der Kampf erweckt und stählt die Kräfte. Mit dem Ehrgeize des öffentlichen Lebens habe ich, wenn morgen meine Erwartungen sich bestätigen, fürs erste abgeschlossen. Es bleibt mir in meiner jetzigen Stellung zunächst nur die Wahl zum Landtagsdeputierten zu wünschen übrig. Alles andere werde ich ruhig abwarten können und es dem Gotte des Zufalls überlassen dürfen, welche Lose er für mich aus der Urne ziehen will. So wird denn endlich wieder Ruhe und heiterer Frieden in die Brust einkehren, und die schönen aus anderen Regionen des Seelenlebens herüberklingenden Stimmen werden nicht mehr übertönt werden vom schalen Lärm des Tages. Noch darf ich mit freudigem Selbstbewußtsein ausrufen: Ich habe in allem Lärm das höhere Ideal des Lebens nicht einen Moment aus den Augen verloren; je tiefer ich mich in die Wogen gestürzt habe, um so lichter und glänzender steht vielmehr die schöne Traumwelt des Geistes vor meinem Auge. Das dichte Gewebe der Wirklichkeit, die Gestalten des Tages werden durchsichtig, und wie die siegende Morgenröte im Kampfe mit der Nacht, so strahlt die Zukunft hell hinein in die noch dunkle Gegenwart — nicht meine, nicht Deine, nicht unsere Zukunft, sondern die Zukunft

er, das mehr und mehr Wirklichwerden des Geistes. Das Treiben
r Menschen erscheint, im einzelnen gesehen, nur zu oft wie ein
les zielloses Puppenspiel, das sich seit Jahrtausenden um die
jene Achse dreht. Und doch ist sie grundfalsch, diese Auffassung
r Dinge. Schon in der Wirklichkeit, selbst in den kleinen Er-
einungen des Tages liegt das Ideal verborgen, nur von einem
htigen Schleier umhüllt. Noch heute ist es schön, wie am ersten
ige in der dämmernden Ahnung der Jugend, das jetzt bewußte
irken für ein großes, ewiges Ziel. Dieses Bewußtsein gibt Ruhe
Sturme, Beharrlichkeit im Wechsel der Erscheinungen und Trost
r das dem Augenblick noch Unerreichbare. Die erhebende Gewiß-
it: das Ziel des Strebens muß errungen werden und wird errungen
rden, jetzt oder künftig, — gießt in die Seele jenes Siegesvertrauen,
n stärksten Bundesgenossen der kräftigen Individualitäten aller Zeiten.'

Was Mevissen in seinen Lehrjahren für sein Eingreifen in den
oßen Aufschwung der Epoche geplant hatte, das wollte er fortan, in
: Wirklichkeit des öffentlichen Lebens versetzt, praktisch bewähren.
aß der ideal gerichtete Mensch im Leben tausendfach durch die
ißenwelt eingeengt ist, und daß niemand es vermag, sein Wesen
nz frei zu gestalten, war seinem gesunden Wirklichkeitssinn nicht
erraschend. Er erkannte vielmehr dieser Wirklichkeit, in der statt
rmonischen Ausgleichs der Kampf streitender Interessen wogt, ihr
schränktes Recht zu, und er sah auch in ihr Elemente der allmählich
f Um- und Irrwegen erfolgenden Verwirklichung des Geistes. Den
ndlichen Geist der Wirklichkeit, der mit Teufelsfaust in die Ideale
ieingreift, könne man, so schrieb er in diesem Jahre nieder, nur
nnen, wenn man ihn in seiner begrenzten Sphäre als berechtigt
erkenne. Nur Selbsttäuschung könne versuchen, ihn ganz aus der
eele fernzuhalten, in dieser Selbsttäuschung aber schlage er um so
er seine Stätte mitten im Innern auf. Erkenne man ihn dagegen
s in der Begrenzung berechtigt an, so habe man ihn begriffen und
mit auch überwunden.[1]) Von dieser besonnenen Auffassung war
s rastlose Streben und Wirken in der Außenwelt geleitet, dem
sich zuwandte und das seiner schöpferischen, dem Fortschritt ent-
genstrebenden Natur Bedürfnis wurde, wenn er auch weit davon

[1]) Vgl. dazu auch seine Ausführung aus dem Jahre 1845, Bd. II, S. 176 ff.

entfernt blieb, den zwingenden Anforderungen des Tages die wahre Seele des Lebens, den Aufblick zu den Idealen von Geist und Gemüt, zu opfern.

Der neue Präsident bereiste in den ersten Wochen mit dem Spezialdirektor Hauchecorne, dem bewährten ersten Beamten der Gesellschaft, wiederholt die Strecke, um das ihm unterstellte Unternehmen im einzelnen kennen zu lernen. Sein Interesse für die großen Aufgaben des Wirtschaftslebens schloß, wie wir wissen, nicht seine Fähigkeit aus, sich verständnisvoll auch in das Detail zu vertiefen. Er war binnen kurzem der lebendige Mittelpunkt des ganzen Unternehmens. Auch seine hervorragende Gabe, die Menschen zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu vereinigen und dauernd beisammen zu halten, bewährte sich sofort. Wie er es verstand, die natürliche Spannung zwischen ihm und seinem Rivalen A. Oppenheim schon bald zu beseitigen, so gelang es ihm auch, noch während des Sommers bei mehreren Konferenzen in Brüssel mit dem Leiter des belgischen Eisenbahnwesens J. B. Masui und dessen Vertreter Constantini ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zu begründen, das um so wichtiger war, als damals die Fragen des internationalen Tarifs in den Vordergrund traten, die für die gedeihliche Entwicklung der Eisenbahn entscheidend waren.

Es mußten besonders die überseeischen Güter dem Antwerpener Hafen und so der Rheinischen Bahn zugeführt werden, die jetzt noch zum großen Teil über Rotterdam rheinaufwärts verfrachtet wurden. Die Verbrüderungsfeier zwischen Belgien und Rheinland im Oktober 1843 hatte zunächst noch geringe praktische Wirkungen geübt; erst der von der rheinischen Kaufmannschaft lebhaft begrüßte Handelsvertrag, der durch das Geschick des preußischen Gesandten in Brüssel, des Freiherrn H. A. v. Arnim, am 1. September 1844 zwischen dem Zollverein und Belgien zustande kam,[1]) ermöglichte einen nachhaltigen Konkurrenzkampf gegen Holland. Er bahnte freundliche Beziehungen der preußischen Regierung zu Belgien an und förderte den Handelsverkehr zwischen diesem Lande und dem Zollverein, indem er dem letzteren eigene Entrepots in Antwerpen und damit einen Seehafen verschaffte,

[1]) Treitschke a. a. O. V, 459; Zimmermann, Handelspolitik S. 277; Bergengrün a. a. O. S. 292 ff.; R. v. Delbrück, Erinnerungen I, 154 ff.

den er seither nicht besaß, da die deutschen Nordseehäfen sich von ihm fernhielten. Der Rheinischen Eisenbahn insbesondere sicherte er große Eisentransporte aus Belgien, und wenn er durch die Ermäßigung des Eingangszolls auf belgisches Roheisen den Fortschritt der heimischen Eisenerzproduktion eine Weile hemmte, so beförderte er doch wieder die Entstehung von Eisenwalz- und Stahlwerken in Rheinland und Westfalen.

Mevissen hatte bis zu diesem Augenblick die seit Februar geplante Tarifreform durchgeführt. Er hatte sich in dieser für den Erfolg einer Eisenbahnlinie so wesentlichen Angelegenheit besonders mit einer grundsätzlichen Frage auseinanderzusetzen, die in den folgenden Jahrzehnten die öffentliche Meinung noch wiederholt beschäftigt hat,[1]) der Frage, ob der Gütertarif einer Eisenbahn volle Wagenladungen oder Stückgüter begünstigen solle.

Die Rheinische Eisenbahn war für den internationalen Tarif auf eine Verständigung mit der belgischen Regierung angewiesen, und Hansemann hatte am 6. Oktober 1843 für den Gütertarif im wesentlichen das in Belgien durchgeführte System übernommen. Danach genossen volle Wagenladungen eine Bevorzugung von 45 bis 70 Prozent. Die Wirkung war, daß der Transport von Stückgütern kaum ein Fünftel des ganzen Verkehrs ausmachte. Die Spediteure, welche notwendige Mittelspersonen für die Ansammlung der vollen Wagenladungen wurden, bekamen den Verkehr zum großen Teil in die Hand. Nun machte man aber bei der Rheinischen Bahn die gleiche Erfahrung wie bei allen Bahnen in dieser Frühzeit des neuen Verkehrsmittels. Der Personenverkehr setzte sofort stark ein, und sein Ertrag übertraf den des Güterverkehrs zunächst bei weitem; der letztere hat sich aus kleinen Anfängen erhoben, dann allerdings hier bald den Personenverkehr in schnell steigender Progression überholt. In diesem Augenblick bedurfte der Güterverkehr auf der Rheinischen Bahn um so mehr der Förderung durch ein sorgfältiges Tarifsystem, weil er die Konkurrenz mit der Rheinstraße zu bestehen hatte. Das System der vollen Wagenladungen verlangsamte aber nicht nur den Transport durch das Ansammeln der Güter, sondern es gewährte auch den Spediteuren eine Prämie, die zu einer allgemeinen Verteuerung des

---

[1]) Lehr, Eisenbahntarifwesen und Eisenbahnmonopol (1879) S. 124 ff.

Transportwesens führte. Besonders an den beiden verkehrreichsten Stationen der Bahn, ihren Endpunkten Antwerpen und Köln, empfand man die Nachteile dieses Systems schwer, und schon im Winter 1843 hatten die Handelskammern beider Städte sich über die Notwendigkeit einer baldigen Änderung verständigt. Mevissen begann im Februar 1844 mit den Vorarbeiten für eine solche, und sein Entwurf, der auf Grund mehrfacher Konferenzen in Brüssel und Köln während des Juni und Juli am 19. August 1844 festgestellt wurde, beseitigte den Hansemannschen Tarif vollständig. Die erfolgreiche Konkurrenz mit der Rheinstraße bildete den leitenden Gedanken des neuen Tarifs. Er sah von einer Bevorzugung der vollen Wagenladungen für Köln und Antwerpen ganz ab; für die Zwischenstationen wurde das System zwar beibehalten, aber die Preisdifferenz so normiert, daß der Stückgutverkehr vorwaltete und die gegen die Natur des Verkehrs begründete Zwangsvermittlung der Spediteure für die Regel wegfiel. Ferner sah der Entwurf angemessene Frachtrabatte gemäß der Länge der von den Gütern durchlaufenen Strecke vor, und er legte das Verladewesen, das Hansemann den Spediteuren gleichfalls überlassen hatte, in die Hand der Eisenbahnverwaltung selbst.[1])

Der neue Tarif Mevissens fand außerhalb des Kreises der Spediteure und der Vertreter besonderer Interessen von Aachen vollen Beifall. Für seine Güte sprach, daß L. Camphausen, der Präsident der durch ihn geschädigten Dampfschleppschiffahrt, sich im Namen der Kölner Handelskammer doch auf seine Seite stellte.[2]) Einen scharfen Einspruch erhob dagegen Hansemann. Die leicht verständliche Gereiztheit, womit dieser die Entwicklung der Rheinischen Eisenbahn betrachtete, seit er die Leitung des von ihm so außerordentlich geförderten Unternehmens hatte abgeben müssen, tritt auch in der Kritik zutage, der er am 29. September 1844 den neuen Tarif unterwarf. Er glaubte seinen jüngeren Nachfolger, der in-

[1]) Akten der Kölner Handelskammer X, 4; eine gedruckte Denkschrift Mevissens: 'Entwicklung der Prinzipien, auf denen der internationale Tarifentwurf basiert', liegt ebenda vor; ein handschriftliches Memoire in den Akten der Rheinischen Eisenbahn im Stadtarchiv.

[2]) Und zwar obgleich er im Jahresbericht für 1844 erklärte, daß der größte Teil der ausländischen Einfuhr der Rheinischen Eisenbahn „dem Wasserwege abgerungen worden sei."

zwischen nicht nur den internationalen, sondern auch den Gütertarif für den inneren Verkehr umgestaltet hatte, im Tone des erfahrenen Geschäftsmannes belehren zu dürfen, daß man vernünftigerweise das bestehende einfache Gute nicht verwerfe, um Mangelhafteres und Verwickelteres an die Stelle zu setzen. Die ausführliche Entgegnung Mevissens vom 15. Oktober zeigte diesen aber als durchaus ebenbürtigen Gegner seines erfahrenen Vorgängers. Nicht nur dessen ökonomische Einwände widerlegte er mit Schärfe und Klarheit, sondern er wies auch die persönlichen Angriffe Hansemanns, in denen zum Teil auch der Gegensatz lokaler Interessen von Köln und Aachen sich widerspiegelte, mit Geschick zurück.[1]) Er betonte, daß jeder tüchtige Kaufmann von Zeit zu Zeit eine Prüfung der Grundsätze seiner Geschäftsführung vornehmen müsse und sich sogar durch augenblickliche Erfolge nicht bestimmen lassen dürfe, das prinzipiell Falsche fortbestehen zu lassen, damit sein Geschäft nicht über Nacht untergraben werde. Die Bevorzugung Kölns im neuen Tarif rechtfertigte er mit der Darlegung, daß die Konkurrenz der Eisenbahn Antwerpen-Köln mit der Flußstrecke Rotterdam-Köln nun einmal eine Lebensfrage der Rheinischen Bahn sei, daß demgemäß die kölner Lokalinteressen sich in diesem Falle mit den allgemeinen Interessen der Bahn deckten. Hansemann beruhigte sich denn auch mit dieser Abweisung seines Einspruchs, und beide in dieser Frage einander einen Augenblick gegenüberstehende Männer haben sich dann schon bald in dem Wirken für allgemeine Ziele freundschaftlich zusammengefunden.

Am 13. Oktober 1844 fand in Antwerpen unter dem Eindruck des soeben abgeschlossenen Handelsvertrags mit Belgien auf Veranlassung der Antwerpener Handelskammer eine Jahresfeier der Vollendung der Rheinischen Bahn statt. Man hatte jetzt am Rhein die Gewißheit, daß mit Hilfe der Eisenbahn die drückende wirtschaftliche Abhängigkeit von Holland beseitigt werden könne. Wie im Herbst 1843, so bildete der Gedanke der Verbrüderung zwischen Belgien und Deutschland nach mehrhundertjähriger Trennung wieder den frohen Grundton dieses Festes. Mevissen führte als Vertreter

[1]) Hansemanns Kritik erschien als Extrabeilage zu Nr. 272 der Aachener Zeitung vom 29. September 1844. Mevissens Erwiderung erschien als Extrabeilage der Kölnischen Zeitung vom 15. Oktober, sie ist Bd. II S. 111—128 wieder abgedruckt.

der deutschen Hälfte der gemeinsamen Bahnlinie unter dem lauten Beifall der Belgier aus, die Städte Antwerpen und Köln, die beiden Vermittlerinnen des Welthandels, würden fortan neuverbündet wieder emporsteigen zu ihrer früheren Größe, und Belgien und Deutschland würden der Welt beweisen, daß die friedliche und freundschaftliche Vereinigung der Völker die stärkste und dauerhafteste Gewähr für die großen Interessen der Menschheit, für die Entwicklung der Freiheit und Wohlfahrt aller darbiete.[1]) Im November bereiste er dann die Bahn zusammen mit dem Finanzminister Flottwell. Der Verkehr, besonders der Güterverkehr, nahm einen Aufschwung, der schon im Jahre 1845 alle Erwartungen überstieg; er betrug mehr als drei Millionen Zentner.[2]) Im Laufe des Winters änderte Mevissen die Organisation der Verwaltung seiner Auffassung gemäß um, er arbeitete ferner eine neue Geschäftsordnung für die Direktion und die übrige Verwaltung aus, die in der Generalversammlung vom 20. Mai 1845, der ersten, welcher Mevissen als Präsident der Direktion beiwohnte, anerkannt wurde und im wesentlichen bis zum Übergang der Bahn in die staatliche Verwaltung bestehen geblieben ist. Er nahm die Gelegenheit wahr, in dieser Versammlung auch auszusprechen, wie weitausgreifend er die zukünftige Aufgabe der Rheinischen Bahn auffaßte. Er führte aus: 'Erst seit dem Oktober 1843 ist der Schienenweg von der französischen Grenze, von den Seehäfen Antwerpen und Ostende nach Köln eröffnet, und schon in der kurzen Frist eines Jahres steht die Bahn von Antwerpen nach Köln in bezug auf Personenfrequenz unter den ersten Preußens, und in bezug auf Warenverkehr an der Spitze sämtlicher Kontinentalbahnen. Diese Bahn, von jeher bestimmt, eine der Hauptpulsadern des Welthandels zu werden, hat im verflossenen Winter ihre hohe staatsökonomische Bedeutung glänzend bewährt. Mittel- und Süddeutschland, ja selbst der Norden, Braunschweig, Berlin, Leipzig, wandten ihre Waren-

[1]) Vgl. Kölnische Zeitung 1844 Oktober 17, Beilage zu Nr. 291. Eine Bronzemedaille, geschnitten von dem Antwerpener L. J. Hart, hielt die Erinnerung an die glänzende Feier fest, indem sie die Verbrüderung von Köln und Antwerpen allegorisch zum Ausdruck brachte.

[2]) Der Güterverkehr nahm schon 1845 schneller zu, als der Personenverkehr. Im Jahre 1847 übertraf dann hier (zum ersten Mal auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens überhaupt) die Warenbewegung den Personenverkehr.

beziehungen während der Monate, wo die Ströme geschlossen, die überseeischen Beziehungen fast überall gehemmt waren, den trefflichen Häfen von Antwerpen und Ostende zu und erkannten dadurch tatsächlich an, daß die Rheinisch-Belgische Eisenbahn, eine unentbehrliche Ergänzung in der Reihe der Kommunikationsmittel, dazu bestimmt ist, der gesamten mächtig emporstrebenden deutschen Industrie die ununterbrochene überseeische Verbindung zu sichern. Aber noch ist die Rheinische Eisenbahn nur Stückwerk, noch ist durch sie erst die Verbindung mit Belgien und dem Meere eröffnet. Ihre ganze Bedeutung wird sie erst dann entfalten, wenn sich ihre Arme über Deutschland und Frankreich ausbreiten, wenn sie als Glied in die große Kette der Schienenstraße, die Frankreich, Belgien, Deutschland, die Schweiz und Italien zu verbinden und überall den Verkehr der Völker und Produkte in einem bisher ungeahnten Grade zu vermitteln und zu beleben bestimmt ist, aufgenommen sein wird.'

Das Wirken Mevissens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens war von vornherein dadurch gekennzeichnet, daß er es nicht nur vom Gesichtspunkt beschleunigten Personenverkehrs und vermehrten Gütertausches, sondern planmäßig in seiner Gesamtwirkung auf die Volkswirtschaft und insbesondere in seiner Wechselwirkung mit der Industrie auffaßte. Die Erweckung noch schlummernder produktiver Kräfte durch die Eisenbahn war für ihn das entscheidende, die Eisenbahn sollte vor allem in den Dienst der vaterländischen Industrie treten und sie auf jede Weise zu fördern und zu entwickeln suchen. Seine Auffassung berührte sich eng mit der von Fr. List, mit dessen volkswirtschaftlichen Ideen er auch im übrigen so sehr harmonierte. Wie ihn diese Auffassung dazu trieb, stets den Blick über die einzelne Bahn hinweg auf die Organisation eines Eisenbahnsystems, auf die Eingliederung der einzelnen Linie in ein großes nationales und internationales Netz zu richten, so führte sie ihn sofort auch in die engste unmittelbare Verbindung zu den Vertretern der rheinischen Industrie. Er blieb vom ersten Tage an bemüht, selbst sein Verständnis für die Bedingungen industriellen Schaffens zu steigern, durch die Gestaltung des Tarifwesens den Bedürfnissen der Industrie zu entsprechen und die Industriellen anzuhalten, ihre eigene Tätigkeit in einem größeren Zusammenhang zu verstehen und konsequent zu entwickeln. Ein wohlorganisiertes Hand-in-Handarbeiten von Eisenbahn

und Industrie war das der Energie seines Willens stets vorschwebende Ziel. Und nicht nur in dieser Weise, als Freund und Berater der Industrie, betätigte er sich, sondern er griff sofort auch unmittelbar in das industrielle Leben ein, das sich an der Eisenbahnstrecke entwickelte.

Das reich bevölkerte Gebiet der Eisenbahn von Köln nach Belgien enthielt alle Elemente einer stetig und sicher steigenden Entwicklung in sich. Eine mannigfach gegliederte Industrie war hier bereits vorhanden. In Köln blühte die Zuckerindustrie, Düren fabrizierte Papier und Tuche, in Eschweiler gab es Kohlengruben, Puddelwerke und Stabeisenfabriken, in Stolberg alte Galmeigruben und Zinkhütten, Messingfabriken und Glashütten, Aachen, Burtscheid und Eupen besaßen eine aufblühende Tuch- und Nadelfabrikation. Alles das setzte einen starken Bezug an Rohmaterialien voraus und veranlaßte einen erheblichen Transport von Fabrikaten. So war hier von vornherein ein lebhafter Lokalverkehr sicher, und der internationale Verkehr mit Belgien, Frankreich und England stellte für die Zukunft eine großartige Entwicklung in Aussicht, besonders seit im Jahre 1845 der Anschluß der belgischen Eisenbahn nach Frankreich durchgeführt war. Eine außerordentliche Vermehrung des lokalen Bergbaues und der Hüttenproduktion war eine der nächsten Wirkungen der Rheinischen Bahn. Seit 1835 hatte die Kohlenproduktion bereits zugenommen; die Kohlenförderung aus dem Wurm- und Indererevier machte nun schon bald die Hälfte der ganzen Güterbeförderung der Rheinischen Bahn aus. Große Massen roher Metalle wurden aus der Ferne herbeigeschafft, um in den bestehenden Hütten verarbeitet zu werden.[1]) Neue Walzwerke entstanden 1838 bei Düren, 1842—1846 in Eschweiler und Rote Erde; die Eisenbahnschienen, die man in Deutschland seither fast nur durch die Cockerillschen Werke in Seraing geliefert erhielt, wurden nun auch im Rheinland fabriziert. Und wenn seither die rohen Metalle meist aus dem Ausland für den einheimischen Bedarf herbeigeschafft werden mußten, so entwickelte sich jetzt auch hier die Gewinnung von Rohstoffen, reiche bisher unbekannte Erzlager wurden erschlossen. Mevissen hat sich in diesen Jahren persönlich stark bei der Metallur-

[1]) Vgl. Carnall, Die Bergwerksverhältnisse im preußischen Staat (Archiv für Landeskunde der preuß. Monarchie 1857, 2. Quartal S. 99 ff.).

gischen Gesellschaft in Stolberg beteiligt, einer im Jahre 1837 durch J. Cockerill mit mehreren Belgiern gegründeten Unternehmung, die die Förderung von Eisen-, Blei- und Zinkerzen, sowie die Verarbeitung von Guß- und Stabeisen, Blei und Zink bezweckte. Sowohl das Kapital als die geistige Leitung und die Maschineneinrichtung der rheinischen Metallindustrie stammten anfänglich zum größten Teil aus Belgien.[1]) Dort hatte man seit 1821 die englischen Methoden bei Erzeugung des Guß- und Schmiedeeisens übernommen und die altheimische Metallindustrie dadurch außerordentlich gehoben. Es begann jetzt allmählich der Wettkampf der rheinischen Eisenindustrie mit Belgien und England, der allerdings wegen der niedrigen Eisenzölle des Zollvereins zunächst unter sehr erschwerenden Umständen ins Leben trat. Mevissen war einer der ersten Rheinländer, die mit weitausschauenden Zielen in diese Entwicklung fördernd eingriffen. Als die Metallurgische Gesellschaft im Jahre 1845 ihre bedeutendste Grube an den Marquis v. Sassenay verkaufte und selbst nur in beschränktem Umfang tätig blieb, trat Mevissen in den Aufsichtsrat der Gesellschaft Alliance, die eine Vereinigung verschiedener Erzgruben in der Stolberger Gegend durchführte und sich 1846 erweiterte Aufgaben stellte. Die Erfolge auf dem Gebiet der rheinischen Zinkproduktion waren so groß, daß seit 1845 nicht nur der ganze Bedarf der Rheinprovinz aus ihr selbst gedeckt wurde, sondern auch schon mit der Ausfuhr begonnen werden konnte. Auch dem alten Hüttenbetrieb in der Eifel mit dem neuen Verkehrsmittel aufzuhelfen, war ein Gedanke, der Mevissen schon im Winter 1844, gleichzeitig mit dem Ausbau von Anschlußbahnen für die Kohlengruben bei Eschweiler, beschäftigte. Er nahm die Beförderung des Baues von Bezirksstraßen durch die Eifel, aber auch schon eine Eisenbahn von Düren nach Commern in Aussicht und besprach dieses Projekt eingehend mit Hansemann. Die Schleidener Gegend hatte einst hohen Ruf durch ihr ausgezeichnetes, unter dem Namen des Arenberger Eisens bekanntes Produkt, das die Grundlage der Eisenfabrikation von Lüttich gebildet hatte. Durch veränderte Verkehrsverhältnisse war aber das Leben aus dem Schleidener Tal entwichen. Nun sollte die Eisenbahn dort Kohle und Eisenerz zusammenführen und zugleich die ergiebigen

[1]) Vgl. Kölnische Zeitung 1847 Nr. 104.

Bleilager bei Commern erschließen. In diesen ersten Ansätzen seines umfassenden Wirkens, das schon im Jahre 1845 auch in das rechtsrheinische Kohlenrevier hinüber griff,[1] um dort im Zusammenhang mit der neuen Eisenbahn vom Rhein nach der Weser die Ausbeutung der mächtigen Steinkohlenlager im Ruhrgebiet durch Assoziation kapitalistischer Kräfte zu entwickeln, zeigt sich, wie Mevissen überall wirklichen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen zu genügen trachtete. Es war doch die besondere philosophische Art seines Wesens, die von vornherein für sein systematisches Schaffen auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens die Richtung gab. Er ging auch hier stets von dem realen Einzelnen aus, aber indem er dann die Einzelerscheinung sofort in einem größeren Zusammenhang betrachtete und in ihren vielfachen Seitenbeziehungen und Verzweigungen zu erfassen suchte, gewann er ihr erst ihre wahre Bedeutung ab. Diese nie an der Außenseite haftende Auffassung stellte seine Amtsführung von vornherein hoch über die Leitung der meisten übrigen Eisenbahnen Deutschlands.

Noch nach einer andern Richtung aber brachte ihn in dieser an ausgreifenden Projekten überreichen Zeit die Eisenbahn mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Fragen in Verbindung. Seit 1830 hatte die Auswanderung aus Deutschland nach Amerika in größerem Umfang begonnen. Schwierigkeiten der agrarischen Verhältnisse in der Heimat, mangelnde Arbeitsgelegenheit in der Industrie und politische Unzufriedenheit wirkten zusammen, um dem deutschen Volke jährlich einen beträchtlichen Teil seiner besten Kräfte zu entziehen. Bis zum Jahre 1840 hatte man auf seiten der Regierung dieser Auswanderung ruhig zugesehen.[2] Trotzdem dieselbe von gewissenlosen Spekulanten ausgenutzt wurde, versuchte man weder, ihr durch entsprechende Maßregeln entgegenzuarbeiten, noch auch sie so zu organisieren, daß die deutschen Kräfte im Auslande zusammenhielten und sich zu selbständigen Kolonieen vereinten. Auch in dieser Frage rächte es sich, daß das deutsche Volk seither politisch und wirtschaftlich keine Einheit bildete; es entwickelte sich infolgedessen in Deutschland keine Kolonialpolitik, wie sie die zu einheitlichen Wirtschaftskörpern abgerundeten Weststaaten Europas längst besaßen. Erst seit 1840 wurde die öffentliche Auf-

---

[1]) Vgl. unten Kapitel 11.

[2]) Vgl. Zimmermann, Handelspolitik S. 306 ff.

merksamkeit lebendig. Fr. List, dessen wirtschaftliches System in der Forderung gipfelte, daß die europäischen Staaten Rohstoffe einführen müßten, um Manufakturprodukte exportieren zu können, wies 1841 nachdrücklich darauf hin, wie wichtig es für den Zollverein sei, Kolonieen in den heißen Zonen zu gründen, um direkten Verkehr mit den überseeischen Gebieten auf dieser Basis einzurichten und die reichen Hilfsquellen dieser Gebiete dem Vaterland dauernd nutzbar zu machen.[1] 1842 trat dann ein Projekt hervor, die deutschen Auswanderer nach Nicaragua und Texas zu dirigieren, und dort den nach Lage der Arbeitsverhältnisse der Heimat nun einmal unvermeidlichen Bevölkerungsabfluß doch dem Deutschtum zu erhalten. Mehrere süddeutsche Fürsten und Grafen interessierten sich lebhaft für den Plan. Im Mai 1843 bildeten sie auf Veranlassung des Fürsten von Leiningen zu Biebrich am Rhein einen Verein zur Beförderung der Auswanderung nach Texas, der im März 1844 in Mainz zu einem 'Verein zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas' umgewandelt wurde.

Seit 1839 war die Auswanderungsfrage auch am Niederrhein vielfach erörtert worden. Im Jahre 1843 wurde in Düsseldorf die Gründung eines 'Vereins für Auswanderer' in Aussicht genommen, der 1844 ins Leben trat.[2] Die mit der Entwicklung des überseeischen Verkehrs so eng verknüpfte Angelegenheit lag Mevissen besonders nahe, da die Auswanderer zum großen Teil sich der Rheinischen Eisenbahn bedienten, um sich in Antwerpen nach der Neuen Welt einzuschiffen.[3]

Auch die preußische Regierung trat seit 1844 aus ihrer seitherigen Zurückhaltung heraus. Im Sommer wurde der Gedanke, daß etwas für die deutschen Auswanderer geschehen müsse, in Berlin wiederholt erörtert; man hatte sich inzwischen überzeugt, gegen die Auswanderung selbst nichts ausrichten zu können. Am 7. Juni 1844

---

[1] F. List, Nationales System der politischen Ökonomie S. 375ff.

[2] Allgemeines Organ 1839 Nr. 109 S. 480; vgl. auch Rheinische Zeitung 1842 Nr. 184; Schulz, Über Kolonisation (Köln 1843); Zimmermann a. a. O. S. 318; Kölnische Zeitung 1844 Nr. 209.

[3] In einem Briefe vom 12. Juni 1845 schrieb Mevissen: 'Die Auswanderung über Antwerpen übertrifft in diesem Jahre alle Erwartung — bis jetzt über 8000 Personen! Deutschland ist so überreich an Menschen und so arm an Selbständigkeit und Freiheit'.

hatte der König, langem Drängen aus dem Kreise des Handels und der Industrie endlich nachgebend, die Einrichtung eines Handelsamts in Berlin beschlossen, damit die wirtschaftlichen Interessen in Zukunft nicht ausschließlich dem durch fiskalische Interessen bestimmten Finanzministerium überlassen blieben. Ein Ministerium für Handel und Gewerbe, das schon einmal 1817—1825 und wieder 1835—1838 bestanden hatte und nun seit 1841 von den Landtagen der Rheinprovinz und der Provinzen Pommern und Preußen wiederholt in Vorschlag gebracht war, verweigerte der nur schwer zu ganzen Maßregeln zu bewegende König. F. L. v. Roenne wurde Präsident des neuen Amtes, dessen Aufgabe es war, die wirtschaftlichen Fragen fortan durch gemeinsame Beratungen mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden für die Verhandlungen und Beschlüsse des Ministeriums vorzubereiten. Am 1. September sollte das Handelsamt ins Leben treten. Roenne verweilte Mitte August 1844 in Köln und hatte hier wiederholte Besprechungen über mancherlei industrielle Fragen mit Diergardt und Mevissen, welche die Einrichtung des Handelsamts als ein Anzeichen dafür, daß fortan die vaterländische Industrie mehr als bisher geschützt und ein Umschwung der deutschen Wirtschaftspolitik vorbereitet werde, freudig begrüßten. In der Tat trat Roenne, im Gegensatz zu der im Finanzministerium herrschenden freihändlerischen Richtung, für Zollschutz der Industrie und für Differentialzölle ein. Roenne kannte die amerikanischen Verhältnisse durch langjährigen Aufenthalt in Washington persönlich. In seinen Verhandlungen mit Mevissen und Diergardt in Köln wurde nun auch die Auswanderungsfrage eingehend besprochen. Der Gedanke, daß diese bedeutsame Frage eng mit dem Schutz für den aufstrebenden deutschen Handel und mit der Begründung einer neuen Seegeltung Deutschlands verknüpft werden könne, war dabei leitend. Man wollte im Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Verein und unter dem Protektorat des Prinzen von Preußen eine deutsche Kolonisationsgesellschaft, und zwar mit dem besonderen Wirkungsgebiet Südbrasilien, gründen; Mevissen übernahm es, zusammen mit dem als königlicher Kommissar für die Köln-Mindener Bahn fungierenden früheren Landrat E. v. Moeller, in Köln, das als Sitz der Gesellschaft in Aussicht genommen wurde, ein Komitee zu bilden. Eine solche weitaussehende Erweiterung seines Wirkungskreises war ihm

sehr willkommen. Den Plan einer Verbindung mit dem bestehenden wenig erfolgreichen Mainzer Verein, die in der Augsburger Allgemeinen Zeitung als wünschenswert bezeichnet wurde,[1]) lehnten Diergardt und er ab, weil das Bestreben, den Landsleuten in der Fremde schützend zur Seite zu stehen und ihr Los zu verbessern, aus dem Volke selbst hervorgehen müsse, wenn es allgemeinen Anklang im Volke finden solle.[2]) Aber es gelang dann doch auch hier nicht, eine erfolgreiche Organisation ins Leben zu rufen. Die kurzsichtige Regierung entschloß sich schon bald wieder, aller positiven Auswanderungspolitik zu entsagen, und die deutschen Kolonisationsversuche der nächsten Zeit fanden ausnahmslos ein trauriges Ende, da sie ohne den staatlichen Schutz der Heimat blieben.[3])

Das wurde. überhaupt in Preußen die Signatur der folgenden Jahre: eine außerordentliche Fülle fruchtbarer Projekte auf allen Gebieten des Gewerbfleißes und des öffentlichen Lebens wuchs aus dem aufstrebenden Bürgertum empor, es war jedoch unmöglich, sie durchzuführen, weil die Regierung sich ihnen versagte, dem Volke aber infolge des Mangels politischer Rechte keine Möglichkeit gegeben war, selbständig vorzugehen oder auf die Haltung der Regierung entscheidend einzuwirken. So blieb in dieser Zeit auch das Rückversicherungsprojekt vorläufig stecken, das Mevissen seit 1843 wiederholt zu fördern versucht hatte (S. 285). Seinen Aufenthalt im Mai und Juni 1844 in Berlin hatte er benutzt, um mit den beteiligten Ministerien des Innern, der Finanzen und der Justiz auch diese Angelegenheit zu verhandeln. Sowohl die Regierung in Köln als das Oberpräsidium in Koblenz und die Kölner Handelskammer befürworteten sie dringend. Die Kölner Feuerversicherungsgesellschaft Colonia allein zahlte damals in einem Jahre achtzigtausend Taler Rückversicherungsprämien an Pariser Gesellschaften, die man gerne dem Inland erhalten hätte. Mevissen erhielt in Berlin wohl gute Worte, und eine Generalversammlung vom 12. Dezember 1844 beschloß daraufhin auch definitiv die Gründung der Rückversicherungsgesellschaft,

---

[1]) Augsburger Allgemeine Zeitung 1844 Nr. 229 (vgl. auch Kölnische Zeitung 1845 Nr. 48, 49).

[2]) Briefe Mevissens und Diergardts vom 19. und 21. August 1844.

[3]) Zimmermann l. c. 321 ff. hat diese erste unrühmliche Episode deutscher Kolonialpolitik dargestellt.

reichen Bemühens erreichen; man versprach sich von dem moralischen Einfluß einheitlicher, aus wohlwollendem Gemeinsinn entwickelter Maßregeln geradezu die entscheidende Wirkung. Es komme darauf an, die Arbeiter aus ihrem jetzigen Zustand der Rat- und Hilflosigkeit emporzuheben, sie für die Gesellschaft zu gewinnen und mit unauflöslichen Banden der Liebe an dieselbe zu knüpfen. Die Mittel, die dabei zunächst ins Auge gefaßt wurden, waren Spar- und Prämienkassen, Kranken-, Unterstützungs- und Pensionskassen, Fortbildungsschulen für Arbeiterkinder, Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse durch Schriften und Vorträge, sowie tätige Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung der Institute, welche der Verein zu gründen beabsichtigte. Die Beratungen in Berlin am 9. und 16. Oktober offenbarten allerdings, daß über dieses Programm keine volle Einmütigkeit herrschte. Die Gruppe der Industriellen legte den Nachdruck durchaus auf die Gründung von Spar- und Prämienkassen, wie solche in England und Frankreich schon länger bestanden und am Rhein durch Hansemann in Aachen seit 1834 in dem von ihm gegründeten 'Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit' eingerichtet worden waren; ihre günstigen, wenn auch nicht gerade glänzenden seitherigen Ergebnisse hatten auf dem Provinziallandtag des Jahres 1843 allseitige Anerkennung gefunden. So gern man aber auf der andern Seite, zu der vornehmlich die erwähnten Beamten zählten, anerkannte, eine wie große materielle und sittliche Bedeutung die Sparsamkeit für die Arbeiter besitze, so meinte man doch hier, daß gerade die gegenwärtige Konstellation der Industrie mit ihren niedrigen Löhnen nicht danach angetan sei, auf diesem Wege namhafte Erfolge zu erzielen, weil die Arbeiter überhaupt nicht imstande waren, Ersparnisse zu machen. Man einigte sich schließlich dahin, an dem umfassenden Programm wohl festzuhalten, in erster Linie aber die Spar- und Prämienkassen zu fördern.

König Friedrich Wilhelm IV. brachte dem Unternehmen lebhaftes Interesse entgegen. Er übernahm das Protektorat des zu gründenden Vereins und stellte demselben in einer Kabinetsordre vom 25. Oktober eine Summe von 15000 Taler in Aussicht, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Verein sein weiteres Programm zur Ausführung bringe, sich also nicht auf die Gründung von Sparkassen beschränke. Durch gemeinsames Wirken für das Wohl der arbeitenden

Klassen werde die vaterländische Industrie, die sich durch ihre Fortschritte so sehr auszeichne, zugleich eine höhere Weihe erhalten und sich am gewissesten einen dauernden Segen sichern. Er werde sich daher jeder Vergrößerung und Stärkung des Vereins auf das innigste freuen, und er lebe der Hoffnung, daß das Unternehmen bald durch den Beitritt aller edeln Männer unter dem Gewerbstand zu einem Baum erwachsen werde, der seine Zweige über das ganze Vaterland breite. Es war eine jener impulsiven Äußerungen des Königs, durch die er von Zeit zu Zeit die Erwartungen des Volkes aufs höchste spannte. Am 29. Oktober erließ der Berliner Verein, der sich als 'Zentralverein zum Wohle der arbeitenden Klassen' konstituierte, einen Aufruf zur Gründung von Provinzial- und Lokalvereinen; eine von einheitlichen Gesichtspunkten bestimmte Organisation sollte sich durch das ganze Land vom Rhein bis nach Königsberg hin bilden. Etwa ein halbes Jahr lang war fortan die Presse in Preußen und über seine Grenzen hinaus mit Erörterungen über dieses große soziale Projekt erfüllt, das unter der Ägide des Königs ins Leben treten sollte. Das Wohl der arbeitenden Klassen wurde, wie damals wiederholt ausgeführt wurde, für mehrere Monate das Losungswort in Preußen und Deutschland.[1])

Der Berliner Aufruf fand auch am Rhein lebhaften Anklang. Man war hier von vornherein der Überzeugung, daß bei der großen Verschiedenheit der Lebensweise und der Lohnverhältnisse der Arbeiter in den einzelnen Landesteilen der Schwerpunkt in den Lokalvereinen liegen müsse, und daß nur durch sie die praktische Einsicht in die Lage und in die zu ihrer Verbesserung geeigneten Mittel gewonnen werden könne. In Aachen, Köln, Düsseldorf, Mülheim begannen sofort vorbereitende Verhandlungen. In den Westprovinzen hatte nicht nur die im wesentlichen auf Spar- und Prämienkassen abzielende Richtung, sondern auch die höhere Auffassung der Frage seither schon Vertreter. Im

---

[1]) Über die Verhandlungen in Berlin und in der Rheinprovinz enthalten die Aachener, die Bremer, die Kölnische und die Trierer Zeitung (letztere sozialistisch) zahlreiche Artikel. Vgl. auch L. Buhl, Andeutungen über die Not der arbeitenden Klassen und über die Aufgabe der Vereine zum Wohl derselben (Berlin 1845); Allgemeine Literaturzeitung, herausg. von Br. Bauer I (1844) S. 17ff., und für die damalige soziale Bewegung in Deutschland im allgemeinen, K. Biedermann in Unsere Gegenwart und Zukunft I (1846) 194ff.

Frühjahr 1844 hatte der Großindustrielle Friedrich Harkort in einer besonderen Schrift ausgeführt,[1]) die Armut an geistigem und irdischem Gute sei das eigentliche Unglück der proletarischen Massen, geistige Ausbildung und Schutz gegen den Kapitalismus müßten ihnen zugeführt werden, um ihr Emporsteigen zu ermöglichen; um das Fundamentalgesetz der Staaten, die Heiligkeit des Besitzes, zu sichern, müsse allen Menschen die Möglichkeit eröffnet bleiben, in gesetzlicher Weise Eigentum zu erwerben. Selbst die von Hansemann beeinflußte Aachener Zeitung hatte schon einmal vor den Gefahren der Trennung zwischen dem besitzlosen Volk und einer übermütigen Geldaristokratie gewarnt, „die ihren Stuhl frank und frei auf die Masse unter sich gesetzt habe."[2]) In zahlreichen Versammlungen, welche die Gründung von lokalen Vereinen herbeiführen sollten, wurden nun die entscheidenden Fragen von theoretischen und praktischen Gesichtspunkten aus erörtert. Die Aufmerksamkeit wurde aber am meisten durch die Verhandlungen in Köln erregt, an denen auch Mevissen wesentlichen Anteil nahm.

Wir kennen die ernste Gewissenhaftigkeit, mit der er seit seinen frühen Jugendjahren, seit seiner Beschäftigung mit den Gedanken von Pestalozzi, Saint-Simon und Herbart, dieser wichtigen Frage gegenüberstand, und sein Verlangen nach einem sozialen Ausgleich besonders im Bereich der modernen Industrie. Vieles in der jetzt entstehenden Bewegung kam seinen längst gehegten Wünschen und Hoffnungen entgegen. Er hatte sich neuerdings wieder, und zwar sowohl theoretisch als auch praktisch, mit den sozialen Fragen beschäftigt. Im Juli 1843, wo er als Rekonvaleszent in Wiesbaden sich wiederholt kritisch zu den großen Fragen der Zeit äußerte, hatte er das Los des proletarischen Fabrikarbeiters zum Gegenstand einer kleinen Dichtung gemacht. Auf die Frage des Weltrichters an den erschöpften und erblindeten, von Arbeitsmühe gebückten und zum Automaten erniedrigten Arbeiter, was er mit dem Leben begonnen habe, das ihm gewährt worden, um frei zu streben und zu schaffen und sich geistig emporzuheben, kann dieser nur die trostlose Antwort geben, er habe gesponnen. Gegenüber solchem Jammer müsse, so endet das Gedicht, durch die weiten Lande und hoch hinauf zum Sternenzelt die vorwurfsvolle

---

[1]) F. Harkort, Bemerkungen über die Hindernisse der Zivilisation und Emanzipation der arbeitenden Klassen (Elberfeld 1844).

[2]) Aachener Zeitung 1843 Nr. 228.

Frage laut werden, ob denn in der Tat die starre Erdenmacht das Recht besitze, den Geist so tief in die Nacht zu versenken und die Freiheit durch den eisernen Zwang der Umstände so vollkommen zu vernichten. Mevissens optimistische Auffassung von der Entwicklungsfähigkeit der Menschen wurde zwar durch seine wachsende Lebenserfahrung einigermaßen eingeschränkt. Zu oft begegnete es ihm, daß er nach längeren Pausen Persönlichkeiten wiederbegegnete, die das Gegenteil offenbarten. 'Solche Statisten und Lückenbüßer können wohl den Glauben an den ewigen Fortschritt auf Augenblicke erschüttern. Gut, daß man sich bald darüber erhebt durch die Gewißheit, daß sie nur als Ballast in dem Schiffe der Menschheit dienen. Aber gäbe es doch des Ballastes nicht so gar viel! Wie manches Jahrtausend wird noch darüber vergehen, ehe dieser Ballast in freie Geister umgewandelt sein wird, und doch atmet schon dieser Tag nichts als Kampf, Kampf des Proletariats, des werdenden Geistes, gegen den gewordenen historischen, in Formen ausgeprägten Geist, und wie stürmisch ist die Umschmelzung dieser Formen, die stete Erweiterung der Kreise des Geistes, von wie viel Strömen lebensvollen Blutes und schmerzlicher Tränen wird sie begleitet sein!'[1]) Seine grundsätzlichen Anschauungen wurden aber durch diese Beobachtungen nicht beeinflußt, und die Fragen des sozialen Ausgleichs blieben während der folgenden Jahre im Mittelpunkt seiner Interessen. Wie er sie im Winter 1843 eingehend mit Karl Grün erörterte, demjenigen unter den junghegelschen Sozialisten, dessen Erfahrungen im Kreise der ravensbergischen Handspinnerei sich besonders nahe mit seinen eigenen Beobachtungen berührten,[2]) so blieb er auch, und zwar zusammen mit mehreren Mitgliedern der jungdeutschen Gruppe in Köln, nach der Unterdrückung der Rheinischen Zeitung noch bis zum Frühjahr 1844 mit dem nach Paris übergesiedelten Karl Marx in Verbindung. Da dieser gemeinsam mit A. Ruge in Paris größere publizistische Pläne verfolgte, so hatten die Kölner den beiden im Sommer 1843 Geldhilfe zu diesem Zweck angeboten, auf welche sie jedoch zunächst verzichteten, da der wohlhabende Ruge in der Lage

---

[1]) Brief vom 17. August 1843.

[2]) K. Grün (der Verfasser eines Buches über den Kommunismus in Belgien, 1843) hielt im April 1844 Vorträge in Köln zugunsten der schlesischen Weber und ravensbergischen Spinner.

war, die Kosten vorderhand zu übernehmen. Im März 1844 aber, als Karl Marx durch den Bankerott des Fröbelschen Verlags in Winterthur empfindliche Verluste erlitten hatte, befreiten sie diesen von der finanziellen Last, die er durch die Herausgabe der Deutsch-französischen Jahrbücher auf sich geladen hatte.[1]) Die radikalen Bahnen, welche Marx in dieser Zeitschrift wie in dem seit dem 1. Januar 1844 in Paris erscheinenden 'Vorwärts' einschlug, und sein in Paris erfolgter Übertritt zu proletarisch-kommunistischen Anschauungen trennten ihn allerdings dann innerlich von Mevissens Überzeugung, daß die sozialen Reformen gemeinsam von der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, und zwar im Rahmen der einzelnen Staaten unternommen werden müßten (S. 183), daß dagegen auf dem Wege eines internationalen proletarischen Kommunismus eine Gesundung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter keinen Umständen erreicht werden könne.

Inzwischen hatte Mevissen durch die Übernahme der Leitung des Rheinischen Bahnunternehmens auch Gelegenheit erhalten, den sozialen Aufgaben im Leben selbst näherzutreten. Die soziale Fürsorge für die Angestellten der Eisenbahn war schon durch Hansemann in die Wege geleitet worden, und zwar durch die Begründung eines Unterstützungsvereins, dessen Reglement Mevissen im Laufe des Jahres 1844 so umgestaltete, daß es im Mai 1845 die Grundlage für eine Neukonstituierung dieses Vereins wurde.[2]) Die schlimmen Notjahre, die seit 1845 mit Mißernten und Geldmangel das Land heimsuchten, boten der Direktion auch sonst Gelegenheit, durch Ankauf von Lebensmitteln

[1]) G. Jung, D. Oppenheim, Dr. Claessen und Mevissen sandten im März 1844 eine Summe von tausend Taler an K. Marx (gleichzeitig sandten sie eine Beihilfe in derselben Höhe an Bruno Bauer in Berlin). Die Deutsch-französischen Jahrbücher (hrsg. v. A. Ruge und K. Marx), von denen nur eine Doppellieferung, und zwar Anfang März 1844, erschien, wurden zum großen Teil an der preußischen Grenze konfisziert.

[2]) Es handelte sich bei diesem 'Unterstützungsverein des Personals der Rheinischen Eisenbahn' um eine Krankenkasse, sowie um einen Pensions- und Unterstützungsfonds. Von jedem Taler festen Einkommens zahlte jedes Mitglied jährlich 6 Pfennig Beitrag. Beim Todesfall eines Mitglieds zahlten diejenigen, die über 300 Taler Einkommen hatten, 5 Sgr., die geringer Besoldeten 2 1/2 Sgr. Es handelte sich also um Selbsthilfe, aber durch gelegentliche Zuwendungen seitens der Direktion wurden die Fonds verstärkt.

und Kohlen im großen und durch Überlassung derselben zum Einkaufspreis und unter bequemen Zahlungsbedingungen an das Personal diesem Erleichterung zu bieten. Mit solchen Mitteln wurde aber die Wurzel der sozialen Schäden nicht berührt. Der von Berlin aus den Kreisen der Besitzenden und Gebildeten angeregte und vom Throne geförderte Gedanke, durch gemeinsames Wirken der ganzen im Staate zusammengefaßten Gesellschaft eine Besserung der Zustände herbeizuführen, erschien Mevissen nun als authentische Beurkundung der Tatsache, daß die seither vorhandenen Mittel nicht ausreichten, um das beunruhigende Anwachsen des Proletariats und die Häufung des Besitzes in den Händen weniger Reichen zu verhüten, denen eine besitz- und rechtlose Masse feindlich gegenüberstehe. Die wahre Berechtigung des Besitzes und die Möglichkeit seiner Dauer beruhe darin, daß er die Gleichberechtigung anderer auf gemeinsame menschliche Entwicklung nicht beschränke, sondern bereit sei, sich beizeiten seiner für ihn selbst gefährlichen Privilegien zu entäußeren. Das Eindringen dieser Erkenntnis in die Kreise der Besitzenden selbst aber betrachtete er als ein hoffnungsvolles Zeichen der Zeit.[1]) Er stand allerdings dem Berliner Unternehmen von vornherein nicht ohne Skepsis gegenüber. 'Die schönen Worte für die Arbeiter in Berlin schaffen kein Brot,' schrieb er am 7. November; aber der Gedanke einer persönlichen Annäherung der Gebildeten an die Arbeiterklasse zur gemeinsamen Förderung sozialer Ziele und die Betrachtung der sozialen Frage von einem höhern als dem bloß wirtschaftlichen Gesichtspunkte entsprachen doch seinen eignen Ideen zu sehr, als daß er sich der Mitwirkung hätte versagen können. Am 10. November veranlaßte die durch die ehemalige Rheinische Zeitung vereinigte Gruppe sozial interessierter Männer: Compes, Schramm, D'Ester, Jung, Mevissen und Bergenroth, die jetzt ihre einst in jenem Blatte entwickelten sozialen Ideen ins Leben einziehen sah, im Anschluß an den Berliner Aufruf eine von fünfhundert Personen besuchte Versammlung in Köln, um auch hier die Gründung eines Lokalvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen anzubahnen.

Diese Verhandlungen in Köln erweckten sofort allgemeines Interesse, weil die ganze Frage hier unter Teilnahme des intelligentesten

---

[1]) Vgl. Band II S. 129ff.

seien seither nur einem kleinen Teil der Menschheit zugute gekommen, planvolles Zusammenwirken der durchweg gegenseitig aufeinander angewiesenen Gesellschaftsklassen werde jedoch in Zukunft dahin führen können, daß alle Klassen ihre volle Kraft zum Wohl des Ganzen einzusetzen vermöchten. Durch tätige Mitwirkung derer, denen geholfen werden solle, nicht durch Unterstützungen müsse die geistige und materielle Förderung gleichmäßig erstrebt werden. Demnach stellte der Statutenentwurf nicht nur gegenseitige Unterstützungskassen, Arbeitsvermittlung, Sparkassen, gemeinsame Speise- und Konsumanstalten, Verkaufshallen, Kreditkassen und andere Einrichtungen in Aussicht, welche es dem besitzlosen Arbeiter ermöglichen sollten, den Konkurrenzkampf mit der Macht des Kapitals zu bestehen. Der als Vorbedingung für eine verbesserte Tätigkeit der Massen unentbehrlichen geistigen Ausbildung sollten vielmehr Einrichtungen dienen, durch die der wohltätige Einfluß des unmittelbaren Verkehrs von Menschen aller gesellschaftlichen Stellungen und Berufsgeschäfte untereinander wirksam werden könne, sowie Handwerkerschulen, Fortbildungsschulen, Besprechungen und Vorträge über gemeinnützige Gegenstände, Lesezimmer und Verbreitung gemeinnütziger Schriften. Die Mitgliedschaft des Vereins sollte schon durch Leistung eines Jahresbeitrages von zehn Sgr. erlangt werden, und Generalversammlungen zum allgemeinen Gedankenaustausch sollten regelmäßig alle Vierteljahre, und außerdem stets auf Verlangen von fünfzig Mitgliedern, stattfinden.

So faßte man hier die moderne soziale Frage an der entscheidenden Stelle. Man wollte zu ihrem Kern vordringen, also dem Arbeiter das Bewußtsein der Gleichberechtigung an Stelle des Gefühls der Erniedrigung erwecken und planmäßig den Massen den Weg zu höheren Stufen des gesellschaftlichen Daseins bahnen helfen. Man erkannte die Existenz des Proletariats als einen organischen Fehler der modernen Gesellschaft an, der nur durch gemeinsames Wirken nach den Prinzipien der Gleichheit und der Gegenseitigkeit, nicht durch äußerliche Hilfsmittel wirksam bekämpft werden könne.

Zu einer Heilung des sozialen Körpers auf diesem Wege erwies sich jedoch die Zeit als keineswegs reif. Die individualistischen Tendenzen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, die wir früher (S. 92) schilderten, überwogen bei weitem, wenn auch die Presse dieser Monate den Eindruck erweckt, als ob das soziale Bewußtsein in

Deutschland damals mit elementarer Kraft erwacht wäre. Der Glaube, daß steigende Einsicht, Bildung und Übung auch die Massen allmählich zur Selbstverwaltung werde befähigen können, war in den oberen Gesellschaftsklassen wie im Kreise der Bureaukratie noch sehr wenig verbreitet. Zwar waren im Sommer 1844 gerade höhere Beamte für ein ausgedehntes Programm sozialer Tätigkeit eingetreten, aber die unvorhergesehene Art, wie sich die volkstümlichen Bestrebungen nun zu äußern begannen, widersprach doch durchaus dem, was der Polizeistaat dem Volk an Selbständigkeit zu gewähren geneigt war. Die führenden Regierungsorgane blieben um so mehr bei der traditionellen Überzeugung, daß die niederen Klassen dauernd bevormundet und geleitet werden müßten, als die kommunistischen Ideen in dieser Zeit wachsender materieller Not stärker als bisher über die westliche Landesgrenze herüberfluteten und im Ministerium schon erwogen wurde, wie ihrer Einwirkung auf das Rheinland wirksam begegnet werden könne. Die Kölner G. Jung, J. Bürgers und G. Bergenroth wurden bald darauf der Regierung als des Kommunismus verdächtig denunziert;[1]) Jung betrieb übrigens in der Tat die politische Opposition und das Kokettieren mit kommunistischen Ideen wie einen seinem Talente zusagenden interessanten Sport. So begann die erschreckte Bureaukratie sofort den planmäßigen Widerstand gegen die dem großen sozialen Unternehmen zugrunde liegende Idee, trotzdem der König selbst sich so nachdrücklich für dieselbe erklärt hatte.

Der Berliner Zentralverein hatte am 28. Oktober 1844 sein Gesuch um Bestätigung bei der Regierung eingereicht. Erst am 4. April 1845 aber erhielt er vom Minister des Innern, dem Grafen Arnim, einen Bescheid, und dieser lautete rundweg ablehnend. Die edlen Absichten des Vereins könnten, so schrieb der Minister, wie

[1]) Durch den bekannten Polizeirat Duncker in seinem Bericht über eine zur Aufdeckung kommunistischer Umtriebe unternommene Reise (für G. Jung vgl. Mehring, Schriften von K. Marx I, 346). — Der rheinische Oberpräsident v. Schaper hatte am 2. Februar 1844 dem Minister des Innern, Grafen Arnim, berichtet, die in der Provinz sich kundgebende politische Mißstimmung habe zwar ihren Sitz in den sogenannten gebildeten Ständen, aber er „traue diesen wohl zu, daß sie sich auch des Kommunismus zu bedienen bereit wären, um dadurch wenigstens eine Aufregung vorzubereiten, welche sie hernach in ihrem ganz entgegengesetzten Interesse ausbeuten würden.“ Diese Äußerung paßt zu den unten S. 364 charakterisierten Urteilen der Bureaukratie.

die Erfahrungen in einzelnen Lokalvereinen schon zu erkennen gäben, zu einem „verderblichen Idealismus“ führen. Nur die gebildeten Klassen seien befugt, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, die Arbeiter selbst müßten von der Leitung ausgeschlossen, und Spar- und Prämienkassen müßten das eigentliche Tätigkeitsfeld des Vereins bleiben. Allgemeine Versammlungen seien zur Erörterung solcher Fragen überhaupt nicht geeignet, sondern nur Ausschußsitzungen weniger „sachverständiger“ Personen, und die Regierung müsse sich das Recht vorbehalten, in diese Ausschüsse stets ihre Kommissarien zu entsenden.

Demgemäß war denn inzwischen die Sache auch in Köln schon verlaufen. Der rheinische Oberpräsident v. Schaper verweigerte am 8. Januar 1845 die Bestätigung des kölner, viel weiter als der berliner gehenden lokalen Statutenentwurfs, er erklärte dazu, der Vereinsbeitrag müsse wesentlich erhöht werden und es dürfe höchstens eine Generalversammlung im Jahre stattfinden, aber auch diese nicht zu sachlichen Diskussionen dienen.

Das mit der Kundgebung des Königs vom Oktober 1844 schwer zu vereinbarende Eingreifen der Bureaukratie erregte die öffentliche Meinung tief. Daß die beabsichtigte regelmäßige Erörterung sozialer Fragen in großen Volksversammlungen bedenklich werden könne, verhehlten sich allerdings auch solche Männer nicht, die dem Vereinsgedanken im allgemeinen wohlwollend gegenüberstanden. Am 10. März führte auf dem im Februar in Koblenz zusammengetretenen achten rheinischen Provinziallandtag[1]) der Abgeordnete v. Beckerath in dieser Beziehung aus, die sozialen Grundlagen seien von gewaltsamen Erschütterungen bedroht. Der König habe bei der Begründung des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen mit gerechtem Vertrauen das Volk aufgefordert, durch vereinte Kraft der großen Not entgegenzutreten, und gewiß bedürfe es hier der zusammen mit der Staatsverwaltung wirkenden Volkstätigkeit. Die letztere könne aber nur dann in heilsamer Weise statthaben, wenn ihr gesetzmäßige Bahnen durch die Verfassung eröffnet würden; es werde mit der Ruhe und Sicherheit des Staates nicht vereinbar sein, daß die wichtigsten sozialen Fragen der Gegenwart in großen, frei zusammentretenden Versammlungen verhandelt würden, so lange es an politischen

[1]) Vgl. unten S. 368.

stitutionen fehle, die einerseits die bürgerliche Freiheit verbürgten, derseits die Macht des demokratischen Elements zu mäßigen verchten. Die Erfahrung werde lehren, daß die jetzt bestehende aatsverwaltung die Kraft politischer Institutionen nicht in dem aße in sich trage, um dem Sturm zu trotzen, der aus der Demotie sich erheben könne; sie werde entweder die an manchen Stellen t umfassenden Tendenzen aufgetretenen Vereine nicht genehmigen er sie in Grenzen einengen, in denen der Zweck nicht zu erreichen . Die Gefahr eines gewaltsamen sozialen Durchbruchs rücke aber durch näher und näher.[1])

Es stand in diesem Augenblick in Köln eine zweite, nach langem gern von der Regierung gestattete allgemeine Versammlung vor : Türe, über die Mevissen, so sehr er an dem Statutenentwurf thielt, am 11. März brieflich die Besorgnis äußerte, daß sie sehr egt verlaufen könne, weil die Bewegung tiefer ins Volk dringe d weiter um sich greife, als selbst die Leiter der Parteien wünschen inten. Am 16. März fand die von mehr als tausend Menschen uchte Versammlung statt. Mevissen legte in derselben eingehend ne Stellung zu der strittigen Frage dar.[2]) In dem Gegensatz : beiden Prinzipien, die in der öffentlichen Erörterung hervorreten waren, stand er nach seiner geistigen Verfassung, die den rtschritt stets von innen heraus auf der Basis klarer Erkenntnis rch besonnenes Handeln herbeizuführen trachtete, auf der Seite er, die von der Erweckung und Verbreitung moralischer Energie, ı der Entwicklung vernünftiger Einsicht und demgemäß von einer bsttätigen Mitwirkung der Massen, nicht von einer noch so wohlllenden äußern Hilfeleistung eine allmähliche Heilung der sozialen elstände erwarteten. Seine Ausführungen faßten die sozialen Ideen ammen, die wir schon früher als die seinigen kennen lernten. ırch das Verbot regelmäßiger öffentlicher Diskussion der einschlägigen agen werde der Lebensnerv des ganzen Unternehmens zerstört; ın es wäre unmöglich, die einzelnen Gebrechen der Gesellschaft in

---

[1]) Sitzungsprotokolle des achten rheinischen Provinziallandtags (Koblenz 15) S. 116.

[2]) Er hatte am Tage vorher in einer längeren Abhandlung 'Über den lgemeinen Hülfs- und Bildungsverein' (abgedruckt Band II, 129—137) seine ısichten formuliert.

ihrer Wurzel zu erkennen und die zu ihrer Heilung geeigneten Mittel zu finden, wenn polizeiliche Bedenken das freie Zusammenwirken aller Staatsbürger unmöglich machten. Er verlangte vor allem Vertrauen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung untereinander. Der Volksgeist sei dem Eindruck der Wahrheit keineswegs verschlossen, er müsse nur beizeiten, bevor die soziale Spannung einen gefährlichen Grad erreiche, über die allgemeinen Interessen und die Möglichkeit einer vernunftgemäßen, von der Zustimmung eines vorgeschrittenen Geistes getragenen Umbildung und Entwicklung der Zustände aufgeklärt werden. Wenn etwas gefährlich sei, so sei es nicht der dem Eindruck der Wahrheit und der Nächstenliebe zugängliche Volksgeist, sondern der Egoismus des in Selbstsucht befangenen Vorrechts. Versuche man es jetzt, die dumpfe Unwissenheit der Massen zu verewigen und wiederum der alten Maxime 'Alles für das Volk, nichts durch das Volk' zu folgen, so würden ihre ungebändigten Triebe zu gewaltsamem Durchbruch drängen.

Das Ergebnis der stürmischen, in Versammlungen vom 31. März und 13. April fortgesetzten[1]) Erörterungen war die Wiederherstellung des ursprünglichen Statutenentwurfs, der dann der Regierung von neuem zur Bestätigung vorgelegt wurde.

Inzwischen waren aber die Besorgnisse der Regierung noch gewachsen. Im Februar hatten die zum Kommunismus übergegangenen Sozialisten F. Engels und M. Heß in Elberfeld aufregende Versammlungen abgehalten, deren Fortsetzung polizeilich verboten wurde.[2]) An eine Bestätigung des Kölner Statuts war fortan erst recht nicht mehr zu denken. Ein Gutachten des Oberpräsidenten Schaper vom 25. April warnte das Ministerium dringend vor einer Änderung der Bundestagsbeschlüsse vom Jahre 1832 über das Versammlungsrecht, da sonst in der Rheinprovinz jede Möglichkeit fehlen werde, kommunistische und sozialistische Versammlungen zu verhindern. Im Oktober erklärte dann sein Nachfolger, der Oberpräsident Eichmann, dem kölner Ausschuß, die eingereichten Statuten seien zur Genehmigung völlig ungeeignet, da sie in fast allen Bestimmungen den aufgestellten allgemeinen Grundsätzen zuwiderliefen. Das Ministerium

---

[1]) Kölnische Zeitung 1845 Nr. 77; Bremer Zeitung 1845 Nr. 75, 81.

[2]) Schriften von K. Marx u. F. Engels, hrsg. v. Mehring II, 356, 393.

aber nahm fortan den Standpunkt ein, daß die Angelegenheiten der lokalen Vereine nur im Zusammenhang mit denen des Berliner Zentralvereins erledigt werden könnten. Die Bestätigung des letzteren wurde dann im Anschluß an die erwähnte Eröffnung des Ministers Arnim jahrelang hingezögert, erst im Februar 1847 wurde sie erteilt, und zwar unter der Bedingung, daß der Zentralverein sich auf Sparkassen beschränke, also gerade das nicht ausführe, was Friedrich Wilhelm IV. im Oktober 1844 gebilligt und ausdrücklich als Bedingung für seine persönliche Beteiligung gesetzt hatte.[1])

Schon seit dem Frühjahr 1845 war unter solchen Umständen die so geräuschvoll in Szene gesetzte Bewegung abgeflaut. Der erste laute Ruf nach umfassender sozialer Reform auf deutschem Boden verhallte wirkungslos. Der König selbst zog sich vor den Bedenken seiner Bureaukratie zurück. Es gelang in Deutschland nicht, was Mevissen seit Jahren gehofft hatte, vom Ausland zu lernen und und auf friedlichem Wege durch offenes Verhandeln der Gesellschaftsklassen miteinander die soziale Spannung zu mildern; der Riß zwischen den Arbeitern und der bürgerlichen Gesellschaft erweiterte sich auch hier zur tiefen Kluft. Daß die philosophische und menschenfreundliche deutsche Denkweise auf diesem Gebiete etwas vom Auslande Abweichendes durchzuführen imstande sein werde, erwies sich als eine Täuschung.[2]) Die Regierung wollte wohl Hilfe für die Arbeiter, aber in einer Form, welche ihr die Aufsicht und spezielle Leitung gemäß ihren eigenen Ansichten über das Volkswohl gewährleistete. Sie mißtraute allen Bestrebungen, die in den Massen die Kraft der Selbsthilfe zu entwickeln suchten, und stellte ihnen ihr traditionelles Bevormundungsprinzip entgegen. Im Bürgertum aber dachte die große Mehrheit wohl nicht wesentlich anders. Im allgemeinen war man von dem Gedanken des Gehenlassens im Wirtschaftsleben erfüllt. Die unsoziale Stimmung, wie sie Mevissen im Jahre 1836 geschildert hatte (S. 91), war in weiten Kreisen des Bürgertums überwiegend. Das Trucksystem mit seinen widerwärtigen Begleiterscheinungen wurde

---

[1]) Der Berliner 'Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen' besteht noch heute. Er hat sich in späteren Jahren auch literarisch (besonders durch die Zeitschrift 'Arbeiterfreund') betätigt.

[2]) Vgl. oben S. 184. — Es wurden nur in einer Reihe von Städten Vereine zur Hebung der augenblicklichen Not durch Unterstützung gebildet.

an vielen Stellen, besonders im bergischen Lande, gerade jetzt immer weiter entwickelt; Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken nahmen von Tag zu Tag zu, und die Regierung, „vom Geist der neuen Gesetzgebung“, d. h. von der Lehre vom freien Arbeitsvertrag erfüllt, fand kein wirksames Mittel, gegen diese Auswüchse vorzugehen. Die Arbeitgeber begnügten sich damit, den Spar- und Prämienkassen der Arbeiter einige Beihilfe zu gewähren und in Fällen äußerster Not die Betroffenen durch Werke der Wohltätigkeit und Nächstenliebe, an denen man es keineswegs fehlen ließ, zu unterstützen.

Die Minderzahl wahrhaft sozial denkender und von der Hoffnung auf den Fortschritt der Menschheit auch im Solidaritätsgefühl erfüllter Männer konnte bei dieser Haltung des Bürgertums und gegenüber der Weigerung der Regierung, der Bewegung die unentbehrliche Freiheit zu gewähren, ihre Gedanken unmöglich in das Leben übertragen. Es fehlte zurzeit durchaus die Möglichkeit einer grundsätzlichen Sozialpolitik, wie sie Mevissen vorgeschwebt hatte. Der in dem lebenden Geschlecht wirkende Geist und die Kraft der Selbstaufopferung waren nicht entwickelt genug, um durch die Macht der Erkenntnis von innen heraus die Zustände freitätig umzugestalten.[1]) Er führte in einem Briefe vom 3. August 1845 aus, die Hinderung sozialer Bestrebungen durch die Regierung, die Verweisung der Proletarier auf das religiöse Element der Tröstung und auf die Bibel, nach welcher Gleichheit nur vor Gott bestehe, und die geistlose Haltung der bürgerlichen Egoisten würden das Streben der unteren Klassen nach Besserung ihrer Lage zu stürmischem Vordrängen fortreißen. Wie sein Freund Beckerath aber war er der Überzeugung, daß fortan auch zur Lösung dieser sozialen Probleme das preußische Volk eine Konstitution, einen verfassungsmäßig bestimmten Anteil an der Gesetzgebung mit verdoppeltem Eifer erstreben müsse. Das politische Ringen trat somit fortan auch für ihn an die erste Stelle. Er hatte sich seit 1844, wo sein Leben die entscheidende Wendung zur Tat nahm, durch die Haltung der Regierung und des Bürgertums gegenüber der sozialen Bewegung überzeugt, daß bei der augenblicklichen Kräfteverteilung im Vaterlande eine gleichzeitige Lösung beider Probleme, des politischen und des sozialen, unmöglich war.

[1]) Vgl. Band II S. 130 und oben S. 93, 112 ff.

Die großen Aufgaben der Zukunft auf beiden Gebieten konnten nur nacheinander verwirklicht werden, da die Errungenschaften der fortgeschrittenen Elemente der Zeit auf geistigem und moralischem Gebiet sich nun einmal nicht zugleich in neuen Staatsformen und in neuen gesellschaftlichen Zuständen gestalten ließen.

In dieser Lage schwankte Mevissen aber keinen Augenblick, der politischen Entwicklung den Vorrang zuzugestehen. Wir kennen seine hohe Auffassung vom Staate. Er wies ihm die entscheidende Rolle für die Sicherung des Fortschritts auf materiellem wie auf geistigem Gebiete zu. Wer die kulturellen Aufgaben in ihrer Totalität überschaute und davon durchdrungen war, daß dieselben nur im Rahmen des Staates und fortan nur durch die konstitutionelle Verbindung von Regierung und Volk bewältigt werden konnten, mußte naturgemäß seine Kraft zunächst dafür einsetzen, daß das Volk seinen Anspruch auf das Recht der Mitarbeit am Staat endlich verwirklichte. Die notwendige Sozialreform mußte, wie die Dinge lagen, einem Staatswesen vorbehalten bleiben, an dessen Gestaltung das Volk einen verfassungsmäßigen Anteil besaß. So unerfreulich die Aussicht war, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse darboten, Mevissen hatte sich überzeugt, daß der Durchgang durch dieses soziale Elend bei dem Wege, den die europäische Entwicklung nun einmal genommen hatte, auch dem eignen Volke nicht erspart werden könne. Er hoffte, daß die ihm vorschwebende staatliche Organisation der Arbeit, die Dezentralisation der Industrie durch den Staat, wenn erst das Bürgertum politische Rechte errungen hätte, viele Härten werde mildern können. Sein auf das Allgemeine gerichteter Blick ließ sich durch zeitweise schmerzliche Disharmonieen nicht von den großen Zielen allgemeinen Fortschritts und der fruchtbaren Verbindung des Realen mit dem Idealen ablenken, welche die aufstrebende Epoche, wie er überzeugt war, dennoch in ihrem Schoße trug. So traten fortan für seine staatsmännische Auffassung die sozialen Fragen zurück im Hinblick auf den politischen Fortschritt. 'Eine krankhafte Sentimentalität, so schrieb er wenige Monate später nieder, widerspricht dem Geist der Weltgeschichte, der über tiefen Abgründen zu lichten Höhen unaufhaltsam fortschreitet.'[1])

Aus naheliegenden Gründen aber schlugen im Hinblick auf die

[1]) Vgl. Band II S. 152.

soeben gemachten Erfahrungen die enttäuschten proletarischen Gruppen am Rhein den umgekehrten Weg ein. Ihrer erklärlicherweise unpolitischen, einseitig auf die wirtschaftlichen Bedürfnisfragen gerichteten Betrachtung (S. 236) erschien die Frage nach absoluter oder konstitutioneller Monarchie minder wichtig, als die Beseitigung des auf ihnen lastenden wirtschaftlich-sozialen Druckes. Sie nahmen an den politischen Bestrebungen der nächsten Jahre keinen Anteil, verhöhnten dieselben vielmehr als egoistisches Streben des Bürgertums nach politischer Macht und breiteten in ihrem Kreise, gefördert durch die schlechten Ernten dieser Zeit und eine verhängnisvolle Teuerung, jene Unzufriedenheit aus, die in dem Sturme des Jahres 1848 zum Ausbruch kam. Sie waren fortan ein den utopistischen Versprechungen ihrer Führer zugängliches Element, das seinen eigenen Weg zur Besserung seiner Lage einschlug und sich abseits von der politischen Bewegung des rheinischen Bürgertums hielt.[1]) Dieses aber ging nun, seit den ersten Monaten des Jahres 1845, entschlossen auf der Bahn einer positiv und auf ein bestimmtes Ziel gerichteten Politik voran.

Die starke politische Erregung vom Sommer 1843 war, wie wir sahen (S. 306), durch die besonderen Interessen des Wirtschaftslebens bald beseitigt worden. Die Regierung zog aus dieser Erregung von neuem die Lehre, daß sie stärkern Einfluß auf die rheinische Presse gewinnen müsse, als die unzulängliche Zensur ihr gewährte. Graf Arnim, der Minister des Innern, empfahl im September 1843 den rheinischen Regierungspräsidenten die Anknüpfung persönlicher Beziehungen zu den Redakteuren und hauptsächlichen Mitarbeitern der politischen Blätter, um so einer systematischen Opposition vorbeugen zu können. Gegen Ende des Jahres wurde ferner die Umwandlung der in Koblenz erscheinenden 'Rhein- und Moselzeitung' in ein gouvernementales Blatt geplant, im Mai 1844 suchte man die Elberfelder Zeitung, die durch ein übertrieben gouvernementales Wesen ihre Wirkung einbüßte, auf geeignetere Bahnen zu leiten. Besondere Mühe verwandte man ferner auf das seit dem April 1844 vom Kultus-

[1]) Am systematischsten wirkten in dieser Richtung der oben S. 350 erwähnte Gesellschaftsspiegel von M. Heß, die Rheinischen Jahrbücher von 1845 und die Trierische Zeitung (vgl. auch Schriften von K. Marx und F. Engels II, 349 ff).

ninister Eichhorn geförderte Projekt, ein „das erhaltende Prinzip ertretendes" neues Blatt in Köln zu begründen. Dasselbe trat m 1. Oktober als 'Rheinischer Beobachter' mit einer sehr erheblichen Subvention von seiten des Königs ins Leben und fristete bis zu en Märztagen des Jahres 1848 sein Dasein. Nach Eichhorns Programm sollte es „den Ideen einer radikalen Rekonstruktion der ürgerlichen Gesellschaft entgegentreten, die mit zunehmendem Unestüm den Durchbruch ins Leben suchten; es sollte der Wirksamkeit iner ausgearteten Philosophie begegnen, aus deren Triebkraft die Opposition gegen alles in der Glaubens- und Gemütswelt der Nation istorisch wurzelnde Positive in Kirche und Staat hervorgeht". Das on den Ideen Julius Stahls beeinflußte Blatt verfolgte aber seinen er früheren Rheinischen Zeitung entgegengesetzten Weg sozusagen nter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wurde fast nur in Beamtenreisen gelesen, und für seine konservative und protestantisch-orthodoxe Richtung fehlte es in der Bevölkerung an allem Interesse.[1])

Der Landtagsabschied vom 30. Dezember 1843 wurde im Januar 1844 bekannt. Wie die Abschiede der übrigen Provinziallandtage des Jahres 1843, lehnte auch er die meisten Petitionen der Stände rundweg ab.[2]) Die Haltung des rheinischen Landtags in Sachen des Strafgesetzentwurfs wurde nicht nur wegen des Mangels nbefangener und vorurteilsfreier Prüfung des Regierungsentwurfs, ondern auch deshalb herb getadelt, weil sich in ihr die mangelnde Neigung der Rheinprovinz ausspreche, in die Einheit der Monarchie ufzugehen. Anderseits wurde die Bitte des Landtags um Ausehnung der seither äußerst beschränkten Rechte des Zentralinstituts er ständischen Ausschüsse, der dieser Vorwurf des Separatismus atürlich nicht gemacht werden konnte, nachdrücklich als Verkennung es Wesens der preußischen Verfassung und als ungebührliches Vorrängen auf das Gebiet abgewiesen, das sich der König ausschließlich orbehalten wissen wollte; es sei nicht die Absicht des Königs, die Ausschüsse in Reichsstände umzuwandeln. Man hatte zwar im

[1]) Der 'Rheinische Beobachter' brachte es bis 1847 auf 700 Abonnenten die Kölnische Zeitung hatte damals 9500, die Aachener 1200, die Rhein- und Moselzeitung 1000, die Trierer Zeitung 900 Abonnenten). Der König zahlte ür den 'Rheinischen Beobachter' jährlich 18000 Taler Unterstützung.

[2]) Vgl. die Denkschrift von J. Jacoby, Preußen im Jahre 1845 (Bellevue, 1845).

rheinischen Bürgertum eine Ablehnung erwartet, aber die Form, in der sie erfolgte, erbitterte dennoch sehr.[1] Der kölner Regierungspräsident v. Gerlach war aufrichtig genug, am 1. Februar nach Berlin zu berichten, daß der Abschied jedenfalls die schärfste Kritik erfahren würde, wenn die Presse nicht in nachdrücklichster Weise überwacht wäre.

Ein aufsehenerregender von Beckerath verfaßter und von den übrigen Führern der politischen Bewegung am Rhein gebilligter Artikel sprach aber kurz darauf, im Februar 1844, die Stimmung des liberalen Kreises deutlich aus.[2] Die herrschende Ansicht kennzeichnete er im Gegensatz zu dem Vorwurf des Königs dahin, die Rheinländer verkännten zwar nicht, daß sie bei einer engern Verschmelzung mit den übrigen Provinzen vielleicht der Einheit hie und da ein Opfer zu bringen haben würden, aber sie vertrauten dem Geist, der aus der Vereinigung und gemeinsamen Erörterung hervorgehen werde. Dieser werde die Provinz, indem er aus allem sich darbietenden Individuellen nur das Beste und wahrhaft Nationale zu allgemeiner Geltung erhebe, durch unermeßlichen Gewinn für kleine Opfer entschädigen. In der Tat war, je mehr sich in den letzten Jahren Handel und Industrie am Rhein dem politischen Leben zugewendet hatten, das Bedürfnis nach innerer Verschmelzung der kulturell noch so verschiedenen Teile des Staates zu einem einheitlichen Körper von selbst lebendiger geworden. Der Standpunkt der Rheinischen Zeitung vom Jahre 1842 hatte allmählich doch gesiegt. Der Wunsch nach Beseitigung des unfruchtbaren Provinzialismus hatte ebenso wie der Geist einer in geordneten Bahnen sich entwickelnden bürgerlichen Freiheit im kaufmännischen Kreise seine natürliche Wurzel, und beide wurden ferner bestimmend für die politische Haltung der Provinz.

In der würdigen Form, welche Beckeraths politische Äußerungen stets auszeichnete, war in jenem Artikel aber ferner aus Anlaß der die Gesinnung der Stände kritisierenden Bemerkungen des Landtagsabschieds die Differenz zwischen der von der Regierung und von den Rheinländern vertretenen Auffassung von der staatsrechtlichen Stellung

[1] Vgl. A. Caspary a. a. O. S. [illegible]

[2] Der ohne Namen des Verfassers veröffentlichte Artikel Vom Niederrhein, 29. Januar 1844 erschien in der Kölnischen Zeitung vom 9. Februar (Nr. 40).

Provinziallandtage scharf formuliert. Am Rhein betrachtete man ändischen Einrichtungen wegen ihres historischen Zusammenhangs en königlichen Versprechungen aus der Zeit der Befreiungskriege, auch Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1843 den Posenschen den erklärt hatte, diese Versprechungen seien für ihn unverbind- doch als eine Verfassung. Als das charakteristische Merkmal solchen aber sah man, mochte es sich nun um beratende oder eschließende Funktionen handeln, das in sich berechtigte, selb- ige Bestehen an, die Anerkennung der Tatsache, daß die allgemeine lfahrt einer auf einem klaren Rechtsverhältnis beruhenden mit- nden Volkstätigkeit bedürfe. Habe einmal die Regierung eine ıffung verliehen, sich also eines Teils ihrer Machtvollkommenheit ßert, so müsse sie die kraft dieser Verfassung bestehenden Institute n in ihrer Sphäre als ebenso berechtigt anerkennen, wie sich in der ihrigen. Diese Ausführungen brachten den Minister des rn in Harnisch. Graf Arnim bezeichnete sie am 13. Februar als Angriff auf das monarchische Prinzip und als geeignet, die provinz in eine bewußte Opposition gegen die Regierung zu ıen, sie zu einem Verkennen der landesherrlichen Rechte zu ver- und damit die innere Sicherheit des Staates zu gefährden.[1]) springende Punkt war allerdings hier deutlich in die Erscheinung en. Die Regierung wollte von einer irgendwie garantierten ıffung, von einer konstitutionellen Monarchie, nichts wissen. Der z wollte trotz der ständischen „Verfassung" doch unumschränkter arch bleiben; eine teilweise Entäußerung der Machtvollkommenheit Souveräns zugunsten der Teilnahme des Volkes an der Staats- lt verstieß gegen das „monarchische Prinzip des preußischen

---

[1]) Graf Arnim führte über diese Angelegenheit einen Briefwechsel mit dem Regierungspräsidenten v. Gerlach und dem rheinischen Oberpräsidenten ıaper, der den Artikel Beckeraths zum Druck zugelassen hatte, nicht weil Ansichten des Verfassers („eines zwar liberal gesinnten, doch sehr wohl- nden und ehrenwerten Mannes") gebilligt hätte, sondern weil er glaubte, ruckverweigerung würde in der Provinz sehr schädlich wirken. Arnim agte aber den Abdruck in anderen Zeitungen und entwickelte Schaper iber Ansichten über die Notwendigkeit einer „besondern" Behandlung ındtagsabschiede als subjektiver Äußerungen des Landesherrn durch die r, die dieser jedoch nicht als gesetzlich begründet anerkennen wollte ebruar; die Angelegenheit wurde dann noch lange weiter verhandelt).

Staates", war ein Kennzeichen der vom König verabscheuten, „in andern Ländern geltenden modernen Repräsentativverfassungen".

Urteile der Regierungsbehörden aus denselben Tagen offenbaren ihre für diese Zeit überhaupt charakteristische Unfähigkeit, in Menschen und Dingen das politisch Brauchbare von dem Wertlosen zu unterscheiden. Die offenkundige Mißstimmung der rheinischen Bevölkerung gehe jetzt, so legten ihre Berichte dar, nicht von der untern Volksklasse aus, wie in der Zeit des kölner Kirchenstreits, sondern von den gebildeten Ständen und den wohlhabenden Klassen der Gesellschaft, welche sich in den Erwartungen, die sie beim Regierungsantritt des Königs hegten, getäuscht fänden und ihre Ideen von Volksvertretung und Freiheit der Presse um jeden Preis verwirklicht sehen möchten. Es gehörten dazu hauptsächlich die Advokaten, Ärzte und Kaufleute, welche zu einer größeren Bedeutung zu gelangen wünschten; denn daß sie, wie sie vorgäben, nur das Wohl des Landes im Auge hätten, glaube ihnen niemand.[1]) Solche Urteile blieben, mochten sie auch in vielen Einzelfällen zutreffen, doch an der Oberfläche haften und bewiesen vor allem wieder die dem Beamtentum eigentümliche Geringschätzung des Bürgertums. Erleichtert atmeten die Behörden auf, als im April 1844 das erwähnte Spekulationsfieber auf dem Gebiete des rheinischen Eisenbahnwesens die Aufmerksamkeit für einige Zeit von der Politik ablenkte. Die Vorbereitungen zu großen industriellen Unternehmungen hätten, so konstatierten sie mit Befriedigung, wenigstens das Gute, daß sie den Gemütern Beschäftigung gewährten und sie der Politik und den sogenannten Tagesfragen entzögen.[2]) Die Bureaukraten waren noch immer zufrieden, wenn die Teilnahme des beschränkten Untertanenverstandes an den öffentlichen Fragen

[1]) Bericht des Oberpräsidenten v. Schaper an den Minister Graf Arnim, Koblenz 1844 Februar 2. Ähnlich lautet ein Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel vom 1. November 1844: 'Die Notabilitäten des industriellen Kreises der Bevölkerung sprechen gern über politische Fragen, und wenn man ihr Urteil näher verfolgt, so findet man leicht, daß solches fast immer den finanziellen Nutzen oder die Erhöhung des persönlichen Ansehens zur Grundlage hat. Diese Leute lieben nichts weniger als den Schatten, spielen dagegen wie Mücken im Sonnenschein und sind mit allem zufrieden, sobald sie sich persönlich geschmeichelt sehen'.

[2]) Berichte des Kölner und des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 1. und 8. Mai 1844.

lücklich wieder einmal ausgeschaltet und das Feld der Politik ihnen llein vorbehalten war.

Im Schoße der Regierung selbst herrschte aber über die Weiterntwicklung der Verfassungsfrage noch keineswegs Übereinstimmung. raf Arnim hatte im September 1843, veranlaßt durch die geeigerte politische Bedeutung der Landtage dieses Jahres, in einem romemoria an den Prinzen von Preußen und die vom König einsetzte ständische Immediatkommission die Frage erörtert, auf welche Weise fernerhin der Gefahr vorgebeugt werden könne, daß die Provinallandtage die Verfassung des Staates untergrüben, statt sie zu stützen. r glaubte sich im Einklang mit den Wünschen des Königs zu befinden, enn er die Provinziallandtage als dasjenige ständische Institut rffaßte, welches „das eigentliche und hauptsächliche für Preußen" eiben sollte. Er sprach sich für erneute Beschränkung der Publizität eser Landtage und für Einschränkung des 1843 so sehr stark ausnutzten Petitionsrechts auf lokale und provinzielle Fragen aus, lls nicht etwa der König die ständischen Institutionen weiter ausdehnen und eine allgemeine ständische Versammlung zu bilden illens sei. Dem widerriet er aber im Hinblick auf die augenblickliche olitische Lage auf das bestimmteste. Die Erfahrung lehre, daß die rrschenden, von den französischen Ereignissen beeinflußten Zeitideen berall die Aufgabe der Stände statt in der Stützung der königlichen Macht und der Erhaltung der bestehenden Rechte in der Schmälerung er ersteren und in der sofortigen Umformung oder Vernichtung er letzteren mittelst konstitutioneller Formen erblickten.[1]) Der König lbst hielt jedoch an seiner Absicht, die ständische Verfassung weiter ı entwickeln, fest. Es entsprach durchaus der Wirklichkeit, wenn ıan am Rhein glaubte, daß er ein unmittelbar aus dem Volke zu m redendes Organ neben seiner Verbindung mit dem Volke durch ie Glieder des Beamtentums zu haben wünschte. Das Staatshuldengesetz von 1820 und das Grundgesetz der provinzialständischen Verfassung von 1823 wiesen ausdrücklich auf eine allgemeine Versammlung der Stände hin, und die Bedenken, welche die Umgebung es Königs, an ihrer Spitze Prinz Wilhelm, über die aus einer lchen Versammlung sich ergebenden Selbständigkeitsgelüste aus-

---

[1]) Promemoria des Grafen Arnim vom 15.—25. September 1843.

sprachen, machten auf ihn keinen Eindruck. In seinem Kopfe verdichteten sich bis zum Ende des Jahres 1844 die seither wenig bestimmten Pläne dahin, daß er die Provinziallandtage in der bisherigen Form für die periodischen Verhandlungen über die Angelegenheiten der Provinzen bewahrt wissen, daneben aber regelmäßig — etwa alle vier Jahre — die Vereinigten Ausschüsse zur Beratung allgemeiner Gesetze, und endlich auch von Zeit zu Zeit, nicht periodisch sondern nach seinem freien Ermessen, die sämtlichen Provinziallandtage zu einem großen Vereinigten Landtag berufen wollte, der in Friedenszeiten neue Anleihen und Steuern zu bewilligen sowie über einzelne allgemeine Gesetze ihm seinen Beirat zu erteilen hätte.[1] Unbedingt verweigern wollte er aber eine geschriebene Verfassung, als den Ausdruck einer Teilung der gesetzgebenden Gewalt zwischen König und Volk, und das System einer repräsentativen Volksvertretung nach einem mechanisch, zahlenmäßig berechneten Verhältnis der Gewählten zu der Bevölkerung des Staates.[2]

Im Januar 1845 verbreitete sich durch die Presse das Gerücht, daß der König Reichsstände gewähren und den nächsten Provinziallandtagen eine Eröffnung darüber zugehen lassen werde; es weckte am Rhein lebhafte Hoffnungen. Soweit waren die Dinge allerdings noch nicht. Seit November 1844 hatten im Ministerium die Vorbereitungen für die Landtage begonnen. Graf Arnim wollte vorher seine Absicht einer Einschränkung des Petitionswesens und der Publizität durchführen, den Kampf mit der fortschrittlichen Bewegung im Volke also wieder mit den kleinlichen Mitteln des Polizeistaates eröffnen. Durch Vermittlung des Oberpräsidenten ließ er die Zensoren belehren, daß sie alle Aufforderungen der Presse an die Stände, solche Anträge wieder zu erörtern, welche von ihnen schon einmal vor den Thron gebracht und in den Landtagsabschieden mit Bestimmtheit zurückgewiesen worden, als „Aufrufe zu einem ungesetzlichen

[1]) Ranke, in der Allgemeinen Deutschen Biographie VII, 745 ff.; Treitschke a. a. O. V, 271; Meinecke, Hermann v. Boyen II, 581 ff.

[2]) Das Zahlenverhältnis der vorhandenen Stände stimmte zwar in den verschiedenen Provinzen nicht überein, wies aber allerwärts eine übermäßige Bevorzugung des Ritterstandes auf. Eine von Mevissen angestellte Durchschnittsberechnung ergab, daß bei den Wahlen für den Stand der Ritter 17 Stimmen ebensoviel wogen wie 25000 Stimmen beim Stand der Städte und 85000 Stimmen bei den Landbewohnern (vgl. Band II S. 212).

Verfahren" rundweg vom Druck auszuschließen hätten.[1]) Er fand aber mit dieser Auffassung weder beim Justizminister Uhden noch auch beim Oberzensurgericht Beifall. Die rheinische Presse griff denn auch die Erörterung der die Provinz bewegenden Fragen sofort mit nachdrücklichem Eifer auf.

Die Fragen der Preßfreiheit und der Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, der neuerdings durch ein Gesetz vom 29. März 1844 wieder beeinträchtigten Unabhängigkeit des Richterstandes,[2]) der stärkeren Vertretung von Industrie und Gewerbsamkeit in den Ständen der Provinz, der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer u. a. traten überall wieder hervor. Seit Mitte Januar 1845 begann dann in den rheinischen Städten durch planmäßige Organisation von Versammlungen der Notabeln eine lebhafte Agitation, welche in Übereinstimmung mit einer gleichzeitig in Ostpreußen wieder einsetzenden Bewegung[3]) durch Petitionen an den Landtag dahin wirken wollte, daß derselbe die Einrichtung von Reichsständen als Erfüllung der Verheißungen des Jahres 1815 vom König erbitten solle. Diese große politische Frage trat sofort in den Mittelpunkt der Erörterung. In dem schnellen Fortschritt der letzten Jahre hatten die positiv gerichteten Tendenzen endgültig die Führung gewonnen, mochten auch die rheinischen Regierungsbehörden wiederum mit Befriedigung konstatieren, die Bewegung beschränke sich wesentlich auf die höheren Stände, und wenn diese auch den Mittelstand für die Petitionen zu interessieren suchten, so hätten die denselben zugrunde liegenden Ideen offenbar den Weg in das Bewußtsein der Menge noch nicht in dem Maße gefunden, wie es früher bei der Frage nach Abänderung der bestehenden Rechtsinstitutionen der Fall gewesen. Auch Mevissen beteiligte sich lebhaft an der beginnenden Petitionsbewegung, die in den größeren Städten der Provinz sofort zu dem gewünschten Ergebnis führte. Er hatte mit Rücksicht auf sein jugendliches

---

[1]) Verfügung Arnims vom 12. Dezember 1844, an sämtliche Oberpräsidenten gerichtet.

[2]) H. Simon, Die preußischen Richter und die Gesetze vom 29. März 1844 (Leipzig 1845); Köln. Zeitung 1844 Nr. 189, 217; Triersche Zeitung Nr. 208.

[3]) Vgl. J. Jacoby, Das königliche Wort Friedrich Wilhelms III., eine den preußischen Ständen überreichte Denkschrift (vom 16. Dezember 1844 datiert), Paris 1845. Diese Schrift wurde am Rhein viel gelesen.

Alter auch jetzt noch nicht das Mandat als Abgeordneter erstreben können, aber die eifrige Mitarbeit an der entscheidenden politischen Aufgabe war ihm in dieser Zeit, wo ihn schon die Angelegenheit des 'Allgemeinen Hülfs- und Bildungsvereins' eng mit den öffentlichen Dingen verknüpfte, drängendes Bedürfnis. In Köln bemühte er sich zusammen mit Dagobert Oppenheim und Dr. Claessen, in seiner Heimat mit den dortigen Freunden, die Unterzeichnung der Petitionen in Schwung zu bringen,[1]) welche die Reichsstände verlangten, um, wie sie ausführten, die Verbindung der preußischen Landesteile zu vollenden, an die Stelle einseitiger Provinzialansichten ein einiges Nationalinteresse zu setzen, um die Sicherheit Preußens und Deutschlands zu erhöhen und die ungestörte Fortentwicklung der Staatseinrichtungen auf gesetzlichem Wege zu verbürgen. Das gemeinsame Wirken im Schoße der Direktion der Rheinischen Eisenbahn diente Mevissen dazu, die politische Verbindung zwischen Köln und Aachen fester zu knüpfen, und da es schon jetzt feststand, daß im nächsten Jahre Neuwahlen der Provinzialstände stattfinden würden, so bereitete er sich planmäßig durch das Studium der früheren Landtagsverhandlungen wie durch Verhandlungen mit einflußreichen Persönlichkeiten seines Wahlkreises auf seine Kandidatur vor.

Am 9. Februar wurde der Landtag in Koblenz eröffnet; die Verhandlungen dauerten bis zum 2. April. Mevissen brachte wiederholt mehrere Tage in Koblenz im Kreise der politischen Freunde und Gesinnungsgenossen Camphausen, v. Beckerath und Hansemann zu, von denen der letztere hier seine parlamentarische Laufbahn begann. Am 16. Februar schrieb er nach Köln, daß die Stimmung bei der Majorität der Abgeordneten entschieden liberal sei und daß besonders die kölner Petitionen einen starken Eindruck gemacht hätten. Protokollführer des Landtags war der Abgeordnete Wergifosse aus Düren, ein naher Freund Mevissens. Die Veröffentlichung der Verhandlungen durch die Zeitungen war durch die beschränkenden Verfügungen der Regierung erst spät, nach zehn bis vierzehn Tagen, und auch dann nur gekürzt und ohne die Namen der Redner, möglich. Mit

[1]) Die kölner Petition für Reichsstände ist vom 16. Januar datiert, sie wurde in den nächsten Tagen unterschrieben.

bitterer Schärfe führte Camphausen auf diesem Landtage aus, wenn es schon ein politisches Wagnis darstelle, in den Protokollabdrücken die Nennung der Redner zu gestatten, so könne daraus kaum etwas anderes gefolgert werden, als die Unerläßlichkeit einer anderen Vertretung, welche die Regierung der traurigen Befürchtung enthebe, daß es staatsgefährlich sei, wenn der Vollmachtgeber wisse, was der Bevollmächtigte tue. Es gelang Mevissen mit Hilfe von Wergifosse, wenigstens über die wichtigsten Verhandlungen seit Mitte Februar schon vorher eingehende Berichte mit den Namen der Redner zusammenzustellen, die insgeheim in großer Auflage gedruckt und in Köln und am Niederrhein verbreitet wurden, zum großen Verdruß der Regierung, die sich vergebens bemühte, dieser verwegenen Umgehung der Zensur auf die Spur zu kommen, und eine Zeitlang eine polizeiliche Untersuchung plante, da die auf diesem Wege verbreiteten Berichte im Publikum das lebhafteste Interesse weckten.

Politisch weitaus am bedeutsamsten waren die Verhandlungen über die Frage der Reichsstände.[1]) Diese Verfassungsfrage trat durchaus in den Mittelpunkt der Tagung.[2]) Ihr eigentlicher Träger war Camphausen.[3]) Der von ihm formulierte schriftliche Antrag war ausgezeichnet, und seine mündlichen Ausführungen in der entscheidenden Sitzung vom 10. März waren in hohem Grade wirkungsvoll. Er betonte nachdrücklich, daß die Rheinländer keine Separatisten seien, daß sie aufgehen wollten in der Einheit des Vaterlandes und bereit

---

[1]) Vgl. Bremer Zeitung 1845 Nr. 54 (vgl. auch Nr. 17, 22, 27, 35, 42); Weserzeitung 1845 Nr. 355, 357, 390. Diese beiden Zeitungen enthalten gute Berichte über die Vorgänge dieses Landtages; die rheinischen Zeitungen waren durch die Zensur beschränkt. Die Verbindung mit Bremen stellte Dr. Karl Andree (der bekannte spätere Geograph) her. Er war damals (1843—45) Redakteur der Kölnischen Zeitung, ging aber bald darauf an die Bremer Zeitung über (vgl. Globus, Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde XXVII (1875), 307). Er war mit Mevissen nahe befreundet. Dieser stand den Artikeln der Bremer Zeitung nahe, doch scheinen sie nicht direkt von ihm geschrieben zu sein.

[2]) Für die übrigen Verhandlungen vgl. Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg. von K. Biedermann I (1846) S. 119ff.; Hansemann, Die politischen Tagesfragen mit Rücksicht auf den Rheinischen Landtag (1846), und Bergengrün a. a. O. S. 311ff.

[3]) Vgl. A. Caspary a. a. O. S. 88ff.

seien, mit ihrer Besonderheit in den einigenden Bund der Provinzen einzutreten. In Charakter und Gesinnung lägen keine die Verschmelzung hindernden Elemente, und daß sie vollständig werde, habe die Rheinprovinz in ihrem besonderen Interesse zu wünschen. Wenn von Seiten der Regierung sich neuerdings, und zwar, wie Camphausens Antrag voraussetzte, gegen den Willen des Königs, das Bestreben geltend mache, die Provinzialstände auf die Erörterung unbedeutender lokaler Verwaltungsdetails zu beschränken, so dürften es nun die Stände ihrerseits nicht länger verschieben, den Monarchen um die Gewährung der in dem Besitzergreifungspatente vom 5. April 1815 der Rheinprovinz versprochenen, in der Bundesakte verbürgten und durch das Gesetz vom 22. Mai 1815 verheißenen Repräsentation des Volkes zu bitten. Daß der König in dem Landtagsabschied von 1843 seine abweichende Willensmeinung zum Ausdruck gebracht habe, dürfe die Stände nicht abhalten; sie seien keineswegs berechtigt, die Unveränderlichkeit des königlichen Willens zu unterstellen. Das deutsche Volk habe ein Recht, seine Vertretung zu verlangen. „Durchsuchen Sie alle Jahrhunderte der bekannten Geschichte, durchsuchen Sie die ganze Erdfläche, und wenn Sie das zweite Beispiel eines Volkes finden, welches, dem deutschen Volke an Sittlichkeit, Intelligenz und Zivilisation gleichstehend, unter der Herrschaft angestammter Fürsten mit dem uns gewährten Maße politischer Rechte sich begnügt hätte oder begnügte, so wollen wir auf deren Erweiterung getrost für immer verzichten. Ein solches Volk hat nicht existiert und wird nicht existieren; wir dürfen keine Ehre darin suchen, in dieser Beziehung einzig dazustehen in der Geschichte und in der Welt."

In den Debatten über diesen Punkt trat zum erstenmal eine klare Gruppierung des politischen Parteiwesens am Rhein zutage.[1]) Freiherr Max v. Loë und F. v. Bianco, die Führer der feudalen Partei, denen in der nur aus Grundbesitzern zusammengesetzten provinzialständischen Vertretung zugleich die Wahrung der ultramontanen Interessen zufiel, huldigten dem alten geburtsständischen System in dem Sinne einer konsequenten politischen und sozialen Privilegierung des grundbe-

[1]) Sitzungsprotokolle des achten Rheinischen Provinziallandtags (Koblenz, 1845) S. 108—152. Die fehlenden Namen der Redner müssen allerdings aus den handschriftlichen Protokollen ergänzt werden.

sitzenden Adels sowie der Fortdauer des Provinzialismus. Sie waren durchaus gegen jede Weiterentwicklung staatlicher Zentralisation, weil sie in ihr „die größte Gefahr für die ständischen Freiheiten" erblickten. Gegenüber solchen Fürsprechern einer überwiegenden ständischen Ungebundenheit und einer Trennungspolitik, wie sie in diesem Umfang doch auch den Ansichten der Regierung keineswegs entsprachen,[1]) vertrat die liberale Partei die entschlossene Durchführung des einheitlichen Staatsgedankens auch in der Volksvertretung. Die Reichsstände sollten den Provinzialismus beseitigen, die Staatsgesinnung im Volk beleben und die Bande zwischen Fürst und Volk enger knüpfen. Die Volkstümlichkeit der Regierung sollte das Ansehen des Königs und die Kraft staatlicher Exekutive erhöhen. Man war überzeugt, daß die Beseitigung ständischer Privilegien einen außerordentlichen Machtzuwachs der Krone bewirken werde, während die im Banne des „christlich-germanischen Prinzips" verharrende Monarchie sich von der gegenteiligen Auffassung noch nicht zu befreien vermochte. Darin stimmten die Führer Camphausen, Hansemann und v. Beckerath völlig überein; der letztere betonte außerdem noch nachdrücklich die Bedeutung, welche Preußens Übergang zum Verfassungsstaat für seine führende Stellung in Deutschland haben werde.

Für die Zusammensetzung der Reichsstände aber sollte entscheidend sein, daß wirklich die Mehrheit der materiellen und der geistigen Volkskräfte durch sie zum Ausdruck gebracht würde. Ob die Abgeordneten in der Weise des Repräsentativsystems ohne Rücksicht auf die berufsständische Gruppierung der Gesellschaft durch Zensuswahl bestimmt würden, oder ob das bestehende, den Grundbesitz einseitig privilegierende ständische System in einem der wirklichen Bedeutung der verschiedenen Berufsstände entsprechenden Sinne fortentwickelt würde, betrachtete man als minder wichtig. Theoretisch wollte allerdings Camphausen das ständische Prinzip überhaupt nicht als berechtigt anerkennen. Er bezeichnete es vielmehr als eine Aufgabe der Zukunft, die politische Ausprägung ständischer Gruppen allmählich mehr und mehr zu beseitigen. In der Tat entspricht

---

[1]) Vgl. dazu H. Hälschner, Die preußische Verfassungsfrage (Bonn 1846) und H. v. Sybel, Die politischen Parteien der Rheinprovinz (Düsseldorf 1847) S. 1ff. Die mittlere Auffassung der Regierung selbst hatte auf dem Landtag so gut wie keine Vertreter.

auch in der geläuterten Form, wie sie am Rheine vertreten war (S. 211, 252), die berufsständische Gliederung nicht dem Gedanken des homogenen Staatsbürgertums, und sie wird, so große Vorzüge sie sonst besitzt, doch stets die Eigenschaft der Abgeordneten als Vertreter des Gesamtvolkes einigermaßen gefährden.[1]) Aber Camphausen hielt doch dafür, daß sich in bezug auf die praktische Wirkung eine berufsständische Monarchie nicht weit von dem repräsentativen System entferne, wenn nur auch in ihr die Vertretung des Volks verfassungsmäßig garantierte Rechte erhielt. Alle theoretischen Erwägungen suchte er übrigens möglichst fernzuhalten. „Wir sind nicht berufen, uns in eine Erörterung staatswissenschaftlicher Lehrsätze einzulassen; wir, eine Versammlung praktischer Männer, haben nicht den Streit der Gelehrten unserer Beratung und Abstimmung zu unterwerfen, nicht der einen oder der andern staatsrechtlichen Theorie den Preis zuzuerkennen". Weder den abstrakten naturrechtlichen Vorstellungen von angeborenen politischen Rechten noch der Idee einer Vereinbarung der Verfassung zwischen Fürst und Volk, wie sie in Württemberg verwirklicht worden war, gab man sich am Rheine hin, und gegen die vulgäre Theorie von der Volkssouveränetät protestierte Camphausen ausdrücklich.[2]) Man stand auf dem Boden geschichtlicher Entwicklung und erstrebte mit behutsamer Mäßigung politische Rechte vermittelst einer ungestörten Fortbildung der Staatseinrichtungen auf dem gesetzlichen Wege. Die Monarchie sollte dem Kulturzustande des zur Mündigkeit herangereiften Volkes Rechnung tragen und in Erfüllung ihrer alten noch uneingelösten Verheißungen aus der unbeschränkten Machtfülle, die sie augenblicklich in Händen

---

[1]) Vgl. G. Meyer, Das parlamentarische Wahlrecht (hrsg. von G. Jellinek, 1901) S. 430ff.

[2]) Die Regierungsorgane zeigten auch in dieser Frage ihr mangelndes Unterscheidungsvermögen. So schrieb der Aachener Regierungspräsident v. Wedell am 2. März 1845 an Graf Arnim, das Prinzip der Volkssouveränetät blicke in den Reden usw. des Landtags überall durch und mahne daran, daß es hohe Zeit sei, bald die Grenzen fest zu bestimmen, innerhalb deren die verheißene Entwicklung der ständischen Verfassung stattfinden dürfe. Die „ultraliberale" Partei benutze die herrschende Ungewißheit nach Kräften, und ihr Einfluß werde gewiß wesentlich zunehmen, wenn nicht bald gezeigt werde, daß nicht bloß das Staatsministerium, sondern der König selbst einer Entwicklung, wie ihr beim Landtag jetzt das Wort geredet werde, entgegen sei.

hatte, nach freiem Entschluß wie nach eigener Schätzung[1]) das zum Staatswohl, zur gemeinsamen Feststellung der allgemeinen Tendenz der Staatsverwaltung Erforderliche abtreten, aber als verfassungsmäßiges Recht, als für die Zukunft garantierten Besitz. Diese formalen Rechtsgarantieen waren es, was die monarchisch-konstitutionelle Auffassung der Rheinländer von der monarchisch-absolutistischen der Regierung scharf trennte. Noch immer hielt der König daran fest, mit absolutistischer Willkür den Provinzialständen nur diejenigen Vorlagen zu unterbreiten, die ihm dazu geeignet schienen, und die Regierung scheute sich nicht, in bedenklichster Weise Rechtsbegriffe zu interpretieren, um unbequeme Vorlagen zu unterdrücken, zu denen sie nach den Bestimmungen der Grundgesetze für die Provinzialstände vom Jahre 1823 verpflichtet war.[2])

Dieses liberale Verfassungsprogramm des Landtags vom Jahre 1845 entsprach vollkommen den Anschauungen, welche Mevissen seit längeren Jahren (S. 190) für sich entwickelt hatte und für die er seither stets eingetreten war. In seinen Aufzeichnungen aus eben diesen Tagen formulierte er sie aufs neue, und er hat sie, wie wir sehen werden, in den Jahren 1847 und 1848 auch als Abgeordneter vertreten. Es bedarf keiner Ausführung, wie weit dieses Programm von den französisch-belgischen Verfassungsformen abwich. Von der für diese entscheidenden Vorstellung vom souveränen Volk als der Quelle des politischen Rechts war hier überhaupt keine Rede.[3]) Man griff in der Landtagsdebatte wiederholt auf die der eigenen gleichartige ältere Auffassung des Freiherrn vom Stein zurück. Wie dieser große Reformator des preußischen Staatswesens erstrebte man den verfassungsmäßigen Anteil des Volks am Staate zu dem Zweck, die

---

[1]) Ganz so, wie man es seit 1831 für die kommunale Selbstverwaltung erstrebte (oben S. 270).

[2]) A. Arndt, im Archiv für öffentliches Recht 17 (1902) S. 580ff.

[3]) Am meisten zur Anlehnung an französisch-belgische Verfassungsformen (hoher Zensus für das aktive, geringer Zensus für das passive Wahlrecht) neigte von den Führern des rheinischen Liberalismus Hansemann, der einzige von ihnen, der kein geborener Rheinländer war (geb. in Finkenwerder bei Hamburg). Er brachte diese Ansichten übrigens auf diesem Landtag nicht, wohl aber in Denk- und Druckschriften wiederholt zum Ausdruck (oben S. 217 f., Bergengrün l. c. S. 109, 111, 113, 271). Seine Ansichten sind vielfach irrtümlicherweise als die im rheinischen Kreise allgemein maßgebenden betrachtet worden.

Kraft des Staates zu erhöhen und durch eine lebendige Gemeinschaft des Staatswesens die den Provinzen fehlende historische Gemeinschaft zu ersetzen. Und man wollte alles aufwenden, um der Regierung darzutun, daß es tatsächlich im Staatsinteresse liege, wenn sie nunmehr auf ihre Omnipotenz verzichte und den Verheißungen von 1815 gemäß selbst eine friedliche Überleitung des Staatswesens in moderne, konstitutionelle Formen anbahne.

Die Majorität des Landtags stand zweifellos auf diesem Boden. Wenn es trotzdem bei der Abstimmung nicht zu der erforderlichen Zweidrittel-Majorität für eine an den König zu richtende Petition um Reichsstände kam, so lag das daran, daß mehrere Deputierte es gegenüber dem Landtagsabschied von 1843 für inopportun hielten, den König durch einen Antrag zu drängen. Mevissen, der gelegentlich dieses Landtags Charakterskizzen einer Anzahl von namhaften rheinischen Abgeordneten niederschrieb,[1] kritisierte scharf die unpolitische Haltung dieser Gouvernementalen quand même, die die weitere Entwicklung ausschließlich der Gnade des Monarchen anheimgeben wollten, statt ihm die zum Wohl des Ganzen erforderlichen Wünsche auszusprechen. Auch der in den wirtschaftlichen Zielen so nah mit ihm verbundene F. Diergardt vertrat diesen unzulänglichen Standpunkt, 'der es für Frevel erachtet, den Augenblick der Befriedigung berechtigter Volkswünsche durch Landtagsadressen, liberale Voten und entschiedene Manifestationen irgendwelcher Art zu beschleunigen'. Durch besonders geschickte Handhabung der Geschäftsordnung gelang es der liberalen Partei schließlich doch noch, wenn auch keine Petition an den König, so doch einen mit 55 gegen 16 Stimmen beschlossenen Auftrag an den Landtagsmarschall, den Fürsten von Solms-Lich, zu formulieren, wonach dieser dem König anzeigen sollte, daß der Landtag in seiner großen Majorität eine reichsständische Verfassung als unabweisbares Bedürfnis für das Wohl der Provinz betrachtete.

So schlossen diese Verhandlungen des achten rheinischen Landtags doch mit einer Art von politischer Mündigkeitserklärung der Rheinlande. Im Widerspruch mit der Erklärung des regierenden Königs, daß die Verheißungen von 1815 unverbindlich für ihn seien, war von den gesetzlichen Vertretern der Provinz ausdrücklich ein

---

[1]) Anscheinend für eine Veröffentlichung, die jedoch unterblieben ist.

Rechtsanspruch des Volkes auf eine Verfassung kraft jener Verheißungen behauptet und von der Majorität anerkannt worden. Der Eindruck dieses Vorganges im übrigen Deutschland war bedeutend. Die Verhandlungen über die Reichsstände wurden als ein Meisterstück parlamentarischer Diskussion anerkannt, wodurch die Führer ihre Befähigung erwiesen hätten, Vertreter eines großen intelligenten Volkes und kundige Ratgeber einer vorwärtsstrebenden Regierung zu sein.[1]) So zweifellos aber die von warmem Patriotismus und reifem Verständnis zeugenden Landtagsverhandlungen den Höhepunkt des politischen Lebens am Rhein bis dahin darstellten, so hatten sie doch bei der Masse des Volkes bei weitem nicht so rege Teilnahme gefunden, wie die Verhandlungen des Jahres 1843. Die politisch unreife öffentliche Meinung wurde, auch außerhalb der grundsätzlich abseits stehenden proletarischen Gruppen, von der entscheidenden Verfassungsfrage viel weniger bewegt, als von den Fragen des rheinischen Rechts und der Kirchenpolitik. In den Vordergrund gerückt wurde die Verfassungsfrage nur durch die politischen Köpfe unter den Vertretern des Handels und der Industrie, welche einen ausreichenden persönlichen und sozialen Einfluß auf einen weiteren Kreis und auf die rheinische Presse besaßen, um in einer von politischen Gegensätzen bewegten Zeit eine genügende Anhängerschaft an sich zu fesseln. Fortan bahnten sie auch zu den politischen Köpfen aus dem Kreise der Bildung, zu Männern wie Dahlmann und Arndt in Bonn, die selbst als Nichtgrundbesitzer in dem provinzialständischen Institut nicht zur Geltung gelangen konnten[2]), persönliche Verbindungen an. Von einer nachhaltigen Erörterung der Verfassungsfrage in der Öffentlichkeit war aber nach dem Schluß des Landtags keine Rede. Die Regierungsorgane am Rhein äußerten sich schon im April sehr zufrieden, daß man kaum noch vom Landtage sprechen hörte, und daß mit dem Frühjahr wieder ein so reges Schaffen und Wirken im Bereich der

[1]) Weserzeitung 1845 Nr. 398. — Einen ebenso bedeutenden Eindruck machte am Rhein, und speziell auf Mevissen (Brief vom 12. Juni), die Rede, welche der Abgeordnete G. v. Vincke auf dem Westfälischen Landtag dieses Jahres (am 14. März) für die Reichsstände hielt (gedr. in Wigands Vierteljahrsschrift IV, 1845, S. 90ff.).

[2]) Dahlmann und Arndt hatten im Januar die Bonner Petition in Sachen der Reichsstände an den Landtag von 1845 mitunterschrieben.

materiellen Interessen einsetzte, daß der größere Teil des Publikums von anderen Gegenständen wenig Notiz nahm.[1])

Ein bestimmtes positives Programm der liberalen Partei am Rhein war aber nunmehr vorhanden, die liberale Partei hatte die Majorität auf dem Landtage und auch im Lande, soweit der Mittelstand überhaupt am politischen Leben ernsthaft teilnahm, und wenigstens einige bedeutende Persönlichkeiten waren entschlossen, auf Grund dieses Programms die politische Bewegung in Preußen, in der man nun in die erste Reihe eingerückt war, in Atem zu halten. In diese Gruppe war Mevissen, wenn auch vorderhand noch nicht als Abgeordneter, eingetreten. 'Die Politik kann nun wohl wohl wieder für 1 1/2 Jahre ruhen', schrieb er seinen Verwandten am 29. März, 'im nächsten Jahre aber wird es in unserer Heimat zum heftigen Wahlkampf kommen; die Regierung wird alles aufbieten, mich vom Landtage fernzuhalten, da ihr schon jetzt mein Einfluß auf eine Anzahl von Deputierten höchst unbequem ist'.

Elftes Kapitel.

Kölner Bankprojekt. Kölner Bergwerksverein. Freihandel und Schutzzoll. (1845.)

Mit dem kölner wirtschaftlichen Leben war Mevissen inzwischen völlig verwachsen. Am 19. März 1844 war er zum stellvertretenden, am 4. März 1845 zum wirklichen Mitglied der Kölner Handelskammer gewählt worden. Mit stetigem Eifer beteiligte er sich an der gründlichen Erörterung der schwebenden Handelsfragen, welche in der führenden rheinischen Kammer unter L. Camphausens planvoller Leitung herkömmlich und durchweg von allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt war. Die Einsicht des Kaufmannsstandes in seine wahren Interessen während einer Zeit voll neuer Ansätze auf allen Gebieten wurde durch diesen Meinungsaustausch der sich vielfach kreuzenden und häufig wechselnden Interessen vertieft, zugleich der vorhandene Unternehmungsgeist in richtige Bahnen geleitet. Auf Jahrzehnte hinaus sind die fruchtbaren Anregungen dieser be-

---

[1]) Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel 1845 Mai 2.

deutsamen Epoche im kölnischen und rheinischen Wirtschaftsleben wirksam geblieben. Das Vertrauen, das die kölner Kaufmannschaft schon damals in Mevissen setzte, äußerte sich auf vielfache Weise. Besonders wurde sein sachverständiges Urteil in den Fragen der Kapitalassoziation allgemein anerkannt. Im Laufe des Jahres 1844 stellten sich bei der Dampfschiffahrtsgesellschaft Schwierigkeiten heraus. Ihr verdienter Gründer und selbstherrlicher Präsident H. Merkens, der das Unternehmen längere Zeit hindurch mit bestem Erfolg geleitet hatte, war gealtert und dem vermehrten Umfang der Geschäfte nicht gewachsen. Eine Generalversammlung der Aktionäre vom 28. Dezember 1844 war genötigt, eine besondere Kommission zur Untersuchung der Lage der Gesellschaft zu wählen, Mevissen wurde ihr Vorsitzender. Die im Laufe des Jahres 1845 von ihm vorgenommene Revision führte zur Aufdeckung schlimmer Schäden und infolgedessen zu mancherlei persönlichen Verstimmungen, aber doch auch zu der erfreulichen Feststellung, daß das Unternehmen an sich nach wie vor gesund sei. Eine auf seinen Vorschlag im Dezember 1845 vorgenommene Verdoppelung des Aktienkapitals brachte die gewünschte Sanierung zuwege, die Gesellschaft nahm fortan wieder einen lebendigen Aufschwung.[1])

Tiefer in das aufblühende kölner Geschäftsleben griff ein Bankprojekt ein, das seit dem Herbst 1844 zwei Jahre hindurch eifrig erörtert wurde. Die Entwicklung des heimischen Kreditwesens als der notwendigen Grundlage und organisierenden Macht eines gesteigerten Wirtschaftslebens trat hier in den Gedankenkreis Mevissens ein, und sein Schaffensdrang machte sich sofort auch auf diesem Gebiete

---

[1]) Die liquiden Schulden beliefen sich nach Mevissens Berechnung vom Februar 1845 auf 522000 Taler. — Im Juli 1845 wurde die Handelskammer durch den Präsidenten des Handelsamts v. Roenne ersucht, geeignete Persönlichkeiten zu einer Beratung über das Wechselrecht zu präsentieren. Seit 1839 war das Bedürfnis nach einer Vereinbarung zwischen den Zollvereinsstaaten über ein einheitliches Handels- und Wechselrecht öfter erörtert worden. Man wollte jetzt zunächst das preußische Wechselrecht entsprechend vorbereiten. Die Handelskammer schlug (neben W. L. Deichmann und M. Hölterhoff) G. Mevissen vor. Vom Rheinland wurde aber der Elberfelder Bankier Aug. v. der Heydt, der sich seit 1840 besonders um diese Frage bemüht hatte, zu den am 1. Dezember 1845 beginnenden Verhandlungen in Berlin zugezogen.

nachdrücklich geltend, auf dem sein unternehmender Geist in den folgenden Jahrzehnten sich so hervorragend betätigen sollte.

Das Bankwesen in Preußen hatte mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht gleichen Schritt gehalten. Während des langen Friedenszustandes seit 1815 war die Bevölkerung angewachsen, der Wohlstand war vermehrt und der kaufmännische Unternehmungsgeist durch die neuen Erfindungen auf dem Gebiet der Dampfkraft vielseitig angeregt worden. Neuerdings machten besonders die Eisenbahnunternehmungen eine Vermehrung des zirkulierenden Geldes notwendig. Abgesehen von der Ritterschaftlichen Bank in Stettin, hatte seither nur die Königliche Bank in Berlin das Recht der Notenausgabe; der Wunsch der Regierung, das Geldwesen des Landes durchaus zu beherrschen, hatte dieselbe jedoch seit längerer Zeit unterbrochen. Am Rhein wurde der Mangel an Umlaufsmitteln besonders fühlbar. Schon 1828 hatte D. Hansemann in Aachen auf die Notwendigkeit einer Dezentralisation des preußischen Bankwesens hingewiesen und die Gründung einer rheinischen Notenbank auf Aktien in Anregung gebracht, ohne aber bei der Regierung durchzudringen.[1]) Der vorsichtige Geist der Regierung schreckte davor zurück, die Zahl der Aktienbanken und das Recht der Notenausgabe zu vermehren, und manche Erfahrungen im Ausland sprachen für die Richtigkeit dieser Besorgnisse in einer Zeit, wo die geeigneten Normen für Notenbankunternehmungen durch die Praxis noch nicht genügend ermittelt waren. Auch sonst war fühlbarer Mangel an zureichenden Kreditinstituten. In Köln mußten eine Anzahl von Privatbankiers, Schaaffhausen, Oppenheim, Herstatt und Stein, allein dem Bedürfnis in Stadt und Provinz genügen; sie beförderten die Gewerbsamkeit, und zwar vorwiegend in der am Rhein gewohnten Form barer Vorschüsse auf persönliches Zutrauen, brachten dabei allerdings ihre Geldmacht häufig auch in unbequemer Weise zur Geltung. Seit 1840 aber herrschte eine fast stetige Geldknappheit, und ausländisches, vor allem französisches Geld mußte vielfach die Stelle der fehlenden einheimischen Umlaufsmittel vertreten. Die Königliche Bank, die seit 1819 in Köln ein Provinzialkontor unterhielt, erwies sich mit ihrem schwerfälligen Geschäftsbetrieb dem gesteigerten Unternehmungsgeist

[1]) Bergengrün a. a. O. S. 85 ff.

genüber unzulänglich, und wie an mehreren anderen Stellen, so tstanden auch am Rhein seit dem Herbst 1844 Bankprojekte, die s Recht der Notenausgabe erstrebten und zu entsprechenden Konsionsanträgen bei der Regierung führten.

Das staatliche Bankwesen lag seit 1837 in der Hand des inisters Rother. Daß eine Vermehrung der Zirkulationsmittel twendig sei, erwiesen die wachsenden Ansprüche an die Königliche nk deutlich, aber der Minister wollte dieselbe durch die Königliche nk selbst bewirken und deren Monopol nicht preisgeben.[1]) Ihrer adition gemäß verschmähte es die Regierung wieder, diese beutsame Frage des Wirtschaftslebens mit den Vertretungen des ndelsstandes der Monarchie zu beraten oder auch nur ein Gutjten derselben einzuholen. Die Kölner Handelskammer warnte ar im Jahre 1845 vor einer fortgesetzten, dem englischen und mzösischen Vorbild nachgebildeten Zentralisation des Geldverkehrs. i Preußen werde sie die Provinzen viel stärker als in jenen ndern benachteiligen, da Berlin hinsichtlich des Umfangs und der chtung des Geldverkehrs bei weitem nicht in dem Verhältnis zur onarchie stehe, wie London zu England, Paris zu Frankreich. r Preußen bestehe die Aufgabe darin, alle Privatbanken mit em sie zu einer nationalen Anstalt erhebenden Bande zu umlingen, ohne in unnatürlicher Weise die Vereinigung in einem zigen Brennpunkte zu erzwingen. Bei dem damaligen Entwickigsstande des Kreditwesens in Deutschland, das noch ein Konglomerat r verschiedenartiger Wirtschaftsgebiete bildete, sprach vieles für diese ffassung: freie Assoziationen sachverständiger Kaufleute sollten durch ündung von privaten Geldinstituten selbständig, aber unter der ssicht der Regierung, in den verschiedenen Landesteilen dem Berfnis des wirtschaftlichen Lebens Genüge leisten, da der Zeitpunkt r eine Zentralisation des Notenwesens noch nicht geeignet war. other erblickte aber in allen Privatbankprojekten in erster Linie ersuche der Gründer, leichten Gewinn zu erzielen und die Börsenekulation zu befördern. Wie die Bureaukratie in dem politischen treben des Bürgertums nach Befreiung von dem groben Zwang

[1]) Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen I, 220ff; Treitschke a. O. V, 505; Berger, Der alte Harkort S. 322.

polizeilicher Gewalt nur niedrige Beweggründe erkannte, so setzte sie auch bei diesen Bankbestrebungen nur den engherzigsten Erwerbssinn voraus. Ihre traditionelle Überzeugung von dem ausschließlichen Beruf der Regierungsorgane zur Anregung der für das Staatswohl erforderlichen Maßnahmen deckte sich mit ihrem Unvermögen, Differenzen des in den aufstrebenden Kräften des Bürgertums waltenden Geistes wahrzunehmen. Die Befugnis zur Emission von Noten, so votierte Rother, verspreche den Gründern von Privatbanken einen sichern Gewinn von dem in gewöhnlichen Zeiten dauernd in Umlauf befindlichen Teil derselben, sie lasse das Unternehmen als zuverlässig lukrativ erscheinen und sei daher vorzugsweise geeignet, die Spekulation mit den neuen Bankaktien zu fördern. Er wollte dem vorhandenen Bedürfnis nur durch Ausgabe von zehn Millionen Taler in neuen Noten der Königlichen Bank abgeholfen sehen und richtete seit dem März 1845 wiederholt Anträge dieses Inhalts an den König.

Um dieselbe Zeit hatte sich in Köln ein Komitee gebildet, um das Projekt einer Aktienbank mit dem Recht der Notenausgabe in dieser Stadt zu betreiben, und zwar in der Absicht, 'den innern Geldverkehr zu beleben, die Entwicklung und das Gedeihen der rheinisch-westfälischen und nationalen Industrie sowie des Handels und des Ackerbaues zu erleichtern und zu heben'. Neben Mevissen gehörten demselben besonders G. Heuser, J. Seydlitz, G. Mallinckrodt, Ph. Mondt, H. Haan und der schon mehrfach von uns erwähnte Dr. F. Schulte an, der, als die Aussichten für Köln zweifelhaft wurden, außerhalb der Grenzen des preußischen Staates das vielberufene Projekt der Deutschen Nationalbank zu Dessau ins Leben rief.[1] Eine ausführliche als Manuskript gedruckte Denkschrift, welche Schulte und Mevissen gemeinsam verfaßten, entwickelte im April die zugunsten des Projekts sprechenden Gesichtspunkte.[2] Die 'Kölnische Bank' sollte mit einem

---

[1]) Vgl. oben S. 169, 245. Für die Dessauer Bank vgl. Poschinger a. a. O. I, 266 und Köln. Zeitung 1845 Nr. 233, 258, 259, 305 Beiblatt.

[2]) Die Denkschrift hat den Titel: 'Das Bedürfnis von Aktienbanken in volkswirtschaftlicher Beziehung mit besonderer Rücksicht auf die preußische Rheinprovinz' (39 S. 8°). Ein von dem provisorischen Kölner Bankkomitee ausgearbeiteter 'Statutenentwurf für die Kölnische Bank-Gesellschaft' gehört dazu. Nach § 70 sollte der Totalbetrag der auszugebenden Banknoten nicht allein zu keiner Zeit das Aktienkapital übersteigen, sondern niemals außer

Kapital von fünf Millionen Taler begründet werden, die spätere Erhöhung desselben auf die doppelte Summe sowie die Einrichtung von Filialen und Agenturen in anderen rheinischen Städten wurde in Aussicht genommen. Das englisch-schottische Vorbild wurde als im wesentlichen maßgebend bezeichnet. Es wurde ausgeführt, daß neben einem angemessenen Schutz der heimischen Industrie gut organisierte Landesbanken das beste Mittel seien, um der drohenden Krisis zu begegnen, indem sie die notwendige Mobilisierung von Geld und Kredit im großen ermöglichten. Zentralisation des mobilisierten und Mobilisierung des toten Kapitals in der Provinz, Vermehrung der Zahlungsmittel durch eine in richtigen Schranken gehaltene Notenemission, keine selbständigen Spekulationen und Gründungen sondern Stärkung der vorhandenen lebenskräftigen Äußerungen von Handel und Industrie, sowie die Emanzipation des Wirtschaftslebens von dem Druck der Geldbespoten unter den Privatbankiers waren als die nächsten Aufgaben der neuen Aktienbank erörtert. Zugleich wurde die Unmöglichkeit nachgewiesen, daß die Königliche Bank dem Bedürfnis des wachsenden Unternehmungsgeistes sich anpasse.

Das Projekt wurde im Frühjahr eifrig beraten und Dr. Schulte im Mai nach Berlin entsandt, um es dort zu vertreten. An den Verhandlungen in Köln nahmen, da die ganze Rheinprovinz interessiert war, auch auswärtige Kaufleute, unter ihnen v. Beckerath und Diergardt, teil; letzterer riet zu einem Versuch, der Regierung das Projekt dadurch angenehmer zu machen, daß man die Förderung der Sparkassen für die arbeitenden Klassen mit in das Programm aufnehme.[1]) Aber in Berlin zog man die Sache hin. Der Präsident des Handelsamts v. Roenne nahm zwar zu den Privatbanken und der Notenemission derselben eine freundlichere Haltung ein. Aber Geheimrat Beuth, der die Sache im Finanzministerium bearbeitete,

---

Verhältnis zu den in Bar oder in Gold- und Silberbarren und in preußischen vom Staat garantierten Papieren und Diskontowechseln vorhandenen Fonds der Bankkasse stehen, und es durften die zirkulierenden Banknoten diese Fonds niemals überschreiten.

[1]) Briefwechsel zwischen v. Beckerath, Diergardt, Mallinckrodt und Mevissen 1845 Juni 1, 10, 12, 17, November 15. Mevissen benutzte die langen Verhandlungen über dieses Bankprojekt, um sich durch eingehendes Studium auch über das französische Bankwesen zu unterrichten.

war ihnen ebenso wenig gewogen, wie der Minister Rother. Der letztere führte am 14. November in einer Denkschrift wiederholt aus, es handle sich bei allen vorliegenden Anträgen um nichts weiter, als um ein lukratives Geschäft der Antragsteller und Teilnehmer. Nicht nur an den Aktien sei voraussichtlich rasch und ungeheuer zu gewinnen, sondern die Institute selbst würden sich fortgesetzt den wildesten, unsichersten Spekulationen und Schwindeleien als Werkzeuge darbieten. So erhielt das kölner Projekt keine Konzession, die Idee einer preußischen Zentralbank und der Zentralisation der Notenausgabe siegte vielmehr zunächst. Der König genehmigte am 11. April 1846 Rothers Vorschläge in bezug auf die Notenausgabe der Königlichen Bank und die Umgestaltung der letzteren zu einer Aktiengesellschaft unter staatlicher Leitung durch den Hinzutritt einer Privatbeteiligung in der Höhe dieser neuen Notenausgabe, er erklärte gleichzeitig, daß Privatbanken in den Provinzen jedenfalls nicht als Aktiengesellschaften, sondern nur dann zugelassen werden sollten, wenn die Teilhaber sich solidarisch verpflichteten. Eine solche Verpflichtung war in England einst nach schlimmen Erfahrungen durchgeführt worden, und zwar mit der Wirkung, daß die Bankgründung dort ein Privilegium der reichsten Geldaristokratie wurde. Denn diese solidarische Verpflichtung war praktisch nur unter Besitzern annähernd gleicher und gesicherter Vermögen durchführbar. Die noch jungen Verhältnisse des Kapitalmarkts in Preußen und im Rheinland lagen so, daß diese Bestimmung um so mehr als Abschreckungsmittel wirkte, als keineswegs eine sichere Zusage erteilt war, daß solchen Banken auch das Recht der Notenemission wirklich zuerkannt werde. Daß die Königliche Bank in Berlin in der Tat nicht imstande war, dem wirklichen Bedürfnis der Zeit und speziell dem der rheinischen Industrie zu genügen, trat in der sich fortgesetzt verschärfenden Geldkrisis immer mehr zutage. Im April und Juli 1846 klagte die Kölner Handelskammer beim Oberpräsidenten Eichmann, die Lage der Provinz erwecke lebhafte Besorgnisse, die anhaltende Stockung des Güter- und Geldumlaufs sei im großen wie im kleinen Verkehr stark fühlbar und selbst die reichsten Häuser empfänden die Seltenheit der Zirkulationsmittel. Es sei ein trostloser Zustand, daß der Staat das Bankmonopol in Anspruch nehme, ohne daß doch seine Bank die mäßigsten Anforderungen zu befriedigen vermöchte. 'Nur ein gesundes System

gut fundierter und ineinandergreifender Privatbanken neben der Staatsbank kann dem Lande wahrhaft helfen', schrieb Mevissen kurz darauf einem Freunde.[1]) Aber erst die Gesetzgebung des Jahres 1848 verschaffte dem wirtschaftlichen Leben den bei dem damaligen Stand der Entwicklung erforderlichen Hebel größerer Bankfreiheit.

Einen ähnlichen Kampf mit den hemmenden Regierungsanschauungen hatte Mevissen gleichzeitig, allerdings mit etwas besserem Erfolg, auf einem andern Gebiete seiner sich Schritt für Schritt weiter verzweigenden Tätigkeit zu führen.

Den Bau der Köln-Mindener Eisenbahnlinie benutzte er, wie angedeutet wurde (S. 338), um an dem durch das neue Verkehrsmittel erleichterten Aufschluß der heimischen Bodenschätze als selbsttätiger Unternehmer teilzunehmen und jene organische Wechselwirkung durch das Ineinandergreifen der verschiedenen Richtungen ökonomischen Schaffens anzubahnen, die ihm seit Jahren vorschwebte. Unter den damals noch wenig erschlossenen Quellen des nationalen Reichtums stand in Preußen der Bergbau in erster Reihe. Zwar hatten im rheinisch-westfälischen Gebiet Männer wie Stein, Vincke und Harkort viel für die Hebung der Montanindustrie getan, aber im Vergleich zu den Ländern Westeuropas war man doch weit zurückgeblieben. Die unterirdischen Schätze lagen zum größten Teil noch als totes Kapital im Boden, und diese Naturkräfte in weiterm Umfange als bisher in den Dienst der Güterproduktion zu stellen, gehörte im staatswirtschaftlichen Gesamtinteresse zu den dringendsten Aufgaben der Zeit. Mangel an Kapital und an Assoziationsgeist war eine wesentliche Ursache dieser Rückständigkeit. Bei der Kostspieligkeit der Bergwerksunternehmungen, dem großen Risiko und den Schwankungen des Ertrages reichte weder die Einzelunternehmung noch auch die überlieferte Form gewerkschaftlicher Verbindung aus, als es sich darum handelte, die Kraft der Dampfmaschine im Bergbau zur Geltung zu bringen und zu Tiefbauanlagen überzugehen. In jüngster Zeit suchte sich französisches und englisches Kapital in größerem Umfang dem Berg-

---

[1]) An G. Mallinckrodt 1846 August 9. Die am 5. Oktober 1846 auf Grund der Kabinetsordre vom 11. April erfolgte Neuordnung der Königlichen Bank, welche die neuen Banknoten in Verkehr brachte, half nur einigermaßen. Vgl. auch Bergengrün a. a. O. 305ff. über einen Versuch Hansemanns, im Mai 1846 ein Konkurrenzunternehmen gegen den Kölner Plan ins Leben zu rufen.

bau und der Montanindustrie der Rheinprovinz zuzuwenden. Es war nicht unbedenklich, daß auf diese Weise die heimischen Bodenschätze benutzt wurden, um die überwiegende Kapitalmacht des Auslandes noch zu steigern. Nun stand aber auf dem Gebiet des Kohlenbergbaus durch den starken Kohlenverbrauch der Eisenbahnen und Dampfmaschinen nicht nur ein wachsender innerer Konsum in sicherer Aussicht; die Verbilligung der Frachten durch die Eisenbahnen machte vielmehr wahrscheinlich, daß die Ruhrkohle mit der ausländischen Kohle auch auf fremden Märkten in Konkurrenz treten konnte. Nach Mevissens Berechnungen schlossen seither nur die Höhe der Fracht, der hohe Kapitalzins und die übermäßigen Kosten des in kleine Teile zersplitterten und einer kombinierten Leitung ermangelnden Betriebs die Ruhrkohle von der Konkurrenz mit der englischen und belgischen Kohle aus. Nur Konzentration bedeutender Geldkräfte in der Form der Vergesellschaftung konnte seiner Ansicht nach zum Ziele führen, und er war nicht zweifelhaft, daß die erforderlichen großen Kapitalien nur successive durch Beteiligung eines möglichst großen Kreises beschafft werden könnten. Die Aktiengesellschaft, die in Frankreich auf dem Gebiete des Bergbaues schon große Erfolge erzielt hatte, bot sich ihm mithin auch für den Bergwerksbetrieb als die gegebene Form der neuen kapitalistischen Großunternehmung dar.

Ein einheitliches Bergrecht existierte damals in Preußen noch nicht, erst das Gesetz vom 24. Juni 1865 hat ein solches geschaffen. Auf dem linken Rheinufer galt das französische Berggesetz von 1810, das die Betriebsform der Aktiengesellschaften für den Bergbau anerkannte und ihm, wenn die staatliche Konzession einmal erlangt war, gegen eine Abgabe von 5 Prozent des Reinertrags an den Staat ziemliche Freiheit ließ. Auf dem rechten Rheinufer lag dagegen der gesellschaftliche Betrieb in der Hand von Gewerkschaften, die in ihrer finanziellen Gebahrung durch die rechtliche Eigenart der Kuxanteile stark beschränkt waren und, abgesehen von einer drückenden staatlichen Bevormundung des Betriebes, auch an den sehr hohen Staatsabgaben — bis zu 16 Prozent des Werts der geförderten Mineralien — schwer zu tragen hatten. Ermäßigung der letzteren hatten die rheinischen Landtage schon seit 1837 erstrebt, aber nicht erreicht.

Seit Ende 1844 beschäftigte diese Angelegenheit Mevissen stärker. Er erörterte sie wiederholt mit G. Mallinckrodt, einem der tüchtigsten

unter den damaligen Kölner Kaufleuten, der mit den Fragen des Bergbaus von Dortmund und vom Siegener Land her vertraut war.[1]) Die in Aussicht genommene Essener Gegend war zwar mit Schurfscheinen bereits ganz belegt, von den Inhabern derselben war aber ein Abbau für die nächste Zeit um so weniger zu erwarten, als sie an den schon in Betrieb befindlichen Gruben beteiligt waren und diesen keine Konkurrenz machen wollten. Seit Juni 1845 gelang es, von mehreren Besitzern solcher Kohlenmutungen, C. v. Eicken, G. Stinnes und Flashoff, nördlich von Essen im besten Kohlenrevier der Ruhr und in unmittelbarer Nähe der Stationen Alten-Essen und Berge-Borbeck der im Bau begriffenen Köln-Mindener Bahn, eine Anzahl von aneinandergrenzenden Steinkohlenfeldern und Mutungen käuflich zu erwerben, die sich zur Anlage von Tiefbauzechen eigneten. Im Sommer bildete sich ein zunächst provisorisches Konsortium, bestehend aus Mevissen, Mallinckrodt, L. Camphausen, J. J. Langen, C. und J. Joest, W. L. Deichmann und F. Giesler, um die Angelegenheit weiter zu betreiben. Man konsolidierte die verschiedenen Mutungen unter den Namen 'Neu-Köln' und 'Anna', und eine Denkschrift Mevissens berechnete das zur Ausführung der beiden Schachtanlagen erforderliche Kapital auf 600000 Taler. Nachdem wiederholte Reisen in das Revier während des Jahres 1845 und Verhandlungen mit dem Oberbergamt in Dortmund sowie mit Sachverständigen die Situation geklärt hatten, begann man im Frühjahr 1846 mit der Abteufung der Schächte; Mallinckrodt leitete die technischen Vorarbeiten, während Mevissen und Camphausen es übernahmen, das Statut für die zu gründende Bergwerksgesellschaft auszuarbeiten, der man den Namen 'Kölner Bergwerksverein' gab.

Daß die Konzession Schwierigkeiten bei der Staatsregierung

---

[1]) G. Mallinckrodt (geb. 1799 in Dortmund, gest. 1856 in Köln) war als junger Mann in Petersburg Associé eines Exportgeschäfts gewesen und hatte dann seit 1823 in Crombach bei Siegen ein Importgeschäft in überseeischen Häuten geführt, das er 1836 bei seiner Übersiedlung nach Köln zum Teil hierher verlegte. Zusammen mit ältern Firmen dieses Geschäftszweiges (Hölterhoff, Rautenstrauch, Richartz u. a.) entwickelte er in Köln einen großartigen Import von La-Plata-Häuten, der das ganze Rheinland versorgte und Köln für längere Jahrzehnte zu einem europäischen Mittelpunkt auf diesem Gebiete machte. Als Mitglied der Rheinischen Zeitungsgesellschaft (1842) und der Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft stand er Mevissen persönlich nahe.

finden werde, sah man um so sicherer voraus, als man die Absicht hatte, den Rahmen des Unternehmens sehr weit zu spannen und außer der Kohlengewinnung und Kokesbereitung auch den Abbau von Erzen sowie die Verhüttung von Eisen-, Blei- und Zinkerzen in unmittelbare Verbindung mit dem Projekt zu bringen. Die in England so erfolgreich durchgeführte Verknüpfung naturgemäß zusammengehörender Industriezweige war das Mevissen vorschwebende Ziel, und er vertrat von vornherein die Überzeugung, daß nur durch eine Annäherung von Kohle und Eisen die inländische Eisenproduktion die Konkurrenz des Auslandes werde bestehen können. Auf den Rat Camphausens vereinigte man sich für den Anfang nicht zu einer Aktiengesellschaft, sondern zu einer sogenannten Zivilgesellschaft, für die es nach rheinischem Recht[1]) keiner besonderen Konzession bedurfte, die aber allerdings auch auf wenige Teilnehmer beschränkt war. Die ersten Bohrversuche waren sehr günstig verlaufen, die Schachtanlagen aber erwiesen sich als außerordentlich schwierig, da schwimmendes Gebirge durchbrochen werden mußte; man mußte sich auf mehrjährige Arbeiten gefaßt machen. Um so hindernder war, daß der Finanzminister v. Düesberg, als man der Regierung am 11. März 1847 den Antrag auf Genehmigung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwei Millionen Taler unterbreitete, um die gesteigerten Kosten der Anlage auf einen größeren Kreis von Teilnehmern übertragen zu können, am 27. Juli die Konzession rundweg ablehnte, weil das Unternehmen zu weit ausschauend und örtlich wie sachlich zu wenig umgrenzt sei. Der Assoziationsgeist stieß hier wieder auf die Klippe bureaukratischer Engherzigkeit; denn die Furcht, daß die Börsenspekulation sich nun auch des Bergbaus in Preußen bemächtigen und bei seiner Eigenart den Betrieb gefährden könne, war das innere Motiv der Ablehnung. Auch hier mußte erst der Sturm des Jahres 1848 freiere Formen der Privatgesellschaft ermöglichen, bis es dem Kölner Bergwerksverein am 22. Oktober 1849 gelang, die Konzession als Aktienunternehmen zu erlangen und an der außerordentlich anwachsenden Kohlenförderung des Ruhrreviers teilzunehmen, von dem man um das Jahr 1850 mit Bestimmtheit

---

[1]) Nach dem Gesetz vom 21. April 1810 § 2, 13, 32. Der notarielle Gründungsakt dieser Zivilgesellschaft datiert vom 2. März 1847.

erkannte, daß es das reichste Kohlenbassin des europäischen Kontinents enthielt. —

Um die Mitte des an vielseitigen Plänen überreichen Jahres 1845 hatte somit Mevissens Tätigkeit in dem politischen wie in dem wirtschaftlichen Leben der Stadt Köln feste Wurzeln gefaßt. Er war Präsident der Rheinischen Eisenbahn, und bei einer Reihe von Projekten auf dem Gebiete der Kreditorganisation, des Verkehrswesens, der Montanindustrie und des Versicherungswesens, die sämtlich nach Köln gravitierten und der Entwicklung dieser Stadt zum lebendigen Mittelpunkt des emporstrebenden Wirtschaftslebens von Westdeutschland dienten, war seine tatkräftige Initiative zur Geltung gekommen. Überall aber traten ihm Schranken entgegen, die seine Ideen, so gesund sie waren und so sehr sie im öffentlichen Interesse lagen, vorläufig an der Verwirklichung hinderten. Zur eigentlichen Aktion in dem umfassenden ihm vorschwebenden Sinne war er noch nicht gelangt. Über 'die leidige Sucht des Vielregierens in Deutschland und den Krebsschaden Preußens, eine komplizierte Bureaukratie, die über lauter Akten nicht zur Einsicht, nicht zu Gedanken kommt', hatte er schon wiederholt Klage geführt; denn sie war es besonders, die er auf allen seinen Wegen als unüberwindliches Hindernis vor sich gefunden hatte. Nur der politische Fortschritt konnte auch das bessern. Aber auf dem politischen Gebiet waren die Aussichten gleichfalls trübe. Eben im Mai 1845 wurden Itzstein und Hecker, die gefeierten liberalen Führer der badischen Kammer, durch einen Befehl des Grafen Arnim bei einem Besuch der preußischen Hauptstadt als unbequeme Ausländer aus Berlin ausgewiesen. Der Polizeistaat hielt ängstlich und gewalttätig zugleich jede freiere Strömung von sich fern. Die rheinischen Liberalen v. Beckerath, Camphausen, Hansemann und Mevissen traten über diesen aufsehenerregenden Gewaltakt der Regierung in einen Meinungsaustausch,[1]) auf Grund dessen Mevissen sich in Köln, Gladbach und Siegen um die Absendung von Adressen an die beiden ausgewiesenen Politiker

---

[1]) Beckerath an Mevissen 1845 Juni 1: 'Wie hat mich die Ausweisung der badischen Deputierten betrübt! Das Barometer der vaterländischen Hoffnungen steht tief.' Vgl. auch Bergengrün a. a. O. S. 333; Treitschke a. a. O. V, 274.

bemühte.[1]) 'Die staatlichen Zustände, so schrieb er damals, die während des letzten Landtags das Herz mit Enthusiasmus schwellten, lassen sich wieder trostlos an. Die Gegenwart bietet kaum eine Stelle, wo tüchtige Persönlichkeiten mit ihren Bestrebungen Anker werfen könnten. Eine graue Indifferenz hat sich der meisten Gemüter bemächtigt und lähmt den Unternehmungsgeist der Nation wie der einzelnen. Selbst auf dem industriellen Gebiet werden die Aussichten auf eine baldige Änderung des herrschenden falschen Systems schwach und schwächer'.[2])

Noch einmal riefen ihn in diesen Tagen die Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik an die Öffentlichkeit. Die seit Jahren schwebende Streitfrage nach Freihandel oder Schutzzoll war neuerdings mit besonderm Nachdruck hervorgetreten, und die deutsche Presse war erfüllt mit Darlegungen der verschiedenen Standpunkte. Der Gegensatz zwischen den Ansichten Mevissens und L. Camphausens, des freihändlerischen Präsidenten der Kölner Handelskammer, der nun auch Mevissen als Mitglied angehörte, führte um die Mitte des Jahres 1845 zu einem das öffentliche Interesse am Rhein und darüber hinaus in hohem Grade erregenden Zusammenstoß beider Männer.

Mevissen war von den Wirtschaftsinteressen seiner Heimat aus mit dieser Frage seither in steter Verbindung geblieben. Der im Jahre 1838 von ihm entwickelte Plan, eine mechanische Flachsspinnerei am Niederrhein anzulegen, um die englische Konkurrenz zu bekämpfen und die beiden hier so eng miteinander verschlungenen Erwerbszweige, Ackerbau und Industrie, gleichzeitig zu fördern (S. 159), war im Jahre 1842 durch F. Diergardt in Verbindung mit ihm wieder aufgegriffen worden. Es war zu unwirtschaftlich, daß der deutsche Rohstoff andauernd vom Niederrhein nach England exportiert und von dort versponnen wieder eingeführt wurde. Man berechnete, daß sich in der Dülkener Gegend infolge der vermehrten Einfuhr englischer Maschinengarne die Zahl der Handspinnerinnen seit 1836 auf die Hälfte vermindert hatte. Auch jetzt aber konnte nur ein Aktienunternehmen in Betracht kommen. Seit die politische Bewegung am

---

[1]) Die Kölner Regierung berichtete darüber am 1. August nach Berlin, die Oppositionspartei lasse sich angelegen sein, ihre besonderen Ansichten geltend zu machen, und habe die Ausweisung der beiden durch Absendung einer Adresse 'in ganz unschicklicher Weise' für ihre Zwecke zu benutzen gesucht.

[2]) Mevissen an G. Mallinckrodt 1845 Juni 12.

Rhein während der Kölner kirchlichen Wirren stärker eingesetzt hatte, war die Regierung hier auch auf dem Gebiet der Industrie dieser Unternehmungsform nicht mehr so abgeneigt, wie früher; sie sah seitdem in der Förderung des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes ein Mittel, die Bevölkerung von der politischen Opposition fernzuhalten, „Ordnung und Frieden in den Gemütern zu begründen und sie an das Bestehende zu fesseln".[1]) Diergardt hatte denn auch in dieser Angelegenheit eine Änderung der Regierungsanschauungen erreicht. Unter dem Namen 'Preußisch-Niederrheinische Maschinen-Flachsspinnerei' sollte in Neuß auf dem Wege der Aktienzeichnung eine Musteranstalt für die Rheinprovinz gegründet werden.[2]) Das Finanzministerium wollte sich jetzt sogar mit einem Geschenk an Maschinen im Werte von 16000 Taler, und die Königliche Seehandlung mit einem Kapital von 30000 Taler an dem Unternehmen beteiligen. Mevissen gehörte dem am 25. Juli 1842 gewählten provisorischen Verwaltungsrat an[3]) und beteiligte sich eifrig bei der Ausarbeitung der Statuten der geplanten Gesellschaft. Aber selbst unter den jetzt so viel günstigeren Umständen kam das Unternehmen nicht zustande. Zwei Jahre hindurch bemühte man sich vergebens, genügende Aktienzeichnungen zu erlangen, es wurde nicht einmal die Hälfte des auf 200000 Taler normierten Kapitals gezeichnet. Gegenüber dem weiten Vorsprung Englands ließ sich das deutsche Kapital ohne genügenden Zollschutz überhaupt nicht ausreichend für diesen leidenden Fabrikationszweig interessieren. In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. Mai 1844 riet Mevissen selbst, von dem Unternehmen abzusehen, da eine unter den augenblicklichen Zollverhältnissen errichtete Spinnerei nur sichern Ruin zu erwarten habe.

Es war in der Tat vorderhand nichts zu machen; erst nach dem Revolutionsjahr konnte der Plan in anderer Form wieder aufgegriffen werden.[4]) Eine Denkschrift des Ministers Rother über die Seehandlung vom 30. November 1844 zeigte allerdings, daß im Schoß

---

[1]) Bericht des Kölner Regierungspräsidenten v. Gerlach vom 17. April 1839 an den Minister v. Rochow (vgl. auch oben S. 364).

[2]) Der Betrieb in den schlesischen Musteranstalten Landeshut und Erdmannsdorf (vgl. oben S. 155) begann im Herbst 1843 bezw. Frühjahr 1844.

[3]) Vorsitzender war der beigeordnete Bürgermeister von Neuß, A. Breuer.

[4]) Vgl. unten Kapitel 16.

der Regierung jetzt ein besseres Verständnis für die Situation der Leinenindustrie herrschte, die für den Volkswohlstand so bedeutsam war. Es sei eine ziemlich allgemein anerkannte Wahrheit, so hieß es in ihr, daß Deutschland zu lange das einzige Mittel, die Entwicklung der Maschinenspinnerei, vernachlässigt habe, um für seine Leinenindustrie den Markt zu behaupten. So sei es England möglich geworden, nicht bloß auf den überseeischen Märkten das deutsche Leinen zu verdrängen, sondern auch das Inland mit wohlfeilem Maschinengarn zu überschwemmen. Ein Schutz der einheimischen Spinnerei entweder durch bare Kapitalunterstützungen seitens des Staates oder aber durch Schutzzölle schien Rother das einzige Rettungsmittel vor der übermächtigen englischen Konkurrenz zu sein.

Die Frage der Schutzzölle war aber nicht nur im Hinblick auf die freihändlerischen Überzeugungen des preußischen Finanzministeriums, sondern auch mit Rücksicht auf die Verfassung des Zollvereins schwierig. Die rheinische Textilindustrie hatte ihre Bestrebungen nach erhöhtem Zollschutz im Frühjahr 1841 wieder aufgegriffen, da sie aus dem Abschluß der Handels- und Schiffahrtskonvention des Zollvereins mit England vom 2. März 1841 (S. 240) neue Schädigungen befürchtete und gleichzeitig bei der am 8. Mai 1841 auf zwölf Jahre erfolgten Erneuerung der Zollvereinsverträge keine Förderung erfahren hatte. Der sechste rheinische Provinziallandtag machte sich zum Organ ihrer Wünsche und richtete am 12. Juni und 13. Juli 1841 entsprechende Petitionen an den König. Der Landtagsabschied vom 7. November sagte wohlwollende Prüfung zu, wies aber zugleich darauf hin, daß die Maßregeln zum Schutz der Industrie sich nach Maßgabe der bestehenden Verträge nur in Übereinstimmung mit den übrigen Staaten des Zollvereins treffen ließen.[1] Die Tarife des Zollvereins wurden auf den alle drei Jahre stattfindenden General-Zollkonferenzen festgesetzt, und es war zu ihrer Änderung Einstimmigkeit aller Vereinsstaaten erforderlich. Selbst wenn die preußische Regierung der Erhöhung der Textilzölle geneigter gewesen wäre, war somit der Erfolg keineswegs sicher. Auf der Zollkonferenz in Stuttgart 1842, wo die Frage mit Rücksicht auf die Baumwollenindustrie erörtert wurde, wurde der Tarif nicht geändert.[2]

[1] Der sechste rheinische Landtag (1841) S. 148, 156, 218 (vgl. oben S. 153, 240).

[2] Zimmermann, Handelspolitik S. 189 ff.

Im Anschluß daran wurde aber die schutzzöllnerische Bewegung in den rheinischen Industriekreisen drängender. Der siebente rheinische Landtag nahm sich im Sommer 1843 wiederum der Bitten aus dem Kreis der Woll-, Leinen-, Seiden- und Baumwollenindustrie warm an.[1]) Am 26. August 1843 wandte sich Mevissen noch mit einer besonderen Eingabe zum Schutze des Leinenzwirns an das Finanzministerium; seine eigene Zwirnfabrik in Dülken war dadurch, daß die belgische Regierung seit Mitte 1842 einen erhöhten Schutz der einheimischen Zwirnerei durchgeführt hatte, in ihrem Export nach Verviers und Lüttich geschädigt, während die belgische Zwirnerei das ganze Zollvereinsgebiet gradezu als freien Markt betrachten konnte.[2]) Der schroffe Landtagsabschied vom 30. Dezember 1843 (S. 361) befriedigte aber auch auf diesem wirtschaftspolitischen Gebiete sehr wenig; er sprach nur aus, daß die Interessenkollisionen auf dem Gebiet von Handel und Gewerbe vom provinziellen Standpunkt aus nicht richtig gewürdigt werden könnten.

Die Gründung des preußischen Handelsamts im Jahre 1844 und die industriefreundliche Haltung seines Präsidenten v. Roenne, der den Kampf gegen die doktrinäre Freihandelsrichtung im Ministerium aufnahm, erweckte aber die Hoffnung, daß es auf der nächsten Generalkonferenz des Zollvereins, die für 1845 in Aussicht stand, endlich doch gelingen werde, einen erhöhten Schutz für die Textilindustrie zu erlangen. Der achte rheinische Landtag im Frühjahr 1845, auf dem neben Diergardt auch Hansemann lebhaft für die Interessen der Industrie eintrat, empfahl dringend die Erhöhung des Eingangszolls auf Baumwollgarn, sowie wirksame und nachhaltige Mittel zur Verbesserung der Flachskultur und zur Beförderung der inländischen

---

[1]) Vgl. Verhandlungen des siebenten rhein. Provinziallandtags (1843) S. 529 ff.; Zollvereinsblatt 1843 S. 857, 969; Kölnische Zeitung 1843 Nr. 153, 154, 171, 172, 182, 329—331; C. Junghanns, Beleuchtung der Bittschrift der Handelskammer von Elberfeld und Barmen an den rheinischen Landtag (Leipzig 1843).

[2]) Im Frühjahr 1845 ging Mevissen in seiner Dülkener Zwirnfabrik zum mechanischen Betrieb über (die Dampfmaschinen mußte er 1844 aus England beziehen). Er bemühte sich gleichzeitig mit Hilfe von belgischen Sachverständigen, die Mängel des heimischen Flachsbaues und Flachsröstens zu beseitigen (vgl. oben S. 171).

Maschinenspinnerei und Leinenweberei.[1]) Noch während dieses Landtags, im März, ging v. Roenne dazu über, einen vom vorhergehenden Landtag am 11. Juli 1843 ausgesprochenen Wunsch zu erfüllen; er berief Vertreter der Industrie — also die Interessenten, denen die Regierung im allgemeinen nur mit Mißtrauen begegnete — zu Beratungen in das Handelsamt nach Berlin, um für die bevorstehende Zollkonferenz in Karlsruhe die Haltung der preußischen Regierung in bezug auf eine Reform der Textilzölle vorzubereiten. Befanden die Gewerbtreibenden sich seither infolge der Geheimhaltung aller Zollkongreßverhandlungen stets über den Stand der Dinge so lange im unklaren, bis die Änderungen plötzlich durchgeführt wurden, so wurde hier ein Weg betreten, der solche Überraschungen verhüten konnte. Die Verhandlungen dieses „industriellen Parlaments", zu denen vom Rheine Hansemann, Diergardt, Croon (Gladbach), Jung (Hammerstein) und Wittenstein (Barmen) entboten wurden,[2]) dauerten vom 29. März bis zum 12. April. Durch die Bemühungen der rheinischen und schlesischen Sachverständigen und das Eintreten v. Roennes, eines begeisterten Anhängers der Ideen von Friedrich List, kam es hier trotz der divergierenden Interessen von Spinnerei und Weberei dazu, daß der Antrag auf Erhöhung des Schutzzolles für leinene, baumwollene und wollene Garne und Gewebe so gut wie einstimmig gestellt wurde.

Daß insbesondere die Leinenindustrie gegenüber der englischen Konkurrenz geschützt und entwickelt werden müsse, hatten inzwischen die Weberunruhen und die Berliner Gewerbeausstellung von 1844

[1]) Hansemann, Tagesfragen a. a. O. S. 116ff.; Bergengrün a. a. O. S. 286ff.

[2]) Hansemann nahm nicht teil, da er durch den Landtag in Koblenz gebunden war. Mevissen hatte erwartet, auch selbst einberufen zu werden, da ihm schon 1844 von der Kölner Handelskammer die Vertretung der Textilfragen übertragen worden war. Die Trierer Zeitung vom 2. April (Nr. 92) berichtete, daß Mevissen „aus unbekannten Gründen" nicht berufen worden sei. Er sei zwar jung, aber kenntnisreich, selbst Fabrikant und beherrsche Theorie und Praxis. Er sei ein abgesagter Gegner „der unbeschränkten Handelsfreiheit, die in so manchen Köpfen spukt und der mächtige Hemmschuh für die Fortschritte und das lebendige Erblühen so vieler Zweige in unserer Industrie ist." — Croon (Gladbach) richtete an Mevissen (am 10. März) die Bitte, ihn für die Konferenz genau zu instruieren. — Um auch die freihändlerische Ansicht zu Worte kommen zu lassen, berief v. Roenne nachträglich noch die Kölner L. Camphausen und H. Merkens, die jedoch nicht erschienen.

mein offenbart. Die Einfuhr des leinenen Maschinengarns war
en Jahren 1840—1844 auf das Dreifache angewachsen. Für
Garne sollte die Zollerhöhung unter Gewährung von Rückzöllen
der Ausfuhr von Geweben statthaben. Der König selbst stand
Frage verständnisvoll gegenüber, die Regierung überzeugte sich
dem Bedürfnis, und der Handelsrat bereitete entsprechende An-
: im Interesse der Leinenindustrie für die Zollvereinskonferenz
die im Juli in Karlsruhe zusammentrat und bis zum Oktober
andelte.[1]) Auf dieser Konferenz trat dann der Vertreter Preußens,
Geheime Oberfinanzrat Pochhammer, wirklich für erhöhten Schutz von
mwoll- und Leinengarn ein, aber die preußischen Vorschläge, die
den süddeutschen Vereinsstaaten aufs wärmste unterstützt wurden,
terten an dem einseitigen Widerspruch Sachsens. Die sächsische
erei bezog ihre Garne fast ganz vom Ausland, und der frei-
lerische Standpunkt der Leipziger Kaufleute überwog dort ähn-
wie am Rhein die Auffassung der Kölner Handelskreise. Man
nach erregten Verhandlungen auseinander, ohne sich über die
e für Garne und Gewebe zu verständigen. Die Sache wurde
h als schwebend weiter behandelt, und im Juni 1846 wurde
einer besondern Konferenz in Berlin erreicht, daß sowohl der
auf Baumwollgarn als auf leinene Maschinengarne wenigstens
s erhöht wurde.[2])

Während der Vorbereitung dieses Karlsruher Kongresses hatten
te und Handelskammern und die öffentliche Meinung in in-
iellen Kreisen sich allerwärts mit dieser Frage beschäftigt, um
h Petitionen auf die Verhandlungen in dem Sinne einer weiteren
dehnung des Schutzzollsystems einzuwirken. Aus den rheinischen
ustriegebieten gingen zahlreiche Schutzzollpetitionen nach Berlin

---

[1]) Zimmermann a. a. O. S. 178 ff.; Kölnische Zeitung 1845 Nr. 43, 108;
rzeitung 1845 Nr. 353 ff. — Das Protokoll der Berliner Konferenz ist im
emeinen Organ 1845 S. 313 ff. abgedruckt.

[2]) Auf drei bezw. zwei Taler, was dann bis 1864 so blieb (vgl. Zimmer-
i, Leinengewerbe in Schlesien S. 392 ff.). Für den Karlsruher Kongreß
das Nationalarchiv, hrsg. v. F. List I (1846), 24 ff.; Osiander, Über den
sruher Zollkongreß und die Forderungen der industriellen Schule, in Weils
titutionellen Jahrbüchern 1846, I S. 1—77; J. Prince-Smith, Nachteile
die Industrie durch Erhöhung der Einfuhrzölle, Elbing 1845.

ab. Aber die führende Handelskammer am Rhein, die Kölner, verhielt sich schweigsam.

Die Kölner Handelskammer war seit Jahrzehnten freihändlerisch gewesen (S. 199), und ihr jetziger Präsident L. Camphausen verharrte auf diesem Standpunkt. Für ihn war Preußen in erster Linie der Handelsstaat, der nach außen, vor allem nach der See wirken müsse; Zölle betrachtete er zunächst unter dem Gesichtspunkt eines Hindernisses für den Handel, und daß der Handel seinerseits imstande sei, eine gesunde Blüte des inländischen Erwerbfleißes zu bewirken, war seine Überzeugung.[1]) Das ideale Prinzip der in dem Regierungskreise herrschenden Kühneschen Schule, die in dem Schutzzollsystem nur ein Wiederaufleben des alten Merkantilismus erblickte, war auch das seine. Allerdings waren in den letzten Jahren, besonders seit die Zuckerindustrie in großem Umfang in Köln Fuß gefaßt hatte, doch auch Vertreter schutzschöllnerischer Ideen in die Kölner Handelskammer gelangt, so daß Mevissen, als er im Frühjahr 1844 Mitglied dieser Kammer wurde, eine Minorität auf seiner Seite hatte. Schon im November 1844 kam es gelegentlich der Anwesenheit des Finanzministers Flottwell in Köln (S. 334) zu einer Auseinandersetzung Mevissens mit der 'falschverstandenen Handelsfreiheit' Camphausens. Mevissen vertrat in den damals gepflogenen Erörterungen seine Anschauung von dem Ineinandergreifen von Handel, Ackerbau und Industrie. Er bezeichnete den Handel als das Kind von Industrie und Ackerbau, als das Organ, das dem Bedürfnis wie dem Luxus die landwirtschaftlichen Produkte und die industriellen Manufakte vermittele. Wenn der Handel auch prinzipiell für Wegräumung aller Zollschranken und für freieste Bewegung sei, da er seine Objekte kosmopolitisch aus allen Ländern ohne Frage nach dem Ursprung nehme, so müsse doch der Handel jedes einzelnen Volkes berücksichtigen, daß er seinen Lebensquell zunächst in den Produkten und Manufakten eben dieses Volkes besitze, daß er selbst sinke, wenn Ackerbau und Industrie der Heimat sinken, wenn das nur von außen empfangende und nichts nach außen sendende Volk verarme und seine Bedürfnisse einschränken müsse. Der Handel eines Landes bedürfe unter den gegenwärtigen

[1]) Ähnlich wie die F. H. Brüggemanns, der seine Ansicht eben jetzt in der Schrift 'Der deutsche Zollverein und das Schutzsystem' (1845) S. 73 vertrat.

Verhältnissen vor allem eine mächtige Industrie, deren Bedarf an Rohstoffen er von innen und von außen herbeischaffe und deren Erzeugnisse er nach innen und nach außen vertreibe. Auch die Industrie eines jeden Landes fordere theoretisch Handelsfreiheit für ihre Erzeugnisse im In- und Auslande. Werde ihr diese aber im Ausland nicht gewährt, so fordere sie mit Recht, daß diesem Auslande auch die Handelsfreiheit für seine eignen Erzeugnisse versagt werde. Nur zu lange sei in Deutschland unter Handelsfreiheit einseitig die Freiheit verstanden worden, auswärtige Produkte und Manufakte in die Heimat einzuführen, und nur zu lange sei es verkannt worden, daß freie Ausfuhr, freier Absatz der deutschen Erzeugnisse im Ausland der andere, gleich wesentliche Bestandteil der deutschen Handelsfreiheit sein müsse. Es handle sich um Schutz der deutschen Industrie durch Erweiterung der deutschen Handelsfreiheit nach außen und durch Beschränkung der Handelsfreiheit fremder, die gerechte Reziprozität weigernder Nationen im innern.

Die Majorität der Kölner Handelskammer hielt jedoch an dem Freihandelsprinzip fest, und auf dem Koblenzer Provinziallandtag im März 1845 vertrat der eine Vertreter Kölns, H. Merkens, dasselbe mit aller Schärfe, obgleich die Majorität dieser Versammlung sich für ein mäßiges Schutzzollsystem aussprach und seine Durchführung als einen mächtigen Hebel der Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes, der Macht nach außen und der Kraft im Innern bezeichnete.

Diesen Gegensatz Kölns zum übrigen Rheinland, den man in den anderen rheinischen Städten auf den einseitigen Egoismus der Handelsstadt zurückführte, hielt Mevissen besonders auch aus politischen Gründen für bedenklich. Keiner der drei Faktoren der nationalen Arbeit könne abgetrennt von den beiden andern gedacht werden. Was könne, so fragte er einmal, inniger zusammengehören als der Fabrikant, der die Ware herstellt, und der Kaufmann, der sie vertreibt? Der Ackerbau aber liefere nicht nur die Nahrungsmittel für Handeltreibende und Industrielle, sondern auch wichtige Rohstoffe für die Manufaktur. 'Die Provinz muß die Einheit aller ihrer Kräfte unzersplittert erhalten zur Lösung der gemeinsamen höheren Fragen des Staatslebens. Der als vorhanden angenommene Gegensatz der Manufaktur- und der Handelsinteressen droht mehr und mehr in fremdartige Gebiete hinüberzugreifen, die Geister durch den einseitigen

Kampf für materielle Interessen zu absorbieren und von dem geistig-politischen Fortschritt, der einzigen dauernden Gewähr der materiellen Interessen, abzulenken.' Die Einheit der liberalen Partei, die für die Durchführung der politischen Aufgaben unentbehrlich war, wurde durch diesen Gegensatz um so mehr gefährdet, als Köln immer bestimmter die politische Führung der Provinz ergriffen hatte.

Eine von Mevissen veranlaßte Versammlung rheinischer Industriellen in Köln am 8. Juni 1845, an der Hansemann, v. Beckerath, Diergardt und zahlreiche Gesinnungsgenossen teilnahmen, beschloß, sämtliche rheinische Handelskammern zu energischen Manifestationen für ein mäßiges Schutzzollsystem anzuregen. Dieser Beschluß führte dazu, daß nun auch in der Kölner Kammer die Streitfrage eingehend erörtert wurde. In einer Sitzung am 8. Juli vertraten Camphausen und Mevissen als Führer die beiden Gegensätze, und die Gegner maßen in einer bis weit nach Mitternacht ausgedehnten Debatte ihre Kräfte. Die Debatte, auf deren Inhalt wir zurückkommen, hatte als Ergebnis ein Kompromiß beider Parteien. Eine einstimmig beschlossene Eingabe der Handelskammer an das Finanzministerium trat für Maßregeln zum Schutz der Baumwoll- und Leineninduſtrie sowie der Schiffahrt des Zollvereins ein, empfahl jedoch in erster Linie für die Baumwolle das Prämiensystem, für den Fall einer Erhöhung der Schutzzölle aber die Benutzung des Mehrertrages für Prämien zur beschleunigten Anlage von mechanischen Baumwoll- und Flachsspinnereien. Die Kölner Handelskammer sprach also entgegen ihrer seitherigen Haltung ihre Interessengemeinschaft mit den Manufakturstädten der Provinz aus und gab auch ihr Votum für weitern Schutz der Industrie ab; sie empfahl aber als Mittel zu diesem Zweck in erster Linie ein Prämiensystem.

Diese Verhandlung in Köln beschäftigte in den nächsten Wochen die öffentliche Meinung am Rhein lebhaft. Es war aber infolge des zeitlichen Zusammentreffens dieser Verhandlungen mit dem Rückgang der Bewegung für die Vereine zum Wohl der arbeitenden Klassen einseitig der soziale Gesichtspunkt, unter dem die die Zeit bewegende wirtschaftliche Frage von seiten der Presse betrachtet wurde. Der Schutzzoll komme nur den Fabrikanten zugut, er verstärke die Macht des Kapitals über die Arbeit und sei eine Steuer, welche einseitig die Konsumenten zugunsten der wenigen Produzenten belaste, für die

Arbeiter selbst gelte das Ricardosche Lohngesetz, für sie falle von den Schutzzöllen nichts ab. Der Hinweis auf die englischen Zustände und die Versklavung der dortigen Arbeiter, worauf eben jetzt durch Friedrich Engels die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt wurde, sollte der Auffassung begegnen, daß die Sorge für die Industrie ein Mittel gegen den Pauperismus sei und daß ein erhöhter Industrieschutz die Beschäftigung zahlreicher jetzt müßiggehender deutscher Arbeiter sichern werde.[1]) Solchen Erörterungen der Presse gegenüber, welche die Streitfrage nur unter einem besondern Gesichtspunkt behandelten, entschloß sich zunächst Camphausen, seine Ausführungen vom 8. Juli zu veröffentlichen. Die Schrift erschien, mit dem Datum des 18. Juli als Manuskript gedruckt, in den ersten Tagen des August. Daraufhin beschritt Mevissen denselben Weg, um seine Ansichten gleichfalls der Öffentlichkeit zu unterbreiten; am 28. August lagen auch seine Ausführungen im Druck vor.[2])

Camphausen hatte zwar die soziale Seite des Gegenstandes auch nicht übersehen. Er hatte ausgeführt, die Menschenanhäufung in Fabriken sei kein Glück, sondern ein Unglück, auch die übermäßige Bereicherung einzelner, eine notwendige Folge großer Fabriken, sei kein Glück, sondern ein Unglück, und er hatte sich ausdrücklich gegen „den Wahn gewendet, daß die Schuld gegen die leidende Menschheit durch Schutzzölle abgetragen werden könne". Aber er hatte doch vor allem zu den wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten Stellung genommen und eingehend erörtert, was vom Standpunkt der Steuerverteilung, der Preiserhöhung, der Beziehungen zum Ausland gegen Schutzzölle sprach. Er hatte das Vorhandensein eines inneren Gegensatzes der Handelsstadt Köln und der rheinischen Industrie geleugnet,

---

[1]) Vgl. den gehässigen Artikel der Trierer Zeitung vom 20. Juli Nr. 201 (wieder abgedruckt in der Düsseldorfer Zeitung Nr. 201). Dagegen wendet sich der (von C. Böddinghaus in Elberfeld stammende) Artikel vom 7. August in der Kölnischen Zeitung, Beilage zu Nr. 219. Erwiderung der Trierer Zeitung vom 13. August Nr. 225. Vgl. auch die Schrift 'Über Schutzzölle oder ihre Wirkung auf die Nationalwohlfahrt, mit besonderem Hinblick auf die arbeitenden Klassen' (Berlin 1845). — Auf das Ricardosche Lohngesetz (das spätere Lassallesche „eherne Lohngesetz") war schon bei den Verhandlungen der Vereine zum Wohl der arbeitenden Klassen wiederholt hingewiesen worden.

[2]) Sie sind in Band II S. 137—175 wiederabgedruckt. Camphausens Ausführungen sind weniger umfangreich (18 Seiten 4°).

und er hatte Retorsionen gegenüber fremden, die deutschen Fabrikate ausschließenden Staaten als gerecht und vom nationalen Standpunkt begründet erklärt. Er hatte also keineswegs einen doktrinären Standpunkt vertreten,[1]) sondern die Frage als praktische Zeitfrage behandelt und momentane Abweichungen von dem freihändlerischen Prinzip als erzwungen durch das Verhältnis zu den auswärtigen Mächten und somit als zweckmäßig anerkannt. Er hatte aber bezweifelt, daß gerade höhere Zölle das geeignete Mittel seien, um eine gedeihliche Zunahme der Produktion zu bewirken. Die Gefahr einer Überschwemmung des inländischen Marktes durch die fremde Konkurrenz wollte er nicht zugeben; er erklärte, die Industrie des Zollvereins blühe auch schon jetzt, und die Schutzzollagitation gehe nur von einzelnen Industriezweigen aus, während der Staat doch das Ganze im Auge behalten müsse. Für die Baumwoll- und Leinenindustrie empfahl er schließlich die Bewilligung von Zuschüssen von seiten des Staates für die ersten Anlagekosten mechanischer Spinnereien, da man der nun einmal vorhandenen öffentlichen Meinung in bezug auf diese Industriezweige, die einige Hülfe in der Tat brauchen könnten, entgegenkommen müsse.

Mevissens Gegenausführungen, welche seinen Vortrag vom 8. Juli in etwas erweiterter Form wiedergaben,[2]) sind eine die theoretischen, historischen und realen Gesichtspunkte gleichmäßig würdigende und von politischem Geist erfüllte meisterhafte Verteidigung des Industrieschutzzollsystems, die zu dem Besten gehört, was über diese umstrittene Frage geschrieben worden ist. Die gesunde Mischung von Theorie und Praxis, die Mevissens Eigenart bildete, seine reife Sachkenntnis und seine lebendige Überzeugung von dem innigen Zusammenhang der materiellen und geistigen Interessen treten in dieser Abhandlung glänzend in die Erscheinung.

---

[1]) Man war am Rhein in den wirtschaftlichen Fragen ebensowenig doktrinär, wie in den politischen. Die von Hansemann inspirierte Aachener Zeitung führte (1845 Nr. 237) aus: „Die wirtschaftlichen Interessen vertragen kein Prinzip. Weil sie immer wechseln, müssen sie auch immer anders betrachtet werden. Sie machen es notwendig, daß man unablässig den rechten Augenblick wahrnehme, nichts verschiebe, sondern ununterbrochen fortschreite."

[2]) Er war inzwischen Ende Juli einige Zeit in Baden-Baden gewesen und hatte von dort aus Karlsruhe besucht, wo er mit mehreren Bevollmächtigten zum Kongreß (besonders dem Senator Köster aus Hamburg, einem enragierten Freihändler, und dem Oberbergrat Böcking aus Saarbrücken) konferierte.

Einstimmig sei zugegeben, so wird hier ausgeführt, daß in einer ideellen Welt vollkommene Handelsfreiheit herrschen würde. Die ideelle Welt aber habe ihre Existenz nur im Reiche der alles in harmonischer Einheit und Freiheit anschauenden Idee. Die Entfesselung der Menschheit von dem Zwange der Natur bis zur freien Idealität des Geistes sei der in unendlichem Fortschritt sich entwickelnde Inhalt der Geschichte. Aber die wirklichen Zustände der Gegenwart seien es, um die es sich handle, und sie seien nun einmal durch die Vergangenheit so gestaltet worden, daß ihr Gleichgewicht durch die starken Verschiedenheiten der Völkerindividuen, und zwar nach Maßgabe des staatlichen Egoismus, aufgehoben sei. Die Völkerindividuen repräsentierten nicht ein in idealer Einheit gleichgerichtetes Streben, sondern durch die historische Tat, durch einseitige Einführung von Schutzzöllen sei diese Gleichheit längst gestört worden. Da ein allgemeines Aufgeben dieses Standpunktes durchaus am Widerspruch einzelner Völker scheitere, so könne jedes Volk sich nur auf diesen historisch gegebenen Standpunkt stellen, wie sehr auch Manufaktur und Handel an sich die Handelsfreiheit für das erstrebenswerte Gut hielten. Wollte ein einzelnes Volk großmütig ohne weiteres den idealen Standpunkt einnehmen, so werde es dieses Verkennen der wirklichen Zustände durch den Verlust seines Wohlstandes bald und schwer büßen. Schutzzoll sei augenblicklich Notwehr gegen fremdes Unrecht, Repressalie. Die wahre Freiheit aber sei nicht nur passiv, sondern auch aktiv. Wenn für eine Handelsstadt die Freiheit, nach dem Auslande zu exportieren, durch Schutz- und Prohibitivzölle dieses Auslandes vernichtet sei, so könne die Freiheit, aus einem solchen Auslande zu importieren, dem Handel dieser Stadt nicht genügen. Schutzzölle der Kontinentalstaaten seien nur Ausgleichungen, Wiederherstellungen der — in erster Linie durch Englands Übermacht und wirtschaftliches System — gestörten natürlichen Verhältnisse.

Indem er die Schutzzölle lediglich als Erziehungszölle bis zur erreichten Selbständigkeit gegenüber dem Ausland kennzeichnete, entkräftete er die Einwände seines Gegners der Reihe nach. Die Berechtigung gewisser sozialer Bedenken leugnete er nicht, aber er hielt dafür, daß sie zurücktreten müßten vor dem höheren Staatszweck, der nun einmal die Heranbildung einer selbständigen modernen Industrie gebieterisch fordere, weil nur ihre ökonomische Macht dem

Staat die Selbständigkeit nach außen verbürge und dem Volke die unerläßliche politische und geistige Freiheit für die Zukunft sichere. Die zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangte deutsche Nation, die seit 1840 von einem neuem Geiste beseelt sei, wolle nicht länger in drückender wirtschaftlicher Abhängigkeit von England verharren. Mit der Entwicklung der Industrie trete ferner das Bedürfnis freier Bewegung, lebendigerer Teilnahme des Volkes am staatlichen Leben auf, und nur auf der Grundlage materieller Unabhängigkeit steige die geistige Kultur und Freiheit der Menschheit empor. Wenn dieser Weg des Fortschritts eine vorübergehende Bereicherung derjenigen bewirke, die die Führung übernähmen, so sei das ebensowenig ein durchschlagendes Moment gegen die Förderung der Industrie, wie der Hinweis auf die schlimme Lage der Arbeiter. Das Elend der deutschen Arbeiter sei übrigens, weil sie in Überzahl vorhanden seien und somit die Löhne drückten, schon jetzt in Westfalen, Schlesien und Sachsen härter als das der englischen Arbeiter; es trete nur deshalb nicht so grell hervor, weil der an sein Elend gewohnte deutsche Arbeiter schweige, während der englische rede, weil die Bedürfnisse des englischen Arbeiters die des deutschen dreifach überstiegen und weil der erstere längst zu ahnen begonnen habe, welchen Lohn für seine Arbeit er mit Recht von der Gesellschaft fordern dürfe. Bei dem Gange, den die europäische Entwicklung genommen, könne in der Arbeiterfrage den Völkern eine Durchgangsepoche voll Elend, voll gänzlicher Verkennung der gemeinschaftlichen Interessen aller schwerlich erspart werden. Das Übel werde durch sein Übermaß das Heilmittel herbeiführen müssen. Trotz der jüngsten Erfahrungen hielt er aber an seiner Zuversicht auf eine zukünftige Umgestaltung des sozialen Lebens auf der Grundlage einer fortgeschrittenen gesellschaftlichen Moral und an seiner Ansicht fest, in Deutschland, wo das Vorbild der älteren Industrieländer doch nicht verloren sei, könne und müsse bei wachsender Einsicht vieles geschehen, um die Segnungen einer entwickelten Manufaktur ohne ihre Nachteile zu erringen.[1]) Die nächste Folge einer Hebung der deutschen Industrie durch erweiterten

[1]) Camphausen, dessen letzte politische Ziele gleichfalls auf sozialem und humanitärem Gebiete lagen, dachte in dieser Beziehung skeptischer; er rechnete stärker mit der vorherrschenden Stimmung der industriellen Kreise, die auch Mevissen, wie wir wissen (vgl. oben S. 91, 357), sehr herb beurteilte.

Schutz werde unter allen Umständen vermehrte Arbeitsgelegenheit für die vorhandene Industriebevölkerung, also eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitern sein.

Gewiß sei die Industrie des Zollvereins auch seither schon gewachsen, weil sie durch das Zollgesetz von 1818 wenigstens einigermaßen geschützt war;[1]) sie sei jedoch nicht im Verhältnis gestiegen — weder im Verhältnis zu den übrigen Ländern, noch zu der während des langen Friedens angewachsenen Bevölkerung des eigenen Landes —, weil das im Zollgesetz eröffnete System eines mäßigen Schutzes der inländischen Gewerbsamkeit keine Fortentwicklung erfahren habe. Es handle sich jetzt keineswegs um einen Bruch mit der bisherigen Zollpolitik, sondern um ihre den realen Verhältnissen des Zollvereins angepaßte Weiterbildung. Die deutsche Industrie sei noch immer ein Kind gegenüber dem englischen Riesen, sie sei noch weit davon entfernt, auch nur den eigenen innern Markt ganz erobert zu haben, und so sei es dringend an der Zeit, das Schutzsystem des Zollvereins weiter auszubilden, und zwar nicht nur für die Industrie, sondern gleichzeitig auch für den Handel. Der Zollverein müsse fortan nicht nur die seither mit so gutem Erfolge entwickelte Regulierung der innern Handelsverhältnisse Deutschlands ins Auge fassen, sondern zur selbständigen Ausbildung der deutschen Industrie und des deutschen Handels gegenüber dem Ausland fortschreiten. Deutschland dürfe nicht länger untätig zusehen, wie die andern Staaten ihre Schiffahrt durch Differentialzölle sicherten, es müsse entschlossen denselben Weg einschlagen, um den Handel mit seinen eigenen Schiffen zu heben.[2]) Der Zollverein war seither im wesentlichen auf Handelsflotten angewiesen, die nicht zu ihm selbst gehörten; denn die Nordseehäfen

---

[1]) Mevissen beurteilte das Zollgesetz sehr günstig (Bd. II S. 145). — Vgl. auch den Aufsatz 'Die Leiden der Zollvereinsindustrie 1834—44' in Weils Konstitutionellen Jahrbüchern 1844, 3. Teil, S. 1ff.

[2]) Auch Camphausen trat warm für die Förderung der deutschen Schiffahrt ein, sah jedoch auch hier in Staatsprämien, nicht in den Differentialzöllen das geeignete Mittel. Die Frage der Differentialzölle trat kurz darauf in den Vordergrund, weil man die Nordseestaaten zum Eintritt in den Zollverein gewinnen wollte. (Vgl. die von Camphausen verfaßte gedruckte 'Denkschrift der Handelskammer zu Köln über die Beförderung der Schiffahrt des Zollvereins', 1846; Caspary a. a. O. S. 109; Bergengrün a. a. O. S. 301ff.; Gothein a. a. O. S. 220ff).

Bremen und Hamburg glaubten noch immer ihren Interessen durch Fernbleiben von ihm am besten zu dienen. In der Durchführung solcher Unterscheidungszölle erblickte Mevissen auch das geeignete Mittel, die östlichen Provinzen des preußischen Staates mit ihren vorwiegend agrarischen und merkantilen Interessen von ihrer Gegnerschaft gegen Schutzzölle für die Industrie abzubringen. Durch einen genügenden Schutz des Handels werde sich die dortige Reederei heben, die deutsche Handelsflotte entwickeln, und die Landesprodukte würden infolge der Zunahme der Arbeiterbevölkerung vermehrten Absatz im Inlande finden, der Zollverein werde also den Saldo seiner Handelsbilanz dem Auslande gegenüber in Zukunft nicht mehr durch Agrikulturprodukte, sondern durch Manufakte zu decken vermögen. Verwandte Gedanken über eine gleichzeitige Hebung der deutschen Industrie durch Schutzzölle und des deutschen Seehandels durch eine Art von Navigationsakte suchte damals der Präsident des Handelsamts v. Roenne vergebens gegenüber den Leitern des Steuerwesens und der Handelsangelegenheiten im Finanzministerium, den Geheimräten Kühne und v. Pommer-Esche, zu verwirklichen.

Für das von Camphausen vorgeschlagene, der alten Tradition des Absolutismus entstammende Prämiensystem konnte Mevissen sich durchaus nicht erwärmen. Es erreiche den erstrebten Zweck schlecht oder gar nicht, stärke dafür aber den bevormundenden Einfluß der Regierung. Es schien ihm widersinnig, daß Männer, die der staatlichen Bevormundung auf anderen Gebieten entschieden widerstrebten, ihr die Industrie überantworten wollten. Die Bewilligung einer Prämie stelle dem einzelnen zwar von seiten der Regierung das Zeugnis aus, daß er die zu einem tüchtigen Fabrikanten erforderlichen Eigenschaften besitze, aber damit sei der Beweis dafür noch keineswegs erbracht. Der Schutzzoll dagegen komme nur dem Tüchtigen zugute, der dauernd produziere. Die Prämie, die auf einmal den mutmaßlichen Betrag des Schutzzolles dem von der Regierung privilegierten Einzelnen überweise, sei für den Staat selbst gänzlich verloren, wenn dieser Einzelne sich als unfähig erweise, eine dauernde Industrie zu begründen. Prämien erschienen ihm nur angezeigt, um mit Staatshülfe da, wo ein ausreichendes Schutzzollsystem bereits bestand, die Industrie möglichst gleichmäßig über alle Teile des Landes zu verbreiten, also jene Dezentralisation der Industrie zu

bewirken, die er seit Jahren als eine wichtige Aufgabe des Staates ansah, und in der er ein vorbeugendes Mittel gegen das gemeinschädliche Anschwellen des Proletariats an einzelnen Punkten erblickte.[1])

Die Abhandlung, aus der wir hier nur die Hauptgedanken wiedergeben können, faßt somit die früher entwickelten Ansichten Mevissens zusammen und vereinigt sie zu der doppelten Forderung, der Staat müsse einerseits die schwachen Industrieen durch erhöhten Zoll schützen und ihnen eine Lehrzeit gewähren, um sich den Binnenmarkt zu sichern und ihr Absatzgebiet nach außen zu erweitern, anderseits aber der Entwicklung des Außenhandels gleichfalls sorgfältige Aufmerksamkeit widmen. Die Aufgabe des modernen Staates sei nicht die vorzugsweise Ausbildung einzelner Kräfte, sondern die harmonische Ausbildung der gesamten Produktivkraft der Nation. Es tritt in diesen Darlegungen jene fruchtbare Verbindung von Handels- und Industriegeist zutage, die ihren Vertreter befähigte, sich zu einem Mittelpunkt des vielgestaltigen rheinischen Wirtschaftslebens zu entwickeln und dieses Leben zugleich mit dem Auge des Politikers zu durchdringen, der nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft in Rechnung zog. Denn leitend blieb für Mevissen stets der politische Gedanke, die Idee des nationalen Wirtschaftsstaates in dem Sinne, daß industrielle Produktivität und Fortschritt der wirtschaftlichen Macht des Volkes mit freien politischen Institutionen und freier geistiger Entwicklung aufs engste zusammengehören, und daß ein Volk, das zu schwach und unreif ist, um seine politische Freiheit zu erwerben und zu bewahren, auch materielle Reichtümer und geistige Freiheit zu erwerben und zu bewahren außerstande ist. Seine Darlegungen berühren sich vielfach mit der Theorie von den produktiven Kräften, die Friedrich List den von Adam Smith einseitig betonten Ideen von der Teilung der Arbeit und dem Tauschwert entgegengestellt hatte.[2]) Aber seine Auffassung war sein selbst erworbenes geistiges Eigentum. Er hatte sie allmählich entwickelt, seit sich seine frühen praktischen Erfahrungen mit den Lehren Saint-Simons, des Philosophen des Industrialismus, berührten, und

[1]) Der Gedanke, die Industrie auf das Land hinaus zu führen und zu dezentralisieren, hatte damals auch im Ministerium einen Vertreter, und zwar im Kriegsminister Hermann v. Boyen (vgl. Meinecke a. a. O. II, 346, 432).

[2]) F. List, Nationales System I (1841) S. 201 ff.

er hatte sie durchdrungen mit jener Überzeugung von einer lebendigen Gegenseitigkeit zwischen den menschlichen Gedanken und den Bewegungen des äußern Daseins, die ihn seit seiner Jugend beseelte.

Ein kurzes Geleitwort, das er seiner Broschüre am 28. August mit auf den Weg gab, schloß mit der Mahnung, daß das Rheinland fortan in voller Übereinstimmung das gemeinsame Ziel materieller Wohlfahrt anstreben, aber nicht vergessen möge, daß die materiellen Schätze ohne freie Bewegung der Geister und ohne aktive Teilnahme der Bürger am staatlichen Leben noch bei keinem Volke der Erde dauernd erhalten worden seien. Er führte hier noch einmal kurz aus, wie weit sein Standpunkt von dem der einseitigen Nichts-als-Schutzzöllner verschieden war, deren eigennützig kleinliche Auffassung den Widerspruch mit Recht herausforderte: 'Männer von anerkannter Tüchtigkeit, die der Entwicklung der deutschen Industrie lebendige Teilnahme widmen, die beim Kampfe um den Haupthebel derselben, um politische Freiheit, an der Spitze stehen, wollen zwar eine energische Unterstützung der Industrie durch den Staat, durch freiere Institutionen, verbesserte Transportmittel, Kreditsysteme usw., aber sie halten ein Schutzzollsystem für höchst gefährlich, weil es auf falscher Grundlage, auf dem historischen Egoismus der Völker beruht; sie fürchten, daß der geistige Blick des deutschen Volkes auf das Allgemeine und Wahre, nicht einer sondern allen Nationen Frommende, durch die Annahme eines Systems des Egoismus getrübt, daß die Partikularinteressen die höheren Interessen der Gesamtheit verschlingen werden. Eine solche Furcht möchte gerechtfertigt sein, wenn dem dringenden Rufe nach Schutzzöllen nur das einseitige Interesse der Fabrikanten, nicht die klare Erkenntnis ihrer Notwendigkeit für die Hebung des Nationalgefühls, der Selbständigkeit nach außen und der Freiheit im Innern, zur Seite stände. Die Entwicklung des deutschen Geistes war bis jetzt eine vorzugsweise theoretische. Die Theorie fordert Handelsfreiheit, und ihre Forderung ist mit geistigen Waffen bisher nicht bestritten worden. In den mächtigsten Staaten Europas sind jedoch von einer historischen Vergangenheit Prohibitiv- und Schutzzölle der Gegenwart überliefert, und das Ideal der Theorie, die internationale Handelsfreiheit, kann nur wirklich werden, wenn dieselbe früher oder später zu einem Grundsatze des Völkerrechts erhoben wird. Um diese höhere Kulturstufe vorzubereiten, ist

die Einführung eines konsequenten Schutzzollsystems von seiten aller europäischen Mächte unvermeidlich. Nur dann, wenn die jetzt ausschließlich Privilegierten erkennen, daß ihre Privilegien durch gleiche Privilegien, die ihnen entgegenstehen, unwirksam geworden sind, werden sie sich im eigenen Interesse zur gemeinsamen Aufhebung der Schutzzollprivilegien, zur Herstellung der Handelsfreiheit herbeilassen. So lange noch mächtige Staaten da sind, die die gerechte Reziprozität nicht in Anspruch nehmen, sondern sich von klügern Nachbarn überlisten und ausbeuten lassen, wird der Egoismus jener Nachbarn ein Motiv haben, seine Privilegien aufrecht zu halten. Mögen die Fabrikanten im Rheinlande, die den Ruf für Schutzzölle heute von allen Seiten widertönen hören, wohl bedenken, daß die öffentliche Meinung nur deshalb in ihren Ruf einstimmt, um mittelst des Schutzzollsystems Handel und Manufaktur des Zollvereins zu heben, das Nationalgefühl zu stärken und die internationale Handelsfreiheit vorzubereiten. Die entschiedensten Anhänger der Schutzzölle werden die entschiedensten Gegner der Prohibitivzölle sein.'

Die Abhandlung hatte für Mevissens eigenes Wirken noch eine besondere, programmatische Bedeutung; ihre leitenden Ideen sind die Achse seines langjährigen Wirkens im öffentlichen Leben geworden. Er strebte damals mit aller Kraft der politischen Tätigkeit entgegen, und wir wissen, wie hoch er vom Staate, seinen sittlichen und kulturellen Aufgaben dachte. Hier sprach sich sein staatlicher Idealismus über die nächsten Aufgaben zusammenfassend aus, an deren Durchführung er mitzuwirken entschlossen war. Sein politischer Blick reichte weit über die nächsten wirtschaftlichen Bedürfnisfragen hinaus. Er verlangte vom Staate, daß er die durch das Kapital ins Werk zu setzende freie und kräftige Entwicklung der Produktionskraft des Bodens und seiner Bewohner als eines seiner wichtigsten Interessen anerkenne und seinerseits nicht nur die möglichst gleichmäßige Verbreitung der Industrie über das Land anstrebe, sondern auch die Entwicklung des Volksgeistes durch freie Institutionen und freie auf Staatskosten bewirkte Volksbildung fördere. Er verlangte von ihm die Anregung des Unternehmungsgeistes durch die Gewährung eines überall den Verhältnissen angepaßten und über alle Teile des Landes netzartig ausgebreiteten Kreditsystems, durch ein organisches System von Verkehrsmitteln sowie durch Freigabe des Bergbaus. Er erwartete zugleich in sozialer

Hinsicht vom Staat der Zukunft die gleichmäßige Festsetzung eines bestimmten Maßes der Arbeitszeit und eines Minimalarbeitslohns, zu diesem Minimallohn Arbeit für den Staat in Zeiten der Krisen, und er rechnete schließlich mit der einstigen Aufnahme solcher Grundsätze in das europäische Völkerrecht; der Fortschritt des einzelnen Staates galt ihm als eine Vorstufe des allgemeinen Fortschritts. In der staatlichen Organisation sollte überall die ihm vorschwebende segenbringende Verbindung von Geist und wirtschaftlicher Tätigkeit zur Geltung kommen, jener beiden Kräfte, die seither in Deutschland isoliert ihren Weg gingen und infolgedessen beide zu einer bedenklichen Einseitigkeit neigten. Preußen habe sich leider losgesagt von dem erhabenen Geiste, der in den Jahren 1807—1812 an der Wiege seiner Wiedergeburt gestanden, und nur wenige kümmerliche Zweige des starken Baumes der Nationalwohlfahrt seien weiterentwickelt worden. Deutschland, das an der Spitze der Nationen des Kontinents stehen würde, wenn der Geist jener Jahre nicht durch eine traurige Reaktion verkümmert worden wäre, erwarte noch immer das Zauberwort, das seine Geister lösen und alle seine Kräfte zu freier Bewegung aufrufen werde.

Er hat dieses Programm nicht nur aufgestellt, sondern an seiner Verwirklichung in den politisch entscheidenden Jahren 1847 bis 1849 tatkräftig mitzuarbeiten versucht, und später, als der Staat in der Krisis von 1848 eine geringere Leistungsfähigkeit offenbarte, als er vorausgesetzt hatte, von den fünfziger Jahren an wenigstens einen Teil dieser Ideen als sein persönliches Lebensprogramm durchgeführt. Wir werden später noch wiederholt Gelegenheit haben, auf diese Abhandlung zurückzukommen.

Mevissens Darlegungen fanden sowohl im Kreis der rheinischen Industrie[1]) wie in der rheinischen und süddeutschen Presse lebhaften Beifall. Die geistvolle und originelle Art, wie Mevissen die in den letzten Jahren so vielfach erörterte Frage auffaßte und die Schutzzölle verteidigte, indem er sie historisch und vernunftgemäß begründete und ihnen zugleich ihre Schranken anwies, wurde von der Aachener Zeitung, der Kölnischen Zeitung und der Augsburger Allgemeinen Zeitung gleichmäßig

[1]) Briefe von Diergardt und F. A. Schleicher in Viersen an Mevissen 1845 September 11.

gerühmt.[1]) Die Abhandlung wurde im Kreis der Zollvereinsindustrie viel gelesen und noch im Jahre 1847 in den Debatten über die Konsequenzen des Schutzzollsystems gern zu Rate gezogen.[2]) Einen größeren praktischen Erfolg hatte die Schrift allerdings nicht. Die vorläufige Resultatlosigkeit so mancher anderen Bemühungen Mevissens in dieser Zeit war auch ihr beschieden. In der öffentlichen Meinung Deutschlands erfolgte von jetzt ab erst recht der Durchbruch der freihändlerischen Strömung. Triumphierend wies man darauf hin, daß grade in diesem Augenblick unter der Führung Robert Peels auch England in jähem Umschwung tatsächlich zum Freihandel überging und somit den Vertretern des Reziprozitätsgedankens die Waffe aus der Hand nahm. Man bedachte nicht, daß die wirtschaftliche Übermacht Englands die Wirkung einer seit Jahrhunderten systematisch verfolgten Politik war, und daß dieses Land durch sein so lange Zeit durchgeführtes Schutzsystem jetzt allerdings auf eine Höhe der Vervollkommnung seiner Industrie gelangt war, daß es jedem Konkurrenten die Spitze bieten, also unbedenklich auf den Zollschutz verzichten konnte. Für ein volles Menschenalter siegte die Freihandelsschule jetzt in Deutschland. Mevissen selbst war aber durch seine Auseinandersetzung mit dem Führer der Gegenpartei, der damals anerkannt ersten Persönlichkeit Kölns, unmittelbar neben Camphausen in der Schätzung der kaufmännischen Welt getreten. Der eben dreißigjährige Mann hatte sich eine Stellung im öffentlichen Leben erworben, welche die Blicke in Nähe und Ferne auf sich zog. Besonders warmen Beifall fanden seine Ausführungen bei dem Präsidenten des Handelsamts, v. Roenne. Derselbe bat ihn nach der Lektüre, ihm über seine eigene im April 1845 als Manuskript gedruckte Denkschrift über die Begünstigung des direkten Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den außereuropäischen Ländern ein Gutachten zu liefern.[3]) Roennes Ideen aber war gleichfalls kein

---

[1]) Vgl. Aachener Zeitung September 18, 19 (Nr. 261, 262); Kölnische Zeitung September 22 (Nr. 265 — die Kölnische Zeitung stand damals, bis zu dem im Oktober erfolgenden Eintritt Brüggemanns in die Redaktion, auf schutzzöllnerischem Standpunkt); Augsburger Allgemeine Zeitung September 12 (Nr. 255).

[2]) Aachener Zeitung 1847 März 15 (Nr. 74).

[3]) Dieses Gutachten liegt nicht vor. Mevissen hatte im Januar 1845

günstiges Schicksal beschieden. Die gegensätzlichen Strömungen hatten vorab in Preußen durchaus die Übermacht.

Zwölftes Kapitel.

Reise nach Italien. Entwicklung des rheinischen Eisenbahnnetzes. Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen. Wahl zum Abgeordneten. (1845—1847).

'Ich habe die Hände übervoll von Projekten und fange an einzusehen, daß Beschränkung auf einzelne nottut, wenn dem Projekt die Tat auf dem Fuße folgen soll', schrieb Mevissen im Juni 1845 einem Freunde. Sein starker Lebens- und Arbeitsdrang hatte ihn in der letzten Zeit von Plan zu Plan vorwärts getrieben, und seine praktische Tätigkeit mit ihren vielgliedrigen Entwürfen hatte seinem Innenleben nur wenig Raum gelassen, ohne ihn jedoch durch befriedigende Erfolge zu entschädigen. Das Bedürfnis, sich für eine Weile aus dem unruhigen Gedränge des Tages in die Stille der Natur zu flüchten, hatte sich schon einmal lebhaft bei ihm eingestellt. Ende August 1844 war er mit seiner älteren Schwester über Baden-Baden in die Schweiz gereist. Der Rigi, eine Wanderung über die Gotthardstraße, die Furka und die Grimsel nach Interlaken, und zum Schluß noch ein Ausflug an den Genfer See boten ihm damals die beruhigenden Eindrücke der großen Alpennatur. Jetzt zog er sich wiederum Ende Juli 1845 auf einige Tage nach Baden-Baden zurück, um in alter Weise mit seinem Bewußtsein allein zu sein und zugleich sein Gemüt an den natürlichen Reizen des schönen Murgtals zu erfrischen. Wenn er sich in der Stille dieser Tage seiner frühern Gewohnheit gemäß den Selbstspiegel vorhielt, 'um aus ihm die im Strudel des Lebens von Wolken umhüllte Selbstgewißheit des idealen

---

(gelegentlich der Anwesenheit der preußischen Gesandten in den Vereinigten Staaten und in Brasilien in Berlin) wiederholt mit Diergardt über die Notwendigkeit von Handelsverträgen des Zollvereins mit Nordamerika und Brasilien verhandelt, durch die der bestehende Handelsvertrag mit Belgien erst zu voller Wirkung gelangen könne. Ein Differentialsystem bei direktem Import unter amerikanischer oder Zollvereinsflagge sollte die Grundlage bilden. Köln sollte dahin wirken, daß Reedereigesellschaften sich bildeten, um Antwerpen als wirklichen Seehafen für Köln zu entwickeln.

Menschen' zu entnehmen, so konnte er feststellen, daß zwar das äußere Leben jetzt bei ihm überwog, daß aber 'die Resultate früheren Strebens noch klar bewußt stets gegenwärtig sind und ein Abweichen vom erkannten Wahren in der Idee mit oder ohne Willen nicht vorliegt'. Jedoch die Entwicklung der Umwelt entsprach keineswegs den Hoffnungen seiner jungen Jahre. Die Träger der voranschreitenden Bildung in Preußen erfüllte zwar noch immer das zuversichtliche Bewußtsein, daß eine neue Zeit im Anzuge sei, und daß die vielseitig ans Licht emporDrängenden Volkskräfte zur Begründung neuer Zustände führen müßten. Aber die Sammlung der rückschrittlichen Elemente in Staat und Kirche, die sich gleichfalls in dieser Zeit vollzog, störte nicht nur den ruhigen Fortschritt dieser Entwicklung, sondern führte auch gegenüber der geistigen Gärung, die sich in der Literatur wie auf den Kanzeln offenbarte, die Gefahr schroffer Spaltungen und gewaltsamer Konflikte herauf. Jene unmittelbare, große und umgestaltende Wirkung des Geistes auf das Leben, die der Jüngling erhofft hatte, blieb doch aus. Auf dem Gebiet des religiösen Bewußtseins, wo die besten Köpfe danach gerungen hatten, Glauben und Wissen zu versöhnen und die Übereinstimmung des Geistes mit sich selbst zu erzielen, suchten jetzt reaktionäre Strömungen durch gedankenlose Wiederaufrichtung alter Formeln und Symbole und durch Stärkung engherzigen Kirchentums das hingebende Suchen des Geistes nach Wahrheit zu paralysieren. Im protestantischen Kreise war die Zeit beherrscht von dem Andrängen einer plumpen Orthodoxie wider den vermittelnden Geist der kirchlichen Union; in dem katholischen Rheinland aber veranstaltete im Jahre 1844 der Ultramontanismus seine erste große Heerschau. War er politisch seit den Tagen des Kölner Kirchenstreits etwas zurückgetreten, und waren die Absichten, eine besondere katholische Zeitungspresse zu gründen, vorläufig noch nicht reif zur Verwirklichung, so ermöglichte die geistige Trägheit der Menge es doch den Führern, gleichzeitig der erstaunten Welt das öffentliche Schauspiel einer Massenwallfahrt zum „Heiligen Rock" nach Trier zu bieten und im stillen für die Auffassung zu wirken, daß die weltliche Macht des Staates auf das Gebiet der äußeren, materiellen Fragen beschränkt, die geistige Ausbildung und Erziehung dagegen Recht und Aufgabe der Kirche sei. Die Regierung aber zeigte sich solchem Ringen gegen den Geist ebenso konnivent, wie sie der fortschrittlichen Bewegung hemmend in den Weg trat. Schmerz-

liche Enttäuschung über diesen Rückstoß auf geistigem Gebiete spricht aus Mevissens Aufzeichnungen und kleinen Dichtungen dieser Tage. In bitterer Stimmung rief er das Volk zum Kampfe für die freie Forschung auf; der Staat könne nur dann wahrhaft frei werden, wenn die Geister der Menschen frei geworden, und das Licht der Freiheit könne erst dann in die Tiefen des Staatslebens leuchten, wenn im Reiche des Geistes Freiheit und Wahrheit herrschten. Die eigene Zuversicht aber stärkte er durch wiederholte Betrachtungen über die Bedeutung des Einzellebens. Mögen auch die Taten des Individuums im Leben der Gattung verschwinden wie die Tropfen im Meere, so besitzt das Leben des einzelnen dennoch bleibenden Wert, wenn er sich die freie Empfänglichkeit des Gemüts für alles Edle und Erhabene dauernd bewahrt und seine Kräfte nicht in der Vereinzelung, als geistloser Knecht der Materie, übt, sondern mit reiner Hingabe der Entwicklung des Ganzen, dem Dienste einer unendlichen Zukunft weiht.[1])

König Friedrich Wilhelm IV. kam Mitte Juli 1845 wieder für einige Wochen an den Rhein, um hier den Besuch der Königin Victoria von England zu empfangen und mit ihr an dem unter Franz Liszts Leitung stattfindenden Beethovenfest in Bonn teilzunehmen, zugleich aber mit dem Fürsten Metternich, dem hartnäckigsten Gegner des konstitutionellen Prinzips, in Stolzenfels über die Verfassungsfragen vertrauliche Erörterungen zu pflegen.[2]) Die politischen Köpfe am Rhein harrten schon seit Monaten mit Spannung dem Landtagsabschied entgegen, aber der König verzögerte seine Antwort auf die Wünsche und Bitten des im April geschlossenen Landtags bis Ende Dezember. Auch die längst erwartete Kommunalordnung (S. 295) war immer noch nicht publiziert. Es machte den Eindruck einer beabsichtigten Vernachlässigung und Kränkung. 'Je näher man den Dingen der Welt tritt', schrieb Mevissen am 30. Juli, 'namentlich auch den staatlichen Verhandlungen, um so tiefer prägt sich die Wahrheit des Salomonischen Spruches ein: Alles ist eitel.' Auf der Fahrt nach Baden-Baden begegnete er bei Rheinstein dem Dampfer, der den König trug: 'die Böller donnerten, die Schiffe flaggten, die

[1]) Vgl. seine stimmungsvollen Briefe aus Baden-Baden 1845 Juli 31 bis August 2, in Bd. II 175—183.

[2]) Schorn, Lebenserinnerungen I (1898), 194 ff. Treitschke a. a. O. V, 601; Aus Metternichs nachgelassenen Papieren VII (1883), 124 ff.

Mannschaften schrieen Hurrah. Die Völker sind sich noch nicht klar über ihre Rechte und über ihre Zukunft, sonst würden die Könige würdiger empfangen werden, als mit einer Böllersalve.' Daß der politische Druck der Lage über dem Glanz der geräuschvollen Feste dieser Augustwochen so wenig zur Geltung kam, verdroß die politischen Führer sehr. Man wies öffentlich darauf hin, daß diese Feiern nicht als Beweis eines durch die gegenwärtigen politischen Zustände befriedigten Volkssinnes betrachtet werden dürften. Der Genius des deutschen Volkes schreite in diesen Tagen ernst durch die Provinz, wohl erkennend den echt deutschen Sinn, der sich in der Treue des Volkes gegen seinen Fürsten offenbare, aber auch gedenkend, daß diesem treuen Volke noch immer das Dasein nicht geworden, zu dem es sich berufen fühle, das Dasein, in welchem jeder Teil des großen deutschen Vaterlandes zu selbstbewußter fröhlicher Entfaltung und das Ganze zu lebenskräftiger Einheit gelange, das aber keine Wurzel schlagen könne, so lange noch der Deutsche von deutschem Boden als ein Fremdling ausgewiesen werde. Auf dieses Dasein sei der wahre Lebensdrang des Volkes gerichtet.[1]) Mevissens selbst auf Reisen befindlicher Freund G. J. Compes regte am 2. August bei ihm an, durch eine Petition in Sachen der Kommunalordnung die politische Note anzuschlagen, damit der König sich über die wahre Stimmung der Provinz nicht täusche. Der Gedanke sagte ihm sehr zu, aber ehe er zur Ausführung schreiten konnte, wurde er, soeben vom Schwarzwald nach Köln zurückgekehrt, auf den 8. August selbst zur Audienz zum König beschieden. Friedrich Wilhelm IV. wollte seinen englischen Gästen bis Aachen entgegenfahren, und Mevissen hatte als Präsident der Rheinischen Bahn die Aufgabe, die Fahrt des Königs am 11. August mitzumachen, was ihm unter den augenblicklichen Umständen wenig zusagte. Das Unglück wollte, daß auf der Rückfahrt von Aachen in der Nähe von Düren an der Lokomotive ein Siederohr platzte, so daß der Zug mitten im Felde liegen blieb. Der elektrische Telegraph existierte damals noch nicht,[2]) und so dauerte es eine Stunde, bis eine Ersatzmaschine zur Stelle war. Mevissen

[1]) Vgl. den anonymen (von Beckerath am 12. August verfaßten) Artikel der Kölnischen Zeitung vom 15. August (Nr. 227); Bergengrün a. a. O. S. 334.

[2]) Er wurde bei der Rheinischen Bahn im Herbst 1847 für Signalzwecke eingeführt.

hatte während dieses unfreiwilligen Aufenthalts Gelegenheit, die üble Laune der fürstlichen Passagiere kennen zu lernen, wie denn überhaupt die Anwesenheit der jungen englischen Königin am Rhein infolge ihres der Bevölkerung wenig sympathischen Verhaltens zu mancherlei Unannehmlichkeiten führte; mit Mühe wurden öffentliche Demonstrationen gegen die Königin verhindert.[1])

Sobald diese Amtspflicht erledigt war, am 13. August, begann Mevissen die Vorbereitung der geplanten Petition. Das von ihm entworfene Schriftstück bat um endliche Gewährung einer Kommunalordnung in der vom Landtag des Jahres 1843 gewünschten Form. Es berührte aber zugleich die Frage der Reichsstände, indem es ausführte, eine die Bürger zu lebendiger Teilnahme an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, zur freien Wahl ihrer Gemeinderäte und Bürgermeister berechtigende Gemeindeordnung bilde den Grundstein jener allgemeinen Repräsentation des Volkes, deren Anordnung man am Rhein einmütig von der Weisheit des Königs erwarte.[2]) Die Petition, die am 26. August, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, an den König abgesandt wurde, konnte, ebenso wie eine Aachener Petition vom 28. August, keine praktische Bedeutung mehr gewinnen, da der König die rheinische Kommunalordnung, ohne daß es seither bekannt gegeben war, schon am 23. Juli unterschrieben hatte. Ihre Publikation war nur bis nach der Anwesenheit des Königs am Rhein verzögert worden. Als sie dann zu Anfang September veröffentlicht wurde, zeigte sich, daß sie zwar die Einheitlichkeit im Aufbau des Kommunalwesens der Rheinlande den Wünschen der Provinz gemäß zugestand, auch den Gemeinden das seither entbehrte Recht der Wahl ihrer Verordneten gewährte, dagegen im Widerspruch mit den Wünschen der Provinz die Ernennung der Bürgermeister durchweg der Regierung vorbehielt.

Mevissen hatte diese Publikation nicht mehr abgewartet, sondern sich den ihn wenig befriedigenden äußeren Verhältnissen für längere Wochen entzogen. Schon seit 1839 hatte er wiederholt eine Reise nach Italien, dem alten Lande der deutschen Sehnsucht, geplant. Der kurze Aufenthalt im Schwarzwald hatte jetzt sein Innenleben

---

[1]) K. Schorn, Lebenserinnerungen I (1898), 213 ff.

[2]) Der Wortlaut ist in der Köln. Zeitung 1845 Nr. 239 veröffentlicht; vgl. auch Aachener Zeitung Nr. 229, Trierische Zeitung Nr. 238, 240.

lebhaft angeregt, seine Phantasie hatte sich 'wieder in Träumen ergehen können, die alles geben und fast so bereitwillig versprechen, wie die Könige, aber auch, wie diese, nicht gern an Versprechungen gemahnt sind.' Mit seinem jungen Freunde Franz Leiden reiste er nun am 3. September nach dem Süden, 'um dort allen Rost des letzten Jahres von der Seele abzustreifen'. Schon die ersten Eindrücke am Comer See, in der Villa Sommariva, und in Mailand befreiten ihn von 'der düstern Sorge, dem Kind des grauen Nordens'; er gab sich den Schönheiten von Natur und Kunst freudig hin. Seine Briefe von dieser italienischen Reise[1]) aber zeigen, daß es ihm doch nicht nur um Italien als das Land des Schönen, um seine landschaftlichen und künstlerischen Reize zu tun war. Zwar sah er jetzt voll Genugtuung seinen Jugendtraum von dem Glanze Hesperiens erfüllt, aber am meisten fesselte ihn doch das von den Fremden in der Regel nur als hübsche Staffage gewürdigte italienische Volk, das er in seinem Verhältnis zu Natur und Religion, in seiner Arbeit, seinem politischen Dasein und seinen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten zu begreifen suchte. Die elegische Frage nach dem Untergang der antiken Kultur und nach dem Werden und Vergehen geschichtlichen Lebens, vergleichende Reflexionen über das Rom der Kaiser und der Päpste, Erwägungen über das Wesen der italienischen Renaissance u. a. beschäftigten ihn daneben lebhaft, und auch hier, wo er über den Gräbern einer unendlich reichen Vergangenheit wandelte, verließ ihn dennoch nicht seine früherworbene Überzeugung von dem ewigen Fortschritt der Menschheitsgeschichte.

Er hatte das Glück, von Genua ab einen sehr anregenden Reisegefährten in einem jungen Professor der Staatswissenschaften aus Tübingen, J. Fallati, zu finden. Fallati, ein vielseitiger und tüchtiger, besonders als Statistiker und Sozialpolitiker ausgezeichneter Gelehrter, stand Mevissens politischen und wirtschaftlich-sozialen Anschauungen sehr nahe.[2]) Er war ebenso überzeugt von der Notwendigkeit einer preußischen Hegemonie in Deutschland, wie davon, daß Preußen Verfassungsstaat werden müsse, um zu diesem Ziel zu gelangen. Er

---

[1]) Sie sind Bd. II S. 183—200 abgedruckt.

[2]) J. Fallati (1809—1855) war aus Hamburg gebürtig, seine Familie stammte aber aus Rovigo (vgl. für ihn Zeitschr. für die gesamte Staatswissenschaft 1855 S. 669 ff; und R. Mohl, Erinnerungen aus meinem Leben I (1902) 216).

vertrat das System der Schutzzölle für die Industrie und der Differentialzölle für den Handel, und in bezug auf die soziale Frage hatte er soeben in der von ihm zusammen mit R. Mohl, W. L. Volz und anderen Tübinger Dozenten 1844 gegründeten „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" den Gedanken verfochten, daß das Vereinswesen das beste Mittel zur Bildung und Sittigung des Fabrikarbeiterstandes darstelle.[1]) Mit seinem Kollegen K. A. Wunderlich, dem später berühmten Physiologen, war er jetzt auf dem Wege nach Neapel zu einem wissenschaftlichen Kongreß. Nach dem Vorbilde der deutschen Naturforscher fanden sich seit 1839 die italienischen Gelehrten jährlich abwechselnd in einer der Städte ihres Landes zusammen. In diesen 'Congressi degli scienziati Italiani', die eine Verbindung von Wissenschaft und Leben erstrebten, kam die italienische Einheitsbewegung zum ersten Ausdruck; man versuchte das zersplitterte Land zunächst durch ein geistiges Band zu verknüpfen. Der Kongreß in Neapel, der von mehr als 1500 Teilnehmern besucht war, war der siebente dieser Art, er dauerte vom 20. September bis zum 5. Oktober.

Da das Eisenbahnwesen in Italien noch ganz unentwickelt war, so ging die Fahrt von Genua mit dem Dampfer nach Livorno. Von dort wurde ein mehrtägiger Abstecher über Pisa nach Florenz unternommen und dann von neuem der Dampfer zur Fahrt an der Küste entlang nach Neapel benutzt. Auch Mevissen nahm als 'Scienziato' an dem Kongreß teil. Die Verhandlungen boten für ihn viel Fesselndes. Die italienische Nationalökonomie jener Tage erörterte die wirtschaftlichen Fragen schon im engen Zusammenhang mit der Naturwissenschaft, und sie vertrat gleichmäßig Wirtschaft und Wohlfahrt im Sinne einer ethischen Auffassung der Volkswirtschaft; auch Zukunftsideen, wie die industrielle Assoziation der Völker und die Herbeiführung eines engen internationalen Verkehrszustandes, denen Mevissen, wie wir wissen, nicht fern stand, erörterte sie mit Vorliebe. Durch geographische und archäologisch-historische Vorträge wurde außerdem eine reiche Abwechselung der Kongreßverhandlungen geboten.[2]) Eine Anzahl

[1]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft I (1844) S. 737 ff.

[2]) Vgl. über die italienischen Kongresse Volz ebd. II (1845), 744; Fallati ebd. III (1846) 140.

später hervorragender deutscher Gelehrter, unter ihnen Th. Mommsen, Jul. Friedländer, Leopold v. Buch, K. Prantl, nahmen an den Erörterungen des Kongresses in Neapel teil. Auch bot die Versammlung die Möglichkeit, unter besonders günstigen Umständen und unter sachverständiger einheimischer Führung die Sehenswürdigkeiten von Neapel und Umgebung zu genießen. Die Eröffnung des neuen Observatoriums am Vesuv am 29. September, eine Besteigung des Vesuv, der Besuch von Pompeji und ein Ausflug nach Paestum bildeten die Glanzpunkte dieser Tage. Die Ewige Stadt übte dann nach dem kurzen Augenblick einer ersten Enttäuschung, der den hochgespannten Erwartungen des Romfahrers selten erspart bleibt, im Gegensatz zu dem lärmenden Neapel noch für mehrere Tage eine große Wirkung auf Mevissen durch ihre vornehme Ruhe und die Fülle historischer und künstlerischer Eindrücke. Wie ihn die Reise seither schon mit einer Anzahl bedeutender Männer persönlich zusammengeführt hatte, so traf er hier zuletzt noch mit dem ihm von Düsseldorf her bekannten Maler Peter Cornelius zusammen, der sich seit Ostern in Rom aufhielt, um die großen Kartons für den Campo Santo in Berlin zu entwerfen, der zu den künstlerischen Lieblingsideen König Friedrich Wilhelms IV. zählte. Mit seinem Reisegefährten Fallati aber blieb er fortan in schriftlicher Verbindung über die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen, bis er im Jahre 1848 in den Tagen des Frankfurter Parlaments in ein enges amtliches Verhältnis zu ihm trat. Ende Oktober traf er wieder in Köln ein, erfrischt an Geist und Gemüt und entschlossen, sich mit dem ihm eigenen Eifer den Arbeiten zuzuwenden, die von allen Seiten, Altes und Neues in buntem Gedränge, auf ihn einstürmten.

Die Entwicklung der Rheinischen Bahn hatte seither einen stetigen Fortgang genommen; sie wurde in schneller Progression bis zum Anfang des Jahres 1848, und zwar besonders durch eine unvorhergesehene Steigerung des Binnenverkehrs, eine der ertragreichsten preußischen Eisenbahnen. Mevissens Wirken bewegte sich hier wesentlich nach zwei Richtungen. Zunächst verbesserte er die allgemeine Finanzgebarung der Eisenbahngesellschaft, indem er im Juni 1845 die Gründung eines durch jährliche, sehr ausgiebige Rücklagen dotierten Reservefonds herbeiführte, um allmählich das aus früheren Jahren stammende Defizit zu decken, eine reichliche

Erneuerung des Betriebsmaterials zu ermöglichen und für die Zukunft eine erwünschte Stetigkeit der Dividende herbeizuführen. Er legte durch diese neue Einrichtung, die noch durch eine möglichst sparsame Geschäftsführung unterstützt wurde, den Grund zu dem musterhaften Finanzwesen, wodurch die Rheinische Eisenbahn unter seiner Leitung ein geradezu vorbildliches Institut geworden ist.

Dann aber handelte es sich darum, den durchgehenden Personenverkehr und Gütertransport zu entwickeln und zu beleben. Eine Vereinheitlichung der Eisenbahneinrichtungen im Inland und angrenzenden Ausland auf Grund der tatsächlich vorhandenen Interessengemeinschaft mußte erstrebt werden. Die Rheinische Bahn bildete durch ihre geographische Richtung ein natürliches Glied jenes Systems kontinentaler Querbahnen, welches die Umwege des Seewegs abzuschneiden bestimmt war. Sie hatte zugleich von allen deutschen Bahnen zuerst die schwierigen Fragen der Zollabfertigung praktisch zu lösen, welche durch die Überschreitung der Landes- und Zollvereinsgrenze erwuchsen. Um mit der belgischen Regierung und der Verwaltung der französischen Nordbahn zu Abschlüssen zu gelangen, welche den durchgehenden französisch-deutschen Verkehr auf die Rheinische Bahn zogen, wurde auf Mevissens Veranlassung nach längeren Vorverhandlungen der Spezialdirektor Hauchecorne nach Belgien und Frankreich entsendet, und es gelang diesem der Abschluß einer am 28. März 1847 in Paris unterzeichneten Konvention zwischen den drei Instanzen, welche durch direkte Billets den Personenverkehr erleichterte, die Frage der internationalen Transporte, der Frachtkosten wie der Abfertigung der Güter einheitlich regelte und zugleich den Hafen von Havre mit seinem überseeischen Verkehr in eine rege und fruchtbare Verbindung mit dem Rhein brachte.[1])

Ebenso erfolgreich waren die gleichzeitigen Bestrebungen zur Durchführung einheitlicher Grundsätze in dem im Entstehen begriffenen preußischen und deutschen Eisenbahnnetz. Die erste Anregung dazu kam von auswärts. Wiederholte Eingriffe des Finanzministeriums in den Betrieb und die innere Verwaltung der Eisenbahnen, welche durch die den einzelnen Gesellschaften beigegebenen Regierungs-

[1]) Hauchecorne wurde daraufhin am 1. Januar 1846 durch die drei Instanzen gemeinsam als Generalagent für den rheinisch-belgisch-französischen Bahnverkehr angestellt.

kommissarien erfolgten, wurden von den Bahnverwaltungen drückend empfunden. Am 18. September 1846 lud die Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahn die übrigen Direktionen preußischer Eisenbahnen zu einer gemeinsamen Beratung nach Berlin, um eine einheitliche Stellungnahme vorzubereiten. Man strebte eine allgemeine Revision des Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 an, das neben vielen Vorzügen doch auch manche die Verwaltung der Bahnen mehr als nötig einschränkenden Bestimmungen aufwies und schon wiederholt die Kritik der Fachmänner erfahren hatte.[1])

Am 10. November 1846 fand die Versammlung in Berlin statt, an der Deputierte sämtlicher zehn im Betrieb befindlichen preußischen Eisenbahnen teilnahmen. Vom Rhein waren Mevissen und Quadflieg (aus Aachen) als Vertreter der Rheinischen, Ed. Kühlwetter als Vertreter der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn anwesend. In den Verhandlungen drängte sich allen Teilnehmern sofort die Notwendigkeit auf, nicht nur durch Kollektivpetitionen gegen die Übergriffe des Finanzministeriums anzugehen, sondern auch mit Rücksicht auf die Verbindung der verschiedenen Linien zu einem einheitlichen Netz möglichst übereinstimmende Betriebs- und Verwaltungsgrundsätze anzustreben. Der Gedanke der Gründung eines dauernden Verbandes zu diesem Zweck lag nahe, und Mevissens Anträge nach dieser Richtung wurden acceptiert. Die Statuten eines 'Verbandes Preußischer Eisenbahndirektionen' mit halbjährigen Zusammenkünften wurden entworfen, und auf Einladung Mevissens wurde Köln als Ort der für den Juni 1847 in Aussicht genommenen nächsten Zusammenkunft bestimmt. Zugleich übernahmen es Mevissen, Quadflieg und Kühlwetter, für diesen Kongreß eine Zusammenstellung der Gesichtspunkte für eine Revision des Eisenbahngesetzes auszuarbeiten.[2]) Am 28. und 29. Juni fand der Kongreß in Köln statt. Der Gedanke der Verbandsgründung

[1]) Hansemann, Kritik des preußischen Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 (1841). Der Rheinische Landtag von 1841 hatte eine Revision beantragt (Verhandlungen S. 154; vgl. Bergengrün a. a. O. S. 206); ein Reskript des Finanzministeriums vom 8. Februar 1843 hatte eine solche zugesagt.

[2]) Sie wurde am 1. Oktober 1847 fertig und erschien im Druck unter dem Titel 'Zusammenstellung von Grundsätzen für ein neues Eisenbahngesetz unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen' (19 Seiten 4⁰). — Eine Änderung des Gesetzes von 1838 erfolgte jedoch nicht (vgl. Gleim im Archiv für Eisenbahnwesen 1888 S. 819 f.).

hatte so viel Beifall gefunden, daß inzwischen schon achtzehn preußische Gesellschaften sich angeschlossen hatten. Man entschloß sich nun in Köln, den Verband über ganz Deutschland auszudehnen. Eine Denkschrift Mevissens führte aus, es sei der Privattätigkeit in Deutschland durch das ihr überlassene Eisenbahnwesen ein neuer Wirkungskreis und eine Schule eröffnet, die nicht ohne Einfluß auf eine glückliche Weiterbildung des öffentlichen Lebens bleiben könne, weil bei dem Bau und der Verwaltung der Eisenbahnen die allgemeinen Gesichtspunkte leitend sein müßten. So unverkennbar vorteilhaft aber in dem tatenarmen Deutschland diese Beförderung tatkräftiger Individualität sei, so seien vielleicht doch die Nachteile überwiegend, die sich für das Ganze aus der Zersplitterung und daraus ergäben, daß man einzelnen Personen ein Monopol überlasse, welches bestimmt sei, auf die Entwicklung des Nationalvermögens einen so entscheidenden Einfluß zu üben.[1]) Zur Beseitigung dieser Nachteile empfahl er die Abhaltung jährlicher Generalversammlungen sämtlicher Eisenbahnverwaltungen im Bereiche des Deutschen Bundes, und zwar unter dem Vorsitz von staatlichen Kommissarien, um auf ihnen gemeinverbindliche Beschlüsse über gegenseitiges Ineinandergreifen des Betriebs zu fassen. Auf der Versammlung in Köln, an der Mevissen nicht persönlich teilnehmen konnte, da ihn politische Fragen in Berlin zurückhielten,[2]) fand der Gedanke der Ausdehnung des Verbandes auf alle deutschen Eisenbahnverwaltungen Zustimmung. Neben der Durchführung einheitlicher Verwaltungsgrundsätze war dabei auch der Wunsch leitend, durch das neue Verkehrsmittel zur Verbrüderung der getrennten deutschen Stämme beizutragen.[3]) Auf der nächsten Versammlung in Hamburg (29. November bis 2. Dezember 1847),

---

[1]) Als solche Nachteile bezeichnete er 1. die Zersplitterung in zahllose Verwaltungen, deren Interesse oft den allgemeinen Interessen widerstreite und deren Handeln mehr durch Partikularinteressen der Städte, in denen sie ihren Sitz hätten, oder der Personen, aus denen sie beständen, als durch die Interessen der Eisenbahn bestimmt werde; 2. das egoistische Sonderinteresse der Eisenbahnen, das dem Staatsinteresse widerstreite; 3. Mängel der Verwaltung, die in der Zersplitterung der Gesellschaften, in der differenten Spurweite der Strecken und der Verschiedenheit des Wagenbaues und somit in der beschwerlichen Auswechselung des Betriebsmaterials ihren Grund hätten.

[2]) Vgl. unten Kapitel 13.

[3]) Vgl. Aachener Zeitung Nr. 185, Kölnische Zeitung Nr. 186, erste Beilage.

an der auch Mevissen teilnahm,[1]) wurde dann der 'Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen' konstituiert und volle Einmütigkeit in bezug auf den leitenden Gedanken, die Betreibung sämtlicher Eisenbahnen Deutschlands als eines einheitlichen Netzes gegenüber dem Auslande, erzielt. Der Verein hat bei der andauernden politischen Zersplitterung Deutschlands während der folgenden Jahrzehnte eine nach vielen Richtungen bedeutsame Tätigkeit entfaltet und zugleich durch das planvolle Zusammenwirken der verschiedenen Verwaltungen den Aufschwung des Eisenbahnwesens überhaupt sehr gefördert.[2]) Die damals festgestellten Reglements für den durchgehenden Personen- und Güterverkehr sind im allgemeinen für die Zukunft maßgebend geblieben. Für die Rheinische Bahn war noch besonders wichtig ein im Anschluß an die Hamburger Konferenz am 3. Dezember 1847 geschlossenes Übereinkommen zwischen dem Bevollmächtigten des Österreichischen Lloyd zu Triest, Hübner, und dem Verein, wonach ein regelmäßiger Transportverkehr zwischen England und dem Orient über die deutschen Eisenbahnstrecken und die Dampfschiffe des Lloyd vereinbart wurde. Dieses Abkommen wies zugleich nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Rheinuferbahn hin, die den Anschluß an die süddeutschen Eisenbahnen herzustellen bestimmt war.

Auf die Entwicklung des als ein zusammenhängendes Ganzes von ihm betrachteten rheinischen Eisenbahnnetzes war Mevissens Augenmerk stets gerichtet. Von diesem Gesichtspunkt wirkte er schon in diesen Jahren, wo die Rheinische Eisenbahn noch auf die einzige Strecke von Köln nach Belgien beschränkt war, dahin, diesem Unternehmen einen provinziellen Charakter dadurch zu geben, daß in seinem Verwaltungsrat stets verschiedene Bevölkerungsgruppen der ganzen Provinz vertreten waren. Er selbst aber blieb außerdem persönlich mit allen wichtigeren rheinischen Bahnprojekten dauernd in engster Verbindung.

Seit dem Frühjahr 1844 waren die beiden Projekte der Rheinuferbahn, wenn sie auch bei den Sachverständigen eine sehr skeptische Aufnahme fanden,[3]) nachdrücklich gefördert worden. Dem Bonner

---

[1]) Es waren dort schon 120 Vertreter von 36 deutschen Eisenbahnverwaltungen anwesend; von der Rheinischen, außer Mevissen, v. Geyr u. Quadflieg.

[2]) Vgl. C. Schmeidler, Gesch. des deutschen Eisenbahnwesens (1871) S. 68ff.

[3]) v. Reden a. a. O. II², S. 1094ff. — Vgl. oben S. 320.

Komitee war zwar schon am 24. April, dem Kölner Komitee Anfang Mai 1844 durch den Finanzminister v. Bodelschwingh eröffnet worden, daß die Bahn nach Koblenz selbst dann, wenn ihre technische Ausführbarkeit nachgewiesen werde, doch nicht auf Konzession rechnen könne, weil sie keine vorzugsweise Wichtigkeit im Sinne seiner Verfügung vom 11. April[1]) besitze. Dennoch ließ das Bonner Komitee durch den Oberingenieur Maertens aus Braunschweig eine genaue Aufnahme der Bahnlinie und einen Kostenanschlag ausarbeiten, den es am 3. Juli 1845 dem Finanzministerium einreichte, indem es zugleich in einem eingehenden Begleitbericht die technische Ausführbarkeit darlegte und die vorzugsweise Wichtigkeit der Strecke nachzuweisen versuchte. Das Kölner Komitee beschritt denselben Weg. Mevissen gewann für die Bearbeitung des Projekts die beiden belgischen Ingenieure J. W. Ubaghs und G. Blonden. Sie hatten die Bahnstrecke von Verviers durch das Vesdre-Tal bis zur preußischen Grenze projektiert und ausgeführt, welche durch Überwindung der größten Terrainschwierigkeiten zu europäischem Ruf gelangt war; sie vollendeten nun ihr neues Projekt bis zum Oktober 1845. Es wich in manchen Punkten von dem Konkurrenzprojekt ab, besonders darin, daß es mit Rücksicht auf die spätere Weiterführung der Strecke bis Bingen schon eine Überbrückung der Mosel bei Koblenz vorsah, während das Bonner Projekt die Linie zunächst nur bis zum linken Moselufer führte.[2]) Am 31. Mai 1846 wurde nach sorgfältiger Durchprüfung auch dieses Projekt dem Finanzministerium eingereicht.

Die öffentliche Meinung hatte sich inzwischen auch außerhalb der Rheinlande mit diesem Projekte vielfach beschäftigt, und Friedrich List war im Herbst 1844 in einer lebhaft-witzigen Abhandlung für die Notwendigkeit des Baues einer oder vielmehr zweier Rheinbahnen eingetreten; der im Rheintal bevorstehende Verkehr könne, so führte

[1]) Vgl. oben S. 321.

[2]) Die belgischen Ingenieure hatten eine besondere Vorliebe für Tunnels, ihr Projekt sah drei kleine Tunnels (bei Oberwinter, Rheineck und Andernach) auf der Strecke vor, während das Bonner Projekt sich mit Einschnitten begnügte. Die Kosten des Kölner Voranschlags beliefen sich auf 3380000 Taler, die des Bonner Voranschlags auf 3400000 Taler. Beide Projekte sahen eine zweigleisige Strecke vor, das Bonner Projekt vorerst nur für den Unterbau.

er aus, gar nicht genug Wege zur Verfügung haben.[1]) Aber die preußische Regierung war anderer Ansicht. Am 26. Oktober 1845, am 18. Januar 1846 und wiederholt im November 1846 erklärten die Finanzminister Flottwell und Düesberg, daß die Konzession für eine Eisenbahn von Bonn nach Koblenz zurzeit nicht erteilt werden könne. Entscheidend waren dafür vornehmlich militärische Erwägungen, die sich immer schärfer für eine Bahn auf dem rechten Rheinufer geltend machten. Es waren dieselben Erwägungen, die einst Friedrich den Großen bestimmt hatten, den Chausseebau im Clevischen zu vernachlässigen, um dem Feinde den Zugang von Westen her nicht zu erleichtern. Wurde dagegen eingewendet, daß man die für die linksrheinische Strecke projektierten Brücken und Tunnels mit Demolierungsminen versehen, übrigens im Ernstfall die linksrheinische Trace vom rechten Ufer aus leicht zerschießen und den ganzen Wagenpark in den Festungen Köln und Koblenz verschließen könne, so fiel für die Regierung noch ein anderer Gesichtspunkt ins Gewicht. Daß die Bahn nach Koblenz nur ein Glied der zusammenhängenden Rheintalbahn sein werde, wurde täglich augenscheinlicher, da von Süddeutschland aus im Anschluß an oberrheinische Projekte eine Bahn von Mainz nach Bingen ernsthaft ins Auge gefaßt wurde,[2]) es sich also am Rhein tatsächlich nur noch um das Zwischenglied Koblenz-Bingen handelte. Sowohl das Bonner wie das Kölner Komitee waren denn auch schon bald zur Vermessung dieses Zwischengliedes übergegangen. Es bot weit größere natürliche Schwierigkeiten, als die Strecke von Bonn bis Koblenz. 'Leider sind', so schrieb Mevissen im Juni 1845 einem Freunde, 'die Aussichten für eine Fortsetzung der Bonn-Koblenzer Bahn bis Mainz nicht günstig. Die belgischen Ingenieure schlagen die Baukosten von Koblenz bis Bingen in Bausch und Bogen ohne Betriebsmaterial auf 12 1/2 Millionen Taler an.[3]) Diese Summe

[1]) Friedrich Lists 'Reisegespräch auf dem Rhein über Parallel-Rhein-Eisenbahnen' wurde im Oktober 1844 in der Augsburger Allgemeinen Zeitung und danach am 31. Oktober im Allgemeinen Organ S. 601 ff. veröffentlicht (wieder abgedruckt in Lists Schriften, hrsg. von Häusser II, 235 ff.).

[2]) Am 17. April 1846 gab die hessische Regierung einem Komitee in Bingen die Konzession. — Gegen die 'chimärischen' Bedenken der Strategen vgl. Kölnische Zeitung 1845 Nr. 73.

[3]) Im Mai 1846 veranschlagten sie die Kosten nur noch auf 6 Millionen — allerdings viel zu niedrig, wie sich in der Folge zeigte.

ist geeignet, selbst kühne Spekulanten außer den Zeiten des Aktienschwindels abzuschrecken. Und doch bin ich fest überzeugt, daß die Bahn gebaut werden muß und später auch gebaut werden wird.' Man betrachtete es im Schoße der Regierung nicht nur als bedenklich, daß nach Vollendung dieser Strecke eine direkte Linie Straßburg und die französischen Bahnen mit Koblenz und Köln verbinden werde, sondern man hielt es auch für besonders nachteilig, daß diese Eisenbahn auf dem linken Ufer aus finanziellen Gründen dauernd die Bahnanlage auf dem rechten ausschließen werde, die man aus strategischen Gründen wünschte. In der Tat hatte die einst durch Napoleon vollendete linksrheinische Chaussee seither die Ausführung einer Fahrstraße am rechten Ufer verhindert.

Die öffentliche Meinung trat auf die Seite der Regierung. Mevissen ließ zwar durch G. Blonden die Strecke Koblenz-Bingen genau vermessen, und er erhielt von diesem am 18. Januar 1847 die Pläne und Nivellements ausgehändigt, aber die gegnerischen Stimmen verstärkten sich, und zwar ebensosehr aus allgemeinen Gründen wie aus beschränkten Lokalinteressen. Hatte man in Koblenz im Jahre 1844 die Bahn Bonn-Koblenz als eine unabweisbare Notwendigkeit aufgefaßt, so erklärte man im Mai 1847, als es deutlich wurde, daß die Strecke nicht in Koblenz ihr Ende finden sollte, Köln arbeite wie eine Kreuzspinne, um sein Netz immer weiter auszudehnen; das Bahnprojekt bringe nur den Städten Köln und Mainz Vorteil, dem ganzen preußischen Gebiet oberhalb von Köln dagegen Schaden.[1]) Selbst Mevissens Freund R. Schramm, der anfänglich gemeinsam mit ihm das Projekt der Bahn bis Koblenz gefördert hatte, stellte sich jetzt auf den Standpunkt, nur eine rechtsrheinische Linie sei berechtigt, die linksrheinische sei unpatriotisch und gemeinschädlich, weil sie einen in großartiger Entwicklung begriffenen deutschen Verkehr dem Feind im Westen überantworte. Mit starkem Pathos führte er aus, der Gegenstand einer vielleicht auf Jahrhunderte zu fixierenden Völkerstraße sei von solcher Wichtigkeit, daß er dem Zufall der Privatinteressen und spekulierenden Koterieen von Unternehmern entzogen werden müsse. Es handle sich um nichts Geringeres als darum, ob der jährlich steigende starke Personen- und Güterverkehr,

[1]) Rhein- und Moselzeitung 1844 Oktober 27, 1847 Mai 29.

welcher sich zwischen England, Holland und Belgien einerseits, der Schweiz, Lombardei und Ägypten anderseits die Rheinstraße entlang bewege, in Zukunft den französischen Eisenbahnen zugeführt oder den Bahnen und Ländern des Zollvereins erhalten werden solle. Das linksrheinische Projekt setze außerdem für den Fall eines künftigen Verteidigungs- oder Angriffskriegs gegen Frankreich die Sicherheit und den Zusammenhang der deutschen Kriegsoperationen zum Vorteil der Franzosen aufs Spiel. Richtig sei es also, die Verbindung zwischen Ober- und Niederrhein auf dem rechten Ufer, und zwar durch unmittelbare Aneinanderschließung der am 12. Dezember 1845 eröffneten Köln-Mindener Bahn bei Deutz mit der seit 1840 Wiesbaden und Frankfurt verbindenden Taunusbahn bei Castel zu bewerkstelligen.[1])

Dieser Meinungsstreit wurde so leidenschaftlich geführt, daß R. Schramm sich sogar zum Anwalt einer Gruppe von Berliner Interessenten machte, welche im Dezember 1846 und im Januar 1847 gegen das Kölner und das Bonner Komitee den Vorwurf des Vertragsbruchs erhoben, weil sie ohne vorherige Ermächtigung der Aktionäre die Vermessung der Strecke Koblenz-Bingen unternommen hätten — ein Vorwurf, dem Mevissen am 4. März 1847 durch die Erklärung begegnete, daß im Hinblick auf die von der Staatsregierung erhobenen Schwierigkeiten diese Vermessung zu den Maßregeln gehörte, die notwendig waren, um die Konzession der zunächst geplanten Strecke Bonn-Koblenz anzubahnen. Es war vielfach, und zwar mit Recht, als eine innere Schwäche des Bonn-Koblenzer Projekts bezeichnet worden, daß Koblenz als Handels- und Verkehrsplatz zu unbedeutend sei, um den Endpunkt einer Bahnstrecke zu bilden,

[1]) Vgl. (R. Schramm), Die Vertragswidrigkeiten der Bonn-Koblenzer und Köln-Koblenzer Eisenbahnkomitees und die Gemeinschädlichkeit ihres Projektes, Berlin (T. Trautwein, J. Guttentag) 1847, 34 Seiten. Diese Ausführungen erschienen zuerst in der (Berliner) Zeitungshalle 1847 Februar 27 (Nr. 49 Beilage). — In Nassau wurde übrigens schon seit 1844 auch der Plan eifrig erörtert, eine Bahn von Castel nach Deutz über den Taunus und Westerwald, nicht durch das Rheintal zu legen (vgl. v. Reden a. a. O. II⁴, 1711). Ein Kölner Komitee unter Leitung von H. J. Withoff bewarb sich 1846 um die Konzession für den preußischen Teil dieser Strecke (über Siegburg) bis zur nassauischen Grenze, erhielt aber am 24. Juni 1846 vom Finanzministerium einen dilatorischen Bescheid.

und daß nur der Anschluß an das süddeutsche Eisenbahnsystem die Rheinbahn wirtschaftlich sichern könne.[1]) Die Berliner Gruppe verlangte zwar, daß die beiden Komitees sich auflösten und „durch den Weggang von dem Schauplatz ihrer ruhmlosen Tätigkeit den Aktienmarkt für ein rechtsrheinisches Projekt freimachten, welches als den Interessen der Gesamtheit am meisten entsprechend von seiten der Staatsbehörden anerkannt und zur Verwirklichung der künftigen Weltbahn würdig befunden werde".[2]) Diese Auflösung erfolgte jedoch nicht, und der ganze Konflikt hatte wenig praktische Bedeutung, da die seit 1846 einsetzende Geldkrise den Bau einer Bahn auf dem rechten wie auf dem linken Ufer vorderhand unmöglich machte. Erst nach dem Revolutionsjahr, gegen Ende des Jahres 1849, kam in die Frage der Rheinuferbahn wieder einige Bewegung.

Mit dem langsamen Fortschritt der Verwirklichung seiner Pläne hatte Mevissen sich inzwischen abgefunden. 'Ich bin daran gewöhnt', schrieb er damals nieder, 'im Geiste den Dingen vorauszueilen, und erst allmählich mit Taten nachzurücken.' Auch seinen Bemühungen um die Entwicklung des Eisenbahnnetzes abwärts von Köln auf dem linken Rheinufer, wo er die Verbindung Kölns mit der industriereichen Gladbacher Gegend anstrebte, war in diesen Jahren noch kein Erfolg beschieden.

Es handelte sich hier im wesentlichen um zwei Projekte.[3]) Der von Hansemann aufgenommene Plan einer Bahn von Aachen nach Düsseldorf (S. 314) hatte zum Mittelpunkt die Stadt Gladbach; diese erschien daher besonders geeignet, auch als Knotenpunkt einer Schienenverbindung des niederrheinischen Industriebezirkes mit Köln zu dienen. Eine Bahn von Gladbach nach Köln trat aber in Konkurrenz zu dem seit 1844 von einem Kölner Komitee geplanten Bau einer Bahn von Köln nach Krefeld. Für letztere Linie, deren Vermessung im Jahre 1845 durchgeführt wurde, bemühte sich be-

[1]) Vgl. auch die Erklärung des Bonn-Koblenzer Komitees in der Köln. Zeitung 1846 Nr. 59.

[2]) Sie klagten auf Rückzahlung des nach den Vermessungsarbeiten der beiden Komitees noch vorhandenen Restes der Einzahlungen (in Köln etwa 5000, in Bonn etwa 6000 Taler); der Prozeß schleppte sich bis in die fünfziger Jahre hinein fort.

[3]) Vgl. über die Entstehung einer Anzahl dieser niederrheinischen Projekte v. Reden a. a. O. II², 935, 937.

ders L. Camphausen, der in den Berichten der Kölner Handels-
mer mit unermüdlichem Eifer für dieselbe eintrat. Die Regierung
r jedoch nicht für dieses Projekt; am 2. Oktober 1845 und wiederholt
20. Januar 1846 erhielt das Kölner Komitee den Bescheid, die
nzession könne für jetzt nicht erfolgen.[1]) Zusammen mit Diergardt
ersen) und Croon (Gladbach) versuchte Mevissen nun, die sich
uzenden Projekte in seiner Heimat zu vereinigen; auch der Ober-
isident Eichmann bemühte sich nach dieser Richtung, indem er am
November 1845 in Gladbach eine Besprechung der Interessenten
anlaßte. Am 30. November 1845 gründete Mevissen dann ein
visorisches Komitee, und er erzielte am 29. März 1846 eine Ver-
idigung über das Projekt einer von Köln ausgehenden und über
adbach und Venlo nach Middelburg geplanten 'Niederrhein-Nordsee-
rbindungsbahn'. Das Komitee unter Mevissens Vorsitz, das zunächst
Ausbau der Strecke Köln-Gladbach-Venlo in Aussicht nahm,
tand aus Vertretern von Köln, von Düsseldorf und aus dem
adbacher Industriebezirk, und in zwei Versammlungen in Köln am
April und in Düsseldorf am 26. April beschloß man die Anmeldung
Projekts bei der Regierung. Durch den Ingenieur G. Blonden
ß Mevissen die Strecke, die bis Wevelinghoven mit der geplanten
ie Köln-Krefeld zusammenfiel, vermessen; am 18. Januar 1847 waren
h hier die Pläne und Nivellements hergestellt. Auf sofortige Ge-
migung von seiten der bedächtig-schwerfälligen Regierung rechnete
n nicht, da diese soeben erst, am 8. Januar 1847, die Ruhrort-
efeld-Gladbacher Linie konzessioniert hatte. Es war mehr eine
cherung für die Zukunft, die man erstrebte. Aber die Regierung
sagte sich dem Projekt vollständig und war nicht einmal zur Prü-
ng der Pläne zu bewegen.

Auch sonst verhielt die Regierung sich Mevissens Eisenbahnplänen
d -wünschen gegenüber zumeist ablehnend. Zwar wies sie am 2. Ok-
er 1845 das von Düsseldorf aus nachdrücklich betriebene Projekt einer
hn über Sittard und Hasselt nach Antwerpen ab. Eine diesen
eg nehmende Bahn hätte eine sehr unbequeme Konkurrenz der

---

[1]) Eine Sitzung des Staatsministeriums vom 2. Juli 1845 beriet ein-
hend über die ganze Fülle der niederrheinischen Bahnprojekte und stellte den
gemeinen Standpunkt der Regierung zu denselben fest.

Rheinisch-belgischen Bahn bedeutet, und Mevissen hatte wiederholt geltend gemacht, daß diese junge und mit so großen Geldopfern erbaute Bahn nicht durch eine Parallelstrecke in ihren Lebensinteressen gefährdet werden dürfe. Eine Gefährdung dieser Interessen, wenn auch in geringerm Maße, bedeutete aber ebenso das erwähnte Hansemannsche Projekt einer Bahn von Aachen nach Düsseldorf, das besonders durch den Minister des Innern, Graf Arnim, gefördert wurde und am 2. Oktober 1845 eine vorläufige Konzession erhielt. Mevissen machte im November 1844 durch mündliche Vorstellung bei dem Finanzminister Flottwell und später durch eine Denkschrift vom 26. Februar 1845 auf dieses Bedenken aufmerksam, aber ohne Erfolg. Eine Kabinetsordre vom 21. August 1846 genehmigte vielmehr endgültig die von Hansemann gegründete Eisenbahngesellschaft. Vergebens hatte Mevissen sich bemüht, in dieser Frage einen Ausgleich zwischen den allgemeinen Verkehrsinteressen und den besonderen Interessen der von ihm geleiteten Bahn zu bewirken. Sowohl für die unternehmenden Gesellschaften wie für die allgemeinen Interessen der Provinz hielt er es für unumgänglich, daß allmählich eine Vereinigung größerer Bahngebiete unter einer einheitlichen Verwaltung durchgeführt werde, wie es in England schon mit bestem Erfolg praktisch erprobt worden war. Die planlose Konkurrenz einer Anzahl von kleinen Gesellschaften konnte unmöglich eine von großen Gesichtspunkten geleitete Organisation des wirtschaftlichen Lebens der Provinz und eine gedeihliche Entwicklung des vaterländischen Eisenbahnwesens überhaupt herbeiführen. So hatte er am 14. Mai 1845 den Antrag bei der Regierung eingebracht, der Rheinischen Eisenbahngesellschaft den Bau und den Betrieb der geplanten Strecke zu übertragen, wenn dieselbe aus volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig gehalten werde. Diese Bahn sei für ihre Rentabilität durchaus auf den Teil des Personenverkehrs angewiesen, den sie der vereinigten Rheinischen und Köln-Mindener Bahn entreiße. Würde eine solche Konkurrenz als im allgemeinen Interesse geboten und die gewonnene geringe Zeitersparnis als so wesentlich erachtet, daß dagegen die Interessen dieser beiden Gesellschaften zurückstehen müßten, so müsse es gewiß dem allgemeinen Interesse durchaus entsprechend gefunden werden, wenn die zu bauende Bahn nicht zum ausschließlichen Besitz einer den vorhandenen Bahnen feindlichen Konkurrenz, sondern unter

solchen Modalitäten hergestellt würde, die in Wahrheit dem allgemeinen Interesse entsprächen und die Benutzung derselben zu diesem Behufe ermöglichten. Der Antrag war um so besser begründet, als die Aachen-Düsseldorfer Gesellschaft die für den Bau erforderlichen Geldmittel nur schwer aufzubringen vermochte. Die Regierung lehnte jedoch, und zwar ohne alle Motivierung, auch diesen Antrag im Dezember 1845 ab.[1]) Der Bau der Aachen-Düsseldorfer Linie ging dann wohl vor sich, aber wegen Geldmangels mit längeren Stockungen; nur mit Staatshilfe konnte er zu Ende geführt werden, und die Strecke hat es niemals zu einer gedeihlichen Entwicklung und angemessenen Rentabilität gebracht.[2])

Im Zusammenhang mit dieser Gruppe von Projekten stand der durch ein Dürener Komitee am 23. Mai 1844 angeregte und dann auch von Mevissen geförderte Gedanke einer Bahn von Düren über Jülich nach Gladbach[3]) und die Ausgestaltung des schon erwähnten, für die Montanindustrie des Schleidener Tales wichtigen Planes einer Zweigbahn von Düren nach Commern.[4]) Letzterer Plan fand bei der Regierung von vornherein einiges Entgegenkommen und erweiterte sich schon bald nach dem Beginn der Streckenvermessung im Dezember 1845 zu der Perspektive einer Eifelbahn nach Trier. Wenn auch in Trier selbst die Meinungen zwischen dieser und einer, allerdings technisch viel schwierigeren, Linie von Trier über Eupen nach Aachen schwankten und Mevissen den Standpunkt einnahm, daß die Ausführung der Strecke Commern-Trier vorwiegend im

---

[1]) Mevissen, der 'bei den sehr gewichtigen Motiven, die unserm Antrage zur Seite stehen', nicht am Erfolge gezweifelt hatte, führte in der Sitzung des Verwaltungsrats der Rheinischen Eisenbahn am 30. Dezember 1845 dazu aus: 'Da zurzeit in Preußen gegen derartige Entscheidungen der Verwaltungsbehörden ein Rechtsgang nicht gestattet ist, so müssen wir uns in dem Bewußtsein beruhigen, daß wir unserseits unsere Pflicht getan und der Regierung die Forderungen des Rechts und der Zweckmäßigkeit angemessen vorgetragen haben'.

[2]) Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen I (1891) 205 ff.

[3]) Mevissen ließ die Strecke dieser 'Roer-Eisenbahn' im Jahre 1845 vermessen. Das Projekt wurde durch Entscheidung des Finanzministers vom 5. März 1846 vertagt.

[4]) Vgl. oben S. 337. Die dortige Bergbaufrage beschäftigte den rheinischen Landtag 1845 (vgl. Abschied vom 27. Dezember, Verhandlungen S. 359).

Interesse des Staates liege und diesem vorbehalten bleiben müsse, so waren doch seit 1845 auch nach dieser Seite die Grundlinien für eine spätere Entwicklung bestimmt ins Auge gefaßt.[1]) Allerdings nur die Grundlinien. Denn alle diese auf den systematischen Ausbau eines rheinischen Eisenbahnnetzes abzielenden Gedanken fanden zunächst einen unüberwindlichen Widerstand nicht nur an der Haltung der Regierung, sondern auch an der sich stetig verschlimmernden Lage des Geldmarkts, welche die Unternehmungslust auf allen Gebieten beschränkte.

Diese seit 1844 allmählich entstandene Geldkrisis lag seit 1846 lähmend auf dem gesamten preußischen Wirtschaftsleben und beeinflußte mit ihren störenden Wirkungen immer breitere Klassen der Bevölkerung. Zwei Mißernten in den Jahren 1845 und 1846 bewirkten nicht nur eine allgemeine Teuerung der Lebensmittel, sondern verhinderten auch die Vermehrung der Kapitalien; das vorhandene Kapital aber war zum guten Teil in Eisenbahn- und Industrieunternehmungen bereits investiert. Schon 1844 hatte man in Berlin die Absicht, um der Krisis vorzubeugen, wenigstens für den städtischen Grundbesitz durch die Einrichtung von Hypothekenbanken eine leichte und billige Kreditorganisation zu schaffen, die derselbe seither in Preußen noch durchweg entbehrte.[2]) Auch in Köln wurde dieser Gedanke seit 1845 erörtert. Das in dieser Stadt nach einer übermäßigen Bauspekulation eintretende plötzliche und starke Sinken der Preise des Haus- und Bodeneigentums schwächte den hypothekarischen Kredit ungemein. Die Handelskammer erörterte wiederholt die Möglichkeit einer Besserung dieses Zustandes. Man dachte an die Gründung einer Aktienbank für den Hypothekarkredit und eines mit ihr verbundenen Kassenvereins, um der durch die Geschäftskrisis bedrohten Mittelklasse durch die Erleichterung hypothekarischer Darlehen beizuspringen. Mevissen, dem der in Frankreich schon seit den Tagen Saint-Simons erörterte Gedanke der Mobilisierung des Grundbesitzes durch ein System von Kreditbanken nicht ferne lag, sollte die Leitung dieser gemeinnützigen Bestrebungen übernehmen. Er verhandelte um

---

[1]) Trierische Zeitung 1846 Nr. 190, 209, 229. Mevissen erörterte die Frage eingehend in der Direktionssitzung vom 1. Dezember 1845.

[2]) Poschinger a. a. O. II, 243 ff., 255 (vgl. oben S. 321 Anm. 1); Aachener Zeitung 1844 Nr. 322, 348.

die Wende des Jahres 1846 wiederholt mit Ed. Schnitzler, dem um das öffentliche Leben in Köln sehr verdienten Teilhaber des Bankhauses J. H. Stein, über die Angelegenheit. Aber die Organisationsschwierigkeiten erwiesen sich, zumal bei schwacher Beteiligung des Kapitals, als unüberwindlich. Er schrieb am 9. Januar 1847: 'Ich habe mich in der letzten Zeit anhaltend bemüht, Bankprojekte auf die Beine zu bringen, jedoch vergebens. Gegen den Strom zu schwimmen, hilft nicht, und es wird nichts übrig bleiben, als noch eine Weile abzuwarten.' Selbst wenn die lokalen Schwierigkeiten hätten überwunden werden können, würde man übrigens von der Regierung doch keine Konzession erlangt haben. Bei der noch unzureichenden Erfahrung bezüglich der Organisation von Hypothekenbanken versagte sie sich den Berliner Projekten dieser Art durchaus, so sehr ihr der Gedanke einer besseren Ordnung des Realkredits an sich willkommen war. Erst fünfzehn Jahre später ist es zur Entwicklung des Hypothekenbankwesens in Preußen gekommen,[1]) und wir werden sehen, wie die Zähigkeit von Mevissens Willenskraft auch auf diesem Gebiete an die Pläne der vierziger Jahre anknüpfte, sobald die zunächst noch im Wege stehenden äußeren Hindernisse aus dem Wege geräumt waren.

So vielseitig und mannigfach aber Mevissens Tätigkeit in diesen Jahren auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens sich geltend zu machen suchte, so bildete sein Verlangen nach kraftvoller Auswirkung auf diesem Felde doch keineswegs seinen eigentlichen Lebensinhalt. Der rastlos und gedankenreich arbeitende Geist war doch nicht der ganze Mensch. 'Sie glauben mich', so schrieb er 1846 einmal in einem Briefe, 'den äußeren Bestrebungen des Lebens zugetan. Und doch gibt es gewiß wenige Menschen, die weniger von den äußeren Bestrebungen des Lebens befangen sind. Ich betrachte dieses ganze Reich der äußeren Tätigkeit wie ein Kleid, das ein männlich tatkräftiger Geist sich anlegt, das er als sein Eigentum weiß und stets als willkürlich gewählte Hülle und Form der Erscheinungen an- und ablegt. Das wahre Leben des Menschen kann einzig im Herzen, in der Liebe und in der Begeisterung für alles Schöne und Edle liegen, für jeden Fortschritt und jede große Tat der Menschheit.' So war

[1]) Poschinger l. c. III, 151 ff.; F. Hecht, Der europäische Bodenkredit I (1900) S. X. Für einen neuen vergeblichen Versuch am Rhein während des Jahres 1848 vgl. unten Kapitel 14.

jene hohe Idee der Liebe, der er als Jüngling begeistert gehuldigt hatte, noch immer die innerste Triebkraft seines Wesens. Dem Gemütsleben seiner reichen Natur fehlte aber seither noch der feste Mittelpunkt. Die pietätvolle Pflege seines Verhältnisses zu der Mutter und den Schwestern gestattete ihm zwar, 'die Öde des Verstandes von Zeit zu Zeit durch die Springflut des Herzens zu erfrischen', und der heiter harmonische Kreis in der Heimat, der als Vermächtnis des Vaters die herzlichen Bande des Familiensinns im Sinne des Verstorbenen weiter pflegte, blieb für ihn stets eine gern aufgesuchte Zuflucht. Seine Briefe an die Mutter behandeln aber wiederholt 'sein inneres, dem äußern oft so schroff entgegentretendes und seit Jahren nach tiefer Befriedigung ringendes Leben' und sein Bedürfnis, 'einem liebenden Wesen seine ganze Seele selbstbewußt aufopfernd hinzugeben'. Er verlangte nach dem Frühling einer glücklichen Liebe. 'Ich weiß', so schrieb er beim Eintritt in das vierte Jahrzehnt seines Lebens,[1] 'von keiner innern Veränderung. Während andere um mich herum älter, begrenzter in Tat und Gedanken geworden sind, verjünge und ergänze ich mir noch stets meinen Lebenskreis aus der emporstrebenden Jugend. Mein Haß gegen das Philistertum, meine, wenn Du willst, romantische Schwärmerei für das Ideale hat mit den Jahren nur gewonnen, nicht verloren.'

In den ersten Monaten nach der Rückkehr aus Italien fand sein Herz die langersehnte Befriedigung. In der Schwester des jungen Gefährten, mit dem er die Reise nach dem Süden unternommen hatte, der Tochter des Geschäftsfreundes seines Vaters, der schon einmal im Jahre 1828 in sein Schicksal eingegriffen hatte (S. 23) und dem er inzwischen durch gemeinsame Tätigkeit in einer Reihe kaufmännischer Unternehmungen nähergerückt war,[2] trat ihm jetzt 'ein überreiches, von tausend sanften Akkorden bewegtes Frauenherz entgegen, das die leisesten Pulsschläge seiner Liebe mitfühlte

[1]) An seine Schwester Maria, 30. Nov. 1845 (vgl. auch Bd. II, 177).

[2]) Damian Leiden (1793—1874) war Mitglied des Aufsichtsrats der Rheinischen Eisenbahn, der Agrippina, der Dampfschiffahrtsgesellschaft u. a. Auch der Kölner Handelskammer gehörte er längere Zeit an; seit 1842 war er Mitglied des Kölner Gemeinderats. Er war eine tatkräftige und lebensvolle Persönlichkeit, die sich auf vielen Gebieten des öffentlichen Wirkens erfolgreich betätigte.

und sympathetisch mit ihm empfand'. Ende November 1845 fand seine Verlobung, am 5. Mai 1846 seine Vermählung mit Elise Leiden statt, die ihm während ihres nur kurz bemessenen Lebens den reichen Schatz hingebender Liebe bot. Hier fand er jenes harmonische Ineinanderklingen von Geist und Herz, das ihm als die unentbehrliche Wahrheit und Gewähr des ehelichen Bundes stets vorschwebte. Die Ehe galt ihm als eine unzertrennliche innere Einheit dem Außenleben gegenüber, zugleich als die Grundlage für ein unablässiges gemeinsames Streben zu allem Guten und Schönen, das die Sympathie der Gemüter und den Gleichklang der Herzen weiter auszubilden und die Gefühlswelt immer reicher und schöner zu entfalten habe. Seine Gattin, eine gleich ihm für alles Schöne und Edle empfängliche, dabei echt weibliche Natur mit offenem Sinn und warmem Herzen, besaß für sein besonderes Wesen volles Verständnis. Sie hat ihm das glücklichste Familienleben geschaffen und durch den innigen Austausch mit seiner reichen Gedanken- und Empfindungswelt jenes innere Glück begründet, das ihm Kraft und Ruhe zu umfassender Wirksamkeit nach außen verlieh. Diese Wirksamkeit aber nahm jetzt, sofort nach seiner Rückkehr von der Hochzeitsreise, die ihn durch die Schweiz und durch Südfrankreich wiederum nach Italien bis nach Florenz hin geführt hatte, die so lange erhoffte Wendung in das politische Leben.

Die seit langen Monaten mit Ungeduld erwarteten Abschiede der Landtage des Jahres 1845 waren endlich am 27. Dezember 1845 publiziert worden. Die politisch wichtigste Frage, die allgemeine Landesrepräsentation, war auf den Landtagen aller Provinzen mit Ausnahme von Brandenburg und Pommern verhandelt worden. In Preußen und Posen hatte der Beschluß einer Zweidrittelmajorität eine entsprechende Petition an den König ermöglicht; am Rhein war, wie wir sahen, auf einem Umweg ein ähnliches Resultat erreicht worden. Ohne allen Zweifel war die große Majorität der Volksmeinung, wie sie in den nur aus Grundbesitzern zusammengesetzten Provinzialständen verkörpert war, für Reichsstände. Die Landtagsabschiede aber erklärten nun kurzerhand, die Frage gehöre nicht zum speziellen Interessenkreise der Provinzen, es sei überflüssig gewesen, sich mit derselben zu beschäftigen. So ging die Regierung über die Wünsche einer Volksvertretung, deren gemäßigter Charakter un-

zweifelhaft war, in kränkender Weise hinweg. Kein besseres Schicksal hatten die von dem Rheinischen Landtag übergebenen Petitionen um Preßfreiheit, um Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen und um veränderte Zusammensetzung des ständischen Wahlkörpers. Alle wesentlichen und seit Jahren erstrebten Fortschritte des politischen Lebens wurden verweigert. Die Presse beschäftigte sich im Januar 1846 zunächst nur wenig mit den Abschieden; das lange Hinzögern der Antwort hatte auf eine Ablehnung vorbereitet, und man beschränkte sich anfänglich auf die Andeutung, daß der nächste Landtag die schwebenden Fragen wieder aufgreifen müsse. Die moralische Wirkung der Landtage von 1845 auf den Geist der Provinzen war aber dennoch bedeutend. Ende Januar besprach Beckerath die Abschiede öffentlich.[1] Er stellte als wesentliches Ergebnis dieser Landtage den trotz der Trennung vorangeschrittenen Geist der Verbrüderung der preußischen Provinzen fest. Die dauernde Trennung der acht durch besondere Landtage repräsentierten Provinzen berge Gefahren in sich, wie sie Deutschland früher in der Entfremdung seiner einzelnen Teile zu seinem Schaden kennen gelernt habe. Der vaterländische Geist des preußischen Volkes sei aber jetzt so stark geworden, daß die einzelnen Teile das provinzielle Element überwänden und sich die Hand reichten in dem Streben nach höherer politischer Entwicklung. Allgemein habe sich die Überzeugung kundgegeben, daß in einer Zeit, welche große Aufgaben auf dem sozialen, dem politischen und dem kirchlichen Gebiete zu lösen habe, der Staat nicht in provinzieller Zersplitterung verharren dürfe, sondern seine Kräfte zu einem lebendigen Mittelpunkt zusammenfassen müsse, von dem aus Licht und Wärme durch den ganzen Organismus dringen könne. Diesen Geist, auf welchem Preußens Zukunft beruhe, weiter zu entwickeln und allen verneinenden Richtungen gegenüber zu bewahren, fest in der Liebe zu Freiheit und Recht und unerschütterlich treu in der Anhänglichkeit an die monarchische Verfassung zu bleiben, das sei der Weg, auf dem allein die Segnungen eines selbstbewußten nationalen Lebens zu gewinnen seien. Der Weg sei nicht immer sanft geebnet,

[1] Der von ihm verfaßte anonyme Artikel 'Die neuesten Landtagsabschiede für die preußische Monarchie' erschien in der Kölnischen Zeitung 1846 Nr. 28. — Vgl. dann weiter ebd. Nr. 33—63, wo die Fragen der repräsentativen und ständischen Verfassung eingehend erörtert wurden.

und es sei schwer, ihn festen Schrittes einzuhalten, da auch das treueste Wirken, scheinbar wenigstens, nicht zum Ziele führe. Aber das von einem höhern Geist ergriffene Leben suche nicht in dem äußern Erfolg seine Kraft und Nahrung, finde vielmehr auch ohne äußern Erfolg in dem begeisterten Wirken selbst Befriedigung. Die edle Frucht werde einer solchen wahrhaften Gesinnung dereinst doch nicht fehlen.[1])

Es war die allgemeine Stimmung der liberalen Politiker am Rhein, der Beckerath hier wiederum in seiner warmherzigen Weise Worte lieh.[2]) Seine Ausführungen gaben das Signal zu zahlreichen Erörterungen der rheinischen Presse, die seinen Grundgedanken variierten und wiederholt zum Ausdruck brachten, daß man trotz aller Ablehnungen nicht verzagen, sondern die Frage der reichsständischen Verfassung auf dem nächsten Landtage durch Petitionen wieder aufgreifen werde, sollte auch die Regierung fernerhin durch die Harmlosigkeit der Vorlagen, die sie den Provinziallandtagen unterbreitete, dartun, daß sie alle bedeutsamen Fragen von der Erörterung dieser Tagungen ausgeschlossen sehen wollte. Im übrigen zweifelte man nicht, daß auch der König seine eigenen der Öffentlichkeit noch vorenthaltenen Gedanken über die Fortentwicklung der ständischen Verhältnisse weiter verfolgen, die Verfassungsfrage also demnächst auch seinerseits in Fluß bringen werde.[3])

Anfangs April 1846 bewegte auch die Frage des Rheinischen Rechts wieder einmal die öffentliche Meinung stärker. Der Oberprokurator F. G. Leue in Koblenz hatte im Jahre 1845 eine aufsehenerregende Schrift über die Geschworenengerichte und jenen Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs veröffentlicht, der im Jahre 1843 so heftig bekämpft worden war, dessen wiederholte Vorlage aber für die nächste Zeit erwartet wurde.[4]) Die Schrift war als gemein-

---

[1]) Vgl. H. Kopstadt, Hermann v. Beckerath (1875) S. 23.

[2]) Viel schärfere Töne schlug im Februar 1846 die (verbotene) Schrift: Die preußischen Landtagsabschiede, ein Wort zur Zeit (Birwinken 1846), an.

[3]) Bericht der Kölner Regierung vom 17. März, des Oberpräsidenten Eichmann vom 21. März 1846.

[4]) Leue, Das Geschworenengericht, nebst einem Anhang über die Unvereinbarkeit des Entwurfs des Strafgesetzbuchs für Preußen mit der rheinländischen Gerichtsverfassung (Aachen und Leipzig, 1845).

gefährlich konfisziert und der Verfasser auf Veranlassung des Justizministers Uhden in Anklagezustand versetzt worden. In der Gerichtsverhandlung zu Köln am 8. April 1846 wurde Leue aber freigesprochen und die Lauterkeit seiner Absichten vom Gericht ausdrücklich anerkannt.[1]) Eine aus etwa fünfzig Mitgliedern der liberalen Partei bestehende Gruppe veranstaltete am Abend eine Feier zu Ehren des Freigesprochenen, wobei Mevissen in einer Ansprache nachdrücklich für die Geschworenengerichte als Stützen politischer Freiheit und als politisches Bildungsmittel des Volkes, sowie für die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens eintrat, jene rheinischen Einrichtungen, die auf den letzten Landtagen auch schon von mehreren andern Provinzen gefordert worden waren und eben damals auch in der deutschen Juristenwelt endgültig Boden faßten.

Für den Sommer 1846 standen die Neuwahlen der Provinzialstände in Aussicht, deren Zusammentreten zum neunten rheinischen Landtag für das Frühjahr 1847 erwartet wurde. Am 20. Juli kehrte Mevissen von seiner Hochzeitsreise nach Köln zurück. Schon seit April waren in seinem Wahlkreise, mit dem er stets in politischer Fühlung geblieben war, Vorbereitungen für seine Wahl getroffen worden. Er hatte jetzt das gesetzliche Alter erreicht, und er erfuhr sogleich nach seiner Rückkehr, daß die allgemeine Stimmung sehr günstig für ihn war. Aus dem Kreise der liberalen Abgeordneten äußerte man ihm den Wunsch, ihn bald als Kampfgenossen zu begrüßen, da das Interesse der Provinz keinen besseren Händen anvertraut werden könne.[2]) In dem industriellen Teil seines großen Wahlkreises[3]) war seine Wahl von vornherein sicher. Man war nicht nur überzeugt, daß er mit unerschrockenem Freimut seine ganze Kraft der Sache der Volksrechte widmen werde, sondern man setzte auch für die wirtschaftlichen Fragen die größten Hoffnungen auf ihn. Zweifelhaft waren nur die Städte Neuß und Kempen, und zwar aus konfessionellen Gründen. Die ultramontane Strömung war bei den im Frühjahr 1846 zum erstenmal nach der neuen Kommunalordnung stattfindenden Gemeinderatswahlen in zahlreichen rheinischen Städten stark hervor-

---

[1]) Kölnische Zeitung 1846 Nr. 99—101.

[2]) Brief des Abgeordneten Flemming 1846 Juli 25.

[3]) Vgl. oben S. 290 Anm. 2.

getreten, indem sie die konfessionellen Gesichtspunkte in den Vordergrund schob. Verwandte Bestrebungen suchten sich jetzt auch bei den Landtagswahlen geltend zu machen. Mevissens Wahl erfolgte aber am 18. August mit 33 gegen 5 Stimmen.[1]) Dieses günstige Ergebnis war für den Gewählten selbst überraschend: 'Die Wähler haben einen hohen Beweis von Selbstverleugnung gegeben, indem sie den religiösen Gesichtspunkt beseitigt und ihre Lokalinteressen in den Hintergrund gedrängt haben, um einen ihrem politischen Standpunkt entsprechenden Vertreter zu wählen. Es scheint allmählich ins Bewußtsein fast aller Gebildeten einzudringen, daß Kirche und Staat getrennt zu halten, und daß auf den Landtagen keine Dogmen, sondern Gesetze zu diskutieren sind. In Berlin ist man allerdings noch weit gegen diese Ansicht zurück. Das monarchische Prinzip möchte noch gar zu gerne auf den blinden religiösen Glauben sich stützen und Vernunft und Recht nur so weit anerkennen, als sie in seinen Rahmen passen. Wenn aber ein einiges Bewußtsein über diese und andere Fragen sich im Volke Bahn gebrochen hat, wird die Regierung dem Strome folgen müssen.'[2])

Durch Adressen und Deputationen wurde ihm aus mehreren Städten des Wahlkreises die Zuversicht ausgesprochen, daß er mit seinem Streben nach politischem und geistigem Fortschritt 'die Reihe der wackern Männer verstärken werde, welche heilige Volksgüter zu erkämpfen und volkswidrige Elemente zu bannen bestrebt sind und den Mut haben, für die Rechtswahrung des Volks bis in das Herz des feindlichen Lagers vorzudringen'. Der Gewählte selbst war in hohem Grade befriedigt, nun auch auf politischem Gebiet am Ziele langgehegter Wünsche angelangt zu sein und 'seine Ideale frei und mutig in das Leben hineintragen zu können. Nur der, der mit reinem Wollen und Streben über die enge Sphäre seines einzelnen Ich hinausgreift in die Lebensströmungen seines Volkes, nur der gehört wahrhaft der Welt an. Er lebt als Geist ein Gattungsleben, während die andern es nur zu einem auf sich beschränkten Einzelleben bringen'.[3]) Seinen Wählern erwiderte er, auf dem nächsten Landtag gelte es, nach oben hin das wirkliche Leben des Volkes klar

[1]) Kölnische Zeitung vom 20. August 1846. Die Wahl fand in Krefeld statt.

[2]) Brief Mevissens vom 8. September 1846.

[3]) Brief vom 24. August 1846.

zur Anschauung zu bringen, das gute Recht des Volkes mit Würde zu verlangen und der Krone die Überzeugung zu schaffen, daß ohne Gefahr für Thron und Land die gerechten Forderungen des klar und einig gewordenen Volksbewußtseins nicht länger unbefriedigt bleiben dürften. 'Einem Volke, das einig, sich seiner Rechte bewußt und entschlossen ist, die Anerkennung dieser Rechte auf jede gesetzlich zulässige Weise zu erstreben, kann diese Anerkennung nicht vorenthalten werden. Mein Streben in dem mir eröffneten neuen Wirkungskreise wird unablässig dahin gerichtet sein, für unser Volk diejenige freie und selbständige Mitwirkung zur Erreichung des Staatszweckes in Anspruch zu nehmen, die einzig den geistigen und materiellen Fortschritt dauernd zu sichern, und ohne die kein Herrscher in Perioden des Sturmes das Staatsschiff durch die bewegten Wogen zu steuern vermag'. Neben den politischen Aufgaben aber erhebe sich laut die soziale Frage, und wenn über jene Einheit der Meinungen herrsche, so in dieser der Zwiespalt. 'Die soziale Frage dem allgemeinen Verständnis durch einschlägige Diskussionen näherzubringen, ist die zweite dem neuen rheinischen Landtage vorbehaltene Aufgabe.' Er selbst hielt trotz der Widerstände, die bei dem Ringen um die Vereine zum Wohl der arbeitenden Klassen hervorgetreten waren, daran fest, daß der Staat als sittlicher Organismus die Sorge für die wirtschaftlich Schwachen übernehmen und seine soziale Struktur verbessern müsse, auf deren Fehler die jährlich anschwellende sozialistische Literatur immer nachdrücklicher hinwies.

Er war voll guter Hoffnung, daß in der unruhig gärenden Zeit die Regierung doch zu bewegen sein werde, organische Reformen zuzulassen und ihrerseits den ersten Schritt, die Gewährung einer zentralen Vertretung des Volkes, zu tun. Die Wahlen des Jahres 1846 verstärkten in Preußen überall die liberale Partei; am Rhein waren jetzt 60 von 78 Deputierten liberal. Der Oberpräsident Eichmann berichtete nach Berlin, die Oppositionspartei sei dieses Mal besonders eifrig gewesen, und viele dem Gouvernement ergebene Personen seien leider nicht wiedergewählt worden. Unverkennbar habe die Bevölkerung diesen Wahlen die größte Wichtigkeit beigelegt.[1]) Der augenscheinliche Erfolg belebte im liberalen Lager die Hoffnung, daß

[1]) Eichmann an den Minister v. Bodelschwingh 1846 Oktober 12.

nun bald 'aus den Provinzialständen Reichsstände werden. Würden sie auch schlecht organisiert, das Gute würden sie doch haben, daß sie die beiden Provinzen Rheinland und Preußen zusammenführen, daß diese sich von Angesicht zu Angesicht begrüßen und gemeinschaftlich auf die übrigen Provinzen wirken, um sie zu sich heraufzuziehen. Schlesien und Posen sind schon auf dem besten Wege'.[1]) Der am Rhein jetzt durchaus vorwaltende Einigungsgedanke hatte aus den Wahlen dieses Jahres vermehrte Kraft und Stärke gewonnen.

Mevissens Wahl blieb übrigens, wie er vorausgesehen hatte (S. 376), nicht unangefochten. Schon vor derselben war von seinen Freunden erwogen worden, ob nicht aus seinem fast ständigen Aufenthalt in Köln und seiner Eigenschaft als Mitglied der Kölner Handelskammer wie als Präsident der Rheinischen Eisenbahn, die in Köln ihren Sitz hatte, Einwände gegen seine Aufstellung in dem Wahlkreis der Heimat erhoben werden könnten. Von gegnerischer Seite wurde dann Mitte September durch anonyme Anzeigen die Aufmerksamkeit des Ministeriums und des Oberpräsidiums auf diese Frage gelenkt. Der Krefelder Landrat von Leysner, der als Regierungskommissar die Wahl geleitet hatte, wurde am 20. September amtlich aufgefordert, die Angelegenheit zu untersuchen und eventuell eine Neuwahl anzuberaumen. Sein Bericht stellte jedoch am 2. Oktober fest, daß Mevissen sein gesetzliches Domizil noch immer in Dülken habe und somit durchaus qualifiziert nach dem Gesetz vom 27. März 1824 sei.[2]) Die Intrigue blieb also ohne Erfolg. Wie unbequem seine Wahl aber der Regierung war, ergibt sich daraus, daß erst am 12. Februar 1847 der Oberpräsident Eichmann ihm die Mitteilung machte, seine Bestätigung sei nunmehr erfolgt.

Inzwischen hatte Mevissen mit der Vorbereitung auf seine politische Tätigkeit nicht gezögert. Am 5. November kam er mit Camphausen, Hansemann und v. Beckerath in Düsseldorf zusammen, um sich über das Vorgehen auf dem Landtag zu verständigen. So oft auch das Gerücht von der bevorstehenden Entschließung des Königs, eine zentralständische Vertretung des Volkes einzuberufen, umlief, so rechnete er doch im Ernste vorderhand nicht mit seiner Verwirklichung.

---

[1]) G. Mallinckrodt an Mevissen, 22. August 1846.

[2]) Es waren danach nur solche Grundbesitzer wählbar, die in den zu vertretenden Städten wohnhaft waren.

'Reichsstände erwarte ich von dem jetzigen Gouvernement nicht. Trotz aller Gerüchte wird es meiner Überzeugung nach im besten Falle nur zur Berufung der Vereinigten Ausschüsse kommen'.[1]) Die Reform des Finanzwesens, um die vom achten Rheinischen Landtag vergebens angeregte Revision der Steuergesetzgebung im Interesse der untern Volksklassen zu fördern, und die Industriefrage standen im Vordergrund der von den Deputierten gepflogenen Erörterungen, die bei wiederholten Zusammenkünften fortgeführt wurden.

Im Laufe des Winters hatte Mevissen dann Gelegenheit, seine politische Auffassung durch persönlichen Verkehr mit mehreren Ausländern zu vertiefen, die sich damals eine Zeitlang am Rhein aufhielten. Der eine war Alexis de Tocqueville, der geistvolle Staatsmann und Publizist, der im Jahre 1835 das berühmte Werk 'La démocratie en Amérique' veröffentlicht hatte und sich seitdem den politischen und sozialen Bestrebungen in seinem Vaterland widmete, indem er gegenüber dem mechanischen Staatsprinzip einer bureaukratischen Zentralisation den Gedanken der Selbstverwaltung vertrat.[2]) Der andere war der junge Publizist Saint-René Taillandier, der in den Jahren 1843—1848 die Entwicklung der zeitgenössischen öffentlichen Verhältnisse in Preußen und Deutschland in zahlreichen instruktiven Abhandlungen seinen Landsleuten darlegte.[3]) Auch ihn lernte Mevissen in persönlichem Verkehr schätzen. Ihm selber wie den preußischen Politikern überhaupt unerwartet erschien dann das Patent vom 3. Februar 1847, durch das der König für dieses Jahr nicht die Einzellandtage anordnete, sondern den Vereinigten Landtag nach Berlin berief, die reichsständische Versammlung, die dem jungen Deputierten für sein politisches Debut sofort die große Bühne, und zwar im Augenblicke eines feierlichen Aktes, eröffnete.

[1]) Brief Mevissens vom 8. September 1846.

[2]) Tocqueville lebte zur Zeit des Parlaments 1848 auch eine Zeitlang in Frankfurt, wo er mit Mevissen in Verbindung blieb.

[3]) R. Taillandiers Abhandlungen, die seit 1843 in der Revue des deux mondes einzeln erschienen und das Interesse für die deutsche Entwicklung in Frankreich stark belebten, wurden zum Teil auch ins Deutsche übersetzt; vgl. Taillandier, Die politische Lage Deutschlands im Jahre 1845 (Grimma 1845), Die Verfassungsfrage in Preußen (ebda. 1846), Preußische Zustände (ebd. 1847).

III. Politische Wirksamkeit 1847—1849.

Dreizehntes Kapitel.

Der erste Vereinigte Landtag (1847).

Die Jahre von 1847 bis 1849 bilden in der Entwicklung des politischen Lebens unseres Volkes einen entscheidenden Wendepunkt. Das seit 1840 erwachte öffentliche Leben, das in gärender Vielgestalt Deutschland bewegte, erreichte damals seinen Abschluß. Das gleichzeitige Hervortreten einer ungewöhnlichen Fülle bedeutender Persönlichkeiten und die anregende Wirksamkeit der politischen Presse, welche sich trotz aller Anstrengungen der Zensur zu behaupten vermochte, erweckten den Anschein, als ob das deutsche Volk sich damals tatsächlich schon zu einem wirklich politischen Volk entwickelt habe. Die beiden großen Fragen der Epoche, deren Lösung zu gleicher Zeit zu versuchen unserem Vaterlande beschieden war, die bürgerliche Freiheit und die nationale Einheit, wurden in diesen Jahren des ersten preußischen Vereinigten Landtags und des Frankfurter Parlaments unter der lebendigen Teilnahme weiter Volkskreise mit einem Ernst und einer Hingabe erörtert, welche im öffentlichen Leben unseres Volkes ohne Beispiel ist. In beiden Fragen galt es zugleich, die Kräfteverteilung zwischen den noch im Vollbesitz der Macht befindlichen Regierungen und dem emporstrebenden Volk in ihrer wirklichen Gestalt zu erkennen und für das zukünftige gemeinsame Streben die beiderseitigen Rechtsgebiete angemessen und dem Staatswohl entsprechend abzugrenzen.

Die Auseinandersetzung zwischen Krone und Volk, welche in England während des 17., in Frankreich am Schlusse des 18. Jahrhunderts gewaltsam erfolgt war, hatte in Deutschland seither noch nicht stattgefunden. In Eintracht und Vertrauen hatten vielmehr hier Krone und Volk noch beim Beginn des 19. Jahrhunderts die Wiederaufrichtung der zertrümmerten Staatsgebäude vollzogen. In=

dem aber die Regierungen der beiden deutschen Großstaaten es unterließen, das dem Volke damals, mit besonderem Nachdruck in Preußen, erteilte Verfassungsversprechen zu erfüllen, war die Spannung zwischen beiden Faktoren entstanden, die nun, nach dreißig Jahren, auch hier zur Krisis führte. Die seit 1840 in Preußen neubelebte Hoffnung des Bürgertums, auf friedlichem Wege die Regierung von der Notwendigkeit einer selbständigen Mitwirkung des Volkes bei der Gesetzgebung überzeugen zu können, verwirklichte sich leider nicht. Auch in Deutschland kam es somit zur Anwendung der Gewalt, um ein neues Recht auf der Basis der bürgerlichen Freiheit zu begründen; auch hier blieb es unmöglich, den garantierten Rechtsstaat zu verwirklichen, bevor die Monarchie im offenen Kampfe mit dem Volke unterlegen war.

Es schien dann in dem stürmischen Frühling des Jahres 1848 einen Augenblick, daß das politisch noch so junge deutsche Volk nicht nur imstande sei, das nach 1815 wiederaufgeführte Gebäude des Absolutismus gewaltsam zu stürzen, sondern als ob es auch schon die Regierungen in einem Maße überflügelt habe, daß es reif zur Selbstregierung geworden und die schwierigen Fragen des Augenblicks in den einzelnen Staaten wie für die Gesamtnation durch die Verwirklichung demokratisch-parlamentarischer Formen nach dem Muster der westlichen Mächte zu lösen imstande sei. Aber es schien doch nur so, als ob der Schwerpunkt der politischen Kraft in Deutschland sich auf die Seite des Volkes verlegt habe. Die Überwältigung der Regierungen war nur momentan und nur scheinbar, und die zu politischer Einsicht und Arbeit herangereifte Schicht des Bürgertums, der Vertreter des modernen Wirtschaftslebens und der modernen Geistesbildung, war noch viel zu dünn und in sich zu uneinig, um aus eigner Kraft sich dauernd durchsetzen zu können. Die Unfähigkeit der seitherigen Träger der Regierung, die jetzt wie einst in den Tagen von Jena vor dem Sturme haltlos zusammenbrachen, auf der einen Seite, anderseits die noch mangelnde Erfahrung und der optimistische Idealismus der Epoche, dem das Schwerste leicht erschien, machen den Irrtum, die Verkennung der wirklichen Lage erklärlich. Nur einen Augenblick schwankte die Entscheidung, so lange die bürgerliche Opposition durch das revolutionäre Andringen der politisch noch ganz unreifen Massen verstärkt wurde, welche durch ausländische Vorgänge

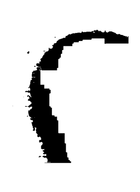
plötzlich und unvorbereitet in das politische Leben hineingeschwemmt wurden und nun den Kampf gegen die Regierungen mit der Wucht der Leidenschaft eröffneten. Indem aber die Regierungen und das Bürgertum gleichmäßig dieser radikalen Strömung entgegentraten, die durch ihre extremen Ziele nicht nur das Wohl des Staates, sondern auch den Fortbestand der Gesellschaft in Frage stellte, und indem sie sich der Gemeinsamkeit ihrer beiderseitigen Aufgaben bewußt blieben, offenbarte die anschließende Auseinandersetzung zwischen ihnen selbst schon bald, daß die größere politische Kraft und Ausdauer keineswegs auf seiten des von den Massen getrennten Bürgertums lag, sondern daß die Regierungen der beiden deutschen Großstaaten auch fernerhin die Führung zu behaupten imstande und entschlossen waren. Sie waren am Ende des Ringens wieder Herren der Lage, und in ihnen waren die alten historischen Kräfte und Traditionen so stark, daß sie von den Bestrebungen des Bürgertums nur einen Teil zur Durchführung gelangen ließen. Die Regierungen verschlossen sich zwar auf Grund der Märzerfahrungen nicht der Erkenntnis, daß die Gewährung einzelner konstitutioneller Freiheiten an das Bürgertum, also der Übergang zu einer wirklichen Verfassung, unvermeidlich war, wenn das Staatswohl für die Zukunft vor gewaltsamen Störungen gesichert werden sollte. Durch die Gewährung von garantierten Verfassungen, in denen allerdings das Übergewicht auf seiten der Regierung verharrte, wurde also die Gemeinsamkeit von Regierung und Volk in den Bestrebungen für das öffentliche Wohl fortan ermöglicht. Wurde so das alte, seither hartnäckig behauptete monarchisch-ständische Staatsprinzip verlassen und an Stelle des Anachronismus einer bloß einseitigen, absolutistischen Staatsregierung eine lebendige Wechselwirkung von Regierung und freiem Bürgertum angebahnt, so mußte doch das große vom Bürgertum unternommene Werk der nationalen Einigung zunächst gänzlich liegen bleiben. Allen Bemühungen zum Trotz fanden sich weder im Volk noch bei den Regierungen die Kräfte, welche diese Frage der Lösung entgegenzuführen und den traditionellen staatlichen Partikularismus schon jetzt zu überwinden vermochten.

An dem entscheidenden Ringen dieser Jahre, das die besten Kräfte unseres Volkes an das Licht der Öffentlichkeit führte und von der warmen Vaterlandsliebe des Bürgertums lautes Zeugnis ablegte, nahm Gustav Mevissen mit voller Hingabe an führender

Stelle teil. Er trat 1847 als Mitglied der liberalen rheinischen Opposition in dieses Ringen noch mit der Hoffnung ein, daß es dem Bürgertum durch die Kraft des Gedankens und der Überzeugung gelingen werde, die das geistige und materielle Leben des Volkes hemmende Haltung der preußischen Regierung umzuwandeln und Volk und Regierung zu jener einmütigen, dem Fortschritt zugewandten Richtung zu vereinigen, die ihm vorschwebte, seit ihn politische Gedanken erfüllten. Der umfassende Schaffensdrang und die selbständige Auffassung, die ihn seit seinen Jünglingsjahren auszeichneten, kamen in diesem politischen Wirken zur vollen Geltung, und er hat eine Zeitlang geglaubt, in ihm dauernd seine Lebensaufgabe zu finden. Eine organische Fortbildung des politischen Lebens, wie sie auf dem ersten Vereinigten Landtag erstrebt wurde, entsprach seinem Wesen am meisten. Die politische Kraft Preußens und Deutschlands durch die innerhalb berechtigter Grenzen freiwillig zugestandene Mitarbeit eines mündigen Volkes zu vermehren, die Regierung durch friedliches Verhandeln zu veranlassen, zu den konstitutionellen Ideen der Jahre 1807—1815 zurückzukehren und den lähmenden Konflikt zwischen sich und dem Volk zu beseitigen, im wesentlichen also die Durchführung des Programms der Rheinischen Zeitung vom Jahre 1842 in gemäßigter Form, das war es, was ihm damals vorschwebte. Als dann nach dem durch die Weigerung der Regierung bewirkten Scheitern dieser Bemühungen die Märztage des Jahres 1848 auf gewaltsamem, revolutionärem Wege zwar Konzessionen erwirkten, aber zugleich ein Riß die organische Weiterentwicklung spaltete, der eine verschärfte Spannung an die Stelle des erhofften harmonischen, gemeinsamen Wirkens setzte, suchte er in Frankfurt zunächst unter den veränderten Umständen durch Vermittlung der Gegensätze und durch einen Ausgleich zwischen den Kräften der Regierung und des Volkes doch noch positiven Zielen entgegenzustreben, bis er enttäuscht erkennen mußte, daß bei dem aufs neue entstandenen Mißtrauen diese Gegensätze vorderhand nicht überbrückt werden konnten, daß eine wirkliche Verständigung nicht möglich, und daß die politische Reife auf seiten des Volkes wie der Regierungen noch nicht weit genug vorgeschritten war, um für ein öffentliches Wirken mit weitausschauenden idealen Zielen, wie es seiner Auffassung und seiner Vorstellung von dem notwendigen Verhältnis zwischen Regierung und Volk allein gemäß war, Raum zu gewähren. —

Seit dem Herbst 1845 hatte der König Friedrich Wilhelm IV. seine auf der Basis der Provinziallandtage fortbauenden Pläne einer ständischen Zentralverfassung zum Abschluß gebracht. Gegen Ende des Jahres 1846 hatte er den Widerstand seines ältesten Bruders, des Prinzen Wilhelm, der in allen Verfassungsprojekten eine Schwächung der militärischen Machtstellung Preußens erblickte, und auch den Widerstand der 1845 eingerichteten ständischen Immediatkommission überwunden, in der die Ansicht vorherrschte, daß es sich im wesentlichen nur um eine Verstärkung der Kompetenzen der Vereinigten Ausschüsse handeln könne, da eine allgemeine ständische Versammlung ihres Umfangs wegen schwer zu lenken und außerdem zu befürchten sei, daß sie durch ihre Größe von selbst zu weitergehenden Ansprüchen gedrängt werde. Der König blieb bei seinen Ansichten, die er in einem Erlasse an die genannte Kommission dahin formuliert hatte, es sei bei der neuen Gesetzgebung alles zu vermeiden, was nach Form und Ausdruck an ein Staatsgrundgesetz erinnern könnte, sie müsse vielmehr als Ausführung des Staatsschuldengesetzes vom Jahre 1820 und als eine Vollendung der Andeutungen über die Bildung einer ständischen Zentralrepräsentation in dem Gesetze über die Provinzialstände vom Jahre 1823 erscheinen, ohne die Grundlagen, auf denen diese beruhten, irgendwie abzuändern.[1]) Das Patent vom 3. Februar 1847 und die zugehörigen Verordnungen begründeten nun den Vereinigten Landtag der preußischen Monarchie, der durch das Zusammentreten der acht Provinziallandtage gebildet werden sollte, eine große 543 ständische Deputierte in drei Kurien und eine besondere Herrenkurie von 70 Mitgliedern umfassende Versammlung, die am 8. Februar auf den 11. April nach Berlin berufen wurde. Dieser Landtag bildete das nur als seltene Ausnahme gedachte Glied eines verwickelten, aus Mißtrauen gewebten Systems, durch das der König wohl die Form und den äußeren Glanz einer großen reichsständischen Vertretung zu begründen, zugleich aber die Kompetenzen dieser Volksvertretung aufs äußerste zu beschränken strebte. Der Vereinigte Landtag erhielt im allgemeinen lediglich das Recht des Beirats und der Bitte in den inneren Angelegenheiten des Landes; an weitergehenden Rechten empfing er nur im Anschluß an das Staatsschuldengesetz

[1]) Geh. Staatsarchiv, Erlaß des Königs vom 6. Juli 1845.



von 1820 die Genehmigung von Staatsanleihen in Friedenszeiten und, gemäß einer den Rheinlanden schon 1815 gemachten Zusage (S. 205), die Genehmigung etwaiger neuer direkter Steuern. Es fehlte ihm jedoch, und zwar trotz der im Gesetz von 1820 ausdrücklich verheißenen jährlichen Berufung der Reichsstände, vollständig das Recht auf regelmäßige Wiederberufung, die eigentliche Lebensfrage jeder parlamentarischen Volksvertretung, ohne welche ein wahres und dauerndes Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk unmöglich ist. Eine vierjährige Periodizität war vielmehr nur den Vereinigten Ausschüssen zugestanden; diese zusammengeschrumpfte und mit ausschließlich beratenden Kompetenzen ausgestattete Vertretung wurde also doch, wie man schon 1842 am Rhein befürchtet und bekämpft hatte (S. 287), in der wesentlichsten Frage als Surrogat der Reichsstände bestimmt. Der König aber betrachtete jetzt, nachdem er durch diese monarchisch-ständischen Einrichtungen die Umgestaltung der 1815 verheißenen einheitlichen Repräsentation des Volkes in ein zersplittertes, an historische, ständische Traditionen anknüpfendes, sie aber doch wieder eigentümlich veränderndes System vollendet hatte, die Verfassungseinrichtungen Preußens als definitiv zum Abschluß gebracht. Die Verheißungen seines Vaters erschienen ihm durch seine Gesetzgebung vom 3. Februar endgültig eingelöst, soweit sie überhaupt mit dem Staatswohl verträglich waren; jedes Zurückgreifen auf sie war seiner Ansicht nach fortan unstatthaft.

Zweifellos war aber Preußen durch dieses Patent keineswegs, wie es 1815 beabsichtigt war, ein konstitutioneller Staat geworden. Das monarchische Prinzip, die königliche Machtvollkommenheit einer ungeschwächten Krone blieb auch jetzt noch bestehen; es blieb dem König das im wesentlichen unbeschränkte Recht, neue Gesetze durch einfachen persönlichen Willensentschluß zu begründen. Anderseits aber bedeutete doch, so geringfügig seine Kompetenzen waren, die bloße Existenz dieses Vereinigten Landtags, eines Zwischenglieds zwischen bureaukratischem Absolutismus und moderner Volksrepräsentation, einen bedeutsamen Fortschritt der politischen Entwicklung Preußens. Der König hatte nun doch den lange ersehnten Aufruf an sein Volk zu politischer Mitarbeit an der Zentralstelle der Regierung erlassen und das Prinzip einer einheitlichen Volksvertretung für den ganzen Staat anerkannt. Die erstmalige Vereinigung der seither getrennten

Provinzialvertretungen bot die Möglichkeit eines allgemeinen Gedankenaustausches der Stände, einer Erweiterung ihres Gesichtskreises auf die Bedürfnisse der Gesamtmonarchie, und zugleich die Aussicht, durch die öffentlichen Verhandlungen einer imposanten Versammlung eine Verständigung mit der Monarchie zu finden und so den friedlichen Weg zu einer zukünftigen freiern Gestaltung des politischen Lebens anzubahnen.

Die Presse nahm das Patent, das, wie wir erwähnten, in diesem Augenblick unerwartet erschien, zunächst sehr kühl auf; eine ernsthafte Würdigung fand sein Inhalt anfänglich kaum, doch überwog begreiflicherweise sofort allerwärts die Enttäuschung darüber, daß in dem komplizierten Verfassungswerk des Königs der Volksvertretung so wenige Kompetenzen verliehen wurden. Auch im Kreise der rheinischen Deputierten, welche den Winter zur Vorbereitung auf den nächsten Provinziallandtag benutzten, überraschte das Patent.[1]) Zwar war hier in den wiederholten gemeinsamen Besprechungen das Gerücht von dem Bevorstehen der 'Verfassung' öfter erörtert worden. Noch am 13. Januar 1847 hatte in Düren eine solche Besprechung zwischen Camphausen, Beckerath, Hansemann, Mevissen, v. der Heydt und Aldenhoven stattgefunden, und am 20. Januar hatte v. der Heydt an Mevissen geschrieben, er erfahre, daß am Krönungsfest, das auf den 24. Januar bestimmt sei, die endliche Publikation der Verfassung bevorstehe. Die liberalen Abgeordneten nahmen eine neue Zusammenkunft für die Tage unmittelbar nach dieser Publikation in Aussicht, verschoben sie jedoch, als das Gerücht sich wiederum als falsch erwies. Als dann Anfangs Februar das Patent erschien, wurde sofort eine Versammlung auf den 14. Februar nach Köln einberufen, an der zwölf liberale Deputierte teilnahmen.

Gemäß der Haltung der rheinischen Liberalen während der letzten Jahre konnte es von vornherein nicht zweifelhaft sein, daß sie sich, mochten sie auch durch die Inkongruenz des Patents mit den früheren Verheißungen der Krone stark enttäuscht sein, doch im Prinzip auf den Boden des Patents stellen würden.[2]) Das war ja am

---

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen in Bd. II, 230ff.

[2]) Treitschke a. a. O. V, 611f. beurteilt hier (wie so häufig) die rheinischen Ansichten schief.

Rhein in den politisch reifen Köpfen das Hauptergebnis der seitherigen Lehrjahre gewesen: die Überzeugung, daß eine Verfassung nur durch freiwilligen Verzicht der Krone auf die unbeschränkte Gewalt begründet werden könne, war hier gepaart mit einem ausgeprägten Gefühl, unbedingt einem großen, von einheitlichem Bürgergeiste erfüllten Staate angehören zu müssen. Dieses Gemeinbewußtsein, das in den zersplitterten Rheinlanden während der Zeit der französischen Okkupation zuerst entstanden war und später besonders durch die erfolgreiche Zollvereinspolitik Preußens seit 1835 neue Nahrung erhalten hatte, war hier zur Grundlage einer Einheitsbewegung in dem Sinne geworden, daß man durchaus an Stelle des Aggregats von acht getrennten Provinzen eine Vereinheitlichung des preußischen Staates durch die Begründung eines gemeinsamen öffentlichen Lebens erzielen wollte. Man sah hier geradezu den Beruf der Rheinlande darin, Preußen in die Reihe der Verfassungsstaaten hinüberzuleiten, in denen auch das Volk sich einheitlich und selbständig der Pflege des Staatswohls zu widmen das Recht hatte. So konnte man sich zu dem Patent des Königs, das diese Einheit und zugleich eine, wenn auch noch ganz unvollkommene, Verfassung bot, nicht rein negativ verhalten. Man nahm vielmehr eine besonnene Mittelstellung ein. Mit Ausnahme von Hansemann, dem Vertreter des modernen Repräsentativsystems nach belgischem Vorbild,[1]) der eine bestimmte Inkompetenzerklärung der Stände gegenüber dem Patent für richtig hielt,[2]) und von Beckerath, der umgekehrt vor allem dankbare Entgegennahme der Gabe des Königs, wenn auch mit dem Ausdruck vertrauensvoller Erwartung fernerer Gewährungen, empfahl, wurde in der Versammlung vom 14. Februar einmütig der Standpunkt angenommen, daß dem Rufe des Königs unbedingt Folge zu leisten, zugleich aber eine bestimmte Verwahrung der durch die ältere Gesetzgebung begründeten, noch unerfüllt gebliebenen Rechte notwendig sei. Die Führer auf diesem Weg der mittleren Linie waren L. Camphausen[3]) und neben ihm Mevissen. 'Meine gleich bei der Durchsicht des Patents gewonnene

[1]) Vgl. oben S. 373 Anm. 3.

[2]) S. 447 Anm. 1. Hansemanns besondere Stellung tritt in der Darlegung von Bergengrün (S. 351 ff.) nicht klar hervor. Sie wurde übrigens in Belgien nicht als richtig anerkannt (vgl. Indépendance belge 1847 Nr. 41, 97, 107).

[3]) Vgl. seine Ausführungen bei Caspary a. a. O. S. 118.

Überzeugung — so schrieb dieser wenige Tage später — daß gegen viele wichtige Bestimmungen desselben eine Rechtsverwahrung von seiten der Volksvertreter eingelegt werden müsse — auf alle Gefahr hin, entstehe daraus, was da wolle — ist in der Beratung von allen Anwesenden mit der einzigen Ausnahme v. Beckeraths geteilt worden. Alle glauben sich im Gewissen verpflichtet, kein Jota von den durch frühere Verheißungen dem Lande bereits erwachsenen Rechten durch eine stillschweigende Anerkennung der neuen Verfassung zu vergeben. Es bleibt bei dieser Gesinnung nichts übrig, als die Form so schonend wie möglich zu wählen, um eine ruhige Fortentwicklung des neuen Instituts zu sichern'.[1]) Man einigte sich allgemein über diesen Standpunkt, und Camphausen formulierte am 28. Februar in acht Sätzen die geplanten Verwahrungen.[2]) Am 9. März verständigte sich Mevissen auf einer Versammlung in Rheydt mit seinen Wählern, und am 14. März fand eine zweite Beratung der liberalen Abgeordneten in Köln statt. Sie führte endgültig zu dem Entschluß, daß man nach Berlin gehen wollte, um das Gegebene, so wenig es sein mochte, zum Heil des Vaterlandes zu benutzen; der

---

[1]) Mevissen an F. W. Koenigs 1847 Februar 21. Die Haltung der rheinischen Deputierten in diesen Vorverhandlungen erörtert eine sehr sachverständige kölner Korrespondenz in der Indépendance belge Nr. 97 (vom 3. April 1847; vgl. Bd. II, 276). Sie offenbart zugleich den starken Eindruck, den Mevissen schon hier gemacht hatte: 'Cologne envoie deux hommes, qui marqueront à la diète: Camphausen et Mevissen. Le premier n'est pas orateur, mais il fait des excellents discours écrits; c'est un homme réfléchi, profond théoricien, grand penseur et jusqu'à présent le chef du parti rhénan. Il a siégé avec la plus grande distinction aux diètes provinciales du Rhin. Mevissen est un homme plus nouveau, mais dont j'attends beaucoup; il est à la fois orateur et écrivain, courageux, ferme, logique et d'une grande vivacité. Il deviendra, sans aucune doute, un chef de file distingué. Je le crois peu accessible aux séductions, qualité que je crains bien ne pas voir apporter par tout le monde à la diète qui va s'ouvrir. Hansemann fera de l'opposition avancée. Lorsque les lettres-patentes ont paru, son avis était que les deputés eussent à se déclarer incompétents pour former une diète générale. Il a du reste été seul de son avis. Beckerath est homme d'une grande faconde, mais mieux fait pour rendre les idées d'autrui que pour faire valoir les siennes propres.' Für Hansemanns Sonderstellung vgl. ebd. Nr. 105 (und daraus Köln. Zeitung, Beilage zu Nr. 107).

[2]) Bergengrün a. a. O. S. 351.

Vereinigte Landtag sollte sich als die verheißene reichsständische Versammlung erklären, zugleich aber sofort beim Beginn der Tagung in einer Adresse an den König die in den älteren Grundgesetzen von 1815, 1820 und 1823 dem Volke verbrieften Rechte reklamieren.[1])

Die liberale Partei am Rhein vertrat jetzt einmütig diesen Standpunkt. Wenn Kölner, Krefelder, Düsseldorfer und Elberfelder Adressen den Abgeordneten dieser Städte, Camphausen, Merkens, v. Beckerath, von der Heydt und Bauer, die Zustimmung dazu aussprachen, so brachten Adressen der Städte Viersen, Rheydt und Dülken auch ihrem Abgeordneten Mevissen gegenüber zum Ausdruck, daß sie jeden Zweifel an der Zuständigkeit des Landtags zurückwiesen, aber eine Rechtsverwahrung wegen der zwischen dem Patent vom 3. Februar und der älteren Gesetzgebung bestehenden Differenzen für erforderlich erachteten.

Es war inzwischen durch einen Briefwechsel Mevissens mit den schlesischen Abgeordneten Milde, Tschocke und Siebig, sowie durch einen Briefwechsel Hansemanns mit dem durch sein Eintreten für die Unabhängigkeit des Richterstands bekannt gewordenen Juristen Heinrich Simon in Breslau und durch die Mitte März erfolgte Veröffentlichung von dessen vielgelesenem, von der Regierung sofort verbotenen Pamphlet 'Annehmen oder Ablehnen'[2]) am Rhein bekannt geworden, daß die Liberalen in Schlesien umgekehrt jenen Standpunkt einnahmen, für den am Rhein nur Hansemann einen Augenblick gewesen war: die Inkompetenzerklärung sei die richtige Antwort auf das Patent.[3]) Auch die Provinz Preußen erwies sich als empfänglicher Boden für

[1]) Ranke, Sämtliche Werke 49/50 S. 421 ff. und Allgemeine deutsche Biographie VII, 757. Vgl. die Ausführungen Mevissens Bd. II, 234; Bergengrün a. a. O. S. 354; Indépendance belge 1847 Nr. 86 (zum 24. März).

[2]) H. Simon, Annehmen oder Ablehnen? (Leipzig 1847); vgl. Bergengrün a. a. O. S. 351 ff., und oben S. 367 Anm. 2.

[3]) Über die Simonsche Schrift sprach sich Beckerath in einem Brief vom 27. März Mevissen gegenüber dahin aus: 'Simon ist diesmal ohne alle staatsmännische Auffassung verfahren, sein Rat ist schlecht, die Wirkung seines Buchs aber insofern gut, als es die Gebrechen der neuen Institutionen schonungslos aufdeckt und so zu einer Erkenntnis beiträgt, die die unerläßliche Bedingung richtigen Handelns ist'. Mevissens eigenes Urteil vgl. Bd. II S. 232 (vgl. auch Kölnische Zeitung Nr. 78, 84). — Einen dem rheinischen verwandten Standpunkt vertrat dagegen unter der Fülle von Broschüren, welche das Patent vom

die negierende Auffassung von Simon. Man empfand hier das 'Ablehnen' als heilige Pflicht und erwartete vielfach, daß die Deputierten nur nach Berlin reisen würden, um zu protestieren und wieder zurückzukehren. Man wollte sich nicht durch Annahme der unvollkommenen Gabe des Königs des Anspruchs auf die älteren Rechte begeben, lieber in offenem Konflikt mit der Krone auf die Gabe selbst vorläufig verzichten. Gegenüber diesem Standpunkt hielt man jedoch am Rhein daran fest, daß man unter allen Umständen das im Patent Gebotene annehmen, dann aber die Rechte zu erweitern und aus dem Vereinigten Landtag womöglich eine konstituierende Versammlung zu machen versuchen solle. Man wollte sich mit den Schlesiern und Preußen sowie mehreren Liberalen der Provinz Sachsen einige Tage vor der Eröffnung des Landtags in Berlin zusammenfinden, um diesen streitigen Punkt gemeinsam zu erörtern.[1]

Mevissen selbst hatte sich inzwischen bemüht, in einer Folge von Artikeln der Kölnischen Zeitung vom 26. Februar bis zum 16. März die öffentliche Meinung durch eine eingehende Erörterung der politischen Situation zu klären.[2] Er betonte hier nachdrücklich, der König habe durch das Patent den Beweis geliefert, daß er aus eigener Überzeugung sein Volk als mitberufen anerkenne zur Weiterbildung des Staatswesens, das Patent sei das erste offizielle Dokument der Mündigkeit des Volkes. Es sei die heilige Pflicht des Volkes, das Vertrauen der Krone zu erwidern mit dem doppelten Vertrauen auf den Monarchen, der über die Entwicklung des Volkes wache, und auf die eigene Kraft, Tüchtigkeit und Ursprünglichkeit, die diese Entwicklung gewährleisten und einer höheren Phase entgegenführen müsse. Er nahm Stellung zu den großen politischen Fragen, indem er seine Ansichten, die wir seither schon vereinzelt kennen lernten,

---

3. Februar in Preußen und Deutschland hervorrief, die Schrift 'Vier Fragen, veranlaßt durch die Verordnungen vom 3. Februar 1847 und beantwortet von einem Preußen' (Leipzig 1847). Auch diese Schrift wurde am Rhein viel gelesen und gewürdigt (Bd. II S. 232).

[1]) Schreiben des Abgeordneten G. Coqui (Magdeburg) an Mevissen 1847 März 17; v. Saucken an v. der Heydt c. März 22. Vgl. Bergengrün a. a. O. S. 351 ff.; Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg. v. K. Biedermann VIII (1847), 291 ff.; Weserzeitung 1847 Nr. 1008, 1012.

[2]) Die anonym erschienenen Aufsätze sind Bd. II S. 201—230 wieder abgedruckt.

zusammenfaßte. Die Unfähigkeit der Bureaukratie, nach der Umwandlung des alten Agrikulturstaats in ein von den Problemen der modernen Industrie erfülltes Staatswesen allein die Regierung erfolgreich weiterzuführen, und die Notwendigkeit, die gesamte Intelligenz des Volkes fortan der Erreichung des Staatszwecks dienstbar zu machen, werden hier ebenso erörtert, wie die inneren Mängel der seit 1823 bestehenden ständischen Verfassung, besonders das Fehlen jedes einheitlichen Prinzips in ihr. Die rechtliche Stellung des Adels wird im Verhältnis zu dem durch das Patent neubegründeten Herrenstand, der neben der Kurie der drei Stände als eine erste Kammer des Vereinigten Landtags konstituiert worden war, kritisch untersucht, und dabei der Gedanke einer solchen ersten Kammer als konservativen Gegengewichts gegen das zu schnelle Eindringen der neuen, demokratischen Elemente der Gesellschaft in das Staatsleben durchaus anerkannt, allerdings die unfertige Form seiner Ausführung nicht gebilligt.[1] Die gedankenreichen Aufsätze offenbaren wiederum Mevissens klaren Blick für die im Staate zusammengefaßten Lebenskreise und seine Fähigkeit, die Fragen des Tages durch ihre Erhebung in das Gebiet allgemeiner Betrachtung zu verstehen und von hier aus das verwickelte Triebwerk staatlichen und gesellschaftlichen Lebens besonnen und maßvoll zu beurteilen. Auch auf die vielerörterte Frage nach ständischer oder repräsentativer Verfassung, über die er schon 1840 sich geäußert hatte (S. 190, 373), ging er hier näher ein. Er erkannte bei beiden Systemen Vorzüge und Schwächen; der praktischen Politik aber wies er die Aufgabe zu, die Gegenwart zu begreifen und eine der augenblicklichen Kulturstufe des Volkes angemessene Mischung beider Systeme in der Verfassung zu verwirklichen. Es war der Standpunkt, der theoretisch von der Rheinischen Zeitung 1842 vertreten und praktisch auch auf dem Landtag 1845 formuliert worden war.[2] Die Tatsache, daß in Preußen nun einmal die ständische Gliederung durchgeführt und durch das Patent vom 3. Februar neuerdings anerkannt war, nahm er als gegeben an; von einer abstrakten Opposition gegen dieses System hielt er nichts, untersuchte vielmehr,

[1] Vgl. dazu Meinecke, Boyen II, 582; auch Hansemann war für die Einrichtung eines Herrenhauses.

[2] Vgl. oben S. 210, 253, 371.

ob dasselbe unter den eigentümlichen Verhältnissen Preußens wirkliche Lebenskraft besitze und sich zur Fortbildung eigne. Und das erschien ihm unzweifelhaft. Auch für ihn waren also nicht die rechtlichen und begrifflichen Abstraktionen, von denen die moderne französische Staatsentwicklung ausgegangen war, sondern die praktischen Gesichtspunkte nationaler Wohlfahrt und organischer Fortentwicklung entscheidend. Er verlangte, daß die seitherige Beschränkung der Wahlfähigkeit auf die Grundbesitzer beseitigt, daß vielmehr die schnell anwachsenden Gruppen von Gewerbe und Intelligenz ebenso wahlfähig wie der Grundbesitz werden sollten, und es schien ihm richtig, daß das Stimmrecht nach der Zahl der vertretenen Bevölkerung reguliert und für die Abstimmungen nicht die Zweidrittel- sondern die einfache Majorität bestimmt werde. Durch fortschreitende rechtzeitige Konzessionen an das Volk wollte er die emporbrängenden Mächte des Kommunismus bekämpft, durch praktische Tätigkeit die besten Kräfte dieser gefährlichen Strömung entfremdet und dem Ganzen nutzbar gemacht sehen; er zweifelte nicht, daß vornehmlich die Kluft zwischen geistiger und materieller Errungenschaft für die aus dem Kreise der Bildung stammenden Führer dieser Partei die Ursache ihres extremen Standpunkts geworden und daß mit dem Ausscheiden dieser Führer die Gefahr im wesentlichen beseitigt sei. Der aktuellen Frage der Kompetenz- oder Inkompetenzerklärung der Stände widmete er eine besondere Betrachtung. Er kam auch hier zu dem Ergebnis, daß da in dem Patent vom 3. Februar der durch die älteren Grundgesetze bestimmte Rechtsboden der Reichsstände nicht zur vollen Anerkennung gelangt sei, der Vereinigte Landtag sofort durch eine Rechtsverwahrung diesen Boden in Anspruch nehmen und versuchen müsse, seine Anerkennung und Verwirklichung von seiten der Krone zu erreichen.[1])

So nach allen Seiten gewissenhaft vorbereitet, und erfüllt von

[1]) Diesen letzten Artikel (Bd. II S. 228) ließ die Zensur nicht zum Drucke zu. Bodelschwingh hatte am 3. Februar die sämtlichen Oberpräsidenten angewiesen, daß Besprechungen des Patents in der Presse 'nur in würdiger Form und in den Grenzen einer wohlwollenden Tendenz' erfolgen, und daß keine Äußerung gedruckt werden dürfe, 'welche das monarchische Prinzip des preußischen Staats oder die nunmehr ausgebildeten ständischen Institutionen, welche fortan die Verfassung des Staates bilden, angreifen.'



der historischen Bedeutung des Augenblicks, verließ Mevissen am 2. April zusammen mit Camphausen Köln zur Teilnahme an dem ersten großen parlamentarischen Ringen auf deutschem Boden. Er fühlte sich vor 'der ernsten Probezeit seines Lebens. Das einzige, so schrieb er den Seinigen, was Zuversicht und Vertrauen einzuflößen vermag, ist das feste Bewußtsein, daß alle Kräfte im Dienste einer großen Sache aufgeboten werden, und der einzelne nicht für den Erfolg sondern für die Absicht des Strebens dem innern Richter verantwortlich sein kann. In Berlin werde ich unter allen Umständen die ganze und die volle Wahrheit sagen, soweit ich sie zu erkennen vermag, ohne Scheu nach oben wie nach unten und unbekümmert um den Erfolg. Ich betrachte den Beruf der Stände als eine Gewissenssache, in der Aufrichtigkeit und Wahrheit über alles geht. Der Erfolg steht in der Hand der Vorsehung.'

Am 4. April trafen die beiden Rheinländer in Berlin ein.[1]) Hansemann war schon seit einigen Tagen dort, auch Beckerath und v. der Heydt waren bald zur Stelle. Aus den Provinzen Preußen und Pommern waren gleichfalls einige der politischen Führer: v. Brünneck, A. v. Auerswald, Graf Dohna, v. Bardeleben, schon anwesend. In den Tagen vom 6. bis 9. April fanden dann die geplanten Vorbesprechungen der liberalen Deputierten aus den vier Provinzen statt, teils bei v. Brünneck, dem greisen Marschall des ostpreußischen Landtags, teils bei dem Berliner Bürgermeister Naunyn. Die Situation war umgekehrt wie 1840. Hatte damals die Provinz Preußen die Führung im positiven Streben nach innerer Einigung des Staates gehabt, während am Rhein noch unklare und separatistische Tendenzen überwogen, so waren es jetzt die Rheinländer, die gegenüber der ablehnenden Haltung der Ostpreußen den Standpunkt gemeinsamen politischen Wirkens unter allen Umständen vertraten. Die Lage der Rheinländer war um so schwieriger, als inzwischen auch von den süddeutschen Liberalen, besonders in einer Anfangs April erscheinenden

[1]) Von Hagen bis Bückeburg reiste G. v. Vincke mit den beiden, 'ein jovialer Mann mit scharfem, durch viele Studien ausgebildeten Verstande, mit vielem Pathos und einer bedeutenden Rednergabe. Er wird ohne Zweifel auf dem Vereinigten Landtag eine Rolle spielen, wenn die geschickt verdeckten aber doch nur schlummernden Tendenzen der alten Aristokratie nicht zu früh oder zu stark hervortreten.' (Mevissen an seine Gattin, Berlin 1847 April 5.).

vielbeachteten Schrift von Gervinus,[1]) die Ablehnung als die richtige Antwort auf das Patent empfohlen wurde. Wollte aber die liberale Partei überhaupt Erfolge erzielen, so mußte sie sich vor allem über ein einmütiges Vorgehen verständigen. Denn die vorläufigen Berechnungen ergaben, daß aus allen Provinzen überhaupt nur 180 liberale Stimmen sicher waren,[2]) die Majorität also voraussichtlich auf seiten der Regierung sein werde. Die Rheinländer erwarben sich das große Verdienst, daß sie in konsequenter Fortführung ihres während der letzten Jahre verfolgten Weges den positiven Standpunkt hartnäckig behaupteten und die Einmütigkeit der liberalen Partei in ihrem Sinne herstellten. Die entscheidende Verhandlung fand am 7. April bei Brünneck statt. Da Camphausen beim Beginn der Erörterung nicht anwesend war, so fiel Mevissen nach der Verabredung mit den rheinischen Kollegen die Aufgabe zu, ihren Standpunkt zu vertreten. Es gelang ihm, die preußischen Deputierten zu spalten. Brünneck, der Nestor des Vereinigten Landtags, trat auf die Seite der Rheinländer. Aber Auerswald blieb bedenklich; die Ablehnung des königlichen Patents schien ihm noch immer sicherer als eine Adresse, die zur Auflösung des Landtags führen und so alles auf eine Karte setzen könnte, und erst dem im entscheidenden Augenblicke hinzugekommenen Camphausen gelang es, auch seinen Widerstand zu besiegen. Es wurde eine völlige Einigung erzielt, der sich auch die schlesischen Deputierten anschlossen, so daß die liberale Partei als geschlossene Gruppe mit dem rheinischen Programm in die Verhandlungen des Landtags eintrat.[3]) Mevissen war voll froher Hoffnung; hatte er doch unentwegt und mit dem besten Erfolg für jene enge Verbindung zwischen seiner Heimatprovinz und den alten Provinzen gewirkt, deren Durch-

[1]) G. Gervinus, Die preußische Verfassung und das Patent vom 3. Februar 1847 (Mannheim 1847), S. 124ff. Vgl. Köln. Zeitg. Nr. 176, erste Beilage; Rhein. Beobachter Nr. 117.

[2]) 80 aus Preußen, 60 aus der Rheinprovinz, 40 aus Schlesien, dazu einige wenige aus Westfalen; außerdem wollten allerdings noch 40 Vertreter aus Posen eine prinzipielle Opposition bilden.

[3]) Vgl. die lebendige Schilderung dieser Sitzung in Gegenwart II (1850) 166; dazu Indépendance belge 1847 Nr. 105, 107 (April 14, 16); L'Observateur Nr. 125, 126 (April 15); Weserzeitung Nr. 1015, 1016 (April 12, 13); Kölnische Zeitg. Beilage zu Nr. 107. — Ein Brief Mevissens vom 7. April über diese Verhandlungen ist leider verloren.

führung gewissermaßen den Dank der Rheinlande dafür darstellte, daß Preußen sie 1815 wieder dem deutschen Wesen gewonnen hatte. 'Die Geschäftsordnung des Landtags, die wir gestern bei Brünneck im Entwurf gesehen haben, ist zwar verklausuliert nach allen Seiten. Aber die Macht des freien Geistes wird die Fesseln sprengen, die ihn umschließen. Von heute bis über acht Tage ist die entscheidende Schlacht geliefert. Wir halten alle an dem einen Grundsatz fest: Eine mächtige, erhabene, unverletzliche Krone, verantwortliche Minister, ein freies mitratendes und mittatendes Volk.'[1]) Die Eröffnung des Landtags am 11. April offenbarte jedoch, daß die Lage noch keineswegs aussichtsvoll war.

Der König eröffnete an diesem Tage den Landtag im Weißen Saale des königlichen Schlosses mit jener pathetischen Tronrede, der letzten großen Manifestation des mit dem Ständewesen verbundenen Königtums, die, indem sie seine persönliche Auffassung mit beabsichtigter Schärfe aussprach, den unversöhnlichen Gegensatz der Prinzipien unverhüllt manifestierte.[2]) Er war über den geringen Beifall, den sein Patent seither im Lande gefunden, enttäuscht, und es hatte ihn ganz besonders verdrossen, daß die Presse „aus Unachtsamkeit oder bösem Willen" bei der Besprechung desselben von „Kammern" und „Volksvertretung" gesprochen, also Wendungen gebraucht hatte, die nur für die von ihm verachteten „Volksvertretungen in dem modernen Wortsinn" paßten.[3]) Nun ergriff er die Gelegenheit, den Deputirten selber darzulegen, daß der Landtag keine repräsentative Volksvertretung sondern eine Versammlung von Ständen, von Vertretern ständischer Rechte sei, daß es in Preußen keine garantierte Verfassung in modernem Sinne gebe, daß hier nur ein Wille leitend sei, und daß er die Prärogative der Krone niemals durch ein konstitutionelles Verhältnis einschränken lassen werde. Durch die feierlichsten Wendungen, wie sie ihm seine Vorliebe für die Verquickung politischer

---

[1]) Mevissens Brief an seine Gattin 1847 April 8.

[2]) Ranke, Sämtliche Werke 49/50 S. 423ff. Die Indépendance belge bezeichnete am 17. April die Thronrede als 'le chant de cygne de la monarchie absolue' (Nr. 108).

[3]) Er wollte (am 13. März) mit Hilfe der Zensur die Presse zwingen, diese Wendungen zu unterlassen, und es bedurfte der Gegenvorstellung der Minister Bodelschwingh und Uhden (vom 20. März), um ihn davon abzubringen.

und religiöser Gedanken eingab, legte er aller ferneren Entwicklung selbst unübersteigliche Hindernisse in den Weg. Keine Macht der Erde werde ihn, so rief er aus, je bewegen, eine geschriebene Verfassung — wie sie doch sein Vater 1815 verheißen hatte — zwischen Gott und sein Land treten zu lassen. Die Versammlung hatte eine solche Apostrophe nicht erwartet, überhaupt nicht für möglich gehalten. Wurde sie im Lande als eine unwürdige Schulmeisterung der Deputierten empfunden, so wirkte sie auf diese selbst als eine peinliche Brüskierung; die ostpreußischen und schlesischen Abgeordneten wollten von der Verabredung mit den Rheinländern zurücktreten, ihr Mandat niederlegen und sich sofort in die Heimat zurückbegeben.

Auch Mevissen war tief bewegt. 'Die Stellung des Teils der Stände, der mit dieser Tronrede sich in direktem Widerspruch dem innersten Gefühl nach weiß und dieses Gefühl nicht zu unterdrücken vermag, ist unerfreulich. Im Laufe dieser Woche schien sich alles noch zu einer schönen, befriedigenden Lösung anzulassen. Heute ist das Barometer der Volkshoffnungen tief gesunken. Aber so viele und große geistige Kräfte sind hier versammelt, daß, wie die Dinge sich auch wenden mögen, die Zukunft der Nation gesichert erscheint.'[1]) Am Abend gelang es den Rheinländern noch einmal, die Einheit der liberalen Partei in ihrem Sinne herzustellen. Graf Schwerin, ein liberaler Abgeordneter aus Pommern, erhielt den Auftrag, am nächsten Tage den Antrag auf eine an den König zu richtende Adresse zu stellen, worin der Dank für die Berufung, zugleich aber den früheren Abmachungen gemäß eine Verwahrung wegen der Vorenthaltung der älteren Rechte niedergelegt werden sollte. Der Antrag wurde am 12. April durch Akklamation angenommen, die Adresse sollte am 14. April vorgelegt und beraten werden. Der Adreßentwurf wurde der geschickten Feder v. Beckeraths anvertraut; er vertrat den rheinischen Standpunkt von der Kontinuität der Gesetzgebung seit den Verheißungen von 1815 (S. 362), in denen man die moralische, unmöglich durch

---

[1]) Mevissen an seine Gattin 1847 April 11. — Über den peinlichen Eindruck, den die Tronrede am Rhein machte, handeln zahlreiche Briefe an Mevissen aus Köln und aus seinem Wahlkreis (April 15—25.). Vgl. auch den Brief des Abgeordneten v. Saucken (hrsg. v. G. v. Below in Westermanns Monatsheften 1902 Oktober S. 147). Bodelschwingh befahl den Zensurbehörden am 21. April strenges Einschreiten gegen die scharfen Urteile der Presse.

einseitige Willkür zu beseitigende Grundlage des öffentlichen Lebens sah, und er wahrte mit würdigem Nachdruck die aus den älteren Verheißungen über eine allgemeine Landesrepräsentation fließenden Rechte des Landtags.

In der Adreßdebatte am 15. und 16. April nahmen die Führer der liberalen Partei fast alle das Wort. Mevissen hielt seine Rede am Schluß der Debatte des ersten Tages.[1]) Sie führte aus, daß nach dem Rechtsbewußtsein des Volks die Versammlung in dem Augenblick, wo sie zusammentrat, tatsächlich in den Besitz aller der Rechte gelangt sei, die den Reichsständen aus den älteren Verheißungen der Krone zustanden. Die Offenheit und Wahrheit, die der König in seiner Tronrede besonders gewünscht habe, verlange die klare Aussprache dieses Standpunkts. Er wandte sich weiter gegen den Irrtum, daß das absolute Königtum unbeschränkt sei, indem er auf seine Hemmung durch die eigene Bureaukratie hinwies — sie war erst kürzlich in der sozialen Frage eklatant hervorgetreten (S. 357). Er betonte dagegen die Entfaltung politischer Kraft des Volks als Grundbedingung einer dauerhaften höhern Kultur des Vaterlandes und seine Überzeugung, daß nur durch Teilnahme des Volks am Staat diese Kraft hervorgebracht werden könne. Die Rede gipfelte in der Forderung der Periodizität für den Landtag, jener Forderung, die einst im 17. Jahrhundert in den Kämpfen zwischem dem 'Langen Parlament' und der Krone in England auch die Kraftprobe gebildet hatte. Sie berührte damit sofort den Punkt, wo der König am wenigsten zu Konzessionen geneigt war, das „periodische Fieber", dem er am sorgfältigsten auszuweichen strebte.

Durch das Eingreifen des Grafen Arnim, des frühern Ministers, und durch ein Amendement Alfreds v. Auerswald wurde dem Adreßentwurf Beckeraths eine abgeschwächte Fassung gegeben, gegen die die meisten Rheinländer allerdings stimmten, da sie keine klare Rechtsverwahrung, sondern mehr eine Bitte um Anerkennung der Rechte darstellte.[2]) Man hoffte aber nun auf eine günstige Antwort des Königs.[3]) Am 22. April erfolgte diese Antwort. Sie zeigte im allgemeinen, daß

---

[1]) Die wichtigsten Reden Mevissens auf dem Vereinigten Landtag sind in Bd. II S. 237 ff. wiederabgedruckt.

[2]) Biedermann, Gesch. des ersten preußischen Reichstags (1847) S. 95.

[3]) Vgl. Bd. II, 244; Bleich, Der erste Vereinigte Landtag 1847, I, 26 ff.

der mit der Adresse eingeschlagene Weg der richtige, daß ein Zusammenwirken von Regierung und Ständen möglich war. Denn sie bediente sich einer andern Tonart, als die Tronrede, und verfügte nicht, wie man vielfach gefürchtet hatte, die Auflösung des Landtags, sondern stellte sogar einzelne Konzessionen, wenn auch in unbestimmter Form, in Aussicht. Die Erklärung des Königs allerdings, daß die früheren Verheißungen entkräftet und nur noch die Bestimmungen des Patents vom 3. Februar giltig seien, traf das Prinzip, das die gemilderte Adresse vorsichtig geschont hatte und auf das man am Rhein den größten Wert legte. So war die Aufnahme der Antwort verschieden. Ein Teil der Liberalen wollte sie ohne Erwiderung lassen, er hielt es für opportun, sich fortan auf den Weg der Petitionen zur Erweiterung der verfassungsmäßigen Kompetenzen zu beschränken. Von den Rheinländern nahm diesen Standpunkt, der allein durch die Geschäftsordnung des Landtags vorgesehen war, anfänglich nur Camphausen ein. Beckerath, Hansemann und Mevissen dagegen wünschten in Konsequenz der seitherigen Haltung der Rheinländer eine prinzipielle Gegenerklärung und Rechtsverwahrung in schonender Form, mit erneuter Bitte um Anerkennung der ältern Rechte, also ein Wiederaufgreifen der Beckerath'schen Adresse in ihrer ursprünglichen Gestalt; der westfälische Deputierte v. Vincke aber schlug eine scharfe Erklärung vor, eine Bill of rights zu Protokoll durch Beschluß des Landtags,[1]) also eine bestimmte Inanspruchnahme aller Rechte und Freiheiten, die die Volksvertretung aus den frühern Versprechungen ableitete, ähnlich wie es 1689 in England durch das Parlament geschehen war. In einer Versammlung der liberalen Deputierten am 25. und 26. April fand Vinckes Erklärung, trotz des bei der Adreßberatung hervorgetretenen Stimmenverhältnisses im Plenum, die Majorität, auch bei den Rheinländern. Unter diesen Umständen entschlossen sich Hansemann und Mevissen, der Majorität beizutreten, während Camphausen, Beckerath und v. der Heydt fernblieben.[2]) Eine Majorität für diesen Schritt

[1]) Das war schon vor dem Landtag sein Plan gewesen (Gegenwart II, 165).

[2]) Über die Verhandlungen im Schoß der liberalen Partei vgl. Mevissens Briefe vom 26. u. 30. April und 12. Mai, Bd. II S. 245, 275, 278, und Stedmann, Beitrag zum Staatsrecht der Herzogtümer am Rhein (Berlin, 1847) S. 4; vgl. auch Beckeraths Brief vom 8. Mai (W. Oncken, Aus dem Leben und den Papieren H. v. Beckeraths (1873), 6; Kopstadt a. a. O. S. 33).

war aber schon in der Dreiständekurie nicht zu erzielen, und damit wurde die formell unhaltbare Deklaration der 138 liberalen Abgeordneten auch praktisch unwirksam, um so mehr, als die Herrenkurie jede Verhandlung über sie ablehnte. Der König nahm das Vorgehen der Deklaranten so übel auf, daß er sie fortan nicht mehr zu den Hoffestlichkeiten einladen ließ. Die aus Mitgliedern aller drei Stände zusammengesetzte Gruppe bildete aber fortan den Kern der liberalen Opposition, demgegenüber sich Mitte Mai eine konservative Gruppe von ungefähr gleicher Größe zusammenschloß — die beiden ersten modernen, nicht ständisch abgeschlossenen Parteibildungen im parlamentarischen Leben Preußens.

Der Landtag suchte im übrigen auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege der Bitten und Anträge auch in der Prinzipienfrage vorwärts zu kommen, und die durch solche Anträge herbeigeführte Periodizitätsdebatte, die in den Tagen vom 29. Mai bis zum 8. Juni stattfand, wurde der politische Höhepunkt der Tagung. Das Schuldengesetz vom Jahre 1820 hatte die jährliche Berufung der Reichsstände in Aussicht gestellt, und das Verlangen, daß demgemäß jetzt die regelmäßige Wiederkehr des Vereinigten Landtags erkämpft und die Übertragung der Periodizität auf die Vereinigten Ausschüsse zurückgenommen werde, hatte Vertreter sogar in der Herrenkurie. Sämtliche liberalen Abgeordneten von Bedeutung erschienen auf der Tribüne; auch Mevissen vertrat am 31. Mai den Anspruch auf Periodizität des Landtags von dem Standpunkt aus, daß es nur *eine* reichsständische Versammlung geben könne, in einer ausgezeichneten Rede; sie war besonders eindrucksvoll durch seine Darlegung, daß durch eine Verfassung die Macht der Krone nicht geschwächt, sondern gestärkt, und daß gegenüber jeder äußern Gefahr des Vaterlandes das preußische Volk sich in Zukunft ebenso begeistert um die Krone scharen werde, wie es das in vergangenen Tagen getan habe. Der Antrag wurde dahin formuliert, daß der Landtag die jährliche Periodizität sich wohl als Recht zuerkenne, aber sich darum doch den Besitz nicht zuspreche, sondern den König um Anerkennung des Rechtes bitte. Daß der Antrag selbst in dieser Form nicht ganz die Zweidrittelmajorität fand, sondern schließlich nur eine einfache Bitte um zweijährige Berufung ohne Rückgriff auf ältere Ansprüche zustande kam, war Mevissen trotz seines grundsätzlichen Standpunktes doch nicht unwillkommen, weil

sonst die Krone in eine Lage gebracht worden wäre, die er im Interesse ihrer Würde nicht wünschte.[1])

Die Debatten über die Adresse und die Periodizität erregten die allgemeine Aufmerksamkeit im Inland und im Ausland. Hier handelte es sich um die entscheidende Frage, ob Preußen in die Reihe der Verfassungsstaaten eintreten werde oder nicht. Ein idealer Schwung der Begeisterung ging durch die Verhandlungen, und eine feierlich gehobene Stimmung, die mit Erfolg die Töne des Gemüts und des sittlichen Pathos anschlug, beherrschte den Weißen Saal während dieses ersten preußischen Parlaments. Wider alles Erwarten war dieses Mal die Nennung der Rednernamen gestattet worden, und so wurden die Redner der Opposition in diesen Tagen gefeierte Volksmänner, deren Namen von Mund zu Mund flogen. Man war verwundert, daß in dieser ersten Versammlung eine so große Fülle von rednerischen Talenten vereinigt war; mit Ausnahme des als Landtagskommissar fungierenden Ministers v. Bodelschwingh zeigte sich kein Mitglied der Regierung der Opposition gewachsen. Mevissen, das jüngste Mitglied der Dreiständekurie, war hier, im politischen Leben, ähnlich wie vorher in der Welt kaufmännischer Unternehmung sogleich in die erste Reihe gerückt. Seine beiden Reden vom 14. April und 31. Mai wurden in den liberalen Kreisen am Rhein[2]) und im übrigen Deutschland mit großem Beifall aufgenommen. Ihre Klarheit und ihre festbestimmte Richtung auf das Ziel fanden lebhaften Anklang. Neben Hansemann, Beckerath und Vincke hinterließ er den tiefsten Eindruck, während Camphausen sowohl durch seine Rede bei der Adreßdebatte wie durch seine Haltung gelegentlich der Deklaration die Rheinländer stark enttäuschte. Man fürchtete sogar, er werde zur Regierung abschwenken; erst seine Rede in der Periodizitätsdebatte offenbarte wieder, daß er im Grunde doch auf liberaler Seite stand, wenn er auch in den Bemühungen, es zu keinem Konflikt kommen zu lassen, bis zum äußersten gegangen war. Um so stolzer war man am Rhein auf die Redner, die in der Prinzipienfrage für volle Klarheit eingetreten waren. Hansemann und Mevissen wurden mit Beifall überschüttet. Besonders bedeutsam aber waren Urteile des im Parlamentarismus bereits

[1]) Vgl. Band II S. 301.

[2]) Für die politische Teilnahme am Rhein vgl. Bd. II S. 276.

erfahrenen Auslandes. Die englische, belgische und französische Presse, die beim Erscheinen des Patents vom 3. Februar die Unzulänglichkeit der Konzessionen scharf betont hatte, beschäftigte sich jetzt lebhaft mit den Verhandlungen in Berlin. Sie bezeichnete wiederholt den Vereinigten Landtag als das wichtigste politische Zeitereignis in Europa und betonte, daß ein Volk mit langer parlamentarischer Erfahrung sich nicht reifer für das öffentliche Leben habe zeigen können, als jetzt das preußische. Verwundert erkannte man hier auf dem Grunde der Verhandlungen die klare Einheit des allgemeinen Ziels, des Staatswohls, bei Regierung und Volk. Das offiziöse Blatt der französischen Regierung, das Journal des Débats, das die Thronrede aufs schärfste kritisiert hatte, faßte etwas später die überraschenden Eindrücke zusammen, die man in Frankreich von den Verhandlungen empfing. Man hatte hier, wo man keine klareren Vorstellungen von dem Liberalismus am Rhein besaß, als sie noch 1843 in Ostpreußen verbreitet waren[1]) und wo ein Teil der Presse noch immer gerne von französischen Sympathieen am Rhein redete, besonders auf die Rheinländer und ihre Stellungnahme zu der nationalen und und zu der Verfassungsfrage geachtet. Man sah sich völlig aufgeklärt. Wenn Hansemann, wie man konstatieren mußte, die bürgerliche Freiheit verlangte, um die Einheit des Staatsgedankens zu fördern und die „deutsche und preußische Nationalität" der Rheinprovinz zu befestigen, so überraschte Mevissens Haltung in anderem Sinne. Man hatte in Paris die rheinischen Liberalen für verkappte Republikaner und für Vertreter der Idee der Volkssouveränetät und des allgemeinen Stimmrechts gehalten. Nun sah man sich eines andern belehrt: „Sie wollen den Fortschritt, die Garantieen eines konstitutionellen Staatslebens, aber sie sprechen sich zugleich mit einer sehr lehrreichen Energie für die monarchischen Institutionen, und mit bewunderswertem Klarblick für die heilsame Verbindung einer monarchischen Regierung mit einer demokratischen Gesellschaft aus. Herr Mevissen war das glückliche Organ dieser weisen Überzeugungen. Er verlangte die Freiheit, um die Monarchie zu befestigen".[2])

[1]) S. 303 (richtiger sah man dort 1846, vgl. Deutsche Rundschau 28 (1901), 128).

[2]) Journal des Débats 1847 April 30; vgl. Kölnische Zeitung 1847 Nr. 125 Beilage, Nr. 150. Sehr gute selbständige Berichte über den Landtag brachte die Indépendance belge, sie vertreten im allgemeinen den rheinischen Standpunkt des gemäßigten Fortschritts (vgl. Nr. 115, 119, 126). Vgl. dazu Bd. II, 276 Anm.

Inzwischen hatte der Landtag mehrere Einzelfragen auf Grund von Regierungsvorlagen behandelt, welche tief in die politischen Rechte der Bürger einschnitten und auch Mevissen zu wiederholtem Eingreifen in die Debatte veranlaßten. Nach dem Grundgesetz für die ständische Verfassung vom Jahre 1823 war Unbescholtenheit des Rufes Bedingung für die Wahl der Deputierten. Die Feststellung der Bescholtenheit aber hatte die Regierung sich seither meist selbst vorbehalten. Die Unzuträglichkeit dieses Verfahrens einerseits, andererseits aber doch der Wunsch der Regierung, ihr eigenes Urteil auch bei den ständischen Wahlen möglichst ausgiebig zur Geltung zu bringen, hatte sie veranlaßt, jetzt eine Vorlage auszuarbeiten, die wohl das natürliche Prinzip, daß der Landtag autonom in der Feststellung der Bescholtenheit seiner Glieder sei, anerkannte, aber doch bindende Regeln für diese Feststellung vorschrieb und u. a. die Bescholtenheit auch durch politische Vergehen oder durch Verstöße gegen den militärischen Ehrbegriff als vorhanden ansah. So war die Vorlage und die lebhafte Erörterung, die in den Tagen vom 30. April bis 12. Mai über sie stattfand, in hohem Grade geeignet, den Geist der Versammlung zu offenbaren. Mevissen, der nur eine für alle Stände gleiche Bürgerehre anerkennen und die Aberkennung des wichtigsten aller politischen Rechte nicht durch militärische Ehrengerichte, sondern nur durch rechtskräftiges und von den Standesgenossen bestätigtes Urteil eines Kriminalgerichts zulassen wollte, charakterisierte die Vorlage, mit deren Hilfe die Regierung willkürlich jeden, der ihr nicht paßte, aus dem Ständesaal fernhalten konnte, dahin, daß sich in ihr die ganze trostlose Reaktion der letzten dreißig Jahre widerspiegle.[1]) Diese Frage der persönlichen Ehre war ein Gegenstand, den er mit der vollen Wärme seines sittlichen Empfindens erfaßte. In der Debatte, welche in der Dreiständekurie zu einer Niederlage der Regierung in den entscheidenden Punkten führte, brachte er am 30. April nachdrücklich den Unterschied zwischen innerer und äußerer Ehre zur Geltung, und er kennzeichnete die zärtliche Besorgnis der Regierung für die moralischen Qualitäten der Volksvertreter mit beißender Ironie. Seine Darlegungen, die hier wiederholt scharfe Töne

[1]) Band II, 276 f.; seine Rede vom 30. April, ebd. S. 246. Sie fand im Lande und auswärts besondere Beachtung (Gegenwart II (1850), 172; Indépendance belge Nr. 143).

anschlugen, spiegeln in ihrem theoretischen Teil seine früheren Studien auf dem Gebiet der Ethik, insbesondere seine Beschäftigung mit Kant und Herbart, deutlich wieder.

Ähnliche Erörterungen wurden durch eine Regierungsvorlage über die Rechtsstellung der Juden veranlaßt. Die Juden waren in Preußen nach dem Grundgesetz für die Provinzialstände vom Jahre 1823 nicht wählbar; sie erhielten auch im übrigen die politische Gleichberechtigung, welche die rheinischen Landtage seit 1843 für sie erstrebt hatten, nicht. Der König hatte vielmehr im rheinischen Landtagsabschied von 1845 erklärt, seine Absicht gehe nicht dahin, die Juden in bezug auf politische Rechte den Christen völlig gleichzustellen, und er sei überzeugt, daß die Mehrzahl des Volkes so denke. Demgemäß enthielt die Vorlage, welche dem Vereinigten Landtag gemacht wurde, um eine einheitliche Stellung der Juden in der ganzen Monarchie anzubahnen, zahlreiche Beschränkungen, und sogar Rückschritte gegenüber dem seit 1812 in Preußen geltenden Rechte; sie drohte, wie Mevissen schrieb, diese Frage um mehrere Jahrhunderte zurückzuwerfen.[1])

Ihm war die Judenfrage schon seit den Tagen der Rheinischen Zeitung geläufig. Die vom Jungen Deutschland mit Vorliebe erörterte Judenemanzipation war damals durch Bruno Bauer und Karl Marx für einige Zeit in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt worden.[2]) Sie wurde hier noch vorwiegend vom religiösen und humanitären Gesichtspunkt betrachtet, und sie erschien auf dem Vereinigten Landtag um so mehr unter diesem Gesichtspunkt, weil sie mit einer Erörterung über das Wesen des „christlichen Staates" und die politische Berechtigung der Dissidenten verknüpft wurde, in der die reaktionäre, orthodoxiefreundliche Haltung der Regierung schroff zum Ausdruck kam. So sehr Mevissen von den sittlichen Aufgaben des Staates durchdrungen war, so entschlossen war er gegen jede Verquickung staatsbürgerlicher Rechte mit kirchlichem Glauben. Die

[1]) Bd. II, S. 245.

[2]) Vgl. Weils Konstitutionelle Jahrbücher 1843 II, 1ff.; III, 14ff.; Gegenwart I (1848) S. 353ff., 364ff.; Köln. Zeitg. 1847 Nr. 111, Beilage zu Nr. 120, 121, 128; Treitschke a. a. O. V, 629; Mehring, Schriften von Marx I, 347ff.; H. Oncken, Lassalle S. 5ff.; Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—71, II, 335ff.

Pflege innerlicher Religiosität als der Grundlage für das Pflichtbewußtsein des einzelnen erschien ihm undenkbar ohne die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, welche nur durch klare Trennung politischer und kirchlicher Organisationen erreicht werden kann. Die Vorlage der Regierung 'empörte ihn in tiefster Seele', er vermißte auch hier wieder die Anerkennung des rein Menschlichen und der darin beruhenden Rechte der Persönlichkeit, die den Angelpunkt seiner eigenen Überzeugungen bildete und woraus allein er den Anspruch des Volks auf Freiheit zu rechtfertigen vermochte.[1]) Zweimal, am 14. und 17. Juni, griff er in die langwierige Debatte ein, indem er von sittlichen wie von historischen und praktischen Gesichtspunkten die Notwendigkeit darlegte, den Juden die vollen Rechte der Staatsbürger zu übertragen und sie so mit dem Staat und seiner Kultur organisch zu verbinden. Seine zweite Rede war eine eindrucksvolle Improvisation, worin er mit der Wärme der Überzeugung für die Freiheit der Wissenschaft eintrat, die sich nicht zwingen lasse, nur diejenigen Offenbarungen des christlichen Geistes für wahr zu halten, welche dem „christlichen Staate" genehm seien, und in der er nachdrücklich die Beseitigung des konfessionellen Haders herbeiwünschte, der aus der wiederbeginnenden Zuspitzung dogmatischen Kirchentums sich notwendig entwickeln mußte. Es waren Gedanken und Bedenken, die ihn seit Jahren bewegten, wenn er unter vielseitigem Beifall die Versammlung im Weißen Saale apostrophierte: 'Ich würde den Augenblick für den traurigsten Augenblick meines Lebens halten, wenn ich erkennen müßte, daß jene höchste Errungenschaft der Geschichte, jene absolute Freiheit der Wissenschaft, die jahrhundertelang sich in dem deutschen Geiste so herrlich, so glänzend manifestiert hat, die der Ruhm und der Stolz unserer Nation gewesen ist, uns und der Welt verloren gehen könnte! Deshalb bitte, deshalb beschwöre ich Sie, lassen Sie uns alle konfessionellen Trennungen von uns fern halten, lassen Sie uns dem freien Geiste der deutschen Wissenschaft huldigen, lassen Sie uns anerkennen, daß unser Volk in seiner Bildung hoch genug gestiegen ist, um keiner konfessionellen Unduldsamkeit, keinem ungerechtfertigten Geisteszwange mehr Raum zu geben.'[2])

---

[1]) Vgl. Bd. II, S. 282.

[2]) Die glänzende Wirkung dieser Rede schildert der Observateur vom 21. Juni (Nr. 190).

Nicht nur in dem Widerstand gegen reaktionäre Regierungsvorlagen, sondern auch in der Aufstellung eigener Forderungen und Wünsche äußerte sich auf dem Landtag das Ringen des Bürgertums um politischen Fortschritt. Eine ungemeine Fülle von Anträgen und Petitionen, nahezu fünfhundert, Material für eine ganze Reihe von Sessionen, gab Zeugnis von der erwachten Initiative des Volks.[1]) Diese Anträge bewiesen, wie vollständig die Volkswünsche dem bureaukratischen Regiment entwachsen waren, und auf wie vielen Gebieten sie ein beschleunigtes Tempo für die Entwicklung des öffentlichen Lebens verlangten; sie eröffnen den lehrreichsten Einblick in die Tendenzen, welche im liberalen Bürgertum vor der den normalen Lauf der Entwicklung zerreißenden Märzkatastrophe des Jahres 1848 wirksam waren. Nur ein kleiner Teil dieser Anträge konnte in den für die erste Beratung derselben eingerichteten sechs Abteilungen, ein noch viel kleinerer im Plenum zur Verhandlung kommen. Auch Mevissen brachte mehrere Anträge ein, die zum Teil die wichtigsten allgemeinen Fragen der Zeit berührten.[2]) Ebenso hatte er eine Reihe von Einzelfragen aus dem Gebiete des Versicherungswesens, des Auswanderungswesens, des ihn stets so lebhaft beschäftigenden Schulwesens und der Kirchenpolitik zu Anträgen vorbereitet, er sah jedoch davon ab, sie zu formulieren, weil ihre Erörterung aus Zeitmangel nicht erwartet werden konnte, oder weil sie von anderer Seite gestellt wurden.[3]) Sie zeigen, eine wie umfassende Wirksamkeit des Staates ihm für die Zukunft vorschwebte. Auch die soziale Frage, insbesondere die Lage

[1]) Vgl. die Liste bei Bleich a. a. O. I, 585ff.

[2]) Seine Anträge betrafen 1. Preßfreiheit, 2. Sicherstellung der persönlichen Freiheit und der richterlichen Unabhängigkeit, 3. Aufhebung der Heimlichkeit der Bundestagsverhandlungen, 4. Wahl der Landtagsmarschälle durch die Stände, 5. Publizität aller ständischen Versammlungen und Bau eines Ständehauses in Berlin. Die drei ersten dieser Anträge sind in Band II S. 255ff. gedruckt, wo auch näheres über ihr Schicksal mitgeteilt ist (vgl. auch Biedermann a. a. O. S. 225ff.).

[3]) Ein Antrag bezweckte die Einrichtung einer Zentralstelle zur Leitung des Auswanderungswesens durch Verträge mit auswärtigen Staaten, durch Auskunftserteilung und durch Beaufsichtigung der Agenten in den Einschiffungshäfen (vgl. oben S. 339). Von Schulfragen hatte er sich für den Landtag folgende Anträge vorgemerkt: 1. Herstellung absoluter Lehrfreiheit, 2. Gründung höherer polytechnischen Schulen in sämtlichen Provinzen, 3. Gehaltsverbesserung der Elementarschullehrer, 4. Zuziehung ständischer Abgeordneten bei

es Fabrikarbeiterstandes, und dringende Aufgaben des nationalen Wirtschaftslebens, die er in seiner programmatischen Schrift vom Jahre 1845 erörtert hatte, wollte er, wie wir sahen (S. 436), auf em Landtage zur Verhandlung bringen. Im August 1846 hatte r neuerdings in den englischen Industriebezirken die trostlosen sozialen Verhältnisse beobachtet, die er nun schon seit Jahren kannte, und in Briefen an seine junge Gattin hatte er das Elend geschildert, vor em er die deutschen Arbeiter gerne behütet sehen wollte.[1]) Im iederrheinischen Industriebezirk war die Lage seither immer bedenkcher geworden. Zu der Not, die eine Folge der mehrjährigen Teuerung war und fast die Höhe des Hungerjahres 1817 erreichte, amen zahlreiche, durch den mangelnden Industrieschutz verursachte Bankerotte, welche die unzureichende Arbeitsgelegenheit noch weiter erminderten. Die Brotlosigkeit der Arbeiter hatte während des Winters 1846 durch diese geschäftliche Krisis sehr zugenommen. 'Ich fürchte, daß wir rascher einer gesellschaftlichen Revolution entgegengehen, als man glaubt. Die beiden Notjahre bringen tausende n den Bettelstab ohne Aussicht, je wieder in Wohlstand zu kommen.'[2])

---

er Kontrole des gesamten Schulwesens, 5. Abschaffung des Schulgeldes in en Elementarschulen und Übernahme einer desfallsigen Aversionalsumme auf as Kommunalbudget, 6. Errichtung von Fabrikschulen unter Subvention der ommunen. — Er hatte ferner Anträge auf allgemeine Einführung der Zivilje, auf Anerkennung der Deutsch-Katholiken und auf Dotation der rheinischen Bistümer, endlich auf Errichtung von Sparkassen sowie von Lebensversicheungs- und Rentenanstalten geplant.

[1]) 'Dieses Leeds ist der schmutzigste Ort von ganz England. Kaum dringt ier ein Sonnenstrahl durch die rauchgeschwärzten Fenster. Alle Not der odernen Industrie ist hier gehäuft. Großartige Fabriken, in denen tausende on Menschenkindern körperlich und geistig zugrunde gehen, wo das Mädchen hon vorzeitig die Blüte gebrochen sieht, die die Jungfrau schmücken sollte. rauriges, lichtloses Bild! Wie schön muß einst die Zukunft werden, wenn ie Enkel dieser lumpenumhüllten Arbeiter für das Elend der Gegenwart itschädigt werden sollen! England habe ich wiedergefunden, wie früher. Nicht die Kornbill, nur eine große, blutige Revolution kann den Fluch der ergangenheit von diesem Lande wälzen. Mir tun die Zustände weh, und ich hne mich weg von hier.' (Brief vom 26. August 1846 aus Leeds; vgl. auch Bd. II, 148).

[2]) Brief von Mevissens Schwager F. W. Koenigs an ihn, 1847 Januar 14. Vgl. auch Zeitschr. des bergischen Geschichtsvereins 35 (1901) S. 24 ff.; Die Zuände der arbeitenden Klasse (Düsseldorf 1847).

Am 7. Februar fand in Gladbach unter der Leitung F. Diergardts und des Regierungsrates Quentin eine Versammlung zur Linderung der Arbeiternot statt. Die Berichte der rheinischen Regierungsbehörden an das Ministerium waren seit Beginn des Jahres 1847 erfüllt von Bedenken nach dieser Richtung. Nur durch verstärkte Armenfürsorge der Kommunen und vermehrte Wohltätigkeit der Privaten wurde die Not einigermaßen gemildert. Ende April wurden in Elberfeld Arbeiterunruhen mit Mühe verhindert; von der Mosel wurde der dringende Wunsch geäußert, der Vereinigte Landtag solle die brennende soziale Frage aufgreifen.[1]) Brotunruhen entstanden und pflanzten sich durch ganz Norddeutschland fort; in Berlin selbst nahmen sie gleichzeitig mit dem Landtag ihren Anfang und dauerten mehrere Tage an. Die Erörterung der sozialen Frage, die anzuregen Mevissen durch zahlreiche Adressen aus seinem Wahlbezirk noch besonders ersucht worden war, wurde durch diese tumultuarischen Vorgänge von selbst herbeigeführt.

Die Notstandsdebatte am 27. April, am 17. und 19. Mai, in der auch Mevissen ernstlich für Staatshilfe eintrat,[2]) führte aber wieder nur zu rein äußerlichen Hilfsmitteln, zu Hilfskassen und der momentanen Schaffung vermehrter Gelegenheit zu Notstandsarbeiten. Die Unfähigkeit der Bureaukratie, den Ernst der Lage rechtzeitig zu erkennen und die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, nicht minder aber auch die Uneinigkeit und Unreife des Bürgertums in dieser Frage traten hier, wie 1845 bei den Verhandlungen über die Vereine zum Wohl der arbeitenden Klassen, grell zutage. Der Teil der Presse, welcher die Interessen der Arbeiterklasse vertrat, verlangte zwar jetzt ausdrücklich, daß der Landtag die Hebung der sozialen Not als die dringendste Frage der Zeit ohne Rücksicht auf die Verfassungsfragen zunächst in Angriff nähme.[3]) Aber dazu lag nicht nur keine äußere, verfassungsmäßige Möglichkeit vor, diesem Verlangen hätten vielmehr selbst die sozial empfindenden Vertreter des Bürgertums aus taktischen Gründen nicht nachgeben können. Denn an der Klippe mangelnden sozialen Verständnisses und Empfindens beim Bürgertum im allgemeinen scheiterte sogar der von der Regierung, aller-

[1]) Triersche Zeitung 1847 Mai 20 (Nr. 140).
[2]) Vgl. Bleich a. a. O. II, 107; III, 1071; Biedermann a. a. O. S. 130 ff.
[3]) Triersche Zeitung 1847 Nr. 192; vgl. auch Nr. 188.

dings wenig geschickt und nachdrücklich[1]), eingeleitete Versuch, die am Rhein schon so lange bekämpfte Schlacht- und Mahlsteuer durch eine direkte Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung zu ersetzen, wie sie soeben (seit 1841) in England durch Robert Peel eingeführt, in Preußen übrigens schon einmal im Jahre 1806, in den Tagen des Freiherrn vom Stein, erörtert worden war. Die rheinischen Liberalen, von denen Hansemann bereits auf dem rheinischen Landtag des Jahres 1845 den Ersatz der die ärmeren Klassen übermäßig belastenden Konsumtionssteuer durch die Einkommensteuer empfohlen hatte, standen zwar in dieser Frage fast einstimmig auf der Seite der Regierung.[2]) Camphausen trat mit seiner eindrucksvollsten Rede für ihre Vorlage in die Schranken,[3]) und Mevissen wurde am 11. Juni nur durch den vorzeitigen Schluß der Debatte verhindert, in demselben Sinne wie er nicht nur die soziale, sondern auch die politische und erzieherische Bedeutung der Einkommensteuer darzulegen.[4]) Der Widerspruch der adligen Grundbesitzer und eines Teils der Liberalen aus den östlichen Provinzen verhinderte aber auch hier den Fortschritt im Sinne eines sozialen Ausgleichs. Es blieb dabei, daß zuerst und vor allem die politischen Grundrechte des Volkes erkämpft werden mußten.[5])

Dieser politische Gesichtspunkt, der in der Tat der dringendste war, verhinderte auch eine Erörterung der schwebenden wirtschaftspolitischen Fragen im Plenum des Landtags. Unmittelbar nach der Festsetzung einer geringfügigen Zollerhöhung durch die Berliner Zollkonferenz im Juni 1846 (S. 393) hatte sich die Lage der niederrheinischen Industrie dadurch wieder verschlechtert, daß ein zwischen

---

[1]) Vgl. den Brief Gustavs v. Below vom 17. März 1847 (Tübinger Universitätsprogramm 1903 S. 40).

[2]) Vgl. oben S. 438. Einige, unter ihnen Beckerath, waren aber gegen die vexatorische Einschätzungsform und lehnten von diesem Gesichtspunkt die Vorlage ab. Vgl. Bleich a. a. O. III, 1587, 1624ff.; Biedermann a. a. O. S. 336ff.; Aachener Zeitung 1847 Nr. 116, 172, 173; Triersche Zeitung Nr. 176ff.

[3]) Caspary a. a. O. S. 129.

[4]) Seine Rede hatte er ausgearbeitet, sie ist in Bd. II, 304ff. abgedruckt. — Auch in der Frage der Dienstbücher des Gesindes trat Mevissen am 25. Mai für die Entlastung der niederen Klassen nachdrücklich ein (Bleich a. a. O. III, 975).

[5]) Vgl. oben S. 354, 358f.; Kölnische Zeitung 1847 Nr. 99.

Belgien und Holland am 29. Juli 1846 geschlossener Handelsvertrag die Ausfuhr des Zollvereins durch Begünstigung der belgischen Industrie neuerdings benachteiligte.[1]) In häufigen Konferenzen im Herbst und Winter 1846 waren daher mehrere niederrheinische Deputierte beschäftigt, die Durchführung eines konsequenten Schutzzollsystems für die Industrie, und zwar besonders auch mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit,[2]) als ein Hauptthema für den Provinziallandtag des Jahres 1847 vorzubereiten. Als Führer einer Deputation von niederrheinischen Industriellen reiste F. Diergardt im Januar 1847 nach Berlin, und der König stellte in einer Audienz am 30. Januar in Aussicht, seine Regierung werde wenigstens die Wünsche bezüglich der Rückzölle auf Twist erfüllen, wenn die übrigen Zollvereinsstaaten zustimmten. Als dann plötzlich der Vereinigte Landtag an Stelle der Provinziallandtage berufen wurde, hoffte man, dieser Anfang gemeinsamen öffentlichen Lebens werde die Abgeordneten mit der Überzeugung erfüllen, daß „die nationale Selbständigkeit von nationaler Macht, nationale Macht aber von allseitiger Entfaltung der geistigen und materiellen Kräfte der Nation abhängig sei," daß die letzteren aber nur durch den Schutz des heimischen Gewerbfleißes entwickelt werden könnten.[3]) Mevissen rechnete damit, daß sein politisches Debut gerade auch diese Frage zum Gegenstand haben werde, und sein industrieller Wahlkreis setzte die größten Hoffnungen darauf. Noch im Laufe des März fanden wiederholte Konferenzen in Gladbach und Düsseldorf statt, und eine

[1]) Beckerath verfaßte ein (als Manuskript gedrucktes) 'Gesuch aus den Städten Düsseldorf, Elberfeld, Barmen usw. betr. den Holländisch-belgischen Handelsvertrag vom 29. Juli 1846 in seinen Wirkungen auf den Zollverein, dem Finanzminister v. Düesberg eingereicht.' Vgl. Unsere Gegenwart und Zukunft (hersg. von Biedermann) III (1846), 235ff.; Zimmermann, Handelspolitik S. 280.

[2]) Elberfelder Zeitung 1847 Nr. 43.

[3]) Vgl. Aachener Zeitung 1847 Januar—April, besonders Nr. 21, 39, 52, 65, 73, 90, 118 Beilage. Der Fabrikant S. Boeddinghaus in Elberfeld verfaßte damals eine lehrreiche Broschüre 'Das jetzige Zollsystem des Deutschen Zollvereins, mit besonderer Rücksicht auf die neuen Garnzollerhöhungen, von einem rheinpreußischen Fabrikanten' (Berlin, 1847). Vgl. auch W. Doenniges, Das System des freien Handels und der Schutzzölle mit vorzüglicher Rücksicht auf den deutschen Zollverein, Berlin, 1847; J. C. Glaser, Schutzzölle und Konsumentenbesteuerung, Berlin, 1847.

systematische Agitation in der rheinischen Presse wurde eingerichtet.[1]) Aber die Dinge nahmen einen andern Verlauf.

Veranlassung zu ihrer ernsten Erörterung lag um so mehr vor, als in Berlin am 7. April, also gleichzeitig mit dem Zusammentreten des Landtags, der Freihandelsverein durch den radikalen Freihandelstheoretiker J. Prince-Smith begründet wurde. Zunächst schienen die Dinge sich auf dem Landtag günstig anzulassen. Zahlreiche Petitionen hatten in beiden Kurien des Vereinigten Landtags die Fragen der Industrieschutzzölle, der Rückzölle und der Differentialzölle angeregt.[2]) Bei der Herrenkurie wurde am 29. April durch den Fürsten Lichnowsky ein Antrag auf baldige Reform des Zolltarifs unter Zuziehung von Sachverständigen eingebracht. Die Erörterung erfolgte in der Herrenkurie am 17. Mai, und es zeigte sich, daß die hier vereinigten Mitglieder des königlichen Hauses und des hohen Adels für die Ideen des nationalen Wirtschaftssystems mit Schutzzöllen und Handelsverträgen wohl empfänglich waren. Die Hoffnungen der rheinischen Industrie wurden durch diese unerwartete Haltung der Herrenkurie neu belebt.[3]) Aber in der Dreiständekurie lagen die Verhältnisse

---

[1]) Mevissen plante Anträge auf Erhöhung der Schutzzölle, auf ein Differentialzollgesetz, auf Ermäßigung der Rheinzölle, auf Kündigung des am 2. März 1841 mit England geschlossenen Vertrags (S. 240) und auf Bewilligung von Prämien in einzelnen besonders geeigneten Fällen.

[2]) Bleich a. a. O. I, 609 ff., 681 ff. — Eine Regierungsvorlage über die Schutz- und Differentialzollfrage war eine Zeitlang auch erwartet worden (Köln. Zeitung Nr. 74).

[3]) Vgl. ein Schreiben des Viersener Fabrikanten J. Lingenbrink an Mevissen (1847 Mai 24): Sehr gespannt sei man auf das Schicksal von Lichnowskys Antrag. Das Gerücht gehe, die preußische Regierung habe die süddeutschen Anträge auf schleunige Einberufung einer Zollkonferenz mit der Begründung abgelehnt, es sei kein Stoff für neue Verhandlungen vorhanden. Die Freihandelsfahne wehe also noch hoch. Zu Hause aber würden immer mehr Arbeiter brotlos. 121000 Zentner Twist mehr als 1845 seien 1846 aus England eingeführt worden, im Wert von 1600000 Taler; könnten diese nicht den darbenden deutschen Spinnern zugewendet werden? 'Statt dessen hat man Almosen geboten. Diese verlangen wir noch nicht, wohl aber verlangen wir geeigneten Schutz vor der Übermacht fremder Konkurrenz, Schutz der vereinsländischen Arbeit, und in dieser Weise Brot für unsere darauf angewiesene Arbeiterbevölkerung... Wir erwarten, daß unsere gesinnungstüchtigen rheinischen Deputierten bei Besprechung dieser Angelegenheit ihre Stimme mit

anders. Die zahlreichen diesen Gegenstand behandelnden Anträge[1]) waren hier der sechsten Abteilung überwiesen worden; Beckerath wurde zum Referenten bestellt, er und Mevissen hatten die Aufgabe der Vorbereitung für das Plenum. Wiederholt wurde in der Abteilung beraten, am eingehendsten am 28. Mai in Gegenwart des Finanzministers v. Düesberg; wiederholt erörterte Mevissen die Fragen auch mit v. Roenne, dem Präsidenten des Handelsamts, der eine Stärkung seiner schwierigen Position von diesen Verhandlungen erwartete. Aber man sah schließlich davon ab, Beschlüsse herbeizuführen und mit ihnen vor das Plenum zu treten. Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Rheinland und den östlichen Provinzen, der sich seit den Tagen der Kontinentalsperre immer weiter vertieft hatte, ließ keine Einigung zu. Nur in Schlesien hatte der Industrieschutz einige Anhänger, im übrigen hatte der Freihandel keine überzeugteren Vertreter, als die ostelbischen Landwirte und die Deputierten aus den preußischen Hafenplätzen, welche billige Einfuhr industrieller Fabrikate im Austausch gegen die agrarischen Landesprodukte verlangten. Erst dreißig Jahre später, als der Ackerbau der östlichen Provinzen, der 1847 als keiner Hilfe bedürftig geschildert wurde, sich durch fremde Einfuhr bedrängt sah, erwachte einiges Verständnis für die lebendige Interessengemeinschaft, welche alle Zweige der nationalen Erwerbstätigkeit umschließt. Mevissen hatte schon in seiner Denkschrift von 1845 die Kurzsichtigkeit dieses Standpunktes behandelt,[2]) und er bemühte sich jetzt vergebens, die Pommern und Preußen umzustimmen, die von ihrer Ansicht nicht lassen wollten, daß sie bei der Erhöhung der industriellen Schutzzölle lediglich steuern würden, ohne den geringsten Vorteil zu haben. Anderseits überwog auch bei den Schutzzöllnern jene kleinliche, nur dem momentanen Gewinn zugewendete Auffassung, die Mevissen stets ebenso nachdrücklich bekämpft hatte und in diesen Tagen wieder scharf als die Auffassung kleiner Geister geißelte, die die Zukunft an irgendeine Maschine gebunden erachteten.[3])

Nachdruck erheben, mit Entschiedenheit schleunige Remedur fordern und ohne Schonung das dunkle Gemälde unserer sozialen Zustände aufrollen werden.'

[1]) Von den Abgeordneten Abegg, Braun, Delius, Diergardt, v. Eynern, Heiden und v. der Heydt.

[2]) Vgl. oben S. 402; Bd. II S. 153, 165.

[3]) Vgl. oben S. 404 und Bd. II S. 281, 294, 307, 315.

Für eine organische Verbindung der Schutzzollpolitik mit einer wirksamen sozialen Gesetzgebung, wie sie Mevissen vorschwebte, fehlte vollends jedes Verständnis.[1]) Ein Ausgleich zwischen den Interessen von Handel und Industrie, wie er ihn 1845 in Köln mit leidlichem Erfolg bewirkt hatte, überhaupt eine Vermittlung der persönlichen und sachlichen Gegensätze, wie sie den rheinischen Führern wiederholt gelungen war, erwies sich nun zwischen Ost und West der Monarchie als unmöglich; übrigens war kein Zweifel, daß in der Dreiständekurie eine große Majorität für das Freihandelsprinzip vorhanden war. So blieb nichts übrig, als auch die wirtschaftspolitische Frage zu vertagen, um nicht die soeben erst in das Bewußtsein getretene Einigkeit der liberalen Partei, die für die allgemeine politische Frage unentbehrlich war, zu gefährden und eine Spaltung der Liberalen in eine freihändlerische und eine schutzzöllnerische Gruppe schon jetzt herbeizuführen. Schon bei diesem ersten gemeinsamen parlamentarischen Auftreten trat unverkennbar zutage, wie verschieden gerichtete Elemente die liberale Partei umfaßte; aber sie war verständig genug, die Politik als die Kunst des Erreichbaren zu begreifen und sich dieses nicht selbst durch Betonen der Gegensätze aus den Händen zu winden. Beckerath und Mevissen hielten daran fest, daß man jetzt vor allem die Verbrüderung der Provinzen zu einem großen, von einheitlicher Vaterlandsliebe getragenen Ganzen durchzuführen habe, und sie erreichten es durch Hinzögern, daß die Erörterung der wirtschaftlichen Gegensätze auf eine spätere Gelegenheit verschoben werden mußte.[2]) Auch hier erwarben sich die rheinischen Liberalen, und zwar im Gegensatz zu den Führern der westfälischen Opposition v. Vincke und v. Bockum-

---

[1]) K. H. Brüggemann suchte diesen Gedanken damals in der Kölnischen Zeitung 1847 Nr. 151 im Anschluß an Lichnowskys Antrag als ganz undurchführbar zu erweisen. Vgl. auch die gleichzeitigen Darlegungen von K. Marx und F. Engels (Gesammelte Schriften, hrsg. von F. Mehring II, 429).

[2]) Camphausen wünschte allerdings, in dem Bewußtsein, daß sein freihändlerischer Standpunkt die Majorität besaß, trotz aller taktischen Bedenken die Verhandlung im Plenum (vgl. Bd. II, 307 und Bleich a. a. O. III, 1568). Nach Ablauf des Landtags berichtete er am 17. Juli im Kölner Gemeinderat darüber, Beckerath am 20. Juli vom entgegengesetzten Standpunkt in Elberfeld (vgl. Kölnische Zeitung 1847 Nr. 151, 153, 155, 159, 199, 206; Aachener Zeitung 1847 Nr. 209).



Volks[1] wie im Widerspruch mit den Vertretern des Ultramontanismus in der rheinischen Heimat,[2] das große Verdienst, mit Einsicht und Zähigkeit dem Ziele der durch eine Verfassung befestigten Einheit des ganzen Staates zuzustreben, damit sich der Rheinländer neben dem Ostpreußen und der Pommer neben dem Schlesier vor allem doch als Preußen fühlen lerne.

Einigermaßen platzten die Gegensätze übrigens doch bei einer anderen Verhandlung des Landtags aufeinander, in der Mevissen die Führung zufiel. Das Fehlen eines besonderen Handelsministeriums in Preußen, das schon seit längerer Zeit drückend empfunden wurde (S. 340), bewirkte, daß die Interessen von Handel und Gewerbe nur durch das in erster Linie fiskalischen Interessen dienende Finanzministerium wahrgenommen, also bei der notwendigerweise häufigen Kollision dieser Interessen nicht ausreichend geschützt wurden. Das 1844 gegründete Handelsamt war nur beratende Behörde und als solche bei dem inneren Gegensatz ihres Leiters zu der im Finanzministerium herrschenden Richtung wenig wirksam. Auf dem rheinischen Landtag von 1845 war es lebhaft kritisiert worden, daß Handel und Gewerbe als Nebenattributionen zu einem Ministerium zählten, welches durch andere Aufgaben schon voll belastet war, und im Jahre 1846 hatte der Finanzminister Flottwell selbst die Bildung eines besonderen Handelsministeriums als notwendig erklärt.[3] Nun wurde die Frage auf dem Landtag durch eine Reihe von Anträgen aufgeworfen. Mevissen wurde mit dem Referat betraut,[4] und er entledigte sich

[1] Vgl. die Verhandlungen vom 29. April (Bleich a. a. O. II, 144; Biedermann a. a. O. S. 139, 201).

[2] Am Rhein bezeichnete die ultramontane Partei überhaupt die „Tendenzen der rheinischen Koryphäen Beckerath, Hansemann, Camphausen und Mevissen als falsch, verderblich und destruktiv. Es ist dies das modern-konstitutionelle Trachten nach dem falschen Prinzip der äußeren Staatseinheit, jenes Zentralisations- und Nivellierungssystem, welches durch Vernichtung aller provinziellen Selbständigkeit und Eigentümlichkeit ein einiges großes Vaterland aufzubauen vermeint" (Rhein- und Moselzeitung 1847 Juni 6, Nr. 128).

[3] Treitschke a. a. O. V, 456, 504.

[4] Die sechste Abteilung hatte Mevissen das Referat noch über eine ganze Reihe von Anträgen übertragen (Nr. 110, 165, 202, 215, 220, 236, 372, 389, 391 der Liste bei Bleich). Es befanden sich darunter wichtige Anträge betr. die Handelskammern, das Handelsgesetzbuch, die Wechselordnung, die Gewerbekammern, die Aufhebung des Sundzolls. Nur über Nr. 202, 215 und 220 (Handels-

eses Auftrages in der Abteilungssitzung vom 17. Mai und in der itzung der Dreiständekurie vom 26. Mai; am 9. Juni wurde sein eferat als Petition an den König gerichtet. Eine in der Debatte tstandene Meinungsverschiedenheit über die Frage, wie das Handels= inisterium sich zu den Fragen von Freihandel und nationalem Wirt= iaftssystem stellen sollte, wurde aus dem erwähnten Grunde nicht eiter urgiert; der Gegensatz innerhalb der Partei trat aber deutlich nug zutage. Mevissen hatte Industrie, Ackerbau und Handel gemein= m ins Auge gefaßt, dem neuen Ministerium die ausgleichende Sorge r alle drei Faktoren der Nationalwohlfahrt zugemessen und die nwandlung des bestehenden Handelsamts in ein Ministerium für ckerbau, Handel und Industrie beantragt. Seine Darlegungen ırden im ganzen Hause mit lebhafter Anerkennung als ausge= ichnet, erschöpfend und überzeugend begrüßt, und auch aus der eimat gingen ihm Glückwünsche für diese „klassische Leistung" zu.[1] r schloß seine Ausführungen im Plenum mit dem nachdrücklichen inweis, daß auch in Preußen nur ein Premierminister, wie er seit n Tagen des Staatskanzlers Hardenberg von der absoluten Krone cht mehr als erforderlich betrachtet worden war, die unentbehrliche arantie für die Einheitlichkeit der Politik des Gesamtministeriums bieten vermöge.[2])

Auf diese Ausführungen Mevissens über die Notwendigkeit ıer nicht nur im Monarchen, sondern auch im Ministerpräsidenten rkörperten Politik des Gesamtministeriums eines konstitutionellen taates[3]) — die erstmalige Erörterung dieser Frage in einem preu= ßchen Parlament — griff Bismarck viele Jahre später in schicksals=

---

richte, Handelskammern, Wechselordnung) wurde in der Abteilung am 17. d 28. Mai verhandelt. Mevissen arbeitete das Referat aus, das jedoch ht mehr zur Erörterung im Plenum gelangte (die Akten beruhen im Archiv s Vereinigten Landtags, das jetzt im Abgeordnetenhaus in Berlin aufbe= ıhrt wird).

[1]) Das Referat ist in Bd. II S. 283ff. gedruckt.

[2]) Vgl. dazu Hansemann, Preußen und Frankreich (1833) S. 303; K. Heinzen, .e preußische Bureaukratie (1845) S. 56; Das Gerücht von einer Beförderung ›delschwinghs zum 'Reichskanzler' war im April verbreitet (Köln. Zeitung c. 109).

[3]) Sie fanden am Rhein vielen Beifall (vgl. z. B. Aachener Zeitung 47 Nr. 170).



schwerer Stunde, in seinem Abschiedsgesuche vom 18. März 1890, zurück.[1]) Auch er war, wie sein Altersgenosse Mevissen, Mitglied des Vereinigten Landtages. Aber er zählte hier zu der konservativen Junkergruppe, der schon die ständischen Projekte des Königs zu weit gingen und die Fortdauer des privilegierten Verhältnisses des Adels zur Krone, nicht die Begründung eines konstitutionellen Staatswesens am Herzen lag.[2]) Er wußte sich während der Dauer des Landtags, wo er durch die Eigenart seiner politischen Urteile die Aufmerksamkeit in hohem Grade erregte, kaum genug zu tun in der Verhöhnung der liberalen Bestrebungen,[3]) und er hat sich auch in seinem Alter noch nicht freigemacht von einer schiefen Auffassung jener Epoche. In seinen 'Gedanken und Erinnerungen'. sprach er von dem „rheinisch-französischen Liberalismus von v. der Heydt und Mevissen" und fügte hinzu, der Eindruck ihrer Reden wie der Reden von Auerswald, Saucken und Beckerath habe ihn selbst zu völliger Abwendung von früheren liberalen Anwandlungen geführt.[4]) In diesem Urteil Bismarcks über den angeblich französischen Charakter des vormärzlichen rheinischen Liberalismus tritt wiederum zutage, wie mangelhaft damals noch das Verständnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Monarchie war. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen (S. 254, 270, 372), wie stark der rheinische Liberalismus von den französischen Verfassungsprinzipien, insbesondere von deren grundlegendem Gedanken der Volkssouveränetät abwich. Man verlangte lediglich nach der ein volles Menschenalter verweigerten Einlösung der Verfassungsverheißungen der Krone, und man war ganz zufrieden mit einer von der Krone oktroyierten Verfassung, wenn es nur eine wirkliche, garantierte Verfassung war. Selbst Hansemann, der in seinen konstitutionellen Wünschen am weitesten ging und eine besondere Stellung unter den rheinischen Liberalen durch seine Vorliebe für die belgische Verfassung einnahm, sprach auf dem

[1]) Bismarck-Jahrbuch VI (1899), 385.

[2]) Für das lärmende Verhalten dieser Gruppe vgl. Mevissens Ausführungen in Bd. II, 293 (vgl. 278); vgl. im übrigen Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs I (1891), 115ff.; Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben I (1897), 3.

[3]) Mit burschikoser Derbheit äußerte er sich besonders in einem Briefe vom 26. Mai 1847 (Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin (1900) S. 93).

[4]) Gedanken und Erinnerungen I (1898), 17. Mit Mevissens Auffassung war er am stärksten in der Judendebatte zusammengestoßen.

ndtag doch nur von einem zukünftigen Vertrag der Stände mit
r Krone, vertrat also das Prinzip der Vereinbarung.[1]) Und wie
hr wich doch auch er durch seine Auffassung von den sozialen Auf-
iben des Staates und durch seine Steuerpolitik von dem französischen
ystem ab.[2]) Bismarck hatte selbst in den Rheinlanden zu einer
eit gelebt, als eine politische Bewegung sich dort noch kaum ent-
ickelt hatte.[3]) Wenn aber selbst er den rheinischen Liberalismus
imals rundweg als französisch bezeichnete, so beweist das, daß für
ne auf dem Prinzip privilegierter Geburtsstände beruhende Staats-
iffassung schon der am Rhein vorwaltende Gedanke des einheitlichen
taatsbürgertums unter Wegfall aller Privilegierung und das Ver-
ngen nach formalen Rechtsgarantieen, die den konstitutionellen Staat
m absoluten unterscheiden, genügten, um die ganze Richtung als
ranzösisch" zu kennzeichnen und abzulehnen. Erklärlicher wird diese
uffassung dadurch, daß während des Landtages die französischen und
lgischen Zeitungen den Reden der rheinischen Liberalen besonderen
eifall spendeten, was Mevissen selbst übrigens keineswegs will-
mmen war; denn er war sich klar bewußt, durchaus nicht eine
anzösische Verfassung zu erstreben, sondern 'daß kaum jemand im
aale den ernstern Willen als er hatte, eine selbständig deutsche
ntwicklung der Zustände zu befördern.'[4])

Auch noch von einer andern Seite erfuhr Mevissen unbegründeten
Widerspruch. In der Debatte über das Bescholtenheitsgesetz hatte
von der inneren Ehre gesprochen, die als Bewußtsein der Treue
gen sich selbst jedem äußeren Angriff unantastbar sei. 'Sie kann,
führte er aus,[5]) auch dann noch fest bestehen, wenn alle andern sie
cht anerkennen; sie hat in der Geschichte fortbestanden bei historischen
ersonen, die mit der ganzen Anschauungsweise, mit dem Rechtsbe-
ußtsein und der Sitte ihrer Zeit in Konflikt geraten waren; sie

---

[1]) Bleich a. a. O. II, 58.

[2]) Bergengrün a. a. O. S. 339.

[3]) In den Jahren 1836/37 als Referendar bei der Regierung zu Aachen,
ren Präsident damals Graf Arnim, der spätere Minister, war (Bismarck-
ahrbuch III, 9ff.).

[4]) Vgl. seinen Brief vom 3. Juni in Band II, S. 303. — Die irrige Auf-
ssung vom rheinischen Liberalismus vertritt auch Treitschke a. a. O. V, 618.

[5]) Bd. II, S. 248.

hat bei Sokrates, Christus, Huß fortbestanden inmitten solcher Konflikte, und kein Gericht der Welt hat sie erschüttern können'. Nichts lag ihm bei dieser Äußerung ferner, als eine Herabsetzung des Stifters der christlichen Religion, den er so oft als die ideale Persönlichkeit gefeiert hatte und dessen Lehre er als die Religion des Geistes und der Liebe, der absoluten Innerlichkeit und der ewigen Vervollkommnung bewunderte.[1]) Die Parallele zwischen Sokrates und Christus lag vielmehr ganz im Geiste der Hegelschen Philosophie;[2]) für den böhmischen Reformator und Märtyrer aber war das allgemeine Interesse seit 1842 geweckt worden durch die beiden aufsehenerregenden großen Gemälde des Düsseldorfers K. F. Lessing, welche Huß vor dem Konzil von Konstanz und auf dem Scheiterhaufen darstellten.[3]) Den Vertretern positiv-dogmatischen Kirchentums und historischer Vorurteile fehlte aber für diese Äußerung einer von der ihrigen abweichenden Weltanschauung jedes Verständnis. Auf dem Landtage selbst erfuhr Mevissens Wendung zwar nur eine kurze Kritik von seiten eines Mannes, der sich im übrigen als entschlossenen Gegner der Glaubensfreiheit offenbarte.[4]) In der rheinischen Heimat aber geriet die Orthodoxie beider Lager in Harnisch gegen einen Satz, der Christus seine Stelle zwischen Sokrates und Huß anweise. Im ultramontanen Lager äußerte man sogar, in solchen Äußerungen des „junghegelschen Deputierten" und in dem dogmatischen Indifferentismus bei der Judendebatte offenbare sich eine „für die deutsche Geschichte furchtbare Abneigung des ersten Vereinigten Landtages gegen das Christentum".[5]) Die gleiche Verständnislosigkeit, welche Junker und

[1]) Vgl. oben S. 77ff., 135; Bd. II, S. 54ff., 75.

[2]) R. Haym, Hegel und seine Zeit S. 46.

[3]) Rheinische Zeitung 1842 Nr. 304. — Wie lebhaft das Interesse für diese Bilder war, ergibt sich daraus, daß H. v. Sybel 1845 Prospekte zu den weitverbreiteten lithographischen Nachbildungen derselben schrieb (vgl. Varrentrapp, Vorträge u. Abhandlungen von H. v. Sybel S. 159).

[4]) Der Abgeordnete Graf Merveldt (Bleich a. a. O. II, 245; vgl. Biedermann a. a. O. S. 197).

[5]) Rhein- und Moselzeitung 1847 Nr. 135, 149, 151, 155. Auch die protestantisch orthodoxe Elberfelder Zeitung brachte am 8. Mai einen Protest. Aus seiner Heimat erfuhr Mevissen, daß in Gladbach auf den Kanzeln wider seine Äußerung gepredigt worden sei. Aus Schwerte erhielt er dagegen am 5. Juli ein besonderes Anerkennungsschreiben dafür. Am 1. November 1847

ureaukraten auf politischem Gebiete an den Tag legten, eignete
n Vertretern des kirchlichen Geistes der Vergangenheit für ein ge=
uterteS, innerliches Christentum, wie es Mevissen auffaßte und
n dem er früher einmal im Sinne von Lamennais geäußert hatte,
ß es den Stempel der Ewigkeit an der Stirne trage.[1])

Inzwischen hatte nun aber jene Spannung zwischen der Re=
erung und dem Landtag, welche durch die Deklaration der 138
m praktisch unwirksamen Ausdruck gekommen war, in mehreren
:agen des Budgetrechts doch zum tatsächlichen Konflikt geführt.
ne Vorlage der Regierung, welche die seit einem Menschenalter
terbrochene preußische Agrargesetzgebung fortzuführen bestimmt war,
achte die Errichtung von Landrentenbanken in Anregung, mit deren
ilfe die Ablösung der Reallasten von den bäuerlichen Grundstücken
rchgeführt werden sollte. Es handelte sich bei dieser Grundent=
stung um die notwendige Vorstufe einer modernen Verfassung; die
efreiung des Grundbesitzes aus ständischer Gebundenheit konnte auf
esem Wege allmählich durchgeführt und auch der Bauer der östlichen
rovinzen zum Staatsbürger herangebildet werden. Die Vorlage
: sich hatte demnach den vollen Beifall der liberalen Partei. Auch
levissen erkannte ihre prinzipielle Bedeutung, und zwar nicht nur aus
litischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen durchaus an.[2])

---

röffentlichte ein auch sonst literarisch hervorgetretener katholischer Pfarrer
J. Süß einen 'Offenen Brief an Herrn Landtagsabgeordneten Mevissen
treffs dessen Zusammenstellung Sokrates, Christus und Huß' (Köln, F. Greven,
48), worin er ihn tadelte, daß er seine „sehr schöne Rede über die Bescholten=
it mit dieser das Christentum herabwürdigenden Vergleichung befleckt habe",
d hinzufügte, mehrere Deputierte hätten in Berlin Reden gehalten, die
sser für Stambul als für die Residenz des gläubigen Königs von Preußen
ßten. „Mancher Deputierte hat sich dadurch bei dem Volke sehr geschadet
d sich einen Klecks angebrannt, welcher sich nicht leicht verwischen läßt. Es
eine gute Einrichtung, daß die Namen der Deputierten bei den Reden
hen, damit das Volk auch kennen lerne, was es an seinem Vertreter hat".
üß schloß übrigens seine seltsame Epistel dann doch mit den Worten: „Ge=
hmigen Sie, hochgefeierter Mann bei dem Vereinigten Landtage, Herr
evissen, die Versicherung meiner besonderen Achtung und Wertschätzung".

[1]) Vgl. Bd. II, S. 75.

[2]) Vgl. seine Ausführungen vom 14. und 15. Mai bei Bleich a. a. O.
. 622, 657; dazu Bd. II, 280; Kopstadt a. a. S. 35. — Für die Rentenbanken
ı allgemeinen vgl. Poschinger a. a. O. II, 268.

Die Entwicklung eines allgemeinen Realkreditsystems, um auch in Preußen die auf Grund und Boden lastenden Kapitalschulden flüssiger zu machen, durch leichten Kauf und Verkauf das müßige Kapital in Zirkulation zu bringen und so den Unternehmungsgeist und die Kapitalbildung zu fördern, dachte er sich in der Weise, daß den bestehenden Pfandschaftsinstituten für Rittergüter Rentenbanken für den bäuerlichen Besitz und Hypothekenbanken in den Städten (S. 428) an die Seite treten sollten. Die jetzt von der Regierung vorgeschlagenen Rentenbanken waren aber nur mit Hilfe ständischer Garantie durchzuführen, und in dieser Lage erklärte die Opposition, jede solche Garantieleistung verweigern zu müssen, bevor die älteren Rechte des Landtags von der Regierung anerkannt wären. Um ihr beanspruchtes Rechtsgebiet zu wahren, stellte sich jetzt eine große Majorität doch auf den Standpunkt der 138 Deklaranten, und brachte so die Vorlage zu Fall. Auch Mevissen trat ausdrücklich auf die Seite von Beckerath, Vincke und Schwerin, die dieser Frage die prinzipielle Wendung gaben; er unterließ außerdem nicht, die mangelhafte Vorbereitung der Regierungsvorlage zu kritisieren und nachdrücklich zu betonen, wie sehr überhaupt der Staatskredit durch den Übergang zum Verfassungsstaat gewinnen werde.

Der Konflikt nahm einen noch akutern Charakter an bei der Erörterung der Frage der Ostbahn von Berlin nach Königsberg. Die Regierung hatte für den Bau dieser aus wirtschaftlichen und strategischen Rücksichten unentbehrlichen Bahn, der wegen mangelnder Rentabilität nicht von einer Privatgesellschaft unternommen wurde, eine Anleihe nötig. Aber diese Anleihe wurde am 8. Juni von der liberalen Opposition, in der Hansemann als Wortführer der Rheinländer auftrat[1]) und der sich auch die preußischen Abgeordneten unter der Führung von E. v. Saucken-Tarputschen anschlossen, wiederum aus prinzipiellen Gründen verweigert. Man erklärte, sich zur Bewilligung einer Anleihe erst dann kompetent zu fühlen, wenn die Periodizität des Landtags und die Übertragung des jetzt den Ausschüssen vorbehaltenen Anteils an der Gesetzgebung dem Plenum gewährt sei, und versuchte so auch hier auf dem Wege der Nötigung die Verfassungsfrage vorwärts zu bringen. Mevissen trat in dieser Eisen-

[1]) Bergengrün a. a. O. S. 382 ff.

bahnfrage, die ihm natürlich besonders nahelag, nicht persönlich hervor, aber auch er war gegen die Bewilligung, um das eigentliche Ziel des Landtags, die Erkämpfung einer wirklichen reichsständischen Verfassung nicht zu gefährden.[1]) Die Krone faßte ihre Niederlage in dieser Sache als eine schwere Kränkung auf, und der König ließ die Arbeiten an der Ostbahn auf der Stelle sistieren, obgleich der Landtag anheimgab, sie aus laufenden Staatsmitteln vorläufig weiterzuführen und beim nächsten Landtage nach Klärung der Rechtslage eine neue Vorlage einzubringen.

Zur Krisis endlich spitzte sich der Gegensatz zu, als der König am 24. Juni die Bitte des Landtags um Gewährung der Periodizität, womit die Opposition sich für jetzt zufrieden gegeben hätte, nicht erfüllte, ihm dagegen im Widerspruch mit seinem Antrage die Neuwahl der ständischen Ausschüsse, denen er einen neuen Entwurf des Strafgesetzbuchs unterbreiten wollte, und zugleich die Wahl der in den Verordnungen vom 3. Februar vorgesehenen Schuldendeputation

---

[1]) Mitbestimmend war für ihn auch das Bedenken, daß bei der augenblicklichen Lage des Geldmarkts die Anleihe nur zu 5 Prozent erfolgen könne; eine solche Anleihe mußte den Kurs der niedriger verzinsten Staatsschuldscheine, Provinzialpfandbriefe und Eisenbahnobligationen stark drücken und eine Entwertung dieser Papiere bewirken. Er war für eine Vertagung der Frage auf zwei Jahre. — Für den Fall einer systematischen Erörterung der Eisenbahnfragen hatte Mevissen beabsichtigt, auch hier (vgl. S. 418) dafür einzutreten, daß der Staat zur Vereinigung der divergierenden Interessen endlich die Initiative beim Eisenbahnbau ergreife und eine Zentralbehörde einrichte, um ein Eisenbahnnetz für die ganze Monarchie festzusetzen. In jeder Provinz sollte ferner eine Provinzialbehörde das Eisenbahnnetz der Provinz ausarbeiten und alle Vorschläge von Privatkomitees und von Kommunen seien von diesen Behörden zu prüfen. Die Provinzialbehörden könnten aus den Mitgliedern der Stände gebildet und ihnen Regierungsbaumeister zur Verfügung gestellt werden, falls man nicht vorziehen sollte, den einzelnen Regierungen einen besonderen Techniker für das Eisenbahnwesen zuzuweisen. Der Staat könne die fertigen Bahnen respektive die Aktien derselben allmählich aufkaufen oder durch starke Beteiligung sich doch den vorwiegenden Einfluß auf dieselben sichern. Der Staat sollte ferner tüchtige Techniker auf einer polytechnischen Schule ausbilden lassen, um so der Nation die faux frais der Lehrzeit, der Auffassung aus beschränktem Standpunkt zu ersparen. Die schon bestehende Abteilung für das Eisenbahnwesen sollte durch eine Schule für Eisenbahnbau und -betrieb ergänzt und das vorhandene technische Personal mit der Vorbereitung der zur Ergänzung des Eisenbahnnetzes dringend notwendigen Linien auf Grund der schon vorliegenden Projekte beauftragt werden.

befahl, der die Staatsschuldenkontrole überwiesen werden sollte. Aus der Anerkennung des Patents vom 3. Februar und der zugehörigen Verordnungen konnte allerdings dem Landtag eine formelle Verpflichtung zur Vornahme dieser Wahlen konstruiert werden. Aber die Vertreter der Rechtsansprüche des Volkes in der Adreß- und Periodizitätsdebatte und besonders die Deklaranten, die aufs bestimmteste den Standpunkt eingenommen hatten, daß die dem Landtag nach Maßgabe der älteren Verheißungen zustehenden Befugnisse ihm erhalten und nicht auf eine andere ständische Korporation übertragen werden sollten, konnten jetzt, nach der ausdrücklichen Weigerung der Regierung und nachdem man ihre Vorlagen von demselben Standpunkte aus zu Falle gebracht hatte, konsequenterweise gar nicht umhin, ihre positive Mitwirkung bei den Wahlen zu versagen und Verwahrung gegen die rechtliche Gültigkeit der Beschlüsse des Ausschusses und der Deputation einzulegen. Das Gegenteil bedeutete eine Verleugnung ihres ganzen seitherigen Auftretens. Mevissen, der daran festgehalten hatte, den offenen Konflikt mit der Krone zwar, wenn irgend möglich, zu vermeiden, aber auch kein ständisches Recht preiszugeben oder zu verschleiern, vertrat diesen Standpunkt, von den rheinischen Führern außer ihm aber nur noch Hansemann;[1]) im ganzen verweigerten nur 58 Abgeordnete — unter ihnen v. Vincke und der Schlesier Milde — die Wahlen. Camphausen, der an dem durch das Patent vom 3. Februar geschaffenen Rechtsboden unter allen Umständen festhalten wollte, suchte dagegen zu vermitteln, und er zog auch Beckerath auf seine Seite hinüber; sie wählten, und zwar zusammen mit 155 anderen Abgeordneten, unter einem, staatsrechtlich allerdings unwirksamen und vom König sofort annullierten, Vorbehalt; 284 Abgeordnete wählten unbedingt.[2]) Die Regierung hatte also einen unerwartet großen Erfolg. Mevissen aber war durch diesen Gang der Verhandlungen endgültig auf die äußerste Linke gerückt 'gegen seine Natur durch die Macht der Verhältnisse'; er beruhigte sich jedoch über diese Tatsache

[1]) Zweifelhaft war die Haltung des erkrankten v. d. Heydt (vgl. Observateur Nr. 202; das Blatt hat sehr gute Nachrichten über diese kritischen Tage in Nr. 197—205). Von den Rheinländern blieben 28 konsequent, während die bei Beginn des Landtages so entschiedenen Ostpreußen jetzt sämtlich klein beigaben.

[2]) Biedermann a. a. O. S. 440 ff.; Die Gegenwart II (1849), 176; Kopstadt a. a. O. S. 51; Bergengrün a. a. O. S. 390; Caspary a. a. O. S. 184.

mit der zuversichtlichen Hoffnung, 'daß diese äußerste Linke von heute, die doch zuletzt nichts will als die Freiheit, die Größe und die Macht der Krone und des Volkes, sehr bald in ihrem wahren Lichte aufgefaßt werden wird'.[1]) Minister Bodelschwingh wies zwar als Landtagskommissar darauf hin, daß die Nichtwähler sich einer Pflicht entzogen hätten, deren Erfüllung mit der Ausübung ihrer ständischen Rechte in wesentlichem Zusammenhang stehe; die Regierung werde das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen; der Prinz von Preußen bezeichnete das Verhalten der 58, die die Wahl verweigerten, sogar als offene Rebellion und flagranten Ungehorsam, dem gegenüber der Monarch die Pflicht habe, sich Gehorsam zu verschaffen.[2]) Eine Zeitlang dachte die Regierung in der Tat daran, die 58 als Ständemitglieder zu kassieren und für unfähig zur Wiederwahl zu erklären, sie unterließ dann aber doch alle schroffen Maßregeln. Und tatsächlich konnte, wenn man an der vom König Friedrich Wilhelm III. nun einmal ausdrücklich statuierten Unwiderruflichkeit des Schuldengesetzes von 1820 festhielt, womit die in den Verordnungen vom 3. Februar vorgesehene Stellung der Ausschüsse neben dem Landtag nur durch sophistische Interpretationskünste zu vereinigen war, niemanden aus der Verweigerung der Wahl ein Verbrechen konstruiert werden. Gegenüber der sofort erkennbaren Billigung des Schrittes der 58 durch die öffentliche Meinung würde man außerdem aus den Verfolgten nur Märtyrer gemacht haben. Die ganze liberale Partei des Vereinigten Landtags werde sich, so urteilten Regierungsorgane am Rhein, den Deputierten, welche die Ausschußwahl verweigert hatten, anschließen, falls gegen letztere die Ausschließung vom Landtag ausgesprochen werden sollte.[3])

Am 26. Juni wurden die Verhandlungen im Weißen Saale geschlossen. Der Landtag war durch den Widerstreit unversöhnlicher Prinzipien zu einer Kette von Kompetenzkonflikten geworden, in deren Verlauf die Krone zwar die Form gemildert hatte, in der Sache aber konsequent geblieben war. Der konstitutionelle Rechtsstaat war in Preußen noch keineswegs verwirklicht. Der König behielt sich

---

[1]) Vgl. Bd. II S. 303.

[2]) In einem Brief an K. v. Vincke-Olberndorf (vgl. G. v. Below in Deutsche Revue, Juli 1902, S. 6).

[3]) Bericht des Aachener Regierungspräsidenten v. Wedell vom 30. Juli 1847.

ausdrücklich den Zeitpunkt vor, wann er sich bewogen finden werde, die Verordnungen vom 3. Februar abzuändern. Positive Ergebnisse hatte die Opposition also gegenüber der Weigerung der Krone nicht zu erzielen vermocht, um so weniger, als die Zahl ihrer Mitglieder wohl ausreichte, um Regierungsvorlagen zu Fall zu bringen, aber nicht die Zweidrittel-Majorität darstellte, die zur Durchführung eigener Anträge erforderlich war. Aber der moralische Einfluß des Landtags war dennoch, trotz der schwächlichen Haltung der Majorität beim Schlusse und trotzdem die Preßzensur jede freimütige öffentliche Erörterung unmöglich machte, sehr bedeutend. Das absolute monarchische Prinzip ging doch wesentlich geschwächt aus den Verhandlungen hervor. Sie legten vor der öffentlichen Meinung von Inland und Ausland an den Tag, daß Preußen dem Übergang zum wirklichen Verfassungsstaat nahegerückt und daß die gekünstelte Mischform, die der eigenartigen Staatsauffassung des Königs ihr Dasein verdankte, nicht lebensfähig war. Wenn ein aus einem so beschränkten Wahlgesetz hervorgegangener Landtag, der zum größten Teil aus Vertretern des ländlichen Grundbesitzes bestand und den Vertretern der städtischen Intelligenz zahlenmäßig nur wenig Raum gewährte, eine Opposition von solcher Zähigkeit und zugleich doch wieder von solcher einsichtsvollen Mäßigung bildete, so war es kaum zweifelhaft, daß dem Lande eine wirkliche Verfassung bald gewährt werden mußte, wenn nicht die nächste Krisis sie erzwingen sollte. Generalstände mit bloß beratender Stimme waren, das hatte der als Marschall der Dreiständekurie fungierende A. F. v. Rochow dem König früher sehr zutreffend dargelegt, in einem großen Staat ein Unding, das in dieser Art nur kurze Zeit bestehen konnte.[1]) Nach dieser Richtung hatte also der Landtag seine Aufgabe durchaus erfüllt; er hatte durch Besonnenheit

[1]) In einer Denkschrift vom 9. Oktober 1845 (Geh. Staatsarchiv). Er war damals Landtagsmarschall der Provinz Brandenburg und Mitglied der ständischen Immediatkommission, in der er gegen Generalstände votierte: 'Die eine Partei verlangt viel mehr und würde höchstens das Gegebene als einen Anfang zu mehrerem begrüßen; ein großer, wohlgesinnter Teil der Nation sieht aber eben deshalb die Einführung von Reichsständen für ein Unglück an; der allergrößte Teil des Volkes endlich verlangt gar nichts, als die Förderung seiner materiellen Interessen, und ist noch nicht so weit herangebildet, um zu diesem Zweck ein Korrektivmittel der Regierung ernstlich zu fordern...... Jede Herrschergewalt beruht auf der Meinung, welche die Beherrschten von der

und Festigkeit den Weg für die Weiterbildung des politischen Lebens in gesetzlichen Bahnen offengehalten, wenn es ihm auch im ersten Anlauf noch nicht gelungen war, die erstrebte Verständigung zwischen Regierung und Volk zu erreichen. Die vor den Augen Europas geführten Verhandlungen hatten ferner eine unerwartete Fülle bedeutender staatsmännischer Talente auf die Tribüne geführt, denen sich die Vertreter des alten Regierungssystems nicht gewachsen gezeigt hatten. In den Führern der Opposition, in dem unverzagten Mut und der gewissenhaften Treue, womit sie die Volksrechte wahrten, kam das Fühlen und Begehren des Volkes zum Ausdruck, und umgekehrt hob ihre Haltung das politische Urteil des Volkes auf einen höheren Standpunkt, wirkte somit günstig auf die Volkserziehung ein. Dem ersten preußischen Parlament gebührt die Anerkennung, daß es das Verfassungsleben dieses Staates in musterhafter Weise eröffnet hat.

An diesem günstigen Ergebnisse der Tagung hatten die rheinischen Liberalen ein großes Verdienst. Der Geist der Einigkeit und des Maßhaltens war trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten, die sich erst beim Schluß des Landtages durch die Ausschußwahlen schärfer zuspitzten, im allgemeinen glücklich durch sie vertreten worden. Ihre Führer gehörten sämtlich dem neuen Bürgertum, dem Großkaufmannsstande an, der hier auf dem Felde der Politik glänzend debutierte. Nicht nur in den Reden im Plenum, sondern auch in Denkschriften, Gutachten und Abteilungsreferaten leistete er Ausgezeichnetes und legte er immer wieder an den Tag, wie erfolgreich in den führenden Köpfen die Durchdringung von Bildung und Leben vollzogen war. In besonderem Maße hatte Mevissen diese glückliche Verbindung von geistiger Bildung und praktischer Erfahrung offenbart. Das jüngste Mitglied der Dreiständekurie hatte sich einen ehrenvollen Platz in der ersten Reihe der preußischen Politiker erkämpft. An rein rednerischer Begabung stand Mevissen zwar hinter dem sprudelnden v. Vincke, dem größten oratorischen Talent des Landtages, und hinter der poetisch-schwungvollen Beredsamkeit Beckeraths zurück, und in der Gewandtheit der Debatte wurde er, wie die übrigen Kollegen, von dem allezeit schlagfertigen Hansemann übertroffen; seine Eigenart

Weisheit und Kraft derselben haben. Wir Preußen sind in dem Glauben aufgewachsen, daß die Weisheit unseres Königs immer das Beste wolle, und daß ihm die Mittel, seinen Willen unbedingt durchzusetzen, nie fehlen werden'.

kam, ähnlich wie die Camphausens, in der wohlerwogenen und künstlerisch gerundeten Rede und noch wirksamer, da seine Stimme für große Räume nicht ausreichte, in den wichtigen Vorverhandlungen kleinerer Kreise zur Geltung. Seine Reden, in denen er die Resultate jahrelanger stiller Vorbereitung auf das öffentliche Leben niederlegte, machten gelesen den stärksten Eindruck.[1]) In der idealistischen Auffassung berührte er sich zumeist mit seinem Freunde Beckerath, ohne doch so stark wie dieser an das Gemüt des Hörers zu appellieren; in der Präzision des Gedankens, in dem Drange nach prinzipieller Bestimmtheit und Klarheit der Situation stand er vielmehr neben Hansemann, und seine Durchdringung der großen aktuellen Fragen mit philosophischem Geiste näherte ihn wieder dem reflektierenden Camphausen. Stets aber gewann sein selbständiger, an folgerichtiges, systematisch-begriffliches Denken gewöhnter Kopf den vorliegenden Fragen neue Seiten ab, indem er sie im Zusammenhang mit der allgemeinen Vernunft, mit dem natürlichen Recht beleuchtete, ohne doch ihren Zusammenhang mit der praktischen Wirklichkeit aufzugeben.[2]) Wenn von allen älteren parlamentarischen Versammlungen auf deutschem Boden der Vereinigte Landtag es war, wo das Prinzip geistiger Freiheit und geistigen Fortschritts am stärksten zur Geltung kam, so lag das zum guten Teil an Mevissens Auftreten. Überall, wo es sich um die Freiheit der Überzeugung und des Gedankens, um die Durchführung der Grundsätze von Humanität und Recht handelte, wo die Toleranz oder das Recht der Persönlichkeit in Frage stand, hatte er wirksam in die Erörterung eingegriffen. Sein Tätigkeitsdrang und sein Kraftbewußtsein hatten

[1]) Ein Aufsatz in den „Grenzboten" 1847, II, 218 behandelt die rednerischen Qualitäten der Parteiführer.

[2]) R. Haym, Reden und Redner des ersten preußischen Vereinigten Landtags (Berlin, 1847) hat S. 225—259 eine geistvolle Skizze von Mevissen und seinem parlamentarischen Auftreten entworfen. (Vgl. auch R. Haym, Aus meinem Leben (1902) S. 172). — Der Brüsseler Observateur brachte am 31. Mai 1847 (Nr. 170) eingehende biographische Mitteilungen über Mevissen, die allerdings nicht immer (so z. B. in der Schilderung seines Verhältnisses zur Rheinischen Zeitung von 1842) ganz genau sind, aber im übrigen sein Wesen gut kennzeichnen (... M. Mevissen est une des plus belles intelligences de la chambre. Rien n'égale la lucidité de ses idées et la force de sa conception. Il est rare sans doute de voir tant d'enthousiasme pour le bonheur futur des nations réuni à une vue aussi saine. aussi pratique des choses .....).

sich, wie er es seit langem ersehnte, im Ringen um den Fortschritt im öffentlichen Leben und um die Anbahnung eines planvollen Zusammenwirkens aller Kräfte für die ganze Fülle kultureller Aufgaben des Staates auswirken können; die Erinnerung an seine Tätigkeit auf dem Vereinigten Landtag ist ihm denn auch sein Leben hindurch besonders teuer geblieben, wie er es umgekehrt stets bedauert hat, daß es unserem Volke nicht beschieden gewesen ist, auf der hier so eindrucksvoll eröffneten Bahn organischen Fortschritts voranzuschreiten und so zu einem wirklich politischen Volke heranzureifen.[1])

Welche Anerkennung auch in weiteren Kreisen sein lebendiges und mannhaftes Auftreten für die Gewährung der Volksfreiheit im Sinne des konstitutionellen Prinzips gefunden hatte, wurde ihm durch eine Reihe von Adressen und anderen spontanen Kundgebungen,[2]) so schon auf der Durchreise von Berlin nach der Heimat in Herford dargetan, wo man ihm und dem mit ihm reisenden Abgeordneten v. Bockum-Dolffs am 28. Juni eine improvisierte Feier bereitete.[3]) Am 29. Juni fand dann in Dülken eine von seinem Wahlkreise veranstaltete Festlichkeit statt, wobei man ihm besonders auch für seine unabhängige Haltung gegenüber den Ausschußwahlen das volle Einverständnis ausdrückte. Er selbst führte hier über die Tätigkeit des Landtags in seiner Erwiderung aus: 'Zwei Aufgaben vor allem waren durch den Vereinigten Landtag zu lösen, zwei Punkte bildeten die Achse seiner Verhandlungen. Die erste Aufgabe des Landtags war die tiefere Begründung einer gemeinsamen preußischen und deutschen

---

[1]) Für sein damaliges Urteil über die Bedeutung des Landtags vgl. Bd. II, 245, 277, 303.

[2]) Mehrere solcher Huldigungen erhielt er vom Rhein und von der Mosel sowie aus Westfalen, eine auch von einer Anzahl jüdischer Gemeinden im Rheinlande; ein junger Dichter Horwitz widmete ihm eine Sammlung von Sonetten. Unzufrieden mit seinem Auftreten waren allerdings die seit 1843 zum Radikalismus übergegangenen Genossen von der Rheinischen Zeitung. Der Demokrat K. Heinzen führte in einer Flugschrift 'Einiges über teutschen Servilismus und Liberalismus' im Juni 1847 aus, daß Mevissen, „ein Mann aus den Zeiten der Rheinischen Zeitung, dem radikale Gesinnung und Energie zuzutrauen war“, dem Schicksal der Politiker aus dem Kaufmannsstande verfallen sei, deren natürliche Besorgnis vor wirtschaftlichen Störungen sie weniger geeignet für eine entschlossene Opposition mache, als Ärzte, Advokaten usw.

[3]) Vgl. Triersche Zeitung 1847 Nr. 186; Kölnische Zeitung Nr. 188; L'Observateur Nr. 208.

Nationalität, einer inneren Einheit auch der entferntesten Stämme unseres herrlichen deutschen Vaterlands. Das Bewußtsein deutscher Einheit, jahrelang im stillen gepflegt und vorgebildet, bedurfte nichts als einer Tribüne, um in voller stolzer Größe sich den Augen der Welt zu zeigen. Kaum hatten die vom Volke gesandten Vertreter der verschiedenen Provinzen unseres Staates sich im Weißen Saale begrüßt, als der Geist der inneren Einheit alle provinziellen Schranken wegräumte, über alle Besonderungen siegte und mit einem Schlage alle Herzen vom Niemen bis zum Rhein durchzuckte. Das Bewußtsein der Einheit und der Gemeinsamkeit der Interessen aller deutschen Stämme war die erste und schönste Frucht des Vereinigten Landtags. — Die zweite Aufgabe war die Begründung eines festen öffentlichen Rechtes, die Begründung einer allen Stürmen gewachsenen volkstümlichen Staatsverfassung. Die Verhandlungen geben Zeugnis, wie ernst, wie entschieden und beharrlich die Lösung auch dieser Aufgabe angestrebt worden ist. Zum ersten Male wurde vor den Augen Europas das Recht des preußischen Volkes zur Teilnahme am Leben des Staates, das Recht zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung in allen Punkten gründlich erwogen und festgestellt. Ist es auch nicht gelungen, schon auf dem ersten Vereinigten Landtage die große Frage unserer künftigen Staatsverfassung zu einem gewünschten Abschluß zu bringen, haben sich auch für jetzt die in den Verhandlungen festgesetzten Rechte des Volkes noch keiner Anerkennung zu erfreuen, so dürfen wir doch fest darauf vertrauen, daß bei fortgesetztem beharrlichen Streben den Forderungen des Rechts und der Vernunft die Anerkennung nicht vorenthalten werden wird, nicht vorenthalten werden kann. Der erste und wichtigste Schritt ist geschehen. Das Recht des Volkes ist feierlich deklariert, das Bewußtsein dieses Rechts wird fortan sich immer tiefer in die Herzen des Volkes einsenken, mehr und mehr alle Geister durchdringen. Lebendiges Rechtsgefühl, lebendige Teilnahme aller an allen großen Fragen des öffentlichen Lebens sind die sicherste Gewähr dafür, daß wir das erreichen werden, was uns not tut. Fortzubauen nach beiden Richtungen, ist die Aufgabe der schöpferischen Periode, in der wir uns befinden'.[1])

[1]) Kölnische Zeitung 1847 Nr. 188; die Zensur ließ die Ansprache nur verstümmelt zum Druck zu. Vgl. auch L'Observateur Nr. 207.

Vierzehntes Kapitel.

Vom ersten bis zum zweiten Vereinigten Landtag. Die Märzrevolution. (1847—1848.)

Der Verlauf des ersten Vereinigten Landtags war in der Tat, wie Mevissen hier ausführte, nicht nur für die Entwicklung der inneren Verhältnisse Preußens bedeutungsvoll. Daß er dem Prinzip konstitutioneller Freiheit in Preußen insofern die Bahn brach, als er offenbarte, daß eine bloß beratende und dem Gutdünken des Monarchen sogar in bezug auf ihre Periodizität unterworfene reichsständische Vertretung keine Zukunft hatte, beeinflußte vielmehr ebensosehr die Stimmung im Ausland, besonders auch bei den absolutistischen Regierungen Rußlands und Österreichs, wie es die Bevölkerung von Süddeutschland, wo man schon in Verfassungsstaaten lebte, veranlaßte, seinem Verlauf mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen. Man betrachtete hier seine Wirkung unter dem Gesichtspunkte der nationalen Einheitsbewegung, die während der letzten Jahre in den gebildeten Kreisen Deutschlands neu aufgelebt war. Ihre Kraft und ihr Wesen kennzeichnete J. v. Radowitz eben in diesem Augenblick dahin, durch alle Gemüter ziehe wieder die Sehnsucht nach einem an innerer Gemeinschaft wachsenden Deutschland, das nach außen mächtig und geehrt, nach innen erhaben und einträchtig sei; das sei noch immer der populärste und gewaltigste Gedanke, der im Volke lebe, der mächtigste Hebel, um den Geist der Nation zu bewegen.[1])

Der nach 1815 von den Regierungen gewaltsam unterdrückte nationale Einheitsgedanke war in Südwestdeutschland seit der Julirevolution von 1830, in der Rheinprovinz dagegen in weiteren Kreisen erst seit der im Jahre 1840 vom Westen drohenden Kriegsgefahr wieder erstanden.[2]) Stets waren es ja die Stunden äußerer Gefahr, die den im Territorialgeist zersplitterten deutschen Landesteilen das Einheitsbedürfnis deutlich zum Bewußtsein brachten. In der Rheinprovinz kam seit jenem Zeitpunkte in den politisch führenden liberalen Kreisen der für die innerpreußischen Verfassungskämpfe leitende Drang

[1]) In seiner bekannten Denkschrift über die Reform des Deutschen Bundes vom 20. November 1847 (Gesammelte Schriften III (1853) S. 319); vgl. auch Hassel, J. v. Radowitz I (1905), 118.

[2]) Vgl. oben S. 213, 234 f.

nach der Einheit eines großen politischen Gemeinwesens auch in dieser Form zur Geltung. Der preußische wie der deutsche Einheitsgedanke faßte damals in der Rheinprovinz feste Wurzel. Die nationale Einheit unter tätiger Mitwirkung des Volkes zu verwirklichen, so wie es die badischen Liberalen seit 1839 in jährlichen Versammlungen erörterten und in der badischen Kammer wiederholt auch durch Anträge zur Geltung brachten, dieser Gedanke fand im Rheinland Widerhall. Auch hier empfand man jetzt noch drückender als seither die Misère des Deutschen Bundes, der deutschen Fürstenverbindung unter dem Vorsitz Österreichs, die als ein trauriges Denkmal nationaler Schwäche im Innern den Egoismus der Dynasten gegenüber den Völkern stützte und nach außen alle erfolgreiche Wirksamkeit durch eine Rivalität der beiden Großmächte verhinderte, in deren Erhaltung die Kleinstaaten die Garantie für die Fortdauer ihrer eigenen Souveränetät erblickten. Die Fortbildung dieses lockern, völkerrechtlichen Fürstenbundes zu einem nach außen als staatsrechtliche Einheit auftretenden Bundesstaat, bei dessen Zentralregierung dem Volke eine parlamentarische Vertretung eingeräumt wurde, — der konstitutionelle Bundesstaat also — war die leitende Idee, die nach 1840 allmählich auch hier Boden gewann.

Überall aber rechneten jetzt diese nationalen Hoffnungen mit einer preußischen Führung. Der aus vielerlei Nationalitäten zusammengesetzte alte und leblose Mischstaat Österreich, wo Metternichs Politik aus natürlichen Gründen keinen nationalen Gedanken aufkommen ließ, wo das Deutschtum kaum ein Viertel der Bevölkerung bildete und wo man mit allen anderen als deutschen Interessen in die europäische Politik verstrickt war, trat für die volkstümlichen Hoffnungen von selbst zurück. Für sie schien es von selbst gegeben, daß das Wesen des erhofften neuen deutschen Bundesstaates nur in der jüngeren der beiden Großmächte liegen könne. Preußen war der Staat deutscher Bildung und Intelligenz, es hatte im Zollverein die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu sammeln begonnen, und seine Bevölkerung setzte sich fast ganz aus deutschen Elementen zusammen. Schon 1823 hatte der Hesse Friedrich v. Gagern, 1830 im Rheinland David Hansemann, 1831 der Württemberger Paul Pfizer, 1832 in Hannover F. Ch. Dahlmann auf die Notwendigkeit eines vorwaltenden Einflusses Preußens im Bunde hinge-

deutet.[1]) Nach 1840, seit auf dem preußischen Throne Friedrich Wilhelm IV. saß, in dessen politischen Ideen die deutsche Frage gleichfalls einen Angelpunkt bildete, wurde die Hoffnung auf eine künftige preußische Hegemonie im liberalen Kreise am Rhein überall lebendig. Mevissen, dem von Jugend auf durch seinen Ausgang von der deutschen Literatur der nationale Gedanke so nahelag, daß er ihm schon als Zwanzigjähriger im Hinblick auf die süddeutschen Politiker Rotteck, Mittermaier, Pfizer und Welcker huldigte, sprach bei dem Kölner Dombaufeste von 1842 seine Überzeugung aus, Preußen sei jetzt zum Schutzherrn des neuen Deutschland geworden.[2]) Die 'Rheinische Zeitung' vertrat 1842—1843 konsequent den Gedanken der preußischen Führung, und wo immer Mevissen in den folgenden Jahren die deutsche Frage berührte, ob er nun in politischen Liedern die deutsche Flagge feierte und einen Fürsten als den zukünftigen Meister im neuen deutschen Reich ersehnte, oder praktisch für die Vereinigung aller deutschen Eisenbahnverwaltungen wirkte und das deutsche Auswanderungswesen zu organisieren suchte, — immer verstand es sich für ihn von selbst, daß es die Aufgabe Preußens sei, an die Spitze Deutschlands zu treten.[3]) Der nationale Einheitsgedanke führte seit 1845 die rheinischen Liberalen, insbesondere Beckerath und Mevissen, auch persönlich mit den an der Bonner Universität wirkenden deutschen Patrioten Arndt und Dahlmann zusammen, die als Nichtgrundbesitzer an den ständischen Verfassungsbestrebungen in Preußen nicht unmittelbar teilnehmen konnten, aber doch den Ausbau der preußischen Reichsstände als das notwendige Mittel zur Annäherung Preußens an das konstitutionelle Süddeutschland herbeisehnten.

Der idealistische Schwung, womit die Volkswünsche den nationalen Gedanken zur Geltung brachten, bewirkte, daß man allgemein die Schwierigkeiten der Durchführung unterschätzte. Man hoffte, daß die erst ein Menschenalter zählende Souveränetät der Mittel- und Kleinstaaten dem nationalen Einheitsgedanken Opfer zu bringen bereit sein werde, und auch den Dualismus zwischen den beiden rivalisierenden Großmächten hielt man für wenig bedenklich. Man rechnete damit, daß

[1]) G. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert S. 252 ff.; Bergengrün, a. a. O. S. 116, 556; vgl. oben S. 218.

[2]) Vgl. oben S. 68, 84, 263.

[3]) Vgl. oben S. 275, 302.

Österreich auf der Fortdauer seines bisherigen vorwaltenden Einflusses im Deutschen Bunde nicht werde bestehen können, wenn nur Preußen entschlossen vorwärtsstrebe und sich die ihm entgegendrängende öffentliche Meinung in Deutschland dadurch sichere, daß es den längst feierlich verheißenen Übergang zum Verfassungsstaat vollziehe und sich entschlossen zeige, etwaige Widerstände zu brechen.[1])

Das größte Hindernis für die Verwirklichung solcher Gedanken lag aber in der Person des preußischen Königs. So sehr er sich für die deutsche Idee begeisterte, so konsequent dachte er sich doch ihre Durchführung ohne jede verfassungsmäßige Beteiligung des Volkes. Der Gedanke einer modernen Volksvertretung, des „vulgären Konstitutionalismus", widerstrebte ihm für den Deutschen Bund wohl noch mehr als für Preußen. Die Bundesreform als eine Frage der äußeren Politik war für seine Auffassung eine Angelegenheit, die ausschließlich durch die Regierungen der Bundesstaaten zu erledigen war. Er war entschlossen, sie persönlich in die Hand zu nehmen, aber — das war die andere Seite seiner Absichten — nur in freundschaftlicher Gemeinsamkeit mit dem Hause Habsburg, dem alten Bundesgenossen im Kampf gegen die Mächte der Revolution, dem sein romantisch-legitimistischer Sinn den Ehrenvorsitz an der Spitze eines neuen heiligen römischen Reiches deutscher Nation dauernd zubilligen wollte. Während er Österreich durch diesen Ehrenvorsitz an die deutschen Interessen zu fesseln gedachte, sollte Preußen nach seinem Wunsche der rechte, militärisch starke Arm der Neuschöpfung werden. Das Zusammenstehen beider Großmächte auf der Grundlage einer Verteilung idealer und realer Kräfte sollte die Einheit des neuen Reiches garantieren und auch die kleinen Regierungen gewinnen. Sein Vertrauter Radowitz formulierte diese Gedanken, über die der König selbst mit Metternich seit 1840 mehrmals, wenn auch nur andeutungsweise, persönlich verhandelte, seit 1843 wiederholt in Denkschriften.[2]) Sie legten dar, daß die erhöhte Wehrhaftigkeit des Bundes, die Vereinheitlichung des deutschen Rechts und die gemeinsame Pflege der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Nation die leitenden Gesichtspunkte für ein planmäßiges Reformprogramm werden müßten.

[1]) Pfizer, Eine Stimme über deutsche Politik (Weils Konstitutionelle Jahrbücher 1846, 1, 78 ff.).

[2]) Hassel, J. M. v. Radowitz 1 (1905), 76, 123, 295, 383.

Dieses vielseitige Programm verkannte aber die bestehenden Schwierigkeiten ebensosehr, wie es die Volkswünsche taten. Ein realistischer Staatsmann wie Metternich konnte sich durch die Ehren, welche der preußische König dem habsburgischen Hause zudachte, um so weniger verführen lassen, den für Österreich so bedenklichen Kampf zwischen Nationalität und Staat heraufzubeschwören, als die Einheit der habsburgischen Gesamtmonarchie durch das Hervortreten national-separatistischer Bestrebungen in Böhmen, Ungarn und Galizien schon seit 1833 bedroht war.[1]) Allen preußischen Werbungen setzte er die Überzeugung entgegen, daß die Interessen Österreichs in dem bestehenden Bundesverhältnis, wie er es selbst 1815 geschaffen hatte, noch immer am besten gewahrt seien. Ebenso verfehlt war aber die Rechnung, welche der König und Radowitz mit der öffentlichen Meinung anstellten. Gerade auf sie zählte Radowitz wohl sehr. Der König sollte nach seiner Ansicht als Vorkämpfer für die nationalen Wünsche in Deutschland gewinnen, was er durch sein Zaudern in Preußen verloren hatte. Noch in einer Zeit, wo der Minister Eichhorn den König warnend darauf hinwies, daß die liberale Partei es offen auszusprechen wage, die Zeit sei gekommen, die alten Fesseln des Volksgeistes politisch und kirchlich zu lösen und das allgemeine Nationalbewußtsein in die Formen eines freien, gemeinsamen politischen Lebens hinüberzulenken,[2]) glaubte die weltfremde Romantik des Königs und seines Beraters, durch ein einseitiges Regierungsprogramm für die Bundesreform, das die verfassungsmäßige Mitwirkung der Nation grundsätzlich ausschloß, doch den ersehnten Beifall des deutschen Volkes gewinnen zu können. Wie der König die Kraft der Volkswünsche in Preußen unrichtig einschätzte, so verkannte er und sein Ratgeber auch hier, daß das deutsche Volk nach dreißigjährigen trüben Erfahrungen zu einem bloßen Fürstenbund kein Vertrauen mehr besaß.[3]) So fehlten denn auf beiden Seiten durchaus die Voraussetzungen für die Verwirklichung der nationalen Idee auf einem Wege, der einer späteren

---

[1]) Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—71, II, 299ff.

[2]) Eichhorns Bericht vom 15. November 1847 (Geh. Staatsarchiv).

[3]) Mevissen schrieb in einem Brief aus Brüssel vom 24. August 1846 (nachdem er auf der Reise mit Deutschen aus verschiedenen Landesteilen zusammengetroffen war), es sei leicht festzustellen, daß 'man in Deutschland in Süd, Ost und West über alle Hauptfragen der Zeit einig ist. Kein Volk der

Betrachtung so leicht als der gegebene erscheint. Die Verbindung Preußens mit den liberalen Volkswünschen wider den lähmenden Einfluß Österreichs war damals undurchführbar; die Kräfte des Volkes und der Regierungen mußten sich vielmehr nach Lage der persönlichen und sachlichen Faktoren in den unfruchtbaren Projekten erschöpfen, an denen die Jahre 1848—1850 scheiterten.

Die teilweise Übereinstimmung der Wünsche des preußischen Königs und des deutschen Volkes war seit 1842 in dem beiderseitigen Plane zum Ausdruck gekommen, eine 'Deutsche Zeitung' zu gründen, die im Gegensatz zu der den österreichischen Interessen dienenden 'Augsburger Allgemeinen Zeitung' die nationale Frage vertreten sollte. Abwechselnd wurde 1842 in Berlin, 1844 in Mannheim, 1846 wieder in Berlin dieser Plan erwogen. Der deutsche Beruf Preußens bildete den leitenden Gedanken des Programms, für dessen Durchführung man in Berlin beide Male Dahlmann vergebens zu gewinnen trachtete.[1]) Im Herbst 1846 wurde der Plan wieder von den badischen Politikern Mathy, Bassermann und Itzstein, von den liberalen Professoren der Heidelberger Universität Gervinus, Mittermaier und Häusser und dem hessischen Staatsmann Heinrich v. Gagern aufgegriffen. Die in Heidelberg zu gründende 'Deutsche Zeitung' sollte vor allem dartun, daß Preußen seinen deutschen Beruf nur dann verwirklichen könne, wenn es sich zum Verfassungsstaat entwickle. Das süddeutsche Komitee trat sofort mit Hansemann und durch diesen auch mit Mevissen in Verbindung, der schon seit dem Jahre 1843 mehrere Mitglieder des Komitees persönlich kannte (S. 303) und gerne bereit war, bei dem neuen Unternehmen mitzuwirken, das die Ideen der 'Rheinischen Zeitung' von 1842 vor allem auch dadurch aufgriff, daß es das fortschrittliche Zeitbewußtsein überall, wo es vorhanden war, zum Hervortreten veranlaßte.[2]) Die eben begonnenen Verhandlungen wurden unerwartet durch das Patent des

---

Welt ist fähiger, sich eine freie Verfassung zu geben und sie ehrlicher zu handhaben, als wir Deutschen, und doch lassen wir uns fort und fort gängeln. Das muß anders werden.'

[1]) Springer, Dahlmann II, 117, 188, 443; Mannheimer Journal 1844 Nr. 167 (vgl. oben S. 376).

[2]) Vgl. Aus dem Nachlaß von Karl Mathy, Briefe 1846—1848, hrsg. von L. Mathy (1898) S. 1 ff.

preußischen Königs vom 3. Februar 1847 unterbrochen. Daß der König hartnäckig an der Idee einer zentralen Volksvertretung in Preußen festhielt, hatte ihm die süddeutschen Sympathieen um so mehr zugeführt, als der österreichische Staatskanzler fortgesetzt keinen Zweifel daran ließ, daß er in der Fortdauer des absoluten Regiments die unentbehrliche Verankerung des österreichischen Völkergemisches erblickte. Die erneute Proklamation der ständisch-monarchischen Verfassungsform durch das Patent und die Tronrede enttäuschten dann zwar in Süddeutschland sehr, da die erhoffte Gemeinsamkeit und Gleichartigkeit des politischen Lebens in Nord und Süd dadurch wiederum ausgeschlossen erschien. Diese Besorgnis kam besonders in der erwähnten Schrift von Gervinus (S. 453) zum schroffen Ausdruck. Der Verlauf des Vereinigten Landtags bewirkte aber dennoch eine kräftige Belebung des deutschen Gedankens. Trotzdem die preußische Regierung jede Erörterung von Angelegenheiten der äußeren Politik zu verhindern suchte, gelang es Beckerath und Hansemann unter lebhafter Zustimmung der Versammlung in der durch den 'Offenen Brief' des dänischen Königs Christian vom 8. Juli 1846 aufgerollten schleswig-holsteinischen Frage auszuführen, daß Preußen für die Selbständigkeit der Herzogtümer und ihre Verbindung mit Deutschland eintreten und eine Kriegsmarine in seinem und dem allgemeinen deutschen Interesse schaffen müsse.[1]) Und Mevissen, der während der Tagung viel mit den nach Berlin gekommenen Führern der deutschen Bewegung in Schleswig, W. Beseler und H. Claussen, verkehrte und in seiner Rede vom 31. Mai nachdrücklich von 'Schritten zu jener Einheit mit dem gesamten deutschen Vaterland sprach, die so lebhaft von allen angestrebt werde', brachte am 30. April einen Antrag gegen die fortgesetzte Heimlichkeit der Verhandlungen des Deutschen Bundes ein. Der Antrag kam nicht zur Beratung, seine Motivierung berührte sich aber mit den Gedanken von Radowitz, der die Öffentlichkeit der Bundesverhandlungen als das geeignetste Mittel empfahl, um die öffentliche Meinung für die vom König und von ihm erstrebte Bundesreform zu gewinnen.[2]) Vor allem aber kam durch den Gesamtverlauf der Verhandlungen des Landtags dem deutschen Volk das Gefühl seiner Gemeinsamkeit und

[1]) Bergengrün a. a. O. S. 367 f.

[2]) Vgl. oben S. 464 und Bd. II, 272; Hassel, a. a. O. I, 118, 385.

zugleich des politischen Schwerpunkts der ganzen Nation in Berlin deutlich zum Bewußtsein; eine süddeutsche, von Pfizer und Römer veranlaßte Adresse sprach am 15. Juni aus, der erste preußische Landtag werde in der Geschichte des deutschen Vaterlandes einst denselben Wendepunkt für die innere Wiedergeburt bezeichnen, den die Erhebung Preußens im Freiheitskriege für die äußere gebildet habe.[1])

Während der Dauer des Landtags war denn auch am 1. Mai das Programm der 'Deutschen Zeitung' veröffentlicht worden, und unmittelbar nach seinem Schluß, am 1. Juli 1847, trat sie als Sammelpunkt der gemäßigten Gruppe der deutschen liberalen Partei in das Leben. Sie pflegte planmäßig das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit der deutschen Nation und wirkte für die Überzeugung, daß ein dem Konstitutionalismus gewonnenes Preußen die Hegemonie in Deutschland antreten könne, ohne darum doch Deutsch-Österreich aus dem neuen Bundesstaat verdrängen zu müssen.[2]) Der Einheitsgedanke in dieser Form erfuhr im September 1846 und 1847 noch eine bedeutsame Kräftigung durch die von Tübingen angeregten Germanistenversammlungen zu Frankfurt und Lübeck, wo unter der lebendigen Teilnahme der gebildeten Volkskreise die bekanntesten akademischen Lehrer des deutschen Rechts, der deutschen Sprache und der deutschen Geschichte aus allen Gauen des großen Vaterlandes — Männer wie Arndt, G. Beseler, Dahlmann, Droysen, Gervinus, Jakob Grimm, Uhland und Waitz dem nationalen Empfinden besonders

[1]) Kölnische Zeitung 1847, Beilage zu Nr. 179. — Eine an v. Beckerath, Hansemann, Mevissen und v. Vincke gerichtete Adresse aus dem Großherzogtum Hessen sprach im Juli ähnliche Gedanken aus (Aachener Zeitung 1847 Nr. 206).

[2]) Die Zeitung hatte Ende 1847 bereits 3000 Abonnenten. Ob Mevissen (ähnlich wie Hansemann) bei der Deutschen Zeitung wirklich mitgearbeitet hat, ist nicht festzustellen. Am 29. August 1847 schrieb er an Rudolf Haym (in Halle), die 'Deutsche Zeitung' könne füglich die Rheinische Zeitung von 1847 genannt werden. Von den drei Richtungen, in die sich die Gruppe der Rheinischen Zeitung geteilt habe (eine radikal-sozialistische, eine rein praktisch-materielle und eine mittlere), bringe sie in einer etwas doktrinären Weise die mittlere zur Geltung, die eine mildere, das Bestehende mehr anerkennende Weltansicht vertrete, ohne darum doch die absolute Freiheit des Geistes aufzugeben. Zu dieser Richtung zähle er sich selber. — Die Minister Bodelschwingh, Eichhorn und Düesberg erstatteten dem König Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1848 einen längeren Bericht über die Wirkung der Deutschen Zeitung.

auch im Hinblick auf die schleswig-holsteinsche Frage beredten Ausdruck gaben und die Frage einer deutschen Verfassung eingehend erörterten.

Die persönliche Verbindung zwischen der rheinischen und süddeutschen liberalen Gruppe stellte in dieser Zeit besonders Hansemann her. Hatte er schon im März 1847 eine Zusammenkunft mit Mathy, Gervinus und Welcker in Koblenz wegen der 'Deutschen Zeitung', so trat er nach dem Schluß des Vereinigten Landtags gegen Anfang September eine Rundreise durch Süddeutschland an, die ihn nach Heidelberg, Stuttgart und München führte und durch eine unvorhergesehene Anregung von außen eine bedeutsame politische Kundgebung veranlaßte.[1]) Während der Dauer dieser Reise veranstaltete eine Gruppe radikaler süddeutscher Politiker, die schon seit dem Hambacher Fest (1832) und den Reden von G. A. Wirth und Ph. Siebenpfeiffer bestand, am 12. September 1847 eine Versammlung in Offenburg. Durch die aufregenden Einflüsse der Bewegungsliteratur und der westlichen Staatstheorieen, vor allem aber auch als Protest gegen die Willkür, womit die süddeutschen Regierungen vielfach die bestehenden Verfassungen zu umgehen suchten, war diese radikale Bewegung seit 1840 stark angewachsen. Die Haltung Friedrich Wilhelms IV. während des Vereinigten Landtags ließ die revolutionäre Ungeduld an der Möglichkeit einer erfolgreichen deutschen Politik der preußischen Regierung verzweifeln. Unter den Führern F. Hecker und G. Struve kam man nun in Offenburg zusammen und stellte das Programm einer demokratischen, fast republikanischen Umgestaltung des Deutschen Bundes auf, wodurch die Mitarbeit der Regierungen so gut wie ausgeschaltet werden und auch weitgehende sozialistische Wünsche ihre Erfüllung finden sollten. Demgegenüber vereinbarte Hansemann mit den süddeutschen gemäßigten liberalen Kammermitgliedern für den 10. Oktober eine Versammlung nach Heppenheim an der Bergstraße. Von den rheinischen Politikern wurden Beckerath und Mevissen zur Teilnahme eingeladen. Ersterer war jedoch verhindert,[2]) und Mevissen, dem die

[1]) Briefe von K. Mathy S. 10, 15, 16; Bergengrün a. a. O. S. 397; Rachfahl, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Märzrevolution (1901) S. 34.

[2]) Beckerath schrieb am 7. Oktober an Mevissen: 'Wie gerne führe ich mit Ihnen am Sonntag den Rhein hinauf zu den befreundeten Kollegen! An Hansemann habe ich direkt nach Heppenheim geschrieben — der Ort ist übrigens für uns Rheinländer nicht glücklich gewählt.'

Einladung irrtümlicherweise den 11. Oktober als Tag der Versammlung bezeichnet hatte, reiste zu spät von Köln ab, so daß er erst nach Heppenheim kam, als die Beratung bereits vorüber war; er mußte sich darauf beschränken, an den folgenden Tagen die ihm seit 1843 persönlich bekannten Teilnehmer in Mannheim, Deidesheim, Heidelberg und Worms zu besuchen.[1])

Die Versammlung in Heppenheim vertrat keine einhellige Ansicht über die zur Förderung des Strebens nach nationaler Einheit geeigneten Maßregeln. Einig waren alle achtzehn Teilnehmer[2]) nur darin, daß die Regierungen, und zwar unter der Führung Preußens, mit dem Volk gemeinsam handeln müßten. Während aber die von Bassermann geführte Gruppe einer Weiterbildung des bestehenden Deutschen Bundes und der Begründung einer Volksvertretung bei diesem das Wort redete, vertraten Hansemann und Mathy die Ansicht, daß ein engeres als das im Deutschen Bunde begründete Verhältnis zu Österreich undurchführbar sein werde, und daß sich somit die Fortbildung des preußischen Zollvereins durch seine Ausdehnung auf alle Länder mit deutscher Bevölkerung und die Ausgestaltung dieser seither nur wirtschaftlichen Vereinigung zu einer politischen Macht mit einer parlamentarischen Volksvertretung empfehle. Hansemann hatte den alten Gedanken von Friedrich List, der von vornherein in dem Zollverein den Keim einer Konstitution für ganz Deutschland gesehen hatte,[3]) schon auf dem rheinischen Landtag des Jahres 1845 in einem Antrag aufgegriffen, wonach ständische Deputierte aus allen Zollvereinsstaaten wenigstens bei den Beratungen über die Revision der Zolltarife zugezogen werden sollten. Der König hatte zwar diesen Gedanken als ungehörig schroff abgewiesen,

[1]) Die obige Darstellung geht auf Mevissens eigene Mitteilungen zurück. G. Freytag, Karl Mathy S. 238 (danach Sybel, Begründung des deutschen Reichs I, 125 und manche andere) berichtet, Mevissen habe an der Heppenheimer Verhandlung teilgenommen. Das richtige steht schon in der Deutschen Zeitung 1847, Nr. 107 und bei Hansemann, Das preußische und deutsche Verfassungswerk (1850) S. 73. Vgl. auch Mathys Briefe S. 64; Bergengrün a. a. O. S. 398.

[2]) Außer Hansemann besonders Bassermann, Buhl, Itzstein, Mathy und Welcker aus Baden, Römer aus Württemberg, Heinr. v. Gagern aus Hessen, Hergenhahn aus Nassau.

[3]) Vgl. oben S. 228 und W. Schulz, Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation (Stuttgart 1832) S. 71.

aber der Plan eines Zollvereinsparlaments wurde in den folgenden Jahren auf Versammlungen der niederrheinischen Industriellen noch wiederholt erörtert, denn der Zollverein wirkte in der Tat als das erste sichtbare Zeichen des Hinausstrebens der deutschen National- und Volksinteressen aus kraftloser Vereinzelung zu starker Einheit. Auch Mevissen äußerte damals die Ansicht, 'die deutschen Stämme sind sich geistig in den letzten Jahren so nahegetreten, daß der Gedanke einer auf materiellem Boden zu gründenden deutschen Einheit in allen Köpfen lebendig wird und seine Verwirklichung nicht mehr lange anstehen kann.'[1])

Die Ausdehnung des Zollvereins auf alle deutschen, einschließlich der deutsch-österreichischen, Gebiete gehörte auch zum Radowitzschen Programm, aber eine politische Ausgestaltung der bestehenden Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie nun in Heppenheim die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigte, weil sie eine leichtere Lösung des deutschen Problems darzubieten schien, hätte weder den Beifall des preußischen Königs noch den seines Ratgebers gefunden. Jede Mitwirkung des Volkes, wie sie von der „inneren Hohlheit und Nichtigkeit des Liberalismus" verlangt wurde, lehnten beide grundsätzlich ab. Eben jetzt bezeichnete Radowitz die Männer der 'Deutschen Zeitung' als Gemeinschaft der radikalen Fraktion mit dem liberalen Gelehrtentum, und er höhnte über ihren „ordinär konstitutionellen Liberalismus, eingehüllt in leere gelehrte Konstruktionen."[2]) Der König aber sprach sich im November 1847, wo auf Grund der Radowitzschen Denkschrift vom 20. November die deutsche Frage im preußischen Ministerium ernsthaft erörtert wurde, wiederum dahin aus, daß es für ihn eine Reform der deutschen Dinge nur im Rahmen des Bundes unter Aufrechterhaltung der habsburgischen Vormacht und der Souveränetät aller Bundesfürsten gebe.[3]) Übrigens war die öffentliche Sympathie für den Zollverein durch seinen Gegensatz zu den Hansestädten und

---

[1]) In einem Brief aus Baden-Baden 1845, Juli 30. Er hatte die Frage damals mit dem württembergischen Grafen Friedrich v. Dillen erörtert.

[2]) Briefe von Radowitz an den Minister des Äußern, Grafen Canitz in Berlin, d. d. Karlsruhe 1847 Februar 6, Mai 21, Juni 29.

[3]) Treitschke a. a. O. V, 693; Koser in der Historischen Zeitschrift 83, S. 48; Meinecke ebd. 89, S. 28; Rachfahl a. a. O. S. 37 und Göttinger Gelehrte Anzeigen 1905, S. 261 ff.

dem norddeutschen Küstengebiet und durch die in den letzten Jahren hervorgetretene Spannung zwischen Schutzzoll und Freihandel gerade jetzt so herabgemindert, daß sehr gewichtige innere Bedenken gegen seine staatsbildende Kraft sprachen. Solche Bedenken führten auch Hansemann und Mathy von ihrem Vorhaben wieder ab. So bitter die Empfindung war, die das seitherige Wirken des Deutschen Bundestages erweckte, und so große Schwierigkeiten man voraussah, so wollte man doch zunächst noch mit ihm rechnen, wenn möglich also die Kontinuität der Entwicklung auch in dieser Frage bewahren. Die gemäßigt liberale Partei in Süddeutschland und die rheinischen Liberalen standen am 12. Februar 1848 einmütig[1]) auf Bassermanns Seite, als er in der badischen Kammer seinen durch das zeitliche Zusammentreffen mit dem Ausbruch der Februarrevolution berühmt gewordenen Antrag stellte, daß durch eine Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung und einheitliche Nationaleinrichtungen geschaffen werden sollten.

Mevissen hatte schon durch seinen Antrag auf dem Vereinigten Landtag gezeigt, daß er diesen Weg jetzt auch für den richtigen hielt. Seiner politischen Auffassung, die nicht nach Vernichtung des Bestehenden sondern nach seiner organischen Weiterbildung verlangte, mußte derselbe doch mehr zusagen, als das Hansemannsche Programm.[2]) Er hatte inzwischen auch Gelegenheit gehabt, die deutsche Frage eingehend mit einem österreichischen liberalen Politiker, dem Freiherrn A. v. Doblhoff zu erörtern, mit dem er auf dem Eisenbahnkongreß in Hamburg (S. 419) Ende November 1847 zusammengetroffen war.[3]) Den friedlichen Ausgleich zwischen Österreich und Preußen hielt danach auch Mevissen für möglich. Sein Verlangen nach einer kraftvollen Einheit aller deutschen Stämme täuschte auch ihn über die nicht wegzuräumenden Schwierigkeiten der Situation. Daß das österreichische

---

[1]) Auch Camphausen äußerte sich in diesem Sinne (Caspary a. a. O. S. 164).

[2]) Vgl. seinen Brief vom 19. Februar 1848 (Bd. II, S. 330).

[3]) Doblhoff, der bald nach der Märzrevolution das Ministerium des Innern in Wien übernahm, war ein naher Freund von Schmerling, mit diesem zusammen bewog er am 13. März 1848 Metternich zur Abdankung (Arneth, A. v. Schmerling (1895) S. 37, 75). Doblhoffs Brief an Mevissen (vom 16. Dezember 1847) und dessen Antwort (vom 10. Januar 1848) sind in Band II, 317 ff. abgedruckt. Für die dort erwähnte Reise von Hamburg nach Kiel vgl. Weserzeitung 1847, Nr. 1214—1219.

Nationengemisch als Ganzes nun einmal mit dem übrigen Deutschland keinen nationalen Bundesstaat zu bilden vermochte, worin dem Volk ein angemessener Anteil an der Regierung gewährt wurde, hinderte auch ihn nicht an der Aufstellung eines großdeutschen Programms. Österreich sollte nach seiner Ansicht eine Föderativmonarchie bleiben, seinen deutschen Erblanden aber eine Verfassung und einen besonderen Vereinigten Landtag gewähren, damit diese sich gegenüber den anderen Nationalitäten zu konsolidieren vermöchten; für diese deutschen Lande sollte Österreich dann den wirtschaftlichen Anschluß an den Zollverein, zugleich aber gemeinsames Recht, einheitliche Post und Münze, sowie gleiches Maß und Gewicht mit den übrigen Ländern des Deutschen Bundes zu erlangen suchen, und so der neue deutsche Bundesstaat begründet werden. Die enge Verschmelzung des Zollvereins mit dem Deutschen Bund, die im Programm von Radowitz vorgesehen war,[1]) schwebte also auch ihm vor, und von der Notwendigkeit inniger Verbindung der beiden deutschen Großmächte war er nicht weniger durchdrungen als der König. Das kleindeutsche Programm lehnte er schon aus dem Grunde ab, weil ein starkes Österreich mit vorwaltendem deutschen Einfluß eine Lebensfrage für die ganze Nation und weil Preußen mit Süddeutschland, aber ohne Österreich, zu schwach zwischen Rußland und Frankreich sei.[2]) Durch die Einstellung einer kräftigen Mitarbeit des Volkes bei der Begründung der nationalen Einheit waren seine Hoffnungen wohl nach einer Seite besser gestützt, als das Radowitzsche Programm, aber auch er rechnete nicht genügend damit, daß Metternichs Politik sich unentwegt das Ziel setzte, Österreichs Interessen gegenüber Deutschland unter allen Umständen zu wahren, auch auf die Gefahr, Deutschlands Interessen zu opfern. Der Selbsterhaltungstrieb des österreichischen Gesamtstaats, dem schon das für ihn vorteilhaftere Werben des preußischen Königs widerstrebte, mußte sich gegen jede Betonung des nationalen Gegensatzes im Innern zugunsten des Deutschtums wenden, auf das ihm doch außerhalb der österreichischen Staatsgrenzen durch die hier eröffnete Perspektive der vorwaltende Einfluß unzweifelhaft entzogen wurde. Denn auch in Mevissens Programm lag schon durch

[1]) Vgl. dazu Rachfahl a. a. O. S. 41; Hassel a. a. O. I, 557; Meinecke in der Historischen Zeitschrift 89 S. 31.

[2]) Vgl. Deutsche Zeitung 1847, Nr. 82, 94, 102.

die Voraussetzung einer Volksvertretung bei der Regierung des Bundesstaats die zukünftige preußische Hegemonie in Deutschland als zwar unausgesprochene aber unabweisliche Konsequenz.

Während so in Süddeutschland Radikale und Konstitutionelle, und in Verbindung mit letzteren auch die liberalen Deputierten der Rheinprovinz die nationale Frage mit lebendiger Teilnahme verhandelten, war es in Preußen in den Fragen der inneren Politik, die während des Vereinigten Landtags die allgemeine Aufmerksamkeit so lebhaft beschäftigt hatten, zu Entscheidungen gekommen, welche für die volkstümlichen Hoffnungen wenig aussichtsvoll waren. Der am 24. Juli 1847 publizierte Landtagsabschied und die mit ihm zugleich veröffentlichten Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Juden und die Bescholtenheit offenbarten, wie wenig die Regierung vorderhand daran dachte, den liberalen Bestrebungen nachzugeben. Die Spaltung der liberalen Deputierten bei den Ausschußwahlen aber bewirkte naturgemäß auch Schwankungen der öffentlichen Meinung. Die Mehrheit stand dabei auf Seiten der schärferen Opposition. Der schlesische Abgeordnete C. A. Milde, einer der 58 Wahlverweigerer, schrieb Ende August an Mevissen, ihre gemeinsame Haltung in der Frage der Ausschußwahlen werde in Schlesien von den Parteigenossen als die einzig konsequente und wahrhaft patriotische angesehen, und er zweifle sehr, daß die Ausschußwahlen, wenn sie jetzt befohlen würden, überhaupt zustande kämen.[1]) Am Rhein war die Stimmung ähnlich. Während Hansemann und Mevissen beim Schluß des Vereinigten Landtags in ihren Wahlkreisen festlich begrüßt wurden, blieb bei Camphausens Rückkehr nach Köln in der Bevölkerung alles still, und erst nachdem man auch hier den am 10. Juli durchreisenden Hansemann gefeiert hatte, dachte man daran, dem eigenen Deputierten ein Fest zu bereiten. Ein großes allgemeines Empfangsfest zu Ehren der liberalen Deputierten, das für den 1. August in Düsseldorf geplant war, wurde von der Regierung verboten; die Vorverhandlungen hatten jedoch ergeben, daß auch hier die Übereinstimmung der Provinz mit den Wahlverweigerern hervortreten werde.[2]) Am Rhein wie in

[1]) Milde an Mevissen, Breslau 1847 August 29.

[2]) Die Düsseldorfer Regierung stützte sich bei ihrem Verbot vom 10. Juli (das Bodelschwingh am 26. Juli bestätigte) auf einen königlichen Erlaß gegen

Schlesien verhinderte im übrigen die Preßzensur jede offene Erörterung der Situation, was um so drückender empfunden wurde, als die Regierung während des Landtags den Anschein erweckt hatte, daß sie ernstlich mit der Herbeiführung der Preßfreiheit durch den Bundestag umgehe.[1]) Für Mevissen brachten dann die ersten Wochen nach dem Schluß des Landtags noch ein eigenartiges Nachspiel.

Am 22. Juni 1847 enthielt das Amtsblatt der Kölner Regierung die Nachricht, daß er zum beigeordneten Bürgermeister der Stadt Köln ernannt worden sei.[2]) Die Ernennung der Bürgermeister war auch nach der neuen rheinischen Kommunalordnung vom Jahre 1845 ausschließliches Recht der Regierung. Mevissen selbst war damals noch in Berlin, er erfuhr von seiner Ernennung erst am 8. Juli durch den Oberbürgermeister Steinberger, nachdem inzwischen in Köln schon einzelne Stimmen öffentlich die Verwunderung darüber, daß ein Nichtbürger zum Beigeordneten ernannt worden war, zum Ausdruck gebracht hatten.[3]) Es handelte sich um ein Idyll aus der guten alten Zeit des kommunalen Lebens am Rhein. Der Oberbürgermeister hatte den dringenden Wunsch, Mevissens Fähigkeiten auf dem Gebiet des Finanzwesens unmittelbar für die Stadt nutzbar zu machen, deren Geldangelegenheiten sehr im argen lagen, und er hatte darüber gelegentlich auch mit Mevissen selbst gesprochen, aber ohne daß es zu einer Entscheidung gekommen wäre. Nun hatte er während der Abwesenheit Mevissens in Berlin am 21. April kurzerhand seine Ernennung bei der Regierung beantragt und dabei pflichtmäßig ausgeführt, daß Mevissen zwar sein Domizil noch in Dülken habe, aber doch auch in Köln wohne, dort Grundbesitz habe und versteuere, folglich Mitglied der Gemeinde und demnach rechtlich qualifiziert sei. Am 18. Juni war dann die Ernennung durch die Regierung erfolgt, Mevissen also der Bureaukratie einverleibt worden, gegen die er auf

---

Volksfeste vom Jahre 1838. Für die Stimmung am Rhein vgl. Indépendance belge Nr. 188, 204.

[1]) L. Lax (Redakteur der Aachener Zeitung) an Mevissen 1847 Juli 16; vgl. den oben S. 500 Anm. 1 erwähnten Brief von Milde.

[2]) Amtsblatt 1847, Stück 25, S. 188.

[3]) Kölnische Zeitung Nr. 176, 3. Beilage (25. Juni); vgl. oben S. 238. Mevissen war am 7. Oktober 1846 zum Stadtverordneten von Köln vorgeschlagen worden; er hätte zu diesem Zwecke sein Domizil von Dülken nach Köln verlegen müssen, was er aber erst im Jahre 1848 tat.

dem Landtag so manchen Strauß ausgefochten hatte. Die Ernennung erregte sofort in hohem Grade den Unwillen der ultramontanen Partei, die sich mit Mevissens Auftreten auf dem Vereinigten Landtag so wenig einverstanden gezeigt hatte. Die seit kurzem zum Organ dieser Partei umgebildete 'Rhein- und Moselzeitung' kennzeichnete ihn wiederum als Junghegelianer und früheren Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung, und sie richtete an die Regierung die entrüstete Frage, ob man denn die verwerflichen Grundsätze jener Zeitung jetzt nicht mehr als gemeinschädlich anerkenne.[1]) Mevissen selbst erklärte dem Oberbürgermeister schon am 10. Juli, der Verlauf des Landtags habe ihn überzeugt, daß ihm die Beibehaltung seiner ständischen Funktionen neben seinen übrigen Geschäften nicht erlaube, das ihm zugedachte Amt zu übernehmen, und das Amtsblatt der Regierung brachte daraufhin am 27. Juli die Erklärung, er sei seinem Antrag gemäß aus seiner Stellung als Beigeordneter des Kölner Oberbürgermeisters wieder entlassen worden. Aber der seltsame Verlauf dieser Angelegenheit hatte inzwischen die höheren Regierungsorgane in Bewegung gesetzt und zu einer Verhandlung zwischen ihnen geführt, die ihr Urteil über das Auftreten Mevissens auf dem Vereinigten Landtag zum klaren Ausdruck brachte.

Am 13. Juli berichtete der Oberpräsident Eichmann dem Minister Bodelschwingh über den unangenehmen Fall.[2]) Die Bedürfnisfrage in Köln stehe außer Zweifel, der Oberbürgermeister sei wenig leistungsfähig, und Männer, welche sich mit Hingebung den Geschäften der Stadt widmen wollten, dazu die gehörige Bildung und Geschäftskunde, Zeit und Uneigennützigkeit besäßen, seien in Köln sehr selten. In den Vorverhandlungen, die Eichmann mit dem Kölner Regierungspräsidenten v. Raumer gepflogen, habe man sich die politischen Bedenken gegen Mevissen zwar nicht verhehlt. Es falle ihm jedoch nichts Unloyales zur Last. Er äußere sich über politische Angelegenheiten mit Mäßigung, seine Geschäftskunde und Tüchtigkeit aber würden allgemein anerkannt, und durch seine Heirat stehe er mit den angesehenen Familien Kölns in naher Verbindung. So sei die Er-

[1]) Rhein- und Moselzeitung N. 153, 155, 162 (vom 7., 9. und 17. Juli). Vgl. auch den Rhein. Beobachter Nr. 199 (15. Juli).

[2]) Geh. Staatsarchiv in Berlin.

nennung erfolgt, „ni fallor, bevor bekannt wurde, wie Mevissen sich bei dem Vereinigten Landtag in der Judenfrage geäußert hat, gewiß aber, bevor er sich der Wahl der Ausschüsse usw. entzogen hat. Ich vermag dessenungeachtet die Regierung in Köln nicht von dem Vorwurf der Übereilung freizusprechen, denn einmal war das frühere Benehmen Mevissens auf dem Landtag mißliebig genug, dann aber mußte man den Ausgang des Landtags abwarten. Manche ernste Leute, und vorzüglich die strengen Katholiken, sind mit der Ernennung Mevissens unzufrieden. Der Herr Erzbischof[1]) hat sich darüber mit großem Unwillen geäußert, und es hat auch an gehässigen Bemerkungen in den ultramontanen Blättern nicht gefehlt."

Mevissens Verzichtleistung auf die ihm von der Regierung übertragene amtliche Funktion machte die Absendung einer am 19. Juli konzipierten Verfügung des Ministers Bodelschwingh an den Oberpräsidenten unnötig, welche die verschiedenen Möglichkeiten für ein nachträgliches Eingreifen der höheren Instanz erwog und zunächst noch einige positive Feststellungen verlangte. Am 31. August aber kam Bodelschwingh auf die Sache in einer Verfügung an den Oberpräsidenten Eichmann zurück, worin er ausführte, darauf ob der übereilte Schritt der Kölner Regierung vor oder nach Mevissens Äußerungen in der Judendebatte geschehen sei, komme es gar nicht an. „Jedem, der den Verhandlungen des Vereinigten Landtags mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann es von den ersten Tagen seines Zusammentretens an nicht entgangen sein, daß Mevissen sich nicht bloß konsequent in der Opposition gegen das Gouvernement befunden und bei allen Manifestationen derselben, namentlich auch bei Unterzeichnung des Protestes der 138, sich beteiligt hat, sondern daß auch sein Bestreben gewesen ist, sich als einen Führer dieser Opposition geltend zu machen und seine den bisher im Lande befolgten Verwaltungsgrundsätzen und der bestehenden Ordnung zuwiderlaufenden Doktrinen möglichst laut und emphatisch zu proklamieren. Wäre Mevissen königlicher Beamter, so könnte in Frage kommen, ob er nach einem solchen Verhalten in seiner Stellung bleiben dürfte.[2]) Wie aber die Regie-

---

[1]) Johannes v. Geissel, Coadjutor seit 1841, Erzbischof 1846—1864.

[2]) Die Landräte v. Vincke, v. Bockum-Dolffs und v. Bardeleben wurden im August wegen ihrer zusammen mit Mevissen auf dem Landtag unternommenen

rung in Köln es rechtfertigen will, daß sie diesen Mann während der Dauer einer solchen offenkundigen Tätigkeit zur Vertretung des Bürgermeisters von Köln berief, das ist in der Tat nicht abzusehen und kaum anders zu erklären, als entweder durch einen hohen Grad von Unaufmerksamkeit oder durch ein gänzliches Verkennen der Pflichten der Regierung bei Ausübung des ihr übertragenen wichtigen Rechts der Ernennung der Bürgermeister und ihrer Vertreter." [1])

Auch aus anderen Anzeichen ergab sich, wie verschieden die Regierung das Verhalten von Camphausen und Beckerath einerseits, von Hansemann und Mevissen anderseits beurteilte. Der unselige Schlußakt des Vereinigten Landtags, wie Mevissen ihn nannte, verursachte aber auch am Rhein selbst eine noch lange nachwirkende Spaltung der liberalen Partei.[2]) 28 Rheinländer hatten nicht, 19 mit Vorbehalt gewählt, und wenn es sich im Grunde auch keineswegs um eine Verschiedenheit des Zieles, sondern nur um eine Verschiedenheit der Taktik handelte, so war der Riß in der Partei doch für den Augenblick tief und einschneidend. Die Lage wurde noch verwickelter durch den andauernden Gegensatz in der Frage nach Schutzzoll und Freihandel, der in öffentlichen Erklärungen von Camphausen und Beckerath[3]) wieder zum Ausdruck kam. Von dieser Streitfrage, in der Camphausen allein auf Seiten des Freihandels stand, hielt Mevissen sich jetzt fern, es war vielmehr der seit jeher vorhandene persönliche Gegensatz zwischen Hansemann und Camphausen, der sich jetzt auch von dieser Seite schärfer zuspitzte.[4]) Die zunehmende Arbeitslosigkeit besonders in der Textilindustrie war allerdings unverkennbar. Brachte auch der Herbst 1847 endlich wieder eine gute Ernte, so war die Verarmung der Massen und die Entmutigung des Geldmarktes doch zu

Schritte zu bestimmten Erklärungen veranlaßt, von denen ihr Verbleiben im Amt abhängig gemacht wurde.

[1]) Von einem schriftlichen Verweis sah der Minister ab, weil daraus „bei der jetzigen Indiskretion und Sucht, alles zu veröffentlichen, leicht Inkonvenienzen entstehen könnten". Der Oberpräsident erhielt aber den Auftrag, mündlich der Regierung die Mißbilligung des Ministers deutlich zum Ausdruck zu bringen.

[2]) Vgl. Mevissens Darlegung Band II, S. 324.

[3]) Vgl. oben S. 471, Anm. 2.

[4]) Vgl. oben S. 308. Die Aachener Zeitung vertrat Hansemanns Auffassung (Caspary a. a. O. S. 118, 141).

weit vorgeschritten, als daß sie sich schnell hätte beheben lassen. Mevissen wurde im Herbst vom Niederrhein wie aus Schlesien[1]) wiederholt aufgefordert, gegen den Berliner Freihandelsverein eine einheitliche Bewegung für Industrie-Schutzzölle in den Rheinlanden zu organisieren. Er verhandelte darüber mit seinem Freunde F. Diergardt, mit dem er damals auch die Förderung des Projekts einer Dampferlinie von Antwerpen nach New-York erörterte, das für die rheinische Industrie eine sehr wesentliche Bedeutung gewinnen konnte. Aber er nahm dann doch an der weiteren Betreibung dieser Sache, die gelegentlich einer Besprechung mit dem 'Elberfelder Komitee für die industriellen Angelegenheiten' am 12. Dezember in Düsseldorf in Aussicht genommen wurde, nicht teil. Es wurde dort die Gründung eines 'Rheinisch-westfälischen Gewerbevereins' mit der Zentralstelle Elberfeld und einer Anzahl von Filialen in Köln, Mülheim, Gladbach, Viersen, Dülken u. a. beschlossen, und das ganze Projekt nahm in den nächsten Wochen einen guten Fortgang.[2]) Mevissen hielt es jedoch für richtig, hier im Augenblick persönlich nicht hervorzutreten. Gelegentlich eines Besuchs, den der ostpreußische Deputierte A. v. Auerswald im September den Rheinlanden abstattete, hatte er wiederum Gelegenheit, den in der liberalen Partei vorhandenen unüberbrückbaren Gegensatz auf diesem Gebiete in wiederholten Gesprächen festzustellen. Und wenn er selbst damals seine eigene Auffassung im Verkehr mit dem

[1]) Milde hatte ihm am 29. August geschrieben: 'Das Compte-rendu von Camphausen hätte, gut gehalten wie es ist, eine bessere Abfertigung seiner handelspolitischen Unrichtigkeiten verdient, als der sanfte Beckerath in Elberfeld ihm gegeben hat. Auf den Block muß immer der Keil'. Am 23. November schrieb er: 'Köln halte ich für unsere national-handelspolitischen Bestrebungen für verloren, wenn nicht anders den Leuten über ihre gegenwärtigen Vertreter (Camphausen und Merkens) die Augen nachträglich aufgegangen sind. Aber ich bin der Meinung, daß gerade Sie in den industriellen Kreisen Adressen und Eingaben vorbereiten und anregen sollten. Von selbst hat sich noch kein Ding in der Welt gemacht, alles will einen spiritus rector haben.'

[2]) Den Vorsitz der Elberfelder Zentrale führte Daniel von der Heydt. Am 23. Januar 1848 fand in Düsseldorf die Statutenberatung statt; man plante eine Verbindung der beiden Provinzen Rheinland-Westfalen und die Bildung eines Agitationsfonds von 10000 Taler jährlich. Am 14. Februar wurde beschlossen, der Regierung Material für die im Juni in Aussicht stehende Kasseler Zollvereinskonferenz zu unterbreiten. Die Revolution beseitigte dann aber das ganze Projekt.

französischen Politiker und Industriellen Graf L. G. C. de Kergorlay[1]) befestigte, der sich im November einige Zeit am Rhein aufhielt, so blieb doch seine Überzeugung, daß die Entscheidung dieser Frage vertagt werden müsse. In seiner Eigenschaft als Deputierter könne er, so schrieb er dem Abgeordneten Milde am 17. Januar 1848 nach Breslau, an einem solchen Verein nicht teilnehmen, ohne die für die Zukunft notwendige Verständigung mit den Deputierten der anderen Provinzen zu erschweren. Daß das Heil der Zukunft nur in den Schutzzöllen liege, und daß der Zolltarif Wohl und Wehe des Landes sozusagen allein entscheide, war nicht seine Überzeugung. So sehr ihm die Durchführung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit am Herzen lag, so hielt er doch für das Gedeihen des Vaterlandes 'noch ganz andere Dinge für nötig, als unsere gutmütigen, für ihre eigenen Taschen zärtlich besorgten Schutzzollfreunde sich träumen lassen.'[2]) Und die politische Situation war tatsächlich schwierig genug, um einer Betonung weiterer Gegensätze innerhalb der liberalen Partei entschieden zu widerraten.

Am 22. November ließ das Ministerium den Mitgliedern der Vereinigten Ausschüsse den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs zugehen, und am 3. Dezember wurden die Ausschüsse zum Beginn der Beratung auf den 17. Januar nach Berlin berufen. Damit wurde die Streitfrage der Vereinigten Ausschüsse wieder aktuell.[3]) Camphausen blieb bei seiner Haltung, er war entschlossen, dem Ruf nach Berlin zu folgen. Beckerath dagegen lehnte jetzt ab und motivierte seinen Übertritt auf die Seite von Hansemann und Mevissen, dem sich noch mehrere Deputierte anschlossen, mit den Verfügungen des Landtagsabschieds vom 24. Juli. Er und Mevissen bemühten sich aber in den nächsten Wochen, jede Verschärfung der Spannung mit Camphausen zu vermeiden, an dessen Seite jetzt nur noch zehn rheinische Deputierte ausharrten. Am 22. Dezember berief Hansemann im Einverständnis mit Beckerath und Mevissen auf den 6. Januar 1848 beide Gruppen zur Aussprache nach Bonn. In einer Vorberatung am 5. Januar bei Mevissen in Köln kam man

[1]) Vgl. Nouvelle biographie universelle 27, Sp. 609.

[2]) Vgl. oben S. 470 und Band II, S. 315, 326.

[3]) Vgl. Mevissens Ausführungen Bd. II, S. 324 und Caspary a. a. O. S. 145 ff.

überein, gegenüber dem Drängen Hansemanns und seiner entschiedensten Anhänger in dieser Frage — es waren die Deputierten aus dem Moselgebiet — alles aufzubieten, um den von vielen als unvermeidlich angesehenen Bruch zu verhüten. Das gelang denn wirklich in der Bonner Versammlung, an der auch Camphausen teilnahm. Die ganze Partei beschloß, ihm freie Hand zu lassen; wiederum war es gelungen, im kritischen Augenblick wenigstens die äußere Einheit wiederherzustellen, und man bemühte sich weiter, sie aufrecht zu erhalten.[1])

Der neue, in den prinzipiellen Fragen unveränderte Entwurf des Strafgesetzbuches befriedigte die Rheinländer ebensowenig wie der frühere vom Jahre 1843, und man hoffte allgemein auf seine Ablehnung;[2]) ein Teil der Presse am Rhein urteilte so scharf, daß Bodelschwingh dem Justizminister Savigny entschiedenes Einschreiten empfahl. Und Camphausen entwickelte bei den Verhandlungen in Berlin eine von den Parteigenossen nicht vorausgesetzte Schärfe und Energie;[3]) er stellte so sein Ansehen am Rhein völlig wieder her, aber seine wohldurchdachten Anträge scheiterten doch an dem Mangel jeder Unterstützung von anderer Seite. 'Die Verhandlungen in Berlin, so schrieb Mevissen am 9. Februar, liefern trostlose Resultate. Das Strafgesetz der Ausschüsse wird den Wünschen des Volkes nicht entsprechen. Camphausen ist in einer ganz verzweifelten Position. Selbst seine Freunde, Auerswald und die Preußen, lassen ihn im Stich. Es offenbart sich bei dieser Gelegenheit die tiefere Differenz in der Denkweise der Preußen und der Rheinländer. Die Preußen sind ideeller und philosophisch konsequenter, die Rheinländer viel praktischer, unbeschadet der Theorie. Den Rheinländern gebührt, wie

---

[1]) Camphausen selbst glaubte, die Gegenpartei wolle ihn 'vernichten' (a. a. O. S. 151). Das war irrig. Beckerath schrieb am 27. Dezember an Mevissen: 'Ich bedaure Camphausen, seine edle Natur wird in der unklaren Atmosphäre, in die er eintritt, keinen freien Atemzug tun können. Vielleicht gelingt es ihm, durch einen großen Schlag die Nebel zu zerstreuen. Mein Glaube an die Reinheit und Unabhängigkeit seiner Gesinnung steht fest; mögen wir alle auch handelnd vereinigt in einer und derselben Linie stehen.' Vgl. auch Mevissens und Beckeraths Ausführungen in Band II, S. 327ff.

[2]) Oben S. 292. Wie der neue Entwurf im Ausland beurteilt wurde, vgl. Taillandier, Histoire de la Jeune Allemagne (1848) S. 174ff.

[3]) Die Gegenwart II (1849), 177; Caspary a. a. O. S. 150ff.; Tübinger Universitätsprogramm 1903 S. 46.

die Dinge stehen, die Leitung des Staates, und es ist traurig, dieses Element so stark in den Hintergrund gedrängt zu sehen.'

Das öffentliche Leben am Rhein war jedoch während dieser Zeit im allgemeinen sehr still geblieben. Nach den aufregenden Monaten des Vereinigten Landtags war im Volke völlige Apathie eingetreten, und selbst die politische Presse war — zum Teil allerdings infolge des erwähnten Gegensatzes der führenden Köpfe — weniger eifrig als sonst. Die Volksstimmung erschien Mevissen so farblos, wie sie es seit Jahren nicht gewesen war.[1] Selbst um das Strafgesetzbuch, das 1843 so lebhaft bekämpft worden war, kümmerten weitere Kreise sich kaum. 'Leider regt sich hier noch immer kein Leben. Das Volk ist stumpf und sieht der Umwandlung seiner Rechtssphäre gelassen zu. Meine Hoffnung auf ein Auftauen der rheinischen Rechtsgesinnung ist sehr gesunken, und ich muß gestehen, das Gouvernement ist politisch in seinem Rechte, wenn es annimmt, dem Volke, das sich nicht rührt, sei der Entwurf recht.'[2] Hansemann, Beckerath und Mevissen bemühten sich vergebens, durch Verbreitung einschlägiger Schriften von Leue und Walter und durch Anregung von Adressen und Petitionen in den rheinischen Städten die teilnamlose Stimmung einigermaßen zu beleben.[3] Die liberalen Deputierten selbst waren zwar ernstlich mit Vorbereitungen auf den nächsten Landtag beschäftigt, dessen Berufung man für April 1848 erwartete und auf dem man durch eine Reihe von Anträgen die Wiederberufung des Vereinigten Landtags zu beschleunigen gedachte.[4] Als eine der dringendsten Aufgaben betrachteten sie ferner, daß auf gesetzlichem Wege eine Veränderung des ständischen Wahlkörpers durch Verstärkung des liberalen Elements in dem Stand der 'Ritter' herbeigeführt werde, der sich als den eigentlichen Rückhalt der Regierung offenbart hatte. Mevissen übernahm

---

[1]) Vgl. Band II, S. 324, und Hansemann, Verfassungswerk S. 77.

[2]) Mevissen an Hansemann 1848 Februar 11 (Bd. II, S. 330), ähnlich an Beckerath 1848 Februar 19 (ebd.).

[3]) Vgl. Bd. II, S. 328ff. Hansemann war Ende Januar vergeblich bemüht, den Aachener Gemeinderat zu veranlassen, sich (ähnlich wie es in Elbing geschah) durch eine öffentliche Erklärung für die Inkompetenz der Vereinigten Ausschüsse auszusprechen (Bericht der Aachener Regierung vom 2. Februar an den Minister Bodelschwingh).

[4]) Vgl. Bd. II, S. 325, 329.

es, mit Hilfe des Düsseldorfer Staatsprokurators F. Chr. H. Kühlwetter, zu diesem Zwecke eine Revision der von der Regierung geheimgehaltenen Rittergutsmatrikel der Rheinprovinz anzubahnen. Rittergüter konnten auch von Bürgerlichen gekauft werden; man hoffte durch Anmeldung neuer Güter zur Aufnahme in die Matrikel bei den nächsten Wahlen die Zahl der liberalen Abgeordneten im zweiten Stande vermehren zu können.[1]) Alles das war aber erst im Stadium der Vorbereitung und hatte auf die Haltung der Öffentlichkeit noch keinen Einfluß.

So war die Lage der deutschen Einheits- und der bürgerlichen Freiheitsbestrebungen im Rheinland, als plötzlich ein Ereignis eintrat, das die ganze Situation von Grund aus veränderte, die Pariser Februarrevolution. Am 25. Februar wurde der innerlich längst morsche Thron Louis Philippes gestürzt; das Volk von Paris proklamierte die Republik, der vierte Stand bemächtigte sich auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts der Staatsgewalt, und zwar mit dem sozialistischen Programm, daß der republikanische Staat für jeden Bürger Arbeit und ausreichenden Lohn zu schaffen habe.

Wenn in Frankreich noch zu einer Zeit, wo schon die dumpfe Schwüle des revolutionären Gewitters heraufzuziehen begann, im Regierungskreise der dort vor großen politischen Katastrophen gewöhnliche Wahn vorgewaltet hatte, daß das herrschende System feststehe,[2]) so wurden auch die deutschen Regierungen unvorbereitet von dem Ereignis überfallen. Ein besonderes Zusammentreffen verschaffte Mevissen kurz vor der Katastrophe einen Einblick in die Auffassung einflußreicher preußischer und österreichischer Staatsmänner. Ihn selber hatten die Kammerverhandlungen in Paris mit ihren heftigen, von Thiers und Odilon Barrot auf das Ministerium Guizot geführten Angriffen schon seit einiger Zeit mit Besorgnissen erfüllt. Am 3. Februar reisten J. v. Radowitz und Graf Franz Colloredo, der frühere Botschafter Österreichs in St. Petersburg, auf dem Rückwege

---

[1]) Die von Mevissen ausgearbeitete und als Manuskript gedruckte 'Matrikel der landtagsfähigen Güter in der Rheinprovinz' zählte 516 Rittergüter auf, und zwar 189 im Regierungsbezirk Düsseldorf, 160 in Köln, 114 in Aachen, 36 in Koblenz und 15 in Trier (vgl. auch Band II, 212ff.).

[2]) Hillebrand, Gesch. Frankreichs 1830—71, II, 707ff.

von Paris, wo sie sich seit Weihnachten mit besonderen Aufträgen aufgehalten hatten, durch Köln.[1]) Mevissens Schwiegervater D. Leiden war durch seine Beziehungen zum Fürsten Metternich und durch seinen Bruder, der längere Jahre als österreichischer Kabinetskurier fungiert hatte, mit Colloredo bekannt; die beiden Durchreisenden brachten den Abend bei ihm zu, und Mevissen nahm an dem gemeinsamen Souper teil. Er vertrat in einer lebhaften Auseinandersetzung mit Radowitz, der sich erst kürzlich mit Mevissens parlamentarischem Auftreten für die freie Wissenschaft kritisch beschäftigt hatte,[2]) die Ansicht, daß in Frankreich alles zum Konflikt dränge. Radowitz, der sich in Paris von der zuversichtlichen Haltung des Königs und Guizots hatte imponieren lassen, widersprach jedoch diesen Befürchtungen auf das bestimmteste; an eine gewaltsame Bewegung in Paris, meinte er, sei überhaupt nicht zu denken. Drei Wochen später war aber die Katastrophe zur Tatsache geworden. Der leidenschaftliche Ausbruch der in der Tiefe des französischen Volkes schlummernden Kräfte fegte das Bestehende in Staat und Gesellschaft im Sturme weniger Tage über Bord.

Für die Entwicklung in Deutschland, wo die schwebenden Fragen ohne Zweifel noch einiger Zeit bedurft hätten, um zu Ergebnissen in fortschrittlichem Sinne zu führen, wurde entscheidend, daß es die Republik, und zwar die Republik des vierten Standes unter den Auspizien von Louis Blanc, war, die in Paris mit ungeahnter Schnelligkeit siegte und sich bis zum Juni etablierte. Die mit reißender Gewalt von Westen herüberflutende Bewegung bewirkte das, was Mevissen schon seit 1845 befürchtete,[3]) es gerieten auch in Deutschland jene Bevölkerungsgruppen, welche seither vom öffentlichen Leben noch ausgeschlossen waren, die politisch unreifen und den kommunistischen Utopieen zugänglichen Massen, in stürmische Bewegung, und die Verbindung ihrer Wünsche mit dem demokratischen Radikalismus, den die leidenschaftliche Bewegungsliteratur der vierziger Jahre in Prosa wie in Versen weithin verbreitet hatte, bewirkte, daß alles von einem wilden und weit in die Tiefe hinabreichenden politisch-sozialen Strudel erfaßt zu werden drohte. Die bürgerlichen Kreise

[1]) Hassel, Radowitz I, 470—480; vgl. L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 129; Strodtmann, Heine II, 520.

[2]) Vgl. oben S. 463 und Radowitz, Gesammelte Schriften III, 249.

[3]) Vgl. oben S. 358 und Bd. II, 257.

hatten die politische Reform der sozialen voraufgehen lassen wollen, um zunächst die schwierigste Entscheidung im staatlichen Leben, den Übergang von der absoluten und unbeschränkten Souveränetät der Monarchie zu konstitutionellen Formen, zu erreichen; unter Mitwirkung des Volkes sollte dann an der zukünftigen Lösung der schwierigen sozialen Frage gearbeitet werden. Jetzt verband sich plötzlich die soziale Frage eng mit der politischen, und es zeigte sich, wie sehr doch auch schon in Deutschland, wenigstens in den großen Städten und Industriezentren, die kommunistisch-sozialistischen Extreme den Boden durchwühlt hatten. Damit kreuzte sich aber eine ganz anders geartete Strömung. Durch die Befürchtung, daß die französische Republik sich jetzt wie vor fünfzig Jahren durch kriegerische Propaganda nach außen zu stützen versuchen werde, wurde in weiten Kreisen der im Volke lebendige deutsch-nationale Gedanke und der Wunsch einmütiger Abwehr eines Angriffes auf das gemeinsame deutsche Vaterland zum Enthusiasmus gesteigert. Das Bürgertum war zwar durch die seitherige Haltung der Regierungen und ihren hartnäckigen Widerstand gegen seine Wünsche erbittert, aber es wurde durch die gewaltsame Verbindung des sozialen mit dem Verfassungskampfe und durch die von außen befürchtete Gefahr doch von selbst wieder an die Seite der Regierungen, des natürlichen Rückhaltes der inneren Ordnung und der kriegerischen Kraft, geführt. Es lag in der Hand der Regierungen, jetzt, in der Stunde innerer und äußerer Gefahr, durch endliche Gewährung der berechtigten Verfassungswünsche des politisch herangereiften Bürgertums die von diesem so lange erstrebte, auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Gemeinsamkeit zu begründen.

Der von den rheinischen Liberalen v. Beckerath, Hansemann, Mevissen, v. der Heydt und Aldenhoven unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Pariser Nachricht eröffnete Meinungsaustausch zeigt deutlich, wie man in diesem Kreise dachte.[1]) Die Parteihäupter, von denen Hansemann und Mevissen sofort die Führung übernahmen, — Camphausen war noch in Berlin — bewahrten gegenüber den gewaltsamen Pariser Ereignissen durchaus das politische Gleichgewicht. Der außerordentliche Aufschwung, den die Sache der bürgerlichen Freiheit in schnellem Anlauf genommen hatte, war ihnen sehr willkommen;

[1]) Vgl. die Briefe vom 27. und 28. Februar 1848 in Bd. II, S. 331ff.

zu hoffen, daß die Regierung konstitutionelle Zugeständnisse gewähren würde, um beim Bürgertum Rückhalt gegenüber dem Radikalismus derjenigen Bevölkerungsgruppen zu finden, für deren Auffassung sich der Staatszweck im wesentlichen in der Ernährungsfrage erschöpfte und denen jede gewaltsam-revolutionäre Bewegung willkommen war. Mevissen sprach bereits am 28. Februar seine Meinung aus, die Stände würden der Regierung wohl schon bald gegen die Wühlereien der Kommunisten helfen müssen. Man verschloß sich zwar nicht der Einsicht, daß mancher seither liberale Bürger aus Sorge vor dem Umsturz sich jetzt dem Absolutismus in die Arme werfen werde. Aber Mevissen und seine politischen Freunde gedachten gerade jetzt auf gemäßigtem, gesetzlichem Wege die lang erstrebte Verfassung zu erringen. Wie die Mobilmachung der Armee, so erwartete er die baldige Berufung des Vereinigten Landtags nach Berlin, in der Zuversicht, daß der entfesselte Strom der rohen Gewalt dann in vernünftigen Schranken gehalten werden könne.

Auch am Rhein, wo die politische Apathie bis zu diesem Augenblick so stark vorgewaltet hatte, und besonders in Köln geriet die Masse des Volkes sofort in unruhige Bewegung. Außer den Pariser Vorgängen wirkten hier die Nachrichten über den Beginn der Volksbewegung am Oberrhein, vor allem über die große Versammlung in Mannheim stark ein, wo am 27. Februar gemäßigte und radikale Elemente nach stürmischer Verhandlung gemeinsam die vier Kardinalforderungen: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung zum Schutz der deutschen Grenzen und deutsches Parlament, aufgestellt hatten. Am 2. März kam es in Köln zu Unruhen auf dem Altenmarkt, am 3. März drang ein Haufe Volk, meist aus Arbeitern und Handwerksgesellen bestehend, gewaltsam in die Sitzung des Gemeinderats und präsentierte ein auf der Grund[illegible] des allgemeinen Wahlrechts in Stadt und Gemeinde beruh[illegible] [illegible]liches Pro[illegible]
In dem entstehenden [illegible]
der Rathausplatz [illegible]
Morgen verh[illegible]
rheinischen [illegible]
die mo[illegible]
kri[illegible] [illegible] Grün-
d[illegible] [illegible]en sozialen

Hilfsmittel wohl erklärlich war. Neben den kirchlich-religiösen waren nur diese wirtschaftlich-sozialen Fragen imstande, in der politisch noch teilnahmlosen Masse der rheinischen Bevölkerung eine tiefgreifende und nachhaltige Bewegung hervorzubringen. Das eine hatte der Kölner Kirchenstreit vor zehn Jahren bewiesen (S. 227), das andere trat jetzt unverkennbar zutage. Köln wurde sofort der Mittelpunkt einer umfassenden kommunistischen Propaganda. Karl Marx, inzwischen zum anerkannten Führer des Proletariats geworden, dessen Programm er im Februar im 'Kommunistischen Manifest' zusammengefaßt hatte, kam anfangs März von Brüssel wieder nach Köln und bereitete die Gründung der 'Neuen Rheinischen Zeitung' vor, die dann seit dem 1. Juni fast ein Jahrlang ihre kommunistischen und revolutionären Ideen von Köln aus verbreitete.[1]) Die Erregung war aber gleichfalls groß im Norden der Provinz, in den Industriebezirken von Elberfeld und Gladbach, und im Süden in dem Moselgebiet, wo die alte Winzernot noch unvermindert fortdauerte und dem Sozialismus viele Anhänger zuführte. Hier im Süden der Provinz machte eine Zeitlang sogar ein Teil des Bürgertums Miene, den radikalen, aus Baden und der Pfalz herüberdringenden Forderungen Konzessionen zu machen, während am Niederrhein, wo die lokale Ansammlung der Arbeiterbevölkerung am gefährlichsten war, umgekehrt die Furcht vor Exzessen viele liberale Bürger über Nacht zu konservativen Vertretern des Ordnungsprinzips umwandelte.

In zahllosen Volksversammlungen, aus denen die radikalen Forderungen immer lauter herausklangen, kam während der Märzwochen die Erregung der Masse des rheinischen Volkes zum Ausdruck. Die dem Sturm hilflos gegenüberstehende Bureaukratie wagte nicht, deren Abhaltung zu hindern; sie vermochte selbst das Gleichgewicht der Zustände, dessen Erhaltung am Rhein der Regierung schon seit Jahren Sorge machte,[2]) nicht mehr zu bewahren, und sie wartete vergebens darauf, daß von Berlin die Parole für den jetzt einzuschlagenden Kurs ausgegeben werde. Die Gemeindevertretungen der größeren Städte aber, gegen deren Übergreifen in das Gebiet der

[1]) G. Adler, Gesch. der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland (1885) S. 134; Mehring, Gesch. der deutschen Sozialdemokratie I, 360.

[2]) Vgl. oben S. 322 und die Berichte der Düsseldorfer Regierung vom 3. und 15. März (Bd. II, 336, 340).

politischen Fragen das Ministerium noch kurz vor dem Ausbruch der Revolution die lokalen Regierungsbehörden in Bewegung gesetzt hatte,[1]) fühlten sich jetzt verpflichtet, durch Adressen und Petitionen die Regierung auf die Bahn der Konzessionen an den Konstitutionalismus zu bringen, um so dem Radikalismus zu begegnen. Und in demselben Sinne faßten die liberalen Deputierten ihre Aufgabe.

Auf Grund einer am 27. und 28. Februar zwischen Hansemann und Mevissen getroffenen Vereinbarung kamen sie am 3. März in Köln zusammen. Die am 2. März begonnenen Unruhen hatten auch den rheinischen Oberpräsidenten Eichmann zur Reise von Koblenz nach Köln veranlaßt. Sechs der Deputierten: Hansemann, Beckerath, v. der Heydt, Mevissen, Stedmann und Uellenberg begaben sich abends spät noch zu Eichmann, um ihm den Ernst der Lage vorzustellen. Die Deputierten versicherten die Regierung ihrer ungeschwächten Treue und Ergebenheit, betonten aber zugleich die Schuld der Regierung an der vorhandenen Aufregung und die ernste Notwendigkeit, dem im Volke reif gewordenen Bedürfnis nach durchgreifenden Reformen, nach freiheitlicher Entwicklung der Verfassung und Sicherstellung des öffentlichen und privaten Rechts sobald als möglich zu genügen. Besonders verlangten sie die baldige Einberufung des Vereinigten Landtags, damit dieser zusammen mit der Krone die Lage berate und Maß in die Volksbewegung bringe. Hansemann hatte schon am 1. März dem Minister Bodelschwingh in einer besonderen Denkschrift dargelegt,[2]) daß dem Landtag ein neues Wahlgesetz über die Bildung einer Volksrepräsentation vorgelegt werden müsse, und eine am 3. März entworfene Adresse des Kölner Gemeinderats bezeichnete als notwendig, außer der Aufhebung der Preßzensur, die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtags, die Gewährung der Rechte, die von den Vertretern des Volkes als erforderlich zu dauerhafter Begründung der Verfassung in Anspruch genommen würden, und die Erweiterung des Wahlgesetzes auf möglichst umfassender Grund-

---

[1]) Minister Bodelschwingh an den Präsidenten der Aachener Regierung, 1848 Februar 9.

[2]) Diese Denkschrift Hansemanns, von der sich nicht feststellen läßt, wie weit sie auf die Entschließungen Bodelschwinghs eingewirkt hat, ist später von Hansemann selber veröffentlicht worden (Preußisches und Deutsches Verfassungswerk (1850) S. 78ff.); vgl. auch Bergengrün a. a. O. S. 411.

lage.[1]) So weit hatten die jüngsten Ereignisse die politischen Wünsche des gemäßigten Bürgertums schon über die Bestrebungen des ersten Vereinigten Landtags hinausgeführt. Eichmann versprach, dem König sofort zu berichten. Aber der König hielt es für ausreichend, am 6. März beim Schluß der Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse die Erklärung abzugeben, daß der Vereinigte Landtag fortan alle vier Jahre berufen werden solle.

Es ist verständlich, daß diese Erklärung, die zwar das 1847 so heiß umstrittene Prinzip der Periodizität des Landtags zugestand, aber doch für den Augenblick nichts Greifbares bot, beim Bürgertum wie bei den Massen einen sehr ungünstigen Eindruck machte. Das tritt in einem Schreiben Mevissens vom 8. März an einen Verwandten hervor: 'Man sieht in Berlin die Dinge nicht so ernst an, wie sie in Wirklichkeit sind. Wenn die Regierung endlich erkennt, wie es sich in ganz Deutschland regt und wie es überall gärt, so werden ihr die Augen auf-, wenn nicht übergehen.'[2]) Die nationale Bewegung vor allem war es, die in diesem Augenblick von Süddeutschland aus die Aufregung zur Krisis steigerte; sie teilte sich nicht nur dem ganzen Westen mit, sondern wirkte in den nächsten Tagen auch auf die Bevölkerung der großen Städte in Norddeutschland entscheidend ein.

Der Bundestag in Frankfurt hatte seither schon unter dem Eindruck dieser süddeutschen Volksbewegung gestanden und ihr nachgegeben. Sie jetzt, im entscheidenden Augenblick, für die vom süddeutschen und rheinischen Liberalismus erstrebte preußische Hegemonie in Deutschland fruchtbar zu machen, versuchte mit Eifer und Geschick Graf Heinrich Dönhoff, der preußische Gesandte beim Bundestag, der infolge der Abwesenheit des österreichischen Gesandten Münch-Bellinghausen[3]) damals den Vorsitz führte. Seit Bassermanns Antrag vom 12. Februar leitete ihn die Absicht, bei seiner Regierung für die Verdrängung Österreichs aus der leitenden Stellung im Bunde Stimmung zu machen und den Widerwillen des Königs gegen den Konstitutionalismus wie gegen eine Trennung von Österreich in der deutschen Frage zu ent-

---

[1]) Diese Adresse wurde zunächst dem noch in Berlin weilenden Abgeordneten Camphausen, dann am 10. März dem König direkt übersandt.

[2]) Vgl. auch Bd. II, S. 339.

[3]) An seine Stelle trat am 12. März der S. 509 erwähnte Graf Franz Colloredo (Arneth, Anton v. Schmerling (1895) S. 103).

kräften. Die Wünsche der Liberalen in Süddeutschland gingen unter dem ersten Eindruck der Pariser Ereignisse dahin, die süd- und westdeutschen Staaten sollten zusammen mit dem der bürgerlichen Freiheit sich endlich erschließenden Preußen den österreichischen Staat „aus seinem unseligen Prinzip herausdrängen," dann sollte „alles zusammen, das Panier der Nationalität und der Volksfreiheit in der Mitte, einen Heerweg einschlagen und unbesorgt den Dingen entgegensehen, die sich im Westen ereignen."[1]) Demgemäß bemühte sich Graf Dönhoff, in wiederholten Berichten nach Berlin darzutun, daß jetzt für Preußen der Augenblick gekommen sei, um die Führung in Deutschland ohne Rücksicht auf Österreich zu ergreifen, indem es sich auf die Sympathie des deutschen Volkes stütze; diese aber könne es nur durch den Übergang zum konstitutionellen System gewinnen. Unter der Mitwirkung Bodelschwinghs erschloß sich der König seit dem 8. März allmählich diesem letzteren Gedanken.[2]) Aber es war nicht verwunderlich, daß es ihm schwer wurde, ihn wirklich in sich aufzunehmen und öffentlich zu vertreten. Vor weniger als Jahresfrist hatte er mit feierlichem Nachdruck erklärt, daß es keiner Macht der Erde gelingen werde, ein konstitutionelles Verhältnis zwischen Fürst und Volk in Preußen zu begründen; nun sah er sich durch ein plötzliches revolutionäres Ereignis genötigt, mit Rücksicht auf die nationale Aufgabe Preußens das verhaßte moderne Prinzip in seinem Staate dennoch anzuerkennen. Um Preußens Stellung in Deutschland auf die jetzt unentbehrliche Sympathie der bürgerlichen Ordnungsparteien stützen zu können und dadurch, wie durch seine gleichzeitigen Bemühungen um eine europäische Allianz wider einen Angriff von seiten Frankreichs, freie Hand zum Kampf gegen die Mächte des Umsturzes zu erhalten, mußte er seine tief innerlichen Überzeugungen aufgeben. Und schwerer noch als in Preußen mußte es ihm werden, auch für die von ihm stets nur in Gemeinschaft mit den übrigen Regierungen erstrebte Reorganisation des Deutschen Bundes jetzt eine selbständige Mitwirkung des Volkes

---

[1]) Deutsche Zeitung Nr. 60 (1848 Februar 29).

[2]) Nach Gerlach a. a. O. I, 127 war Bodelschwingh persönlich schon seit dem Winter für den Konstitutionalismus. Für die Haltung des Königs, Dönhoffs Bemühungen usw. vgl. Koser in der Histor. Ztschr. 83, S. 43 ff., 65; Rachfahl, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Märzrevolution (1901) S. 87 ff. und Histor. Vierteljahrsschrift 1903, S. 363 ff.

zuzugestehen.[1]) Er hatte soeben erst in Wien, wo der Absolutismus noch in vollem Umfang behauptet wurde, Verhandlungen auf der entgegengesetzten Grundlage angeknüpft. Seine älteren Bundesreformpläne hatte er Mitte Februar, unmittelbar nach Bassermanns Antrag und noch vor den Pariser Ereignissen, wieder aufgegriffen, und er hatte am 2. März Radowitz nach Wien entsandt, um die Hofburg zu veranlassen, mit Rücksicht auf die drohenden Gefahren von dem System der Unbeweglichkeit und des Stillstands gegenüber der Bundesreform abzugehen und die Berufung eines Fürstenkongresses zu diesem Zweck zu billigen. Metternich erklärte sich jetzt, am 10. März, in der Tat bereit, und der Kongreß wurde auf den 25. März vereinbart. Die Regierungen allein, ohne alle Mitwirkung des Volkes, sollten sich dort über die Bundesreform schlüssig werden. Inzwischen hatte sich aber in wenigen Tagen die Situation von Grund aus verändert. Die Aufrichtung eines großen deutschen Reiches, das Sicherheit gegen äußere Gefahr bieten und eine Rolle spielen sollte unter den Mächten Europas, war seit dem Ausbruch der Pariser Revolution ein Gedanke geworden, dessen sich das deutsche Bürgertum mit leidenschaftlicher Wärme bemächtigte. Hatte Bassermanns Antrag nur eine Vertretung des Volkes beim Bundestag zur Anbahnung der Bundesreform verlangt und hielt jetzt Dönhoff es für unumgänglich, daß Preußen auch in dieser Beziehung die Volkswünsche erfüllen müsse, so war seit der Februarkatastrophe durch die Besorgnis vor einem Angriff von außen die Überzeugung von der gänzlichen Unzulänglichkeit des Bundestags verstärkt worden und unter dem Einfluß der französischen Revolutionsideen der Plan eines selbständigen deutschen Volksparlaments entstanden, der sehr bald zum leitenden Gedanken der Bewegung heranwuchs. Es war begreiflich, daß Friedrich Wilhelm IV. gegenüber diesen mit Sturmeseile sich vollziehenden Vorgängen nur ganz allmählich, schrittweise zu bewegen war, den durch die Verhältnisse erzwungenen und seiner ganzen Persönlichkeit widerstreitenden Übergang zum Konstitutionalismus durch öffentliche, bestimmte und bindende Erklärungen zum Ausdruck zu bringen. Ebenso begreiflich aber war es, daß dieses Zögern des Königs die Volkserregung von Tag zu Tag weiter steigerte.

[1]) Vgl. seinen Brief vom 9. März an Bunsen (Ranke, Sämtliche Werke 49/50 S. 457) und vom 10. März an Radowitz (Hassel a. a. O. I, 494).

Der Gedanke des Deutschen Parlaments hatte sehr bald auch in der Rheinprovinz gezündet.[1] Im liberalen Kreise herrschte hier wie bei Dönhoff und den süddeutschen Liberalen zunächst der Gedanke vor, daß der König sich durch den Übergang zum Konstitutionalismus an die Spitze der deutschen Bewegung stellen müsse. Am 27. Februar, unter dem Eindruck der ersten Meldungen aus Paris, schrieb Beckerath an Mevissen: „Wie würde Preußen, wenn es sich an die Spitze Deutschlands als dessen größter, freier Staat stellen wollte, Österreich überflügeln, Rußland trotzen, Frankreich Achtung gebieten können!"[2] Hansemann äußerte sich am 1. März bestimmter über die Mitwirkung des Volkes bei der deutschen Frage, indem er an Bodelschwingh schrieb, der König möge beim Bundestage dafür sorgen, daß unverzüglich aus allen Bundesstaaten, und zwar nach Verhältnis ihrer Bevölkerung, Deputierte in Frankfurt vereinigt würden, um in Übereinstimmung mit den deutschen Fürsten die zu Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit notwendige Reform des Bundes zu beschließen.[3] Ähnlich bezeichnete die erwähnte Adresse des Kölner Gemeinderats vom 3. März als notwendig die Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung und die Gewährung einer genügenden Vertretung des Volkes durch unmittelbare Abgeordnete desselben bei der Bundesbehörde. Die Verbindung von Regierung und Volk in dieser Form war das Programm, womit der rheinische Liberalismus in die deutsche Bewegung des März 1848 eintrat. Sogleich aber wurde er von Süddeutschland in Zusammenhang mit den weitergehenden Volkswünschen gebracht. Man richtete dort seine Blicke auf die preußische Rheinprovinz, „erwartungsvoll, daß von dort die kräftigste Kundgebung ausgehen werde eines unerschütterlichen Zusammenstehens mit dem ganzen für das ganze unabhängige Deutschland, eines unwandelbaren Einstehens — nicht wie 1840 mit Worten und Liedern für den freien deutschen Rhein — sondern, wenn die Not es erheischt, mit Werken und Taten für die freie deutsche Sache."[4] Am 1. März erhielten Hansemann und Mevissen als „bewährte Vaterlandsfreunde"

[1] Vgl. den Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel vom 3. März (Bd. II, S. 337).

[2] Vgl. Bd. II, S. 333, dazu oben S. 371.

[3] Vgl. Hansemann, Verfassungswerk S. 82; Bergengrün a. a. O. S. 411 ff.

[4] Deutsche Zeitung 1848 März 1 (Nr. 61).

durch den rheinpfälzischen Abgeordneten F. Willich eine vom 28. Februar datierte Einladung, sich am 5. März in Heidelberg zu einer Besprechung der süddeutschen liberalen Abgeordneten einzufinden.[1]) Unmittelbar von der Versammlung der rheinischen Deputierten, die am 3. März in Köln stattfand, begab sich Hansemann nach Heidelberg. Mevissen, der in den nächsten Tagen durch den badischen Deputierten F. P. Buhl und seinen Tübinger Freund Fallati noch wiederholt über die Bewegung in Baden und Württemberg unterrichtet wurde, hatte gleichfalls die Absicht, der Aufforderung nach Heidelberg zu folgen. Und er hielt es für dringend erforderlich, daß dort vor allem Ruhe und Besonnenheit gepredigt werde.[2]) Die süddeutschen Liberalen hatten durch ihre Teilnahme an den Mannheimer Beschlüssen vom 27. Februar in der Tat dem Radikalismus starke Zugeständnisse gemacht. Mit Rücksicht auf die am 2. und 3. März in Köln ausgebrochenen Unruhen erschien es Mevissen aber zu bedenklich, seine Familie zu verlassen; er blieb in Köln und bemühte sich in den nächsten Tagen um die Verständigung der rheinischen Deputierten über ein einheitliches Vorgehen.[3]) In Süddeutschland hatte sich inzwischen zwar eine Scheidung der Geister sofort wieder vollzogen. Die radikale Partei unter Hecker und Struve ging ihren eigenen Weg mit dem Ziele der deutschen Republik weiter, während die konstitutionelle Gruppe, deren Häupter Gagern, Mathy und Bassermann in Heidelberg die Entscheidung herbeiführten, an der Absicht, die preußische Hegemonie in Deutschland zu verwirklichen und die Verfassung des neuen deutschen Bundesstaates durch Vereinbarung zwischen den Regierungen und dem Volke zu schaffen, festhielten. Aber bei der in den weitesten Kreisen des Volkes vorhandenen Abneigung gegen den Bundestag und der seitherigen Zurückhaltung des preußischen Königs

[1]) Bd. II, S. 334; Aus dem Nachlaß von K. Mathy S. 113 ff.

[2]) Vgl. seinen Brief an Hansemann vom 1. März, Bd. II, S. 335 und ebd. S. 337, 339, 343.

[3]) Am 6. März warnte er noch einmal den in Köln zurückgebliebenen Oberpräsidenten Eichmann, der die akute Gefahr für beseitigt hielt, da nach der Verhaftung der Führer des Putsches vom 3. März unerwarteterweise die Ruhe (trotz der Karnevalstage, von deren Feier sich die Bevölkerung auch durch die europäische Krisis nicht abhalten ließ) nicht gestört worden war. Für die Situation in Köln vgl. F. Lewald, Erinnerungen aus dem Jahre 1848 I (1850), 30 ff.

verließen doch auch sie den Standpunkt des Bassermannschen Antrags vom 12. Februar und gaben, schon um den radikal-republikanischen Bestrebungen wirksam begegnen zu können, den Wünschen nach, in denen unter dem Einfluß der Pariser Erfolge die im seitherigen politischen Leben Deutschlands und besonders Preußens noch wenig verbreiteten Gedanken der Volkssouveränetät[1]) und des allgemeinen Wahlrechts nachdrücklich zur Geltung kamen. Da die bestehende Bundesverfassung und die Bundeseinrichtungen zum Schutze Deutschlands gegen die Gefahren des Augenblicks unzulänglich erschienen, suchte man ihren Ersatz durch eine einheitliche deutsche Zentralgewalt in der Hand des preußischen Königs anzubahnen, die sich aber, um stark genug zu sein, auf die selbständige Mitwirkung des Volkes stützen müsse. In diesem Zusammenhang faßte der Gedanke einer improvisierten Volksvertretung auch in diesem Kreise Wurzel. Die Heidelberger Versammlung erklärte am 5. März die in Mannheim am 27. Februar verlangte Begründung eines Deutschen Parlaments in dem Sinne einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung für unaufschiebbar. Ein von der Versammlung bestellter Ausschuß, dem der am 5. März zum Premierminister in Hessen ernannte Heinrich v. Gagern angehörte, betrieb die Angelegenheit weiter: am 12. März lud derselbe alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder der deutschen Bundesstaaten und andere Vertrauensmänner des deutschen Volkes ein, am 30. März in Frankfurt zu einer Beratung über die Grundlagen einer nationalen Parlamentsverfassung, dem später sogenannten Vorparlament, zusammenzutreten, und so dem Vaterland wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Keine Regierung versuchte einen Einspruch gegen diesen Beschluß, der zwar nicht eine förmliche Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränetät bedeutete, aber doch den Standpunkt geltend machte, daß das Volk selbständig, ohne vorherige Zustimmung der Regierungen und außerhalb des Rahmens bestehender gesetzmäßiger Einrichtungen, die nationale Frage in die Hand zu nehmen, die zukünftige Verfassung des deutschen Bundesstaates zu beraten und von dieser durch das Volk selbst bestimmten Grundlage aus ihre Durchführung mit den Regierungen zu vereinbaren befugt sei.[2])

[1]) Die Volkssouveränetät hatte in Deutschland 1832 beim Hambacher Fest zum ersten Mal eine Rolle gespielt.

[2]) Vgl. Deutsche Zeitung 1848, Nr. 68, 69, 75, 76 (März 8, 9, 15, 16).

Ohne Zweifel ging das, was hier geschah, über den Standpunkt, den die Liberalen am Rheine seither eingenommen und über das weit hinaus, was Hansemann am 1. März noch verlangt hatte, daß der König von Preußen zusammen mit dem Bundestag das Volk zur Mitarbeit auffordern sollte, um auf diese Weise durch Vereinbarung beider Faktoren die deutsche Frage zu lösen. Hansemann war in Heidelberg überzeugt worden, daß in Süddeutschland auch die gemäßigten Liberalen die Initiative der Regierung in der nationalen Frage abzuwarten nicht gewillt waren und sich von einer Mitwirkung des Bundestags nichts versprachen, trotzdem dieser auf Dönhoffs Veranlassung seit dem 1. März der Volksbewegung einzelne Konzessionen gemacht hatte. Nachdem Hansemann auf der Rückreise von Heidelberg in Frankfurt am 6. März noch mit Dönhoff konferiert und ihm berichtet hatte, er habe in Heidelberg den Eindruck empfangen, daß die Leiter der Bewegung überall von der unbedingten Notwendigkeit einer Konstituierung Deutschlands durch ein nationales Parlament überzeugt seien,[1]) berichtete er am 7. März in Köln bei Mevissen über seine Reise. Er gab hier im Kreise einer Anzahl rheinischer Politiker eine lebendige Schilderung der süddeutschen Zustände. Er konnte „nicht genug betonen, wie begeistert, wie erregt, wie so ganz von ihren Ideen durchdrungen die Männer in Baden und Hessen sind, und wie bereit, alles daranzusetzen, um ihre Forderungen durchzuführen."[2]) Und seine Darlegung überzeugte die Anwesenden von der Unvermeidlichkeit einer Anerkennung des Heidelberger Programms, das an der konstitutionellen Staatsform für jedes einzelne deutsche Land wie für das Ganze, und ebenso an der erstrebten[3]) preußischen

[1]) Das Datum 7. März (Histor. Zeitschr. 83, S. 63, danach bei Bergengrün a. a. O. S. 416) beruht auf einem Versehen.

[2]) Brief (vom 8. März) eines Teilnehmers an dieser Besprechung.

[3]) Am 7. März richtete eine Adresse des Gemeinderats von Elberfeld „an Preußens König als den von Gott gegebenen Vorfechter deutscher Nation die dringende, flehentliche Bitte, die Initiative zu ergreifen und neben der Volksvertretung im eigenen Staat eine Vertretung des ganzen deutschen Volkes ins Leben zu rufen, um so sich selbst ein unsterbliches Denkmal in der Geschichte zu setzen, die Herzen der ganzen Nation aber zu glühender Liebe und zu jeder Tat bürgerlicher Tugend und Aufopferung zu entflammen." Ähnliche Adressen wurden in den nächsten Tagen noch von verschiedenen rheinischen Städten und Körperschaften nach Berlin gerichtet.

Hegemonie in Deutschland festhielt, wenn es auch für die Durchführung dem Volke neben den Regierungen neue und selbständige Rechte zugestanden wissen wollte.

Inzwischen hatte Mevissen am 4. März eine Versammlung sämtlicher rheinischen liberalen Deputierten auf den 11. März nach Bonn berufen. An der Versammlung nahmen 29 Deputierte, unter ihnen auch Camphausen teil, der am 8. März von Berlin nach Köln zurückgekehrt war. Ihm widerstrebte die Entwicklung, welche die Dinge während der letzten Tage unter dem Einfluß der Süddeutschen nahmen, durchaus; das, was die Heidelberger unter Mitwirkung Hansemanns beschlossen hatten, erschien ihm „nicht viel weniger als die deutsche Republik".[1]) Er setzte in den nächsten Tagen seinen ganzen Einfluß ein, um den Heidelberger Beschlüssen ihre Wirkung dadurch zu nehmen, daß unter allen Umständen der preußische König die Leitung der deutschen Einheitsbewegung in der Hand behalten sollte, indem er selbst, und zwar in der Weise wie es Hansemann, Mevissen und die rheinischen Konstitutionellen überhaupt bis zur Heidelberger Versammlung erstrebt hatten, die Beteiligung des Volkes an der Lösung der nationalen Frage unter Mitwirkung des Bundestags organisierte. So scharfe Kritik er noch vor Monatsfrist selbst bei der Beratung über das Strafgesetzbuch in Berlin am Deutschen Bunde geübt hatte,[2]) so konnte er sich doch nur für seine Weiterbildung, nicht für ein improvisiertes Volksparlament erklären. In einer Vorbesprechung, die am 10. März in Köln bei Mevissen stattfand, vertrat er seinen Standpunkt gegenüber Beckerath und Mevissen; am folgenden Tage platzten in Bonn die gegensätzlichen Anschauungen heftig aufeinander,[3]) Camphausen hielt aber daran fest, daß der süddeutschen Auffassung keine Konzessionen gemacht werden dürften. Er setzte es, indem er bis an die Grenzen des Bruches ging, durch, daß die Versammlung in einer Adresse, die sie sofort an den König

[1]) Vgl. seine Äußerung vom 9. März bei Caspary a. a. O. S. 170; dazu die Erklärung in der Deutschen Zeitung Nr. 77 (vom 17. März).

[2]) Ebd. S. 163.

[3]) Beckerath und Mevissen benutzten die Versammlung in Bonn, um mit Dahlmann in persönliche Verbindung zu treten, der am 9. März eine Bonner Adresse mit ähnlicher Tendenz verfaßt hatte (vgl. Bd. II, 347 Anm. und Varrentrapp, Dahlmanns kleine Schriften S. 375).

richtete und die somit den politischen Standpunkt der rheinischen liberalen Reformpartei unmittelbar vor der Berliner Katastrophe wiedergiebt, den König einerseits bat, den Vereinigten Landtag sofort zu berufen, um eine neue Grundlage für die preußische Verfassung zu schaffen,[1]) ihm andrerseits aber die Notwendigkeit dringend ans Herz legte, daß die nationale Frage durch innige Verschmelzung des Königtums mit der Volksfreiheit und die sofortige Einrichtung einer Volksvertretung beim Deutschen Bunde gelöst werde, wozu die Vorsehung den preußischen König berufen habe. Die Adresse gehe, so wurde weiter ausgeführt, aus dem tiefsten Bedürfnisse einer Provinz hervor, welche rings von freien Staaten umgeben und deren Bevölkerung sich des Anspruchs bewußt sei, nicht weniger Rechte als ihre deutschen Bruderstämme zu besitzen.

Mit wie gutem Grunde allerdings Hansemann und auch Mevissen[2]) gezweifelt hatten, daß der für die deutsche Frage hier in Aussicht genommene Weg noch zum Ziele führen könne, selbst wenn der König — was er nicht tat — sofort der an ihn gerichteten Bitte entsprechen sollte, offenbarte die erwähnte schon am folgenden Tage erfolgte Berufung des Vorparlaments auf den 30. März. Die Adresse war dadurch überholt, und der unruhige Drang in Süddeutschland steigerte sich noch weiter von Tag zu Tag. Während der König in seinem Patent vom 14. März den Vereinigten Landtag erst auf den 25. April berief — einen Zeitpunkt, der besonders mit Rücksicht auf die süddeutsche Stimmung viel zu spät war —, und während er hier erklärte, er werde mit Österreich und den übrigen Bundesfürsten, demnach ohne Beteiligung des Volkes, über das Wohl des allgemeinen Vaterlandes beraten und eine Regeneration des Deutschen Bundes versuchen, hatten die süddeutschen Regierungen sofort, mit

[1]) Als notwendig in dieser Hinsicht wurde erklärt: 1. Abänderung des Wahlsystems in der Art, daß die verschiedenen Volksklassen in richtigem Verhältnis vertreten werden, 2. zeitgemäße Umgestaltung der Herrenkurie, 3. beschließende Mitwirkung des umgestalteten Vereinigten Landtags mit einfacher Majorität in der gesamten Gesetzgebung und im Staatshaushalt, 4. Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis (vgl. den Wortlaut der Adresse in der Deutschen Zeitung 1848 März 16, Nr. 76).

[2]) Mevissen nahm, wie sich aus seinem Brief an Hansemann vom 14. März (Bd. II, S. 340) ergibt, eine Mittelstellung ein. Die Adresse vom 11. März wurde gedruckt und sämtlichen Mitgliedern des Vereinigten Landtags zugesandt.

überraschender Schnelligkeit, den Gedanken des nationalen Parlaments acceptiert. So wurden nun in Süddeutschland die Stimmen der Radikalen zahlreicher und lauter, die einem getrennten Vorgehen, einem süddeutschen Sonderbund oder gar einer süddeutschen Republik unter Verzicht auf Preußen, das Wort redeten. Die süddeutsche Bewegung aber wirkte zugleich immer stärker auf die Rheinprovinz ein, wo das Patent vom 14. März sehr enttäuschte[1]) und wo in der Masse der Bevölkerung jene latente Unterströmung einer negativen Opposition gegen Preußen noch fortbestand, welche seither nur vom liberalen Bürgertum völlig überwunden und durch positive Mitarbeit am Aufbau des preußischen Staates ersetzt worden war. Es erhoben sich hier Stimmen, die die Trennung von Preußen empfahlen, um mit dem in der nationalen Frage vorandrängenden Südwesten Deutschlands gemeinsame Sache machen zu können;[2]) sie waren ein Widerhall der früheren preußischen Regierungspolitik, die dreißig Jahre hindurch den Zusammenhang der neuen Provinz mit dem Staate nur durch ein unbeliebtes bureaukratisches Regime, nicht durch die vom Bürgertum erstrebten organischen Institutionen hatte herstellen wollen. Den drohenden Ernst dieser Lage brachte am 15. März eine neue, von Camphausen verfaßte Adresse des Kölner Gemeinderats an den König zum Ausdruck.[3]) Sie erbat wiederholt die baldige Gewährung verfassungsmäßiger Garantieen für Preußen, und sie hielt an dem prinzipiellen Standpunkt der Adresse vom 11. März, daß die nationale Volksvertretung durch den König in die Wege geleitet werden müsse, fest, indem sie den Nachdruck noch stärker darauf legte, daß der König sich nicht von der süddeutschen Volksbewegung überflügeln lassen dürfe.

[1]) Vgl. die Schreiben von Hansemann und Reichardt an Mevissen (vom 16. und 17. März) in Bd. II, 343, 345. Hansemanns Haltung im März 1848 ist bei Bergengrün a. a. O. S. 416ff. unrichtig gezeichnet; die Darlegungen H.'s aus dem Jahre 1850, auf die er sich stützt, sind unzuverlässig.

[2]) Sie waren am stärksten im Süden der Provinz, ein Bericht der Trierer Regierung vom 12. April handelt näher über sie. Von französischen Sympathieen war dabei nicht die Rede (vgl. Bd. II, S. 343 Anm. und Bassermanns Ausführungen in der Deutschen Zeitung vom 19. März, Nr. 79 Beilage).

[3]) Vgl. den Wortlaut dieser Adresse Bd. II, S. 341, dazu Caspary a. a. O. S. 171 und den Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel vom 15. März (über die „Erhaltung von Deutschlands Ehre und Ruhm zugleich mit der Glorie Preußens" Bd. II, 340).

Die Bewegung in Süddeutschland müsse, so wurde hier ausgeführt, bei einem fortgesetzten Widerstand gegen die nationalen Wünsche zu einer Auflösung des Deutschen Bundes und damit zur Isolierung und Abtrennung der Rheinprovinz führen. Aber diese neue Adresse sah von der Empfehlung einer Volksvertretung beim Bundestag ab. Sie beschwor vielmehr den König, sich an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung zu stellen, die deutschen Fürsten nach Frankfurt zum Zweck der Umgestaltung des Deutschen Bundes zu berufen und zugleich selbst die Verhältniszahl der Vertreter zu bestimmen, welche jeder Bundesstaat kurz nach dem Zusammentritt der Fürsten zum Beirat und zur Mitwirkung an den Grundzügen der künftigen Verfassung des deutschen Reiches nach Frankfurt zu entsenden habe. Eine besondere Deputation unter der Führung von F. v. Wittgenstein begab sich nach Berlin, um diese Adresse zu überreichen, und der Oberpräsident Eichmann, der jetzt auch bedenklich geworden war, reiste mit; es war ein letzter Versuch, dem preußischen König ohne jede Konzession an das Prinzip der Volkssouveränetät die Leitung der von Süddeutschland ausgegangenen volkstümlichen Bewegung für ein Deutsches Parlament zu wahren.

Der König war schon als er sein Patent vom 14. März publizierte, innerlich überzeugt, daß er dem Drängen nach einer Mitwirkung des Volkes auch für die deutsche Frage werde nachgeben müssen.[1]) In seinem schrittweisen Zurückweichen dachte er sich jedoch eine deutsche Volksvertretung zwar mit garantierten Rechten, aber dennoch ständisch, in vier Kurien geteilt[2]), so wie er auch den preußischen Vereinigten Landtag nach der Gewährung garantierter Rechte noch erhalten zu können hoffte. Während das Volk ein nach der Einwohnerzahl auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildetes Deutsches Parlament verlangte, dachte er an eine Zusammenlegung der in den verschiedenen Bundesstaaten bestehenden Kammern, und selbst von diesem Gedanken ließ er zunächst noch nichts an die Öffentlichkeit gelangen.

So steigerte sich um die Mitte des März die Aufregung zur Krisis. In Berlin selbst kam es seit dem 13. März fast täglich zu wiederholten blutigen Zusammenstößen der Volksmenge mit dem

[1]) Seit dem 12. März (Koser a. a. O. S. 66ff.; Hassel, Radowitz I, 494, 502).

[2]) In dem Brief vom 10. März an Radowitz (Hassel I, 494).

Militär. Endlich, als die Spannung aufs höchste gestiegen war, am 18. März mittags, wurde dann zusammen mit einem die ersehnte Preßfreiheit gewährenden Gesetz ein neues königliches Patent publiziert, das den Vereinigten Landtag auf den 2. April einberief, zugleich eine konstitutionelle Verfassung in Preußen und die von den Fürsten und dem Volk gemeinsam zu bewirkende Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit einer Volksrepräsentation als notwendig erklärte. Es war das alte Radowitzsche Programm in Verbindung mit der seither so sehr verabscheuten konstitutionellen Idee, was der König hier verkündete. Diese Publikation, die den grundsätzlichen Umschwung der Politik des Königs im Innern wie für Deutschland zum ersten Ausdruck brachte, war unmittelbar dadurch veranlaßt, daß am 13. und 14. März die österreichische Regierung durch einen revolutionären Sturm gestürzt, Metternich zur Flucht nach England genötigt und in Wien ein konstitutionelles Ministerium gebildet worden war. Die Nachricht, die am 16. März in Berlin eintraf, offenbarte einerseits, daß die Basis der von Radowitz in Wien getroffenen Konvention beseitigt war, andrerseits aber rückte sie eine Verbindung der neuen, konstitutionellen österreichischen Regierung mit der populären deutschen Bewegung in den Bereich der Möglichkeit, wodurch Preußen die Initiative in der deutschen Frage überhaupt aus der Hand gleiten konnte. Diese durch den Zusammenbruch des Metternichschen Systems in Wien geschaffene neue Situation bestimmte den König zu dem Entschluß und zur Kundgabe des Entschlusses, sein deutsches Programm vorderhand ohne Österreich und gestützt auf die Volksbewegung durchzuführen. Daß ihm und Bodelschwingh durch den rheinischen Oberpräsidenten Eichmann und die Kölner Deputierten am Abend des 17. und am Morgen des 18. März nachdrücklich vorgestellt wurde,[1]) welche Bedeutung dieser Entschluß für den Zusammenhalt der Rheinprovinz mit dem Staate besaß, konnte ihn nur bestärken. Für die Zeit der Krisis[2]) wollte er an die Spitze der deutschen Fürsten treten, deren

---

[1]) Für die Kölner Deputation vgl. Deutsche Monatsschrift hrsg. von A. Kolatscheck I (1850) 403ff.; Wolff, Berliner Revolutionschronik I, 117, 123; Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 133, 155; Rachfahl, Deutschland usw. S. 113ff. und in der Histor. Vierteljahrsschrift 1904, S. 215.

[2]) Vgl. seinen Brief vom 28. März, bei Caspary a. a. O. S. 184.

Einverständnis Max v. Gagern als Haupt einer Gesandtschaft der süddeutschen Regierungen ihm auszusprechen sich anschickte, und sich zugleich die Sympathie des deutschen Volkes sichern, indem er eine konstitutionelle Verfassung für Preußen und eine aus den Ständen aller deutschen Länder zu bildende und unverzüglich zu berufende Bundesrepräsentation für Deutschland als notwendig erklärte. Wie er selbst betonte, gab er hier nur die Grundzüge des Übergangs zum Konstitutionalismus.[1]) Er schwankte noch in bezug auf das Wahlrecht und die Zusammensetzung der Volksvertretung, und er suchte nach einer Form des Konstitutionalismus, welche die Monarchie nicht in Abhängigkeit von dem Parlamentarismus brachte und ihr vor allem für die Auswahl ihrer Organe freie Hand ließ.

Soviel aber das jetzt Gebotene vor Jahresfrist bedeutet hätte, in der veränderten, aufs höchste gespannten Situation war es viel zu wenig, wenn der König statt der vom Volk verlangten bestimmten Erklärungen und sicheren Garantieen der bürgerlichen Freiheit in Preußen und statt eines Deutschen Parlaments nur allgemeine Zusicherungen gab, die eine sehr verschiedene Durchführung offen ließen. So war wohl der erste Eindruck des Patents günstig; der Übergang des Königs zum konstitutionellen Prinzip wurde mit Jubel begrüßt, aber noch in derselben Stunde wurde sich die Menge, die das königliche Schloß umdrängte, bewußt, wie wenig Greifbares und fest Umschriebenes hier geboten war. Das in langen Jahren vergeblicher Erwartung und wiederholter Enttäuschung beim Volk, dem Bürgertum wie den Massen, entstandene Mißtrauen stieg mit elementarer Kraft empor. Es wurde verstärkt durch die Beobachtung, daß das an den Schloßportalen aufgestellte Militär, das bei den blutigen Zusammenstößen der letzten Tage die Bevölkerung aufs höchste gereizt hatte, den König auch jetzt noch von seinem Volke trennte, zu dem er doch in ein neues Verhältnis des Vertrauens treten zu wollen erklärte. Im Gedränge entluden sich durch Zufall die Gewehre zweier Soldaten, die Schüsse wurden von den wogenden Massen als Verrat gedeutet, man rief zu den Waffen, weil der König auf das Volk schießen lasse — so kam es noch am Nachmittag zum Bau von Barrikaden und zum

[1]) Rachfahl in den Preuß. Jahrbüchern 110 (1902) S. 298; vgl. auch Deutschland usw. S. 87, 140.

Ausbruch blutiger Straßenkämpfe, die sich bis zur Frühe des nächsten Morgens fortsetzten. Der König, durch diesen Aufruhr völlig überrascht und aufs tiefste betroffen, ließ zwar zunächst dem Militär freie Hand. Bevor er in die populäre Bewegung eingelenkt war, hatte ihn überhaupt der Gedanke geleitet, „Truppen zu sammeln, um bald mit der teutschen Revoluzion aus dem Baß zu sprechen."[1]) Die längere Dauer und die Ausdehnung des aufregenden Straßenkampfes machte ihn aber schwankend und haltlos, es scheint schließlich in dem Widerstreit seiner Empfindungen der Wunsch bei ihm gesiegt zu haben, die Sympathie des Volkes, die er jetzt für seine nationalen Pläne bedurfte, nicht durch Fortsetzung dieses Blutvergießens zu verlieren. Er erklärte den Kampf als durch ein Mißverständnis herbeigeführt und befahl den Rückzug der siegreichen Truppen. Die kopflose Art aber, wie dieser Rückzug ausgeführt wurde und die Stadt wie das Schloß von allem militärischen Schutz entblößte, wurde dann die Ursache jener Demütigung des preußischen Königtums, die unmittelbar und mittelbar auf die fernere Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen und Deutschland von entscheidender Bedeutung geworden ist. Am wenigsten zum Bewußtsein kam anscheinend diese Demütigung zunächst dem Könige selbst. Er ging auf dem am 18. März eingeschlagenen Wege weiter und gab jetzt bestimmt formulierte, weitgehende Zusagen. Am 21. und 22. März erklärte er feierlich, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle, und er versprach jetzt für Preußen, was das Volk wünschte: eine konstitutionelle Verfassung auf breitester Grundlage, ein volkstümliches Wahlrecht mit Urwahlen, öffentliche und mündliche Rechtspflege, sogar Vereidigung des stehenden Heeres auf die neue Verfassung und dazu noch eine wahrhaft volkstümliche freisinnige Verwaltung. Durch diese Proklamationen, die er bekräftigte, indem er persönlich mit den schwarzrotgoldenen Farben geschmückt und ohne militärischen Schutz einen feierlichen Umritt durch Berlin veranstaltete, fand er in der Tat den jubelnden Beifall der Bevölkerung seiner Hauptstadt. Soweit entsprach der Erfolg seinen Berechnungen. Aber gerade umgekehrt war die Wirkung des 18. und 19. März auf das außerpreußische Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. wurde hier als Führer der nationalen Bewegung in

---

[1]) So schrieb er am 10. März an Radowitz (Hassel a. a. O. I, 494).

demselben Augenblick unmöglich, wo er sich am nächsten beim Ziele befand.[1]) Bei den süddeutschen Fürsten schlug die Stimmung für Preußen um, als das Kapitulieren des Königs vor der Revolution eine innere Schwäche offenbarte, welche den vorausgesetzten Rückhalt gegen Kriegsgefahr nicht in sich trug. Da ferner die unerwartet friedfertige Haltung der Republik an der Seine die Furcht vor einer französischen Invasion zu mildern begann, so atmete das eifersüchtige Souveränetätsgefühl der Kleinstaaten wieder auf. Beim süddeutschen Volk aber, das die grundsätzliche Anerkennung des Konstitutionalismus durch das Patent vom 18. März mit froher Überraschung begrüßt hatte, schlug die Stimmung völlig um, als die blutigen Szenen in Berlin bekannt wurden und der König, nachdem das Bürgerblut die Straßen seiner Hauptstadt gefärbt hatte, ohne jede Erklärung, als wenn gar nichts vorgefallen wäre, mit seinen Proklamationen an das deutsche Volk fortfuhr, und zwar dazu noch mit Proklamationen, die eine Zusammenfassung der deutschen Volksvertretungen mit dem wegen seines ständischen Charakters mißliebigen preußischen Vereinigten Landtag in Aussicht stellten. Diese Verquickung preußisch-ständischer Institutionen mit der allgemeinen deutschen Volksrepräsentation bot noch weniger an Konzessionen, als der zuletzt, am 15. März, von Camphausen empfohlene Weg, sie wurde als ein direkter Widerspruch gegen den Gedanken des Deutschen Parlaments, der ersehnten Vertretung der Wünsche der deutschen Nation empfunden. Selbst in denjenigen süddeutschen Kreisen, wo man noch an dem Gedanken der preußischen Vormachtstellung festhielt, fand doch die Überzeugung Eingang, daß dieser König von Preußen unmöglich Leiter Deutschlands werden könne; seine Abdankung erschien hier als die notwendige Konsequenz des Vorgefallenen.[2]) Da endlich auch Österreich seit dem 25. März gegen Preußens Vorrang und einseitiges Vorgehen in der deutschen Sache protestierte,[3]) so sah sich noch vor Ablauf des März der ent-

[1]) Vgl. außer L. v. Gerlachs Bemerkung (Denkwürdigkeiten I, 215) das Urteil Bismarcks (Gedanken und Erinnerungen I, 41, und Koser a. a. O. S. 81), das allerdings die süddeutsche Volksstimmung wohl nicht ausreichend in Rechnung zieht.

[2]) Deutsche Zeitung 1848, März 21, 22, 25, 27 (Nr. 81, 82, 85, 87); vgl. auch den Brief von Fallati an Mevissen vom 26. März (Bd. II, 352).

[3]) Koser in der Histor. Zeitschrift 83, S. 83, Anm. 1.

täuschte und jetzt, nach Österreichs Erklärungen, auch wieder von legitimistischen Bedenken erfüllte König veranlaßt, von seiner Rolle zurückzutreten und der durch die Heidelberger Versammlung begonnenen Usurpation politischer Rechte durch das Volk ihren Lauf zu lassen. Das Vorparlament trat, ohne daß eine Abordnung von Regierungsvertretern sich zu gemeinsamer Beratung[1]) mit den Vertrauensmännern des Volkes einfand, am 31. März in Frankfurt zusammen, nachdem der König selbst schon am 30. März das Deutsche Parlament anerkannt hatte, indem er bestimmte, daß der am 2. April zusammentretende Vereinigte Landtag die preußischen Abgeordneten für dasselbe zu wählen habe.[2]) Das Vorparlament aber bestimmte am 3. April, daß die Beratung und Beschlußfassung über die Deutsche Verfassung einzig und allein diesem vom Volke zu wählenden Parlament zu überlassen seien.

Inzwischen hatten in Preußen selbst die hochgehenden Wogen der Erregung mit der Umwälzung des Bestehenden begonnen. Der leitende Minister v. Bodelschwingh hatte im Juni 1847 während der Periodizitätsdebatte des Vereinigten Landtages gegenüber der scharfen Kritik, die Mevissen an der Bureaukratie übte, in bitterer Gereiztheit erklärt, die Minister klebten nicht an ihren Sesseln, ihnen sei es recht, wenn der König fortan seine Minister aus den beredten Rednern der Versammlung wähle.[3]) Durch den totalen Umschwung der Verhältnisse sah er sich jetzt selbst gezwungen, den König auf diesen Weg hinüberzuleiten. Schon am 14. März hatte er Camphausen, mit dem er soeben erst bei den Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse einen ähnlichen Konflikt wie vorher mit Mevissen gehabt hatte, nach Berlin berufen, um mit ihm als demjenigen unter den rheinischen Parteiführern, der dem alten System am wenigsten schroff entgegengetreten war, über die dem neuen Landtag zu machenden Vorlagen zu beraten.[4]) Als er dann am 18. März selbst seinen Abschied nahm und der frühere Minister des Innern Graf Arnim

[1]) Auch der rheinische Oberpräsident Eichmann empfahl das jetzt dringend (Bd. II, S. 346).

[2]) Vgl. seinen Erlaß vom 30. März bei Caspary a. a. O. S. 185.

[3]) Vgl. Band II, S. 298 und Bleich a. a. O. III. 1308, 1355.

[4]) Caspary a. a. O. S. 161, 172, 174; Camphausen folgte dem Rufe nicht (vgl. Rachfahl, Deutschland a. a. O. S. 91).

an seiner Stelle zum Ministerpräsidenten designiert wurde,[1]) erschien es nötig, für das neue Ministerium eine Stütze beim Volk zu suchen, indem man Camphausen für das Portefeuille der Finanzen in Aussicht nahm. Der am 18. März nach Köln zurückreisende Oberpräsident Eichmann überbrachte diesem die Nachricht zunächst mündlich; man zweifelte in Berlin so wenig an Camphausens Einverständnis, daß man schon am 20. März die Ernennung amtlich publizierte, demselben Tage, wo Eichmann zuerst mit Camphausen verhandelte und überrascht feststellte, auch „die Partei Hansemann-Mevissen" scheine es zu billigen, daß der König ihm und Auerswald sein Vertrauen zuwende.[2]) Aber Camphausen verweigerte, in Übereinstimmung mit seinen rheinischen Kollegen, den Eintritt in das Ministerium Arnim; er reiste wohl nach einigem Zögern auf eine direkte Berufung am 23. März nach Berlin, aber er blieb bei seiner Weigerung.[3]) Tatsächlich war die Ernennung des Grafen Arnim in dem Augenblick, wo Preußen eine moderne Verfassung erhalten und an die Spitze von Deutschland treten sollte, ein vollständiger Mißgriff. Mevissen äußerte darüber am 20. März,[4]) der Wiedergeburt Deutschlands könne von seiten des Absolutismus wohl nie mehr ein ernsthaftes Hindernis entgegengesetzt, eine auf breiter volkstümlicher Grundlage beruhende Bundesgewalt könne jetzt aber in der Tat auf dem Weg der Einigkeit zwischen dem König von Preußen und dem deutschen Volk, und zwar nur auf diesem, erreicht werden. Diese Einmütigkeit zu schaffen, sei jedoch ein Ministerium Arnim völlig außerstande. 'Der Graf Arnim, den man am Rheine von Aachen her kennt, an dessen Namen Deutschland die Ausweisung von Itzstein und Hecker (S. 387) knüpft, der auf dem Vereinigten Landtage die Inkarnation der gehaßten und gefürchteten „Pfiffigkeit" war, der Graf Arnim ist nicht der Mann dieses Augenblicks. Ein Ministerium Arnim ist jetzt nicht eine Quelle des Vertrauens zwischen Fürst und Volk, es ist geradezu, wenigstens hier am Rhein, eine Quelle des entschiedensten Mißtrauens! Vertrauen beim deutschen Volke, Ebenbürtigkeit der Ansichten mit denen eines Gagern, Welcker u. a., das ist es, was am meisten, was fast

[1]) Rachfahl, ebd. S. 85f., 112.

[2]) Vgl. seinen Bericht vom 20. März, Bd. II, S. 347.

[3]) Caspary a. a. O. S. 177, 180, 182; vgl. Band II, S. 348.

[4]) In einem Schreiben an seine Verwandten in Dülken.

allein jetzt nottut.' In demselben Sinne schrieb er am folgenden Tage an Hansemann, er hoffe auf einen einmütigen Protest der Parteigenossen, die er auf den 23. März nach Köln berufen habe. Es handle sich jetzt um eine kühne und siegesgewisse Opposition. Mit einzelnen Zugeständnissen sei nichts mehr getan, es müsse jetzt eine Verfassung mit der Krone vereinbart werden, in der alle Volksfreiheiten Garantie fänden.[1])

So war in der Tat die Stimmung am Rhein. Auch hier war, wie in Berlin und in Süddeutschland die erste Nachricht vom Patent des 18. März mit Freude aufgenommen worden, aber die Stimmung schlug um, sobald das Nähere über den Berliner Straßenkampf bekannt wurde. Das Mißtrauen bezüglich des Inhalts der vom König proklamierten Versprechungen wurde auch hier allgemein. Am 20. März war die Aufregung in Köln so groß, daß der Oberpräsident jeden Augenblick einen Ausbruch befürchtete.[2]) Die von der Hochflut nationaler Begeisterung getragene Menge pflanzte auf dem Domkrahnen, dem alten Wahrzeichen der Stadt, die schwarzrotgoldene Fahne auf und verlangte in stürmischen Volksversammlungen die sofortige Entlassung des Ministeriums Arnim sowie die Bewilligung einer nichtständischen Volksrepräsentation mit beschließender Stimme. Auch die Masse der rheinischen Bevölkerung blieb zwar auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie, und nur einzelne Gruppen berauschten sich an dem Gedanken der deutschen Republick als der rein volkstümlichen Gestaltung der deutschen Einheit[3]); aber mit Nachdruck wurde wie für das Deutsche Parlament, so auch für Preußen, das allgemeine gleiche Wahlrecht verlangt,[4]) das, seit es auf Grund der Pariser Ereignisse in dem

[1]) Vgl. Band II, S. 348. Daß Hansemann mit Arnims Ernennung zum Ministerpräsidenten zufrieden gewesen sei, ist eine irrtümliche Annahme Bergengrüns (a. a. O. S. 418). Vgl. für die Stimmung gegen Arnim auch Kölnische Zeitung vom 22. März (Nr. 82).

[2]) Vgl. seine Berichte vom 20. März Bd. II, 346; dazu Kölnische Zeitung Nr. 85.

[3]) Ein gedruckter Aufruf bezeichnete die Republik als die einzige vernünftige Staatsform, die allen Menschen die Mittel eines glücklichen Lebens sichere; er redete von der Gründung einer oberrheinischen, einer mittelrheinischen und einer niederrheinischen Republik, die einen Staatenbund, ähnlich dem von Nordamerika, bilden sollten. Belgien und Holland würden gerne beitreten.

[4]) Vgl. den Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 28. März (Bd. II, S. 355).

Kölner Tumult vom 3. März zuerst gefordert worden war, in schnellem Siegeslauf den alten rheinischen Gedanken einer organischen Fortbildung des berufsständischen Prinzips (S. 450) völlig beseitigte. Die Verleihung politischer Rechte an die unteren Klassen war zwar noch vor kurzem selbst von den sozial gestimmten Elementen der liberalen Partei als bedenklich bezeichnet worden.[1]) Jetzt aber, unter dem Einfluß der Vorgänge in Paris, wurde die Erweiterung des Wahlrechts auf möglichst umfassender Grundlage, und zwar mit Ausschluß jedes „unleidlichen" ständischen Unterschieds, schon vor dem 18. März in zahlreichen Adressen der rheinischen Gemeinderäte als notwendig bezeichnet, während die Adresse der liberalen Landtagsdeputierten vom 11. März allerdings noch eine Vertretung der verschiedenen Volksklassen „in richtigem Verhältnis" empfahl.[2]) Allgemein wünschte man, daß der Vereinigte Landtag baldigst, im wesentlichen nur noch zu dem Zweck zusammentreten sollte, das neue Wahlgesetz zu schaffen. Nach den Berliner Ereignissen aber, und seit der König selbst am 22. März ein volkstümliches Wahlgesetz auf breitester Grundlage mit Urwahlen zugesagt hatte, überwog in den Massen das Verlangen, daß eine aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangene Volksrepräsentation ohne weiteres, durch einfache königliche Verfügung, also einen revolutionären Akt, an die Stelle des Vereinigten Landtags treten und eine Verfassung mit dem Könige vereinbaren sollte. Gegenüber diesem auch in Schlesien, in Berlin und in Ostpreußen ausgesprochenen Verlangen, das am Rhein in vielen Volksversammlungen erhoben wurde, vereinigten sich in Köln am 23. und 24. März die Vertreter der Gemeinderäte von achtzehn rheinischen Städten und die gleichzeitig von Mevissen einberufene Versammlung der Landtagsdeputierten in der Überzeugung, daß das Ministerium des Grafen Arnim unhaltbar und daß die Gewährung des allgemeinen wenigstens passiven Wahlrechts tatsächlich unvermeidlich sei, daß aber doch zur Wahrung

---

[1]) Vgl. H. K. Brüggemanns Ausführungen in der Kölnischen Zeitung 1847, Nr. 136 (Mai 16).

[2]) Vgl. oben S. 523, Anm. 1 (dazu Graf Arnim, Die Verheißungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dezember (1849) S. 16 ff.). Die betreffenden Adressen der Gemeinderäte von Köln, Düsseldorf, Aachen, Koblenz, Trier, Bonn, Krefeld stammen aus den Tagen vom 3.—10. März. In Köln beschränkte sich der Gemeinderat (wohl unter dem Einfluß von Camphausen) am 10. März auf die Forderung des passiven allgemeinen Wahlrechts, also das belgische System.

der Grundlagen des staatlichen Gebäudes und der Rechtskontinuität der Vereinigte Landtag jedenfalls noch einmal zusammentreten müsse.[1]) Auch Mevissen, dessen politisches System zwar in der Mitwirkung aller Bürger am Staat ausmündete, dessen hoher Auffassung vom Staate und dessen Verlangen nach organischer Weiterbildung der politischen Einrichtungen jedoch die plötzliche Verleihung des allgemeinen gleichen Stimmrechts an politisch noch ganz unreife Massen durchaus widerstrebte,[2]) fügte sich der harten Not des Augenblicks. 'Wenn die älteren Provinzen sich aussprechen wie die Volksversammlungen der Rheinprovinz, so wird sich der ruhige Staatsmann genötigt sehen, wie ungern auch, das allgemeine Stimmrecht zu bewilligen.' Er gab in den nächsten Tagen wiederholt seiner Überzeugung Ausdruck, daß es sich hier um eine auch für die innerpreußischen Verhältnisse unvermeidliche Konzession handele, daß sie aber ungefährlich sein werde, wenn das Recht nicht auf dem direkten, jetzt in Frankreich durchgeführten Wege, sondern indirekt durch Wahlmänner und in jeder Gemeinde abgesondert, wie das seitherige ständische Wahlrecht, ausgeübt werde.[3]) In dieser Einschränkung, die einst auch in Frankreich durch die Nationalversammlung vom Jahre 1791 durchgeführt worden war,[4])

[1]) Vgl. die Beschlüsse der Städteversammlung vom 24. März, in der Kölnischen Zeitung 1848, Nr. 85. Sie wünschen allgemeines passives Wahlrecht und möglichst niedrigen Zensus für das aktive Wahlrecht, außerdem bestimmte Erklärungen schon vor dem Zusammentreten des Landtags. Über die Versammlung der Deputierten vgl. Bd. II, 348ff.

[2]) Vgl. oben S. 182ff. — Im Mai 1847, während des ersten Vereinigten Landtags, hatte er geschrieben, der erste preußische Reichstag sei 'vor allem auch dazu berufen, vor der Öffentlichkeit den Kulturstandpunkt des deutschen Volkes dadurch zu beweisen, daß er die Rechte des noch nicht zur Vertretung berufenen Teiles des Volkes heilig achtet und die Lasten des Staates von den Schultern derer nimmt, die nichts besitzen. Gerechtigkeit gegen die Besitzlosen und Unvertretenen, Gerechtigkeit der besitzenden Klasse nicht deshalb, weil sie nicht auch ferner noch die Machtfülle hätte, ungerecht zu sein, sondern weil sie ihrer Bildungsstufe nach jede Ungerechtigkeit verabscheut und darin einen Angriff auf ihre eigene Menschenwürde erblickt, das ist es, was die Nation von uns erwartet.' — Vgl. auch seine Ausführungen Band II S. 305 und bei Bleich a. a. O. III, 975.

[3]) Vgl. seine Schreiben vom 25. und 29. März, Bd. II, S. 351, 357, 358.

[4]) G. Meyer, Das parlamentarische Wahlrecht, hrsg. v. G. Jellinek (1901) S. 51.

erblickten jetzt die rheinischen Liberalen den einzigen Ausweg, um den Wühlereien der Demagogen zu begegnen.

Aber das war nicht die einzige Sorge dieses Augenblicks. Fast noch drängender war vielmehr am Rhein die große Finanzkalamität, welche durch die revolutionären Ereignisse hervorgerufen worden war und gerade in diesen Tagen einer Katastrophe entgegenging.

Mevissen hatte schon seit dem 9. März wiederholt auf das Bedenkliche einer Stockung des rheinischen Geschäftslebens in diesem Zeitpunkt starker Verarmung der Massen und allseitiger Entmutigung des Geldmarktes hingewiesen.[1]) In der rheinischen Industrie war seither die Nachfrage nach Kapital noch stets größer als das Wachstum des industriellen Kapitals selbst, die Bankiers vermittelten daher der Industrie Betriebsfonds vorschußweise aus fremden, jederzeit rückforderbaren Kapitaleinlagen. Um ihre Arbeiter bei dem schlechten Geschäftsgang weiter beschäftigen zu können, mußte die Industrie den Bankkredit stark in Anspruch nehmen,[2]) die revolutionären Ereignisse bewirkten jedoch, daß die privaten Bankiers umgekehrt ihre Vorschüsse von den Fabrikanten einforderten. Das Kölner Kontor der Berliner Königlichen Bank aber, die Stelle, auf welche man am Rhein unbedingt angewiesen war, da infolge der seitherigen Bankpolitik der Regierung keine Zettelbank entstanden war, hatte schon seit Anfang März so viel bares Geld in Zirkulation gesetzt, daß es vom Minister Rother zur Einschränkung angewiesen wurde.[3]) So war die Situation sehr ernst; es drohte eine allgemeine Arbeitseinstellung, welche die schon zu Tumulten geneigten Industriearbeiter der offenen Revolution in die Arme führen mußte. Die Regierungsorgane am Rhein waren aber überzeugt, daß sich die Armee in diesem Falle unzuverlässig zeigen würde.[4]) Der Oberpräsident

[1]) Vgl. Bd. II, S. 339 ff.

[2]) Vgl. Diergardts Brief vom 22. März an Mevissen, Bd. II, S. 348.

[3]) (Vgl. oben S. 382). Das Kontor hatte seit Anfang März 1800000 Taler mehr in Zirkulation gesetzt als eingenommen; es hatte daher von Berlin aus unverhältnismäßig stark mit baren Mitteln versehen werden müssen. Der Zentralausschuß der Berliner Bank erhob dagegen beim Chef der Bank, Minister Rother, Einspruch.

[4]) Vgl. Bd. II, S. 346, 353, 359. Die in Berlin hervorgetretene Spannung zwischen Militär und Volk war am Rhein schon seit einem am 3. August 1846 in Köln gelegentlich einer Kirchweih entstandenen Konflikt akut. Den Verlauf

Eichmann, der am 20. März, dem Tage seiner Rückkehr von Berlin, in Köln von dieser Krisis erfuhr, veranlaßte den Vorsteher des Kölner Bankkontors, sofort zur Berichterstattung nach Berlin zu reisen, besprach aber zugleich die Lage eingehend mit Hansemann und riet am 21. März dem Ministerpräsidenten Grafen Arnim, diesen zur Beratung nach Berlin zu berufen. Am 26. März erfolgte diese Berufung, und zwar auf Befehl des Königs; Hansemann war aber schon am 24. März abgereist und traf am 26. März in Berlin ein.[1]) Es kennzeichnet die hilflose Situation der Berliner Regierung, daß der König im Verlauf dieser Verhandlungen dem unbequemen Vertreter der schärfsten Opposition das von Camphausen abgelehnte Portefeuille der Finanzen im Ministerium Arnim anbieten ließ, allerdings nur, um auch von ihm eine Ablehnung zu empfangen.[2]) Mehrere Tage hindurch herrschte in der Berliner Regierung völlige Ratlosigkeit, während nun auch die Regierungsbehörden am Rhein, die dringend nach der Äußerung eines kräftigen Willens in der obersten Instanz der Verwaltung verlangten, um der drohenden Anarchie zu begegnen, die Entlassung des Ministeriums Arnim und die Bildung eines neuen auf Camphausen und Hansemann beruhenden Ministeriums als notwendig erklärten.[3])

Inzwischen reisten nun auch Mevissen und Beckerath am 27. März nach Berlin, um die Verhandlungen des Vereinigten Landtags vorzubereiten. Sofort nach ihrer Ankunft, am Abend des 28. März, traten sie hier mit Camphausen, Hansemann und den Führern der liberalen Partei aus den anderen Provinzen in Verhandlungen zur Konstituierung eines neuen Ministeriums ein, der dringlichsten Angelegenheit vor der Eröffnung des Landtags. Am 29. März gab der König dem Drucke einer Situation nach, der er nicht gewachsen war; er

dieses Konflikts, der allgemeines Aufsehen erregt und langwierige Prozesse herbeigeführt hatte, sah das Ministerium als eine Demütigung der Regierung und des Militärs an, „an die ein Preuße nur mit tiefem Schmerze denken kann.“ Der kölner Kommandant General v. d. Lundt aber hatte in seinem Bericht an den kommandierenden General v. Thile die ganze Verantwortung dem „von Grund aus verzogenen Volke beigemessen, das ich entlarvt in seiner ganzen Scheußlichkeit und elenden nackten Erbärmlichkeit gesehen habe“ (22. Sept. 1846).

[1]) Vgl. Bd. II, S. 349 f.; Kölnische Zeitung 1848, Nr. 89.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 356; Neue Preuß. Zeitung 1848, Nr. 290 Beilage.

[3]) Vgl. die Berichte des Kölner und des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 27. u. 28. März (Bd. II, S. 353 ff.).

acceptierte den Rücktritt des Grafen Arnim, und am Abend kam nach schwierigen Verhandlungen ein neues Ministerium unter Camphausens Vorsitz zustande, in dem Hansemann das Portefeuille der Finanzen, A. v. Auerswald das des Innern übernahm.[1]) So hatte nun in dem revolutionären Drange eines einzigen Monats der Liberalismus, und zwar vorwiegend die rheinländische Gruppe desselben, welche die politischen Gedanken und Wünsche des auf der modernen Umgestaltung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse beruhenden Bürgertums verkörperte, das preußische Ministerium erobert. Es mußte sich zeigen, ob die neue Regierung und das liberale Bürgertum, das an erster Stelle zur Unterstützung dieser Regierung berufen war, die Fähigkeit zu einmütigem Handeln im Dienste des Staatswohls besaßen. Zunächst handelte es sich um den auf den 2. April berufenen Landtag. In entscheidenden Punkten war das neue Ministerium durch die Proklamationen des Königs vom 22. März gebunden, die zum Teil weiter gingen, als die Wünsche mehrerer Minister, besonders Camphausens, selbst. Die schwerwiegende Frage, ob der Vereinigte Landtag eine konstituierende Versammlung auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts begründen oder ob ein vermittelnder Übergang geschaffen werden solle, wurde nach wiederholter Verhandlung, wobei Beckerath und Mevissen im Einklang mit Auerswald und Schwerin Bedenken gegen das eine, Camphausen und Hansemann Bedenken gegen das andere geltend machten, am 28. und 30. März in positivem Sinne entschieden.[2]) Besondere Schwierigkeiten machte dann die Feststellung der Maßnahmen gegenüber der finanziellen Krisis im Lande und vornehmlich am Rhein. Die vom Vorsteher des Kölner Bankkontors nach Berlin unternommene Reise war erfolglos geblieben; Geheimrat Kühne, der bis zu Hansemanns Eintritt in das Ministerium den Staatsschatz verwaltete, stellte der Königlichen Bank keine Mittel zur Verfügung. Das Kölner Kontor mußte daraufhin am 27. März das Diskontogeschäft erheblich einschränken, was in der Handelswelt große Be-

[1]) Mevissens Briefe vom 29.—31. März in Bd. II, S. 356ff. und Bergengrün a. a. O. S. 422ff.; Die Gegenwart IV (1850) S. 280.

[2]) Vgl. Mevissens Briefe vom 29. und 30. März, Band II, S. 357—359 und Bergengrün a. a. O. S. 426ff. Camphausen sträubte sich bis zuletzt gegen das allgemeine Wahlrecht (II, S. 357f.; vgl. auch seine späteren Äußerungen bei Caspary a. a. O. S. 215, 321; Graf Arnim a. a. O. S. 24).

stürzung hervorrief. Noch an demselben Tage wandten die Kölner Bankiers sich an Mevissen mit dem Ersuchen, alles daran zu setzen, daß auf irgendeine Weise die Provinz mit barem Geld oder zum wenigsten mit Banknoten versorgt werde,[1]) die Folgen der Geldnot in den Industriekreisen würden sonst unberechenbar sein. Kaum war Mevissen daraufhin in Verhandlungen eingetreten, als am 30. März in Berlin die unerwartete Nachricht einlief, daß am 29. März das große Kölner Bankhaus A. Schaaffhausen seine Zahlungen eingestellt habe, ein Ereignis, dessen verhängnisvolle Bedeutung in diesem Augenblick darin lag, daß zahlreiche industrielle Etablissements der Rheinprovinz auf die Vorschüsse dieses Bankhauses unbedingt angewiesen waren; unabsehbare Kalamitäten standen in Aussicht, wenn hier nicht geholfen wurde.[2]) Sofort verhandelte Mevissen mit dem Minister Rother, der als Leiter der Königlichen Bank und der Seehandlung bis zum 5. April noch im neuen Ministerium verblieb, und mit dem Finanzminister Hansemann über eine Abwendung dieser Katastrophe; aber das war nicht mehr möglich.[3]) Mit Hansemann, der am 30. März die Geschäfte des Finanzministeriums übernahm, entwarf er dann umfassende Pläne, wie durch Staatshilfe wenigstens der momentanen Krisis gesteuert und der Kredit wiederhergestellt werden könne.[4]) In diesen Verhandlungen wurde wiederholt auch Mevissen für den Eintritt in das Ministerium, entweder als Nachfolger Rothers oder als erster Inhaber des am 27. März begründeten vorläufig aber noch unbesetzten Handelsministeriums, ins Auge gefaßt; eine weitere Vermehrung des rheinisch-bürgerlichen Elements im Ministerium wurde jedoch nicht als opportun angesehen, und Mevissens eigene Wünsche gingen nicht dahin, in diesem Ministerium, das er von vornherein als vorübergehend betrachtete, eine Rolle zu spielen.[5])

Am 2. April erfolgte dann die Eröffnung des zweiten Vereinigten Landtags, dem es in der Tat gelang, die Erregung im

[1]) Schreiben vom 27. und 28. März, unter Hinweis auf § 32 der Bankordnung.

[2]) Das Bankhaus hatte 1847 einen Umsatz von 50 Millionen Taler.

[3]) Band II, S. 362. Wir kommen auf diese Angelegenheit zurück.

[4]) Vgl. seine Vorschläge vom 1. April Bd. II, S. 361; dazu Bergengrün a. a. O. S. 432 ff.

[5]) Bd. II, S. 362.

Volke einigermaßen zu dämpfen. Die Adresse, die wiederum v. Beckerath, unter Mitwirkung Mevissens und mehrerer anderer Parteigenossen, abfaßte,[1]) wies einzeln auf die Errungenschaften des März hin. Die anschließenden Verhandlungen, bei denen die Oppositionsführer des ersten Vereinigten Landtags als Vertreter der Krone oder Parteifreunde der Regierung fungierten, bewiesen, wie überzeugt man bis in die konservativen Kreise hinein davon war, nur durch weitgehende Nachgiebigkeit an die Volkswünsche die Not des Augenblicks bannen zu können. Die liberale Partei bemühte sich jetzt, wo nicht mehr die freien Institutionen sondern die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Frage standen, grundsätzlich um Unterstützung des Ministeriums nach jeder Richtung, aber auch die Junkerpartei unterließ jeden ernsthaften Widerspruch aus Sorge vor schwierigeren Komplikationen und um den Landtag in seiner Aufgabe einer Begründung neuer Staatseinrichtungen auf gesetzmäßigem Wege nicht zu stören. So wurde am 6. und 8. April der Beschluß, eine preußische Nationalversammlung zur Vereinbarung einer Verfassung mit der Krone auf Grund des allgemeinen indirekten Wahlrechts zu berufen, einmütig gefaßt.[2]) Dem Ministerium wurden ferner am 10. April die für die kritische Zeit erforderlichen Finanzmittel durch die ausgedehntesten Vollmachten zur Verfügung gestellt. In einer Beziehung kollidierte der Landtag durch die Schuld des Ministeriums heftig mit der öffentlichen Meinung: der Bundestag hatte am 30. März verfügt, daß die Wahlen zum Frankfurter Parlament, das auch er als rechtsgiltig anerkannte, auf dem in den verschiedenen Bundesstaaten seither üblichen Wege stattfinden sollten. Am 3. April bestimmte daraufhin ein Dekret des preußischen Königs, daß der Vereinigte Landtag die Abgeordneten zu wählen habe. Demgemäß veranlaßte das Ministerium die

[1]) Bd. II S. 363.

[2]) Am 4. April trat Mevissen bei der Beratung über die Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung, gegenüber den Anträgen von Vardeleben und Vincke, bestimmt für die sofortige Beratung des Wahlgesetzes ein, um keinen gesetzlosen Zustand aufkommen zu lassen. Zugleich brachte er hier mit Erfolg ein Amendement ein, daß den Geschworenengerichten das Urteil über Preßvergehen und politische Verbrechen überwiesen werde. Mit seinen juristischen Freunden J. Bürgers und F. Kühlwetter hatte er einen Entwurf über Wiederherstellung der rheinischen Gesetzgebung gegenüber der Adelsautonomie u. a. ausgearbeitet, den er am 30. März der Regierung überreichte.

Vornahme der Wahlen durch den Vereinigten Landtag am 6. April, auch Mevissen wurde hier für das Deutsche Parlament gewählt. Inzwischen hatte aber das Vorparlament in Frankfurt, an dem die preußischen Deputierten nicht teilnehmen konnten, weil der Landtag sie an Berlin fesselte, am 2. April verlangt, daß überall allgemeine Wahlen stattfinden sollten, wobei auf je 50000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen müsse; der Bundestag nahm darauf am 7. April seinen eigenen Beschluß zurück und bestimmte für ganz Deutschland die Ausschreibung von Urwahlen.

Daß die Vornahme der Wahlen durch den Vereinigten Landtag im Widerspruch mit dem Volksempfinden stand, war den liberalen Abgeordneten wohl bewußt. Schon das Propositionsdekret vom 3. April hatte am Rhein große Aufregung hervorgerufen,[1]) und die öffentliche Meinung äußerte sich in Berlin wie in den Provinzen auf das entschiedenste gegen die Durchführung. Aber wenn so die Vornahme dieser Wahlen gewiß ein Fehler war, so durfte doch der Landtag das Ministerium, nachdem es einmal die Vorlage eingebracht hatte, nicht desavouieren.[2]) Der König und das Ministerium gaben dem Verlangen des Vorparlaments nach, die Wahlen wurden nachträglich am 10. April kassiert, und auch in Preußen wurde an das allgemeine Wahlrecht appelliert, um die Vertrauensmänner des Volkes für die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zu bestimmen. Auf die deutsche Frage konzentrierte sich dann bald, nach der momentanen Beruhigung in Preußen, die öffentliche Meinung.

Mevissen litt während der letzten Tage der Berliner Versammlung an einer heftigen Erkältung, so daß ihm die Teilnahme an den Verhandlungen sehr erschwert war. Am 10. April wurde der Landtag geschlossen, am 13. April traf Mevissen wieder in Köln ein. Das ständische Verfassungsleben Preußens hatte seinen jähen Abschluß erreicht; das alte preußische System war in den Märztagen in sich zusammengebrochen. Keine menschliche Macht war, wie Bismarck sich damals bedauernd aussprach, imstande, die Vergangenheit wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hatte. Mit dem Gang der Dinge war auch Mevissen

[1]) Bericht des Oberpräsidenten Eichmann vom 7. April 1848; vgl. auch Bd. II, S. 367; Kölnische Zeitung Nr. 101.

[2]) Vgl. Mevissens Ausführungen vom 14. April, Band II, S. 369.

keineswegs zufrieden; die reißende Schnelligkeit, womit die freiheitliche Bewegung in extreme Bahnen geführt worden war, und der gewaltsam-sprunghafte, in den wirklichen sozialen und politischen Zuständen von Land und Volk nicht genügend vorbereitete Übergang zu neuen Einrichtungen ließ ihn mit Sorge in die Zukunft blicken. Aber immerhin war doch auch das erreicht, was erreicht werden mußte, und wofür er selbst seine ganze Kraft eingesetzt hatte. Die Preßfreiheit war gewonnen, und es war durchgesetzt, daß fortan dem Volke die Zustimmung zu allen Gesetzen, das Steuerbewilligungsrecht und das Budgetrecht zustand; Krone und Volk in Preußen konnten fortan auf der doppelten Grundlage überlieferter Kronrechte und des im Volke lebenden Rechtsbewußtseins dem gemeinsamen Zweck des Staates zustreben. Das Ministerium hatte die organischen Umwandlungen erfahren, für die er 1847 erfolgreich eingetreten war, und die führenden Männer in ihm waren nicht mehr Glieder der alten Bureaukratie, sondern Vertreter der modernen Staatsauffassung. So verließ er Berlin mit dem Bewußtsein, in den kritischen Stunden seine Pflicht getan und redlich das Seinige dazu beigetragen zu haben, das Staatsschiff wieder in geordnete Bahnen zu lenken; er zweifelte nicht daran, daß die Zukunft auch dem zweiten Vereinigten Landtage die Anerkennung nicht versagen werde.[1])

Fünfzehntes Kapitel.

Frankfurter Parlament. Reichsministerium (1848—1849.)

Die alte Sehnsucht, das große Vaterland endlich als mächtiges politisches Ganzes von der Meinung Europas anerkannt zu sehen, flutete im Frühjahr 1848 in gewaltiger Bewegung durch die Adern des deutschen Volkes, und die führenden Köpfe erfüllten sich mit der Zuversicht, daß dieses Mal die Bewegung nachhaltig genug sein werde, um dem Verlangen wirklich, und zwar auf dem Boden bürgerlicher Freiheit, genug zu tuen. Aber es fehlte von vornherein doch nicht an bedenklichen Nebenerscheinungen. Nicht allein erwiesen sich die Elemente, die die Freiheit nur negativ faßten, als sehr zahlreich und zu radikalen Schritten entschlossen, sondern es traten noch vor

[1]) Vgl. seine Ausführungen Bd. II, S. 366, 369.

dem Beginn der Verhandlungen des Deutschen Parlaments auch andere, die politischen Fragen weiter verwirrende Strömungen zutage.

Nachdem die ersten Wahlen der preußischen Abgeordneten für das Frankfurter Parlament vom Vereinigten Landtag kassiert worden waren, hatte das allgemeine Wahlrecht, und zwar allen nachträglichen radikalen Forderungen zum Trotz in der vermittelnden indirekten Gestalt, über die Zusammensetzung sowohl der preußischen Nationalversammlung in Berlin als auch der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt zu entscheiden. Mevissen wurde für die preußische Nationalversammlung an mehreren Stellen, im Landkreis Aachen und in Kreuznach, aufgestellt, aber er war von vornherein entschlossen, nur für Frankfurt zu kandidieren. Wie die öffentliche Meinung dem Frankfurter Parlament einen Vorrang über die Landesparlamente anwies, so gab auch Mevissen der Mitarbeit bei der deutschen Frage den Vorzug. Sie lösen zu helfen und durch ihre Lösung auch auf die preußische Entwicklung nach Kräften fördernd einzuwirken, — so faßte er seine Aufgabe, als er in das durch die Märzrevolution begründete neue parlamentarische Leben eintrat. Er war in drei Wahlkreisen aufgestellt, in Kreuznach, in seinem Heimatsbezirk und in Siegen. An ersterer Stelle, wo er ohne sein Wissen in Aussicht genommen worden war, blieb er um wenige Stimmen in der Minorität. Er selbst hätte am liebsten als Vertreter der Heimat in Frankfurt beim Aufbau des großen Vaterlandes mitgewirkt, aber das neue Wahlrecht brachte hier die schon 1846 hervorgetretenen (S. 435, 476) konfessionellen Gegensätze stark zur Geltung. Das trat überhaupt am Rhein bei diesen Wahlen, wo die seither politisch bedeutungslose Masse der Bevölkerung unvermittelt Rechte erhielt, schroff zutage: die bewährten politischen Führer sahen sich einer Übermacht konfessioneller oder radikaler Bestrebungen gegenüber. Das noch ganz unentwickelte öffentliche Leben der breiten Massen war durch die revolutionären Vorgänge zwar geweckt worden, aber Radikalismus und kirchlicher Einfluß verstanden es, sich desselben sofort zu bemächtigen und es ihren Zwecken dienstbar zu machen[1]), denen man alle anderen Rück-

[1]) Ein Aufruf des Kölner Erzbischofs vom 20. April wirkte in diesem Sinne (P. Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848 (1882) S. 49).

sichten opferte. Der Ultramontanismus erhielt hier durch das allgemeine Wahlrecht seinen breiten Boden, und neben ihm vermochte sich fast nur noch demokratischer Radikalismus und Sozialismus zu behaupten. Mit größter Mühe gelang es zwar den Liberalen, Hansemanns Wahl in Aachen noch einmal durchzusetzen, aber wie Camphausen in Köln gegenüber dem radikalen Raveaux und Dahlmann in Bonn gegenüber einem ultramontanen Kandidaten zurückblieb, so fiel auch Mevissen nach bewegtem Wahlstreit der klerikalen Gegnerschaft in seiner Heimat zum Opfer. Mit glänzender Majorität wurde er dagegen in Siegen gewählt.[1] Dieser Wahlkreis, wo sich am 19. April ein konstitutionell-liberaler Klub bildete, stand durch seine wirtschaftlichen Interessen der Auffassung Mevissens nahe; die Siegener Eisenindustrie verlangte dringend nach Befreiung des Bergbaues von den überkommenen Fesseln und nach Schutzzöllen, um den Konkurrenzkampf mit dem englischen Eisen führen zu können;[2] Mevissens in Siegen geschäftlich ansässiger Freund G. Mallinckrodt bemühte sich außerdem eifrig für diese Wahl. Am 10. Mai wurde sie vollzogen, und der Gewählte nahm sie am 11. Mai an mit dem Versprechen, nach Kräften mitzuwirken an dem großen Werk der Wiedergeburt eines einigen und mächtigen Deutschland, das der Nation im Innern freie Entwicklung aller materiellen und geistigen Kräfte, nach außen eine würdevolle Selbständigkeit verbürge.[3]

Er hatte sich in den Wochen seit seiner Rückkehr von Berlin besonders mit der Vorbereitung einer Kölner Filiale der Darlehnskassen für Kaufleute und Fabrikanten beschäftigt, für die eine Verordnung vom 15. April Staatsmittel bewilligt hatte und in deren Vorstand Mevissen von seiten der Regierung entsandt worden war.[4] Am 25. April hatte er ferner mit Beckerath, A. Oppenheim und anderen Vertretern der rheinischen Finanzwelt in Düsseldorf das von

---

[1]) Es war der neunte Wahlbezirk der Provinz Westfalen, der die Kreise Siegen, Wittgenstein und einen Teil des Kreises Olpe umfaßte.

[2]) Vgl. Mevissens Denkschrift aus dem Jahre 1845 (Bd. II, S. 169, 170; dazu Treitschke a. a. O. V, S. 470).

[3]) Intelligenzblatt für die Kreise Siegen, Wittgenstein und Altenkirchen 1848, Nr. 16, 22, 23.

[4]) Ihr Leiter war G. Heuser, sie trat im Mai in Tätigkeit (Akten der Handelskammer IV, 2). Vgl. Bergengrün a. a. O. S. 454.

ihm entworfene Projekt einer rheinischen Hypothekenbank beraten, das am 29. April auch von der Kölner Handelskammer übernommen und der Regierung in Berlin unterbreitet wurde; das Ministerium wurde um einen für unentbehrlich erachteten Garantiefonds ersucht, eine Klippe, an der das Projekt dann nach längeren Verhandlungen doch scheiterte.[1]) Am 15. Mai verließ er Köln und reiste mit seinem Freunde Beckerath, der während der Dauer des Parlaments sein Hausgenosse wurde, nach Frankfurt; am 16. Mai traf er dort ein.[2])

Seine Stimmung beim Eintritt in die Paulskirche war nicht so hoffnungsfroh, wie vor einem Jahre beim Beginn des ersten Vereinigten Landtags. Es lastete auf ihm der Eindruck des außerordentlichen Werks, das der deutschen konstituierenden Nationalversammlung in einem Augenblick bevorstand, wo eine gewaltige Bewegung überall die Tiefen der Gesellschaft aufgewühlt hatte und der unvorhergesehene Emanzipationskampf der niederen Klassen die politischen Fragen ungemein erschwerte. Die große grundsätzliche Frage, um die es sich handelte, stand zwar klar vor seinem Auge. Er wußte, daß jetzt der deutsche Volksgeist aus seinem Leben im Reich des Gedankens auf den festen Boden der Wirklichkeit niedersteigen sollte. Vierzig Millionen Deutsche erwarteten die Gründung eines nationalen Staatswesens, durch das sie endlich wieder auch staatlich zur Einheit werden sollten. Es sollte durchgeführt werden, was die geistig-politische Bewegung seit 1830 erstrebt hatte, indem sie den hohen vaterländischen Gütern der Vergangenheit, der Philosophie und der intellektuellen Bildung überhaupt, die Richtung auf das wirkliche Leben zu geben versuchte.[3]) Deutschland sollte seine politische Existenz als Volk schaffen, seine Geisteskultur im nationalen Staat verwirklichen und sich den praktischen Aufgaben, in denen Westeuropa schon lange lebte, zuwenden, ohne doch die Eigenart des deutschen Wesens preiszugeben. Mevissen hoffte zwar, daß die nationale Frage imstande sein werde, im weiteren Umkreis des Volkes die politische Teilnahmlosigkeit zu beseitigen, welche seither der Übertragung der Welt der Idee in die Wirklichkeit vornehmlich entgegenstand. Aber die Erfahrungen der

[1]) Vgl. oben S. 428 und unten das 16. Kapitel.

[2]) Er wohnte dort in dem Hause Paulsgasse 2.

[3]) Vgl. die Ausführungen von R. Taillandier aus dem Mai 1848 (La Jeune Allemagne (1848) S. 401).

letzten Monate hatten ihn doch auch ebensosehr über den in weiten Kreisen des Volkes verbreiteten Radikalismus, wie über die Widerstände im Schoße der deutschen Regierungen aufgeklärt. Bei der territorialen Zersplitterung Deutschlands und der Stammesverschiedenheit seiner Bevölkerung konnte, so urteilte er, aus dem Kampf revolutionär zugespitzter Prinzipien des staatlichen wie des geistigen und gesellschaftlichen Lebens ein positives Ergebnis nicht durch Betonung des Gegensätzlichen, sondern nur durch Ausgleichen und Nachgeben im Hinblick auf das fest im Auge behaltene Ziel der deutschen Einheit erzielt werden. Es fragte sich somit zunächst, ob das Frankfurter Parlament Vertreter gemäßigter Auffassung in ausreichender Zahl und Stärke enthielt. Da aber beruhigten ihn die ersten Wochen. Dem Frankfurter Parlament war durch einen Majoritätsbeschluß des Vorparlaments zwar der Charakter einer konstituierenden Versammlung verliehen und als verhängnisvolles Angebinde die Idee der Volkssouveränetät in die Wiege gelegt worden. Die unfruchtbaren Utopieen des Radikalismus konnten daraus ihre Nahrung um so mehr ziehen, als eine Durchführung des Vereinbarungsprinzips wegen des Fehlens einer einheitlichen Regierungsgewalt zunächst unmöglich war. Aber der Kreis von fast sechshundert Gewählten des Volkes, der sich in der Paulskirche zusammenfand und in dem Mevissen als der gefeierte Oppositionsredner vom Vereinigten Landtag sofort zu den Celebritäten zählte, umfaßte die besten und edelsten Köpfe der Nation. Das Parlament war, wie er am 22. Mai schrieb, in Wahrheit eine Sammlung alles dessen, was die Nation großes und tiefes besaß. Indem er mit seinem Freunde Beckerath in den Kreis von H. v. Gagern, Hergenhahn, Welcker, Mathy, Gervinus, Bassermann, Dahlmann, Duncker, Droysen, G. Beseler, H. v. Auerswald eintrat, der sich bei dem Abgeordneten K. Jürgens zusammenfand[1]) und in H. v. Gagern sofort den geeigneten Mann an die Spitze der Versammlung brachte, gab er für eine Zeitlang seine Besorgnis auf. Die Anwesenheit und die Haltung der großen geistigen Kräfte der Nation hob mächtig sein Vertrauen, und der Verkehr mit bedeutenden, ideal gesinnten Männern wirkte ermutigend auf seine Stimmung. Hier, wo die Macht des

---

[1]) Vgl. Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks 1848/49 I (1850), 115.

Geistes so glänzend vertreten war, oder nie mußte das Einheitswerk gelingen und ein folgenreicher Schritt in der Entwicklung zur Freiheit möglich werden. Der warme Ton der Begeisterung und der Liebe zu dem großen Werk, der bisher vor der Besorgnis gewaltsamer Störungen verstummt war, klingt aus seinen Briefen laut wieder.[1]) Er wurde zuversichtlich, weil er sich mit so vielen edlen Menschen, den geistigen Koryphäen Deutschlands, gleichstrebend zum hohen Ziel zusammenfand, und weil in der Tat die ersten Wochen offenbarten, daß der verwirrenden Leidenschaft des Demagogentums der Geist der Besonnenheit und der Vernunft doch gewachsen war; die gemäßigte Richtung, welche der konstitutionellen Monarchie für den neuen Bundesstaat zustrebte, besaß in dieser Versammlung eine sichere Majorität.

Wie aber Mevissens Staatsauffassung stets die geistig-moralischen Grundlagen der Aufklärungsepoche mit den Gesichtspunkten der politischen Macht, dem Machtzweck des Staates, zu verbinden suchte, so bewegte ihn auch hier von den ersten Tagen an die ernste Frage nach der Haltung der deutschen Regierungen zu dem bevorstehenden Werk. Ein von den Regierungen gebilligter Verfassungsentwurf für den zu gründenden deutschen Bundesstaat lag nicht vor, die ganze Initiative beruhte daher bei dem Parlament. Die Märzereignisse hatten es ferner unmöglich gemacht, daß der König von Preußen das deutsche Einheitswerk in die Hand nahm und zu diesem Zwecke an die Spitze einer neben dem Parlament fungierenden und mit ihm zusammen die künftige Reichsverfassung vereinbarenden Zentralgewalt trat. Mevissen war zwar auch in den Tagen der Märzkatastrophe an der deutschen Aufgabe Preußens keinen Augenblick zweifelhaft geworden.[2]) Aber in Süddeutschland war die Stimmung gegen König Friedrich Wilhelm IV. so erbittert, daß die preußischen Abgeordneten in Frankfurt es zunächst vermeiden mußten, öffentlich von ihrer Überzeugung zu reden.[3]) Der König selbst hatte sich, wie er schon am 3. Mai an Dahlmann schrieb, „aus der Rolle des treu-

[1]) Mevissens Briefe vom Parlament, die nach vielen Richtungen unsere Kenntnis der Frankfurter Vorgänge erweitern und vertiefen, sind im Bd. II, S. 369—478 abgedruckt.

[2]) Vgl. seinen Brief vom 20. März oben S. 531.

[3]) Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris 1848—49, I (1849), S. 65, 68; vgl. auch Deutsche Zeitung 1848, Nr. 89ff.

meinenden und begeisterten teutschen Fürsten ganz in seine Geburts- und Berufsrolle als König von Preußen zurückgezogen." Seine eignen Gedanken über die endliche Lösung der deutschen Frage umschrieb er jetzt genauer dahin, daß Österreich die erbliche Kaiserwürde erhalten, Preußen aber die Rolle des Reichserzfeldherrn übernehmen müsse, der nicht nur die heimischen Armeeverhältnisse ausschließlich zu regeln, sondern auch die Oberleitung der übrigen Kontingente, mit Ausnahme des österreichischen, zu führen habe.[1]) So hielt er an seinen deutschen Projekten wohl fest, und er beanspruchte für Preußen zwar nicht die höchste Ehre, aber die entscheidende militärische Macht in Deutschland; jede endgültige Entschließung mußte jedoch nach Lage der Dinge der Zukunft vorbehalten bleiben. Für den Augenblick konnte es sich nur um eine provisorische Erledigung der Frage der Zentralgewalt handeln.

Der badische Vertreter beim Bundestag K. Th. Welcker hatte im April einen auch vom Ministerium Camphausen acceptierten Beschluß veranlaßt, daß die Regierungen noch vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlaments eine aus drei Mitgliedern bestehende exekutive Zentralgewalt, die sogenannte Trias, schaffen sollten. Preußen, Österreich und die übrigen Bundesstaaten sollten je einen Vertreter bestimmen; dieses Bundesdirektorium sollte bis zur Beendigung des Verfassungswerks die deutschen Regierungen beim Parlament vertreten und die Wahrnehmung der Sicherheit und Wohlfahrt sowie die Oberleitung der militärischen Angelegenheiten in Händen haben. Aber der vom Vorparlament gebildete Fünfziger-Ausschuß war bedenklich gegen eine solche unabhängige Schöpfung von Bundestag und Regierungen, die Trias kam nicht zustande und das Frankfurter Parlament begann seine Tätigkeit, ohne daß ihm eine Regierungsgewalt als Ministerium gegenüberstand.[2]) Die Bedenklichkeit dieses Zustandes drängte sich den besonnenen Elementen der Versammlung sofort auf. 'Die Nationalversammlung, so schrieb Mevissen am

---

[1]) Springer, Dahlmann II, 242; L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 150; Ranke a. a. O. 49/50, S. 476 (vgl. Rachfahl, Deutschland usw. S. 293 ff.; Meinecke, Hist. Ztschr. 89, S. 52).

[2]) Vgl. die Darlegungen in der Gegenwart IV (1850) 433 ff. Der Triasgedanke war schon einmal 1785 in den Tagen des Fürstenbundes aufgetaucht und neuerdings seit 1840 wiederholt erörtert worden. (Wenck, Deutschland vor hundert Jahren I, 181, 264; Weil, Konstitut. Jahrbücher 1846 I, 109).

22. Mai, getragen von der öffentlichen Meinung, von dem durch die Wahlen bekundeten Willen der Nation, vermag ohne ein solches Organ zwar den Willen der Nation auszusprechen, aber nicht die verschiedenen Lebenskreise des Volkes mit ihm zu durchdringen. Die Beschlüsse der Nationalversammlung, neben der Gesetzgebung der Einzelstaaten einhergehend, vermehren die Ungewißheit und Zerrissenheit im Volke, statt sie zu beseitigen. Das Volk der Einzelstaaten weiß nicht, soll es diesen Beschlüssen nachleben oder nicht. Es sieht keine Behörden, die sie ins Leben führen, es gewahrt keine Macht, die nötigenfalls die Ausführung derselben erzwingt.' Man befand sich zunächst in der Lage des französischen Nationalkonvents, der einst ein warnendes Beispiel geboten hatte, wie wenig eine Volksversammlung, der keine Regierung mit Gesetzentwürfen gegenübertritt, imstande ist, Brauchbares zu leisten. Die Verfassung, die man begründen wollte, war in der Tat erst dann lebendig, wenn sie mit den bestehenden 38 deutschen Regierungen paktiert und von ihnen anerkannt war. So hielt man denn auch im Parlament für notwendig, vor dem Beginn der Verhandlungen über die Verfassung eine provisorische Zentralgewalt zu begründen.

Der Standpunkt aber, von dem Mevissen und Beckerath mit den übrigen konstitutionellen Gesinnungsgenossen unter den preußischen Abgeordneten seit dem Beginn der Frankfurter Verhandlungen zu wirken suchte, war durch zwei Erwägungen vornehmlich bestimmt. Sie glaubten einerseits, daß Preußen nach dem kraft- und energielosen Zusammenbruch der Regierung im März nur noch als Glied eines großen einigen Deutschland seine frühere Bedeutung bewahren könne, sie waren aber andrerseits überzeugt, daß ihm die gebührende Rolle an der Spitze dieses einigen Deutschland trotz der momentanen Abneigung der Süddeutschen um so sicherer zufallen, ja von selbst entgegengetragen werde, je rückhaltloser es sich auf den am 18. März vom König 'feierlich und vor den Augen Europas' proklamierten Boden des Aufgehens in Deutschland stelle und sich bereit zeige, Besonderheiten zu opfern, die mit der Einheit unverträglich waren.[1]) Von diesem Standpunkt einer gegenseitigen Stärkung und Durchdringung von Preußen und Deutschland verhandelte Mevissen in den

[1]) Vgl. Band II, S. 382.

ersten Tagen wiederholt mit dem preußischen Bundestagsgesandten v. Usedom; so wirkten er und seine Freunde in Frankfurt, und so suchten sie auch in Berlin zu wirken.

Das Ministerium Camphausen stand zwar dem Frankfurter Parlament von vornherein sehr kühl gegenüber, war aber dieser Auffassung insofern entgegengekommen, als es noch vor dem Zusammentritt des Parlaments in den preußischen Verfassungsentwurf eine Bestimmung aufnahm, wonach im Kollisionsfalle den Bestimmungen der in Frankfurt zu entwerfenden deutschen Verfassung der Vorrang über die preußische Verfassung zuerkannt wurde.[1]) Aber Camphausen reiste nicht, wie es von seiten des Königs und von seiten der preußischen Abgeordneten in Frankfurt gewünscht wurde, einige Tage vor der Eröffnung des Frankfurter Parlaments dorthin, um eine grundsätzliche Verständigung darüber herbeizuführen, auf welchem Wege jene Vereinigung der preußischen Vormachts- mit den allgemeinen deutschen Interessen angebahnt werden konnte, für deren Bedeutung auch nach der Märzkrise in dem süddeutschen Kreise der 'Deutschen Zeitung' wenigstens volles Verständnis herrschte.[2])

Wenn aber schon das liberale preußische Ministerium keineswegs auf den Standpunkt seiner konstitutionellen Freunde in Frankfurt hinübertrat, so widerstrebte diesem aufs schrofffte die preußische Adels- und Armeepartei, deren innere Kraft im März doch keineswegs so gebrochen war, wie es besonders durch ihre Ratlosigkeit und das Versagen jeglicher Widerstandskraft auf dem zweiten Vereinigten Landtag den Anschein gehabt hatte. Ihr Einfluß wurde vielmehr binnen wenigen Wochen in den preußischen inneren wie in den preußisch-deutschen Verhältnissen außerordentlich wirksam und versetzte das Ministerium Camphausen von vornherein in eine äußerst schwierige Lage. Die liberalen Märzkonzessionen waren dem König doch nur widerwillig abgerungen worden. Vor wenigen Monaten noch hatte er „den Liberalismus der Hansemann und Konsorten als einen Götzendienst schlimmer als den des Baal und der Astarte" bezeichnet;[3]) er sehnte sich sofort wieder aus diesem Kreise von Ministern hinaus, mit denen er so wenig als nur möglich

---

[1]) Vgl. Camphausens Schreiben vom 23. Mai, Bd. II, S. 372ff.

[2]) Vgl. Band II, S. 370; Caspary a. a. O. S. 213; Deutsche Zeitung 1848, April 16 (Nr. 107); L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 181.

[3]) Treitschke a. a. O. V, 693.

in persönlichen Verkehr trat. Am 25. März hatte ihm in Potsdam das Offizierkorps der Garde deutlich zu erkennen gegeben, wie sehr es innerlich wider seine Nachgiebigkeit gegen die Revolution frondierte;[1]) am 28. März verlegte er seinen ständigen Aufenthalt von Berlin nach Potsdam, eben in den Bereich der Militär- und Adelspartei, deren Mittelpunkt der General Leopold v. Gerlach wurde. Schon am 30. März, dem Tage nach der Ernennung des Ministeriums Camphausen, tat dieser die ersten Schritte zur Begründung eines 'ministère occulte', der Camarilla, und gewann sehr bald wieder Einfluß auf den König, der durch die Ereignisse der jüngsten Tage das Zutrauen zu sich selbst verloren hatte.[2]) Diese Militärpartei vertrat das alte spezifische Preußentum, die partikularistische Real- und Machtpolitik, die seit den Tagen des Großen Kurfürsten den Weg verfolgt hatte, eine europäische Machtstellung Preußens wenn möglich im Einvernehmen mit Kaiser und Reich, gegebenenfalls aber auch im Gegensatz zu Kaiser und Reich zu behaupten. Es leitete in diesem Kreis nicht bloß die Erwägung, man dürfe in der Politik das sichere Nahe nicht um des ungewissen Fernen willen gefährden, sondern vor allem das Bewußtsein, daß es sich jetzt um die Bedingungen der eignen wirtschaftlichen und politischen Existenz handle, daß man die ererbte Stellung als bevorzugter Träger des preußischen Staatswesens werde aufgeben müssen, wenn der deutsche Einheitsgedanke in dem bürgerlichen Geist der Frankfurter Versammlung verwirklicht werden sollte. Hier empfand man die Märzereignisse nur als eine durch die persönliche Schwäche und Übereilung des Königs möglich gewordene „Avilierung des Königtums und der Armee"; der volkstümlichen Idee der deutschen Nationaleinheit, der „Germanomanie", setzte man die preußische Armee als „Vaterland" entgegen, weil in ihr die eigentliche Quelle nationaler Kraft beruhe und alle Zukunftshoffnungen nur auf sie gebaut werden könnten.[3]) Diese altständisch-pietistische Gruppe verstand es, dem König,

[1]) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, 26; Denkwürdigkeiten L. v. Gerlachs I, 148; Ernst Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen I (1903), 519; Rachfahl, Deutschland usw. S. 249 ff., 290.

[2]) L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 150, 220; Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben I (1897), 68 ff.

[3]) Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen v. Roon I (1892), 139, 141, 144 ff.; L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 155.

der einst bis zu seiner Thronbesteigung ihr Führer gewesen war, die Überzeugung beizubringen, daß er sich nur hier in voller persönlicher Sicherheit befinde und daß er sich nur von hier aus vor der ihn selbst schwer drückenden „Sünde des seelenaustrocknenden Liberalismus" zu retten vermöge.[1]) Trotz seines liberalen, bürgerlichen Ministeriums blieb er dabei, von dieser Basis fortan auch diejenigen von seinen Plänen zu verfolgen, die über den politischen Ideenkreis der Militärpartei hinauslagen: die Lösung der deutschen Frage, die er schon früher im Gegensatz zu dieser Gruppe zusammen mit seinem Freunde Radowitz betrieben hatte, und die Aufrechterhaltung seiner am 18. März, vor der Katastrophe, gegebenen allgemeinen konstitutionellen Verheißungen, auf deren Boden er, auch hier im Einverständnis mit Radowitz[2]), zu verharren gedachte, trotz des Widerspruchs der Camarilla, die diese freiwilligen Konzessionen des Königs an das moderne Staatsprinzip gradezu als die schlimmsten betrachtete und die Reaktion viel weiter zurückzuführen bemüht war. Das liberale Ministerium Camphausen galt dem König daher nur als ganz vorübergehender Notbehelf, es hatte an ihm, der doch durch seine Proklamationen vom 21. und 22. März die größten Schwierigkeiten der Situation recht eigentlich geschaffen hatte[3]), keine Stütze, trotzdem es den Wünschen, die ihm der König, und zwar mit wiederholter Drohung der eignen Abdankung, ans Herz legte, so weit als irgend möglich nachgab. Die freundschaftlich-warmen Briefe, die Friedrich Wilhelm IV. wiederholt an Camphausen und sogar an Hansemann richtete, können darüber nicht wegtäuschen. Er wurzelte nach wie vor in den Anschauungen seiner höfischen und militärischen Umgebung und führte nur nach außen während der nächsten Monate jenes Doppelspiel, das unter den Erscheinungen des Jahres 1848 eine der unerfreulichsten ist. Das Ministerium vermochte in dieser Lage die zur Befestigung seiner Position unentbehrliche Verbindung mit der liberalen Bewegung im Lande um so weniger durchzuführen, als diese selbst keine

[1]) Vgl. seine Briefe an Camphausen und Bunsen (Caspary a. a. O. S. 185, 192; Ranke a. a. O. 49/50, S. 463); L. v. Gerlach a. a. O. I, 188.

[2]) Seit dem 16. März war dieser auf die Seite des Konstitutionalismus getreten (Hassel a. a. O. I, 450ff., 559, 576—580).

[3]) Das bleibt auch bei der Auffassung des Grafen Arnim (vgl. seine S. 533 Anm. 2 erwähnte Schrift) bestehen.

einheitliche konstitutionelle Partei zu bilden verstand, vielmehr von Tag zu Tag deutlicher offenbarte, wie wenig abgeklärt und lebenskräftig eine volksmäßige Anschauung vom Staat in Deutschland, und besonders in Preußen, seither doch noch war. In seiner zweideutig schiefen Stellung verlor das Ministerium sehr bald das Vertrauen des Volkes und die Achtung seiner politischen Gegner; es wurde binnen weniger Monate selbst zerrieben, hielt jedoch durch die Tatsache seiner Existenz der Monarchie den Weg zu einem Ausgleich mit den modernen Ideen in der Weise offen, die dem König beim Erlaß des Patents vom 18. März vorgeschwebt hatte; es machte ihr dieselben zugänglich, ohne daß sie sich ihnen doch zu unterwerfen brauchte.[1]) Von einem Handeln in großem Maßstabe hätte bei der momentanen Auflösung aller staatlichen Autorität unter den obwaltenden Verhältnissen selbst dann kaum die Rede sein können, wenn Camphausen mehr ein Mann der Tat, als eine reflektierende und temporisierende Natur gewesen wäre.

Wenn nun in der Frage der provisorischen Zentralgewalt das Ministerium Camphausen den Standpunkt einnahm, daß die von Welcker angeregte Triasidee die für den Augenblick geeignete Lösung darstellte, so war diese Auffassung zwar auch bei der konstitutionellen Gruppe in Frankfurt vorherrschend, da man glaubte, auf diesem Wege die deutschen Stammeseigentümlichkeiten am ehesten befriedigen zu können. Aber wie vorher der Fünfziger-Ausschuß, so wollte jetzt auch der süddeutsche Flügel des Parlaments nichts von einer einseitigen Ernennung dieser Trias durch die Regierungen wissen. Ihm fehlte schon jetzt das Vertrauen nicht nur zum preußischen König, sondern auch zu der Haltung des liberalen preußischen Ministeriums.

Das Ministerium Camphausen hatte vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlaments zwei in hohem Grade unpopuläre Handlungen hinter sich. Die eine war die am 13. Mai erfolgte Berufung der konstituierenden preußischen Versammlung auf den 22. Mai, also in die Zeit des Beginns der Frankfurter Verhandlungen, und zwar trotzdem der vom Vorparlament eingesetzte Fünfziger-Ausschuß am 25. April ausdrücklich das Gegenteil gewünscht hatte. So unpopulär diese Maßregel sein mochte, weil sie eine undeutsche Gesinnung des

[1]) Der König entwickelte Camphausen am 20. Mai brieflich seine eigenartige Auffassung von einer Konstitution, nachdem ihm dieser am Tage vorher seine Auffassung der Lage dargelegt hatte (Caspary a. a. O. S. 215 ff.).

Ministeriums an den Tag zu legen schien und die Aufmerksamkeit des Volkes in Preußen von Frankfurt ablenkte, so hielt das Ministerium es doch für unmöglich, daß Preußen die Begründung seiner eigenen Verfassung bis zu dem ungewissen Zeitpunkt verschiebe, wo die deutsche Verfassung in Frankfurt festgestellt sein würde. Die andere unpopuläre Maßregel war die Zurückberufung des in den Märztagen nach England geflüchteten Prinzen von Preußen. Vom ersten Tage ab legte der König dem Minister Camphausen die Rückkehr seines Bruders dringend an das Herz.[1]) Daß das Ministerium darauf einging und sie am 10. Mai sogar seinerseits vom König erbat, führte zu öffentlichen Protesten und Demonstrationen, weil das Volk im Prinzen von Preußen den Mittelpunkt der Militärpartei erblickte.[2]) In der Tat wurde er sofort nach seiner Rückkehr die starke Stütze der intriguengeübten Kamarilla. Für die deutsche Frage hatte der Prinz wohl ein klareres Verständnis als diese Gruppe reiner Reaktionäre und als der König selbst. War ihm früher für die selbständige Großmacht eines alleinstehenden Preußen der Absolutismus unentbehrlich erschienen, so hielt er es jetzt für unumgänglich, daß Preußen, wenn es in Deutschland aufgehen und fernerhin mit Deutschland zusammen eine Großmacht bilden sollte, aufrichtig zu modernen Verfassungsformen übergehe. Mit warmem Beifall begrüßte sein preußischer Ehrgeiz auch den von den Regierungen abgelehnten Dahlmannschen Entwurf eines deutschen Reichsgrundgesetzes, der dem König nicht zusagte, trotzdem er auf ein erbliches Kaisertum seines Hauses abzielte. Des Königs Wunsch war jetzt, daß sein Bruder zusammen mit dem Erzherzog Johann von Österreich und dem Prinzen Johann von Sachsen die Trias der provisorischen Bundesexekutive in Frankfurt bilden sollte.[3]) Daran war aber nicht zu denken. Seine verfrühte

---

[1]) Caspary a. a. O. S. 193, 204.

[2]) Briefe vom 13.—18. Mai, die Mevissen aus liberalen Kreisen am Rhein erhielt, führten zu beiden Schritten aus, „man möchte an dem gesunden Verstand Camphausens zweifeln; der Himmel beschütze die deutsche Einheit, die mehr als je gefährdet erscheint". Man hielt hier den Sturz des Ministeriums, ja das Entstehen des Bürgerkrieges durch diese reaktionäre Maßregel für möglich. Vgl. auch Mevissens Brief vom 18. Mai (Bd. II, S. 370) und Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold 1848—1850, hrsg. von G. Stüve und G. Kaufmann (1903) S. 38.

[3]) Caspary a. a. O. S. 206; E. Marcks, Kaiser Wilhelm I. [2] S. 71.

Rückkehr wurde vielmehr als eine berechnete Mißachtung der deutschen Volkswünsche empfunden, und zu den ersten Maßnahmen der Frankfurter Versammlung gehörte die Nichtbeachtung des Dahlmannschen Entwurfs, der die großen praktischen Schwierigkeiten der Lage zum erstenmal klar zum Bewußtsein brachte, in dem radikalen Teil der Versammlung aber um so nachdrücklicher den Wunsch belebte, die eigenen Rechte und die Superiorität der allgemeinen deutschen über alle Sonderinteressen scharf zum Ausdruck zu bringen. Da Österreichs Zustände noch zu verwirrt waren, als daß es durch positive Maßnahmen die Eifersucht des Frankfurter Parlaments hätte wachrufen können und wollen, so wandte sich dieses Streben naturgemäß gegen die preußische Regierung, die sich das öffentliche Mißtrauen bereits in so hohem Grade zugezogen hatte.

Das Nebeneinandertagen der Berliner und der Frankfurter Versammlung führte zur ersten Kollision. Ein am 19. Mai gestellter Antrag des Abgeordneten Raveaux leitete in den folgenden Tagen eine Erörterung über das Rangverhältnis der Beschlüsse beider Versammlungen ein. Sie bildete den Gegenstand des ersten mehrtägigen parlamentarischen Redekampfs, an dem außerordentlich zahlreiche Abgeordnete teilnahmen. Mevissen hat sich in Frankfurt an den Reden im Plenum nicht beteiligt. Neben dem äußeren Grund, daß seine Stimme für die schlechte Akustik der Paulskirche noch weniger ausreichte, als für den Weißen Saal,[1]) veranlaßte ihn dazu die Überzeugung, daß es in diesem nicht so sehr von praktisch-staatsmännischen Erwägungen als von theoretischen Doktrinen beherrschten Parlament, in dem das Gelehrtentum stark überwog und ein übergroßer Zudrang zur Rednerbühne herrschte, weniger auf Vermehrung der Reden als auf Hinarbeiten zu positiven Zielen durch Paralysierung radikaler Bestrebungen, durch kompakte Parteibildung der gemäßigten Ordnungsgruppen und durch Hinwegräumen störender Gegensätze ankomme. Er hat in Frankfurt den Mittelpunkt seiner ganzen Tätigkeit darin gesucht, wie die Parlamentsbeschlüsse ins Leben eingeführt werden konnten. Die Entfaltung politischer Macht als der Grundbedingung alles staatlichen Wesens verlor er nie aus dem Auge, und

[1]) Vgl. Band II, S. 372, 380 und R. v. Mohl, Lebenserinnerungen II (1902), 60, 80, der das Nichtauftreten Mevissens auf der Tribüne der Paulskirche als einen bleibenden Verlust beklagt.

er betrachtete die Reichsgründung nicht nur vom Standpunkt allgemein nationaler Begeisterung, sondern stets auch als eine äußere Staatsangelegenheit mit allen Schwierigkeiten einer solchen. Zu dem Raveauxschen Antrag hatte er allerdings anfangs die Absicht, zu sprechen, und seine Aufzeichnungen zeigen deutlich, wie er über die schwebenden Fragen dachte und in welcher Richtung sich seine außerordentlich rege Tätigkeit im kleineren Kreise während dieser Zeit bewegte.[1]) Im Vorparlament hatte ein Teil der anwesenden Norddeutschen nur für eine Vereinbarung, einen Vertrag mit den Regierungen gestimmt.[2]) Und auch von der konstitutionellen süddeutschen Gruppe, welche ihr Organ in der 'Deutschen Zeitung' besaß, wurde die Volkssouveränetät nicht in dem zugespitzten Rousseauschen Sinne gefaßt. Man sah hier die Souveränetät des Volkes schon dadurch als gegeben an, daß kein Gesetz ohne Willen und Mitwirkung des Volkes erlassen werden durfte, die volle Souveränetät der Verwaltungsexekutive sollte dagegen den Fürsten verbleiben.[3]) Heinrich v. Gagern stellte sich am 19. Mai bei Übernahme des Präsidiums der Versammlung zwar auf den Standpunkt der Souveränetät der Nation, aber doch so, daß er die Vereinbarung der Verfassung mit den Regierungen offenhielt.[4])

Am 27. Mai erfolgte denn auch durch einen nahezu einstimmigen Beschluß des Parlaments die Entscheidung in diesem Sinne. Mevissen hielt es zwar auch für angemessen, daß die Frankfurter Versammlung beim Beginn ihres großen Werkes klar aussprach, welche Befugnisse sie sich beilegte, aber er warnte vor allen Übergriffen in das innere Verfassungsleben der Einzelstaaten, da er weit entfernt war von dem naiven Glauben an die Allgewalt des Deutschen Parlaments, der in jenen Tagen des ersten Volksenthusiasmus so weit verbreitet war. Wie hoch ihm auch die Autorität der Nationalversammlung stehe, so

[1]) Band II, S. 375 ff.

[2]) Auch der Antragsteller Soiron hatte Verträge mit den Fürsten über die Durchführung der Verfassung keineswegs ausgeschlossen (Offizieller Bericht über die Verhandlungen zur Gründung eines deutschen Parlaments (1848) S. 73).

[3]) Deutsche Zeitung 1848, Nr. 96, 98 (April 5, 7).

[4]) Stenographischer Bericht über die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., hrsg. von F. Wigard I (1848), 17; Jürgens a. a. O. I, 121, 126; Haym, Die deutsche Nationalversammlung I (1848), 9; vgl. auch die von Auerswald, Beckerath und Mevissen mit dem Berliner Ministerium gewechselten Schreiben vom 22. und 23. Mai in Bd. II, S. 372 ff.

führte er damals aus, so könne er sich doch darüber nicht täuschen, daß ihr Verfassungsgesetz erst von dem Augenblick an für die Einzelstaaten bindend sein werde, wo es von der exekutiven Gewalt dieser Staaten als rechtsverbindlich publiziert worden sei. Das Recht, die deutsche Verfassung in letzter Instanz festzustellen, sei der Frankfurter Versammlung durch das Mandat des deutschen Volkes wohl erworben, und dieses Recht begründe für die deutschen Fürsten und Völker die Pflicht, die hier beschlossene Verfassung anzuerkennen und als rechtsverbindlich in ihren Staaten zu verkündigen. Aber er hielt es für das Wichtigste, dafür zu sorgen, daß dereinst, bei Feststellung dieser Verfassung, die unendliche Mehrheit der Nation hinter dem Parlamente stehen und so die unwiderstehliche Kraft der öffentlichen Meinung die Vollziehung sichern werde. Er verlangte Vertrauen in die Regierungen der Einzelstaaten und vorsichtige Zurückhaltung von Übergriffen in Gebiete, die dem freien Ermessen der Einzelstaaten jetzt wie in Zukunft vorbehalten bleiben müßten.[1]) Den Sondergeist des Partikularismus könne man nicht durch den Ausdruck des Mißtrauens und einen Hinweis auf die eigene Gewalt schwächen; auf diesem Wege werde man vielmehr in der Brust von 15 Millionen Preußen das Gefühl der Unabhängigkeit und die Lust zum Widerstande anregen. Jene innere Einheit aller mit allen, die im März ein gemeinsames Handeln in gleichem Geiste ohne zwingenden Befehl bewirkt habe, die wahre Verbrüderung der deutschen Stämme müsse erhalten werden, und zwar nicht durch einseitige Betonung der eigenen Rechte, sondern durch Besiegung des eigenen Sondergeistes und durch einen Appell an alle gesunden, einigenden Kräfte der ganzen Nation.

Der Beschluß vom 27. Mai erklärte nun alle Bestimmungen der Verfassungen einzelner deutscher Staaten für ungültig, die mit der Frankfurter Verfassung in Widerspruch stehen würden. 'Dieser Ausspruch entscheidet implicite die sehr delikate Souveränetätsfrage und vindiziert dem Parlamente überall die Entscheidung in letzter Instanz. Nach diesem Beschluß ist für die weiteren Verhandlungen ein fester Boden gegeben, der nicht mehr verlassen werden kann'.[2]) Dieser Beschluß vertrug sich aber immerhin noch mit dem Standpunkt, den das

[1]) Vgl. Bd. II, S. 370, 375ff.

[2]) Mevissens Brief vom 28. Mai (Bd. II, S. 379).

preußische Ministerium Camphausen einzunehmen entschlossen war, trotzdem es seine Besorgnisse vor den Ansprüchen einer idealen Allmacht der Frankfurter Versammlung nicht unterdrücken konnte.[1]) Die anschließenden Verhandlungen über die Zentralgewalt führten jedoch wesentlich weiter. Ein Ausschuß zur Vorberatung über die Bildung einer bis zur Vollendung und Durchführung des deutschen Verfassungswerks tätigen vollziehenden Gewalt beriet seit dem 3. Juni diese Frage. Es kreuzten sich hier die verschiedensten Strömungen, und die Linke gab sich alle Mühe, einen offenen Konflikt mit den Regierungen herbeizuführen. Mevissen und Beckerath zählten zu denen, die zur Wahrung der Rechtskontinuität durchaus auf die Mitwirkung des Bundestags zurückgreifen und der Frankfurter Versammlung selbst keinen direkten Anteil an der Schaffung der Exekutivgewalt zugestehen wollten. Die Anträge, daß diese Gewalt aus dem Parlamente selbst hervorgehen sollte, erschienen Beckerath als revolutionär.[2]) Der Bundestag sollte nach ihrem Antrag vom 24. Mai die Initiative durch Ernennung eines Ministerpräsidenten ergreifen, der dann seinerseits die Mitglieder des der Nationalversammlung und dem Bundestag verantwortlichen Reichsministeriums ernennen sollte.[3]) Die Mehrheit griff jedoch unter Dahlmanns Vorgang den Gedanken des dreiköpfigen Direktoriums in der Weise auf, daß die Regierungen die drei Männer bezeichnen, das Parlament sie aber ernennen, und daß diese drei dann ein Reichsministerium bilden sollten. Als aber in

[1]) Der § 79 des preußischen Verfassungsentwurfs vom 20. Mai traf die Vorkehrungen für eventuelle Abänderung kollidierender Bestimmungen durch den König in Verbindung mit der preußischen Kammer (vgl. oben S. 549).

[2]) Vgl. Bd. II, S. 383; so weit ging Mevissen allerdings nicht (vgl. unten S. 560 Anm. 4).

[3]) Stenographische Berichte I, 361; vgl. Jürgens a. a. O. I, 139 ff. Der vom 24. Mai datierte Antrag lautete: 'Die Nationalversammlung wolle beschließen, die zum Bundestage vereinigten bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierungen aufzufordern, unverzüglich eine Exekutivgewalt zur Wahrnehmung der Interessen der deutschen Einheit zu begründen, zu diesem Ende einen Ministerpräsidenten zu ernennen und denselben mit der Bildung eines der Nationalversammlung und dem Bundestage verantwortlichen Reichsministeriums zu beauftragen' (v. Auerswald, v. Saucken, G. Beseler, Gervinus, Michelsen, v. Beckerath, Teichert, Bardeleben, Mevissen, v. Hagenow, Flottwell, v. Boddien, v. Balley).

der am 19. Juni beginnenden Plenarberatung dieses Majoritätsgutachten verhandelt wurde, mit dessen Inhalt auch das preußische Ministerium im wesentlichen einverstanden war,[1]) machte die Linke, in der die republikanischen Wünsche mit der Abneigung gegen Preußen wetteiferten, Einwendungen, weil sie befürchtete, daß selbst in einem solchen Direktorium Preußens Einfluß zu stark sein werde. G. v. Vincke hatte, als er am 31. Mai von der sofortigen Übertragung des erblichen Kaisertums auf den preußischen König sprach, lauten Widerspruch erfahren;[2]) am 20. Juni wurde ein Antrag, Preußen mit der Reichsgewalt zu betrauen, höhnisch abgewiesen. Noch am 21. Juni glaubte Mevissen aber, daß die Trias nach dem Antrage Dahlmanns doch zustande kommen werde.[3]) In dem sechstägigen erbitterten Redekampf drang jedoch seit dem 22. Juni das Verlangen, statt ihrer eine einheitliche Zentralgewalt zu bilden, zugleich aber die Absicht, diese Gewalt ohne jede Mitwirkung der Regierungen zu schaffen, siegreich vor.[4]) War das schon von folgenschwerer Bedeutung, so handelte es sich bei der weiteren Frage, ob die Form der konstitutionellen Monarchie oder der Republik gewählt werden sollte, um eine für die zukünftige Gestaltung des deutschen Bundesstaates ebenso vorbedeutende Entscheidung. Aus der Krisis führte Heinrich v. Gagern mit „kühnem Griff" hinaus. Am 24. Juni empfahl er unvermutet, indem er 'mit einem Fuß in das Lager der Gegner hineintrat und ihnen ihre Standarten entriß',[5]) die Bildung der Zentralgewalt durch die Versammlung allein, aber in der Person eines Fürsten als Reichsverwesers, und er fand dabei den Beifall der Versammlung bis in die Reihen der konservativen Rechten und der preußischen Abgeordneten, obgleich es sich bei seinem Vorschlag um den österreichischen Erzherzog Johann handelte. Auch Mevissen fügte sich dem seinem eigenen Standpunkt schroff widersprechenden und auch ihn überraschenden Vorgehen Gagerns, das dieser selbst nicht mit staatsrechtlichen Prinzipien, sondern mit Zweckmäßigkeitsgründen

[1]) Vgl. Hansemanns Brief vom 21. Juni (Bergengrün a. a. O. S. 563).

[2]) Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris 1848/49 I (1849), S. 37.

[3]) Vgl. Bd. II, S. 387; Springer, Dahlmann II, 259, 262.

[4]) v. Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. II, 430ff.; Briefwechsel Stüve-Detmold a. a. O. S. 48ff.

[5]) Vgl. Mevissens Brief vom 25. Juni (Bd. II, S. 391).

motivierte. Die imponierende Persönlichkeit dieses Mannes, der durch sein kräftig-impulsives Wesen, seine ritterliche Erscheinung und das warme Pathos seiner deutschen Gesinnung zum Symbol der volkstümlichen nationalen Bewegung geworden war, wirkte auch auf ihn ein. 'Die alte Monarchie, so schrieb er nach der Entscheidung, ist in Deutschland zu Grabe getragen. Fortan hat nur die demokratische Monarchie, in der der Monarch nicht mehr über dem Volke, sondern als ein vom Volke bestellter Teil der gesetzgebenden Gewalt im Volke steht, noch Zukunft. Der Grundsatz der belgischen Verfassung: „Alle Gewalt geht vom Volk aus", ist fortan auch der Grundsatz Deutschlands.'[1])

Die Überzeugung, daß nur durch einen Kompromiß die monarchische Spitze gerettet werden könne, bestimmte Mevissen, auf Gagerns Standpunkt hinüberzutreten und den Schwerpunkt im konstitutionellen Bundesstaat auf die Volksseite zu verlegen. Auch in der langen Debatte über die Zentralgewalt hat er die Tribüne nicht bestiegen, aber in der Erkenntnis, daß seit der Erledigung des Antrags Raveaux viele Deputierten auf der schlüpfrigen Bahn der Volkssouveränetät weiter vorangeschritten waren, hatte er eine Rede vorbereitet und angemeldet, die seine Überzeugung zum Ausdruck bringen sollte.[2]) Die durch die Versammlung beschlossene Beschränkung der Rednerliste hinderte ihn jedoch, das Wort zu ergreifen. Er ging hier von der Tatsache aus, daß die Revolution in Deutschland kraft des instinktiven Gefühls der großen Mehrheit der Bevölkerung vor dem monarchischen Prinzip Halt gemacht und die konstitutionelle Monarchie als die Staatsform der deutschen Zukunft proklamiert hatte. Er leugnete, daß die absolute Souveränetät der deutschen Nation bei der Nationalversammlung liege. Sie habe wohl die Verfassung allein auszuarbeiten, aber sie habe sie durch Vereinbarung mit den konstitutionell gewordenen deutschen Regierungen, die den künftigen Bundesstaat bilden würden, ins Leben zu führen. Der für die Bildung des Bundesstaates maßgebende Gesamtwille der Einzelstaaten sei keineswegs in der Nationalversammlung als selbständiger Wille repräsentiert; sie sei wohl das Organ der deutschen Einheit, aber nicht zugleich das Organ der Selbständigkeit der Einzelstaaten. In dem Provisorium,

[1]) Ebd. und Jürgens a. a. O. I, 143—154.

[2]) Der Entwurf dieser Rede ist Bd. II, S. 387ff. gedruckt.

das jetzt geschaffen werden solle, dürfe ferner die Zentralgewalt kein geringeres Maß von Rechten haben, als die künftige definitive Reichsgewalt gegenüber den geplanten beiden Häusern des Parlaments. Nirgendwo aber sei in konstitutionellen Staaten die Regierungsgewalt die einfache Vollstreckerin der Beschlüsse der Volksvertretung. Ein absolutes oder wenigstens ein suspensives Veto[1]) sei ihr unentbehrlich. Die Durchführung von Wünschen, wie sie jetzt von den Vertretern der absoluten Souveränetät des Volkes geltend gemacht würden, fordere den Widerspruch der Einzelstaaten heraus, und eine Zentralgewalt als abhängige Dienerin der Versammlungsbeschlüsse sei kein Ausfluß des Geistes der Freiheit, die sich selbst beschränkt, sondern der Ungebundenheit der Jugend.[2])

Der Konstitutionalismus in dem süddeutschen volksmäßigen Sinne, der seit dem März nach der Rheinprovinz und nach Norddeutschland hinübergewirkt und den rheinischen Liberalismus seither schon stark beeinflußt hatte, erlangte in Frankfurt durch den Beschluß über die Zentralgewalt den Sieg. Die noch immer in ihrer Schwäche verharrenden Regierungen erhoben aber unerwarteterweise keinen Widerspruch. Selbst die preußische Regierung sprach nach anfänglichem Widerstreben ihr Einverständnis aus. Sie setzte zwar hinzu, daß aus dem ohne Mitwirkung der Regierungen vollzogenen Wahlakt keine Konsequenzen für die Zukunft hergeleitet werden sollten, aber ihre Entschließung war doch nur aus den verwirrten Verhältnissen in Berlin erklärlich.[3]) Ein Beschluß vom 28. Juni schuf dann die Zentralgewalt im Sinne Gagerns[4]), am 29. Juni erfolgte mit überwiegender Majorität die Wahl des seit dem Kölner Domfest vom Jahre 1842 (S. 263) auch in Norddeutschland populären Erzherzogs Johann, am 11. Juli hielt dieser seinen feierlichen Einzug in die Stadt Frankfurt, und der

---

[1]) Der Reichsverweser erhielt das Vetorecht gegen alle Beschlüsse, die nicht das Verfassungswerk selbst betrafen (Bd. II, S. 391, 395).

[2]) Weitere handschriftliche Notizen Mevissens zeigen, daß er sich besonders gegen das Amendement Schoder (Stenographische Berichte I, 436ff.; Haym a. a. O. I, 44) zu wenden vorhatte.

[3]) Vgl. Arneth, Anton von Schmerling (1895), S. 146ff. und unten S. 567.

[4]) Mevissen stimmte hier mit Gagern und der Majorität (403:135), während einige Parteifreunde (unter ihnen Beckerath, Dahlmann, Duncker, Simson) gegen die Wahl des Reichsverwesers durch die Versammlung allein stimmten, diesem selbst aber ihre Stimme gaben.

Bundestag löste sich auf, indem er seine Befugnisse auf die neue Zentralgewalt übertrug.

Mevissens begeisterte Briefe über die Begründung dieser provisorischen Einheit Deutschlands[1]) sind, wenn sie auch von der historischen Romantik der alten Kaiserkrone stark beeinflußt erscheinen, ähnlich aufzufassen wie die gleichzeitigen Äußerungen des bedächtigen Süddeutschen K. Mathy und der preußischen Abgeordneten G. v. Vincke, E. v. Saucken und Max Duncker.[2]) Diese Männer blickten auf die glücklich vollzogene Einheit des zersplitterten Vaterlands, auf die Sicherung des monarchischen Prinzips, auf die Bändigung der Mächte der Revolution, und sie sahen in der Wahl des Österreichers keineswegs ein Hindernis für die demnächstige Übertragung der endgültigen Zentralgewalt auf die preußische Krone. Sie wollten vor allem Zeit gewinnen, damit die gereizte Stimmung so vieler Süddeutschen gegen Preußen sich beruhigen könne, und manche von ihnen hofften gerade dadurch, daß sie für das Provisorium dem österreichischen Erzherzog ihre Stimmen gaben, schon jetzt für die definitive Wahl etwaigem Widerspruch von österreichischer Seite den Boden entziehen zu können.[3]) Mevissen erfüllte sich aus dem Ergebnis der langwierigen Verhandlung mit neuer Zuversicht, daß der Genius des deutschen Volkes seinen Flug zu einer den anderen großen Nationen ebenbürtigen Staatsbildung unter preußischer Hegemonie doch noch glücklich vollenden werde.

Waren aber hier der Linken starke Konzessionen gemacht worden, so hoffte die Gruppe, welche nun als Vertreterin der derzeitigen Majorität des Parlaments die Komposition des ersten Reichsministeriums in die Hand nahm — H. v. Auerswald, Bassermann, G. Beseler, Dahlmann, Droysen, Heinrich und Max v. Gagern, Hergenhahn, Mathy und Mevissen[4]) —, daß es gelingen werde, dort die gemäßigte Richtung durchgehends zur Geltung zu bringen. Auf dem Gebiete der organisierenden Parteibildung, einer in Deutschland noch

[1]) Vgl. Bd. II, S. 395ff.

[2]) Vgl. Jürgens a. a. O. I, 144f.; M. Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt (1849) S. 10ff.; R. Haym, Das Leben Max Dunckers (1891), S. 88; Deutsche Rundschau 31 (1905), S. 80, 89; Karl Mathy, Briefe a. a. O. S. 321; G. Beseler, Erlebtes und Erstrebtes (1884) S. 71ff.; Kopstadt a. a. O. S. 75.

[3]) Vgl. unten S. 569 Anm. 1.

[4]) Vgl. Bd. II, S. 401ff.

sehr neuen Tätigkeit, hatte sich Mevissen im Anschluß an seine Erfahrungen auf dem Vereinigten Landtag (S. 458) seit der Eröffnung des Parlaments unermüdlich und mit bestem Erfolg bemüht. Das 'Comité directeur', dessen Gründung er seit Ende Mai mit Beckerath, Beseler, Dahlmann, Droysen, Saucken, Gagern, Bassermann, Gervinus u. a. betrieb, sammelte auf breiter Basis und ohne doktrinäre Betonung trennender Prinzipienfragen aus Nord- und Süddeutschland diejenigen Anhänger des konstitutionellen Systems für das Reich und die Einzelstaaten, welche zugleich an dem Fortbestand der historischen Monarchieen nicht gerüttelt sehen wollten. Das im wesentlichen von Droysen, Gagern und Mevissen entworfene Programm dieser Gruppe,[1] aus der sich das rechte Zentrum, die seit Ende Juni sogenannte Kasinopartei, entwickelte und die später als Kern der Erbkaiserpartei die Verfassung wirklich zum Abschluß brachte, war von vornherein eine deutsche Verfassung auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheit und in so starker Einheitlichkeit und Machtfülle, als mit dem Fortbestand 'gesunder' territorialer Berechtigungen irgend vereinbar erschien. Um zu dieser Verfassung zu gelangen, suchte sie den Einzelregierungen nicht die Schwierigkeiten zu häufen, vielmehr die neue deutsche Regierung mit dem beistimmenden guten Willen von Fürsten und Völkern zu begründen. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai über den Vorrang der Reichsverfassung vor den partikularen Landesverfassungen war zwar auch für diese konservativ-konstitutionelle Partei maßgebend, aber sie wandte sich zugleich als Ordnungspartei mit aller Entschiedenheit gegen jede Art von Anarchie. Aus dieser Gruppe und daneben aus dem linken Zentrum, dem sogenannten Württemberger Hof, wurde das erste Reichsministerium entnommen. Das linke Zentrum, die liberal-konstitutionelle Partei, betonte stärker als die rechte die Volkssouveränetät und den allseitig durchzuführenden Parlamentarismus; es umfaßte diejenigen vorwiegend süddeutschen Liberalen, die zwar in vielen Fragen mit der anderen Gruppe übereinstimmten, aber im Gegensatz zu ihr in der Oberhauptfrage anfänglich den antipreußischen Standpunkt vertraten.

Die Komposition des Ministeriums war besonders schwierig wegen des Mangels an geübten Staatsmännern in der Versammlung.

---

[1]) Vgl. seinen Wortlaut Bd. II, 379, 380.

Für den Posten des Ministerpräsidenten, dachte man seit Anfang Juni an Heinrich v. Gagern. Im Ministerpräsidenten sollte der Schwerpunkt des Handelns liegen;[1]) vom Erzherzog Johann erwartete man, daß er seiner Persönlichkeit nach zwar eine charaktervolle, aber doch sekundäre Rolle neben der durchgreifenden Kraft und Initiative Gagerns spielen werde, dessen Endziel unverändert die Übertragung der Oberhauptswürde auf den preußischen König bildete. Dieser hätte aber als Ministerpräsident auf das Präsidium der Nationalversammlung verzichten müssen, und es zeigte sich gerade in den stürmischen Sitzungen der letzten Tage, daß es unmöglich war, ihn dort zu ersetzen. So beschloß man, als gegen Ende Juni Camphausen in Berlin frei wurde, zunächst ihn, den man schon früher für den Fall seiner Abdankung für eines der Reichsministerien in Aussicht genommen hatte, zum Präsidenten des Ministeriums zu gewinnen und ihm zugleich das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten anzubieten, das die wichtigen Beziehungen zu den einzelnen Bundesstaaten umfaßte. Durch die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten neben dem österreichischen Reichsverweser gedachte man die mißvergnügte Stimmung zu beruhigen, welche die Wahl des letzteren in den alten preußischen Provinzen vielfach hervorgerufen hatte.[2]) Mevissen fiel die Aufgabe zu, die Verhandlung mit Camphausen einzuleiten.

Camphausen war am 26. Juni von seinem Amt als Ministerpräsident in Berlin zurückgetreten, da er sich den steigenden Schwierigkeiten der dortigen Situation nicht gewachsen fühlte. Das Ministerium R. v. Auerswald-Hansemann-Kühlwetter trat an die Stelle, in dem Hansemann die führende Stellung zufiel.

Ohne Zweifel war ein Ministerium Camphausen in hohem Grade geeignet, auch in Frankfurt die Dinge über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuführen. König Friedrich Wilhelm IV. und das neue Berliner Ministerium redeten Camphausen ernstlich zu. Aber dieser war durch seine Berliner Erfahrungen bedenklich, und er war zugleich Fanatiker der Konsequenz. Er hatte noch im Februar in der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse erklärt, daß er die innere Entwicklung Preußens nicht von Beschlüssen des Deutschen Bundes abhängig wissen wolle;

---

[1]) Vgl. Bd. II, S. 384, 394, 396.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 386, 398, 401 ff., 404; Kopstadt a. a. O. S. 76.

an dieser Auffassung hielt er auch dem Deutschen Parlament gegenüber fest, wo sich jetzt entgegengesetzte Bestrebungen geltend machten.[1]) Im März 1848 hatte er zudem mit aller Kraft gegen die Usurpationen der süddeutschen Volksbewegung gekämpft, aus denen das Frankfurter Parlament entsprungen war, und gegen die Volkssouveränetät hatte er stets protestiert.[2]) Der jüngste Schritt des Parlaments, die Wahl des Reichsverwesers, widerstrebte ihm ferner durchaus, aus staatsrechtlichen wie preußischen Gründen. So nahm er, als Mevissen ihn am 3. Juli in seinem Landhaus zu Rüngsdorf bei Bonn aufsuchte, zu dem Anerbieten von vornherein eine kühle und wenig geneigte Haltung ein; er vertrat den Standpunkt, daß Gagern als der Führer der Bewegung nun auch die Aufgabe habe, das Ministerpräsidium zu übernehmen.[3]) In Frankfurt hielt man jedoch an seiner Kandidatur fest, und Mevissen übernahm es, ihn am 10. Juli brieflich zur Reise nach Frankfurt zu bewegen.[4]) Am 13. Juli folgte Camphausen zwar dem Rufe und hatte im Englischen Hof in Anwesenheit Mevissens eine eingehende Besprechung mit Gagern; er verharrte jedoch in ihr bei seiner ablehnenden Haltung. Aus seinen Äußerungen erhellte, daß er nicht nur die Wahl des österreichischen Erzherzogs besonders mit Rücksicht auf dessen doppelte Stellung[5]) für bedenklich hielt, sondern auch dem Parlamente und seinen Beschlüssen eine nur geringe Bedeutung beimaß, überhaupt an einen Erfolg der stürmischen deutschen Volksbewegung nicht glaubte. Er führte wiederholt aus, daß seines Dafürhaltens Gagern das Ministerpräsidium übernehmen und daß das Präsidium des Parlaments in andere Hände gelegt werden müsse. Seine eigene Qualität als Preuße könne gegenüber der Tatsache nicht in Betracht kommen, daß Gagern der Führer der großen Bewegung und der aus ihr hervorgegangenen Majorität sei. Dieser könne und dürfe sich der Aufgabe, nunmehr die Exekutive in die Hand zu

---

[1]) Vgl. sein eigenes Urteil über sein Wirken auf dem Vereinigten Landtag 1847 bei Caspary a. a. O. S. 134, sowie ebd. S. 164, 200.

[2]) Vgl. oben S. 372, 522.

[3]) Vgl. Bd. II, S. 384, 394, 396.

[4]) Band II, S. 398 ff.; vgl. auch Caspary a. a. O. S. 232 ff.; Kopstadt a. a. O. S. 78; Sybel a. a. O. I, S. 198.

[5]) Er war am 16. Juni zum Stellvertreter des Kaisers Ferdinand in Wien ernannt worden.

nehmen, nicht entziehen, und könne da, wo er selbst der delikaten, schwierigen und wenig aussichtsvollen Aufgabe ausweichen wolle, am wenigsten an ihn, der der Bewegung ferngestanden und ihr soeben noch in Preußen seinen unfreiwilligen Tribut gezollt habe, den Anspruch erheben, für ihn einzutreten und die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Gagerns große Auffassung der Mission des Ministerpräsidenten in dem jetzigen entscheidenden Momente und seine scharfe Betonung der Pflicht, dem deutschen Volke das Opfer persönlicher Wünsche und Anschauungen zu bringen, vermochten Camphausen nicht umzustimmen. Gagern machte schließlich noch einen Versuch, den Widerstrebenden zur Mitwirkung in anderer Form zu bestimmen. Er erklärte sich persönlich bereit, unter ihm als Ministerpräsidenten jedes Ressort zu übernehmen, das er ihm zuweisen werde, stellte sich ihm also ganz zu Verfügung, richtete aber zugleich die Frage an ihn, ob Camphausen, falls er auf seiner Weigerung bezüglich des Präsidiums beharren wolle, umgekehrt in ein Ministerium Gagern einzutreten bereit sei. Camphausen erklärte jedoch nunmehr rundweg, er könne nicht dazu mitwirken, Preußen zu mediatisieren.[1]) Auch daß der preußische König selbst einige Tage später ihm die Übernahme des Präsidiums als seine heilige Pflicht darstellte,[2]) vermochte Camphausens Entschluß nicht zu ändern.

Die Enttäuschung Mevissens über diese Haltung des von ihm trotz mancher Abweichung der Meinungen hochgeschätzten Mannes spricht aus seinen Briefen.[3]) Und in der Tat mußte diese Weigerung Camphausens den Frankfurtern als eine höchst unerwünschte Erschwerung ihrer Aufgabe erscheinen. Aber Camphausen hätte mit seiner ganzen Auffassung brechen müssen, um als oberstes Verwaltungsorgan einer Versammlung fungieren zu können, deren Fähigkeit zur Vollendung der geplanten großen Umgestaltung in Staat und Volkswirtschaft, in Kirchenpolitik und sozialem Leben er bei seinem Standpunkt gegenüber Volksbewegungen überhaupt[4]) bezweifeln mußte, deren rechtliche Grundlage er leugnete und die nun im Begriffe stand, zu Handlungen der Exekutive überzugehen, welche zum Zusammenstoß

[1]) Vgl. Bd. II, 405ff. Außer diesen Briefen Mevissens liegt auch noch eine besondere Niederschrift von seiner Hand vor (vgl. Kopstadt a. a. O. S. 78).

[2]) Vgl. das Schreiben des Königs vom 16. Juli (Caspary a. a. O. S. 239).

[3]) Vgl. Bd. II, S. 405ff.

[4]) Vgl. oben S. 350, 522.

mit Preußen führen mußten. Denn die neue Zentralgewalt sollte, wenn auch nur provisorisch, die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen, die Sorge für die Landesverteidigung durch die bewaffnete Macht und die Anbahnung einheitlicher Verhältnisse des deutschen Handels und Verkehrs übernehmen. Camphausen glaubte die preußischen Interessen in Frankfurt am besten als Gesandter Preußens bei der provisorischen Zentralgewalt wahrnehmen zu können; dieses Amt wurde ihm am 24. Juli vom König übertragen, und er hat sich ehrlich bemüht, dasselbe im Sinne eines Ausgleichs der entgegengesetzten Strömungen zu führen.

Die Folge seiner Ablehnung war aber, daß der am 11. Juli in Frankfurt eintreffende Reichsverweser zunächst, am 15. Juli, nur drei Ministerposten, und zwar durch den österreichischen Bundestagsgesandten A. v. Schmerling, den hamburgischen Abgeordneten J. G. Heckscher und den preußischen General E. v. Peucker, besetzen konnte; es vergingen in wiederholtem Wechsel der Kombinationen noch mehrere Wochen, bis am 5. und 9. August das erste Reichsministerium unter dem Vorsitz des Fürsten Karl v. Leiningen, des durch seine Sympathie für den Parlamentarismus aber auch durch seine geringe Neigung für Preußen bekannten Halbbruders der Königin Viktoria von England, zustande kam. Es setzte sich aus acht Ministern, unter ihnen Beckerath als Finanzminister, und ebenso vielen Unterstaatssekretären zusammen. Den Bemühungen Mevissens um das Zustandekommen dieses Ministeriums entsprach es, daß auch er als Unterstaatssekretär in dasselbe eintrat.[1]) Anfänglich war er für diesen Posten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ausersehen, er verzichtete jedoch hier zugunsten des aus der diplomatischen Laufbahn entnommenen M. v. Biegeleben; zusammen mit J. Fallati, seinem Freunde von der italienischen Reise her, trat er vielmehr in das Handelsministerium ein, an dessen Spitze der bremische Senator A. Duckwitz berufen wurde, ein sehr tüchtiger

[1]) Er selbst hatte allerdings erst an einen späteren Zeitpunkt gedacht (vgl. Bd. II, S. 404, 415ff.), und er setzte voraus, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht lange dauern werde (ebd. S. 418). Die Namen der Minister und Unterstaatssekretäre ebd. S. 415ff. Über die Stellung der letzteren, die an allen Verhandlungen des Ministeriums teilnahmen und eine Art von Nebenministern darstellten, handelt eingehend das Tagebuch von J. Fallati (vgl. Württemb. Vierteljahrshefte VIII (1885), 26). — Vgl. auch Kopstadt a. a. O. S. 83.

Mann, der als warmer Freund des Zollvereins und wegen seiner gemäßigt schutzzöllnerischen Ansichten als der beste Vermittler zwischen Nord- und Süddeutschland erschien. Das erste Reichsministerium setzte sich fast ganz aus bedeutenden Intelligenzen zusammen, von denen es nur zu bedauern war, daß sie nicht zu tatkräftigem Handeln zu gelangen vermochten. Das war aber durch die Entwicklung, welche die Beziehungen des Parlaments zu den Landesregierungen fortan nahmen, von vornherein ausgeschlossen.

Vor allem hatte die Spannung zwischen Berlin und Frankfurt schon jetzt einen bedenklichen Grad erreicht. Die Wahl des Erzherzogs Johann war ohne Mitwirkung der Regierungen erfolgt, die Regierungen hatten aber zugestimmt, um die chaotischen Verhältnisse nicht weiter zu verwirren. Die preußische Regierung war hierbei allerdings keineswegs einmütig gewesen. Das Ministerium Auerswald-Hansemann war vielmehr durchaus gegen die Wahl des österreichischen Reichsverwesers, es hielt unentwegt an dem Endziel der Übertragung der Vormacht im Bundesstaat auf den preußischen König und im Hinblick darauf vorläufig an der Triasidee als der einzigen für Preußen günstigen Lösung fest;[1]) es mußte sich jedoch dem Eingreifen des Königs selbst fügen. Dieser hatte plötzlich den preußischen Gedanken in Frankfurt, v. Usedom, entsprechend autorisiert und schrieb am 5. Juli dem Erzherzog ausdrücklich, daß er ihm seine Stimme gebe. Im Rahmen seines deutschen Planes, wie er ihn Dahlmann gegenüber entwickelt hatte,[2]) konnte diese Lösung in der Tat nicht unangemessen erscheinen, vorausgesetzt daß sie keine Beeinträchtigung der besonderen militärischen Ansprüche des Königs mit sich brachte. Seinen Wunsch, der Reichsverweser möge ausdrücklich erklären, daß er die Wahl niemals aus den Händen der „unbefugten Frankfurter Versammlung" allein angenommen haben würde, erfüllte dieser allerdings nicht.[3]) In Berlin traten aber um diese Zeit die Anzeichen eines allgemeinen Umschwungs durch das wiederhergestellte Selbstbewußtsein der alten historischen Kräfte hervor. Die revolutionäre Spannung im Lande ließ damals nach. Seit Anfang Juni konnten die Regierungsbehörden am Rhein berichten, daß

---

[1]) L. v. Gerlach a. a. O. I, 181; Bergengrün a. a. O. S. 569, 579.

[2]) Vgl. oben S. 546 und Sybel a. a. O. I, 165.

[3]) L. v. Gerlach a. a. O. I, 172, 175; vgl. Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. II, 451 ff.; Bergengrün a. a. O. S. 563 ff.

das Verlangen nach Ruhe und Ordnung zunehme und daß die Volksstimme anfange, die Führer zu kritisieren, denen man seither blind gefolgt war.[1]) In Berlin regte der Zeughaussturm am 14. Juni allerdings noch einmal die Massen auf, aber dafür wurde am 23. und 24. Juni in Paris das sozialistische Regiment des vierten Standes durch die Militärmacht des Generals Cavaignac nach blutigem Straßenkampf zugunsten der bürgerlichen Ordnung beseitigt. Die Furcht der Regierungen vor den Massen, deren überraschend heftiges Aufschäumen den jähen Zusammenbruch im März verursacht hatte, wurde damit gegenstandslos, und das Bürgertum zeigte sich überall bereit, gegenüber dem Radikalismus wieder die alten Autoritäten zu stützen. Man besann sich in Berlin wieder darauf, daß tatsächlich doch die Regierung, nicht das Volk über die Kräfte der Organisation und der Exekutive verfügte, womit weder der wachsende Radikalismus der Berliner Nationalversammlung noch die Ansprüche des Frankfurter Parlaments in Einklang zu bringen waren.

Seit Anfang Juli machte sich dieses wiederhergestellte preußische Selbstbewußtsein auch durch das Organ des liberalen Ministeriums geltend. Die Regierung erhob sich seit dem Übergang der Leitung in die Hand von Hansemann „aus der beinahe gänzlichen Nullität, in die sie versunken war. Bei dem Zivilstande wie beim Militär und der Bürgerwehr tritt das Preußentum mit erneuerter Kraft hervor, und dies um so mehr, als man in einem weiteren Vorschreiten im Deutschtum eine Unterordnung der eigenen Regierung unter das allgemeine Deutsche erblickt, welche der Preuße am wenigsten geneigt ist, sich gefallen zu lassen. Von einem Aufgehen in Deutschland will man in Berlin nichts mehr wissen, und das Tragen der dreifarbigen Kokarde gehört nicht wie früher zur politischen Mode".[2]) Schon am 15. Juli äußerte Mevissen mit Besorgnis, daß Hansemann Miene mache, der deutschen Sache untreu zu werden und sich auf Preußen allein zu stützen.[3]) Die Zukunftsberechnungen der preußischen

[1]) Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel vom 4. Juni 1848.

[2]) Berichte des österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Ferdinand von Trautmannsdorff, vom 13.–19. Juli 1848 (an den Minister v. Wessenberg in Wien).

[3]) Vgl. Band II, S. 406. Kopstadt a. a. O. S. 87; Oncken a. a. O. S. 15 (dazu M. Duncker a. a. O. S. 111 ff.).

Abgeordneten in Frankfurt bei der Wahl des Erzherzogs würdigte man in Berlin nicht;[1]) in den Stammlanden des preußischen Staates trat überhaupt die hier noch wenig gepflegte Idee der deutschen Einheit zurück vor der Besorgnis einer Stärkung des alten österreichischen Gegners. Und diese Befürchtung, aus der die preußische Regierung ihre Eigenkraft in unvorhergesehener Weise zu stärken vermochte, war nicht ganz unberechtigt, so weit es sich um geheime Wünsche auf österreichischer Seite handelte. Man knüpfte hier in der Tat weitergehende Hoffnungen an die Wahl des Erzherzogs Johann. Der kluge Vertreter der österreichischen Interessen im Reichsministerium, A. v. Schmerling, riet dem Minister des Auswärtigen, Freiherrn J. Ph. v. Wessenberg in Wien, der seinerseits eine „neue Epoche für Deutschland" von dieser Wahl datierte, dafür zu sorgen, daß die jüngeren Prinzen des Hauses Habsburg sich fortan mehr als bisher politisch ausbilden sollten; Deutschland werde auch künftig gerne einen jüngeren Erzherzog als Reichsverweser an seiner Spitze sehen, wenn er in seiner Persönlichkeit Garantieen biete.[2])

Bei der gespannten Lage konnte nur die größte Besonnenheit, die umsichtigste Würdigung des im Hinblick auf die geschichtlichen Kräfte und die Forderungen der Zeit Erreichbaren die neue Zentralgewalt an den Klippen vorüberführen, von denen sie umgeben war, als sie ihre Tätigkeit begann. Aber diese Eigenschaften fehlten besonders einem der drei Männer, die als erste am 15. Juli in das Reichsministerium eintraten. Ein an die Kriegsministerien der Bundesstaaten gerichteter Runderlaß des Reichskriegsministers v. Peucker vom 16. Juli bestimmte, daß am 6. August sämtliche deutsche Truppen dem Reichsverweser zum Ausdruck der Huldigung ein Hoch ausbringen sollten. Peucker war selbst preußischer Generalmajor; gerade dieser Eigenschaft verdankte er seine Aufnahme ins Reichsministerium,[3]) er

---

[1]) Erst am 30. August berichtete v. Trautmannsdorff der Regierung in Wien, die Meinung, welche man jetzt „die ruhig Berechnenden in Berlin äußern höre, gehe dahin: Gönne man dem Reichsverweser die Gegenwart, die Zukunft gehört doch Preußen und kann ihm bei den gegebenen Verhältnissen nicht entgehen; Österreich ist zu zerfallen, zu schwach, in seinen Hauptelementen zu slavisch, um Preußen die erste Rolle in Deutschland streitig zu machen."

[2]) Schreiben Schmerlings vom 9. Juli, Wessenbergs vom 13. Juli 1848.

[3]) Vgl. E. Simsons Brief vom 14. Juli: „Mevissen erzählt mir, daß die Gesichtspunkte, aus denen Peucker die Stellung ansieht, mit der Auffassung

besaß das volle Vertrauen Friedrich Wilhelms IV.,[1]) und es handelte sich bei seinem Erlaß nach seiner eigenen Auffassung augenscheinlich um eine harmlose Formalität. Aber bei der schon vorhandenen Spannung genügte derselbe, um sofort bei seinem Bekanntwerden am 20. Juli in Berlin helle Aufregung hervorzurufen.[2]) Auf dem militärischen Gebiete, wo er im März am stärksten gegen die preußischen Traditionen verstoßen hatte und von seiner Umgebung am deutlichsten an seine Fehler gemahnt worden war, zeigte sich der König selbst jetzt am empfindlichsten. Die Armee behielt er sich auch in seinem deutschen Projekte, das dem Hause Habsburg die höchsten Ehren rücksichtsvoll überließ, ausschließlich vor. Aber nicht nur der König, seine militärische Umgebung und seine Regierung fühlten sich verletzt, auch das Volk in den alten Provinzen empfand den Erlaß als einen unerträglichen Angriff auf seine reinpreußischen Empfindungen. „Der starke Knochenbau der preußischen Monarchie" trat, wie das am 1. Juli begründete Organ der Junkerpartei, die Kreuzzeitung, ausführte, wieder in die Erscheinung, „und ganz Preußen, vom Könige bis zum Bauerburschen, der einmal eine schwarzweiße Kokarde getragen hat, reagierte gegen die Tyrannen in Frankfurt".[3]) Als erste sichtbare Folge der Erhebung des Österreichers zum Reichsverweser weckte dieser Erlaß im alten Preußen das lebendige Gefühl für die Dynastie und ihren Zusammenhang mit der Armee, der im März gestört worden war. Hier fehlte dem Vorgehen der Frankfurter Versammlung durchaus jener Beifall der öffentlichen Meinung, von dem sie allein getragen werden konnte.

der Nationalversammlung wohl in Einklang zu bringen seien" (B. v. Simson, Eduard v. Simson, Erinnerungen aus seinem Leben (1900) S. 106). S. auch Bd. II, S. 413f.

[1]) Vgl. den Brief des Königs an den Reichsverweser (Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. II, 456).

[2]) L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 178.

[3]) Vgl. Zwölf politische Monats-Rundschauen (1849) S. 18. — Trautmannsdorff berichtete am 26. Juli nach Wien: „Die Ansicht, Preußen, bisher eine der fünf europäischen Großmächte, erleidet durch die Verfügung der Zentralmacht eine nicht zu ertragende Zurücksetzung, ist sehr allgemein, auch in den Provinzen, verbreitet und wird mit wahrem Ingrimm vorangestellt. Bürger, Beamte, Militärpersonen und Gutsbesitzer fühlen sich in ihrem Nationalgefühl verletzt und gedemütigt. So war das Aufgehen in Deutschland nicht gemeint; im befehlenden Sinne konnte man es sich in Berlin wohl gefallen lassen, nicht aber im gehorchenden, denn in letzterem erblickt man nur eine Mediatisierung."

Die Erregung war so stark, daß man Mevissens Eintritt in ein Reichsministerium, das eine Art von Oberleitung der preußischen Armee beanspruchte, als Abtrünnigkeit vom Vaterlande Preußen deuten wollte,[1]) und daß Beckerath, der am 21. Juli, veranlaßt durch ein mahnendes Schreiben von Hansemann, nach Berlin reiste, um auf die dortige Stimmung beruhigend einzuwirken, Verwunderung erregte, weil ein so gemäßigter und entschieden preußischer Politiker dem Staate so bedeutende Opfer ansinnen könne. Man redete von der Forderung wehrloser Unterwerfung der preußischen Armee unter die Frankfurter Ideologen, die ihren blinden Preußenhaß bei jeder Gelegenheit offenbarten, und von dem Verlangen, daß Preußen sich machtlos den süddeutschen Advokaten und Professoren zu Füßen legen solle.[2]) Für solche Übertreibungen fehlte nicht nur den rheinischen, sondern auch anderen liberalen preußischen Abgeordneten in Frankfurt, wie Max Duncker, das Verständnis.[3]) Man empfand jedoch, daß es sich um ein ernstes Symptom des Widerstreits der beiden grundverschiedenen, nach einem Ausgleich ringenden Welt- und Staatsanschauungen, des autoritativen Absolutismus und des Liberalismus, handelte. Der Militärstaat stand hier, wie Mevissen am 14. Juli schrieb, gegen die Volksfreiheit.[4]) Die altpreußische Adels- und Armeepartei bediente sich der vorhandenen patriotischen und dynastischen Empfindungen, um wider den liberalen Staatsgedanken überhaupt Front zu machen und den Schwerpunkt der Staatsmacht, der durch die Märzereignisse verschoben worden war, an die alte Stelle, in die Autorität der militärischen Monarchie, zurückzuverlegen. Es war eine Anschauung, mit der jetzt nicht nur in Preußen selbst sondern auch in Deutschland wieder politisch gerechnet werden mußte. Beckerath stellte in seinen Briefen aus

---

[1]) Aus seinem Wahlkreise trat man aber dieser Auffassung entgegen (vgl. die Bd. II, S. 418 erwähnte Erklärung). Am Rhein hielt die Bevölkerung diese ganze Huldigungsangelegenheit für eine unbedenkliche Formalität (Berichte des Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Spiegel und des Oberpräsidenten Eichmann vom 7. und 20. August an den Minister Kühlwetter); vgl. dazu das schroffe Urteil Roons (Denkwürdigkeiten des Generals v. Roon I (1892), 171, 175, 180).

[2]) Kölnische Zeitung 1848, Juli 26, Nr. 211; vgl. Nr. 207—210; Nationalzeitung Juli 26, 29, Nr. 113, 116.

[3]) R. Haym, Max Duncker S. 89ff.

[4]) Vgl. Band II, S. 387, 405.

fuhr persönlich so, wie wenn er nicht als Vertreter des souveränen deutschen Reichsgedankens, sondern als Gast des preußischen Königs an denselben teilnähme. Bei den militärischen Schaustellungen und sonstigen Veranstaltungen war er stets an der Seite des Königs gegenwärtig, traf aber für eine würdige Vertretung des Reichsministeriums nicht die mindesten Vorkehrungen. Wirkte das schon sehr verstimmend, so erregte es ernsten Widerspruch, daß er, der am ersten Tag ebenso wie die ganze Frankfurter Abordnung in bürgerlicher Kleidung erschienen war, seit dem Eintreffen des preußischen Königs nur noch in der Uniform des preußischen 16. Regiments auftrat, dessen Chef er war. Trotz des Einspruchs seines Ministeriums begrüßte der Reichsverweser den König schon bei dessen Ankunft in dieser Uniform. Offenbar lag ihm daran, die Erregung einigermaßen zu beschwichtigen, welche der Peuckersche Erlaß hervorgerufen hatte.[1]) Das Reichsministerium erblickte darin aber eine unberechtigte Konzession an die partikularistischen preußischen Ansprüche. Als sich der Erzherzog zu der Hauptfeier im Dom am 15. August wiederum an der Seite des Königs in preußischer Uniform begab, ohne sich vorher mit seinen Ministern zu verständigen, setzten diese während der kirchlichen Feier in Mevissens Haus einen Protest auf, der dem Erzherzog in den Dom überbracht wurde und ihn in Ausdrücken schmerzlichen Erstaunens über sein bisheriges Verhalten wiederholt ersuchte, bei den weiteren Festlichkeiten nicht mehr in dieser Uniform zu erscheinen. Der Reichsjustizminister R. Mohl war am meisten aufgebracht über die seiner Überzeugung nach mit der Würde der Zentralgewalt ganz unvereinbare Konzession an Preußen.[2]) Aber der Erzherzog blieb in seiner Uniform, er zeigte kein Verständnis für die verletzte Würde des Reichs, erklärte vielmehr in seiner gemütlich-

[1]) Nach L. v. Gerlachs Denkwürdigkeiten I, 185 handelte der Erzherzog im Einverständnis mit der militärischen Umgebung des Königs, die seine Zivilkleider nach Brühl geschickt hatte. Der Erzherzog selbst berichtet in seinem Tagebuch (aus dem mir Herr Prof. v. Zwiedineck-Südenhorst einen Auszug zur Verfügung stellte) auch über diesen Konflikt; er meint da, die „Leute hätten keinen Begriff", es sei ein Glück, „daß ich keine anderen Kleider da hatte".

[2]) In Mevissens Aufzeichnungen befindet sich eine diesen Vorgang ähnlich wie Fallatis Tagebuch schildernde Notiz. Mohls Erinnerungen schweigen über den Vorfall.

Sache der Volksfreiheit war dadurch keineswegs hoffnungsvoller geworden. So trat die Frankfurter Abordnung am 16. August in nachdenklicher Stimmung die Rückreise an.

Das Reichsministerium hatte nun als nächste Aufgaben seine innere Organisation und die klare Umschreibung seiner Stellung nach außen vor sich. Soweit überhaupt ein entschiedener leitender Gedanke vorhanden war,[1]) verfolgte der Fürst von Leiningen als Präsident des Reichsministerrats die Tendenz, auf ein intensives Wachstum der Zentralgewalt bis zur deutschen Kaisermacht hinzuwirken, demnach alle unitarischen Bestrebungen zu unterstützen und alle Widersetzlichkeiten des Partikularismus zu bekämpfen, „mag derselbe kommen, woher er wolle, sei es aus den altpreußischen Provinzen, sei es aus den österreichischen Staaten".[2]) Es handelte sich vor allem um die Durchführung des Gesetzes vom 28. Juni über die Begründung der Zentralgewalt, und damit um Klarstellung der Frage, ob die Zentralgewalt ihre Maßregeln durch die einzelnen Regierungen oder ganz selbständig vollziehen wolle. Besonders die dem linken Zentrum angehörenden Mitglieder Heckscher, Mohl und Fallati drängten schon nach wenigen Tagen zu letzterer Auffassung.[3]) Trotzdem Mevissen und Beckerath immer wieder auf das Gefährliche derselben hinwiesen, blieb die Gegenseite bei ihrer Meinung, und sie wurde allerdings durch die intransigente Haltung der Berliner Hofpartei weiter auf diese schiefe Ebene gedrängt. Man wollte die aktuellen Fragen des Rechts der Nationalversammlung gegenüber der partikularistischen Opposition der deutschen Großmächte, d. h. im Augenblick Preußens,

[1]) Vgl. das skeptische Urteil Mevissens Bd. II, S. 423.

[2]) So berichtete der österreichische Gesandte Freiherr v. Menshengen am 9. August an Wessenberg. Er fügte hinzu: „Die tatsächliche Mediatisierung aller Einzelländer ist das letzte Ziel, wobei den regierenden Dynastieen, um nicht völlig unterzugehen, nur mehr übrig bleibt, als Fahnenträger der verschiedenen Volkssouveränetäten dem raschen Zug sich anzuschließen." Eine Randnotiz Wessenbergs vom 2. September sprach darauf von der „Dummheit und Eselhaftigkeit des eingebildeten deutschen Reichsministeriums".

[3]) Der Leiningen nahestehende frühere badische Minister v. Blittersdorff veröffentlichte in der Frankfurter Oberpostamtszeitung (28. August u. f.) anonym eine Reihe von Artikeln, welche am besten über die Tendenzen des Reichsministeriums unterrichten (vgl. auch Ernst v. Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben I (1887), 301 ff.).

biedermännischen Weise, es komme weniger auf den Rock als darauf an, daß man das Herz auf dem rechten Fleck habe. Das Bankett auf dem Gürzenich brachte dann viel Glanz und begeisterte Reden, ein Hoch des Königs auf die Frankfurter Nationalversammlung und seine mit Jubel begrüßte Erklärung, die deutsche Einheit sei die Verwirklichung seines schönsten Jugendtraumes; aber schon am Abend vorher hatte Friedrich Wilhelm IV. doch auch sein bedenklich stimmendes Wort an Heinrich v. Gagern gerichtet, er möge nicht vergessen, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe, und daß er einer von diesen sei. Mevissen erfreute sich während des Banketts an einem längeren Gespräch mit Alexander v. Humboldt, der im Gefolge des Königs nach Köln gekommen war. Seit er ihn 1844 in Berlin kennen gelernt,[1]) hatte der greise Gelehrte seinen Kosmos herausgegeben, und Mevissen hatte sich während des ersten Vereinigten Landtags bei wiederholten Besuchen in Tegel an der Universalität und edlen Humanität des großen Mannes erbaut. Jetzt empfand er es in dem ihn wenig befriedigenden Gedränge dieser Stunden als eine Erquickung, daß der große Gelehrte und harmonische Mensch es vorzog, den Blick von dem engen Gesichtskreis des Tages zur Betrachtung ewiger Fragen und großer wissenschaftlicher Errungenschaften der Zeit zu wenden. Eine Besprechung, die das Reichsministerium später in Brühl mit den im Gefolge des Königs anwesenden preußischen Ministern hatte, offenbarte dann noch stärker als die übrigen Vorgänge das Übergewicht Preußens und die Unmöglichkeit, es zu den Frankfurter Anschauungen hinüberzuziehen. Die preußischen Minister fühlten sich wieder als die Träger eines großen, zwar jüngst stark erschütterten und durch die Berliner Nationalversammlung unterwühlten, aber zähen und zukunftsreichen Staatswesens, und auch der König hatte sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein wiedergefunden; das Reichsministerium empfand demgegenüber schwer seine tatsächliche Machtlosigkeit.

Das wirkliche Ergebnis der glänzenden Kölner Festtage war somit für das Parlament keineswegs ermutigend. Preußens Aussichten für die Zukunft waren wohl wesentlich gehoben,[2]) aber die

---

[1]) Vgl. oben S. 325.

[2]) Die Gerlachsche Partei war über den glänzenden Ausfall der Rheinreise des Königs sehr befriedigt (L. v. Gerlach a. a. O. I, 185).

in dem Sinne der Alleinberechtigung der Nationalversammlung entschieden sehen, also das Frankfurter Gebäude immer mehr auf Sand errichten. Die Plenarsitzungen des Ministerrats, die im alten Bundestagspalais in der Eschenheimer Gasse stattfanden und an denen auch die Unterstaatssekretäre regelmäßig teilnahmen, sahen gegen Ende des Monats diese Frage stets auf ihrer Tagesordnung. Am 26. August, wo Mevissen zusammen mit Beckerath, Peucker und Duckwitz wieder für die größte Rücksichtnahme auf die Bevollmächtigten der Einzelstaaten eintrat, die der Artikel 14 des Gesetzes vom 28. Juni zuließ, erhielt er mit Mohl, Wiedenmann und Fallati ein besonderes Kommissorium, um die Beschlußfassung zu redigieren. Er, der in staatsmännischem Geiste die politischen Fragen nicht nur von der Seite des Volkes, sondern auch von der Seite der Regierungen klar ins Auge faßte, stand aber in dieser Kommission allein mit seiner Ansicht, 'es fehlte die feste und großartige Auffassung der Verhältnisse, die allein einer so großen Epoche der Umbildung entspricht', und so siegte bei erneuter Verhandlung des Ministerrats am 29. und 31. August der doktrinäre Standpunkt der Gegenpartei.[1])

Schon die nächsten Tage zeigten aber, wie wenig festen Boden man bei solchen Beschlüssen unter den Füßen hatte. Die schleswig-holsteinische Frage wurde die Klippe, an der die Ansprüche der Zentralgewalt machtlos scheiterten.

Im Namen Deutschlands hatte König Friedrich Wilhelm IV. im April den Krieg gegen Dänemark begonnen und Truppen in Schleswig einrücken lassen; gezwungen durch den Widerspruch von England und Rußland, aber ohne sich mit der Frankfurter Zentralgewalt zu benehmen, die doch an den Vorverhandlungen teilgenommen hatte, schloß er am 26. August den Waffenstillstand von Malmö. Am 30. August machte der preußische Bevollmächtigte Camphausen dem Reichsministerium die amtliche Mitteilung von der vollzogenen Tatsache. Ohne Zweifel handelte es sich um einen Affront und um eine Illustration des Wortes, daß es noch Fürsten in Europa gebe. Für die Zentralgewalt aber kam jetzt alles auf das richtige Augenmaß

[1]) Die Protokolle der Ministerialsitzungen beruhen im Archiv der Nationalversammlung (Frankfurter Stadtbibliothek). Fallatis handschriftliches Tagebuch unterrichtet eingehend über diesen Konflikt. Vgl. auch Jürgens a. a. O. I, 159, 162; Mohl a. a. O. II, 80, 89, und Mevissens Ausführungen Band II, S. 423.

bei der Schätzung der realen Kräfte an. Daß im Parlament die radikale und antipreußische Strömung alles daran setzen werde, um einen Konflikt herbeizuführen, war nicht zweifelhaft. Auch das Reichsministerium war einstimmig der Ansicht, daß die preußische Regierung hier ihre Beziehung zu der provisorischen Zentralgewalt nicht in der Weise aufgefaßt habe, wie es dem Gesetz vom 28. Juni entsprach und wie es zur Herstellung der Einheit Deutschlands unerläßlich schien. Es beschloß, demnächst von allen Regierungen des deutschen Bundesstaates die bestimmte Anerkennung dieses Gesetzes anzusprechen. Aber schon am 3. September offenbarten die Verhandlungen des Ministerrats, daß seine Majorität dennoch für Nachgiebigkeit war. Mevissen hatte die schwierigen dänischen Angelegenheiten mit dem englischen Gesandten in Frankfurt Lord H. Cowley wiederholt amtlich erörtert,[1]) durch den am 22. August die ersten vertraulichen Mitteilungen über die Lage gemacht wurden; er war keinen Augenblick zweifelhaft, was trotz wärmster Sympathie für die deutschen Brüder in Schleswig-Holstein geschehen müsse, wenn das Frankfurter Verfassungswerk nicht ernstlich gefährdet werden sollte. Wie sein gesundes politisches Urteil immer schon betont hatte, daß die Nationalversammlung nicht auf die preußischen Abgeordneten rechnen dürfe, wenn sie gegen den Willen der preußischen Regierung in Anspruch genommen werde, so trat er jetzt auch im Ministerrat am 3. September nachdrücklich für die Annahme des Waffenstillstandes ein.[2]) Sein Standpunkt deckte sich hier ganz mit dem des staatsklugen Schmerling. Am Vormittag des 5. September faßte nach wiederholter Beratung das Ministerium den nunmehr einstimmigen Beschluß, aus unabweislichen Gründen der Notwendigkeit nicht auf die Verwerfung des Waffenstillstandes anzutragen. Man einigte sich darüber, daß schon ein Sistierungsbeschluß seitens des Parlaments zur Kabinetsfrage führen müsse. In der Verhandlung am Nachmittag desselben Tages

---

[1]) Da er eine Zeitlang die Geschäfte des bis zum 24. August abwesenden Unterstaatssekretärs Max v. Biegeleben im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten führte.

[2]) Vgl. H. Laube, Das erste deutsche Parlament II (1849), 210; Jürgens a. a. O. I, S. 211, 213, sowie Mevissens Ausführungen vom 3. September in Bd. II, S. 425ff. (dazu Fallati in den Württemberger Vierteljahrsheften VIII, (1885), 20).

stellte sich jedoch unter der Führung von Dahlmann — der, von leidenschaftlicher Hingabe an die schleswig-holsteinsche Sache erfüllt, die Ehre des deutschen Volkes für verpfändet erklärte — die Majorität des Parlaments auf die andere Seite und beschloß die Sistierung des Waffenstillstandes. Sie offenbarte aber durch die Unfähigkeit, den Beschluß durchzuführen, nun erst recht die reale Machtlosigkeit des Parlaments, das mit diesem Beschluß den Höhepunkt seines moralischen Einflusses endgültig überschritten hatte.

Die parlamentarische Konsequenz dieser Abstimmung war der Rücktritt des Reichsministeriums. Noch am Abend des 5. September begaben sich Minister und Unterstaatssekretäre zum Reichsverweser und legten ihr Amt nieder. Dahlmann als Führer der Majorität erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, scheiterte dabei jedoch vollständig, und das Parlament sah sich am 16. September gezwungen, seinen eigenen Beschluß zurückzunehmen. Als dann aber die Unzufriedenheit der Radikalen am 18. September zu Aufruhr und Barrikadenkämpfen in den Straßen von Frankfurt und zur ruchlosen Ermordung der beiden Abgeordneten H. v. Auerswald und Fürst Lichnowsky führte, trat auf den Wunsch des Reichsverwesers das frühere Ministerium in seine Stellung zurück.[1]) Nur drei Mitglieder verweigerten den Wiedereintritt in eine Exekutivgewalt, die so machtlos zwischen den vorhandenen und wieder erstarkenden Regierungen stand: der Fürst von Leiningen, an dessen Stelle als Präsident des Ministerrats jetzt der geschmeidige Österreicher Schmerling trat, Heckscher und Mevissen. Die jüngsten Erfahrungen hatten Mevissen völlig darüber aufgeklärt, daß die Frankfurter Zentralgewalt keine Gelegenheit zu politischen Taten finden werde, da nun einmal die Regierungen, nicht das Volk, über die wirkliche Macht verfügten. Auch die gegenseitige Förderung und Befruchtung der preußischen und deutschen Bestrebungen, die angestrebte Hebung Preußens durch die volkstümliche deutsche Bewegung war nach Lage der Kräfte und der Widerstände tatsächlich undurchführbar. Um das große Werk zu fördern, dem er sich mit warmer Vaterlandsliebe hingegeben hatte, war er wiederholt zu Konzessionen an

[1]) Dieses Ergebnis hatte Mevissen schon am 6. September vorhergesehen, und zugleich erklärt, daß er keine Neigung habe, 'sich einer so innerlich unklaren und haltlosen Majorität noch einmal anzuvertrauen' (Bd. II, S. 428).

die im Frankfurter Parlament vorwaltende Richtung genötigt worden, die im Widerspruch zu seiner persönlichen Auffassung standen, und doch wollte der ersehnte Ausgleich widerstreitender Prinzipien nicht gelingen. Er überzeugte sich aus den Erfahrungen dieses bedeutsamen Jahres, welches mit dem Fortschritt der Freiheit auch eine außerordentliche Kräftigung aller Widerstände heraufführte, daß Leidenschaft, Ehrgeiz und Machtdurst der Menschen stärker waren, als die Vernunft, und daß seine persönlichen, selbstentwickelten politischen Anschauungen in dem alles erfassenden schroffen Gegensatz von Reaktion und Revolution keinen durchgreifenden Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben vermochten. Die ganze Fülle von politischen, geistigen und wirtschaftlich-sozialen Problemen, aus denen sich die Bewegung des Jahres 1848 zusammensetzte, konnte nicht, wie sein Idealismus wohl gehofft hatte, in einem großen Anlauf gelöst werden. Mevissen hielt allerdings die Frankfurter Bestrebungen noch keineswegs für gänzlich aussichtslos.[1] Aber er sah fortan die Aufgabe der Versammlung in der Beschränkung auf ihr nächstes und eigentliches Ziel, auf die Feststellung der deutschen Verfassung; bis zum Ende des Jahres konnte sie, so hoffte er, fertig sein. Er hielt es für seine Pflicht, seinen Sitz im Parlament nicht aufzugeben, bis dieses Ziel erreicht war. Und auch für die Beschleunigung dieser Aufgabe, deren Lösung wesentlich in den Händen des Verfassungsausschusses lag,[2] wollte er nach Kräften mitwirken. Die unermüdliche Gewissenhaftigkeit, womit

[1] Diese Ansicht wurde ihm zwar durch den Briefwechsel nahegebracht, den sein Schwiegervater D. Leiden mit dem damals in London weilenden Fürsten Metternich auf Grund von Mevissens Briefen aus Frankfurt führte. Metternich schrieb am 22. Juli aus London an Leiden: „Glauben Sie mir aufs Wort, daß die Sache, die es in Frankfurt gilt, der Ausbund aller Konfusionen ist, welche heute auf der Welt wie ein Alp lasten. Aus alle dem, was heute einer Schöpfung gleicht, wird das Gegenteil einer Schöpfung herauskommen. Zwei Gewalten beherrschen die Welt, die Wirklichkeit und der Roman. Beide liegen in der Natur des menschlichen Geistes. Die Resultate werden schlechte, wenn die Menschen aus den ihnen zugewiesenen Fächern heraustreten, wenn praktisch geborene Individuen Poeten und wenn Poeten Gesetzgeber und Volksleiter werden. Den ersteren gehört die Erde, den anderen der Parnaß an. Jeder bleibe bei seinem Geschäft. Bei dem Gegenteil leidet die bürgerliche Gesellschaft, und sie steht dem Menschen näher als der Helikon mit allen seinen Gaben."

[2] Den von diesem ausgearbeiteten Verfassungsentwurf (vgl. oben S. 572) hielt er im wesentlichen für brauchbar (Bd. II, S. 436).

die Vorberatung der deutschen Grundrechte von den in diesem Ausschuß vorwaltenden Professoren hingezogen wurde, bis wohl eine nach jeder Richtung vortreffliche Arbeit vorlag, aber das politische Interesse des Volkes und die Stoßkraft der populären Bewegung fast ganz erlahmt war, bedurfte der anregenden Einwirkung von Männern wie Mevissen, die im Leben wurzelten und doch für die Bedeutung gewissenhafter theoretischer Feststellung volles Verständnis besaßen.[1]) Aber Mevissen gab jetzt, wenigstens für die nächste Zukunft, die seit 1847 ernstlich gehegte Absicht auf, sich ganz den großen Fragen der preußischen und deutschen Politik zu widmen.

Sein Wirken in Frankfurt hatte allerdings ebenso wie sein früheres Auftreten in Berlin allen Beteiligten die Überzeugung von seiner eminenten politischen Begabung, seinem Scharfblick und seinem gesunden praktischen Urteil beigebracht, und im Reichsministerium verzichtete man sehr ungern auf seine weitere Mitarbeit. Robert Mohl, der Reichsjustizminister, der in mehreren grundsätzlichen Fragen einen abweichenden Standpunkt einnahm, erklärte doch den Verlust, den die Zentralgewalt durch Mevissens Ausscheiden erlitt, für höchst bedauerlich; in ihm, so urteilte Mohl, büße sie einen der unzweifelhaft politisch bedeutendsten Männer in der Nationalversammlung wie im Ministerium ein. Auch andere Urteile offenbaren, wie große Anerkennung Mevissen durch seine sichere Auffassung der politischen Verhältnisse in Frankfurt gefunden hatte.[2]) Seine Lebenskunst aber war, aus den gegebenen Umständen den Schluß zum Wirken, zur lebendigen Tat zu ziehen. In den Jahren seiner reflektierenden Vorbereitung auf das öffentliche Leben hatte er einmal in einer längeren Niederschrift ausgeführt,[3]) daß es im Gegensatz zu dem

---

[1]) Vgl. seine Bemerkungen Band II, S. 423, 424, 435, 446.

[2]) R. v. Mohl a. a. O. II, 80; Mevissens Haltung im Kabinet skizziert er dahin: „Mag es sein, daß er zu preußisch war und daß seine Auffassung zuweilen mehr doktrinär als für das unmittelbare Bedürfnis passend erscheinen konnte, aber alles war reiflich überdacht, von beherrschendem Standpunkte genommen und in geistreicher Bündigkeit vorgetragen.“ — Vgl. auch Biedermann, Erinnerungen aus die Paulskirche (1849), S. 255 ff.; Laube, Das erste deutsche Parlament II (1849), 81; Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche (1888) S. 115 ff.

[3]) Sie stammt aus dem Jahre 1840; vgl. dazu seinen Brief vom 2. Oktober 1848 (II, S. 434).

ungemessenen Schaffensdrang des Jünglings die Eigentümlichkeit des Mannes sei, an der Verwirklichung näherer, in der Gegenwart fußender Ideen seine Tätigkeit zu erproben. 'Der Mann hat das Ziel der Bahn, auf der der Jüngling sich tummelt, vor Augen, und weil es ihm klar ist, daß dieses Ziel, das unendlich ferne, nicht durch einen Sprung zu erreichen ist, so wählt er mit Freiheit die sich an die Gegenwart anschließende Stufe und bewahrt sich in dem mähligen Ansteigen stets die tröstende und treibende Gewißheit, daß er dem fernen Ziel um einen Schritt sich nähert, und durch ihn die Menschheit.' Ein glücklicher Umstand bot ihm eben in diesem Augenblick die Möglichkeit, dieser Lebensmaxime gemäß zu handeln.

Die Katastrophe des Kölner Bankhauses A. Schaaffhausen war, wie wir noch darlegen werden,[1]) durch die Vermittlung des Finanzministers Hansemann in der Weise gemildert worden, daß mit landesherrlicher Bestätigung vom 28. August die Privatfirma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, wobei der Staat die Garantie für einen Teil der Aktien übernahm. Bis zur Amortisation dieser Aktien beanspruchte der Staat die Ernennung eines der Direktoren des neuen Instituts, und für diese Stelle wurde Mevissen in Aussicht genommen. Hansemann hatte im Juli daran gedacht, Mevissen nach Berlin zu ziehen, um ihm die Leitung des neu zu organisierenden preußischen Bankwesens zu übertragen, aber die Eifersucht der Altpreußen, denen schon zu viele Rheinländer im Ministerium waren, verhinderte das.[2]) Nun bot ihm Hansemann am 31. August die Vertretung des Staates bei der Leitung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins an.[3]) Die Tätigkeit an der Spitze des größten Finanzinstituts der Rheinprovinz eröffnete die Aussicht zu tatkräftigem Handeln auf den verschiedensten Gebieten. Die drückenden Hemmungen, welche das bureaukratische Regime der vormärzlichen Zeit dem rheinischen Wirtschaftsleben auferlegt hatte, waren durch die Märzerrungenschaften und die Wirksamkeit des Finanzministeriums Hansemann beseitigt worden. Die Bahn war frei für die Durchführung der seit Jahren schon von Mevissen begonnenen, aber durch den Widerstand der Behörden ver-

---

[1]) Vgl. Kapitel 16.

[2]) Vgl. Band II, S. 412. — Kurz vorher war Mevissen auch die Leitung der badischen Bank angeboten, von ihm aber abgelehnt worden.

[3]) Vgl. Band II, S. 425, Anm. 1.

zögerten Unternehmungen und für die Verwirklichung so mancher schöpferischen Gedanken, die er in seiner programmatischen Schrift vom Jahre 1845 entwickelt hatte. Durch ein großes Bankinstitut konnte, wenn es in Mevissens Sinn als dirigierender und befruchtender Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der beiden Westprovinzen verwaltet wurde, zur Wirklichkeit erweckt werden, was ihn seit Jahren an Projekten auf dem Gebiete des Verkehrswesens, des Versicherungswesens, der Industrie und des Bergbaues beschäftigt hatte. In dem Bewußtsein, daß sein persönliches Kraft- und Überlegenheitsgefühl sich auf diesem Gebiet für eine Reihe von Jahren erfolgreich werde auswirken können, erklärte Mevissen am 3. September Hansemann seine grundsätzliche Bereitwilligkeit; die näheren Abmachungen behielt er einer mündlichen Erörterung vor, um die ihn Hansemann gebeten hatte, die Mevissen jedoch in diesen Tagen der Krisis von Malmö zunächst nicht herbeiführen konnte.[1]) Die Abdankung des Reichsministeriums am 5. September machte es ihm unerwarteterweise möglich, Frankfurt für einige Tage zu verlassen. Am 6. September reiste er über Köln nach Berlin, wo er am 10. September eintraf, entschlossen, die Abmachungen zur Übernahme der neuen Tätigkeit im Rheinland endgültig zu treffen. Er fand hier aber eine vollständige Ministerkrisis und allgemeine Verwirrung am Hofe vor, und einige Tage lang wurde es zweifelhaft, ob er nicht vorläufig doch noch im politischen Leben verbleiben werde.

Das Ministerium Auerswald-Hansemann hatte zwar seit Juli eine Fülle von Reformen bewirkt, aber seine Bemühungen um die Vereinbarung einer Verfassung mit der maßlosem Radikalismus entgegentreibenden Berliner Nationalversammlung wurden immer schwieriger; die Versammlung erwies sich als unfähig, ein brauchbares positives Staatsprinzip aufzustellen. Über ihr Verhalten zu der scharf zugespitzten Militärfrage kam das Ministerium jetzt ins Wanken. Der König wünschte nichts dringender, als daß ihn seine Minister von der drückenden Last jener Verheißung befreiten, die er am 22. März bezüglich der Vereidigung der Armee auf die Verfassung proklamiert hatte; er verlangte „als Mensch, als Preuße und als König" nach Wiederherstellung der unbedingten Krongewalt über das

[1]) Vgl. seinen Brief an Hansemann vom 3. September (Bd. II S. 425).

Heer, und er befürchtete, daß ihn dieser Verfassungseid der Armee um sein ganzes Offizierkorps bringen werde.[1]) Die Verheißung des Monarchen hatte aber in dem Verfassungsentwurf des Ministeriums Camphausen um so mehr ihre Stelle gefunden, als die Vereidigung der als Volksheer aufgefaßten Armee eine wesentliche Forderung des liberalen Programms des Jahres 1848 darstellte.[2]) Nun beanspruchte die Berliner konstituierende Versammlung einen über diesen Eid noch hinausgehenden Einfluß auf die Armee, sie kollidierte aufs stärkste mit den Traditionen des militärischen Sondergeistes, und am 7. September kam es zu turbulenten Szenen, weil das Ministerium den Ansprüchen der Majorität Widerstand leistete. Am 9. September gab darauf das Ministerium dem König seine Demission, und dieser nahm sie an, trotzdem er die Haltung des Ministeriums billigen mußte.

Die Junkerpartei arbeitete schon seit längerer Zeit auf die Entlassung besonders Hansemanns hin; die von ihm betriebene sofortige Aufhebung aller Grundsteuerbefreiungen bedrohte den agrarischen Adel in den Wurzeln seiner wirtschaftlichen Existenz.[3]) Das Eindringen der liberalen, von dem Begriff des einheitlichen Staatsbürgertums erfüllten und aller Privilegierung abholden Rheinländer in das Ministerium war der alten Hofpartei von vornherein besonders zuwider gewesen. Beim Abschluß des ersten Vereinigten Landtags, der die Superiorität der Rheinländer so unverkennbar offenbart hatte, überlegte sie, daß es doch wohl besser für Preußen gewesen wäre, wenn es 1815 die Erwerbung der „fremdartigen Provinzen" Rheinland-Westfalen vermieden hätte.[4]) So weit stand ihre politische Auffassung

[1]) L. v. Gerlach a. a. O. I, 164, 215 ff. — Vgl. dazu den Briefwechsel des Königs mit Camphausen (Deutsche Rundschau 32 (1905), 367).

[2]) Der Verfassungsentwurf vom 20. Mai bestimmte im § 78, daß auch das Heer dem König und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören habe; ähnlich lautete der Verfassungsentwurf der Berliner Nationalversammlung vom 26. Juli (Charte Waldeck) § 26; die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 ließ diese Bestimmung weg.

[3]) Bergengrün a. a. O. S. 512 ff., 539 ff.; L. v. Gerlach, a. a. O. I, 195 ff.

[4]) Vgl. L. v. Gerlachs Aufzeichnung vom Juni 1847 (a. a. O. I, 121), und das für diese Gruppe schmerzliche Wort des Königs an die Rheinländer vom 12. April 1847 (Band II, S. 237, s. dazu E. L. v. Gerlach, Aufzeichnungen aus seinem Leben I (1903), 473; im November 1848 waren die Häupter der Kamarilla der Ansicht, am Abfall der Rheinlande sei gar nichts gelegen, ebd. II, 29).

hinter der der rheinischen Liberalen zurück, die damals alles daran setzten, die in den ständischen Einrichtungen liegenden Hemmungen des Einheitsstaats zu überwinden und eine Verschmelzung der verschiedenartigen Landesteile Preußens zu bewirken. Im März 1848, als dieses rheinische Element ins Ministerium eindrang, bildete der Führer der altständischen Junker- und Pietistengruppe die Kamarilla, und schon zwei Monate später gab er das Stichwort aus: „Weg mit diesen Rheinländern, solche Minister findet man auf allen Gassen."[1]) Der Wunsch dieser Vertreter der Reaktion um jeden Preis war jetzt vor allem, das rheinische liberale Element ganz aus dem Ministerium auszumerzen. Aber so weit ging der König noch nicht. Sowohl seine von seiner Umgebung mißbilligten deutschen Pläne als seine ebenfalls von ihr nicht geteilte Überzeugung, daß er seine alten Ideen der ständischen Monarchie aufgeben und fortan am Konstitutionalismus festhalten müsse,[2]) — das blieb bei ihm dauerndes Ergebnis des Revolutionsjahres —, legten ihm zunächst noch den Gedanken an v. Beckerath nahe, der auf dem ersten Vereinigten Landtag trotz seiner oppositionellen Richtung durch seine gemütvoll-religiöse Art die besondere Neigung und das Vertrauen des Königs gewonnen hatte und jetzt in Frankfurt das Reichsministerium der Finanzen verwaltete. Noch ehe das Ministerium Auerswald seine Demission genommen, hatte ferner R. v. Auerswald vertraulich dem noch in Frankfurt anwesenden Mevissen das Finanzministerium an Hansemanns Stelle angeboten, falls dieser einer Krisis weichen müsse.[3]) Mevissen war fest entschlossen, dieses Angebot nicht zu acceptieren, sondern die Kölner Stellung zu übernehmen. In dem Prinzipiengegensatz, der in Berlin vorlag, war für seine eigene Auffassung keine Stelle, und er versprach

---

[1]) Ebd. S. 151, 162, 163. — Die Mitglieder der Kamarilla hielten ihre Einrichtung für „eine notwendige und im Staatsrecht anzuerkennende Institution: Ratgeber des Königs, während er seine Minister loswerden will, aber noch nicht kann" (E. L. v. Gerlach a. a. O. II, 20).

[2]) Und zwar, obgleich er ein 'Lügensystem' sei; er hielt die ständische Monarchie fortan nicht mehr für möglich (E. v. Gerlach II, 2, 9). Wie er sich den Konstitutionalismus dachte, vgl. oben S. 552 A. 1. — Vgl. auch Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, 43 ff.

[3]) Bd. II, S. 428. Schon Anfang Juli, in den ersten Tagen des Ministeriums Auerswald-Hansemann, war in der Presse Mevissens Eintritt in dieses Ministerium für den Fall einer Krisis erörtert worden (vgl. Bd. II, S. 403).

sich von der weiteren politischen Arbeit überhaupt keinen Erfolg mehr. Bei seiner Ankunft in Berlin fand er nun aber wider Erwarten die vollständige Kabinetskrisis vor, auf Grund deren in der Presse schon am 9. September ein Ministerium Beckerath als wahrscheinlich bezeichnet wurde, in dem Mevissen die Finanzen übernehmen werde. In dieser veränderten Lage blieb es einige Tage hindurch unsicher, welche Wendung die Dinge nehmen würden.[1])

Zum großen Verdruß des Prinzen von Preußen und der Kamarilla berief der König Beckerath zu sich; am 12. September erreichte diesen der Ruf in Frankfurt, und am 14. nachmittags traf er in Berlin ein. Der König glaubte, ihn leicht gewinnen zu können; er hatte persönlich ein reaktionäres Programm ausgearbeitet, auf das er Beckerath zu verpflichten gedachte.[2]) Das erwies sich aber sofort als unmöglich. Beckerath wollte nur im Einverständnis mit den gemäßigten Gruppen der Berliner Nationalversammlung vorgehen. Noch am 14. September abends fand bei dem Abgeordneten A. Riedel eine Konferenz zwischen Beckerath, Mevissen und Abgeordneten der beiden Zentren der Berliner Versammlung statt. Die Aufstellung einer geeigneten Ministerliste erwies sich als sehr schwierig. Mevissen hatte auch jetzt noch keinerlei Neigung, in das Berliner Kabinet einzutreten,[3]) er war jedoch bereit, seine Mitwirkung nicht zu versagen, wenn ein Ministerium Beckerath nur auf diese Weise zustande kommen könne.[4]) Das Programm, welches Beckerath und Mevissen gemeinsam ausarbeiteten, trugen beide am 16. September dem König vor; es fanden dann wiederholte mündliche Verhandlungen in Potsdam statt, und am 17. September ersuchte der König um schriftliche Fixierung des Programms. Es enthielt das äußerste, was im Hinblick auf

---

[1]) Für diese Septemberepisode in Berlin vgl. außer Mevissens Briefen (Band II, S. 429—432) besonders die von E. Frensdorff herrührenden Artikel in der Nationalzeitung Nr. 164—170, denen von Beckerath und Mevissen herrührende Nachrichten zugrunde liegen. Vgl. dazu Kölnische Zeitung Nr. 256—262; Deutsche Zeitung Nr. 252, 259; Neue Rheinische Zeitung Nr. 100, 107.

[2]) L. v. Gerlach a. a. O. I, 196, 198.

[3]) Vgl. II, S. 430. Auch seine Familie hoffte dringend, es werde nicht dazu kommen, daß er „auf vier Wochen Minister spiele".

[4]) Als wahrscheinlich galt am 17. September die Kombination v. Beckerath (Präsident ohne Portefeuille), Mevissen (Finanzen oder Handel), Pinder (Inneres), v. Vincke (Auswärtiges), Schnaase (Justiz).

die vorhandenen schroffen Gegensätze die liberale Staatsanschauung und der warme preußisch-deutsche Patriotismus der beiden Rheinländer im Augenblick der Krisis zu bieten vermochten, um ein Hand-in-Hand-gehen der legitimen Macht mit dem modernen Staatsgedanken zu ermöglichen. Es verlangte zunächst in der deutschen Einheitsfrage unter Hinweis auf den vom König am 18. März proklamierten einheitlichen Bundesstaat die offene Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit der in Frankfurt festzustellenden deutschen Verfassung und der Frankfurter Zentralgewalt in dem Rahmen, den das Gesetz vom 28. Juni bestimmte;[1]) für Preußen stellte es sich im wesentlichen auf den Boden des Verfassungsentwurfs der Nationalversammlung vom 26. Juli (Charte Waldeck), der von selbständigen Volksrechten als der Grundlage für die Vereinbarung der definitiven Verfassung ausging. Um aber die Zukunft gegen reaktionäre Bestrebungen möglichst zu sichern, sah es die Abschaffung aller Ordens- und Titelsverleihungen und eine Reihe von weiteren Umgestaltungen des Armeewesens vor, die eine Abkürzung der Dienstzeit und eine volkstümlichere Gestaltung der Armee zum Ziele hatten.[2])

Die Prinzipienfragen, um die es sich handelte, waren also in diesem Programm nicht verschleiert, sondern unverhüllt zum Ausdruck gebracht. Beckerath und Mevissen waren der preußischen Monarchie in unerschütterlicher Treue ergeben, aber ihrer Natur nach nicht fähig, in die von Intriguen, Machtdurst und frömmelnder Unaufrichtigkeit geschwängerte Berliner Atmosphäre mit der gleichen Zweideutigkeit einzutreten. Ihr sittliches Empfinden wie ihre Auffassung der innerpolitischen Fragen als der eigentlich bürgerlichen Angelegenheiten verlangte in der aufs äußerste verwirrten Lage einen 'offenen, klaren Vertrag, ehrlich gemeint und mit Treue ausgeführt.' Welche Haltung der König einem liberalen Ministerium gegenüber einnahm,

---

[1]) Kopstadt, H. v. Beckerath S. 94 ff.; Nationalzeitung Nr. 170 (vom 22. September); Ranke a. a. O. 49/50, S. 486; Denkwürdigkeiten A. v. Roons I (1892), 191; Deutsche Rundschau XII, 426 ff.

[2]) Abkürzung der Dienstzeit auf 1—2 Jahre, Auflösung der Garde und der Kadettenhäuser, Abschaffung des eximierten Militärgerichtsstandes, Avancement nach der Fähigkeit der Soldaten ohne Vorbedingung einer bestimmten Dienstdauer. Die 'Charte Waldeck' enthielt in S. 24—30 eine Reihe einschneidender Bestimmungen über die Armee.

hatten die Erfahrungen seit dem März genugsam bewiesen. So wenig wie Beckerath[1]) rechnete Mevissen[2]) darauf, daß der König ihr Programm acceptieren werde. Aber beide hielten es für ihre Pflicht, dem König, der sich in dem revolutionär zugespitzten Konflikt eigner und fremder Anschauungen zu keinem Entschluß durchzuringen vermochte, an diesem entscheidenden Wendepunkt offen darzulegen, wie sich für ihren Blick die Frage des gegenwärtigen und des zukünftigen Staatswohls darstellte. Indem diese beiden unzweifelhaft preußisch und monarchisch gesinnten Liberalen dem König die äußerste Grenze bezeichneten, bis wohin das durch die Ereignisse des Revolutionsjahres fortgebildete liberale Programm dem Andringen der Reaktion Zugeständnisse zu machen imstande war, brachten sie volle Klarheit in die Situation, bewiesen allerdings zugleich dem König aufs neue, daß ihm trotz seiner deutschen Aspirationen ein Zusammengehen mit der volksmäßigen Richtung unmöglich war. Seine politischen Grundsätze wurzelten tief im altpreußischen Staatsgedanken, mochten sich seine Pläne und Entwürfe auch zum Mißvergnügen seiner Umgebung mehrfach von dieser Basis entfernen; die Aufrechterhaltung einer im wesentlichen doch freien militärischen Monarchie im Rahmen einer modernen Repräsentativverfassung, wie sie ihm und seinem Freunde Radowitz seit dem 18. März vorschwebte, war mit liberalen Kräften undurchführbar.

Wenn aber der König, in dessen Seele die alte und die neue Zeit unentschieden miteinander rangen, sich immer noch, trotzdem er das ihm unterbreitete Programm ablehnte, eine Brücke nach der Seite der Frankfurter wahren wollte,[3]) so säumte die Hofpartei nicht, den Augenblick in Preußen nach Kräften für ihre Zwecke zu benutzen. Die Kamarilla drängte fortan entschlossen zur schnellen Lösung aller Konflikte durch Usurpation und militärische Gewalt, sie wollte von Verhandlungen mit den politischen Gegnern nichts mehr wissen, nur die Gegenrevolution entsprach noch ihren Plänen.

Schon am 19. September wurde bekannt, daß die Reaktion siegen werde, am 21. wurde statt des Ministeriums Beckerath-

[1]) Kopstadt a. a. O. S. 93.

[2]) Vgl. seine Briefe vom 16. September Bd. II, S. 430f.

[3]) Vgl. seinen Brief vom 19. September an Beckerath (bei Kopstadt a. a. O. S. 97).

Mevissen das Ministerium Pfuel-Eichmann-Bonin ernannt. Es war zwar noch nicht ganz das Ministerium nach dem Herzen der Kamarilla, aber es war doch, wie die Kreuzzeitung triumphierte, ein Ministerium, welches „keinen Rheinländer, kein Glied der Versammlungen in Berlin und Frankfurt, nicht einmal einen Wahlmann in seiner Mitte hat, sondern aus einem General, drei alten Beamten und einem Bundestagsgesandten besteht, die schon einmal in den Freiheitskriegen gegen revolutionäre Tyrannen gekämpft haben".[1] Das Ministerium Auerswald-Hansemann übergab an demselben Tage die Geschäfte. Eine seiner letzten Amtshandlungen war die am 15. September vom Finanzminister Hansemann und dem Handelsminister Milde gemeinsam vollzogene Ernennung Mevissens zum Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln.[2]

Über Mevissens Zukunft war damit in demselben Augenblick entschieden, wo in Preußen seine Hoffnung scheiterte, daß es dem rheinischen Liberalismus gelingen werde, dem modernen Staatsgedanken hier zum Siege zu verhelfen,[3] und wo die Unvernunft der revolutionären Masseninstinkte in Frankfurt dahin führte, daß die gewählte deutsche Volksvertretung die Hilfe der Regierungen, und zwar gerade der preußischen Bajonette, wider den Terrorismus der Straße anrufen mußte. Der Umschwung der Dinge gegenüber dem März war so vollständig, daß das Bürgertum in den Städten anfing, die Erklärung des Belagerungszustandes, also die Aufhebung aller gesetzlichen Freiheit, als Rückkehr zur Ordnung freudig zu begrüßen.[4] In späteren Lebensjahren, nachdem entgegen aller Voraussicht die 1848 dem Volk versagte deutsche Einheit durch die preußische Monarchie verwirklicht worden war, mit deren historischer Eigenart die moderne Staatsdoktrin im Revolutionsjahr nach einem Ausgleich rang, hat Mevissen selbst sein Programm vom September 1848 als verfehlt bezeichnet. Ein von Jugend auf für die Gedanken der bürgerlichen Freiheit und das Ideal der deutschen Einheit begeisterter Politiker mit Mevissens Grundanschauungen von menschlicher Entwicklungs-

[1] (E. L. v. Gerlach), Zwölf politische Monatsrundschauen (1849), S. 39.

[2] Vgl. Band II, S. 425.

[3] Vgl. oben S. 507 ff.

[4] Vgl. Band II, 433, 435. Mevissen allerdings frug zweifelnd: 'Wird aus solchen Zuständen die wahre sittliche Freiheit hervorgehen?'

fähigkeit und menschlicher Würde konnte jedoch die Forderungen der werdenden Zeit nur auf diesem Wege in das Leben einzuführen versuchen. Das alte Preußen, so war er überzeugt, mußte ebenso wie alle anderen deutschen Stämme dem neu zu gründenden Bundesstaate Opfer bringen. Aber diese Opfer an Deutschland, deren Umfang er in dem Wortlaut des königlichen Patents vom 18. März umschrieben sah, würden, so war er ebenso überzeugt, weit entfernt, Preußens staatliche Kraft zu schwächen, vielmehr seine Selbständigkeit und Sicherheit stärken und kräftigen und ihm die Vormacht im großen Vaterlande sichern.[1]) Was im Herbst 1848 zunächst siegreich war und wogegen sich das Programm von Beckerath und Mevissen richtete, das waren jene Kräfte der Reaktion und des spezifischen Preußentums, die weder die bürgerliche Freiheit noch die deutsche Einheit wollten, jene altständische Feudalpartei, die den revolutionären Schrecken und das aus ihm entsprungene tiefe Mißtrauen der Krone gegen das Volk benutzte, um sich als privilegierte Schutzmacht derselben neu zu etablieren. Nur dadurch, daß die Krone selbst an mehreren Punkten über diese Kräfte hinausstrebte und sie später wider ihren Willen umgestaltete, hat sie es vermocht, im fortdauernden Zusammenhang mit ihnen die Großtaten der Zukunft heraufzuführen.

Am 1. November wurde der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln eröffnet, und Mevissen begann an diesem Tage seine neue Tätigkeit. Noch ein halbes Jahr konnte er ihr allerdings nur einen Teil seiner Kraft widmen. Er behielt sein Mandat in Frankfurt bei, und noch bis zum Mai 1849 gehörte seine Zeit vorwiegend dem Parlament. Seine Briefe zeigen,[2]) wie lebendig er auch jetzt noch an dem politischen Leben teilnahm, das in Preußen zunächst im November den Staatsstreich und am 5. Dezember 1848 die oktroyierte Verfassung herbeiführte. Die Reaktion stieß nicht auf den von Mevissen vorausgesetzten starken Widerstand, da die politische Ausdauer des Bürgertums erschöpft war.[3]) Zwar wurde das im April rechtmäßig festgesetzte Prinzip der Vereinbarung durch den „kühnen Griff" des Königs beseitigt und die Armee entgegen dem Versprechen des Königs außerhalb des Bereichs der Verfassung gestellt, aber durch die sinnlose

[1]) Vgl. seine Darlegung Bd. II, S. 419; ähnlich M. Duncker a. a. O. S. 110.
[2]) Vgl. Band II, S. 432 ff.
[3]) Vgl. Band II, S. 431, 439, 441—445.

Leidenschaft der Berliner Nationalversammlung ließ sich das rechtfertigen, und da wider Erwarten die Verfassung im übrigen gerechten Wünschen entsprach und viel mehr bot, als der rheinische Liberalismus bis zum März erhofft hatte, so gab sich Mevissen, dem es stets weniger um die Form als um die Sache zu tun war, mit dem Ergebnis zufrieden.[1]) Preußen war konstitutioneller Staat und damit fähig geworden, an die Spitze Deutschlands zu treten, — die „Revision" der Verfassung räumte allerdings im folgenden Jahre gründlich unter den dem Volk jetzt noch zugestandenen Rechten auf.

In Frankfurt aber, wo im Oktober die Erörterung der entscheidenden Frage nach der Stellung von Österreich und Preußen im geplanten Bundesstaat begann, waren es außer den großen politischen auch die wirtschaftspolitischen Fragen, denen Mevissen sich fortan wie seither schon widmete. Die Lösung dieser Fragen, die in der Herstellung der deutschen Zolleinheit und einer einheitlichen Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im allgemeinen gipfelten, sollte einen mächtigen Hebel für die politische Aufgabe bieten. Das Reichshandelsministerium war während der Zeit, wo Mevissen ihm angehörte, noch nicht über die ersten Einrichtungsmaßregeln hinausgekommen.[2]) Es begann seine weiter ausgreifende Tätigkeit erst nach dem Septemberaufstand mit dem am 23. September vom Minister Duckwitz dem Parlament unterbreiteten Plan zur Gründung der kommerziellen Einheit Deutschlands. Mevissen war jedoch auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet seither schon in dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Parlaments tätig gewesen, der am 24. Mai gebildet wurde und im Juli seine Verhandlungen begann, die als Vorbereitung für die einschlägigen Verhandlungen des Verfassungsausschusses und des Plenums dienten und im Einklang mit dem Handelsministerium die Richtlinien für die künftige Reichsgesetzgebung auf wirtschaftlichem Gebiete zogen.[3]) Dieser aus dreißig Mitgliedern bestehende Ausschuß

---

[1]) S. seinen Briefwechsel mit F. Kühlwetter, E. v. Moeller und E. Simson Bd. II, S. 439, 442—444 und sein Schreiben vom 8. Dezember ebd. S. 448.

[2]) Vgl. Bd. II, 417, 423; W. Oechelhäuser, Erinnerungen aus den Jahren 1848—1850 (1892), S. 11, 23ff.; A. Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben (1877), S. 78ff.

[3]) Während die Akten des Reichshandelsministeriums im Frankfurter Parlamentsarchiv (Stadtbibliothek in Frankfurt) in großer Vollständigkeit

für Arbeiter-, Gewerbs-, Zoll- und Handelsverhältnisse', an dessen Spitze der Preuße L. v. Roenne, der frühere Präsident des preußischen Handelsamts, und der Österreicher K. v. Bruck, Direktor des Lloyd in Triest, standen, verhandelte unermüdlich auf Grund einer ungeheuren Flut von Anträgen und Denkschriften, durch die ihm die Volkswünsche ans Herz gelegt wurden, die wirtschaftlichen Fragen, die wegen der zahllosen Interessenkollisionen kaum zu entwirren waren. Die Ausdehnung des Zollvereins, die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt und die Gründung einer deutschen Kriegsmarine,[1]) der Verkehr auf den schiffbaren Flüssen und auf den Eisenbahnen, die Ausarbeitung eines einheitlichen Systems der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle, die Einrichtung von deutschen Konsulaten zur Förderung der Handelsinteressen im Ausland und vieles andere wurde mit der hingebenden Gründlichkeit erörtert, welche die Arbeiten des Frankfurter Parlaments überhaupt auszeichnete.[2]) Mevissen hatte hier Gelegenheit, sich zusammen mit hervorragenden Theoretikern und Praktikern wie Bruno Hildebrand, Moritz Mohl, Karl Mathy, B. Eisenstuck, K. Th. Gevekoht u. a. auf verschiedenen Gebieten wirksam zu betätigen. Er verfaßte im August ein Gutachten über die Zentralisation des deutschen Bankwesens, das im September als Grundlage für die Beratung des Verfassungsausschusses über das Verhältnis der Reichsgewalt zum Bankwesen und Papiergeld der Einzelstaaten diente.[3]) Auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens, wo der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen einer einheitlichen deutschen Gesetzgebung trefflich vorgearbeitet hatte, vertrat er zusammen mit Fallati den Gedanken der Vereinheitlichung und Verstaatlichung der großen Eisenbahnlinien, den gleichzeitig Hansemann als preußischer Finanzminister praktisch durchzuführen sich bemühte.[4]) Als Vertrauensmann der Kölner Handelskammer trat er ferner für die Befreiung

vorliegen, sind die Akten des Volkswirtschaftlichen Ausschusses nur sehr fragmentarisch vorhanden.

[1]) M. Bär, Die deutsche Flotte von 1848—1852 (1898), S. 3ff. — Im Februar 1849 wurde Mevissen für das von Duckwitz nur widerstrebend mitverwaltete Reichsmarineministerium in Aussicht genommen (II, S. 461).

[2]) S. Oelsner, Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhandlungen des Frankfurter Parlaments (Preußische Jahrbücher 87 (1897), S. 81ff.).

[3]) Es ist Band II, 419—423 abgedruckt.

[4]) Bergengrün a. a. O. S. 516ff.; Droysen a. a. O. S. 392ff. (vgl. oben S. 479).

des Rheinstroms von Zöllen und Abgaben,[1]) als Vertreter des Siegenerlandes für die schon seit 1845 von ihm erstrebte Befreiung des Bergbaues von den überkommenen Bergzehnten und für ein allgemeines deutsches Berggesetz ein.[2]) Hatte er aber bis zum Juli auf baldige praktische Ergebnisse gehofft und damit gerechnet, daß die Ausdehnung des Zollvereins bis an die Nordsee und an das Adriatische Meer durch die nationale Bewegung geradezu im Fluge erreicht werde,[3]) so waren seit diesem Zeitpunkt, wo die beiden deutschen Großstaaten gegen die „Mediatisierung" durch die Frankfurter ihre Selbständigkeit wieder aufzurichten begannen, alle Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen im Grunde schon zur praktischen Erfolglosigkeit bestimmt.

So stand es auch mit der Streitfrage Schutzzoll oder Freihandel, deren Lösung der Begründung einer deutschen Handelseinheit hätte voraufgehen müssen. In den Monaten August bis November fanden in Frankfurt Verhandlungen mit Vertretern des deutschen Handelsstandes statt, welche hier wie 1847 beim Vereinigten Landtag die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen Handel und Industrie erwiesen. Auch die Gründung eines 'Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit' im August offenbarte nur den vorhandenen tiefen Gegensatz. Mevissen trat hier als Vertreter seines Wahlkreises wiederholt für die Siegener Eisenindustrie ein.[4]) Um persönliche Fühlung mit seinen Wählern zu nehmen, bereiste er am 21. und 22. Oktober mit G. Mallinckrodt seinen Wahlkreis und war in Siegen, Crombach, Müsen und Hilchenbach Gegenstand warmer

---

[1]) Zum Vertreter der Interessen der Kölner Handelskammer wurde Mevissen am 10. August ernannt. Für die Verhandlungen vgl. Fallati in der Zeitschr. für Staatswissenschaft VI, 526ff.; Gothein, Geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jh. (1903), S. 281ff.

[2]) Vgl. oben S. 384 und Bd. II, S. 170ff. In Siegen wurden am 27. Juli Vorschläge für ein neues preußisches Berggesetz ausgearbeitet. Mevissen wurde aber am 17. August ersucht, diese Vorschläge auch für das in Frankfurt geplante allgemeine deutsche Berggesetz zu berücksichtigen. — Vgl. auch Schorn, Lebenserinnerungen II (1898), 20ff. und unten S. 633ff.

[3]) Vgl. Bd. II, S. 404.

[4]) Eine mit mehreren tausend Unterschriften bedeckte Petition und eine gedruckte 'Denkschrift über die künftige Handelspolitik und Zollverfassung Deutschlands' (Siegen, 1848) ging im September, eine zweite im Oktober an Mevissen ab, nachdem am 12. September die Besitzer von Hütten-, Eisen- und Stahlhammerwerken der drei Kreise Siegen, Olpe und Altenkirchen sich

Ovationen.[1]) In der entscheidenden wirtschaftlichen Frage konnte er aber nur berichten, daß, wenn auch im Reichsministerium wie im Volkswirtschaftlichen Ausschuß die Richtung der Schutzzöllner überwog, doch die Majorität der Nationalversammlung dem Freihandel huldige und selbst die geltenden Zollsätze nur aus Rücksicht für das Bestehende beibehalten werde.

Dieser Standpunkt der Mehrheit war aber auch auf das Schicksal der Arbeiterfrage von Einfluß, die den Ausschuß und das Plenum der Versammlung wiederholt beschäftigte. Ein deutscher Arbeiterkongreß fand im August und September 1848 in Frankfurt statt,[2]) und vom Handwerkerstande, der damals die wirtschaftlich-sozialen Wünsche im Entwurf einer Gewerbeordnung zum Ausdruck brachte, während der neue Fabrikarbeiterstand noch nicht zur geschlossenen Gruppenbildung gelangt war, liefen beim Volkswirtschaftlichen Ausschuß zahlreiche schriftliche Anträge ein, die auf Beseitigung der Gewerbefreiheit und Rückkehr zu zunftmäßigen Bindungen abzielten.[3]) Der Gegensatz der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Mittelstandswünsche stieß in diesem bewegten Jahre überall unvermittelt aufeinander. Die sozialpolitischen Fragen erfuhren jedoch in Frankfurt keine nennenswerte Förderung, ihre Erörterung fand vielmehr selbst bei vielen namhaften Mitgliedern der Versammlung überhaupt keine Teilnahme.[4]) Die aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene erste deutsche Volksvertretung stellte nicht nur, wie es die preußischen Landtage seither getan hatten (S. 466), die sozialen Fragen hinter die rein politischen zurück, sondern sie verkannte doch auch die Bedeutung dieser Fragen durchaus. Der Vierte Stand war in Deutschland noch nicht stark genug, seine Interessen selbst wahrzunehmen; das Parlament aber, das auf allen Gebieten reformierend zu wirken

zu einem 'Gewerkschaftlichen Ausschuß zum Schutz der Industrie' zusammengeschlossen hatten. — Vgl. auch Zimmermann, Handelspolitik S. 336 ff.; Wohlwill, Die hamburgischen Bürgermeister Kirchenpauer, Petersen, Versmann (1903) S. 47 ff. und Oechelhäuser a. a. O. S. 13 ff.

[1]) Siegener Intelligenzblatt 1848, Nr. 68, 69, 71. Vgl. Band II, S. 441.

[2]) G. Adler, Gesch. der ersten sozialpol. Arbeiterbewegung (1885) S. 166.

[3]) Auch Mevissen erhielt am 19. August eine solche Petition von Seiten der Handwerker des Kreises Siegen. — Vgl. Denkschrift über den Entwurf einer allg. deutschen Gewerbeordnung, verfaßt von dem Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß (Darmstadt 1848); Pastor, A. Reichensperger I, 251, 265, 289.

[4]) Ölsner a. a. O. S. 98.

beanspruchte, zeigte sich unfähig, die sozialpolitische Eingliederung der Massen in das Leben der Nation auf organischem Wege anzubahnen. Im März hatte der Vierte Stand in Paris bei seinem Versuch, sozialistisch-kommunistische Ideen zu verwirklichen, die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft in Eigentums- und Persönlichkeitsrechten in Frage gestellt. Die „Organisation der Arbeit" hatte dabei zu den verunglückten Nationalwerkstätten und dem Arbeiterparlament unter Louis Blanc geführt, aus deren Mißerfolg der Juniaufstand und die blutige Unterdrückung der Massen durch Cavaignacs Diktatur am 23. und 24. Juni entsprang. Diese gewaltsame Entscheidung beseitigte nicht nur die Furcht der deutschen Regierungen vor dem politischen Abgrund der Revolution, sondern sie verlieh zugleich den im Bürgertum noch vorwaltenden unsozialen Instinkten neue Kraft. Von Organisation der Arbeit und von Dezentralisation der Industrie durch den Staat im Sinne Mevissens konnte vorab nicht mehr die Rede sein. Das 'Laissez faire' auf wirtschaftlichem Gebiet triumphierte auch hier, das deutsche Volk gab sich dem Individualismus der Freihandelsära hin. Um in Handel und Gewerbe wieder Vertrauen auf die Zukunft zu erwecken, ging man sozialen Erörterungen gern aus dem Wege, seit sie im Jahre 1848 die beunruhigenden Perspektiven des Umsturzes und der Gütergemeinschaft in die Nähe gerückt hatten. Im Bürgertum vermochten die sozial empfindenden Elemente des vormärzlichen Liberalismus sich fortan noch weniger als seither zur Geltung zu bringen. Die kommenden Jahrzehnte waren im wesentlichen unsozial, und das Prinzip des schrankenlosen Waltens der Individualität schuf auch in Deutschland jene tiefe Kluft zwischen Kapital und Arbeit, deren Verhinderung Mevissen von Jugend auf als eine der wichtigsten Zeitaufgaben erkannt hatte.[1]) Einer spätern Zeit blieb es vorbehalten, hier Wandel zu schaffen.

Der praktische Mißerfolg des Frankfurter Parlaments, das sich trotz seiner ernsten und hingebenden Arbeit allgemein mit der Vorbereitung der Zukunft begnügen mußte, kulminierte aber im Frühjahr 1849 in dem Scheitern seiner großen politischen Aufgabe. Mitte Oktober begannen die Verhandlungen über Reich und Reichsgewalt, die endlich zur Klarheit gegenüber dem Dualismus von Preußen-

---

[1]) Vgl. oben S. 89, 173ff., 266, 357, 400, 465.

Österreich führten, da sich das Verbleiben Österreichs in dem geplanten Bundesstaat schon nach wenigen Wochen als undurchführbar erwies. Auch jetzt noch, ein halbes Jahr nach den Stürmen des März, erwiesen sich die Regierungen beider Großstaaten unfähig, ein gemeinsames positives Ziel der Tätigkeit von Parlament und Regierungen in dieser wichtigsten aller Fragen aufzustellen. Am 14. September fand in Frankfurt die erste Konferenz sämtlicher bei der Zentralgewalt bevollmächtigten Regierungsvertreter statt. L. Camphausen, der preußische, und K. v. Bruck, der österreichische Bevollmächtigte,[1]) betonten hier zunächst das durchaus Provisorische der ganzen Lage, und beide widersprachen gleichmäßig der von anderer Seite geäußerten Ansicht, daß infolge der Parlamentsbeschlüsse vom Juni und Juli der Deutsche Bund nicht mehr existiere. Dieser Standpunkt, auf den Österreich bekanntlich später, seit Mai 1849, mit nachdrücklicher Konsequenz zurückgriff, wurde also schon damals geltend gemacht, und Bruck hatte die Mehrheit der Versammlung auf seiner Seite, als er ausführte, die Bundesakte bestehe noch fort, zwar jetzt mit den Beschränkungen, die aus dem Gesetz vom 28. Juni über die Zentralgewalt entsprängen, sie werde aber in voller Geltung fortbestehen, wenn die provisorische Zentralgewalt aufhöre und keine neue Verfassung an die Stelle der Bundesakte trete.[2]) Welchen Weg aber die Verhandlungen jetzt einschlagen sollten, darüber wußte man hier durchweg nur negatives zusagen. Österreich, das schon im März keinen Augenblick daran gedacht hatte, sich einer preußischen Hegemonie zu fügen, verharrte auf diesem Standpunkt, es lehnte die preußische Spitze um so mehr ab, als es empfand, daß seit dem August die preußischen Aussichten im Parlament wie im Lande besser wurden.[3]) Aber auch Camphausen mußte

[1]) Vgl. oben S. 592. Bruck bekleidete dieses Amt vom August bis zum November 1848, war dann bis 1851 Handelsminister in Wien (1855—1860 Finanzminister).

[2]) K. v. Bruck erstattete am 16. September der österreichischen Regierung einen ausführlichen Bericht über diese Konferenz. Für Preußen vgl. auch Graf Arnim, Die deutsche Zentralgewalt und Preußen (1848) S. 12ff.

[3]) Trautmannsdorff bezeichnete in seinem oben S. 569 Anm. 1 erwähnten Bericht vom 30. August die Situation dahin: 'Der seit den Märztagen gedrückte König gelangte infolge seines Erscheinens in Köln in der öffentlichen Meinung wieder zu seiner Geltung, und nichts stört mehr die Überzeugung, von welchem entscheidenden Gewicht Preußen in allen deutschen Angelegenheiten

im Hinblick auf die Haltung Friedrich Wilhelms IV.[1]) erklären, daß Preußen unter den gegenwärtigen Umständen an die Übernahme der Oberleitung Deutschlands keineswegs denken könne. Schlug er aber vor, wieder auf die Triasidee zurückzugreifen, so vertrat die Majorität den Standpunkt, daß das jetzt, nach der Einrichtung der provisorischen einheitlichen Spitze, unmöglich sei. Die Idee eines erblichen oder eines Wahlkaisers wurde jedoch nicht minder als undurchführbar, als „antiquiert" bezeichnet, und man erkannte nur die Möglichkeit an, „einem wählbaren Reichsoberhaupt unter irgend einem Titel mit einem verantwortlichen Ministerium die ausübende Gewalt zu übertragen, etwa wie jetzt provisorisch dem Reichsverweser, jedoch die Kompetenz möglichst zu beschränken, um den einzelnen Regierungen von ihren Rechten nicht mehr zu entziehen, als zur einheitlichen Leitung der Geschicke Deutschlands erforderlich sei."[2]) Man bewegte sich also im großdeutschen Geleise, stellte aber sowohl in Österreich wie in Preußen die allgemeine deutsche Frage in die zweite Linie, hinter den Partikularismus. Bruck sprach schon hier aus, Österreich müsse zunächst den neuen Verband um die einzelnen Teile seiner Monarchie hergestellt haben, bevor es zu der deutschen Frage endgültig Stellung nehmen könne. In Wien so wenig wie in Berlin gedachte man um des neuen deutschen Bundesstaats willen Kräfte preiszugeben, auf denen die bestehenden Staatsgebäude beruhten. Wenn aber ein Ausgleich der deutschen Interessen mit dem Partikularismus des reindeutschen Staates Preußen immerhin durchführbar war, so war das ganz unmöglich mit dem Partikularismus des habsburgischen Gesamtstaats. Dessen Aufgabe umschrieb jedoch Bruck in diesen Tagen seiner eigenen Regierung gegenüber dahin, die deutsche Einheit könne als Forderung der unermeßlichen Mehrheit des deutschen Volks nicht mehr verhindert werden, Österreich dürfe sich daher nicht von Deutschland abwenden und so die preußische Hegemonie anbahnen, es müsse

---

sei und wie es als die erste und mächtigste Stütze Deutschlands betrachtet werden müsse'.

[1]) Vgl. E. L. v. Gerlach a. a. O. II, 25, 33; L. v. Gerlach a. a. O. I, 186 und den Brief des Königs an den Erzherzog Johann vom 18. November (Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. II, 481).

[2]) So berichtete Bruck am 16. September nach Wien.

vielmehr in seiner Gesamtheit mit dem einheitlichen Deutschland aufs engste verbunden werden; er warnte demnach vor allen antideutschen Manifestationen in Wien, weil sie die Sympathie schwächen müßten, die Österreich in Deutschland noch genieße.[1])

Die unlösbaren Schwierigkeiten der Aufgabe kamen auf diesen Septemberkonferenzen in demselben Augenblick zur klaren Aussprache, wo von den beiden entscheidenden Mächten durch die dynastische Verbindung von Krone und Armee die alten Staatsgebäude neubefestigt wurden.[2]) Die Bemühungen des Frankfurter Parlaments, demgegenüber etwas Positives zu schaffen, können nur im Zusammenhang mit dieser, nach außen allerdings verschleierten, Auffassung der Regierungen zutreffend gewürdigt werden. Mevissens Briefe aus dem Winter 1848/49 führen das Auf und Ab der Hoffnungen und Enttäuschungen dieser Zeit in lebensvoller Mischung von realistischer Erwägung und hoffnungsvoll gehobener Stimmung anschaulich vor Augen. Sie zeigen, wie auch er, der grade die Gewinnung Österreichs für das deutsche Wesen als besondern Erfolg der Märzbewegung begrüßt hatte, seit dem November die so warm gehegten Hoffnungen auf Großdeutschland begraben mußte,[3]) seit das Programm von Kremsier am 27. November offen die Konsolidation des österreichischen Gesamtstaats vor die deutschen Interessen rückte. Er übernahm Gagerns am 18. Dezember formuliertes kleindeutsches Programm, das den einheitlichen Bundesstaat über das nationale Prinzip stellte und den deutschen Bundesstaat ohne Österreich erstrebte, indem es den deutsch-österreichischen Erblanden nur die völkerrechtliche Union mit dem Bundesstaat offen ließ. Mit unbedingtem Vertrauen zu Gagerns hochherziger Persönlichkeit[4]) bemühte er sich seit dem Dezember zusammen mit Dahlmann, Beseler, Droysen, Duncker und Simson als tätig anregendes Mitglied des kleinen Komitees, das den Kern der Erbkaiserpartei bildete und aller Negation einen positiven Gedanken entgegensetzte. Er sah sich allerdings, wie die Mehrzahl seiner Partei-

[1]) Bericht Brucks vom 23. September.

[2]) Für die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse vom Oktober ab vgl. Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. II, 475ff.

[3]) Band II, S. 438, 440—446.

[4]) Vergl. sein Urteil über Gagern Band II, S. 454, 458f.

genossen, infolge des Austritts der Österreicher[1]) wiederum genötigt, seine grundsätzlichen Bedenken gegen die verfassungsmäßige Festsetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts[2]) und gegen das bloß suspensive Veto der Krone aufzugeben, um das Kompromiß mit der Linken zu retten, ohne welches ein positives Ergebnis nun einmal unmöglich blieb. Resigniert warf er am 18. März 1849 einen Rückblick auf das verflossene Jahr: 'Wie unbegrenzt erschien beim Eintritt in die Paulskirche das Feld, das der schaffenden, ordnenden Hand sich darbot! Die deutschen Staaten, alle bis in die innerste Tiefe erschüttert, glichen der weichen Masse, die nur der Hand des Bildners wartet, um sich neu zu gestalten. Leider hat die große Bewegung des Jahres 1848, die die alten Fundamente des deutschen Staatensystems erschütterte, keinen Mann hervorgebracht, mächtig genug, die in Fluß geratenen Elemente neu zu ordnen, groß genug, die mitwirkenden Geister sich zu unterwerfen.' Das Erbkaisertum war der Anker seiner letzten Hoffnungen; gelinge seine Begründung nicht, schrieb er damals, so werde das deutsche Volk in der Paulskirche den Glauben an sich selbst zu Grabe tragen.[3]) Als dann im Frühjahr endlich die Verfassung vorlag, am 27. März — allerdings nur mit einer Majorität von vier Stimmen — das erbliche Kaisertum wirklich beschlossen wurde und am 28. März die Wahl des deutschen Erbkaisers auf den preußischen König fiel, da gab auch sein lebensfroher Optimismus sich der Hoffnung hin, daß das Werk der deutschen Einheit, dem das Volk in sehnsuchtsvollem Verlangen ein Jahr der schwersten Mühen und reich an Opfern politischer Überzeugung gewidmet hatte, allen Widerständen zum Trotz der Vollendung nahe sei. Die öffentliche Meinung in Deutschland müsse es, so schrieb er am 20. März, dem König von Preußen unmöglich machen, die Kaiserkrone abzulehnen.[4])

Aber der preußische König verweigerte die Annahme der Krone. Prinzipielle und praktische Erwägungen bestimmten ihn in diesem kritischen Augenblick seines Lebens. Der revolutionäre Ursprung des aus der usurpierten Souveränetät der Nation entsprungenen Frankfurter

[1]) Raumer a. a. O. II, 242, 246, 250ff.; G. Rümelin, Aus der Paulskirche (1892) S. 186ff.; Wichmann a. a. O. S. 339ff.

[2]) Vgl. dazu Mevissens Bemerkung Bd. II S. 478 (und oben S. 532, 537).

[3]) Vgl. seine Eintragung ins Parlamentsalbum, Band II, S. 467.

[4]) Band II, S. 468 (vgl. auch S. 454).

Werks wie die Konzessionen an die Demokratie, die es enthielt — der Eid des Reichsheeres auf die Verfassung, das bloß suspensive Veto der Krone und das von der Linken erzwungene allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht[1]), — widerstreben ihm nicht nur grundsätzlich, sondern sie vertrugen sich auch nicht mit seinem preußischen Staat, dessen Struktur in dieses neue Deutschland nicht paßte, und seine legitimistischen Bedenken gegenüber Habsburg und den andern Dynastieen wurden verstärkt durch das Bewußtsein, daß nur Krieg und Gewalt die Durchführung dieses Kaisertums ermöglichen werde. So manches verband ihn wohl mit den Hoffnungen der Frankfurter Patrioten, aber er folgte doch nur seiner innersten Natur, wenn er sich weigerte, ein Kompromiß mit dem in Frankfurt zur Geltung gelangten staatsrechtlichen Prinzip einzugehen. Indem er es ablehnte, aus den Händen des Volkswillens den „imaginären Reif anzunehmen, den er als legitimer preußischer König von Gottes Gnaden nicht zu tragen vermochte", vielmehr die — nach Lage der Dinge ausgeschlossene — freie Zustimmung aller deutschen Fürsten zur Bedingung machte, verharrte er persönlich in dem politischen Ideenkreis, den er bis zum 18. März 1848 vertreten hatte. Er behauptete als Grundprinzip der Monarchie die freie militärisch-politische Machtentfaltung und beugte sich nicht der parlamentarisch-demokratischen Doktrin. Sie und die ihr zugrunde liegende Idee der Volkssouveränetät als des letzten Trägers der Sanktionsgewalt brachte er so in Deutschland zum Scheitern an der historischen Kraft des von den Dynastieen vertretenen Partikularismus.[2]) Diese Idee, die bis zum Jahre 1848 in den Zuständen wie in der politischen Gedankenwelt Deutschlands noch wenig vorgebildet gewesen war und deren praktische Bedeutung von der Umgebung des Königs mit Vorliebe dahin interpretiert wurde, daß der Monarch der Majorität der Kammer unbedingt gehorchen müsse,[3]) hatte sich in der revolutionären Erschütterung alles Bestehenden der deutschnationalen Volkswünsche

[1]) G. Meyer, Das parlamentarische Wahlrecht (hrsg. v. Jellinek, 1901) S. 182 ff.

[2]) Vgl. Ranke a. a. O. 49/50 S. 494, 508 ff.; M. Lenz in den Preuß. Jahrbüchern 91 (1898) S. 538.

[3]) L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 153; die Erbkaiserpartei faßte sie stets nur in dem Sinne der Vereinbarungstheorie (vgl. M. Duncker a. a. O. S. 104 ff.).

bemächtigt, weil nur mit ihrer Hilfe das Volk seine politische Sehnsucht stillen und den Widerstand der dynastisch-partikularistischen Selbstsucht der Fürsten überwinden zu können hoffte. Die Idee erwies sich aber als zu schwach, um sich durchzusetzen. Mevissen hatte ihr, die über seine persönlichen wie über die Anschauungen des organisch auf den vorhandenen Zuständen aufbauenden rheinischen Liberalismus überhaupt hinausgriff, seit dem März 1848 aus dem Drang der Situation wiederholt Zugeständnisse gemacht,[1]) immer in der Hoffnung, daß sie sich in der Praxis auf das Prinzip der konstitutionellen, in gegenseitigem Vertrauen beruhenden Vereinbarung zwischen Monarchie und Volk zurückführen lassen werde. Durchdrungen von dem idealen Gehalt der in langer Arbeit erwachsenen Frankfurter Verfassung, dachte er sich in dieser Form das große Werk der deutschen Einheit, Kraft und Freiheit als praktisch durchführbar. Daß die deutsche Einheit überhaupt Schiffbruch leiden könne, hielt er jetzt für unmöglich; Deutschland werde sich, darauf baute er zuversichtlich, die Freiheit im Innern, die Macht nach außen gewiß erringen.[2]) Von den politischen Enttäuschungen, die er erlebte, war aber die bitterste, daß die Krone Preußen, auf die er alle Hoffnungen gesetzt hatte, weil ihr die Zukunft unstreitbar gehöre,[3]) ihrerseits jede Konzession an eine ihr wesensfremde Doktrin ablehnte und das so heiß erstrebte Werk für jetzt verhinderte.[4])

Am 21. Mai, ein Jahr nach dem Beginn seiner Tätigkeit in Frankfurt, als jede Hoffnung auf Annahme der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. endgültig geschwunden war, schied Mevissen mit 65 Parteifreunden aus dem Parlament aus, tiefbewegt und an der Lebenskraft der Monarchie fast verzweifelnd.[5]) Er hatte erkannt, daß die angestrebte enge Verbindung der vorgeschrittenen Geisteskultur

---

[1]) Vgl. oben S. 520, 545, 556 ff. — Für ihre Ablehnung im Rahmen der Staatsauffassung Hegels vgl. Hegel, Philosophie des Rechts § 279 ff.

[2]) Mit welcher Hingabe er der großen Aufgabe lebte und wie er sich durch philosophische Betrachtung der Lage über die Bedrängnis des Augenblicks innerlich hinaushob, beweist besonders sein Brief vom 7. Januar 1849 an seine Gattin (II S. 451 ff.).

[3]) Vgl. sein Schreiben vom 13. Januar (Bd. II S. 456.)

[4]) Ebenso dachte jetzt auch Camphausen (Caspary a. a. O. S. 320).

[5]) Vgl. Bd. II S. 477. Ähnlich dachte sein Freund K. Mathy (vgl. dessen Briefe an Beckerath, Deutsche Revue VII (1882), S. 177).

Deutschlands mit dem politischen Leben zunächst undurchführbar war. Wenn er den Regierungen die Verantwortung für das augenblickliche Mißlingen des nationalen Werkes zuwies, so übersah er doch keineswegs, daß es auch an den Voraussetzungen auf Seiten des Bürgertums noch sehr fehlte, und daß es die dringende Aufgabe der nächsten Zukunft war, das deutsche Volk in weiterem Kreise als bisher mit geistiger Bildung und materieller Schaffenskraft zu erfüllen, wenn der Entwicklung fortan die notwendige breitere Basis gesichert werden sollte.[1] 'Geistig ist das Problem schon gelöst, ja die Lösung ist bereits unverlierbares Gemeingut geworden', hatte er im Januar 1849 geschrieben. So war es in der Tat: Die Welt der Ideen vermochte zwar den nationalen Staat nicht aufzuerbauen, weil die reale Staatsmacht, in deren Hände die Geschicke der Nation jetzt wieder gelegt waren, es ablehnte, die Arbeit der ersten deutschen Volksvertretung ins Leben einzuführen; aber das Deutsche Parlament hat dem deutschen Einheitsgedanken zuerst die konkrete Gestalt gegeben. Der Bundesstaat unter preußischer Führung und unter Ausscheidung von Deutsch-Österreich, den die kommende Zeit verwirklichte, war das Programm der Frankfurter Erbkaiserpartei. Auch Mevissen konnte als alter treuer Mitarbeiter dem späteren Gelingen des nationalen Werkes freudigen Beifall spenden. Mochte auch die Durchführung nicht den Kräften beschieden gewesen sein, die sich in den Jahren 1848/49 der Sache der deutschen Einheit mit hingebender Vaterlandsliebe gewidmet hatten, so blieb ihm doch sein Wirken in der Paulskirche eine stolze Lebenserinnerung.

[1] Vgl. seine Ausführungen vom 7. Januar 1849 (Band II S. 452).

IV. Kaufmännische Großunternehmungen 1850—1856.

Sechzehntes Kapitel.

Versicherungswesen, Industrie, Bergbau und Hüttenwesen (1850—56).

In der kritischen Zeit des Frühjahres 1848 war das alte Kölner Bankhaus A. Schaaffhausen, dessen Inhaber damals W. L. Deichmann war, einer Katastrophe anheimgefallen, weil seine Organisation mit dem Wachstum der ihm zur Verfügung stehenden Mittel nicht gleichen Schritt gehalten hatte. Sie reichte nicht mehr aus, um den vollen Überblick und eine regelmäßige Leitung nach Grundsätzen, die aus dem Wesen der Banktätigkeit abgeleitet waren, zu gewährleisten. Das Haus hatte sich in Grundstückspekulationen, Eisenspekulationen und andere dem Kreis des regulären Bankgeschäfts fernliegende Unternehmungen eingelassen und gleichzeitig der rheinischen Industrie, in deren Förderung es stets eine Hauptaufgabe gesehen hatte, übermäßige Vorschüsse gewährt. So kam es zu der Zahlungseinstellung vom 29. März 1848.[1]) Auf die erste nach Berlin gelangende Nachricht über die Lage war es Mevissen zwar gelungen, den Minister Rother zu bestimmen, dem Bankhaus die erbetene Hilfe zu gewähren, aber Rothers Depesche traf erst in Köln ein, als das Haus seine Zahlungen bereits eingestellt hatte. Bei der außergewöhnlichen Lage der Dinge und der Tatsache, daß die Aktiven die Passiven erheblich überstiegen, entschlossen sich jedoch schon am folgenden Tage die Hauptgläubiger in Köln selbst, auf außergerichtlichem Wege die Liquidation vorzunehmen. Da auch die auswärtigen Gläubiger zustimmten, so wurde ein Bankerott glücklich vermieden, vielmehr mit Hilfe des Finanzministers Hansemann[2]) die Umwandlung des Geschäfts in eine Aktiengesellschaft bewirkt, welche am 28. August durch

---

[1]) Vgl. oben S. 538.

[2]) Bergengrün a. a. O. S. 433, 648.

königliche Kabinetsordre konzessioniert wurde. Für die Hälfte der Gläubigerforderungen übernahm dabei der Staat Garantie, die garantierten Aktien sollten aber allmählich durch Auslosung amortisiert werden. Mevissen wurde berufen, bis zu dieser Amortisation die staatlichen Interessen wahrzunehmen.[1]) Am 1. November trat der Bankverein mit einem Kapital von rund 8 Millionen Taler ins Leben; dieses erste preußische Kreditinstitut auf Aktien war zugleich das durch die Umstände erzwungene erste Beispiel der später so beliebt gewordenen Umwandlung privater Bankgeschäfte in Aktiengesellschaften.

Mevissens nächste Aufgabe war es, eine neue Organisation der Bureaus und eine feste Abgrenzung der Geschäfte in drei selbständig arbeitende Abteilungen zu schaffen; er sorgte für klare Grundsätze bei der Kreditgewährung wie bei der Annahme von Depositen und Guthaben in laufender Rechnung; die Erfahrungen der Krisis wurden benutzt, um für die Zukunft die notwendige Elastizität der Bank zu sichern. Die obere Leitung lag durchaus in Mevissens Hand; neben ihm wirkten als gewählte Direktoren W. L. Deichmann, der frühere Inhaber des Bankhauses, und V. Wendelstadt, ein geschickter Finanzmann, der gleichfalls schon in dem alten Bankhause tätig gewesen war. Zu Anfang des Jahres 1850 war die Neuorganisation vollendet; sie ist seitdem im wesentlichen unverändert bestehen geblieben.[2]) Für Mevissen war es von besonderm Wert, daß er sich gleichzeitig durch seine nahen Beziehungen zu A. Oppenheim in die leitenden Grundsätze eines zweiten großen Bankhauses Einblick zu verschaffen vermochte, das in internationalen Börsenoperationen wurzelte und sich vielfach andere Aufgaben stellte, als die alte Schaaffhausensche Bank. Sein persönliches Geschick verstand es überhaupt, mit den Kölner Privat-

---

[1]) Vgl. oben S. 582. Dem am 21. Oktober gebildeten Administrationsrat von 15 Mitgliedern gehörten von namhaften Kölner Kaufleuten W. Joest, F. Giesler, J. vom Rath, J. J. Langen, G. Mallinckrodt, ferner der Kölner Regierungspräsident E. von Moeller, von Auswärtigen F. Diergardt (Viersen), Josua Hasenclever (Remscheid), C. Overweg (Haus Ruhr bei Letmathe) an. — Das Statut ist gedruckt bei Hocker, Sammlung der Statuten aller Aktienbanken Deutschlands (1858) S. 565ff.

[2]) Vgl. die (als Manuskript gedruckte) von E. Koenigs verfaßte 'Erinnerungsschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des A. Schaaffhausenschen Bankvereins' (Köln 1898) S. 19, 28.

bankhäusern, die der neubegründeten Aktienbank begreiflicherweise kühl gegenüberstanden, ein gutes Verhältnis, und zwar auf der Grundlage gemeinsamer Beteiligung bei großen Unternehmungen, zu schaffen. Binnen kurzem war er in seinem neuen Wirkungskreis ganz zu Hause und konnte er daran denken, ihn mit seinem eignen Geist zu erfüllen. Ihm schwebte als Aufgabe des Bankvereins die planmäßige Umgestaltung der rheinisch-westfälischen Industrie durch das Kapital als das Grundprinzip des modernen Wirtschaftslebens vor. Schon das Programm der im Jahre 1845 geplanten Kölner Aktienbank (S. 380) war von solchen Gedanken beeinflußt; schon dort war auch im Hinblick auf einzelne Beispiele in Schottland ausgeführt, daß Bankinstitute von dieser Art als Vorläufer und Väter aller übrigen Aktiengesellschaften anzusehen seien.[1]) Wenn ihn zweifellos der Kapitalismus von der organisatorischen und spekulativen Seite stark anzog, so war doch jener „kapitalistische Geist", den man als eine von dem Gelderwerb durch Arbeit als Selbstzweck abgeleitete Berufspflicht erklärt hat, jetzt ebensowenig der seinige, wie vor Jahren, als er seine herben Urteile über diesen Geist niederschrieb.[2]) Für ihn war die kulturfördernde Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nicht die Mathematik des Unternehmergewinns, das entscheidende. Die Überwältigung und Nutzbarmachung der Naturkräfte durch die Macht des menschlichen Geistes, die vernunftgemäße Gestaltung der materiellen Güterversorgung, die Entfesselung der produktiven Kräfte des Vaterlandes, um dieses zu verselbständigen und zu befähigen, auch auf wirtschaftlichem Gebiet durch Entfaltung seiner nationalen Eigenart an dem großen Werke des menschlichen Kulturfortschritts erfolgreich mitzuarbeiten, — diese und verwandte allgemeine Aufgaben, nicht die Vermehrung des Kapitals und des Besitzes um ihrer selbst willen, waren seine leitenden Sterne. Und als nächste dieser Aufgaben schwebte ihm das gleiche vor, was er einst in seiner Programmschrift vom Jahre 1845 und in seinem Referat über die Begründung eines preußischen Handelsministeriums vom

---

[1]) S. 7 der oben S. 380 Anm. 2 erwähnten Denkschrift, sowie § 66 ff. des Statutenentwurfs dieser Bank.

[2]) Vgl. oben S. 89 ff. — Für den „Geist des Kapitalismus" vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus I (1902), 398, 422; II, 9, 69; M. Weber im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1904) S. 11 ff.

Jahre 1847 entwickelt hatte[1]): die Entfesselung der im Boden, im Handel und in der Industrie Deutschlands liegenden Energien zur Hebung des nationalen Wohlstandes und der nationalen Kraft. Von der Bank als der regulierenden Sammelstelle der Kapitalbewegung wollte er in die Industrie, den Handel und das Verkehrswesen der Heimat und damit des ganzen Vaterlandes anregend und befruchtend eingreifen. Er konnte dabei an die älteren Verbindungen des Bankhauses mit dem industriellen Leben der Rheinprovinz anknüpfen; aber in der umfassenden und planmäßigen Durchführung seiner Absicht, die in Deutschland noch ohne Beispiel war, kamen doch vor allem auch jene Anregungen stark zur Geltung, die er seiner Jugendbeschäftigung mit Saint-Simon und dessen auf großartige, der ganzen Menschheit förderliche Verbesserungen des Wirtschaftslebens abzielenden Ideen verdankte.[2]) Hatte dieser an Projekten überreiche Kopf einst theoretisch das Bankwesen als den Hebel zur Begründung des kommenden industriellen Systems und als die das gesamte Wirtschaftsleben organisierende Instanz ins Auge gefaßt,[3]) so fand Mevissen jetzt Gelegenheit, solche Gedanken praktisch durchzuführen und dabei die glückliche Verbindung kaufmännischer und volkswirtschaftlich-staatsmännischer Talente zu offenbaren, die seinem Wirken während des Menschenalters von 1850 bis 1880 den besonderen Charakter verliehen hat.

Die bis 1847 herrschende Geschäftskrisis und die Revolution des Jahres 1848 hatten zwar die Atmosphäre in der wirtschaftlichen Welt gereinigt und die nicht lebenskräftigen Elemente ausgeschieden, so daß seit 1849 die Vorbedingungen eines kräftigen Aufschwungs vorhanden waren. Aber bis zum Jahre 1851 bewirkten die Nachwehen der Revolution und das Provisorium in Frankreich doch eine Ungewißheit in Handel und Wandel, welche die kaufmännische Spekulation noch zurückhielt. So wurde es Mevissen möglich, während des Einlebens in seine neuen Aufgaben noch einmal auf kurze Zeit dem dringenden Rufe in das politische Leben zu folgen, das nach

---

[1]) Vgl. Bd. II S. 142ff., 285; 1850 war er wieder darauf zurückgekommen, ebd. S. 493.

[2]) Vgl. oben S. 60. 184, 337, 403.

[3]) J. Plenge, Gründung und Geschichte des Crédit mobilier (1903) S. 47ff., 69ff.

dem Scheitern des Frankfurter Parlaments von Berlin seinen Anstoß erhielt.

Nach der Ablehnung der Kaiserkrone hatte wider Erwarten König Friedrich Wilhelm IV., gestützt auf seinen Vertrauten Radowitz, den Plan des engeren deutschen Bundesstaats seinerseits aufgegriffen und die Bundesfürsten am 28. April 1849 zur Revision der Frankfurter Verfassung, des „ruchlosen Werks der Paulskirche", eingeladen. Das Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover führte zu der Unionsverfassung vom 26. Mai; sie sollte einem Reichstag aus den sich anschließenden Staaten zur Annahme unterbreitet werden, und Preußen als „Reichsvorstand" an die Spitze des kleindeutschen Bundesstaates bringen, der neben Österreich und ohne mit ihm zu brechen dem deutschen Volk die erstrebte politische Existenz zu schaffen bestimmt war.

Die Frankfurter Erbkaiserpartei legte jetzt an den Tag, wie sehr für sie der einheitliche monarchische Bundesstaat, nicht seine Begründung auf der Basis der Volkssouveränetät das Entscheidende war.[1]) Gagern, Dahlmann, Mathy und einige Freunde luden am 3. Juni zu einer Besprechung auf den 26. Juni nach Gotha ein.[2]) 150 Parteigenossen folgten dem Rufe. Mevissen traf zusammen mit Beckerath und Hergenhahn am 24. Juni in Gotha ein, in den Tagen vom 26.—29. Juni fanden die Verhandlungen statt. Diesen wurden zwei Programmentwürfe zugrunde gelegt. Den einen brachten

---

[1]) Vgl. Bassermanns Brief an Mevissen vom 17. Mai 1849 (II, S. 475).

[2]) Am 4. und 5. Juni verweilte Mevissen mit Fallati, Wichmann, R. Mohl, G. Riesser und einigen anderen Frankfurter Genossen in Godesberg, mehrere der letzteren begaben sich nach Frankfurt, wo die Vorberatung der Gothaer Versammlung am 16. Juni begann (Fallatis Tagebuch, vgl. Bd. II S. 416). — Die preußische Regierung hielt es für bedenklich, in eine „offizielle Beziehung zu Privatverhandlungen über die schon so sehr verwickelte deutsche Verfassungsangelegenheit zu treten". So lehnte sie die vom Oberpräsidenten Eichmann (Coblenz) auf Grund einer Unterredung mit dem Abgeordneten Stedmann am 13. Juni 1849 in Anregung gebrachte Entsendung eines Vertrauensmannes nach Gotha ab. „Hieraus darf aber keineswegs gefolgert werden, daß es der preußischen Regierung an Vertrauen zu den guten Absichten der Männer fehle, die in Gotha zusammentreten wollen, oder daß man den förderlichen Einfluß gering achte, welchen ihre Beratungen auf die Lösung der großen Frage, die uns so sehr am Herzen liegt, haben könne" (Manteuffel an Eichmann 1849 Juni 16).

Gagern, Dahlmann und Mathy, den anderen Beckerath, Mevissen und Bürgers ein; das endgültige Gothaer Programm bestand aus einer Verbindung beider Vorlagen.[1]) Es stellte dem Unionsprojekt des Königs die volle moralische Unterstützung der Frankfurter Erbkaiserpartei zur Verfügung und versuchte, indem es der Vaterlandsliebe die Idee der Volkssouveränetät unbedenklich zum Opfer brachte, die Verbindung der Sache der bürgerlichen Freiheit mit der deutschen Einheit so weit als möglich noch aufrecht zu erhalten.

Die in Gotha anwesenden preußischen Abgeordneten nahmen zugleich Stellung zu der innerpreußischen Verfassungsfrage. Die Berliner Kammer war am 27. April aufgelöst worden und die reaktionäre Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848 war in vollem Gang. Am 30. Mai 1849 war an Stelle des allgemeinen gleichen das Dreiklassenwahlrecht oktroyiert worden; es folgten die Aufhebung der geheimen Abstimmung, die Beschränkung des Budgetrechts, des Verfassungsrechts und der Preßfreiheit sowie die Errichtung des Herrenhauses. Wie schroff Mevissen die Haltung des Kabinets Brandenburg-Manteuffel beurteilte, so war ihm doch entscheidend, daß das Verfassungsleben überhaupt erhalten blieb; durch Obstruktion von seiten des Volkes sollte den Gelüsten der triumphierenden Reaktion nicht noch weiterer Vorschub geleistet werden. Die Begründung eines Herrenhauses entsprach außerdem seiner eigenen Auffassung,[2]) und mit der Beseitigung des gleichen allgemeinen Wahlrechts, dem er und die anderen rheinischen Liberalen sowohl im März 1848 wie in Frankfurt im März 1849 nur gezwungen zugestimmt hatten, war er für den Bundesstaat wie für Preußen durchaus einverstanden.[3]) So trat er in Gotha zusammen mit Beckerath auf das

[1]) Die beiden Entwürfe sind in der Deutschen Zeitung 1849 Nr. 182, zweite Beilage, das Programm ebd. Nr. 178 gedruckt (vgl. auch Köln. Zeitg. Nr. 154, 155 Beilage, 156).

[2]) Er war 1847 dafür eingetreten (vgl. oben S. 450, Band II S. 516 und Bergengrün a. a. O. S. 623); es gehörte zu Hegels Staatssystem (vgl. Philosophie des Rechts § 305 ff.)

[3]) Ähnlich wie Camphausen (Caspary a. a. O. S. 341); vgl. Bd. II S. 478; G. Meyer, Parlamentarisches Wahlrecht hersg. v. Jellinek S. 257; Gneist, Die nationale Rechtsidee von den Ständen und das preußische Dreiklassenwahlsystem (1894) S. 17 ff. In ihrer Gothaer Vorlage hatten Beckerath und Mevissen ausdrücklich betont, 'daß die Mehrzahl der Unterzeichneten bei der

entschiedenste für die Beteiligung an den Wahlen zur preußischen Kammer ein.[1]) Am parlamentarischen Leben Preußens als Abgeordneter teilzunehmen, wie es Camphausen, Beckerath und Hansemann taten, lehnte er dagegen konsequent ab. So oft und an so verschiedenen Stellen er für die erste wie für die zweite preußische Kammer aufgestellt wurde,[2]) er blieb seinem Entschluß, im kaufmännischen Leben zu verharren, treu. Zum Handeln bot sich ihm im politischen Leben keine Möglichkeit, seit es entschieden war, daß der Liberalismus und die bürgerliche Staatsdoktrin überhaupt den preußischen Staat jetzt ebensowenig wie einst im Zeitalter des Freiherrn vom Stein innerlich umzugestalten vermochten. Handelte es sich für seine Freunde darum, den schmalen Streifen konstitutionellen Rechts, den die Regierung noch bestehen ließ, hartnäckig zu verteidigen, so war es nicht minder wichtig, durch Steigerung der wirtschaftlichen Kraft und Selbständigkeit des Bürgertums eine andere Zukunft vorzubereiten, und hier nahm Mevissen fortan seinen Standpunkt.

Die reaktionäre Staatsauffassung, gegen die seine Freunde in Berlin einen ungleichen Kampf führten,[3]) in einem ihrer überzeugtesten Vertreter persönlich kennen zu lernen, hatte Mevissen im November 1849 die beste Gelegenheit, als er in Brüssel mehrere Tage beim Fürsten Metternich verweilte. Mevissens Frankfurter Briefe[4]) hatten dem alten Staatsmann lebhaftes Interesse eingeflößt, und auf seine Einladung kam es jetzt zu einem Besuch Mevissens beim Fürsten, der am 11. Oktober sein Londoner Exil verlassen hatte und in Brüssel

---

Abstimmung über das Reichswahlgesetz für die Beschränkung des allgemeinen (gleichen) Wahlrechts sich ausgesprochen hat.' Das allgemeine Wahlrecht wollte Mevissen aber erhalten wissen (vgl. oben S. 599 und Band II, 491).

[1]) Deutsche Zeitung 1849 Nr. 180 (S. 1445).

[2]) Mevissen wurde 1849 und 1850 für die erste Kammer aufgestellt in Siegen, Köln, Wipperfürth und Schleiden; für die zweite Kammer in Rheydt, Neuwied, Geldern-Kempen, Emmerich-Rees, Eupen-Montjoie, Burgsteinfurt und Altena. Auch 1852 wurde er noch wiederholt aufgestellt.

[3]) Beckerath schrieb am 28. Oktober 1849 aus der Berliner Kammer an Mevissen: „Das Land, das Land muß sprechen, täglich muß die Presse ein Lebenszeichen des Freiheitssinnes geben, sonst haben wir hier keinen Boden unter den Füßen und die bevorstehende Verfassungskrisis endet mit dem Sieg des Absolutismus."

[4]) Vgl. oben S. 580 Anm. 1.

die erste Etappe auf dem Rückweg aus der Verbannung nach Wien machte.[1]) Konnten auch die langen politischen Gespräche, die beide Männer führten, im wesentlichen nur den diametralen Gegensatz der Standpunkte und vor allem auch den Gegensatz in der Auffassung der deutschen Frage[2]) offenbaren, so war für Mevissen nicht nur der persönliche Einblick in den Gedankenkreis Metternichs und in die politische Aktionssphäre Europas von Interesse, sondern er dankte dieser persönlichen Bekanntschaft auch bei den großen wirtschaftlichen Unternehmungen, die ihn in den nächsten Jahren vielfach mit Österreich und den dortigen Staatsmännern in Verbindung brachten, sehr wesentliche Förderung.

Am 31. Januar 1850 kam endlich in Preußen die Verfassungsrevision zum Abschluß; am 6. Februar wurde die Verfassung durch den König feierlich beschworen. Sie behauptete das auf eigenem Recht beruhende monarchische Prinzip in seiner Übergewalt in bezug auf die Armee und die Finanzen wie bei der Auswahl der Regierungsorgane. Jene innige, auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Verbindung von Fürst und Volk, die Durchdringung des monarchischen und volksmäßigen, staatsbürgerlichen Prinzips, die der rheinische Liberalismus erstrebt und mit den aus der Zeit des Befreiungskriegs stammenden historischen Berechtigungen wie mit den veränderten Aufgaben des modernen Staats begründet hatte, war nicht erreicht worden; der Widerstand der alten Provinzen des preußischen Staats hatte es verhindert.[3]) Wie die Dinge lagen, konnte man sich aber am Rhein

---

[1]) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren VIII (1884) S. 219. Mevissens Aufenthalt in Brüssel fiel in die Tage vom 24.—27. November 1849.

[2]) Metternich bezeichnete Mevissens Auffassung als „unverbesserliche Romantik." Am 3. Mai 1850 schrieb Metternich an D. Leiden: „Irre ich mich nicht, so gehört Mevissen nach seiner moralischen Richtung zu den Menschen, welche mit sich in dem, was sie als recht und nützlich erkennen, vollkommen im reinen sind. Infolge seiner Berührung mit mir dürfte er wohl eine gleiche Meinung von mir hegen. Besteht ein Unterschied zwischen Mevissen und mir, so muß er aus natürlichen Gründen auf dem Grund der Kenntnisse ruhen, welche die Erfahrung in den Geschäften dem erfahrungsfähigen Menschen bietet. Ich bediene mich des Wortes „erfahrungsfähig", denn es bezeichnet eine Ausnahme in der moralischen Fähigkeit. Mevissen dürfte wohl mehr, als ich es zu sein vermöchte, verwundert über manche Vorfallenheiten der letzten Zeit sein."

[3]) L. v. Gerlach, a. a. O. I, 595; E. L. v. Gerlach a. a. O. II, 111.

mit dem kärglichen Ergebnis immerhin für jetzt auch innerlich abfinden. Es war zugestanden, was man bis zur Märzrevolution verlangt hatte: eine wenn auch nur wenige Volksrechte bietende so doch jedenfalls garantierte, einheitliche Verfassung und damit an Stelle des absoluten Königtums ein konstitutioneller Rechtsboden, auf dem man weiterbauen konnte. 'Der Schwur in Berlin, so schrieb Mevissen am 9. Februar 1850, hat unsere innere politische Lage bedeutend verbessert. Wir wissen jetzt, woran wir sind, und wenn auch Stürme kommen, so kann doch nicht mehr in jedem Augenblick das ganze Staatsgebäude in Frage gestellt werden.'[1]) Die Willkür der Reaktion, die fortan bis 1858 auf Preußen lastete, zeigte allerdings, daß auch jetzt noch die Verfassung keineswegs allseitig und aufrichtig als das beschworene Kompromiß zwischen der historischen Autorität und den nach politischer Freiheit und Selbstbestimmung ringenden bürgerlichen Kräften anerkannt war.

Viel niederdrückender war aber in demselben Augenblick der Abschluß der deutschen Einheitsbewegung. Am 13. Februar 1850 wurde der Reichstag nach Erfurt berufen, wo die gewählten Volksvertreter zu dem von der preußischen Regierung ausgegangenen Verfassungsentwurf des Bundesstaats Stellung nehmen sollten. Die Wahlen hatten am 31. Januar stattgefunden. Mevissen wurde von seinem alten Wahlkreis Siegen in das Erfurter Parlament entsandt. 'Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Ausschlusses Österreichs aus dem Deutschland, das sich auf konstitutioneller Basis zur Einheit gestalten will, jene kostbarste Frucht der Frankfurter Versammlung, ist, so äußerte Mevissen am 5. Februar seinen Wählern gegenüber, kaum ein Jahr nach der Auflösung des Parlaments fast zum Gemeingute der Nation geworden.'[2]) So begab er sich am 18. März in der Hoffnung, daß das Einheitswerk in dieser Form doch noch gelingen und daß 'ein einiges, mächtiges und freies Deutschland erstehen werde, weil es erstehen müsse', mit Beckerath und Bürgers nach Erfurt, wo die Verhandlungen vom 20. März bis 29. April dauerten.[3]) Die Partei

[1]) Vgl. auch die Äußerungen von Beckerath bei Kopstadt a. a. O. S. 165, und Camphausens Verhandlung mit dem König bei Caspary a. a. O. S. 353 ff.

[2]) Vgl. Bd. II S. 480.

[3]) Rochau, Das Erfurter Parlament und der Berliner Fürstenkongreß (1850) S. 42 ff.; Springer, Dahlmann II, 371 ff.; E. v. Simson a. a. O. S. 239,

der Gothaer hatte seither nach Kräften für den Anschluß der übrigen Staaten an das Bündnis zwischen Preußen, Hannover und Sachsen gewirkt und war von dem Wunsche beseelt, durch glatte und schnelle Annahme des preußischen Regierungsentwurfs den Sieg der Unionspolitik herbeizuführen, der Österreich und Bayern aufs äußerste widerstrebten. 'Wir müssen, so schrieb Mevissen am 9. Februar 1850, vor allem einen festen Boden gewinnen. Gelingt dies, so ist unsere innere Entwickelung auf längere Jahre hinaus gesichert, und mit den äußeren Feinden werden wir dann schon fertig werden.'

Daß mit Österreich jede Verständigung unmöglich war, hatte er noch im Oktober 1849 in Wien selbst neuerdings konstatieren können. Der Kongreß der deutschen Eisenbahnverwaltungen führte ihn am 15. Oktober dorthin, und er verhandelte wiederholt lange aber erfolglos mit dem Justizminister Schmerling und dem Handelsminister v. Bruck, um Klarheit in die verwirrte politische Lage zu bringen.[1]) Um so entschiedener mißbilligte er aber die schwankende Haltung der preußischen Regierung. Als am 12. November 1849 der Prinz von Preußen, der soeben den Aufstand in Baden niedergeworfen und sein Amt als Militärgouverneur der Rheinprovinz angetreten hatte, in Köln an einer Abendgesellschaft teilnahm[2]) und bei dieser Gelegenheit Mevissen in eine private Unterhaltung über die deutsche Frage und Preußens Stellung zu derselben zog, ließ dieser sich durch den Widerspruch des Prinzen zu der erregten Äußerung hinreißen, das deutsche Reich werde bestimmt geschaffen werden, wenn nicht mit den Hohenzollern, dann ohne dieselben. Nun verlangte die preußische Regierung in Erfurt, daß ihr eigner Verfassungsentwurf vom 26. Mai

244 ff.; Prutz, Preußische Geschichte IV, 289 ff. — Mevissens inhaltsreiche Erfurter Briefe und Denkschriften sind Bd. II S. 482 ff. abgedruckt.

[1]) 'Die Reise nach Wien war eine höchst interessante Bereicherung meiner Kenntnis der Personen und Zustände. Schon Schlesien bietet des Neuen und Eigentümlichen viel, und von Wien kann man sagen, daß dort in das deutsche Element bereits ein ganz fremdes, ein orientalisches hineinragt. In Wien habe ich mit Schmerling und v. Bruck viel verkehrt und eine Lösung der politischen Wirren anzubahnen versucht, schwerlich jedoch mit Erfolg.' (Brief vom 29. Oktober 1849.) Auch den Fürsten Schwarzenberg, den Träger der damaligen Politik Österreichs, lernte er in Wien kennen. (Vgl. auch Denkwürdigkeiten des Ministers O. v. Manteuffel I (1901) S. 175 ff.)

[2]) Bei W. Th. Deichmann (Kölnische Zeitung 1849 Nr. 271, 273).

vom Reichstag nicht einfach acceptiert, sondern vorher in zahlreichen Punkten einer Revision unterzogen werde.[1]) Gewiß waren ihre Bedenken insofern wohl begründet, als der Entwurf die preußische Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit nicht genügend wahrte und den Fortbestand des Schwerpunkts deutscher Macht in Preußen nicht ausreichend sicherte. Aber daneben handelte es sich für sie doch ebensosehr um die gründliche Ausmerzung der in dem Entwurf erhalten gebliebenen liberalen Reminiscenzen an das Revolutionsjahr.[2]) Und die Art, wie nun in Erfurt Preußen seine seitherige Haltung verleugnete, dagegen durch den Minister Manteuffel die Grundsätze einer machiavellistischen Politik 'der verträgebrechenden Fürstenmacht' auch für die inneren deutschen Fragen proklamieren und durch Fr. Jul. Stahls religiös verbrämtes Autoritätssystem stützen ließ, konnte bei Männern, die das Verhältnis von Regierung und Volk von moralischem Gesichtspunkte betrachteten, nur Entrüstung erregen.

Den Patrioten, die soeben in Frankfurt als Träger der volkstümlichen deutschen Bewegung ein Jahrlang danach gerungen hatten, die sittlichen Momente im öffentlichen Leben des Vaterlands zur Geltung zu bringen, wurde nun in Erfurt von der Tribüne des Reichstags im Namen der preußischen Regierung entgegengehalten, nur das sei Recht im Staate, was die zeitigen Inhaber der Gewalt als Recht anerkännten. Mevissen, der damals seine Gedanken über die zukünftige Staatsentwicklung und über die Notwendigkeit einer ausgebildeten Selbstverwaltung von unten herauf als Vorbereitung der durch die wachsende Demokratisierung bedingten Gesellschaftszustände und Verfassungseinrichtungen in einem längeren Memoire niederschrieb,[3]) hat diesen moralischen Konflikt in

---

[1]) L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 451 ff.; E. L. v. Gerlach, Aufzeichnungen II, 100 ff.

[2]) Insbesondere war in militärischer Beziehung hier die Armee nicht ausschließlich dem „Reichsvorstand" verpflichtet. Die kommandierenden Generäle und die Kommandeure der Reichsfestungen sollten vielmehr auch den Eid auf die Verfassung leisten (§ 14 des Entwurfs vom 26. Mai).

[3]) 'Die Bewegung von 1848 hat in den niederen Schichten der Gesellschaft einen Drang nach Bewegung und nach Verbesserung ihrer materiellen Lage zurückgelassen, der bei nächster Veranlassung wieder gewaltsam hervorbrechen wird,' schrieb er am 22. Januar 1850. Von diesem Grundgedanken aus ist die Denkschrift aus dem April (Bd. II S. 487 ff.) abgefaßt.

aller Schärfe zum Ausdruck gebracht.[1]) Der überzeugte Vertreter der Hegelschen Auffassung vom Staate als der höchsten sittlichen Ordnung empfand ihn aufs peinlichste, und er nahm wiederholt Gelegenheit, ihn mit Radowitz, dem Träger der im Mai 1849 inaugurierten preußischen Unionspolitik, mündlich zu erörtern.[2]) Das Volkshaus nahm allerdings entgegen den Wünschen der preußischen Regierung am 13. April den Verfassungsentwurf en bloc an und erklärte sich nur zu einer nachträglichen Revision bereit, aber bei der andauernden Mattherzigkeit Preußens gegenüber dem jetzt von äußeren Gefahren befreiten Österreich siegte die Auffassung der Kreuzzeitungspartei, der Gegner der deutschen Einheit und Freiheit, deren Dolmetsch damals Bismarck in seiner Rede vom 15. April 1850 wurde. Der König wagte den Bruch mit Österreich nicht, Preußen zog sich auf sich selbst zurück und begrub, indem es sein Unionswerk fallen ließ, selbst die deutschen Hoffnungen. Vergebens hoffte Mevissen, daß die öffentliche Meinung sich zu einem entschlossenen Protest aufraffen werde.[3]) Diejenigen Kräfte im deutschen Volke, die den Staat als die Wirklichkeit der sittlichen Idee in dem Sinne des Dreigestirns Kant, Fichte und Hegel zu gestalten und auf friedlichem Wege eine konstitutionelle Verfassung dem Begriff des Staats gemäß auszubilden gedachten, waren doch weitaus in der Minderzahl, und ihr Einfluß reichte keineswegs aus, die Widerstände zu besiegen. Die staatsrechtliche 'Vernunft' scheiterte in diesem kritischen Augenblick deutschen Lebens an den Klippen der organisierten, von aller Philosophie abstrahierenden Macht und der bürgerlichen Apathie. In Preußen hatte schon der geringe Eindruck, den der Abschluß des preußischen Verfassungswerks im Januar 1850 machte, offenbart, wie sehr das politische Bewußtsein des Bürgertums erschlafft war.[4]) Der Sieg der Kamarilla in der

---

[1]) Vgl. seine Ausführungen vom 12. und 13. April (Bd. II S. 495); Denkwürdigkeiten des Ministers Otto v. Manteuffel 1 (1901), 193.

[2]) Vgl. oben S. 123 und sein Urteil über Radowitz Bd. II S. 486, 495 ff.

[3]) Er dachte an Volk und Heer, vgl. Band II S. 505.

[4]) Ein Kölner Regierungsbericht vom Februar 1850 konstatierte das mit derselben Befriedigung, wie früher (vgl. oben S. 375). — Volles Verständnis für die Situation hatte der alte Metternich. Am 26. Oktober 1850 schrieb er an D. Leiden: „Mevissen ist mir bis zur Stunde seine Ansichten über Erfurt schuldig geblieben, und ich begreife es. Ansichten über gespenstige Gestaltungen aufstellen, ist eine schwer zu lösende Aufgabe, und — genau erwogen — liegt

Politik aber führte zunächst nur zu der Demütigung Preußens
erreich und Rußland an dem Tage von Olmütz (29. No-
50) und zur Wiederherstellung des alten Bundestages, der
ung von 38 getrennten deutschen Souveränetäten unter Öster-
waltendem Einfluß. Den deutschen Fürsten wurden nun
e Verzichte auf ihre Souveränetät zugunsten der deutschen
nehr zugemutet, aber es traten auch, indem die beiden
Großmächte in widernatürlicher Weise zu gegenseitiger
aufs neue zusammengeschmiedet wurden, die trostlosen
der Vergangenheit wieder ins Leben. Niemand konnte
hnen, daß diese elenden Zustände schon nach wenigen Jahren
den schroffen Vertreter des spezifischen Preußentums, zu dem
e drängen würden, mit Blut und Eisen und gewaltsamer
olution einen Ausweg zu suchen, um die deutsche Einheit
Mitteln jener Realpolitik zu schaffen, die damals auch im
en Staatsrecht unsers Volks Wurzel faßte,[1]) indem sie die
aterielle Politik der Tatsachen einer konstituierenden Ver-
litik entgegensetzte und den unmittelbaren Zusammenhang
ht und Herrschaft als die einfache Grundwahrheit aller
ituierte. Mevissens Empfindungen waren Ende 1850, als
var, daß Deutschlands Größe, Einheit und Freiheit zunächst
raum blieb, so bitter, daß er es nicht wagte, sie dem Papier
uen.[2]) Nicht nur die politische Schwäche Preußens, die
m Gang nach Olmütz zeigte, sondern die Verleugnung des
ts- und Rechtsgefühls in den Fragen des staatlich-bürger-
ens mußte ihn mit äußerstem Widerwillen erfüllen, der
Hingabe die 'Einheit und Freiheit der Nation und, als
beider, ihre Macht nach außen' erstrebt und sein Hoch-
dem Augenblick, wo die Frankfurter Verfassung vollendet
e Worte gekleidet hatte: 'Höheres gibt es nicht auf Erden,

---

das jetzt auf der Welt und insbesondere auf Deutschland lastet, in
chslung zwischen Praxis und Theorie, d. h. zwischen Tatsachen
"

. Diezel), Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen
eutschlands (Stuttgart 1853) S. 208; vgl. auch Gumplowicz, Ge-
Staatstheorieen (1905) S. 376 ff.

[2]) l. seinen Brief vom 4. November 1850 (Bd. II S. 511).

als die Freiheit und die Ehre eines tüchtigen Volkes in der Brust zu tragen.'[1]) —

Mit dem Jahre 1850 setzte am Rhein in dem Kreise des Bürgertums 'eine politische Apathie ein, die so weit geht, daß sie für die Grenzlinien der Parteien gar kein Auge mehr hat; die totale Indifferenz greift immer weiter um sich, für das Gute wie für das Schlimme fehlt aller Sinn.'[2]) Die rücksichtslose Reaktion brachte das öffentliche Leben, wo es sich noch hervorwagte, zum Schweigen. Die politische Unreife des Volkes und sein Mangel an politischer Ausdauer traten in erschreckendem Maße hervor. 'Wie die Dinge liegen und bei der totalen Ohnmacht der Kammer in den politischen Fragen glaube ich — so schrieb Mevissen am 27. Januar 1851 — daß die materiellen Interessen die einzige Stelle bilden, von wo aus eine bessere Zukunft sich zu gestalten vermag.'[3])

Er war fest entschlossen, den Bankverein an die Spitze des industriellen Aufschwungs zu bringen, der damals im Rheinland einsetzte. Im Laufe des Jahres 1850 hob sich das wirtschaftliche Leben in Deutschland allmählich, und die Kapitalien begannen den Banken zuzuströmen;[4]) so wurden Fonds für bedeutende Industrieunternehmungen um so mehr verfügbar, als das Kapital den Eisenbahnen gegenüber zunächst noch sehr zurückhaltend blieb. Mevissen stand hier jetzt, nachdem ihn die Ungunst der Verhältnisse wiederum, wie im Jahre 1843, aus der Politik in das Wirtschaftsleben gedrängt hatte, mit einem wohlgegründeten Ruf und voll sicherer Aussicht auf einem Boden, den das Geschick in der Regel auch dem Tüchtigen erst in der Reife des Mannesalters nach langem Ringkampf mit den äußeren Hemmungen des Lebens zu bieten pflegt. Binnen kurzem war der Kredit des Bankhauses auf der neuen Basis fest begründet, und die Rückzahlung der vom Staate garantierten Aktien, die nach dem Statut

[1]) Vgl. Bd. II S. 467 ff.

[2]) Mevissen an Hansemann 1850 November 30.

[3]) Brief an den als Abgeordneter der ersten Kammer in Berlin tätigen G. Mallinckrodt.

[4]) Über die damalige Lage des Geldverkehrs im Rheinland handelt eingehend der gedruckte Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1850 S. 7 ff. Die Berichte der Handelskammer für 1850—1855 sind in ihren allgemeinen Ausführungen von Mevissen stark beeinflußt.

erst 1858 beendet zu werden brauchte, geschah schon am 1. Juli 1852; Mevissen wurde dann vom Verwaltungsrat einstimmig zum Direktor gewählt.[1]) Die beiden großen Köpfe, mit denen er bis 1848 gemeinsam im kommerziellen Leben gewirkt hatte, L. Camphausen in Köln und D. Hansemann in Aachen, waren so gut wie ganz aus dem rheinischen Geschäftsleben zurückgetreten. Camphausen wandte sich nach dem Scheitern der politischen Hoffnungen der Wissenschaft zu.[2]) Hansemann aber blieb in Berlin. Er war nach seinem Sturz als Minister im September 1848 Präsident der Königlichen Bank geworden, aber vor der Reaktion, als deren Organ hier der neue preußische Handelsminister A. von der Heydt fungierte — derjenige von den rheinischen Politikern, der in den Stürmen des März 1848 dem Liberalismus untreu geworden und zur Regierung übergetreten war —[3]), mußte er im Mai 1850 aus diesem Staatsamt weichen; er bereitete dann die Gründung der „Kreditgesellschaft" in Berlin vor, aus der er sich in den Jahren 1851 und 1856 seine große Schöpfung, die Berliner Diskontogesellschaft, entwickelte.[4]) So konnte Mevissens überlegene Schaffenslust sich in der rheinischen Heimat vollkommen frei auswirken und hier bis zum Jahre 1856 eine schöpferische Tätigkeit entfalten, die nicht nur durch ihre Fülle und ihre Vielseitigkeit, sondern besonders auch durch ihre organisatorische Eigenart hervorragt. Indem er im Schaaffhausenschen Bankverein die Verbindung von

---

[1]) Der Umschlag des Bankvereins stieg in den Jahren 1849—1856 von 34 Millionen auf 82 Millionen Taler.

[2]) Caspary a. a. O. S. 390ff.

[3]) Er war Handelsminister seit dem 4. Dezember 1848.

[4]) Bergengrün a. a. O. S. 660ff.; Die Diskontogesellschaft 1851—1901 (1901) S. 7ff. — Über die Einrichtung dieser Gesellschaft beriet Hansemann im Mai 1851 wiederholt mündlich und schriftlich mit Mevissen, der sich für das erste Statut nicht erwärmen konnte. Am 24. Mai 1851 teilte ihm Hansemann brieflich mit, er habe gehört, v. der Heydt („der als Konvertit ein Ultra in dem adoptierten Glauben ist, um die Reue über frühere Irrtümer recht augenfällig zu zeigen und für dieselben Verzeihung zu erlangen"), habe gute Lust, auch Mevissen von seiner Stellung als staatlicher Direktor des Schaaffhausenschen Bankvereins zu entfernen, also auch in Beziehung auf seine Person „mit der Revolution zu brechen", wie er es mit Hansemann getan. Er riet ihm daher Vorsicht und baldigste Rückzahlung der vom Staat garantierten Aktien des Bankvereins an.

Gründungs- und Depositenbank zum erstenmal in Deutschland durchführte[1]) und das Werkzeug der Aktienunternehmung benutzte, um durch die Kräfte der Assoziation die verschiedenen Zweige des modernen Wirtschaftslebens zu umfassen und überall den einen durch den andern zu befruchten, gelang es ihm, dem unmittelbaren Zwecke jeder kaufmännischen Unternehmung, der Rentabilität, mit bestem Erfolg zu entsprechen, zugleich aber zur Befriedigung dringender Allgemeinbedürfnisse des Landes in dem staats- und volkswirtschaftlichen Geiste zu wirken, der anfangs in seiner eigenartigen Stellung als staatlicher Leiter einer kapitalistischen Unternehmung auch äußerlich hervortrat. Als Leiter des Bankvereins kam er 'jedem großen Unternehmen, das er bei sorgfältiger Prüfung als auf soliden Grundlagen beruhend und wesentliche Bedürfnisse des Landes befriedigend anerkannte, mit Sympathie und tätiger Mitwirkung entgegen.' Er ging dabei von dem Grundsatz aus, daß es die Aufgabe des Bankvereins sei, 'nicht sowohl durch eigene große Beteiligung neue Industriezweige ins Leben zu rufen, als durch die Autorität seiner auf gründlicher Prüfung und Einsicht beruhenden Empfehlung die Kapitalisten des Landes zu veranlassen, die müßigen Kapitalien solchen Unternehmungen zuzuwenden, welche, richtig projektiert, wirklichen Bedürfnissen entsprechend und mit der Garantie einer sachkundigen Leitung versehen, eine angemessene Rentabilität in Aussicht stellen.'[2])

Daß er von Jugend auf in der Aktiengesellschaft das eigentliche Instrument des Fortschritts für die damalige Epoche des deutschen Wirtschaftslebens erkannte, wurde früher erwähnt (S. 159). Inzwischen hatte sich diese korporative Unternehmungsform im Ausland 'mit der Gewalt und Raschheit einer Naturkraft entwickelt und auf den Trümmern einer untergegangenen Periode gewissermaßen die Genossenschaft neu etabliert. Der junge Riese hatte seine Gegner überwunden, und jeder Tag breitete seine Macht aus.'[3]) Auch in Preußen lagen jetzt die Verhältnisse günstiger als früher. Zwar blieb das umständliche Aktiengesetz vom 9. November 1843 bestehen, aber

---

[1]) Bei der Heranziehung fremder Depositen für die dem Handel und der Industrie gewährten Kredite ging Mevissen allerdings mit Rücksicht auf die Katastrophe von 1848 sehr vorsichtig zu Werk (vgl. Koenigs a. a. O. S. 27).

[2]) Vgl. Bd. II, S. 520.

[3]) Vgl. Mevissens Darlegung Bd. II, S. 533.

die Anwendung war doch weniger rigoros als vor 1848. Mevissen, der Schüler Hegels, schätzte die Assoziation nicht nur wegen ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Stärke und wegen der engen Verbindung von Kapital und geistiger Kraft, die sie ermöglicht, sondern er sah in ihr zugleich eine gruppenbildende, in ethisch-sozialem Geiste wirkende und auf politischem Gebiete dem zerstörenden Radikalismus widerstreitende konservative Einrichtung. Wie seine liberale Überzeugung stets die Extreme des Individualismus durch das Mittel der Organisation gemildert zu sehen wünschte, so erblickte er für eine Epoche, die sich dem demokratischen Prinzip endgültig, wie er nicht zweifelte, zugewendet hatte, in konservativen Kräften dieser Art geeignete Mittel, um die Gefahren des Umsturzes zu vermindern und eine organische Weiterbildung der gesellschaftlichen und politischen Zustände zu sichern.[1]) Daß aber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimat grade dieser Unternehmungsform damals in besonderem Maße bedurften, hat er in diesen Jahren einmal zusammenfassend ausgeführt. 'In Preußen schreckt der vereinzelte Kapitalist vor der Lösung der meisten großen wirtschaftlichen Aufgaben zurück, weil entweder sein Kapital nicht ausreicht oder weil er es mit Recht soliden Grundsätzen für widersprechend erachtet, sein ganzes Kapital auf einen einzigen Wurf zu setzen und den guten oder schlimmen Chancen eines industriellen Unternehmens anzuvertrauen. Die Weiterentwicklung unserer Industrie wird noch geraume Zeit hindurch in der Form der Assoziation vieler kleiner Kapitalien sich vollziehen, ganz verschieden von dem Gange des reichen England. In dessen Fabrikdistrikten finden sich zahlreiche Industrielle, deren Mittel die Mittel selbst stark fundierter deutscher Aktiengesellschaften weit übersteigen und die — im Besitz so großer Mittel von Jugend auf, in bestimmten Industriezweigen groß geworden und mit denselben aufs innigste verwachsen —

[1]) Vgl. Hegel, Philosophie des Rechts § 249 ff. (Korporation), und Mevissens Ausführungen aus den Jahren 1850 und 1855 (Bd. II S. 493 ff., 532 ff.), wo er seine Ansichten zusammenfaßt und es als 'eine der für den Staat der Intelligenz würdigsten Aufgaben' bezeichnet, die 'neue Unternehmungsform wissenschaftlich zu erforschen, um über ihre Gegenwart und Zukunft, über ihre Einreihung in das Gebiet des Bestehenden, über ihre umbildende und über ihre zersetzende Kraft, über die Grenzen ihrer Vernunft und zweckmäßigen Anwendbarkeit Klarheit zu verbreiten.' (Vgl. R. v. d. Borght, Statistische Studien über die Bewährung der Aktiengesellschaften (1883) S. 9 ff.).

keinen Anstand nehmen, diese Mittel gänzlich einem bestimmten Industriezweige zuzuwenden. Diese divergente Neigung ist in England auch sachlich begründet in den weit geringeren Chancen, denen relativ der englische Industrielle ausgesetzt ist, da er die erste und gefährlichste Periode der Entwicklung hinter sich, zahlreiche ausgebildete Arbeitskräfte zur Produktion und ebenso zahlreiche und bis in die fernste Ferne reichende, mit vielseitigen Erfahrungen und großen Fonds ausgerüstete Organe für den Vertrieb seiner Produkte zur Verfügung, und schließlich bei anderweitiger Bestimmung seines Kapitals eine geringere Durchschnittsrente als bei Kapitalanlagen auf dem Kontinente in Aussicht zu nehmen hat. Muß anerkannt werden, daß in Deutschland der Fortschritt nur auf dem Wege der freien Assoziation vieler in einer dem Geiste wie den augenblicklichen Mitteln und Anschauungen des Volkes entsprechenden Weise erzielt werden kann, so ist die Aktiengesellschaft als moderne industrielle Genossenschaft im höchsten Maße der Förderung und des Schutzes der Staatsregierung wert. Sie ist dies um so mehr, als diese Form bei aller Freiheit der einzelnen in ihr wirkenden Faktoren, und grade durch diese Freiheit, als Gesamtheit vorwiegend den Charakter des Stetigen und Dauernden trägt. Bei der großen inneren Berechtigung und voraussichtlichen reichen Zukunft der Aktiengesellschaft ist die Antipathie, welche sich in einzelnen Akten der neuesten Gesetzgebung gegen dieselbe dokumentiert, mit den Grundsätzen einer erleuchteten, die materielle und geistige Entwicklung aller Kräfte anstrebenden Staatswirtschaft schwer in Einklang zu bringen.'[1])

Das Jahr 1852 war das Jahr des überall erwachenden deutschen Unternehmungsgeistes. Wenigstens die drückende politische Ungewißheit war beseitigt, und wie in Frankreich der Staatsstreich Napoleons III. vom 2. Dezember 1851 eine Epoche bedeutender materieller Schöpfungen einleitete, so begann im Jahre 1852 auch im Rheinland jenes starke Ringen um die wirtschaftliche Selbständigkeit, das Anstoß und Grundlage einer über alles Erwarten großartigen Entwicklung geworden ist. Ein überaus vielgestaltiges Schaffen wurde die Signatur der auf die Revolution folgenden Epoche rheinischen Lebens; die führende Rolle aber fiel dabei Mevissen zu, der auf allen Gebieten

[1]) Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1857 S. 18.

der Großunternehmung, auf denen sich jetzt seine Initiative, seine geistige Kraft und seine rastlose Tätigkeit auszuwirken anschickten, an das anknüpfen konnte, was er bis zum Jahre 1848 vorbereitet, in seiner programmatischen Schrift vom Jahre 1845 dargelegt und zum Teil auch schon praktisch in die Wege geleitet hatte. Sobald die äußeren Umstände es erlaubten, ergoß sich sein lange aufgestauter Schaffensdrang als breiter und tiefer Strom in das rheinische und darüber hinaus in das allgemeine deutsche Wirtschaftsleben; seine Schöpfungen aus jenen Tagen, die in den folgenden Jahrzehnten ihre Lebenskraft glänzend und vielfach vorbildlich bewährt haben, sind noch heute, ein halbes Jahrhundert später, an der Fortführung seiner Gedanken tätig, und mehrere von ihnen gehören noch jetzt, unter den seither ins gigantische angewachsenen Verhältnissen des deutschen Kapitalmarktes, zu den führenden Instituten.

Er begann wiederum mit dem Versicherungswesen. Diesem Gebiet, auf dem Mevissen einst seinen ersten Schritt in das Kölner kaufmännische Leben hinein versucht hatte, wandte sich der deutsche Unternehmungsgeist damals in seither unerhörtem Maße zu.[1]) Die Kölner Rückversicherungsgesellschaft, seit 1842 geplant, war 1846 wohl konzessioniert worden, aber infolge der Neuheit des Gedankens und der Schwierigkeiten des Geldmarkts noch nicht zustande gekommen (S. 342). Im Einverständnis mit Mevissen griff im März 1852 der damals in Paris weilende A. Oppenheim das Projekt wieder auf und förderte es so, daß am 29. April 1852 ein Vertrag der Gesellschaft mit den Bankhäusern Rothschild in Paris und Oppenheim in Köln geschlossen werden konnte, wonach diese die Placierung der Aktien in der Höhe von 2 Millionen Taler übernahmen; der Rest von 1 Million konnte in Köln placiert werden. Die Konjunktur an der Börse war sehr günstig, die Realisierung gelang in Paris mit dem bestem Erfolg; allerdings war französisches Kapital viel stärker als deutsches beteiligt. Wie früher bei der Kölner Feuerversicherung und bei den ersten rheinischen Bergwerksunternehmungen,[2]) so erwies sich auch jetzt das ausländische Kapitel als noch unentbehrlich, um

[1]) Vgl. oben S. 283 und A. Manes, Versicherungswesen (1905). S. 25ff.

[2]) Vgl. oben S. 342, 383f.

die Absichten rheinischen Unternehmungsgeistes ins Leben einzuführen.[1]) Mit dem Jahre 1853 konnte diese erste selbständige Rückversicherung auf Grund einer von Mevissen entworfenen Geschäftsordnung ihre Tätigkeit eröffnen.[2]) Es gelang sofort, mit einer Anzahl guter Feuer- und Transportversicherungsgesellschaften feste Verbindungen anzuknüpfen; schon über das erste Geschäftsjahr konnte die Handelskammer berichten, daß die Höhe des Versicherungskapitals wie die Prämieneinnahme die Erwartungen übertroffen habe, und nach dem Muster der Kölner Anstalt entstanden schon bald eine Reihe verwandter Schöpfungen.

Inzwischen hatte Mevissen auch bei der Verwirklichung eines zweiten großen Versicherungsunternehmens, der Kölner Lebensversicherungsgesellschaft 'Concordia', entscheidend mitgewirkt.[3])

Die preußische Regierung hatte im Jahre 1836 einer Berliner Lebensversicherungsgesellschaft auf fünfzehn Jahre ein ausschließliches Privilegium erteilt. Das Bedürfnis nach Vermehrung solcher Institute war aber ganz augenscheinlich, und schon Ende 1849 entwarf Mevissen mit A. Oppenheim ein Statut für eine Kölner Lebensversicherungsgesellschaft auf großer Basis, die beim Ablauf des Berliner Monopols ins Leben treten sollte. Er besprach sein Projekt mit dem Direktor der Kölner Feuerversicherungsgesellschaft Colonia, Friedrich Kalle, und war sehr überrascht, als dieser im Februar 1851, in dem Augenblick, wo der Geldmarkt anfing flüssiger zu werden und wo er mit seinem Projekt hervorzutreten gedachte, seinerseits die Gründung einer 'Allgemeinen deutschen Lebensversicherungsgesellschaft' mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Taler anregte. Am 8. Februar wurde der notarielle Akt dieser Gesellschaft getätigt, und H. v. Wittgenstein zum Vorsitzenden des provisorischen Verwaltungsrats erwählt.[4]) Mevissen

---

[1]) Die Aktien wurden an der Pariser Börse mit einem so namhaften Agio (bis 20 %) placiert, daß viele deutsche Zeichner sich ihrer Aktien sofort entledigten.

[2]) Vgl. auch die oben S. 286 Anm. 1 erwähnte Festschrift.

[3]) Einige Angaben über die Gründung dieser Gesellschaft enthält der „Rückblick auf die Entstehung und bisherige Entwicklung der Concordia. Gedenkblatt zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Gesellschaft" (Köln, 1904).

[4]) Dem Verwaltungsrat gehörten außerdem F. Heuser, K. J. v. Groote, J. Seydlitz, C. H. Kotthaus, J. Mumm und F. Kalle an.

erwiderte auf diesen Überfall am 20. Februar mit der Gründung der 'Germania, Lebensversicherungs- und Rentenbank für Deutschland,' für welche ein Grundkapital von 5 Millionen Mark bestimmt wurde.[1]) Von vornherein hoffte er aber auf eine Einigung mit dem Konkurrenzunternehmen, und er tat sofort Schritte nach dieser Richtung. Als diese erfolglos blieben, traten beide Gesellschaften in den Wettbewerb um die Konzession. Mevissen unterbreitete der Regierung einen Statutenentwurf und eine Denkschrift, welche nicht nur die volks- und privatwirtschaftlichen, sondern auch die moralischen Gesichtspunkte — die Entwicklung des Geistes der Sparsamkeit, der sich selbst beschränkenden Freiheit und der aufopfernden Fürsorge für die Familie — ausgezeichnet und mit einem Hinweis auf die seit 150 Jahren in England gesammelten Erfahrungen entwickelte.[2]) Auch jetzt hielt er noch an dem Gedanken der Verschmelzung beider Projekte fest,[3]) und es zeigte sich schon bei der ersten Aktienzeichnung in der Tat, daß zwei Gesellschaften sich gegenseitig stören würden. Diesen Standpunkt nahm auch die Regierung ein; nach mehreren vergeblichen Vermittlungsversuchen empfahl sie am 4. Mai 1852 den Konkurrenten nachdrücklich die Einigung. Am 10. und 15. Mai kam es darauf zu einer Verständigung, auf Grund deren die beiden Unternehmungen als 'Concordia, Kölnische Lebensversicherungsgesellschaft und Rentenbank'

---

[1]) Den provisorischen Verwaltungsrat bildeten hier G. Mevissen, A. Oppenheim, Ph. Engels, L. T. Rautenstrauch, J. P. vom Rath, Julius Joest und G. Mallinckrodt.

[2]) Vgl. Bd. II S. 512 ff. — Eine Beteiligung der Versicherten am Gewinn war von vornherein in Aussicht genommen; sie im ersten Statut ausdrücklich festzustellen, war jedoch, wie Mevissen am 23. März 1851 an G. Mallinckrodt schrieb, 'absichtlich vermieden worden, um beim Abschluß von Verträgen völlig freie Hand zu behalten und für jede Gattung von Versicherten angemessene Beteiligung am Gewinn später normieren zu können. Nur die möglichst freie Bewegung der Verwaltung kann der Gesellschaft meiner Überzeugung nach gute Resultate liefern.'

[3]) In diesem Sinne bevollmächtigten er und A. Oppenheim im März 1851 den damals in Berlin anwesenden Generalkonsul in Smyrna L. Spiegelthal (später in Antwerpen) zu Verhandlungen mit der Regierung (vgl. für diese Persönlichkeit die Denkwürdigkeiten des Ministers O. v. Manteuffel, hrsg. v. Poschinger I (1901) 138, 177. Mevissen verhandelte um diese Zeit mit Spiegelthal auch über das — nicht verwirklichte — Projekt einer deutschen Bank in Smyrna und die deutschen Handelsbeziehungen nach dem Orient).

mit einem Kapital von 10 Millionen Taler sich vereinigten. In die Direktion, deren Mitglieder aus beiden Gesellschaften entnommen wurden und deren Vorsitz H. v. Wittgenstein beibehielt, trat auch Mevissen ein. Er übernahm dann die Herbeiführung der landesherrlichen Genehmigung, die sich aber als unerwartet schwierig herausstellte.

Aus dem Agiotagegeschäft, das eben in diesem Augenblick an der Pariser Börse bei der Placierung der Kölner Rückversicherungsaktien stattfand, schöpfte die Regierung den Verdacht, daß es sich auch bei der Gründung der 'Concordia' im wesentlichen um Börsengeschäfte handle; sie verlangte am 31. August 1852 darüber das Gutachten der Kölner Handelskammer. Die Abfassung dieses Gutachtens übertrug die Handelskammer aber ihrem Mitgliede Mevissen, der hier zunächst Gelegenheit fand, seine Überzeugung sowohl von der soliden Grundlage der in Rede stehenden Unternehmungen wie von der Sachkenntnis und Geschäftskunde der leitenden Personen zum Ausdruck zu bringen.[1]) Bei der Lage des Geldmarkts, so führte das Gutachten weiter aus, sei es natürlich, daß das vorliegende Projekt bei den Kapitalisten um so mehr gute Aufnahme fände, als den Unternehmungen auf dem Gebiete der Eisenbahnen, der Montan- und Textilindustrie noch immer, und zwar z. T. durch die Staatsregierung, unbequeme Hindernisse entgegenständen. Das Kapital bleibe daher zum Schaden des Vaterlandes, wo noch so viele Zweige der Produktion der pflegenden Hand und des belebenden Kapitals warteten, müßig. Die Regierung möge sich hüten, hier noch weiter störend einzugreifen und zu bewirken, daß der keineswegs im Überfluß vorhandene Unternehmungsgeist das einheimische Kapital und seine Kräfte dem Auslande zuführe. In bezug auf die Agiotage aber legte er die Ansicht der Handelskammer in folgenden Sätzen nieder: 'Die Grundlage solcher Gesellschaften beruht auf der stillschweigenden oder ausgesprochenen Voraussetzung, daß in dem zu errichtenden Geschäfte ein mehr oder minder großer Gewinn erzielt werde. Wird ein Unternehmen bekannt, dessen Grundgedanke gesund ist, welches einem wirklichen Bedürfnis begegnet und dessen leitende Personen die nötigen Garantieen für eine tüchtige Geschäftsführung bieten, so

[1]) Akten der Kölner Handelskammer III, 5.

ist die notwendige Folge, daß, wenn das in Aussicht genommene Gründungskapital durch Zeichnungen gedeckt ist, diejenigen Kapitalisten, welche sich noch zu beteiligen wünschen, vermöge Bewilligung eines Agio dazu zu gelangen suchen. Es ist dieses Agio so notwendig und von der Sache selbst so unzertrennlich, daß ein Projekt, welches eine Aussicht zu einem solchen Agio nicht bietet, schwerlich je ins Leben tritt. Hier liegt keine künstlich und schwindelnd herbeigeführte Agiotage, sondern ein natürlicher Entwicklungsprozeß vor.' Ein Agio von 1—2½ % auf eine Beteiligung bei der von der öffentlichen Meinung sehr günstig beurteilten 'Concordia' könne die Handelskammer nur als ganz der Natur der Sache entsprechend erachten. Um eine unlautere Agiotage oder eine Neigung, durch künstliche Operationen die Börse zu beleben, handle es sich hier durchaus nicht, vielmehr werde von seiten der Verwaltung durch die Bestimmungen des Statutentwurfs wie durch die Nichterteilung von Zusicherungsscheinen jedem Schwindel in Papieren dieser Gesellschaft nach Kräften entgegenwirkt.

Es dauerte aber noch über ein Jahr, und es bedurfte noch einer Immediateingabe an den König, bis am 27. September 1853 die Konzession erfolgte; im April 1854 eröffnete die 'Concordia' ihre Geschäfte, die außer der Versicherung auf Todes-[1]) und Lebensfall auch Kinderversorgung und Reiseunfallversicherung umfaßten. Unter ihrem ersten Generaldirektor Dr. Claessen[2]) nahm sie sofort einen ausgezeichneten Fortgang; fast gleichzeitig mit ihr begannen noch fünf größere Gesellschaften in Deutschland ihre Tätigkeit, und es zeigte sich, daß nicht nur für alle Raum war, sondern daß die Tätigkeit dieser Institute in der Tat einen bedeutenden direkten und indirekten Einfluß auf die Hebung des wirtschaftlichen und vorsorglichen Sinnes der Bevölkerung zu üben vermochte.

Hatte die Regierung hier nachgegeben, so verhinderte sie dagegen durchaus die Gründung einer andern Kölner Versicherungsunternehmung, und zwar obgleich mit dieser eine besondere soziale Aufgabe verbunden werden sollte, die um so eher Förderung

---

[1]) Als erste deutsche Gesellschaft versicherte sie gegen angemessene Prämienerhöhung auch Personen von unvollkommener Gesundheit.

[2]) Es war der alte politische Freund Mevissens seit den Tagen der Rheinischen Zeitung (vgl. oben S. 247), der in den letzten Jahren allerdings Camphausens Überzeugungen vertreten hatte.

verdiente, als die Neigung der Zeit solchen Aufgaben im allgemeinen sehr wenig entgegenkam.[1])

Auch das Feuerversicherungswesen war in Preußen noch wenig entwickelt. Am Rhein gab es zwar zwei große Anstalten dieser Art, die im Jahre 1825 von Hansemann begründete 'Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft' und die im Jahre 1839 ins Leben getretene Kölner Gesellschaft 'Colonia'.[2]) Eine Vermehrung dieser Institute war aber mit Rücksicht auf den hohen volkstümlichen Nutzen, den sie als sichernde und erhaltende Kräfte besitzen, durchaus wünschenswert; Mevissen berechnete im Jahre 1852, daß die laufenden Feuerversicherungen in Preußen seit 1843 um 235 Prozent gestiegen waren. Die bestehenden Gesellschaften lieferten denn auch auf Grund ihrer relativ hohen Prämien außerordentlich hohe Dividenden.[3]) Die Aachener Gesellschaft hatte von vornherein dahin gestrebt, durch die nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Aktienunternehmung zugleich die Mittel zur dauernden Erreichung eines sozialen Zweckes zu bieten. 1834 hatte der durch sie begründete 'Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit' seine Tätigkeit begonnen, der außer den Beiträgen der versicherten Arbeiter regelmäßig Zuwendungen von ihr erhielt[4]) und im Regierungsbezirk Aachen eine so segensreiche Tätigkeit entfaltete, daß auf den Provinziallandtagen 1843 und 1845 die Ausdehnung seiner Wirksamkeit auf die ganze Rheinprovinz erwogen wurde. Auf diesen Erwägungen fußend, trat Mevissen, dem auch nach 1848 'der Ruf nach Verbesserung und Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse laut mahnend ans Ohr schlug',[5]) nach eingehender Vorberatung mit seinem Freunde F. Diergardt, einem bewährten Förderer gemeinnütziger Unternehmungen,[6]) im Sommer

[1]) Mehrere rheinische Industriellen unter Führung des Abgeordneten Hüffer (Eupen) hatten seit 1849 die Einrichtung von Arbeiter-Hilfskassen auf anderem Wege erstrebt, aber ohne Erfolg (vgl. Poschinger, Bankwesen II, 273 ff.)

[2]) Bergengrün a. a. O. S. 56 ff., und oben S. 283, 342.

[3]) Im Jahre 1853 verteilte die Aachen-Münchener 58%, die Colonia 36% Dividende (die Aktieneinzahlung bei Versicherungsgesellschaften beträgt nur 20%).

[4]) Vgl. Bergengrün a. a. O. S. 70 ff. — Im Jahre 1853 gab die Aachener Gesellschaft insgesamt 174000 Taler für gemeinnützige Zwecke ab.

[5]) Vgl. seine Bemerkungen vom 5. Februar 1850 Bd. II, S. 481.

[6]) Allgemeine deutsche Biographie V, 140.

1852 mit dem Projekt einer neuen Kölner Feuerversicherungsgesellschaft Germania' hervor. Ihr Grundkapital wurde auf vorläufig 5 Millionen Taler normiert, und sie sollte mit einem dem Aachener Vorbild nachgeschaffenen 'Rheinisch-westfälischen Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit' verbunden werden, der die gemeinnützige Tätigkeit des ältern Vereins auf die beiden Westprovinzen auszudehnen bestimmt war. Am 3. August 1852 fand der notarielle Gründungsakt statt; Mevissen mit Diergardt und Josua Hasenclever[1]) aus Remscheid erhielten den Auftrag, die Verhandlung mit der Regierung zu führen.

Am 22. Oktober 1852 wurde die Konzession nachgesucht. Eine Denkschrift Mevissens führte im einzelnen aus, daß die neue 'Germania, Kölnische Versicherungsgesellschaft',[2]) dem mit ihr verbundenen Verein jährlich ein Drittel der Dividende überweisen und mit seiner Hilfe bemüht sein werde, durch die Beförderung der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit wie durch Herbeiführung von Gelegenheiten zum Erwerb des Unterhalts die ärmeren Klassen zu unterstützen, ihre Kinder bei moralischer Erziehung zur Arbeit anzuhalten und sie geschickt und geneigt zu machen, ihr Brot auf ehrliche Weise zu verdienen. An geeigneten Orten sollten Spar- und Prämienkassen, Witwenkassen, Sterbe- und Altersversorgungskassen errichtet, mit Genehmigung der Regierung auch noch andere Einrichtungen zur Förderung dieser Zwecke ins Leben gerufen werden. Es handelte sich also um einen Versuch, unter veränderten Umständen wenigstens einige der sozialen Gedanken zu verwirklichen, die Mevissen seit den verunglückten Bemühungen der Jahre 1844—45 (S. 343) wiederholt ernstlich miterstrebt hatte. Er vertrat hier die Überzeugung, daß 'nur durch organisierte Institutionen, welche, einmal begründet, durch die arbeitenden Klassen

---

[1]) Für ihn (1783—1853) vgl. A. Hasenclever, in der Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 38 (1905) S. 1 ff. Außer den genannten waren von Kölnern W. L. Deichmann, C. E. Forst, Jul. u. Wilh. Joest, J. J. Langen, G. Mallinckrodt, R. Peill, L. Th. Rautenstrauch, J. vom Rath, V. Wendelstadt, ferner C. Boeninger (Duisburg), J. Th. Bredt (Stolberg), G. Baum (Düsseldorf), Qu. Croon (M.-Gladbach) und J. A. Kehrmann (Coblenz) bei der Gründung beteiligt.

[2]) Sie plante anfänglich auch ihre Ausdehnung auf Hagelversicherung; am 10. Oktober 1853 wurde aber eine besondere Kölner Hagelversicherungsgesellschaft gegründet und am 7. November 1853 konzessioniert.

selbst freiwillig alimentiert und erhalten werden, der tiefe Riß, welcher heute die verschiedenen Klassen der Gesellschaft scheidet, überbrückt und die Anhänglichkeit an das Bestehende, die Quelle aller sozialen Ordnung und Sicherheit, neu befestigt werden kann'.[1])

Die Regierung machte jedoch diese Gründung unmöglich.[2]) Nachdem sie am 26. Februar 1853 zunächst die Ausarbeitung eingehenderer Statuten und einen genauen Geschäftsplan verlangt hatte, gaben Diergardt und Mevissen wiederholt persönliche Aufklärung in Berlin und reichten am 15. Dezember 1854, als sie die Hindernisse beseitigt zu haben glaubten, einen zweiten, mit einem Geschäftsplan verbundenen Antrag ein. Die Regierung äußerte dagegen am 6. Juni 1855 wieder neue umständliche Wünsche, denen durch einen wiederholten, bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Antrag vom 20. Mai 1856 entsprochen wurde. Trotzdem aber Mevissen hier noch einmal nachdrücklich darauf hinwies, daß 'erfahrungsmäßig philanthropische Zwecke nur zu erreichen sind, wenn sie sich fortdauernd der Unterstützung einer andern gut geleiteten, großen und lukrativen Gesellschaft erfreuen', ist eine Bestätigung dieses Unternehmens und seiner menschenfreundlichen Nebenaufgabe nicht erfolgt, und Mevissen sah davon ab, diese aussichtslose Bahn noch weiter zu verfolgen. Seine Tätigkeit war jetzt durch andere Aufgaben vollständig in Anspruch genommen.

Er hatte zunächst auf dem Gebiet der Textilindustrie, von der seine kaufmännische Tätigkeit überhaupt ihren Ausgang genommen hatte, alte Pläne verwirklicht. Seine Dülkener Zwirnfabrik, die im Jahre 1845 zum Maschinenbetrieb übergegangen war (S. 391) und von seinem Schwager F. W. Koenigs mit bestem Erfolg geleitet wurde, hatte seither ihren Absatz nicht nur nach Bayern, Württemberg, Baden und der Schweiz ausgedehnt, sondern auch im Dezember 1849 eine Filiale in Ninove bei Brüssel errichtet. Mevissens alter Plan, am Niederrhein eine mechanische Flachsspinnerei zu begründen (S. 388), beschäftigte ihn und Diergardt seit dem Frühjahr 1849 wieder lebhaft, aber das Kapital war auf diesem Gebiete noch immer sehr zurückhaltend; ein

[1]) Vgl. Mevissens Denkschrift Bd. II S. 517 ff.

[2]) Um auch den Schein einer möglichen Agiotage von dem Unternehmen fernzuhalten, nahm man nur die sehr reichlich einlaufenden Anmeldungen, keine formellen Aktienzeichnungen entgegen (Brief Mevissens vom 4. November 1852.)

Aktienunternehmen blieb für diesen Industriezweig unmöglich. Daneben verhandelte er eine Zeitlang zusammen mit M. Bücklers, einem Dülkener Zwirnfabrikanten und Flachsproduzenten, dessen Sohn 1847/48 in Erdmannsdorf in Schlesien tätig gewesen war und bis 1850 die mechanische Flachsspinnerei in Ullersdorf bei Glatz leitete, ein anderes Projekt. Die Preußische Seehandlung, an deren Spitze nunmehr Mevissens Freund A. Bloch stand,[1]) gedachte damals ihre Maschinenspinnerei in Erdmannsdorf zu verkaufen; im Sommer 1849 besuchte Bücklers, am 22. Oktober auf der Rückreise von dem Wiener Kongreß deutscher Eisenbahnverwaltungen auch Mevissen das Etablissement; sie planten eine gemeinsame Übernahme desselben. An der hohen Preisforderung Blochs scheiterte aber die Absicht des Ankaufs.[2]) Ende 1849 setzte dann der erste, wenn auch noch mäßige Aufschwung der rheinischen Industrie ein; da es dringend notwendig war, der weiteren Verbreitung englischer Garne und Leinen rasch entgegenzuwirken, wenn nicht der Markt an die übermächtige Konkurrenz ganz verloren gehen sollte, so griff Mevissen sofort die früheren rheinischen Pläne mit Nachdruck auf.

Der Handelsminister v. der Heydt brachte für die Leinenindustrie im Hinblick auf die sich kreuzenden Interessen von Spinnerei und Weberei allgemein den alten Grundsatz zur Geltung, daß statt erhöhter Schutzzölle Prämien aus Staatsmitteln bewilligt werden sollten, um die erste schwierige Periode der Konkurrenz zu überwinden.[3]) Ende 1849 entschloß sich Mevissen, mit M. Bücklers zusammen am Niederrhein die Gründung einer mechanischen Flachsspinnerei auf diesem Wege zu versuchen. Auf seinen Antrag vom 8. Januar 1850 sagte v. der Heydt im Februar eine Prämie von 7½ Taler für die Spindel bei einer Anlage von mindestens 4000 Spindeln zu. Sowohl

[1]) Vgl. oben S. 326; Poschinger, Bankwesen II, 62—68.

[2]) Brief Mevissens von 1849 Oktober 29: 'Die Spinnerei in Erdmannsdorf ist sehr schön, jedoch wenig praktisch angelegt, und der Betrieb nicht ohne Schwierigkeit. Trotzdem würde ein Kauf derselben für 60—80000 Taler vollkommen billig gewesen sein. Bloch aber, mit dem ich in Berlin jetzt näher verhandelt habe, fordert nunmehr Th. 200000, und es ist somit an das Projekt vor der Hand nicht zu denken' (vgl. oben S. 612).

[3]) Vgl. Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien (1885) S. 408 ff.; R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen I (1905), 226 ff.; für Mevissens persönliche Auffassung vgl. oben S. 402.

bei den Antragstellern wie beim Minister leitete dabei die Absicht, auch die Flachsproduktion am Niederrhein wieder zu heben und ihre Verwertung im Inland selbst zu ermöglichen. Noch immer wurde der einheimische Flachs zum großen Teil nach dem Ausland verkauft, um dann, versponnen, wieder eingeführt zu werden. Die beiden Unternehmer schwankten noch, ob die Anlage in Köln oder in Dülken ins Leben treten sollte. Bevor sich das entschied, ließ sich aber ein zweites Projekt an anderer Stelle schon verwirklichen.

Am 17. Februar 1851 schlossen Mevissen und Bücklers mit dem Dürener Industriellen Leopold Schöller einen Handelsgesellschaftsvertrag, um in Düren eine mechanische Flachsspinnerei zu errichten; am 20. April 1851 erhielten sie vom Handelsminister für diese gleichfalls eine Prämie von 30000 Taler bei einer Anlage von 5000 Spindeln zugesagt. Diese Fabrik trat schnell ins Leben; schon im Juli 1852 wurde der Betrieb eröffnet, und wenn auch der von diesem Etablissement unternommene Versuch, besonders in den Seeplätzen Hamburg und Stettin mit Marshall und den übrigen englischen Firmen zu konkurrieren, nicht gelang, so lieferte doch schon nach einigen Jahren dieser erste Versuch in der Provinz den Beweis, daß man zur erfolgreichen Konkurrenz auf dem Zollvereinsmarkt befähigt war, während noch im Jahre 1851 die Weltausstellung in London den Tiefstand der Leinenindustrie in Preußen deutlich offenbart hatte. Sobald die während der Jahre 1852—1853 drohende Unsicherheit wegen des Fortbestands des Zollvereins vorüber war, hob sich die Tätigkeit bedeutend. Für das andere Projekt hatte sich inzwischen in Köln kein passendes Terrain gefunden,[1]) und so wurde es auf Grund einer endgültigen Zusage v. der Heydts vom 3. Mai 1853 in Dülken durchgeführt. Es war im selben Umfange geplant wie das Dürener Unternehmen und erschien ebenso aussichtsvoll wie dieses, da Dülken der Sitz des niederrheinischen Flachs- und Garnhandels geblieben war und durch seine Zwirnereien den Mittelpunkt des noch erhaltenen Rests der niederrheinischen Leinenindustrie darstellte; aber die Seidenindustrie der Umgegend zog hier die Arbeitskräfte stark an und ver-

[1]) Der Gedanke, eine mechanische Garnspinnerei und Leinenweberei in Köln zu errichten, wurde noch 1854 erörtert (Jahresbericht der Handelskammer 1854 S. 32).

teuerte sie,[1]) so daß die Dülkener Fabrik zunächst mit 2500 Spindeln ihre Tätigkeit begann und erst allmählich ganz ausgebaut werden konnte. Sie wurde von Mevissen und Koenigs zusammen, und zwar besonders mit Rücksicht auf die eigne Zwirnerei, geleitet, um fortan die zum Zwirnen dienlichen Garne selbst spinnen und so auch der steigenden Übermacht der englischen Zwirne wirksam begegnen zu können.[2])

Hatte bei diesen Gründungen der Gesichtspunkt geleitet, daß Flachsspinnereien am besten inmitten eines Flachsdistriktes ihren Standort nehmen, um so Ackerbau und Industrie zu verknüpfen, so handelte es sich bei dem gleichzeitig von Mevissen durchgeführten Projekt einer mechanischen Baumwollspinnerei um die gegenseitige Belebung von Handel und Industrie. Der Bedarf an baumwollenen Garnen wurde im Zollverein noch zum größten Teil durch Einfuhr gedeckt; der Schutzzoll von drei Taler für den Zentner, der hier gegen den Wettbewerb Englands durchgeführt war, machte aber die Anlage eigener Spinnereien um so rentabler, als der Konsum dauernd zunahm. In Köln hatte in der französischen Zeit und noch einige Zeit später die Baumwollindustrie geblüht (S. 198). Eine kleine Handspinnerei mit 80 Arbeitern und 1800 Spindeln, daneben auch Weberei in kleinem Umfange, bestand noch fort. Die zersplitterten Kräfte auf diesem Gebiet zu sammeln und zu einer einheitlichen großen Unternehmung zu verbinden, plante man seit 1851. Im Winter 1852/53 wurde die Gründung einer mechanischen Baumwollspinnerei in Köln wiederholt ernstlich betrieben. Die Begründung dieser Industrie erschien für die Handelsstadt Köln besonders wünschenswert. Die Handelskammer befürwortete sie lebhaft, weil sie damit die Hoffnung auf Anknüpfung direkter überseeischer Schiffahrtsverbindungen nach Nordamerika, dem Produktionsland der Baumwolle, und auf allgemeine Vermehrung des Transportverkehrs sowohl auf dem Rhein

---

[1]) Außerdem wurde durch Gesetz vom 16. Mai 1853 die auch in dieser Gegend sehr verbreitete Kinderarbeit wesentlich beschränkt.

[2]) Die Maschinen mußten für Düren und Dülken aus England bezogen werden (vgl. unten S. 642). Die Dülkener Fabrik erfand aber eine besondere Flachsschwingmaschine, welche die Flachsbereitung verbesserte. Spinnmeister und Spinnerinnen wurden aus Urach in Württemberg bezogen. — Vgl. im allgemeinen N. Hocker, Die Großindustrie Rheinlands und Westfalens (1867) S. 473 ff.

wie auf den Eisenbahnen nach den Seehäfen verband. Köln konnte mit Hilfe seiner Kapitalkraft und seiner ausgedehnten Handelsverbindungen versuchen, Stapelplatz des Zollvereins für den direkten Import der Baumwolle überhaupt zu werden. Als man von einem verwandten Düsseldorfer Projekt hörte, wurde am 30. Januar 1853 das oft erwogene Kölner Projekt 'an einem Tage, wie Mevissen am 2. Februar schrieb, gefaßt und zur Ausführung gebracht'.

Unter seiner Führung traten an diesem Tage neun bedeutende Kölner Kaufleute zusammen,[1]) um auf dem Wege der Aktiengesellschaft eine 'Kölnische Baumwoll-Spinnerei und -Weberei' zu gründen. Von dem auf 3 Millionen Taler festgesetzten Grundkapital wurde das erste Drittel sofort gezeichnet. Die Form der Aktienunternehmung erwies sich für die Baumwollindustrie hier als durchführbar, nachdem sie im Süden des Zollvereins, in Augsburg, Kempten und Ettlingen, schon seit längerer Zeit mit Erfolg Verwendung gefunden hatte. Am 6. Juli 1853 erfolgte die landesherrliche Genehmigung, Mevissen übernahm das Präsidium des Verwaltungsrats, und zu Anfang des Jahres 1854 begann der Bau der Fabrik. Die Tätigkeit der Spinnerei, die auf 50000 Spindeln normiert war, begann im Frühjahr 1855; die Weberei wurde schon 1854 eröffnet und beschäftigte im Frühjahr 1856 zweihundert mechanische Webstühle, während die Spinnerei damals 30000 Spindeln im Betrieb hatte.[2])

Der Jugendplan Mevissens, in der Textilindustrie der rheinischen Heimat einen altüberlieferten Industriezweig, den die Maschine ihr entführt hatte, mit Hilfe der Maschine wiederzugewinnen,[3]) war somit nicht nur endlich erfüllt, sondern er hatte seinen beiden Schöpfungen zugunsten der Flachsindustrie noch eine weitere auf dem Gebiete der Baumwollindustrie anschließen können. Viel bedeutsamer aber als diese Erfolge wurde sein um dieselbe Zeit einsetzendes Schaffen im Bereich des Bergbaus und der Hütteninsdustrie. Seit 1845 hatte er sich auf diese mit dem Eisenbahnwesen eng zusammenhängenden

[1]) F. Heuser, K. Joest, D. Leiden, G. Mevissen, A. Oppenheim, J. vom Rath, Ch. Rolffs, E. Schnitzler, B. Wendelstadt.

[2]) Vgl. oben S. 157; Hocker a. a. O. S. 185, 456; Thun, Die Industrie am Niederrhein I (1879), 160.

[3]) Bericht der Kölner Handelskammer für 1853 S. 1.

:biete begeben. Hier, wo die Vergeistigung der materiellen Arbeits-
ıft die höchsten Probleme vor sich sah, war fast die ganze Fülle
ch latenter produktiver Kräfte Rheinland-Westfalens ans Licht
 ziehen; die Massenerzeugung von Kohle und Eisen war zugleich
: eigentliche Vorbedingung für das Eintreten Deutschlands in die
eltindustrie und die Anbahnung seiner wirtschaftlichen Selbständig-
t.[1]) Hier war aber auch der größte Kapitalbedarf sowohl für die
twendige Schaffung kostspieliger neuer Anlagen wie für den lau-
ıden Betrieb.[2]) Einem großen Bankinstitut bot sich auf diesen
:bieten die beste Gelegenheit zur Anbahnung dauernder, nach wohl-
erlegten Grundsätzen geregelter Geschäftsbeziehungen, wie sie Me-
sen wünschte. Zunächst wirkte allerdings hier, wo die kapitalistische
:triebsform am unentbehrlichsten war, die Kreditерschütterung des
:volutionsjahres und die Verwirrung aller Handelsverhältnisse am
ıgsten nach. Eisenproduktion und Eisenindustrie blieben ferner
ıächst noch dadurch beschränkt, daß der Bau neuer Eisenbahnen
ı Rhein vorderhand unterblieb[3]) und zudem auf dem rechten Rhein-
:r die Fesseln der veralteten preußischen Bergwerksgesetzgebung noch
ht gebrochen waren, die den Bergbau dieser Gegenden hinderten,
chdrücklich in moderne Bahnen einzulenken.[4])

Auf dem linken Ufer war die Bewegung freier. Die Geschäfts-
)rung war hier nicht mit so hohen Abgaben belastet, und die
ivate Selbstverwaltung der Bergwerke war nicht durch das sog.
.rektionsprinzip gehemmt. Die Übertragung der Korporationsrechte
eb allerdings auch hier an die Bestimmungen des Aktiengesetzes
m 9. November 1843 gebunden und erfolgte, da sie die staatliche
ıerkennung der Solidität und Gemeinnützigkeit bedeutete, seitens der
:aatsregierung stets nur nach reiflicher Erwägung. So dauerte es zwei
ıhre, vom März 1849 bis zum 30. Mai 1851, bis die Kommandit-
'ellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Stolberg, der Mevissen

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen aus den Jahren 1845 und 1850 in
nd II S. 167—171, 493.

[2]) Vgl. oben S. 384.

[3]) Vgl. das folgende Kapitel.

[4]) Für den alten Bergbau in dieser Gegend vgl. Redlich im Jahrbuch
: Düsseldorfer Geschichtsvereins XV, 123 ff.; Ilgen in Ztschr. des Bergischen
schichtsvereins 38, 235 ff.

seither schon angehörte,[1] ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 'Allianz' mit dem Sitze in Köln durchführen konnte. Am 18. August erfolgte ihre Konzessionierung mit 4 Millionen Franken Kapital — auch hier erwies sich eine starke Beteiligung französischen und belgischen Kapitals noch als notwendig.[2] Der Schwerpunkt von Mevissens Unternehmungen in diesem Zweige lag aber auf der rechten Rheinseite.[3] Der Aufschwung der niederrheinisch-westfälischen Montanindustrie begann 1852 im Anschluß an das Berggesetz vom 12. Mai 1851, das die Bergwerkssteuern ermäßigte, die Eigentumsverhältnisse der Bergwerke regelte und die Bevormundung des Betriebs durch die Regierungsbehörden einigermaßen erleichterte.[4] Die Jahre 1852 und 1853 wurden sogleich außerordentlich günstig für Projekte auf dem Gebiete von Kohle und Eisen. Bei der Kohle handelt es sich vor allem darum, die Ruhrkohle zur Konkurrenz mit der englischen und belgischen Kohle zu befähigen und so eine wesentliche Stütze für den Aufschwung der vaterländischen Industrie zu schaffen.

Mevissen hatte auch hier eine Unternehmung auszubauen, die er seit Jahren schon in die Wege geleitet hatte. Der 'Kölner Bergwerksverein' erlangte als eine der ersten Aktienunternehmungen im Kohlenrevier am 22. Oktober 1849 die landesherrliche Konzession.[5] Die drückende Beschränkung auf die seitherige geringe Mitgliederzahl

[1] Sie führte die Firma Bredt u. Cie. und war anscheinend aus der oben S. 337 erwähnten Gesellschaft 'Alliance' hervorgegangen.

[2] Den Aufsichtsrat bildete Mevissen mit J. Bredt, W. Joest und den beiden Parisern F. Laveissière und E. David. Die Gesellschaft bestand nur bis 1856. Auf dem linken Rheinufer war Mevissen auch beteiligt bei der Gründung des Eschweiler Hüttenvereins und der Alsdorf-Hoengener Kohlenbergwerksgesellschaft (1853).

[3] Vgl. Mevissens Darlegung aus dem April 1850, Bd. II, S. 493.

[4] Mevissen schrieb über das 'Miteigentümergesetz' am 18. Mai 1851 an G. Mallinckrodt: 'Das Bergwerksgesetz wird sehr wohltätig auf unsere Essener Unternehmung wirken. Ich verspreche mir von diesem Gesetze in Verbindung mit einer sich entwickelnden Eisenproduktion im Inlande eine bedeutende Steigerung des Kohlenkonsums; von der Heydt hat sich durch dieses Gesetz ein bedeutendes Verdienst um das Land erworben, dem hoffentlich in der nächsten Session große Eisenbahnbauten und die Brücke bei Köln zur Seite treten werden.

[5] Vgl. oben S. 384 ff. — Die Schaaffhausensche Bank war von Anfang an durch W. L. Deichmann bei diesem Unternehmen beteiligt.

hörte mit dieser Umwandlung auf, es konnte nun auch fremdes Kapital herangezogen werden. Das Unternehmen selbst wirkte für Deutschland bahnbrechend und beteiligte sich hervorragend an der damals beginnenden Erschließung des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers im Großen.[1]) Es hatte an einer besonders glücklichen Stelle im Ruhrrevier den für die Anlage kostspieliger Tiefbauten viel zu sehr zersplitterten Privatbesitz zu einem Ganzen vereinigt, das groß genug war, um für lange Jahrzehnte eine nachhaltige und starke Förderung zu ermöglichen und durch Zentralisation des Betriebs wie des Absatzes den Kapitalien eine erhöhte Rentabilität, den Konsumenten eine geregelte und ausreichende Förderung zu sichern. An Ausdehnung der Felder und an Kohlenreichtum gehörte dieses Unternehmen zu den ersten in ganz Deutschland. Die Schächte von 'Neu-Köln' bei Berge-Borbeck und 'Anna' bei Essen wurden seit 1847 in regelmäßiger Weiterarbeit abgeteuft und bis 1850 auf 200 Meter Tiefe hinabgetrieben. Im September 1848 wurde die Kohle in 'Neu-Köln' bei 160 Meter Tiefe zuerst erreicht, sie erwies sich als gleich ausgezeichnet für Eisenbahnzwecke wie zur Koksbereitung. In 'Neu-Köln' begann die Förderung im März 1851, in 'Anna' 1853. Die technischen Arbeiten wurden unter der sorgsamen Oberaufsicht von G. Mallinckrodt durchgeführt. Über den wirtschaftlichen Plan des Unternehmens verhandelte Mevissen wiederholt mit dem Bonner Berghauptmann H. v. Dechen; aus diesen Verhandlungen mit dem ausgezeichneten Geologen erwuchs ein dauerndes, erst durch den Tod gelöstes Freundschaftsverhältnis beider Männer.[2]) 1853, als alle Schwierigkeiten überwunden waren, ergab sich, daß der im Besitz des Vereins befindliche Felderkomplex an Reichtum und Qualität der Kohle von keinem andern im ganzen Ruhrrevier übertroffen wurde; wenn die Schächte zunächst je zweitausend Scheffel täglich lieferten, so hoffte

---

[1]) Carnall, Die Bergwerke in Preußen und deren Besteuerung (1850) S. 6 ff.; (Waldthausen), Geschichte des Steinkohlenbergwerks Vereinigte Sälze (1902); Die Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts X (1904) S. 6 ff., 258 ff.

[2]) Am 29. Januar 1851 erstattete v. Dechen ein Gutachten über das Unternehmen, das dieses als außerordentlich aussichtsvoll schilderte. — Im Eisenbahnwesen hatten beide Männer sich eine Zeitlang gegenübergestanden (vgl. oben S. 319 und unten das 17. Kapitel).

man allmählich auf eine ganze Reihe von Schächten mit einer Tageslieferung von je 6000 Scheffel zu kommen. Mevissens Absicht, der aller kapitalistischen Organisation innewohnenden zusammenfassenden Tendenz gemäß den Bergwerksverein mit der benachbarten 1851 begründeten Vorbecker Hochofenanlage der belgisch-französischen Gesellschaft Ch. Detillieux u. Cie. zu verschmelzen, um durch die Fusionierung von Zeche und Hüttenwerk eine erhöhte Rentabilität der einzelnen Zweige zu erzielen,[1]) scheiterte 1854 an der Abneigung der übrigen Beteiligten, das Bergwerksunternehmen auf andere Gebiete in einem Augenblick auszudehnen, wo seine eigene Rentabilität nach langen Jahren mühsamer Vorbereitung endlich glänzend verwirklicht war. Die Jahre 1854 und 1855 brachten die ersten Massenresultate im Bereich der Ruhrkohlenproduktion, was sich in einer außerordentlichen Vermehrung der Zechenanlagen während dieser Jahre äußerte. Mevissen hatte aber seinen durch die Produktionsverhältnisse des Ruhrreviers besonders nahegerückten Gedanken inzwischen schon mit gutem Erfolge an einer andern Stelle verwirklicht, wo er zielbewußt in die Eisenindustrie eingegriffen hatte.

Die an praktischen Ergebnissen im allgemeinen so armen Verhandlungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Frankfurter Parlaments (S. 591) hatten auf diesem Gebiet doch eine Fülle von Anregungen gegeben. Eine ganze Reihe von Schöpfungen der fünfziger Jahre hat hier ihren geistigen Ursprung genommen. Mevissen war in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Siegener Landes auf die Eisenfrage besonders hingewiesen. Im Ausschuß selbst, vor allem aber auch mit dem sehr sachverständigen westfälischen Abgeordneten K. Overweg[2]) und mit dem auf Mevissens Verwendung eine Zeitlang

[1]) Vgl. dazu Mevissens allgemeine Hindeutung auf das künftige Zusammenwirken der verschiedenen Aktienunternehmungen (1856) in Bd. II, S. 535; dazu Sombart a. a. O. I, 553 ff.

[2]) Karl Overweg aus Iserlohn war anfänglich dort Rechtsanwalt und mit Mevissen seit längerer Zeit bekannt. 1848 gehörte er im Frankfurter Parlament zur Erbkaiserpartei und war auch in Gotha und Erfurt; er lebte damals als Gutsbesitzer auf Haus Ruhr bei Letmathe, war seit 1849 auch Abgeordneter in Berlin. Im Dezember 1848 gab er (anonym) in Frankfurt eine Broschüre für höheren Eisenschutzzoll in Druck (16 S. 8⁰), welche von vielen westfälischen Eisenindustriellen gebilligt und am 11. Januar 1849 mit deren Erklärungen versehen dem Reichshandelsministerium überreicht wurde.

als Assessor im Reichshandelsministerium tätigen W. Oechelhaeuser[1]) erörterte er wiederholt die Frage, wie die Begründung einer selbständigen deutschen Eisenindustrie neuerdings zu ermöglichen wäre. Seither wurde der größte Teil des in Deutschland konsumierten Roheisens in Belgien und in England produziert; der Handelsvertrag des Zollvereins mit Belgien vom 1. September 1844 (S. 330) hatte die Einfuhr des dortigen Roheisens durch einen Differentialzoll sehr erleichtert, weil man nicht glaubte, im eigenen Lande schmelzwürdige Eisenerze in größerem Umfang zu besitzen.[2]) Es handelte sich hier um einen höchst bedeutsamen Kampf gegen eine ausländische Konkurrenz, die grade auf diesem Gebiet durch das England wie Belgien eigentümliche Vorkommen von Kohle und Eisen an denselben Stellen große natürliche Vorteile besaß. Eine künstliche und kostspielige Zusammenführung von Erzen und Brennstoffen, auf die man in Deutschland vorderhand noch angewiesen war, war dort nicht nötig.

Während der letzten Epoche des Frankfurter Parlaments, im Frühjahr 1849, führten unerwartet die seither nicht mit genügender Ausdauer unternommenen Nachforschungen im Ruhrrevier, und zwar in der Gegend von Dortmund, zur Entdeckung reicher Lager von Kohleneisenstein in den dortigen Kohlenflözen.[3]) Die Auffindung eben dieses Erzes, des sog. Blackband, war wenige Jahrzehnte vorher in Schottland der Ausgangspunkt eines gewaltigen Aufschwungs der englischen Eisenindustrie geworden. Nun bot diese Entdeckung die Möglichkeit, auch im Ruhrrevier, wo Friedrich Harkort seit einem Menschenalter anregend in der Eisenindustrie gewirkt hatte, mit der Gründung von großen Hochöfenetablissements und Walzwerken vorzugehen und eine selbständige Roheisenindustrie in Rheinland-Westfalen anzubahnen. Vorbedingung war aber die Beseitigung der seitherigen Zollvergünstigung Belgiens. Gelang sie, trotz der freihändlerischen

---

[1]) Vgl. W. Oechelhaeuser, Erinnerungen aus den Jahren 1848 und 1849 (1892) S. 11 ff.

[2]) M. Sering, Geschichte der preußisch-deutschen Eisenzölle von 1818 bis zur Gegenwart (1882) S. 67.

[3]) Huyssen, in der Zeitschr. für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preußischen Staate I, 165 ff.; L. Beck, Geschichte des Eisens IV (1899) S. 774 ff.

Richtung des Zollvereins, in den Jahren 1852 und 1853 besonders durch Oechelhaeusers publizistische Bemühungen,[1]) so war in derselben Zeit Mevissen mit tatkräftigem Entschluß vorangegangen, um sofort die wirtschaftliche Selbständigkeit der Heimat auch auf diesem Gebiete begründen zu helfen.

Schon seit mehreren Jahren bestand im Bereich der Eisenindustrie eine nahe geschäftliche Verbindung zwischen der Schaaffhausenschen Bank in Köln und der Eisenindustrie der Dortmunder Gegend. Am 10. Oktober 1846 hatte C. Dietzsch, der Inhaber der Firma C. D. Piepenstock in Iserlohn, sein bei Hörde gelegenes Eisen- und Schienenwalzwerk Hermannshütte (gegründet 1841) aus seinem Geschäfte ausgeschieden; das Werk wurde am 1. Januar 1847 in eine Kommanditgesellschaft Piepenstock u. Cie. umgewandelt,[2]) an der das Bankhaus A. Schaaffhausen und die Firma C. Joest u. Söhne in Köln, Karl Overweg auf Haus Ruhr und J. F. Wiesehahn in Dortmund beteiligt waren. Durch den Schaaffhausenschen Bankverein stand also auch Mevissen seit 1848 in Verbindung mit diesem Unternehmen, das sein Roheisen vorwiegend aus Belgien und England, daneben auch aus Nassau und dem Siegenerland bezog.

Als nun die Auffindung des Kohleneisensteins im Jahre 1849 die Aussicht eröffnete, einheimisches Eisenerz zu verhütten und zu verarbeiten, schlossen mehrere der an der Hermannshütte beteiligten Interessenten — G. Mevissen, K. Overweg, C. Joest u. Söhne, J. F. Wiesehahn und C. Dietzsch in Neu-Oege bei Iserlohn — am 10. Februar 1850 einen Gesellschaftsvertrag, um im Amt Hörde eine Anzahl von Eisenlagern auszubeuten, die Wiesehahn, Overweg und Dietzsch geschürft und gemutet hatten, sowie um in der Nähe

[1]) Vgl. die Schriften von Oechelhaeuser, Denkschrift über den Vertrag des Zollvereins mit Belgien (1851); Vergleichende Statistik der Eisenindustrie aller Länder und Erörterung ihrer ökonomischen Lage im Zollverein (1852); Die Eisenindustrie in ihrer neuen Entwicklung (1855); sowie P. Mischler, Das deutsche Eisenhüttengewerbe vom Standpunkt der Staatswissenschaft (1852, 1854).

[2]) Jacobi, Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regbez. Arnsberg (1857) S. 357; Berger, Der alte Harkort S. 163, 169, 555 ff. und Carnalls Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen 1854 I. — Vgl. auch die im Jahre 1902 erschienene Denkschrift: 'Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, 50 Jahre seines Bestehens als Aktiengesellschaft 1852—1902', sowie besonders O. Stillich, Eisen- und Stahlindustrie (1904) S. 1—52.

dieser Lager Kohlengruben zu erschürfen und zu muten.[1]) Die Absicht war, durch Gründung einer Aktiengesellschaft so bald als möglich die Verbindung beider unweit der Köln-Mindener Eisenbahnlinie günstig gelegenen Unternehmungen durch eine Hochofenanlage herbeizuführen und dafür fremde Kapitalien heranzuziehen. Overweg, der als Kammermitglied längere Zeit in Berlin tätig war, bemühte sich in Verbindung mit Mevissen schon seit Juni 1849, die Abneigung des Ministeriums[2]) gegen Aktienunternehmungen auf bergbaulichem Gebiet zu überwinden, aber erst nach der Emanation des Berggesetzes vom 12. Mai 1851 wurden die Aussichten für die Konzession günstiger. Bei der Schwierigkeit, für eine so ausgedehnte und vielgliedrige Unternehmung die Korporationsrechte von der Regierung zu erlangen, dachte Mevissen eine Zeitlang daran, die Exploitation der Eisensteinlager bei Dortmund getrennt der auf diesem Gebiet besonders sachverständigen Firma Baird in Glasgow zu übertragen. Er unternahm zu diesem Zweck im Juli 1851 eine Reise nach Schottland und verhandelte mehrere Tage in Glasgow und Edinburgh über dieses Projekt. Es kam jedoch zu keiner Verständigung über die Bedingungen der Durchführung, und die inzwischen besser gewordenen Aussichten in Preußen machten den Ausweg überflüssig. Am 8. Januar 1852 wurde das Statut der geplanten Aktiengesellschaft formuliert,[3]) und schon am 16. Februar erfolgte durch Kabinetsordre die Konzession. Im März begann dann das Placement der Aktien, das mit Rücksicht auf die damalige Ungewißheit über den Fortbestand des Zollvereins[4]) sich einige Zeit hinzog. Am 25. Juni 1852 konnte aber in Dortmund der entscheidende Vertrag geschlossen werden, durch den sämtliche getrennte Berechtigungen an der Hermannshütte wie an den Eisensteingrubenfeldern in den 'Hörder Bergwerks- und Hüttenverein' eingebracht wurden, eine Aktiengesellschaft, deren Aufgabe dahin bestimmt wurde, daß sie Eisen, Kohlen, Galmei und andere Metalle und Erze aufzusuchen, auszubeuten, zu Gute zu

---

[1]) Diesem ersten Vertrage folgten in den nächsten Jahren noch mehrere; eine Probe des Kohleneisensteins ließ man auf der Sayner Hütte schmelzen.

[2]) Sowohl des Handelsministers v. d. Heydt als des Finanzministers Rabe.

[3]) Im wesentlichen nach dem Vorbild des Kölner Bergwerksvereins.

[4]) Vgl. Delbrück, Lebenserinnerungen I, 284 ff.; die Aktien wurden im wesentlichen in Rheinland-Westfalen und in Berlin gezeichnet.

machen und zu verarbeiten, sowie die gewonnenen Produkte zu verkaufen habe. Das Grundkapital wurde auf 2 Millionen Taler normiert; an die Spitze des ganzen Unternehmens trat G. Mevissen, der die kaufmännische Leitung zusammen mit K. Overweg führte, während die technische Direktion Wiesehahn übernahm.[1])

Der 'Hörder Bergwerks- und Hüttenverein', der sofort eine sehr erfolgreiche Tätigkeit eröffnete und schon im Mai 1856 sein Grundkapital erhöhen mußte, hat sich von vornherein eine führende Stellung in der deutschen Eisenindustrie gesichert. Besondere Verdienste hat er dadurch erworben, daß er als erste größere Hochofenanlage des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers in Deutschland die Bahn der Roheisenproduktion aus einheimischen Erzen brach. In vorbildlicher Weise verband die weitverzweigte Unternehmung damit sofort die weitere Verarbeitung des Eisens in einem großen Puddel- und Walzwerke, legte also die Eisenproduktion und die Eisenfabrikation in eine Hand, und sie suchte sich durch einen im Jahre 1855 gefaßten und 1859 durchgeführten Beschluß auch die Deckung des Selbstbedarfs an Kohlen und Koks durch eigene Produktion zu sichern.[2]) Das Werk beschäftigte im Jahre 1854, wo der erste neue nach belgischem Muster gebaute Hochofen angeblasen wurde, 2100 Arbeiter, im Juli 1855 wurde bereits der vierte Hochofen in Betrieb gesetzt. Von Anfang an bildete das angesehene Werk zahlreiche tüchtige Hüttentechniker aus, und es blieb stets bestrebt, alle technischen Erfolge zusammenzufassen und alle neuen Erfindungen auf dem Gebiete der Eisenindustrie, zu denen der große Aufschwung der Naturwissenschaften in dieser Zeit den Anstoß gab, selbständig zu erproben und so die Befruchtung der Praxis durch die Wissenschaft dauernd zu sichern.

Gleichzeitig war Mevissen der Erzproduktion auch noch an anderer Stelle nähergetreten. Die schnellen Fortschritte der westfälischen

[1]) Der Verwaltungsrat bestand aus G. Mevissen, W. L. Deichmann, C. Dietzsch, W. Joest, K. Overweg und J. F. Wiesehahn.

[2]) Durch Ankauf von Kohlenfeldern in Brakel und Asseln. Mevissen hatte vorher schon mit K. Overweg und einigen anderen Interessenten die 'Massener Gesellschaft für Kohlenbergbau' gegründet, die am 5. Dezember 1853 konzessioniert worden war. Ihre Zechen lagen gleichfalls in der Nähe (vgl. auch Stillich a. a. O. S. 7).

Eisenindustrie zeigten, daß man für die Beschaffung der Erze sich nicht auf das Ruhrrevier beschränken, sondern weiter ausgreifen und besonders die trefflichen Erze des Siegener Landes mitverwerten müsse. Zwei Eisenbahnprojekte, auf die wir noch zurückkommen, die Deutz-Gießener und die Ruhr-Siegbahn,[1]) eröffneten damals die Aussicht, dem etwas abgelegenen Siegenerlande die fehlenden Kohlen zuzuführen, umgekehrt aber auch seinen Erzen den Weg in die neuen Hochöfen des Ruhrgebiets zu erschließen. Die hier vorhandenen Eisensteinlager waren unerschöpflich und von bester Qualität; den höchsten Wert besaß der Müsener Stahlberg, dessen seit dem Mittelalter berühmtes Produkt den Ruf der Solinger und Remscheider Industrie begründet hatte. Der Stahlberg, an dem auch der preußische Staat einen größeren Anteil besaß, wurde damals von einer 1825 gegründeten Gewerkschaft mangelhaft und engherzig betrieben.[2]) Das Jahr 1853 entwickelte aber für die Kohlen- und Eisenindustrie in Rheinland und Westfalen ganz neue Maßstäbe. Im September 1854 erörterte Mevissen mit seinem Freunde G. Mallinckrodt die Frage, ob jetzt auch der alte Siegener Bergbau vermittelst eines Aktienunternehmens in modernem Sinne zu entwickeln, die Förderung des Stahlsteins sowie der Blei- und Kupfererze zu vermehren und der Hochofenbetrieb mit Koks an Stelle des seither üblichen Holzbrandes durchzuführen sei. Es wurde dabei zunächst eine Verbindung mit dem 'Kölner Bergwerksverein' ins Auge gefaßt, aber bald als unpraktisch fallen gelassen. Auch hier holte Mevissen den fachmännischen Rat des erfahrenen Berghauptmanns H. v. Dechen ein, der den Müsener Stahlberg als die Perle des rheinischen Bergbaues bezeichnete.[3])

Im Frühjahr 1855, als das Bahnprojekt Deutz-Gießen der Genehmigung entgegenging und die Hochkonjunktur besonders günstig für neue Unternehmungen war, griff Mevissen die schon von Siegen aus

---

[1]) Achenbach, Geschichte der Stadt Siegen XII (1894) S. 66ff.; Berger, Harkort S. 215; Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1856 S. 45.

[2]) Die Gewerkschaft umfaßte 312 Kuxen, von denen der Staat 55, der Graf Fürstenberg 52 besaßen, während 205 sich in zahlreichen Privathänden befanden. Die Förderung an Stahlstein (Spateisenstein) betrug 1856: 17000 Tonnen.

[3]) Im Jahre 1856 erschien (als Manuskript gedruckt) eine von dem Bergmeister Marenbach bearbeitete und von Dechen revidierte Abhandlung 'Die Grube Stahlberg und Beilehen bei Müsen' (mit zwei Karten).

begonnenen Verhandlungen mit dem Minister v. der Heydt über die Erwerbung des Staatsanteils am Stahlberg auf. Da diese Verhandlung aussichtsvoll verlief,[1]) so konnte bis zum Ende des Jahres 1855 durch Vermittlung G. Mallinckrodts und der Gewerken J. Hambloch in Crombach und W. Klein in Dahlbruch auch die Umwandlung der in Privathänden befindlichen Kuxen in Aktien vorbereitet und so mit Hilfe des Schaaffhausenschen Bankvereins die Gründung einer Aktiengesellschaft angebahnt werden. Am 25. Januar 1856 wurde der 'Köln-Müsener Bergwerksverein' mit $1^1/_2$ Millionen Taler Grundkapital gegründet, und am 7. September erfolgte die landesherrliche Genehmigung. Mevissen übernahm den Vorsitz des Verwaltungsrates auch dieser neuen Gesellschaft[2]) in einem Augenblick, wo der erste Höhepunkt des allgemeinen Aufschwungs der neugestalteten Kohlen- und Eisenindustrie in den preußischen Westprovinzen erreicht war. In einer Zeit, wo in dem an Bodenschätzen unerschöpflich reichen Grenzgebiet von Rheinland und Westfalen der überflutende Unternehmungsgeist mit fast unglaublicher Schnelligkeit eine neue Gründung an die andere reihte, hatte seine Schaffenslust wiederum mit glänzendem Erfolge die Führung ergriffen und bei der Grundlegung der industriellen Selbständigkeit des Vaterlandes auch an dieser Stelle entscheidend mitgewirkt.

Alle seine bisherigen Bemühungen für die Entfaltung der heimischen Industrie und des heimischen Verkehrswesens hatten ihm aber deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß für eine wesentliche Vorbedingung aller industriellen Produktion das Ausland dennoch dauernd die alte Superiorität bewahren werde, solange am Rhein der längst fühlbare Mangel an einer leistungsfähigen Maschinenbauanstalt noch fortbestehe. In seiner Programmschrift vom Jahre 1845 hatte er das Bedürfnis auch nach dieser Richtung betont.[3]) Seither hatte man aber die Maschinen noch durchgehends aus bewährten Fabriken jenseit des Kanals beziehen müssen. Der gewaltige Aufschwung des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes drängte nun von selbst auch hier,

[1]) Der Verkauf erfolgte (für 400000 Taler) am 28. August 1856.

[2]) Demselben gehörten außerdem an: W. L. Deichmann, F. Diergardt, Franz D. Leiden, G. Mallinckrodt, V. Wendelstadt, J. Hambloch, W. Klein und W. Oechelhaeuser.

[3]) Vgl. oben S. 161 Anm. 2, Bd. II S. 167.

und zwar in dem örtlichen Mittelpunkt von Mevissens Tätigkeit, zur Abhilfe.

In Köln befanden sich zwar seit 1840 mehrere Gießereien mit mechanischen Werkstätten, und in Bayenthal bei Köln bestanden seit 1847 zwei ähnliche Etablissements, aber sie verfertigten nur Dampfkessel und Eisenbahnwaggons, keine Dampfmaschinen; nicht einmal die Winterreparaturen der Rheindampfer konnten hier ausgeführt werden.[1]) Köln erschien aber mit Rücksicht auf seine Lage in der Nähe der Kohlenzechen und der rheinisch-westfälischen Industrie, sowie durch seine günstigen Verkehrsbedingungen besonders geeignet für ein großes Unternehmen dieser Art. Nach längeren Verhandlungen kam unter Führung Mevissens am 23. April 1855 die Gründung der 'Kölnischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft' zustande[2]). Die staatliche Genehmigung verursachte aber wiederum einige Schwierigkeiten. Ein Bericht der Kölner Handelskammer vom 13. Juli 1855 führte zwar zugunsten des Projekts aus, daß die Errichtung und der Betrieb einer großen Maschinenfabrik mit Kesselschmiede, Eisengießerei und Schiffsbauanstalt eine zeitgemäße, die vaterländische Industrie fördernde, erfolgverheißende Unternehmung, und daß bei der Höhe des erforderlichen Kapitals die Form der Aktienunternehmung die einzige durchführbare sei.[3]) Im September wurden daraufhin erneute Schritte in Berlin getan; da aber die Konzession noch längere Zeit ausblieb, so ließ Mevissen das Unternehmen, dessen technische Leitung er dem tüchtigen Ingenieur M. Goltstein anvertraute,[4]) am 2. Februar 1856 zunächst als

---

[1]) Vgl. den Kölner Handelskammerbericht für 1847 S. 14.

[2]) Schon im Jahre 1853 war ein 'Prospektus zur Bildung einer Aktiengesellschaft unter der Benennung „Kölnische Maschinen- und Schiffsbauanstalt" im Bayenthal bei Köln' gedruckt und verbreitet worden.

[3]) Der Bericht fügte übrigens hinzu, der Handel mit den zur Herstellung der Fabrikate erforderlichen Rohstoffen sowie mit allen zum Geschäftsbetriebe gehörigen Fabrikaten werde von einem solchen Unternehmen nicht zu trennen sein, doch könne die Befugnis, alle Industriezweige und Geschäfte zu betreiben, welche sich an die vielseitigen Zweige des Unternehmens anschlössen (Herstellung von Schiffen, Eisenbahnwagen, Lokomotiven und Maschinen aller Art) einer Aktiengesellschaft gestatten, tiefer in die bestehende Privatgewerbetätigkeit einzugreifen, als die Handelskammer glaube, befürworten zu dürfen.

[4]) Goltstein hatte die mechanischen Flachsspinnereien in Düren und Dülken mit englischen Maschinen eingerichtet.

Kommanditgesellschaft unter der Firma Goltstein u. Cie. ins Leben treten. Sie übernahm eines der bestehenden Etablissements in Bayenthal (E. Bährens u. Cie.) und begann am 15. Februar 1856 ihre Tätigkeit mit 150 Arbeitern.[1]) Am 30. April erfolgte dann die königliche Bestätigung des Aktienunternehmens. Hatte dieses anfänglich auch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil hier ein tüchtiger Arbeiterstamm erst langsam herangebildet werden mußte, so waren die Ergebnisse doch sofort sehr befriedigend, und schon nach zwei Jahren beschäftigte das Etablissement 800 Arbeiter.[2])

Zusammen mit der 1853 begründeten Kölner Baumwollspinnerei gehörte diese Anlage in den Kreis der Bestrebungen Mevissens, die Handelsstadt Köln, seine neue Heimat, enger in den Bereich der Großindustrie einzubeziehen, die nach seiner Überzeugung unter den neuzeitlichen Verhältnissen des Wirtschaftslebens als Grundlage dauernder Handelsgröße unentbehrlich war.[3]) Diese Bestrebungen faßten damals auch sonst Wurzel in Köln und führten hier im Jahre 1851 zur Begründung der Rübenzuckerfabrikation in großem Maßstab;[4]) dieser Fabrikationszweig nahm für einige Zeit einen ungewöhnlich schnellen Entwicklungsgang und bot einen Ersatz dafür, daß die älteren Zuckersiedereien in Köln, die den importierten ausländischen Rohzucker verarbeitet hatten, damals stark zurückgingen.

[1]) Auch hier wurde Mevissen Präsident des Verwaltungsrats, dem sonst noch angehörten: F. Diergardt, G. Heuser, Franz D. Leiden, G. Mallinckrodt, A. Oppenheim, Jak. vom Rath, L. Th. Rautenstrauch, C. Schöller, K. Stein. Das Grundkapital betrug hier 3 Millionen Taler, wovon zunächst ein Drittel emittiert wurde.

[2]) Vgl. Hocker, Großindustrie I, 383 ff.

[3]) Vgl. seine Darlegungen aus den Jahren 1840—1845 (Bd. II S. 83, 141).

[4]) An dieser Fabrik (sie lag in Ossendorf bei Köln) war Mevissen selbst nicht beteiligt (vgl. für sie die Kölner Handelskammerberichte für 1851 S. 15, 1852 S. 14, 1856 S. 38). Dagegen ließ er sich bestimmen, zusammen mit A. Oppenheim, W. und J. Joest, J. und K. vom Rath, W. L. Deichmann, V. Wendelstadt und dem Wiener Bankier H. W. von Wertheimstein am 13. Januar 1853 eine Aktiengesellschaft für Zuckerfabrikation in Tlumacz in Galizien zu gründen, deren Direktor sein alter, damals bei der 'Allianz' (S. 634) tätiger Freund J. Bredt wurde. Dieser Unternehmung war aber der Erfolg versagt.

Siebzehntes Kapitel.

Bankwesen, Eisenbahnwesen (1850—1856).

Seine schöpferische Tätigkeit während der Jahre 1850—1856 und sein stetes Zusammenwirken mit einer Fülle von tüchtigen, gleichstrebenden Persönlichkeiten brachte Mevissen jene innere Befriedigung, nach der er sich schon lange sehnte. 'Ich bin in einer Periode voll Tätigkeit und Schaffenslust, schrieb er im Mai 1852, der ich nichts wünsche, als Dauer und einen der aufgewandten Mühe entsprechenden Erfolg. Solche Perioden sind für meine Persönlichkeit die entsprechendsten, ja ich kann sagen, nur in solchen kann ich mein Wesen nach allen Seiten frei entwickeln. Gleichheit des Strebens und Wirkens für ein großes, dem Gedanken der Menschheit angehöriges und von den Schranken der Individualität befreites Ziel, das ist der Bindekitt der Geister, der so lange hält, wie der Geist selber'. Ausgangs- und Stützpunkt für alle seine Unternehmungen in diesen Jahren bildete aber der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln, dessen vornehmste Aufgabe er darin erblickte, das disponible Kapital der für die Allgemeinheit nützlichsten und zugleich für die Besitzer wie für die Gesellschaft fruchtbringendsten Verwertung im Rahmen der rheinisch-westfälischen Industrie zuzuführen. Er hatte hier den neuen Begriff der Aktienbank als des Regulators der Kapitalvermittlung zu wirtschaftlichen Zwecken mit schnellem Erfolg zum Leben erweckt. Je vertrauter er aber mit dem kunstvollen Gewebe moderner Geld- und Kreditwirtschaft wurde, um so stärker drängte sich ihm die Überzeugung auf, daß für die allgemeine Entwicklung und Organisation der großen wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands ein weiterer Ausbau dieses Systems der Kapitalvermittlung unumgänglich war. 'Schon seit längeren Jahren ist es in Deutschland ein anerkanntes Bedürfnis, daß dem aufstrebenden Unternehmungsgeiste der Nation durch die Schöpfung großartiger Kreditinstitute die Wege geebnet und der steigenden industriellen Bewegung durch die Expansionskraft und Elastizität großer Geldinstitute ein wirksamer Schutz gegen die von den Fortschritten der Industrie unzertrennlichen vorübergehenden Krisen geboten werden müsse. Jeder Blick auf die Geldinstitute der industriellen Staaten des Auslandes zeigt das Ungenügende der heimischen

Einrichtungen'.[1]) In der Tat waren, wenn die Banken wirklich das lebendige Zentrum des modernen industriellen Systems werden und planmäßig die großen und kleinen Kräfte zur Durchführung wichtiger produktiver Aufgaben sammeln sollten, Neuschöpfungen auf dem Gebiet der Kreditinstitute unbedingtes Erfordernis. Diese Überzeugung kam eben damals auch in Frankreich energisch zum Durchbruch, und ihre entschlossensten Vertreter waren dort die beiden Brüder E. und J. Pereire, die ebenso wie Mevissen ihre ersten Anregungen den weitausschauenden Ideen Saint-Simons entnommen hatten. Bei ihren Bestrebungen, die ökonomischen Verhältnisse Frankreichs mit der geschulten Macht des Geistes zu durchdringen und zu organisieren, erfreuten sie sich jetzt der regen Förderung von seiten des neuen Kaisertums Napoleons III. Im November 1852 gründeten sie unter Napoleons Protektion den Crédit Mobilier in Paris, das großartige Aktienunternehmen, das zum erstenmal in umfassendem Maßstab an Stelle des traditionellen Bankgeschäfts die Absicht setzte, dem öffentlichen und dem industriellen Kredit systematisch Kapital zuzuführen und dabei den Nachdruck auf die Emissionstätigkeit und insbesondere auf die Entwicklung des Verkehrswesens zu legen.[2])

Wenn aber in Frankreich der aufs höchste angespannte kaufmännische Unternehmungsgeist sich seit dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 des Beifalls und der nachdrücklichen Hilfe der Regierung erfreute, so unterlag in Preußen die Verbindung der Intelligenz mit dem Kapital wieder vielen Hemmungen, seit im Jahre 1851 der engherzige K. v. Bodelschwingh das Finanzministerium übernommen hatte. Die preußische Bankpolitik verhielt sich den neuen Kreditbanken als Aktienunternehmungen gegenüber ablehnend, indem sie das Bedenkliche, das in dem spekulativen Charakter dieser Banken liegt, einseitig in den Vordergrund rückte.[3]) Vor allem aber untersagte sie auf das bestimmteste jede Verbindung von Kredit- und Notenbank, wie sie von der Geschäftswelt wegen der mit dem Notenprivilegium verbundenen

[1]) Vgl. seine Ausführung aus dem Jahre 1853 in Bd. II, S. 522.

[2]) Société générale de Crédit Mobilier, Rapports du conseil d'Administration 1853—1864 (1865), S. 2ff. Vgl. Aycard, Histoire du Crédit Mobilier 1852 à 1867 (1867), S. 53ff.; J. Plenge, Gründung und Geschichte des Crédit Mobilier (1903), S. 39ff., 103ff. — Das Grundkapital betrug 60 Millionen Franken.

[3]) Poschinger a. a. O. II, 214ff.

Vorteile gewünscht wurde. Die Regierung verweigerte nicht nur dem im Revolutionsjahr zugelassenen einzigen Unternehmen dieser Art, dem Schaaffhausenschen Bankverein, das von diesem beantragte Recht, Noten in beschränktem Maße ausgeben zu dürfen,[1]) sondern sie erschwerte ihm auch sonst seine Tätigkeit durch mancherlei Eingriffe.[2]) Sie verhinderte ebenso die Verwirklichung des von Mevissen immer wieder als Gegenstück der Institute für Mobiliarkredit aufgegriffenen Projekts einer rheinischen Hypothekenbank auf Aktien,[3]) obgleich auch die Regelung des Immobiliarkredits in den Westprovinzen unerläßlich war. Daß die Kölner Handelskammer im Jahre 1852 nachdrücklich auf die am 28. März in Frankreich errichtete große Immobiliar-Kreditanstalt des Crédit Foncier als ein ausgezeichnetes Vorbild hinwies, vermochte den Widerstand der Regierung nicht zu beseitigen. Wenn Mevissen von dem Wunsch erfüllt war, daß der deutsche Unternehmungsgeist allgemein voranschreite, und wenn seine Pläne darin gipfelten, daß dieser Geist 'in jedem Kreise des großen gemeinsamen Vaterlands seine Stätte aufschlägt und auch dort durchdringt, wo sich ihm alte Überlieferung und eingewurzelte Abneigung gegen industrielle Unternehmungen lange entgegengestellt haben',[4]) so war dieses Ziel, soweit es sich um Preußen, die Landeshauptstadt und die alten Provinzen überhaupt, handelte, zunächst unerreichbar. In dieser Lage wiederholte sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete das, was bei den Bemühungen des Jahres 1848, dem rheinischen Liberalismus in Altpreußen politische Geltung zu verschaffen, versucht worden war. Die Verbindung mit Süddeutschland zur Verstärkung der im Rheinland lebendigen Bestrebungen diente jetzt dem Vordringen des kapitalistischen Unternehmungsgeistes vom Rheinland nach dem Osten.

---

[1]) Vgl. Bd. II, S. 522; Koenigs a. a. O. S. 26ff.

[2]) Am 25. März 1853 schrieb Mevissen darüber: 'Wir werden durch das eine Berliner Reskript nach dem andern in einer mir durchaus nicht zusagenden Weise geschulmeistert. Die Herren in Berlin, den Finanzen gänzlich fremd, wollen uns spezielle Anleitung geben, Bilanzen zu ziehen usw. Wenn das noch lange fortdauert, werde ich mich ernstlich mit dem Plan beschäftigen, den Bankverein in eine Kommanditgesellschaft umzuwandeln, unter Verdoppelung seines Kapitals'. (Es handelte sich damals besonders um die Grundsätze bei der Effektenbewertung, vgl. Koenigs a. a. O. S. 37ff.)

[3]) Vgl. oben S. 544; Poschinger a. a. O. II, 255ff.

[4]) Vgl. seine Ausführung aus dem Jahre 1854 (Bd. II, S. 523).

Auch hier erwies sich der Widerstand Altpreußens als zäh und hartnäckig, aber hier handelte es sich doch um eine so unabweisbare Notwendigkeit der modernen Wirtschaftsgesellschaft, daß dem Westen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit der volle Erfolg beschieden war, der ihm auf politischem Felde versagt blieb.[1]) Die Gründung der Darmstädter 'Bank für Handel und Industrie' im Jahre 1853 war der erste Akt in dieser nach der Aufrichtung des neuen Reichs zum Abschluß gelangenden Entwicklung.

Der überraschend schnelle, glänzende Erfolg, womit im November 1852 das Pariser Unternehmen der Brüder Pereire ins Leben trat,[2]) machte in der Kölner Finanzwelt einen besonders unmittelbaren Eindruck, weil das Kölner Bankhaus Oppenheim in Folge der verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Inhaber zu den Pariser Bankhäusern B. L. Fould und Fould-Oppenheim, die am Crédit Mobilier stark beteiligt waren, ein lebhaftes Interesse an dem großen Börsenereignis nahm. Schon im Dezember fanden die ersten Erörterungen zwischen Mevissen und A. Oppenheim[3]) über die Möglichkeit einer ähnlichen Gründung auf deutschem Boden statt. Daß die Errichtung einer mit dem Privilegium der Notenausgabe ausgestatteten Emissionsbank nach dem Vorbild des Crédit Mobilier in Preußen ganz unmöglich war, konnte nicht zweifelhaft sein. In dieser Form gestattete auch die Gesetzgebung der übrigen deutschen Staaten die Gründung nicht; die starken staatlichen Beschränkungen, denen die Notenbanken in Deutschland überall unterworfen waren, hinderten die Freiheit und Unabhängigkeit, welche für eine Anlagebank unentbehrlich waren.[4]) Dagegen bestand die Aussicht, im Anschluß an Verhandlungen, welche wenige Jahre vorher in Hessen-Darmstadt geführt worden waren,

[1]) Schon die 'Rheinische Zeitung' hatte 1842/43 das Problem Altpreußen-Rheinland-Süddeutschland klar erfaßt (vgl. oben S. 279).

[2]) Vgl. Aycard a. a. O. S. 41 ff.; Horn, Das Kreditwesen in Frankreich. (²1857) S. 102 ff.

[3]) Eine Schwester A. Oppenheims war die Gattin von Benoit Fould, dessen Bruder Achille Fould 1849—1852 Finanzminister, 1852—1860 Hausminister, 1861—1867 wieder Finanzminister war. Sie war eine politisch sehr interessierte Frau, in deren Haus Thiers, Ollivier und andere französische Staatsmänner viel verkehrten. Auch Mevissen schätzte sie sehr hoch.

[4]) Auch der Crédit Mobilier hat von seinem Recht der Notenausgabe in Wirklichkeit keinen Gebrauch gemacht.

das Unternehmen in etwas veränderter Form dort begründen zu können. Moriz v. Haber, gleichfalls ein Verwandter von A. Oppenheim und bis 1847 der unternehmende Mitbesitzer eines damals zusammengebrochenen Karlsruher Bankhauses,[1]) hatte im Jahre 1846 mit der hessischen Regierung Verhandlungen über die Errichtung einer großen süddeutschen Bank mit dem Sitz in Darmstadt unter seiner Leitung und in Verbindung mit anderen Bankhäusern gepflogen und bestimmte Zusagen seitens des Großherzogs erhalten. Diese Bank sollte das Recht der Notenausgabe erhalten, zugleich aber die aktive Förderung von Handel und Industrie im Auge halten; es war ein Projekt, das dem in Köln 1845 geplanten, aber nicht verwirklichten Unternehmen (S. 380) nahe verwandt war. Im Hinblick auf diese Vorverhandlungen gestalteten Mevissen und Oppenheim ihren Plan dahin aus, daß sie in Darmstadt, anknüpfend an die Moriz v. Haber erteilte Zusage eines Notenbankprivilegiums, ein geteiltes Projekt verfolgen wollten: die Gründung einer großen Kreditbank, welche selbständig neben einer Hand in Hand mit ihr arbeitenden Notenbank ins Leben treten sollte. Sollte erstere den industriellen und kaufmännischen Unternehmungsgeist fördern, regeln und zentralisieren, so sollte die andere die Zirkulationsmittel verstärken und den Geldumlauf entsprechend beeinflussen.

Am 6. Januar 1853 schloß Haber in Köln einen Vertrag mit dem Bankhaus S. Oppenheim und Cie., dessen Inhaber damals die beiden Brüder A. und S. Oppenheim waren, und den drei Direktoren des Schaaffhausenschen Bankvereins Mevissen, Deichmann und Wendelstadt; er übernahm es, auf Grund der ihm 1846 in Darmstadt erteilten Zusicherungen für die beiden gleichmäßig beteiligten und durch A. Oppenheim und G. Mevissen vertretenen Kölner Gruppen die Konzession zur Begründung einer Aktiengesellschaft 'Bank für Süddeutschland', einer Notenbank, außerdem aber die Konzession zur Begründung einer zweiten Aktiengesellschaft 'Deutsche Bank für Handel und Industrie' zu erwirken. Die Bearbeitung der Statuten beider Gesellschaften übernahm Mevissen, und es lag nahe, daß er für die 'Bank für Handel und Industrie' sowohl das Vorbild des Crédit Mobilier,

---

[1]) Vgl. für ihn, der damals in Frankfurt ansässig war, und das Bankhaus Haber: Treitschke a. a. O. V, 451; Briefe von K. Mathy, S. 48, 81; Badische Biographieen I, 324 f. Er und A. Oppenheim hatten Schwestern zur Frau.

bei dem alles auf leichte Beweglichkeit des Unternehmens berechnet war, als auch die Erfahrungen des Schaaffhausenschen Bankvereins verwertete. Wie diesem, so räumten auch der neuen Kreditbank in Darmstadt die Statuten das Recht zum unbeschränkten Betriebe aller eigentlichen Bankgeschäfte ein.[1])

Haber reiste sofort nach Darmstadt, wo er mit Hilfe seiner guten persönlichen Beziehungen zum Ministerium wie zu den Hofkreisen die Angelegenheit schnell in Fluß brachte. Am 9. Januar reichte er die Konzessionsgesuche ein und fügte am 25. Januar die inzwischen von Mevissen ausgearbeiteten Statutenentwürfe bei.[2])

Trotzdem die Angelegenheit möglichst geheim betrieben wurde, war sie bald in den Frankfurter Börsenkreisen bekannt.[3]) Ein leitender Gedanke der Darmstädter Unternehmung war, ebenso wie bei der Gründung des Crédit Mobilier, durch ein korporatives Unternehmen ein Gegengewicht gegen die Alleinherrschaft der privaten Rothschildschen Geldmacht zu schaffen. Die Mehrzahl der Frankfurter Bankiers hielt zu Rothschild; es gelang aber, von Anfang an das Bankhaus Bethmann mit der Darmstädter Unternehmung zu verknüpfen. Schon Ende Januar setzte eine von Frankfurt inspirierte boshafte Zeitungspolemik ein, welche die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Durchführbarkeit der Kreditbanken überhaupt leugnete und insbesondere die geplante Gründung in Darmstadt als schwindelhafte Agiotagespekulation behandelte. Mevissen sah sich genötigt, sowohl in der Presse als auch persönlich in Darmstadt wiederholt aufklärend zu wirken; er fand dabei nachdrückliche Hilfe bei dem Prinzen Felix von Hohenlohe-Oehringen, einem nahen Freunde des hessischen Ministerpräsidenten v. Dalwigk, der von vornherein das Unternehmen in jeder Weise zu fördern suchte. Anfang März war die Majorität des Ministeriums der 'Bank für Handel und Industrie' günstig gestimmt, und am 25. März war Mevissen sicher, mit seinen Plänen durchzudringen.

[1]) Vgl. das Darmstädter Statut § 10: 'd. h. solcher Geschäfte, aus denen die Bank ihre Gelder, sobald sie deren bedarf, zu jeder Zeit leicht zurückziehen kann'; ebenso § 20 des ersten Statuts des Schaaffhausenschen Bankvereins.

[2]) Die Statuten sind gedruckt bei Hocker a. a. O. S. 103. Vgl. auch F. Hecht, Bankwesen und Bankpolitik in den süddeutschen Staaten 1819—1875 (1880), S. 161 ff.

[3]) Poschinger a. a. O. III, 292.

'Gelingt die Bank für Handel und Industrie', so schrieb er an diesem Tage, 'so wird dies die bedeutendste, weit in die Zukunft hinausreichende meiner Schöpfungen'. Am 2. April erfolgte die Konzession dieser Bank, die mit einem Grundkapital von 25 Millionen Gulden ausgestattet wurde. Präsident der Verwaltung, die sich, wie es bis zum Erlaß des deutschen Handelsgesetzbuchs möglich war, die obere Leitung der Bank und zugleich für alle größeren Unternehmungen die Entscheidung vorbehielt, wurde Mevissen;[1] für die Direktion, die einer durchgreifenden Beaufsichtigung durch den Vorsitzenden der Verwaltung unterstellt war, wurden ein Präsident und drei Direktoren in Aussicht genommen. Am 13. April 1853 wurde die Gründung amtlich publiziert.

Am 28. April erhielten Mevissen und A. Oppenheim auch die Konzession zur Gründung der geplanten Notenbank, diese aber vorläufig nur insgeheim und unter einer sehr drückenden Bedingung. Ehe diese Konzession perfekt wurde, sollte durch die beiden Inhaber eine Aktiengesellschaft zum Bau einer Eisenbahn von Aschaffenburg über Darmstadt an den Rhein zum Anschluß an die Hessische Ludwigsbahn in Mainz gegründet und die Ausführung dieser Bahn durch Hinterlegung einer großen Kaution vollkommen gesichert sein. Die hessische Regierung hatte einen Antrag vom 3. April von ihnen verlangt, wonach sie sich anheischig machten, diese 'Rhein-Main-Eisenbahngesellschaft' mit einem Kapital von 8 Millionen Gulden zu gründen und den Eisenbahnbau binnen 5 Jahren zu vollenden. Nach Mevissens Meinung war diese Bedingung gleichbedeutend mit einer längeren Vertagung des Notenbankunternehmens. Oppenheim glaubte zwar anfänglich, englisches Kapital für die Eisenbahn interessieren zu können, aber das erwies sich als irrtümlich, und als Mitte Mai offenbar wurde, daß in Frankfurt a. M. unter der Führung der Bankhäuser Rothschild und Grunelius die Gründung einer konkurrierenden Noten-

[1] Als Vizepräsident fungierte A. Oppenheim. Die Verwaltung bestand aus 18 Mitgliedern, darunter 9 Kölnern (Ph. Engels, W. Joest, D. Leiden, D. Oppenheim, J. vom Rath, L. Th. Rautenstrauch, B. Wendelstadt, von denen jedoch mehrere bald zurücktraten), mehreren Darmstädtern (Oberstudiendirektor Dr. Breidenbach, Direktor Christ) und mehreren Frankfurtern (u. a. M. von Bethmann, B. H. Goldschmidt, P. Schmidt-Polex). Das Ehrenpräsidium übernahm Prinz Felix v. Hohenlohe-Oehringen.

bank in sicherer Aussicht stand,[1]) glückte es wohl, durch Hohenlohes Vermittlung bei der hessischen Regierung eine kleine Vertragserleichterung zu erlangen, aber die Bedingung selbst blieb doch bestehen.

Diese Verzögerung des Notenbankunternehmens wirkte aber naturgemäß auch auf die Gründung der 'Bank für Handel und Industrie hemmend ein. Das deutsche Kapital zeigte sich, im Gegensatz zu den Triumphen des Crédit Mobilier an der Pariser Börse, überhaupt sehr wenig geneigt, auf diese Gründung einzugehen und die erste auf zehn Millionen Gulden bestimmte Aktienemission zu übernehmen. Weder an der Berliner, noch an der Hamburger, noch an der Frankfurter Börse war das Kapital für die Beförderung der industriellen Entwicklung Deutschlands auf diesem Wege flüssig zu machen. Zum größten Bedauern Mevissens gelang es ferner nicht, Hansemann als Präsidenten der neuen Bank zu gewinnen. Im Mai 1851, bei den Verhandlungen über die Begründung einer Kölner Lebensversicherungsgesellschaft, war zeitweise daran gedacht worden, Hansemanns ausgezeichneter Kraft am Rhein wieder einen angemessenen Wirkungskreis zu eröffnen.[2]) Das neue Darmstädter Unternehmen hätte er nicht nur durch seinen auf dem Gebiet der Finanzen allgemein anerkannten und vertrauenerweckenden Namen außerordentlich fördern, sondern ihm durch seine Kapazität und Unternehmungslust auch den Weg bahnen können. Hansemann konnte aber dem wiederholten Rufe nach Darmstadt vor allem deshalb nicht folgen, weil er selbst damals mit dem Ausbau der 'Berliner Diskontogesellschaft' beschäftigt war,[3]) die ganz von seiner Persönlichkeit abhing und durch die er auf dem Wege der Kommanditunternehmung das seither noch zurückgebliebene Berliner Bankgeschäft voranzubringen trachtete.[4]) Ein inneres Bedenken, das er anfangs geltend machte, war leicht beseitigt worden.

[1]) Die Eröffnung der Frankfurter Notenbank fand im Sommer 1854 statt.

[2]) Er sollte Chef der Direktion werden (Brief Mevissens vom 6. Mai 1851).

[3]) Vgl. oben S. 617. Mündliche Verhandlungen zwischen Mevissen und Hansemann fanden Ende April 1853 statt. Am 2. und 16. Mai lehnte Hansemann ab (vgl. Bergengrün a. a. O. S. 670). Er hatte wohl auch prinzipielle Bedenken gegen Aktien-Kreditbanken (vgl. S. 667). — Mevissen hoffte dann, den Regierungspräsidenten v. Moeller in Köln zu gewinnen, aber auch das zerschlug sich.

[4]) 'Mit der Diskontogesellschaft geht es gut voran. Das Bankgeschäft ist hier, zum Glück für das Institut, noch gar nicht wie bei Ihnen ausgebildet' (Hansemann an Mevissen, 1852 Januar 16).

Er empfand es unbequem, daß in Darmstadt die der Verwaltung statutarisch vorbehaltenen Rechte die Initiative der Direktion stark einengten. Mevissen hatte diese Einrichtung vorgesehen, weil er nur auf diese Weise sicher war, seine persönliche Auffassung in allen entscheidenden Fragen zur Geltung bringen und so 'das Unternehmen gegen die Gefahren der nur auf den Moment basierenden und der soliden Unterlage entbehrenden Spekulation schützen zu können'.[1]) Bei einem Manne wie Hansemann war er bereit, diese einschränkenden Bestimmungen des Statuts durch Privatübereinkunft außer Kraft zu setzen, aber an dem Prinzip selbst hielt er der Direktion gegenüber ebenso fest, wie er den Generalversammlungen gegenüber statutarisch die Rechte der verantwortlichen Verwaltung betonte, weil nur sie den erforderlichen vollen Einblick in die Geschäfte besaß.[2]) Grade bei Bankunternehmungen dieser Art hängt ja alles von den intellektuellen und moralischen Qualitäten der leitenden Persönlichkeit und dem Geiste ab, in dem sie die Geschäfte führt. Eben in jenen Jahren, wo der neuerwachte „Geist des Kapitalismus" zum erstenmal in Deutschland das öffentliche Interesse lebhaft beschäftigte, forderten viele nur auf momentanen Gewinn der Gründer, nicht auf eine dauernde und gleichmäßige Wirksamkeit berechnete kapitalistische Unternehmungen die schärfste Kritik heraus. Die warnenden Kassandrarufe der Gegner dieser Aktien-Kreditbanken waren nicht unberechtigt, und bekanntlich ist auch der französische Crédit Mobilier im Jahre 1867 dem Übermaß an Gründungssucht seiner Stifter erlegen. Mevissen setzte von vornherein den Ausschreitungen bloßer Gewinnsucht das klare Bewußtsein seines jeder vagen Übertreibung abgewandten und von fester Sittlichkeit getragenen Strebens entgegen, und die kommenden Jahre haben erwiesen, wie gut es ihm auch bei den korporativen Bankunternehmungen gelungen ist, seine persönliche Auffassung zur Geltung zu bringen und das Ersinnen und Gestalten solcher neuen Unternehmungen zu befördern, die auf wirklichen und unbestreitbaren Bedürfnissen der Volkswirtschaft basierten.[3])

---

[1]) Vgl. Bd. II, S. 526.

[2]) Vgl. unten S. 662.

[3]) Gegen das von Mevissen durchgeführte Prinzip wurde in Darmstadt wiederholt Einspruch erhoben (vgl. das Protokoll der Darmstädter Generalversammlung 1857 Mai 4, und den 'Aktionär' vom 1. April 1860 (Nr. 327,

Hansemann erkannte übrigens die guten Aussichten des Darmstädter Unternehmens ebenso unumwunden an, wie ein anderer, nicht minder kompetenter Beurteiler, Karl Mathy in Mannheim.[1]) Aber die Gründung selbst blieb schwierig, und das französische Kapital mußte auch bei ihr wieder entscheidend mitwirken. Die Placierung der Aktien erwies sich nur an der Pariser Börse, und auch hier nur durch Vermittlung des Crédit Mobilier selbst, als durchführbar. Am 12. April wurde durch S. Oppenheim als Vertreter von Mevissen und A. Oppenheim ein Vertrag mit diesem Institut geschlossen, der dem Crédit Mobilier auf sechs Monate das alleinige Verkaufsrecht der ersten Emission im Namen eines Syndikats übertrug,[2]) dem außerdem noch die beiden Pariser Bankhäuser B. L. Fould und Fould-Oppenheim angehörten. Auch jetzt aber stellten sich noch unerwartet große Schwierigkeiten ein. Rothschild ließ es an Gegenmanövern an der Pariser Börse nicht fehlen, um den Kurs zu drücken,[3])

Beilage); die Kompetenzen der Direktion wurden am 31. Mai 1860 etwas erweitert (Hecht a. a. O. S. 162).

[1]) Mathy schrieb am 17. April 1853 an Mevissen: 'Nach allem, was verlautet, fehlt es dem Unternehmen nicht an Freiheit der Bewegung, an Aussichten bei Begebung der Aktien und auch nicht an Anziehungskraft, um mächtige Betriebsmittel dem Handel und der Industrie zuzuwenden. Die Meinungen hierüber werden verschieden sein, mir aber scheint, daß große Mittel und Gelegenheit, sie anzuwenden, bei Männern wie Du und A. Oppenheim, zu großen und nützlichen Zwecken dienen werden'. — Im Juli 1854 übertrug Mevissen seinem Freunde Mathy eine Zeitlang die Leitung des statistischen Bureaus des Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln, da der Verwaltungsrat der Berliner Diskontogesellschaft trotz Hansemanns Wunsch, Mathy für diese zu gewinnen, „besorgte, die dem Institute nachteilige Gegnerschaft der Regierung werde noch zunehmen oder doch noch länger dauern, wenn Sie als marquante konstitutionelle Persönlichkeit mir als einer eben solchen hinzuträten; man werde dann noch mehr als bisher meiner Wirksamkeit in der Diskontogesellschaft eine vorwiegend politische Tendenz unterlegen" (Hansemann an Mathy 1854 Mai 27). Im Jahre 1855 konnte Mathy dann doch in die Diskontogesellschaft übertreten (Freytag, K. Mathy, S. 354 ff.; Bergengrün a. a. O. S. 672).

[2]) Die erste Emission umfaßte 40000 Aktien zu 250 Gulden. 4000 Aktien wurden dem Frankfurter Bankhaus v. Bethmann zur Subskription al pari überlassen. Der Vertrag vom 12. April bestimmte im wesentlichen, daß die Hälfte alles Agiogewinns den Pariser Häusern zufiel, daß ihnen 14000 Aktien al pari überlassen und gewisse Vorrechte für die zweite Emission zugestanden wurden.

[3]) A. Oppenheim schrieb an Mevissen (Paris, 1853 April 30): „Rothschild und die Deutschen wenden hier alles an, um dem Unternehmen zu schaden und

und auch von Deutschland aus wurden Gegenminen gelegt. Die Frankfurter Preßorgane, aber auch die Berliner 'Nationalzeitung' und die 'Kreuzzeitung' eiferten gegen die Gründung dieses süddeutschen, für Preußen unbequemen Bankinstituts. Demgegenüber gab sich der Crédit Mobilier die größte Mühe, das neue Unternehmen durch seinen eigenen Einfluß in Börsenkreisen zu stützen, ging aber bei diesen Bemühungen im Interesse der Kurshaltung zu Rückkäufen in großem Umfang und zu sonstigen Börsenmanövern über, die auf Grund des Syndikatsvertrags zwar nicht gehindert werden konnten, von Mevissen aber sehr mißbilligt wurden.[1]) Er hat fortan die Unabhängigkeit der Darmstädter Bank für Handel und Industrie von dem Pariser Institut systematisch durchgeführt.

Anfang Juni war man so weit, daß Mevissen und Oppenheim die Eröffnung der Bank in Darmstadt persönlich überwachen und die Geschäfte den beiden Direktoren H. Heß und Th. Wendelstadt übergeben konnten. Von der Einsetzung eines Präsidenten von der Bedeutung Hansemanns mußte beim Mangel geeigneter Persönlichkeiten abgesehen werden, im Jahre 1855 wurde aber eine dritte ausgezeichnete Kraft, Dr. Parcus aus Mainz, für die Direktion gewonnen. Anfang Juli begann die Bank ihre regelmäßige Tätigkeit. Die Organisationsschwierigkeiten setzten sich zwar noch bis zum Herbste fort. Sowohl mit dem Crédit Mobilier als mit Moriz v. Haber und mit mehreren der Kölner Teilnehmer bedurfte es noch langwieriger Auseinandersetzungen,

---

die Aktien zu drücken; dennoch behaupten Pereire und mein Schwager (B. Fould), daß sie den Sieg davontragen würden unter der Bedingung, daß sie die Kurse nicht weichen lassen".

[1]) Am 13. Mai 1853 schrieb Mevissen dem damals in Paris anwesenden A. Oppenheim: 'Die Darmstädter Sache hat mir bis jetzt mehr Ärger und Verdruß bereitet, als irgend ein Geschäft, das ich je betrieben habe ... Ich wiederhole meinen frühern Wunsch, daß ein besserer Weg gefunden werden möge, die deutschen Anschauungen mit den französischen zu vereinigen, ich müßte es sonst vorziehen, mich gewaltsam aus einer Position zu befreien, die mir unerträglich wird'. — Emil Pereire machte Mevissen, als dieser persönlich in Paris mit ihm verhandelte, den Vorschlag, die sämtlichen schon begebenen Aktien wieder zurückzukaufen, um so erst recht die Meinung der Börse zu gewinnen. Als Mevissen das rundweg ablehnte, fand Pereire seine Auffassung unglaublich beschränkt und verkehrt und meinte, nur ein kurzsichtiger Deutscher könne etwas gegen ein solches Manöver einzuwenden haben.

um volle Klarheit der Situation zu schaffen.[1]) Aber die eigentliche Banktätigkeit setzte unter günstigen Umständen ein, da das süddeutsche und österreichische Anleihegeschäft damals einen lebhaften Aufschwung nahm. Schon im Oktober begann Mevissen auch mit denjenigen Einrichtungen, welche die Eigenart der Darmstädter Bank für die Zukunft bestimmt haben und ebensowohl auf seinen weitausgreifenden Unternehmungsgeist, wie auf seine vorsichtigen Maßnahmen bei der Risikoverteilung zurückzuführen sind. Er plante von vornherein 'ein System von Kommanditen und Filialen, das uns auf allen Haupthandelsplätzen Freunde schafft und die Vertretung erleichtert, wenn früh oder spät unser Verkehr sich weiter ausdehnt'.[2]) Die Kommanditen[3]) sollten der Bank 'bis in weite Ferne reichende Arme und Kräfte schaffen und es erlauben, von einem Mittelpunkte aus gleichzeitig die vielverschlungenen und vielumfassenden Fäden des großen Gewebes der Industrie und des Geldumlaufs in Bewegung zu setzen'.[4]) Die erste dieser Kommanditen wurde im November 1853 in New-York begründet, wo eben damals die Fülle des kalifornischen Goldes die amerikanische Industrie zu befruchten begann.

Da die Angriffe der Presse auf das junge Unternehmen nicht aufhörten, dem die einen vorwarfen, daß es nur Agiotage, keine ernsthafte Etablierung in Darmstadt erstrebe, während die anderen argwöhnten, daß es die in Frankreich unter dem neuen Bonapartismus üblich gewordene rücksichtslose Ausbeutung wichtiger Wirtschaftsinteressen des Landes zugunsten einiger Kapitalisten auf den deutschen Boden verpflanzen werde — besonders das 'Frankfurter Journal' brachte wiederholt gehässige Artikel —, so benutzte Mevissen die erste Generalversammlung in Darmstadt am 22. Mai 1854, 'um den Angriffen des Unverstandes und des Neides auf die nach meiner innigen Überzeugung trotz aller Geburtswehen einer großen Zukunft entgegengehende Bank

[1]) Der 'unselige Vertrag' mit dem Crédit Mobilier, wie Mevissen in einem Brief vom 28. Oktober ihn nannte, lief Mitte Oktober ab.

[2]) Brief Mevissens vom 9. November 1853. — Vgl. Hecht a. a. O. S. 167 ff.; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie (1905) S. 70, 75.

[3]) Die anfänglich erwogene Gründung von Filialen erwies sich bei der Haltung der Regierungen als undurchführbar (Bericht Mevissens vom 27. Mai 1856).

[4]) Bericht Mevissens vom 20. Januar 1857.

für Handel und Industrie aufklärend und abwehrend zu begegnen'.[1]) Der von ihm erstattete Bericht, eine meisterhafte Darlegung seiner Auffassung von der Aufgabe der neuen Bank, wandte sich nach einem Überblick über die seitherige Entwicklung des deutschen Bankwesens besonders gegen diejenigen Zweifler, welche nicht an die Lebensfähigkeit des Instituts glaubten.[2]) Er gab zu, daß dieses kaufmännische Unternehmen, wie jedes andere, gegen die Gefahren planloser Spekulation nur durch die Einsicht und Fähigkeit seiner Leiter geschützt sei, aber er wies zugleich darauf hin, daß eine Aktienbank die allgemeinen Gefahren eines großen Bankhauses doch nur in einem durch statutarische Bestimmungen beschränkten Maße laufe. Indem er das weite Feld der beabsichtigten Tätigkeit im einzelnen beschrieb, wies er den Vorwurf ab, daß den eigentlichen Beruf dieser Bank die Börsenspekulation bilde; sie sei vielmehr, führte er aus, 'berufen, durch eigene Beteiligung und durch Anlage fremder Fonds solide und große Unternehmungen zu fördern und nach Kräften durch die auf einem hohen Standpunkte sich darbietende klare Einsicht in die Gesamtlage der deutschen Industrie dazu mitzuwirken, daß Unternehmungsgeist und Kapital in die richtigen, dem Bedürfnisse des Augenblicks entsprechenden Bahnen geleitet werden'. Seine Darlegung fand den vollen Beifall solcher Sachverständigen, die ihn persönlich näher kannten. „Die momentane Lähmung des Darmstädter Instituts", so schrieb K. Mathy am 3. Juli 1854 an H. v. Beckerath, „durch den Umstand, daß es bisher nicht tunlich war, mehr als vier Millionen Gulden einzuziehen und die Zettelbank ins Leben zu rufen, hat die großartige Auffassung des Redners von dem Wesen und dem Berufe der Anstalt nicht berührt. Sein Vortrag war ganz geeignet, das Vertrauen der Beteiligten auf die Zukunft des Unternehmens zu beleben." Ohne

---

[1]) Brief Mevissens vom 17. Mai 1854. Mevissen erörterte im Zusammenhang mit diesen Zeitungskämpfen das Bedürfnis eines brauchbaren Preßorgans für Bank- und Börsenwesen wiederholt mit H. Scherer, den er als Berichterstatter der Kölnischen Zeitung von Frankfurt her kannte. Er ermöglichte diesem im Jahre 1854 die Gründung des heute noch bestehenden Frankfurter 'Aktionär'. Dieses Zentralorgan deutscher Aktiengesellschaften sollte frei von Vorurteilen aller Art die deutschen Handelsinteressen sachlich vertreten, hat sich aber später nicht frei von den Einflüssen der Börse gehalten.

[2]) Der Bericht ist Bd. II, S. 525ff. abgedruckt.

Zweifel vermag der Schöpfer und Leiter eines solchen Instituts, wenn er gleichzeitig ein universaler Kopf und ein in fester Sittlichkeit beruhender Charakter ist, hier die verschiedenen Zweige wirtschaftlichen Lebens und Schaffens durch geordnetes Zusammenwirken der geteilten Arbeit zu einem Netz von Beziehungen zu vereinigen, das in seiner Hand dem Wohl der Einzelunternehmung wie des großen Ganzen dient.

Die 'Bank für Handel und Industrie' ist nach der Überwindung schwieriger Anfänge in der Tat, wie Mevissen es erhoffte, eine seiner bedeutsamsten Schöpfungen geworden. Gestützt auf den Schaaffhausenschen Bankverein und den Pariser Crédit Mobilier hat er im Jahre 1853 in Darmstadt die erste moderne Aktien-Kreditbank auf deutschem Boden geschaffen, deren Gründung Signal und Vorbild für die Aufnahme dieses Banksystems im übrigen Deutschland geworden ist. Auch hier hatte er es wieder vortrefflich verstanden, im geeigneten Augenblick zahlreiche Kräfte zu einer lebensvollen Schöpfung zu vereinigen, die sich, indem sie die von den Leitern des französischen Instituts gemachten Fehler vermied, während der folgenden Jahrzehnte besonders an der Durchführung der großen Verkehrsunternehmungen, zugleich aber an der Ausbildung des Staatskredits in hervorragender Weise beteiligt hat, und heute, nach einem halben Jahrhundert, an der Seite des Schaaffhausenschen Bankvereins als eine der deutschen Großbanken neben den Berliner Instituten blüht, die später in demselben Geiste geschaffen worden sind.

Auch die Gründung der Darmstädter Notenbank wurde nun trotz der von der hessischen Regierung festgesetzten Vorbedingung verhältnismäßig schnell möglich. Die Regierung, der an dem baldigen Ausbau der Eisenbahn von Mainz nach Aschaffenburg viel lag, mahnte im Lauf des Jahres 1854 wiederholt an dieses Projekt, und sie drohte schließlich sogar mit Konzessionsentziehung. Im Herbst 1855 gelang es, die Bahnangelegenheit in der Weise zu fördern, daß keine neue Gesellschaft für ihre Durchführung gegründet zu werden brauchte, sondern die für die Linie von Worms nach Mainz bestehende Hessische Ludwigsbahn-Gesellschaft unter Subvention der Darmstädter Bank die Erbauung der Eisenbahn von Aschaffenburg bis Bingen übernahm.[1]) Im Zu-

[1]) F. Hecht a. a. O. S. 162; A. v. Meyer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen II, 1117 ff.

sammenhang damit wurde am 5. November 1855 die Konzession der 'Bank für Süddeutschland' erneuert. Sie sollte mit einem Kapital von 20 Millionen Gulden [1]) begründet werden, und sie erhielt das Recht der Notenausgabe bis zum Doppelten des jeweils eingezahlten Aktienkapitals. Auch hier übernahm Mevissen das Präsidium des Verwaltungsrats, [2]) und er leitete die Geschäfte in dem Sinne, daß die Notenbank vor allem die Bank für Handel und Industrie stützte und förderte, 'beide Institute sollen sich durch- und nebeneinander entwickeln und durch gegenseitige Unterstützung ihre Kräfte steigern und verdoppeln'. Am 1. Februar 1856 eröffnete die Bank ihre Tätigkeit.

Die Privilegierung dieser Bank zur Notenemission fand zwar in der hessischen Kammer 1856 und 1857 lebhaften Widerspruch, aber sie blieb bestehen. [3]) Die seit einem Jahrzehnt so vielfach erörterte Notwendigkeit, durch zweckmäßige Regelung des Geldumlaufs den deutschen Unternehmungsgeist zu fördern, ohne doch das Recht der Notenausgabe zum Gegenstand rein spekulativer Ausbeutung zu machen, [4]) wurde im Verlauf des wirtschaftlichen Aufschwungs der fünfziger Jahre auch von der hessischen Regierung anerkannt.

Die Wirksamkeit der Darmstädter Notenbank wurde aber anfänglich durch scharfe Maßregeln der preußischen und anderer deutschen Regierungen gegen ausländische Banknoten, die mit dem Frühjahr 1856 einsetzten, [5]) sehr behindert. Auf dem Gebiet der Geldzirkulation bestanden innerhalb des Zollvereins noch Schranken, die im sonstigen Verkehr längst beseitigt waren. Auch in Preußen, auf dessen Markt die kleinstaatlichen Banken besonders rechneten, verließ die Regierung eben in diesem Augenblick ihre traditionelle, rein abwehrende Politik gegenüber den privaten Notenbanken; sie war entschlossen, in der schon längst vom Rhein aus empfohlenen dezentralisierten Weise die

---

[1]) Eingezahlt wurden zunächst 5 Millionen Gulden. Von dem Grundkapital von 20 Millionen übernahm die Bank für Handel und Industrie fünf, die Hessische Ludwigsbahn vier und die hessische Regierung drei Millionen.

[2]) Dieser umfaßte 18 Mitglieder. Die Direktion war die gleiche wie bei der Bank für Handel und Industrie.

[3]) Hecht a. a. O. S. 165ff., 180.

[4]) Vgl. oben S. 379ff. und Wagner, System der Zettelbankpolitik (1873), S. 6ff.

[5]) Poschinger, Bankwesen II, 119, 153, 175, 182.

Gründung einzelner solcher Banken in den Provinzen zu gestatten.[1]) Hansemann hatte als Finanzminister das Normativ vom 25. September 1848 für die Gründung von Privat-Aktienbanken veranlaßt, das von der seither verlangten solidarischen Haftung der Teilnehmer absah und so die Gründung privater Institute neben dem seitherigen Notenmonopol der Königlichen Bank wenigstens möglich machte, aber allerdings ihrem Geschäftskreis sehr enge Schranken anwies. Im Anschluß daran hatte das 1845 gegründete Kölner Bankkomitee schon am 10. November 1848 einen Antrag auf Konzession der projektierten Kölner Privatbank gestellt und das Bedürfnis dieses Instituts nachgewiesen, aber es dauerte immer noch mehrere Jahre, bis den Bemühungen der Erfolg beschieden war. Im Jahre 1853 betonte auf Mevissens Veranlassung die Kölner Handelskammer das Bedürfnis wiederum nachdrücklich; sie deutete darauf hin, wie überall in den deutschen Kleinstaaten die Gründung von Notenbanken, zum Teil mit aus Preußen stammenden Fonds, betrieben werde, und sie führte aus, daß auch in Preußen durch die Zulassung solcher, die Zirkulationsmittel vermehrenden Banken an den einzelnen Handelszentren des Staats infolge der genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die lokale Bankleitung besitze, der Unternehmungsgeist am wirksamsten gefördert werden könne. Für Preußen liege in den auswärtigen Gründungen mit ihren Kommanditen und Agenturen die ernste Mahnung, nicht hinter der Zeit zurückzubleiben und nicht länger Schranken, die das Bedürfnis überall durchbreche, aufrecht zu erhalten.[2]) Im Jahre 1854 bemühte sich Mevissen zusammen mit G. Heuser von neuem um dieses Unternehmen, und da sich nunmehr im Hinblick auf die Vorgänge in den andern Zollvereinsstaaten ein Umschwung der Regierungsauffassung vorbereitete, der in den nächsten Jahren in verschiedenen Provinzen Gründungen dieser Art zuließ, so erhielt endlich am 10. Dezember 1855 die 'Kölnische Privatbank' die seit zehn Jahren erstrebte Konzession. Das Grundkapital wurde allerdings auf eine Million Taler und das Privilegium zur Ausgabe unverzinslicher Noten auf den gleichen Betrag beschränkt. Diese Beschränkung im Zusammenhang mit dem durch die Normativbestimmungen bedingten

---

[1]) Vgl. oben S. 379ff.

[2]) Jahresbericht der Handelskammer für 1853, S 4ff.

Verbot, verzinsliche Depositen anzunehmen und Wechsel unbeschränkt zu diskontieren, machten eine ausgedehntere Wirksamkeit dieser Bank unmöglich.[1]) Aber die veränderte grundsätzliche Haltung der preußischen Regierung gegenüber den einheimischen Notenbanken diente nun zur Rechtfertigung ihrer Abwehrmaßregeln gegenüber den außerpreußischen Instituten, welche den preußischen Markt mit der kaum übersehbaren Buntscheckigkeit ihrer Noten zu überschwemmen suchten. Es fehlte eben infolge des Scheiterns der politischen Einheitspläne in Deutschland noch immer jene zentrale Leitung und Oberaufsicht des deutschen Geld- und Kreditsystems, wie sie Mevissen im Frankfurter Parlament als wünschenswert vertreten hatte, und wie sie jetzt wieder von Hansemann nachdrücklich empfohlen wurden.[2])

Diese abweisende Haltung der preußischen Regierung gegen die Banknoten fremder Staaten, die bei den übrigen deutschen Regierungen vielfach Nachahmung fand, wirkte eine Reihe von Jahren auch störend auf ein anderes großes Bankunternehmen ein, das im Jahre 1856 von Mevissen in Verbindung mit A. Oppenheim und dem Frankfurter Bankhaus R. Erlanger ins Leben gerufen wurde, die 'Internationale Bank in Luxemburg'. Die Gesetzgebung des zum Zollverein gehörigen Großherzogtums ermöglichte die in Preußen wie in Hessen-Darmstadt undurchführbare Verbindung von Kredit- und Notenbank in einem einzigen Aktienunternehmen. Die geographische Lage aber forderte hier zu der Gründung eines internationalen Crédit mobilier heraus. Ein solches internationales Unternehmen lag an sich schon im Rahmen von Mevissens Anschauungen über die friedenfördernde und zwischen den Völkern vermittelnde Aufgabe des Wirtschaftslebens; hier aber konnte zugleich die Industrie- und Verkehrsentwicklung im Großherzogtum Luxemburg selbst wie in den aneinander grenzenden rheinischen, lothringischen, französischen und belgischen Gebieten

---

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen Bd. II, S. 552, und in dem Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1856, S. 11ff., 21ff. Dem Verwaltungsrat gehörten neben Mevissen J. C. Bel, A. Camphausen, W. L. Deichmann, J. Herstatt, G. Heuser, A. Oppenheim, J. vom Rath, Th. Rautenstrauch, E. Schnitzler und J. Seydlitz an. Das Statut ist gedruckt bei Hocker a. a. O. S. 281.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 420ff.; Poschinger a. a. O. II, 187ff.; Bergengrün a. a. O. S. 648, 681.

gefördert und außerdem dem Geschäftsbetrieb in diesen Ländern durch eine einheitliche Notenausgabe Erleichterung geboten werden. Der Mangel an Umlaufsmitteln war auch hier auf allen Seiten vorhanden. Auf Grund der von E. Erlanger mündlich mit der Luxemburger Regierung gepflogenen Verhandlungen bearbeitete Mevissen das Bankstatut, das am 19. Februar 1856 eingereicht und schon am 8. März genehmigt wurde. Das Kapital der Aktiengesellschaft wurde auf 40 Millionen Franken bestimmt, wovon jedoch zunächst nur 10 Millionen zur Emission gelangten; die Notenausgabe wurde vorläufig auf ein Maximum von 5 Millionen normiert. Auch in Luxemburg, wo die Banktätigkeit Ende März 1856 begann, übernahm Mevissen wie in Darmstadt das Präsidium der Verwaltung,[1]) und es gelang ihm hier, wo die einheitliche Zusammenfassung von Kredit- und Notenbank zu besonderer Vorsicht mahnte, durch das Statut und eine eingehende, im Juni 1856 ausgearbeitete Geschäftsordnung seine persönlichen Geschäftsgrundsätze gegenüber der Direktion wie gegenüber der Generalversammlung auf die Dauer noch vollständiger durchzuführen, als dort. Da die Generalversammlungen von Aktiengesellschaften fast stets den Wunsch haben, den Augenblick zu nutzen und weniger abwägend zu wirtschaften, als Verwaltung und Direktion, so verfolgte Mevissen bei allen seinen Gründungen seit dem Jahre 1853 das Prinzip, den Generalversammlungen die Festsetzung der Dividende zu entziehen und sie der Verwaltung vorzubehalten.[2]) Dieses System der Beschränkung des Einflusses der Aktionäre, das übrigens auch von den Schöpfern des Pariser Crédit mobilier vertreten wurde, kann natürlich zu Mißbräuchen führen; auch hier kommt es auf den Geist an, in dem es gehandhabt wird. Für Mevissen waren entscheidend die Garantie einer gesunden, überall gut für Abschreibungen und Reservefonds sorgenden Geschäftsführung und die Einschränkung des durch hohe Dividenden entfesselten Börsenspiels mit den Aktien der von

[1]) Den Verwaltungsrat bildeten außer G. Mevissen (Präsident) und A. Oppenheim (Vizepräsident) die Kölner Ph. Engels, D. Leiden, D. Oppenheim, V. Wendelstadt, sowie Emil Erlanger (Paris), F. Pescatore (Luxemburg) und M. Wellenstein (Dreiborn).

[2]) In Darmstadt wurde 1860 die völlige Verteilung des Reingewinns als Dividende beschlossen. Das deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 regelte diese Frage zu Gunsten der Generalversammlungen (Weinhagen, Recht der Aktiengesellschaften (1866) S. 179).

ihm verwalteten Gesellschaften. Er hat seine Grundsätze in der Luxemburger Bank nachhaltig verwirklicht und diesem Unternehmen, das an Bedeutung das Darmstädter allerdings nicht erreicht hat, eine ununterbrochen ruhige und sehr ersprießliche Entwicklung gesichert. Anfänglich wurde zwar die Notenausgabe der Bank außerhalb der Grenzen des Großherzogtums durch die Gegenmaßregeln mehrerer Nachbarstaaten sehr unterbunden.[1]) Die Bank konnte daher zunächst nur ihre andere Hälfte wirklich ausgestalten, was sie noch mehr als die Darmstädter Bank für Handel und Industrie auf dem Wege der Kommanditbeteiligung bei auswärtigen Bankhäusern durchführte; aber sie hat sich von vornherein auch um den Ausbau des Luxemburger Eisenbahnnetzes und um die Hebung der auf den heimischen Bodenschätzen beruhenden Eisenindustrie im Großherzogtum und den angrenzenden Gebieten große Verdienste erworben.

'Die Darmstädter Bank für Handel und Industrie', so konnte Mevissen im Mai 1856 mit Befriedigung schreiben, 'hat in vielen deutschen Staaten Nachahmung gefunden, und Deutschland, das ein Jahrhundert auf dem Gebiete des Bankwesens gegen Frankreich und England zurückgeblieben war, wird dank dem gewaltigen Impuls, den die Gründung der Bank für Handel und Industrie gegeben, im Laufe weniger Jahre die anderen Länder an Zahl und Großartigkeit seiner Bankinstitute überflügelt haben'. Nur in Preußen dauerte die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber den neuen Kreditinstituten fort. Wiederholt hatte er seither öffentlich darauf hingewiesen, wie dringend es im Interesse der gesamten industriellen Entwicklung und der Bewahrung des wirtschaftlichen Schwerpunkts Deutschlands in Preußen geboten sei, daß die preußische Regierung ihre mit den Bedürfnissen der Gegenwart unvereinbare Auffassung ändere. Er hatte warnend hinzugefügt, es sei für Preußens industrielle Zukunft bedenklich, wenn einmal das Kapital sich daran gewöhnen sollte, von anderen Punkten als bisher seine Leitung zu empfangen und seine schöpferische Macht über andere als die bisher gewohnten Gebiete auszugießen. Die Fortsetzung der seitherigen preußischen Bankpolitik führe, so erklärte er, gegenüber der Initiative

[1]) Sie betrug anfangs nur 50—80000 Frs. jährlich; erst 1864 änderte sich das. — Für die Gegenmaßregeln in Preußen vgl. Poschinger a. a. O. II, S. 175ff.

der anderen deutschen Staaten und besonders Österreichs, das damals unter dem Finanzminister v. Bruck (1855—1860) einen großen wirtschaftlichen Aufschwung nahm,[1]) die ernste Gefahr herauf, daß Preußen in Zukunft nicht mehr an der Spitze der Entwicklung der materiellen Interessen der deutschen Nation verharren könne.[2]) Aber sein beim Abschluß dieser Periode unternommener Versuch, durch ein bestimmtes Projekt eine Änderung der in Berlin herrschenden Ansichten herbeizuführen, blieb doch ohne Erfolg.

Nachdem sich Mevissen im Herbst 1855 vergebens um die Erlaubnis der Regierung zur Erhöhung des Aktienkapitals des Schaaffhausenschen Bankvereins auf 10 Millionen Taler bemüht hatte — dem Bankverein sollte dadurch im Hinblick auf die außerpreußischen Banken eine erweiterte Basis geschaffen werden —, bereitete er im folgenden Winter zusammen mit seinen Freunden F. Diergardt und A. Oppenheim den Plan vor, in Berlin selbst eine große Unternehmungsbank ins Leben zu rufen. Er hielt daran fest, daß solche Kreditinstitute am besten und dem Staatszwecke am entsprechendsten in der von der Autorität des Staates getragenen und von dieser Autorität überwachten Form der Aktiengesellschaft ins Leben gerufen wurden, und er wollte daher den Versuch machen, die ablehnende Haltung der Regierung durch ein weitausgreifendes Projekt zu überwinden. Im Februar 1856 war das Projekt eines 'Preußischen Kreditinstituts zur Förderung von Ackerbau, Handel und Industrie' soweit gediehen, daß daran gedacht werden konnte, es ins Leben einzuführen.[3]) Dem Handel und der Industrie war hier noch der Ackerbau hinzugesellt. Mevissens von Jugend auf konsequent vertretener Standpunkt von der Gemeinsamkeit aller im Staate vereinigten wirtschaftlichen Interessen (S. 166, 171, 177) kam darin zum Ausdruck. Er sprach es um diese Zeit wiederum als die 'unverrückbar bei ihm feststehende Überzeugung aus, daß im deutschen Staatenkörper die Wohlfahrt und der Fortschritt der verschiedenen Zweige der Industrie die Wohl-

[1]) Unter Brucks fördernder Mitwirkung wurde im November 1855 in Wien ein großes Institut für Mobiliarkredit ins Leben gerufen.

[2]) Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1854 S. 5, 1855 S. 8.

[3]) Protokolle der Generalversammlungen des Bankvereins 1855 September 29, 1856 September 25; Bremer Handelsblatt 1856, S. 763, vgl. S. 945; Poschinger a. a. O. II, 216.

fahrt und den Fortschritt im allgemeinen bedingen, daß zwischen dem Aufschwung der Industriedistrikte und dem Aufschwung der See- und Land-Handelsstädte die innigste Wechselwirkung besteht, und daß diese Wechselwirkung auch zwischen dem Emporblühen der Industrie und dem Emporblühen der Agrikultur stattfindet'.[1]) Mevissen verfolgte aber mit diesem Berliner Projekt außer den unmittelbaren Aufgaben einer kombinierten Noten- und Unternehmungsbank noch einen besonderen Zweck. Am 12. Februar 1856 schrieb er aus Berlin nach Hause, das geplante Institut verspreche einigen, allerdings nicht großen Gewinn, 'jedenfalls aber haben wir dieses Mal den großen Zweck erreicht, die hohe Aristokratie des Landes mit der Industrie in den innigsten Kontakt zu bringen'.

Es handelte sich hier um ein bedeutsames Problem, das Mevissens unermüdlich schaffenden Geist schon lange beschäftigte: die Mitwirkung des alten Geburtsadels bei der Ausgestaltung der das moderne Wirtschaftsleben bewegenden Kräfte und die auf diesem Wege mögliche Beseitigung des inneren Gegensatzes der führenden Bevölkerungsgruppen in den beiden getrennten Hälften des preußischen Staats. Der Gedanke einer organischen Verknüpfung beider Elemente war in den engen politischen Beziehungen zwischen dem rheinischen Bürgertum und dem liberalen ostpreußischen Adel in den Jahren 1845—1847 schon einmal zum Ausdruck gelangt.[2]) Inzwischen hatte aber auf politischem Gebiete der konservative Adel der alten Provinzen durchaus obgesiegt, dessen Tendenzen dahin gingen, Preußen auf der Stufe des Agrarstaats festzuhalten und aus allen Kräften gegen das Großindustriesystem anzukämpfen, das die Hand nach der zukünftigen Herrschaft im Staate ausstreckte. Mevissen verfolgte diesen für die politische Zukunft Preußens so wichtigen Prozeß mit voller Aufmerksamkeit. Nach 1850 ging das Streben der reaktionären Feudalpartei dahin, den einheitlichen preußischen Landtag zugunsten des alten Systems der getrennten, ständischen Provinziallandtage zu entkräften. Als dann im November 1851, vor der Eröffnung der Kammern, diesen reinen Reaktionären gegenüber sich die 'altpreußische Partei' auf Grund eines Programms bildete, das zwar auch konservativ war, aber doch

[1]) Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1856, S. 7 (vgl. Bd. II, 168). — Die Handelskammerberichte für 1855—1859 stammen von Mevissen.

[2]) Vgl. oben S. 395, 402, 432, 452, 471.

an der Verfassung nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach festzuhalten versprach, schrieb Mevissen erfreut an Hansemann: 'Das Hervortreten der altpreußischen Fraktion in Berlin wird in unserer vaterländischen Entwicklung einen bedeutsamen Abschnitt bezeichnen. Diese Organisation drückt m. E. das Bestreben aus, das Überlieferte mit dem heute Lebenden, die Anschauungen der älteren Provinzen mit den Anschauungen der jüngeren zu vermitteln, auf einer für beide Teile annehmbaren und durch den Gegensatz gegen eine andere Partei gehobenen Basis. Die Bestrebungen dieser Altpreußen werden schwerlich einen raschen, aber wahrscheinlich einen dauernden Erfolg haben'.[1]) Je mehr sich aus der Entwicklung der folgenden Jahre ergab, daß der Übergang Preußens vom Agrikulturstaat zum Industriestaat unvermeidlich war, wenn es seine Weltstellung behaupten und stärken wollte, um so bedenklicher erschien ihm das Verharren der alten Geburtsstände in einem dauernden Gegensatz zu dieser Entwicklung, und um so näher lag es grade für seine Auffassung von der kaufmännischen Großunternehmung und von dem im Kapitalismus liegenden Wirtschafts- und Kulturfortschritt, jene Verbindung des Adels mit den modernen Erwerbsberufen in Preußen anzubahnen, die in England bereits durchgeführt war. Wenigstens der hohe Adel in Preußen hatte schon auf dem Vereinigten Landtag des Jahres 1847 Verständnis für die nationale Wirtschaftspolitik in dem Sinne, wie sie Mevissen vertrat, offenbart.[2]) Mevissen war jetzt sehr befriedigt darüber, daß außer einem Verwandten des bei der Darmstädter Bank mitwirkenden Fürsten von Hohenlohe-Öhringen der Herzog von Ratibor, Graf Redern, Graf Arnim-Boitzenburg, Graf Solms-Baruth und Graf Keyserling bereit waren, mit in die Verwaltung des Berliner Kreditinstituts einzutreten und so bei der Bekämpfung der antiindustriellen Tendenz der Adelsgruppen mitzuwirken.

Am 13. Februar 1856 wurde der notarielle Gründungsakt in Berlin vollzogen. Mevissen hoffte die Festung im Sturm zu nehmen

[1]) Mevissen an Hansemann 1851, November 30. — Vgl. dazu Köln. Zeitung 1851, Nr. 287 (es war die Partei des 'Preußischen Wochenblatts').

[2]) Vgl. oben S. 469ff. — Die Frage beschäftigte im Jahre 1856 auch andere denkende Köpfe (vgl. Deutsche Vierteljahrsschrift 1856 III, 318ff.: Der moderne Adelsbegriff, als Beitrag zur Frage der Reorganisation des deutschen Adels; sowie Max Duncker, Feudalität und Aristokratie, Leipzig 1858).

und binnen kurzem ein mächtiges preußisches Kreditinstitut verwirklicht zu sehen. Das Unternehmen vereinigte in seiner Verwaltung 'die besten Namen der preußischen Aristokratie mit namhaften Geldkräften'.[1]) Als Grundkapital waren 50 Millionen Taler in Aussicht genommen, von denen zunächst 30 Millionen emittiert werden sollten. Es handelte sich also um ein außerordentlich großes Unternehmen. Die Regierung verhinderte jedoch die Verwirklichung. Sie bezeichnete die Entstehung einer so bedeutenden neuen Geldmacht als bedenklich aus politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten,[2]) und so wurde der Antrag auf Konzessionierung durch einen Erlaß des Handelsministers v. der Heydt vom 7. März und eine Kabinetsordre vom 26. März 1856 aus diesem Grunde, außerdem aber auch als für jetzt, im Hinblick auf die drohenden Gefahren einer Überspannung des Unternehmungsgeistes, inopportun abgelehnt.[3]) In der Tat war der damalige Zeitpunkt, wo die ersten Anzeichen der im Jahre 1857 hereinbrechenden schweren Geld- und Handelskrisis sich geltend machten, nicht ganz unbedenklich; daß aber erst in diesem späten Augenblick der praktische Versuch zur Gründung einer Aktien-Kreditbank in Berlin unternommen wurde, war doch nur eine Folge der abweisenden Haltung der preußischen Regierung. Und daß es im wesentlichen neben der Größe des Unternehmens das von ihr mißbilligte Prinzip der Aktienunternehmung im Kreditbankwesen war, was sie zur Ablehnung bestimmte, bewies die Regierung selbst, indem sie wenige Monate später, am 2. Juli 1856, der nach dem Kommanditsystem begründeten 'Berliner Handelsgesellschaft' keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legte.[4]) Mevissen tröstete sich mit dem Bewußtsein, 'daß

---

[1]) Brief Mevissens vom 13. Februar 1856. Von der Berliner Finanzwelt waren die Bankhäuser Magnus, Mendelssohn, Gelpcke und Warschauer beteiligt.

[2]) Vgl. die Regierungserwägungen bei Poschinger a. a. O. II, 218ff.

[3]) Auch Hansemann, der wohl den Schaaffhausenschen Bankverein zugelassen hatte, seither aber Vertreter des Kommanditsystems für Kreditbanken geworden war, äußerte sich gegen das Projekt (Bergengrün, a. a. O. S. 677; Die Diskontogesellschaft 1851—1901, S. 19).

[4]) Vgl. für sie Poschinger a. a. O. II, 230. Mevissen, der sich auch an dieser Gründung (wie an der der 'Kölnischen Kapital- und Kreditversicherungsgesellschaft' am 10. Juni 1856, vgl. Bremer Handelsblatt 1856 S. 269, 975) beteiligte, wies den Minister kurz darauf auf diesen Widerspruch hin (vgl. Bd. II, S. 549). Vgl. auch den Kölner Handelskammerbericht für 1856, S. 2.

die Zeit die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Aktien-Kreditbanken doch auch in Berlin zur Anerkennung bringen werde'. Zunächst war das allerdings noch nicht der Fall. Im Jahre 1857 kam er im Namen der Kölner Handelskammer noch einmal auf das Thema zurück. Er führte in ihrem Jahresbericht aus: 'Die Unternehmungsbank bildet einen der wesentlichsten Faktoren in der Entwicklung der Gegenwart. Bei der ersten, sich überstürzenden Verwirklichung der an sich richtigen diesen Schöpfungen zugrunde liegenden Gedanken mag mancher Irrtum, mancher Schwindel mit unterlaufen, und beim Mangel tüchtiger, vorgebildeter Kräfte zur Leitung solcher Institute mag das Urteil der Leiter in vielen Fällen ebenso wenig ausgebildet und zuverlässig sein, wie das der Börse. Wenn auch einzelne der neuen Schöpfungen hinsiechen und an inneren Krankheitsstoffen zugrunde gehen mögen, im ganzen und großen wird die Unternehmungsbank die Schwierigkeiten und Gefahren der ersten Jugend glücklich überwinden. Sie wird die ihr heute noch anklebenden Mängel successive abstreifen und mit jeder gewonnenen Erfahrung, mit jeder gewonnenen tüchtigen Persönlichkeit lebenskräftiger werden. Die tüchtigsten Kräfte auf dem Gebiete des Geldmarkts werden sich diesen Schöpfungen zuwenden und von einem Zentrum aus jene großen, den Bedürfnissen der Neuzeit entsprechenden Unternehmungen ins Leben rufen, welche die Schranken zwischen den Nationen vermindern und durch Anregung zu produktiver Arbeit die materielle Wohlfahrt der Gesamtheit steigern'.

Die folgenden Jahrzehnte haben ihm seit 1869 auch in Preußen Recht gegeben. Damals allerdings wußte der Handelsminister v. der Heydt nur zu erwidern: „Daß die Handelskammer in dem gegenwärtigen Berichte noch die Begünstigung der Bildung größerer sogenannter Industrie- oder Unternehmerbanken befürworten zu sollen geglaubt hat, hat überraschen müssen. Die in anderen Ländern gemachten Erfahrungen haben die Regierung nur in der Überzeugung bestärken können, daß sie den richtigen Weg einschlug, als sie Bedenken trug, die dahin gerichteten weitgehenden Projekte zu fördern". [1])

Mevissens Eingreifen von seiner rheinischen Basis aus in die Organisation des kapitalistischen Wesens in Deutschland während

---

[1]) Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1856 S. 13; Erlaß v. der Heydts vom 30. November 1857 (Akten der Handelskammer II, 2).

der Jahre 1850—1856 hatte durch die Fülle seiner Schöpfungen und die besondere Art, wie er seine getrennten Wirkungskreise mit einheitlichen Ideen durchdrang, einen Umfang und eine Bedeutung gewonnen, die in Deutschland ohne Beispiel und ohne Analogie war. Die großen Hoffnungen, welche sein selbständig unternehmender Geist während der Jahre 1842—1847 geweckt hatte, waren glänzend in Erfüllung gegangen; er befand sich jetzt als ein Herrscher im Reich der Kapitalkräfte auf den Höhen der deutschen Finanzwelt. Diese Stellung aber kam nun vor allem auch dem rheinischen Verkehrswesen zugute, das er fortan seiner großen Zukunft entgegenführen konnte, nachdem er es während der Jahre, wo seine großen Schöpfungen auf anderen Gebieten ins Leben traten, mit zäher Beharrlichkeit durch die Schwierigkeiten hindurch gesteuert hatte, die seine freie Entwicklung zunächst noch hemmten.

Während dieser Jahre rastlosen Schaffens hatte Mevissen auch das Präsidium der Rheinischen Eisenbahngesellschaft weitergeführt. Das Unternehmen war seither noch beschränkt auf die 1844 in Betrieb genommene Strecke von Köln nach der belgischen Grenze. Die besondere, internationale Bedeutung dieser Strecke hatte nicht verhindern können, daß in der allgemeinen Krisis des Jahres 1848 der Verkehr auf ihr sehr stark zurückging; die Einnahme schmolz auf die Hälfte des Vorjahres zusammen. Im folgenden Winter verhandelte die Direktion wiederholt mit dem Handelsminister v. der Heydt über die Gewährung einer staatlichen Zinsgarantie bei der Begebung einer Anleihe zur Fertigstellung noch unvollendeter Bauten. Der Minister erklärte sich am 20. April 1849 bereit, aber unter der Bedingung, daß die Bahn, im Falle die Garantie wirklich in Anspruch genommen werde, auf den Staat übergehe. Bei diesem Anlaß wurde auch der Gedanke eines sofortigen Ankaufs der Bahn durch den Staat erwogen. Die Frage nach dem Verhältnis des Staats zum Eisenbahnwesen war in der jüngsten Zeit wiederholt erörtert worden. Die preußische Regierung plante selbst schon seit Jahren den Bau der Ostbahn von Berlin nach Königsberg (S. 478), und im August 1848, zu derselben Zeit, wo im Frankfurter Parlament der Gedanke einer Verstaatlichung der großen Linien durch das Reich Anklang fand (S. 592), hatten in Preußen die Minister Hansemann und Milde die Verstaatlichung der wichtigeren preußischen Strecken bestimmt ins Auge

gefaßt.[1] Ihr Projekt, dessen Vorbedingung der Entwurf eines über den ganzen Staat sich ausdehnenden Netzes war, kam jedoch nicht mehr zur Vorlage an die Berliner Nationalversammlung. Jetzt erklärte sich der Minister v. der Heydt[2] am 11. Mai 1849 bereit, die Rheinische Eisenbahn gegen eine der Rentabilität des Unternehmens entsprechende Abfindung an die Aktionäre für den Staat zu übernehmen. Diese Rentabilität schätzte er aber sehr gering, auf 2 bis 2½ Prozent.

Im Hinblick auf die schlechten Betriebsergebnisse des letzten Jahres waren viele Aktionäre, besonders eine Berliner Gruppe, für die Verstaatlichung. Mevissen hatte, wie seine Vorgänger Camphausen und Hansemann, die Aufgaben des preußischen Staats auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens in den Jahren, wo dieser selbst sich zurückhielt, wiederholt nachdrücklich betont.[3] Er und die übrigen namhaften Mitglieder der Direktion und Verwaltung, G. Mallinckrodt, A. Oppenheim und K. Overweg, waren auch jetzt mit der Abgabe ihres Unternehmens an den Staat zu angemessenen Bedingungen einverstanden. In der Generalversammlung vom 31. Mai 1849 vertrat Mevissen namens der Direktion den Standpunkt, daß gegen diese Abgabe nichts einzuwenden sei, daß aber die Umwandlung der Bahnaktien in 3½ prozentige Staatspapiere erfolgen müsse: eine geringere Rente entspreche nicht dem inneren Wert des Unternehmens, sei also mit dem Interesse der Aktionäre nicht vereinbar. Am 5. Juli richtete die Direktion einen entsprechenden Antrag an die Staatsregierung. Sowohl v. der Heydt als der Finanzminister v. Rabe erklärten jedoch die Forderung für zu hoch, und so geriet die Verhandlung ins Stocken. Am 7. März 1850 griff Mevissen sie wieder auf, v. der Heydt schrieb aber nun am 29. März kurzweg, es müsse sowohl von der Bewilligung einer staatlichen Zinsgarantie als auch von käuflicher Übernahme für jetzt abgesehen werden. Mevissen benutzte dann im April das Zusammentreffen mit v. der Heydt in Erfurt, gelegentlich des Reichstags, um die Sache mündlich mit ihm zu verhandeln.[4]

---

[1] Archiv für Eisenbahnwesen 1880, S. 141 ff.; Bergengrün a. a. O. S. 517.

[2] Er war schon 1842 grundsätzlich für Staatsbahnen eingetreten (Archiv für Eisenbahnwesen 1881, S. 12[illegible]).

[3] Vgl. oben S. 311, 418, 479.

[4] Mevissen an G. Mallinckrodt (Erfurt, 1850 April 14): "Mit v. der Heydt habe ich kürzlich diskursiv die Frage einer Garantie resp. Übernahme

Sie war verwickelt, weil die belgische Regierung für den seit 1840 in ihren Händen befindlichen großen Aktienbesitz[1]) auf die Bedingungen des Ministeriums unter keinen Umständen eingehen, v. der Heydt dagegen das Stimmrecht der belgischen Regierung auf 55 Stimmen beschränken wollte, was jedoch statutarisch nicht anging.

Das Projekt der Verstaatlichung der Rheinischen Eisenbahn konnte seitdem als gescheitert betrachtet werden. Das Jahr 1851 brachte bei vorsichtiger Geschäftsführung einen Aufschwung des Verkehrs, der Januar 1852 infolgedessen wieder eine Aktivbilanz;[2]) vom Frühjahr 1852 ab gingen die Aktien erheblich in die Höhe, und Mevissens Auffassung entschied sich um diese Zeit überhaupt dahin, daß das aus Staats- und Privatbahnen gemischte System, wie es sich nun einmal seither in Preußen entwickelt hatte, große Vorzüge besitze, die ihm die Erhaltung der Unabhängigkeit des Rheinischen Unternehmens als erwünscht erscheinen ließen.[3])

Die Prosperität dieses Unternehmens war aber aufs engste verknüpft mit der Frage des weitern Ausbaues des rheinischen Eisenbahnnetzes. Diese Frage hatte seit 1847 zwar nur wenig gefördert

---

der Rheinischen Bahn verhandelt. Eine Garantie weist er ganz entschieden zurück; zu einer Übernahme zu 2, höchstens 2½% würde er sich bereit finden lassen. Vielleicht ist er zu bewegen, bis zu 3% zu gehen. Ich kann es jedoch dem wahren Interesse der Aktionäre nicht angemessen finden, auf solche Bedingungen abzuschließen, abgesehen davon, daß ein solcher Abschluß gegen den Willen Belgiens gar nicht durchzuführen sein würde'.

[1]) Vgl. oben S. 308 (Bergengrün a. a. O. S. 214).

[2]) Im Dezember 1851 und im März 1852 wurde von Berliner Aktionären noch einmal die Wiederanknüpfung von Verhandlungen mit dem Staat gewünscht. Die Direktion erklärte jedoch in ihrer Sitzung vom 12. Dezember 1851, sie 'halte es dem Interesse der Aktionäre nicht entsprechend, der Staatsregierung mit neuen Anträgen entgegenzukommen, da die Verhältnisse der Gesellschaft sich so gestaltet hätten, daß jetzt jedenfalls weit günstigere Bedingungen vom Staat zu erlangen sein würden, als es 1849 möglich war'.

[3]) Vgl. unten Kap. 18, 19. — Die Stellung der Regierung (v. der Heydt und Manteuffel) zu der Frage der Staatsbahnen kam am 26. März 1852 in der 2. Kammer, gelegentlich der Verhandlung über die Verstaatlichung der Niederschlesischen Bahn, zur offenen Aussprache. Die Regierung neigte grundsätzlich zur Verstaatlichung und führte sie da durch, wo die geschäftlichen Umstände es leicht machten (Stenographische Berichte II [1852], S. 959ff.; vgl. Denkwürdigkeiten von Otto v. Manteuffel II, S. 157).

werden können, aber Mevissen hatte sie keinen Augenblick aus dem Auge verloren; seinen früheren Plänen gemäß[1]) gedachte er im geeigneten Augenblick das moderne Verkehrsmittel zu benutzen, um die ihm vorschwebende, systematische Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte der Rheinprovinz auch von dieser Seite in Angriff zu nehmen.

In seinen Notizen für die Beratung der Ostbahnvorlage der Regierung im Jahre 1847 hatte er als das dringendste rheinische Projekt die Bahn auf dem linken Rheinufer von Mainz über Köln nach Nimwegen bezeichnet — eine Strecke, 'die die größte Rentabilität auf dem Kontinent verspricht und das notwendige Glied einer Weltbahn darstellt'. Die südliche Hälfte dieser Strecke stellte sein erstes großes Verkehrsprojekt aus dem Jahre 1844 dar; er faßte sofort nach dem Revolutionsjahr diese Lebensader des rheinischen Verkehrs wieder ins Auge. 'Die Hauptpulsader des deutschen, ja europäischen Reiseverkehrs', so schrieb er damals, 'darf nicht länger ohne Eisenstraße bleiben; ohne längeres Säumen muß die Lücke in der Straße, die Holland und Belgien sowie Rheinland und Westfalen mit Süddeutschland und der Schweiz künftig verbinden soll, ausgefüllt werden. Das unverkennbare Streben der Geister ist dahin gerichtet, die Europa umspülenden Gewässer, den Ozean und die Ostsee, mit dem Schwarzen und Mittelländischen Meere vermittels eines Eisenbahnnetzes in Verbindung zu bringen. Die Rheinprovinz nebst ihrer Hauptstadt Köln ist darin wie ein natürlicher Zentralpunkt gedacht; ihr steht eine große Zukunft bevor, wenn der Staat ihr die erforderliche Mitwirkung angedeihen läßt.'

Die beiden 1844 für den Bau einer Rheinbahn nach Koblenz und Bingen begründeten provisorischen Komitees in Köln und Bonn (S. 319) bestanden noch fort. Von den leitenden Persönlichkeiten beider Gruppen waren in Bonn H. v. Dechen, in Köln Mevissen bestrebt, unbeirrt durch unfruchtbare Rivalitäten die Erreichung des Zieles zu sichern. Gemeinsame Verhandlungen in Brühl am 4. Juli 1849 und in Köln am 15. Januar 1850 sollten eine Verschmelzung beider Komitees anbahnen. Köln sollte Sitz der kombinierten Gesellschaft, die Direktion und der Verwaltungsrat sollte aus beiden Städten, dazu aus Koblenz und einigen andern Rheinstädten, zusammengesetzt werden.

[1]) Vgl. oben S. 315, 335ff., 419ff.

Aber die Bonner und Koblenzer Mitglieder des Bonner Komitees versagten ihre Zustimmung, so daß Mevissen am 16. Februar 1850 dazu überging, das seither provisorische Kölner Komitee definitiv als 'Köln-Koblenz-Bingener Eisenbahngesellschaft' unter seinem Vorsitz zu konstituieren und das von dem Generalagenten Hauchecorne bearbeitete Projekt der Strecke zu veröffentlichen.[1]) Darauf antwortete zwar das Bonner Komitee auf Veranlassung J. Nöggeraths und der Koblenzer Aktionäre mit der eigenen definitiven Konstituierung am 6. Mai 1850, aber die treibende, von allgemeinen Gesichtspunkten bewegte Kraft lag doch fortan ausschließlich in Köln. Der dortige Statutenentwurf lehnte sich an das mit der Regierung vereinbarte Statut der Köln-Mindener Eisenbahn aus dem Jahre 1843 an. Das Grundkapital war auf $10^1/_2$ Millionen Taler festgesetzt. Die Lage des Projekts war aber noch immer sehr wenig aussichtsvoll. Zunächst bestanden die strategischen Bedenken im Kriegsministerium fort, denen sich in Preußen traditionell alle anderen Erwägungen unterordneten; der Kriegsminister v. Stockhausen sprach sich am 14. September 1851 nachdrücklich gegen den Bau der linksrheinischen Strecke aus. Es kam hinzu, daß das Kapital sich vorderhand zurückhielt, da auf dem Geldmarkt die mit Eisenbahnpapieren gemachten ungünstigen Erfahrungen nachwirkten. Das Unternehmen konnte nur kapitalisiert werden, wenn der Staat einen Teil der Aktien und außerdem eine allgemeine Zinsgarantie übernahm, also dasselbe Verfahren wie früher bei der Köln-Mindener Bahn einschlug.[2]) So sachverständig Mevissens Antrag vom 26. Februar 1850 der Staatsregierung gegenüber betonte, wie notwendig die Rheinbahn sei, und so sicher damit gerechnet werden

---

[1]) 'Denkschrift zur Begründung des Unternehmens einer zwischen Bonn, Koblenz und Bingen im preußischen Gebiete auf dem linken Rheinufer anzulegenden Eisenbahn' (Köln, 1850). 32 S. 4⁰, mit Tabellen, einem ausführlichen Erläuterungsbericht und zwei Karten. — Auszüge in der Köln. Zeitung 1850, Nr. 62ff.

[2]) Mevissen hatte in dem Statutenentwurf vom Februar 1850 eine Zinsgarantie von $3^1/_2$% und die Übernahme von 7500 Aktien ($^1/_7$ des ganzen Grundkapitals von $10^1/_2$ Millionen Taler) beantragt. Durch jährliche Aktienauslosung sollte der Staat allmählich in den Besitz des ganzen Unternehmens kommen, außerdem das Recht haben, jederzeit den ganzen Aktienbestand zu übernehmen. Die Statuten der Köln-Mindener Gesellschaft waren hier im allgemeinen das Vorbild.

konnte, daß hier wie seither in den westlichen Provinzen fast allgemein[1] die Zinsgarantie des Staates nicht wirklich in Anspruch genommen wurde, sondern nur als Empfehlung des Unternehmens diente, so war bei dieser Lage der Dinge der Konzessionsantrag doch von vornherein aussichtslos. Die Antwort v. der Heydts, welche am 21. März 1850 dem Komitee durch den Regierungspräsidenten v. Moeller mitgeteilt wurde,[2] lehnte jede Staatshilfe ab. Diejenigen Eisenbahnen, so war hier ausgeführt, welche im Interesse des Landes noch notwendig seien, beabsichtige die Regierung für Rechnung des Staates zu bauen, sofern sie nicht durch Privatunternehmung in angemessener, die Staatsinteressen sicherstellender Weise ins Leben gerufen würden. Die Eisenbahnverbindung auf einem der Ufer des Rheins sei aber nicht so dringlich, daß der Minister sich veranlaßt sehen könnte, in der nächsten Zeit ihren Bau auf Staatsrechnung in Vorschlag zu bringen. Finde sich eine Gesellschaft, welche die Rheinbahn ohne finanzielle Beteiligung des Staats auszuführen bereit sei, so würden die Bedingungen einer Erwägung unterzogen werden, speziell bezüglich der dem Staat jederzeit vorzubehaltenden Befugnis des Ankaufs der Bahn sowie der im Interesse des Gemeinwohls seitens der Regierung vorzubehaltenden Einwirkung auf den Bau, die Verwaltung und den Betrieb. Damit war das Projekt der Rheinbahn auf ungewisse Zeit vertagt.

Ausländische Verkehrsprojekte lenkten aber in den nächsten Jahren wiederholt die Aufmerksamkeit darauf hin, was für die Rheinlande hier auf dem Spiele stand. Als im Frühjahr 1851 durch den Bau der französischen Strecke Calais-Paris-Straßburg sowie durch die in der belgischen Kammer wiederholt verhandelten Bahnprojekte Ostende-Mannheim und Antwerpen-Luxemburg-Ludwigshafen die Gefahr näherrückte, daß der Verkehr von England nach dem Oberrhein, der Schweiz und dem Orient fortan durch Frankreich und Belgien an der Rheinprovinz vorüber geleitet werde, wurde von den rheinischen Städten und Handelskammern die Bedeutung der Rheinuferbahn aus provinziellen wie allgemeinen preußischen und deutschen Erwägungen in Denkschriften und in der Presse lebhaft erörtert. Mevissen besprach die

[1]) Mit Ausnahme der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn.

[2]) Dieser verwaltete 1849–1867 auch das Königliche Eisenbahn-Kommissariat in Köln.

Gefahr mündlich mit dem Minister v. der Heydt, als dieser im Juni 1851 die Rheinlande besuchte.[1]) Die Regierung verschloß sich den Bedenken keineswegs, aber sie rückte wegen der gegen das linksufrige Projekt bestehenden strategischen Bedenken wiederum die rechtsrheinischen Projekte von Deutz aufwärts (S. 421) in den Vordergrund. Zur Durchführung eines solchen erschien die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft am geeignetsten, und v. der Heydt stellte ihr nunmehr eine staatliche Zinsgarantie und sogar Staatshilfe bei den Vorarbeiten in Aussicht. Auch Mevissen widerstrebte einem rechtsrheinischen Projekt nicht. Er war überzeugt, daß dessen Verwirklichung in kürzester Frist den Bau auf dem linken Ufer nach sich ziehen werde, und er begrüßte es besonders, daß eine Bahn auf dem rechten Ufer zugleich das Projekt einer stehenden, von den Einflüssen der Jahreszeit und Witterung unabhängigen Rheinbrücke bei Köln der Verwirklichung näher führen mußte. Nach den ersten Erörterungen dieses Projekts im Jahre 1844 (S. 319) hatte die Stadt Köln im Jahre 1847 die Regierung auf die politisch-militärische Bedeutung desselben hingewiesen;[2]) diese betraute einen höheren Baubeamten mit der Ausarbeitung des Projekts und erklärte im Dezember 1851 und im Mai 1852, den auf 2 Millionen Taler veranschlagten Bau mit einer Zinsgarantie oder mit einem baren Zuschuß von seiten der Stadt Köln und der beiden interessierten Kölner Eisenbahngesellschaften, der Köln-Mindener und der Rheinischen, ausführen zu wollen. Verzögerte sich aber der Beginn des Baues, weil man sich über den geeignetsten Platz nicht verständigen konnte, so zog sich das rechtsrheinische Bahnprojekt der Köln-Mindener Gesellschaft gleichfalls länger hin,[3]) da hier eine direkte Linie Deutz-Ehrenbreitstein-Frankfurt, für deren südliche Hälfte eine englische Gesellschaft von der Nassauischen Regierung die Konzession erhalten hatte, neben einer Strecke Deutz-Gießen-Frankfurt in Frage kam, welche die wünschenswerte Verbindung des Kohlenreviers an der Ruhr mit den Erzschätzen des Siegenerlandes

[1]) Schon am 6. November 1850 hatte er dem Ministerium in einer längeren Eingabe die Situation geschildert.

[2]) Vgl. J. G. Schwedler, Über den Bau einer festen Brücke über den Rhein zwischen Köln und Deutz (Köln, 1849).

[3]) Die Kölner Handelskammer bat die Direktion am 2. Juli und am 22. Dezember 1851 um Beschleunigung der Vorarbeiten.

durchführte und zugleich eine neue Verbindung vom Rhein nach Leipzig herstellte.[1])

Die Bevorzugung des rechten Rheinufers versetzte nun aber die dadurch benachteiligten, oberhalb von Köln gelegenen Städte des linken Ufers, besonders Bonn und Koblenz, in lebhafte Unruhe. In Koblenz trug man sich seit längerer Zeit mit der Hoffnung, daß sich an die Linie Köln-Koblenz eine stehende Rheinbrücke in letzterer Stadt und eine Bahn durch das Lahntal über Gießen nach Frankfurt schließen werde; man gedachte, auf diese Weise dort einen wichtigen Verkehrsmittelpunkt zu schaffen.[2]) Eine am 27. März 1852 in Koblenz tagende Versammlung, an der 120 Bürgermeister und Notabeln rheinischer Städte, unter ihnen auch Mevissen, teilnahmen, richtete eine dringende Adresse an das Staatsministerium, worin der Bau der linksrheinischen Strecke von Bonn bis Bingen von neuem empfohlen, zugleich aber wiederum eine zur Ermunterung des Geldmarkts erforderliche Zinsgarantie des Staats erbeten wurde. Die Adresse legte den Nachdruck darauf, daß eine linksrheinische Strecke durchweg auf preußischem Boden bleiben, während das rechtsrheinische Projekt vorwiegend Nassau zugute kommen werde; sie erhielt die Unterschrift der Vertreter von mehr als hundert rheinischen Stadt- und Landgemeinden, aber sie wurde von der Regierung überhaupt keiner Antwort gewürdigt.[3])

Der Entschluß, neben den rechtsrheinischen Plänen unter allen Umständen an dem linksrheinischen Projekt festzuhalten, blieb jedoch lebendig, und Mevissen blieb sein Träger. Nur mußte fortan jeder

[1]) Demselben Ziele war ein im Jahre 1847 von dem Ingenieur Fr. Splingard in Kassel bearbeitetes Projekt Köln-Siegen-Marburg gewidmet, das Mevissen auf Wunsch seiner Siegener Wähler im Juli 1848 während des Frankfurter Parlaments geprüft hatte. Es unterschätzte die Terrainschwierigkeiten der Siegener Gegend, denen das Projekt Deutz-Gießen auswich, indem es von Betzdorf eine Stichbahn nach Siegen vorsah. — Von Norden her suchte das Projekt der Wupper-Siegbahn dieselbe Aufgabe zu erfüllen (vgl. für sie 'Die Wupper-Sieg-Eisenbahn, die Interessen und Vorzüge derselben und das dringende Bedürfnis ihrer baldigen Ausführung', Hückeswagen 1852).

[2]) Schreiben des Koblenzer Oberbürgermeisters Bachem vom 4. Mai 185[illegible] an das Köln-Koblenzer Komitee.

[3]) Mevissen und der Vertreter der Stadt Köln auf der Koblenzer Konferenz, Bürgermeister Stupp, unterschrieben die Adresse wegen der in Köln schwebenden rechtsrheinischen Projekte nicht (vgl. Kölnische Zeitung 1852, Nr. 75, 88, 90 ff., und die Akten der Kgl. Eisenbahndirektion in Köln).

Gedanke an eine staatliche Unterstützung endgültig aufgegeben werden. Eine wichtige Vorbedingung der selbständigen Durchführung des Planes war aber die Aufnahme der seit 1844 im Betrieb befindlichen und eine gute Rente abwerfenden Strecke Bonn-Köln in das größere Projekt. Im Frühjahr 1852 verhandelte Mevissen wiederholt mit dem Verwaltungsrat der Bonn-Kölner Gesellschaft, um diese zu veranlassen, unter sehr günstigen Bedingungen ihre Bahn dem Köln-Bingener Komitee zu verkaufen. Da die Regierung jetzt für das rheinische Eisenbahnnetz im Hinblick auf die Verkehrsinteressen wie auf die Rentabilität allgemein den früher (S. 327, 426) verpönten Standpunkt vertrat, die Konzentration mehrerer Linien in der Hand einer Gesellschaft sei der Zersplitterung in kleine, von Kirchturmsinteressen bestimmte Komitees vorzuziehen, so zeigte die Bonn-Kölner Gesellschaft sich wohl der Aufnahme ihrer bestehenden Strecke in das Köln-Bingener Projekt geneigt, aber sie wollte selbst, trotz ihrer beschränkten Mittel, die Durchführung des letzteren versuchen und beschloß am 10. Mai 1852 einen entsprechenden Antrag an die Staatsregierung. Dieser neuen Verwirrung gegenüber war es ein Glück, daß es Mevissen in Verhandlungen, die er am 18. April und 6. Mai 1852 mit dem Bonn-Koblenzer Komitee führte, gelang, wenigstens die langerstrebte Verschmelzung dieses Komitees mit der Kölner Konkurrenz durchzuführen.[1]) Aber die Regierung legte seinen Plänen wiederum neue Hindernisse in den Weg.

Die militärischen Bedenken wurden zwar jetzt nicht mehr urgiert. Der Chef des Generalstabes v. Reyher nahm einen anderen Standpunkt ein, als der Kriegsminister v. Stockhausen. Auch er wünschte wohl vom Standpunkt der Militärverwaltung eine rechtsrheinische Eisenbahn, er hielt aber auch eine linksrheinische in Friedenszeiten für bequem und in Kriegszeiten für ungefährlich, da sie stets binnen 24 Stunden demoliert werden könne.[2]) Die Regierung war demgemäß jetzt nicht mehr gegen die linksrheinische Strecke überhaupt, sondern verlangte nur, daß die rechtsrheinische zuerst gebaut werde.

---

[1]) Vgl. Köln. Zeitung 1852, Nr. 72, 75, 78. Am 18. Juni 1852 faßte das Bonner Komitee den entscheidenden Beschluß.

[2]) Ende April 1852 hatte der als Abgeordneter zur 2. Kammer in Berlin weilende Dr. Claessen (vgl. oben S. 625) eine lange Besprechung mit ihm, über die er am 1. Mai an Mevissen berichtete.

Gegen die linksrheinische Bahn protestierten fortan grundsätzlich nur noch die Dampfergesellschaften, weil sie am Fluß entlang projektiert war,[1]) während für die Bahn am rechten Ufer jetzt die Projekte überwogen, die schon bei Siegburg den Rhein verließen und entweder durch das Siegtal nach Gießen oder geradeswegs, unter Verkennung der Terrainschwierigkeiten, über den Westerwald nach Frankfurt gerichtet waren.[2]) Aber die Regierung gab im Jahre 1853 der Sache eine neue Wendung, indem v. der Heydt erklärte, es solle keine neue Gesellschaft zum Bau der Rheinbahn zugelassen, derselbe vielmehr einer Gesellschaft übertragen werden, die bereits im Besitz von fertigen Schienenwegen sei. Das war unmittelbar gegen die beiden von Mevissen verschmolzenen Komitees gerichtet, und zwar zugunsten der Bonn-Kölner Gesellschaft, die sich am 20. Dezember 1852 beim Ministerium um den Bau der Rheinbahn ohne staatliche Zinsgarantie beworben hatte und nun am 6. September 1853 die Erlaubnis erhielt, ihrem Statut gemäß (S. 316) zunächst die Linie bis Rolandseck auszubauen.

Unter diesen Umständen lag es für Mevissen in seiner doppelten Eigenschaft als Vorsitzender der beiden verbundenen Rheinbahn-Komitees und als Präsident der Rheinischen Eisenbahngesellschaft nahe, eine Verschmelzung des Köln-Bingener Projekts mit der im Betrieb befindlichen Linie von Köln nach der belgischen Grenze in der Hand letzterer Gesellschaft anzustreben. Durch eine solche Erweiterung seiner Basis konnte dem älteren, kostspieligen Unternehmen neue Lebenskraft und ein befruchtender Verkehrszufluß zugeführt werden. Im Frühjahr 1852 hatte Mevissen schon einmal öffentlich auf den engen Interessenzusammenhang hingewiesen; er wiederholte das im Mai 1853, indem er ausführte, die wichtigsten Interessen der Rheinlande und vor allem die Interessen der rheinischen Metropole seien im innersten Kerne bedroht, wenn nicht bald, dem Fortschritt der Zeit folgend,

---

[1]) Vgl. Köln. Zeitung 1852, April 10, 14 (Nr. 87, 90); Streit der Eisenbahnen mit der Schiffahrt auf dem Rhein (Deutsche Vierteljahrsschrift 1856, II, 22 ff.).

[2]) Ein besonderes in Köln zusammengetretenes 'Komitee zur Begründung der Eisenbahnverbindung zwischen den Nieder- und Oberrheinischen Eisenbahnen auf beiden Seiten des Mittelrheins' veröffentlichte im November 1853 eine ausführliche 'Denkschrift zur Begründung einer Köln- (Deutz-) Giessener Eisenbahn und Zweigbahn von Betzdorf nach Siegen' (40 S. 4°).

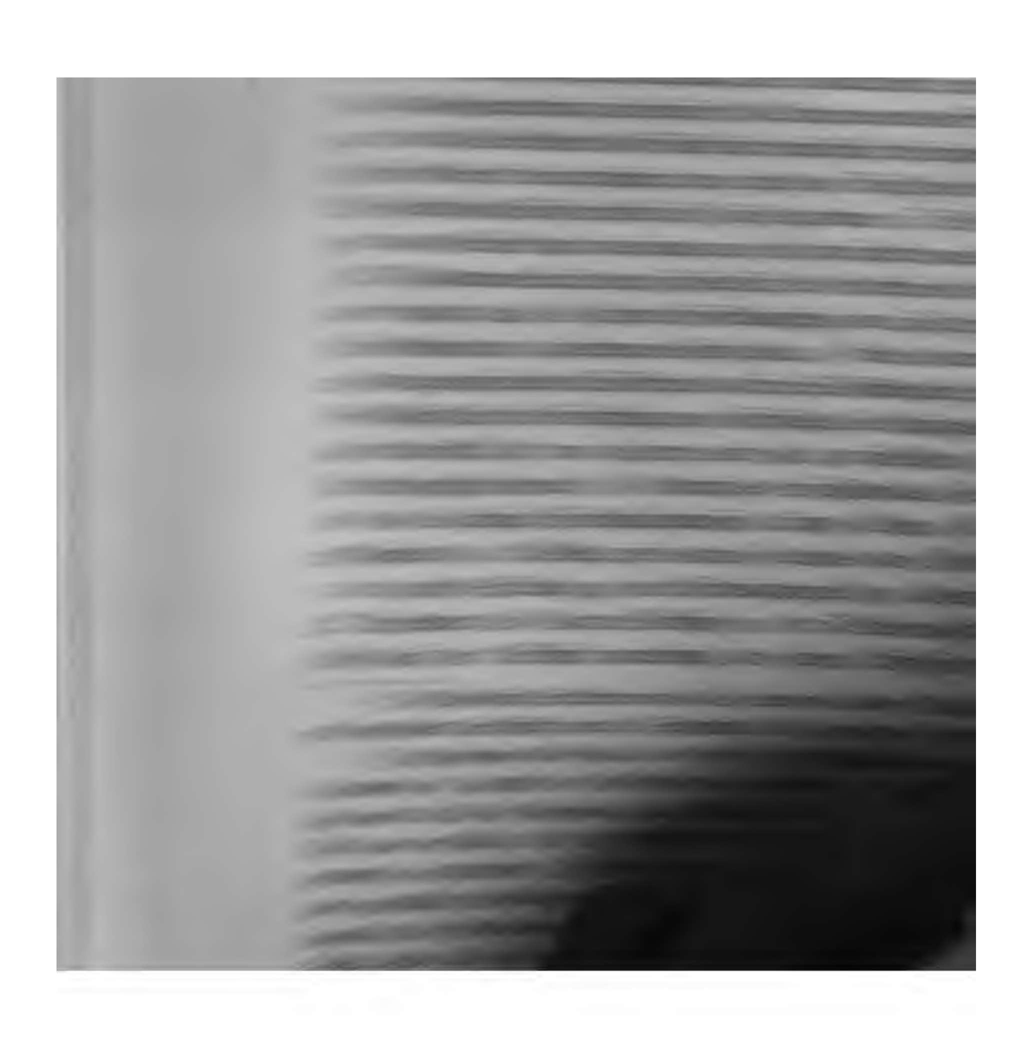
eben dem Strome die zu jeder Jahreszeit fahrbare und schnelle Eisen-
ahn hergestellt werde.[1]) Die Rheinische Gesellschaft sprach sich denn
uch grundsätzlich für diese Lösung aus, und eine Äußerung des Ministers
. der Heydt vom 2. Juni 1853 deutete man dahin, daß er ihr nicht
widerstreben werde. Er zog die Angelegenheit aber hin, und es be-
urfte einer Immediateingabe vom 18. Februar 1854 an den König,
um sie in Fluß zu bringen. Die darauf ergangene Kabinetsordre vom
3. März beschränkte sich jedoch darauf, das Projekt einer Rheinufer-
bahn von Köln bis Bingen nunmehr generell als konzessionsfähig an-
zuerkennen. Als dann aber Mevissen am 3. April 1854 im Namen
der Direktion den formellen Antrag stellte, den Ausbau dieser Strecke
der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zu übertragen, und diesen An-
trag mit den praktischen Erfahrungen dieser Gesellschaft im Bau und
Betrieb, mit den Bedürfnissen des Verkehrs und mit der Notwendigkeit
der Entwicklung größerer Einheiten im rheinischen Verkehrswesen be-
gründete,[2]) erwiderte v. der Heydt am 15. Mai, er finde keine Ver-
anlassung, die Übertragung der Bahn an die Rheinische Gesellschaft
zu befürworten; bei der großen Wichtigkeit, welche dieser Bahn in
strategischer und politischer Beziehung beigelegt werde, müsse vielmehr
das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, daß der Bau
und die Verwaltung für Rechnung einer Privatgesellschaft dem Staate
selbst übertragen werde. Diese nach allen voraufgegangenen Verhand-
lungen überraschende Wendung war dadurch veranlaßt, daß es dem
Minister gelungen war, bei der am 22. August 1853 konzessionierten
Eisenbahn von Köln nach Krefeld dieses Verfahren durch einen Ver-
trag vom 28. September zu verwirklichen.[3]) Er wollte es jetzt den drei
bestehenden Gesellschaften, der Bonn-Kölner, der Köln-Krefelder und
der Rheinischen, überlassen, in dieser Form um die Konzession für die

---

[1]) Vgl. die Generalversammlungs-Protok[illegible] Rheinischen Eisenbahn
vom 27. Mai 1852 und vom 24. Mai 18[illegible]

[2]) Der Antrag ist im Protokoll [illegible] vom 27. Mai
1854 abgedruckt.

[3]) Vgl. oben S. 425. Im [illegible] [illegible]aler
sein älteres Projekt wieder au[illegible] [illegible]einischen
[illegible]onzession einge[illegible] [illegible] 675).
[illegible] S. 337, 428).
[illegible]ndetes Komitee eine
[illegible]er Eifel-Eisenbahn von
[illegible] herausgeben lassen. Die



gekommen sei und die Absicht der Rheinischen Gesellschaft besser zu würdigen begonnen habe.

Ein Haupthindernis war allerdings damals beseitigt: die rechtsrheinische Linie war inzwischen gesichert. Sie war mit dem Projekt der Rheinbrücke bei Köln verbunden worden, das unter dem steten Drängen von Mevissen und Moeller endlich der Verwirklichung entgegenging. Am 22. Juni 1854 wurde ein Vertrag mit der Staatsregierung vereinbart, wonach nicht diese, sondern die Köln-Mindener Bahn den Brückenbau mit einem Geldzuschuß seitens der Stadt Köln und der Rheinischen Eisenbahn sowie einer Zinsgarantie des Staates ausführen sollte.[1] Die Eisenbahn von Deutz nach Gießen sollte sich unmittelbar daran anschließen.

Im Auftrag des Ministers veranstaltete nun der Regierungspräsident v. Moeller am 5. Oktober 1854 in Köln eine Konferenz der drei Gesellschaften, welche nach der Ansicht des Ministers für den Bau der Rheinbahn in Betracht kamen, und legte ihnen namens der Staatsregierung die Frage vor, ob sie im Falle der Konzessionserteilung bereit seien, gewisse Verpflichtungen zu übernehmen. So vollständig hatten sich in wenigen Jahren die Verhältnisse geändert. Die Regierung, von der man bis 1852 eine Zinsgarantie für den Bau angesprochen hatte, konnte jetzt ihrerseits die Konzessionserteilung von einer Reihe kostspieliger Bedingungen abhängig machen. Allerdings hatte der rheinische Verkehr in diesen Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen, aber die Bedingungen waren doch sehr drückend. Sie bestanden in dem Bau einer den metallurgischen Interessen der Eifel dienenden Bahn von Düren nach Schleiden[2]) und einer Bahn von Düren nach der Festung Jülich, in

[1]) Am 26. Juli 1855 erfolgte die Konzession in diesem Sinne. Die Gesamtkosten waren jetzt auf 3 Millionen Taler veranschlagt, die Rheinische Eisenbahn, die an dieser direkten Verbindung mit dem rechten Ufer in hohen Grade interessiert war, und die Stadt Köln zahlten je 250000 Taler Zuschuß. Die Regierung hatte eine Zeitlang selbst bauen wollen, dafür aber 600000 Taler Zuschuß (300000 Taler von Köln-Minden, 200000 Taler von der Rheinischen Bahn, 100000 Taler von der Stadt Köln) verlangt (vgl. oben S. 675).

[2]) Eine solche plante Mevissen schon seit 1844 (vgl. oben S. 337, 428). Im Jahre 1852 hatte ein in Schleiden und Düren begründetes Komitee eine mit Karten versehene 'Denkschrift zur Begründung einer Eifel-Eisenbahn von Düren nach Schleiden' ausarbeiten und im Druck herausgeben lassen. Die

der Anlage eines Zentralbahnhofs in der Stadt Köln und einer Verbindungsbahn durch die Stadt Köln, um die Bahnstrecken Köln-Bingen und Köln-Aachen in unmittelbare Verbindung zu bringen und zugleich den Anschluß an die in Köln geplante Rheinbrücke zu gewinnen, sowie in der Errichtung einer stehenden Brücke über den Rhein bei Koblenz, um die Verbindung der projektierten und vom Kriegsministerium als dringend notwendig bezeichneten Lahntalbahn mit dem linken Rheinufer herzustellen. Gegenüber dieser Fülle von Bedingungen, die eine Verpflichtung von etwa 16 Millionen Taler involvierten, mußten sich zwei der Gesellschaften sofort zurückziehen; nur die Rheinische Gesellschaft,[1] als deren Vertreter Mevissen und A. Oppenheim an der Verhandlung teilnahmen, konnte überhaupt in nähere Erwägungen eintreten. Diese Erwägungen hatten das Ergebnis, daß mehrere Bedingungen — die Bahn von Düren nach Jülich, der Bau des Kölner Zentralbahnhofs und die von der Regierung außerdem noch beanspruchte Festsetzung der Tarife — als unannehmbar bezeichnet wurden, weil mit solchen Verpflichtungen das notwendige Kapital unmöglich mobil gemacht werden konnte.

So stand die Frage auch jetzt, im Frühjahr 1855, noch keineswegs vor der Verwirklichung. Mevissen hatte zwar schon seit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Jahres 1852 nicht gezweifelt, daß das Geld für das Rheinbahnunternehmen zu beschaffen sein werde, wenn auch zum Teil im Ausland.[2] Aber die Regierungsbedingungen veränderten das Kapitalbedürfnis durchaus. Er hielt jetzt das Unternehmen nur dann für durchführbar, wenn auch die nördliche Fortsetzung der Rheinbahn von Köln über Krefeld nach Nimwegen, zum Anschluß an das

Bahn war als Anfang der Eifelbahn nach Trier gedacht, das Komitee hatte auf Staatshilfe gerechnet, die Regierung zeitweise (1853—55) eine englische Gesellschaft konzessioniert. Für Düren-Jülich vgl. oben S. 427.

[1] Sie hatte soeben ihr Kapital um eine Million zu vermehren beschlossen. Die Placierung erwies sich als nicht leicht: 'Die Million Taler für die Rheinische Bahn ist mit Ach und Krach unter schweren Mühen endlich zusammen, und heute zeichne ich die Quittungsbogen' (Brief Mevissens vom 18. Juni 1855).

[2] Er rechnete besonders auf das Haus Rothschild in Paris, das als Gründer der Französischen Nordbahn ein bedeutendes Interesse an dem Zustandekommen der Rheinbahn hatte, um den internationalen Verkehr nach dem Osten und Südosten Europas über Mainz und Frankfurt gegenüber der konkurrierenden Bahn von Paris nach Straßburg zu behaupten.

holländische Bahnnetz nach Rotterdam hin, mit ihm verschmolzen wurde.

Die Entscheidung der Regierung für das Köln-Krefelder Projekt, dessen Statut den späteren Ausbau bis zur niederländischen Grenze bereits in Aussicht nahm, hatte im Jahre 1853 für die vielen sich kreuzenden Projekte am Niederrhein endlich die Richtung bestimmt, die seit 1847 noch schwankend geblieben war (S. 425ff.) und auch durch wiederholte Verhandlungen Mevissens mit den Interessenten in Gladbach, Viersen, Rheydt und Dülken während der letzten Jahre nicht hatte geklärt werden können. Wenn vor Jahren die Bahn von Köln nach Belgien als Maßnahme gegen das von Holland beanspruchte Rheinmonopol gebaut worden war und als Kampfmittel gegen die Beschwerung des Rheinverkehrs durch den übermütig gewordenen Besitzer der Rheinmündung trefflich gewirkt hatte, so bestanden doch die natürlichen Handelsverbindungen der Rheinprovinz mit den holländischen Häfen fort, und das Unternehmen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft erfuhr eine neue Kräftigung, wenn es beide linksrheinischen Linien von Belgien und Holland her in der rheinischen Handelsmetropole vereinigte und den Strom hinauf weiterführte.[1]) Schon im Jahre 1852 hatte Mevissen diesen Gedanken erörtert,[2]) und die Köln-Mindener Bahngesellschaft hatte sich aus verwandten Gründen 1853 die Konzession zum Bau der rechtsrheinischen Strecke von Oberhausen nach Emmerich als Anschluß nach Holland erteilen lassen.[3]) Mevissens Plan im Frühjahr 1855 war demnach: Erwerbung der bereits im Betrieb befindlichen Strecke Köln-Bonn und der im Bau begriffenen Strecke Köln-Krefeld, sowie Weiterführung beider Linien nach Norden und Süden bis zu den Grenzen der Provinz. Die Verwirklichung

[1]) R. Schramm, Mevissens früherer Freund (vgl. oben S. 247, 319), der durch sein Eintreten für die rechtsrheinische Linie (oben S. 423, Anm. 1) und durch sein agitatorisch-demagogisches Verhalten im Revolutionsjahr ihm entfremdet war, erörterte im Juli 1853 in Briefen, die er von seinem Exil in London an Mevissen richtete, solche Gedanken, indem er sein Eintreten für die rechtsrheinische Linie als Irrtum, sein politisches Verhalten 1848 aber als „eine vorübergehende Erscheinung des werdenden Menschen“ bezeichnete.

[2]) Auf der Generalversammlung vom 27. Mai 1852.

[3]) Anknüpfend an ein schon 1832 erwogenes Projekt (vgl. Fleck im Archiv für Eisenbahnwesen XIX, 39, 45). Diese Strecke von Oberhausen nach Emmerich wurde am 17. Oktober 1856 eröffnet.

dieses Planes mußte die von ihm geleitete Gesellschaft zur Herrscherin im Eisenbahnwesen am linken Rheinufer machen. 'Die Zukunft, so führte Mevissen am 22. Mai 1855 aus,[1]) ist getragen durch die reiche Entwicklung, welche der frische Wetteifer strebender Kräfte für die Industrie in Rheinland und Westfalen in den verschiedensten Zweigen teils bereits errungen, teils für eine nahe Zukunft angebahnt hat. Den Direktionen der Eisenbahnunternehmungen in diesen Landesteilen ist die schöne Aufgabe gestellt, über das engere Gebiet der nächsten Wirksamkeit hinaus in das große Ganze der industriellen Bewegung mitleitend, mitschaffend einzugreifen und an ihrem Teile dazu beizutragen, diese Bewegung zu regeln und ihr solide Resultate zu sichern. Die vorwärtsstrebende Industrie sieht seit langem mit Sehnsucht der Verwirklichung der neuen Eisenbahnlinien auf dem rechten wie auf dem linken Rheinufer entgegen. Das Bedürfnis des Ausbaues dieser Linien ist so dringend geworden, daß die erleuchtete Staatsregierung seine Befriedigung gewiß nicht länger wird verschieben wollen. Das schaffende Streben einer rührigen Bevölkerung beflügelnd, werden diese neuen Verkehrslinien auch der Rheinischen Eisenbahn eine steigende Entwicklung und eine große gedeihliche Zukunft verbürgen'.

Zunächst aber schreckte v. der Heydt vor dieser Ausgestaltung des Rheinischen Unternehmens und besonders vor der Abgabe der Köln-Krefelder Linie zurück, deren Bau und Betrieb er dem Staat einmal gesichert hatte,[2]) und es bedurfte für Mevissen noch wiederholter persönlicher Aussprache mit dem Minister, um hier zum

[1]) In der 18. Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft.

[2]) Er erhob immer neue Schwierigkeiten. Im April 1855 machte er die Konzessionserteilung von der vorherigen Sicherung der Ausführung der Lahntalbahn (von Koblenz nach Wetzlar) abhängig, weil diese (deren Bau natürlich einer Vereinbarung zwischen der preußischen und der nassauischen Regierung bedurfte) vom Kriegsministerium als durch die militärischen Interessen dringend geboten bezeichnet werde. Am 20. April wurde diese Frage von der Direktion verhandelt, und Mevissen konnte am 23. April erklären, daß die Rheinische Gesellschaft auch diesen Bau gegen eine Zinsgarantie von 4% übernehmen werde. Er faßte die neue Schwierigkeit aber 'als eine indirekte Ablehnung des Konzessionsgesuches für die linksrheinische Bahn, da neuerdings wieder eine entschiedene Abneigung des Ministers gegen die Gewährung sichtbar geworden sei'.

Abschluß zu kommen. Die Gelegenheit dazu bot die Pariser Weltausstellung des Sommers 1855 mit ihren für große Unternehmungen aller Art so anregenden Eindrücken.

In London hatte im Jahre 1851 die erste dieser modernen Weltausstellungen stattgefunden, welche als große internationale Veranstaltungen eine Prüfung des Gewerbfleißes der verschiedenen Staaten durch die öffentliche Meinung bezweckten und zugleich offenbarten, welche Förderung aus der natürlichen Mannigfaltigkeit der Nationen für die einheitliche Menschheitskultur entsprang. Mevissen hatte diese erste Ausstellung im Juli 1851 auf seiner Reise nach Schottland (S. 639) besucht und dort eine Fülle von Anregungen auf dem Gebiete der Eisenindustrie empfangen, der er in den folgenden Jahren so erfolgreich nahetrat.[1]) Wenn die deutsche Industrie im Londoner Kristallpalast noch eine ziemlich untergeordnete Rolle spielte und wenn dort nur Frankreich als ebenbürtiger Konkurrent Englands auftrat,[2]) so offenbarte die Pariser Ausstellung vom Jahre 1855, einen wie lebendigen Aufschwung der deutsche Gewerbfleiß seitdem genommen hatte. Für die am 15. Mai eröffnete Ausstellung in den Champs-Elysées wurde Mevissen von der preußischen Regierung in die Jury für die Leinenindustrie entsandt; er wurde dann zum Vizepräsidenten der 22. Klasse erwählt, deren Präsidium der Vorsitzende der Pariser Handelskammer, Legentil, der frühere Handelsminister,

---

[1]) Mevissens Dülkener Fabrik wurde in London ausgezeichnet (Amtlicher Bericht über die Industrieausstellung aller Völker zu London 1851, II, 166). — Er schrieb aus London 1851, Juli 20: 'England macht auf mich im ganzen den alten Eindruck, befangen und betäubend durch den Lärm seiner Tätigkeit und den Geist nicht befreiend durch heitere Schönheit der Erscheinung. Der Engländer hat noch immer keinen Sinn für das Schöne, sondern nur Sinn für das Nützliche. Auch in der Ausstellung stehen die englischen Erzeugnisse trotz ihrer Fülle und ihres Reichtums doch an Geschmack weit hinter den französischen zurück. Es scheint, als ob es unmöglich sei, daß ein großes Volk sich zugleich nach beiden Seiten, in schöner Form und in tüchtigem Gehalte, ausbilde. Seit den Griechen ist es keiner andern Nation gelungen, diese Gegensätze in sich zu vereinigen.'

[2]) Pauli, Geschichte Englands III, 434; Volz, Großbritannien und Deutschland auf der Ausstellung 1851, in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft VII (1851), 687; VIII (1852), 107, 434. — Allerdings begründete in London A. Krupp den Weltruf seines Hauses.

im Auftrage der französischen Regierung führte.[1]) Dieses Ehrenamt veranlaßte Mevissen wiederholt zu längerem Aufenthalt in Paris während des Sommers 1855. Er war hier in den letzten Jahren ganz vertraut geworden. Seine Bank- und Eisenbahninteressen hatten ihn Jahr für Jahr in die französische Hauptstadt geführt, wo im Zeitalter Napoleons III. nicht nur der Schwerpunkt des politischen, sondern auch des finanziellen Lebens von Europa beruhte. Mit B. und A. Fould und den Brüdern Pereire, mit Rothschild und Pescatore stand er durch die von ihm geleiteten Geldinstitute in mannigfacher Verbindung; jetzt führte ihn die internationale Jury, deren Abteilungspräsidenten ein besonderes Zentralkomitee unter dem Vorsitz des Prinzen Napoleon bildeten, nicht nur nahe mit vielen bedeutenden französischen Industriellen zusammen, sondern sie veranlaßte auch einen durch die vergleichende Beobachtung der ausländischen Leistungen sehr fruchtbaren Meinungsaustausch der anwesenden deutschen Juroren, als welche Diergardt für die Seidenindustrie, H. v. Dechen für die Stahlindustrie und der Geheime Oberbaurat Hartwich aus Berlin für das Eisenbahnwesen fungierten. Der ausgedehnte Verkehr mit zahlreichen bedeutenden Menschen, das festliche Treiben an dem glänzenden Hofe des zweiten Kaiserreichs, dessen Mittelpunkt die junge Kaiserin Eugenie bildete, war in hohem Grade anregend. Mevissen verwies hier 'die Plagegeister der industriellen Schöpfungen für einige Zeit in den Hintergrund'. Die Pariser Ausstellung bot nicht nur ein weit entwickelteres Bild der Gewerbetätigkeit der verschiedenen Völker, als die Vorgängerin, sondern sie gab auch beredtes Zeugnis von dem geschmackvollen Schönheitssinn der Franzosen. Die Kunstausstellung im Palais des Beaux-Arts beurteilte Mevissen dahin, 'daß Europa mit Energie einer neuen Kunstperiode entgegenstrebt. Die Bestrebungen sind heute noch chaotisch und wild, nur in einzelnen glücklichen Augenblicken produziert auch der bedeutende Genius dieser Zeit das Schöne, aber überall ist das Ringen nach einer neuen, schönen, typischen Form sichtbar.'[2]) Wenn die deutsche Leinenindustrie, für die er hier zunächst zu sorgen hatte, 'leider sehr schwach vertreten war und gar nichts getan hatte,

[1]) Vgl. Rapports sur l'Exposition Universelle de 1855 (Paris 1855) S. 234 und Rapports du jury mixte international (Paris 1856) II, 403 ff. (S. auch R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen II, 50 ff.)

[2]) Brief Mevissens vom 27. Juni 1855.

um sich äußerlich geltend zu machen, so daß es schwer hält, sie zur Anerkennung zu bringen',[1]) so waren die Erfolge der Eisenindustrie und Stahlproduktion um so glänzender. Mevissens Schöpfung, der 'Hörder Bergwerks- und Hüttenverein', erhielt hier im November die höchste Auszeichnung, die große goldene Ehrenmedaille, zuerkannt, die damals für ihre besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Stahlproduktion auch von der Firma F. Krupp in Essen und dem Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahl davon getragen wurde. Das war ein wohlverdienter Lohn für die glänzenden Leistungen des Hörder Werks, der zeitlich mit einer anderen Auszeichnung zusammentraf. Das Werk empfing am 6. Oktober 1855 den Besuch Friedrich Wilhelms IV. und fand seine ungeteilte Bewunderung. Der König hatte am 3. Oktober in Köln feierlich den Grundstein der festen Rheinbrücke gelegt und bei dieser Gelegenheit auch unter Führung Mevissens die Kölner Baumwollspinnerei besucht.[2]) In einer Ansprache, womit dieser nun in Hörde 'am Ehrentage der Industrie der Grafschaft Mark' den Monarchen begrüßte, dem er früher im politischen Leben wiederholt gegenübergestanden hatte, verbreitete er sich über die großen Wirkungen der Assoziation und Korporation auf dem gewerblichen Gebiete, deren gewaltigen, lange Zeit schlummernden Kräften der König neuerdings freie Bahn gegeben habe. Er traf damit eine Saite in der Auffassung des Königs, die laut und lebendig widerklang.

Auch in anderen Zweigen der Industrie konnte Mevissen auf der Ausstellung zugunsten der Heimat wirken.[3]) Der schönste Erfolg für seine rheinischen Pläne war aber, daß er in Paris mit dem Minister v. der Heydt, der gleichfalls im Juli mehrere Wochen in Paris verweilte, in vielfachen Besprechungen das bis 1848 bestandene Vertrauensverhältnis wiederherstellen und von ihm die grundsätzliche Zustimmung zu seinen Eisenbahnplänen erlangen konnte. Am 31. Juli 1855 sprach Mevissen brieflich die Überzeugung aus, 'endlich zu einer

[1]) Vgl. dazu den allgemeinen Bericht, den Mevissen in Gemeinschaft mit dem Regierungsrat Bitter aus Minden erstattete (Archiv für Landeskunde der preußischen Monarchie 1857, IV, 325ff.), sowie Mevissens Ausführungen im Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1855, S. 5.

[2]) Vgl. Köln. Zeitung 1855, Nr. 275.

[3]) So auf dem Gebiete der Seidenindustrie (gegen Lyon, vgl. Rapports II, 381) und der Tuchindustrie, wo er für die Aachener Fabrikate wirkte.

praktischen Verständigung mit v. der Heydt über die Hauptfragen des Tages gekommen zu sein und das alte bequeme persönliche Verhältnis in angemessener Weise wieder erneuert zu haben'.

Das trat denn auch unmittelbar nachher deutlich zutage. Nachdem am 26. Juli die definitive Konzession der Deutz-Gießener Bahn erfolgt war, traf am 29. August 1855 v. der Heydts Zustimmungserklärung zu den Anträgen der Rheinischen Gesellschaft ein; sie war allerdings noch an einige neue Bedingungen geknüpft, aber Mevissen atmete auf: der Widerstand der Bureaukratie gegen sein Projekt war im wesentlichen besiegt, sein klares Zielbewußtsein hatte die große Zukunft des rheinischen Eisenbahnwesens gesichert. Er äußerte sofort am 7. September der Direktion gegenüber, daß die Frage nach seiner persönlichen Überzeugung nunmehr spruchreif, und daß er bei der Größe und der gemeinnützigen Bedeutung des erweiterten Unternehmens dafür sei, dem Minister, der seinerseits in den Fragen der Tarif- und Fahrplanfestsetzung nachgegeben hatte, mit Konzessionen entgegenzukommen, um den Abschluß herbeizuführen. Direktion und Verwaltungsrat genehmigten demgemäß im Oktober und November den Vertragsentwurf, und Mevissen hatte in der außerordentlichen Generalversammlung vom 14. Dezember 1855 die Genugtuung, den Abschluß definitiv herbeizuführen.

Auf der Grundlage einer Verschmelzung der bestehenden Bonn-Kölner und Köln-Krefelder Eisenbahn mit der Rheinischen Eisenbahngesellschaft wurde der letzteren der Bau und die Verwaltung der ganzen Rheinbahn von Nimwegen bis Bingen, also die endliche Beseitigung der fühlbarsten und unerklärlichsten Lücke im deutschen Eisenbahnnetz, übertragen, und zwar gegen die Verpflichtung, binnen sechs Jahren eine Bahn von Düren nach Schleiden und sofort eine Verbindungsbahn um und durch die Stadt Köln zwischen den verschiedenen dortigen Bahnhöfen, sowie auf Verlangen des Staats mit einer staatlichen Zinsgarantie eine Bahn von Koblenz nach Wetzlar nebst einer stehenden Rheinbrücke bei Koblenz auszuführen.[1])

[1]) Eine besondere im Dezember von Hauchecorne ausgearbeitete 'Denkschrift über die Ertragsfähigkeit des erweiterten Eisenbahnunternehmens der Rheinischen Eisenbahngesellschaft auf dem linken Rheinufer' (Köln 1855, 38 S. 4°) bietet die Details. Das rheinische Unternehmen wuchs jetzt von 12½ auf 58 Meilen Länge.

Mevissen sah sich endlich am Ziele langer und vielfach unerfreulicher Bemühungen. Schritt für Schritt hatte er kämpfen müssen, um die Schwierigkeiten zu besiegen, die sich dem Werk entgegentürmten. Er konnte mit vollem Recht darauf hinweisen,[1]) daß es 'die vom Einklange der allgemeinen und der speziellen Interessen sowie von zuversichtlicher Hoffnung auf die unbeschränkte Entwicklungsfähigkeit eines großen Ganzen getragene, überall fördernde und nirgends hemmende Auffassung' war, welche hier nach langen Mühen 'das Gedeihen des Einzelunternehmens eng an den allseitigen Fortschritt geknüpft' und seinem Unternehmen den Sieg verschafft hatte, indem es ihm zugleich den seinem Namen 'Rheinische Eisenbahngesellschaft' völlig entsprechenden Inhalt verlieh.[2])

Am 5. März 1856, zwölf Jahre nach den ersten Aktienzeichnungen für den Ausbau der Bahn nach Bingen, erfolgte die königliche Konzessionsurkunde über die Erweiterung des rheinischen Eisenbahnunternehmens. Mevissen stand jetzt auch hier an der Pforte bedeutsamen und umfassenden Schaffens; als Leiter mehrerer großer Bankinstitute, und gestützt auf das ungemeine persönliche Vertrauen, das er an der Börse inzwischen gewonnen hatte, durfte er hoffen, auch der Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für das ausgedehnte Verkehrswerk — es handelte sich jetzt um die Erhöhung des Grundkapitals der Rheinischen Eisenbahngesellschaft um 24 Millionen Taler — trotz des Krimkriegs und der Überfüllung der Börse mit anderen Projekten Herr werden zu können.

[1]) Vgl. das Protokoll der Generalversammlung vom 14. Dezember 1855.

[2]) Auch jetzt waren die strategischen Bedenken des Kriegsministeriums noch nicht ganz weggeräumt, und zwar Bedenken, die sich besonders auf Nassau bezogen. Es wurde von den Vertretern der Rheinischen Direktion am 16. Februar 1856 noch eine sekrete Erklärung verlangt, dahingehend, daß die Direktion sich zur Beseitigung der in strategischer Beziehung etwa zu erhebenden Bedenken verpflichte und auf Erfordern die linksrheinische Bahn bis Bingen nicht vor Eröffnung der Deutz-Gießener Linie vollenden und eröffnen werde. Dieser Revers wurde am 20. Februar durch Mevissen und A. Oppenheim abgegeben.

V. Auf der Höhe des Lebens 1857—1879.

Achtzehntes Kapitel.

Rheinisches Eisenbahnnetz. Kölner Handelskammer. Verfassungskonflikt (1857—1866).

Mitten in den großen Schaffenserfolgen der bewegten Jahre, die ihn zur zentralen Persönlichkeit in dem Aufschwung des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens erhoben hatten, wurde Mevissen vom härtesten Schicksalsschlage getroffen. Am 29. Mai 1857 starb seine Gattin nach elfjähriger, glücklichster Ehe. Ihre reichbegabte Natur hatte seinem Gemüt eine Welt von Liebe und Schönheit aufgebaut. Der durch Mevissens häufige Reisen veranlaßte Briefwechsel offenbart, mit welchem Verständnis seine Gattin den Kern seiner Persönlichkeit und seiner Bestrebungen erfaßte, und wie hoch er in ihr den Wert einer liebenden Frauenseele für den in den Kämpfen des Tages stehenden Mann schätzte.[1]) Ihr ideal gerichtetes Wesen bot ihm die Liebe in der als höchste Errungenschaft des Lebens von ihm geschätzten Gestalt, als Selbstgewißheit und Selbstempfindung im andern. Seine Ehe war mit fünf Töchtern gesegnet. Die aus seinem Elternhaus ererbte Auffassung des Familienlebens als der Gemeinsamkeit des Strebens zur fortwährenden Veredlung des Geistes und zur gegenseitigen, auf absoluter Offenheit beruhenden Förderung war auch in seinem Hause zur Wirklichkeit geworden. 'Ring um Ring bildet sich, so schrieb er Neujahr 1856, sorgen wir, daß das Ganze harmonisch sich gestalte, daß das Zentrum des Menschenherzens, die Liebe im Gemüte, auch das Zentrum des Lebens in seiner schaffenden und strebenden wie in seiner reflektiven Richtung

[1]) Vgl. u. a. seine Briefe vom 24. Mai 1847 und vom 7. Januar 1849 (Bd. II, S. 281, 451).

bleibe.' Bei der Erziehung der Kinder schwebte den gemeinsamen Bemühungen der Eltern als Ziel vor 'jene Grundlage einer edlen Gesinnung und offenen Freiheit und jener Haß gegen Lüge und Verstellung, die nur in freien Zuständen sich ausbilden, dann aber auch im späteren Leben sich nie mehr verleugnen können. Tüchtigkeit der Gesinnung und ein offenes, freies, hingebendes Herz, das sind die höchsten Güter, die liebevolle Erziehung in der Brust der Kinder auszubilden vermag'.[1]) Die zarte Gesundheit seiner Gattin, die im Lauf der Jahre durch wiederholte Krankheitsfälle geschwächt wurde, vermochte einem akuten Nervenfieber keinen Widerstand zu bieten. Die unerwartet schnelle Katastrophe traf Mevissen aber um so schwerer, als er selbst kurze Zeit vorher bedenklich erkrankt war.

Den gehäuften Anstrengungen des geschäftlichen Lebens, dessen Mittelpunkt er war, erwies sich auch seine gesunde Konstitution als nicht gewachsen. Zwar hatte er sich in den ersten Jahren, in denen seine Tätigkeit sich ganz auf seine industriellen Schöpfungen zusammenzudrängen schien, innerlich über die Sorgen des Tages hinauszuheben vermocht. 'Treten jetzt auch zuweilen Geschäfte mehr als billig störend in den Weg, so fühle ich doch in der Brust noch den Atem des freien, geistigen Menschen, der früher oder später, durch die Fesseln der einengenden Verhältnisse ungehemmt, seinen Flug wieder aufnimmt und lichteren Zielen als Bankoperationen zusteuert. — Die Masse des Zufälligen, des halb Bestimmten schwillt an und tritt oft hemmend der freien Selbstbestimmung entgegen. Schaffen und Wirken für große, allgemeine Interessen und poetische Auffassung des Lebens und Strebens durchbrechen jedoch stets die hemmenden Schranken und geben dem Geiste seine Freiheit und Spannung wieder.'[2]) Der nimmermüde Fleiß dieser Jahre, die ihn auf wiederholten geschäftlichen Reisen in stetem Wechsel nach Darmstadt, Luxemburg, Hörde, Brüssel, London, Paris, Berlin und Wien führten

---

[1]) 'Lasse uns, so schrieb Mevissen am 3. August 1855, den Geist der Kinder bilden, ihr Herz in Unschuld hüten und ihnen die reine, schöne Auffassung des Lebens sichern; lasse uns sie lehren, daß im Leben, im Schaffen für andere, in Aufopferung und Hingebung das größte Glück auch des eigenen Daseins liegt. Bannen wir den falschen Egoismus, der die Quellen des Lebens und des Gemütes austrocknet und die Jugend zum Alter stempelt.'

[2]) Briefe vom 20. September 1853 und 27. Mai 1854.

und ihm Gelegenheit boten, in allen Sphären des Schaffens mitwirkend sich umzusehen und klare Blicke in den Umfang und die Tiefe des Lebens zu werfen, verhinderte aber, daß er während des rastlosen Vorwärtsstrebens der Fesseln achtete, die er sich durch seine zahlreichen Schöpfungen selbst auferlegte. Im Herbst des Jahres 1854 fühlte er die erste stärkere Abspannung des Geistes, das wiederholte sich im Sommer 1856; er suchte ihrer damals durch eine Reise in die Alpen Herr zu werden. Am 24. Februar 1857 aber traf ihn während einer geschäftlichen Verhandlung mit den Delegierten verschiedener deutscher Banken im Hotel Disch zu Köln[1]) infolge voraufgegangener geistiger Überanstrengung ein längerer Ohnmachtsanfall. Zwar erholte er sich bald wieder, aber die Ärzte rieten dringend zu einer strengen Beschränkung der seitherigen Tätigkeit.

Nun, beim Verlust der Gattin, sprach sich die ganze, unverlorene Innerlichkeit seines Wesens in der Weise seiner Jugendjahre in einer Fülle tiefempfundener Sonette aus. Ein poetisches Regen blieb ihm stets in der Tiefe des Gemüts erhalten, wenn es sich auch vor dem Gedränge der Tagesarbeit zurückzog. Jetzt suchte er wieder Erlösung vom Sturme seiner Empfindungen, 'der Dichtung Zauber über Trauer breitend, Zu neuem Leben sanft hinüberleitend'. Auch das alte Bedürfnis der Selbsterinnerung und der Reflexion erwachte; er fand wiederum 'Trost, Befreiung und neue Lebenskraft in verborgenen Blättern'; wochenlang bemühte er sich, im Drange leidenschaftlichen Selbstbekennens sein aufs äußerste gesteigertes Gefühlsleben zu bewältigen, indem er es im einsamen schriftlichen Selbstgespräch vor sich verlautbarte. So überwand er seinen Schmerz, indem er sich der Größe des Verlustes, aber auch der Pflichten bewußt wurde, die das Leben an ihn stellte. Eine längere Reise nach Holland und der Schweiz brachte ihm allmählich die innere Befreiung, zugleich aber den festen Entschluß, in seinem äußeren Wirken und Schaffen eine Änderung durchzuführen, die ihn von der täglichen Sorge des Bankgeschäfts entlastete und ihm gestattete, sich fortan bei allen seinen Unternehmungen im wesentlichen auf die Oberleitung zu beschränken.

[1]) Es handelte sich um den Gedanken einer Einigung und Kartellierung der neuen Kreditbanken (vgl. das Protokoll der Generalversammlungen der Darmstädter Bank vom 27. Mai 1856 und 4. Mai 1857).

Er hatte dazu um so mehr Veranlassung, als er vor einiger Zeit sich zur Übernahme eines öffentlichen Amtes hatte bestimmen lassen, das durch die Art, wie er es verwaltete, starke Anforderungen an ihn stellte.

Seine Tätigkeit in der Kölner Handelskammer, von deren Vorsitz L. Camphausen im Jahre 1848 zurückgetreten war, hatte Mevissen nach seiner Rückkehr aus Frankfurt zunächst nur sporadisch aufgreifen können. Doch stand er dem damaligen Präsidenten J. J. Langen persönlich nahe, und so enthalten die gedruckten Jahresberichte der Kammer für die Jahre von 1850—1854 in ihren allgemeinen Teilen vielfach Gedanken und Ausführungen Mevissens. Für manche seiner Gedanken fehlte anfangs noch das Verständnis in der Kölner Kaufmannschaft. So machte er im Sommer 1851, als er mit dem preußischen Konsul in Smyrna, L. Spiegelthal, dem Vertrauten des Ministerpräsidenten Manteuffel, die Anknüpfung direkter Beziehungen der kölnischen und rheinischen Handelswelt mit Kleinasien erörterte, die Wahrnehmung, daß für solche Ideen zunächst noch kein Boden vorhanden war.[1])

In wichtigen Fragen aber griff die Handelskammer stets gerne auf sein Urteil zurück, so besonders in der Zeit der Zollvereinskrisis von 1850—1853.[2]) Österreich erstrebte seine handelspolitische Einigung

[1]) Vgl. oben S. 623 Anm. 3. Spiegelthal berichtete am 21. Juli 1851 aus Smyrna eingehend an Mevissen über die dortigen Handels- und Verkehrsverhältnisse. Mevissen erwiderte am 6. September: 'Smyrna liegt, wie es sich bei den hiesigen Besprechungen herausgestellt hat, für den Kölner Unternehmungsgeist zu fern, und man muß vorderhand darauf verzichten, an hiesigem Platze Plänen für den Orient Eingang zu verschaffen, bis eine fernere Entwicklung den Blick der Kölner Handelswelt erweitert. Ich werde stets mit großem Interesse von neuem vernehmen, welche Zukunft Sie dem Orient und den deutschen Handelsbeziehungen dorthin zuschreiben.'

[2]) Vgl. oben S. 597; Zimmermann, Handelspolitik S. 348ff.; Delbrück, Lebenserinnerungen I, 246ff.; 284ff.; Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. III, 160ff. — Sehr interessante Mitteilungen über einen am 16. Januar 1850 von dem österreichischen Ministerialrat Hock (der rechten Hand Brucks, vgl. Delbrück a. a. O. I, 256, 278; Zimmermann a. a. O. S. 359) in einer Versammlung preußischer Industrieller in Berlin unternommenen Versuch, die österreichischen Pläne einzuführen, richtete G. Mallinckrodt, der damals als Abgeordneter der I. Kammer in Berlin weilte und an jener Versammlung teilnahm, am 17. Januar an Mevissen.

mit dem Zollverein, in den es unter Verzicht auf sein bisheriges Prohibitivsystem nicht bloß mit seinen deutschen, sondern mit seinen sämtlichen Kronländern eintreten wollte. Die Minister Schwarzenberg und Bruck gedachten so im Zusammenhang mit den politischen Erfolgen des Jahres 1850 auch die wirtschaftspolitische Vormachtstellung Preußens zu brechen. Österreich lehnte sich dabei an die süddeutschen Zollvereinsstaaten an, die seit 1845, seit der Belebung des Gegensatzes zwischen norddeutschem Freihandel und süddeutschen Industrieinteressen, in ihrer Anhänglichkeit an den Zollverein schwankten und eben jetzt politische Gegner Preußens waren. Preußen begegnete der Gefahr, die in der Darmstädter Konferenz vom 6. April 1852 gipfelte, indem es am 7. September 1851 unter Kündigung der Zollvereinsverträge einen Zollvereinsverband mit Hannover gründete und von dieser neuen Basis aus die süddeutschen Staaten nötigte, im eigenen Interesse ihre Verträge mit Preußen am 4. April 1853 zu erneuern, nachdem Österreich schon am 19. Februar 1853 in der Erkenntnis der Undurchführbarkeit seiner eigenen Pläne einen einfachen Handelsvertrag mit Preußen geschlossen hatte. Die Intrigue endete so mit einem vollen Erfolg Preußens: der bis 1865 erneuerte Zollverein war auf Hannover und die mit ihm im Steuerverein verbundenen Länder ausgedehnt, und es war zugleich ein aussichtsvolles wirtschaftliches Verhältnis mit Österreich eingeleitet.

Am Rhein war inzwischen in dem liberalen Kreise von Handel und Industrie die dankbare Erinnerung daran, daß der preußische Zollverein die Grundbedingung des wirtschaftlichen Aufschwungs Deutschlands, den großen innern Markt, erst geschaffen hatte, nicht verloren gegangen. So schwer Mevissen, Beckerath und ihre Freunde die alles Maß verlierende politische Reaktion empfanden, so war und blieb für sie das kleindeutsche Programm des Jahres 1848 doch ein unverlierbares Gut. Die Fortdauer der preußischen Hegemonie in der deutschen Handelspolitik bildete für sie einen unverrückbaren Angelpunkt. Schon die Einleitung der Verhandlungen Preußens mit Hannover im Januar 1851 begrüßte Mevissen freudig, wenn er auch zunächst an keinen Erfolg glaubte. 'Wie es scheint, so schrieb er am 27. Januar 1851,[1]) beginnt die Ansicht, daß die materiellen

[1]) An den Abgeordneten G. Mallinckrodt.

Interessen den einzigen Punkt bilden, von wo aus eine bessere Zukunft sich zu gestalten vermag, auch in der Regierungssphäre Platz zu greifen. Werden auch die mit Hannover und dem Steuerverein anzuknüpfenden Verhandlungen voraussichtlich zu keinem Resultat führen,[1]) so sind sie doch für Österreich ein sehr deutlicher Fingerzeig, wohin die preußische Politik durch die Natur der Dinge gedrängt werden wird, wenn Österreich beharrlich die gerechte Parität in Deutschland weigert. Obschon ich gar nichts für den soi-disant Freihandel übrig habe, der in der Tat nichts ist, als Freiheit des Kaufens ohne entsprechende Freiheit des Verkaufens, so ist doch der Gedanke, den Steuerverein mit dem Zollverein zu verschmelzen, von zu hoher politischer Bedeutung, um ihm nicht zuzustimmen, sobald reelle Aussichten zu seiner Verwirklichung sich bieten.' Den Abschluß des Vertrags aber, das Ergebnis der geschickten Verhandlungen R. Delbrücks, begrüßte er als den ersten großen Erfolg der preußischen Politik nach so vielen Niederlagen, er erkannte ihre Tatkraft auf diesem Gebiete uneingeschränkt an.

Am Niederrhein legte allerdings die Industrie den größten Wert auf die Erhaltung des süddeutschen Marktes, und die Gladbacher Handelskammer machte im Mai 1852, unter dem Eindruck der Darmstädter Verhandlungen, die auf einen süddeutschen Zollverein mit Österreich ohne Preußen abzielten, den übrigen rheinischen Handelskammern den Vorschlag einer gemeinsamen öffentlichen Stellungnahme zu den schwebenden Fragen. Die Kölner Handelskammer erbat dafür Mevissens Gutachten. Er aber riet aus politischen Gründen dringend von einem solchen Schritt ab. Auch er wünschte natürlich den Fortbestand des Zollvereins, und von der Begründung eines ausschließlich norddeutschen Vereins fürchtete auch er, daß er 'die speziellen Interessen der Industrie der Rheinlande in vielen und wesentlichen Punkten beeinträchtigen, das durch die Natur den preußischen Rheinlanden angewiesene Handelsgebiet in Mittel- und Süddeutschland versperren und dem rheinischen Handel seine Hauptmärkte nehmen wird. Ein solcher Zollverein wäre aber von zu hoher politischer Bedeutung und von zu bedeutender Rückwirkung auf die Entwicklung und die Machtstellung des Gesamtvaterlandes, als daß ich es mit meiner Auffassung

---

[1]) So urteilte damals auch Delbrück a. a. O. I, 274, 283ff.

der Pflichten als Bürger des Gesamtstaates vereinbar erachten könnte, in einer solchen Lebensfrage des Staates Partikularinteressen einer Provinz als maßgebend zu betonen.[1]) Die andere Alternative — zeitweiliges Zerwürfnis, jedoch schließliche Verständigung mit Österreich auf der Grundlage eines Handelsvertrages mit ihm — würde dagegen den Interessen der Industrie und den allgemeinen Interessen des deutschen Volkes entsprechen und dem Gesamtvaterlande eine gedeihliche Entwicklung sichern. Nur das Staatsministerium dürfte sich jedoch in der Lage befinden, gerecht zu ermessen, ob, wann und in welcher Weise dieser Weg vereinbar mit der Ehre und Würde Preußens betreten werden kann. Für Preußens Staatsangehörige ist diese Frage zurzeit nicht eine Frage des Interesses, sondern eine Frage der Ehre und Würde, und dieser gegenüber wird den Partikularinteressen nur sehr schwer ein angemessener und allseitig befriedigender Ausdruck gegeben werden können.'[2])

Mevissen war gewohnt, das Ineinandergreifen des ökonomischen Lebens von der höheren Warte des Staatswohls zu betrachten. Die voranschreitende Industrie sollte 'mächtige Bausteine für eine große Zukunft des Vaterlandes liefern'. In diesen Dienst stellte er sein wirtschaftliches Schaffen eben so planvoll, wie es in jenen Jahren reaktionärer Willkür von seiten der dem Gelehrtenstande angehörigen Mitglieder der Frankfurter Erbkaiserpartei mit ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit geschah.[3]) Seine überlegene Auffassung, verbunden mit seinen gleichzeitigen praktischen Erfolgen, brachte ihn nun binnen kurzem von

[1]) Mevissen hatte im April, kurz nach der Berliner Zollkonferenz vom 19. April, Gelegenheit gehabt, die Frage der Zolleinigung mit Hannover auch mit dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel mündlich zu erörtern. (Für die damalige Situation vgl. Denkwürdigkeiten Manteuffels II, 103 ff.)

[2]) Das Gutachten empfahl, den süddeutschen Handelskammern die Bemühungen um die Erhaltung des Zollvereins zu überlassen. Die Kölner Handelskammer lehnte daraufhin am 12. Mai 1852 den Gladbacher Vorschlag ab.

[3]) Vgl. E. Marcks, L. Häusser, in der Festschrift der Universität Heidelberg (1903) S. 318 ff. G. Beseler, mit dem Mevissen in regelmäßiger Verbindung blieb, schrieb ihm am 26. September 1857 aus Göttingen: „Möchten unsere Arbeiten dazu beitragen, den Grund für die nationale Entwicklung unseres Volkes zu befestigen und eine gesunde Staats- und Rechtsanschauung zu verbreiten. Ich vertraue auch auf die Zukunft Deutschlands, obgleich ich für die nächste Zeit keine tröstlichen Aussichten habe. Tue denn nur jeder an seiner Stelle seine Schuldigkeit".

selbst auch formell an die Spitze des Kölner Handelsstandes. Den Jahresbericht der Handelskammer für 1855 hatte er mit einem Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage Europas eingeleitet, worin er den industriellen Fortschritt der preußischen Westprovinzen skizzierte und die Vorteile darlegte, welche Köln diesem verdankte. Im preußischen und deutschen Interesse, so führte er aus, sei es wünschenswert, daß sich in Köln ein starker Mittelpunkt entwickle und den zerstreuten Richtungen festen Halt biete; der Fortschritt der letzten Jahre lasse den Gedanken nicht zu kühn erscheinen, daß das alte Köln sich unter dem schirmenden Szepter der Hohenzollern im nächsten Jahrzehnt dem Höhepunkt seiner vergangenen Blüte wieder nähern werde. Ihm vornehmlich war es zu danken, daß in Köln während der letzten Jahre Handel und Industrie in fruchtbare Verbindung getreten waren. Die auf 100000 Einwohner angewachsene Stadt war Sitz einer Reihe großer Aktienunternehmungen geworden, das Bankwesen hatte hier ein bedeutsames Zentrum erhalten, und die geplante Ausgestaltung des Eisenbahnwesens verhieß einen weiteren Fortschritt der auf der Neuorganisation von Kapital und Verkehr beruhenden dominierenden Stellung der rheinischen Metropole. Am 29. April 1856 wählte die Kammer trotz des noch immer vorhandenen zahlenmäßigen Übergewichts der Freihändler in ihrem Schoße Mevissen zum Präsidenten, und die Mitglieder sprachen ihm am 17. Mai durch eine besondere schriftliche Erklärung einstimmig aus, daß sie seine „Bestrebungen, welche die Beförderung des Handels und der Industrie bezwecken und die Stellung der Stadt Köln zur Rheinprovinz ins Auge fassen, vollkommen anerkennen, und daß sie nach besten Kräften mitwirken werden, um das Programm auszuführen, welches den Eingang zum letzten Jahresbericht der Handelskammer bildet."

In den Handelskammern wie in den Verwaltungen der Aktiengesellschaften lag damals der Schwerpunkt noch durchaus bei den kaufmännischen Mitgliedern, erst später hat er sich nach der Seite der Beamten verschoben. Mevissen widmete der Kölner Kammer im Innern eine hingebende Tätigkeit, er suchte aber vor allem durch Gutachten, die er der Staatsbehörde erstattete,[1]) und durch die Ver-

[1]) U. a. über die Beschränkung fremden Papiergeldes (1856 Juli 17), über die Amortisation der Börsenpapiere (1856 September 8), über den Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsrechts (1857 Okt. 19), über die von

öffentlichung inhaltreicher Jahresberichte nach außen zu wirken. Seine sehr eingehenden, auf statistischen Erhebungen fußenden und mit kühnen Reformvorschlägen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfüllten Berichte über die Jahre 1855—1858, die von der Regierung in steigendem Maße beachtet, von der Presse vielfach nachgedruckt und besprochen und von der kaufmännischen Welt mit Spannung erwartet wurden, bilden eine ausgezeichnete Quelle für diese im Jahre 1857 durch eine schwere und noch lange nachwirkende Handelskrise unterbrochene Epoche großen wirtschaftlichen Aufschwungs. Da aber Mevissen hier die Fäden der wirtschaftlichen Zeitentwicklung auseinanderlegte, wie sie sich ihm persönlich durch seine vielseitige Tätigkeit und durch ununterbrochene kritische Durchmusterung der Zustände darstellten, so eröffnen diese Berichte zugleich einen willkommenen Einblick in seine damalige Auffassung des wirtschaftlichen Lebens.[1])

Es war ihm Bedürfnis, seine Ansichten über die volkswirtschaftlichen Fragen vor weiteren Kreisen auszusprechen, um das kaufmännische Wesen durch den Hinweis auf den weiteren Rahmen zu heben, innerhalb dessen sein Wirken sich vollzieht, und um zugleich seinen Widerspruch gegen die extrem freihändlerische Richtung zur Geltung zu bringen, die seit 1850 unter dem Einfluß von F. Bastiat und J. St. Mill in der theoretischen Nationalökonomie Deutschlands siegte und seit 1857 in dem jährlich tagenden 'Kongreß deutscher Volkswirte' ein Organ wirksamer Propaganda besaß.[2]) Die öffentliche Aussprache über diese Fragen bot ihm außerdem einigen Ersatz für das ganz darniederliegende politische Leben. Im Jahre 1854 empfahl er seinen Verwandten die Lektüre von Fichtes Reden an die deutsche Nation, 'um sich geistig den kräftigen Mut und die gute Stimmung zu bewahren, wenn es die Politik demnächst zu toll mit uns treiben sollte'.[3]) Die Wiedergeburt des deutschen Volkes von innen heraus

Frankfurt und Hamburg angeregte Frage einheitlicher Goldwährung in Deutschland und über Vereinsgoldmünzen (1859 Dez. 15). — Eine Biographie Mevissens (von R. Hocker) brachte damals 'Unsere Zeit' I (1857), 274 ff.

[1]) Ein größerer Abschnitt aus dem Bericht für das Jahr 1858 ist Bd. II, S. 544 - 566 abgedruckt.

[2]) Grambow, Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte (1903) S. 13 ff. Von den damaligen Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft stand K. Knies der Auffassung Mevissens relativ am nächsten.

[3]) Brief vom 14. April 1854 an F. W. Koenigs (vgl. oben S. 119).

durch eine Nationalerziehung im Sinne Fichtes war noch immer sein Ideal, aber in dem wirtschaftlichen Fortschritt Preußens sah er jetzt wie vor dem Jahre 1848 die materielle Grundlage einer besseren Zukunft. 'Nach der Herstellung und Erweiterung des Zollvereins, dieser Bürgschaft einer großen und segensreichen Entwicklung der vaterländischen Industrie, wird die Fürsorge der Staatsregierung wesentlich und zunächst darauf gerichtet sein müssen, das Land durch großartige Anlagen, wie die Zeit sie gebietet, zu befähigen, den industriellen Wettkampf der deutschen Stämme ehrenvoll zu bestehen.'[1]) So viele Schwierigkeiten bei den Behörden er überwinden mußte, um seine Projekte ins Leben einzuführen, so verkannte er doch keineswegs, daß die Bureaukratie auch sehr tüchtige Männer umfaßte, die sich in diesen Jahren große Verdienste um den wirtschaftlichen Fortschritt erwarben.[2]) Diese Tatsache und die fortgesetzte äußere Friedenspolitik der preußischen Krone, die 1855 durch die Bewahrung der Neutralität im Krimkrieg eine wirtschaftliche Krise verhütete, führte ihn nach der herben Enttäuschung der Jahre 1848—1850 allmählich wieder zu einer mildern Beurteilung der preußischen Regierung. Als der König Friedrich Wilhelm IV. am 3. Oktober 1855 bei der Grundsteinlegung der Kölner Rheinbrücke der schöpferischen Tätigkeit der rheinischen Industrie warmen Beifall spendete,[3]) erwiderte Mevissen

---

[1]) Vgl. das Protokoll der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft vom 24. Mai 1853.

[2]) Neben dem Minister v. der Heydt zählte dazu besonders Mevissens naher Freund, der Kölner Regierungspräsident v. Moeller, der es in einsichtiger Weise verstand, die öffentlichen Interessen mit den berechtigten Einzelinteressen in Einklang zu bringen. Nicht zu dieser Gruppe zählte allerdings der rheinische Oberpräsident v. Kleist-Retzow (1851—58), der Typus des Reaktionärs, den Mevissen nach einer Unterhaltung am 7. August 1851 als 'einen in die Rheinprovinz hineingeschneiten Vertreter des pommerschen Grundbesitzes' schildert. 'Der Mann hat, wie es mir scheint, die typischen Vorzüge und Schwächen seiner Landsleute, er ist brav, pflichttreu und exakt, aber zu schwerfällig und zu beschränkten Gesichtskreises, um dem leichtfüßigen Rheinländer in seiner geistigen Beweglichkeit zu folgen.'

[3]) Kölnische Zeitung 1855 Nr. 276. Einige Jahre vorher, am 17. August 1851, hatte Mevissen zuhören müssen, als der König in Köln im Kreise rheinischer Gemeindevertreter und Honoratioren der „verblendeten Presse" mit Gewaltmaßregeln drohte (ebd. 1851 Nr. 197—199). 'Mir ist, so schrieb er am 20. August, beim Anhören lebhaft das Jahr 1861 vor dem Geiste aufgestiegen, und mit

wenige Tage später in Hörde mit den an seine Ausführungen aus dem Jahre 1840 anklingenden Worten: 'Nach dem Verfall deutscher Einheit haben unter den preußischen Königen zersplitterte deutsche Stämme sich zu einer neuen staatlichen Einheit emporgerafft. Die Kraft und Tüchtigkeit der preußischen Monarchen schuf in Krieg und Frieden aus Preußen ein mächtiges Reich, auf das heute das deutsche Volk vertrauend emporblickt.'[1]) Er hoffte vor allem, daß die preußische Regierung sich die Hegemonie im Wirtschaftsleben Deutschlands unter keinen Umständen aus der Hand winden lassen werde.[2])

Die Aufgaben des Staates gegenüber dem Wirtschaftsleben beurteilte er in einer von dem öffentlichen Bewußtsein der Freihandelsära stark und grundsätzlich abweichenden, aus seinem eignen Vorstellungskreis[3]) aber konsequent fortgebildeten Weise. Die herrschende Ansicht der Zeit ging dahin, die Tätigkeit des Staates auf dem volkswirtschaftlichen Gebiet solle beschränkt, womöglich ausgeschlossen werden, um der Tätigkeit der einzelnen freien Raum und weiteste Geltung zu verschaffen. Mevissens Auffassung, daß alle Volkskräfte, auch die wirtschaftlichen, zur selbsttätigen Mitarbeit am Staat auf vernünftigen und sittlichen Grundlagen entwickelt werden müssen, stellte ihn in Gegensatz zu der ausschließlichen Grundidee der individuellen Freiheit. Hier offenbarte sich die geistige Selbständigkeit, die der Philosoph und Autodidakt sich einst erworben hatte und sich auch jetzt, in einer von anderen Überzeugungen und Schulmeinungen bestimmten Welt, ungebrochen erhielt.[4]) So stark seine eigene Persönlichkeit war, und so leicht es seiner Überlegenheit nach den Grundsätzen des 'Laissez faire' gelingen mußte, sich durchzusetzen — in der beschränkten Freiheit sah er die Aufgabe, und auch über seinen praktischen Erfolgen

Wehmut habe ich dabei die heute in gutem Glauben und guter Absicht handelnden Personen angesehen.'

[1]) In seiner Ansprache vom 6. Oktober (vgl. oben S. 687); vgl. dazu Bd. II, S. 84.

[2]) Vgl. den Bericht der Kölner Handelskammer für 1855 S. 2, 8.

[3]) Vgl. für seine früheren Gedanken auf diesem Gebiet oben S. 171—185, sowie die Programmschrift von 1845, oben S. 398—406, Bd. II, S. 137 ff.

[4]) Vgl. dazu die Darlegungen von Hegel, Philosophie des Rechts § 326. Den Kern von Mevissens Gedanken über eine ethische Durchdringung der Volkswirtschaft bilden die Ideen Herbarts (vgl. oben S. 115 ff.).

blieb er der in der Idee des Ganzen lebende Kopf, einer jener Männer, deren Wirken nur aus dem eignen Innern, nicht von äußeren Beweggründen bestimmt ist, und die die Mannigfaltigkeit ihres Wirkens mit einheitlichem, auf das All gerichtetem Geist durchdringen. Er war überzeugt, daß das komplizierte Kulturleben, das der moderne Staat umschließt, nicht das Werk des Zufalls und der Willkür, des planlosen Zusammenwirkens der Einzelkräfte sei und sein könne. Seine philosophische Weltanschauung wie seine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung erkannten keine natürliche Harmonie der Interessen an; dem Geist, der Vernunft des denkenden Menschen wies er die edelsten Errungenschaften der menschlichen Kultur zu, und er verlangte nach einer über den kollidierenden Einzelinteressen stehenden, mit Bewußtsein vorgenommenen Regulierung. Daß die zum allgemeinen Wohl erforderliche Beschränkung des nackten Egoismus im materiellen Leben rein mechanisch, durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage, durch Gehenlassen und schrankenlose Konkurrenz erzielt werden könne, vermochte er nicht zu glauben; nur das intellektuelle und ethische Zentralorgan der Vernunft schien ihm dazu geeignet. Die Handhabung der Vernunftgesetze aber hielt er auch in der praktischen kaufmännischen Welt für durchführbar; auch hier war seiner Meinung nach die Identität von Sein und Denken zu erweisen.

Sein Ausgangspunkt blieb stets die freie Bewegung und Selbstbestimmung, die ihm als Lebensbedingung jeder kräftigen und erfolgreichen Tätigkeit galt. Befreiung des Individuums, aber gleichzeitig Erfüllung des Individuums mit allgemeinem Inhalt war von Jugend auf einer seiner Leitsätze (S. 182). Schranken wollte er daher nur ausnahmsweise durch äußeren Zwang im Wirtschaftsleben begründet sehen. Hier hatte vielmehr nach seiner schon angedeuteten Überzeugung die Assoziation das organische Bindeglied zwischen isoliertem Einzelwillen und Staat herzustellen.[1]) In dieser Zwischeninstanz, 'der Hauptschule großen industriellen Unternehmungsgeistes', sollten die einzelnen ihre individuellen Absichten im Ausgleich mit Genossen verfolgen lernen. Durch das erzieherische Mittel korporativer Selbstverwaltung sollte der private, von egoistischen Trieben bestimmte Unternehmungsgeist auf allgemeinere Ziele gelenkt werden. Zu diesem Zwecke sollten ferner diese

[1]) S. 619. Vgl. für das Folgende die Kölner Handelskammerberichte für 1851—1854, besonders aber die für 1855—1858.

kaufmännischen Verbände in ihrer Zusammensetzung eine Mischung verschiedener Bevölkerungsgruppen darstellen. Eine Auswahl der besten kaufmännischen Elemente sollte sich mit Nichtkaufleuten und Beamten vereinigen, um so die Betrachtung der Fragen des Wirtschaftslebens von einem allgemeinen Standpunkte zu erleichtern. Anstellung wissenschaftlich gebildeter Kräfte zur Vorbereitung großer Projekte und zur dauernden Beratung besonders der Bankleitungen, möglichst umfassende Publizität der gesamten geschäftlichen Gestion, detailierte Veröffentlichung der Bilanzen und sonstigen Hauptmomente aus dem Leben der industriellen Gesellschaften sollten dem gleichen Zweck dienen.[1])

Daneben hielt er aber eine dauernde Mitwirkung des Staates nicht nur durch die Gesetze, sondern auch durch die Verwaltung für notwendig. 'Bei der hohen Bedeutung, so führte er im Jahre 1859 namens der Kölner Handelskammer aus,[2]) welche die Finanzpolitik der Staaten in der Gegenwart sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung wie auf die politische Machtstellung der Völker ausübt, halten wir in einem jeden Staate von Bedeutung es für geboten, daß die Staatsregierung auf die finanzielle Bewegung einen leitenden Einfluß ausübe und, getragen durch höhere Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse, durch ihr wechselnd positives oder negatives Verhalten den Kapitalisten den Weg zeige. Wir sind hierbei weit entfernt, positivem Zwange auf dem Gebiete der Finanzen irgendwie das Wort zu reden, und halten selbst einen negativen Zwang nur in seltenen Ausnahmefällen und bei ganz besonderen Anlässen, einer dem Extrem sich nähernden Spekulation gegenüber, für gerechtfertigt; aber auch ohne positiven oder negativen Zwang bleibt der Staatsregierung noch ein großes Gebiet freier bestimmender Einwirkung. Die Staatsregierung hat sowohl für die direkt vom Staate zu lösenden materiellen Aufgaben den Moment zu bestimmen, als auch es in der Hand, die Privatindustrie durch umfassende, von einem hohen allgemeinen Standpunkte aus bewirkte Ermittlungen über die Bedürfnisse der jeweiligen Gegenwart aufzuklären, durch Vorstudien die Wege zur Ausführung zu ebnen, und bei der Konzession der Aktiengesellschaften sowohl auf

[1]) Bericht für 1855 S. 11, 1856 S. 19, 1857 S. 19ff. (vgl. Bd. II, S. 532). Mevissen hat selbst nach diesen Grundsätzen gehandelt (vgl. Kapitel 19).

[2]) Vgl. Bd. II, S. 549.

den Moment des Inslebentretens wie auf die Modalitäten der Lösung der gestellten Aufgabe hinzuwirken'.

Es handelte sich ihm also nicht um kleinliches Bevormunden durch die Polizeiorgane des Staates — die freie innere Bewegung, eine 'ehrenvolle Selbständigkeit', blieb für ihn vielmehr der Lebensnerv aller Industrie —, sondern im wesentlichen um Anregen und Temperieren. Aber 'je zahlreicher die Aktiengesellschaften werden, je mehr sie sich einzelner Industriezweige fast ausschließlich bemächtigen, desto dringender wird für den Staat die Aufgabe, die Einordnung dieser Form in das Bestehende zu fördern und zu leiten'.[1]

Der Staat sollte selbst nur solche wirtschaftliche Aufgaben ausführen, für welche die Privatunternehmung zu schwach ist. Für das Eisenbahnwesen empfahl Mevissen das in Preußen historisch entstandene gemischte System;[2] zu den besonderen Aufgaben des Staates rechnete er dagegen den Ausbau eines inländischen Kanalsystems. Seine enge Verbindung mit dem Eisenbahnwesen trübte sein Urteil über den Wert konkurrierender Verkehrsmittel nicht. Seit dem Jahre 1852 wies er vielmehr wiederholt auf die dringende Notwendigkeit von Kanalbauten hin. 'Das reiche Kohlenbassin der Ruhr muß in kürzester Zeit durch Kanäle mit Rhein, Weser und Elbe und weiter mit der Ostsee in Verbindung gesetzt und so dem Welthandel erschlossen werden, wenn die in diesem Revier angebahnte enorme Produktion zum Segen des ganzen Landes verwertet werden und nicht unter dem Druck einer auf einen zu engen Markt beschränkten Überproduktion seufzen soll'.[3]

In diesen Bereich zählte er ferner die staatliche Subventionierung transatlantischer Dampferlinien zur Förderung der Beziehungen zum überseeischen Ausland, die durch die starke Auswanderung und durch die Bemühungen der deutschen Seestädte begründet worden waren, sowie

---

[1]) Vgl. den Bericht für 1856 S. 10. Für industrielle Aktiengesellschaften verlangte er u. a. eine 'strenge Kontrole der bei der Ziehung der Bilanzen zur Anwendung kommenden Grundsätze' (Bericht für 1855 S. 11, 1856 S. 20, 1857 S. 9).

[2]) Vgl. das folgende Kapitel.

[3]) Jahresbericht für 1852 S. 6, 1856 S. 6, 1857 S. 13, 17; vgl. Bd. II, 561. Mevissens Freund H. v. Dechen war auch ein eifriger Verfechter der Kanäle auf Grund seiner Erfahrungen in Frankreich (Laspeyres a. a. O. S. 43). Vgl. auch Berger, Harkort a. a. O. S. 558.

den Bau einer leistungsfähigen Kriegsmarine in Nord- und Ostsee zum Schutz der Handelsflotte. 'Die Zukunft der rasch fortschreitenden preußischen und deutschen Industrie ist vor allem auf die See und den freien Weltmarkt angewiesen, und die Haupthandelsplätze des Binnenlandes, Berlin, Magdeburg, Köln, werden mehr und mehr des inneren Zusammenhangs von See- und Landverkehr sich bewußt.' Im Jahre 1852 kam die vom Frankfurter Parlament geschaffene Reichsflotte unter den Hammer. Preußen übernahm aber von der gescheiterten nationalen Schöpfung zwei Schiffe und erwarb 1853 von Oldenburg die Jahdemündung zur Anlage des zukünftigen Kriegshafens. Seitdem kommen Mevissens Berichte wiederholt auf diese Frage zurück, sie lenken die Aufmerksamkeit auf die für die Entstehung einer deutschen Marine so wichtigen Herzogtümer Schleswig-Holstein, die 'Vorhut der größern deutschen Entwicklung zur See', und empfehlen nicht nur die Bildung einer Marine, sondern auch die Anlage von Kriegshäfen und Festungen an der See.[1]

Im übrigen sollte sich in den ökonomischen Fragen der Staat auf organisatorische Maßregeln beschränken, diese jedoch nach einheitlichem Plane mit dem Endziel durchführen, der nationalen Wirtschaft in wohlüberlegtem Ausgleich der verschiedenen Zweige die Selbständigkeit dem Ausland gegenüber zu sichern. Der Staat sollte zunächst die Initiative auf dem Gebiet des Verkehrswesens und des Bergbaues in der Weise ergreifen, daß er Vorstudien für die den Staatszwecken am besten dienenden Eisenbahnlinien und für die Erschürfung des Bodens veranstaltete. Auf diesem Wege konnte er zugleich die von Mevissen auch jetzt wieder empfohlene Dezentralisation der Industrie fördern. 'Die industrielle Zentralisation, wie England sie großgezogen hat, muß auf dem Kontinent im Interesse der Gesamtheit möglichst vermieden werden. Im Interesse einer gesunden Entwicklung ist die möglichst gleichmäßige Verbreitung vielartiger Industriezweige über weite Kreise wünschenswert. In Preußen ist es eine dringende Aufgabe der Staatsregierung, wenn möglich in den bisher vorzugsweise, ja fast ausschließlich, der Agrikultur zugewandten östlichen Provinzen die den

[1] Jahresbericht für 1852 S. 6; 1855 S. 4, 12; 1856 S. 5, 11 (Mevissen kommt an letzterer Stelle auch wieder auf die Rhein-Seeschiffahrt von Köln aus zurück, vgl. oben S. 169); 1857 S. 4. — Vgl. Bär, Die deutsche Flotte 1848—1852 S. 208, 221.

lokalen Verhältnissen entsprechenden Industriezweige und damit jene Vielseitigkeit der Tätigkeit herbeizuführen, welche die Gewähr des Gedeihens und den besten Schutz gegen die aus zu großer Einseitigkeit sich ergebenden Krisen darbietet'.[1])

Nach der rapiden Konzentration der Industrie bis zum Jahre 1857 erschienen ihm diese Gedanken allerdings noch schwerer durchführbar, als vorher. 'Die früher schon industriereichen Provinzen sind in der industriellen Entwicklung fortgeschritten, und heute schon haben die meisten industriellen Zweige in denselben so breite Basen, daß voraussichtlich die Weiterentwicklung sich wesentlich an die bereits vorhandenen Zentren anschließen wird.'[2]) Er bedauerte das namentlich auch mit Rücksicht auf die Arbeiterfrage, die sich damals durch die schrankenlose Konkurrenz, durch den Zuzug fremder Arbeiter in die Industriezentren und den drohenden Niedergang der Löhne zuspitzte. 'Wir wissen, so führte er aus, den hohen Wert einer generellen Steigerung des Arbeitslohnes in einem Lande in vollem Maße zu würdigen und erblicken darin den besten und wertvollsten Ausdruck einer großen Anspannung aller produktiven Kräfte.[3]) Soll die Steigerung aber wohltätig auf die Entwicklung der zahlreichen Arbeiterklassen wirken, so darf dieselbe keine plötzliche und vorübergehende, sondern muß eine langsame, stetig fortschreitende, von der Ausbildung größerer Fertigkeit und Intelligenz begleitete und getragene sein. Wir fürchten, daß der Aufschwung am Rheine und in Westfalen zu rasch und zu groß gewesen, als daß es möglich sein dürfte, ihn dauernd festzuhalten.'[4])

---

[1]) Vgl. oben S. 177, 403; Jahresbericht für 1855 S. 11.

[2]) Vgl. Jahresbericht für 1857 S. 5; dazu unten S. 729.

[3]) Vgl. oben S. 400, 406.

[4]) Jahresbericht für 1857 S. 5; Mevissen sprach sich jedoch jetzt gegen die Mitwirkung der Behörden bei der Lohnfestsetzung (wie sie bis 1865 im Bergbau üblich war), ebd. S. 25; vgl. oben S. 406. Auch seine weiteren Ausführungen zur Arbeiterfrage sind von Interesse: 'Aller wohlmeinenden Intentionen und Anregungen der Staatsregierung, aller Kranken- und Sparkassen ungeachtet, hat die große Steigerung der Löhne nur in seltenen Fällen dazu geführt, die besitzlose Arbeiterklasse in eine besitzende umzuwandeln. Bei einer speziellen Recherche dürfte es sich in mehreren Fabrikdistrikten ergeben, daß bei Eintritt der Krise die Arbeiter im Durchschnitt ebenso besitzlos und sogar hin und wieder mit einer größeren Schuldenmasse belastet waren, als vor einem Jahrzehnt. Die

Ihre regulierende Tätigkeit sollte die Staatsregierung durch beschleunigte und umfassende Veröffentlichung statistischer Daten über Umfang und Entwicklung der einzelnen Industriezweige stützen, da diese bei sachkundiger Gruppierung und Bearbeitung wesentlich dazu beitragen würden, dem Unternehmungsgeist des Landes die richtigen Bahnen anzuweisen. Mevissen bezeichnete es als einen schweren Fehler der Regierung, daß sie im Sommer 1856, in der Zeit übermäßig gespannten Unternehmungsgeistes, die Notenausgabe der Königlichen Bank vermehrte, den Diskont erst spät erhöhte und die Begründung zahlreicher, das Bedürfnis des Augenblicks weit überschreitender Aktiengesellschaften für Bergbau und Eisenindustrie gestattete, dagegen die Einrichtung von Aktienkreditbanken verweigerte. Die internationale wirtschaftliche Krisis des Jahres 1857 hätte, so führte er aus, in Preußen viel von ihrer Schärfe verlieren können, wenn das Kapital sich solchen Banken hätte zuwenden dürfen, denen er die besondere Aufgabe stellte, im Moment der Krise der soliden Industrie den Kredit zu belassen, ja ihn zu steigern, um ihr so über schwierige Lagen ohne Opfer hinwegzuhelfen.[1]) Nicht minder betrachtete er es als

rasche Entwicklung und gesteigerte Zentralisation großer industrieller Zweige hat zu den Emporien der Industrie viele fremde Kräfte aus Nähe und Ferne herangezogen. Der unstete Geist dieser zugewanderten Arbeiter wirkt namentlich in der ersten Zeit ungünstig auf die Gesamtheit. Bei dieser Sachlage gewinnen die Bestrebungen, welche dahin zielen, an die Stelle der allzu großen Beweglichkeit der Fabrikarbeiter eine größere Stetigkeit derselben herbeizuführen, eine erhöhte Bedeutung. Einzelne größere Etablissements haben mit Erfolg in angemessener Weise den Arbeitern die Erwerbung und den Bau eigener Wohnhäuser erleichtert, indem sie die Fonds der gesetzlich angeordneten Kranken und Unterstützungskassen zu Vorschüssen verwandten. Im großen Ganzen sind leider die gedachten Kassen noch zu wenig ins Leben eingedrungen, und nur zu häufig werden sie von Arbeitern wie von Arbeitgebern noch als ihrem Interesse widerstrebende Zwangseinrichtungen aufgefaßt. Bei der Neuheit der meisten großen Anlagen fehlt bei den Arbeitern das Bewußtsein der Genossenschaft, der Gemeinschaftlichkeit der Zwecke und Interessen. Aufgabe der Staatsregierung dürfte es sein, durch geeignete Organe ein besseres Verständnis der Formen, welche zur Erzielung gemeinschaftlicher Zwecke der Arbeiter vorzugsweise geeignet sind, anzubahnen.' (Vgl. das 20. Kapitel und Bd. II, S. 603, 606.)

[1]) Vgl. Bd. II, S. 549; Jahresbericht für 1855 S. 11; 1856 S. 2, 15; 1857 S. 28. Mevissen hat dieses Verfahren damals beim Schaaffhausenschen Bankverein selbst mit bestem Erfolg durchgeführt (Protokoll der Generalversammlung vom 4. Sept. 1858). Er hielt es im übrigen 'da, wo Leben

einen Fehler, daß die Regierung im Frühjahr 1859, in der Voraussicht des italienischen Krieges, die Arbeiten an den öffentlichen Bauten plötzlich sistieren ließ und dadurch eine bedenkliche Panik der Industrie hervorrief. Gerade in solchen Augenblicken hatte seines Erachtens die Staatsregierung für die Aufrechterhaltung des geschäftlichen Vertrauens ernstlich Sorge zu tragen.[1])

Wenn Mevissen der Staatsregierung eine so große und verantwortliche Aufgabe im Wirtschaftsleben stellte, so verkannte er selbst am wenigsten die Schwierigkeit, geeignete Personen für die Durchführung einer wohlgeleiteten, nach den Umständen anregenden oder zurückhaltenden Wirtschaftspolitik zu finden. Denn der vorhandene Mangel an wirklich brauchbaren, in Großunternehmungen erprobten Männern machte sich ihm selbst bei den von ihm ins Leben gerufenen Instituten stark fühlbar.[2]) Aber dieser Mangel hinderte ihn nicht, prinzipiell an der Forderung festzuhalten, daß die in Deutschland damals zuerst in größerem Umfang entstandene und durch die Zunahme der nationalen Ersparnisse der Großunternehmungen seit 1850 von Jahr zu Jahr wachsende kapitalistische Energie organisch in das vaterländische Wirtschaftsleben eingegliedert werden müsse. Er erkannte eben eine wichtige Aufgabe des Staates darin, die geeigneten Kräfte allmählich zu entwickeln,

---

und Bewegung herrschen, für unmöglich, Krisen gänzlich vorzubeugen, da der Gang der menschlichen Entwicklung nicht nach stetigen Normen geregelt und vor jedem Extrem bewahrt werden kann, am wenigsten auf dem Gebiete der Produktion und des Verkehrs, das die freieste und unbeschränkteste Tätigkeit aller Kräfte zur ersten Unterlage hat und dessen Räder so verzweigt und verborgen sind, daß ihr Zusammenwirken auch dem geübten Kennerblick oft entgeht. Die Aufgabe der Staatsregierung kann auf diesem Gebiete wie auf anderen keine absolut schützende und vorbeugende, wohl aber eine die Wirkungen mäßigende und allzu rapide Übergänge möglichst verhütende sein' (ebd. für 1857 S. 3).

[1]) Vgl. seine an das Ministerium gerichteten Ausführungen vom 27. Mai 1859 (Bd. II, S. 537). Er wies darin auf das Vorbild Frankreichs hin, wo die Brüder Pereire die gleiche Ansicht vertraten (Plenge a. a. O. S. 66). — Die Antwort des Handelsministers v. der Heydt und des Finanzministers v. Patow vom 7. und 15. Juni besagte, daß die 'für Rechnung des Staates unternommenen Eisenbahnbauten soweit fortgesetzt werden, als die Verhältnisse dies gestatten', im übrigen sei das wichtigste 'eine besonnene Auffassung der Verhältnisse von seiten der Beteiligten'.

[2]) Vgl. seine Ausführungen darüber in der Generalversammlung der Darmstädter Bank vom 27. Mai 1856.

und solange eine sachverständige Persönlichkeit wie A. v. der Heydt das preußische Handelsministerium verwaltete, konnten Anregungen, wie sie Mevissens Auffassung in Fülle darbot, gewiß auf fruchtbaren Boden fallen. Er blieb der Überzeugung, daß in der Wirklichkeit, wie er sie philosophisch faßte,[1]) die Ziele der einzelnen und der Allgemeinheit keine Gegensätze darstellen, sondern bei vernünftiger Leitung ineinandergreifen. Das Selbstbewußtsein und Rechtsgefühl des einzelnen sollte, so argumentierte er, bestehen bleiben, aber sich der überlegenen Vernunft, der Betrachtung vom hohen Standpunkt gerne gutwillig fügen. Waren im politischen Leben seit 1850 die Bahnen der Nationalität verlassen worden, so sollte sich das im Wirtschaftsleben nun nicht einfach wiederholen. Er blieb dabei, daß Staatsregierung und Wirtschaftsleben die Einheit eines vernünftigen Systems anstreben müßten,[2]) — nicht des bevormundenden Polizeisystems des merkantilistischen Zeitalters, das den Nutzen des Inlandes in dem Schaden des Nachbarstaates suchte, sondern einer nationalen, dem Flusse der Entwicklung unter freier und tätiger Mitarbeit des Bürgertums sich anschmiegenden gestaltenreichen Gliederung, die bewußt und planmäßig der großen internationalen Einheit humanitärer Ziele der gesamten Kulturwelt zugewandt bleibt. Denn es war doch der innerlich umgewandelte Mensch, der neue Staatsbürger, wie er Fichte, Arndt und dem Freiherrn vom Stein in den Jahren der nationalen Erhebung vorgeschwebt hatte und von ihnen als das notwendige Element vaterländischer Erneuerung erkannt worden war, der auch seine Gedankenwelt erfüllte und von dem er sich überzeugt hielt, daß er in Deutschland einmal wirklich werde, wenn auch die neuen und noch ungewohnten politischen und gesellschaftlichen Formen zunächst der Jugendschwächen nicht Herr zu werden vermochten. Er hoffte dabei auf die Wissenschaft und auf ihr geordnetes Zusammenwirken mit der Industrie, in dem er den wahren Hebel der modernen Welt und des vaterländischen Fortschritts erblickte. 'Die materielle Wohlfahrt, so schrieb er im Februar 1857 seinem Freunde H. v. Dechen, und damit verbunden auch die politische Kraft des deutschen Staatenbundes wird, so hoffe

[1]) Vgl. besonders seinen Brief vom 7. Januar 1849 (Bd. II, S. 453).

[2]) Vgl. oben S. 614 und seine Ausführungen aus dem Jahre 1850 über die Vernunft als weltbeherrschende Macht, in Bd. II, S. 501 ff.

ich, in den nächsten Dezennien so weit emporwachsen, daß die Nation nach Jahrhunderten der Schwäche wieder mit Selbstvertrauen einer großen Zukunft entgegensehen kann. Die Wissenschaft hat diese große Zukunft vorbereitet. Möge es dem materiellen Leben gelingen, gestützt auf die Wissenschaft und enge mit derselben im Bunde die gestellte Aufgabe zu lösen.'

In diesem Geiste betrieb er seine eigene Tätigkeit sowohl in der Handelskammer, in deren Namen er seine Ideen der Öffentlichkeit unterbreitete, als auch in den zahlreichen Großunternehmungen, bei denen er sich fortan ganz allgemein auf die Oberleitung der Geschäfte beschränkte, nachdem er bisher in einer derselben auch die volle Last und Verantwortung der Exekutive getragen hatte. Diese Sorge ruhte seit 1848 auf ihm im Schaaffhausenschen Bankverein, wo er als leitender Direktor zwar mit größtem Erfolg dem kölner und rheinischen Kapital Richtung und Aufgaben zu weisen vermochte, dabei aber zu einer stets konzentrierten Aufmerksamkeit auf das laufende Bankgeschäft genötigt war, von der er sich jetzt befreit zu sehen wünschte. Am 4. September 1857 erklärte er, daß er diesem Amt nicht länger die erforderliche unausgesetzte und spezielle Fürsorge widmen könne; er wurde dann am 7. Oktober einstimmig zum Vorsitzenden des Administrationsrats gewählt. So ging hier fortan die Ausführung des laufenden Geschäfts in andere Hände über,[1]) er behielt nur die obere Leitung des Unternehmens in der Hand, ganz so wie bei seinen eigenen Schöpfungen auf dem Gebiet des Bankwesens und der Industrie[2]) und bei dem Rheinischen Eisenbahnunternehmen, das für die nächsten zwei Jahrzehnte in den Mittelpunkt seiner Bestrebungen trat.

Seit die umfassende Erweiterung der Rheinischen Eisenbahn in sicherer Aussicht stand, war Mevissens doppelte Sorge gewesen, für den Bau und die Durchführung die geeigneten Persönlichkeiten und das erforderliche Kapital zu sichern. Für die Ausführung der großen Neubauten gelang es ihm, den Geheimen Oberbaurat E. Hartwich aus

---

[1]) Auch W. L. Deichmann schied damals aus der Direktion aus und begründete das neue Bankhaus Deichmann u. Cie. in Köln. Als neue Direktoren des Schaaffhausenschen Bankvereins traten Th. Movius und Ph. Kayser ein.

[2]) Vgl. dafür das folgende Kapitel.

dem Handelsministerium[1]) zu gewinnen, mit dem er 1855 durch die gemeinsamen Arbeiten in der Pariser Jury näher bekannt geworden war. Hartwich, der am 27. März 1856 in den Dienst der Rheinischen Bahngesellschaft eintrat, war ein anerkannt ausgezeichneter Ingenieur von großer Initiative, ganz geeignet, die technischen Schwierigkeiten des bevorstehenden Werks mit überlegener Hand zu bewältigen. Das erweiterte Unternehmen erforderte zugleich eine neue Leitung der Exekutive. Die Hauptzweige des Dienstes mußten an der Zentralstelle konzentriert werden, auch in der Organisation der Bahnunterhaltung war vieles zu bessern, zugleich die Ökonomie noch strenger als bisher durchzuführen, um die Grundsätze der Solidität und dauernden Ertragsfähigkeit des Unternehmens sicher zu stellen und den Personen- wie den Güterverkehr in weitestem Maße zu entwickeln. Auch hierfür fand Mevissen den geeigneten Leiter in F. C. Rennen, einem ungewöhnlich fähigen Verwaltungsbeamten, der bis dahin als Landrat in Saarbrücken tätig gewesen war.[2]) Am 1. Februar 1856 wurde Rennen als Spezialdirektor eingeführt. Im Frühjahr 1856 begannen beide Männer ihre Tätigkeit, und das Rheinische Bahnunternehmen nahm von da ab einen außerordentlichen Aufschwung. Die frische, unermüdliche Lebens- und Expansionskraft Mevissens[3]) kam hier in den beiden folgenden Jahrzehnten zu um so glänzenderem Ausdruck, als das benachbarte, anfänglich auf einer viel ausgedehnteren Basis

[1]) Er war dort Generalingenieur für Eisenbahnen.

[2]) Vorher hatte Mevissen mit A. Maybach, dem späteren Minister, für diesen Posten verhandelt.

[3]) Mevissens Absicht, die Aachen-Düsseldorfer und Krefeld-Gladbach-Ruhrorter Eisenbahn mit der Rheinischen zu verschmelzen (S. 426), scheiterte an v. der Heydts Widerspruch, der am 28. April 1856 erklärte, „daß mit Rücksicht auf die obwaltenden Verkehrsinteressen auf eine solche Fusion der beiden Bahnen, deren Verwaltung nach den mit den betreffenden Gesellschaften abgeschlossenen Verträgen dem Staate für immer übertragen ist, nicht eingegangen werden kann". Die Aachener Direktion bestärkte den Minister am 30. Mai in dieser Haltung: „Die Rheinische Eisenbahn strebt einfach dahin, durch Ankauf der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn das ganze linksrheinische Eisenbahnnetz und somit das Eisenbahnmonopol auf dem linken Rheinufer in die Hand zu bekommen, und solches für sich und die Ehre Kölns auszunutzen, um so die Wünsche und Träume des letzten Jahresberichts der Kölner Handelskammer (vgl. oben S. 697) verwirklichen zu helfen."

beruhende Köln-Mindener Unternehmen sowohl durch die (erst im Jahre 1865 aufgehobene) statutarische Bestimmung, wonach es durch allmähliche Aktienamortisation in absehbarer Zeit Eigentum des Staates werden sollte, als auch durch die anders geartete Persönlichkeit seiner Leiter mehr der Exploitation der vorhandenen Hauptstrecke als dem Schaffen neuer Aufgaben zugewandt blieb.[1])

Mevissen hatte inzwischen mit A. Oppenheims wirksamer Hilfe an der Berliner Börse auch die finanzielle Frage in Fluß gebracht, für die sich anfänglich auf dem Geldmarkt noch wenig Neigung zeigte. 'Die rheinische neue Aktien-Emission, so konnte er am 16. Januar 1856 aus Berlin schreiben, ist trotz aller schlechten Konjunktur gelungen, die sieben Millionen Taler sind gezeichnet. Es hat seit drei Tagen mich Tag und Nacht gekostet, um das Resultat zu sichern. Die Rheinprovinz hat uns fast ganz im Stich gelassen und beweist sehr wenig Sinn für ein Unternehmen, das ihre innersten Interessen so tief berührt.' Die Verhandlungen zum Ankauf der Köln-Bonner Bahn, die inzwischen ihre Strecke bis Rolandseck ausgebaut hatte, wurden jetzt beschleunigt; am 1. Januar 1857 wurde die Übergabe vollzogen. Zugleich wurde die Verbindungsbahn um Köln zwischen der Köln-Bonner und Köln-Aachener Linie hergestellt und durch Hartwich mit der Revision der technischen Vorarbeiten für den Weiterbau der ganzen Linie bis Bingen begonnen.[2]) Die Bauausführung selbst ging dann unter Leitung Hartwichs überraschend schnell von statten.

[1]) An der Spitze des Köln-Mindener Eisenbahnunternehmens stand 1844—1867 H. v. Wittgenstein, 1867—1879 Dagobert Oppenheim.

[2]) Dabei wurde im März 1856 durch die Bewohner des Hunsrückgebietes das seltsam anmutende Verlangen gestellt, die Bahn von Koblenz nach Bingen solle statt durch das Rheintal über die Berge, wie die alte Landstraße, angelegt werden. Einer gedruckten 'Denkschrift zur Begründung der Ausführung einer von Koblenz nach Bingen resp. von Koblenz nach Trier über das Plateau des Hunsrückens zu bauenden Eisenbahn' (Simmern, 1856 März, 15 S. 4⁰) trat eine Gegenschrift 'Zur Frage über die Richtung der linksrheinischen Eisenbahn' (St. Goar, 1856 März, 12 S. 4⁰) entgegen. Das Handelsministerium hatte anfänglich die Ausführung genereller Vorarbeiten für die Linie über den Hunsrück verfügt, sah aber im Mai 1856 davon ab. Die Rheinische Direktion hatte die Sache verständigerweise dilatorisch behandelt; sie konnte am 14. Juli 1856 dem Eisenbahnkommissariat auf dessen Anfrage nach dem Stand der Vorarbeiten berichten, 'daß wir mit den Vorarbeiten für die Eisenbahnlinie über den Hunsrücken nicht begonnen haben'.

Im Januar 1858 wurde die Strecke bis Remagen, im November bis Koblenz eröffnet, am 20. Dezember 1859 war das Geleis bis Bingen fahrbar, wo der Anschluß nach Mainz und Aschaffenburg schon vorhanden war. So war das große Werk der Rheinbahn vollendet; die Kosten beliefen sich auf nicht ganz 13 Millionen Taler, hielten sich also in mäßigen Grenzen, und trotz fortgesetzt unbequemer Verhältnisse des Geldmarktes[1]) war es Mevissen gelungen, stets die erforderlichen Summen flüssig zu machen. Gleichzeitig war am 3. Oktober 1859 die feste Brücke bei Köln und in Verbindung damit der neue Personen-Zentralbahnhof in Köln dem Verkehr übergeben worden.

So reihte sich hier bis zum Jahre 1860 für Mevissen wieder Erfolg an Erfolg. Er war damals in eine Zeit eingetreten, die ihn im äußeren wie im inneren Leben vor wichtige Entscheidungen stellte.

Im Oktober 1859 verlobte er sich mit Therese Leiden, einer jüngeren Schwester seiner ersten Gattin. Sein Gemüt bedurfte nach Jahren der Einsamkeit wieder eines Herzens, in dem sein Empfinden beschlossen war, und seine heranwachsenden fünf Töchter konnten der mütterlichen Fürsorge nicht länger entraten. Am 28. Januar 1860 fand die Hochzeit statt, eine längere Reise führte die Neuvermählten dann über Paris und Marseille für mehrere Monate nach Nizza und von da durch Oberitalien bis Florenz. Mevissen sah sich hier mitten in jene alles erfüllende politische Bewegung versetzt, die unter Cavours geschickter Leitung die Befreiung Italiens vom Despotismus Österreichs und die Gründung des nationalen Einheitsstaates anbahnte. Die Ereignisse des Jahres 1859, das in dem kriegerischen Werdegang der Nationalstaaten Italien und Deutschland den Reigen eröffnete, hatten zu dem Frieden von Villafranca und Zürich geführt, Österreich hatte dem von Napoleon gestützten Sardinien die Lombardei abgetreten. Nun ging Sardinien selbständig und gegen den Willen Napoleons weiter, es annektierte Toskana, Parma, Modena nebst Teilen des Kirchenstaates und bereitete die Auseinandersetzung mit dem Papsttum vor, der andern Macht, die der italienischen Einheit unter Führung Sardiniens im Wege stand. Es erkaufte die Zurückhaltung Napoleons

[1]) Die Aktien des alten Rheinischen Unternehmens waren zeitweise, vom März 1856 bis Juli 1858, wegen der Bedenken, die an die Erweiterung des Unternehmens geknüpft wurden, von 115 auf 85% gefallen.

rch Abtretung von Savoyen und Nizza, und im Mai unternahm aribaldi seinen kühnen Zug nach Sizilien, um die Einheitsfrage om Süden der Halbinsel her aufzurollen. Diese großen Er- gnisse erlebte nun Mevissen in gespannter Aufmerksamkeit mit, nd 'der Kampf für den Geist des Jahrhunderts', den er hier eobachtete, weckte seine politische Begeisterung um so mehr, als er iberzeugt war, die 'Einheit Italiens werde schnurstracks zur Einheit Deutschlands führen'. Wie hier in Italien durch das harmonische Zusammenwirken der sardinischen Krone mit der maßvollen, von warmem Idealismus erfüllten und von der Presse meisterhaft ge- eiteten Erhebung des Volkes die Einheit des nationalen Staates sich anbahnte, das entsprach den Hoffnungen, die er für das eigene Vaterland hegte.[1])

Unbeeinflußt vom schwankenden Stimmungswechsel der öffentlichen Meinung hielt er dafür, daß nunmehr das kleindeutsche Programm der Gothaer der Verwirklichung entgegengeführt werden könne. Preußen sollte nur die 1850 preisgegebene aktive Politik jetzt wieder aufgreifen und die Unvereinbarkeit der beiden deutschen Großmächte durch bestimmte Abwendung von Österreich, dem Widersacher der deutschen wie der italienischen Einheit, zum Ausdruck bringen. Gestützt auf Englands offene und Frankreichs widerwillige Mitwirkung,[2]) sollte es entschlossen gegen Österreich für die italienische Einheit in die Schranken treten. 'Italien wird dann Preußens starke Vormauer gegen künftige Übergriffe Österrei ... wie Frankreichs, und an demselben Tage, wo der Areopag Eur ... ue ... oßmacht, das einige und einheitliche Italien, fo ... örderischen Metternich- schen geographischen ... ten Fleck Erde beseitigt,



[1]) Vgl. seine ... 1860, Bd. II, S. 566ff.
... im Juli 1859, vgl.
... om Londoner Exil aus
... deutschen Wochenblattes
... ung') zu ermöglichen und
... rbeiter zu gewinnen. Das
... inheitsstaat unter Preußens
... eration fördern. 'Wollen die
... ens nicht nehmen wie sie sind,
... tschlands, die Aufpflanzung des
... n Imperialismus, nicht hindern.'

an demselben Tage wird auch in Deutschland der Ruf nach Einheit unwiderstehlich, und Preußen wird unter dem Zujauchzen Europas an die Spitze des mächtigen, einigen Deutschland geschnellt werden'.[1])

Die preußische Regierung blieb jedoch auf dem gerade entgegengesetzten Wege, an der Seite Österreichs und Rußlands. Preußens große Zeit war noch nicht gekommen. Im Oktober 1858 hatte zwar die Epoche der Reaktion ihr Ende gefunden, die 'Neue Ära' begann mit der Regentschaft des Prinzen von Preußen. Der Prinzregent ernannte ein liberales Ministerium unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern, und sein Regierungsprogramm vom 8. November stellte eine Fülle von Reformen in Aussicht. Die liberalen Gruppen erfüllten sich mit froher Hoffnung bei dieser Wendung des öffentlichen Lebens; überschwenglich, wie einst im Jahre 1840, erwartete man im Lande alles von dem Wechsel auf dem Throne. Aber wenn der Prinzregent 1859 während des italienischen Krieges sich nur schwer aus zaudernder Haltung zu einem Entschluß durchgerungen, dann aber die Verbindung mit dem bedrängten Österreich gewahrt hatte[2]) — das ein militärisches Eingreifen Preußens zu seinen Gunsten als Bundespflicht erklärte, um es dann im entscheidenden Augenblick eifersüchtig abzulehnen —, so verhüllte die preußische Regierung ihre äußere Politik jetzt wiederum hinter einem dichten Schleier. Der legitimistisch gesinnte Regent war erschreckt durch die italienische Volksbewegung und nahm seinen Platz von neuem an der Seite von Österreich und Rußland. Die erregte öffentliche Meinung aber, auch am Rhein, blieb unter diesen Umständen ohne Direktiven und

[1]) Brief vom 6. März 1860, Bd. II, S. 570. Der deutsche Gedanke erfüllte ihn fortan ohne Unterlaß. Am 12. November 1860 schrieb er aus Hamburg: 'Ich hoffe, daß bald Deutschlands Geschicke sich erfüllen und die schöne Elbestadt einem großen deutschen Reich einverleiben werden.' Die Freude über Italiens Fortschritte spricht wiederholt aus seinen späteren Briefen. Bei Cavours frühem Tod schrieb er am 7. Juni 1861: 'Mit Cavour geht der größte und einflußreichste Staatsmann der Gegenwart zu Grabe; ein unersetzlicher Verlust. Mögen gütige Götter über Italiens Geschicken walten, sein Hausgott ist geschieden und kehrt nicht wieder.'

[2]) Entgegen Mevissens Wünschen (vgl. seine Ausführungen aus dem Juli 1859, Bd. II, S. 548).

spaltete sich in ein Gewirr groß- und kleindeutscher Gruppen.[1] Auch in der inneren Politik erfüllten sich die auf die 'Neue Ära' gesetzten Hoffnungen keineswegs. Sie konzentrierte sich vielmehr Anfang 1860 auf die vom Prinzregenten mit starkem persönlichem Nachdruck betriebene Armeereform, die fortan für sechs Jahre den Gang der inneren preußischen Politik in verhängnisvoller Spannung bestimmte.

Unmittelbar nach dem Beginn der neuen Ära war an Mevissen die Frage seiner Rückkehr in das politische Leben herangetreten, dem er sich 1848 nur auf eine Zeitlang zu entziehen gedacht hatte. Im November 1858 bot man ihm in Solingen das Abgeordnetenmandat an. Er hatte dann im August 1859 und 1860 Gelegenheit, in Ostende wiederholt mit dem Minister R. v. Auerswald, seinem Vertrauten aus dem September 1848 (S. 585), zusammenzutreffen, als dieser im Gefolge des Prinzregenten dort verweilte. Auch mit dem Prinzregenten selbst kam er damals wieder in persönliche Berührung. Von der Politik des schwachen liberalen Ministeriums, seiner 'undankbaren Arbeit und seinem bedenklichen Bemühen, aus einer Kleinmacht künstlich eine Großmacht zu machen', war er wenig erbaut.[2] Preußen sollte, so meinte er, nicht durch schroffe Ausbildung des Militärstaates, sondern durch kluge Förderung des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes und der materiellen Kräfte in dieser Zeit politischer Krisen, durch eine verständnisvolle Bündnispolitik und durch entschlossene Verbindung mit der nationalen Bewegung voranschreiten, die seit dem Herbst 1859 im 'Nationalverein' mit dem bestimmten Ziel des parlamentarischen Bundesstaates unter preußischer Führung wieder hervorgetreten war. Preußen müsse endlich den Mut finden, sich kühn an die Spitze Deutschlands zu stellen und dem Banner der einheitlichen Nationalität statt dem der

[1] Vgl. Th. Scheffer, Die preußische Publizistik im Jahre 1859 unter dem Einfluß des italienischen Kriegs (1902) S. 47, und A. Mittelstaedt, Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland (1904) S. 42, 111, 170.

[2] Er sprach im August 1860 in Ostende wiederholt auch den Geheimrat H. Abeken aus dem Ministerium des Auswärtigen (den späteren vertrauten Rat Kaiser Wilhelms I.); er fand in ihm, dem Goetheverehrer (vgl. H. Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (1898) S. 264) 'einen Mann, der in Sprache und Denkweise die Blütezeit unserer Literatur bei mir wachruft, einen geistigen Genossen einer reineren, schöneren Welt als die des Tages und der vorüberrauschenden Erscheinung' (Ostende, 1860 August 23).

Legitimität zu folgen; es müsse überall für die Nationalität und für die freie Entwicklung nachdrücklich in die Schranken treten, dann habe es ganz Deutschland hinter sich, England zum starken Bundesgenossen, Sardinien, die Schweiz und Belgien zur Seite, und gegen ein aufrichtig liberales Preußen werde Frankreich keinen Angriff wagen.[1]) Als das Ministerium im Herbst 1860 einen Pairsschub im Herrenhause gegen die Junkerpartei durchsetzte und so den Glauben an eine längere Dauer der liberalen Ära belebte, legten politische Freunde Mevissen wiederum nahe, in die preußische Kammer einzutreten.[2]) Aber die Situation war nicht so, daß er praktisch Ernst aus seiner wiedererwachten Neigung zur Politik hätte machen können. In einer Zeit fortgesetzter europäischen Krisen konnte er unmöglich seine jungen industriellen Schöpfungen im Stich lassen. Das Feld, auf dem er so große Erfolge erzielte und sich die Möglichkeit geschaffen hatte, tatkräftig und unabhängig in den Gang des öffentlichen Triebwerks einzugreifen, konnte ihn noch nicht entbehren, wenn die Erfolge sichergestellt werden sollten.[3]) Auf der andern Seite war das leidenschaftlich zugespitzte Leben, das auf Grund der Armeevorlage der Regierung die innere Politik Preußens jetzt zu erfüllen begann, nicht geeignet, ihm die aktive Beteiligung als wünschenswert erscheinen zu lassen.

Die Schwierigkeiten der preußischen Armeereform lagen nicht in der Frage der Verstärkung der militärischen Kraft des Staates — über deren Notwendigkeit herrschte auch im liberalen Lager kaum ein Zweifel —, sondern darin, daß diese Verstärkung durch die Regierungsvorlage und ihre Vertretung in der Kammer aufs engste verquickt wurde

[1]) Vgl. seine Briefe vom 25. März und 11. April 1860 (Bd. II, S. 574 ff.).

[2]) Am 12. Oktober 1860 schrieb ihm sein alter badischer Freund P. A. Buhl (vgl. S. 303, 519): „Jetzt glaube ich fest daran, daß in Preußen die richtige Bahn verfolgt wird: die Ernennungen zum Herrenhause sind der bedeutungsvollste Schritt auf dem parlamentarischen Gebiet, der getan werden konnte. Jetzt dürften Sie sich denn auch wieder veranlaßt fühlen, sich in die Kammer wählen zu lassen. In der preußischen 2. Kammer fehlt es an Kapazitäten, das empfinden wir mehr als die Preußen selbst."

[3]) Vgl. Bd. II, S. 575. — Am 31. Dezember 1860 schrieb er: 'Ich kann in der jetzigen kritischen Periode meine industriellen Schöpfungen nicht ignorieren, neben der industriellen Entwicklung treten aber die politischen Fragen wieder in den Vordergrund und drohen dem nächsten Jahre einen recht stürmischen Charakter zu geben.'

mit der in den Jahren 1848—1850 so hartnäckig erörterten Frage nach dem Verhältnis der Krone und der Armee zur Verfassung und mit den besonderen Interessen der altpreußischen Adelsgruppen, die in jenen Jahren obgesiegt hatten.[1]) Es handelte sich darum, ob der von der Krone mit allem Nachdruck aufgeworfenen und vom Parlament in ihrer materiellen Bedeutung anerkannten Frage verstärkter äußerer Staatssicherheit der Vorrang vor allen anderen politischen Fragen, im Notfall auch unter prinzipiellen Opfern der liberalen zugunsten der militärisch-monarchischen Staatsanschauung, zugestanden wurde. Mevissen hatte seine politische Überzeugung keineswegs geändert, er betrachtete unentwegt die Fragen der preußischen Politik von seinem preußisch-deutschen Standpunkt und im Hinblick auf den allgemeinen bürgerlichen Fortschritt. 'In mir steckt noch immer, so schrieb er unter dem Eindruck des italienischen Risorgimento,[2]) ungeschwächt jener jugendliche Glaube, jener feurige Enthusiasmus, der mit jedem freien Pulsschlage einer Nation sich identifiziert und nur im allgemeinen Fortschritt die eigene innerste Befriedigung findet. Ich hoffe, diesen frischen, dem großen Ganzen zugewandten Sinn bis an mein Lebensende zu bewahren, weiß aber auf anderen Fundamenten ruhende Anschauungen vollkommen zu würdigen und zu ehren. Jeder von uns wirkt auf seine Weise und seiner Eigentümlichkeit entsprechend für die Entwicklung des großen Gedankens, der die Schöpfung durchzittert.' Die Ereignisse der Jahre 1848—1850 hatte er verständnisvoll miterlebt; er hatte die Kräfte des öffentlichen Lebens in Preußen und Deutschland aus nächster Nähe kennen gelernt und sein Augenmaß für das politisch Erreichbare berichtigt. Wenn es damals, unter dem unmilitärischen Friedrich Wilhelm IV., nicht möglich gewesen war, den Ausgleich militärisch-monarchischer Traditionen mit der liberalen Anschauung durchzuführen, welche die drückende Last der stehenden Heere zu vermindern und der Armee einen volksmäßigen Charakter zu geben gedachte, so war ein Erfolg noch unwahrscheinlicher in einem Augenblick, wo 'das eigenste Ideal des Regenten in der Militärvorlage Befriedigung fand'.[3])

---

[1]) Vgl. oben S. 549, 568ff., 587, 590, 613.

[2]) Aus Genua am 17. März 1860 (Bd. II, S. 573).

[3]) 1860 Februar 19 (Bd. II, S. 567). — Für Mevissens Auffassung, daß der Krieg der Waffen in Zukunft durch den Wettstreit der nationalen

Er hatte sich in den letzten Jahren mit der Militärfrage wiederholt von einem besonderen Standpunkt aus beschäftigt. Die bestehende Heeresorganisation erschien auch ihm ungenügend. Das blühende Leben der jungen deutschen Industrie bedurfte gewiß der Sicherung durch eine starke Armee, aber es bedurfte auch der eigenen ununterbrochenen Förderung. So wenig Mevissen 'die Größe und Schönheit der Idee der allgemeinen Wehrpflicht' verkannte, so glaubte er doch, daß das Werk Scharnhorsts und Boyens zwar den Verhältnissen des früheren Agrarstaates durchaus angemessen war, daß dagegen unter den seither veränderten Wirtschaftsverhältnissen Preußens aus allgemeinen Gründen, im Hinblick auf die sonst unvermeidlichen Störungen des gesamten wirtschaftlichen Organismus des Staates, bei der Mobilmachung auf die Unersetzlichkeit der Beamten und Arbeiter der Industrie schonende Rücksicht genommen werden müsse.[1]) Es schien ihm angezeigt, daß zur Erzielung ungeschwächter Kontinuität der produktiven Arbeit gewisse Änderungen der Wehrverfassung durchgeführt würden. Aber gegenüber den in den altpreußischen Provinzen herrschenden Anschauungen mußte er die Hoffnung auf die Verwirklichung solcher Änderungen zunächst ganz aufgeben.[2])

So war denn sein Standpunkt zu der Armeereform, wie sie die Regierungsvorlage vom 10. Februar 1860 enthielt, von vornherein gegeben. 'Die grandiosen Anforderungen für den Militärstaat, der in seiner schroffen Entwicklung einen schließlichen inneren Konflikt mit dem in seiner Entwicklung fortschreitenden Industrie- und Rechtsstaat droht', hatten durchaus nicht seinen Beifall. Die Vorlage sah eine Vermehrung der Armee um neunundvierzig Regimenter vor, sie schränkte die Landwehr ein, zog die jüngeren Mannschaften stärker heran, verlängerte die aktive Dienstzeit auf drei Jahre und verursachte einen jährlichen Mehraufwand von neun Millionen Taler. Mevissen hielt seinerseits die in der Kammer auch von Fachleuten wie dem General v. Stavenhagen vertretene zweijährige Dienstzeit für ausreichend, und

Produktivkräfte unter dem Schutz des 'kampfgerüsteten Defensivzustands bewaffneten Friedens' abgelöst werde, vgl. oben S. 334 und Bd. II, S. 143.

[1]) Er führte diesen Gedanken näher im Kölner Handelskammerbericht für 1858 aus (vgl. Bd. II, S. 547). — Vgl. W. Scholz-Bodmer, Die Rettung der Gesellschaft aus den Gefahren der Militärherrschaft (1859).

[2]) Bd. II, S. 568, vgl. S. 584 f.

er glaubte, daß die von der Vorlage erstrebten Verbesserungen durch eine andere Behandlung des Verhältnisses von Reserve und Landwehr viel wohlfeiler erreicht, ja übertroffen werden könnten. Er unterbreitete durch F. Diergardts Vermittlung seine Ansichten den politischen Freunden in der Kammer, und er wünschte ernstlich, daß es gelingen werde, die Regierung umzustimmen. Aber er war von vornherein für Nachgiebigkeit, falls die Regierung auf ihrem Standpunkt verharren sollte; er hielt überhaupt die schließliche Annahme der Vorlage durch die Kammer, wenn auch unter Vorbehalt, für wahrscheinlich.[1]) Er hatte noch den besonderen Wunsch, daß neben der Landrüstung jetzt auch der Seerüstung Aufmerksamkeit zugewandt werde; den Schutz Deutschlands zur See hielt er für die wichtigste Aufgabe der Zeit. 'Die fernere materielle und politische Entwicklung unseres Vaterlandes wird wesentlich und vor allem auf seinen maritimen Fortschritten beruhen.' Eine Kriegsmarine als Stütze für das Hinausdringen des Zollvereins auf den Weltmarkt wie als Schutz für die deutschen Küsten gegen die konkurrierenden Handelsmächte erschien ihm dringend erforderlich, und er hoffte, daß auch sie aus den bevorstehenden Beratungen über die Armeevorlage Förderung erfahren werde.[2])

Von dieser Vorlage selbst aber glaubte er nicht, daß sie eine Trennung des liberalen Bürgertums von der Krone rechtfertigen könne. Sein politisches Streben identifizierte sich in den entscheidenden Momenten stets mit den allgemeinen Lebensinteressen des Staates, nicht mit der Parteidoktrin; er hielt nichts von der 'unseligen deutschen Neigung zu theoretischen Sätzen in der Politik'. Die ernste Frage der Wehrhaftigkeit des Staates erschien ihm nicht geeignet zu einer Kraftprobe zwischen Krone und Volk. Gerade hier sollte vielmehr gewiß alles versucht werden, um die Regierung von der Richtigkeit der volksmäßigen Ansichten zu überzeugeu, jedenfalls aber, selbst unter

[1]) Vgl. seine Briefe vom 19. und 23. Februar 1860 (Bd. II, S. 567). Seine dort ausgesprochenen Wünsche bezüglich der Garde und der Offiziersfähigkeit der Unteroffiziere stimmen mit dem von v. Beckerath und ihm im September 1848 aufgestellten Regierungsprogramm überein (vgl. oben S. 587).

[2]) Kölner Handelskammerbericht für 1857 S. 3; vgl. Bd. II, S. 546f., 550, 565, 567; sein Ziel war eine Marine zweiten Ranges (vgl. für die Marinefrage die Abhandlungen: Preußen und das Meer, in den Preußischen Jahrbüchern 1859 Bd. I und II. — Mevissen hatte sich 1857 bei der finanziellen Fundierung der Preußischen Jahrbücher beteiligt).

Opfern, die Einheit von Krone und Volk gewahrt und so der Boden für eine ruhige, wenn auch langsame Weiterentwicklung der bürgerlichen Freiheit gewahrt werden. Seine Tätigkeit im internationalen Bankgeschäft veranlaßte ihn zu regelmäßiger Umschau am politischen Horizont und zu steter Beobachtung der Lage in Paris, von wo die europäische Politik damals ihre Richtung erhielt.[1]) Er unterschätzte nicht die Gefahren eines Kriegssturms vom Westen her, mit denen gerechnet werden mußte, seit Napoleon III. die Theorie von den „natürlichen Grenzen" zum Anlaß nahm, in die Verhältnisse der Nachbarländer einzugreifen. 'Mit ernstester Mahnung zur Vervollständigung und Kräftigung seiner Rüstungen zu Wasser und zu Lande, so hieß es in Mevissens Handelskammerbericht vom Juli 1859, sind die letzten Monate an unser Vaterland und das gesamte Deutschland herangetreten. Auch dem blödesten Auge ist es sichtbar geworden, wie sehr die politische Machtstellung die friedliche Entwicklung und den freien Fortschritt der Nation bedingt, und wie durch das widerstandslose Machtwort eines mit überlegenen Mitteln ausgerüsteten Herrschers die Früchte langjähriger Mühen an einem Tage in Frage gestellt, ja vernichtet werden können.'[2])

Es kam für seine Erwägungen noch ein Besonderes hinzu. Eben jetzt vollendete er die großen Verkehrsunternehmungen am Rhein, die nur durch militärische Sicherheit Bestand gewinnen konnten. Der Abschluß dieser Unternehmungen führte ihn wiederholt persönlich mit dem Regentenhaus zusammen, und die unmittelbaren Beobachtungen des im politischen wie im wirtschaftlichen Leben gereiften Mannes zeigten ihm auf der einen Seite, wie weit der militärische Souveränetätsgedanke des Regenten von der volksmäßigen Auffassung des Konstitutionalismus entfernt war,[3]) wie viel aber im übrigen das Land von dem bevorstehenden Übergang der Regierung in seine Hand erwarten durfte.

---

[1]) Über die französischen Verhältnisse war sein Freund A. Oppenheim, der Schwager des französischen Ministers Achille Fould (vgl. oben S. 648 A. 3), besonders gut informiert. Oppenheim genoß zugleich das Vertrauen des Prinzen von Preußen und seiner Gemahlin.

[2]) Vgl. den Bericht der Kölner Handelskammer für 1858, Bd. II, S. 565.

[3]) L. v. Gerlach bezeichnet den Prinzregenten im Januar 1859 — allerdings zu scharf — direkt als Absolutisten (Denkwürdigkeiten II, 640).

Der Prinz von Preußen und seine Gemahlin hatten während : Jahre 1849—1857 in Koblenz residiert, mißtrauisch angefeindet n der reaktionären Hofpartei in Berlin. Der deutsche Einheits-)anke hatte beide 1848 den Liberalen nahegebracht, und die Schmach n Olmütz hatten auch sie aufs lebhafteste empfunden. Seit der :egten Unterhaltung über die deutsche Frage im Jahre 1849[1]) ır Mevissens Verbindung mit dem Prinzen von Preußen für eine :ihe von Jahren unterbrochen, der Bau der Rheinbahn nach blenz veranlaßte aber wiederholt Besprechungen mit der Prinzessin ıgusta, die an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Rheinlande ı wärmsten Anteil nahm. Es ist von eigenartigem Reiz, wahr- ıehmen, wie Mevissen dieser Fürstin, deren Vertrauen er fortan ı volles Menschenalter hindurch in ungewöhnlichem Maß genossen t, eine besondere Verehrung widmete, seit er sie in jungen Jahren, Sommer 1836, einmal zufällig gesehen hatte.[2]) Sie war ihm da- ıls als die Weimarische Prinzessin und als die Verkörperung eines auenideals erschienen, das vom Geist der Goetheschen Epoche ver- :rt war. Er war ihr dann im Jahre 1847 zur Zeit des Vereinigten ndtags persönlich begegnet,[3]) und seit er hier ihre Sympathie mit ı liberalen Ideen kennen gelernt und in den folgenden Jahren :e klar bestimmte Haltung zur nationalen Frage beobachtet hatte, ätzte er in ihr auch die geistvolle und energische Frau mit selbständigem litischem Urteil. Bei wiederholten Empfängen in ihrer Koblenzer :sidenz fand Mevissen jetzt bei der Prinzessin von Preußen wirksame ırderung seiner rheinischen Verkehrspläne. Auf sein Gesuch legte : Prinzessin am 12. November 1857 im Beisein ihrer Tochter Luise,

[1]) Vgl. oben S. 612. Der Prinzregent war auch damals von dem ıtschen Beruf Preußens durchdrungen gewesen (G. v. Natzmer, Unter den henzollern IV, 141; v. Sybel a. a. O. II, 286).

[2]) Im September 1836 gelegentlich der oben S. 189 erwähnten Theater- ſführung in Düsseldorf. Er schrieb damals seinen Schwestern, nur diese inzessin sei laut und freudig vom Volk begrüßt worden: 'Aus der Königsloge gte sich Prinzeß Wilhelm, die Enkelin Amaliens von Weimar, ein würde- ller, geiststrahlender Blick bot herzlichen Willkomm dem in herzlichem Anklang ſstaunenden Volke. Ein schöner Empfang des Schönen! Dieser Augenblick)ört zu denen, die ich ungetrübt bewahre, und gern werde ich dieses erhebenden illkomms stets gedenken.'

[3]) Bei dem großen Abgeordnetenfest in ihrem Palais am 13. April 1847.

der jungen Großherzogin von Baden, den Grundstein der Eisenbahnbrücke über die Mosel bei Koblenz, und ein Jahr später, am 12. November 1858, wenige Tage nachdem ihr Gemahl die Regentschaft angetreten hatte, war sie bei der feierlichen Eröffnung der Bahn von Köln nach Koblenz gegenwärtig. In einer Ansprache erörterte Mevissen die Bedeutung der Eisenbahnen für die Entwicklung des Gefühls der nationalen Einheit und der untrennbaren Zusammengehörigkeit früher zersplitterter Landesteile. Während der im Kreis der reaktionären Junkerpartei traditionelle unfruchtbare Gedanke von der Unversöhnlichkeit der preußischen mit den rheinischen Interessen damals sogar von einem Prinzen des königlichen Hauses offen ausgesprochen wurde,[1] führte Mevissen an dieser Stelle aus, der Prinzregent und seine Gemahlin seien lange Jahre hindurch 'mit der unwiderstehlichen Macht des Herzens alles Trennende beseitigend und unauflösliche Bande knüpfend durch die Rheinlande geschritten'.[2] Hoffnung und Vertrauen auf Preußens und Deutschlands Zukunft war in der Tat am Rhein durch den Koblenzer Aufenthalt des Thronfolgers und seiner Familie befestigt worden. Als am 15. Dezember 1859 die Eröffnung der ganzen Rheinbahn bis Mainz stattfand und der Kronprinz Friedrich Wilhelm seine in Berlin zurückgehaltenen Eltern bei dem Feste vertrat, legte Mevissen im Anschluß an die Schillerfeier vom 10. November 1859, die der Einheit des deutschen Geistes gegolten hatte, dar, unaufhaltsamer geistiger und materieller Fortschritt im Innern müsse mit dem Streben nach steigender nationaler Macht nach außen verbunden bleiben. Er feierte wiederum die Einheit von Fürst und Volk: 'Wo, wie am Rhein, Jahr um Jahr neue, großartige Werke wohlgelenkter Schöpfungskraft dem Blick sich darbieten, da wurzelt tief im Herzen der Dank dafür, daß mit weisem fürstlichem Sinn die Geschicke gewogen, die oft widerstrebenden Kräfte zu harmonischem Zusammenwirken bestimmt worden sind.'[3] Der Prinz-

[1] Der Prinz Karl von Preußen, der Bruder des Königs und des Prinzregenten, äußerte im Februar 1859, das wahre Unglück Preußens seien seine westlichen Provinzen (Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha, Aus meinem Leben II, 445; Koser in der Westdeutschen Zeitschrift XI, 200). Vgl. oben S. 218, 584f.

[2] Kölnische Zeitung 1858, Nr. 316.

[3] Kölnische Zeitung 1859, Nr. 349. — Die Prinzessin Augusta richtete am 28. Dezember 1859 an die Rheinische Direktion einen Glückwunsch, worin

regent aber gab am 25. Mai 1860 bei einer Reise im Saargebiet öffentlich die für die Rheinlande so wertvolle Erklärung ab, Preußen werde niemals zugeben, daß auch nur ein Fußbreit deutschen Landes verloren gehe. Der deutsche Gedanke wob ein festes Band zwischen dem Regenten und der rheinischen Provinz.

Am 2. Januar 1861 bestieg König Wilhelm I. den Thron. Regierung und Kammer hatten sich 1860 in der Armeefrage über ein bedenkliches Provisorium verständigt, das die sofortige Bildung der neuen Truppenkörper gestattete, die definitive Bewilligung des Etats aber hinausschob und ihre Verkoppelung mit der umstrittenen Frage der Dienstzeit ermöglichte. Während der Kriegsminister Roon die Geltendmachung eines verfassungsmäßigen Willens gegen den König als in Preußen schlechthin undenkbar erklärte,[1] wurde die öffentliche Meinung tatsächlich immer ablehnender. Die Fortschrittspartei, welche sich im Juni 1861 von der konstitutionellen, altliberalen Partei abzweigte, gewann unter dem lauten Zuruf des Volkes bald die überwältigende Majorität. Seit Anfang 1862 trieb die Kammer mit vollen Segeln der Krisis entgegen, unter der Führung jener Gruppe der Liberalen, die 1848 in der Berliner Nationalversammlung bewiesen hatte, wie wenig sie die realen Staatskräfte gegeneinander für ein durchführbares Programm abzuwägen verstand. Am 6. März 1862 gab das liberale Ministerium seine Entlassung; unter viel günstigeren Umständen wirkend, als das des Jahres 1848, hatte es doch in den entscheidenden Fragen versagt. Die 'Neue Ära' war zu Ende, und die Reaktion hatte in der Regierung wiederum die Oberhand. Das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst, und am 19. März trat das konservative Ministerium sein

---

sie aussprach, daß ihr ganzes Haus sich mit dem Rheinland, „dem schönen Teil der preußischen Monarchie stets in persönlicher Verbindung fühle. Daß das Rheinland jetzt in allseitiger Berührung mit dem deutschen Vaterlande, ja in europäischer Beziehung um ein großes Werk reicher geworden ist, verdankt es dem beharrlichen patriotischen Streben solcher Männer, welche, der Ungunst der Umstände trotzend, den ursprünglichen Gedanken durchgeführt haben." — Mit vier Rheinländern blieben der Prinzregent und seine Gemahlin seit 1848 und seit den Koblenzer Jahren in näherer persönlicher Verbindung, mit L. Camphausen (vgl. Caspary a. a. O. S. 397ff.), mit F. Diergardt, mit A. Oppenheim und mit G. Mevissen.

[1] Denkwürdigkeiten des Kriegsministers v. Roon II (1892), 40; vgl. oben S. 483

Amt an, in dem von den früheren Ministern nur v. der Heydt und Roon verblieben. Die Neuwahlen im Mai verstärkten aber den radikalen Liberalismus der Fortschrittspartei noch weiter — man stand vor dem schroffen Bruch.

Mevissen war nicht unmittelbar bei diesen Vorgängen beteiligt, und er schätzte sich zweifellos glücklich, einem parlamentarischen Kampfe fernzustehen, in dem ein Erfolg seiner ausgleichenden Auffassung unmöglich war. Er blieb konstitutionell, Mitglied der stark dezimierten Gruppe einstiger Gothaer, an deren Spitze G. v. Vincke und Mevissens Kölner Freund, der Landgerichtsrat J. Bürgers, standen. Die alten Frankfurter Genossen G. Beseler, Droysen, Duncker und Simson hielten gleichfalls in diesem Kreise aus. Im November 1861 beteiligte Mevissen sich bei der von Beseler veranlaßten Gründung der 'Berliner Allgemeinen Zeitung'.[1]) Ende Januar 1862 hatte er Gelegenheit, in Berlin persönlich beim Minister v. der Heydt und auf einem Hoffest im Weißen Saal mit seinen politischen Freunden die Situation zu erörtern.[2]) Die Erfolge der Fortschrittspartei im Mai — auch am Rhein, wo seit dem Jahre 1848 früher überwundene Tendenzen einseitiger Negation und Kritik vielfach aufgelebt waren, überwog diese Richtung jetzt durchaus[3]) — stimmten ihn bedenklich. Er versprach sich nichts von der 'zurzeit scheinbar allein die Öffentlichkeit beherrschenden Demokratie', bezeichnete dagegen den von Vincke bei der Eröffnung der Kammer im Juni eingebrachten Entwurf einer

[1]) Außer G. Beseler gehörten J. G. Droysen, G. Bleichroeder, G. Reimer, A. F. Riedel und M. Veit zum Ausschuß. Beseler schrieb am 22. Mai 1862 an Mevissen: „Daß man versucht hat, die Zügel wieder etwas strammer zu fassen, scheint mir ganz natürlich, aber wie konnte man mit diesen Personen und diesen Mitteln den Versuch machen! Bei alledem hoffe ich aber auf den Stern Preußens."

[2]) Am 29. und 30. Januar (vgl. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis IV, 191 ff.). Mevissen schrieb darüber am 30. Januar: 'Seit 1847 zum erstenmal Zusammentreffen mit meinen alten politischen Freunden; der König huldvoll genug, um sich der Leute vom Rhein freundlich zu erinnern, die Königin liebenswürdig und tief empfindend, wie immer; die politische Situation gar nicht erquicklich, die Spannung groß und gar kein Einverständnis über das zu erreichende Ziel.'

[3]) Vgl. oben S. 524. Auch im ultramontanen Lager hatten die demokratischen Tendenzen die Oberhand. Nur einzelne selbständige Köpfe wie A. Reichensperger sprachen von der „Verblendung der Liberalen" (Pastor, A. Reichensperger I, 409—474).

Adresse an den König als 'meisterhaft in der Fassung und im wesentlichen das enthaltend, was das Land braucht und erträgt'.[1]) Wie Vincke wollte er die getrennte Fortführung der Traditionen der altliberalen Partei; er war gegen das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, wie es die Gruppe des linken Zentrums verlangte, indem auch sie die zweijährige Dienstzeit geradezu als Bedingung für die Etatsbewilligung statuierte.

Die schroffere Tonart überwog. Wenn Mevissen dennoch bei der unpopulär gewordenen konstitutionellen Gruppe verblieb, so veranlaßten ihn dazu außer seinen allgemeinen Erwägungen über die preußisch-deutsche Politik und das Kräfteverhältnis der widerstreitenden Anschauungen bedeutsame Ereignisse auf wirtschaftlich-politischem Gebiete, die in diese Zeit wachsenden Konflikts fielen und an denen er unmittelbaren Anteil nahm. Seit Jahren hatte man am Rhein auf Erleichterungen des Handelsverkehrs durch die Beseitigung des französischen Prohibitivsystems gehofft, das den Absatz der auf den Weltmarkt hinausdrängenden rheinisch-westfälischen Industrie hemmte.[2]) Das Jahr 1862 brachte diese Erleichterungen. Am 23. Januar 1860 hatte Frankreich den in der europäischen Wirtschaftsgeschichte epochemachenden Handelsvertrag mit England auf der Basis einer erheblichen Reduktion der Zölle geschlossen. Im Januar 1861 begannen auf Napoleons Veranlassung Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen nach derselben Richtung. Dieser vom Ausland her angebahnte Übergang zu freieren Handelsbeziehungen der westeuropäischen Länder entsprach auch Mevissens wirtschaftspolitischem Programm

[1]) Brief vom 7. Juni 1862. Vgl. den Vinckeschen Adreßentwurf in der Kölnischen Zeitung 1862, Nr. 155: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, in dem Militäretat solche weitergehende Ersparnisse herbeizuführen, welche neben Erhaltung der ungeschmälerten Tüchtigkeit des Heeres und mit möglichster Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht eine größere Schonung der finanziellen und produktiven Kräfte des Landes und die zeitgemäße Berücksichtigung auch anderer hochwichtiger Zweige der öffentlichen Wohlfahrt möglich machen werden.“ Dieser Entwurf wurde durch eine schroffere Fassung verdrängt.

[2]) F. W. Koenigs an Mevissen, 1855 Juni 28: „Die Tätigkeit der Zentraljury in Paris (oben S. 685) führt hoffentlich durch den Austausch der Ideen die Aufhebung des französischen Prohibitivsystems zum Segen aller beteiligten Staaten herbei.“

durchaus.[1]) Am 2. August 1862 kam der Handelsvertrag zustande, der Frankreich das Meistbegünstigungsrecht und weitgehende Tariferleichterungen einräumte. Der Vertrag wurde von Preußen ohne politische Absicht gegen Österreich geschlossen,[2]) von diesem aber als unvereinbar mit den seit 1853 bestehenden Verträgen abgelehnt. Er gewann durch die Macht der Tatsachen eine große politische Bedeutung, indem er Österreichs noch fortdauernde Pläne, in den Zollverein einzudringen, vernichtete, Preußens wirtschaftliche Hegemonie dagegen in demselben Augenblick endgültig besiegelte, wo die seit dem Dezember 1861 schwebenden Bundesreformverhandlungen die politische Unvereinbarkeit beider Großmächte erwiesen. Auf dem zweiten deutschen Handelstag, der Mitte Oktober 1862 in München stattfand, kam der Gegensatz zwischen Preußen und dem schutzzöllnerischen Süden zum leidenschaftlichen Ausdruck. Gegen den Vorsitzenden Hansemann, der seit 1848 einen großdeutschen Standpunkt einnahm,[3]) entschied eine, allerdings schwache, Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Vertrages mit Frankreich, selbst auf die Gefahr hin, daß die Zollvereinsverträge und der bestehende Vertrag mit Österreich darüber scheitern sollten. So war der Keil zwischen beide Großmächte getrieben. Für die Ausschußverhandlungen in Berlin, die sich am 7. November anschlossen, wurde Beckerath zum Vorsitzenden erwählt, der in der verwickelten Lage am 30. Oktober Mevissen um seinen Rat bezüglich des bei den Verhandlungen mit der preußischen Regierung einzuschlagenden Weges bat: „Weiß die preußische Regierung, so schrieb er, den Sieg, den wir in München errungen haben, nicht zu benutzen, so geht wieder

[1]) Vgl. oben S. 399. Natürlich zog er aber daraus nicht die weitgehenden doktrinären Konsequenzen der Freihandelspartei (vgl. Grambow a. a. O. S. 169 ff.). Er hatte noch kurz vorher vor einer Ermäßigung der Eisenzölle des Zollvereins gewarnt, weil die einheimische Eisenindustrie sie in ihrem jugendlichen Stadium noch nicht ertrage (Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1857 S. 25; ähnlich Harkort, vgl. Berger a. a. O. S. 556; Jahresbericht des Hörder Bergwerksvereins 1862 September 27, 1863 September 30.)

[2]) Vgl. die Ausführungen von R. Delbrück, Lebenserinnerungen II, 216 (s. auch ebd. II, 199 ff.); Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1859, S. 8; Sybel a. a. O. III, 422 ff.

[3]) Bergengrün a. a. O. S. 643. Am Rhein standen die Anhänger der ultramontanen Partei auf Österreichs Seite.

eine Handhabe für Preußens Einfluß und die Gestaltung Deutschlands in reindeutschem Sinn verloren."[1]) Mevissen, der seit der letzten Zollvereinskrisis stets für die preußische Vormachtstellung im Zollverein, zugleich aber für eine weitere Ausgestaltung des Handelsvertrags mit Österreich womöglich bis zur Zolleinheit, eingetreten war,[2]) legte dem Freunde am 2. November 1862 seine Auffassung der Lage in einem längeren Schreiben dar, das im wesentlichen ausführte:

'In Berlin hat man, wie ich glaube, politisch darin gefehlt, daß man bei Abschluß des Vertrags mit Frankreich zwar die direkten Interessen der deutschen Zollverbündeten ins Auge gefaßt, aber die aus der gegenwärtigen Situation Österreichs hervorspringenden Interessen dieses Staates ganz ignoriert hat. Für Österreich ist der enge Anschluß an das übrige Deutschland in diesem Augenblick fast Lebensfrage, und wenn Preußen dieses Bedürfnis lediglich ignoriert, so darf es nicht überrascht sein, wenn die Wiener Diplomatie auf gefährliche Schachzüge sinnt. Sich absolut auf Frankreich zu stützen, hieße namentlich bei einem möglichen Konflikte der englischen und französischen Interessen Preußen und Deutschland aufs höchste gefährden. So wenig sympathisch uns auch Österreichs Staatsmänner und Österreichs politische Ziele sind,[3]) zum Bruch mit Österreichs berechtigten und Preußen nicht beeinträchtigenden Ansprüchen darf Preußen es nicht kommen lassen, wenn es nicht fest entschlossen ist, seine und Deutschlands nächste Zukunft auf einen Wurf zu setzen und mit England gegen Frankreich und Österreich die Stellung einer wirklichen Großmacht im Kampfe zu erringen. Ein Kampf mit Frankreich gegen Österreich führt sicher französischerseits Ansprüche auf die Pfalz (eventuell die Rheinlande) und Belgien, und damit Krieg mit England im Gefolge. Jeder Plan, dem England und Frankreich gemeinsam zustimmen, wird

[1]) Er fügte hinzu: „Daß mein Auftreten in München gegen Hansemann mir schwer fiel, werden Sie begreifen, allein es war nicht nur eine politische, sondern auch eine sittliche Notwendigkeit." (Vgl. für diesen Konflikt: Preußische Jahrbücher 16 (1865) S. 557 f.; Bergengrün a. a. O. S. 729; Delbrück a. a. O. II, 246).

[2]) Zolleinheit, nicht Zollverbindung (vgl. Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1855 S. 3, 1856 S. 4, 1857 S. 4).

[3]) In Österreich war seit 1860 A. v. Schmerling leitender Staatsminister, seit Frühjahr 1862 Graf Rechberg Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Schmerling hatte 1861 die seit 1851 beseitigte Konstitution wieder eingeführt und suchte auf dieser volkstümlichen Grundlage Österreichs Vormacht im Deutschen Bunde neu zu begründen.

sich ohne allen Kampf oder schlimmstenfalls mittels eines vorher genau begrenzten Kampfes durchführen lassen. — Berechtigt in meinem Sinne nenne ich nicht Österreichs Verlangen nach Eintritt in den Zollverein, wohl aber sein Verlangen nach Fortbildung des bestehenden Vertrages in der Weise, daß für eine ganze Reihe von Produkten und Manufakten volle Zollfreiheit zwischen Österreich und dem Zollverein eintritt. Beide Parteien können sich ihre volle Selbständigkeit und die ganze Freiheit der Aktion dritten gegenüber durch einen Paragraphen wahren, welcher für jeden zollfreien Artikel das Recht der Retablierung des Zwischenzolles vorsieht, sobald eines der Zollgebiete sich veranlaßt sieht, für den betreffenden Artikel Modifikationen des Außenzolles eintreten zu lassen.'

Die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die er hier berührte, waren für ihn ebenso viele Gründe zu dem Wunsche, den Konflikt zwischen Regierung und Kammer nicht weiter vertieft zu sehen. Es kamen noch weitere Gründe hinzu. Im Frühling 1862 hatte er bei einem längeren Aufenthalt in England wahrgenommen, wie wenig freundlich man dort dem von ihm so lebhaft erstrebten Anwachsen der deutschen Wehrkraft zur See gesinnt war. Er und sein alter Freund Diergardt waren am 3. März 1862 vom preußischen Handelsministerium namens des Zollvereins zu Mitgliedern der internationalen Jury auf der zweiten Londoner Weltausstellung ernannt, und Mevissen war zum Präsidenten der 19. Klasse erwählt worden, welche die gesamte Leinenindustrie umfaßte. Den Mai und Juni verlebte er in London, in engem Verkehr mit den englischen Finanzmännern Baring und Goldsmith, mit den Franzosen Arlès Dufour und Michel Chevalier sowie mit seinem Frankfurter Parlamentskollegen Moritz Hartmann, der als Berichterstatter der Kölnischen Zeitung dort weilte. Neben einer auffälligen gesellschaftlichen Zurückhaltung der Engländer,[1])

[1]) Der Gegensatz gegen die Pariser Erfahrungen des Jahres 1855 war besonders fühlbar. 'Die Engländer bleiben wie die Schildkröten in ihren Gehäusen und haben bis zur Stunde noch gar nichts getan, um den Fremden im Land des Nebels und Rauchs den Aufenthalt angenehm zu machen. Wir haben uns heute mit den Franzosen assoziiert, um gemeinschaftlich einen geselligen Mittelpunkt zu schaffen' (Brief Mevissens v. 11. Mai 1862). Diergardt und Mevissen beschwerten sich beim Ministerpräsidenten Lord Granville und erklärten, England zu verlassen, wenn die Dinge sich nicht änderten. Das half. Bei den späteren Festlichkeiten am Hofe wie bei dem Herzog von Sutherland, dem Marquis v. Salisbury, dem Lord Ashburnham u. a. war Mevissen dann angenehm überrascht über die Zwanglosigkeit des Verkehrs.

besonders der englischen Aristokratie, trat ihm vor allem entgegen, mit wie einmütiger Abneigung Volk und Regierung in England in jenem Augenblick, wo der wiedererwachte Einheitsdrang der deutschen Nation den Ruf nach einer Kriegsflotte in ganz Deutschland populär machte,[1] gegen die Begründung einer deutschen Seemacht erfüllt waren. Das war um so unwillkommener, als die fortschreitende wirtschaftliche Emanzipation des Zollvereins vom Ausland einen verschärften Wettbewerb mit Großbritannien heraufführen mußte.

Für eine ganze Reihe von Industrieen, und besonders auch für die Leinenindustrie, traf das zu. Die wenig günstigen Beobachtungen auf ihrem Gebiet, die Mevissen in London machte — er mußte feststellen, daß trotz mancher Fortschritte der jüngsten Zeit Deutschland von Großbritannien auf dem Weltmarkte überflügelt und auf dem eigenen Markt hart bedrängt werde[2] — veranlaßten ihn, der preußischen Regierung noch einmal seine Gedanken über eine dezentralisierende Ausbreitung dieser Industrie im Zusammenhang mit seinen Kanalplänen nahezubringen. Seit 1856 hatte er sich bei verschiedenen im Ruhrrevier entstandenen Kanalprojekten beteiligt,[3] in wiederholtem Meinungsaustausch mit F. Hammacher in Essen, der eben jetzt die Leitung eines Komitees für den Bau eines Rhein-Elbekanals übernahm. Technische Vorarbeiten für einen solchen Kanal waren schon mehrfach ausgeführt worden;[4] im Juni 1862 fanden mehrmals Beratungen in Dortmund statt, denen auch die Staatsregierung ihr Interesse zuwandte. Nun führte Mevissen in seinem Londoner Bericht aus, die Regierung müsse die Initiative zur Anlage von Maschinenspinnereien in den östlichen Provinzen ergreifen. Um die dortige Industrie sofort auf der einheimischen, nicht auf der über See

[1]) In Preußen wurde seit August 1861 von Handelsvereinen Geld gesammelt, um in jeder Provinz die Mittel für eine Fregatte aufzubringen.

[2]) Bericht vom 20. Juli 1862 an den Handelsminister v. Holzbrink.

[3]) Besonders bei dem 1856 entstandenen Emscherkanal-Komitee, das den Rhein mit dem Kohlenrevier bei Dortmund verbinden wollte.

[4]) So vom Wasserbaumeister Michaelis in Wiedenbrück im Jahre 1858; vgl. auch die Denkschrift 'Über deutsche Kanalisation, mit besonderer Rücksicht auf den Rhein-Elbekanal' vom Baumeister H. A. Schultz in Berlin (1859). Der um diese Zeit begründete 'Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund' nahm sich des Planes ebenso an, wie das 1859 begründete 'Komitee für den Kohlenabsatz nach dem Osten und Norden'.

bezogenen englischen Kohle zu basieren, sei aber die Kanalverbindung unentbehrlich. 'Westfalens Kohlenproduktion steht heute an Billigkeit und Güte keinem Lande der Erde mehr nach. Um die westfälische Kohle der Ostsee und das Getreide der Ostsee direkt dem Rheine zuzuführen, bedarf es der Kanalverbindung zwischen Rhein, Weser, Elbe und Ostsee. Heute dominiert an der Ostsee die englische Kohle, und, was schlimmer ist, der hohe Preis dieser Kohle verhindert, daß an jener für Deutschland so hochwichtigen Küste Industrie sich entfalte. Der Rhein und seine Nachbarlande, Holland und Belgien, deren Getreideproduktion nicht mehr den ganzen Bedarf der rasch gestiegenen Bevölkerung deckt, wenden sich für ihren Getreidebedarf schon zur Zeit, wenn auch noch ausnahmsweise, Ungarn zu. Diese Ausnahme dürfte bald zur Regel werden, wenn das Getreide der Ostsee fortan wie bisher zu billigeren Frachten nach England transportiert werden kann, als nach dem Rheine. Das Interesse der Ostsee sowie der Rheinlande und Westfalens erheischt gleich gebieterisch eine dem Standpunkte der Gegenwart entsprechende Ausbildung der Wasserkommunikationen. Diesen wie jenen Provinzen würde dadurch der regelmäßigste und am wenigsten dem Einflusse wechselnder Konjunkturen unterworfene Austausch ihrer Produkte gesichert werden.'[1])

Die unerschwinglichen Kosten hinderten damals die Ausführung solcher Kanalprojekte.[2]) Seine aus der Lage des wirtschaftlichen Betriebes geschöpften Erwägungen und Bedenken schärften aber in der kritischen Zeit Mevissens realpolitischen Blick, der unablässig auf die Totalität der Staatsaufgaben gerichtet blieb. Erst recht endlich war das der Fall mit seinen Eisenbahnplänen, für deren Durchführung er

[1]) Vgl. Amtlicher Bericht über die Industrie- und Kunstausstellung zu London im Jahre 1862, erstattet nach Beschluß der Kommissarien der deutschen Zollvereinsregierungen II (1862), 395 ff. — Mevissens Bericht datiert vom 22. Juli 1862. - Vgl. Bd. II, S. 611, 622.

[2]) Als Ersatz für den Emscherkanal plante Mevissen in Verbindung mit seinem Essener Freunde E. Waldthausen seit Anfang 1865 die Anlage einer nur für den Gütertransport bestimmten Eisenbahn, auf der die Züge in langsamem Tempo, aber sehr kurzen Intervallen verkehren sollten. Hartwich arbeitete im Mai 1866 eine eingehende und lehrreiche Denkschrift darüber aus. (Vgl. Bd. II, S. 615, und für die Weiterentwicklung der Kanalfrage F. Perrot in der Deutschen Monatsschrift I (1871) S. 23 ff., 63 ff.)

sich auf gemeinsame Arbeit mit den Regierungsorganen geradezu angewiesen sah. In ihnen gipfelte in diesen Jahren seine praktische Wirksamkeit, seit er 1860 infolge einer plötzlich akut gewordenen Spannung in Köln sein Amt als Präsident der Handelskammer aufgegeben hatte.

Durch die ganze seitherige Entwicklung der Rheinischen Bahn hatte sich eine ungelöste Streitfrage gezogen. Nach dem 1837 geschlossenen Kompromiß zwischen den Verkehrsinteressen von Köln und Aachen (S. 308) sollte die Bahnstrecke in Köln nicht am Türmchen,[1]) sondern im Freihafen enden und so die unmittelbare Umladung der Güter von der Bahn aufs Schiff ermöglichen. Kaufmannschaft und Stadtverwaltung von Köln legten großen Wert auf die Erfüllung dieses Vertrages, die bei den schwierigen Ortsverhältnissen am Rheinufer für die Bahngesellschaft einen großen Kostenaufwand involvierte. 1845 wurden einige Geleise bis zum Freihafen gestreckt und dort, am Trankgassentor, 1848 auch der Bahnhof errichtet. Der schnell wachsende Verkehr und die hoch über dem Uferniveau angelegte stehende Rheinbrücke ließen jedoch vom Standpunkt der Eisenbahn die volle Durchführung des ursprünglichen Projekts als irrationell erscheinen. Auf dem durch die Festungsmauer beschränkten Rheinufer fehlte es an Raum, und die Überführung der Personen und Güter von der Bahn auf die Rheinbrücke war äußerst schwierig und umständlich. Ein hochgelegener Zentralbahnhof für den Personenverkehr in der Stadt und ein Güterbahnhof vor dem Gereonstore erwiesen sich als nötig und wurden bis 1859 fertig gestellt. Als nun aber Ende 1859 die Verlegung des Güterverkehrs und der Zollabfertigung nach diesem Bahnhof beschlossen wurde, erhob sich lebhafter Widerspruch.[2]) Die Majorität der Handelskammer vertrat ebenso wie die Stadtverwaltung[3]) den Standpunkt, daß die Bahngesellschaft im

[1]) Dort (im Norden der Stadt, außerhalb des Tores und etwas entfernt vom Rheinufer) lag der provisorische Bahnhof. — Für die Frage vgl. besonders den gedruckten Kölner Stadtratsbericht vom 21. Dezember 1841 und den Anhang zum Jahresbericht der Handelskammer für 1860.

[2]) Er kam zuerst in den Handelskammersitzungen vom 20. September und 21. Dezember 1859 zum Ausdruck.

[3]) Ihr war es besonders um das Werftgeld für die von den Schiffen auf die Bahn übergehenden Güter zu tun.

Interesse des Kölner Handelsstandes und des Schiffahrtsverkehrs — für den man volle Parität mit der Eisenbahn verlangte, damit er „der Gefahr sicheren Ruins entgehe"[1]) — den bestehenden Vertrag erfüllen und für alle Bahnsendungen mit Ausnahme der Transitgüter die Station am Trankgassentor belassen müsse. Das war nun nach Lage des sich fortwährend steigernden Verkehrs völlig ausgeschlossen, im Schoße der Rheinischen Direktion aber kreuzten sich zwei Strömungen. Mevissen erkannte an, daß in der Tat bestimmte Handelsinteressen für die Verbindung der Bahn mit dem Ufer sprachen, und er hielt die Forderung für berechtigt, 'daß die Abfertigung der Güter an der Trankgasse nach Maßgabe der durch die beschränkte Räumlichkeit dort gegebenen Möglichkeit' bestehen bleibe.[2]) Der Techniker Hartwich war dagegen für die völlige Zentralisation des Güterverkehrs im neuen Bahnhof. Während Mevissens Abwesenheit in Italien im Jahre 1860 führte die Angelegenheit am 28. Februar zu einem offenen Konflikt, dessen Verlauf das fernere Verbleiben Mevissens an der Spitze der Handelskammer unmöglich machte. Trotz seiner vermittelnden Auffassung waren die Gemüter zu erregt für eine Verständigung: in der Haltung der Parteien kam vielmehr zum Ausdruck, daß sein schnelles Aufsteigen im Kölner Wirtschaftsleben außer dem Vertrauen in seinen Unternehmungsgeist doch auch den Neid und die Eifersucht geweckt hatte. Am 16. Mai 1860 legte er sein Amt nieder, und am 4. September wurde die Leitung der Handelskammer dem Führer der Opposition, W. A. Nierstras, anvertraut, einem unbedeutenden Geschäftsmann ohne festgegründete eigene Anschauungen, der es nicht vermochte, die seitherige hervorragende Stellung der

[1]) Handelskammerbericht für 1859 S. 34; Köln. Zeitung 1860, Nr. 58, 61.

[2]) 'Ich halte mich trotz aller Einwendungen des Herrn Hartwich nach wie vor fest davon überzeugt, daß hier das Interesse der Stadt genau Hand in Hand geht mit dem wohlverstandenen Interesse der Eisenbahn, und werde es sehr beklagen, wenn eine unzeitige Hartnäckigkeit übereinstimmende Interessen als entgegengesetzte erscheinen läßt. Die Direktion hat die Frage meines Erachtens nicht so ernst und in die Zukunft vorausschauend aufgefaßt, als sie es verdient und erheischt' (Marseille, 1860 Februar 10). 'Die Direktion muß sich in dieser Frage durchaus von ihrem Techniker lossagen und dem guten Recht der Verträge sowie der vernünftigen Auffassung der Interessen Raum geben' (Nizza, 1860 März 5).

Kammer im rheinischen Wirtschaftsleben zu behaupten.[1]) Mevissen selbst aber ging nun dazu über, in den Jahren des Verfassungskonflikts zunächst die Maschen des linksrheinischen Eisenbahnnetzes enger zu knüpfen.

Auf Grund eines Vertrages vom 11. November 1859 wurde die Köln-Krefelder Linie am 1. Juli 1860 Eigentum der Rheinischen Gesellschaft. Der Weiterbau nach der holländischen Grenze wurde sofort in Angriff genommen, 1863 wurde die Strecke bis Krefeld, 1865 bis Nimwegen eröffnet; der Rhein wurde, da die holländische Regierung die geplante Ausführung einer stehenden Brücke zwischen Arnheim und Nimwegen unterließ, mit einem Trajekt bei Elten passiert. Der schwierigen Verhältnisse des Geldmarkts wegen konnte dagegen die Bahn von Düren nach Schleiden nicht so schnell gebaut werden, als die Regierung und die Anwohner wünschten. 1860 und 1861 kam es darüber wiederholt zu unbequemen Auseinandersetzungen mit dem Ministerium und zu erregten Erörterungen im Abgeordnetenhaus.[2]) Mit dem Projekt verband sich 1861 ernstlich der Gedanke der Weiterführung nach Trier nebst einer Abzweigung von Euskirchen nach Köln, diese Weiterführung bedingte aber Call an Stelle von Schleiden als vorläufigen Endpunkt der Linie, mit deren Bau Ende 1862 begonnen wurde. Ein im November 1866 mit der Regierung geschlossener Vertrag garantierte dann die Zinsen des auf 11 Millionen Taler veranschlagten Baukapitals für die Weiterführung bis Trier. Hier handelte es sich um die Aufschließung des großen, die Verkehrsmittel der neueren Zeit noch ganz entbehrenden Grenzgebiets der Eifel, aus dem ein Ertrag zwar erst allmählich erwartet werden konnte, dessen befruchtende Verbindung mit den Nachbargebieten aber im volkswirtschaftlichen Interesse von besonderer Bedeutung war.[3])

[1]) Zwischen der Stadt und der Bahnverwaltung kam es zu einem Prozeß, der nach langen Verhandlungen der Auffassung Mevissens den Sieg brachte, aber das einträchtige Zusammenwirken beider Instanzen für Jahre hinderte.

[2]) Vgl. Haus der Abgeordneten, Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe 1860, Nr. 216, und die Interpellation vom Februar 1861, ebd. 1861, Nr. 67.

[3]) Für die Eifelbahn vgl. Mevissens Ausführungen im Kölner Handelskammerbericht für 1856 S. 17, sowie die 'Denkschrift zur Petition um Bewilligung einer Zinsgarantie zum Bau einer Eisenbahn von Köln nach Trier' (1861). Die Regierung dachte 1862 eine Zeitlang daran, der Köln-Mindener Gesellschaft den Bau der Eifelbahn zu übertragen.

Mevissens Pläne gingen jedoch viel weiter. Nicht nur im linksrheinischen, sondern im ganzen rheinisch-westfälischen Verkehrsnetz wollte er seinem Unternehmen die Mitwirkung sichern. Mit weit vorschauendem Blick hatte er in einem Vertrag, den er am 9. Juni 1859 mit der Staatsregierung über den von dieser gewünschten beschleunigten Bau der Koblenzer Rheinbrücke schloß, das rechte Rheinufer und das erzreiche Lahntal in den Interessenkreis des linksrheinischen Unternehmens einbezogen, und sich so aus der im Jahre 1856 als beschwerliche Bedingung für die Konzession der Rheinbahn auferlegten Last des Brückenbaues wertvolle Anwartschaften für die Zukunft gesichert.[1]) Die Koblenzer Brücke wurde 1864 vollendet. Aber schon etwas früher gelang es Mevissen, am Niederrhein, von der Köln-Krefelder Strecke aus, mit der Rheinischen Bahn auf das rechte Ufer mitten in das Industriegebiet hinein zu gelangen.

Dort dominierte seither die Köln-Mindener Eisenbahn durchaus. Neben ihr kam nur in beschränktem Maße die seit 1850 vom Staat, anfangs mit geringem Erfolg, betriebene Bergisch-Märkische Bahn von Dortmund nach Düsseldorf in Betracht.[2]) Die Köln-Mindener Gesellschaft nutzte ihre vorteilhafte Position seit Jahren durch hohe Tarife in volkswirtschaftlich ungesunder Weise aus.[3]) Mevissen wußte durch seine eigene Beteiligung beim Bergbau und der Eisenindustrie des Ruhrreviers, wie nötig es war, den Kohlen und Erzen durch billige Tarife erweiterte Absatzgebiete zu eröffnen. Daß die vorhandenen Bahnen der erst am Anfang ihrer Entwicklung stehenden Produktion schon bald nicht mehr genügen konnten, war ebenso gewiß, wie daß die Massenprodukte Eisen und Kohle für die dauernde Alimentation des von Mevissen verwalteten Rheinischen Bahnunternehmens unentbehrlich waren, wenn es nicht in ein unbequemes Abhängigkeitsverhältnis von anderen Verkehrsgesellschaften geraten sollte. Die

[1]) Der Vertrag bestimmte, daß bis zum Schluß des Jahres 1875 keine andere Gesellschaft die Konzession zum Bau einer Bahn von Ehrenbreitstein bis Deutz (vgl. oben S. 675) erhalten werde. — Den Bau der Lahntalbahn übernahm damals die Nassauische Regierung.

[2]) Das Bergisch-Märkische Eisenbahn-Unternehmen während der ersten 25 Jahre des Betriebs (1875) S. 16ff.

[3]) Vgl. Mevissens Darlegung im Kölner Handelskammerbericht für 1856 S. 19.

Köln-Mindener Bahn führte zwar für den Transport der Ruhrkohlen nach Norddeutschland und Holland den seit einigen Jahren üblich gewordenen Einpfennigtarif ein,[1]) verweigerte ihn dagegen für Eisenbahnfrachten über Köln rheinaufwärts und machte dadurch die Rheinbahn unfähig zur Konkurrenz mit der Wasserstraße.[2]) Im Ruhrrevier selbst war man mit dem herrschenden Zustand unzufrieden. In Essen bildete sich 1861 ein Komitee unter dem Vorsitz von E. Waldthausen, das, unterstützt von den Handelskammern der Gegend, eine neue direkte Bahnverbindung einerseits mit Köln, anderseits mit Bremen erstrebte, um den Absatz der Erträge des Kohlenbergbaues und der Erzindustrie zu befördern. Im Zusammenhang mit diesen lokalen Wünschen projektierte nun Mevissen eine in Osterath bei Krefeld von der Rheinischen Bahn abzweigende und bei Rheinhausen den Strom überschreitende Strecke, die über Mülheim a. d. Ruhr nach Essen führte. Die Köln-Mindener Bahn wehrte sich zwar nach Kräften gegen diesen „Einbruch" in das Kohlenrevier; sie bekämpfte die neue Linie als unerlaubte Parallelbahn im Sinn des Eisenbahngesetzes von 1838. Die Regierung erkannte aber das Bedürfnis an und erteilte im Juli 1863 die Konzession für den Bau der Strecke, allerdings in der Weise, daß sie gleichzeitig die Bergisch-Märkische Bahn mit der bereits im Staatsbetrieb befindlichen linksrheinischen Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Strecke fusionierte[3]) und so ihrerseits ein drittes von Elberfeld aus verwaltetes Konkurrenzsystem im rheinisch-westfälischen Verkehr bildete. Die Erfahrung lehrte jedoch, daß der Wettbewerb der drei

[1]) Im Jahre 1859, nach längerem Sträuben. Dieser Tarif (für Kohlentransporte pro Meile und Zentner 1 Pf.) war 1849 für den Transport der oberschlesischen Kohle nach Berlin zuerst angewendet worden (Archiv für Eisenbahnwesen 1890 S. 533ff.). Mevissen empfahl ihn für den Westen im Kölner Handelskammerbericht für 1856 S. 7.

[2]) Köln-Minden beförderte 1860: 33, die Rheinschiffahrt 12, die Rheinische Bahn nur 4 Millionen Zentner Kohlen. Die Kohlenproduktion stieg damals rund um 10 Millionen Zentner jährlich (1859: 77, 1860: 87, 1861: 97 Millionen, bis 1867 stieg sie dann in beschleunigtem Tempo auf 200 Millionen).

[3]) Entgegen den Wünschen Mevissens, der in Verhandlungen der Jahre 1861—1863 wieder auf den früheren Antrag einer Verschmelzung des Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Unternehmens mit der Rheinischen Bahn (S. 710) zurückkam. — Für die Entwicklung des Bergisch-Märkischen Bahnsystems vgl. A. v. Mayer, Gesch. u. Geographie der deutschen Eisenbahnen I (1891), 230ff., 310ff.

nunmehr im Rheinland bestehenden großen Bahnsysteme in der Tat dem Bedürfnis der Industrie entsprach. Mevissens Schwager F. W. Koenigs, der im Jahre 1857 von Dülken[1]) nach Köln übersiedelte und eine Reihe von Jahren sich vornehmlich der Durchführung von Mevissens Bahnprojekten widmete, schloß mit zahlreichen Berg- und Hüttenwerken vorteilhafte Verträge über besondere Anschlußgeleise ab. Im Frühjahr 1865 begann dann der Bau der Strecke, der im Sommer 1866 vollendet, nach 1869 aber in das Herz des Kohlengebiets, nach Gelsenkirchen, Bochum, Herne und Dortmund, weitergeführt wurde und zur Förderung des Kohlen- und Eisenabsatzes des ganzen Reviers wie zur Ermäßigung der Tarife[2]) auf das wirksamste beitrug.

Den Bemühungen Mevissens, seiner Gesellschaft auch die andere Hälfte des Essener Projekts, die Verbindung des Kohlenreviers mit einem Nordseehafen, zu sichern, war dagegen zunächst kein Erfolg beschieden. Das Projekt traf 1862 mit einem von Paris mit französischem und belgischem Kapital betriebenen Plan zusammen, wonach der direkte Verkehr von England und Frankreich nach den deutschen Seehäfen auf eine neue Linie Venlo-Wesel-Münster-Bremen-Hamburg geleitet werden sollte. Mevissen erklärte gegenüber diesem vom Ausland beeinflußten Plane am 15. August 1862 der Staatsregierung die Bereitwilligkeit der Rheinischen Direktion, die Bahn Essen-Münster-Bremen-Hamburg zu bauen, und seine Bemühungen fanden warme Unterstützung bei H. Haniel in Ruhrort und F. Hammacher in Essen. Hier entschied die Regierung aber zu seinen Ungunsten, indem sie am 27. September 1865 der Köln-Mindener Mitbewerberin die Konzession erteilte. Mevissen konzentrierte sich seitdem auf die Herstellung der rechtsrheinischen Bahn von Ehrenbreitstein abwärts nach Troisdorf (S. 734), mit deren Bau 1867 begonnen werden konnte. Auch hier plante er von vornherein eine selbständige Weiterführung des Baues von Troisdorf nach Essen, um auf dem rechten Rheinufer eine direkte und abgekürzte Verbindung des Kohlenreviers mit dem Oberrhein herzustellen. Allerdings wurde auch dieses Projekt wieder

[1]) Am 2. März 1853 war Mevissens Mutter in Dülken hochbetagt gestorben.

[2]) Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. X (1904), 119—133.

Gegenstand langjährigen Ringens mit der Behörde und mit den Gegenmachinationen der konkurrierenden Gesellschaften, die ihre eigenen Strecken von dem unbequemen Expansionsdrang Mevissens „spinnwebeartig umzogen" fühlten.

Alle diese Verkehrsprojekte, deren Verwirklichung in die Jahre des preußischen Verfassungskonflikts fiel, konnten nur durch Zusammenwirken der Leitung des Rheinischen Bahnunternehmens mit der Staatsregierung ins Leben geführt werden. In dieser aber war, seit das Handelsministerium im Dezember 1862 dem Grafen Itzenplitz anvertraut wurde, das Verständnis für volkswirtschaftliche Bedürfnisse erheblich reduziert,[1]) während die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Kraft des preußischen Staates zu steigern, infolge der Zuspitzung der großen Fragen der äußeren Politik von Tag zu Tag dringender wurde. Mevissen übersandte am 22. Juli 1862 v. der Heydt, der als Finanzminister im neuen Ministerium verblieben war, seinen Bericht über die Londoner Ausstellung mit den Worten: 'Die Situation drängt im ganzen und großen unser Vaterland zu einem erhöhten Wetteifer mit dem deutschen Süden auf dem Gebiet der materiellen Interessen. Ich wünsche von Herzen, daß es gelingen möge, die wirren Geister im Innern zu einigen und dem vorzubeugen, daß innerer Hader die Schöpfungskraft des Landes in einem Moment lähme, wo Preußen aller Anstrengung bedarf, um die Lösung seiner historisch ererbten Mission in Deutschland mit Erfolg anzustreben.'[2])

---

[1]) Der Ministerialdirektor v. der Recke machte eine Ausnahme.

[2]) A. v. der Heydt erwiderte am 5. August: „Unsere politische Situation ist nicht erbaulich. Dank unserer ruhigen Haltung fängt sie aber doch an, sich sehr allmählich ein wenig günstiger darzustellen. Wir kommen gerne entgegen, so weit es angeht, wir reizen nicht, aber wir beobachten mit ruhigem offenem Auge und lassen uns nicht in die Zügel greifen. Sie sagen mit gutem Recht, daß die Anerkennung Italiens, daß der Handelsvertrag mit Frankreich große Akte sind — die Reaktionäre haben diese Akte nicht urgiert, das muß doch dem Blödäugigen klar sein." Am 24. September schied er aus dem Ministerium, „von vielen verkannt, von wenigen nur verstanden", wie er am 30. Januar 1863 an Mevissen schrieb; „ich erfreue mich wahrhaft der Ruhe, mein alter lieber Freund, die Jahre der Ambition neigen sich zum Ende. Ich bin in der Politik verbraucht. Es bedarf in der verworrenen Lage der Dinge frischer, energischer Elemente, die mit kühner, aber wohlwollender Hand eingreifen und setzen, was dem Ganzen frommt."

Von welcher Seite er die unerquickliche und seiner persönlichen Staatsauffassung so sehr widerstreitende innerpolitische Situation betrachten mochte, er kam stets zu dem Schluß, daß eine Verschärfung des Konflikts das Staatswohl gefährde. Der Sammlung der Kraft des preußischen Staats für seine deutsche Mission erkannte er um so williger den Vorrang vor der schwebenden Verfassungsfrage zu, als er seine Überzeugung, daß aus den wirtschaftlichen Mächten, deren Entwicklung er selbst sich dauernd widmete, im Laufe der Zeit die jetzt noch nicht vorhandene bürgerliche Freiheit zusammen mit der wachsenden politischen Reife organisch entstehen müsse, keinen Augenblick aufgab.

Am 23. September 1862 kam es zum offenen Bruch zwischen Regierung und Kammer. Da der König die zweijährige Dienstzeit definitiv ablehnte, verweigerte die Kammer mit überwältigender Mehrheit die seither provisorisch bewilligten Mittel, Bismarck aber, der „Minister des Staatsstreichs", übernahm die Leitung der Geschäfte, um den König, der eher abdanken als nachgeben wollte, mit Hilfe seiner Theorie von der „Lücke der Verfassung" durch den Konflikt zu steuern, indem er der Regierung das Recht vindizierte, die für die Existenz des Staates unentbehrlichen Ausgaben auch ohne Parlamentsbewilligung zu bewirken. Selbst jetzt, wo die Spannung zwischen Land und Regierung sich dem Höhepunkt näherte, betonte Mevissen am 11. November 1862 — wenige Tage vor der denkwürdigen Unterredung, in welcher sein alter Freund Beckerath dem König die Bedenken des Zerwürfnisses zwischen Krone und Parlament vorstellte,[1]) — bei der Grundsteinlegung der Koblenzer Rheinbrücke in einer Ansprache an die Königin noch einmal mit Nachdruck die Vorzüge vereinten Wirkens von Fürst und Volk. 'Solche gemeinsam geschaffene Werke des Friedens, so führte er aus, bilden den festen Kitt, der Nation und Regentenhaus unauflöslich verbindet.'[2]) Als dann aber Bismarck sich mit maßloser

---

[1]) Am 19. November 1862, allerdings nur, um festzustellen, daß der König seinen Standpunkt unter keiner Bedingung aufgeben werde (Kopstadt a. a. O. S. 189 ff.).

[2]) Kölnische Zeitung 1862, Nr. 315; Koblenzer Zeitung 1862, Nr. 266. Die Königin übermittelte Mevissen am 17. November ein Andenken an die „unvergeßlich schöne Feier" und sah fortan jährlich im November zur Erinnerung an dieselbe die Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft bei sich zur Tafel.

Schärfe gegen die Opposition in der Kammer wandte, und als eine Flut von Loyalitätsdeputationen der Reaktionäre die Regierung in ihrem Vorgehen noch geflissentlich bestärkte, hielt auch er den Zeitpunkt zu offenem Einspruch für gekommen. Zusammen mit den namhaftesten Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie unterzeichnete er am 6. Januar 1863 eine von Beckerath abgefaßte Adresse,[1]) die dem König das Urteil gemäßigter Männer über die Lage mit würdigem Nachdruck zur Kenntnis brachte. Sie betonte die Notwendigkeit eines starken, die ganze Kraft des waffenfähigen Volkes umfassenden Heeres, wiederholte aber zugleich die Bitte, daß die Reorganisation der Armee unter verfassungsmäßiger Mitwirkung der Landesvertretung und mittels der vom Lande allgemein ersehnten Beschränkung der Präsenzzeit durchgeführt werde. Das Fundament der konstitutionellen Monarchie sei das Recht, und das Recht werde verletzt, wenn die Staatsregierung die Finanzverwaltung ohne die Grundlage eines verfassungsmäßig festgestellten Staatshaushalts-Etats führe.

Auch dieser Adresse war kein Erfolg beschieden. Der König vermeinte, bei der Behauptung seiner monarchischen Souveränetät die Verfassung überhaupt nicht zu verletzen, er gedachte vielmehr, auf dem eingeschlagenen Wege ohne Verfassungsbruch dem Andrängen des demokratischen Parlamentarismus einen festen Damm entgegenzustellen.[2]) So konnte Bismarck skrupellos den Konflikt zu äußerster Schärfe zuspitzen und die unerhörte Vergewaltigung der Presse durch die Ordonnanzen vom 1. Juni 1863 wagen, gegen die selbst der Kronprinz öffentlich protestierte.[3])

[1]) Kölnische Zeitung 1863, Nr. 14, 16. In einer Vorberatung im Hotel Disch in Köln vertrat Mevissen den Standpunkt, daß das Ministerium sich zwar eine Verletzung der Verfassung zuschulden kommen lasse, daß aber auch die Kammer durch die parlamentarische Obstruktion eine Verletzung des Staatswohls begehe. Der Abgeordnete Appellationsgerichtsrat Fr. v. Ammon bezeichnet in seinen (1878 als Manuskript gedruckten) Erinnerungen S. 210 daraufhin Mevissen als Reaktionär und urteilt auch sonst in einer Weise über ihn, die zeigt, daß ihm sein Wesen fremd geblieben ist.

[2]) Vgl. den Brief des Königs bei Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen I, 303, sowie die Äußerungen des Kronprinzen bei Haym, Max Duncker S. 291, und L. Camphausens bei Caspary a. a. O. S. 411.

[3]) Lenz, Geschichte Bismarcks S. 187 ff.

Mevissen stand in dieser Zeit von den Kammermitgliedern dem Historiker Heinrich v. Sybel am nächsten, der sich seit seiner Übersiedlung von München nach Bonn (im Herbst 1861) als Abgeordneter für Krefeld an den parlamentarischen Kämpfen hervorragend beteiligte.[1] Sybels allgemeine Auffassung der politischen Situation, insbesondere der Verknüpfung der preußischen und deutschen Interessen, sowie seine Art, die historischen Probleme entschlossen der Gegenwart zuzuwenden, führten ihn eng mit Mevissen zusammen; es bildete sich zwischen ihnen ein langjähriges Freundschaftsverhältnis, das erst durch den Tod gelöst worden ist. In der Taktik aber waren beide damals verschiedener Meinung. Sybel wollte ein Zusammengehen der Altliberalen mit der Fortschrittspartei, und er trat in diesem Sinne als Führer des linken Zentrums gegen die Regierung in die Schranken, während Mevissen der Staatsauffassung des damaligen fortgeschrittenen Liberalismus zu fern stand, um sich von einer Vereinigung mit ihm selbst in diesem Augenblick etwas versprechen zu können. Die fortschrittliche Opposition feierte allerdings gerade jetzt große populäre Triumphe. Am 18. Juli 1863 veranstalteten die vereinigten liberalen Parteien ein rauschendes Fest zu Ehren der rheinisch-westfälischen Abgeordneten, die sich im Kampfe um die Verfassung hervorgetan hatten. Das Fest fand in Köln unter der Leitung von J. Classen-Kappelmann und G. Jung statt; als „Saturnalien der deutschen Bourgeoisie" hat es der staatskluge, damals mit Bismarck liierte Lassalle verspottet. H. v. Sybel und Dr. H. Becker, der spätere Kölner Oberbürgermeister, teilten sich in die Ehren des Tages.[2] Mevissen blieb der Feier fern; er hatte seit 1843, wo er ein ähnliches Abgeordnetenfest mit jugendlicher Begeisterung begrüßte (S. 297), gelernt, daß gegenüber der Macht der Regierung, ihren Willen durchzusetzen, auf solchen Wegen die Bahn für eine liberale Staatsauffassung in Preußen nicht freizumachen und eine suspendierte Verfassung nicht

---

[1]) Vorträge und Abhandlungen von Heinrich v. Sybel (hrsg. von Varrentrapp, 1897) S. 108ff.

[2]) Vgl. Kölnische Zeitung 1863, Nr. 199ff. und die Schrift: Das Fest der Abgeordneten von Rheinland-Westfalen zu Köln am 18. u. 19. Juli 1863 (Leipzig 1863); Varrentrapp in Vorträge u. Abhandlungen von H. v. Sybel S. 114ff.; Hackenberg, Der rote Becker S. 215ff.; L. F. Seyffardt, Erinnerungen (1900) S. 32ff.

wiederherzustellen war. So konsequent er in seinen Zielen blieb, den Maßstab für die Mittel und für die Zeitfolge der Durchführung entnahm er, die realen Kräfte mit bedächtiger Vorsicht und Umsicht abwägend, dem wirklichen Leben. 'Die Festtage, so heißt es am 21. Juli in einem Brief von ihm, und die großartigen Demonstrationen am Rheinufer für die Festgenossen sind ohne Anstoß und maßvoll verlaufen; das bedeutet jedenfalls bei den Massen mehr Maß und gesunden Sinn als früher. Sybel ist der Held des Tages und kann bis jetzt die Zügel halten. Ich war gestern bei ihm, habe ihn nicht zu Hause getroffen, seiner Gattin aber dringend eingeschärft, daß jetzt an die Stelle fortschrittlicher Reden staatsmännisch bemessene organisatorische Beschlüsse in der nächsten Session treten müssen.'[1]) In der Verurteilung von Bismarcks gewalttätigem, das bürgerliche Bewußtsein tief verletzendem Vorgehen war er jedoch mit Sybel einig; er betrachtete es als ein besonderes Glück, daß kurz darauf, als Bismarck gelegentlich seiner Anwesenheit in Berlin den Wunsch äußerte, ihn zu sprechen, eine Ungeschicklichkeit bei der Überbringung der Einladung es ihm möglich machte, der Begegnung auszuweichen.

Schon das nächste Jahr aber bahnte einen Umschwung seines Urteils über den Konfliktsminister an, den er seit den Jahren des Vereinigten Landtags und des Erfurter Parlaments nur einige Male flüchtig gesprochen hatte und dessen Sinnesänderung in der deutschen Frage ihm, wie den Zeitgenossen überhaupt, seither nicht bekannt geworden war. Beim Tode des dänischen Königs setzte die preußische Regierung in Schleswig-Holstein — da, wo sie 1850 am unverantwortlichsten die deutschen Interessen preisgegeben hatte, — endlich den Hebel zu einer großen, aktiven Politik an. Bismarcks diplomatische Meisterschaft führte seit 1864 mit der nach den Plänen des Königs geschmiedeten Waffe der Armeereform, gestützt auf die in

[1]) An seinen auf einer Reise nach der Nordseeküste (in Sachen der geplanten Eisenbahn von Essen nach den Nordseehäfen, S. 736) befindlichen Schwager Koenigs. Mevissen fügte hinzu: 'Wenige Jahre noch, und auch dort rollt das Dampfroß, und vielleicht steht bald dort am Meeresstrand an Bord des stahlgepanzerten deutschen Flaggschiffs ein neuer Siegfried mit sieggewohntem Schwert und mit erfolgverbürgender, die Diplomatie einhüllender Tarnkappe.'

der langen Epoche preußischer Friedenspolitik gesammelten und durch die riesigen Fortschritte des letzten Jahrzehnts verstärkten wirtschaftlichen Kräfte, im Rahmen des Militärstaates durch, was Mevissen 1860 noch für unmöglich gehalten hatte: er machte aus Preußen wieder eine anerkannte, zu selbständiger Entscheidung berufene Großmacht. Als sich an die Waffensiege des Frühjahrs am 1. Juli 1864 der überraschende Erfolg bei Alsen reihte, schrieb Mevissen am 7. Juli: 'Kommen keine neuen Verwicklungen nach außen zur schleswig-holsteinischen Frage hinzu, so wird Bismarcks Glück die deutsche Entwicklung mächtiger fördern, als es der besonnene Verstand weit tieferer politischer Köpfe getan haben würde.'[1])

Dänemarks eigensinnige Hartnäckigkeit war damals in der Tat Bismarcks Glück, und der volle Einblick in das überlegene diplomatische Spiel des großen Staatsmannes war dem Zeitgenossen noch versagt: daß Bismarck von dieser Stelle aus geradeswegs auf die deutsche Einheit hinstrebte, war ihm vollends verborgen. Aber die Überzeugung, daß endlich wieder ein Mann des Willens und der Tat am preußischen Steuer saß, hielt Mevissen fern von den Maßlosigkeiten, die eine doktrinäre Kammeropposition noch zwei Jahre hindurch gegen die Regierung richtete. Schon einige Wochen vorher, am 9. Mai 1864, unmittelbar nach dem Sieg der preußischen Truppen beim Sturm auf die Düppeler Schanzen, hatte er bei der glänzenden Eröffnungsfeier der Koblenzer Rheinbrücke vor dem König und der Königin die noch immer schwebende Frage des Konflikts offen gestreift. 'Mögen, so führte seine Ansprache an den Monarchen aus, die Geister divergieren in bezug auf Maß und Form, die Überzeugung ist am Rhein so lebendig wie irgendwo im Vaterlande, daß die Wehrhaftigkeit des Volks die Gewähr seiner Entwicklung, die Hoff-

[1]) Vgl. oben S. 727. Mevissen reiste damals von Dresden nach Wien, wo er u. a. eine Unterhaltung mit Schmerling (Premierminister bis Juni 1865) hatte, 'ich bin aber über die politische Situation nicht klarer geworden. Auf Schmerling lastet eine erdrückende Wucht, und ich glaube, seine physische Natur wird rascher noch als seine geistige an der Riesenaufgabe erlahmen. Er war müde und abgespannt und sehnte sich heraus aus dem von unzähligen Anforderungen umlagerten Ministerhotel in die freie, Frieden gebende Natur' (Brief aus Ischl 1864, Juli 21). Am 30. Juli schrieb er erfreut in einem Brief aus München: 'Die Politik Bismarcks hat bis jetzt Glück und wird voraussichtlich die nächsten Monate auch noch Glück haben.'

nung seiner Zukunft ist. Nur unter starker Wehrhaftigkeit gedeihen die Saaten des Friedens'. Der König werde, so fügte er hinzu, die Wege finden, 'die den Strom deutscher Tatkraft und Begeisterung in ein einiges Bette zu leiten geeignet sind und in dem begeisterten Zusammenwirken Preußens mit allen anderen deutschen Landen die Gewähr bieten, daß dem germanischen Stamme deutscher Nation, wie er längst geistig ebenbürtig mit den Besten um die Palme gerungen hat, fortan auch im politischen Wettkampfe die ihm gebührende Stelle werde'. In seiner Entgegnung äußerte der König seine Freude darüber, auch von Mevissen aussprechen zu hören, „daß die Wehrhaftigkeit des Volkes den Grund zu aller materiellen und staatlichen Größe bildet".[1])

Während in den folgenden Monaten am Rhein die kurzsichtige, von dem Vorurteil gegen alles Militärische einseitig beherrschte Richtung noch weiter zunahm und nicht zu begreifen vermochte, daß in gegebenen Fällen auch einem verhaßten Ministerium aus politischen und nationalen Gründen die Unterstützung des Volkes gewährt werden muß, wandte sich das Vertrauen des Königs damals Mevissen so vollständig zu, daß er ihn im März 1865, in dem schwierigen Augenblick, wo es sich in der schleswig-holsteinschen Frage um die Beseitigung der Augustenburger Kandidatur durch den Gedanken der preußischen Annexion handelte, nach Berlin beschied, um seine Meinung zu hören.[2]) Seit Mevissen im August 1848 als Unterstaatssekretär im Reichsministerium Gelegenheit gehabt hatte, die schleswig-holsteinschen Angelegenheiten mit Lord Cowley amtlich zu verhandeln, hatte er sie nie aus dem Auge gelassen.[3]) Erst vor Jahresfrist war er Mitglied des unter v. der Heydts Vorsitz am 18. Mai 1864 gegründeten Komitees für die Anlage des Nordostseekanals geworden.[4]) Im Januar 1865 hatte er mit befreundeten

---

[1]) Kölnische Zeitung 1864, Nr. 131; Kölnische Blätter 1864, Nr. 140.

[2]) 'Gestern Empfang bei König und Königin. Das Kölner Stadtratsvotum (gegen die Bewilligung eines Kredits für die S. 745 erwähnte politische Feier) hat hier sehr verstimmt. Es geht in der Tat über alles denkbare Maß hinaus und ist der Ausdruck der Herrschaft einer Demokratie, die sich im tiefsten Gegensatz zum heutigen Staatswesen fühlt.' (Berlin, 1865 März 13.)

[3]) Vgl. oben S. 493, 498, 578, 704.

[4]) Das Komitee trat im Laufe der nächsten Jahre wiederholt zusammen. Die Regierung war bereit, sich an einer für den Bau des Kanals zu bildenden

Kammermitgliedern über die Einrichtung von Kiel als Bundesfestung verhandelt,[1]) und seit dem Februar 1865 beschäftigte ihn, Beckerath, v. Sybel und Mommsen wiederholt die finanzielle Förderung der 'Flensburger Zeitung', die in den Herzogtümern in preußischem Sinne zu wirken bestrebt war. Der König verlangte seine Ansicht darüber, was Preußen unter den gegebenen Verhältnissen für sich beanspruchen könne. Mevissen sah die politische Lage sehr günstig an. Er hielt den Moment für gekommen, wo Preußen der deutschen Sache ernstlich dienen konnte. Schleswig-Holstein könne, so führte er des näheren aus, ganz von Preußen beansprucht werden; nur bei der Besitzergreifung von Kiel hielt er eine vorherige Verständigung mit England für unbedingt nötig. Ohne eine solche werde die Abneigung Englands gegen die Begründung einer deutschen Marine, deren Stützpunkt Kiel werden mußte, mit großer Wahrscheinlichkeit den Kriegsfall herbeiführen. Das war eine Besorgnis, die, wie der König ihm entgegnete, auch Bismarck teilte. Auch dieser riet zu besonderer Vorsicht in bezug auf Kiel, weil er die eventuelle Gefahr für Preußen für zu groß hielt. Der König selbst war aber in dieser Frage — und zwar in Übereinstimmung mit dem Kriegsminister v. Roon[2]) — weniger bedenklich. „Ich will Ihnen, so erklärte er, meinen unwiderruflichen Entschluß mitteilen. Ich bin ein deutscher Fürst und weiß, was ich

---

Aktiengesellschaft zu beteiligen und den Bau durch ihre Beamten auszuführen. Er war auf 28 Millionen Taler veranschlagt, 12 Millionen davon sollte der Staat übernehmen. Mevissen sprach am 10. Februar 1866 v. der Heydt gegenüber seine Ansicht dahin aus, daß 'bei der geringen Vertrautheit deutscher Kapitalisten mit den Herstellungskosten und der Rentabilität von Kanalanlagen einem Unternehmen, welches die Chancen des Erfolgs dem Aktionär zuweist, nur in einer Periode angeregter Spekulation eine günstige Aufnahme prognostiziert werden könne'. Er hielt eine staatliche Zinsgarantie für unentbehrlich (vgl. auch Berger, Harkort S. 597).

[1]) Der Abgeordnete K. Overweg schrieb ihm am 20. Januar 1865: „Seit dem Eingang Ihres Schreibens vom 14. d. M. ist die Situation so verändert, daß ein Bundesbeschluß, welcher Kiel zur Bundesfestung macht, zurzeit unmöglich ist."

[2]) Roon hatte schon am 5. Januar 1865 Kiel für Preußen gefordert (Sybel, Begründung des deutschen Reiches IV, 52ff.; Haym, Max Duncker S. 350ff.). — Auf die Unterhaltung des Königs mit Mevissen ist von H. Wiermann, Fürst Bismarck ([2]1889) S. 94ff. hingewiesen worden, der sie jedoch irrig ins Jahr 1863 verlegt.

als solcher für Deutschland zu tun verpflichtet bin. Ich bin entschlossen, meine Pflicht, so wie ich sie erkenne, ohne Umschauen nach rechts und links strikte zu erfüllen. Dieser Grundsatz ist bis jetzt der Leitstern meines Lebens gewesen, und in Erfüllung der mir heute obliegenden königlichen Pflicht beanspruche und nehme ich Kiel, sollte ich auch die letzten Kräfte daran wagen müssen."[1]) Am 24. März verlegte der König die preußische Marinestation von Danzig nach Kiel, und am 5. April erfolgte im Landtag die aufsehenerregende Erklärung Roons, Preußen werde Kiel nie wieder aufgeben.[2]) Mevissen aber benutzte Mitte Juli 1865 eine Reise nach Hamburg zu einem Abstecher 'nach Kiel an den Strand der Ostsee und zur Wiege künftiger preußisch-deutscher Macht'.[3])

Unbeirrt durch die Fortdauer der innerpolitischen Spannung nahm er denn auch mit voller Überzeugung an der Vorbereitung der fünfzigjährigen Jubelfeier der Vereinigung der Rheinprovinz mit Preußen teil, bei der der König am 16. Mai 1865 in Köln den Grundstein zu dem Denkmal König Friedrich Wilhelms III. legte. Die Feier wurde durch das politische Zerwürfnis stark beeinträchtigt, weil die öffentliche Meinung in Stadt und Provinz sich mit den scharfen Beschlüssen der Kammermajorität gegen die verhaßte Regierung fortgesetzt identifizierte.[4]) Einem Manne, dessen politisches Denken und Wirken unablässig ebenso sehr der Verschmelzung der Rheinprovinz mit dem preußischen Staat wie der den Umständen nach

---

[1]) Der preußische Kronprinz und seine englische Gemahlin waren bekanntlich für den Augustenburger. In der anschließenden Besprechung Mevissens mit der Königin Augusta äußerte diese auf Grund ihrer Korrespondenz mit der englischen Königin, daß sie die Gefahr einer Verwicklung mit England nicht für unmittelbar drohend erachte, da die Königin Viktoria entschlossen sei, einer aggressiven Politik ihres Ministeriums gegen Preußen entgegenzutreten und dieselbe eventuell sogar durch Auflösung des Parlaments zu bekämpfen.

[2]) Sybel a. a. O. V, 99; Denkwürdigkeiten aus dem Leben Roons II, 235. In der Konvention von Gastein vom 14. August 1865 wurde Kiel als Bundeshafen bestimmt, in dem Preußen das Kommando und die Polizei zu führen hatte.

[3]) Brief aus Hamburg vom 17. Juli 1865. — Für seine Reise nach Kiel 1847 vgl. Bd. II, S. 317—319.

[4]) Vgl. oben S. 743, Anm. 2. Für den 22. Juli 1865 wurde eine Wiederholung des Abgeordnetenfestes von 1863 in Köln geplant, sie wurde aber polizeilich verhindert. (Schorn, Lebenserinnerungen II, 150 ff.)

nun einmal nur langsam und Schritt für Schritt möglichen Einführung liberaler Ideen in diesen Staat gegolten hatte, mußte eine so kopflose Haltung absoluter Opposition, welche ohne Verständnis für den Erfolg von 1864 die Fehler der Regierung durch eigene Mißgriffe strafen zu müssen glaubte, immer unverantwortlicher erscheinen.[1]) Mevissen hatte noch in demselben Jahre die Befriedigung, daß wenigstens die Kölner städtische Verwaltung, an deren Spitze damals der Oberbürgermeister Bachem stand, und eine, wenn auch schwache Majorität der Stadtverordnetenversammlung ihr Einverständnis mit seiner politischen Haltung offen zum Ausdruck brachten. Als es sich am 1. Dezember 1865 darum handelte, an Stelle des früheren Oberbürgermeisters Stupp einen neuen Vertreter der Stadt Köln für das Herrenhaus zu präsentieren, wählte die Versammlung Mevissen zum Beigeordneten, um die gesetzliche Vorbedingung für die Vertretung der Stadt in der ersten Kammer durch ihn zu erfüllen.[2]) Die Stadt machte auf diese Weise wieder gut, was im Jahre 1860 während der Eisenbahn- und Handelskammerkrisis demjenigen ihrer Bürger gegenüber gefehlt worden war, der ihre Lebensinteressen wie kaum ein anderer gefördert hatte. Mevissen nahm die Wahl an, wenn auch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er mit Rücksicht auf die ihm obliegende Vertretung so vielfacher Interessen industrieller Korporationen nur zeitweise und auf kurze Fristen in Berlin anwesend sein könne. Am 12. Februar 1866 wurde seine Wahl vom König bestätigt, und so sah sich Mevissen nach langer Unterbrechung wiederum die politische Bühne eröffnet. Der Augenblick für seine Rückkehr zur Politik als eigentlicher Lebensaufgabe, womit er früher so ernst gerechnet hatte, war allerdings vorüber; zu eng war er noch immer in die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens verstrickt. Seine Sorge um die Entwicklung der öffentlichen Dinge hatte aber nun wieder einen dauernden

---

[1]) Die Fehler des Liberalismus in jenen Jahren hat damals H. Baumgarten (Der deutsche Liberalismus, eine Selbstkritik, 1866) in den Preußischen Jahrbüchern mit scharfer Kritik dargelegt (vgl. Historische und politische Aufsätze und Reden (1894) S. 76 ff.).

[2]) Das Präsentationsrecht der Städte ist gesetzlich auf den Oberbürgermeister und die Beigeordneten beschränkt. Für die Wahl Mevissens vgl. Kölnische Zeitung 1865, Nr. 335; Kölnische Blätter 1865, Nr. 340, erste und zweite Beilage; Rheinische Zeitung 1865, Nr. 337.

Mittel- und Stützpunkt. Und die politische Situation konnte nicht spannender sein, als gerade jetzt, wo der Zweikampf der beiden deutschen Großmächte unmittelbar bevorstand, der die langerhoffte Entscheidung über die preußischen und deutschen Geschicke bedeutete.

Neunzehntes Kapitel.

Herrenhaus. Im neuen Reich. Industrie und Bankwesen. Eisenbahnverstaatlichung (1866—1879).

Die weltgeschichtlichen Ereignisse des Jahres 1866 führten Mevissen tiefer in das politische Leben hinein, als er bei der Übernahme der Vertretung der Stadt Köln im Herrenhause vorausgesetzt hatte. Mit gewaltsamen Schlägen 'sprengte Preußen die Zauberfessel, die seit fünfzig Jahren die deutschen Fürsten und Stämme in einem unlösbaren Bann gehalten hatte'; es drängte im Sturmschritt der Bajonette den österreichischen Rivalen aus Deutschland heraus und verstärkte durch die Annexion der norddeutschen Mittelstaaten sein Schwergewicht im Rahmen der Gesamtheit der deutschen Staaten, so daß 'die Idee eines unter Preußens tüchtiger Führung in den Waffen wie für den Wettkampf des Gewerbfleißes geeinten Deutschland endlich unaufhaltsam der Verwirklichung entgegengehen konnte'.[1]) Mit wie gespannter Aufmerksamkeit Mevissen die großen Ereignisse dieses Jahres durchlebte — schmerzliche Notwendigkeiten, die er ohne Vorbehalt begrüßte, mochten sich sonst am Rhein vielfältige Stimmen laut gegen den Bruch mit Österreich vernehmen lassen —, beweist eine ganze Reihe von Denkschriften aus dem Sommer 1866, welche über die parlamentarische Verfassung des Norddeutschen Bundesstaates, über die einheitliche Militärorganisation dieses Staates, über die Annexionen, insbesondere der Stadt Frankfurt a. M., und über die von ihm gewünschte Abtretung von Nordtirol an Bayern zur Herstellung einer unmittelbaren Verbindung mit Italien handeln, auf dessen engen politischen Anschluß an Deutschland er für die Zukunft zuversichtlich

---

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen in der Generalversammlung des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins vom 28. September 1866.

rechnete.[1]) Die gedankenreichen Ausführungen waren wohl für die Königin Augusta bestimmt, die ihn seit dieser Zeit regelmäßig, mochte sie in Berlin, in Koblenz oder in Baden-Baden verweilen, zu eingehenden privaten Unterredungen bei sich empfing. Diese jährlich mehrmals wiederholten Besprechungen, deren Gegenstand die jeweiligen politischen Tagesströmungen und Ereignisse des In- und Auslandes bildeten, die aber bei den vielseitigen Interessen und bei der weitgehenden Übereinstimmung der Grundanschauungen beider Persönlichkeiten fast alle Gebiete der Menschheitskultur berührten, waren für Mevissen zwei Jahrzehnte hindurch eine Quelle lebendigster Anregung. Immer wieder erfreute er sich an der Wahrnehmung, mit wie weittragender, fast männlicher Geistesschärfe die hochbegabte Fürstin das öffentliche Leben durchdrang, und wie ihre, wenn auch vorwiegend zur Kritik geneigte, so doch allem Gewaltsamen und Extremen abholde Natur bestrebt war, im Ausgleich schroffer Gegensätze die Empfindungen edler Weiblichkeit zur Geltung zu bringen.[2]) Die anscheinend durch solche Erörterungen veranlaßten Denkschriften Mevissens zeigen ihn als einen Politiker, der auch in dieser Zeit fortfuhr, die öffentlichen Fragen mit so nachdrücklicher Intensität durchzudenken, als wenn er an ihrer Lösung unmittelbar beteiligt gewesen wäre. Für den neuen Bundesstaat hoffte er auf eine wirklich konstitutionelle Verfassung, wie sie sich seither in Preußen noch als undurchführbar erwiesen hatte; die Gewährung des vollen konstitutionellen Budgetrechts an das norddeutsche Parlament[3]) empfahl er als besonders geeignet, auch den inneren preußischen Konflikt zu mildern. Selbst auf dem ihm innerlich fremdartigen Gebiet des Armeewesens entwickelte er selbständige, fruchtbare Gedanken,[4]) wenn er auch in Einzelfragen des Militarismus, wie in der Beurteilung der Landwehr und des Gefechtswertes der aktiven und inaktiven Elemente des Offizierkorps, Anschauungen des gemäßigten

---

[1]) Diese Denkschriften sind Bd. II, 575—597 abgedruckt.

[2]) Über diese Besprechungen hat Mevissen im allgemeinen keine Aufzeichnungen gemacht. Nur über einige derselben aus den Jahren 1872 und 1886 liegen Notizen von seiner Hand vor.

[3]) Sybel a. a. O. VI, 54ff., 137ff.

[4]) Vgl. Bd. II, S. 584ff. Es handelt sich dabei wesentlich um seine Vorschläge bezüglich der Wehrsteuer und um seinen schon früher (vgl. oben S. 718) entwickelten Gedanken, daß bei Mobilmachungen ein Teil der Industriearbeiter

Liberalismus vertrat, die durch die Erfahrungen der Kriegsjahre von 1864—1871 vielfach korrigiert worden sind.

Unmittelbar nach den glänzenden Siegen des Juli, am 5. August 1866, trat das Herrenhaus zu der ersten Session zusammen, an der Mevissen teilnahm. In der inneren Politik handelte es sich zunächst um die Beendigung des Verfassungskonflikts und die Wiederherstellung konstitutioneller Zustände. Mit großer Mühe hatte Bismarck auf der Rückreise vom Kriegsschauplatz den König bewogen, durch Nachsuchung der Indemnität in der Thronrede dem Lande weit entgegenzukommen, zum großen Verdruß der im Herrenhaus dominierenden Kreuzzeitungspartei, die den Augenblick für gekommen hielt, die verfassungsmäßigen Volksrechte endgültig zu beschneiden. Der Minorität der bürgerlichen Herrenhausmitglieder fiel von selbst die Aufgabe zu, auf einen Ausgleich der kollidierenden Anschauungen hinzuwirken. In der nach längerem Bemühen zustande gekommenen Herrenhausadresse an den König kam dieser zum Ausdruck.[1]) Nicht minder verwickelt war die Lage im Abgeordnetenhaus, wo trotz der seit Frankreichs Einmischung so unklaren und schwierigen Lage der äußeren Politik ein Teil der doktrinären bürgerlichen Opposition sich gleichfalls weigerte, einzulenken. Die Situation bewies, 'daß in Preußen zur Stunde der Leiter der Politik größer ist, als die Geleiteten. Die Parteien halten fest am Programm, während ein einiges Zusammenwirken zu gemeinsamem Ziel so dringend not tut. Wenn es gelingt, politisches Verständnis in die wirren Köpfe zu bringen, so kann in einer kurzen Session sehr viel zum Wohl des Vaterlandes geschehen und eine große Zukunft vorbereitet werden. Ich fürchte aber, daß die Volksvertretung sich der Aufgabe nicht gewachsen zeigen wird, und daß

---

im Lande zurückbleiben müsse. Nach dem Urteil heutiger Sachverständiger wird das in Zukunft unvermeidlich sein, schon um den Riesenbedarf der im Felde stehenden Armee regelmäßig liefern zu können.

[1]) Mevissen (vgl. für seine Auffassung der Lage Bd. II, 575ff.) war für den von Hobrecht eingebrachten Adreßentwurf, weil dieser klar den Wunsch aussprach, 'den Widerstreit der Rechtsansichten, der seit Jahren die gedeihliche Wirksamkeit der preußischen Landesvertretung gelähmt hat, durch das Entgegenkommen der Krone definitiv beseitigt, sowie seiner Wiederkehr durch die dem Vaterlande glorreich errungene Erweiterung und Neugestaltung für die Zukunft vorgebeugt zu sehen'.

wir faktisch einige Jahre lang eine Diktatur des Grafen Bismarck in Aussicht zu nehmen haben werden.'[1])

In dem täglichen Umgang mit seinen alten politischen Freunden Droysen, Duncker, Simson, v. Vincke und v. der Heydt, der am 5. Juli wieder das Finanzministerium übernommen hatte, und im Verkehr mit neueren Bekannten wie Bernhardi, Twesten, Mommsen, Forckenbeck, Braun-Wiesbaden, Roggenbach suchte er im Sinne einer Beilegung des inneren Konflikts zu wirken, wenn auch das von der Krone eingeschlagene Verfahren die Lösung der eigentlichen Prinzipienfrage sorgfältig umging. Er hielt auf dem von Bismarck betretenen Weg ein fruchtbares Zusammenwirken der parlamentarischen mit den Regierungskräften in Preußen für möglich, und er legte mit vollem Verständnis für die revolutionäre Größe Bismarcks den Nachdruck auf den in dem kriegerischen Austrag der deutschen Frage und in den Annexionen zur Geltung kommenden Willen der Regierung zur politischen Tat. 'Wir sind nun wieder', so schrieb er am 20. September gelegentlich der Beschlußfassung über das Annexionsgesetz, 'was zu sein wir von der Vorsehung bestimmt sind, ein gegen die bestehende Ordnung protestierender, revolutionärer Staat. Wir vertreten wieder das Prinzip der Bewegung'. An demselben Tage war er Zeuge des Einzugs der siegreichen Truppen in Berlin. 'Ich kann mich dem Eindruck der Stunde nicht entziehen. Ich bin zwar kein Anbeter des Mars, die Göttin der Schönheit und die Mutter der Grazien liegt meinem Verständnisse näher, als der gewaltige Kriegsgott, aber die Trophäen des Krieges üben selbst auf das Kind des Friedens einen magischen Zauber. Unwillkürlich ist der Blick gebannt, und der Geist weilt mit in den unabsehbaren Menschenreihen, die dem Gott des Augenblicks, dem Erfolg, zujauchzen. Mag man aber sagen, was man will, der Phönix, der aus der gegenwärtigen Siegesfeier in schönem Glanze emporsteigt, ist nicht der Genius der Hohenzollern allein; es ist mit ihm vereint das große herrliche deutsche Vaterland, das unsere Dichter geahnt, das unsere Denker vorbereitet, das unsere Krieger wuchtig der Verwirklichung entgegengeführt haben.' Diese Überzeugung verband ihn innerlich mit den Ereignissen des Tages, mochte er auch wahrnehmen, daß 'die Göttin Bellona noch fernerhin den Wagen

[1]) Brief Mevissens, Berlin 1866 August 9.

unserer Geschicke führen wird', und daß er persönlich unter solchen Umständen 'der Politik, die den ganzen Menschen fordert, fast unmöglich gerecht werden' konnte.

Er widmete sich im Herrenhaus vornehmlich den dringenden finanzpolitischen Fragen, wo sein sachverständiges Urteil auch in dieser Umgebung wirksam zur Geltung kommen konnte, während im übrigen das bürgerliche Element der liberalen Fraktion in der ersten Kammer, inmitten der überwiegenden Majorität des Junkertums, ohne Einfluß bleiben mußte. Er war zum Mitglied der Finanzkommission gewählt worden. Am 26. September fungierte er im Plenum als ihr Berichterstatter in der Frage der nachträglichen Billigung der von der Regierung vor dem Kriege eigenmächtig begründeten Darlehnskassen und der Ausgabe von Schatzscheinen. Er trat mit allem Nachdruck zugunsten der Regierung ein, indem er ihr Verhalten im Hinblick auf die Vergangenheit wie im Hinblick auf zukünftige Aufgaben rechtfertigte. 'Österreich hat namentlich dazu beigetragen, die Entwicklung des gesamten Deutschland ein halbes Jahrhundert zurückzuhalten, es hat sich stets bemüht, der preußischen Machtentwicklung die engsten Grenzen zu stecken, ja, sie in widernatürlicher Weise zu hemmen. Das Ende dieser Hemmungen war der zuletzt ausgebrochene Krieg, der Sieg. Im Kriege hat Preußen leider zur Seite Österreichs viele der übrigen deutschen Staaten gesehen; sie haben die Aufgabe, die unserem Staate gestellt ist, nicht begriffen. Soll der Frieden in Deutschland wirklich bleibend werden, so kann das nur geschehen, wenn sich alle deutschen Staaten tief mit der Überzeugung durchdringen, daß die preußische Führung für die Zukunft eine absolut notwendige, ein Ergebnis der Geschichte sei, das nicht mehr abzuweisen ist.' So empfahl er dringend die Genehmigung der von der Regierung verlangten Anleihe, da 'zur Aufrechterhaltung des Errungenen und zur Weiterentwicklung der preußisch-deutschen Zukunft aus militärischen und finanziellen Rücksichten die stärkste Rüstung geboten ist. Ich liebe den Frieden, wünsche aber, daß der Staat gestärkt werde, um stets bereit zu sein, den Kampf aufzunehmen, wenn er nicht zu vermeiden ist'.[1])

---

[1]) Vgl. Stenographische Berichte, Herrenhaus, 1866, S. 127. Das Referat ebd. Anlagen Nr. 21, S. 147ff. (vgl. S. 157).

Als am 21. Februar 1868 bei der Etatsberatung die Frage der Neubewilligung der Schatzanweisungen zur Debatte stand,[1]) kam er auf diesen Gedankengang zurück, nachdem er wenige Tage vorher Gelegenheit gehabt hatte, sich in dem Konflikt Bismarcks mit den Konservativen über den hannoverschen Provinzialfonds verständnisvoll für die Wünsche des Ministerpräsidenten zu bemühen. Es handelte sich damals um Bismarcks Hinübertreten von der konservativen zu der neuen nationalliberalen Partei, die sich nach dem Krieg unter der Führung von Lasker, Bennigsen und Forckenbeck aus gemäßigten fortschrittlichen und altliberalen Elementen des Abgeordnetenhauses bildete und durch ihren Zusammenschluß mit dem leitenden Staatsmann bewirkte, daß fortan für zehn Jahre die deutsche Politik im Zeichen des bürgerlichen Liberalismus stand.[2]) Bei beiden Anlässen führte er auch allgemeine Gedanken über Staatskredit und Reformen der preußischen Finanzpolitik aus, die dazu dienen sollten, ein Sicherheitsventil gegen die künftige Gefahr plötzlich eintretenden erhöhten Geldbedürfnisses zu schaffen und in kritischen Zeiten die reguläre Tätigkeit der Kreditinstitute ungeschmälert aufrecht zu erhalten.[3]) Die Amtsführung des Finanzministers v. der Heydt wurde während der Finanznot von 1868 und 1869 vielfach beanstandet. Wiederholt trat in dieser Zeit in Mevissens Gesprächen mit dem Könige die Frage der Übernahme dieses Ministeriums an ihn heran.[4]) Aber sein Zweifel, ob er sich jetzt noch die erforderliche bureaukratische Fähigkeit für den Posten eines preußischen Ministers werde erwerben

---

[1]) Stenographische Berichte, 1868, S. 209, 213.

[2]) Brief aus Berlin vom 9. Februar 1868: 'Politisch ist hier große Konfusion. Bismarck spielt grand jeu und hat leider hier niemanden, der sein Spiel versteht.'

[3]) Vgl. dazu oben S. 707.

[4]) Am 30. Januar 1869, gelegentlich eines Hoffestes beim Kronprinzen, hatte er auch ein längeres Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Bismarck. Trotz seiner wachsenden Hochachtung vor der imponierenden Persönlichkeit des großen Staatsmannes traten doch auch hier die Verschiedenheiten der politischen Grundanschauungen hervor. Das Vertrauen, das die Königin ihm schenkte, wirkte zudem einer Annäherung an Bismarck entgegen, so sehr er dessen Politik im übrigen nach Kräften zu befördern suchte (so namentlich im Herrenhaus im Februar 1867, wo es den Anschein hatte, als ob über die Frage der Ostbahn wieder ein Verfassungskonflikt ausbrechen sollte).

können, und sein Bedürfnis nach der Fortdauer seiner persönlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit widerrieten ihm gleichmäßig, auf diesen Posten zu aspirieren, der dann am 29. November 1869 dem seitherigen Präsidenten der preußischen Seehandlung Otto Camphausen, einem jüngeren Bruder Ludolfs, übertragen wurde.

Inzwischen hatten der innere Ausbau des norddeutschen Bundesstaates und seine Verkehrsgemeinschaft mit der südlichen Seite der Mainlinie schnelle Fortschritte gemacht. Mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für den Reichstag des Bundesstaates hatte Mevissen sich abfinden müssen. Bismarck hatte es seit 1863 unbedenklich in erster Linie als Hilfsmittel der nationalen Einigung verwertet, um die öffentliche Meinung zu gewinnen; es war zugleich ein Schachzug gegen die im Verfassungskonflikt hervorgetretenen parlamentarischen Bestrebungen der Bourgeoisie, die er durch die Gewährung politischer Rechte an die Massen fortan in Schranken zu halten gedachte. Mevissen stand diesem Recht jetzt innerlich nicht näher als im Jahre 1848,[1]) seine Auffassung deckte sich mit der seines Freundes H. v. Sybel, der im konstituierenden Reichstag dringend vor den Gefahren einer plötzlichen Entfesselung der Massen warnte, da er eine Vorstufe demokratischer Diktatur darin erblickte.[2]) Er enthielt sich aber im Herrenhaus jeder unfruchtbaren Erörterung. Die Regierung appellierte an das Vertrauen des Hauses, und das demokratische Wahlrecht fand damals gerade in den Kreisen der Junkerpartei warme Fürsprache; das Haus begnügte sich, seine Bedenken in einer Resolution niederzulegen. Bis zum letzten Augenblick hatte er übrigens nicht recht daran geglaubt, daß Bismarck Ernst machen werde.[3]) Unerwartet maßvoll, arbeitete dann der auf demokratischer Grundlage gewählte Reichstag in den nächsten Jahren erfolgreich bei der Bundesgesetzgebung

---

[1]) Vgl. oben S. 608.

[2]) Sybel, a. a. O. V, 436ff., VI, 91ff.; Vorträge und Abhandlungen, hrsg. von Varrentrapp (1897) S. 126; M. Lenz, Geschichte Bismarcks S. 332ff.; H. Oncken, Lassalle S. 338.

[3]) Am 16. September 1866 schrieb er aus Berlin: 'Morgen wird im Herrenhaus das Reichswahlgesetz beraten. Ich werde mich bei der Debatte nicht beteiligen, weil ich zur Stunde noch gar nicht weiß, ob das Ministerium Bismarck in der Tat ein Parlament will oder nicht.' Die Annahme erfolgte im Herrenhaus en bloc mit großer Majorität ohne namentliche Abstimmung (Stenographische Berichte S. 108).

mit, indem er 'alte Hindernisse gedeihlicher volkswirtschaftlicher Entwicklung aus dem Wege räumte und, der kräftigen Initiative des Bundeskanzlers folgend, der produktiven Tätigkeit neue Bahnen eröffnete. Die energisch voranschreitende innere Organisation des Norddeutschen Bundes, die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins, die Institution des Zollparlaments, welche das Verkehrsleben der Nation von den Fesseln der alten Zollvereinsverträge befreit und die Entscheidung über die wirtschaftlichen Interessen in die Hände der Majorität gewählter Vertreter legt, bieten dem vaterländischen Gewerbfleiße neue und erweiterte Perspektiven.'[1])

Am 29. April 1867 reiste Mevissen zu den Schlußverhandlungen des Herrenhauses über die Reichsverfassung nach Berlin; er hielt es 'für eine Ehrenpflicht, an dem Abschluß des großen, hoffentlich bald auch Süddeutschland umfassenden Werkes mitzuwirken'. Er befand sich damals in Paris, wo er bei der am 1. April eröffneten vierten Weltausstellung wiederum den Vorsitz für die Leinenklasse in der internationalen Jury führte.[2]) Seine Aufgabe, dem gewerblichen Leben der Heimat gerechte Würdigung auf dem Weltmarkt zu sichern, war gerade in seinem Zweige diesmal schwieriger, als 1855 und 1862. 'England, Frankreich, Belgien und selbst Österreich, so mußte er zugeben, haben uns in der Leinenindustrie entschieden den Vorsprung abgewonnen, und es wird noch sehr bedeutender Anstrengungen bedürfen, um mit Erfolg dem Übergreifen der fremden Konkurrenz zu wehren.'[3]) In Paris erlebte er die mit dem Friedenswerk der Ausstellung so wenig harmonierenden Wochen der Krisis in der Luxemburger Frage. Daß

---

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen in den Generalversammlungen des Schaaffhausenschen Bankvereins 1867 September 3, 1869 September 1.

[2]) Seine Ernennung zum preußischen Mitglied der Jury durch den Handelsminister Grafen Itzenplitz erfolgte am 11. Februar 1867, seine Wahl zum Präsidenten der 28. Klasse am 3. April 1867.

[3]) Brief aus Paris, 1866 April 19. Der gedruckte Bericht, den Mevissen beim Schluß der Ausstellung erstattete (vgl. Amtlicher Bericht über die Weltausstellung zu Paris 1867, II, S. 239ff.), weist unter anderem darauf hin, daß seit 1862 die Flachshandspinnerei fast ganz der Maschinenspinnerei gewichen, daß aber der Zollverein noch weit von seinem rationellen Ziele (Deckung des Bedarfs des eigenen Marktes und angemessene Beteiligung am Welthandel) entfernt sei (vgl. auch Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien (1885) S. 429ff.)

durch Bismarcks Selbstbeherrschung und Maßhalten der Ausbruch des Krieges vermieden wurde, begrüßte er um so freudiger, als nach seiner Überzeugung Norddeutschland die Geldkrise des Jahres 1866 noch nicht genügend überwunden hatte, um völlig vorbereitet zu sein.[1]) Im Juli 1869 verschaffte ihm der Kongreß des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen in Wien die erwünschte Gelegenheit, nach längerer Pause mit den dortigen Frankfurter Parlamentsgenossen Sommaruga und Giskra, dem damaligen Minister des Innern, sowie mit dem Grafen Beust die politische Situation zu erörtern. So scharf er Österreichs Politik in der Vergangenheit verurteilte, so war doch jetzt, nach der kriegerischen Auseinandersetzung, die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit dem grollenden Kaiserstaat sein dringender Wunsch. Die Bismarcksche Politik, die erst seit dem Jahre 1871 in Österreich selbst Boden zu fassen vermochte, deckte sich auch in dieser Frage mit Mevissens Anschauungen. Auf dem Kongreß fiel ihm die delikate Aufgabe zu, einen Trinkspruch auf Österreich auszubringen. Er löste sie geschickt, indem er das damals beginnende Hinausdrängen der österreichischen Eisenbahnpolitik nach Konstantinopel und dem Orient als ein Moment begrüßte, das die österreichischen und deutschen Wirtschaftsinteressen eng miteinander verbinde.[2])

Das folgende Jahr führte dann den französischen Krieg herauf. Seit 1866 drohend, überraschte dieses Ereignis in dem Augenblick des Ausbruchs doch auch am Rhein als eine 'tolle Frivolität' Frankreichs, dessen gereizter Nationalstolz es nicht über sich gewann, die Ergebnisse des Jahres 1866 hinzunehmen und ein ebenbürtiges, auf eigenen Füßen stehendes Deutschland neben sich zu wissen. Der glänzenden Reihe unerhörter Waffenerfolge im Felde entsprach in Deutschland eine Volksbegeisterung ohnegleichen, vor der alle Sorgen zurücktraten. 'Über alle Opfer hinweg', schrieb Mevissen am 28. September 1870, 'hebt freudig der Gedanke, daß eine große Zeit angebrochen ist, daß große Geschicke Deutschlands sich unter der Führung des

[1]) In Paris hatte er Anfangs April in wiederholten Gesprächen mit dem Grafen v. der Goltz, dem deutschen Botschafter, den Eindruck, daß dieser ohne bestimmte Direktiven war. In Berlin gewann er dann aber aus einem Gespräch mit v. der Heydt am 29. April die Überzeugung, daß dieser, aber auch Bismarck und Moltke, dem Krieg mit Zuversicht entgegengesehen hatten.

[2]) Vgl. die 'Wiener Neue Freie' Presse 1869 Juli 23; oben S. 499.

greisen Heldenkönigs erfüllen.' Es lag ihm damals ob, alle Kräfte des von ihm geleiteten rheinischen Eisenbahnsystems aufs äußerste anzuspannen; denn für den Aufmarsch und die Konzentration der Truppen wie für die ständige Zufuhr gewaltiger Gütermassen wurden die rheinischen Strecken besonders stark in Anspruch genommen. Sie lösten ihre Aufgabe glänzend. Die Waffenbrüderschaft auf den französischen Schlachtfeldern führte dann endlich den deutschen Norden und Süden unlöslich zusammen, und die gemeinsame Abwehr fremder Ungebühr wandelte das partikularistische Souveränetätsgefühl der deutschen Fürsten in opferfreudige Entsagung. Den Männern aber, die einst in voller Hingabe als Vorkämpfer für die Einheit des Vaterlandes mit den Waffen des Geistes gestritten hatten, brachte der 18. Januar 1871 schneller, als sie erwartet hatten, die Erfüllung: Kaiser und Reich traten aus dem Dämmer der Idee in das helle Licht der Wirklichkeit. Wohl blieb der Einheitsgedanke stärker durch den Föderalismus beschränkt, als sie es 1848 geplant hatten, wohl ruhte auch die oberste Sanktionsgewalt beim Fürstentum, und der Volksvertretung wurde trotz des allgemeinen Wahlrechts nicht jene Machtvollkommenheit zuteil, die dem bürgerlichen Liberalismus des Revolutionsjahres als unentbehrlich erschienen war. Das aller Doktrin widerstreitende Reichsgebäude war die eigenste Schöpfung des Realpolitikers, dem es verdankt wurde. Aber es war doch der deutsche Bundesstaat unter preußischer Führung und unter Ausscheidung von Österreich, das Programm der Frankfurter Erbkaiserpartei, was jetzt mit Blut und Eisen unter dem jubelnden Zuruf des ganzen Volkes zum Leben geweckt wurde. 'Das für alle Zeiten mit ehernem Griffel in das Buch der Geschichte eingetragene Jahr 1870 — so faßte Mevissen seine Eindrücke zusammen[1]) — hat eine Entfaltung deutscher Volkskraft, eine Einheit des Geistes und des Gemütes in dem Volke von vierzig Millionen zur Erscheinung gebracht, deren Großartigkeit, Innigkeit und opfermutige Hingebung für das Vaterland alles übertrifft, was die Annalen unserer Vergangenheit aufweisen. Neu und fest gegründet ist das Deutsche Reich, fest gegründet auf dem Fundamente sittlicher Mächte, auf Hingebung und Treue, auf dem engen

[1]) Auf der Generalversammlung des Schaaffhausenschen Bankvereins 1871 Juni 28.

Verbundensein aller Glieder der großen deutschen Volksfamilie zur Erfüllung gemeinsamer Pflicht. Treue Pflichterfüllung bis in den Tod, freiwillige, verständnisvolle Unterordnung in erprobter Gliederung unter eine auf der Höhe der großen Zeit stehende Führung, gleicher edler Wettkampf aller Söhne des Vaterlandes um das höchste Ziel, um Freiheit und Unabhängigkeit und als Ausdruck beider um Bildung und Gesittung der Nation: das war die Signatur der großen, schweren Stunde der Entscheidung.'

Diese Grundstimmung der Tage, in denen das neue Deutsche Reich geboren wurde, das erhebende Gefühl, einer großen Zeit anzugehören, blieb ihm auch für die Folge erhalten. Der gehäuften politischen Arbeit einer Epoche, die sich mit fieberhaftem Eifer bemühte, das endlich Geschaffene zu organisieren und auszugestalten, waren im wesentlichen zufriedenstellende Resultate beschieden; die Begeisterung für das Reich erwies sich als eine starke politische Macht, und so erhob sich die neue Schöpfung schon bald zu einem mächtigen Träger der Zivilisation im Innern wie nach außen. Mevissen hat in diesen Jahren, wo ihn aufregende Vorgänge auf dem neuerschlossenen Arbeitsfeld der wirtschaftlichen Kräfte schon bald stark in Anspruch nahmen,[1]) doch auch das politische Leben nicht vernachlässigt. Im Januar und Februar 1871 trat er bei den Verhandlungen des Herrenhauses über die Ausführung des den Unterstützungswohnsitz regelnden Bundesgesetzes mit Erfolg für die Selbstverwaltung der Gemeinden im Bereich des französischen Rechts ein; seit dem Jahre 1873 bereitete er die für die Stadt Köln wie für die Rheinische Eisenbahn bedeutsame Frage der Beseitigung des Kölner Festungsgürtels in wiederholten Erörterungen mit dem Kriegsminister v. Kameke vor; 1877 und 1878 beschäftigte ihn die geplante Neueinteilung der Landgerichtsbezirke.[2]) Wohl nahm er in diesen Jahren auch manche Schwächen des politischen Lebens wahr. Daß bei der gehäuften Gesetzgebungsarbeit vielfach mehr die Breite als die Tiefe gewann, beklagte er wiederholt. 'Wir sind plötzlich', so äußerte er einmal im Jahre 1872, 'aus dem kleinen Preußen in das mächtige Deutsche Reich hineingewachsen, und unsere Bureaukratie, die ehrenwerteste der ganzen Welt, steckt noch tief im alten Preußen.'

---

1) Vgl. unten S. 763ff.

2) Stenographische Berichte des Herrenhauses, 1871, I, S. 31, 40, 137; 1878, S. 243; Briefe vom 18. Februar 1874, 30. Januar 1878.

Vor allem den Ministern wünschte er, daß sie sich in englischer und französischer Weise von der Last der laufenden Tagesarbeit viel mehr befreiten, um Zeit für die großen Fragen zu gewinnen und die Verwaltung mit Ideen zu erfüllen. 'Auch Bismarck,' der gewaltige Staatsmann, der die großen Fragen mit Überfülle an Geist anfaßt und durchführt, ist zu viel mit kleinlichen Arbeiten belastet. Für diese fehlen ihm die fähigen und einsichtsvollen Menschen. Da stockt denn oft die Maschine, wenn das Auge des Meisters abgewendet ist. Merkt der Recke diese Pause, so greift er mit verdoppelter Energie ein, und die ganze bureaukratische Maschine arbeitet plötzlich in allen Gliedern mit vollem Dampf. Aber nach Tagen oder Wochen stockt sie wieder, die Bewegung ist stoß- und ruckweise; alles wird gewaltig aufgerüttelt, doch die Harmonie in der Bewegung fehlt.' Alles Unbefriedigende der Gegenwart trat ihm jedoch zurück vor dem Gefühl eigener patriotischer Hingabe, vor der Huldigung für den verehrungswürdigen Greis auf dem deutschen Throne und vor der aufrichtigen Bewunderung für den genialen Meister der Politik, der das übermenschliche Werk vollendet hatte und nun die Epoche mit seiner gewaltigen Persönlichkeit beherrschte.

In einer wesentlichen Frage aber wich er von Bismarck ab, in der kirchenpolitischen, die die Entwicklung des neuen Reichs im Kulturkampf der Jahre 1871—1878 so bedenklich beeinflußt hat. Noch größer war allerdings der Abstand, der ihn in dieser Frage von Bismarcks Gegnerin, der Kaiserin Augusta, trennte. Aus den Unterhaltungen mit ihr trat ihm 1872 entgegen, wie wenig sie im Glanze des neuen Kaiserthrones befriedigt war. Ihre Hoffnung, daß nach den kriegerischen Jahren Friede und Ruhe eintreten würden, sah sich schmerzlich enttäuscht, und in ihrer Umgebung fühlte sie sich isoliert und wenig verstanden.[1]) Ihrer Beobachtung drängte sich besonders das Ungeklärte, das Unruhig-Maßlose und dem Schwindelhaften entgegentreibende dieser Jahre auf; die dunkeln Partieen der

[1]) Petersdorff, Kaiserin Augusta (1900) S. 90 ff.; vgl. auch (Ch. Duncker) Kaiserin Augusta, ein Charakterbild (1890) S. 12 f. Die Verfasserin dieser biographischen Skizze (die Wittwe von Max Duncker) hat in den ersten Monaten des Jahres 1890 wiederholt mit Mevissen über ihre Arbeit korrespondiert. Ihre Auffassung der Persönlichkeit der Kaiserin deckte sich im wesentlichen mit der Mevissens.

öffentlichen Zustände, am stärksten die heraufziehenden sozialen und kirchlichen Wolken, bestimmten ihr Urteil.[1]) Schon auf dem sozialen Gebiete vermochte Mevissen den Standpunkt der Kaiserin nicht ganz zu teilen. Wenn auch der an Zahl außerordentlich angewachsene Arbeiterstand durch Lassalles Proklamation des ehernen Lohngesetzes schon einmal organisiert und durch Liebknechts Bemühungen in das Marxistische Fahrwasser hinübergeführt worden war, so hielt Mevissen die augenblickliche Lage doch noch für ungefährlich, 'falls nicht politische Elemente sich zur sozialen Frage hinzugesellen'. Die drängenden politischen Fragen standen für ihn noch im Vordergrund, der Zusammenschluß der sozialdemokratischen Partei kam erst 1875 zustande. Die soziale Frage betrachtete er zunächst noch 'als die Hefe zu einer wohltätigen Gärung', und er sprach der Kaiserin seine Überzeugung aus, daß 'nur im langsamen Schritt der Jahrhunderte die Menschheit die Quote des einzelnen zu steigern vermag'.[2])

Viel stärker war die Verschiedenheit der Meinungen in der kirchenpolitischen Frage. Hier verurteilte die Kaiserin in ihrem Verlangen nach Frieden und Versöhnung auf allen Gebieten besonders die ungestüme Art des Vorgehens gegen die katholische Kirche. Sie sehnte sich nach den Zuständen ihrer Jugendzeit zurück, wo die entgegengesetzten religiösen Anschauungen noch nicht durch konfessionellen Hader überwuchert waren, und sie verlangte nach ausgleichenden Kompromissen, weil ihr weibliches Empfinden den religiösen Halt im Innern gefährdet sah. Mevissen legte umgekehrt den Nachdruck auf den Ausgangspunkt des Streites, auf das Attentat der römischen Kurie gegen die geistige Freiheit und Selbständigkeit, das zu vertuschen nicht angehe. 'Das ganze deutsche Volk, soweit es denkfähig ist, liegt mit Rom im Kampfe, das durch den Syllabus und die Encyklika die moderne Welt in ihren geistigen Lebenselementen verdammt und auf dem Vatikanischen Konzil unter Führung der Jesuiten in der päpstlichen Unfehlbarkeit den nackten Absolutismus auf dem Gebiet des Glaubens statuiert hat.' Der den Deutschen aufgezwungene Kampf müsse, so war seine Überzeugung, durchgekämpft werden.

---

[1]) Diese Fragen bildeten den Gegenstand zweier Besprechungen vom 5. und 12. März 1872, über welche Notizen Mevissens vorliegen.

[2]) Vgl. für die soziale Frage das folgende Kapitel.

Wenn die Kaiserin auf baldigen Frieden, noch bei ihren Lebzeiten, hoffte, so rechnete er mit einem längern, eine oder mehrere Generationen dauernden Kampfe. 'Eine Verständigung des Germanismus mit der Unfehlbarkeitslehre ist unmöglich, der Sieg des ersteren aber gewiß; denn unser Schiff steuert mit dem Jahrhundert, das der Gegner wider die Brandung.' Die Meinungsverschiedenheit war hier so tief, daß Mevissen eine Unterbrechung seiner Beziehungen zur Kaiserin für möglich hielt. Dennoch hielt er sich verpflichtet, am 7. März 1872 im Herrenhaus bei der Verhandlung über das Schulaufsichtsgesetz mit allem Nachdruck für das Hoheitsrecht des Staates auf die Schule und für ihre Organisation im Geist einer nationalen und humanen Volksbildung einzutreten. 'Meiner Auffassung nach', so führte er aus,[1]) 'will die heute in Preußen geltende Verfassung eine selbständige, in der freien Wissenschaft wurzelnde Volksschule, in welcher die Religionsgesellschaften als solche den religiösen, keineswegs aber den gesamten Unterricht leiten sollen. Im preußischen Staate, in dem verschiedene religiöse Bekenntnisse mit gleicher Berechtigung nebeneinanderstehen, kann die Parität nur dann eine wahre sein, wenn die selbständige Schule die Bildnerin und Trägerin wahrhaft religiöser Gesinnung, die Trägerin einer reinen, der Wissenschaft und Religion gemeinsamen Sittenlehre, der Toleranz, der christlichen Liebe, der demütigen Gottesfurcht ist, nicht aber die Trägerin der Intoleranz verschiedener sich ausschließender, sich allein als berechtigt affirmierender Bekenntnisse.' Der preußische Staat, so schloß er im Geiste seiner früheren Ausführungen auf dem Vereinigten Landtag des Jahres 1847 (S. 463), sei aufgebaut worden auf zwei starken Grundpfeilern, auf der Freiheit der Gewissen und auf der Freiheit der Wissenschaft, der Lehre wie der Forschung. 'Die Freiheit des Gewissens sichert der religiösen Weltanschauung den tief im Innersten des Gemüts wurzelnden, stets empfänglichen Boden; die Freiheit der Wissenschaft sichert der Kirche zur Seite die Selbständigkeit der Schule, die fortschreitende Erkenntnis des Wahren, Guten und

---

[1]) Stenographische Berichte 1872 I, 220 ff. Die ultramontane Berliner 'Germania' kritisierte am folgenden Tage die Ausführungen Mevissens scharf. Die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung von Köln hatten dagegen eine nahezu einstimmig gefaßte Petition im Sinne der Staatsaufsicht an das Herrenhaus gerichtet.

schönen. Das preußische Volk, großgezogen in der Freiheit der Gewissen und in der Freiheit der Lehre und Forschung, hat dem Deutschen Reiche seine große Gegenwart vorbereitet. Wahren wir heute dem deutschen Volke die edeln Güter, die Preußen seit der Zeit der Reformation unter schweren Kämpfen sich errungen hat. Lassen Sie uns heute dem preußischen Staate — die Bestimmungen der Verfassung endlich, wenn auch spät, ausführend — das Recht und die Pflicht vindicieren, über den Parteien stehend und die wahrhafte Parität unter den verschiedenen Bekenntnissen wahrend, durch seine Aufsichtsbehörden darüber zu wachen, daß in der Schule von der Universität herab bis zur Volksschule der Geist der freien Wissenschaft und Forschung lebendig bleibe, daß das werdende Geschlecht von diesem Geiste erfüllt und in demselben zu stets wachsender Einsicht und Wissensfülle, zu stets reinerer Sitte erzogen werde.'

Er stimmte denn auch im Herrenhaus 1873 für die Maigesetze, 1874 für das Zivilehegesetz. So weit ging er mit der Bismarckschen Politik. Seine Auffassung gipfelte aber jetzt wie früher in dem Wunsche der Trennung von Kirche und Staat. In diesem Sinne vermißte er 'in bezug auf die Behandlung der religiösen Frage in Berlin die klare und konsequente Auffassung'.[1]) Weder die stückweise und dadurch die Erregung steigernde Einbringung der Gesetzvorlagen sagte ihm zu, noch das System der Pfändungen und Sperrungen, das zudem nur zum Vorteil des Gegners ausschlug, indem es ihm die werbende Kraft des Martyriums zur Verfügung stellte. Vollends die Art, wie Bismarck selbst im Jahre 1875 den kirchenpolitischen Kampf vom evangelisch-kirchlichen Standpunkte aus charakterisierte, hielt er für verhängnisvoll.[2]) Mevissen vertrat unentwegt das Prinzip des konfessionslosen Staats, der sich von gewaltsamen Eingriffen in das Leben der bestehenden Kirchen fernhält, aber neben diesen im sichern Bewußtsein seiner eigenen hohen Aufgaben

---

[1]) Brief an H. v. Dechen, Berlin 1874 Februar 26.

[2]) Am 14. April 1875 hielt Bismarck im Herrenhaus eine Rede, die für die fernere Entwicklung der kirchenpolitischen Verhältnisse eine symptomatische Bedeutung hatte (Reden Bismarcks VI, 260ff.). Es handelte sich um die Aufhebung der die Freiheit der Kirchen statuierenden §§ 15, 16 und 18 der Verfassung. Mevissen schrieb darüber (Berlin 1875 April 15): 'Bismarck hat gestern im Herrenhaus eine Rede von sehr zweifelhafter Weisheit gehalten,

auf dem Gebiete von Bildung und Sittlichkeit durch seine Schulen das Durchdringen eines wahrhaft geistigen Christentums befördert und zugleich den allmählichen Fortschritt aus überlebter dogmatischer Bindung zu geistiger Freiheit und Selbstbestimmung anbahnt.[1])

Im neuen Reich aber stritten damals religiöser Indifferentismus und Konfessionalismus um die Macht. Wohl hatte der alte Liberalismus als Vorbereitung und Unterströmung das Werk der diplomatisch-militärischen Kräfte gefördert, die durch Krieg und Sieg die deutsche Einheit schufen. Aber die jüngere Generation an der Seite jener von Jahr zu Jahr verminderten altgeachteten Namen, die einst die Verbindung der politischen Sehnsucht des Volks mit geistiger Innerlichkeit und warmem Idealismus verkörpert hatten, wurzelte nicht mehr wie diese in der Gedanken- und Gefühlswelt der klassischen Epoche. Das Verständnis für eine Gesamtwirkung der seelischen Kräfte war geschwunden. Realismus und verstandesgemäße Arbeitsteilung des naturwissenschaftlichen Zeitalters beherrschten einseitig die öffentliche Meinung, der mit dem Bedürfnis eigner spekulativer Weltanschauung auch das Verständnis für die innere Kraft und das persönliche Leben der Religion abhanden gekommen war. Ein Kulturkampf, zu dessen Führung sich die vom religiösen Standpunkt rein negativen Kräfte des „Neuen Glaubens" im Sinne von D. F. Strauß (1872) mit einem Konfessionalismus verbanden, wie er durch den leitenden Staatsmann selbst proklamiert wurde, mußte mit der Stärkung des Gegners und mit dem Sieg des konfessionellen Prinzips überhaupt enden. Die Mißgriffe der Regierungsorgane, die jetzt wie einst in den Tagen des Kölner Kirchenstreits[2]) grade solche Stellen trafen, wo der konfessionell gerichtete Mensch am empfindlichsten ist, bewirkten vollends, daß das politisch noch immer unreife Volk sich in den Fragen des Staatslebens von diesem Standpunkte aus orientierte.

---

welche gedruckt schwerlich gut im Lande wirken wird. Die Leidenschaften in der religiösen Frage werden täglich von beiden Seiten mehr erregt. Es ist dringend zu wünschen, daß endlich alle für erforderlich gehaltenen Gesetzesvorlagen gleichzeitig zur Beschlußnahme vorgelegt werden. Die bei stückweiser Vorlage stets sich erneuernden heftigen Diskussionen müssen schließlich die Gemüter im Lande verstimmen und erbittern.'

[1]) Vgl. oben S. 187, 410.

[2]) Vgl. oben S. 80, 103, 227.

Die Entwicklung des neuen Reichs wurde konfessionell, und nicht mit Unrecht hat Bismarck von ultramontaner Seite schon bald darauf das Zeugnis ausgestellt erhalten, niemand habe im 19. Jahrhundert den Einfluß des Papsttums in Deutschland mehr befördert, als er.[1])

Am stärksten wurde Mevissen aber in diesen Jahren durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Anspruch genommen. Die Aufrichtung des Reichs brachte das, was er von Jugend auf als die sichere Folge der politischen Einigung Deutschlands erhofft hatte, einen ungemeinen wirtschaftlichen Aufschwung. 'Das Gefühl der Sicherheit und in diesem wurzelnd die Freude am Schaffen sind Errungenschaften des glorreichen Kriegs, der dem deutschen Volk die Bahn einer ehrenvollen großen Zukunft weit öffnete und den Schöpfungen des Friedens einen reichen Boden neubereitete.'[2]) Mevissen stand damals im wirtschaftlichen Leben Deutschlands im Vollbesitz der selbstbegründeten Autorität eines Mannes, der rings um sich her schöpferische Kräfte wachgerufen und vereinigt dem Dienst des privaten wie des Gemeinwohls zugeführt hatte.[3]) Seine organisatorische Fähigkeit hatte es ihm seither möglich gemacht, die Oberleitung fast aller von ihm ins Leben gerufenen Unternehmungen in seiner Hand verbunden zu erhalten. Allerdings hatte es in der alle Grundlagen des Kredits erschütternden Krise von 1857 und in den folgenden Kriegsjahren, die einen chronischen Zustand politischer Ungewißheit erzeugten, seiner vollen Aufmerksamkeit bedurft, um die ihm anvertrauten Institute in rüstigem Vorwärtsstreben durch die Klippen zu

---

[1]) Majunke, Geschichte des Kulturkampfs (1886) S. 439.

[2]) Vgl. Mevissens Darlegung in der Generalversammlung des Hörder Bergwerksvereins 1871 September 28. Er erörterte dort auch die durch die Mobilmachung der Industriearbeiter tatsächlich entstandenen Nachteile (vgl. dazu oben S. 718, 748).

[3]) Zahllos waren die Anträge zur Förderung wirtschaftlicher Unternehmungen, die seit etwa 1853 aus Deutschland, Belgien, Rußland und Nordamerika an ihn gerichtet wurden. Den letzteren brachte er besonderes Interesse entgegen, weil sie sich z. T. mit den Bestrebungen, die Auswanderung nach Südamerika zu regeln, berührten (vgl. oben S. 339 ff.). Über die Frage deutscher Kolonisation in Brasilien und den La-Plata-Staaten hatte er einmal eine längere, aber ergebnislose Unterhaltung mit dem Kronprinzen. Für sie wie für die deutschen Beziehungen nach Kleinasien bewahrte er dauernd eine lebendige Teilnahme.

steuern, die nicht ungefährlich waren, weil sich herausstellte, daß ganz allgemein bei den industriellen Anlagen der fünfziger Jahre das Gründungskapital nicht hoch genug gegriffen worden war.[1]) Sein vielseitiges Wirken wurde erleichtert durch das unbeschränkte Vertrauen, das ihm alle seine Mitarbeiter schenkten; möglich war es aber nur durch seine ganz exceptionelle Fähigkeit, fast ohne Zwischenpause von der Leitung einer großen Bank- oder Eisenbahnunternehmung zur Leitung einer industriellen Gesellschaft überzugehen und an jeder Stelle mit voller Konzentration des Geistes auf die vorliegenden Fragen die Führung zu behaupten. Auch seine hervorragende organisatorische Begabung mußte sich dabei alle Details der Geschäftsführung fernhalten, diese vielmehr den Spezialdirektoren überlassen, die er mit größter Umsicht auswählte und denen er unermüdlich in den Sitzungen die Grundsätze ans Herz legte, welche bei der Betreibung der Geschäfte maßgebend sein sollten. Es gelang ihm fast immer, nicht nur sehr tüchtige Organe für die Exekutive zu gewinnen, sondern dieselben auch von der Zweckmäßigkeit seiner Grundsätze zu überzeugen und somit die Geschäftsführung seinen Intentionen gemäß zu gestalten.

Bis zum Beginn der neuen Wirtschaftsepoche, welche nach dem französischen Kriege einsetzte, hatte er sich nur von der Leitung zweier Unternehmungen zurückgezogen, die ihm beschwerlich wurde, als er sich im Jahre 1866 der Politik wieder mehr zuwandte. Es waren das der Köln-Müsener Bergwerksverein und die Kölnische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Erstere Unternehmung hatte trotz der im Allgemeinen preußischen Berggesetz vom 24. Juni 1865 zum Abschluß gelangenden Bergbaubefreiung und trotz günstiger Aussichten, die sich im Jahre 1861 durch Vollendung der Ruhr-Siegbahn eröffneten, wiederholt mit erheblichen Schwierigkeiten der Konjunktur und mit Mängeln der technischen Leitung zu kämpfen, deren Beseitigung sich als unerwartet schwierig herausstellte. Die Kölner Maschinenbauanstalt dagegen nahm seit 1864 durch den steigenden Bedarf der Montanindustrie einen guten Fortgang, nachdem die für die gesamte Maschinenfabrikation im Zollverein kritischen Jahre 1859—1863 mit Hilfe des ausgezeichneten Generaldirektors M. Goltstein überwunden

[1]) Vgl. seine Darlegungen Bd. II, S. 544 ff.

waren. Mevissen gab die Leitung in dem Augenblick ab, wo die Anstalt regelmäßigen Betrieb und Ertrag in Aussicht stellte.[1]) Er blieb aber bei beiden Unternehmungen auch ferner Mitglied des Aufsichtsrats, und er dehnte seine Beteiligung an Bergwerksunternehmungen noch auf das linke Rheinufer aus, wo er seit 1856 mit F. Diergardt und H. Haniel wiederholt Bohrungen auf Kohlen in der Gegend Homberg gegenüber Ruhrort veranstaltet hatte.[2]) Je mehr er sich aber dem sechzigsten Lebensjahre näherte, um so stärker lebten allgemeine Gedanken wieder in ihm auf, die er einst in seinen Jugendjahren theoretisch entwickelt hatte, und deren Verwirklichung er mit der entschlossenen Konsequenz, die sein ganzes Leben auszeichnete, nun auch persönlich unternahm. Er hatte einst vor den bedenklichen Folgen der Entstehung eines exklusiven Industriestandes gewarnt und ausgeführt, die Industrie müsse ihre Vertreter nach ausreichender Betätigung an 'höhere und freiere Lebensrichtungen abgeben'; sein persönliches Wirken auf diesem Felde hatte er geradezu als 'ein Kleid bezeichnet, daß ein männlich tatkräftiger Geist als willkürlich gewählte Hülle an- und ablegt'.[3]) Zwar hatte er später erfahren müssen, daß die Klammern, mit denen das Leben ihn fesselte, doch zäher waren, als er hier voraussetzte. Jetzt aber, am 21. Mai 1873, schrieb er: 'Das 60. Lebensjahr naht heran, und mit seinem Nahen tritt bei mir der Wunsch in den Vordergrund, wenn möglich noch einige Jahre dem geistigen Schaffen und Wirken zu widmen und die Erfahrung oder Verfahrung des Lebens zur Klarstellung schwebender Tagesfragen zu benutzen. Mit der materiellen Seite des Lebens habe ich schon seit längerer Zeit geistig so ziemlich abgeschlossen. Es wird mir schwer, die auf diesem Gebiete erwachsenen Bande zu lösen, ohne gegen aus der Vergangenheit rührende moralische Verpflichtungen zu verstoßen. Den günstigen Moment zur Lösung in einer früheren Periode des Lebens habe ich verpaßt, ich hoffe aber, daß ein solcher noch vor Toresschluß wiederkehren wird.' Der Umschwung im

---

[1]) Vgl. oben S. 641 ff.; Hocker, Großindustrie Rheinlands und Westfalens I S. 383 ff.

[2]) Vgl. dazu Laspeyres a. a. O. S. 58 ff. In dem mit bestem Erfolge operierenden Kölner Bergwerksverein (S. 634) war er im Mai 1857 zugunsten seines Schwagers Koenigs aus der Verwaltung ausgetreten.

[3]) Vgl. oben S. 177, 266, 429.

Wirtschaftsleben dieser Jahre mit ihren veränderten Anschauungen und Anforderungen beschleunigte seinen Entschluß.

Von seinen industriellen Schöpfungen leitete er damals noch die Kölner Baumwollspinnerei und den Hörder Bergwerks- und Hüttenverein. Wenn es bei dem Kölner Textilinstitut bis 1860 Schwierigkeiten gekostet hatte, eine gute kaufmännische Leitung zu gewinnen und einen geeigneten Arbeiterstamm zu entwickeln, so war auch der dann folgende Aufschwung schon bald wieder durch den amerikanischen Sezessionskrieg jäh unterbrochen worden, der die Baumwollproduktion gewaltsam beschränkte. Von 1866 und besonders von 1871 ab bewegte sich aber das Etablissement in stark aufsteigender Linie, so daß er im Juli 1874 das Präsidium unbesorgt abgeben konnte.[1])

Zu der vollen Bedeutung einer Musteranstalt für ganz Deutschland hatte sich das Hörder Etablissement entwickelt, nachdem es die schwere Krisis der Jahre 1858—1860, welche seine erste Lehrzeit abschloß, verhältnismäßig glücklich überstanden hatte. Mevissen verharrte hier bei seinem Streben nach engster Verbindung von Wissenschaft und Industrie. Alle aussichtsvollen neuen Erfindungen, selbst wenn das Lehrgeld hoch war, suchte er zuerst zunutze zu machen, jede Verbesserung im Hochofen- und Maschinenbauwesen, wenn auch mit namhaften Opfern, aufzugreifen und zu erproben. Er war unermüdlich im Verhandeln mit Chemikern, um die Ausnutzung der Erze zu vervollkommnen. Der westfälische Kohleneisenstein, der anfangs eine Grundlage des Unternehmens gebildet hatte, erwies sich seit 1864 gegenüber den allgemeinen Fortschritten der Eisenindustrie als weniger brauchbar. Die Zufuhr und Erprobung auswärtiger Eisenerze war nötig. Seit 1860 stieg ferner der Bedarf von Gußstahl statt des bisherigen Puddelstahls. Das Hörder Werk kaufte 1863 als erstes deutsches Aktienunternehmen das Ausführungsrecht der Patente des Engländers H. Bessemer und begann 1864 mit der Gußstahlfabrikation nach diesem Verfahren, das eine Umwälzung der ganzen Eisenindustrie

---

[1]) Auch die Flachsspinnerei in Dülken, das Stammhaus Mevissens, ging gut voran. 1867 beschäftigte sie 600 Arbeiter, 7800 Spindeln für Garne und 2400 Spindeln für Zwirne. Am 30. Juni 1871 wurde sie in eine Aktiengesellschaft verwandelt; an die Stelle der alten Firma 'Gerhard Mevissen' trat die noch heute bestehende 'Niederrheinische Flachsspinnerei'.

hervorrief.[1]) Das Werk wurde wiederholt vergrößert, es beschäftigte 1873, in einem Glanzjahre der Eisenindustrie, 5000 Arbeiter, das Aktienkapital wurde 1874 auf 15 Millionen Mark erhöht. Den Ruhm, bei den gewaltigen Fortschritten der deutschen Eisenindustrie an erster Stelle mitgewirkt zu haben, haben ihm spätere Krisen nicht rauben können,[2]) wenn auch die zwanzigjährige Epoche, während deren Mevissen mit dem bewährten Spezialdirektor J. F. Wiesehahn an der Spitze stand, unstreitig die erfolgreichste seiner Geschichte geblieben ist.[3]) Im Jahre 1874 gab Mevissen gelegentlich einer Neuorganisation der Verwaltung das Präsidium in die Hand seines Schwagers Koenigs ab. Er hielt den Zeitpunkt für gekommen, wo er ohne Schaden auch diese Schöpfung anderen Händen anvertrauen durfte. Nicht so leicht vermochte er sich von seinen Bankunternehmungen zu lösen.

An die großen Bankinstitute, deren leitender Kopf Mevissen war, hatten die Schwierigkeiten der seit der Krise von 1857 verflossenen Jahre wiederholt starke Anforderungen gestellt.[4]) Der Schaaffhausensche Bankverein hatte aber seine beherrschende Stellung im Gebiete der rheinisch-westfälischen Industrie bewahrt und weiter entwickelt. Um dem wachsenden Kreditbedürfnis zu genügen, hatte er — längere Zeit hindurch gegen den fortgesetzten Widerstand der Regierung ankämpfend — sein Kapital bis zum Jahre 1872 auf 48 Millionen Mark erhöht; sein Jahresumsatz stieg 1873 auf

---

[1]) Zeidels, Verhältnis der Großbanken zur Industrie (1905) S. 50ff.; Stillich, Eisen- und Stahlindustrie (1904) S. 16ff. Schon im Januar 1851 hatte man sich am Rhein mit Bessemers Erfindungen beschäftigt. Damals aber war H. v. Dechen mehr für das Verfahren des Franzosen Chenot. Bessemers Verfahren wurde damals dahin beurteilt: es gebe 40 Prozent Abgang an Roheisen, bewirke die Zerstörung des Ofens nach dreimaliger Arbeit und gebe ein Produkt, das nur zu wenigen Zwecken brauchbar sei. (Dechen an Mevissen, 1851 Januar 29.)

[2]) Im Jahre 1879 erwarb der Hörder Verein auch das Gilchrist-Thomas-Patent für die Entphosphorung des Eisens.

[3]) Der Verein gab in diesen Jahren eine Durchschnittsdividende von 8 Prozent und verwandte außerdem 10 Millionen Mark für Abschreibungen und Dotierung des Reservefonds.

[4]) Die Jahresberichte, besonders des Schaaffhausenschen Bankvereins und der Darmstädter Bank, gestatten entsprechend der von Mevissen aufgestellten Forderung möglichster Publizität einen Einblick in die jeweilige Lage.

350 Millionen Mark. Der Verein verlegte sich fast ganz auf das Gebiet der großen Produktionsmittel-Industrieen von Rheinland-Westfalen, und Mevissens konsequent durchgeführte Grundsätze, bei Neugründungen die Bankmittel nur sehr mäßig in Anspruch zu nehmen, die fremden Depositen stets flüssig zu erhalten und eine feste, dauernde Kundschaft zu entwickeln, bewährten sich in den kritischen Momenten des industriellen Bankgeschäfts aufs beste. Auch in anderer Hinsicht kamen hier seine leitenden Gedanken lange Zeit glücklich zur Verwirklichung. Wie an der Wiege des Bankvereins im Jahre 1848 die Macht des Staats und das werbende Kapital einheitlich zusammengestanden hatten, so sollte er auch fernerhin mitwirkend zur Förderung der öffentlichen Interessen und erwerbend im Interesse der Aktionäre tätig sein. 'Der Bankier ist', so führte Mevissen einmal aus, 'in hohem Maße die unumgängliche Vertrauensperson der Industrie und des Kapitals, er ist der Regulator der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit. Je nachdem die Banken und Bankhäuser die industriellen Kredite beschränken oder erweitern, wird die industrielle Produktion emporgeschnellt oder zu heilsamer Einschränkung genötigt. Der Bankier ist ebenso der Vertrauensmann des Kapitalisten, der in der Regel seinem Rate willig folgt. Die komplizierte, nicht leichte Aufgabe des Bankiers ist es daher, auf dem Gebiete der Industrie alle Zeichen der Zeit stets sorgsam und einsichtsvoll zu deuten, alle auf dem Geldmarkte kursierenden Werte wie die Finanzen der Staaten eingehend zu studieren und zu prüfen, in allen Operationen aber seinen Klienten das Beispiel kaufmännischer Solidität und vorsichtigster Abwägung aller die Kreditgewährung rechtfertigenden Faktoren, und zugleich das Beispiel vorsichtigen Maßhaltens nach allen Richtungen zu geben.' Es gelang dem Bankverein in den Krisen von 1857, 1866 und 1870 durch seine von der sonstigen Praxis abweichende Maxime besonnener Fortgewährung der Kredite an die Industrie sein Prestige zu bewahren und von zahlreichen Etablissements verhängnisvolle Erschütterungen fernzuhalten.[1])

Auch die Darmstädter Bank für Handel und Industrie überstand die Krisis von 1857 gut und erwies die wohltätige Bedeutung

[1]) Einen guten Überblick über die Tätigkeit des Vereins in den Jahren 1858—1879 bietet die oben S. 604 Anm. 2 erwähnte 'Erinnerungsschrift' von E. Koenigs S. 45—72.

der Kreditbanken in kritischen Zeiten.[1]) In den folgenden Jahren fehlte es allerdings hier nicht an erheblichen Schwierigkeiten. Im Jahre 1856 war die Bank zu völliger Entwicklung gelangt, im Januar 1857 wurde die Verdoppelung des Grundkapitals beschlossen, um dem gesteigerten Bedürfnis zu entsprechen und das Netz der Kommanditen weiter zu erstrecken. Die Krisis bewirkte jedoch, daß die neue Aktienemission nur zum kleinen Teil verwirklicht werden konnte, und es fanden in den Monaten, wo Mevissen durch Gesundheitsrücksichten von allen Geschäften ferngehalten war, bei der Ausgabe von Berechtigungsscheinen Börsenmanöver statt, die er nach seinen jede bloße Börsenspekulation ausschließenden Grundsätzen nicht erwartet hatte und zu deren ausdrücklicher Verwerfung er sich später veranlaßt sah.[2]) Das Kriegsjahr 1859 brachte dann durch Unvorsichtigkeit der Direktion im österreichischen Geschäft schwere Verluste, welche Unstimmigkeiten über die Kompetenzen von Verwaltung, Direktion und Generalversammlung und fast einen Bruch zwischen Verwaltung und Direktion herbeiführten. Die folgenden Jahre aber entwickelten wieder gedeihliche Verhältnisse, so daß das Grundkapital bis 1872 auf 60 Millionen Mark erhöht werden konnte. Mit ihrer auf langsame, aber dauerhafte und nachhaltige Erfolge gerichteten Geschäftsführung hielt sich die Bank sowohl von den stürmischen Gründungsmethoden wie von der übertriebenen Dividendenpolitik des Pariser Crédit mobilier fern. Ihre einflußreiche und höchst vielseitige, seit 1862 durch das Notenprivileg der Süddeutschen Bank kräftig unterstützte Wirksamkeit erstreckte sich vorwiegend auf Süddeutschland und auf Österreich. Ihr Kommanditsystem dehnte sie allmählich nach Mannheim, München, Breslau, Hamburg, Leipzig, Straßburg, Paris, London und Mailand

[1]) Vgl. Mevissens Ausführungen in der Darmstädter Generalversammlung vom 4. Mai 1858.

[2]) Vgl. darüber die eingehende Darlegung von M. Wirth, Geschichte der Handelskrisen [1](1858) S. 331 ff., [2](1872) S. 276 ff.; Hübner, Statistisches Jahrbuch V (1857), 213 ff. Wirth stand übrigens den Kreditbanken ablehnend gegenüber. Mevissen war vom Februar bis Oktober 1857 so gut wie nicht an den Geschäften beteiligt (vgl. oben S. 692). Wie sehr das gerade damals empfunden wurde, zeigt ein Brief eines Kölner Mitglieds der Darmstädter Verwaltung vom 20. Juli 1857: 'Es wird hohe Zeit, daß alle diese Fragen wieder von Mevissen in die Hand genommen werden. Unter anderer Ägide wird nichts Gutes zur Welt kommen, sondern nur Eigennutz, Selbstsucht und Agiotage.'

aus. Sie förderte vor allem das Eisenbahn- und Verkehrswesen, war aber auch an vielen Operationen des deutschen und österreichischen Staatskredits beteiligt und belebte die in Süddeutschland stark vertretene mittlere und kleine Maschinen- und Textilindustrie.[1] Süddeutschland blieb ihr Gravitationsgebiet, selbst nachdem sie im Jahre 1871 eine Filiale in Berlin errichtet hatte, um auch dort, wo sich fortan mehr und mehr das ganze Bankgeschäft Deutschlands konzentrierte, unmittelbar einzugreifen.[2] Mit Hilfe der Darmstädter Bank beteiligte Mevissen sich noch im März 1871 hervorragend bei der Gründung der 'Süddeutschen Bodenkreditbank' in München, eines großen mit einem Kapital von 24 Millionen Mark gegründeten Hypothekenbankunternehmens unter dem Vorsitz des Grafen zu Arco-Valley, dessen Verwaltung er eine Reihe von Jahren angehörte.

Am ruhigsten war die Entwicklung, welche die Internationale Bank in Luxemburg genommen hatte. Die anfangs gehemmte Notenausgabe ging hier seit 1864 gut von statten,[3] das Kapital wurde 1872 auf 20 Millionen Franken erhöht, Kommanditen wurden in Amsterdam, Brüssel, Paris und Frankfurt eingerichtet, um Kapital und Reserven allseitig zu verwerten, und seit 1871 wurde durch Gründung einer Filiale in Metz ein ergiebiges Tätigkeitsfeld im neuen deutschen Reichsland Elsaß-Lothringen gewonnen. Mevissen drang hier stets auf besondere Vorsicht im Hinblick auf die mit dem

---

[1] Vgl. für ihre Tätigkeit Hecht, Bankwesen und Bankpolitik in Süddeutschland 1819—1875 (1886) S. 167 ff.; Jeidels, a. a. O. S. 68, 75, 80, 92.

[2] Mit dem Berliner Bankwesen war Mevissen damals (außer der Berliner Handelsgesellschaft vom Jahre 1856, vgl. oben S. 667) noch durch das 1857 gegründete Bankhaus Delbrück, Leo u. Cie. verbunden, an dem sein Schwager F. W. Koenigs stark beteiligt war. Dieses Haus führte ursprünglich die Generalagentur der Kölner Concordia in Berlin, und diese Lebensversicherungsgesellschaft war seit dem 2. Dezember 1857 als stille Gesellschafterin bei dem Bankhaus beteiligt. Diese Beteiligung ging im Jahre 1872 auf den Schaaffhausenschen Bankverein über. Die Seele dieses Bankhauses war Adelbert Delbrück (ein Vetter R. v. Delbrücks). Vgl. für diesen ausgezeichneten Geschäftsmann und trefflichen Menschen, mit dem Mevissen in herzlicher Freundschaft verbunden war, R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen II, 133, 144, 406; S. Hensel, ein Lebensbild aus Deutschlands Lehrjahren (1903) S. 335 ff.

[3] Sie stieg bis 1874 auf 10 Millionen Franken im Jahre, wurde dann aber durch inländische Erschwerungen und deutsche Verbote so reduziert, daß sie seitdem ihre Bedeutung verlor.

Institut verbundene Zettelbank, und er empfahl in der Zeit des Gründungsschwindels nach 1870 strengstes Fernhalten von jeder spekulativen Börsenbewegung, 'von allem, was an den Crédit mobilier streift.' Wiederholt führte er hier aus, daß die Anlagebanken, nachdem sie ihre Aufgabe als Schrittmacher der Industrie gelöst und die kapitalistische Befruchtung der Produktionsunternehmungen geleitet hatten, fortan 'überhaupt und grundsätzlich nur in seltenen Fällen direkt in die Industrie eingreifen, in der Regel dagegen sich auf vermittelnde Banktätigkeit beschränken sollten.'[1]) In Luxemburg, wo man den vorsichtigen Mahnungen am willigsten folgte, kam man auch am besten über die große im Jahre 1873 ausbrechende Geschäftskrisis hinweg. Mevissens solide Geschäftsgrundsätze verlangten die stete, wenn auch mit Opfern an Zinsen verbundene Flüssigerhaltung der fremden Bankguthaben, die strenge Bemessung der Kredite in laufender Rechnung, die Vermeidung eigner großer Engagements bei der Gründung industrieller Gesellschaften und die Versagung ansehnlicher Kreditgewährung an solche Industrielle, welche den Bankkredit als dauernde Verstärkung ihrer Betriebsfonds benutzten. Diese Grundsätze wurden von der Luxemburger Direktion auch in den Gründerjahren 1871—1873 aufrecht erhalten, während sie von den Direktionen der beiden anderen Banken als zu weit getriebene Schwarzseherei, welche die laufenden Verbindungen hemme und in die Hände der Konkurrenz hinüberleite, vernachlässigt wurden. Sowohl die Darmstädter Bank als auch der Schaaffhausensche Bankverein zahlten dem Taumel dieser Periode schweren Tribut. Mevissen wurde dadurch, daß besonders letzteres Institut, das sich noch 1866 und 1870 in kritischen Augenblicken glänzend bewährt hatte, von den alten Grundsätzen abwich und in bedenkliche Schwankungen geriet, so schmerzlich enttäuscht, daß er sich am 16. Mai 1875 ganz von seiner Verwaltung zurückzog.

Von den Wirkungen eines ökonomischen Liberalismus, der die möglichst vollständige Entfesselung des wirtschaftlichen Selbstinteresses der Individuen rückhaltlos proklamierte, kamen in diesen Jahren vorwiegend die schlimmen zur Geltung. Unmittelbar nach dem französischen

---

[1]) Briefe vom 18. Mai 1872, 12. September 1873, 22. Juli 1875. — Vgl. auch Hecht a. a. O. S. 177.

Kriege hatte Mevissen von der Aufgabe der Zukunft gesprochen, 'schaffend die Früchte des Sieges zu ernten und in sittlich tüchtigem Streben in den Werken des Friedens mit den Leistungen im Felde zu wetteifern und der deutschen Nation ihre hohe Stellung unter den Völkern durch fortschreitende Bildung, Gesittung und Wohlfahrt dauernd zu sichern.'[1]) Verschiedene Umstände trafen jedoch damals zusammen, um den Sieg gewissenloser Elemente und damit eine andere Wirkung anzubahnen. Die Ausbreitung der Idee des 'Laissez aller' und die Lehre, daß Moral und Volkswirtschaft nichts miteinander zu tun hätten, eröffneten in einer von materiellen Erfolgen berauschten Zeit gemeiner und rücksichtsloser Erwerbsucht weit die Bahn. Eine beschämende Verwirrung und Auflösung der sittlichen Begriffe ruht als tiefer Schatten auf dem Wirtschaftsleben dieser ersten Jahre wiedergewonnener deutscher Einheit.

Es zählte zu den Siegen der Freihandelslehre, daß am 11. Juni 1870 durch eine Novelle zum deutschen Handelsgesetzbuch die Gründung von Aktienbanken und industriellen Aktiengesellschaften völlig freigegeben, der in Preußen seither bestehende staatliche Konzessionszwang für sie also aufgehoben wurde.[2]) Der Befreiung dieser Aktiengesellschaften von dem Einfluß der Staatsautorität folgte aber der Friede mit Frankreich, der die Kräfte der industriellen Produktion und des Kapitals entfesselte, und das Einströmen der französischen Milliarden während der Jahre 1871—1873. Die Vorteile dieser größten Finanzoperation, welche die Welt bis dahin gesehen hatte, für die deutsche Münzreform und die deutsche Steuerpolitik waren unleugbar; ebenso verhängnisvoll war aber ihre revolutionäre Wirkung auf dem deutschen Kapitalmarkt. Ein Teil der gewaltigen Kriegsentschädigung gelangte sofort an die Börse, weil der Finanzminister Camphausen sie übereilt zur Rückzahlung von Staatsanleihen benutzte. Diese Summen suchten nach anderweiter Anlage und gingen

[1]) Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft 1871 Mai 26.

[2]) Grambow, Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte (1903) S. 63ff. — In bezug auf die Versicherungsgesellschaften war Mevissen im Jahre 1869 als Präsident der Kölner Concordia zusammen mit dem Generaldirektor Dr. Claessen vergebens für eine verstärkte Staatsaufsicht eingetreten (vgl. Protokoll der Generalversammlung vom 8. Mai 1869 und die oben S. 622 Anm. 3 erwähnte Festschrift S. 13ff.; Grambow a. a. O. S. 290ff.).

in die Aktienunternehmungen über, die ein fieberhafter Spekulationsgeist wie Pilze aus dem Boden hervortrieb.[1] 'Das Erwerbsleben des ganzen großen Deutschen Reiches schien sich in eine riesenhafte Aktiengesellschaft verwandeln zu wollen.'[2]) Wenn Mevissen gelegentlich der Krisis von 1857 die Hoffnung ausgesprochen hatte, fortschreitende Erkenntnis der Gesetze des wirtschaftlichen Lebens werde in Zukunft imstande sein, die Extreme zu mildern und ihre Wirkung zu mäßigen, so war seine Voraussetzung jene bewußte und planvoll von Gesellschaft und Staat durchgeführte Organisation des Wirtschaftslebens, die ihm zwar vorschwebte, aber von der Tagesmeinung als theoretische Phantasie abgelehnt wurde. Eine wilde, jeder gesunden Basis entbehrende Spekulation kehrte nun über Nacht alle naturwüchsigen Verhältnisse um. Durch die Illusion einer unermeßlichen Kapitalvermehrung, der weite Kreise anheimfielen, verbreitete sich eine geradezu epidemische Sucht, ohne Mühe und ohne die Ehre der Arbeit reich zu werden. Man vergaß, daß 'nur aus stetiger fleißiger Arbeit, aus Erziehung und harmonischer Ausbildung aller schaffenden Kräfte wirklich dauernde Erfolge hervorgehen.'[3]) Das Gründen um des bloßen Gründergewinns willen und ein geradezu frevelhaftes Börsenspiel überwucherten die gesunden Triebe im deutschen Wirtschaftsleben.

Mevissen betrachtete die französischen Milliarden, und besonders ihre Verwendung durch den 'selbstgenügsamen Finanzminister, der die Nation gezwungen hat, ihrer Natur entgegen den Verschwender zu spielen', als ein Verhängnis für Deutschland. Im März 1872 bezeichnete er sie der Kaiserin gegenüber — die in diesem Punkte völlig mit ihm übereinstimmte — als 'einen Fluch für unser Volk; sie treiben mit Macht den Schwindel empor und reißen uns in falsche Bahnen.' Er hätte gern gesehen, wenn der damals noch nicht

---

[1]) In Preußen gab es bis 1870 im ganzen 279 Aktiengesellschaften. Gegründet wurden 1870: 34, 1871: 225, 1872: 503 (die letzteren allein mit einem Grundkapital von 1½ Milliarde Mark).

[2]) Vgl. Mevissens Ausführungen in der Generalversammlung des Schaaffhausenschen Bankvereins vom 1. Juni 1872.

[3]) Vgl. Mevissens Darlegungen im Jahresbericht der Darmstädter Bank 1858 Mai 4, im Jahresbericht des Schaaffhausenschen Bankvereins 1873 Juni 27, und Bd. II, S. 601, 603 ff. (1873/74).

ausgezahlte Teil der Summe nachgelassen und statt dessen Belfort und die Maasfestungen zurückbehalten worden wären. L. Bambergers Vorschlag, die Milliarden zunächst in guten ausländischen Wertpapieren anzulegen, um die Überführung auf den deutschen Kapitalmarkt zu verlangsamen, hatte seinen vollen Beifall.[1]) Versagte aber hier das Verständnis der Staatsregierung, so nicht minder an einem andern Punkte.

Die inneren Bindungen, welche Mevissen gegen die Nachteile einer mechanischen Individualisierung des Wirtschaftslebens durchgeführt wissen wollte, waren verschiedenartig. Mehrere von ihnen hatte er seither praktisch erprobt. Seine persönliche leitende Stellung an der Spitze verschiedener großen konkurrierenden Bankunternehmungen nebeneinander zählte dazu; hier hatte sein Verfahren sich durchweg bewährt.[2]) Auf den Gebieten der Industrie und des Verkehrs dagegen hatte sich seine Absicht, durch freiwilliges Zusammenwirken die Einzeltätigkeit verwandter Unternehmungen in eine höhere Ordnung zu fügen, zunächst als undurchführbar erwiesen. Im Jahre 1854 war er trotz seiner Eigenschaft als Präsident des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins auch in den Aufsichtsrat des soeben begründeten 'Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation' gewählt worden; aber schon im Jahre 1858 war er wieder ausgeschieden, weil die Zeit sich für die von ihm erstrebte Konkurrenzregulierung nicht als reif erwies.[3]) Länger, von 1850—1865, hatte er neben seiner Stellung als Präsident der Rheinischen Eisenbahn gleichzeitig auch im Aufsichtsrat des Köln-Mindener Unternehmens mitzuwirken vermocht. Hier sah er sich am 30. Juni 1865 zum Ausscheiden ver-

[1]) Vgl. Bd. II, S. 602, für Bambergers Vorschläge s. Preußische Jahrbücher 1873 S. 453 ff. Vgl. auch A. Soetbeer, Die fünf Milliarden (Berlin 1874) S. 32 ff.

[2]) Über seine Tendenz, 'auf dem Wege freundschaftlicher Übereinkunft und Verständigung jenes einheitliche Zusammenwirken anzustreben, das, wie die Kraft der deutschen Einzelstaaten so auch die gedeihliche Entfaltung der deutschen Bankinstitute wesentlich bedingt,' vgl. das Protokoll der Darmstädter Bank vom 27. Mai 1856, sowie Bd. II, S. 535 und oben S. 636, 640.

[3]) Präsident des Bochumer Vereins war Mevissens Freund aus den Tagen der Rheinischen Zeitung, Dr. E. Mayer. Mevissen blieb übrigens auch nach seinem Ausscheiden noch längere Jahre Berater Mayers und des Generaldirektors L. Baare.

anlaßt, als er durch den Bau der Linie Osterath-Essen und die Einführung der Rheinischen Bahn in das Kohlenrevier die von der Köln-Mindener Direktion hartnäckig befolgte fiskalische Tarifpolitik unmöglich machte, nachdem er sie lange Jahre im Schoß der Verwaltung vergebens bekämpft hatte.[1]) Er nahm damals Veranlassung, die Prinzipienfrage mit dem Präsidenten der Köln-Mindener Direktion, H. v. Wittgenstein,[2]) schriftlich zu erörtern.

'Meiner Auffassung nach haben die großen Eisenbahngesellschaften die schöne doppelte Aufgabe, in gleichem Maße wie den speziell finanziellen auch großen öffentlichen Interessen zu dienen. Ihr Auge, nach innen dem speziellen Interesse der einzelnen Gesellschaft zugewandt, ist gleichzeitig nach außen höheren volks- und staatswirtschaftlichen Zielen zugekehrt; ihre leitenden Organe haben die Aufgabe, die in den meisten Fällen nur scheinbaren Gegensätze beider Richtungen in sich zu vermitteln und auszugleichen, die Bedingungen der Entwicklung ganzer Landesteile von einem, weitverzweigte Interessen klar umfassenden, freien Standpunkte aus zu erkennen und zu fördern. Das spezielle Interesse bildet zwischen den Eisenbahngesellschaften das scheidende und trennende, die gemeinsam allen obliegende Vertretung großer öffentlicher Interessen bildet das schönere, bindende Moment. Die trennenden Interessen regelt überwachend und entscheidend die Staatsregierung. Der Dienst der öffentlichen Interessen bedarf des freien, willigen, gemeinsamen Wirkens, der steten bereitwilligen Verständigung zwischen den großen beschließenden Korporationen, er bedarf für die so zahlreichen ausführenden Organe sehr oft jener Stimulation, welche vorzugsweise dem nach gleichem Ziele treibenden Wetteifer entspringt.

In meiner Auffassung sind die gemeinsamen Interessen der Köln-Mindener und der Rheinischen Eisenbahngesellschaft die weitaus überwiegenden, und ist ihre intensive Wahrnehmung zugleich für die speziellen Interessen von schließlich entscheidender Bedeutung. Die durch die Entscheidung der Staatsregierung sich organisch lösenden Gegensätze vorüber-

[1]) Vgl. oben S. 735. Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Mevissens damaligem Vorgehen ergibt sich aus den Tariftabellen der Jahre 1866 und 1867 (Entwicklung des niederrhein.-westf. Steinkohlenbergbaues X (1904), S. 133ff.); vgl. Mevissens Ausführungen in der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft vom 31. Mai 1870, S. 19ff.

[2]) Dieser, mit dem Mevissen persönlich nahe befreundet war, hatte ihn am 24. Juni über die Stimmung der Köln-Mindener Direktoren gegen „den Präsidenten der Rheinischen Direktion, das Haupt und die Seele des konkurrierenden Unternehmens“, unterrichtet. Mevissen erwiderte am 26. Juni 1865.

gehender konkurrierender Bestrebungen sind meines Erachtens gegen die bleibenden gemeinsamen Ziele nur von ganz untergeordneter Wichtigkeit. Im vollen Bewußtsein, stets und unablässig dahin gestrebt zu haben, den Blick des Rheinischen Kollegiums auf die gemeinsame, den großen öffentlichen Interessen dienende Seite der gegenseitigen Beziehungen hingelenkt zu haben, muß ich es von meinem Standpunkt aus lebhaft bedauern, daß das Köln-Mindener Kollegium zurzeit nicht die gleiche objektive Auffassung der Sachlage sich anzueignen vermag.'

Solchen Erwägungen, die, allerdings nur zum Teil, in den späteren Syndikaten und Kartellen zur Geltung kamen, war die Auffassung der Epoche noch nicht zugänglich. Die Optimisten der freien Konkurrenz entfernten sich vielmehr zunächst noch immer weiter von dem, was sie als unpraktische Ideale und Utopieen abwiesen, seit es in den Schriften einzelner Nationalökonomen, wie Schäffle, Knies und Hildebrand, vertreten wurde und nach 1872 auch in dem jungen Verein für Sozialpolitik Boden faßte. Erschreckt durch bedenkliche Einzelvorfälle und den Unwillen der durch diese erregten öffentlichen Meinung, beseitigte in den Gründerjahren die Regierung sogar jene Einrichtung, welche es seither einigermaßen erleichtert hatte, die Verwaltung großer Aktienunternehmungen mit dem Bewußtsein zu durchdringen, daß sie, wenn auch auf dem Umwege des eignen Gewinns, zugleich öffentlichen Interessen zu dienen hatten. In vielen dieser Unternehmungen, darunter solchen, die Mevissen leitete, war es ständige Tradition, daß bewährte und angesehene Vertreter des Beamten- und Gelehrtenstandes dem Verwaltungsrate angehörten,[1] und wiederholt wurde 'die Geradheit, Klarheit und das tiefe Rechtsgefühl' dieser Mitglieder gerühmt. Nun erfolgten im Januar und Februar 1873 im Abgeordnetenhaus durch E. Lasker aufsehenerregende Enthüllungen über Mißbräuche im Eisenbahnkonzessionswesen. Unter dem ungeheuern Eindruck, den die übertriebenen und generalisierenden Ausführungen

---

[1] So gehörten zur Verwaltung der Rheinischen Eisenbahn die Oberbürgermeister von Köln und Aachen, der Appellationsgerichtsrat J. Bürgers, der Staatsanwalt Dubusc, die Rechtsanwälte Quadflieg, Compes, Küchen, der Regierungsrat v. Sybel und sein Sohn, der Historiker H. v. Sybel, der Berghauptmann v. Dechen und der Rektor des Polytechnikums in Aachen. Dem Verwaltungsrat der Darmstädter Bank gehörten an der Oberstudiendirektor Breidenbach, die Staatsräte Dr. Christ und Franck, Ministerialrat Dr. Crève und Kabinetsrat Dr. Zimmermann.

des temperamentvollen Anwalts der öffentlichen Gerechtigkeit machten, wurde durch eine königliche Botschaft eine Spezialuntersuchungskommission gebildet, zugleich aber ein Gesetz in Aussicht genommen, das die fernere Teilnahme von Staatsbeamten an der Verwaltung von Aktienunternehmungen untersagen sollte.[1]) Zu den Sachverständigen, welche von dieser Kommission vernommen wurden, zählte auch Mevissen, der seine schriftlichen und mündlichen Darlegungen am 21. April 1873 benutzte, um an der entscheidenden Stelle seine Auffassung der Lage zum Ausdruck zu bringen.[2])

Er verurteilte das Treiben der Gründerzeit auf das schärfste und nahm wiederholt Veranlassung, öffentlich wider die Orgien des Kapitalismus in die Schranken zu treten.[3]) Aber er sah darin nichts Dauerndes, sondern eine durch das unvorhergesehene Zusammenwirken verschiedener Umstände herbeigeführte beklagenswerte Entgleisung, welche damals die normale Entwicklung des Wirtschaftslebens ähnlich unterbrach, wie im Jahre 1848 die Revolution die gleichmäßige Weiterbildung des politischen Lebens gehindert hatte. Er zog aus der momentanen Korruption nicht die Konsequenz, daß man nun die Aktienunternehmung sich selbst überlassen und ausschließlich durch gesetzliche Abwehr- und Strafmaßregeln meistern sollte. Nach seiner Auffassung sollte vielmehr das Ziel, Staat und Wirtschaft durch rechtlich-sittliche Bande zu verknüpfen, gerade jetzt, wo Zahl und Bedeutung der Aktienunternehmungen so unermeßlich zunahm, am wenigsten aufgegeben werden.[4]) Die Hauptaufgabe wahrer Staatskunst erblickte er nach wie vor darin, den schaffenden Kräften die Bahn zur Betätigung zu eröffnen, die Harmonie aller Faktoren soweit als möglich

---

[1]) Der Ministerialrat H. Wagener, der ehemalige Redakteur der Kreuzzeitung, war in die Laskerschen Enthüllungen verwickelt (vgl. H. Wagener, Erlebtes (1884) S. 55 ff.).

[2]) Die Protokolle dieser Enquete sind in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses 1873/74 S. 1617—1822 gedruckt. Die eingehenden, durch die Debatte mit Lasker und anderen Mitgliedern der Kommission wiederholt präzisierten Darlegungen Mevissens befinden sich a. a. O. S. 1748—1777.

[3]) Vgl. oben S. 773 Anm. 3.

[4]) 'Nur für große Zwecke, welche dieses Doppelgesicht (privater und öffentlicher Interessen) haben, halte ich überhaupt die vom Gesetz geschaffene und keineswegs ursprüngliche Form der Aktiengesellschaft für angemessen. Was ebenso gut und besser durch einzelne, als durch Aktiengesellschaften ausgeführt

herzustellen und zu erhalten und nur die Extreme zu bändigen. So trat er hier wiederum mit Nachdruck für jene Gedanken über staatliche Anregung und Aufsicht im Wirtschaftsleben ein, die er früher im Namen der Kölner Handelskammer proklamiert hatte (S. 700). 'Die Regierung muß, so erklärte er, stets in der Lage sein, nicht nur den Eisenbahnbau, sondern die ganze schaffende Bewegung des Landes zu regeln. Ich fasse eben die Aufgabe der Regierung von einem andern Standpunkt aus auf. Ich halte es für einen Mangel, daß in allen produktiven Zweigen die Regierung der Bewegung folgen soll, sie soll sie selbst leiten und in die Hand nehmen, den Impuls dazu geben.' Seiner Auffassung von dem halböffentlichen Charakter der Aktiengesellschaften gemäß sprach er sich wiederum für möglichste Publizität in ihrem Betrieb,[1]) für das Recht der Staatsregierung zum regelmäßigen Einblick in alle zur Bilanz abgeschlossener Betriebsperioden gehörenden Akten und Aufzeichnungen, sowie zur Festsetzung von Maximaldividenden aus. Aber gegenüber diesen äußern Maßnahmen betonte er, daß er das entscheidende Moment doch nur in dem Geiste der Verwaltung und in der richtigen Wahl der Exekutive erblicken könne. Aus diesem Grunde trat er neuerdings für eine Verstärkung des Einflusses der Verwaltungen gegenüber den Generalversammlungen ein und wandte er sich mit besonderm Nachdruck gegen die Absicht, aus den Verwaltungsorganen die Staatsbeamten zu entfernen:[2])

'Es ist eine unabweisbare Tatsache, daß ein großer sozialer Einfluß, eine starke Einwirkung auf das Wohl und Wehe von Tausenden

---

werden kann, sollte nicht in die Form der Aktiengesellschaften gegossen werden.' — Das Recht der Aktiengesellschaften war damals Gegenstand vielfältiger Untersuchung (vgl. F. Hecht, Die Kreditinstitute (1874) S. XIIIff.; Gareis, Die Börse und die Gründungen (1874) S. 35ff.). — Vgl. auch oben S. 183.

[1]) 'Für das Hauptpalliativ gegen die schlimmsten Schäden der Aktiengesellschaft halte ich die möglichst große Öffentlichkeit in der Gestion derselben: nicht Veröffentlichung der noch laufenden, in der Abwicklung begriffenen Geschäfte, nicht Publikationen von Monatseinnahmen und -ausgaben, die in den meisten Fällen durchaus keinen zuverlässigen Anhalt für die schließlichen Resultate bilden, sondern Veröffentlichung der Gesamtlage der Gesellschaft in umfassenden Jahresberichten. Die Eisenbahngesellschaften bieten in dieser Richtung für andere industrielle Gesellschaften schon heute ein nachahmenswertes Beispiel' (S. 308).

[2]) Vgl. a. a. O. S. 1769ff.

mit den Grundsätzen verbunden ist, nach denen große Aktiengesellschaften geleitet werden. Es ist daher die Aufgabe, das Niveau der in den Verwaltungsorganen dieser Gesellschaften lebendigen Intelligenz und Moral möglichst zu steigern. Dies geschieht aber gewiß nicht dadurch, daß die Träger der Intelligenz im Staate, die Vertreter der Wissenschaft und die Staatsbeamten, von diesen Organen ausgeschlossen und ferngehalten, sondern dadurch, daß sie vorzugsweise zu denselben herangezogen werden, und daß die geläuterten Begriffe persönlicher Ehre sich gerade durch ihre Vermittlung den Gliedern der erwerbenden Klassen kommunizieren.

Je mehr sich der mobile Besitz im allgemeinen steigert, und je mehr große Vermögen in den Händen einzelner mittelst glücklicher Börsenspekulation sich häufen, um so mehr tut eine Veredlung der Anschauungen, eine Steigerung der geistigen und sittlichen Bildung dieser Erwerbsklassen not. Ziemlich allgemein wird es als ein Übelstand empfunden, daß mit dem raschen, oft mühelos auf dem Wege der glücklichen Börsenspekulation errungenen Vermögen und der emporgeschnellten einflußreichen sozialen Stellung die Entwicklung der geistigen und sittlichen Bildung zuweilen in keinem günstigen Verhältnisse steht, daß hin und wieder eine laxere Moral um sich greift, und daß der durch geschickte Benutzung der Stimmungen und der Meinungen rasch erzielte Gewinn manche moralische Blöße in den Augen der Menge bedeckt. Soll dem Umsichgreifen dieses sozialen Übels wirksam gesteuert werden, so ist es vor allem geboten, daß die hohen Träger der gesellschaftlichen Sitte in ihrer Anerkennung und in allen ihren Beziehungen scharf scheiden zwischen dem mühsam durch Fleiß, Ausdauer und tüchtige Leistungen und zwischen dem durch Spekulation rasch errungenen Besitz.

Dem Einfluß des letztern, der am leichtesten in der Form der Aktiengesellschaft zur Geltung gelangen kann, wird ein wirksames Gegengewicht geboten, wenn in den Verwaltungsorganen älterer großer Eisenbahn- und anderer Aktiengesellschaften die Männer der Wissenschaft und die Zierden der Beamtenwelt vorzugsweise zur Mitwirkung, zur Mitaufsicht berufen werden. Die Moral dieser Männer, deren Grundsätze, auf hoher Bildung des Geistes beruhend, ein langes, ehrenvolles Leben erprobte, läuft keine Gefahr inmitten derjenigen, die ihre Stellung dem gestern und heute verdanken, sie wird und kann nur veredelnd auf diese Elemente wirken und sie durch die Macht des Beispiels dem Dienste der öffentlichen Interessen erziehen. Das materielle Leben der Neuzeit ist so reich gegliedert und von so mächtigem Einfluß, daß nur wenige es heute vermögen, dem Leben des Erwerbes ganz fern zu bleiben. Je mehr die schroffe Scheidung zwischen den Personen, die sich den geistigen Disziplinen,

und denen, die sich dem produktiven Erwerbe widmen, durch Zusammenwirken in den Organen der Verwaltung und der so einflußreichen Aktiengesellschaften wegfällt, um so mehr werden die letzteren auf das Niveau der ersteren emporgehoben und befähigt, zugleich die Ziele des Erwerbslebens und die damit an sich durchaus zusammengehenden öffentlichen Interessen in Harmonie zu fördern. Die Zukunft der Aktiengesellschaft und die gesunde mit den übrigen Bestrebungen der Nation im Einklang bleibende Entwicklung der Industrie beruht meines Erachtens vor allem darauf, daß es gelinge, für die Verwaltung der großen Aktiengesellschaften als Vorbilder für das zur Höhe hinanstrebende industrielle Leben die tüchtigsten Kräfte, die zuverlässigsten Personen von strenger Rechtschaffenheit zu finden. Gesetzliche Bestimmungen, welche die Verantwortlichkeit der Vorstände und Aufsichtsräte über das, wie ich glaube, in dieser Beziehung völlig ausreichende Maß der bestehenden Gesetzgebung hinaus steigern, werden dem gewünschten Ziele schwerlich näher bringen. Es liegt vielmehr die Befürchtung nahe, daß, wenn zu rigoröse Grundsätze in dieser Beziehung aufgestellt werden, gerade die besten und tüchtigsten Kräfte sich aus den Verwaltungen zurückziehen und anderen Elementen Platz machen.

Diese Darlegungen waren nicht die eines Theoretikers, sondern die eines sachverständigen, seit Jahrzehnten im öffentlichen und im Wirtschaftsleben an hervorragender Stelle wirkenden Mannes mit reicher Welt- und Menschenkenntnis, der zudem für die bedenklichen Begleiterscheinungen des Kapitalismus von Jugend auf ein offenes Auge hatte (S. 96). Mevissen hielt aber daran fest, daß der beunruhigende Zwiespalt zwischen der modernen bürgerlich-industriellen Gesellschaft und dem preußischen, trotz zeitweiliger Schwankungen und Unterbrechungen doch auf sittlichen Energieen beruhenden Staatsgedanken nicht vertieft werden dürfe, sondern fortschreitend ausgeglichen werden müsse. Das Streben nach organischer Verbindung des modernen Wirtschaftslebens mit dem Staat war die Grundlage, auf der sich einst der vormärzliche Liberalismus am Rhein aufgebaut hatte; es hatte die Führer Camphausen, Hansemann, v. d. Heydt, Beckerath, Mevissen geeint, so verschieden ihre Auffassung im einzelnen sein mochte. Mevissen wies der im Geist der Hegelschen Rechtsphilosophie entwickelten kaufmännischen Assoziation die Aufgabe zu, diese Verschmelzung herbeizuführen. Weitaus am umfassendsten und konsequentesten hatte er von der Seite des Wirtschaftslebens her an der Verwirklichung des großen Gedankens gearbeitet, den er auch jetzt

unter keiner Bedingung aufgeben wollte, weil er seine politischen und fortschrittlichen Zukunftshoffnungen umschloß. Es handelt sich hier aber in der Tat um eines der schwierigsten Probleme des kapitalistischen Zeitalters, und es ist begreiflich, daß es verschieden beurteilt wird. Mevissen hat der Schwierigkeit mit vollem Ernst ins Auge gesehen. In einer Niederschrift aus etwas späterer Zeit hat er seine Lebenserfahrungen dahin zusammengefaßt, daß es, im Gegensatz zu den Aktienunternehmungen aus dem Bereich der Industrie und des Verkehrswesens, in den die Aktienbanken verwaltenden Kollegien sehr schwer sei, den allgemeinen Interessen Geltung gegenüber den privaten zu verschaffen. Auch die deutsche Großfinanz, so führte er aus, habe sich mehr und mehr den an den ausländischen Börsenplätzen[1]) herrschenden laxen Grundsätzen ergeben.

'In diesen Bankkreisen herrschte und herrscht mit sehr seltenen Ausnahmen eine ganz besondere, sehr weite Moral. Manche Manipulation, welche in den bürgerlichen Kreisen des Lebens ganz entschieden als dem Gewissen und der guten Sitte widerstreitend, wenn auch vielleicht vom positiven Strafgesetze nicht erreichbar, verdammt wird, gilt in jenen Kreisen als erlaubt, klug und geschickt. Der Widerspruch beider Auffassungen ist in sehr vielen Fällen ganz unversöhnlich. Meiner Erfahrung nach ist nirgend die Moral so lax, das Gewissen so weit in Europa, als in der Hautefinance. Diese laxe Moral wird wesentlich dadurch unterstützt, daß die bedenklichen, oft bis an den verschleierten Betrug oder an Untreue mindestens streifenden „geschickten" Manipulationen sehr verdeckt und den außerhalb des engen Kreises der Fachmänner stehenden Personen kaum oder gar nicht verständlich sind. Die Börsenkreise insbesondere haben dafür eine eigene, nur den Eingeweihten verständliche Sprache und daneben eine Methode der Ausführung, welche auf Geheimhaltung und geschickter Verdeckung der wirklich in Frage stehenden Verhältnisse, sowie der durch untergeordnete Agenten, Makler usw. bewirkten Ausführung der von den leitenden Stellen gegebenen Aufträge beruht. Nur

---

[1]) Für Paris vgl. oben S. 655. Er hatte inzwischen ähnliche Erfahrungen bei mehreren großen Bankoperationen, sowohl 1860 bei der Anlage der amerikanischen Northern-Pacificbahn als auch 1862 bei den Versuchen Nubar Paschas, die verworrenen Finanzen Ägyptens zu ordnen, gemacht. Beide Male schlossen die englischen Banken Anleihen zu Bedingungen ab, die er namens der Darmstädter Bank als mit anständigem Geschäftsgebaren unvereinbar abgelehnt hatte. — Die Niederschrift Mevissens stammt aus dem Jahre 1885.

selten gelingt es einem Außenstehenden, die in den Kreisen der Haute-finance vorherrschende Auffassung, die Mittel und Wege, deren dieselbe zur Erreichung ihrer Ziele und zur Täuschung des gutgläubigen Publikums sich bedient, genau kennen zu lernen, da dieselben ganz abseits der Grundsätze der Geschäftsführung der großen industriellen Produktion und des regulären Handels liegen.'[1])

Aber wie er hinzufügte, daß er persönlich in den von ihm geleiteten Instituten unablässig bestrebt gewesen sei, 'bei allen noch so häkeligen Finanzoperationen die feine und im Drange der Geschäfte oft kaum erkennbare Grenzlinie zwischen dem moralisch gebotenen, von der eigenen Ehre untrennbaren Modus agendi und der moralisch verwerflichen oder mindestens schweren moralischen Bedenken unterliegenden Handlungsweise, wie sie den Männern der Börse geläufig und gewissermaßen zur andern Natur geworden ist, einzuhalten und auf die Stimme des Gewissens in Zweifelfällen scharf zu achten', so glaubte er hier überhaupt trotz der augenblicklichen Korruption des Börsentreibens keinem unlösbaren Problem gegenüber zu stehen. Blieb für ihn selbst die Majestät des kategorischen Imperativs und das Bewußtsein makelloser Ehre lebendig, so vermochte er auch nicht zu glauben, daß das deutsche Volk im allgemeinen seine ideelle Eigenart im Rausche materieller Erfolge dauernd einbüßen werde. In der gesamten Tendenz der Epoche zur Organisationslosigkeit vermochte er nichts Dauerndes zu erkennen. Sein Idealismus hielt vielmehr eine Besserung des Systems von innen heraus, durch die Entwicklung freier Rechtsordnungen und Berufssitten, für möglich. Ihm schwebte dabei auch hier vornehmlich die regulierende Selbsthilfe vor.

Die Zeit aber suchte sich mit äußeren Mitteln des Zwangs und der Disziplin zu behelfen. Eine Epoche, die den Staat vom freien

---

[1]) Mevissen streift hier auch die Judenfrage (vgl. dazu oben S. 462): 'Da die Börse und das Bankgeschäft durch die frühere gesetzliche Ausschließung von andern Geschäftskreisen vorwiegend in den Händen der Juden liegen, so wird diese Auffassung in der Regel als eine spezifisch jüdische bezeichnet. Meine Erfahrung kann dies nur insoweit bestätigen, als die Juden auf diesen Geschäftsgebieten ganz besonders hervortreten und die christlichen Mitbewerber gewissermaßen nur einen Anhang der weit zahl- und geldreicheren jüdischen Häuser bilden. Findet sich bei den christlichen Bankiers ein Naturell, dem diese Auffassung von Hause aus sympathisch ist, so eilt dasselbe dem Judentum auch auf den bedenklichen Wegen in der Regel noch einen Schritt voran.'

Spiel der wirtschaftlichen Kräfte möglichst zu trennen wünschte — die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 hatte diesen Wunsch soeben kodifiziert — und gewöhnt war, den Wert aller Dinge nach der unmittelbaren praktischen Verwendbarkeit zu messen, konnte kaum anders, als auf diesen herkömmlichen Ausweg der Welt in schwierigen Lagen zu verfallen. Allerdings werden gerade hier äußere Mittel, wenn nicht zur Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt geschritten wird, kaum jemals rechtzeitig ergriffen werden können. Die Regierung stellte sich aber, erschreckt durch die Teilnahme weiter Kreise des Volkes an dem Tanz um das goldene Kalb, auf den nächstliegenden Standpunkt, daß vor allem die Integrität ihres Beamtentums gewahrt werden müsse. Nur durch eine schroffe Trennung von der Verwaltung der Aktienunternehmungen, die dadurch als reine Erwerbsgesellschaften gekennzeichnet wurden, glaubte sie das erreichen zu können.[1]) Mevissens Auffassung blieb die andere. Er wollte durch Erfüllung der Erwerbsunternehmung mit einem Gemeingeist, der über den Privategoismus hinausgreift, die Verbindung von Staat und Wirtschaft aufrecht erhalten und durch gemeinnützige Verwertung der natürlichen Hilfsmittel die Zeitrichtung innerlich heben. Die Leitung der großen korporativen Unternehmungen in staatsmännischem und gemeinnützigem Geist blieb sein Postulat. Waren auch manche seiner Lebenserfahrungen wenig ermutigend, so hatten sie seine alte Überzeugung von der sieghaften Kraft der Vernunft und Sittlichkeit über die Leidenschaft doch nicht zerstört. Mißbräuche, welche mit einer an sich guten Grundidee begangen wurden, entschieden für sein Urteil nicht gegen die Idee. Auch im Wirtschaftsleben vermöge, so blieb seine Zuversicht, die Vereinigung der Menschen im Guten jene Macht der Treue zu entwickeln, die ein wirksames Gegengewicht gegen die egoistische Ausnutzung der Schwäche

[1]) Am 10. Juni 1874 wurde das Gesetz publiziert, das die Beteiligung von Staatsbeamten an der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften untersagte (vgl. Gesetzsammlung 1874 S. 244; dazu Roenne, Staatsrecht der preußischen Monarchie [4]III, 467 ff.). Im Herrenhaus wurde die Gesetzvorlage der Regierung zunächst abgelehnt, mehrere Redner traten mit Sachkunde für die Erhaltung des seitherigen Zustandes ein. Im Abgeordnetenhaus dagegen bezeichnete der damals auf der Höhe seines parlamentarischen Einflusses stehende E. Lasker diesen Standpunkt als Theorie (vgl. seine Rede vom 2. Mai 1874).

der Mitmenschen bildet. Es war die Auffassung eines von der Idee des ewigen Fortschritts durchdrungenen Mannes, dem die moderne Industrie als eine der wesentlichsten Kräfte galt, auf denen der Staat der Zukunft — seine Selbständigkeit nach außen nicht weniger als seine bürgerliche Freiheit im Innern — beruhen werde, der zugleich aber, wie in der moralischen Durchbildung des Volkes die Grundlage seiner dauernden Schaffenskraft, so im Staat einen sittlichen Organismus mit einer weltgeschichtlichen Mission erblickte.[1])

Es hat einer weiteren zwanzigjährigen Entwicklung bedurft, bis solche Betrachtungen des materiellen Lebens vom hohen Standpunkt eines Gesamtinteresses wieder auf Verständnis rechnen konnten. Die rein empirische Auffassung der Epoche war allen Bestrebungen, das praktische Leben aus der Fülle des Geistes zu gestalten, mehr noch als früher abhold. Das erleichterte damals Mevissen den Abschied von der Leitung seiner großen Bankschöpfungen. 'Mehr und mehr entfremde ich mich dem materiellen Streben, stärker und stärker erwacht die Neigung, mich ganz in das Leben des Geistes zu versenken. — Mich gemahnt der 62. Geburtstag daran, daß es Zeit, wenn nicht schon zu spät ist, die Wirksamkeit auf ein engeres Maß, das wirklich noch beherrscht werden kann, zu begrenzen und nach 46jähriger geschäftlicher Tätigkeit mehr dem geistigen Leben und Schaffen die noch übrigen Kräfte zu widmen.'[2])

Im Mai 1877 legte er das Präsidium des Aufsichtsrats der beiden Darmstädter Banken nieder, nach fast 25jähriger Amtsführung, in einem Augenblick, wo die schwierige Lage der vorhergehenden Jahre sich wieder zu bessern begann. Einem einmütigen Wunsch des Aufsichtsrats entsprechend, behielt er jedoch einen Ehrensitz in diesem Kollegium bei.[3]) Im Jahre 1878 trat er ebenso vom

[1]) Vgl. oben S. 399—403. — Auf der Mannheimer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik ist G. Schmoller im Jahre 1905 für eine Wiederherstellung des alten Zustandes eingetreten, allerdings in der abweichenden und schwerlich durchführbaren Form, daß fortan der Staat seinerseits ein Viertel der Stimmen der Aufsichtsräte Männern übertragen solle, die die allgemeinen Interessen wahrzunehmen haben. (Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1905 S. 265.)

[2]) Vgl. oben S. 407. Briefe vom 22. Oktober 1875 und 20. Mai 1876.

[3]) Am 10. Juli 1877 bat der Aufsichtsrat, „um seinem wahren Bedürfnis des lebhaftesten Dankes, der Anerkennung und Verehrung einen besonderen

Vorsitz der Luxemburger Internationalen Bank zurück. Nachdem er dann im Frühjahr 1879 auch die Leitung der Kölner Lebensversicherungsgesellschaft Concordia abgegeben hatte, die er seit 1869 als Nachfolger H. v. Wittgensteins führte, verblieb ihm nur noch das Präsidium der Rheinischen Eisenbahn.

Durch eine Fülle neuer Projekte auf dem rechten und linken Rheinufer, die er seit 1866 vorbereitete und deren landesherrliche Konzession er in langwierigen Verhandlungen mit den Regierungsbehörden im Frühjahr 1873 erwirkte,[1]) erfuhr dieses Unternehmen nach dem französischen Kriege seine dritte umfassende Erweiterung. Die jüngste Konzession umfaßte, abgesehen von mehreren kleinen, die Nebentäler des Rheins erschließenden Strecken, die Linien Duisburg-Quakenbrück-(Emden-Bremen-Hamburg), Troisdorf-Essen-Dortmund, die Weiterführung der 1871 eröffneten Eifelbahn Köln-Trier nach Diedenhofen (Metz) in das neugewonnene Reichsland Lothringen mit seinen reichen Erzschätzen, sowie als Ersatz des seitherigen Trajekts eine stehende, das rechts- und linksrheinische Netz verbindende Eisenbahnbrücke bei Rheinhausen-Duisburg. Das Gesamtnetz der Rheinischen Eisenbahn erstreckte sich nun in vielfacher Verästelung von der lothringischen Grenze über ganz Rheinland-Westfalen bis in die Nähe der Nordseehäfen. Aus kleinen Anfängen war das Unternehmen durch die Tatkraft seines Leiters zu einem der bedeutendsten und nach der technischen wie nach der juristischen Seite bestgeleiteten Verkehrsinstitute geworden, dessen Verwaltung im In- und Auslande die höchste Anerkennung der Sachkundigen fand und auf die Entwicklung des gesamten Eisenbahnwesens bedeutsam einwirkte.[2])

Als Mevissen im Jahre 1844 unter kritischen Verhältnissen die Leitung übernahm, war das Rheinische Eisenbahnunternehmen auf

Ausdruck zu geben", Mevissen, „fortan einen Ehrensitz im Aufsichtsrat einzunehmen und es ihm so zu ermöglichen, seine reiche Erfahrung und tiefe Einsicht zum Besten des Instituts auch ferner zu Rate zu ziehen." — Vgl. auch den Jahresbericht der Bank für Handel und Industrie für 1877 S. 6, 15.

[1]) Die Schwierigkeiten lagen besonders in der Vorliebe der Regierung für die unter ihrer Leitung stehende Bergisch-Märkische Eisenbahn. Die Verhandlungen führte der Ministerialdirektor Weishaupt als Vertreter des wenig sachverständigen Ministers Itzenplitz.

[2]) Vgl. die Übersicht bei A. v. Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen (1891) I, 470ff.

eine einzige, 86 Kilometer lange Strecke beschränkt; 14 Lokomotiven, 54 Personen- und 256 Güterwagen bildeten das Inventar an Transportmitteln. Im Jahre 1879, als er die Leitung an die Staatsregierung abgab, umfaßte das Unternehmen 27 Haupt- und Nebenlinien mit einer Gesamtlänge von 1350 Kilometer; es besaß 477 Lokomotiven, 759 Personen- und 12369 Güterwagen. Das Aktienkapital war von 17 Millionen Mark im Jahre 1844 auf 250 Millionen Mark im Jahre 1879 angewachsen;[1]) eine Armee von rund 12000 Beamten und Angestellten war bei der Verwaltung des weitverzweigten Reiches tätig, das sich Mevissens Tatkraft hier geschaffen hatte.

In diesem ausgedehnten Unternehmen aber, das ihm einen durchgreifenden Einfluß auf das gesamte Spiel der Kräfte im rheinisch-westfälischen Wirtschaftsleben sicherte, hatte Mevissen, je umfangreicher der Wirkungskreis wurde, um so stärker den Nachdruck auf den öffentlichen Charakter seiner Aufgaben gelegt. Hier blieb er in seiner Eigenart dauernd Impuls und Seele der gesamten Gebarung. In dem Kollegium der Rheinischen Direktion, wo ihm in dem Vizepräsidenten Freiherrn v. Geyr, in den ausgezeichneten Juristen Compes, Küchen und Quadflieg und in den beiden tatkräftigen Spezialdirektoren Rennen und Thielen[2]) Männer zur Seite standen, die seine Auffassung teilten, herrschte durch langjährige Gewöhnung jener volkswirtschaftliche, mit ethischen Potenzen erfüllte Geist, der es Mevissen ermöglichte, eine Musterverwaltung durchzuführen, wie sie das Ziel seines Ehrgeizes bildete.

Seine leitenden Gedanken suchte er seit seinem Rücktritt von dem Präsidium der Kölner Handelskammer (S. 732) in den den Generalversammlungen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft jährlich erstatteten und dann gedruckten Berichten auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Diese Berichte mit ihren eingehenden Angaben über die jeweilige Lage des allgemeinen Wirtschaftslebens und des Einzelunternehmens, über neue Pläne und über das Verhältnis zur Staatsregierung wie zu den konkurrierenden Privatunternehmungen enthalten ein höchst wertvolles

[1]) Dazu rund 200 Millionen Mark Obligationen, das gesamte Anlagekapital belief sich also auf rund 450 Millionen Mark.

[2]) K. Thielen, der spätere Verkehrsminister (1891—1902), trat im Jahre 1867 in die Direktion als Spezialdirektor neben Rennen ein.

Material zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte während der Jahre 1859—1879. Sie wurden ebenso wie früher Mevissens Handelskammerberichte von der Regierung[1]) und von der kaufmännischen Welt in hohem Maße beachtet, von der rheinischen Presse vielfach im Wortlaut weiterverbreitet; sie erfüllten so in der Tat Mevissens Forderung, durch möglichste Publizität der geschäftlichen Gestion auch fremden Augen den Einblick zu ermöglichen. Er erstattete sie, 'weil wir uns in unserm Streben durch die volle Übereinstimmung zwischen uns und den Aktionären unserer Gesellschaft sowie den Bewohnern der Bahngebiete, welche von unseren Projekten umfaßt werden, gestärkt und getragen wünschen, und weil wir die Ziele, die wir verfolgen, als solche auffassen, welche ebenso sehr — wenn nicht vorwiegend — das öffentliche Interesse wie das Interesse unserer Gesellschaft berühren und in gleichem Maße der Entwicklung der beiden westlichen Provinzen wie der speziellen Entwicklung des Rheinischen Eisenbahnunternehmens dienen.'[2])

---

[1]) Besonders der Generalpostmeister H. Stephan (der am 13. Juli 1876 an Mevissen schrieb, er sei „gewohnt, diese Berichte stets mit einem Grade von Aufmerksamkeit zu lesen, wie man ihn sonst nationalökonomischen Staatsschriften zu widmen pflegt"), kam wiederholt auf Anregungen zurück, die er aus diesen Berichten empfing. Er war durch das Band gegenseitiger Verehrung auch persönlich nahe mit Mevissen verbunden. Beim Abschluß des Weltpostvereins schrieb ihm Mevissen am 9. August 1876: 'Der Weltpostverein, für sich eine Schöpfung von höchster Bedeutung, ist die eminenteste Tat der Gegenwart dadurch, daß er zum erstenmal nach dem Zerfall des Römerreiches wieder eine geeignete Form darbietet, in welcher alle Völker der Erde die Lösung großer gemeinsamer Aufgaben anstreben können. Die antike Welt hat durch die politische Einheit des Römerstaates zwar eine staunenswerte Blüte auf dem Gebiete des materiellen Lebens hervorgerufen, aber sie hat es nicht vermocht, der zersetzenden Mächte auf dem Gebiete des geistigen Lebens Herr zu werden, und das päpstliche Rom, dem Bedürfnis der Lösung des zweiten Teiles der Aufgabe des kaiserlichen Rom entsprungen, ist nach Jahrhunderten des Glanzes an dieser Lösung gescheitert. Die Gegenwart und die Zukunft wird die Lösung der großen Fragen auf dem doppelten Gebiete des geistigen und des materiellen Lebens in der durch den Weltpostverein inaugurierten Form der freien Einigung selbständiger nationaler Staaten und Geister hoffentlich mit besserem Erfolg, als das kaiserliche und das päpstliche Rom, anstreben.'

[2]) Vgl. das Protokoll der Generalversammlung vom 31. Mai 1870. Auszüge aus einer Anzahl dieser Berichte sind Bd. II, S. 598ff. abgedruckt.

Der aus führenden Köpfen im wirtschaftlichen und geistigen Leben der Provinz bestehende Administrationsrat des Unternehmens hat ihm beim Abschluß seiner Tätigkeit ausdrücklich bestätigt, wie viel er „diesen lichtvollen und schwerwiegenden Erörterungen der großen Fragen der Eisenbahnpolitik und Eisenbahnverwaltung verdankte, die sich nach und nach aus den Verhältnissen ergaben und Ihren vor allem auf das Ganze gerichteten Geist mächtig beschäftigten. Sie verschafften uns damit nicht nur die Möglichkeit, unsere statutmäßigen Verpflichtungen mit vertrauensvoller Sicherheit zu erfüllen, sondern gewährten uns zugleich einen erfreulichen Einblick in die großartige Auffassung des Ganzen, die umsichtige Erwägung des Einzelnen und die volle Hingebung, womit Sie, und mit Ihnen in fester Einigkeit die gesamte Direktion, die Ihnen obliegende Verwaltung der Rheinischen Eisenbahn ausübten."[1]) Die Direktion aber hatte schon früher, im Jahre 1869, wo Mevissen das 25jährige Jubiläum als Präsident feierte, einmütig ausgesprochen, wie vollständig sie ihm als ihrem Führer vertraute und in ihm „einen Mann von den glänzendsten Geistesgaben, von dem sichersten Scharfblick, von außerordentlicher auf die Erfahrungen eines vielbewegten öffentlichen Lebens gestützter Tatkraft, aber auch einen Mann von seltener Bescheidenheit, aufrichtigem Wohlwollen und vortrefflichem Herzen" verehrte.[2])

Das Vorwalten seines persönlichen Einflusses vermochte hier das Übergewicht der Direktion über die Generalversammlungen dauernd aufrecht zu erhalten und die Grundsätze einer weitschauenden Finanzpolitik, die das bleibende Gedeihen des Unternehmens im Auge hielt, stets gegenüber Wünschen zu behaupten, die eine bloß vorübergehende Steigerung des Aktienkurses an der Börse zum Ziel hatten. Seine Bemühung, starke Reserven durch Beschränkung der Jahresdividende zu bilden, war hier so erfolgreich, daß im Jahre 1879 ein Erneuerungsfonds von 27 Millionen Mark vorhanden war. Er arbeitete auf eine stetige und ausgiebige, nicht übermäßige Dividende hin, und er erreichte dadurch einerseits, daß die Rheinischen Aktien niemals Spekulationspapiere an der Börse wurden, was z. B. die

[1]) Adresse vom 31. März 1880.

[2]) Vgl. für diese Feier vom 13. August 1869 die Köln. Zeitung Nr. 224, die Leipziger Illustrierte Zeitung 53 (1869), S. 457 (Nr. 1379) und das Direktionsprotokoll von diesem Tage.

Köln-Mindener Aktien stets waren,[1]) anderseits, daß die allmählichen Erweiterungen des Unternehmens, die in der ersten Zeit naturgemäß stets eine ungenügende Rente abwarfen, regelmäßig ohne Schmälerung der Dividende durchgeführt werden konnten.

Im Laufe seiner langjährigen Verwaltung vermochte er ferner durchzusetzen, daß das Unternehmen nicht nur wiederholt größere Summen im Dienste der öffentlichen Wohltätigkeit stiftete,[2]) sondern jährlich erhebliche Gewinnanteile für allgemeine Zwecke abgab. Solche Summen flossen dem Kölner Dombau, dem Ausbau des Aachener Münsters und dem Verschönerungsverein für das Siebengebirge zu, einer Schöpfung seines Freundes Dechen, die wesentlich mit den Mitteln der Rheinischen Bahn 1869 ins Leben gerufen wurde. Eine besondere Befriedigung bereitete es Mevissen, an landschaftlich schönen Punkten wie Rolandseck, Kirberg, den Eifelbahnstationen u. a. die Bahnhofsbauten der Umgebung anzupassen und mit ausgedehnten Gartenanlagen zu versehen, so daß sie gleichzeitig als beliebte Aufenthaltsorte für das Publikum dienten. Die Rheinische Bahn besaß zur gärtnerischen Unterhaltung solcher Anlagen Gewächshäuser in Mehlem am Rhein und in Herdecke a. d. Ruhr.

Vor allem aber lag ihm am Herzen, durch stetes Versuchen und Erproben, selbst mit großem Kostenaufwande, das Unternehmen auf der Höhe der technischen Erfolge zu halten und den Technikern nach dieser Richtung die Wege zu ebnen. Unermüdlich wurde an Verbesserungen der Wagenkonstruktion, an der Durchführung des eisernen Oberbaues der Strecken, an Verbesserungen des Weichensystems, der Erprobung neuer Schienenarten gearbeitet. Der Oberingenieur Hartwich[3]) war durch die Stütze, die ihm Mevissen stets darbot, in der Lage, seine außerordentlich fruchtbare Erfindungsgabe im Rheinischen

---

[1]) Die Rheinische Bahn zahlte in den siebziger Jahren durchschnittlich 7½ Prozent Dividende (nur 1870: 10 Prozent); die Dividende der Köln-Mindener Bahn schwankte im Laufe der Jahre von 3½—17 Prozent. In den siebziger Jahren würde die Rheinische Bahn nach üblichen Grundsätzen jährlich 8 Prozent Dividende ausgezahlt haben.

[2]) So z. B. im Jahre 1871 für die deutsche Kriegsinvalidenstiftung 75000 Mark.

[3]) Hartwich ging 1870 nach Berlin in den Staatsdienst zurück, um dann später dort den 1872 projektierten und 1875 begonnenen Bau der Stadtbahn zu übernehmen.

Unternehmen vollkommen zur Geltung zu bringen. Bei der Bedeutung, welche solche Versuche für den allgemeinen Fortschritt des Eisenbahnwesens besitzen, regte Mevissen im Jahre 1869 im Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen die regelmäßige Ausschreibung von Prämien für Erfindungen und Verbesserungen in der Konstruktion, im Material oder in den Betriebseinrichtungen an, was denn auch im Laufe der Zeit die glückliche Lösung einer Reihe wichtiger Fragen herbeiführte.[1]) Auch persönlich war er dauernd bemüht, seine praktische Erfahrung in Verbindung mit den theoretischen Studien zu halten und so in den komplizierten Fragen des Eisenbahnwesens den Ruf seines sachverständigen Urteils zu behaupten, den ihm als einer ersten Autorität auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens im In- und Auslande niemand streitig machte.[2])

Dieses große in seiner Hand ruhende Unternehmen teilte sich mit dem Köln-Mindener und dem unter staatlicher Verwaltung stehenden Bergisch-Märkischen Bahnsystem in die Aufgabe, den Bedürfnissen der beiden verkehrreichsten preußischen Provinzen gerecht zu werden. Seit der ersten großen Erweiterung der Rheinischen Bahn, die er nur in langwierigem Ringen mit der widerstrebenden Bureaukratie im Jahre 1856 durchzusetzen vermochte, hatte Mevissen sich überzeugt, daß selbständige Privatbahnen notwendig seien,[3]) und daß in Preußen das gemischte System selbständigen Zusammenwirkens der staatlichen und privaten Wirtschaftsart im Eisenbahnwesen dem wirklichen Bedürfnis der Gegenwart am besten entspreche. Dem Staat

[1]) S. das Nähere in der Festschrift über die Tätigkeit des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen 1846—1896 (1896) S. 383ff.; Schmeidler, Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens (1871) S. 72. Eine Fülle von Verbesserungen auf dem Gebiet des Fahrkartenwesens, der direkten Billets usw. wird gleichfalls der Rheinischen Bahn verdankt.

[2]) Eine Reihe von Jahren hindurch (1871—1877) war Mevissen Mitglied des Verwaltungsrats der Gotthardbahn. Am Bau dieser seit 1862 projektierten Verbindung mit Italien war Deutschland politisch und das Rheinland wirtschaftlich stark interessiert. Auf Bismarcks Veranlassung (1869/70) zahlte das Deutsche Reich und eine Anzahl von deutschen Eisenbahngesellschaften, darunter die Rheinische, erhebliche Subventionen. Als die Bahn sich im Jahre 1876 in einer finanziellen Krisis befand, weil die Kosten den Voranschlag sehr überschritten, erstattete Mevissen am 8. Juni der Direktion auf ihre Bitte ein eingehendes Gutachten über die Möglichkeit, die Lage zu verbessern.

[3]) Vgl. Bd. II, 550, 561.

blieb dabei, wenn er seine Aufgabe im Rahmen der großen Kulturzwecke richtig verstand, die Möglichkeit einer befruchtenden Initiative und der Begrenzung der Privattätigkeit auf das jeweils als zweckmäßig und förderlich anerkannte Maß. Der Privattätigkeit aber blieb die Möglichkeit, die Kräfte des Volkes selbständig zu entwickeln, ohne dabei die Rücksicht auf die Allgemeinheit aus dem Auge zu lassen. Gerade die großen Korporationen für das Verkehrswesen mit ihrem weitverzweigten Verwaltungsorganismus und ihrer vielfältigen Verantwortung konnten als treffliche Schulen für die Selbstverwaltung in Staat und Provinz wie für die Teilnahme an der Politik des Staats dienen. Sie bildeten gleichzeitig ein Gegengewicht gegen den bei den Organen der Staatsregierung immer wieder durchbrechenden Fiskalismus.[1]) In volkswirtschaftlicher wie in politischer Beziehung hielt Mevissen die ausschließliche Herrschaft des Staatsbahnwesens für ebenso bedenklich wie die ausschließliche Herrschaft des Privatbahnwesens. Sein Wunsch war, daß im Westen der Monarchie die drei bestehenden Bahnsysteme successive die in beiden Provinzen noch notwendigen Strecken herstellen sollten, und daß auf diese Weise eine vernünftige, unter Beteiligung des Staats sich vollziehende Konkurrenz gewahrt bliebe. Die tatsächliche Entwicklung hatte, wie er im Jahre 1870 näher darlegte, durch glückliche Fügung der Umstände dahin geführt, daß analoge Verhältnisse mühelos auch in der ganzen Monarchie von der West- bis zur Ostgrenze verwirklicht werden konnten.[2])

Eine besonders große Bedeutung maß er diesem Föderalismus gegenseitiger Anregung und Ergänzung für die wichtige Frage des

---

[1]) So bei der Ausnutzung des elektrischen Telegraphen, der seit 1852 den Eisenbahnen entlang angelegt wurde. Auf der Strecke Köln-Herbesthal wurde er 1851 unterirdisch geplant, dann 1852 (durch Siemens und Halske) oberirdisch ausgeführt. Gegen den Fiskalismus im Telegraphenwesen wandte sich Mevissen in den Kölner Handelskammerberichten für 1854 S. 12, 1856 S. 6, 1857 S. 15 (vgl. Bd. II, 562). Er empfahl damals das private englische System. Vgl. dazu Knies, Der Telegraph als Verkehrsmittel (1857) S. 259 ff.

[2]) Vgl. Bd. II S. 599. — Mevissen betrachtete die Eisenbahngesellschaften gewissermaßen als „delegierte öffentliche Unternehmungen", wie sie etwas später E. Sax, Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft I (1878), 243 ff., II (1879) 140 ff. definierte. Vgl. auch L. v. Stein, Handbuch der Verwaltungslehre (1870) S. 210 ff.

Tarifwesens bei. Sie stand seit dem kolossalen Anwachsen der Massentransporte des Güterverkehrs um das Jahr 1870 durchaus im Vordergrund, und die in Preußen vorhandene Unübersichtlichkeit und Buntscheckigkeit der Verhältnisse trat dabei stark und unbequem hervor. Aber der Weg zu einer auch von ihm dringend gewünschten Vereinfachung und Vereinheitlichung des Tarifwesens war verwickelt. Die Staatsregierung wandte ihre Sympathie damals dem Plan eines „natürlichen" Eisenbahntarifs, und insbesondere dem von freihändlerischer Seite warm empfohlenen Wagenraumtarif zu. Die Spedition sollte in weitem Maß zum Dienst der Eisenbahn herangezogen und eine Vereinfachung des ganzen Tarifsystems auf „wissenschaftlicher" Grundlage angebahnt werden.[1]) Es war im wesentlichen das System, das Mevissen schon 1844 bekämpft hatte (S. 331), das aber nun auf Grund von Einzelbeobachtungen in Nassau und Elsaß-Lothringen die öffentliche Meinung für sich gewann. Ein Sachverständiger, dessen reiche Erfahrung die divergenten Bedürfnisse der Industrie in den verschiedenen Bahngebieten und die durch die Konkurrenz des See- und Flußverkehrs sowie durch andere Umstände vielfach modifizierten Verhältnisse seit Jahrzehnten beherrschte, war vor dem Glauben bewahrt, daß eine rationelle Verbesserung des gesamten Tarifwesens auf solchen Wegen möglich wäre. Gegenüber dem Rückgriff auf ältere Irrtümer legte Mevissen den größten Wert darauf, daß die seinem Unternehmen im Rahmen eines vom Staat bestimmten Maximalsatzes zustehende Selbständigkeit des Tarifwesens gewahrt blieb. Nur so vermochte er nach eigenem Ermessen alle Quellen des Verkehrs in seinem Bahngebiet zu entwickeln und den wechselnden Bedürfnissen der Industrie im Fern- und Nahverkehr stets so weit entgegen zu kommen, als es ohne Gefährdung der finanziellen Interessen seiner Gesellschaft möglich war. Mit zäher Ausdauer kämpfte er während der Jahre 1871 bis 1877 für den Fortbestand dieser seinem Unternehmen im Jahre 1856 bestätigten Freiheit (S. 688), und es gelang

[1]) Lehr, Eisenbahntarifwesen und Eisenbahnmonopol (1879) S. 163ff.; Gramboro a. a. O. S. 274ff.; die gedruckten Protokolle der Generalversammlungen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft aus den Jahren 1872, 1873, 1874 und 1877 enthalten eingehende Ausführungen Mevissens zur Tariffrage (vgl. auch Bd. II, 601).

ihm in der Tat, zu einem erträglichen Kompromiß mit der Regierungsauffassung zu gelangen.[1])

Wie sehr er aber mit seiner Auffassung recht hatte und in der Tat die Entwicklung der produktiven Kräfte förderte, die allein die sicheren Grundlagen großer Güterbewegung darboten, zeigte sich im Jahre 1874. Damals wurde den Verwaltungen der Eisenbahnen von dem im Jahre 1873 begründeten Reichseisenbahnamt in gänzlicher Verkennung der Situation die Befugnis zu einer generellen Erhöhung der Frachtsätze um 20 Prozent erteilt, und sowohl die Bergisch-Märkische als auch die Köln-Mindener Eisenbahn beeilten sich, am 1. August die Erhöhung durchzuführen, obgleich sie für den Kohlenbergbau eine außerordentlich drückende Belastung darstellte. Wie im Jahre 1865 durch die Einführung der Rheinischen Bahn in das Schienennetz des Ruhrreviers (S. 734), so erwarb sich jetzt Mevissen durch Abweisung dieser Tariferhöhung ein besonderes Verdienst um die bergbaulichen Interessen. Er ließ umgekehrt, trotz lebhafter Anfeindung von seiten der Konkurrenz, den Bemühungen der Ruhrzechen auf Erweiterung ihres Absatzes wirksame Unterstützung durch zeitweise Ermäßigung der Tarife nach Luxemburg und Lothringen angedeihen, und er hatte die Genugtuung, daß der rheinisch-westfälische Bergbau öffentlich anerkannte, das umsichtige und rationelle Verfahren der Rheinischen Bahn habe nicht verfehlt, in vielen Fällen auch eine heilsame Rückwirkung auf die übrigen Bahnen auszuüben.[2])

Mevissen hatte inzwischen durch das Vertrauen, das seine Unternehmungen an der Börse genossen, den Ausbau des Rheinischen Bahnnetzes trotz der Fortdauer der längsten und schwersten Wirtschaftskrisis des Jahrhunderts energisch zu fördern vermocht. Bis zum Jahre 1879 führte er den umfassenden Erweiterungsplan des Jahres 1873 zum großen Teil durch, trotz der rückläufigen Konjunktur, die auf Produktion und Verkehr lastete, und trotzdem der

[1]) Er trat jetzt wiederum, wie 1844, nachdrücklich für die selbständige Stückgutklasse und gegen das Schmarotzertum unnötiger Spedition ein. Über Tarife und Selbstkosten im Eisenbahnwesen hat er sich später (am 10. Juni 1886) im Herrenhaus einmal zusammenhängend ausgesprochen (Stenogr. Berichte, 1886, S. 325).

[2]) Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. X (1904), 129, 139 ff.; Protokoll der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft vom 10. Juni 1874, S. 8.

Gedanke der Verstaatlichung der Eisenbahnen während dieser ganzen Zeit als drohende Wolke auch über seinem Unternehmen schwebte.

Bezüglich des Verhältnisses von Staat und Eisenbahn hatte die Norddeutsche Bundesverfassung von 1867 und ebenso die Reichsverfassung von 1871, anschließend an die vom Frankfurter Parlament geschaffene Verfassung, die Bestimmung getroffen, daß das Eisenbahnwesen unter die Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reiches fallen sollte, um einheitliche Normen für das gesamte Netz und insbesondere die Kontrolle über das Tarifwesen durchführen zu können.[1]) Im Anschluß daran beschäftigte sich die öffentliche Meinung sehr bald mit dem Gedanken einer Verstaatlichung des gesamten Eisenbahnnetzes, die von der Regierung selbst zunächst nicht geplant war. Mevissen, der schon damals als das geistige Haupt im Kampfe um die Erhaltung der Privatbahnen betrachtet wurde,[2]) nahm im Mai 1870 Veranlassung, seine Bedenken gegen die Verstaatlichung zusammenhängend vor der Öffentlichkeit darzulegen.[3]) Gelegentlich der durch E. Laskers Enthüllungen veranlaßten Enquete über das Eisenbahnwesen wurde dann im Jahre 1873 die Frage der Staatsbahnen auch offiziell erörtert, und Mevissen hatte Gelegenheit, am 21. April 1873 sich als Sachverständiger auch vor der parlamentarischen Untersuchungskommission schriftlich und mündlich darüber zu äußern.[4])

Die öffentliche Meinung war damals durch schwindelhafte Vorgänge während der Gründerperiode[5]) und durch das bei vielen Bahnen hervorgetretene Unvermögen, dem außergewöhnlichen Güterandrang in dem industriellen Sturm der Jahre 1872 und 1873 zu

[1]) Vgl. für die Streitfrage Staatsbahnen-Privatbahnen E. Sax, a. a. O. II, 140ff. und in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie 4I, 617ff.; R. v. d. Borght, Das Verkehrswesen (1894) S. 77ff., 301ff.; v. der Leyen, Die Durchführung des Staatsbahnsystems in Preußen (Schmollers Jahrbuch VII, 461ff.).

[2]) Vgl. F. Perrot in der Deutschen Monatsschrift I (1870), 57.

[3]) Vgl. seine Ausführungen vom 31. Mai 1870, Bd. II S. 598ff.

[4]) Die ihm vorgelegte fünfte Frage lautete: „Erscheint es ratsam und zur Vermeidung der gegenwärtig bestehenden Mißstände erforderlich, in Zukunft nur Staatseisenbahnen herstellen zu lassen oder den Staatsbau in möglichst weitem Umfang zu begünstigen?" (a. a. S. 1767ff.; vgl. auch Grambow a. a. O. S. 283).

[5]) Vgl. Bd. II, 601, 605.

entsprechen, in weiten Kreisen gegen die Privatbahnen eingenommen. Mevissen aber befürwortete auch jetzt das gemischte System, bei dem die Staatsverwaltung das regulierende Moment bilden könne. Die in der Reichsverfassung angestrebte Einheitlichkeit lasse sich auch bei der Fortdauer des gemischten Systems erzielen, wenn nur die Regierung sich zuvor darüber klar werde, aus welchen Linien das zukünftige einheitliche Bahnnetz bestehen solle. Der Konzentration des gesamten Eisenbahnwesens in der Hand der Regierung widersprach er dagegen bestimmt. Sie müsse, so argumentierte er, zu einer Schablonisierung und Uniformierung führen, ohne doch die Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Erwerbung sämtlicher Bahnen durch das Reich würde einen so riesigen Apparat schaffen, daß er unmöglich dauernd von einer Stelle sachgemäß verwaltet werden könne, vielmehr allmählicher Stagnation und Erschlaffung anheimfallen müsse.[1]) Industrie und Industrielle würden in absolute Abhängigkeit von der omnipotenten Staatsregierung geraten, die Gefahr der Beamtenkorruption und, durch die Verlegung des Interessenkampfs der einzelnen Landesteile in das Parlament, auch die Korruption der Wahlkörper würden gefördert werden. Solange die selbständigen Korporationen neben den Staatsbahnen existierten, bestehe die Notwendigkeit freundlicher Vermittelung und Vereinbarung; werde die Selbständigkeit durch eine Diktatur der Regierung vernichtet, so sei Zurückdrängung der freien Betätigung der Volkskräfte und mangelnde Ausbildung selbständiger Persönlichkeiten die Folge; das System des absoluten Gehorsams und der Lahmlegung selbständiger Charaktere sei eine Gefahr für die Zukunft von Staat und Reich. Er warnte vor der Anbahnung ‘chinesischer Zustände’ als Folge eines zu weit getriebenen Aufgehens der individuellen Tätigkeit in die Tätigkeit des Staates.[2])

Schon damals aber erklärte die Enquetekommission, volkswirtschaftliche Rücksichten und Gründe führten auf die Vereinigung aller Eisenbahnen in den Händen des Staates als letztes Ziel hin, die Staatsregierung möge daher die Erreichung dieses Zieles im Auge

---

[1]) Auch L. Camphausen, früher ein grundsätzlicher Vertreter des Staatsbahngedankens, konnte sich jetzt für die Verstaatlichung nicht erwärmen (Caspary a. a. O. S. 447).

[2]) Vgl. dazu auch Mevissens Ausführungen vom 8. Juni 1875, Bd. II, 600, 601, 610ff.

behalten und von vornherein Bestimmungen treffen, welche dieselben vorbereiten und erleichtern könnten.[1]) Unleugbar bildete denn auch die von Mevissen vertretene Auffassung der volkswirtschaftlichen Aufgabe und öffentlichen Funktion der Privatbahngesellschaften nur eine seltene, rühmliche Ausnahme. In der Regel wurden auch die großen Verkehrsunternehmuugen kurzsichtigerweise einseitig vom Standpunkt des finanziellen Nutzens der Aktionäre, ohne das Bewußtsein öffentlicher Pflichten, betrachtet und verwaltet. Die Aktiengesellschaft wurde hier wie sonst als reine private Erwerbsgesellschaft angesehen. Das trat im weiteren Verlaufe der Dinge unverkennbar zutage.

Im Jahre 1875 griff Bismarck den Gedanken einer Erwerbung aller Eisenbahnen durch das Reich auf. Er begann damals, in die Wirtschaftspolitik, die er seither im wesentlichen den beiden Freihändlern in der Regierung, R. Delbrück und O. Camphausen, anvertraut hatte, selbständig einzugreifen. Gerade er hatte aber einst bei seinem Eintritt in die Beamtenlaufbahn in Aachen im Grafen Arnim-Boitzenburg einen überzeugten Anhänger des Staatsbahngedankens zum Vorgesetzten gehabt, der damals im Gegensatz zur gesamten Bureaukratie dieses Prinzip eifrig verfocht.[2]) Bismarck betrachtete es als eine Versäumnis, daß nicht von Hause aus der Staat selbst wenigstens die größeren Verkehrslinien hatte herstellen lassen.[3]) Er wünschte jetzt dringend, die Verkehrsinteressen des Reichs von der Zentralstelle aus geleitet zu sehen. Mochten auch militärische Erwägungen in dem kritischen Jahre 1875 mitwirken, ihm die Besitzergreifung der Eisenbahnen durch das Reich zu empfehlen, vor allem kam es ihm doch auf die Beseitigung der Privatbahnen durch die staatliche Verwaltung an.[4]) So war er völlig vorbereitet, als am 24. November 1875 durch einen Antrag der Reichstagsabgeordneten Stumm und Lasker die Frage der Eisenbahnverstaat-

[1]) Vgl. den dem Abgeordnetenhaus vorgelegten gedruckten Kommissionsbericht vom 12. November 1873, S. 155; Schwabe, Geschichtlicher Rückblick auf die ersten 50 Jahre des preußischen Eisenbahnwesens (1895) S. 28.

[2]) Vgl. oben S. 311, 475; Bergengrün a. a. O. S. 175 Anm.

[3]) Rede vom 18. Januar 1850; Schreiben an Roon vom 1. März 1873. (Reden VI, S. 428.) Vgl. L. Zeitlin, Fürst Bismarcks sozial-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen (1902) S. 183 ff.

[4]) Im Jahre 1878 erklärte Bismarck ausdrücklich, er habe, um Helfer und Freunde gegen die Privatbahnen zu gewinnen, die Reichsfarben benützt (vgl. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck (1904), 64).

lichung aktuell wurde. Die Vorlage, welche Bismarck daraufhin am 24. März 1876 im preußischen Landtage einbrachte, ging dahin, daß das Reich zunächst die preußischen Staatsbahnen und die Rechte der preußischen Regierung auf die Privatbahnen erwerben sollte; als weitere Konsequenz war die Erwerbung aller Bahnen durch das Reich gedacht. Bismarck begründete seine Vorlage am 26. April 1876 im Abgeordnetenhaus und 18. Mai im Herrenhaus. Er erzielte an beiden Stellen eine große Majorität für seine Absicht.

Mevissen stellte damals dem Verstaatlichungsgedanken ein anderes geschlossenes System gegenüber.[1]) Dem Reiche wünschte er die Feststellung der allgemeinen Grundsätze für Bau und Betrieb, die Oberaufsicht über die Innehaltung dieser Grundsätze sowie das Recht der Konzession von Eisenbahnen überwiesen zu sehen, soweit Reichszwecke sie erforderten. Die Einzelstaaten sollten die spezielle Aufsicht über die auf ihrem Gebiet betriebenen Eisenbahnen und die Befugnis zur Konzessionierung von Privatbahnen wie zum Bau von Staatsbahnen erhalten. Die Verwaltung der Eisenbahnen endlich sollte zwischen den Organen des Staats und den Organen der wettstreitenden Privatbahngesellschaften geteilt bleiben. Den zu großen Drang nach Reichseinheit bezeichnete er als verfrüht, er werde notwendig eine Verletzung der preußischen Landesinteressen durch ihre Unterordnung unter die Reichsinteressen involvieren.[2])

---

[1]) Vgl. seine Ausführungen in der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft vom 27. Juni 1876.

[2]) Bismarck erklärte damals umgekehrt, er halte es für Pflicht, „zuerst die Macht des Reichs und nicht die eines Großpreußentums zu erstreben, den stärksten Staat im Reich, soweit wir es hindern können, auch auf wirtschaftlichem Gebiet nicht noch mehr Übergewicht gewinnen zu lassen, sondern die Elemente dazu dem Reich anzubieten" (Reden VI, 396). Aus Gründen des Taktes trat Mevissen im Herrenhaus nicht gegen die Verstaatlichung auf. 'In der Eisenbahnfrage haben gestern sehr eingehende Verhandlungen in der neuen Fraktion des Herrenhauses stattgefunden, die trotz aller Abneigung der einzelnen Personen, wie Hasselbach, Theune, Wilckens usw. doch schließlich nur zu dem Resultat geführt haben, daß man in diesem Augenblick dem Fürsten Bismarck aus politischen Gründen kein Mißtrauensvotum geben dürfe. Eine vorlaute Opposition für die Interessen der Rheinischen Bahn wäre in hohem Maße gefährlich. Ich habe in der Fraktion meine abweichende Meinung mit aller Schärfe motiviert, aber zugleich erklärt, daß ich heute im Hause schweigen und mich der Abstimmung enthalten werde. Durch Kammer und Regierung geht

Bismarcks Absicht scheiterte am partikularistischen Widerstand der Bundesstaaten, die unter Sachsens und Bayerns Vorgang die Verstaatlichung ihrer eigenen Bahnen einem Reichsbahnsystem vorzogen.[1] Er hatte aber auf diese Eventualität hin die möglichst umfassende Ausdehnung und Konsolidierung des preußischen Staatseisenbahnbesitzes durch den Ankauf wichtiger Privatbahnen bereits in Aussicht genommen.[2]) In dieser Absicht verhandelte die preußische Regierung im Jahre 1877 zunächst über eine Verschmelzung der drei großen rheinisch-westfälischen Bahnsysteme. Diese Fusionierung widersprach aber der Auffassung Mevissens ebenso sehr, wie die Verstaatlichung, und sie scheiterte an seinem Widerspruch.[3]) Daß übrigens die Regierung, wenn sie ihre Verstaatlichungsabsicht durchsetzen wollte, ihr Ziel unter allen Umständen erreichen könne, verhehlte er sich keineswegs. 'Der Kampf gegen die Übermacht des Staats ist zu ungleich, als daß das Resultat zweifelhaft sein könnte. Die Staatsregierung hat zweifellos die Macht in der Hand, die Rentabilität fast jeder Privateisenbahn im Laufe der Zeit zu ruinieren.'[4])

Seit dem Eintritt A. Maybachs in das Ministerium im Frühjahr 1878 trat immer deutlicher zutage, daß die Regierung ihre Absicht, Besitz von den großen Verkehrsunternehmungen zu ergreifen, mit Nachdruck verfolgen werde.[5]) Im April 1879 trat sie mit der Köln-Mindener Direktion wegen der käuflichen Übernahme dieses Eisenbahnunternehmens in Verbindung. Die Direktion der Köln-Mindener Bahngesellschaft, welche damals ein Aktienkapital von 117 Millionen Mark darstellte, war im Hinblick auf die schlechte allgemeine geschäftliche

ein scharfer Antagonismus geben die Privatbahnen' (Berlin 1876 Mai 19). Vgl. Stenogr. Berichte 1876, I S. 128; Die Vorlage wurde im Herrenhaus mit 60 : 31 Stimmen angenommen.

[1]) Doch kamen auch finanzielle Erwägungen in Betracht. (Vgl. Mittnacht a. a. O. S. 63, 85.)

[2]) Reden Bismarcks VI, 438, 440.

[3]) Die Diskontogesellschaft 1851—1901 S. 122; vgl. Bd. II, S. 599. Bismarck hatte den Gedanken an ein Reichseisenbahnnetz damals noch nicht ganz aufgegeben (v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck (1904) S. 65; Neue Folge 1877—1889 (1905) S. 5ff., Entwurf vom 20. November 1877).

[4]) Generalversammlung vom 28. Juni 1877.

[5]) „Die Privatbahnen müssen von ihrer Position herunter", erklärte Bismarck am 15. Februar 1878 (Mittnacht a. a. O. S. 63).

Konjunktur nach einigem Schwanken dem Plane nicht entgegen. In der Generalversammlung der Aktionäre vom 30. Juni 1879 überwog gleichfalls bei weitem die Meinung derer, die für den Verkauf waren. Mevissen, der als Aktionär an dieser Versammlung teilnahm, sprach sich zwar mit Nachdruck dagegen aus;[1]) aber eine neue Generalversammlung vom 16. Oktober genehmigte die Übergabe an den Staat. Die Angelegenheit wurde hier ausschließlich vom finanziellen Standpunkt behandelt, für die prinzipiellen und politischen Bedenken zeigte sich keinerlei Interesse. Auf sie und ihre besondere Bedeutung bei der Eigenart der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands hatte Mevissen kurz vorher, am 17. Juni 1879, noch einmal öffentlich hingewiesen.[2]) Das System ausschließlicher Staatsbahnen, so warnte er, sei bedenklich für die Selbständigkeit und die nur in dieser Selbständigkeit wurzelnde frische Entwicklungskraft der deutschen Industrie und des gesamten deutschen Lebens. 'Industrie und Handel fordern für ihre Wünsche und Bedürfnisse eine rasche, auf genauester Einsicht fußende Entscheidung. Eine mit der Macht der Entscheidung in letzter Instanz ausgerüstete Behörde dürfte vorwiegend ihre jeweilige subjektive Überzeugung zur Geltung zu bringen bestrebt sein. Eine temperierende Einwirkung auf die Entscheidung der höchsten Instanz wird um so schwieriger, je geringer die Zahl der Personen ist, welche durch praktische Erfahrung, verbunden mit theoretischen Studien, zu einem Urteil in den so komplizierten Fragen des Eisenbahnwesens berufen und berechtigt sein werden.' Das Deutsche Reich zähle im Eisenbahnwesen 165000 ständige und ebensoviele nichtständige Beamte und Arbeiter, in zehn Jahren werde diese Zahl auf 500000 erhöht sein, und dazu kämen noch 65000 Beamte und Arbeiter der Post und Telegraphie. 'Welche Machtfülle muß aus der Verfügung ad nutum über diese immense, mit ihren Familien 2¼ Millionen Köpfe umfassende Beamten- und Arbeiterschar entspringen, welche ihrerseits die produzierende und distribuierende Tätigkeit unseres Volkes auf weiten Gebieten beherrscht! Eine solche Machtfülle, in einer Hand konzentriert, droht die Harmonie der Kräfte im Deutschen Reich aufzuheben, und die Befürchtung liegt nur zu nahe, daß dadurch auf

[1]) Vgl. die gedruckten Protokolle der Generalversammlungen der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, sowie Köln. Zeitung 1879 Nr. 182.

[2]) In der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft.

dem wirtschaftlichen Gebiete jener Absolutismus wieder ins Leben gerufen werden könnte, welchen die Kulturstaaten Europas auf politischem Gebiete nur nach harten Kämpfen in feste, verfassungsmäßige Schranken eingedämmt haben.'

Die öffentliche Meinung sah über diese kulturellen und politischen Bedenken hinweg, und die Vorgänge bei der Verstaatlichung der Köln-Mindener Gesellschaft zeigten nicht nur, wie wenig Verständnis im Kreise der unmittelbar Beteiligten für sie vorhanden war, sondern auch, daß nach dem Gange, den die Auffassung vom Wesen der Aktiengesellschaft nun einmal eingeschlagen hatte, die Aktionäre so gut als die Direktionen tatsächlich auch bei den Eisenbahnunternehmungen, trotz ihres monopolistischen Charakters und ihrer vielen öffentlichen Seiten, wohl das der Erwerbsgesellschaft immanente egoistische Streben nach Gewinn, aber nicht das Bewußtsein der öffentlichen Pflichten repräsentierten. Die Betrachtung des ganzen Vorgangs als einer reinen Finanzoperation mit reichlichem Ertrag für die Börse überwog durchaus und erleichterte die Durchführung der Regierungspläne ungemein.

Von dem Ankauf der Rheinischen Bahn war zunächst noch nicht ausdrücklich die Rede gewesen. Mevissen fand am 4. Juli 1879 gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in Ems die Möglichkeit, diesem seine Auffassung, daß die völlige Beseitigung der Privatbahnen im allgemeinen Interesse nicht angezeigt sei, noch einmal persönlich darzulegen. Aber der Entschluß der Regierung stand auch hier fest. Am 27. August wurde die Direktion vom Minister Maybach ersucht, in Verhandlungen über die Verkaufsfrage einzutreten.[1]) Da es offenkundig war, daß die Direktion ernstlich widerstreben werde, so nahm die Regierung, die sich formell auch hier auf den Standpunkt einer freiwilligen Vereinbarung mit der Bahngesellschaft stellte, von vornherein zur Beschleunigung die Bestimmung des Statuts zu Hilfe, wonach eine Generalversammlung auf Antrag der Besitzer des zehnten Teiles des Grundkapitals berufen werden mußte. Mit Hilfe der Seehandlung, der Diskontogesellschaft und des Bankhauses Bleichröder wurde die erforderliche Anzahl Aktien zusammengebracht und am 29. Oktober

[1]) Das als „sekret" bezeichnete Schreiben ging der Direktion erst am 30. August zu, nachdem die Regierung ihre Absicht am 29. August durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bereits veröffentlicht hatte.

durch die vorgeschobenen Bankhäuser Behrens und Friesland in Hamburg der erforderliche Antrag bei der Direktion gestellt. Am 2. und 18. Dezember fanden daraufhin die entscheidenden Generalversammlungen statt. Die Regierung bot an, die Rheinischen Aktien gegen eine feste Jahresrente von 6 Prozent zu übernehmen. Ohne die grundsätzlichen Bedenken irgendwie zu erörtern, behandelte die Majorität der Aktionäre auch hier die Angelegenheit nur vom finanziellen Standpunkt, ließ also die eigne Direktion im Stich. Man war von vornherein geneigt, das Angebot zu acceptieren, hielt jedoch eine Rente von 6½ statt 6 Prozent für angemessen und beauftragte die Direktion, auf dieser Basis mit der Regierung zu verhandeln. Ein Versuch der Direktion, die sich konsequenter Weise nun auch auf die Wahrung der finanziellen Interessen der Gesellschaft beschränkte, eine Erhöhung des Angebots auf 7 Prozent und die Sicherung der Ersparnisse der drei letzten Jahre für die Aktionäre bei der Regierung in Verhandlungen vom 8.—11. Dezember durchzusetzen, scheiterte; es wurde nur die von der Generalversammlung verlangte Erhöhung bewilligt. Am 18. Dezember genehmigte die zweite Generalversammlung den Vertrag, und am 1. Januar 1880 ging demgemäß das Eigentum der Rheinischen Eisenbahngesellschaft auf den Staat über; die Direktion führte nur noch bis zum 1. April die Geschäfte.

Daß der Mann, der Jahrzehnte hindurch die Erhebung der kaufmännischen Assoziation über das Niveau der bloßen Erwerbsgesellschaft zu einem Organ planvoller Mitarbeit an den öffentlichen Interessen als leitenden Gedanken verfolgt hatte, vom Staate als dem Vertreter dieser Interessen im Bunde mit den Anhängern einer weniger geläuterten Auffassung kaufmännischen Wirkens verdrängt wurde, entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Mevissen schied wider Willen aus einem Wirkungskreise, den er 35 Jahre hindurch mit hingebender Umsicht und mit glänzendem Erfolg gepflegt hatte, inmitten großer, noch der Lösung harrender Aufgaben. Am drückendsten für ihn war aber der Sieg des von ihm stets bekämpften Prinzips. Selbst die altangesehene Rheinische Eisenbahngesellschaft, in deren leitendem Kollegium seine Anschauungen festen Boden gefaßt hatten, vermochte sich im entscheidenden Augenblick nicht gegen die Majorität derjenigen Aktienbesitzer zu behaupten, deren Urteil lediglich durch einen sicheren Augenblickserfolg bestimmt wurde. Mevissen hat die Gefahr,

in welche der Stand der Aktiengesetzgebung seine Auffassung versetzte, nie verkannt. Im Jahre 1856, als er auf die Notwendigkeit hinwies, das junge Institut der Aktiengesellschaft organisch in das vaterländische Rechtsleben einzugliedern, hatte er empfohlen, das Stimmrecht in den Generalversammlungen auf die Namenaktien zu beschränken. Nicht jeder gelegentliche Besitzer von Inhaberaktien sollte seines Erachtens über das Schicksal des Unternehmens mitentscheiden dürfen, sondern nur derjenige, der durch die Übernahme von Namenaktien bewies, daß er dem Unternehmen bleibend sein Kapital und sein Interesse zu widmen gedachte.[1]) Die Entwicklung der Aktiengesetzgebung in der Freihandelsära hatte aber diesen Weg nicht eingeschlagen. Öffentliche Meinung und Staatsregierung hatten sich vielmehr vereinigt, statt der öffentlichen Rechte und Pflichten die private Qualität der Aktienunternehmungen aufs schärfste zu betonen, und so beherrschte die Inhaberaktie durchaus das Feld.[2]) Die Entstehung eines ausschließlich stimmberechtigten, die Idee der jeweiligen Assoziation verkörpernden Kernes von Aktionären wurde dadurch verhindert und so das Schicksal korporativer Unternehmungen der Willkür vorübergehender Aktienbesitzer preisgegeben.

Die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen wurde unternommen, um das Bahnnetz in erster Linie den öffentlichen, volkswirtschaftlichen Interessen des Verkehrs, nicht den Finanzinteressen des Staats dienstbar zu machen. Die seither verflossene Zeit hat bewiesen, wie schwer es ist, dieses Programm durchzuführen.[3]) Wohl beruht heute der Haushaltsetat des preußischen Staats auf den ungeahnt glänzenden finanziellen Erträgen der Staatseisenbahnverwaltung — erst Epochen äußerer, kriegerischer Verwicklungen werden

[1]) Vgl. seine Darlegung Bd. II, 535; er ist in der Folgezeit wiederholt in seinen Geschäftsberichten darauf zurückgekommen, so auch gelegentlich der Eisenbahnenquete im Jahre 1873 (a. a. O. S. 1756). Am 23. Oktober 1879 ließ er durch ein besonderes Gutachten der Justizräte Compes, Herbertz, Küchen und Nacken die Rechtslage der Rheinischen Bahngesellschaft klarstellen.

[2]) Vgl. Roscher, System der Volkswirtschaft 7III, 217, 221.

[3]) Entwicklung des Steinkohlenbergbaus X (1904), 158—189; Archiv für Eisenbahnwesen 1905, S. 80ff. Vgl. auch v. d. Borght, Verkehrswesen (1894) S. 302; G. Cohn, Nationalökonomie des Handels und des Verkehrswesens (1898) S. 891.

offenbaren können, wie weit das auf die Dauer durchführbar ist.[1]) Die vom Staatsbahnwesen für den Verkehr erhofften Vorzüge sind jedoch, so manches auch durch die Konzentration der Verkehrsmittel gebessert worden ist, noch nicht zur vollen Entfaltung gelangt. Die Verwaltung der Eisenbahnen durch den Staat sichert keineswegs, das lehrt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, ohne weiteres die Herrschaft volkswirtschaftlicher Grundsätze im Reiche des Verkehrs. Auch hier kommt es in erster Linie nicht darauf an, wer die Verwaltung führt, sondern in welchem Geiste sie geführt wird. Ob es im Hinblicke darauf und mit Rücksicht auf die schweren politischen Bedenken, die Mevissen vergebens geltend gemacht hat,[2]) richtig war, die Selbständigkeit großer Verwaltungen zu beseitigen, statt sie innerhalb der vom öffentlichen Interesse gebotenen Schranken bestehen zu lassen und auf ihre Erfüllung mit volkswirtschaftlichem Geiste hinzuwirken, wird erst die Zukunft zu beurteilen imstande sein.

---

[1]) Mevissen warnte gelegentlich der Eisenbahnenquete von 1873 davor (a. a. O. S. 1756).

[2]) Nachträglich hat diese Bedenken scharf betont R. Schramm, Verfall Bismarckischer Herrschaft (1882) S. 7ff., der dabei auch auf Mevissens Wirken zurückgriff (S. 67, 95).

VI. Ausgang und Ende 1880—1899.

Zwanzigstes Kapitel.

Wirtschafts- und Sozialpolitik. Handelshochschulprojekt. Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. Letzte Lebensjahre (1880—1899).

Am 21. Dezember 1880 erschien in Mevissens Haus in Köln eine Abordnung zahlreicher Handelskammern und wirtschaftlicher Korporationen von Rheinland und Westfalen zu einer bedeutungsvollen Kundgebung. Beim Abschluß seiner Tätigkeit im rheinischen Verkehrswesen sollte ihm durch eine Adresse im Namen des Handels und der Industrie beider Provinzen das Bedauern über sein Ausscheiden und die dankbare Anerkennung für seine das wirtschaftliche Leben nach allen Richtungen befruchtende Wirksamkeit ausgesprochen werden.[1]) Der Wortlaut der Adresse bewies, wie verständnisvoll Mevissens Wirken und der Geist, aus dem es entsprang, in diesem Kreise beurteilt wurden: „Nie glaubten Sie den Augenblick gekommen, wo Sie rasten oder stillstehen durften, stets sannen Sie mit vorwärtsstrebendem Blick auf die Vervollkommnung des Bestehenden, auf die Erschließung neuer Quellen des Verkehrs. Ihr Wirken war dabei allezeit von dem Gedanken getragen, daß die Interessen der Eisenbahn und die Interessen der Bevölkerung in innigster Wechselwirkung

[1]) Die Adresse war unterzeichnet von den Handelskammern in Aachen-Burtscheid, Barmen, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gladbach, Koblenz, Köln, Krefeld, Mülheim a. Rhein, Neuß und Solingen, ferner vom Verein für berg- und hüttenmännische Interessen (in Aachen), vom Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland-Westfalen (in Düsseldorf), von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen (in Düsseldorf), vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, vom Verein der Rheinisch-westfälischen Baumwollindustrie in Gladbach, sowie vom Verein für die bergbaulichen und Hütteninteressen in Siegen. (Vgl. Kölnische Zeitung 1880 Nr. 355, 356.)

stehen, daß die ersteren wahrhaft und nachhaltig nur gefördert werden können durch die letzteren. Sie waren sich zugleich bewußt, daß aus der materiellen die soziale und geistige Wohlfahrt der Nation entspringt. So bildete sich zwischen dem Handel und der Industrie der Provinzen unter Ihrer Verwaltung ein Vertrauensverhältnis, auf welches Sie mit gerechtem Stolze hinblicken dürfen."

Der Sprecher dieser Deputation, A. Heimendahl, der Vorsitzende der Krefelder Handelskammer, feierte ihn bei diesem Anlaß zugleich in einer mündlichen Ansprache als „den Politiker, der stets mutig und unbekümmert um die schwankende Tagesmeinung nicht im Zwang und Dienst der Partei, sondern aus der Tiefe des Volksgeistes und aus dem nationalen Gewissen zu uns redete; als den Patrioten, der mit heißer Liebe zum Vaterland die Zuversicht auf einen guten Ausgang der schweren Wehen, unter denen unser Staat geboren werden mußte, aufrecht erhielt, dessen Mahnung zur Selbsterkenntnis, zur Anspannung aller sittlichen Kräfte der Nation in schlimmen Tagen oft an unser Ohr schlug; als den Mann, der seine ganze Kraft und seine reichen Kenntnisse für die materielle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Provinzen und des weiten Vaterlandes in selten strenger Pflichterfüllung nie ermüdend einsetzte, uns allen ein leuchtendes Beispiel, ein Führer auf der Bahn, die geöffnet werden mußte, um große, ideale Aufgaben bei uns erfüllen zu können".

Mevissen erwiderte auf diese ungewöhnliche Kundgebung, die ihm offenbarte, welcher Schätzung sein Wirken im Kreis der kaufmännischen Welt sich erfreute, mit einer Darlegung, die für seine Auffassung der Lage wie für seine Persönlichkeit in hohem Grade bezeichnend ist. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen sei, so führte er aus, den Handelskammern und industriellen Korporationen in verstärktem Maße die Sorge dafür zugefallen, daß die freie und fruchtbare Privat-Initiative auf dem Gebiet des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens erhalten bleibe. Die Lage sei schwierig. Das deutsche Volk habe nach der glücklichen Vollendung seiner politischen Vereinigung zunächst während der Gründerjahre eine schmähliche Niederlage erlitten. 'Auf dem wirtschaftlichen Gebiete war unserem Volke die Einsicht und das maßvoll weise berechnende Schaffen versagt. Selbst Fürst Bismarck hat den wirtschaftlichen Niedergang der Nation zunächst in stummer Resignation mit ansehen müssen. Gewiß wird

bei keinem Manne der Gegenwart das Gefühl der gemachten Fehler auf dem wirtschaftlichen Gebiete so lebendig, bei keinem der Drang so mächtig wie bei ihm sein, nach den errungenen großen politischen Resultaten dem deutschen Volke auch seine wirtschaftliche Selbständigkeit und Größe zu begründen und dadurch die politische Eroberung dauernd sicher zu stellen.' In vollem Bewußtsein der ihm von der Geschichte gestellten Aufgabe habe Bismarck jetzt die großen Grundlinien der fortan im Deutschen Reich zu verfolgenden wirtschaftlichen Politik gezogen. Der Zweifel, ob es einem Mann überhaupt möglich sei, die verschlungenen Fäden des wirtschaftlichen und des politischen Lebens in seiner Hand zu vereinigen, müsse, so stark er sich aufdränge, schweigen gegenüber der nun einmal vollzogenen Tatsache, daß die politische wie die wirtschaftliche Aufgabe unsers Volkes auf den Schultern Bismarcks ruhe. Auf dem Boden dieser Tatsache müsse jetzt Fuß gefaßt werden. 'Soll die Aufgabe Bismarcks auf dem wirtschaftlichen Gebiete glücklich gelöst werden, so muß seinen großen Ideen und seinem weiten Blick die energisch mitschaffende Tätigkeit des deutschen Volkes, die unablässige Mitarbeit aller bei der Lösung der Einzelfragen beteiligten Interessenkreise zur Seite treten. Hier ist die Stelle für die demnächstige fruchtbare Tätigkeit der wirtschaftlichen Korporationen. Aufklärend, fördernd, anregend mitzuwirken, das ist ihre Aufgabe. Mögen auch in vielen Fragen die Meinungen und Interessen weit auseinandergehen, das darf das freudige Zusammenwirken mit dem Fürsten im großen und ganzen nicht stören. Der Blick der wirtschaftlichen Korporationen muß stets mit edler, wenn auch schwerer Selbstverleugnung auf das Wohl des großen Ganzen gerichtet sein. Die unvermeidlichen kleineren Differenzen und Interessen müssen den großen Gesichtspunkten der Reichspolitik sich unterordnen. Nur Einheit und Vertrauen machen stark. Groß und vielgestaltig sind die Fragen der Gegenwart, die im Deutschen Reich in raschem Flug der Lösung entgegengeführt werden müssen, wenn die Industrie, der Handel, der Ackerbau blühen und im Konkurrenzkampfe der Welt sich gedeihlich weiter entwickeln sollen. Die energische Fortbildung des Eisenbahnsystems, die Schaffung eines umfassenden, den Erfordernissen der Gegenwart entsprechenden Kanalnetzes, der Anschluß der deutschen Nordseehäfen an den Zollverein, die fruchtbare Regelung der großen und schwierigen Frage der Auswanderung, das sind

Aufgaben, die in der nächsten Zukunft im Vordergrunde stehen, die eine glückliche Lösung finden müssen, wenn das Deutsche Reich wirtschaftlich Frankreich und England ebenbürtig werden, wenn es die dauernde Gewähr seiner errungenen Macht und Größe in sich finden soll. Nachdem auf weiten Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit die Initiative den bisherigen Trägern derselben entwunden ist, bleibt zunächst nur übrig, das Geschehene, als nicht rückgängig zu machen, zu acceptieren, mit voller Hingebung dem Fürsten beizustehen und mit dem Aufgebot der ganzen Kraft und Einsicht dahin zu wirken, daß das politisch errungene Deutsche Reich nun auch wirtschaftlich werde, daß es die wirtschaftliche Befähigung erlange, seinen zahlreichen Gegnern im Innern und nach außen selbständig mit Erfolg entgegenzutreten und sich das glorreich Errungene dauernd zu sichern.'[1])

Das war die staatsmännische Erwägung eines Großkaufmannes, der beim Ausscheiden aus dem Kreise wirtschaftlicher Unternehmung das Bewußtsein mit sich nahm, in seinem verzweigten Wirken den vaterländischen Gesichtspunkt nie aus dem Auge gelassen zu haben, zugleich aber den starken Zweifel an der inneren Berechtigung des staatlichen Vorgehens im Verkehrswesen und an seiner Zweckmäßigkeit für die gesamte staatliche Entwicklung nicht zu überwinden vermochte. Gerade damals, wo sich der große Umschwung in der deutschen Wirtschaftspolitik vollzog, hielt Mevissen dafür, daß dem deutschen Volk eine Stärkung, keine Schwächung der privaten Initiative im wirtschaftlichen Leben not tue. Den besonderen bei diesem Wendepunkt in Mevissens Leben obwaltenden Verhältnissen wurde ein Schreiben gerecht, das am 14. April 1880 die Kaiserin Augusta an ihn richtete: „Meine dreißigjährige enge Beziehung zu der Rheinprovinz hat mich erkennen lassen, was die Direktion der Rheinischen Eisenbahn für das schöne Land zu leisten vermochte und welche Dankbarkeit ihr gebührt. An dieser fühle ich mich mitbeteiligt, und es ist für mich eine Genugtuung,

[1]) Er streifte in dieser Antwort auch die Beobachtung, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen am Rhein zur langsamen Durchführung wichtiger Verkehrsprojekte führen werde (vgl. dazu besonders R. Schramm, Verfall Bismarckischer Herrschaft, 1882, S. 67 ff.); er ist in späterer Zeit öffentlich nicht mehr auf die Verstaatlichungsfrage zurückgekommen, hat sie vielmehr im Herrenhaus am 17. März 1882 ausdrücklich als entschieden bezeichnet. (Stenogr. Berichte, 1882, S. 129.)

Ihnen den besten Lohn des eigenen Bewußtseins für das zu wünschen, was Ihnen zu leisten vergönnt war. Ihre geistige Kraft sollte aber auch ferner nicht ruhen, und das Vaterland stets auf sie zählen dürfen."

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen, durch die der preußische Staat Inhaber der weitaus größten von allen Wirtschaftsunternehmungen wurde, war ein Glied in dem allgemeinen Umschwung der deutschen Wirtschaftspolitik, der sich seit 1875 anbahnte und seinen unmittelbaren Ausgang von der Gefährdung der Eisenindustrie nahm.[1]) Eine allmähliche Herabsetzung der Eisenzölle entsprach schon seit längerer Zeit dem öffentlichen Interesse wie der Lage der erstarkten deutschen Eisenindustrie. Es handelte sich nur um das Maß und den geeigneten Zeitpunkt.[2]) Die steigenden Fortschritte der Freihandelsbewegung führten nach 1860 schnell und wiederholt zu Reduktionen, und in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1870, die gleichzeitig den Höhepunkt der Freihandelsära bedeuteten, glaubte man ziemlich allgemein, selbst in weiten Kreisen der Industrie, den Zollschutz auf Eisen fortan so gut wie ganz entbehren zu können. Am 7. Juli 1873 wurde im Reichstage der verhängnisvolle Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1877 an die Eisenzölle fortfallen zu lassen. Es war der Pyrrhussieg der Freihandelsdoktrin in Deutschland.

Mevissen, der mit seiner allseitigen Kenntnis der konkreten Verhältnisse dem Dogma der Freihändler jetzt ebenso fern stand wie früher, hatte noch im letzten Augenblick dringend vor den Gefahren gewarnt, welche man durch plötzliche Modifikationen der Gesetzgebung für die Lage einzelner großer Industriezweige heraufbeschwören würde.[3]) Der gleich darauf erfolgte Ausbruch der großen Wirtschaftskrisis führte eine Überschwemmung des geschwächten deutschen Markts durch die noch überlegene Konkurrenz des Auslandes herbei und offenbarte, daß der 'unter Voraussetzungen, denen die heutige Lage schroff widerspricht, vom Reichstag gefaßte Beschluß abgeändert werden müsse'.[4])

[1]) Sering, Geschichte der preußisch-deutschen Eisenzölle seit 1818 (1882), S. 146ff.; Bueck, Der Zentralverband deutscher Industrieller 1876—1901, I (1902), S. 117ff.

[2]) Vgl. oben S. 726 Anm. 1.

[3]) Vgl. seine Ausführungen in der Generalversammlung des Schaaffhausenschen Bankvereins vom 27. Juni 1873.

[4]) Vgl. Mevissens eingehende Darlegungen aus den Jahren 1875ff. in Band II, S. 609, 612, 617; Bueck, a. a. O. I, 129ff.

Aber das eingewurzelte Vorurteil der Manchesterpartei zu brechen, war erst möglich, als sich nach dem Wegfall der Eisenzölle 1877 die verheerende Wirkung des Gesetzes in dem Erliegen zahlreicher Eisenwerke dokumentierte. 'Da sich das derzeitige Staatsministerium', so urteilte Mevissen im November 1876, 'schließlich einstimmig, wenn auch aus verschiedenen Motiven, für Aufrechterhaltung des Gesetzes über die Eisenzölle ausgesprochen hat, so wird die Aufhebung des Gesetzes vom Reichstag aus beantragt werden müssen, wenn das Land vor einer schweren Schädigung seiner Wohlfahrt und vor einer bedenklichen Stagnation in der Entwicklung des für Frieden und Krieg wichtigsten Industriezweiges bewahrt werden soll. Die norddeutschen Mitglieder der nationalliberalen Partei des Reichstags, die die Majorität in demselben haben, sind fast alle prinzipiell dem Freihandel zugetan und bis jetzt wenig geneigt, die gefährlichen Folgen ihrer grauen Theorie für das materielle Gedeihen des Landes zu erkennen. Unter den Führern der Partei sind manche, wie Lasker und Braun, so sehr durch ihre Vergangenheit gebunden und so einseitig in rein theoretischem Standpunkt befangen, daß sie kaum fähig sein dürften, die vor Augen liegenden Tatsachen und die praktischen Erfolge der Theorie unbefangen zu prüfen. Vielleicht hat Bennigsen, wenn auch von Hause aus entschiedener Anhänger des Freihandels, einen schärferen Blick für die tatsächlichen Verhältnisse und vermag er bei einer ernsten Prüfung seiner bisherigen Überzeugung die naheliegenden Wirkungen des Freihandels — Schwächung des Wohlstandes, Stagnation der schaffenden Kräfte, Vermehrung des Proletariats und Stärkung der Sozialdemokratie — mit in den Kreis seiner Erwägungen zu ziehen. Gelingt es, ihn und Stauffenberg von der Notwendigkeit einer Modifikation der Zollpolitik zu überzeugen, so wird selbst im jetzigen Reichstag wohl eine Majorität für die Sistierung des Gesetzes vom 7. Juli 1873 zu finden sein. Andernfalls werden nur Neuwahlen successive den unvermeidlichen Umschwung hervorrufen können.'

Die politische Vertretung des deutschen Volkes versagte aber ihre Hilfe. So mußte die Industrie selbst, unterstützt durch die Landwirtschaft, deren ehedem freihändlerische Tendenzen (S. 470) durch die wachsende Konkurrenz des Auslandes eine Umwandlung erfahren hatten, vermittelst der Gründung besonderer Interessenverbände zu

wirken suchen. Sie sammelte sich zunächst zu einem Appell an die Weisheit und wohlwollende Fürsorge der leitenden Gewalten; man führte aus, eine Änderung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft sei geboten, die Regierung müsse die materiellen Volkskräfte genau untersuchen und die Wirtschafts- und Handelspolitik ihnen anpassen.[1]) So kam jetzt hier die Idee planmäßiger Organisation des nationalen Wirtschaftslebens, das System von Friedrich List, dem Mevissen jahrzehntelang die Bahn zu öffnen bestrebt gewesen war und das in seiner Weiterbildung durch Carey seit der Mitte der sechziger Jahre einen umgestaltenden Einfluß auf die deutsche nationalökonomische Wissenschaft zu üben begonnen hatte, praktisch zu Ehren. Am 15. April 1879 wurde in einer großen, aus Vertretern der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft bestehenden Versammlung in Köln der Übergang zu einer von nationalen Rücksichten geleiteten Wirtschafts- und Handelspolitik als ein Lebensbedürfnis des Deutschen Reichs erklärt. Unerwarteter Weise fand die Industrie dann sehr bald die starke Hilfe der Regierung.

Dem alten Kaiser, der früher, zur Zeit des ersten Vereinigten Landtags, zu den Anhängern des Schutzsystems gezählt hatte, waren persönlich schon im Jahre 1875, wo eine aufsehenerregende Schrift des Parlamentariers Kardorff in Anlehnung an die List-Careyschen Ideen den Schutzzollgedanken wieder aufgriff,[2]) Zweifel an der Richtigkeit der freihändlerischen Wirtschaftspolitik entstanden. Im Sommer 1876 legte er Bismarck seine Bedenken ans Herz, und auch dieser sagte sich 1876 und 1877 von den beiden Freihändlern im Ministerium, R. Delbrück und O. Camphausen, los, deren Einfluß er seither mehr

[1]) Aus der Einladung zu der von H. Haniel veranlaßten Kölner Versammlung rheinischer Industriellen vom 10. Februar 1877 (vgl. für die Versammlung, Kölnische Zeitung 1877 Nr. 42; s. auch W. Beumer, Fünfundzwanzig Jahre Tätigkeit des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen (1896) S. 64ff.).

[2]) Vgl. oben S. 469; W. v. Kardorff, Gegen den Strom! Eine Kritik der Handelspolitik des Deutschen Reichs an der Hand der Careyschen Forschungen (1875) S. 3ff. Der Kaiser war schon im Sommer 1874 für Trennung der Regierung von der liberalen Partei (Deutsche Revue, Jahrgang 31, Juli, S. 4); Ende Juni 1875 ließ er sich durch A. v. Oppenheim in Köln ein längeres Memoire über die volkswirtschaftliche Situation und die Zollfragen erstatten; Oppenheims Auffassung deckte sich mit der Mevissens.

nachgegeben hatte, als seinen ursprünglichen politisch-ökonomischen Anschauungen entsprach.[1]) Sehr schnell erfolgte dann im Regierungskreise die Wendung von dem System der internationalen Arbeitsteilung in die Bahnen des nationalen Wirtschaftssystems. Als Mevissen am 19. Juni 1878 auf der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft die Lage eingehend in dem Geiste erörterte, den seine jährlichen Berichte wiederholt zum Ausdruck gebracht hatten,[2]) schrieb ihm am 27. Juni der Staatssekretär des Reichspostamts Stephan, daß seine Darlegung „wegen der gesunden nationalökonomischen Ausführungen die Aufmerksamkeit unserer Staatsmänner verdiene. Wenn Sie auf die Aufgabe des Staatsmanns mit den Worten hinweisen, die Regierung müsse vorausschauend auf die Zügelung eines alles Maß überschreitenden Fortschritts in der Produktion wie auf die Hintanhaltung einer erzwungenen, maßlosen Einschränkung in der Konsumtion hinwirken, so sind dies goldene Worte, deren Richtigkeit uns so viele Erfahrungen, namentlich auch bei dem Eisenbahnwesen Englands, gelehrt haben. Zur Erzielung des Gleichgewichts in den verschiedenen Zweigen der industriellen Arbeit müßte, wie Sie treffend bemerken, der Staat zur Leitung der ungebundenen Kräfte sowohl durch Lehre wie durch Ausdehnung oder Einschränkung der vom Staate direkt ausgehenden Arbeit und durch Regelung des Geldumlaufs wirksamer beitragen. Möchte durch Befolgung derartiger gesunder wirtschaftlicher Anschauungen der deutschen Industrie bald ein neues Lebenselement zugeführt werden.“ So fand Mevissens Auffassung endlich in Berlin volles Verständnis. Im Juli 1878 bot ihm sein alter Wahlkreis Siegen das Reichstagsmandat an, um ihm Gelegenheit zu geben, fortan auch im deutschen Parlament an der Verwirklichung seiner Wirtschaftspolitik mitzuwirken.[3]) Am 14. Februar 1879, als die Thronrede bei der Reichstagseröffnung den Umschwung der Zollpolitik soeben in Aussicht gestellt hatte, schrieb er im Anschluß an eine Unterredung mit dem Kaiser aus Berlin: 'Auch die Zollpolitik

[1]) Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften II, 310 (Brief vom 22. Juli 1876); vgl. Zeitlin, Fürst Bismarcks sozialwirtschaftliche und steuerpolitische Anschauungen (1902) S. 148ff.

[2]) Vgl. die Ausführungen Bd. II, S. 617ff.

[3]) Er mußte das mit Rücksicht auf seine damals noch andauernde Tätigkeit im Eisenbahnwesen ablehnen.

wird Fürst Bismarck durchsetzen. Der Kaiser hat sich mir gegenüber sehr energisch für Schutzzoll ausgesprochen, ebenso bestimmt und klar wie die Sätze der Thronrede lauteten.' Er konnte, als er am 17. Juni 1879 in der letzten regelmäßigen Generalversammlung der Rheinischen Bahn mit gewohnter theoretischer Klarheit und praktischer Durchsichtigkeit den Jahresbericht erstattete, die große Wendung im deutschen Wirtschaftsleben in einem Bilde darstellen, das in allen wesentlichen Zügen seiner Programmschrift vom Jahre 1845 entsprach.[1]) Daß er jetzt, im Augenblick des Umschwungs, ebenso dringend wie früher[2]) zu bedächtiger Vorsicht auf der neuen Bahn mahnte und vor einer extremen Übertreibung der Schutzzollprinzipien warnte, zeigt ihn wiederum in der geschlossenen Konsequenz seines ganzen Lebenswerkes, in der Sicherheit seines unbefangenen Urteils und in seiner reichen Erfahrung, die ihn gelehrt hatte, daß weises Maßhalten die von den Menschen am schwersten zu befolgende Lehre ist. Am 15. Juli 1879 wurde das neue Zolltarifgesetz erlassen, das eine den realen Verhältnissen entsprechende maßvolle Schutzzollpolitik im Geiste von Friedrich List an Stelle der abstrakten Freihandelslehre proklamierte und die Basis eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs in größtem Maßstab geworden ist. Für Mevissen war es in hohem Grade tröstlich, daß in dem Augenblick, wo er persönlich durch die von ihm als verfehlt betrachtete Eisenbahnpolitik der Regierung aus seiner führenden Stelle im Wirtschaftsleben verdrängt wurde, doch die allgemeinen handelspolitischen Ideen, für die er seit jeher eingetreten war, endlich der Verwirklichung entgegengingen.

Zugleich mit diesem Umschwung der Wirtschaftspolitik und in enger Verbindung mit ihm wurde auch auf dem Gebiet der sozialen Fragen mit der seither dominierenden Theorie vom freien Spiel der Kräfte gebrochen. Was früher eine sozial gestimmte Minorität des vormärzlichen Liberalismus, und in ihr auf das lebendigste Mevissen, vergebens erstrebt hatte: die Verbindung eines auf erhöhten Industrieschutz basierten nationalen Wirtschaftssystems mit Bemühungen zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter,[3]) das wurde nun, ein

[1]) Vgl. Bd. II, S. 620 ff.
[2]) Vgl. oben S. 405.
[3]) Vgl. oben S. 172, 354, 358, 397, 400, 465, 471, 595.

Menschenalter später, doch zur Wirklichkeit. Auch dieser Umschwung aber erhielt seinen entscheidenden Antrieb von der Seite der Regierung, welche die bürgerliche Gesellschaft an ihre Pflicht, soziale Reformarbeit zu treiben, gemahnte und eine neue Ära des Ausgleichs von Einzelwohl und Gemeinwohl heraufführte.

Das liberale Bürgertum hatte, soweit es überhaupt sozialen Instinkten folgte, einst in dem Ringen der vormärzlichen Epoche die Lösung der sozialen und der wirtschaftlichen Fragen aus taktischen Gründen ebenso hinter den Verfassungskampf mit der Regierung zurückstellen müssen, wie die Regierung seit Bismarcks Emporsteigen gezwungen war, der politisch-nationalen Aufgabe der Einigung Deutschlands alle anderen Interessen dienstbar zu machen. Das System des Gehenlassens auf dem Gebiet der materiellen Interessen hatte sich bei so allseitiger Konzentration auf die rein politischen Aufgaben ein Menschenalter hindurch ungestört ausbreiten können. Nachdem nun aber Verfassung und Reich verwirklicht waren, meldeten sich die vertagten Fragen laut und drängend wieder an. Wenn jetzt die Regierung, nicht das Bürgertum, sie zuerst in ihrer vollen Bedeutung erfaßte und wieder gut machte, was 1844 durch sie gefehlt worden war,[1]) so lag das an der fortdauernden historischen Kraft des preußischen Staatsgedankens, der dem freien Spiel der Kräfte im Sinne des Liberalismus wohl zeitweise hatte zusehen können, aber keineswegs eine dauernde Beschränkung auf die bloßen Macht- und Rechtzwecke im Geiste dieser Richtung ertrug. Die unterbrochene preußische Tradition des Kulturstaates mit weitgesteckten Zielen und der sozial-ethischen Aufgabe, die Gegensätze unter den Bevölkerungsklassen zu mildern, lebte unter dem starken Antrieb Bismarcks wieder auf und ging sofort zu kraftvoller Initiative über, während das Bürgertum, dessen soziale Bildsamkeit in der Freihandelsära noch weiter verkümmert war, den Grad der erreichten Spannung unterschätzte und sich auf diesem Gebiete verspätete, nachdem es auf dem nationalen von der Regierung verdrängt worden und in die zweite Linie gerückt war. Die durch die großen politischen Erfolge außerordentlich gewachsene Macht der Regierung wurde nun noch weiter gesteigert, seit das Königtum sich als leitendes Organ der sozialen Hilfe statuierte.

---

[1]) Vgl. oben S. 343ff.

Durch das ungestüme Vorwärtsdrängen der neuen wirtschaftlichen Kräfte und die ungemein schnelle Ausbreitung des Fabrikwesens war die Masse der mit dem drückenden Bewußtsein der unsicheren Existenz beschwerten Arbeiter gewaltig angewachsen, und die zwischen ihnen und den Unternehmern gähnende Kluft, deren Entstehen Mevissen einst hatte verhindert sehen wollen, war in einer Zeit, wo die absolute Herrschaft des Unternehmers über die Gestaltung der Unternehmung galt, immer tiefer geworden.[1]) Bildung und Erziehung der sich selbst überlassenen Arbeiter hatten mit ihrer wachsenden Zahl nicht Schritt gehalten. Die Erfahrungen gelegentlich der ersten beträchtlichen Lohnsteigerung während der guten Konjunktur der fünfziger Jahre überzeugten Mevissen, der im Grundsatz für höhere Löhne war, daß die Arbeiter davon zunächst keinen dauernden Nutzen zu ziehen vermochten.[2])

Bei zwei seiner großen Unternehmungen blieb er auch während der unsozialen Jahrzehnte mit der Arbeiterfrage praktisch in naher Verbindung, beim Hörder Bergwerks- und Hüttenverein und bei der Rheinischen Eisenbahn. Hier, wie auch sonst im Kreise der rheinisch-westfälischen Industrie, fehlte es selbst in dieser Zeit keineswegs ganz an Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter. Im Bergbau war die Arbeiterfürsorge seit alters durch Knappschaftskassen traditionell und hier auch durch die Unentbehrlichkeit eines ständigen Arbeiterstammes besonders nahegelegt. Mevissen hatte aber im Anschluß an die Verordnung vom 9. Februar 1849 über Arbeiterunterstützungskassen schon bald nach der Gründung des Hörder Vereins auch für die im Hütten- und Fabrikbetrieb beschäftigte Belegschaft die Einrichtung einer 'Kranken- und Unterstützungskasse für die Meister und Arbeiter des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins' veranlaßt (1853). Diese Kasse wurde durch die regelmäßigen Beiträge der Arbeiter und der Verwaltung alimentiert und umfaßte sowohl Krankenfürsorge als Unterstützung von Invaliden, Witwen und Waisen. Die Hörder Wohlfahrtseinrichtungen, die sich seit 1859 um ein neugebautes besonderes Krankenhaus für die Arbeiter gruppierten, wurden wiederholt als besonders rühmlich anerkannt.[3])

---

[1]) Vgl. oben S. 595.

[2]) Vgl. seine Darlegung aus dem Jahre 1857, oben S. 705 (sowie S. 627).

[3]) Das Statut der Kasse datiert vom 10. Dezember 1853; die Verwaltung leistete seit 1855 die Hälfte der gesamten Beiträge. Für die Wohlfahrtsein-

Bei der Rheinischen Eisenbahn bestanden von vornherein für die Arbeiter entsprechende Einrichtungen,[1]) deren Statuten 1856 und 1864 wiederholt verbessert wurden; 1864 trat ihnen noch ein durch Zuwendungen der Eisenbahngesellschaft verstärkter Pensionsverein für die unteren Beamten an die Seite. Noch im Jahre 1879, unmittelbar vor der Verstaatlichung, stiftete die Gesellschaft ein beträchtliches Kapital für außergewöhnliche Bedürfnisse, wo die bestehenden Pensions- und Unterstützungskassen nicht ausreichten.[2]) Schon früh aber kam Mevissen darauf zurück, daß mit solchen Mitteln allein nicht wirklich geholfen werden könne. Er bezeichnete bereits 1857 das gesetzgeberische Eingreifen des Staates als erwünscht. Und zwar schwebte ihm damals wohl die Einrichtung eines obligatorischen Fortbildungsschulwesens an erster Stelle vor, weil er die vermehrte Einsicht der arbeitenden Klassen in ihre Lage und in die vorhandenen Hilfsmittel für das wichtigste hielt.[3]) Da dieser Gedanke vorderhand nicht auf Verwirklichung rechnen konnte, ging er zur Selbsthilfe über. Im Jahre 1869 veranlaßte er die Gründung einer besonderen Fortbildungsschule für die Kinder der zahlreichen an der Zentralstelle der Eisenbahnreparaturwerkstätten in Nippes bei Köln beschäftigten Arbeiter. Auch hier war die Sorge für den Nachwuchs eines Stammes gelernter Arbeiter mitbestimmend, daneben aber leiteten Mevissen 'bedeutende Hoffnungen und Erwartungen in bezug auf die moralische und intellektuelle Fortbildung der bei dem Unternehmen dienenden Arbeitskräfte. Der Fortbildungsschule soll die spezielle Richtung auf die dem Eisenbahnverkehr dienenden technischen Fächer gegeben werden, und wir hoffen, daß zwanglos, aus freiem Interesse an der Sache, die höheren technischen Leiter unserer Werkstätten sich auch bereit finden werden,

---

richtungen in Hörde, über welche die Jahresberichte seit 1853 wiederholt eingehende Angaben bringen, vgl. Huyssen, Lage der Arbeiter auf den Eisenhütten des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins, in der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preußischen Staate VIII (1860), 4; Jacobi, in der Zeitschrift des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen III (1860), 14 ff.

[1]) Vgl. oben S. 348.

[2]) Diese 'Wilhelm-Augusta-Stiftung' vom 11./17. Juni 1879 wurde mit einem Kapital von 100000 Mark begründet.

[3]) In dem Kölner Handelskammerbericht für 1857, vgl. oben S. 705 Anm. 4; dazu oben S. 186, 352.

durch Lehre und Vortrag für die Weiterentwicklung der jüngeren aufstrebenden Kräfte zu wirken. Die geistige Lehre soll ein moralisches Band um den Arbeiter und seinen Vorgesetzten flechten und nach beiden Seiten hin die Überzeugung begründen und wachhalten, daß die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber absolut gemeinsame sind, und daß die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung das gegebene und notwendige Mittel ist, um dem Ganzen wie dem einzelnen die möglichst freie Ausbildung und Benutzung seiner Kräfte zu gestatten.'[1]) Er suchte ferner den Erwerb von Grund- und Hausbesitz durch die Angestellten, sowie den Bau von guten Arbeiterwohnungen zu fördern. Die verschiedenen Faktoren der Industrie: Intelligenz, Arbeitskraft und Kapital, sollten sich gegenseitig anerkennen und in dem sozialen Bewußtsein allgemeiner menschlicher Solidarität zu freundlicher Ausgleichung verständigen. Planmäßige Milderung der Härten der bestehenden Wirtschaftsordnung durch gesteigerte Bildung und wachsende Humanität entsprach Mevissens Art, zu denken und zu fühlen, dagegen mißbilligte er die nach dem französischen Krieg von neuem einsetzende plötzliche und maßlose Lohnsteigerung, und zwar aus den gleichen allgemeinen wirtschaftlichen und moralischen Gründen, wie früher.[2]) Gerade weil ihm eine dauernde Besserung der Zustände am Herzen lag, war er gegen solche bloß äußerliche, in der Regel in ihr Gegenteil umschlagende Mittel. Und ebenso sehr widerstrebte er der im staatlichen Eisenbahnbetrieb üblichen Gleichmacherei in Personalfragen, die auf die Privatbahn-Verwaltungen unbequem zurückwirkte. Es blieb sein Bestreben, allen entwicklungsfähigen Elementen, welche besondere Begabung mit eifrigem Streben verbanden, das Aufsteigen aus der Masse zu ermöglichen; ihm lag daran, eine fortschreitende Entwicklung von unten herauf zu fördern, aber nicht eine mechanische Gleichstellung aller zu verwirklichen.

---

[1]) Vgl. Mevissens Darlegungen in der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft vom 29. Mai 1869 S. 16f. Die 'Technische Schule' wurde 1872 mit 90000 Mark einmaliger und 9000 Mark jährlicher Ausgaben eröffnet und bestand noch nach der Verstaatlichung der Rheinischen Eisenbahn als 'Königliche technische Eisenbahnschule' bis 1891 weiter.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 604, sowie Jahresbericht des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins vom 6. Dezember 1873.

Er kam um diese Zeit, im Jahre 1873, auf den Gedanken der obligatorischen Fortbildungsschulen zurück;[1]) ihre Durchführung und die anderer Institutionen durch die Staatsregierung hielt er für unvermeidlich, 'selbst wenn diese Einrichtungen von einer gewissen Bevormundung der arbeitenden Klassen unzertrennlich sein sollten. Die ideale Hoffnung, daß die eigene freie Initiative dieser Klassen die ihre Zukunft sichernden Institutionen ins Leben rufen werde, dürfte gerade die Gegenwart, die durch hohe Löhne den Arbeitern scheinbar so günstig ist, als illusorisch erweisen. Zum vernünftigen Gebrauch des Erwerbs gehört die Einsicht in die Notwendigkeit freiwilliger Selbstbeschränkung. Diese Einsicht geht, wenn sie wirklich in einer Periode des Drucks gewonnen sein sollte, bei dem für das tägliche Bedürfnis schaffenden Arbeiter rasch wieder verloren, wenn nicht obligatorische Institutionen diese Einsicht lebendig halten.' Er ergänzte diese Darlegungen durch den wiederholten nachdrücklichen Hinweis darauf, daß der wirkliche Fortschritt nur in einer allmählichen und dauernden Steigerung der Löhne, der Genüsse und der häuslichen Einrichtungen, wie der Fertigkeiten und der Bildung der arbeitenden Klassen bestehen könne.[2])

Gerade damals aber wurde die soziale Spannung, die sich in der allen Schwankungen der Konjunktur hilflos preisgegebenen und daher den kommunistischen Utopieen zugänglichen Arbeiterschaft allmählich entwickelt hatte, durch den jähen Rückschlag der wirtschaftlichen Krisis noch verschärft und führte 1875 zum Zusammenschluß der sozialdemokratischen Partei. Der Vierte Stand organisierte sich auf Grund eines sozialpolitischen Programms, das eine ernste Gefahr für Staat und Gesellschaft bedeutete. Die schlimme Lage, in die das gesamte Erwerbsleben durch die Krisis für eine Reihe von Jahren versetzt wurde, verursachte anderseits, daß die um ihre Fortexistenz besorgte Industrie, statt aus gemeinsamer Not die sittlichen Kräfte gegenseitiger Hilfe von Unternehmern und Arbeitern zu entwickeln, dem Los der

[1]) Vgl. seine Ausführungen vom 29. Mai 1873, Bd. II, S. 603. — Am 17. Juni 1874 erließ das Kultusministerium eine Verfügung an sämtliche Regierungen, worin sie die Einrichtung von Fortbildungsschulen empfahl, ihnen aber keinen obligatorischen Charakter vindizierte und nur sehr mäßige Staatszuschüsse in Aussicht stellte.

[2]) Bd. II, S. 603—607, sowie ebd. S. 151ff.

Arbeiter noch weniger Teilnahme schenkte als seither. Das soziale Gewissen, das einst beim ersten Hervortreten der Schattenseiten des modernen Industrialismus wenigstens bei einem Teil des deutschen Bürgertums nach Reformen im großen Stil verlangt hatte,[1]) kam jetzt nicht zur Geltung; die Erziehung des Bürgertums zu sozialer Gesinnung konnte vielmehr des unmittelbaren Eingreifens der Staatsgewalt nicht entraten. Sobald die ersten Anzeichen einer veränderten Stellung der Regierung zu den Fragen des Wirtschaftslebens sichtbar wurden, kam Mevissen auf die Möglichkeit einer organischen Verbindung von Schutzzoll- und Sozialpolitik sowie auf die planmäßige Dezentralisation der Industrie unter staatlicher Leitung zurück, die noch unversuchten Mittel, auf die er seit seinem Eintritt in das öffentliche Leben wiederholt die Aufmerksamkeit zu lenken bemüht gewesen war. Er führte aus, daß auf solchen Wegen am wirksamsten den sozialistischen und nihilistischen, auf den Umsturz des Bestehenden zielenden Irrlehren begegnet werden könne, die damals, im Jahre der Attentate auf den greisen Kaiser, einen besonders bedrohlichen Charakter annahmen.[2]) Der Umschwung der deutschen Handelspolitik wurde dann in der Tat der Vorläufer der neuen Sozialpolitik, die seit 1881 in der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung zutage trat, dem großen sozialen Reformwerk Bismarcks, dessen erstes Glied, der Entwurf zu einem Unfallversicherungsgesetz, am 8. Januar 1881 den Reichstag überraschte.

Wenn Mevissen auch infolge seines Ausscheidens aus der Industrie nicht mehr unmittelbar an dieser Neuordnung der Arbeiterverhältnisse beteiligt war, so hatte er doch sofort Veranlassung, sich mit ihr zu beschäftigen. Im November 1880 hatte Bismarck in dem preußischen Volkswirtschaftsrat eine Art von besonderem wirtschaftlichen Parlament eingerichtet, das 75 Mitglieder, im wesentlichen Vertrauensmänner der Industrie und des Handels, umfaßte und die Aufgabe hatte, der Regierung sachverständigen Beirat in der neuen wirtschaftspolitischen Situation zuteil werden zu lassen. Auch Mevissen wurde am 10. Januar 1881 zum Mitglied dieser Körperschaft ernannt,[3])

[1]) Vgl. für die Jahre 1844 ff. oben S. 343 ff.

[2]) Vgl. seine Ausführungen aus den Jahren 1878 und 1879, Bd. II, S. 617, 620, 623.

[3]) Die Ernennung erfolgte auf fünf Jahre, und sie wurde am 28. April 1886 für weitere fünf Jahre erneuert. Mevissen äußerte sich am 28. Januar 1881

und hatte in den am 27. Januar durch den Fürsten Bismarck eröffneten Verhandlungen bei der ersten Beratung des neuen Entwurfs mitzuwirken, der als der Anfang einer zusammenhängenden Gesetzgebung gedacht war. Er hatte Anfang März in Köln Gelegenheit, in einem Kreise von Vertretern des rheinischen Handels und der rheinischen Industrie seine Eindrücke zu erörtern.[1]) Die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats hätten, so legte er dar, die kühnen und bahnbrechenden Entwürfe des Reichskanzlers freudig begrüßt, aber sich zugleich nicht verhehlt, daß diese schließlich das ganze Gebiet der Arbeit umfassenden Entwürfe neben ihren hellen Lichtseiten auch große Gefahren in sich trügen. 'Sie haben sich sagen müssen, daß diese ungemein kühnen Entwürfe die bisherigen Bedingungen der industriellen Produktion wesentlich umgestalten, und daß nur dann das vorschwebende große humane Ziel wirklich erreicht werden kann, wenn es gelingt, das mit der Erhaltung und der gesunden Fortentwicklung der bestehenden Verhältnisse vereinbare Maß der Leistungen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zu finden. Über dieses Maß und über die Wege zum ersehnten Ziel sind in den Beratungen des Volkswirtschaftsrats die Meinungen weit auseinandergegangen. Alle Mitglieder stimmten jedoch überein in der Überzeugung, daß soziale Fragen von dieser immensen Tragweite, nachdem sie einmal durch die Initiative des Reichskanzlers angeregt worden sind, eine glückliche Lösung finden müssen. Es ist zur nächsten, unabweisbaren Aufgabe der Gegenwart geworden, daß eine dem Ganzen frommende und die Bedingungen der industriellen Produktion nicht gefährdende, gerechte Lösung der wachgerufenen Ansprüche der Arbeitnehmer gefunden werde. In Rheinland-Westfalen, wo im Laufe eines Menschenalters durch die freie und kräftige Initiative der Industriellen so Großes und Zukunftreiches geschaffen und vorbereitet wurde, wird gewiß die einsichtsvolle und bereite Mitwirkung zur Lösung dieser so plötzlich in den Vordergrund gerückten großen Tagesfragen nicht fehlen.'

Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 eröffnete bald darauf die soziale Gesetzgebung der Jahre 1883—1889, durch die

sehr zweifelhaft, 'ob diese aus einer sonderbar zusammengewürfelten Gesellschaft bestehende Einrichtung sich überhaupt bewähren werde'.

[1]) Am 8. März 1881; es war im wesentlichen der oben S. 804, Anm. 1 erwähnte Kreis.

der Staat die Fürsorge für den Arbeiterstand als seine Aufgabe anerkannte und ein großartiges Hilfssystem gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter aus den gemeinsamen Beiträgen der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates ins Leben rief, das, wie die Erfahrung lehrt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie keineswegs schwächt, aber allerdings, um zu voller und allseitig wohltätiger Wirkung zu gelangen, noch der weiteren sittlichen Durchbildung des Arbeiterstandes bedarf. Von Bedenken in letzterer Hinsicht war auch Mevissen nicht frei, aber im allgemeinen hatte das soziale Reformwerk doch seine volle Sympathie. Wiederholt kam er in den folgenden Jahren auf den Fortgang dieser Gesetzgebung zurück und gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Fortdauer des Friedens 'den Völkern erlauben wird, auf dem Wege der Kultur kräftig fortzuschreiten und weitere Schritte auf dem Gebiete der sozialen Fragen zu tun'.[1])

Das Ausscheiden aus der Leitung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft bedeutete für Mevissen das Aufhören seiner unmittelbaren Verbindung mit dem schaffenden Leben. Mehr als es ihm seither möglich gewesen war, konnte er sich fortan seiner Familie widmen. Zwar hatte er sich dem stillen Reize, den das Leben im Kreis der Familie von Jugend auf ihm darbot, nie entzogen, aber dieser bildete nur die Ergänzung seines in das Treiben der Allgemeinheit kräftig eingreifenden Wirkens, das sich zum größten Teil außerhalb des Hauses abspielte und ihn, wenn er zu Hause war, meist an den Schreibtisch fesselte. Seine Auffassung der engeren wie der weiteren Familie als einer geschlossenen Einheit gegenüber der Außenwelt, wo jeder unbedingt für den andern einzutreten hatte und die Zuversicht der einzelnen durch ein alle Glieder umfassendes Band treuer Gesinnung und tüchtigen Strebens gestärkt wurde, verlangte nach häufigem Verkehr der Verwandten zur Pflege der Zusammengehörigkeit, und wie das Bewußtsein, von liebenden Verwandten umgeben zu sein, zu seinen Lebensbedürfnissen zählte, so blieb ihm der Schatz herzlicher Familienliebe in der Tat ungeschmälert. Allerdings lichtete sich allmählich der Kreis. In den Jahren 1861 und 1873 raubte ihm der Tod die beiden Schwestern, mit denen er von früher Jugend an durch das innigste Band geschwisterlicher Zuneigung verknüpft war.

[1]) An H. v. Dechen, 1883 Dezember 31.

1874 starb sein Schwiegervater D. Leiden, den er stets mit pietätvoller Anhänglichkeit verehrt hatte, 1882 auch sein Schwager F. W. Koenigs, ein Mann von peinlichster Gewissenhaftigkeit, mit dem ihn ein fünfzigjähriges gemeinsames Streben und Wirken aufs engste verbunden hatte und dem er in den langen Jahren, wo ihn selbst politisches Wirken und kaufmännische Unternehmungen in Atem hielten, die Disposition über die eigenen materiellen Interessen vertrauensvoll hatte überlassen können. Dem treuen Freundschaftsverhältnis zu diesem Manne verdankte es Mevissen, daß er ganz frei und unbesorgt öffentlichen Interessen sich widmen konnte und mit ruhiger Sicherheit auch in kritischen Epochen auszuharren vermochte.

Die zweite Ehe Mevissens bot, wie die erste, das Bild hingebender Liebe und stillen Friedens der Seele. Seine Gattin, wie ihre Schwester von wenig starker Konstitution, blieb ohne Kinder und wurde nach 1870 vielfach von einer rheumatischen Affektion heimgesucht, die ihre körperliche Beweglichkeit lähmte, so daß ihr leidender Zustand fast unausgesetzter Aufmerksamkeit bedurfte. In der Sorge für Haus und Familie sowie in der Pflege gewählter Geselligkeit fand sie ihr Glück. In den Jahren 1869 bis 1872 baute Mevissen sich in Köln ein neues, prächtiges Haus, in das er im Herbst 1872 übersiedelte.[1]) Hier und in seinem Godesberger Landhaus, wohin er jährlich während der Sommermonate seinen Aufenthalt verlegte, herrschte eine vornehme Gastfreundschaft, die sich bei allem Glanze doch frei von banalem Luxus hielt. Er legte allezeit großen Wert auf einen regen Verkehr und einen geistreich heiteren Umgang mit bedeutenden Menschen. In einer Zeit, wo das Prinzip der Arbeitsteilung und Zersplitterung auch das gesellige Leben zu zerklüften begann, suchte sein reicher Geist, dem sich in philosophischer Weise noch immer alles zum Ganzen wob, in einem möglichst vielseitigen Verkehr mit solchen Männern Befriedigung, mit denen ihn das Bewußtsein verband, gemeinsam, wenn auch auf getrennten Wegen, großen Zielen entgegenzustreben. Mit Vorliebe pflegte er die Verbindung mit der politischen, der wissenschaftlichen und der Kunstwelt, und er betrachtete es als eine seltene Gunst des Geschicks, daß er freundschaftlich und in freier Verehrung

[1]) Zeughausstraße 2a, an der Stelle des abgebrochenen alten Hauses Ipperwald.

mit vielen der bedeutendsten Männer unter den Zeitgenossen in nahe Verbindung treten konnte.

Einen bevorzugten Raum in seinem Hause bildete die Bibliothek, deren Gründung in seine Dülkener Lehrjahre zurückreichte und die er seither nach allen Richtungen ausgebaut hatte. Geschichte, Nationalökonomie, Philosophie, Literatur und Kunst waren die Disziplinen, die er vorwiegend pflegte.[1]) Die ununterbrochene Erweiterung seiner Büchersammlung nahm ihn sogar auf Reisen, besonders in Paris, in Anspruch; denn die natürliche Harmonie seiner geistigen Kräfte erfuhr selbst in seiner bewegtesten wirtschaftlichen Schaffensperiode keine Verstimmung. Auch als er mitten im kaufmännischen Erwerbsleben stand, suchte er sich den selbständigen Überblick über das gesamte wissenschaftliche und kulturelle Leben zu erhalten. Sein Lieblingsaufenthalt in Stunden geistiger Muße war stets seine Bibliothek. Er nahm von allen bedeutenden literarischen Erscheinungen Kenntnis, und sein in der Hegelschen Schule entwickelter enzyklopädischer Geist blieb mit den großen geistigen Fragen der Vergangenheit und der Gegenwart dauernd in lebendiger Verbindung.

Hatten ihn seither die kaufmännischen Interessen zu häufigen Reisen im In- und Ausland veranlaßt, so gab er das gewohnte bewegliche Leben auch jetzt, in den Jahren geschäftlicher Muße, keineswegs ganz auf. Jahr für Jahr verbrachte er vielmehr nicht nur, durch die Beratungen des Herrenhauses und des Volkswirtschaftsrats veranlaßt, wiederholt mehrere Wochen in Berlin, sondern er unternahm auch sonst, teils mit seinen Töchtern, von denen zwei unvermählt blieben[2]), teils mit Freunden, häufige und ausgedehnte Reisen. Fast jährlich besuchte er die Schweiz und Paris, 1867 war er mit Dechen am Mont-Cenis zur Beobachtung der Bauten am ersten großen Alpentunnel, 1869 war er in Südfrankreich und den Pyrenäen, 1882 nahm er an der Eröffnung der Gotthardbahn teil, 1883 sah er das seit seiner ersten italienischen Reise im Jahre 1845 ganz

[1]) Die Bibliothek Mevissens, die er testamentarisch den Städten Köln und Dülken vermacht hat, umfaßte 25000 Bände.

[2]) Mathilde und Melanie; Maria Mevissen vermählte sich 1868 mit dem Bankier, heutigen Geheimen Kommerzienrat H. Stein, Elise 1874 mit dessen (1887 verstorbenem) Bruder Paul Stein, Minna 1880 mit dem königlichen Landrichter, heutigen Oberlandesgerichts-Präsidenten A. Ratjen.

umgewandelte Rom wieder, 1885 bereiste er Dänemark, Schweden und Norwegen. Die Weltausstellungen und die großen Kunstausstellungen in Paris, Brüssel, Amsterdam, Antwerpen, München, Berlin und Dresden besuchte er regelmäßig und mit großer Ausdauer, stets die Fortschritte der deutschen Leistungen mit den fremden vergleichend und bestrebt, den Entwicklungsgang des ideellen Kunstgehalts zu verfolgen. Mit seinem Bonner Freunde H. v. Sybel, mit dem er im Herbst 1871 eine längere Reise durch Graubünden, Oberitalien und Tirol unternahm, vereinigten ihn häufige Ausflüge ins nahe Siebengebirge. Gerne und oft verband er sich auch als rüstiger Fußgänger zu ausgedehnteren Wanderungen am Rhein, in der Eifel und auf dem Hunsrück mit H. v. Dechen, dem erfahrenen Berater und unermüdlichen Förderer aller auf den Schätzen des Bodens beruhenden industriellen Unternehmungen, mit dessen gediegenem Wesen ihn eine nahe Verwandtschaft des Geistes und Gemüts verknüpfte. Zur Pflege angeregten Verkehrs mit den Celebritäten der politischen, Gelehrten- und Finanzwelt bot ihm vor allem der regelmäßige Besuch der Reichshauptstadt in den Winter- und Frühjahrsmonaten reiche Gelegenheit. Es war ein großer Kreis von Männern, mit denen er dort teils im Herrenhaus gemeinsam tätig war, teils auf den jährlich wiederkehrenden Hoffesten oder sonst in der Berliner Gesellschaft zusammentraf und deren gelegentliche Anwesenheit am Rhein einen fortgesetzten Verkehr ermöglichte. Aus dem Kreise der Politik und der Armee waren ihm allmählich nähere Verbindungen entstanden zu den Ministern Achenbach, v. Kameke, Lucius und v. Stosch, dem General v. Loë, dem Staatssekretär Stephan und dem Unterstaatssekretär Wehrenpfennig. Von den Parlamentariern stand er Bennigsen, Berger (Witten), Gneist, Hammacher und Miquel nahe; seit dem Übergang der nationalliberalen Partei zur Schutzzollpolitik trat er zu dieser Gruppe, mit deren Grundsätzen und Zielen er sich im allgemeinen in Einklang befand, in engere Beziehungen. Von den Finanzmännern blieb er dauernd mit Adelbert Delbrück und Adolf Hansemann, dem Sohn seines 1864 verstorbenen politischen Freundes David, verbunden. Aus dem Kreise der Kunst traf er häufig mit Schwechten zusammen, und Reinhold Begas führte im Frühjahr 1884 eine vortreffliche Marmorbüste von ihm aus; aus der Gelehrtenwelt verkehrte er mit Dernburg, Du Bois-Reymond, Helmholtz, M. Jähns, H. Treitschke,

G. Waitz. Besonders gerne pflegte er die freundschaftlichen Beziehungen zu seinen alten Frankfurter Parlamentsgenossen G. Beseler und Max Duncker, zu H. v. Sybel, der 1875 als Nachfolger M. Dunckers von Bonn nach Berlin übersiedelte, um die Direktion der Staatsarchive zu übernehmen, sowie zu Th. Mommsen, in dem er wie in Sybel nicht nur den glänzenden Historiker, sondern auch den allen bedeutsamen Regungen der Gegenwart zugewendeten Kopf verehrte. Sein Verkehr mit der Gelehrtenwelt bot ihm zugleich wiederholt die willkommene Möglichkeit, großen wissenschaftlichen Unternehmungen auf dem Gebiet der Archäologie, der Geschichte, der Sprach- und Naturwissenschaft, für welche öffentliche Mittel nicht bereitzustellen waren, die materielle Grundlage schaffen zu helfen.

So war sein Lebensabend durch engen Gedankenaustausch mit den Besten unter den Zeitgenossen verschönt. Mit seinem Ausscheiden aus der praktischen Wirksamkeit war aber auch das schöpferische Element des eignen Wesens keineswegs ganz erlahmt, wenn der Fünfundsechzigjährige auch wohl empfand, daß die jugendliche Lust am Schaffen nachließ und der Kreis tätiger Interessen sich notwendig verengerte. In dem Augenblick, wo er die Leitung des Rheinischen Eisenbahnunternehmens aufgab, äußerte sich vielmehr sein gestaltungskräftiger Wille noch in zwei neuen, wiederum auf eine lange Zukunft berechneten Plänen. Bei dem einen handelte es sich um ein weittragendes Problem aus dem Gebiet des kaufmännischen Bildungswesens.

Der Gedanke, Handelshochschulen zu begründen, um aus der großen Masse des Kaufmannsstandes auf der Grundlage erhöhter Geistesbildung eine Auswahl führender Männer herauszuheben, ist nicht neu; die Gegenwart ist vielmehr auch auf diesem Gebiete die Vollstreckerin einer Zeit, die reicher als sie an Ideen war, aber ärmer an Mitteln, dieselben durchzuführen. Der Gedanke ist ein Produkt des 18. Jahrhunderts, der Epoche, wo der vom Organisationsbedürfnis auf allen Gebieten wirtschaftlichen Lebens erfüllte Merkantilismus sich mit der herrschenden Zeittendenz der Aufklärung verband, den Fortschritt der Zukunft vor allem durch Maßnahmen auf dem Felde der Jugendbildung und Erziehung vorzubereiten.[1]

[1] Vgl. Zieger in der Zeitschrift für das gesamte kaufmännische Unterrichtswesen II (1899), 115 ff.

Auch in Köln wurde die Gründung einer Handelshochschule schon damals öffentlich erörtert. Das kaufmännische Bildungswesen sollte selbständig neben den überlieferten humanistischen Lehranstalten und Universitäten entwickelt werden. Im Jahre 1786 stellte in einer der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Kurstaat Köln gewidmeten Schrift J. A. J. v. Franz, der geistliche Sohn eines bedeutenden Kölner Großkaufmanns und Bankiers, zum erstenmal den Plan einer solchen Handelshochschule auf, indem er zugleich die Notwendigkeit ihrer Ergänzung nach unten durch eine kaufmännische Mittelschule betonte.[1]) Des Verfassers Vater und ein älterer Bruder, der dem Vater im Geschäfte folgte, unterhielten nahe Beziehungen zu zwei um die wirtschaftliche Hebung der Rheinlande verdienten rheinischen Landesherren, zum Kurfürsten Max Franz von Köln und zum Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz, dem zugleich die Herzogtümer Jülich und Berg unterstanden. Max Franz, der Sohn der Kaiserin Maria Theresia und jüngere Bruder Kaiser Josephs II., zugleich der Vollender der ersten Bonner Universität, mochte dem Gedanken von vornherein nicht unzugänglich sein, nachdem derselbe schon einige Zeit vorher in den benachbarten österreichischen Niederlanden ernsthaft erwogen worden war und sich im Jahre 1765 zu dem Projekt einer Fakultät für Handelswissenschaften im Anschluß an die Universität

---

[1]) J. A. J. F. v. F . . . z, Gedanken zur Aufnahme und Beförderung der Handlung und der damit in Verbindung stehenden Gewerbe in den kurköllnischen Landen (1786), S. 132 ff. — Der Vater des Verfassers, Johann Mathias Franz, war im Jahre 1750 von Augsburg in Köln eingewandert und 1753 bis 1771 wiederholt Ratsherr der Reichsstadt. Seine und seines gleichnamigen Sohnes geschäftliche Beziehungen zu den beiden Kurfürsten führten zur Erhebung der Familie in den Adels- (1780) und Freiherrnstand (1784). Der Verfasser der Schrift (Johann Arnold Joseph Freiherr von Franz) war im Jahre 1757 geboren, er studierte seit 1774 auf der Kölner Universität, war 1779 Praktikant am Reichskammergericht in Wetzlar, 1781 Lizentiat beider Rechte, lebte eine Zeitlang als Kanonikus am Augsburger Domstift und wurde am 7. März 1786 vom Kurfürsten Max Franz zum Scholaster des Gereonsstifts in Köln ernannt. In dieser Stellung blieb er bis zur Säkularisation des Stifts im Jahre 1803, er starb 1806 in Wien. Einige, zum Teil ungenaue Angaben über die Familie finden sich bei Fahne, Kölnische Geschlechter II, 43; vgl. auch Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 20, 110; näheres ergibt sich aus den Archiven in Düsseldorf und Köln.

[illegible] verdrängen kann.[1] War dieses Projekt nicht zur Ausführung gelangt, so war doch bald darauf, im Jahre 1767, durch J. G. Büsch in Hamburg der erste praktische Versuch einer wirklichen „Handlungsakademie" in Deutschland unternommen worden, die A. v. Humboldt und B. G. Niebuhr zu ihren Schülern zählte und bis 1800 fortbestand.[2] Auch in Düsseldorf wurde in den Jahren 1776 und 1778 das Projekt einer derartigen „Handlungsakademie" wiederholt erwogen.[3] Der Kölner Kuper veröffentlichte sein Projekt im Jahre 1786 in der ausgesprochenen Absicht, den Kurfürsten Max Franz auf das vorhandene Bedürfnis im eigenen Lande hinzuweisen. Er bezeichnete den „Mangel an Aufklärung und kaufmännischen Kenntnissen in hiesigen Landen als eine Quelle des schlechten Zustandes des Handlungs-, Fabriken- und Manufakturwesens" und vertrat die Forderung, daß Handelsschulen in mehreren Städten des Kurstaates, außerdem aber in einer Stadt eine Handelsakademie zur Heranbildung derjenigen, die sich „dem Handel im Großen" widmen wollten, errichtet werden müßten.[4]

Während der bald darauf beginnenden französischen Okkupation der Rheinlande wurde die Frage von neuem angeregt. Im Jahre 1807

[1] [illegible] Un projet de création d'une faculté commerciale [illegible] Revue de l'Instruction publique en Belgique 48 (1905), S. 96ff. Urheber des Gedankens war dort der hervorragende Kaufmann Nicolas Bacon, der seinen wohldurchdachten und bis ins einzelne ausgearbeiteten Plan dem Minister Grafen Cobenzl im Jahre 1765 unterbreitete.

[2] R. Ehrenberg in den Veröffentlichungen des Verbands für das kaufmännische Unterrichtswesen IV (1897), 23ff.

[3] Vgl. für das Projekt der „Kurfürstlichen privilegierten Handlungsakademie auf der Citadelle in Düsseldorf" das Düsseldorfer Wochenblatt 1776 Nr. 17, 1778 Nr. 21. Es wird dort auf eine besondere Druckschrift: Ausführliche Nachricht von der ... Handlungsakademie, Düsseldorfer Hofbuchhandlung 1776, hingewiesen, die seither verschollen ist.

[4] In den Vorlesungen an dieser Akademie sollten die Studierenden „theoretische und praktische Unterweisung erhalten von allen Arten des Handels im Großen und der Fabriken (nebst ihren Geschäften zu Haus und auf den Messen): von der Art, Negozien zu schließen, Entreprisen zu unternehmen, Spekulationsgeschäfte zu machen; von dem völligen Wechselgeschäfte, von doppelter Buchhaltung, von den Börsen und Banken, von den Handlungsgesellschaften und Traktaten, von der Handlung der Seehäfen, von Assekuranzen, Havareien usw." (S. 140ff.).

ersuchte das Ministerium des Innern zu Paris die Kölner Handelskammer, sich über das Projekt einer Handelshochschule in Paris gutachtlich zu äußern, das ein Professor Boucher entworfen und über das die Pariser Handelskammer bereits ein zustimmendes Votum mit der Erklärung abgegeben hatte, daß solche Anstalten an den Haupthandelsplätzen unter der Aufsicht der Handelskammern sehr nützlich sein würden.[1])

Das steigende wirtschaftliche Bedürfnis im Jahrhundert praktischer Arbeit führte dann unter der preußischen Herrschaft zunächst zur Verwirklichung der geplanten niederen Anstalten. Es wurden Realschulen für gewerbliche Berufe gegründet, welche die für das geschäftliche Leben nützlichen Kenntnisse in den Kreis des Unterrichts aufnahmen. Mevissen selbst wurde im Jahre 1829 einer der ersten Schüler der Kölner Bürgerschule, welche diesem natürlichen Bedürfnis nach Differenzierung des Unterrichts im Jahre 1827 ihre Entstehung verdankte (S. 26). Die Absicht, diese Anstalten durch kaufmännische Hochschulen zu krönen, verschwand aber für längere Zeit von der Tagesordnung. Je mehr sich die Zeit den Lehren der Freihandelsära zuwendete, um so weniger Interesse hatte sie naturgemäß für organisatorische Ideen dieser Art. Die Überzeugung, daß die Praxis die einzig brauchbare Schule für den Kaufmann sei, wurde herrschend. Der Gedanke an Handelshochschulen wurde zunächst abgelöst durch das Bedürfnis technischer Hochschulen, das sich aus den schnellen Fortschritten der deutschen Industrie ergab. Schon früh, seit 1847, wies auch Mevissen auf die hierdurch notwendig werdende Veränderung der Struktur des Bildungswesens hin. Sein ausgeprägtes Interesse für das Schulwesen überhaupt und sein Wirken auf dem Gebiete der rheinischen Industrie legten ihm die technischen Bildungsfragen gleichmäßig nahe, und er empfahl wiederholt die Gründung technischer Hochschulen, die sich in Preußen zwar nur langsam durchzusetzen vermochten, dann aber in der Folgezeit den großen Vorsprung Deutschlands auf technischem Gebiet durch die Verbindung wissenschaftlicher Forschung mit industrieller Praxis auf das erfolgreichste angebahnt haben.[2])

[1]) Der gedruckte Plan liegt in den Akten der Kölner Handelskammer vor. Man nahm in Köln Kenntnis von der Sache, verfolgte sie jedoch nicht weiter, wie eine Notiz auf dem Aktenstück ('deposé aux archives') erweist.

[2]) Vgl. oben S. 185, 405, 479; im Jahre 1850 empfahl er auch die Gründung besonderer Bergschulen (vgl. Bd. II, S. 493).

Seit Mevissen sich im Jahre 1849 endgültig in der Stadt Köln seine zweite Heimat begründete, verband sich dieser Gedanke bei ihm mit einer anderen Erwägung.

Die Einseitigkeit bloß materieller Entwicklung eines großen Gemeinwesens erschien ihm als bedenklich. Wie sehr aber die Verhältnisse in Köln zu dieser Einseitigkeit drängten, trat ihm unverkennbar entgegen, als er aus dem reichen geistigen Leben, das ihn in Frankfurt zur Zeit des Parlamentes umgab, in diese Stadt zurückkehrte, von der er bei seiner ersten Übersiedlung einen glänzenden Aufschwung auch auf geistigem Gebiete erhofft hatte.[1]) Es entsprach seiner tatkräftigen Natur, nicht bei der Kritik zu verharren, sondern die Initiative zu positiven Maßnahmen zu ergreifen, die ihm durchführbar erschienen, sobald ihm die leitende Rolle im wirtschaftlichen Leben Kölns zugefallen war. In dem Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1855, worin er seine Gedanken über die großen Aufgaben der rheinischen Metropole ausführte (S. 697), widmete er auch dieser Frage eine ernste Betrachtung.[2])

'Niemandem, der die Rheinlande mit unbefangenem Auge betrachtet, wird das Anomale entgehen, das darin liegt, daß Koblenz der Sitz der Spitze der Zivil- und Militärverwaltung der Provinz, daß Bonn der wissenschaftliche, Düsseldorf der künstlerische Mittelpunkt derselben, und daß Köln vorzugsweise nur die merkantile und industrielle Tätigkeit geblieben ist, während ihre Lage und Geschichte die Stadt unbedingt zum Zentrum aller Bestrebungen der Rheinlande macht. Die künstliche Trennung der Elemente des Volkslebens, welche die bestehende Organisation geschaffen hat, kann bei längerer Dauer nicht verfehlen, eine bedenkliche Einseitigkeit der Bestrebungen da herbeizuführen, wo im Interesse aller die reichste Vielseitigkeit geboten wäre. Bei der wachsenden Aufgabe, welche die Gegenwart der Stadt stellt, reichen zur Abhilfe vereinzelte Bestrebungen[3]) nicht aus, der Gemeinsinn aller wird die Lösung des Problems anzustreben haben, das geistige mit dem materiellen Leben in Einklang zu bringen.

[1]) Vgl. oben S. 240. Am 14. August 1849 schrieb er: 'Ich kann mich eines leichten Schauders nicht erwehren, wenn ich mir meine Existenz auf Jahre hinaus hier angeschmiedet denke.'

[2]) Vgl. Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1855 (verfaßt im März 1856) S. 7, sowie oben S. 198.

[3]) Solche waren damals in der Stiftung des städtischen Museums (durch J. H. Richartz, 1854) und der Rheinischen Musikschule (1845) hervorgetreten.

Seit dem Ausbruch der französischen Revolution hat die Aristokratie der Rheinlande, die früher ihre Höfe in Köln hatte, sich von der Stadt zurück aufs Land gezogen; auch die in älterer Zeit zahlreichen Rentner haben in Düsseldorf, Bonn und anderwärts sich niedergelassen. Soll eine neue zeitgemäße Mischung aller Elemente, wie wir sie für ein politisches und wirtschaftliches Bedürfnis erachten, im Zentrum der Rheinlande erzielt werden, so wird auf durchgreifende Verschönerung der alten Stadt und auf Erweiterung ihres Umfangs hinzuwirken sein. In die verschönerte Stadt wird dann die Wissenschaft, sei es in Form einer polytechnischen Schule oder einer Universität, einziehen und auch die Kunst wird hier eine bessere Stätte finden müssen. Die materielle Tätigkeit erlangt nur dadurch ihre Weihe und wahre Berechtigung, daß sie dem geistigen Leben den Weg bahnt und ihre Mittel zu seinem Dienste verwendet'.[1])

Eine technische Hochschule in Köln, deren Gründung Mevissen in den folgenden Berichten der Handelskammer noch zu wiederholten Malen empfahl,[2]) schien damals der Verwirklichung nahe zu sein. Mehrere Jahre hindurch beschäftigte von 1857 ab ein für die ganze Provinz bestimmtes, von der Staatsregierung zu leitendes und im wesentlichen von der Stadt Köln zu unterhaltendes Polytechnikum lebhaft die beteiligten Instanzen. Die Anstalt wurde aber im Jahre 1863 nicht in Köln, sondern in Aachen errichtet, da die Staatsregierung nach längerem Schwanken dieser Stadt den Vorzug gab. In den Verhandlungen wurde 1858 auch die Verbindung einer Handelshochschule mit dem Polytechnikum erwogen.[3]) Mevissens Drang nach ordnender Systematik in dem bunten Wechsel kommerziellen Lebens, von dem seine gleichzeitigen Handelskammerberichte zeugten (S. 701), trat auch hier hervor und führte den seit einem halben Jahrhundert verschollenen Gedanken wieder ans Licht. Wenig später, im Januar 1860, wurde auch von einem in der Schweiz tätigen deutschen Handelslehrer

---

[1]) Ähnlich urteilte er über die verwandten Hamburger Verhältnisse. Von dort schrieb er am 12. November 1860: 'Das geistige Leben wird hier durch das zu vorwiegende materielle in den Hintergrund gedrängt. Diese Einseitigkeit kann erst gemildert werden, wenn die Handelsstadt sich mit dauernden wissenschaftlichen Instituten versieht. Hier, wie in Köln, fehlt die Universität und die polytechnische Schule; die kaufmännische Einseitigkeit ist nirgend wohltuend.'

[2]) Jahresberichte für 1856 S. 11, 1857 S. 27, 1858 S. 30.

[3]) Zuerst in einer Besprechung, welche am 21. August 1858 beim Regierungspräsidenten v. Moeller zwischen diesem, Mevissen und dem Beigeordneten Rennen stattfand.

die Errichtung einer Handelsakademie in Köln, entweder im Anschluß an das geplante Polytechnikum oder als selbständiges Institut, durch Vorlage eines detailierten Planes bei der Kölner Handelskammer in Anregung gebracht.[1]) Aber mit dem Projekt des Kölner Polytechnikums fielen auch diese Anregungen, denen die in den Kölner Handelskreisen noch vorherrschende Auffassung, daß das Leben und die praktische Lehrzeit allein die fruchtbaren Bildungsstätten des angehenden Großkaufmanns seien, überhaupt wenig entgegenkam.

Mevissen aber hielt fortan den Gedanken, der ein organisches Glied seiner Gesamtauffassung war, unentwegt im Auge. Die Eingliederung aller lebendigen Kräfte in einen großen einheitlichen Prozeß, der von geistigen und sittlichen Gesichtspunkten bestimmt sein und dem Fortschritt der nationalen wie der allgemeinen Kultur dienen sollte, war ja die Quintessenz seines eigenen Handelns. 'Die reich beanlagten, dem Erwerbsleben dienenden Persönlichkeiten müssen', diesen Gedanken variierte er wiederholt in diesen Jahren, 'stets und unverwandt den Blick auf die gesamte Entwicklung unseres Staates und Volkes und auf die idealen Ziele der Menschheit gerichtet halten, wenn sie nicht in enger Beschränktheit auf die materiellen Interessen versumpfen und verkümmern sollen. Die materiellen Schöpfungen und ihre Träger empfangen ihre wahre Weihe erst dadurch, daß sie sich in freier Unterordnung als dienende Glieder, als die Unterlagen der höheren geistigen Ordnungen im Leben des Staates und des Volkes wissen und erkennen. Es muß allseitig zu klarem Bewußtsein gelangen, daß die erkennenden und die schaffenden Kräfte einander stets ergänzen, und daß beide erst in gegenseitiger Durchdringung und

[1]) Der aus Nürnberg gebürtige Professor G. Prottengeier (der 1855—57 an der Gewerbe- und Handelsschule in Freising, 1858 in Aarau, 1859—62 an der Handelsschule in Luzern wirkte) übersandte am 26. Januar 1860 der Kölner Handelskammer den Plan einer Handelshochschule mit dreijährigem Lehrgang, der sich auf die eigentlichen Handelsfächer beschränkte. Er erbot sich, die Schule und das zu ihr gehörige „Musterkontor" selbst einzurichten. Die Handelskammer beschloß am 25. Februar, dem Oberbürgermeisteramt Mitteilung zu machen, verfolgte das Projekt jedoch nicht weiter (vgl. Akten der Handelskammer VI, 3). Es war die Zeit jener Krisis, die den in Italien abwesenden Mevissen veranlaßte, das Präsidium der Handelskammer niederzulegen (vgl. oben S. 732). — Prottengeier erhielt 1861 einen Ruf an das Polytechnikum in Riga, dem er nicht folgte; 1862 ging er nach Augsburg.

Harmonie zu den höchsten Leistungen auf ihren Sondergebieten befähigt werden.'

Im Jahre 1866 kam er generell auf die Notwendigkeit der Gründung von Handelsakademieen zurück.[1]) Die Aufrichtung des neuen Reichs und die abstoßenden Disharmonieen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, welche die folgenden Jahre entstellten, brachten dann seinen Entschluß zur Reife. 'Die größeren Aufgaben', so war einerseits sein Gedanke,[2]) 'welche dem Deutschen Reiche aus seiner machtvollen Gestaltung erwachsen, können auf dem Gebiet des materiellen Lebens nur dann mit vollem Erfolg gelöst werden, wenn die erreichte hohe politische Stufe auch in der erweiterten Kenntnis und in den gesteigerten Fähigkeiten der deutschen Kaufleute ihren Ausdruck findet.' Die trüben Erfahrungen der zuchtlosen Zeit des Gründerschwindels erweckten bei ihm anderseits in verstärktem Maße die Befürchtung, daß einem Volke, welches nur nach materiellen Gütern trachtet, im Laufe der Entwicklung mit dem sittlichen Ernst auch die Kraft wirtschaftlichen Fortschritts und damit die Grundlage der Zukunft verloren gehen müsse. Seine überlegene, dem Pessimismus unzugängliche Geisteskraft vermochte die schroffen Gegensätze in sich auszugleichen, welche die Zeit des praktischen Realismus von dem Erbe der wissenschaftlich-künstlerischen Geisteskultur der Vergangenheit trennten. Die seit der Mitte der siebziger Jahre sich vorbereitende Wendung der deutschen Handelspolitik, die von einem überraschend schnellen Umschwung der öffentlichen Meinung begleitet war, gab seiner Hoffnung Raum, daß das allgemeine Interesse sich fortan der Entwicklungssphäre des Kaufmannes hingebender als bisher zuwenden werde. Ihm selbst galt die Heranbildung der Jugend stets als der Kern aller friedlichen, ausdauernden Reformarbeit. 'Erkennen wir', so mahnte er wiederholt, 'daß in der Jugend der Kern des Daseins, daß in dem Werdenden das Künftige liegt, daß das Gewordene, wie gestaltet es auch sei, als ein Fertiges

---

[1]) Vgl. Bd. II, S. 589.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 632. — Es ist von Interesse, Mevissens allgemeine Auffassung in dieser Zeit mit verwandten Gedankengängen zu vergleichen, wie sie 1875 K. Planck in seinen Abhandlungen „Manchestertum und deutscher Beruf" in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft niederlegte. Die Abhandlungen sind wieder abgedruckt von R. Planck, Deutsche Geschichte und deutscher Beruf, Aufsätze und Reden von Karl Chr. Planck (1905) S. 53ff.

schon der Vergangenheit angehört.' Solche Erwägungen aber, Produkte seines unverwüstlichen Idealismus, verbanden sich damals wiederum mit seiner alten Überzeugung, daß für die Stadt Köln, der er sich dankbar verpflichtet fühlte, da sie ihm den Boden für das eigene Emporsteigen geboten hatte, die Harmonie des geistigen mit dem materiellen Leben ein besonders dringendes Bedürfnis sei.

Den Tag der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares, den 11. Juni 1879, wählte er, um mit seiner Absicht an die Öffentlichkeit hervorzutreten. Die hohe Verehrung, welche er dem greisen Herrscher und seiner Gemahlin zollte, und die Überzeugung, daß er sich mit der Auffassung der Kaiserin auch auf diesem Gebiete in vollem Einklang befinde, bestimmten ihn, am 10. Juni der Stadt Köln ein namhaftes Kapital zur Verfügung zu stellen, das den Grund zu einer Handelsakademie zu legen bestimmt war.[1])

Die Aufgaben, welche er der geplanten Hochschule stellte, legte er bei diesem Anlaß eingehend dar. 'Die Handelsakademie soll die Bestimmung haben, als akademische Hochschule der Universität in Bonn und der Polytechnischen Schule in Aachen ergänzend zur Seite zu treten, um einem mehr und mehr sich aufdrängenden Bedürfnisse der Gegenwart zu begegnen und speziell der Stadt Köln einen Mittelpunkt wissenschaftlichen Lebens und Strebens zu bilden, dessen sie dringend bedarf, wenn nicht einseitige Erwerbsrichtungen im Leben der Metropole des Rheinlands zu dominierend in den Vordergrund treten sollen. Die geplante Anstalt soll, die Bedingungen späterer erfolgreicher Tätigkeit auf dem Gebiete des Erwerbslebens in sich aufnehmend und dieselben kultivierend, neben einer gründlichen Fachbildung zugleich die allgemeine menschliche Bildung nach wissenschaftlicher Methode fördern und im Manne des Fachs zugleich den fest in sich ruhenden Charakter, den sittlichen, selbstbewußten Menschen

[1]) Er stiftete persönlich 100000 Mk. und fügte dieser Summe im Namen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft einen Betrag von 91500 Mk. hinzu. Letztere Summe bildete den von dieser Gesellschaft verwalteten Rest der Einzahlungen bei dem von Mevissen im Jahre 1844 ins Leben gerufenen Komitee für den Bau der Eisenbahn von Köln nach Koblenz (vgl. oben S. 424). Mevissen hatte diesen Fonds, der durch die Verzinsung jährlich anwuchs, am 12. April 1862 der Stadt Köln auch schon für das damals geplante Polytechnikum zur Verfügung gestellt.

erziehen.' Demgemäß verlangte er ein dreijähriges Studium und für die Immatrikulation dieselben Bedingungen, welche an den deutschen Universitäten und technischen Hochschulen Geltung hatten, also die Absolvierung eines Gymnasiums oder einer gleichberechtigten Real- oder Handelsschule. Eine besondere Denkschrift entwickelte die Aufgabe und den Lehrplan der Anstalt im einzelnen.[1]) Der ausgedehnte, Volkswirtschaftslehre, Sprachkunde, Jurisprudenz, Handelstechnik, Handelsgeographie, Naturkunde und daneben die allgemein bildenden und ethischen Unterrichtselemente der Philosophie, der Geschichte, der Literatur- und Kunstgeschichte in wohlerwogenem Gleichmaß zusammenfassende Plan ließ keinen Zweifel, worauf es ihm vornehmlich ankam. Er griff über das Programm einer Fachschule weit hinaus, die junge handeltreibende Welt sollte vielmehr vor allem lernen, wie die Tätigkeit des weltumblickenden Großkaufmannes, des Führers im nationalen Wirtschaftsleben, mit dem Staat und dem allgemeinen Fortschritt zusammenhängt. Gediegene und ausgebreitete Fachbildung sollte eine Auslese der kaufmännischen Jugend Deutschlands befähigen, über den nächstliegenden direkten Vorteil hinaus zu erfassen, wo die großen produktiven Aufgaben und Ziele der Zukunft liegen, um so auf dem ökonomischen Gebiete die Machtstellung Deutschlands aufrecht zu erhalten, die es auf dem politischen Gebiet errungen hatte. Diese erhöhte Fachbildung sollte aber auf der Grundlage vertiefter Universalbildung beruhen, um bei den für die materiellen Interessen Schaffenden das Verständnis dafür zu wecken, daß diese Schöpfungen im Reich des Geistes wurzeln und daß nur das stete Bewußtsein dieses Zusammenhanges sie zu adeln, ihre Träger aber über die engen Schranken des täglichen Lebens emporzuheben vermag. Die Handelshochschule sollte durch die sorgsame Pflege der allgemeinen Wissenschaften ein enges Band des Großkaufmannstandes mit der aus dem Universitätsstudium hervorgehenden Gelehrten- und Beamtenwelt knüpfen und hierdurch, wie durch die ernstliche Sorge um die Heranbildung eines vortrefflichen Nachwuchses, dem kaufmännischen Standesgefühl zugleich einen idealen Gehalt verleihen.

Aber der Augenblick für die Verwirklichung solcher Gedanken war doch noch nicht gekommen. Zwar die Stadtverwaltung nahm

[1]) Diese Denkschrift ist Bd. II, S. 627 ff. abgedruckt.

die Stiftung an, indem sie die Hoffnung aussprach, daß Mevissen „in der Verwirklichung des schönen Planes den besten Lohn für die der Stadt wie dem deutschen Handelsstande erwiesene Wohltat erleben möchte". Aber weder sie noch die Provinzialverwaltung ging zu Taten über, und die öffentliche Meinung brachte dem Projekt vorderhand ebensowenig Verständnis entgegen [1]) wie die Staatsregierung. Noch im Februar 1879 hatte Mevissen in einer Besprechung mit dem Unterstaatssekretär v. Sydow im Kultusministerium sich überzeugt, daß die Schulverwaltung das Bedürfnis solcher Anstalten nicht anerkannte, vielmehr eine Beeinträchtigung der Universitäten durch dieselben besorgte.[2]) Demgemäß erklärte denn auch das Ministerium am 14. Juni 1880, als es der Stadt Köln die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Stiftung Mevissens mitteilte, daß daraus dem Staat keinerlei Verpflichtung zur finanziellen Mitwirkung bei der künftigen Errichtung der Anstalt erwachse. Nur die Kaiserin Augusta schrieb, als sie Mevissen am 5. Juli 1879 „in alter Gesinnung" als Zeichen des Dankes für die Verschönerung ihres Festes ihr eigenes und des Kaisers Porträt übersandte: „Die Handelsakademie, welche Ihnen zunächst ihre Entstehung verdanken wird, entspricht einem Bedürfnis der Zeit und des Vaterlandes. Ich interessiere mich sehr für diesen Gedanken und bitte Sie, mich in Verbindung mit demselben zu erhalten." Mevissen gab sich keiner Täuschung über die Situation hin. Am 6. Juli erwiderte er der Kaiserin: 'Diese Schöpfung, bestimmt, eine wahre Lücke in dem System des Unterrichtswesens der Gegenwart auszufüllen und dazu mitzuwirken, die in nur zu vielen Fällen noch bestehende Kluft zwischen Bildung und Besitz überbrücken zu helfen und in diesem Sinne einem Bedürfnis aller Kulturstaaten der Gegenwart zu entsprechen, wird wie alles Neue seine Verwirklichung nur nach harten Kämpfen mit den im Bestehenden wurzelnden einseitigen Anschauungen finden können.'

[1]) Vgl. die kurze Notiz der Kölnischen Zeitung 1879 Nr. 167.

[2]) Brief vom 16. Februar 1879. — Mevissen wurde aber am 17. Dezember 1879 vom Ministerium zum Mitglied der Kommission für technisches Unterrichtswesen ernannt. Er nahm hier im Februar 1880 an den Verhandlungen über die obligatorische Ausgestaltung der Fortbildungsschulen (vgl. oben S. 817) teil. Für das kaufmännische Bildungswesen im allgemeinen vgl. Grunzel, System der Handelspolitik (1901), S. 272ff.

Der überlieferte Indifferentismus gegen organisatorische Ideen im Wirtschaftsleben überhaupt und gegen die Hebung des Bildungsniveaus der kaufmännischen und industriellen Kreise insbesondere überwog einstweilen bei der rheinischen Kaufmannschaft noch durchaus, und erst später trat zutage, daß diese erste nachdrückliche Anregung für eine kaufmännische Hochschulbildung doch auch in Deutschland nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen war.[1])

Das Projekt der Kölner Handelshochschule war das geistige Vermächtnis Mevissens an die Welt kaufmännischen Wirkens in dem Augenblicke, wo er selbst Abschied von ihr nahm. Er widmete fortan die Muße seines Lebensabends vorwiegend politischen und wissenschaftlichen, insbesondere historischen Bestrebungen, und er vermochte auf letzterem Gebiet sofort bei einem bedeutsamen Unternehmen entscheidend mitzuwirken, das sich auf einem wohlvorbereiteten Boden bewegte und daher keiner längeren Entwicklungszeit mehr bedurfte.

Von Jugend auf hatten die historischen Studien einen bevorzugten Platz in der Fülle seiner Interessen eingenommen. Neben der Philosophie hatte der Zug zum Historischen, der in seiner Lehrzeit der deutschen Wissenschaft ihren Charakter aufzuprägen begann, stark auf ihn eingewirkt. Vor allem die Geschichte der rheinischen Heimat, für die ihn einst sein Lehrer E. Weyden begeisterte, hatte er nie aus dem Auge verloren.[2]) Mit der Liebe des Rheinländers, dessen Herz die Zugehörigkeit zu der schönen Heimat niemals verleugnete, räumte er, so weit sich auch der Kreis seines Schaffens ausdehnen mochte, doch stets den Rheinlanden die bevorzugte Stelle ein. Mit Vorliebe weilte dabei sein Vergangenheit und Gegenwart verknüpfender Blick auf der reichen historischen Vorzeit dieser Lande, der ersten Wiege deutscher Civilisation. 'Am Rhein', so führte er 1859 bei der Feier zur Vollendung des Schienenwegs von Köln nach Mainz aus,[3]) 'entfaltete sich einst das deutsche Mittelalter zu seiner höchsten Blüte. Rheinische Städte, rheinische Dome und Burgen waren die glänzenden Denkmale der großen deutschen Kaiserzeit. Der

[1]) In Österreich existierte damals für kurze Zeit, von 1873—76, eine kaufmännische Hochschule in Wien; sie fiel der großen Geschäftskrisis dieser Jahre zum Opfer.

[2]) Vgl. oben S. 63, 126, 138.

[3]) Vgl. oben S. 712, 722.

Verfall, die Verwüstung und Abtrennung der Rheinlande waren das redende Zeugnis vom unrettbaren Verfall des alten Deutschen Reichs. Wie im Mittelalter, so spiegeln auch in der Neuzeit die Geschicke des Rheinlandes die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes. Zum Zeugnis des wiedererwachten Bewußtseins der Einheit und untrennbaren Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme, zum Zeugnis der aus einer neuen Staatsordnung sich neu entwickelnden nationalen Macht und Größe werden sie wieder aufgerichtet, die Dome und Burgen am Rheine, prangen in neuer Blüte des Rheines alte Städte.' Die historische Betrachtung gehörte so zu den ergänzenden Zügen seines gesamten Wirkens. Sein Eintreten für die verbindenden und befreienden Mächte moderner Assoziation und Korporation motivierte er gern auch historisch durch den Hinweis auf die erfolgreichen mittelalterlichen Städtebündnisse, insbesondere die Hansa; vom Verfall des Geistes der Assoziation datierte er dann den Verfall der deutschen Macht. Und wie nahe berührten sich, wenn auch in zeitgemäßer, die örtliche Beschränkung beseitigender Abwandlung, die politischen und moralischen Kräfte, von denen er die moderne Assoziation erfüllt zu sehen wünschte, mit der Blüte zunftmäßiger Organisationen, wie sie einst den Stadtstaat und die geschlossene Stadtwirtschaft des deutschen Mittelalters erfüllt hatten. Von solcher historischen Betrachtung versprach er sich aber eine günstige Wirkung auch auf das pulsierende Leben der Gegenwart. 'Es gilt,' so schrieb er einmal, 'dahin zu wirken, daß aus den großartigen materiellen Schöpfungen der Gegenwart als wertvollste Blüte ein erhöhtes geistiges Leben hervorsprieße. Mehr als alles andere wird ein Rückblick auf ihre große Vergangenheit die Bewohner der Rheinlande anspornen zu dem Bestreben, die Gegenwart würdig der Vergangenheit zu gestalten und wie im materiellen so auch im geistigen Leben des deutschen Volkes die hohe Stelle wiederzugewinnen, welche einzunehmen den Rheinlanden im Zeitalter der Hohenstaufen beschieden war. Nur dann, wenn auch diese Aufgabe gelöst ist, werden die Mitlebenden des stolzen Gefühls sich erfreuen dürfen, das materiell Errungene als Selbstgeschaffenes wirklich zu besitzen.'

Sein historisches Interesse erhielt neue Nahrung und bestimmte Richtung, als er seit 1861 in nahen Verkehr mit Heinrich v. Sybel trat (S. 740). Auch dieser Rheinländer hatte ein warmes Herz für

die Geschichte seiner Heimat. Als junger Dozent hatte er sich 1842 ernsthaft mit dem Plan einer rheinischen Geschichte getragen.[1]) Seither war die rheinische Geschichtsforschung noch mangelhaft entwickelt, sie fand wohl Pflege, aber in unwissenschaftlichem Geiste, ohne festen Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte und ohne daß eine systematische Aufschließung der archivalischen Quellen ihr zur Seite ging, welche der Einsicht in die Vergangenheit erst das erforderliche sichere Fundament zu bieten imstande war. Anderwärts hatte die historische Quellenforschung nach dem Vorbild, das seit 1819 die gemeinsame Tätigkeit eines Stabes von Mitarbeitern an den Monumenta Germaniae historica darbot,[2]) schon vielfach systematische Pflege gefunden und bewährte Methoden entwickelt. Gerade für diesen Teil der historischen Arbeit, für die Vorbereitung auf das freie Schaffen des einzelnen, vermag in der Tat organisiertes Zusammenwirken die wertvollsten Resultate zu erzielen. Sybel hatte, bevor er nach Bonn übersiedelte, in München die Historische Kommission bei der Akademie der Wissenschaften ins Leben gerufen, ein Institut, das mit der Quellenforschung zur allgemeinen deutschen Geschichte besondere Aufgaben aus dem Gebiete der bayerischen Landesgeschichte verband. In den folgenden Jahren erörterten Sybel und Mevissen wiederholt die Möglichkeit, ein verwandtes Institut am Rhein zu begründen. Im Jahre 1868, dem Jubeljahre der Universität Bonn, als Sybel das Rektorat der Hochschule führte, erließ dieser dann im Einverständnis mit Mevissen einen gedruckten Aufruf zur Gründung eines „Vereins für rheinisch-westfälische Geschichte". Eine der wichtigsten Früchte des Festes der rheinischen Hochschule, so war hier ausgeführt, werde es sein, wenn dasselbe den Anlaß zu einem Unternehmen gebe, welches eine umfassende, sicher begründete und eindringende Kenntnis rheinischer Vergangenheit ermögliche. Es könne sich hier nicht darum handeln, neben bestehenden Zeitschriften für rheinische Geschichte eine neue zu schaffen, um diese oder jene Einzelfrage zu erörtern; es gelte vielmehr, in umfassender und methodischer Weise die reichen Schätze der rheinischen Archive zu heben und fruchtbar zu machen, große Urkundensammlungen und erschöpfende Monographieen, vor allem über die

[1]) Vgl. Vorträge und Abhandlungen von Heinr. v. Sybel, hrsg. von K. Varrentrapp (1897), S. 24, 33.

[2]) Lehmann, Frh. vom Stein III (1905), 493ff.

rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, zu veranstalten. Der Gedanke vermochte jedoch damals nicht Wurzel zu fassen, trotzdem der Kronprinz sich an die Spitze der zahlreichen Förderer stellte. Sybels Tätigkeit wandte sich vielmehr anderen Gebieten der Geschichte zu, so daß dem Unternehmen der leitende Mittelpunkt fehlte. Der Plan selbst aber blieb bei Mevissen in guter Hut.

Nach der Gründung des neuen Reichs wandte sich allgemein die deutsche Geschichtsforschung, die einst ihren starken Antrieb aus der nationalen Bewegung zur Zeit der Befreiungskriege empfangen hatte, von den nunmehr zum Abschluß gelangten Fragen der großen Politik den einzelnen Landesteilen zu, um deren Geschichte mit dem Ganzen zu verbinden, zugleich aber eine vertiefte Erkenntnis historischer Entwicklung überhaupt und des Zuständlichen auf dem Gebiet materieller und geistiger Kultur anzubahnen. Dieses hoffnungsvolle Aufblühen der landesgeschichtlichen Studien eröffnete schon nach wenigen Jahren Mevissen die Möglichkeit, an den älteren Plan wieder anzuknüpfen und jetzt mit seiner bewährten Meisterschaft die Menschen zu vereintem Wirken tatsächlich und dauernd zusammenzuführen. Notwendig waren im vorliegenden Falle nicht nur zahlreiche wissenschaftliche Kräfte zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe, sondern auch reiche materielle Spenden von privater Seite, auf die man sich hier im wesentlichen angewiesen sah. Mevissen rechnete mit der fortgesetzten Förderung des wissenschaftlichen Zwecks durch Bereitstellung der materiellen Mittel, welche den neuen, während der letzten Jahrzehnte entstandenen wirtschaftlichen Mächten ihren Ursprung verdankten. Es sollte auf diesem Wege 'der aufstrebenden materiellen Entwicklung der Gegenwart zur Seite die große Vergangenheit der Rheinlande erschlossen und dem lebenden Geschlecht zu einer frischen, genetischen Anschauung seines Werdens verholfen werden'.

Im Herbst des Jahres 1879 trat er zu dem damals an einem Kölner Gymnasium als Kandidat des höheren Schulamts tätigen Karl Lamprecht in nähere Verbindung. Dieser junge Historiker, der sich mit der Absicht der Habilitation an der Bonner Universität trug, entwickelte ihm im Januar 1880 schriftlich den eingehenden Plan einer rheinischen Geschichte im Mittelalter mit Betonung der realen Kultur von Recht und Wirtschaft. Die impulsive Kraft des unternehmenden, emporstrebenden Gelehrten überzeugte Mevissen, daß der Augenblick

gekommen war, das Projekt vom Jahre 1868 mit der Aussicht auf Erfolg aufzugreifen. Aus den Erörterungen beider Männer ergab sich im Verlauf des Frühjahrs 1880 der Entschluß, eine große Organisation zur Herausgabe rheinischer Geschichtsquellen nunmehr ins Leben zu rufen. Die planmäßige Erschließung der originalen Überlieferung, ein Bedürfnis, dem Mevissen sich schon als Jüngling bei aller persönlichen Neigung zu geschichtsphilosophischer Betrachtung nicht verschlossen hatte,[1]) wurde als das dringendste Bedürfnis ins Auge gefaßt. Lamprecht, der im Herbst 1880 als Privatdozent nach Bonn übersiedelte, bereitete zunächst die Verknüpfung des Planes mit der allgemein wissenschaftlichen Richtung der Universität und mit den archivalischen Zentralstellen des Quellenmaterials vor. Bis zum November 1880 führten wiederholte Besprechungen in Fachkreisen zu dem Ergebnis, daß sich die Historiker der Bonner Hochschule und die Vorstände der Archive zu Düsseldorf, Koblenz und Köln bereit erklärten, die wissenschaftliche Leitung gemeinsam in die Hand zu nehmen.[2]) In letztere Stellung war seit dem September 1880 K. Höhlbaum eingetreten, der sich ebenso wie K. Lamprecht mit lebendiger Tatkraft dem neuen Projekte widmete und dasselbe in vielfachen Erörterungen mit Mevissen der Reife entgegenführte. Für diesen, der seither schon bei der allgemeinen Vorbereitung mit Rat und Tat mitgewirkt hatte, ergab sich noch als besonders wichtiges Arbeitsfeld die statutarische Gliederung des neuen Unternehmens im Hinblick auf die Sicherung seiner materiellen Grundlage. Durch seine Anregung und sein Beispiel gelang es, dem Unternehmen einen breiten Boden in der Teilnahme größerer Kreise des rheinischen Handels und der Industrie zu schaffen, die sich mit Vertretern der alten heimischen Adelsgeschlechter sowie mit den Verwaltungen der Provinz und der rheinischen Städte zu einer besonderen Gruppe von Stiftern und Patronen vereinigten und auf diese Weise die Mittel zu einer ausgiebigen Betätigung nach allen Richtungen hin bereitstellten. So setzte sich nun die Leitung des Unternehmens, an dessen Spitze zunächst der Bonner

[1]) Vgl. seine Darlegungen aus dem Jahre 1838, oben S. 137.

[2]) Es traten zu der Vereinigung zusammen die Bonner Professoren A. Schäfer, H. Loersch, W. Maurenbrecher, K. Menzel, M. Ritter und der Privatdozent K. Lamprecht, sowie die Archivare W. Becker (Koblenz), W. Harleß (Düsseldorf) und K. Höhlbaum (Köln).

Historiker Arnold Schäfer trat, aus einer glücklichen Verbindung von Vertretern der Wissenschaft mit Männern des praktischen Lebens zusammen; es war eine Schöpfung ganz im Geiste Mevissens, die schon bald nicht nur die eigene Lebensfähigkeit erwies, sondern auch vorbildlich für andere deutsche Landesteile wurde.

Als Sitz der am 1. Juni 1881 ins Leben tretenden 'Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde' wurde die Stadt Köln bestimmt,[1]) auf deren Archiv sich, wiederum dank der verständnisvollen Hilfe Mevissens, die zur Durchführung des umfassenden Arbeitsprogramms[2]) erforderlichen Untersuchungen von vornherein mit besonderem Nachdruck erstrecken konnten. Seit dem Frühjahr 1882 subventionierte er ständig zwei oder drei junge Historiker, die sich gleichmäßig den technischen Arbeiten an diesem Archiv und den Studien aus dem Gebiet der rheinischen Geschichte widmeten. Unter der umsichtigen Leitung Höhlbaums, der 1886 auch den Vorsitz der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde übernahm und sich dem weiteren Ausbau derselben mit großer Hingabe widmete, konnte sich diese Anstalt nun schnell zu höherer wissenschaftlicher Bedeutung entwickeln. Die durch Mevissens Munifizenz ermöglichte Mitwirkung zahlreicher geschulter Kräfte bot aber nicht nur der historischen Arbeit den unentbehrlichen wissenschaftlichen Apparat, sondern sie wurde zugleich eine gute Schule für eine ganze Anzahl tüchtiger Historiker. Auch nach dieser persönlichen Seite brachte sein Eingreifen in den Betrieb historischer Studien einen vollen und dankenswerten Erfolg.

So hatte Mevissen beim Antritt seiner geschäftlichen Muße mit glücklicher Hand wiederum eine Fülle hoffnungsvoller Keime geistigen Schaffens gelegt und dem harmonischen Kranze seiner Lebensarbeit eine neue Blüte eingefügt. Ihm selber aber verjüngten diese geistigen Bestrebungen den Lebensabend und verliehen ihm eine ihn innerlich befriedigende und beglückende Frische.

Auch an äußerer Anerkennung waren die nächsten Jahre reich. Schon seither hatte sie ihm in der Heimat wie im Auslande keines-

[1]) Vgl. Kölnische Zeitung 1881 Nr. 152.

[2]) Dieses Programm ist in der von Harleß, Höhlbaum und Loersch verfaßten 'Denkschrift über die Aufgaben der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde' (1881) veröffentlicht.

wegs gefehlt.[1]) Nun wurde er am 11. Juni 1884 durch das Vertrauen des Kaisers zunächst in den reaktivierten preußischen Staatsrat berufen, jene Auslese des Beamten- und Bürgertums, der in dem Organismus des preußischen Staates schon wiederholt die verantwortungsvolle Aufgabe zugefallen war, wichtige Gesetzentwürfe vor der entscheidenden Beratung zu prüfen und als Ergänzung des Staatsministeriums der Krone unmittelbaren und selbständigen Beirat zu erteilen. Am 23. September 1884 verlieh ihm dann der Kaiser gelegentlich seiner letzten Anwesenheit am Rhein im Schloß zu Brühl den erblichen Adel, „um ihm ein dauerndes Denkmal seiner besonderen Huld und Gnade zu stiften.“[2]) Seinen siebzigsten Geburtstag, den er bald darauf, am 20. Mai 1885, beging, feierte die juristische Fakultät der Universität Bonn, indem sie ihn zum Doktor beider Rechte honoris causa ernannte. Diese Anerkennung erfreute ihn ungemein. Je mehr er zeitlebens bedauerte, durch den Gang seiner anderen Lebensaufgaben gewidmeten Entwicklung am unmittelbaren Schaffen auf wissenschaftlichem Gebiet behindert worden zu sein, um so höher schätzte er es, daß seine nie versiegende Begeisterung für alles geistige Streben und sein planvolles Bemühen um die innige Wechselwirkung von Wissenschaft und Leben bei den berufenen Vertretern der Wissenschaft vollem Verständnis begegnete.[3])

---

[1]) Wegen seiner Verdienste um das rheinische Verkehrswesen war Mevissen 1855 zum Kommerzienrat, 1859 zum Geheimen Kommerzienrat ernannt worden. Nach wiederholten früheren Ordensverleihungen erhielt er im Jahre 1864 den Kronenorden zweiter Klasse, im Jahre 1877 den Roten Adlerorden zweiter Klasse. Zahlreiche Ordens- und sonstige Auszeichnungen wurden ihm auch seit 1855 von Frankreich, Belgien, Luxemburg, Nassau und Hessen zuteil.

[2]) Die Kaiserin schrieb ihm am 3. Oktober im Anschluß an die glänzenden rheinischen Festtage: „Die herrlichen Tage in Westfalen und am Rhein sind mir unvergeßlich, ich habe nur bedauert, Ihnen nicht mündlich meine Dankbarkeit kundgeben zu können. Denn wenn solche Feier stattfindet, ist es billig, anzuerkennen, wie jeder einzelne in seinem Beruf mit zu dem Gesamtwerk treuer Gesinnung, geistiger Entwicklung und materieller Wohlfahrt beiträgt, wie jeder einzelne als Glied des Ganzen Leid und Freud mitzutragen berufen ist und sich an dem Erfolg beteiligt. Aber wenn ich es auch nicht aussprechen konnte, haben Sie doch meine Auffassung erraten und verstanden, daß es für uns Frauen Ehrensache ist, zu helfen, wo wir es irgend vermögen.“

[3]) Das Diplom zählte seine Verdienste um Handel, Industrie, Verkehr und Finanzwesen im einzelnen auf, und rühmte ihn zusammenfassend als

Jährlich zu wiederholten Malen führten ihn die Verhandlungen des Herrenhauses, des Staatsrats und der übrigen politischen Körperschaften, denen er angehörte, in die Reichshauptstadt. Er erfreute sich hier andauernd der Gnade und des Vertrauens des Kaiserpaars, in dem er je länger je mehr mit inniger Verehrung das Ideal der Kaiserwürde verwirklicht erblickte. Die fortgesetzten Gespräche mit der Kaiserin, denen die Weite des Gesichtskreises, die Mannigfaltigkeit der Interessen und die Fülle der daraus entspringenden Gedanken beider Teilnehmer immer einen bedeutsamen Inhalt verlieh, boten ihm nicht nur einen erwünschten Austausch politischer Erwägungen und Urteile, sondern er erbaute sich zugleich an dem Walten der ersten Frau des Reichs in den von ihr geschaffenen Werken der Humanität und Nächstenliebe, an ihrer Seelenstärke und treuen Pflichterfüllung selbst in Zeiten der Krankheit und an ihrem Bestreben, das Auge über die flüchtigen Erscheinungen des Tages hin stets den tieferen Regungen der Seele zuzuwenden. Die sinnige Art, wie die greise Fürstin ihm den Dank für seine treue Gesinnung und für seine Bemühungen um die ernsten Interessen der Zeit wiederholt zum Ausdruck brachte, beglückte ihn wahrhaft. Für sein eigenes Empfinden gaben diese Beziehungen zur Kaiserin seinem Dasein eine höhere Weihe; er verehrte in ihr die erziehende Macht weiblichen Vorbildes und die hingebende Förderung aller edlen Werke des Friedens, die die Seele des Volkes zum Guten anzuregen bestimmt waren.[1])

Seine persönliche Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, zugleich aber die Überzeugung, daß seither im neuen Reich das Wohl des Vaterlandes durch die Regierung über Erwarten erfolgreich gefördert worden war und daß das Anwachsen unreifer und negativ-kritischer

„virum inter patriae lumina et decora omnium iudicio numerandum, qui per totum vitae cursum omnem animi vigorem, diligentiam, eruditionem ad communem semper salutem et utilitatem contulit". Vgl. den Wortlaut, Kölnische Zeitung 1885 Nr. 140.

[1]) Wiederholt äußerte ihm die Kaiserin auch schriftlich, wie wohltuend sie selbst die liebgewordenen alten Beziehungen empfand. Am 5. Oktober 1885 erwiderte sie ihm auf seinen Glückwunsch zu ihrem Geburtstage: „Ich möchte Ihnen danken können für Ihre altbewährte, wahrhaft patriotische Auffassung des deutschen Hohenzollernberufes und seiner jetzigen Erfolge, aber meine Worte würden zu schwach sein für den Stoff, den Sie beherrschen und der lohnend Ihrer Auffassung entspricht. Wohl aber habe ich zu danken, und zwar

Volksströmungen[1]) eine Stärkung der staatlichen Autorität als Notwendigkeit forderte, hielt ihn zurück, öffentlich zu widersprechen, auch wenn seine Meinung von der der Regierung abwich. So dankbar er Bismarcks politische Kraft schätzte, so wenig konnte er sich mit der ungestümen Rücksichtslosigkeit befreunden, mit der sie verbunden war. Am 17. Februar 1881 war er im Herrenhaus Zeuge der peinlichen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem früheren Finanzminister O. Camphausen. Die Fehler, die Bismarck seinem langjährigen Mitarbeiter damals vorwarf, deckten sich mit dem, was Mevissen schon während Camphausens Amtsführung getadelt hatte, aber die Art von Bismarcks Vorgehen verurteilte er auf das schärfste. 'Ein ähnliches Wortduell zwischen zwei Ministern', schrieb er am 20. Februar, 'hat das Herrenhaus noch nicht gehört. Der Fürst hat an moralischem Einfluß dadurch gewiß nicht gewonnen. Er steht in diesem Augenblick auf dem Höhepunkt seiner Macht und seines Übermuts. Der Absolutismus des Fürsten macht ein Zusammenarbeiten mit ihm nachgerade allen Personen, die noch irgendeine persönliche Würde und Selbständigkeit sich bewahren wollen, fast unmöglich.'[2])

persönlich recht warm zu danken für Ihre mir stets bewiesene Anhänglichkeit und für die treuen Wünsche, die Sie meinem neuen Lebensjahre widmen. Es ist schwer für mich, dem wachsenden Kreis der Pflichten mit bleibend geschwächten Kräften die Hingebung zu widmen, die meiner Erkenntnis des *dienenden* Königtums eigen ist und die ich stets zu verwirklichen suche im Bereich der weiblichen Aufgabe."

[1]) 'Im großen und kleinen zeigt sich in unserm Vaterland leider überall dieselbe Erscheinung: wenig Neigung, das Gute und Schöne zu fördern, desto mehr Neigung, Ansprüche zu machen und zu kritisieren. Bessert sich diese böse Disposition unseres Volkes nicht, so wird es ihm schwer werden, die dem großen Deutschen Reiche gesteckten Ziele zu erreichen' (Brief an H. v. Dechen, 1880 Juni 3).

[2]) 'Es ist sehr schade', fügte er am 22. Februar hinzu, 'daß der so bedeutende Fürst in rücksichtsloser Weise alle Personen successive über Bord wirft, die noch ein Gefühl von Selbständigkeit haben. Da bleiben schließlich nur Personen zweiten und dritten Ranges übrig zur Leitung der Staatsgeschäfte, die in kritischen Momenten keinen Halt zu bieten vermögen'. Ähnlich urteilte er, als Bismarck am 9. und 10. Mai 1884 bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag den Kölner Regierungspräsidenten v. Bernuth, einen nahen Freund Mevissens, wegen seiner früheren Tätigkeit als Polizeipräsident von Berlin heftig angriff: 'Der Fürst ist längst allmächtig, und gegen seinen Einfluß kommt beim Kaiser nichts auf. Wie schade, daß die tüchtige Größe, die mächtige Tatkraft nicht mit edleren, weicheren Strömungen des Gemüts verbunden ist.'

Auch das pomphafte Gepränge, womit die am 25. Oktober 1884 unter dem Vorsitz des Kronprinzen beginnende Tagung des Staatsrats umgeben wurde, hatte nicht seinen Beifall. 'Man versucht mit Macht, der neu zusammengeschweißten Organisation durch glänzendes äußeres Dekorum und streng festgehaltenes Formwesen Bedeutung zu geben. Der Weg ist aber der denkbar unpraktischste. Man kann auf ihm wohl eine schwache Augen blendende Zierpuppe schaffen, die äußerlich scheinbar recht würdig die erste beratende Behörde des Landes repräsentiert, aber wirkliches Leben kann man der alten Organisation nur durch ernste Arbeit, durch tüchtige, vorurteilslose und sogar im Notfall recht formlose Leistungen einhauchen.'[1])

Besonders unzufrieden war er aber mit der Entwicklung, welche die kirchenpolitische Frage nahm, seit Bismarck im Jahre 1878 im Zusammenhang mit dem allgemeinen Umschwung der inneren Politik den Anschluß an das Zentrum und die Konservativen und den Frieden mit der katholischen Kirche suchte, da die Liberalen sich großenteils der veränderten Zoll- und Sozialpolitik versagten und das allgemeine Wahlrecht der Massen in geradem Gegensatz zu Bismarcks Berechnung nicht eine Stütze der Monarchie wurde, sondern zur Unterwühlung der staatlichen Autorität durch Sozialdemokratie und demokratisierenden Klerus führte. Wohl sprachen zahlreiche äußere Umstände für die Bismarcksche Taktik, fortan die eine der beiden bedenklichen Massenströmungen zur Bekämpfung der anderen zu verwerten, um so den Schwierigkeiten einer Zeit zu begegnen, wo auch der Kurs der äußeren Politik durch gefährliche Klippen bedroht war. Aber Mevissen mochte bei diesem Abbruch einer Gesetzgebung, die in ganz anderem Sinn, als er es wünschte, ausgebaut worden war, nicht mitwirken, da es sich im wesentlichen doch um den Rückfall in eine überlebte, Kirche und Staat verquickende Richtung handelte, gegen die er schon

[1]) Brief vom 27. Oktober 1884. U. a. bildete die Frage, ob die Mitglieder des Staatsrats zu den Sitzungen des Plenums und der Abteilungen im Frack oder im Überrock erscheinen sollten, den Gegenstand amtlicher Zirkulare. Sybel und Mevissen erörterten das mit einem stillen 'Risum teneatis'! 'Mir tut es weh,' so schrieb Mevissen damals, 'daß die Sache unter diesem für unsere Zustände absolut unpassenden und lediglich auf die englische Hofsitte zugeschnittenen Wesen notwendig leiden wird. Das Beispiel des alten Kaisers, eine Regierung in den einfachsten und bescheidensten Formen aber mit unbestechlichem Pflichteifer, müßte weiterbefolgt werden.'

protestiert hatte, als sie unter Friedrich Wilhelm IV. zuerst sich wieder auszubreiten anschickte.[1]) Im Juli 1883, als im Herrenhaus über die kirchenpolitische Vorlage, welche Bresche in die Gesetze des Jahres 1873 legte, Beschluß gefaßt wurde, blieb er den Verhandlungen fern und stimmte nicht mit ab, 'da ich die Motive nicht kenne, die den Fürsten Bismarck bewegen, Rom so weit entgegenzukommen.' Im März 1886 überzeugte er sich, daß auch der Kaiser, die Kaiserin und der Kronprinz den Frieden mit der römischen Kirche 'à tout risque et péril' wünschten, und daß somit der Entwicklung ihr Lauf gelassen werden müsse. 'Auf diesem Gebiete ist alles verfahren,' schrieb er dann in den entscheidenden Tagen vom 22.—24. März 1887, 'die Niederlage, die wir auf kirchenpolitischem Gebiet erleiden, ist groß. Wir gehen mit den Konzessionen in sehr wesentlichen Punkten noch hinter das Jahr 1870 zurück — ein Krebsgang, den ich jedenfalls nicht durch mein Votum sanktionieren will.'[2])

Im allgemeinen überwog aber auch jetzt seine Zustimmung zum Gang der Politik, das deutsche Hochgefühl der Epoche der Reichsgründung. Trotz mancher Rückschläge und trotz zunehmender Zerklüftung im Parteiwesen bewegte sich seit der Erneuerung des Reichs das vaterländische Leben im großen und ganzen doch einem erlösenden Ausgleich der schroffen Widersprüche entgegen, welche vorher zwischen der äußeren Wirklichkeit und dem inneren Leben und Sehnen der Nation klafften. An allen hohen Zielen der Bismarckschen Politik dieser Jahre nahm Mevissen mit voller Hingabe, vielfach mit Begeisterung, teil. Besonders war das mit der am Ende der siebziger Jahre allmählich einsetzenden Kolonialbewegung der Fall, um die er sich seit vierzig Jahren vergeblich bemüht hatte,[3]) und von

---

[1]) Vgl. oben S. 409, sowie Band II, S. 105—110.

[2]) Das Schreiben fährt fort: 'Der Kern der langen Rede Bismarcks (im Herrenhaus, am 23. März) war nur der Wunsch und Wille, mit dem Papst Frieden zu schließen. Es müssen doch wohl in der Tiefe der diplomatischen Situation sehr gefahrdrohende Elemente liegen, welche dem Fürsten seine Haltung gebieterisch diktieren. Einen kleinen Zipfel des verhüllenden Schleiers hat er aufgedeckt in dem Satze, der kirchliche Frieden sei auch notwendig, um die innigen Beziehungen zu Österreich aufrecht zu erhalten. Möge ein gütiges Geschick die Dinge zum guten wenden und unser geliebtes Deutschland vor Dunkelmännern, wie vor russischer Autokratie bewahren.'

[3]) Vgl. oben S. 340.

der er jetzt, bei den ersten ernsthaften Anzeichen, überzeugt war, daß sie den Keim einer großen Zukunft in sich trage. 'Ausbildung der Beziehungen des Deutschen Reichs zum Auslande,' schrieb er am 17. Juni 1880, 'namentlich zu den transatlantischen Staaten, und Erwerb eigener Kolonien, verbunden mit systematisch geleiteter Auswanderung, das sind die Fragen, die sich dem Weitblick Bismarcks aufdrängen. Möchte er sich auf diesem Felde noch reiche Lorbeeren sammeln.'[1]) Mevissen versprach sich von diesem Hinausdrängen Deutschlands über die vaterländischen Grenzen eine günstige Einwirkung auch auf die inneren Parteiverhältnisse. 'Bismarck ist ungemein frisch, kampfes- und schaffensfreudig, und wie es scheint, ernstlich gewillt, die deutsche Entwicklung nach außen in alle Wege zu fördern. Er hat hier eine Riesenarbeit vor sich, die rasch und erfolgreich in Angriff genommen werden muß, wenn dem nationalen Körper nicht aus der Überfülle seiner Lebenskraft im Innern schwere Gefahren erwachsen sollen.'[2]) Und er rechnete damit, daß die Kolonialpolitik auch die innereuropäische Spannung mäßigen werde, die durch die andauernde Verstimmung des französischen Volks noch immer bedrohlich war. 'Ein neuer Kampf zwischen den Großmächten des Kontinents wäre unheilschwanger; wer auch siegen mag, er siegt auf Kosten der Civilisation und des Fortschritts. Europa muß seine überschüssigen, schäumenden Kräfte, statt sie in unnützen Kämpfen der Staaten unter sich zu zersplittern, zur Kultivierung von Afrika und Asien sowie von Südamerika verwenden. Die Welt ist noch so groß, daß für viele Jahrhunderte einem freien Streben der alten Kulturstaaten sich vollauf Raum bietet.'[3])

Freudig begrüßte er auch die mit der Kolonialpolitik eng verbundene Subventionierung der transatlantischen Dampfschiffahrtslinien. Im November 1884 wurde sie im Staatsrat erörtert und dann am 13. März 1886 im Reichstag 'unter der gewaltigen Wucht der Worte

[1]) An H. v. Dechen, Wiesbaden 1880 Juni 17. Er knüpfte an die Frage des Anschlusses von Hamburg an den Zollverein an, in der er das Vorgehen Bismarcks hart, aber in der Sache gerechtfertigt hielt.

[2]) Desgl. Berlin 1884 Mai 14, nach der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag.

[3]) Brief aus Paris 1886 Mai 4. Die Kolonisation von Afrika bezeichnete er am 17. Juli 1882 als 'das große Ziel des 20. Jahrhunderts'.

Bismarcks im wesentlichen, wenn auch ohne die Linie nach Ostafrika, angenommen. Es ist das ein großer Erfolg seiner Kolonialpolitik, die im übrigen, wie alle Neuerungen, mit Schwierigkeiten jeder Art gespickt ist'.[1]) Zum 70. Geburtstag Bismarcks, am 1. April 1885, vereinigten sich die noch lebenden 35 Frankfurter Erbkaiserlichen und Kaiserwähler bewegten Herzens zu einer gemeinsamen von M. Duncker verfaßten Adresse, und Mevissen nahm mit froher Zustimmung an der Deputation teil, welche an diesem Tage unter Führung des Herzogs von Ratibor dem Reichskanzler die ihm gestiftete Ehrengabe des deutschen Volkes überreichte.

Im Staatsrat wie im Volkswirtschaftsrat konnte Mevissen während dieser Jahre wiederholt mit reifer Sachkenntnis bei großen Fragen der Gesetzgebung in ihrem ersten Beratungsstadium mitwirken. Von ersterer Körperschaft, die, wie sich zeigte, doch eine Fülle wirklich bedeutender Männer in sich vereinte und Mevissen besonders nahe mit Bennigsen, Gneist und Miquel zusammenführte, gewann er im Laufe der Verhandlungen einen besseren Eindruck, als von der äußeren Inszenierung. Auf seine hier vorgetragenen sachverständigen Darlegungen über das Arbitragegeschäft stützte sich Bismarck am 4. Mai 1885 in seiner Reichstagsrede gelegentlich der Verhandlungen über das Börsensteuergesetz.[2]) Im Volkswirtschaftsrat trat Mevissen im März 1882 für die Einführung des Tabakmonopols, unter der Voraussetzung einer Entschädigung der gegenwärtigen Tabakinteressenten, warm ein. Hier erstattete er auch das Referat über die Einrichtung des Staatsschuldbuchs; er versprach sich von ihr die gute Nebenwirkung, daß sie diejenigen Klassen der Bevölkerung, die ein selbständiges Urteil über die Sicherheit der Industriepapiere und der fremden Staatsanleihen unmöglich besitzen können, von ihnen auf die sicheren inländischen Staatspapiere ablenken werde.[3])

---

[1]) Brief vom 15. März 1885. Auch hier handelte es sich um die Verwirklichung einer Einrichtung, die Mevissen seit einem Menschenalter empfohlen hatte (vgl. oben S. 703).

[2]) Reden Bismarcks XI, 155. Es ist Mevissen, auf den sich Bismarck hier ohne Namensnennung als „einen unserer bedeutendsten Finanziers" beruft.

[3]) Am 28. Juni 1883 trat er auch im Herrenhaus dafür ein (Stenogr. Berichte 1883 S. 282).

Im Herrenhaus, wo er als Vertreter der Stadt Köln die besonderen Interessen dieser Gemeinde in den entscheidenden Eisenbahn- und Stadterweiterungsfragen nach Kräften wahrnahm,[1]) beschäftigte ihn von den allgemeinen Fragen vornehmlich der Ausbau der Binnenlandkanäle. Er war Mitglied der Kanalkommission und bemühte sich hier, nachdem die Majorität des Herrenhauses den Dortmund-Ems-kanal im Juni 1883 zunächst verworfen hatte, mit dem Minister v. Böttcher und dem Abgeordneten Forckenbeck eifrig, den Widerstand der Vertreter der östlichen Provinzen zu brechen. Am 19. Juni 1886 wurde der die Strecke Dortmund-Emden umfassende Abschnitt der Regierungsvorlage im Plenum mit einer kleinen Majorität angenommen,[2]) nachdem Mevissen am 10. Juni in seiner letzten parlamentarischen Rede für die Kanalverbindung zwischen Rhein, Weser, Elbe und Ostsee mit allem Nachdruck eingetreten war und sich über die Rentabilität von Binnenlandkanälen wie über ihre Bedeutung als Ergänzung der Fluß- und Eisenstraßen aus seiner reichen Erfahrung im deutschen Verkehrswesen sachkundig verbreitet hatte.[3])

Wenige Monate vorher, bei einem Hoffest am 25. März 1886, hatte er auch sein letztes längeres Gespräch mit Kaiser Wilhelm I. gehabt. Der greise Monarch kam auf die Reichstagsverhandlungen vom 19. Februar über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zurück; sein militärisches Empfinden war verletzt, weil er glaubte, aus der Verhandlung entnehmen zu müssen, daß man unterstelle, er, der so oft in der Schlacht den Kugeln ausgesetzt gewesen, verlange das Sozialistengesetz zu seinem persönlichen Schutz. „Nichts, so erklärte er, hat mich in den letzten Jahren so sehr gewurmt, als diese schmachvolle Supposition. Ich bin empört, daß mir gegenüber das

[1]) In der Frage der Niederlegung der alten Festungswerke gelang es im Kriegsministerium am 16. und 17. Februar 1881 endlich 'nach unsäglich mühsamen und konfusen Verhandlungen mit der Kommission der Stadtverordneten, einen Vertragsentwurf mit allseitiger Übereinstimmung herzustellen.' Am 5. Mai vollzog Bismarck den Vertrag. Die Eisenbahn- (Bahnhofs-) Fragen wurden im Mai 1883 glücklich gelöst (vgl. auch Stenogr. Berichte, Herrenhaus 1882 S. 290).

[2]) Am 20. Februar 1886 hatte der Reichstag auch die Nord-Ostseekanalvorlage angenommen (vgl. oben S. 743).

[3]) Stenographische Berichte 1886 S. 324.

gewagt wird."[1]) Zwei Jahre später, am 15. März 1888, legte Mevissen tiefbewegt im Namen der Stadt Köln am Sarge des alten Kaisers einen Kranz nieder, und am folgenden Tage nahm er an der weihevollen Trauerfeier im Berliner Dom und am Begräbnis teil. 'Kaiser Wilhelm schläft nun den Schlaf der Gerechten und Friedfertigen. In seinem pflichttreuen, die Welt umspannenden Wirken, in seiner Hingebung an die Idee des Staats, an die Entwicklung und Größe des deutschen Volkes und Reiches wird er unsterblich fortleben.' Die Briefe Mevissens aus dieser Zeit sind Zeugnisse tiefer Ergriffenheit und lastender Sorge bei dem herben Schicksal, das damals das junge Deutsche Reich traf, als an der Bahre des ersten deutschen Kaisers der selbst in der Reife seiner Mannesjahre unheilbarem Siechtum verfallene Sohn stand. 'Der Tod Kaiser Wilhelms', so schrieb Mevissen am 2. Juni, 'und die Krankheit Kaiser Friedrichs lasten drückend auf dem deutschen Gemüt. Solange die starke Hand Bismarcks die Zügel des Reichs noch hält, werden wir ruhig allen Wechselfällen der Politik entgegensehen können. Stürbe uns aber der Fürst, oder nähme er seinen Abschied, so fürchte ich sehr den Streit der Parteien im Inland und Konflikte mit dem Ausland.'

Am 27. Juni nahm er im Weißen Saal an der feierlichen Landtagseröffnung durch den jungen Kaiser Wilhelm II. teil. Er erbaute sich an den Schlußworten der Thronrede, wonach der neue Monarch der Worte seines großen Vorfahren eingedenk sein wollte, der König sei in Preußen der erste Diener des Staats. Am 20. März 1890 zog dann der Gründer des Reichs, der Eiserne Kanzler, seine starke Hand aus den Geschäften zurück. Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der sozialen Bewegung, die 1889 durch den großen Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier akut geworden war, wurden die Veranlassung des wider Willen gefaßten Entschlusses.[2]) Mevissen erlebte die für alle deutschen Herzen schmerzlichen Vorgänge bei der Trennung des Kaisers von seinem ersten Ratgeber voll ernster Teilnahme mit. Besorgt nahm er wahr, daß die deutsche Politik ihren Schwerpunkt

[1]) Vgl. Stenographische Berichte, Reichstag 1886 S. 1154. Es kann sich nur um die Äußerungen der Abgeordneten Schliedmann und Windthorst handeln, denen aber die vom Kaiser ihnen beigelegte Bedeutung doch nicht innewohnt.

[2]) Vgl. für Bismarcks Abschiedsgesuch oben S. 473.

verlor, und daß vielfach an die Stelle der seitherigen Sicherheit und Freudigkeit festgegründeten Daseins ernstliche Zweifel traten, als die öffentliche Meinung durch wiederholten, schwer verständlichen Wechsel der Personen in den leitenden Stellen überrascht wurde. Aber er bedauerte doch vor allem, und zwar für das Prestige des großen Staatsmannes so gut wie im Interesse des Reichs, jene unerquicklichen Preßerörterungen, die auf erregten und unvorsichtigerweise weiter verbreiteten Äußerungen Bismarcks fußten und unfruchtbarem, endlosem Hader dienten. In der nun einmal gegebenen Situation urteilte seine dem Leben zugewendete, positiv gerichtete Natur, daß es sich für das Wohl des Vaterlandes in Zukunft nur um besonnene Mitarbeit bei der Politik des jungen Kaisers handeln könne. 'Die deutsche Zukunft', so schrieb er am 23. Mai 1890, 'erscheint freilich nach dem Rücktritt Bismarcks ungewisser und verschleierter als in den Tagen, wo der Fürst für die gesamte Politik Europas die Entscheidung in fester Hand hielt. Indessen eröffnet doch der Wagemut des jungen Kaisers unserm Volk neue Bahnen und stellt ihm neue Ziele. Das ideale Streben des Kaisers wird selbst dann, wenn mancher kühne Griff nicht sofort den gewünschten Erfolg haben sollte, von hoher Bedeutung für die Weiterentwicklung des Reichs sein.' Die Sozialpolitik blieb zunächst im Vordergrund der Interessen des Kaisers. Er unterbreitete seine vorwärts drängenden Wünsche im Februar 1890 dem Staatsrat, zu dessen Verhandlungen auch Mevissen in Berlin erschien. Dieser war durchaus dafür, die Pläne des Kaisers nach Kräften zu unterstützen, und er suchte in den nächsten Wochen darauf einzuwirken, daß auch die nationalliberale Partei den gleichen Standpunkt vertrete.

'Auf dem Gebiet der sozialen Frage,[1]) welche wenigstens um einen oder mehrere Schritte der Lösung entgegenzuführen der Kaiser als Ziel seines ernsten, idealen Wollens vor Europa übernommen hat, ist einstweilen noch alles formlos. Ob es dem Kaiser gelingen wird, den sehr spröden, seiner Natur nach für eine harmonische Ausbildung wenig gefügen Stoff zu beherrschen und in neue feste Formen zu gießen, darüber kann nur die Zukunft entscheiden. Ich bin aber der Ansicht, daß von Seiten der nationalliberalen Partei alles geschehen müsse, den kaiserlichen

[1]) Brief Mevissens vom 14. April 1890. Eine Artikelreihe des Reichsanzeigers hatte im März die soziale Frage eingehend behandelt und besonders die ausgleichende Aufgabe der Monarchie auf diesem Gebiet entwickelt.

Willen zu fördern und die Maßnahmen der Regierung, solange dieselben, wie bis jetzt, in den gegebenen festen Grenzen sich bewegen, nach Kräften zu unterstützen. Der Entwurf der Arbeiterschutzgesetzgebung enthält nichts, was die Industrie nicht ohne zu starke Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit ertragen kann. Störend für die Entwicklung der deutschen Produktion sind zurzeit weniger die einer neuen Regelung entgegengehenden Bestimmungen oder Vereinbarungen über Zeitdauer und Lohn der Arbeit, als die Ungewißheit der Lage, die Unmöglichkeit für die Industriellen, feste Lieferungen nach dem Ausland zu unternehmen, und die sinnlosen, sich täglich erneuernden partiellen Streiks. Die Macht des Staats wird in dem tatsächlich begonnenen Kampf zwischen den beiden nur scheinbar differenten Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber schwerlich ausreichend wirksam sein können, solange es nicht gelingt, die der Verführung unterliegenden Massen von der absoluten Herrschaft demagogischer Führer zu befreien, und die Unternehmer dahin zu bringen, den Egoismus einzudämmen, gerechten Ansprüchen der Arbeiter soweit als irgend tunlich freiwillig entgegenzukommen und kräftig dazu mitzuwirken, den Arbeitern vor allem in der Wohnungsfrage ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.'[1])

Inzwischen war am 7. Januar 1890 auch die Kaiserin Augusta verstorben, nach langem, mit heroischer Willenskraft ertragenem Leiden. Noch am 3. Oktober 1889 war sie in einem Briefe an Mevissen auf „eine Vergangenheit zurückgekommen, in welcher ich Ihre Leistungen für die erhabenen Zwecke des Vaterlandes gebührend schätzen lernte. Wie wenig ich auch vermochte, dazu beizutragen, ist mir doch das Bewußtsein geblieben, die Vergangenheit mit der Gegenwart möglichst zu verbinden". Im November hatte er die Kaiserin zum letztenmal gesprochen. Nun ließ er im Mai 1890 durch den Berliner Bildhauer Römer die Züge der Verewigten in Marmor meißeln; er hat dann die wohlgelungene Büste der Stadt Köln für ihr Museum gestiftet, um so am Rhein das Andenken an die edle Fürstin lebendig zu erhalten. Seit dem Tode der alten Kaiserin trat ihre Tochter, die Großherzogin von Baden, mit der einst auch schon die Jahre der Koblenzer Residenz Mevissen zusammengeführt hatten (S. 721), in nähere persönliche Verbindung zu ihm. Wiederholt kam sie in

[1]) In den letzten Monaten des Jahres sprach er allerdings wiederholt ernsten Zweifel an dem Erfolg der unter dem Vorgang des Kaisers unternommenen humanitären Bestrebungen aus.

den folgenden Jahren zur Sommerzeit nach Honnef an den Rhein und bat ihn zu sich, um in mündlichem Austausch die Erinnerung an das heimgegangene Elternpaar und an eine bedeutsame Vergangenheit zu pflegen. Auch sonst ließ sie keine Gelegenheit, wo sie an den Stätten weilte, die mit dem Andenken ihrer Mutter eng verbunden waren, vorübergehen, ohne ihm einen schriftlichen Gruß zu senden, „im Andenken einer unvergeßlichen Vergangenheit, welche, ich weiß es, auch bei Ihnen weiterlebt". Für Mevissen waren in der Tat, wie er der Großherzogin am 19. Juni 1895, dem Tage der Eröffnung des Nord-Ostseekanals, schrieb, diese Erinnerungen der Jungbrunnen des Herzens, in dem Vergangenheit und Gegenwart harmonisch zusammenflossen.

Bis in das hohe Alter von 76 Jahren bewahrte seine kernige Natur ihre körperliche und geistige Frische. Er erwies sich, wie ihm der wenig jüngere H. v. Sybel einmal schrieb, nicht nur durch seine zahlreichen großen Schöpfungen, sondern auch durch die Ausdauer seiner Kraft als würdigen Genossen der Generation, aus der Wilhelm I., Moltke und Bismarck hervorgegangen waren. Noch immer führten ihn Jahr für Jahr die Verhandlungen des Herrenhauses nach Berlin: im April 1891 konnte er noch bei der Beschlußfassung über das Einkommensteuergesetz mitwirken, das alte auf dem Vereinigten Landtag vertagte Projekt (S. 467), das nun endlich durch Miquels geschickte Hand verwirklicht wurde. Mitte Juni traf ihn in Berlin beim Verlassen des Hotels Kaiserhof ein erster Schlaganfall. Der Anfall war leicht, so daß Mevissen noch am 17. Juni einer Einladung des Kaisers auf die Pfaueninsel zu folgen vermochte. Unbequeme Nachwirkungen, besonders eine Lähmung der Schreibfähigkeit, traten aber in den nächsten Wochen hervor. So benutzte er den 25. Jahrestag seines Eintritts in das Herrenhaus, den 6. August 1891, um die Vertretung der Stadt Köln, die regelmäßig auszuüben ihm in Zukunft unmöglich schien, niederzulegen.[1]) Aus besonderem königlichen Vertrauen wurde er dann am 12. Oktober auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen; er gelangte aber nicht mehr dazu, seine Stelle wirklich einzunehmen. Im Winter traf ihn ein zweiter Schlaganfall, der seine Beweglichkeit stärker und für längere

[1]) Vgl. für die Abschiedsfeier, Kölnische Zeitung 1891 Nr. 642.

Zeit beeinträchtigte. Geistig blieb seine Frische noch lange erhalten, aber sein körperliches Befinden band ihn fortan im wesentlichen an das Haus. Mit dem inneren Frieden der Seele, den erfüllte Lebenspflicht und das Gefühl dauernder Einstimmigkeit mit sich selbst spendet, und mit der abgeklärten Ruhe des weisen Mannes, der die Welt überblickt, ohne sich doch der Sorge um ihr Gedeihen zu entschlagen, sah er sich nunmehr darauf beschränkt, die Früchte der Arbeit vergangener Jahre in würdiger Muße zu genießen. An die Stelle des Schaffens trat wieder die Reflexion, deren Grundton jetzt die milde Reife einer erprobten humanen Weltanschauung bildete, und die noch immer jeden, der in nähere Beziehung zu ihm trat, durch die Schärfe der Beobachtung, durch den Reichtum des Wissens und die Fülle der Interessen fesselte. In seinem Hause blieb er der patriarchalische Mittelpunkt der engern und weitern Familie, um den sich Kinder und Enkel in Verehrung zusammenfanden und der ihnen unausgesetzt aus dem reichen Schatze seines Wissens und seiner Erfahrung spendete. Was er einst an seiner alten Mutter gerühmt hatte: 'Es gibt in der Tat kaum eine schönere Erscheinung, als das in sich befriedigte, harmonische und liebevolle Alter', das war ihm selbst noch für eine Reihe von Jahren beschieden.

Daß in Menschen und Dingen um diese Zeit eine große Wandlung sich vollzog, hatte er längst mit kritischem Auge wahrgenommen. Im Mai 1882, beim Tode seines treuen Lebensgefährten J. Bürgers, seines Freundes seit den Tagen der Rheinischen Zeitung, schrieb er nieder: 'Mehr und mehr lichten sich die Reihen der Freunde, mit denen ich die sonnige Jugendzeit durchlebte; mehr und mehr schwinden die dem Idealen ihrer ganzen Geistesrichtung nach zugewandten und dadurch in einem unsichtbaren Bunde zusammenwirkenden Zeitgenossen aus der Reihe der Lebenden. Das jüngere Geschlecht folgt anderen Impulsen, es ist vorwiegend dem Schaffen auf dem Felde des politisch tatkräftigen und um materielle Macht ringenden Lebens zugewandt. Die Kirche der Idealisten leert sich mehr und mehr, und bald werden auch die letzten Trümmer einer großen Zeit nur noch einsam und verlassen dastehen. Das sind so recht trübe Gedanken, die mir in stillen Akkorden durch die Seele ziehen. Resignation, stumme duldende Resignation — das ist die Signatur solch trüber, von tiefem Schmerz bewegter Tage. Neben der Resignation erhebt

sich aber im Innern die tröstende Gewißheit, daß das fortschreitende Leben der einzelnen wie des Weltalls stets den Tod besiegt, und daß neues und schöneres Leben aus den Ruinen des alten erblüht. Licht, Licht und Fortschritt — das ist das Zeichen, in dem ich auch übers Grab hinaus mich mit dem altbewährten, in seinem Herzen noch so beneidenswert jungen Freunde stets eins wußte und auch heute noch eins weiß.'

Auch die Resignation klang also bei ihm noch immer in Hoffnung und Zuversicht aus. Und sein Geist hatte sich in der Tat genügende Frische bewahrt, um an allem, was das politische und geistige Leben der nüchternen Gegenwart hervorbrachte, lebendigen Anteil nehmen zu können, mochte ihm auch der Körper die Beschwerden des Alters fühlbar machen.

In der Politik, die seinem in jugendlichem Feuer für das Vaterland schlagenden Herzen am nächsten blieb, begrüßte er jedes Anzeichen, daß das deutsche Volk, dem Beispiel des Eisernen Kanzlers folgend, seiner Einheit und seiner Macht nach außen alles andere unterordnete. Die schwierige Lage, in der sich die deutsche Wirtschaftspolitik beim Ausscheiden Bismarcks befand, wurde durch das Handelsvertragssystem vom Jahre 1891 behoben. Ein neuer großartiger Aufschwung der deutschen Industrie, eine Zeit schnell steigenden Wohlstandes folgte. Mevissens eigne, nun schon das vierte Jahrzehnt vollendende wirtschaftliche Schöpfungen, die er längst anderen Händen anvertraut hatte, erwiesen sich von neuem als lebenskräftig; einzelne von ihnen, wie der Schaaffhausensche Bankverein und die Darmstädter Bank, gingen einer Entwicklung entgegen, die durch den Umfang allseitiger Wirksamkeit erst jetzt seinen ursprünglichen Plänen völlig gerecht wurde. Überhaupt wurde im neuen Reich seit der Umbildung der wirtschaftlichen Kräfte des Staates durch den Umschwung von 1880 im wesentlichen verwirklicht, was er ein langes Leben hindurch unermüdlich erstrebt hatte. An die Stelle einer zerrissenen Staatengruppe war die geschlossene staatliche Einheit getreten, die dem selbstbewußt im Wirtschaftsleben voranschreitenden deutschen Volk den starken Rückhalt bot, dessen es bedurfte. Auch die früher vergebens von Mevissen vertretenen Ideen der Kombination von Verkehr und Gütererzeugung, der Zusammenfassung verwandter Unternehmungen zu einheitlichen Organisationen fanden jetzt den Weg ins Leben; das

Verlangen nach sinnreich geregeltem Wettbewerb trat allenthalben an die Stelle der ungezügelten Konkurrenz.[1])

Allerdings war anderseits ein starkes Nachlassen der politischen Triebkraft des Bürgertums unverkennbar. Das junge Geschlecht zog in schwankenden politischen Bahnen einher, und jene innere Spaltung des bürgerlichen Liberalismus, die seit seinem ersten Auftreten drohte (S. 471), machte ihn politisch unwirksam, sobald die einigenden Fragen, Verfassung und Reich, ihre nächste, wenn auch noch unvollkommene Lösung gefunden hatten. Die Aufgabe des deutschen Volks, nicht nur seinen nationalen Verfassungsstaat zu errichten und nach außen zu sichern, sondern von dieser festen Basis aus zur Lösung der lange verschobenen allgemeinen, menschlich-sittlichen Aufgaben fortzuschreiten und den regenerierenden Weltberuf wiederzufinden, den es seit der Reformation bewährt hatte, fand kein Geschlecht, das ihr gewachsen war. Der bürgerliche Liberalismus verstand es weder die großen wirtschaftlichen noch die schweren sozialen Fragen in politischem Geist zu bewältigen. Den Epigonen fehlten die Führer, die es wie ihre Vorgänger verstanden, auseinanderstrebende Interessengruppen über die natürliche Neigung, an das materielle Leben den bloß ökonomischen Maßstab zu legen, hinauszuheben und um das Banner einigender, staatsmännischer Gedanken zu scharen. So drängten sich überall die Extreme hervor, namentlich seit der agrarischen Hochflut, die 1893 zur Gründung des Bundes der Landwirte führte. Die mit dem Parlamentarismus verbundene Schattenseite, die Vertretung einseitiger und engherziger Parteiinteressen, hemmte vielfach den Fortschritt, statt ihn zu fördern. Mevissen fürchtete die wachsende Macht der reaktionären Kräfte, aber er hoffte ebenso dringend auf eine Reform des demokratischen allgemeinen gleichen Wahlrechts, von dem er besorgte, daß es dem Reiche und der Monarchie noch zum schlimmen Verhängnis werden könne.

Von den unmittelbar praktischen Fragen waren es die 1895 wieder aktuelle Währungsfrage, die Hemmungen der Kanalpolitik, die langsame Entwicklung des Sekundärbahnnetzes und das wachsende Übermaß unproduktiver Anlagen, namentlich in den Städten, womit er

---

[1]) Vgl. Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit II¹ (1903), 211 ff.; Sombart, Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) S. 363 ff.

sich sorgend beschäftigte und worauf er, wenn auch nicht mehr schaffend, so doch treibend und fördernd, einzuwirken versuchte. Wieder und wieder wies er ferner darauf hin, daß der große Aufbau der nationalen Industrie am Rhein, dessen Anfängen er als Pfadfinder und Bahnbrecher so nahestand, erst zum kleinen Teil vollendet sei, daß hier noch eine Fülle großer Aufgaben der Lösung harre. Besonders herzlichen Anteil nahm er an dem allseitigen Emporblühen der jetzt von dem mittelalterlichen Festungsgürtel befreiten Stadt Köln. Wie er in dankbarer Verehrung der geistigen und politischen Führer unsers Volkes freudig und mit offener Hand sich beteiligte, wo immer in Deutschland die erinnerungsfrohe Zeit durch Denkmäler oder andere Zeichen Goethe und Geibel, Stein und Bismarck, Droysen und Duncker, Humboldt, Diez und andere bedeutende Männer dem Gedächtnis kommender Zeiten wach zu halten bemüht war, so versäumte er auch keine Gelegenheit, zusammen mit einem Kreise ihm nahestehender Kölner Patrizier, in denen rühmlicher und opferwilliger Bürgersinn lebendig war, die über die Tagesbedürfnisse hinausliegenden Sorgen der schnell wachsenden Großstadt zu erleichtern und ihren geistigen und künstlerischen Interessen zu dienen. Im Jahre 1893 hatte er noch die frohe Genugtuung, daß in dem Augenblick, wo sich der Horizont der deutschen Nation über die Meere erweiterte und der Welthandelsverkehr Deutschland aus der europäischen Abgeschlossenheit herauszuheben begann, auch die Rheinseeschiffahrt, für die er einst im Jahre 1838 bemüht gewesen war (S. 169), durch Vertiefung der Fahrrinne des Stroms tatsächlich wieder bis Köln ausgedehnt, Köln also wieder wie im Mittelalter Seehafen wurde.

Mit Befriedigung nahm er ferner wahr, daß seiner anregenden Betätigung auf dem Gebiete der historischen Studien, die ihm, dem Mäcen und Protektor der rheinischen Geschichtsforschung, zugleich ein willkommenes Feld zu dauernder geistiger Mitarbeit darbot, schöne Erfolge beschieden waren. Damit die fortschreitende Entwicklung der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde nicht auf die ausschließliche Herausgabe von Quellensammlungen beschränkt bleibe, errichtete er bei ihr am 28. September 1890, 'am Tage der Vollendung einer sechzigjährigen, der Industrie und der Volks- und Staatswirtschaft gewidmeten Tätigkeit', eine Preisstiftung für darstellende Arbeiten. Er bot so dieser Gesellschaft die Möglichkeit einer reicheren Entfaltung,

indem er zugleich den rheinischen historischen Studien einen neuen willkommenen Antrieb verlieh.

Im Herbst 1893 trat er mit E. Gothein, der damals als Professor der Nationalökonomie in Bonn tätig war, in Verbindung, um über die Aussicht baldiger Verwirklichung seines Handelshochschulplans Klarheit zu gewinnen.[1]) Im Jahre 1894 reiste Gothein auf seine Veranlassung nach Paris und Wien, um die dortige Organisation des kaufmännischen Unterrichts kennen zu lernen, die er dann in mündlichen und schriftlichen Erörterungen mit Mevissen eingehend prüfte. Im März 1894 schien es, als ob die Provinzialverwaltung das Patronat der rheinischen Handelshochschule übernehmen wollte. Gutachten von Stadtverwaltungen, Handelskammern und wirtschaftlichen Korporationen sprachen sich für diese Lösung aus, aber am 1. Juni lehnte der Provinziallandtag wider Erwarten jede unmittelbare Beteiligung ab.[2]) Die Bewegung für kaufmännische Hochschulen blieb jedoch seitdem in Fluß, mochten auch Männer wie der Freiherr von Stumm noch damals unter dem Beifall zahlreicher Industriellen die Ansicht äußern, daß dem Kaufmann und Industriellen die Berührung mit der Wissenschaft nur zum Schaden gereichen könne. Im Winter 1895 hielt Gothein im Einvernehmen mit der Kölner

[1]) Er hatte seinen Plan keinen Augenblick aus dem Auge gelassen. Im Dezember 1881, als in Paris eine École des hautes études commerciales errichtet wurde, schrieb er einem Berliner Freunde: 'Für das Deutsche Reich ist eine Handelsakademie eine weit dringendere Notwendigkeit, als für Frankreich. Wir sind in weit höherem Maße auf eine die Welt umfassende und mit England wetteifernde Tätigkeit unseres Handels in Verbindung mit einem weitverzweigten Kolonialsystem angewiesen, als Frankreich, das im Mittelmeer noch für Jahrhunderte ein weites und zukunftsreiches Gebiet für seine Entwicklung besitzt. Ich hoffe, daß der Reichskanzler die Notwendigkeit bald erkennen wird, für seine großen Zukunftspläne geeignete Organe zu erziehen. Es wird aber noch oft wiederholter kräftiger Anregung bedürfen, um für den Gedanken allgemeines Verständnis zu wecken.'

[2]) Vgl. Vereinsblatt des liberalen Schulvereins Rheinland-Westfalens, hrsg. v. J. B. Meyer, II (1894), 89 ff. Mevissen sprach dem Herausgeber am 13. Juni 1894 (fünfzehn Jahre nach seiner Stiftung vom Jahre 1879) die Hoffnung aus, daß 'nach weiteren fünfzehn Jahren der Gedanke dieser für die Weiterentwicklung der vaterländischen Macht und Wohlfahrt schwer entbehrlichen Schöpfung eine verständnisvollere und geneigtere Auffassung finde als heute.' Vgl. auch Kölnische Zeitung 1894 Nr. 392; gegen die Gründung von Handelshochschulen wandte sich die Kölnische Volkszeitung 1894 Nr. 250, 282.

Handelskammer Vorträge in Köln, um den Boden für die Idee der Handelshochschule vorzubereiten. Der richtige Kern von Mevissens Projekt fand um diese Zeit unerwartet schnelle und immer allgemeinere Anerkennung. 1897 griff außerhalb der Rheinlande der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen den Gedanken auf; er bemühte sich für die Errichtung einer an die Universität Leipzig angegliederten Handelshochschule und ernannte im Frühjahr 1898, bei der Eröffnung dieser Anstalt, Mevissen als deutschen Pionier auf diesem Gebiet zum Ehrenmitglied. Im Herbst 1898 wurde eine ähnliche Veranstaltung, wenn auch in bescheidenerem Maße, in Anlehnung an die Aachener Technische Hochschule, getroffen. Der Moment, wo die von Mevissen geplante, selbständig neben Universität und Technischer Hochschule wirkende Handelshochschule in Köln ins Leben treten konnte, rückte zusehends näher.

Inzwischen hatte Mevissen am 20. Mai 1895 seinen achtzigsten Geburtstag, wenn auch körperlich behindert so doch in erfreulicher geistiger Frische, gefeiert und bei diesem Anlaß dankbar empfunden, welche Verehrung er in Nähe und Ferne genoß. Die Reihe der Gratulationen eröffnete der Kaiser, von dem Mevissen erst vor kurzem einen besonderen Gnadenbeweis empfangen hatte.[1]) Er sandte ihm jetzt „in Erinnerung an alte, treu von mir bewahrte Zeiten wärmste Glückwünsche zum Eintritt in das neunte Jahrzehnt Ihres schaffensfreudigen, wirkungsreichen Lebens." Die Großherzogin von Baden übermittelte ihren Glückwunsch „in dankbarer Erinnerung der Vergangenheit und der vielen unvergeßlichen Beziehungen, welche dieselbe mit Ihnen verbinden." Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der Handelsminister Berlepsch und der Kultusminister Bosse, der Verkehrsminister Thielen, Mevissens alter Mitarbeiter aus den Tagen der Rheinischen Eisenbahn, und der Staatssekretär Stephan, in dem er den 'genialen Träger des Weltvereinigungsgedankens' schätzte, brachten ihm gleichfalls ihre warme Verehrung zum Ausdruck. Die Universität Bonn, deren philosophische Fakultät ihm am 3. August 1893 nach dem Vorgang ihrer juristischen Schwester die Doktorwürde

[1]) Durch Verleihung des Sterns zum Kronenorden zweiter Klasse, am 27. August 1893. — Für die Feier des achtzigsten Geburtstages vgl. die Kölnische Zeitung 1895 Nr. 442, 444, 446, wo eine Anzahl der Glückwünsche und Adressen veröffentlicht ist.

honoris causa verliehen hatte, gratulierte durch ihren Rektor und durch Deputationen der beiden Fakultäten. Die Kölner Handelskammer und die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde feierten Mevissens Verdienste ebenfalls durch Abordnungen und durch Überreichung von Adressen.[1] Der Rheinische Provinzialausschuß rühmte ihn als „den Rheinländer par excellence, dessen hohem Geist und tatkräftigem Handeln die Heimatprovinz zum großen Teil ihre gedeihliche Entwicklung verdankt." Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des Landtags sandten „dem verdienten Vorkämpfer der von ihnen vertretenen Grundsätze und Anschauungen" ihre Wünsche, und zahllos war die Reihe alter und junger Verehrer, die persönlich oder durch schriftliche Kundgebungen dem verdienten Greis ihre Hochachtung bezeugten. Die Stadt Köln aber verlieh ihm das kostbarste, was eine Stadt zu verleihen vermag, das Ehrenbürgerrecht; sie erkannte dadurch noch einmal an, wieviel sie für den Augenblick und für die Entwicklung ihrer Zukunft dem schöpferischen Geiste verdankte, der in dem entscheidenden Augenblick allen Hemmungen zum Trotz der alten rheinischen Metropole durch die Zentralisierung des westdeutschen Verkehrswesens die Grundlage zur Erhaltung ihrer historischen Stellung gesichert hatte.

Vom Jahre 1896 an nahm Mevissens körperliche Unbeweglichkeit zu, und auch seine geistigen Interessen mußte er fortan einschränken. Es waren Lichtblicke in dieser Zeit, als der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen 1896 bei seinem fünfzigjährigen Jubiläum dankbar der Verdienste seines Mitgründers, jetzt des Nestors des deutschen Eisenbahnwesens, gedachte, und als im Mai 1898 der 50. Jahrestag der Eröffnung des Frankfurter Parlaments dem deutschen Volk Gelegenheit gab, sich der älteren politischen Bestrebungen des Bürgertums in einsichtsvoller Würdigung zu erinnern. Mevissen war durch seinen Gesundheitszustand verhindert, sich persönlich mit den wenigen noch lebenden Parlamentsgenossen in der Paulskirche zusammenzufinden, doch freute er sich herzlich über die Erwiderung

[1]) Das Kölner Archiv widmete ihm zu diesem Tage eine Festschrift: Beiträge zur Geschichte Kölns und der Rheinlande, zum 80. Geburtstage Gustav v. Mevissens dargebracht von dem Historischen Archiv der Stadt Köln (1895, 406 S. 8⁰), zu deren Abfassung sich dreizehn Mitarbeiter, im wesentlichen diejenigen Historiker, um deren Förderung er sich verdient gemacht hatte, vereinigten.

des zurückgezogen im Sachsenwalde lebenden Reichsgründers auf die Adresse, welche H. v. Simson im Namen derselben an ihn richtete. Bismarck bezeichnete diese Kundgebung von Männern, welche dem Gang der nationalen Entwicklung seit einem halben Jahrhundert nicht nur beobachtend sondern auch beeinflussend nahestanden, als eine erfreuliche Anerkennung der eignen Politik vor einem berufenen Areopag.

Wie Mevissens Erinnerung sich in diesen Jahren in dem Bewußtsein fortdauernder innerer Übereinstimmung seinen politischen Jugendbestrebungen mit Vorliebe zuwendete und in der Fülle des damals vom deutschen Bürgertum Erstrebten die erst zum Teil aufgegangenen Keime einer weiteren Zukunft erblickte, so verharrte er auch sonst unentwegt in den Bahnen seiner von Jugend auf festgefügten Welt- und Lebensanschauung. Noch am 26. Mai 1898 schrieb er einem jüngeren Freunde: 'Das wesentlichste ist mir bis heute geblieben: Friede im Gemüte, Interesse für alles, was die Politik bewegt, und unverminderte Teilnahme an jedem Fortschritt im staatlichen Leben. Dabei steht meine Lebensauffassung noch felsenfest. Ich bin heiter und zufrieden mit allem, was das Schicksal bringt, weil ich mich heute noch wie früher als wahrer Schüler Hegels fühle, der in dem tatsächlich Gewordenen die einzige und notwendige Verwirklichung des Möglichen sieht. Diese von allen Zufälligkeiten unabhängige Lebensauffassung wird mir hoffentlich bis zum Lebensschluß unverändert erhalten bleiben.'

Seine Hoffnung ging in Erfüllung. Er blieb, der er war, bis seine Lebenskraft zur Neige ging. Ein gütiges Geschick schenkte ihm ein leichtes Ende. Das Verlöschen seines Geistes trat ohne langes Schmerzenslager ein, und schon vom Fittich des Todes umschwebt konnte er noch im Rückblick auf sein langes Leben aussprechen, er sei durchweg ein glücklicher Mann gewesen. 'Es schließen sich Geschlechter an Geschlechter — so hatte er im Juli 1896 geschrieben, als sein alter Freund Heinrich v. Sybel aus noch rüstigem Schaffen abberufen wurde —, nie ruht die Arbeit des Geistes. Die neue Generation setzt das Werk der alten fort und segnet ihr Werk. Wohl dem, der bis zum letzten Tage sich in innigem Zusammenhang mit der Welt des Geistes weiß. Der Tod ist für ihn nur das Werden.' So fiel ihm sein Los. Am 13. August 1899, in seinem

Landhaus zu Godesberg, nahte ihm der Tod als milder Freund und schloß ihm das Auge.[1])

Ein ungewöhnlich reiches Leben, reich an Ereignissen wie an Größe und Mannigfaltigkeit der Interessen, war am Ziele angelangt.[2]) Eine kraftvolle, von impulsivem und doch besonnenem Freiheitsdrang erfüllte Persönlichkeit hatte ihren Weg gesucht und vollendet, unaufhaltsam in drängendem Streben, unermüdlich in lebenschaffendem Wirken, überall von dem stolzen Mut beseelt, frei, ursprünglich, selbständig zu sein. Eine glückliche Mischung von Reichtum und Tiefe, von Selbstbefreiung und Selbstbeherrschung bildete das Wesen dieser festgefügten Persönlichkeit voll Geist und Charakter. Mevissen zählt zu jenen seltenen Erscheinungen, die mit glänzenden Erfolgen ein reiches Leben ohne eine Einbuße an den Eigenschaften ihres Herzens und Geistes zu durchschreiten vermögen, weil ihr sittlicher Ernst stets unbefangen zum Kern und zu lebendiger Empfindung der Wirklichkeit vordringt und weil eine feste einheitliche Überzeugung die ganze Mannigfaltigkeit ihrer Bestrebungen zusammenhält. Wie er die Arbeit als die Freude des Daseins und als die Quelle aller moralischen Tüchtigkeit verehrte, so kannte er für seine Person kein Sichgehenlassen, gewann er jedem Augenblick das volle Leben ab, in stetem Wechsel auffassend und kombinierend, nachdenkend und handelnd. Immer bereit, seinerseits das Große zu bewundern und von ihm zu lernen, das Tüchtige, wo es ihm entgegentrat, mit dem herzlichen

---

[1]) Durch Mevissens Testament und durch das seiner Gattin, die ihm am 10. November 1901 in den Tod folgte, wurde seine Stiftung für die Kölner Handelshochschule auf eine Million Mark erhöht. Seit im Jahre 1899 in Frankfurt der Plan einer dort zu gründenden Handelsakademie lebendig wurde und im Jahre 1900 Projekte in Berlin, Hamburg und Düsseldorf auftauchten (Zeitschrift für das gesamte kaufmännische Unterrichtswesen II, 63, 255, 265; III, 15ff.), ging das Kölner Projekt schnell der Verwirklichung entgegen. Im Mai 1900 arbeitete E. Gothein in Anlehnung an die Denkschrift Mevissens vom Jahre 1879 den Plan aus, der der Anstalt zugrunde gelegt wurde, Ostern 1901 trat dann die Städtische Handelshochschule Köln ins Leben.

[2]) Vgl. Kölnische Zeitung 1899 Nr. 634, 636, 642, 643, den Nachruf (von K. Höhlbaum) in der Historischen Zeitschrift 84 S. 72ff., sowie den Nachruf in dem 19. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde.

Wohlwollen zu umfassen, das einen Grundzug seines Charakters bildete, beherrschte er von selbst, ungezwungen, den Kreis, in dem er sich bewegte, und lenkte ihn seinen hohen Zielen entgegen.

Wie dachte er, der stets bewußt Handelnde und Reflektierende, persönlich über Wesen und Erfolge seines Wirkens? Im Jahre 1857, im reifen Mannesalter, als er eben die erstaunliche Reihe seiner großen Wirtschaftsunternehmungen vollendet und auf allen Seiten mit der Realität des wirklichen Lebens zu rechnen hatte, zeichnete er einmal den Gedanken auf: 'Willst du ursprünglich, jugendlich kräftig und rein bleiben, so schließe nur Edlen dich an, die dich verstehen und die mit dir das Göttliche empfinden. Richte im Innern eine eherne Mauer auf zwischen dir und den Elementen, die dich nicht verstehen, die mit dir nicht gleiche Bahn wandeln — wenn du nicht den Mut in dir fühlst, als Prophet und Erlöser dich ihrer Vergeistigung ganz zu widmen, auf die Gefahr hin, von ihnen gelästert und gekreuzigt zu werden. Diesen Mut sich einzuhauchen, in der Erfüllung dieses erhabenen Berufs inneren Frieden und innere Seligkeit zu finden, wird zu allen Zeiten Sache weniger, bevorrechtigter Naturen sein. Wer nicht so hoch hinaufreicht, der meide die feindlichen Elemente und schließe nur verwandten das Innere auf.' Ihm hatte das Schicksal seine Stelle im flutenden Leben angewiesen, und er hatte 'den Geist der Wirklichkeit, der mit Teufelsfaust in die Ideale hineingreift', zu bannen vermocht, indem er ihn in seiner begrenzten Sphäre als berechtigt anerkannte.[1]) Über die Erfolge, die er hier erzielte, urteilte er selbst bescheiden. 'Bei einem Rückblick auf fünfzig Jahre angestrengter Tätigkeit', so schrieb er 1882, 'finde ich keinen Grund, mit den Resultaten zu grollen, wenn auch kaum ein Hundertstel von dem, was in jungen Jahren geträumt wurde, erreicht ist. Jeder, der sich während der letzten fünfzig Jahre als das Glied eines großen fortschreitenden Ganzen gefühlt hat, darf doch die erhebende Empfindung in sich tragen, in einer großen Zeit zu leben und gelebt zu haben. Wenn ich an die Jünglingsjahre zurückdenke, welch ein anderes sturmvolles Bild tritt da vor die Seele! Tausend unbegrenzte Wünsche und Ziele, die umgebenden Verhältnisse aber mit diesen Idealen in grellem Kontraste. In jener jugendlichen Periode bin

[1]) Vgl. seine Äußerung aus dem Jahre 1844, oben S. 329.

ich wiederholt fast verzweifelt, und nur die Gewißheit, dem Leben jederzeit ein begrenztes Ziel setzen zu können, machte das Leben erträglich. Heute kann ich doch in mancher Beziehung die tiefe Wahrheit des Goetheschen Spruches erproben: Was man in der Jugend wünscht, hat man im Alter die Fülle.'[1])

Dieses Urteil entsprang keiner momentanen Stimmung. Im Oktober 1890 äußerte er bei einer ähnlichen Rückschau, daß 'bei noch so ernstem und von der Göttin des Glücks begleitetem Streben doch Streben und Verwirklichung weit auseinander liegen. Wohl wenigen, wenn überhaupt jemandem, wird das Erreichte volle Befriedigung geben, auch wenn er, wie ich, auf seinem Lebenswege in seltenem Maße vom Glück begünstigt und von großen, reich beanlagten Naturen gefördert worden ist. Glücklich aber darf sich schätzen, wem der Geist frisch geblieben, das Streben nicht verwelkt und eingetrocknet ist. Solange die Begeisterung für die Ideale der Jugend lebendig bleibt, solange bleibt der Mensch geistig jung und mindestens in seinem Streben in innigem Zusammenhang mit den ihn umgebenden Zeitgenossen, mit allem Fortschritt seines Volks und seines Staats. In diesem Gefühl der wacherhaltenen Jugendlichkeit liegt das versöhnende, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbindende Moment.'

Die Außenwelt wird die Lebenserfolge Mevissens höher als er selbst bewerten. Hat er doch schon in jungen Jahren als einer der geistvollsten Vorkämpfer des deutschen Verfassungslebens und Einheitsstrebens gewirkt, und ist doch sein Name mit der glänzenden Entwicklung bürgerlichen Schaffens und mit der Ausbreitung des nationalen Wirtschaftssystems, mit der Blüte der rheinisch-westfälischen Industrie und des organisierten Verkehrs- und Großbankwesens aufs engste verbunden und mit allem Guten und Schönen untrennbar verknüpft, was das Rheinland seit zwei Menschenaltern hervorgebracht hat. Das hohe Streben des Mannes selbst, das nach Zielen gerichtet war, die weit über das direkt Erreichbare hinauslagen, erklärt es, daß seinem eignen Bewußtsein mehr als das Erreichte die Schranke menschlichen Könnens sich aufdrängte. Nicht nur in der Welt äußerer Taten, sondern auch an der inneren Umwandlung der Menschen mitzuwirken,

---

[1]) An Heinrich v. Sybel, 1882 Dezember 30.

war sein hohes Lebensziel gewesen. Denn den wahren Fortschritt erwartete er nur von der veränderten Gesinnung des Menschen. Der politische Frühlingstraum unseres Volkes, den er in der Jugend durchlebte, rechnete mit einem Staat, der seine Bürger nicht mit äußerem Zwange sondern durch die Tiefe gewissenhafter Überzeugung und geläuterten Wollens beherrschte. Hier aber hatte sich schon bald gezeigt, wie sehr alles Schaffen zeitlich bedingt und von der Außenwelt abhängig ist. Das deutsche Volk als Ganzes hatte den Antrieben des deutschen Idealismus und der reichen Inhaltsfülle der vierziger Jahre gegenüber versagt. Mevissen zählt zu den Persönlichkeiten großen Stils, die in unserm Vaterlande den Übergang aus einer Epoche hoher Blüte der Geistesbildung und sittlichen Ernstes zu den praktischen Bestrebungen der Weltmacht kennzeichnen. Am Wachsen seines ein langes Leben hindurch ringenden Charakters tritt uns das 19. Jahrhundert in seinen wesentlichen Wendungen entgegen — zugleich aber auch die Tatsache, daß doch nur einzelne, seltene Personen imstande waren, in diesem Übergang die Einheit des Ganzen aufrecht zu erhalten. Wie waren doch neuerdings im deutschen Volke unter der Herrschaft eines maßlos gesteigerten Realismus, in einem unerhört schnellen Umschwung aller wirtschaftlichen Verhältnisse, dessen atemlose Hast die stille Sammlung des Geistes behinderte, reaktionäre Mächte früherer Wirtschaftsepochen und ein beschränktes konfessionelles Getriebe wieder emporgekommen! Und wie erfolgreich wußten die rückständigen Mächte sich die Kampfmittel dienstbar zu machen, die der freie Geist der Menschheit sich zu eignem Gebrauch geschmiedet hatte, wie klug verstanden sie es, ihre Bestrebungen durch Anlehnung an die Regierungskräfte zu stärken, indem sie — überlegter als der doktrinäre Liberalismus in der Epoche des preußischen Verfassungskonflikts — auf die Wünsche eingingen, die diese als die dringendsten des Augenblicks vor allem erfüllt zu sehen verlangten. Die abschüssige Bahn führte in Preußen, wo die Regierung die Preisgabe der geistigen Güter des Volkes am unbedenklichsten sanktionierte, dahin, daß für dieses Land, das früher genötigt gewesen war, die Inferiorität seiner materiellen Kultur durch die moralischen und geistigen Kräfte auszugleichen, nun die umgekehrte Lage wirklich zu werden drohte. Im Hinblick auf diese Entwicklung konnte Mevissen in seinen letzten Jahren wohl gelegentlich mit Bitterkeit äußern, eine dritte Reaktion möchte

er nicht mehr erleben. Aber keinen Augenblick verließ ihn dennoch die Hoffnung auf eine Zukunft des Vaterlands, die sich fruchtbar für die gemeinsamen Ziele menschlicher Bildung erweisen werde. Das Leben hatte ihn gewöhnt, mit längeren Zeitspannen zu rechnen, und er sah schließlich noch mit Genugtuung die ersten Ansätze einer neuen, wieder den philosophischen und sittlichen Aufgaben zustrebenden Richtung der Geister.

Das ganze große Menschheitsproblem hatte einst die überschwellende Vorstellungskraft seiner Jugendzeit schnell und leicht zu bewältigen gehofft, indem sie mit der baldigen Verwandlung der Welt in ein Reich der Vernunft rechnete. Bei allem Verständnis für die realen und materiellen Notwendigkeiten war in Mevissen seit seinen philosophischen Studien, denen er die mächtigste innere Förderung wie die Weite und Beweglichkeit des Blicks für die ideellen Verknüpfungen verdankte, ein starker Drang zur Theorie lebendig geblieben. Er beugte sich nicht der Erfahrungswelt des täglichen Lebens. Als er einmal in jungen Jahren den rheinischen Liberalismus im Gegensatz zum ostpreußischen charakterisierte: 'Die Preußen sind ideeller und philosophisch konsequenter, die Rheinländer viel praktischer, unbeschadet der Theorie' (S. 507), schilderte er sich selbst. 'Die Entwicklung des nationalen Lebens unsers Volkes, so äußerte er im Jahre 1885, im Dienste und in bewußtem Einklange mit seinem geistigen Leben zu fördern, die enge Zusammengehörigkeit der beiden Richtungen allen im Dienste der materiellen Interessen Wirkenden zum klaren Bewußtsein zu bringen und ihr Wirken in den eignen Augen dadurch zu adeln, war das Ziel, dem ich vorwiegend und unverrückt nachgestrebt habe.' Sein dem begrifflichen Denken geneigter Kopf schloß ein Kompromiß mit dem Leben, ohne doch den seine innerste Persönlichkeit bildenden Prinzipien untreu zu werden und ohne je in ihrer Propaganda zu ermüden. Er bewältigte das Leben, indem sein immer weiter sich dehnender Überblick erkannte, daß die durch geistig-sittliche Kräfte bewirkte Erhebung menschlicher Beziehungen auf eine höhere Stufe nicht, wie er in der Jugend gehofft hatte, durch gefügige Umwandlung der Geister, in schnell wachsender Progression, verwirklicht werden konnte. Das Leben lehrte ihn, daß die moderne Welt, das Produkt der Zersplitterung der alten Gesellschaft durch das Zeitalter der Revolution,

nur Schritt für Schritt im Rahmen der nationalen Kulturstaaten, durch gemeinsame, ausdauernde und hingebende Arbeit von Regierung und Volk ihre Neuorganisation zu finden und so das wirtschaftliche und soziale Zeitproblem allmählich der Lösung entgegenzuführen imstande ist. In dieser Gedankenreihe Mevissens, die auf dem nationalen Staat, dem Fortschritt in ihm und dem dadurch vermittelten allgemeinen Menschheitsfortschritt beruhte, verbanden sich die Grundgedanken des Aufklärungszeitalters mit denen des Jahrhunderts, das den hohen Wert nationalen Volkstums erkannt hat.

Von hier aus tritt auch seine Stellung im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens am deutlichsten hervor. Seine am Eingang des neuen kapitalistisch-industriellen Zeitalters stehende und wirkende Persönlichkeit verstand es in vorbildlicher Weise, die modernen wirtschaftlichen Kräfte mit den politischen und sozialen Bestrebungen zu verknüpfen. In der Durchführung seiner Grundsätze auf diesem Gebiete fühlte er sich als Organ der besonderen geschichtlichen Sendung des deutschen Volkes.[1]) Sein Persönlichkeitsideal rechnete doch stets mit dem Gattungsleben, das der Mensch zu führen hat. 'Der Mensch ist nur lebendig, insofern er für andere ist. Alles auf sich selbst zurückgewandte Tun und Erkennen ist wertlos und tot.' Er war kein Vertreter des allseitigen und extremen Ausbaues der Einzelunternehmung, jener Tendenz, die während seiner Schaffenszeit die herrschende war, sondern er war der bewußte Organisator einer Vielheit von Unternehmungen, beseelt von der Doppelabsicht, ihrem Einzelleben wie allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entsprechen. In dieser Form vermochte seine besondere Natur die Umwelt zu beherrschen, ohne sich in ihr zu verlieren. Und sie konnte, was vor allem bedeutsam war, durch die Tat die Lebensfähigkeit seines Prinzips erweisen. Seine hervorragenden praktischen Erfolge, denen nur wenige sich vergleichen konnten, offenbarten, daß Kapitalismus und eine ideale Lebensanschauung, die den ganzen Menschen erfaßt, keine sich ausschließenden Gegensätze sind. Was Mevissen vertrat, war eben kein starres Wirtschaftsprogramm, kein vorgefaßtes Schema, sondern die Erfüllung des materiellen Lebens mit der steigenden Vernunft und dem warmen Herzen des sittlichen Menschen

[1]) Vgl. oben S. 224, 475.

an Stelle eines Intellektualismus, der die Leidenschaft des Erwerbs und der schrankenlosen Konkurrenz nur einseitig anzureizen vermag. Die Systematik des praktischen Lebens, die ihm vorschwebte, braucht gewiß nicht der Arithmetik des Egoismus und dem vielgerühmten selbsttätigen „Chemismus der bürgerlichen Wirtschaftsordnung" das Feld zu räumen. Mevissens Wirken hat bewiesen, daß maßvolle Theorie das wirtschaftliche Schaffen nicht hindert, sondern veredelt.

Zu den besonderen Wirkungen der großen Persönlichkeit zählt es aber, daß sie die mitarbeitende Umwelt zwingt, sich mit den Gedanken, die sie erfüllen, und mit der Willenskraft, die von ihr ausgeht, auseinanderzusetzen. Daß man Mevissen bei Lebzeiten, trotz des Vorherrschens anderer Strömungen, in seiner Eigenart verstand und schätzte, hat ihm die rheinische Kaufmannswelt bei seinem Ausscheiden aus dem Verkehrsleben deutlich zu erkennen gegeben.[1]) Wenn einmal das überschnelle Wachstum der noch jungen deutschen Industrie, das seither die kaufmännischen Kapazitäten absorbiert, nachlassen und mit dem Wunsche, das kaufmännische Wesen mit ethischen Gedanken zu durchdringen, auch der edle Ehrgeiz wieder lebendig wird, ihm legalen Einfluß auf den Staat als die höchste menschliche Institution und als den lebendigen Mittelpunkt aller bürgerlichen Pflichten zu sichern, werden die Leitgedanken Mevissens in unserem Vaterlande einen Weg zeigen können, auf dem die organische und führende Mitarbeit des modernen Wirtschaftslebens am Kulturstaat möglich ist. Denn so verstand seine starke Staatsgesinnung das nationale Wirtschaftssystem, und so faßte er die eigentliche Aufgabe des neuen Bürgertums im Verfassungsstaat. Auf der Vorstufe des industriellen Fundaments sollte sich Schritt für Schritt die Fortbildung der bürgerlichen Freiheit und der politischen Reife des Volkes vollziehen. So hatte einst auch der vormärzliche rheinische Liberalismus tatsächlich seine Aufgabe durchgeführt, indem er von der ununterbrochenen Wechselwirkung der materiellen, der geistigen und der politischen Tätigkeitskreise ausging. Das wirtschaftlich fortgeschrittene Rheinland erfüllte damals eine bedeutsame politische Aufgabe in Preußen und Deutschland, indem es die Reformgedanken des Freiherrn vom Stein aus jener denkwürdigen Epoche nationaler Wiedergeburt lebendig erhielt, wo das

---

[1]) Vgl. oben S. 804 ff.

deutsche Bürgertum sich zum erstenmal mit dem preußischen Staatsgedanken in inniger Vermählung zusammengefunden hatte. Der politische Fortschritt hat aber späterhin am Rhein mit dem wirtschaftlichen nicht gleichen Schritt gehalten. Man blieb der Tatsache nicht eingedenk, daß für die Dauer die Stärke des Staats auf der unaufhörlichen Durchdringung mit den Kräften beruht, in denen sein Zweck und seine materiellen wie seine ideellen Lebensbedingungen nicht nur mit starkem Wollen, sondern auch mit klarem Bewußtsein zum Ausdruck gelangen.

Als echter Bürger hat Mevissen stets den festen Boden seines Wirkens in der engeren Heimat gesucht, und auf diesem Wege ist er der Stadt, der Provinz und dem Staat ein rastlos schaffendes und strebendes Glied geworden. Auf allen Feldern seines Wirkens war es so: sie trugen die unverkennbaren Spuren einer von innen her schaffenden Kraft, die stets in das Ganze des Lebens einzugreifen suchte und immer dem allgemeinen Nutzen diente, indem sie von dem Wirken für einen Teil der Gesamtheit zu der Arbeit für diese selbst voranschritt. Das Ganze durch die Teile zu stützen, war seine Maxime, dem Ganzen die eindrucksvolle äußere Erscheinung, zugleich aber ein wahrhaft kraftvolles Wesen zu verschaffen durch eine lebendige Stärkung der Teile, die nicht ein abgeschlossenes Sonderdasein führen, sondern eben die Teile des Ganzen bedeuten. Man empfindet hier die Nachwirkung Goetheschen Geistes. Wie dieser einst ganz erfüllt war von der Sehnsucht, die Einheit zwischen den auseinanderstrebenden Kräften der menschlichen Anlage herzustellen, so suchte Mevissen der mechanischen, immer seltener auf das Ganze zurückgreifenden, immer weniger die Gesinnung des Menschen verlangenden Arbeitsteilung Gegengewichte zu schaffen, um die persönliche Einheitlichkeit zu wahren und wieder zu der innern Harmonie vorzudringen, die unsere klassische Periode als unübertroffenes Bildungsideal aufgestellt hat.

„Unter den Kapitalisten und Mammonisten, wie der moderne Ausdruck lautet", — so schrieb Heinrich v. Sybel dem Freunde, dessen Wesen sich ihm einst in den Tagen des Frankfurter Parlaments zuerst erschlossen hatte, zum 80. Geburtstag — „sind Sie stets der Idealist Ihrer Jugendjahre geblieben, und der Erwerb des Reichtums ist Ihnen nie der Zweck Ihrer Arbeit, sondern stets das Mittel

zu höheren Zwecken gewesen. Der Lohn dafür war, daß der Reichtum Ihres inneren Lebens immer größer blieb, als der wachsende Ihres äußeren Zustandes." Mevissen blieb zeitlebens der Vollstrecker seiner Lehre, daß die materielle Tätigkeit ihre Weihe erst erhält, indem sie dem geistigen Leben den Weg bahnt und ihre Mittel zu seinem Dienst verwendet. So verwob er dauernd mit innerer Sicherheit und in Treue gegen sich selbst ideale Gesinnung und praktisches Wirken. Wie das seiner Persönlichkeit eine einzigartige Stellung im Leben ihrer Zeit und in der Reihe seiner Standesgenossen anwies, so verleiht es auch heute noch seinem Bilde eine ungemeine Anziehungskraft; denn diese geistige Ausgleichung äußerlicher Gegensätze begründet eine Vielseitigkeit und eine Tiefe der Lebenswirkung, die zwar im einzelnen nicht zu umschreiben, der nachzusinnen jedoch besonders reizvoll ist. Wie aber seine Ziele über das zunächst Erreichbare hinauslagen, so weist auch diese Wirkung über die glänzenden Erfolge, die er bei Lebzeiten erreichte, hinaus in eine Zukunft, mit der er sich selbst aufs engste verknüpft fühlte. Er, der in Jugend und Alter mit unveränderter Siegeszuversicht der Idee des ewigen Fortschritts lebte, faßte stets auch das eigene Sein als ein Glied der verkörperten Idee des unendlichen Fortschritts. In dieser lebendigen Einheit mündete seine vielseitige Persönlichkeit aus und war auch das, was er unvollendet zurückließ, keine verlorene Arbeit, sondern fruchtbares Vorbild. Die großen Probleme, mit denen er gerungen hat, sind auch heute noch die unsrigen, und sie werden die Welt noch lange beschäftigen, wenn sie das Reich der Ideale über dem bloßen Nützlichkeitsgetriebe und der Sorge um den kommenden Tag zu bewahren und an dem moralischen Endzweck als dem Ziel aller menschheitlichen Entwicklung festzuhalten entschlossen ist.

